

School of Theology at Claremont



1001 1411801

KIRCHLICHES JAHRBUCH

1973



The Library
SCHOOL OF THEOLOGY
AT CLAREMONT

WEST FOOTHILL AT COLLEGE AVENUE
CLAREMONT, CALIFORNIA

KIRCHLICHES JAHRBUCH 1973

für die Evangelische Kirche in Deutschland

1973

Herausgeber von Johannes Schreier

Herausgeber von Joachim Beckmann

1973

KIRCHLICHES JAHRBUCH

1973

KIRCHLICHES JAHRBUCH

für die Evangelische Kirche in Deutschland

BX
8020
A2
K5
v.100

1973

Begründet von Johannes Schneider

Herausgegeben von Joachim Beckmann

100. Jahrgang

GÜTERSLOHER VERLAGSHAUS

GERD MOHN

Theology Library
SCHOOL OF THEOLOGY
AT CLAREMONT
California

Inhalt

KIRCHLICHE ZEITGESCHICHTE 1973

I. Die Evangelische Kirche in Deutschland

Von Gottfried Niemeier	1
------------------------------	---

Vorbemerkung.	1
--------------------	---

1. Der zukünftige Weg der EKD: Struktur und Verfassungsreform ..	3
--	---

Struktur- und Verfassungsberatungen der EKD Synode	3
--	---

A. Die Synodaltagung in Bremen	3
--------------------------------------	---

Bericht von Präses Prof. D. Dr. Raiser	4
--	---

Beschluß der Synode	6
---------------------------	---

B. Die Synodaltagung in Coburg	7
--------------------------------------	---

Bericht von Landesbischof D. Dietzfelbinger zur EKD Reform	8
--	---

(Auszug/Ansprache von Präses Prof. D. Dr. Raiser)	8
---	---

C. Weitere Arbeit an dem Verfassungsentwurf	12
---	----

Stellungnahme der Arnoldshainer Konferenz	13
---	----

Vortrag von Landessuperintendent Dr. Viering (Auszug)	14
---	----

2. Die EKD und der Bund der Ev. Kirche in der DDR	15
---	----

Grußwort von OKR Pabst bei der Coburger Synode	15
--	----

Brief von Bischof D. Schönherr und Bischof D. Braecklein an die Synode und	
--	--

Antwort von Präses von Heyl	16
-----------------------------------	----

3. Die lutherisch-reformierten Gespräche auf europäischer Ebene ...	18
---	----

(Leuenberger Konkordie)	
-------------------------	--

Neuer Wortlaut der Konkordie reformatorischer Kirchen in Europa	19
---	----

Begleitschreiben der Vorversammlung bei Übersendung	
---	--

des Konkordientextes	24
----------------------------	----

Stellungnahmen zur Leuenberger Konkordie	
--	--

Beschluß der Arnoldshainer Konferenz	26
--	----

Entschließung der Generalsynode und Bischofskonferenz der VELKD ..	27
--	----

Schreiben von Landesbischof D. Dietzfelbinger und	
---	--

Landessuperintendent Dr. Schmidt-Clausen an den Generalsekretär	
---	--

des LWB	29
---------------	----

4. Theologie und Verkündigung	32
-------------------------------------	----

a) Die Diskussion um die Weltmissionskonferenz in Bangkok	32
---	----

Erklärung der Konferenz bekennender Gemeinschaften	33
--	----

Flugblatt der Ludwig-Hofacker-Vereinigung	34
---	----

Gegenerklärung von Konferenzteilnehmern (gekürzt)	36
---	----

Kommuniqué über die Sitzung des Rates der EKD am 15./16. 3. 1973 (Auszug)	38
b) Die Diskussion um den Kirchentag	39
Polemik der Bekenntnisbewegung. „Kein anderes Evangelium“ gegen den Kirchentag	39
Auszüge aus Kommuniqués über die Sitzungen des Rates der EKD am 1./2. Juli 1973 und der Kirchenleitung der VELKD am 6. Juli 1973 .	41
Erklärung von Bischof D. Wölberg (Auszug)	42
c) Theologische Arbeit auf EKD-Ebene	43
Aus dem theologischen Referat von Pfarrer Aichelin auf der Coburger Synode	43
Thesen von Landesbischof Prof. D. Lohse auf der Tutzingener Theologen- tagung und Resolution der Tagung	46
Klausurtagung des Rates der EKD: Diskussionsthemen von OKD Dr. Hofmann und von Landesbischof Prof. D. Lohse	48
5. Tauflehre, Taufordnung, Taufpraxis	50
Bericht des theologisch-wissenschaftlichen Arbeitskreises für das Taufgespräch (Auszug)	52
Rheinische Taufordnung	56
6. Der Gottesdienst	57
Ansprache des Leitenden Bischofs auf der Generalsynode der VELKD (Auszug)	57
Beschluß der Regionalsynode Berlin West: Weiterarbeit am Thema Gottesdienst	58
7. Das evangelisch-katholische Verhältnis und Gespräch	59
Auszug aus dem Bericht von Landesbischof D. Dietzfelbinger auf der Synode zu Coburg	59
Weitere gemeinsame Aktivitäten:	60
„Wege der Kirchen zueinander“ (Westfalen)	61
Memorandum „Reform und Anerkennung kirchlicher Ämter“	66
Stellungnahmen zu der kath. Erklärung „Mysterium ecclesiae“	68
8. Der Beitrag der Kirche zu Fragen und Aufgaben des politischen und gesellschaftlichen Lebens	70
a) Allgemeines	70
EKD-Synode Bremen: Wort an die Gemeinden	70
Auszug aus dem Kommuniqué über die Sitzung des Rates der EKD am 5./6. April 1973 betr. Denkschriften	71
b) Kirchliche Erklärungen zum Jahr der Menschenrechte	72
Erklärung des Rates der EKD	72
Rundschreiben von Kirchenpräsident Hild	74
c) Der Besuch des Generalsekretärs der KPSU	75
Brief des Ratsvorsitzenden an die Gliedkirchenleitung	76
Schreiben der Vorsitzenden des Rates der EKD und der Deutschen Bischöfskonferenz an den Generalsekretär der KPSU	76

d) Weltweite Diakonie als Dienst am Frieden und Gerechtigkeit	77
A. Das Anti-Rassismus-Programm des ÖRK	77
Komuniqué über die Sitzungen des Rates der EKD am 10./11. 5. 73, 1./2. Juli 1973 und 28./29. Sept. 1973	78
Aus dem Bericht von Landesbischof D. Dietzfelbinger auf der Synode von Coburg	79
Bericht über die Aktivitäten der EKD im Rahmen des Programms des ÖRK zur Bekämpfung des Rassismus	80
Thesenreihe über Gewalt und Gewaltanwendung (Auszug)	82
B. Zur Lage in Südafrika	85
Auszug aus dem Bericht des Ratsvorsitzenden vor der EKD-Synode in Bremen	85
Beschluß der Synode der EKD	86
Auszug aus dem Kommuniqué über die Sitzung des Rates der EKD am 10./11. Mai 1973	87
Auszug aus dem Bericht des Ratsvorsitzenden vor der EKD-Synode in Coburg	87
Beschluß der Synode: Hilfe für die Arbeit in Süd- und SW-Afrika . .	88
Brief des Ratsvorsitzenden an deutsche Firmen	89
Beschluß der Synode betr. Firmengespräche	90
Auszug aus dem Kommuniqué über die Ratssitzung am 1./2. Juli 73 .	91
Brief des Ratsvorsitzenden an Dr. Beyers-Naude	91
Stellungnahmen der kirchenleitenden Organe der VELKD	92
Briefe des Ratsvorsitzenden betr. Bannung Buthelezi	92
Stellungnahme der Bischofskonferenz der VELKD	93
C. Der kirchliche Beitrag zur Entwicklungsarbeit	93
Aus dem Bericht von Vizepräsident D. Dr. Weeber vor der EKD-Synode in Bremen (Auszug)	93
Vorlage und Referat von Dr. Lefringhausen (Auszug)	94
Bericht des entwicklungspolitischen Ausschusses	95
Beschluß der Synode der EKD	97
Aus dem Bericht von Landesbischof D. Dietzfelbinger vor der EKD-Synode in Coburg	97
Denkschrift „Der Entwicklungsdienst der Kirche – ein Beitrag für Frieden und Gerechtigkeit in der Welt“ (Auszug)	98
D. Die Aktion „Brot für die Welt“	103
Aufruf zur 15. Aktion	104
E. Kirchliche Erklärungen und Maßnahmen zu Vietnam	104
Gemeinsamer Appell des Diakonischen Werkes und des Caritasverbandes	104
Beschluß der EKD-Synode in Bremen	105
Beschluß der EKD-Synode in Coburg	105
Komuniqué über die Sitzung der Kirchenleitung der VELKD am 25./26. Januar 1973	106
Aufruf zu der Sonderaktion „Brot für die Welt hilft Vietnam“	106
F. Kirchliche Erklärungen zum erneuten Kriegsausbruch im Nahen Osten	107
Komuniqué über die Sitzungen des Rates der EKD und der Kirchenkonferenz am 11./13. Okt. 1973 (Auszug)	107

Gemeinsame Erklärung der Vorsitzenden des Rates der EKD und der Deutschen Bischofskonferenz	107
Rundschreiben des Ratsvorsitzenden an die Gemeinden in der EKD	108
Kommuniqué über die Sitzung des Rates der EKD am 7./8. Dez. 1973 (Auszug)	109
Rundschreiben von Bischof D. Scharf an die kirchl. Amtsträger in Westberlin	109
Beschluß der Regionalsynode Berlin-West	110
G. Kirchliche Stellungnahmen zu den Ereignissen in Chile	111
Beschluß der Regionalsynode Berlin-West	111
H. Kirchliche Stellungnahmen zur Situation in den portugiesischen Kolonien	111
Verlautbarungen der „Gemeinsamen Konferenz der Kirchen für Entwicklungsfragen“	112
e) Vom innenpolitischen Dienst der Kirche an Frieden, Recht und Gerechtigkeit	113
A. Zur Diskussion um das Verhältnis von Staat und Kirche	113
Thesen der Bundeskonferenz der Jungdemokraten vom 28. Jan. 73.	114
Grundsatzpapier „Freie Kirche im freien Staat vom 23. Aug. 1973“	115
Auszug aus der Regierungserklärung des Bundeskanzlers vom 18. Januar 1973	117
Auszüge aus dem Kommuniqué über die Sitzungen des Rates der EKD vom 28./29. Sept., 15./16. Febr. 1973 und 1./2. Juli 1973	118
Kommuniqué über das Gespräch zwischen Vertretern der EKD und der SPD	119
B. Politische Betätigung kirchlicher Amtsträger	120
Beschluß des Rates der EKD	120
Bericht von Kirchenpräsident Hild	121
Stellungnahme der württembergischen Landessynode	123
C. Kirche und Ostverträge	123
Aus dem Bericht von Landesbischof D. Dietzfelbinger auf der Synode in Bremen	123
D. Kirchliche Stimmen zur Reform des § 218 StGB	125
Erklärung des Rates der EKD vom 5. April 1973	126
Schreiben des Ratsvorsitzenden an den Bundeskanzler vom 14. Mai 1973	128
Kommuniqué über die Sitzung des Rates der EKD vom 1./2. Juli 1973 (Auszug)	130
Gemeinsame Erklärung des Rates der EKD und der Deutschen Bischofskonferenz vom 26. November 1973	130
Auszug aus dem Kommuniqué über die Sitzungen der Kirchenleitung der VELKD vom 22./23. März und 25. Mai 1973	132
Stellungnahmen aus Gliedkirchen und von Einzelnen	133
E. Soziale Sicherung im Industriezeitalter	138
Aus der Denkschrift der Kammer für soziale Ordnung	138
Erklärung des Rates der EKD zum Subsidiaritätsprinzip	143
F. Das evangelisch-katholische Memorandum zum Baubodenrecht	144

Aus dem gemeinsamen Memorandum „Soziale Ordnung des Baubodenrechts“	144
G. Das Eintreten der Kirche für die ausländischen Arbeitnehmer in der BRD	148
Rundschreiben des Rates der EKD an die Leitungen der Gliedkirchen vom 5. April 1973	149
Stellungnahme der bayerischen Landessynode zum Ausländerproblem	151
H. Zum Vollzug der lebenslänglichen Freiheitsstrafe	152
Petition der Konferenz der ev. Pfarrer an den Justizvollzugsanstalten an Justizminister von Bund und Ländern	152
9. Die Kirche im erziehungs-, bildungs- und kulturpolitischen Gespräch und Geschehen	153
Bericht des Ratsvorsitzenden auf der Coburger Synode	154
Stellungnahme der Synode der Konföderation ev. Kirchen in Niedersachsen zum Schulwesen	155
Erklärung der Leiter der ev. Schulen in Berlin	156
Erklärung der Elternvertretung der ev. Schulen in Berlin	157

II. Die Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik

Von Erwin Wilkens	159
-------------------	-----

1. Bleibendes Dilemma in der Deutschlandfrage	159
2. Kirche in Staat und Gesellschaft	160
a) Allgemeines	160
Vortrag von Bischof Fränkel „Was haben wir aus dem Kirchenkampf gelernt?“	161
Vortrag von Bischof Krusche „Die Gemeinde Jesu Christi auf dem Wege in die Diaspora“ (Auszüge)	167
Auszug aus dem Aufsatz von Bischof Schönherr „Im Sozialismus glauben lernen“	175
b) Einzelfragen staatl. Kirchenpolitik	175
Auszüge aus dem Bericht der Konferenz der Kirchenleitungen zur Veranstaltungsverordnung und zur Schul- und Hochschulpolitik	176
Beschlüsse der Synode des Bundes der Ev. Kirchen in der DDR zur Schul- und Hochschulpolitik	177
Stellungnahme der Konferenz der Kirchenleitungen zum dritten Jugendgesetz der DDR	179
c) Kirchliche Verantwortung in Staat und Gesellschaft	181
Bericht der Konferenz der Kirchenleitungen an die Synode des Kirchenbundes	181
Vortrag von Bischof Fränkel „Ein Wort zu öffentlicher Verantwortung der Kirchen in der gegenwärtigen Stunde“	182
Schreiben von Bischof Schönherr an den Generalsekretär des Weltfriedensrates vom 17. 9. 1973	191

Ansprache von OKonsR. Juergensohn auf einer nat. Vorbereitungs- tagung für den Weltkongreß der Friedenskräfte	192
Bericht über den Weltkongreß	193
Beitrag zur Auswertung des Ergebnisses des Weltkongresses von Oberkirchenrätin Lewek	194
Bericht von Bischof Gienke über den Weltkongreß „Der Frieden ist unteilbar“	195
3. Bund der Ev. Kirchen in der DDR	199
a) Allgemeines	199
Bericht von Landesbischof D. Braecklein „Auf dem Wege zu größerer Gemeinschaft“	199
b) Arbeitsberichte und Synodaltagungen	201
Arbeitsbericht des Bundes der Ev. Kirchen in der DDR für das Jahr 1973	201
Bericht über die Tagungen der Synode des Kirchenbundes in Schwerin und Elbingerode (Auszüge)	213
c) Gemeinschaft der Kirchen, Reformbestrebungen und Lehrgespräche	224
Bericht von OKR Lingner „Auf dem Weg zur Kirchengemeinschaft“	224
Werkstattberichte IV und V der Kommission für das Lehrgespräch	227
Erklärung der Lehrgesprächskommission in der DDR zur Leuenberger Konkordie 1973	240
Auszug aus dem Tätigkeitsbericht der Kirchenleitung	242
4. Aus der theologischen Arbeit	244
Beschluß der Konferenz der Ev. Kirchenleitungen über die Errichtung einer Theologischen Studienabteilung	244
Arbeitsergebnis des Facharbeitskreises Konfirmation über „Das konfirmierende Handeln der christlichen Gemeinde angesichts der Jugendweihe“	247
Stellungnahme der Konferenz der Kirchenleitungen „Zum Charakter der Kirchensteuer“	255
Auszug aus dem Synodalbericht der Konferenz der Kirchenleitungen an die Synode des Bundes in Schwerin über innere Probleme der Gemeinde	257

ÖKUMENISCHE BEWEGUNG 1969–1972

Von Hanfried Krüger	259
I. Der Ökumenische Rat der Kirchen	259
Ansprache von Gen. Sekr. Dr. Potter nach seiner Wahl	260
1. Der Weg des ÖRK von 1969 bis 1972	262
Auszüge aus den Berichten des Vorsitzenden Exekutiv- bzw. Zentral-	
ausschusses Dr. Thomas und des Generalsekretärs Dr. Blake	
in Canterbury	263
in Addis Abeba	275
in Utrecht	288
Briefe an die Mitgliedskirchen	301
a) Strukturüberlegungen	307
Auszüge aus dem in Addis Abeba angenommenen Strukturbericht	308
b) Vollversammlungen	310
Zum grundsätzlichen Verständnis der Vollversammlung	310
c) Programmeinheiten	313
Überlegungen des Berichtsausschusses	313
2. Antirassismus-Programm	316
Erklärung der Versammlung vom 19.–24. 5. 1969 in London	316
Plan eines ök. Programms zur Bekämpfung des Rassismus (19.–24. 5. 1969)	318
Erklärung der Jahrestagung der Ök. Referenten in Arnoldshain	
(27.–30. 10. 1969)	323
Bericht des Programms zur Bekämpfung des Rassismus vor dem	
Zentralausschuß in Addis Abeba	325
Entschließung der Synode der EKD vom 21. 2. 1971	331
Beschluß des Zentralausschusses bei seiner Tagung in Utrecht	332
Vorläufige Stellungnahme des Rates der EKD	332
Gewalt, Gewaltlosigkeit und der Kampf um soziale Gerechtigkeit	
(Konsultationsberichte)	334
3. Ökumenische Studienprojekte und Dialoge	362
Auszug aus dem Eröffnungsvortrag von Prof. J. Meyendorff auf der Tagung	
der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung	
in Löwen (3.–14. 8. 1971)	362
Bericht über die Konferenz von Löwen von Prof. Schlink	
vor dem Rat der EKD	363
Grundsatzerklärung des Zentralausschusses	
„Der ÖRK und der Dialog mit Menschen an derer Religionen	
und Ideologien“ (Addis Abeba 1971)	372
Empfehlungen der Weltkonferenz über ökonomische Hilfe	
für Entwicklungsprojekte	377
4. Internationale Angelegenheiten	379
Erklärung zur Situation im Nahen Osten	379
Memorandum zur Frage der Menschenrechte	380

Stellungnahme des Zentralausschusses zu dem Memorandum	384
Einheit und Menschenrechte im heutigen Afrika	385
Die gegenwärtige Lage der vereinten Nationen und die Rolle der Kirchen . .	386
Erklärung zu Fragen der europäischen Sicherheit und Zusammenarbeit . . .	387
5. Verhältnis zur römisch-katholischen Kirche	389
Ansprache von Gen. Sekr. Dr. Blake bei dem Besuch von Papst Paul VI. in Genf	389
Antwort des Papstes	390
Bericht der gemeinsamen Arbeitsgruppe zwischen der römisch-katholischen Kirche und dem ÖRK	393
Bericht über die gemeinsame Arbeitsgruppe zwischen der römisch- katholischen Kirche und dem ÖRK	401
Strukturen der Beziehungen zwischen der römisch-katholischen Kirche und dem ÖRK	406
6. Weltvereinigungen, regionale und nationale Kirchen- und Christenräte	432
Bericht an die nationalen Christenräte und Kirchen	433
Erklärung der Konferenz für Christenräte an den Weltrat der Kirchen	440
Empfehlung an die Christenräte	442
II. Innerdeutsche Ökumene	443

EVANGELISCHE FRAUENARBEIT IN DEUTSCHLAND

Von Waltraut Rabes	446
I. Von den Anfängen	446
II. Gemeindebezogene Frauenarbeit	448
1. Die Bibelarbeit	449
2. Arbeit mit Randgruppen	449
3. Neue Formen der Arbeit mit jungen Frauen	451
4. Partner: Alter Mensch	452
III. Übergemeindliche Arbeit	453
1. Angebote für viele verschiedene Gruppen	453
2. Gewinnung und Fortbildung von ehrenamtlichen Mitarbeitern	454
3. Weltgebetstag der Frauen	455
4. Aufbauwochen für Spätaussiedler	456
IV. Besondere Arbeitszweige: Für die Familie – mit der Familie	457
1. Ev. Einrichtungen für Eltern- und Familienbildung	458
2. Bildungswochen für Mütter mit Kindern	459
3. Müttergenesung	462
4. Flankierende Maßnahmen zu § 218	464
V. Dachverband: Ev. Frauenarbeit in Deutschland E.V.	465
1. Zusammensetzung, Aufgabe und Ziele	465
2. Politische Bildung	466
3. Rechtsausschuß	467
4. Ökumenische und internationale Arbeit	467
VI. Schlußbemerkungen	469

KIRCHLICHE STATISTIK

Von Dieter Rohde

I. Kirchengemeinden, Kirchenkreise, geistliche Stelle und geistliches Amt in den Gliedkirchen der EKD nach dem Stand vom 31. 12. 1973	470
1. Gliederung der Landeskirchen	470
2. Pfarrstellen und Pfarrer	471
3. Theologischer Nachwuchs	472
Tabelle 1: Gliederung der Landeskirchen	473
Tabelle 2: Die Stellen für das geistliche Amt	474
Tabelle 3: Die Träger des geistlichen Amts	476
Tabelle 4: Emeritierte Pfarrer und Pfarrverwalter, beurlaubte Pfarrer und Pfarrer im Wartestand	478
Tabelle 5: Lebensalter der im Jahre 1973 emeritierten Pfarrer und Pfarrverwalter und der im aktiven Dienst verstorbenen Pfarrer	479
II. Äußerungen des kirchlichen Lebens in den Gliedkirchen der EKD im Jahre 1972	480
1. Taufen und Taufziffern	480
2. Trauungen und Trauziffern	481
Tabelle: Geburten und ev. Taufen im Bundesgebiet 1963–1972	482
Tabelle: Eheschließungen und ev. Trauungen im Bundesgebiet 1963–1972	484
3. Bestattungen und Bestattungsziffern	486
4. Gottesdienstbesuch und Gottesdienstbesuchsziffern	486
5. Aufnahme und Kirchenaustritte	487
Tabelle 1: Taufen	489
Tabelle 2: Kindertaufen nach dem Ort der Taufe	490
Tabelle 3: Konfirmationen	491
Tabelle 4: Trauungen	492
Tabelle 5: Trauungen von Geschiedenen	493
Tabelle 6: Kirchliche Bestattungen	494
Tabelle 7: Gottesdienstbesuch	495
Tabelle 8: Heiliges Abendmahl	496
Tabelle 9: Abendmahlsgäste	498
Tabelle 10: Aufnahmen in die Landeskirchen	500
Tabelle 11: Kirchenaustritte	501
III. Ergebnis der Statistik über die Wahlen zu den Kirchenvorständen in den Gliedkirchen der EKD in den Jahren 1970 bis 1973	502
1. Wahlbeteiligung	502
2. Die Männer und Frauen in den Kirchenvorständen	503
3. Die Altersgliederung der Männer und Frauen in den Kirchenvorständen	504

4. Die Berufe der Männer und Frauen in den Kirchenvorständen	505
Tabelle 1: Die Männer und Frauen in den Kirchenvorständen	506
Tabelle 2: Die Männer und Frauen in den Kirchenvorständen nach Altersgruppen	508
Tabelle 3a: Die Männer in den Kirchenvorständen nach Berufsgruppen. .	510
Tabelle 3b: Die Frauen in den Kirchenvorständen nach Berufsgruppen . .	510
IV. Istaufkommen an Kirchensteuern und Kirchgeld im Rechnungsjahr 1973	512
V. Deutsche Studierende des Studienggebietes „Ev. Theologie“ an den wissenschaftlichen Hochschulen im Bundesgebiet nach der überwiegenden Finanzierung des Studiums im WS 1971/72	514
VI. Deutsche Studienanfänger an den wissenschaftlichen Hochschulen im Bundesgebiet nach Studienggebieten und Religionszugehörigkeit im WS 1971/72	516
Tabelle 1: Studienanfänger im SS 1970, WS 1970/71, SS 1971 und WS 1971/72.	518
Tabelle 2: Studienanfänger des Studienggebietes „Ev. Theologie“ nach beruflicher Stellung und Art der ausgeübten Tätigkeit des Vaters	520
VII. Ergebnisse der Sondererhebungen über die Kirchnaustritte	522
I. Die Entwicklung der Kirchnaustritte von 1900 bis 1973	522
Tabelle: Kirchnaustritte in den Gliedkirchen der EKD in den Jahren 1970 bis 1973	523
II. Die Unterteilung nach Gliedkirchen	525
III. Die Unterteilung nach Geschlecht, Alters- und Berufsgruppen in den Jahren 1970 bis 1972	526

Kirchliche Zeitgeschichte 1973

I. Die Evangelische Kirche in Deutschland

Von Gottfried Niemeier

VORBEMERKUNG

„Kirche ohne Zuversicht?“ – unter dieser Überschrift stand in der Oktobernummer der Herderkorrespondenz der einleitende Aufsatz, und der erste Satz lautete: „Wer gegenwärtig Kirche sagt und von Zuversicht redet, riskiert auch unter Christen nicht ganz ernst genommen zu werden.“ Die Zeichen der Zeit deuten nach diesem Artikel weniger auf Hoffnung als auf Funktionsverlust, Rückzug und Resignation. Zwar wolle sich die Mehrheit der Menschen auch weiterhin religiös verhalten, eine gewisse Glaubenssubstanz werde auch in der säkularisierten Gesellschaft bewahrt, und christliche Lebensregeln und Riten wirkten selbst in der Gesamtgesellschaft nach, aber die Kirchen hätten ihren religiösen und ethisch-normativen Kredit verloren. Was übrig bleibe, sei eine Anzahl von Sekten Gleichgesinnter.

Ähnlich hinsichtlich der Situationsanalyse, aber mit anderen Konsequenzen äußerte sich Bischof D. Wölber in seinem der Synode der Evang.-lutherischen Kirche im Hamburgischen Staate am 15. März 1973 erstatteten „Bericht zur kirchlichen Lage 1973“. Nachdem darin von den Bemühungen um die EKD-Reform, das nordelbische Verfassungswerk, das Hamburger Kirchenkreis- und Kreisverbandsgesetz und anderen mehr die Rede war, fährt der Bericht fort:

...

2. Rückgang

Diese zahllosen Maßnahmen zu den Fragen der Konzeption und der Ordnungen erwecken den Eindruck, als seien wir ein Unternehmen, das sich eifrig auf den neuesten Stand bringen will, sich aber grundsätzlich in Sachen Angebot und Nachfrage keine Sorgen zu machen braucht. Dabei ist die Lage der Kirche offen wie seit Jahrzehnten nicht, dies im Positiven wie im Negativen.

Zum Beispiel ist es mir eine große Sorge, daß sich Eltern zunehmend der Heilszusage für ihr Kind in der Taufe verschließen. Leben wir nicht alle in Wahrheit als Begnadete? Verdanken wir uns nicht in dem Geschenk des Lebens, in den Hoffnungen, die uns tragen, Gott? Sind wir wirklich der Meinung, daß wir aus dem Nichts kommend auf eigene Faust leben, um dann im Sterben ins Nichts zu stürzen? Möchte man nicht gerade über einem Kind das Erbarmen anrufen? Aber da sind auch noch viele andere Sorgen. Der Religionsunterricht in der Schule liegt darnieder. In der Jugendarbeit ist die eindeutige Beziehung zum Zentralen, nämlich zur Beschäftigung mit der Bibel und zum aktiven Gemeindeleben stark zurückgetreten. Ganz allgemein werden die Gottesdienste weniger besucht.

Die sich abzeichnende Entwicklung führt zum Umschlag der Volkskirche in eine andere Qualität, in die Minoritätskirche, dies vorwiegend als Erosion durch den Generationsprozeß.

In unserer säkularen und pluralistischen Gesellschaft scheint traditionelle Christlichkeit

und Kircheng Zugehörigkeit zuende zu gehen. Allgemein sind Geistesgeschichte und historisches Bewußtsein zugunsten des gesellschaftspolitischen Kalküls verdrängt. Neue Traditionen bilden sich nicht mehr. Die rapiden Veränderungen in unserer Welt und das weit ausgebreitete Emanzipationsbewußtsein werden in dem Sinne verstanden, daß jeder sich am Anfang aller Dinge glaubt. Er meint, das Leben Punkt für Punkt von Grund auf neu entscheiden zu müssen. Dies ist in Wahrheit eine unendliche Überforderung des Menschen. Dies bedeutet vor allem auch ein sehr strapaziöses konfliktgeladenes menschliches Miteinander. Die Krisis meldet sich in einem alles umfassenden Geist der Kritik, des Sezierens und der Analyse. Wenn aber nichts mehr trägt und kaum noch etwas selbstverständlich sein darf, dann ist die Welt des Glaubens die fremdeste und schwierigste.

3. Soziale Effizienz

In einem Land ohne Tradition steht die Volkskirche nur noch auf einem Bein, nämlich mit ihrer sozialen Effizienz. Diese Funktion der Kirche wird weithin anerkannt. Daß die Kirche Alten, Kindern, Schwachen und Kranken hilft, und was da an Einrichtungen, Heimen, Krankenhäusern, Ausbildungsstätten, Müttertschulen, Schwesternstationen und Kindergärten, Altenheimen usw. geschaffen wurde, wird respektiert – vielleicht erst ganz, wenn der Steuerzahler erkennt, daß es sonst dem Staat mit aufzubürden wäre.

... II. Akzente

1. Interimskirche

Sollten wir eine Kirche sein, in der die Zahl der Taufen immer mehr zurückgeht, in der sich also immer weniger Mitgliedschaft vom Nachwuchs her ergibt, die aber gleichzeitig einer großen Zahl von Menschen begegnet und mit ihnen Kontakt hat, die fragen, beunruhigt sind, suchen, interessiert sind, die auch der Kirche in ihren Brückenköpfen der Beratungsstellen, der Müttertschulen, der Akademie usw. regelmäßig begegnen, dann müssen wir uns ... überlegen, was diese „Zwischenkirche“ bedeutet und wie sie zugeordnet werden kann ... Müssen wir nicht anfangen wie einst die Urchristenheit, eine Übergangssituation zur Kircheng Zugehörigkeit zu entwickeln, über ihre Arbeitsmethoden und Dienste nachzudenken und auch das Maß an Verbindlichkeit in der Offenheit zu klären? Steht nicht so etwas wie eine „Interimskirche“, eine moderne Katechumenenkirche vor uns? ...

Dabei wird – wie die Tätigkeitsberichte der EKD, gliedkirchlichen Zusammenschlüsse, Gliedkirchen, Kirchenkreise, Gemeinden und kirchlichen Werke und auch diese Jahreschronik ausweisen – auf allen Ebenen des kirchlichen Lebens mit Fleiß und Hingabe, Treue und Initiative gearbeitet. Dabei ist in dieser wissenschaftlich-technokratischen Welt ein vielfältiges neues Fragen in Gang gekommen. Man fragt nach Sinnerfüllung und Gewißheit und danach, ob wir ohne tragende geistige Werte auskommen. Hier und da läßt sich geradezu von einer Neuentdeckung der Dimension des Religiösen sprechen, die allerdings nicht selten mit Kirchenkritik oder gar Kirchenfeindschaft Hand in Hand geht.

Wie lassen sich diese Diskrepanzen zwischen kirchlichem Arbeitsaufwand und dem ständigen Sinken des Stellenwerts der Kirche, zwischen neuem Fragen und christlicher Überzeugungskraft erklären? „Liegt es an dem Zeitgeist, der, gekennzeichnet durch Diesseitigkeit, technische Weltbemächtigung und Rationalismus, für Antrieb und Inhalt christlichen Glaubens und christlicher Liebe wenig Verständnis aufbringt? Liegt es an der so weit verbreiteten Institutionskritik, die, von emanzipatorischer Selbstverwirklichung verlockt, zugleich mit der Kirche alle anderen Ordnungsgebilde menschlicher Gemeinschaft in Frage

stellt? Liegt es an den Leitbildern und Ideologien unserer Zeit, die auf den modernen Menschen verführerisch wirken und ihn eben damit der Tradition, Autorität und Überzeugungskraft der kirchlichen Botschaft entziehen? Oder liegt es daran, daß die Christen selbst keine glaubhaften Zeugen dessen sind, was ihre Botschaft besagt und ihre Betriebsamkeit an guten Werken zustande bringt?“ – fragt Präses D. Thimme in seinem der Westfälischen Landessynode am 15. Oktober 1973 erstatteten Bericht, um auf alle diese Fragen zu antworten: „Wie auch immer es um die Beurteilung der Verhältnisse und um die allgemeine Lagediagnose steht, wir tun gut daran, die Ursache für die auffallende Diskrepanz ... zuerst bei uns selbst zu suchen. Das bewahrt uns vor jedem unangebrachten Stolz im Blick auf das Geleistete und Erreichte. Statt dessen treibt es uns in die Buße und nötigt dazu, hinreichend tief anzusetzen, um den drängenden Problemen der kirchlichen Wirklichkeit auf die Spur zu kommen.“

Ein Stück konkreter Buße und kritischer Reflexion der Kirche und ihres Dienstes dürfte darin bestehen, daß die Kirche sich innerlich und äußerlich unabhängig macht von äußeren und vordergründigen Sicherungen und Sicherheiten, sei es die Gunst der Verhältnisse oder der öffentlichen Meinung, sei es das Wohlwollen des Staates oder der Gesellschaft. „Securitas“ ist eine Dimension, die im Denken und Handeln der Kirche keinen oder nur einen höchst nachgeordneten Stellenwert haben sollte; die ihrem Wesen und Auftrag gemäße Dimension ist die der „certitudo“, der Gewißheit der Treue Gottes und der Macht der Wahrheit, die Welt und Mensch und Kirche frei macht.

1. DER ZUKÜNFTIGE WEG DER EKD, STRUKTUR- UND VERFASSUNGSREFORM¹

Struktur- und Verfassungsberatungen der EKD-Synode

A. Die Synodaltagung in Bremen

Seit 1970 waren die Organe und Amtsstellen der EKD und ihrer Gliedkirchen mit der kirchlichen Struktur- und Verfassungsreform intensiv beschäftigt und haben viel Zeit und Kraft daran gewendet. Nicht weniger als vier immer wieder überarbeitete Entwürfe wurden den zuständigen Gremien zur Beratung und Entscheidung vorgelegt, weil immer wieder Bedenken und Einwände erhoben wurden. Zum Konfessionalismus hochstilisierte Konfessionalität und eine zum Territorialismus gesteigerte Territorialität zeichnen für die unablässige Kritik und das ständige Verschieben von Entscheidungen verantwortlich.

Auch die letzte vom 3. bis 6. Januar 1973 in Bremen zusammengetretene Tagung der 4. Synode der EKD, deren Legislaturperiode ablief, konnte sich nicht zu der Verabschiedung des ihr vorliegenden Grundordnungsentwurfes (EGO III) entschließen. Einmal standen andere Themen im Vordergrund des synodalen Interesses – darüber wird in den entsprechenden Sachzusammen-

1. Vgl. Kirchl. Jahrbuch 1970, S. 3ff.; 1971, S. 12ff.; 1972, S. 7ff.

hängen der Jahreschronik berichtet – vor allem aber wurde, weil sich schon vor der Synodaltagung deutlich abzeichnete, daß diese Synode die 1970 in Stuttgart mit viel Enthusiasmus und Euphorie in Gang gesetzte Reform der Grundordnung nicht mehr zustande bringen könne und werde, die Reformdiskussion nicht mit dem erforderlichen Aufwand an Zeit und Intensität geführt, vielmehr der der Synode von dem Ausschuß für Struktur- und Verfassungsfragen vorgelegte Grundordnungsentwurf entgegengenommen und der 5. Synode mit der Bitte um Aufnahme und weitere Bearbeitung übergeben. Symptomatisch für die Situation war die Nichterwähnung der Grundordnungsreform im Rechenschaftsbericht des Ratsvorsitzenden.

In seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Struktur- und Verfassungsausschusses berichtete Präses Professor D. Dr. Raiser über Abschluß und Ergebnis der Ausschußarbeit:

Der im Mai 1970 von der Synode eingesetzte Struktur- und Verfassungsausschuß legt nunmehr ... seinen abschließenden Bericht vor. Der Ausschuß ist von der Synode auf ihrer Tagung in Berlin-Spandau vom 1. bis 5. Oktober 1972 nach einer gründlichen Diskussion des dort vorgelegten Materials beauftragt worden, einen neuen dritten Entwurf einer Grundordnung auszuarbeiten. Er ist diesem Auftrag ... in intensiver, zeitlich sehr gedrängter Arbeit nachgekommen. Das Ergebnis dieser Arbeit ist der ... Entwurf, der zur Unterscheidung von den vorausgegangenen Entwürfen das Signum EGO III trägt ...

Mit dem neuen Entwurf hat der Ausschuß sich bemüht, den Ergebnissen der Ausschuß- und Plenarberatungen auf der letzten Tagung der Synode Rechnung zu tragen, die sich ja sehr wesentlich auch mit den Stellungnahmen der Gliedkirchen und anderer kirchlicher Einrichtungen zum EGO I zu befassen hatten. Es konnte und sollte also nicht darum gehen, in diesem Stadium der Arbeit noch einmal ganz neue Gedanken in die Verfassungsreform einzuführen. Andererseits war doch mehr als bloße Redaktionsarbeit zu leisten, zumal die letzte Synodaltagung noch eine Reihe von Fragen offengelassen oder in den Ausschüssen nur mit so knappen Mehrheiten entschieden hatte, daß der Struktur- und Verfassungsausschuß sich daran nicht streng gebunden, sondern zu neuer Überlegung aufgefordert fühlen mußte.

Ich verzichte ... darauf, Ihnen den neuen Entwurf hier auch nur in seinen, gegenüber dem EGO II wenig veränderten Grundlinien darzustellen, und begnüge mich damit, ohne Anspruch auf Vollständigkeit einige Bestimmungen herauszugreifen, die dem Ausschuß Mühe gemacht haben und die vielleicht auch von Ihnen als neuralgische Punkte empfunden werden könnten.

1. Die theologische Grundlage des Verfassungswerkes ist nicht verändert, aber ... klarer herausgearbeitet worden. Das gilt von dem vierstufigen Grundartikel (wie wir die Präambel lieber nennen wollen), von der Wesensbestimmung der EKD in Art. 1, dessen Fassung auf einem Plenarbeschluß der Synode beruht, und von Art. 2, in dem freilich die von vielen Seiten gewünschte ausdrückliche Bezugnahme auf die Leuenberger Konkordie noch offen bleiben mußte, solange sie nicht angenommen ist. Sollte sich die Annahme durch die deutschen Kirchen noch länger hinziehen, so schlägt der Ausschuß – in Übereinstimmung mit der Generalsynode der VELKD – vor, eine gemeinsame theologische Erklärung der Gliedkirchen abzufassen, die die wesentlichen Elemente der zwischen ihnen bestehenden Kirchengemeinschaft darlegen sollte. Die folgenden Artikel im Teil I, auch Art. 7 über das Mitgliedschaftsrecht, sind inzwischen wohl außer Streit.

2. In dem seit EGO II eingeschobenen Teil II, also Art. 10–15 ist nur darauf zu verweisen, daß der Ausschuß an der Norm des Art. 10c (in EGO I Art. 8) trotz des Einspruchs von Württemberg im Prinzip glaubte festhalten zu sollen. Er hat aber den dagegen erhobenen Bedenken durch die Verfahrensbestimmungen des Art. 41a Rechnung getragen, so daß nun eine Verständigung möglich sein mußte.

3. Der Katalog der Gemeinschaftsaufgaben in Art. 12 Abs. 2 ist noch etwas erweitert,

andererseits aber von der umstrittenen Verknüpfung mit der Kompetenz zum Erlaß von Rahmengesetzen in Art. 17 gelöst worden. Damit wird hoffentlich noch deutlicher als bisher, daß die Wahrnehmung von Gemeinschaftsaufgaben nicht nur und nicht einmal in erster Linie durch Rechtssetzung geschieht. Die abgestufte Rechtssetzungsbefugnis der EKD-Organen ist im übrigen in den Art. 16b–22 nun wohl so weit abgeklärt, daß sie vor der Kritik bestehen kann.

4. Die Fassung der Art. 14–15a, in denen das Verhältnis der EKD zu den Arbeitsfeldern der Diakonie, der Mission, der Ökumene und der Auslandsarbeit behandelt ist, läßt erkennen, daß die Pläne für weitergreifende Strukturreformen zurückgestellt werden mußten. Die Fassung des Art. 14 entspricht mit geringen Änderungen einem Vorschlag des Diakonischen Rates. Für die Mission schien nun in Art. 14a eine eigene Bestimmung angemessen. Die Art. 15 und 15a sind im wesentlichen unverändert aus EGO II übernommen.

5. Die Einfügung eines eigenen Teiles IV über die gliedkirchlichen Vereinigungen und Zusammenschlüsse (Art. 27 und 27a) entsprach einem Wunsch der beiden großen Zusammenschlüsse, also VELKD und EKU. Zwischen ihnen und mit dem Rat haben über die rechtliche Ordnung der Beziehungen Gespräche stattgefunden, deren wesentlicher Ertrag in die Fassung des Art. 27a eingegangen ist. Die dahinterstehende kirchen- und konfessionspolitische Problematik ist auf der letzten Synodaltagung erörtert worden; die Synode sollte sich jetzt entscheiden, ob sie das in Art. 27a enthaltene Angebot der VELKD so annehmen will und ob es bei der vorgeschlagenen, mindestens sprachlich nicht ganz befriedigenden Unterscheidung von Vereinigungen und Zusammenschlüssen bleiben soll.

Im Zusammenhang mit Art. 27a ist auch Art. 43 Abs. 4 S. 2 zu sehen, der ein Recht der beiden Zusammenschlüsse zur Teilnahme an Sitzungen der Kirchenkonferenz ohne Stimmrecht vorsieht. Dazu muß angemerkt werden, daß der Reformierte Bund ein solches Recht dann auch für sich fordert.

6. Im Abschnitt über die Synode (Teil V Art 29–41) ist als erstes auf die Neufassung der Art. 30 Abs. 1 und 31 Abs. 2 hinzuweisen. Die nun vorgeschlagene Erhöhung der Zahl der vom Rat zu berufenden Synodalen von bisher 20 auf 25, von denen 10 dem Bereich der kirchlichen Werke, Verbände und Einrichtungen angehören müssen, und damit der Gesamtzahl der Synodalen von 120 auf 125, war in EGO I und II noch nicht vorgesehen und auch von der Synode auf ihrer letzten Tagung nicht gefordert worden. Der Ausschuß hat sich nach lebhaften Diskussionen mehrheitlich zu diesem Vorschlag entschlossen, eine einerseits den berechtigten Wünschen der Werke, Verbände und Einrichtungen, die jetzt aus eigenem Entschluß eine Konferenz bilden, nach wirksamer Vertretung in der Synode Rechnung zu tragen, andererseits aber die Möglichkeit des Rates, auch außerhalb solcher Organisationen stehende, für das kirchliche Leben wichtige Persönlichkeiten zu berufen, nicht zu sehr zu beschneiden. Die vorgeschlagene Lösung ist ein Kompromiß, der das Stimmengewicht der von den Landessynoden gewählten Synodalen im Verhältnis zu den vom Rat berufenen ein wenig verringert und die Gesamtzahl vermehrt, beides aber doch wohl noch in tragbarem Maße.

7. In dem auf der letzten Synodaltagung lebhaft diskutierten Verhältnis der Gewichte von Synode und Kirchenkonferenz war der Ausschuß bestrebt, durch einige Korrekturen am EGO II die Stellung der Synode wieder etwas zu stärken. Sie hat jetzt ein selbständiges Initiativrecht im Gesetzgebungsverfahren (vgl. Art. 16b Abs. 2; 17 Abs. 2; 37; anders nur Art. 20), und sie soll nach der neuen, differenzierten Fassung des Art. 38 jedenfalls bei einfachen Kirchengesetzen (Abs. 2 im Gegensatz zu Abs. 3) die Möglichkeit haben, ein Veto der Kirchenkonferenz nach Einschaltung des Vermittlungsausschusses zu überwinden. Der Ausschuß hofft, daß auch die Gliedkirchen dieser mittleren Lösung zustimmen werden. Dabei bleibt das bereits erwähnte Widerspruchsverfahren wegen verfassungsrechtlicher Bedenken nach Art. 41a unberührt.

8. Die Bestimmungen über Kirchenkonferenz (Art. 42–44) und Rat (Art. 46–51) sind nicht mehr wesentlich geändert worden; die Frage, ob es nur nebenamtliche oder auch hauptamtliche Ratsmitglieder geben soll, ist jetzt ganz offengelassen. Unverändert gegenüber EGO II blieb nach erneuter Überlegung im Ausschuß auch Art. 54 über Aufgabe und Organisation des Kirchenamtes.

9. Die Bestimmungen des Teils VI, Finanzen (Art. 55–63) sind gegenüber EGO II kaum mehr verändert worden. Die Streichung des 3. Satzes in Art. 55 Abs. 1, der bei wesentlicher Änderung der Verhältnisse eine Änderung des Anteilsatzes der EKD forderte, hat nur redaktionelle Bedeutung: Dies Prinzip muß als selbstverständlich gelten; eine hinreichend genaue Festlegung in der Grundordnung schien dagegen weder möglich noch tunclich.

10. Der bisher nur als Merkpösten aufgenommene Art. 64 über die Gerichtsbarkeit ist jetzt etwas näher ausgestaltet worden. An der Einrichtung eines Verfassungs- und Verwaltungsgerichts der EKD will der Ausschuß festhalten; die Bestimmung des Abs. 4 soll es den Landeskirchen ermöglichen, davon auch für ihre Rechtsfragen Gebrauch zu machen.

Abschließend kann ich sagen, daß der Struktur- und Verfassungsausschuß nach mehr als zweijähriger unverdrossener Arbeit und nach der Verarbeitung einer Vielzahl von Stellungnahmen und Diskussionen den Entwurf nunmehr für genügend ausgereift ansieht, um ihn zur Annahme als Grundordnung der EKD empfehlen zu können. Ich kenne zwar die These, eine kirchliche Verfassung benötige eine Inkubationszeit von 5–6 Jahren, aber ich habe einen rational überzeugenden Grund bisher dafür nicht finden können. Gewiß ist der Entwurf im ganzen und in vielen seiner Einzelbestimmungen das Ergebnis von Kompromissen. Aber wenn wir innerhalb der EKD das Prinzip des kooperativen Föderalismus, von dem ich im November 1971 auf unserer Frankfurter Tagung sprach, praktizieren wollen, so müssen wir auch zu Kompromissen bereit sein. Sie haben manche Anfangsimpulse und -hoffnungen gedämpft, aber auch manche, für die Gemeinsamkeit in der EKD vielleicht bedrohliche Befürchtungen behoben. Sie haben die Verfassungskonzeption, die hinter dem Entwurf steht, da und dort um einen Schatten getrübt oder um eine Möglichkeit verkürzt, aber nicht zerstört. Die vor einigen Monaten in Berlin-Spandau geäußerte Meinung, die EKD falle mit dieser Grundordnung weit hinter die Eisenacher Verfassung von 1948 zurück, kann ich nicht teilen. Was uns in den letzten 25 Jahren in der EKD an Gemeinsamkeit zugewachsen ist, kommt in diesem Entwurf zur Geltung; was künftig an noch engerer Gemeinsamkeit wachsen mag, wird durch ihn ermöglicht, nicht verhindert.

Leider ist es noch nicht so weit, daß der Entwurf auf dieser Tagung zum Gesetz erhoben werden könnte, selbst wenn er Billigung findet. Er bedarf noch kleiner redaktioneller Glättungen, mindestens einer neuen Durchzählung der Artikel. Es fehlt auch noch ein Einführungsgesetz, das den Übergang von der alten zur neuen Ordnung regeln müßte. Vor allem aber haben ja einige Landeskirchen gewünscht, den Entwurf in einem zweiten Durchgang vorgelegt zu erhalten, ehe er verabschiedet wird. So müssen wir den Verfassungsbeschluß der nächsten Synodalperiode überlassen ...

Der von der Synode verabschiedete Beschluß lautet:

ZUM ENTWURF III EINER GRUNDORDNUNG FÜR DIE EVANGELISCHE KIRCHE IN DEUTSCHLAND

Die Synode hat den Abschlußbericht des von ihr im Mai 1970 eingesetzten Ausschusses für Struktur- und Verfassungsfragen sowie den von dem Ausschuß vorgelegten Entwurf einer Grundordnung für die Evangelischen Kirche in Deutschland (EGO III) entgegengenommen.

1. Die Synode beschließt den Entwurf für eine Grundordnung der Evangelischen Kirche in Deutschland und übergibt ihn der 5. Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland mit der Bitte, ihn aufzunehmen und für die Einleitung des Gesetzgebungsverfahrens zu sorgen.
2. Das Präsidium wird beauftragt, den Text unter Berichtigung redaktioneller Unstimmigkeiten in neuer Zählung der Artikel festzustellen.
3. Der Rat wird gebeten, den Entwurf den Gliedkirchen zuzuleiten. Diese erhalten damit Gelegenheit, den vorliegenden Entwurf erneut zu prüfen und Bedenken, die eine spätere

Annahme der Grundordnung in den Gliedkirchen in Frage stellen könnten, geltend zu machen. Die Gliedkirchen sollen gebeten werden, Stellungnahmen dieser Art bis zum 30. November 1973 dem Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland vorzulegen.

B. Die Synodaltagung in Coburg

Was manche schon in Bremen voraussahen und voraussagten, trat ein: Auch auf der konstituierenden Tagung der 5. EKD-Synode, die um die Monatswende Mai/Juni 1973 in Coburg zusammentrat, konnte kein Beschluß über die neue Grundordnung gefaßt werden. Sie wurde wie manches andere – wie der kritisch Bilanz ziehende Rechenschaftsbericht des Ratsvorsitzenden und das von dem Leiter der Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen Pfarrer Aichelelin gehaltene theologische Haupt- und Grundsatzreferat „Weltanschauliche und religiöse Strömungen unserer Zeit in ihrer Bedeutung für den Auftrag der Kirche“ – ein Opfer der Wahlverhandlungen und Wahlhandlungen. Eben diese waren und sind aber von ähnlicher Bedeutung für den zukünftigen Weg der EKD wie der noch nicht gefaßte Beschluß zur neuen Grundordnung.

Ein neues Synodalpräsidium, ein neuer Rat und ein neuer Ratsvorsitzender waren zu wählen und wurden in einer längeren Reihe von Wahlgängen gewählt; diese Neuwahl war mehr als eine routinemäßige Wachablösung. Mit diesen Wahlen wurde eine Cäsar vollzogen, ein Schlußstrich unter den kirchengeschichtlichen Zeitabschnitt des Wiederaufbaus in der Nachkriegszeit gemacht. An die Stelle der Männer, die zum Teil länger als 20 Jahre hindurch die EKD prägten und aus Altersgründen ausschieden, treten andere Persönlichkeiten, die nicht mehr durch von ihnen mitgetragenen Kirchenkampf und die Verantwortung für den Neubeginn nach der Katastrophe von 1945 geprägt sind, sondern durch Erkenntnisse, Erlebnisse und Erfahrungen der Zeit danach. Wie in der neuen Synode sind auch im neuen Rat überwiegend Frauen und Männer vertreten, die erst nach 1945 Verantwortung übernommen haben. So wurde mit der Coburger Synode ein neuer Anfang gemacht, und ihre Wahlentscheidungen stellen zugleich Vorklärungen für die zur Entscheidung anstehenden Sachfragen und für das Arbeitsprogramm dar, das die Synode sich vornahm.

Schon bei ihrer konstituierenden Sitzung und den zu treffenden Entscheidungen zeigte die neue Synode beachtliche Initiative, Selbständigkeit und Entscheidungsfreudigkeit. Deutlich zeichnete sich ab, daß ihr Arbeitsstil anders werden dürfte als der früherer EKD-Synoden. Das läßt hoffen, daß sie auch in der Frage der Struktur- und Verfassungsreform weniger von Vertagung, Kompromissen und Verschiebung fälliger und überfälliger Entscheidungen und vom Weiterfahren in alten Geleisen hält als von Schritten nach vorn, auch wenn sie Risiken einschließen.

Wie üblich waren über die Wahlen mancherlei Vorgespräche geführt, Kontakte aufgenommen und – allerdings für die Synode unverbindliche – Verabredungen getroffen, von denen einiges pressekundig geworden war. Über all das aber ging die Synode hinweg. Als sich bei der Wahl des Präses in zwei Wahlgängen keine qualifizierte Mehrheit für eine der beiden vorgeschlagenen Persönlichkeiten ergab, änderte die Synode ihre Geschäftsordnung, in der sie die Sperre aufhob. Damit

machte sie gleich zu Anfang klar, daß sie sich nicht durch Tradition und überkommene Spielregeln bremsen und binden läßt, wenn diese eine Entscheidung verhindern oder verzögern. Die gleiche Selbständigkeit bewies die Synode bei der Wahl des Rates und seines Vorsitzenden. Auf die verjüngte Führungsmannschaft kommen große und schwierige Aufgaben zu.

In seinem der Synode erstatteten Rechenschaftsbericht, der zugleich Rückblick auf die abgelaufene Legislaturperiode und Ausblick auf die nächsten zu tuenden Schritte war, führte der scheidende Ratsvorsitzende Landesbischof D. Dietzfelbinger zur Grundordnungsreform aus:

EKD-REFORM

Seit der Mai-Synode 1970 bewegt uns die Struktur- und Verfassungsreform der EKD. Die Gründung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR war erfolgt, die Teilung war zur Kenntnis genommen. Nun wollte man sich der Verbesserung der Ordnung des verbliebenen Teiles der EKD in der Bundesrepublik und Westberlin zuwenden. Die schon länger notwendigen, aber in der schwebenden Lage aufgeschobenen Reformen, etwa bezüglich des Ausbaues der Dienststellen und der Zuordnung der Werke, vor allem von Diakonie und Mission, warteten darauf, angegriffen zu werden. Die Erfahrung größerer Gemeinsamkeit kam hinzu. „Unter uns ist eine Bewegung im Gange, welche die bestehende Gemeinschaft des Zeugnisses und Dienstes unserer bekenntnisbestimmten Kirchen vertiefen und stärken will“, hieß es in der Entschließung vom 15.5.1970. Das Ergebnis der mit Hingabe und Leidenschaft geleisteten Arbeit ist der auf der Synodaltagung in Bremen abgeschlossene Entwurf EGO IV, der dieser Synode zugeleitet ist. Durch den Rat ist er zugleich allen Gliedkirchen zugegangen mit der Bitte um nochmalige Stellungnahme bis 30.11.1973. Diese Synode wird nun das Reformwerk zum Abschluß zu bringen haben, wie wir hoffen, in einer dem Leben der EKD hilfreichen Form. Ich selber verschweige auch hier nicht meine Zurückhaltung gegenüber dem Entwurf. Bei Anerkennung der geleisteten Arbeit weiß ich doch nicht, ob die darin versuchte stärkere Institutionalisierung für die Gemeinschaft des Protestantismus in Deutschland in Zukunft nur dienlich und förderlich sein wird. Es ist nicht gut, das sehr empfindliche Gleichgewicht von Gemeinsamkeit und Unterschiedenheit nach der einen oder nach der anderen Seite zu verschieben. Von den drei Buchstaben in der Abkürzung EKD – Evangelische Kirche in Deutschland – ist das Problem „D“ bis auf weiteres durch die Teilung Deutschlands beantwortet. Um das Problem „K“ ging und geht es stark in der Diskussion um die Verfassungsreform. Welches ist die entsprechend bessere, der derzeitigen Situation angemessenere Definition gegenüber der bisherigen? Rechtliche, dogmatische, geschichtliche, volkskirchliche Gesichtspunkte wollen dabei bedacht werden, vor allem auch, was ein Memorandum vom Frühjahr 1971 so aussprach: „Der zunehmend fiktive Charakter von Kirchenorganisation ohne genügende Realitätsbezogenheit hat gefährliche Rückwirkungen auf den Kirchenbegriff. In dem Maße, in dem Kirche außerhalb erlebter und erfahrener Gemeindewirklichkeit konstituiert wird, gewinnt sie einen pseudo-theologischen Charakter. Sie fördert das gefährliche Denken, daß Kirche ohne Gemeinde möglich sei und daß der Amtsträger mehr bedeute als die lebendige Beteiligung der Gemeinde.“

Der scheidende Präses Professor D. Dr. Raiser hielt eine mit minutenlangem Beifall aufgenommene Ansprache, die Bericht und Vermächtnis zugleich war:

Das Präsidium, das diese Tagung vorbereitet hat und dem ich selbst noch angehört habe, hat mich gedrängt, noch einige Überlegungen zum weiteren Weg dieser Synode und der EKD im ganzen festzuhalten und vorzutragen, um etwas von den Erfahrungen, die ich in 24 Jahren als Synodaler und in den letzten drei Jahren als Präses und Ratsmitglied erworben habe, nicht nur in privaten Gesprächen versickern zu lassen. Ich komme diesem Wunsch nur zögernd nach. Es gibt ja doch – vor allem unter den Ratsmitgliedern, deren

Amtszeit jetzt abläuft, – eine Anzahl von Männern, die viel länger als ich und mit ihrer vollen Kraft in leitenden Ämtern Verantwortung für unsere Kirche getragen haben, mit denen ich mich also an Erfahrungen und Übersicht nicht messen kann. Sie sind überdies ausgezeichnet durch die Narben des Kirchenkampfes und haben teil am Ruhm der Bekennenden Kirche, während ich erst nach 1945, als ein von den hinter uns liegenden Schrecken Erschütterter, den Weg zu kirchlichen Aufgaben gefunden habe ...

Von den kirchlichen Institutionen, über die ich sprechen sollte, steht nun gewiß die Synode im Vordergrund. Ich habe nie einer Landessynode angehört, kann also nur von Erfahrungen in der EKD-Synode sprechen. Dem Nachteil, daß mir der ständige Vergleich fehlt, steht vielleicht der Vorteil gegenüber, daß ich ohne vorgeprägte Vorstellungen davon, was eine Synode sein soll, das Phänomen dieser Synode habe in mich aufnehmen können. Dazu ist zunächst festzustellen, daß diese Synode in ihrer Zusammensetzung, in ihrem Selbstverständnis und in ihrem Selbstbewußtsein in den bisherigen vier Synodal-Perioden starken Wandlungen unterworfen war. Ich verzichte darauf, diesen Weg voll nachzuzeichnen. In ihm spiegelt sich ja weithin der Weg der EKD im ganzen seit 1945 oder 1948 ... Nur zwei oder drei dieser Wandlungen will ich kurz hervorheben.

Die eine ist die von Synodal-Periode zu Synodal-Periode deutlicher – und vielleicht deutlicher als im Rat – sich vollziehende Ablösung von der Kirchenkampfzeit, mit allen ihren Erinnerungen, Erfahrungen, Fragestellungen und auch innerkirchlichen, sachlichen und menschlichen Konflikten. Die andere Wandlung ist der in seinen Einzelschritten unendlich mühsame Prozeß der Schrumpfung von einer gesamtdeutschen zu einer westdeutschen Synode. Er ist ein Stück politischer und Kirchengeschichte ...; aber für das Selbstverständnis der Synode hat er bedeutet, daß sie auf den – zwar nie ausdrücklich formulierten und von Anfang an politisch und theologisch fragwürdigen, aber gewissermaßen in der Luft liegenden Anspruch verzichten mußte, die Funktionen eines gesamtdeutschen Ersatzparlamentes wahrzunehmen. Es ist völlig klar, daß diese jetzige fünfte Synode diese beiden politisch-geistigen Erbschaften entschlossen hinter sich gelassen hat. Eine dritte Wandlung, in der wir noch begriffen sind, ist die von einer fügsamen – manchmal vielleicht allzu fügsamen – zu einer gespannt kritischen, um nicht zu sagen aufsässigen, Synode. Diese Wandlung hat erst unter meiner Amtszeit als Präses eingesetzt. Die von der jungen Generation ausgelöste, unser ganzes politisches Leben kennzeichnende erhöhte Sensibilität für Demokratie wirkt nun auch in die Kirche hinein ...

Neben diesen historischen Faktoren sind aber auch strukturelle Besonderheiten zu nennen, die für diese Synode kennzeichnend sind. Sie wird von allen Landeskirchen beschickt; das bedeutet, daß hier unterschiedliche synodale Traditionen aufeinanderstoßen ... Stark vereinfacht geht es um den Unterschied zwischen dem presbyterial-synodalen Prinzip der Reformierten und der Gegenüberstellung von Amt und Gemeinde nach lutherischer Auffassung. Unbeschadet der Tatsache, daß sich der synodale Gedanke in der Breite des deutschen Kirchenrechts erst im 19. Jahrhundert – und sicher als Folge des Aufkommens konstitutioneller Verfassungen im Staatsrecht – durchgesetzt hat, wirken jene Unterschiede bis heute in der EKD-Synode nach und erschweren es etwas, eine einheitliche EKD-Tradition zu stiften und durchzuhalten. Eine solche Tradition hätte davon auszugehen, daß unsere Synode nach unserer Grundordnung nicht oberstes Organ, also auch dem Rat gegenüber nicht weisungsbefugt ist, den Rat also als Gegenüber erlebt, sonach eher dem lutherischen Verständnis des Gegenüber von Amt und Gemeinde verhaftet ist, daß sie aber immerhin durch die Wahl des ganzen Rates auf Zeit und dessen Rechenschaftspflicht einen kontrollierenden Einfluß auf ihn nehmen kann und nehmen soll.

Die Herkunft der Synodalen aus verschiedenartigen Kirchen schafft aber noch weitere Schwierigkeiten. Diese Synodalen stehen dadurch in einem Loyalitätskonflikt zwischen der Bindung an die entscheidenden Heimatkirchen und Heimatsynoden und den Aufgaben, die die Gemeinsamkeit in der EKD stellt. Und sie haben wohl nicht genug Gelegenheit, diesen Konflikt gehörig zu verarbeiten, weil zeitlich gedrängte Tagungen in meist einjährigem Abstand nicht ausreichen, um das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit unter ihnen genügend zu stärken. Häufigere Sitzungen in den letzten zwei Jahren und die über mehrere Sitzungen fortlaufende Arbeit an der Verfassungsreform haben die Integration gefördert, stießen aber schon hart an die Grenze des für Laien-Synodale Zumutbaren.

Auch in Parlamenten tun sich neugewählte Abgeordnete schwer, ihren Platz zu finden. In unserer Synode führen die genannten Faktoren zu einer Vereinsamung der Synodalen, die man vielleicht als protestantisches Prinzip loben mag und die sicher Professoren und anderen selbstbewußten und redegewandten Matadoren behagen mag, die aber auch viele Synodale unsicher macht und jedenfalls die Effizienz der synodalen Arbeit beeinträchtigt.

Zu den Eigentümlichkeiten der EKD-Synode gehört es schließlich, daß sie überwiegend aus einem mehrstufigen, von den Gemeinden nicht zu beeinflussenden Wahlverfahren hervorgeht, und schon darum nicht für sich in Anspruch nehmen kann, in ihrer Zusammensetzung die soziale Struktur unserer volksskirchlichen Gemeinden widerzuspiegeln. Sie gleicht in dieser Hinsicht mehr den Honoratioren-Parlamenten des 19. Jahrhunderts als den Volksvertretungen unserer Tage. Nun hat zwar Gustav Heinemann in seiner Emdener Rede von Oktober 1971 den Unterschied von Synode und Parlament herausgearbeitet ... Aber das konnte nicht verhindern, daß im Zeichen der vom Zeitgeist geforderten Demokratisierung innerhalb und außerhalb der Synode die kritische Frage gestellt wurde, ob denn diese Synode nicht eigentlich ein reichlich antiquiertes, noch dazu wenig leistungsfähiges Instrument sei. Ein gut Teil der zuvor geschilderten Unruhe in der Synode selbst geht – wie mir scheint – auf solche Zweifel zurück.

Demgegenüber möchte ich, nach langem Nachdenken über diese Fragen, sagen, daß ich diese Zweifel nicht teilen kann. Ich möchte jedenfalls davor warnen, bestehende Mängel um einer politischen Ideologie willen mit ungeeigneten Mitteln bekämpfen zu wollen. Maßstab für die Richtigkeit einer Synodal-Konzeption darf nicht die Frage sein, ob sie den Vergleich mit einer Volksvertretung in modernen Großdemokratien aushält, sondern, ob sie ihre besondere kirchliche Funktion zu erfüllen vermag. Diese Funktion aber besteht, wie ich meine, anders als im Staat nicht primär in der Ausübung oder Kontrolle politischer Macht und gerade in der EKD-Synode auch erst in zweiter Linie in der Wahrnehmung der legislativen Gewalt; sondern sie besteht vornehmlich in der geistigen Auseinandersetzung mit dem Ziel, dem Verkündigungsauftrag der Kirche unter den jeweiligen geschichtlichen Bedingungen zu seiner sachgerechten und wirksameren Erfüllung zu verhelfen und gleichzeitig das Kirchenregiment, dem die Ausführung in eigener Verantwortung anvertraut ist, zu bestellen und zu kontrollieren. Ich will mich aber in Anwesenheit so vieler Theologen und mehrerer Politologen nicht auf die weitere Erörterung einer Theorie der Synode einlassen, sondern alsbald dazu übergehen, einige praktische Folgerungen aus dieser Funktionsbestimmung wenigstens anzudeuten.

1. Nicht alle sozialen Schichten und Berufsgruppen des Kirchenvolkes mit ihren divergierenden materiellen Interessen und politischen Anschauungen müssen in einer Synode vertreten sein. Worauf es ankommt, ist, daß alle relevanten Meinungen in bezug auf den Auftrag der Kirche und auf die Wege, diesen Auftrag zu erfüllen, in ihr vertreten sind. Das rechtfertigt den großen Anteil, aber gewiß nicht ein Übergewicht von Theologen. Es nötigt andererseits zu einer Berücksichtigung von Minderheiten. Das schließt die Bildung von Parteien im politischen Sinn im kirchlichen Raum aus und macht nach meiner Überzeugung – und, wie ich hinzufügen darf, nach meiner württembergischen Erfahrung – Wahlkämpfe zu einem fragwürdigen, für die EKD-Synode schon aus praktischen Gründen indiskutablen Mittel. Demgegenüber ist die Stufenwahl das ganz gewiß nicht ideale, aber relativ bessere Verfahren.

2. Fraktionen im parlamentarischen Sinn als Aktionsgemeinschaften zur Eroberung und Behauptung politischer Macht sind in einer Synode funktionswidrig, sie würden – mit einem Ausdruck der Soziologie – dysfunktional wirken. Wohl aber sollte die Bildung von Arbeitskreisen zur Vorverständigung über gemeinsame Überzeugungen, Argumente und Ziele, zur Vorbereitung von Anträgen und dergl. gefördert werden, nach meiner Überzeugung auch durch die Bereitstellung von Mitteln aus einem dafür zu schaffenden, vom Präsidium zu verwaltenden Fonds. Die nach dem Gesagten bei der EKD-Synode erhöhte Gefahr der Vereinzelung der Synodalen könnte damit gemildert, die Integration über die landeskirchlichen Grenzen hinweg erleichtert und die Effizienz der Synodalarbeit durch Verteilung von Aufgaben innerhalb solcher Gruppen gesteigert werden. Die Anfänge zu solcher Gruppenbildung in unserer Synode verdienen also nach meiner Meinung Ermütigung. Sie scheinen mir im Zeitalter der Leuenberger Konkordie auch die heutigen Fron-

ten im Meinungskampf besser wiederzugeben und dem wechselnden Frontenverlauf elastischer folgen zu können als die alten konfessionellen Blöcke, die in den letzten Jahrzehnten die EKD-Synode so stark beeinflusst haben.

3. Die Synode ist mehr als nur ein Diskussionsforum zur geistigen Bereicherung der Teilnehmer. Sie muß als Organ der Kirche Entscheidungen fällen, Ziele setzen, etwa auch öffentliche Erklärungen abgeben. Das kann nur im Hören aufeinander und gewiß oft auch nur durch die Bereitschaft zum Kompromiß geschehen. Aber es ist falsch zu glauben, die Synode sei der Einheit der Kirche schuldig, nicht überwundene Meinungsverschiedenheiten durch Leerformeln zu verschleiern. Diese Einheit der Kirche, nach der wir streben, ist wie der Frieden kein Zustand, sondern ein Prozeß, der immerwährende Anstrengung erfordert. Klare Aussagen, die auch der vielleicht nur einstweilen unterlegenen Minderheitsmeinung Raum geben, nützen der öffentlichen Wirkung der Kirche in die Gemeinden hinein und nach außen mehr als dilatorische Formelkompromisse. Ich habe darum die so oft verspottete sogenannte Ohnmachtsformel der Synode – ich glaube es war 1958 –, die vergeblich versucht hat, Übereinstimmung in der Frage der Verwendung von Atomwaffen zu erreichen, und die sich nicht anders zu helfen wußte, als diesen Konflikt darzustellen und am Ende zu sagen, „wir bleiben unter dem Evangelium zusammen“ – ich sage, ich habe diese Ohnmachtsformel als richtigen Weg einer Synode in solcher Lage empfunden. Wir sollten dieses „Wir bleiben unter dem Evangelium zusammen, wir halten uns fest und lassen uns nicht los“ gerade in solchen Konflikten ernst nehmen. Sie ist die einer Synode würdige Form, solche Konflikte auszutragen.

4. So wichtig die Funktion der Synode im Organismus der verfaßten Kirche ist, so unklug wäre es, sie dabei zu überfordern. Ihr Einfluß und ihre richtungsgebende Wirkung ist größer, wenn sie sich auf wesentliche Fragen konzentriert, als wenn sie sich in vielen Aufgaben zersplittert. Das gilt für ihre Arbeit im ganzen und für jede einzelne Tagung. Auch in dieser Hinsicht kann der Vergleich mit staatlichen Parlamenten nicht das Maß setzen, schon weil lange Sitzungsperioden bei Synoden gar nicht möglich sind. Selbst die personelle Reduktion auf ständige Ausschüsse statt häufiger Plenarsitzungen ist ein nur mit Vorsicht zu betretender Ausweg. Eher wäre zu überlegen, Gruppen von Synodalen bestimmte Interessengebiete für eine ganze Synodalperiode als spezielles Arbeitsfeld zuzuweisen, auf dem sie zusätzliche Informationen erhalten und für das sie bei Synodaltagungen den qualifizierten Kern von Tagungsausschüssen bilden könnten. Ein Leitgedanke muß jedenfalls sein, mit der Zeit und der Arbeitskraft von Synodalen schonend umzugehen. Es könnte sonst sein, daß in unserer so ungemein kompliziert vielgliedrigen kirchlichen Organisation das Synodalprinzip an der übermäßigen Beanspruchung der Synodalen eines Tages erstickt.

Ich verlasse damit die institutionellen Fragen der Synode und wende mich noch mit ganz wenigen Bemerkungen dem Rat zu, dem ich freilich nur drei Jahre lang angehört habe. Dieser Rat hat ja keine alte Geschichte; bei seiner Konzeption haben wohl die Bruderräte der Bekennenden Kirche Pate gestanden. Faktisch ist er das zentrale Leitungsorgan der EKD. Diese Funktion und die verfassungsrechtliche Schwäche der Kirchenkonferenz hatten von Anfang an zur Folge, daß die großen Gliedkirchen durch ihre leitenden Männer im Rat vertreten sein wollen und vertreten sein müssen, um Gleichschritt von EKD und Gliedkirchen zu wahren. Von diesem faktischen Zwang ist auch jetzt bei den Wahlen, die wir in diesen Tagen vorzunehmen haben, auszugehen. Für diese Lösung spricht weiter, daß so die Erfahrungen und die Problemkenntnis aus dem Arbeitsfeld der Gliedkirchen, das sich ja nicht ganz mit dem der EKD deckt, in die Arbeit des Rates mit eingehen können. Aber der offensichtliche Nachteil ist, daß die Tätigkeit im Rat für seine Mitglieder ein dem vollen Terminkalender mühsam abgerungenes Nebenamt bleibt und daß Interessenkonflikte zwischen EKD und Gliedkirchen nicht immer leichter zu lösen sind, wenn sie in derselben Brust ausgetragen werden müssen.

Die Vermehrung der Zahl der Ratsmitglieder von 12 auf 15, die 1970 auch für die verkleinerte EKD beschlossen worden ist, sollte das Laienelement im Rat stärken. Trotzdem ist es mir auch in den drei Jahren meiner Mitarbeit im Rat zweifelhaft geblieben, ob das ein glücklicher Schritt war, vor allem weil der Rat sich bisher nicht hat entschließen können, ständige Ausschüsse zu bilden und Teilaufgaben an sie zu delegieren. Dabei ist doch die

Arbeitslast des Rates und der fast tägliche Zugang von Papieren kirchlicher Dienststellen, also das Lesepensum jedes Ratsmitgliedes zwischen den Sitzungen erschreckend groß. Dazu kommt der Zeit- und Kraftaufwand von monatlich zwei Sitzungstagen unter Beteiligung der Mehrzahl der Referenten der kirchlichen Dienststellen. So viel ich bei dieser Arbeit gelernt habe und so viel mir die darin gewachsenen menschlichen Bindungen bedeutet haben und weiterhin bedeuten werden, so kann ich doch dem neuen Rat nur wünschen, daß es ihm besser gelingt als es uns gelungen ist, seine Arbeit zu rationalisieren, etwa den Schnitt zwischen Regieren und Verwalten entschlossen zu ziehen. Dann könnte es auch leichter werden als es heute ist, Laien für die Mitarbeit im Rat zu gewinnen.

Wenn ich zum Abschluß meiner aktiven Mitarbeit in den Leitungsorganen der EKD noch ein kurzes Wort zur Lage unserer Kirche und zu ihrem weiteren Weg sagen darf, so bestimmen mich Hoffnung und Sorge, Sorge und Hoffnung zugleich. Der Weg wird in vielem schwieriger werden, als er in der jetzt endgültig hinter uns liegenden Nachkriegszeit war. Die Kirche ist von innen her starken Spannungen ausgesetzt, die auch die Gemeinden verwirren, die Organe lähmen und die zur Zerreißprobe werden können. Und die Kirche wirkt in einer Gesellschaft, in der nach dem Bild, das uns Pfarrer Aichelin gestern gezeigt hat, die Religiosität zwar nicht erstorben ist, sogar da und dort neue Kraft gewinnt, aber einstweilen meist ganz andere Wege der Befriedigung sucht als die, die unsere Kirche bietet, eine Gesellschaft auch, die der Kirche als Institution zunehmend kühl, wenn nicht abweisend gegenübersteht. In dieser Lage stellt der Rückzug in die Innerlichkeit, das Ausharren in kleinen, aber dafür lebendigen Gruppen, also der entschlossene Schritt von der großen Volkskirche zur kleinen Freiwilligkeitskirche für viele ernsthaften Christen, auch für mich, immer wieder eine starke Versuchung dar. Indessen meine ich, daß wir dieser Versuchung nicht nachgeben dürfen. Wir liefen damit Gefahr, dem Verkündigungsauftrag untreu zu werden, der doch allein den Platz der Kirche in der Welt legitimiert. Um dieses Auftrages willen darf die Kirche nicht nachlassen, ihre Einheit gegenüber den Spannungen durchzuhalten. Und ich sagte schon, daß hier nach meiner Überzeugung eine zentrale Aufgabe unserer Synode liegt. Der Auftrag der Kirche gebietet ihr aber auch, mit wacher Offenheit für die Weltsituation von ihren volkskirchlichen Möglichkeiten Gebrauch zu machen, so lange sie es kann. Ich habe oft gesagt, daß ich dafür eine Verbesserung ihres Instrumentariums, also namentlich die begonnene Verfassungsreform für notwendig halte. Und so wenig uns der freiwillige Rückzug ins Getto erlaubt ist, so wenig können wir die Auseinandersetzung mit der Welt heute noch als je einzelne, territorial beschränkte Kirchen bestehen. Die Teilhabe an der ökumenischen Gemeinschaft aller Kirchen Jesu Christi ist in der heutigen Völkerwelt zur Bedingung des Überlebens jeder einzelnen dieser Kirchen geworden.

Das ist der Weg, den wir entschlossen gehen, und zu dem wir uns gegenseitig ermutigen sollten. Mir schien auch der Anfang dieser neuen Synode verheißungsvoll. Ich habe aus allem, was hier gesagt worden ist, den tröstlichen Eindruck gewonnen, daß Sie mit an der Verwirklichung dieses Verkündigungsauftrages der Kirche mitarbeiten wollen, hoffnungsfroh und nicht resigniert und verzagt. Und ich hoffe, daß es Ihnen auch weiterhin gelingt, die Einheit unserer Kirche darzustellen, sich gegenseitig festzuhalten und nicht loszulassen in allen noch so heftigen Diskussionen.

C. Weitere Arbeit an dem Grundordnungsentwurf

Durch Aufnahme der von der Bremer Synode geltend gemachten Ausstellungen und Anregungen entstand ein vierter Grundordnungsentwurf (EGO IV), der wiederum den Gliedkirchen zur Beratung und Stellungnahme angeleitet wurde.

Die Gliedkirchen Baden, Berlin (West), Bremen, Hannover, Lippe und Oldenburg erklärten im Berichtsjahr ihre grundsätzliche Zustimmung; einige der zustimmenden Kirchen legten Änderungsvorschläge vor. In Baden waren alle Synodalausschüsse, die mit der Reformfrage befaßt waren, einhellig der Meinung,

daß EGO IV hinter den Erwartungen der badischen Landeskirche im Blick auf die Kirchwerdung der EKD zurückbleibe; andere Gliedkirchen äußerten Veränderungsünsche.

Die Arnoldshainer Konferenz beschloß am 2. Oktober 1973 folgende

STELLUNGNAHME ZUM ENTWURF EINER NEUEN GRUNDORDNUNG FÜR DIE EVANGELISCHE KIRCHE IN DEUTSCHLAND (EGO IV)

Die in der Arnoldshainer Konferenz zusammenarbeitenden Kirchenleitungen haben den am 5. Januar 1973 in Bremen von der 4. Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland beschlossenen Entwurf einer Grundordnung der Evangelischen Kirche in Deutschland (EGO IV) zur Kenntnis genommen.

Dieser Entwurf folgt in weiten Teilen nicht dem Beschluß der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland vom 15. Mai 1970 in Stuttgart und den entsprechenden Vorschlägen der Arnoldshainer Konferenz vom 3. Oktober 1970. Es darf jedoch nicht verkannt werden, daß er ein ernsthafter Schritt auf dem Wege der von der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland begonnenen und von der Arnoldshainer Konferenz unterstützten Entwicklung ist.

Die Synodalen und die Gliedkirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland sollten bedenken, daß eine weitere Verlängerung der Verfassungsdebatte schwer erträglich sein und von Gemeinden und Öffentlichkeit kaum verstanden würde. Deshalb sollte es zu einer baldigen Verabschiedung einer neuen Grundordnung der Evangelischen Kirche in Deutschland auf der Grundlage des EGO IV kommen, wobei vor allem noch die Erwähnung der Leuenberger Konkordie in den Grundbestimmungen und die nähere Ausgestaltung der Vorschriften über das Kirchenamt, die Gerichtsbarkeit und die Finanzverfassung geklärt werden müßte. Die Arnoldshainer Konferenz ist bereit, hierzu weitere Anregungen zu geben, wie es für den Abschnitt „Gerichtsbarkeit“ bereits geschehen ist. So berechtigt manche Bedenken gegen einzelne Vorschläge des EGO IV sein mögen, sollten sie keinesfalls zur Arbeitsaufnahme an einem völlig neuen Entwurf, sondern nur zu einer Überarbeitung der noch beanstandeten Einzelheiten führen.

Die Arnoldshainer Konferenz schließt sich der Bitte der 4. Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland um Aufnahme des verabschiedeten EGO IV und Einleitung des Gesetzgebungsverfahrens durch die neue Synode nachdrücklich an und verbindet damit die dringende Bitte, das Gesetzgebungsverfahren im Interesse einer baldigen Verabschiedung der neuen Grundordnung zu beschleunigen und die Zustimmung zum Entwurf nicht von der Erfüllung bestimmter Bedingungen abhängig zu machen.

Die größte Zurückhaltung gegenüber den Bemühungen um die EKD-Reform übte nach wie vor die Evangelisch-Lutherische Landeskirche in Bayern. Vor der in Schweinfurt versammelten Landessynode trat Landesbischof D. Dietzfelbinger dafür ein, die Grundbestimmungen der Grundordnung von 1948 „im wesentlichen zu belassen, das Instrumentarium der EKD den heutigen Bedürfnissen anzupassen und die Bereiche Diakonie, Mission und Ökumene als die wichtigsten Gemeinschaftsaufgaben neu zu ordnen“. Gegen EGO IV wandte der Landesbischof ein, er habe „nicht eine Reform“, sondern eine „Transformation“, die zu ersten Fragen Anlaß gebe, im Auge.

Der Vorsitzende des bayerischen EKD-Ausschusses Rektor Neukamm erklärte vor der Synode, nach Ansicht des Ausschusses verfolge EGO IV zu stark das „Ziel einer äußeren Reform“ mit allen Gefahren einer zu starken Zentralisierung, die die Gliedkirchen zu nicht zumutbaren Kompetenzverzicht zugunsten der EKD nötige.

Die Landessynode stellte zu EGO IV beschlußmäßig fest, daß die Gefahr einer unzweckmäßigen Zentralisierung nach wie vor ebenso bestehe wie die Befürchtung, „daß die Entscheidungsprozesse in der EKD in der Zukunft noch schwerfälliger ablaufen werden als in der Gegenwart“. Falls die Änderungsvorschläge des bayerischen EKD-Ausschusses nicht berücksichtigt würden, müsse die spätere Zustimmung der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern zur Grundordnung in Frage gestellt werden. Die Landeskirche stehe zu ihrer Erklärung von Neuendettelsau 1973, sie sei bereit, die Gemeinschaft in der EKD zu stärken, aber im Blick auf die vielfältige Ausprägung des kirchlichen Lebens in den Gliedkirchen und im Interesse der Gemeindenähe müsse auch künftig für Eigeninitiative und Eigenverantwortung hinreichend Raum bleiben.

Den neuralgischen Punkt, an dem sich die Bedenken der zögernden und zurückhaltenden Gliedkirchen und kirchlichen Gruppen entzündeten, stellte Landes-superintendent Dr. Viering bei einer Tagung der „Gesellschaft für evangelische Theologie“ am 5. März 1973 in einem Vortrag deutlich heraus:

In der alten Grundordnung der EKD von 1948 wird die EKD nicht als Kirche bezeichnet. Sie ist vielmehr nach dieser der Grundordnung von 1948 ein „Bund von Kirchen“ (Art. 1). Kanzel- und Abendmahlsgemeinschaft bestand zwischen diesen zu einem Bund zusammen-geschlossenen Kirchen nicht. Insofern war die geistliche Einheit zwischen diesen Kirchen eingeschränkt. Von daher konnte auch ein geistliches Handeln, ein theologisches Urteilen und Sprechen der EKD eingeschränkt und gehemmt werden. Wenn auch die EKD in vieler Hinsicht faktisch als Kirche gehandelt hat, so ist es doch immer wieder zu dieser Einschränkung und zu dieser Hemmung gekommen.

Bei der Arbeit an der neuen Grundordnung ging es immer wieder um die Frage: Kann man heute der EKD das Prädikat „Kirche“ zuerkennen und auf diese Weise die theologi-sche Voraussetzung schaffen, daß die EKD theologisch handlungsfähig wird? Das Ringen um diese Frage endete damit, daß man der EKD dieses Prädikat „Kirche“ auch heute nicht zuerkannte. Dieser Ausdruck hätte ihre Einheit am prägnantesten zum Ausdruck gebracht. Der entscheidende Satz in Art. 1: „Die EKD umfaßt lutherische, reformierte und unierte Kirchen mit ihren Kirchengemeinden und Kirchenmitgliedern.“ Dieser Satz beschreibt den Sachverhalt, enthält aber keinerlei Urteil über die EKD.

Es wurde nun ein neuer Begriff zur Charakterisierung der EKD eingeführt, der Begriff „Kirchengemeinschaft“. In Art. 1 heißt es: „Zwischen den Gliedkirchen besteht Kirchen-gemeinschaft, die Kanzel- und Abendmahlsgemeinschaft einschließt.“ Der Begriff „Kirchen-gemeinschaft“ besagt mehr als das Wort „Zusammenschluß“, auch als das Wort „Bund“. Kirchengemeinschaft bezeichnet eine geistliche Realität; denn sie schließt Kanzel- und Abendmahlsgemeinschaft ein. Aufgrund der Kirchengemeinschaft stehen alle Kirchen der EKD und ihre Glieder in der Gemeinschaft des Wortes und des Sakramentes.

Wichtig ist vor allem aber das Folgende: Wenn auch das Stichwort Kirche im Blick auf die EKD im Entwurf der Grundordnung nicht fällt, so werden ihr doch Funktio-nen und Aufgaben zugesprochen, die eigentlich nur einer Kirche zukommen. Das ist entscheidend! In den Grundartikeln Abs. 4 heißt es z. B.: „Auftrag der EKD ist die Verkündigung des Evangeliums von Jesus Christus.“ In Abs. 2 dieses Grundartikels wird gesagt: „Die EKD bekennt sich zu Jesus Christus als dem einen Herrn der einen, heiligen, allgemeinen, apostolischen Kirche, zu der er Menschen aus allen Ländern, Völkern und Rassen beruft.“ In Art. 2 lesen wir: „Unter den Gliedkirchen der Ev. Kirche in Deutschland besteht Übereinstimmung über ein gemeinsames Verständnis des Evange-liums, wie es in den Lehrgesprächen reformatorischer Kirchen in Europa seinen Ausdruck gefunden hat.“ Hier ist an die Leuenberger Konkordie gedacht, die noch nicht rezipiert worden ist. Insofern ist der Satz in der neuen Grundordnung eine Vorwegnahme dessen, was noch festgestellt werden muß. Aber es besteht Hoffnung und Gewißheit, daß dieser von mir zitierte Satz stehen bleiben kann. Wichtig ist auch Artikel 3 Abs. 1: „Die Kir-

chengemeinschaft in der Ev. Kirche in Deutschland verwirklicht sich in gemeinsamer Ausrichtung von Zeugnis und Dienst.“ Ich zitiere auch gleich den Absatz 2 in diesem Art.: „Die Ev. Kirche in Deutschland hat die Aufgabe, das gemeinsame Verständnis des Evangeliums in theologischer Arbeit zu vertiefen und die Wahrheit des Evangeliums gegenüber den Stellungen abzugrenzen.“

Von der EKD wird also geistlich, theologisch sehr viel ausgesagt, wesentlich mehr als in der alten Grundordnung. Hier ist eindeutig ein echter, ein großer Fortschritt festzustellen. Wenn dies alles, was ich soeben aus dem Entwurf der neuen Grundordnung zitiert habe, der EKD zugesprochen und von ihr ausgesagt wird, müßte man m. E. daraus auch die Konsequenz ziehen und die EKD Kirche nennen.

2. DIE EKD UND DER BUND DER EVANGELISCHEN KIRCHEN IN DER DDR

Seit der Synode von Bethel 1963 gab es keine von allen Gliedkirchen beschickte EKD-Synode mehr, und der Kontakt zwischen den Regionalsynoden Ost und West und – seit 1969 – zwischen der Synode der auf die Bundesrepublik und Berlin (West) beschränkten EKD und der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik schrumpfte auf einen Austausch von Grußworten bzw. -botschaften zusammen. Erst anlässlich der Tagung der EKD-Synode in Coburg im Frühsommer 1973 und der gleichzeitig in Schwerin tagenden Synode des Kirchenbundes wurde die gegenseitige Entsendung von offiziellen Vertretern möglich: An der Schweriner Tagung nahm das Mitglied des Rates der EKD Professor Dr. Dr. Lohff und an der Coburger Tagung der stellvertretende Leiter des Sekretariats des Kirchenbundes und Referent für ökumenische Beziehungen des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR Oberkirchenrat Pabst teil.

In seinem Grußwort, das mit der Verlesung eines von Bischof D. Schönherr, und Bischof D. Braecklein, Präses der Synode des Kirchenbundes, unterzeichneten Brief schloß, erklärte Oberkirchenrat Pabst:

Es ist für mich eine bewegende Stunde, heute in Ihrer Mitte zu sein und Ihrer Synodaltagung die Grüße und Segenswünsche des Bundes der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik zu überbringen. Für die freundliche Aufnahme und Begrüßung, die mir hier zuteil wurde, danke ich herzlich. Die Synode unseres Kirchenbundes ist gegenwärtig zur letzten Tagung ihrer ersten Legislaturperiode zusammengetreten, und ich habe die Zusammenkunft dort verfrüht verlassen, um heute bei Ihnen zu sein. Wir haben die Freude, in Schwerin eine Reihe von Gästen unter uns zu haben, unter ihnen ... Herrn Professor Dr. Lohff als Vertreter des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland.

Wenn Sie mir zu Beginn noch ein persönliches Wort gestatten, so möchte ich Ihnen sagen, daß meine Gedanken heute einige Kilometer weiter südlich gehen, nach Michelau bei Lichtenfels, wo ich im Jahre 1937 vom damaligen Kreisdekan von Bayreuth heimlich ordiniert wurde, während ich als illegaler Vikar in der Bekennernden Kirche in Thüringen tätig war. Dann gehen meine Gedanken etwas weiter nach Westen, wo mir in Hessen die Verwaltung eines Pfarramtes übertragen wurde, nachdem die Geheime Staatspolizei meiner Wirksamkeit in Thüringen gewaltsam ein Ende bereitet hatte. Es ist mir eine besondere Freude, der Ev.-Luth. Kirche in Bayern und der Ev. Kirche von Kurhessen-Waldeck heute nachträglich ein besonderes Wort des Dankes zu sagen. Solche Hilfe, die in Verfolgungszeiten erwiesen wurde, vergißt man nicht.

Erst im Jahre 1947 war es mir möglich, wieder in meine Heimat zurückzukehren. Im Jahre 1961 wählte mich die Synode der Ev.-Luth. Kirche in Thüringen zum Mitglied der Synode der EKD, und ich gehörte ihr an, bis ich im Jahre 1964 meinen Dienst in der zentralen kirchlichen Verwaltung in Berlin begann. An die Jahre der gemeinsamen Arbeit denke ich gern zurück.

Nun ist es ein Anlaß zur Dankbarkeit, daß sich die bilateralen Beziehungen zwischen der Evangelischen Kirche in Deutschland und dem Bund der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik offenbar zu erleichtern beginnen. Dies hat zweifellos nicht nur innerkirchliche Gründe. Hierzu haben beigetragen auch die inzwischen eingetretenen politischen Ereignisse, so die Verträge zwischen der SU und der BRD und zwischen der VR Polen und der BRD, auch das vierseitige Abkommen über WB und der im Ratifizierungsverfahren befindliche Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten, ferner die im Gang befindlichen Verhandlungen zwischen der CSSR und der BRD, vor allem natürlich auch die erfolversprechenden Verhandlungen über die Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz und über eine beiderseitige Rüstungsbegrenzung und Truppenreduzierung.

Ich denke, wir haben Anlaß, den verantwortlichen Politikern in den Regierungen der DDR und der BRD für ihre Bemühungen um Entspannung im Herzen Europas zu danken.

Für uns in der DDR haben sich, wie Ihnen bekannt sein wird, in den letzten Jahren auf internationalem Gebiet einschneidende Veränderungen vollzogen. Ich erinnere u. a. an die Einführung des visumfreien Reiseverkehrs zwischen der DDR, der VR Polen und der CSSR. Angesichts der jahrhundertlangen tragischen Geschichte zwischen unserem Volk und den beiden unmittelbaren Nachbarn der DDR im Osten und im Süden ist es von noch gar nicht abzuschätzender Bedeutung, daß unsere Länder nun so eng zusammengedrückt sind.

Es ist naheliegend, daß sich der Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR darum bemüht, die Verbundenheit mit den christlichen Kirchen in unseren sozialistischen Nachbarstaaten zu vertiefen. Wir haben direkte offizielle Beziehungen aufgenommen zu den Kirchen in der Sowjetunion, in Polen, Ungarn und Bulgarien, und wir erhoffen solche Kontakte auch mit den Kirchen in der CSSR und in Rumänien. In wenigen Wochen erwarten wir den ersten Besuch einer repräsentativen Delegation der Russischen Orthodoxen Kirche. Wir haben einen großen Nachholbedarf in der Kenntnis unserer Nachbarkirchen aufzuholen. Vor allem aber verbindet uns mit den Kirchen in unseren östlichen Nachbarstaaten die gleiche Aufgabe, nämlich den Dienst und das Zeugnis des Evangeliums in unserer gesellschaftlichen Umwelt auszurichten. Selbstverständlich gibt es hierbei ernsthafte Probleme, die in der Spannung zwischen dem christlichen Glauben und der marxistisch-leninistischen Weltanschauung begründet sind. Wir versuchen, diese Probleme vor allem durch direkte Gespräche zwischen den verantwortlichen Persönlichkeiten, die in einem erfreulich breiten Maße möglich geworden sind, zu lösen.

Der Präses der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR und der Vorsitzende der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR gaben mir einen an Sie gerichteten Brief mit, den ich am Schluß verlesen möchte:

„Herr Präses, liebe Brüder und Schwestern!

Wir freuen uns sehr, Ihnen zu Ihrer in Coburg versammelten Synode unsere brüderlichen Grüße nicht nur durch die Post, sondern persönlich, durch Bruder Oberkirchenrat Pabst, übermitteln zu können. Das ist eine gute Entwicklung der Dinge. Wir hatten noch vor kurzem nicht geglaubt, daß dies so bald möglich werden würde. Wir sind für diese Wendung dem Herrn, der die Mächtigen lenkt, von Herzen dankbar.

Die letzte Synode der ersten Legislaturperiode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR ist in Schwerin zusammengetreten. Der Bund, dessen Entstehung von Fragen und Spannungen begleitet war, hat seine ersten Schritte getan. Sie sind noch unsicher. Wir sind uns dessen bewußt, daß wir noch viel Erkenntnis, Erfahrung, Bewährung und Zuversicht gewinnen müssen, bis wir gelernt haben, die gute Botschaft, die uns aufgetragen ist, den Menschen in unserer sozialistischen Gesellschaft so zu sagen, daß sie deren Kraft zu erfahren vermögen. Wir glauben, daß unsere Kirchen ihren Weg hier nur finden

werden, wenn sie sich ganz auf ihren umfassenden Auftrag konzentrieren und sich ebenso Resignation und Selbstbemtüdlung wie Selbstrechtfertigung verboten sein lassen. Es wird uns sehr wichtig sein, daß unsere Schwesterkirchen, besonders die, mit denen wir durch Sprache, Geschichte und die Aufgabe, die gemeinsame Vergangenheit aufzuarbeiten, geistlich so sehr verbunden sind, nicht ablassen, uns mit ihrem Gebet, ihren brüderlichen Mahnungen und Fragen und ihrem ermunternden Wort zu begleiten. Daß wir über diese geistliche Hilfe hinaus auch für eine Fülle von brüderlicher Hilfe anderer Art zu danken haben, möchten wir einmal deutlich aussprechen. Wir hoffen, daß auch unsere Erfahrungen Ihren Kirchen von Nutzen sein können. So war es bisher, und so möge es auch bleiben. Daß die Kirchen in der Bundesrepublik Deutschland und in der Deutschen Demokratischen Republik nicht mehr durch eine Organisation verklammert sind, macht diese gegenseitige geistliche Mitverantwortung als solche nur noch eindeutiger und dringender.

Wir suchen unseren Weg in verschiedenen Staaten mit sehr verschiedenen Gesellschaftsordnungen. Wir werden uns vielleicht manchmal aus den Augen verlieren. Wir werden gelegentlich ratlos fragen, welchen Weg der andere einschlägt. Wir sollten uns gegenseitig das Vertrauen bewahren, daß jeder, da wo er ist, und auf seine Weise unserem Herrn nachzufolgen sich bemüht, und wir sollten die Hoffnung festhalten, daß der Herr uns alle zusammen mit allen anderen Kirchen trägt und mit der ganzen Welt zu der Vollendung führt, für die er seine Kreatur bestimmt hat.

Der Bericht der Konferenz der Kirchenleitungen, den wir am Anfang unserer Synode gelesen haben, schließt mit den Worten: Die Kirchen des Bundes sind sich dessen bewußt, daß ihre Verflochtenheit mit der ganzen Kirche Jesu Christi auf Erden auch ihnen hilft, gemeinsam zu erfüllen ... wozu sie berufen sind (Basis des Ökumenischen Rates der Kirchen). Wir wissen, daß auch Sie, liebe Brüder und Schwestern, zu Ihrer Synode mit dem Wunsch zusammengetreten sind, Ihre Berufung zu erfüllen. Mögen wir alle uns dabei auch in Zukunft helfen.“

Präses von Heyl richtete an Präses Bischof D. Braecklein am 29. Juni 1973 das nachstehende Antwortschreiben:

Mit Dankbarkeit und großer Freude hat die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland den Brief entgegengenommen, den Sie und Bischof D. Schönherr an sie gerichtet haben. Besonders glücklich waren wir, daß uns Oberkirchenrat Pabst Ihre Grüße auch persönlich überbringen konnte. Wenige Tage vorher war Professor Dr. Lohff als Vertreter der Evangelischen Kirche in Deutschland Gast auf der Synode Ihres Kirchenbundes. Daß dies nun wieder möglich ist, läßt uns hoffen, daß die äußeren Umstände es uns in Zukunft weniger erschweren werden, einander auf unseren verschiedenen Wegen in der Erfüllung des der Kirche Jesu Christi gegebenen einen Auftrags zu begleiten.

Die letzte Tagung der ersten Synode des Bundes der Evangelischen Kirche in der DDR und die erste Tagung der ersten nur im Bereich der Bundesrepublik und Westberlins gewählten Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland fielen zeitlich fast zusammen. Die vergangenen Jahre waren für Sie und für uns in vielem nicht einfach. Das endgültige Zerbrechen der letzten organisatorischen Gemeinsamkeit zwischen uns war schmerzlich, und der notwendige Neubeginn hat manche Erwartungen enttäuscht, die in der ersten Stunde in ihn gesetzt wurden. Hierin scheinen mir die Gemeinsamkeiten unserer getrennten Wege fast überraschend groß. Auch die theologischen Probleme unserer Zeit zeigen in dem Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR und in der Evangelischen Kirche in Deutschland viele Parallelen. Sie und wir fragen nach der Bedeutung der Kirchengemeinschaft, die zwischen den Kirchen der reformatorischen Bekenntnisse gewachsen ist; bei Ihnen und bei uns werden theologische Fragen in Zusammenhang mit der Taufe, der Konfirmation, der Ordination und der Trauung leidenschaftlich erörtert; für Sie und für uns fordert ein wachsendes ökumenisches Bewußtsein in den Gemeinden die Aufnahme und Aufarbeitung von Gedanken und Entwicklungen in der Ökumene. Alle diese Fragen verlangen verstärkt das Gespräch zwischen den Kirchen. Dabei wird insbesondere unser Dialog von großer Bedeutung sein, weil unsere Kirchen durch Geschichte, Sprache und Bekenntnis aufeinander gewiesen sind.

Sie sprechen offen aus, daß es vielleicht Situationen geben wird, in denen wir einander nicht verstehen in den Entscheidungen, die wir angesichts der unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen, in denen wir leben, treffen müssen. Es ist gut, wenn wir uns dieser Möglichkeit bewußt sind. Es liegt mir aber doch daran auszusprechen, daß Sie bei uns mit einem großen Vertrauensvorschuß rechnen dürfen und daß wir gewiß sind, daß Sie auch dann, wenn wir Sie nicht sofort verstehen, keinen anderen Ausgang und kein anderes Ziel haben als den einen Herrn unserer Kirche. Wir werden Ihr Vertrauen in gleicher Weise brauchen, denn die Gefahr von Mißdeutungen und Mißverständnissen ist bei dem uns aufgegebenen Auftrag, den Weg der Kirche in der westlichen Konsumgesellschaft zu finden, fast größer.

Doch geht es um mehr als um gegenseitiges Vertrauen. Wir können ein jeder für den anderen unsere Gemeinsamkeiten, aber besonders auch unsere Verschiedenheiten fruchtbar werden lassen, wenn wir auch in Zukunft jede uns gegebene Möglichkeit des Gesprächs, des Erfahrungsaustausches und der gegenseitigen brüderlichen Mahnung nutzen.

Bei Gelegenheit Ihres Briefes haben Sie auch für die verschiedenen Hilfen gedankt, die wir Ihnen in den vergangenen Jahren geben konnten. Es bedurfte dieses Dankes nicht, denn es ist nicht unser Verdienst, daß wir die Möglichkeit dazu hatten. Doch freuen wir uns, wenn wir zu Erfüllung Ihres Auftrags ein wenig beitragen konnten.

Mit Ihnen hoffe ich, daß die gegenseitige Entsendung von Vertretern zu unseren Synoden in diesem Jahr als ein gutes Zeichen für die Möglichkeiten unseres künftigen Dialoges gewertet werden kann. Bitte geben Sie den Dank der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland für Ihren Gruß und Ihren Brief auch an Bischof D. Schönherr weiter. Unserem Briefwechsel würde ich gerne bald ein persönliches Gespräch folgen lassen, in Berlin oder in Eisenach.

3. DIE LUTHERISCH-REFORMIERTEN GESPRÄCHE AUF EUROPÄISCHER EBENE (LEUENBERGER KONKORDIE)²

Der im September 1971 von der Vorversammlung beschlossene und den lutherischen, reformierten und unierten Kirchen in Europa mit der Bitte um Stellungnahme bis zum 1. März 1973 zugeleitete Entwurf einer „Konkordie reformatorischer Kirchen in Europa“ (vgl. Kirchl. Jahrbuch 1971, S. 50ff.) löste auch in der EKD eine breite und lebhaft theologische und kirchenrechtliche Diskussion aus, über die im Kirchlichen Jahrbuch 1972 berichtet worden ist. Aufgrund der eingegangenen Stellungnahmen aus den europäischen reformatorischen Kirchen verabschiedete die „Vorversammlung für die Ausarbeitung einer Konkordie reformatorischer Kirchen in Europa“ auf ihrer zweiten Tagung vom 12. bis 16. März 1973 den abschließenden Text für die Lehrübereinkunft und bat die an ihrer Ausarbeitung beteiligten Kirchen, bis zum 30. September 1974 eine Entscheidung über die Annahme herbeizuführen.

In dem abschließenden Text haben die von deutscher Seite zu dem Vorentwurf geltend gemachten Anliegen und Formulierungsvorschläge weitgehende – nach Meinung einiger Teilnehmer an der zweiten Vorversammlung zu weitgehende – Berücksichtigung gefunden. Er hat folgenden Wortlaut:

2. Vgl. Kirchl. Jahrbuch 1967, S. 46ff.; 1970, S. 37ff.; 1971, S. 49ff.; 1972, S. 46ff.

KONKORDIE REFORMATORISCHER KIRCHEN IN EUROPA

(*Leuenberger Konkordie*)

16. März 1973

1 Die dieser Konkordie zustimmenden lutherischen, reformierten und aus ihnen hervorgegangenen unierten Kirchen sowie die ihnen verwandten vorreformatorischen Kirchen der Waldenser und der Böhmisches Brüder stellen aufgrund ihrer Lehrgespräche unter sich das gemeinsame Verständnis des Evangeliums fest, wie es nachstehend ausgeführt wird. Dieses ermöglicht ihnen, Kirchengemeinschaft zu erklären und zu verwirklichen. Dankbar dafür, daß sie näher zueinander geführt worden sind, bekennen sie zugleich, daß das Ringen um Wahrheit und Einheit in der Kirche auch mit Schuld und Leid verbunden war und ist.

2 Die Kirche ist allein auf Jesus Christus gegründet, der sie durch die Zuwendung seines Heils in der Verkündigung und in den Sakramenten sammelt und sendet. Nach reformatorischer Einsicht ist darum zur wahren Einheit der Kirche die Übereinstimmung in der rechten Lehre des Evangeliums und in der rechten Verwaltung der Sakramente notwendig und ausreichend. Von diesen reformatorischen Kriterien leiten die beteiligten Kirchen ihr Verständnis von Kirchengemeinschaft her, das im folgenden dargelegt wird.

1. Der Weg zur Gemeinschaft

3 Angesichts wesentlicher Unterschiede in der Art des theologischen Denkens und des kirchlichen Handelns sahen sich die reformatorischen Väter um ihres Glaubens und Gewissens willen trotz vieler Gemeinsamkeiten nicht in der Lage, Trennungen zu vermeiden. Mit dieser Konkordie erkennen die beteiligten Kirchen an, daß sich ihr Verhältnis zueinander seit der Reformationszeit gewandelt hat.

1. Gemeinsame Aspekte im Aufbruch der Reformation

4 Aus dem geschichtlichen Abstand heraus läßt sich heute deutlicher erkennen, was trotz aller Gegensätze den Kirchen der Reformation in ihrem Zeugnis gemeinsam war: Sie gingen aus von einer neuen, befreienden und gewißmachenden Erfahrung des Evangeliums. Durch das Eintreten für die erkannte Wahrheit sind die Reformatoren gemeinsam in Gegensatz zu kirchlichen Überlieferungen jener Zeit geraten. Übereinstimmend haben sie deshalb bekannt, daß Leben und Lehre an der ursprünglichen und reinen Bezeugung des Evangeliums in der Schrift zu messen sind. Übereinstimmend haben sie die freie und bedingungslose Gnade Gottes im Leben, Sterben und Auferstehen Jesu Christi für jeden, der dieser Verheißung glaubt, bezeugt. Übereinstimmend haben sie bekannt, daß Handeln und Gestalt der Kirche allein von dem Auftrag her zu bestimmen sind, dieses Zeugnis in der Welt auszurichten, und daß das Wort des Herrn jeder menschlichen Gestaltung der christlichen Gemeinde überlegen bleibt. Dabei haben sie gemeinsam mit der ganzen Christenheit das in den altkirchlichen Symbolen ausgesprochene Bekenntnis zum Dreieinigem Gott und zur Gott-Menschheit Jesu Christi aufgenommen und neu bekannt.

2. Veränderte Voraussetzungen heutiger kirchlicher Situation

5 In einer vierhundertjährigen Geschichte haben die theologische Auseinandersetzung mit den Fragen der Neuzeit, die Entwicklung der Schriftforschung, die kirchlichen Erneuerungsbewegungen und der wiederentdeckte ökumenische Horizont die Kirchen der Reformation zu neuen, einander ähnlichen Formen des Denkens und Lebens geführt. Sie brachten freilich auch neue, quer durch die Konfessionen verlaufende Gegensätze mit sich. Daneben wurde immer wieder, besonders in Zeiten gemeinsamen Leidens, brüderliche Gemeinschaft erfahren. All dies veranlaßte die Kirchen in neuer Weise, das biblische Zeugnis wie die reformatorischen Bekenntnisse, vor allem seit den Erweckungsbewegungen, für die Gegenwart zu aktualisieren. Auf diesen Wegen haben sie gelernt, das grundlegende

Zeugnis der reformatorischen Bekenntnisse von ihren geschichtlich bedingten Denkformen zu unterscheiden. Weil die Bekenntnisse das Evangelium als das lebendige Wort Gottes in Jesus Christus bezeugen, schließen sie den Weg zu dessen verbindlicher Weiterbezeugung nicht ab, sondern eröffnen ihn und fordern auf, ihn in der Freiheit des Glaubens zu gehen.

II. Das gemeinsame Verständnis des Evangeliums

6 Im folgenden beschreiben die beteiligten Kirchen ihr gemeinsames Verständnis des Evangeliums, soweit es für die Begründung ihrer Kirchengemeinschaft erforderlich ist.

1. Die Rechtfertigungsbotschaft als die Botschaft von der freien Gnade Gottes

7 Das Evangelium ist die Botschaft von Jesus Christus, dem Heil der Welt, in Erfüllung der an das Volk des Alten Bundes ergangenen Verheißung.

8 a) Sein rechtes Verständnis haben die reformatorischen Väter in der Lehre von der Rechtfertigung zum Ausdruck gebracht.

9 b) In dieser Botschaft wird Jesus Christus bezeugt als der Menschgewordene, in dem Gott sich mit dem Menschen verbunden hat; als der Gekreuzigte und Auferstandene, der das Gericht Gottes auf sich genommen und darin die Liebe Gottes zum Sünder erwiesen hat; und als der Kommende, der als Richter und Retter die Welt zur Vollendung führt.

10 c) Gott ruft durch sein Wort im Heiligen Geist alle Menschen zu Umkehr und Glauben und spricht dem Sünder, der glaubt, seine Gerechtigkeit in Jesus Christus zu. Wer dem Evangelium vertraut, ist um Christi willen gerechtfertigt vor Gott und von der Anlage des Gesetzes befreit. Er lebt in täglicher Umkehr und Erneuerung zusammen mit der Gemeinde im Lobpreis Gottes und im Dienst am anderen in der Gewißheit, daß Gott seine Herrschaft vollenden wird. So schafft Gott neues Leben und setzt inmitten der Welt den Anfang einer neuen Menschheit.

1 d) Diese Botschaft macht die Christen frei zu verantwortlichem Dienst in der Welt und bereit, in diesem Dienst auch zu leiden. Sie erkennen, daß Gottes fordernder und gebender Wille die ganze Welt umfaßt. Sie treten ein für irdische Gerechtigkeit und Frieden zwischen den einzelnen Menschen und unter den Völkern. Dies macht es notwendig, daß sie mit anderen Menschen nach vernünftigen, sachgemäßen Kriterien suchen und sich an ihrer Anwendung beteiligen. Sie tun dies im Vertrauen darauf, daß Gott die Welt erhält, und in Verantwortung vor seinem Gericht.

12 e) Mit diesem Verständnis des Evangeliums stellen wir uns auf den Boden der altkirchlichen Symbole und nehmen die gemeinsame Überzeugung der reformatorischen Bekenntnisse auf, daß die ausschließliche Heilsmittlerschaft Jesu Christi die Mitte der Schrift und die Rechtfertigungsbotschaft als die Botschaft von der freien Gnade Gottes Maßstab aller Verkündigung der Kirche ist.

2. Verkündigung, Taufe und Abendmahl

13 Das Evangelium wird uns grundlegend bezeugt durch das Wort der Apostel und Propheten in der Heiligen Schrift Alten und Neuen Testaments. Die Kirche hat die Aufgabe, dieses Evangelium weiterzugeben durch das mündliche Wort der Predigt, durch den Zuspruch an den einzelnen und durch Taufe und Abendmahl. In Verkündigung, Taufe und Abendmahl ist Jesus Christus durch den Heiligen Geist gegenwärtig. So wird den Menschen der Rechtfertigung in Christus zuteil, und so sammelt der Herr seine Gemeinde. Er wirkt dabei in vielfältigen Ämtern und Diensten und im Zeugnis aller Glieder seiner Gemeinde.

14 a) Taufe

Die Taufe wird im Namen des Vaters, des Sohnes und des Heiligen Geistes mit Wasser vollzogen. In ihr nimmt Jesus Christus den der Sünde und dem Sterben verfallenen Menschen unwiderruflich in seine Heilsgemeinschaft auf, damit er eine neue Kreatur sei. Er beruft ihn in der Kraft des Heiligen Geistes in seine Gemeinde und zu einem Leben aus Glauben, zur täglichen Umkehr und Nachfolge.

15 b) *Abendmahl*

Im Abendmahl schenkt sich der auferstandene Jesus Christus in seinem für alle dahingegebenen Leib und Blut durch sein verheißendes Wort mit Brot und Wein. Er gewährt uns dadurch Vergebung der Sünden und befreit uns zu einem neuen Leben aus Glauben. Er läßt uns neu erfahren, daß wir Glieder an seinem Leibe sind. Er stärkt uns zum Dienst an den Menschen.

16 Wenn wir das Abendmahl feiern, verkündigen wir den Tod Christi, durch den Gott die Welt mit sich selbst versöhnt hat. Wir bekennen die Gegenwart des auferstandenen Herrn unter uns. In der Freude darüber, daß der Herr zu uns gekommen ist, warten wir auf seine Zukunft in Herrlichkeit.

III. Die Übereinstimmung angesichts der Lehrverurteilungen der Reformationszeit

17 Die Gegensätze, die von der Reformationszeit an eine Kirchengemeinschaft zwischen den lutherischen und reformierten Kirchen unmöglich gemacht und zu gegenseitigen Verwerfungsurteilen geführt haben, betrafen die Abendmahlslehre, die Christologie und die Lehre von der Prädestination. Wir nehmen die Entscheidungen der Väter ernst, können aber heute folgendes gemeinsam dazu sagen:

1. Abendmahl

18 Im Abendmahl schenkt sich der auferstandene Jesus Christus in seinem für alle dahingegebenen Leib und Blut durch sein verheißendes Wort mit Brot und Wein. So gibt er sich selbst vorbehaltlos allen, die Brot und Wein empfangen; der Glaube empfängt das Mahl zum Heil, der Unglaube zum Gericht.

19 Die Gemeinschaft mit Jesus Christus in seinem Leib und Blut können wir nicht vom Akt des Essens und Trinkens trennen. Ein Interesse an der Art der Gegenwart Christi im Abendmahl, das von dieser Handlung absieht, läuft Gefahr, den Sinn des Abendmahls zu verdunkeln.

20 Wo solche Übereinstimmung zwischen Kirchen besteht, betreffen die Verwerfungen der reformatorischen Bekenntnisse nicht den Stand der Lehre dieser Kirchen.

2. Christologie

21 In dem wahren Menschen Jesus Christus hat sich der ewige Sohn und damit Gott selbst zum Heil in die verlorene Menschheit hineingegeben. Im Verheißungswort und Sakrament macht der Heilige Geist und damit Gott selbst uns Jesus als Gekreuzigten und Auferstandenen gegenwärtig.

22 Im Glauben an diese Selbsthingabe Gottes in seinem Sohn sehen wir uns angesichts der geschichtlichen Bedingtheit überkommener Denkformen vor die Aufgabe gestellt, neu zur Geltung zu bringen, was die reformierte Tradition in ihrem besonderen Interesse an der Unversehrtheit von Gottheit und Menschheit Jesu und was die lutherische Tradition in ihrem besonderen Interesse an seiner völligen Personeneinheit geleitet hat.

23 Angesichts dieser Sachlage können wir heute die früheren Verwerfungen nicht nachvollziehen.

3. Prädestination

24 Im Evangelium wird die bedingungslose Annahme des sündigen Menschen durch Gott verheißen. Wer darauf vertraut, darf des Heils gewiß sein und Gottes Erwählung preisen. Über die Erwählung kann deshalb nur im Blick auf die Berufung zum Heil in Christus gesprochen werden.

25 Der Glaube macht zwar die Erfahrung, daß die Heilsbotschaft nicht von allen angenommen wird, er achtet jedoch das Geheimnis von Gottes Wirken. Er bezeugt zugleich den Ernst menschlicher Entscheidung wie die Realität des universalen Heilswillens Gottes.

Das Christuszeugnis der Schrift verwehrt uns, einen ewigen Ratschluß Gottes zur definitiven Verwerfung gewisser Personen oder eines Volkes anzunehmen.

26 Wo solche Übereinstimmung zwischen Kirchen besteht, betreffen die Verwerfungen der reformatorischen Bekenntnisse nicht den Stand der Lehre dieser Kirchen.

4. Folgerungen

27 Wo diese Feststellungen anerkannt werden, betreffen die Verwerfungen der reformatorischen Bekenntnisse zum Abendmahl, zur Christologie und zur Prädestination den Stand der Lehre nicht. Damit werden die von den Vätern vollzogenen Verwerfungen nicht als unsachgemäß bezeichnet, sie sind jedoch kein Hindernis mehr für die Kirchengemeinschaft.

28 Zwischen unseren Kirchen bestehen beträchtliche Unterschiede in der Gestaltung des Gottesdienstes, in den Ausprägungen der Frömmigkeit und in den kirchlichen Ordnungen. Diese Unterschiede werden in den Gemeinden oft stärker empfunden als die überkommenen Lehrgegensätze. Dennoch vermögen wir nach dem Neuen Testament und den reformatorischen Kriterien der Kirchengemeinschaft in diesen Unterschieden keine kirchentrennenden Faktoren zu erblicken.

IV. Erklärung und Verwirklichung der Kirchengemeinschaft

29 Kirchengemeinschaft im Sinne dieser Konkordie bedeutet, daß Kirchen verschiedenen Bekenntnisstandes aufgrund der gewonnenen Übereinstimmung im Verständnis des Evangeliums einander Gemeinschaft an Wort und Sakrament gewähren und eine möglichst große Gemeinsamkeit in Zeugnis und Dienst an der Welt erstreben.

1. Erklärung der Kirchengemeinschaft

30 Mit der Zustimmung zu der Konkordie erklären die Kirchen in der Bindung an die sie verpflichtenden Bekenntnisse oder unter Berücksichtigung ihrer Traditionen:

31 a) Sie stimmen im Verständnis des Evangeliums, wie es in den Teilen II und III Ausdruck gefunden hat, überein.

32 b) Die in den Bekenntnisschriften ausgesprochenen Lehrverurteilungen betreffen entsprechend den Feststellungen des Teils III nicht den gegenwärtigen Stand der Lehre der zustimmenden Kirchen.

33 c) Sie gewähren einander Kanzel- und Abendmahlsgemeinschaft. Das schließt die gegenseitige Anerkennung der Ordination und die Ermöglichung der Interzelebration ein.

34 Mit diesen Feststellungen ist Kirchengemeinschaft erklärt. Die dieser Gemeinschaft seit dem 16. Jahrhundert entgegenstehenden Trennungen sind aufgehoben. Die beteiligten Kirchen sind der Überzeugung, daß sie gemeinsam an der einen Kirche Jesu teilhaben und daß der Herr sie zum gemeinsamen Dienst befreit und verpflichtet.

2. Verwirklichung der Kirchengemeinschaft

35 Die Kirchengemeinschaft verwirklicht sich im Leben der Kirchen und Gemeinden. Im Glauben an die vereinigende Kraft des Heiligen Geistes richten sie ihr Zeugnis und ihren Dienst gemeinsam aus und bemühen sich um die Stärkung und Vertiefung der gewonnenen Gemeinschaft.

36 a) Zeugnis und Dienst

Die Verkündigung der Kirchen gewinnt in der Welt an Glaubwürdigkeit, wenn sie das Evangelium in Einmütigkeit bezeugen. Das Evangelium befreit und verbindet die Kirchen zum gemeinsamen Dienst. Als Dienst der Liebe gilt er dem Menschen mit seinen Nöten und sucht deren Ursachen zu beheben. Die Bemühung um Gerechtigkeit und Frieden in der Welt verlangt von den Kirchen zunehmend die Übernahme gemeinsamer Verantwortung.

37 b) Theologische Weiterarbeit

Die Konkordie läßt die verpflichtende Geltung der Bekenntnisse in den beteiligten Kirchen bestehen. Sie versteht sich nicht als ein neues Bekenntnis. Sie stellt eine im Zen-

tralen gewonnene Übereinstimmung dar, die Kirchengemeinschaft zwischen Kirchen verschiedenen Bekenntnisstandes ermöglicht. Die beteiligten Kirchen lassen sich bei der gemeinsamen Ausrichtung von Zeugnis und Dienst von dieser Übereinstimmung leiten und verpflichten sich zu kontinuierlichen Lehrgesprächen untereinander.

38 Das gemeinsame Verständnis des Evangeliums, auf dem die Kirchengemeinschaft beruht, muß weiter vertieft, am Zeugnis der Heiligen Schrift geprüft und ständig aktualisiert werden.

39 Es ist Aufgabe der Kirchen, an Lehrunterschieden, die in und zwischen den beteiligten Kirchen bestehen, ohne als kirchentrennend zu gelten, weiterzuarbeiten. Dazu gehören:

Hermeneutische Fragen im Verständnis von Schrift, Bekenntnis und Kirche;

Verhältnis von Gesetz und Evangelium;

Taufpraxis;

Amt und Ordination;

Zwei-Reiche-Lehre und Lehre von der Königsherrschaft Jesu Christi; Kirche und Gesellschaft.

Zugleich sind auch Probleme aufzunehmen, die sich im Hinblick auf Zeugnis und Dienst, Ordnung und Praxis neu ergeben.

40 Aufgrund ihres gemeinsamen Erbes müssen die reformatorischen Kirchen sich mit den Tendenzen theologischer Polarisierung auseinandersetzen, die sich gegenwärtig abzeichnen. Die damit verbundenen Probleme greifen zum Teil weiter als die Lehrdifferenzen, die einmal den lutherisch-reformierten Gegensatz begründet haben.

41 Es wird Aufgabe der gemeinsamen theologischen Arbeit sein, die Wahrheit des Evangeliums gegenüber Entstellungen zu bezeugen und abzugrenzen.

42 c) *Organisatorische Folgerungen*

Durch die Erklärung der Kirchengemeinschaft werden kirchenrechtliche Regelungen von Einzelfragen zwischen den Kirchen und innerhalb der Kirchen nicht vorweggenommen. Die Kirchen werden jedoch bei diesen Regelungen die Konkordie berücksichtigen.

43 Allgemein gilt, daß die Erklärung der Kanzel- und Abendmahlsgemeinschaft und die gegenseitige Anerkennung der Ordination die in den Kirchen geltenden Bestimmungen für die Anstellung im Pfarramt, die Ausübung des pfarramtlichen Dienstes und die Ordnungen des Gemeindelebens nicht beeinträchtigen.

44 Die Frage eines organisatorischen Zusammenschlusses einzelner beteiligter Kirchen kann nur in der Situation entschieden werden, in der diese Kirchen leben. Bei der Prüfung dieser Frage sollten folgende Gesichtspunkte beachtet werden:

45 Eine Vereinheitlichung, die die lebendige Vielfalt der Verkündigungsweisen, des gottesdienstlichen Lebens, der kirchlichen Ordnung und der diakonischen wie gesellschaftlichen Tätigkeit beeinträchtigt, würde dem Wesen der mit dieser Erklärung eingegangenen Kirchengemeinschaft widersprechen. Andererseits kann aber in bestimmten Situationen der Dienst der Kirche um des Sachzusammenhangs von Zeugnis und Ordnung willen rechtliche Zusammenschlüsse nahelegen. Werden organisatorische Konsequenzen aus der Erklärung der Kirchengemeinschaft gezogen, so darf die Entscheidungsfreiheit der Minoritätskirchen nicht beeinträchtigt werden.

46 d) *Ökumenische Aspekte*

Indem die beteiligten Kirchen unter sich Kirchengemeinschaft erklären und verwirklichen, handeln sie aus der Verpflichtung heraus, der ökumenischen Gemeinschaft aller christlichen Kirchen zu dienen.

47 Sie verstehen eine solche Kirchengemeinschaft im europäischen Raum als einen Beitrag auf dieses Ziel hin. Sie erwarten, daß die Überwindung ihrer bisherigen Trennung sich auf die ihnen konfessionell verwandten Kirchen in Europa und in anderen Kontinenten auswirken wird, und sind bereit, mit ihnen zusammen die Möglichkeit von Kirchengemeinschaft zu erwägen.

48 Diese Erwartung gilt ebenfalls für das Verhältnis des Lutherischen Weltbundes und des Reformierten Weltbundes zueinander.

49 Ebenso hoffen sie, daß die Kirchengemeinschaft der Begegnung und Zusammenarbeit mit Kirchen anderer Konfessionen einen neuen Anstoß geben wird. Sie erklären sich bereit, die Lehrgespräche in diesen weiteren Horizont zu stellen.

Das über den Vollzug der Arbeit berichtende und das Verfahren der Rezeption des Ergebnisses regelnde Begleitschreiben, mit dem der abschließend festgestellte Konkordientext übersandt wurde, hat folgenden Wortlaut:

VORVERSAMMLUNG ZUR AUSARBEITUNG EINER KONKORDIE REFORMATORISCHER KIRCHEN IN EUROPA

Leuenberg, den 16. März 1973

An die an der Ausarbeitung der Konkordie beteiligten Kirchen

Auf Beschluß und im Auftrag der Vorversammlung zur Ausarbeitung einer Konkordie reformatorischer Kirchen in Europa erhalten Sie als Anlage den auf der zweiten Tagung in der Zeit vom 12. bis 16. März 1973 von ihr abschließend festgestellten Text für eine Konkordie reformatorischer Kirchen in Europa mit der Bitte, eine Entscheidung in Ihrer Kirche über die Annahme herbeizuführen.

1. Nachdem die europäischen Kirchen die Thesenreihen von Schauenburg (1967) weitgehend zustimmend zur Kenntnis genommen hatten, kam es auf Wunsch und unter direkter Beteiligung dieser Kirchen zu den sogenannten Leuenberger Gesprächen (1969 bis 1970). Diese haben sich vorwiegend auf die Frage der Kirchengemeinschaft konzentriert. Die von den Kirchen offiziell delegierten Teilnehmer an den Gesprächen haben die Arbeit an einer Konkordie empfohlen, die Grundlage für die Herstellung der Kirchengemeinschaft sein kann. Die Kirchen haben diesen Vorschlag zur Kenntnis genommen bzw. ihm zugestimmt und Delegierte ernannt, die den Text der Konkordie erarbeiten sollten. Auf einer Tagung vom 19. bis 24. September 1971 in Leuenberg hatten die von den Kirchen ernannten Delegierten den Entwurf für eine Konkordie reformatorischer Kirchen in Europa erarbeitet.

2. Die zweite Tagung der Vorversammlung im März 1973 war von dem von der Vorversammlung im September 1971 eingesetzten Fortsetzungsausschuß vorbereitet worden. Dieser hatte seinem Auftrag entsprechend in mehreren Sitzungen die Stellungnahmen der Kirchen geprüft und einen Vorschlag für eine überarbeitete Fassung des Textes vorgelegt. Mit Rücksicht auf die Bitten einiger Kirchen konnte der Fortsetzungsausschuß selbst einen abschließenden Text der Konkordie nicht feststellen. Die Vorversammlung hat auf ihrer zweiten Tagung einen Arbeitsbericht des Fortsetzungsausschusses sowie dessen schriftlich vorgelegte Änderungsvorschläge entgegengenommen. Sie hat darüber hinaus in eigener Verantwortung die in einer Synopse übersichtlich dargestellten Stellungnahmen der Kirchen sowie einer Reihe von kirchlichen Gruppen und einzelner Persönlichkeiten zur Kenntnis genommen und geprüft. Bisher haben 63 Kirchen ihre Antwort gegeben, weitere 9 Kirchen hatten zwar ihre Stellungnahmen nicht abgeschlossen, konnten aber die Vorversammlung über ihre Vorarbeiten mit ausführlichen Dokumenten unterrichten.

3. Mit Dankbarkeit und Freude konnte die Vorversammlung feststellen, daß zwischen den in ihr vertretenen Kirchen nahezu Einmütigkeit darüber besteht, daß Ziel einer Kirchengemeinschaft zwischen den reformatorischen Kirchen in Europa auf dem Weg einer Konkordie weiterzuverfolgen. Diese Tatsache verdient um so mehr Beachtung, als eine Reihe von Kirchen bei der Erarbeitung ihrer Stellungnahmen nicht nur Voten von Fachtheologen und Fakultäten berücksichtigt haben, sondern in umfassender Weise ihre ordinierten Amtsträger und ihre Gemeinden in den Prozeß der Meinungsbildung einbezogen haben.

4. Die Vorversammlung hat nach Prüfung der Stellungnahmen die Einmütigkeit in der grundsätzlichen Zustimmung zum Ziel und Weg der Konkordie zur Leitlinie ihrer Weiterarbeit und ihrer Entscheidungen gemacht. Sie kam zu der Überzeugung, daß mit der vorgenommenen Textrevision das Mögliche erreicht und damit ihre Arbeit abgeschlossen ist. Sie meint, daß eine erneute Stellungnahme der Kirchen sachlich nicht weiterführe, so daß sie nunmehr die Rezeption der Konkordie von den beteiligten Kirchen erbittet.

5. Der revidierte Text der Konkordie hat wichtige Änderungswünsche aufgenommen und eine Reihe von grundsätzlichen Fragen in den Grenzen des Möglichen geklärt.

Wo immer möglich, hat die Revision die in einzelnen Stellungnahmen kritisierte Sprache des Entwurfs verbessert. Dabei mußte allerdings berücksichtigt werden, daß die mit der Konkordie zu überwindenden Lehrdifferenzen in der durch die Bekenntnisse bzw. die Traditionen geprägten Sprache ihren Ausdruck finden. Eine Auseinandersetzung mit diesen sprachlich geprägten Lehraussagen mußte sich einer entsprechenden Ausdrucksweise bedienen. Die Vorversammlung war sich dessen bewußt, daß die Aufgabe des zeitgemäßen Ausdrucks den Kirchen gestellt bleibt und in den kontinuierlichen Lehrgesprächen aufgenommen werden muß.

Die Revision hat sich darum bemüht, den Text nicht durch neue Aussagen zu erweitern. Er braucht nicht alle Themen zu behandeln, die in den Bekenntnissen oder Traditionen der einzelnen Kirchen behandelt sind. Straffungen und Kürzungen durften aber nicht auf Kosten des notwendig zu formulierenden gemeinsamen Verständnisses des Evangeliums als Grundlage für die einzugehende Kirchengemeinschaft vorgenommen werden. Die Vorversammlung ist nach eingehender Diskussion zu dem Ergebnis gekommen, daß eine kurz gefaßte Erklärung mit einem nur kurz begründeten Hinweis auf den zwischen den Kirchen bestehenden Konsensus zur Erklärung der Kirchengemeinschaft nicht ausreicht.

6. Zum Verfahren der Rezeption:

a) Der von der zweiten Vorversammlung beschlossene Text für eine Konkordie reformatorischer Kirchen in Europa ist von vier Vorsitzenden der Vorversammlung, nämlich den Herren Dr. Max Geiger-Basel, Dr. Leonhard Goppelt-München, Dr. Horst Lahr-Potsdam, Dr. Marc Lienhard-Strasbourg, durch ihre Unterschrift festgestellt. Die von den Vorsitzenden unterschriebene Konkordie ist beim Ökumenischen Rat der Kirchen und in Abschrift beim Lutherischen Weltbund und beim Reformierten Weltbund hinterlegt.

b) Die beteiligten Kirchen werden gebeten, ihre Zustimmung bis zum 30. September 1974 in schriftlicher Form zu geben.

c) Die Zustimmung sollte folgende Erklärung enthalten:

Die ... (Bezeichnung der Kirche) ... stimmt der Konkordie reformatorischer Kirchen in Europa (Leuenberger Konkordie) in der am 16. März 1973 beschlossenen Fassung zu.

d) Die Zustimmungserklärungen sind dem Ökumenischen Rat der Kirchen einzusenden (Kommission für Glauben und Kirchenverfassung, 150, route de Ferney, 1211 Genf 20, Schweiz). Sie werden dort hinterlegt. Über jede eingegangene Zustimmungserklärung werden die beteiligten Kirchen vom Ökumenischen Rat der Kirchen alsbald unterrichtet.

e) Die Kirchengemeinschaft im Sinne der Konkordie wird am 1. Oktober 1974 zwischen den Kirchen wirksam, von denen eine Zustimmungserklärung beim Ökumenischen Rat der Kirchen eingegangen ist.

f) Kirchen, deren Zustimmungserklärung nach dem 30. September 1974 beim Ökumenischen Rat der Kirchen eingeht, sind mit dem Zeitpunkt des Eingangs ihrer Zustimmungserklärung an der Kirchengemeinschaft im Sinne der Konkordie beteiligt.

7. Über die Verwirklichung der Kirchengemeinschaft hat die Vorversammlung folgende Vorstellungen entwickelt:

a) Die beteiligten Kirchen werden gebeten, Anregungen und Wünsche für eine praktische Verwirklichung der Kirchengemeinschaft und Themen für die vorgesehenen Lehrgespräche mitzuteilen.

b) Die Lehrgespräche sollen möglichst noch im Jahre 1974 aufgenommen werden. Auch Kirchen, die bei Beginn der Lehrgespräche eine Entscheidung über die Annahme der Konkordie noch nicht haben herbeiführen können, werden zur Teilnahme an den Lehrgesprächen eingeladen. Die Einzelheiten werden vom Fortsetzungsausschuß mit dem Lutherischen Weltbund und dem Reformierten Weltbund besprochen.

c) Die Vorversammlung war der Meinung, daß von der Einberufung einer „Hauptversammlung“, wie sie in früheren Schreiben vorgesehen war, zunächst abgesehen werden solle. Das schließt nicht aus, eine Hauptversammlung später zu einem noch festzulegenden Zeitpunkt einzuberufen, wenn die beteiligten Kirchen dies für wünschenswert halten. Dies könnte z. B. im Zusammenhang mit dem Beginn der kontinuierlichen Lehrgespräche geschehen.

8. Der von der Vorversammlung eingesetzte Fortsetzungsausschuß besteht aus:

Es folgen die Namen, darunter aus der EKD:

Professor Dr. Leonhard Goppelt (Bischof Dr. Friedrich Hübner)
OKR i. R. D. Karl Herbert (Prälat Dr. Hans Bornhäuser)
OKR Olav Lingner (OKR Dr. Werner Hofmann)
Professor Dr. Dr. Wenzel Lohff (OLKR Dr. Hans Martin Müller)
Präsident Hugo Schnell (OKR Hermann Greifenstein)
Präses Prof. Dr. Joachim Staedtke (Landessuperintendent Dr. Gerhard Nordholt)

Der Fortsetzungsausschuß hat für die verantwortliche Durchführung der in 6. und 7. genannten Aufgaben zu sorgen.

Für die Vorversammlung

gez. Prof. Dr. Max Geiger
(Vorsitzender)

gez. Prof. Dr. Marc Lienhard
(Vorsitzender)

Mit Recht ist die Verabschiedung der Konkordie als „ein Ereignis von kirchengeschichtlichem Rang“ beurteilt worden. 51 Vertreter von etwa 90 Kirchen aus 16 europäischen Ländern haben sich auf gemeinsame Aussagen geeinigt, die zwischen ihnen eine neue Kirchengemeinschaft ermöglichen, die weder die Geltung der bisherigen verpflichtenden Bekenntnisse antastet noch einen neuen Kirchenbund oder gar eine Superkirche begründet, sondern den unterzeichnenden Kirchen ihre Identität beläßt und sie in eine nicht statisch, sondern dynamisch zu verstehende und fortschreitend zu verwirklichende Kirchengemeinschaft einordnet und einbindet.

Wenn auch die Zustimmung überwog, fand die Leuenberger Vereinbarung in der EKD doch unterschiedliche Aufnahme. Ihre Zustimmung erklärten die
Evangelische Landeskirche in Baden (Mai 1973)
Evangelische Landeskirche Berlin-Brandenburg Regionalsynode Berlin-West (November 1973)
Evangelisch-Lutherische Landeskirche in Braunschweig (Oktober 1973)
Evangelische Kirche in Hessen und Nassau (November 1973)
Lippische Landeskirche (November 1973)
Evangelische Kirche von Westfalen (Oktober 1973)

Am 2. Oktober 1973 beschloß die Arnoldshainer Konferenz nachstehende

STELLUNGNAHME ZUR LEUENBERGER KONKORDIE

Die Vollkonferenz der Arnoldshainer Konferenz hatte mit ihrer Entschlieûung vom 23.3.1972 den damals vorliegenden Entwurf der Leuenberger Konkordie vom September 1971 begrüßt, die für sie entscheidenden Punkte hervorgehoben und auch zwei Änderungswünsche ausgesprochen. Die Vollkonferenz empfiehlt nunmehr den ihr angeschlossenen oder gastweise mitarbeitenden Kirchen, der Konkordie in der am 16. März 1973 abschließend festgestellten Fassung zuzustimmen.

Die Prüfung des jetzt vorliegenden Textes im Vergleich mit dem Entwurf vom September 1971 und den dazu veröffentlichten Stellungnahmen aus den verschiedenen Kirchen ergibt, daß die nunmehr beschlossene Fassung als merkliche Verbesserung anzusehen ist. Offensichtlich ist begründeten Einwänden und Anliegen im Rahmen des Möglichen Rechnung getragen worden.

Zum einzelnen sei darauf hingewiesen, daß nun im Eingang (Ziffer 1) die Dankbarkeit zum Ausdruck kommt, näher zueinander geführt zu sein, aber auch die Erinnerung an Schuld und Leid im Verhältnis der Kirchen zueinander in Vergangenheit und Gegenwart nicht verschwiegen wird. An einigen Stellen ist der Text gestrafft oder, wo er nicht eindeutig war, präzisiert (Ziff. 5, 6, 20, 26, 27, 31, 38, 43). Verschiedentlich wurden aus

Gründen der theologischen Klarstellung Ergänzungen oder Umformulierungen vorgenommen (Ziff. 7, 9 letzter Satzteil, 10 Satz 2 und 3, 11 Satz 1 und 2, 13 letzter Satz, 18 letzter Satz, 21, 22, 34, 35). Der als unzureichend empfundene Abschnitt über die Taufe (14) ist neu gefaßt. Von Wichtigkeit ist auch die genauere Definition von Kirchengemeinschaft (29) sowie die Klarstellung des Verhältnisses der Konkordie zu den Bekenntnissen, aber auch das Herausstellen ihres für die Kirchen verpflichtenden Charakters (37). An einigen Stellen ist dem Einwand, der gesamtökumenische Horizont sei nicht ausreichend deutlich, durch Verstärkung entsprechender Hinweise Rechnung getragen (12, 46, 49).

Das jetzt erreichte Ergebnis rechtfertigt den Entschluß der Vorversammlung von Leuenberg, die Konkordie nunmehr den Kirchen zur Annahme und nicht nochmals zur Stellungnahme zuzuleiten. Der Dank dafür, daß die Vorarbeiten zur Überwindung der innerevangelischen Spaltung ohne Widerspruch abgeschlossen werden konnten, läßt offen gebliebene Wünsche und weitere kritische Fragen zurücktreten. Es wird jetzt entscheidend darauf ankommen, was die Kirchen auf der Grundlage der Konkordie an tatsächlicher Gemeinschaft in theologischer Zusammenarbeit wie in Zeugnis und Dienst verwirklichen.

Die Konferenz bittet die in ihr verbundenen Kirchen, diese Gemeinsamkeit bereits jetzt soweit irgend möglich zu praktizieren und der Konkordie ohne Vorbehalt ihre Zustimmung zu geben.

Der von den kirchenleitenden Organen der VELKD gefaßte Beschluß lautet:

ENTSCHLIESSUNG VON GENERALSYNODE UND BISCHOFSKONFERENZ ZUR KONKORDIE REFORMATORISCHER KIRCHEN IN EUROPA

*(Leuenberger Konkordie)
Vom 25. Oktober 1973*

I.

Generalsynode und Bischofskonferenz der VELKD hatten im Oktober 1972 dem Entwurf einer Konkordie reformatorischer Kirchen in Europa grundsätzlich zugestimmt, jedoch die Notwendigkeit einer Überarbeitung betont. Diese Überarbeitung hat stattgefunden.

Wir sind der Auffassung, daß die von Generalsynode und Bischofskonferenz der VELKD ausgesprochenen grundlegenden Vorschläge (Teil II der Entschließung vom 26. Oktober 1972) ausreichend berücksichtigt worden sind.

1. Das Verhältnis zwischen „wahrer Einheit der Kirche“ und „Kirchengemeinschaft“ (Ziff. 2 des Entwurfs) wurde entsprechend unseren Formulierungsvorschlägen geklärt. In Ziff. 2 wurden die Sätze umgestellt. Auf diese Weise ergibt sich, daß „Kirchengemeinschaft“ nicht mit „Kirche Jesu Christi“ gleichzusetzen, sondern als von Menschen zu gestaltende Gemeinschaft unter bekenntnisverschiedenen Kirchen (vgl. Ziff. 29 und 37 der Konkordie) anzusehen ist, die der wahren Einheit der Kirche dient. In Ziff. 34 (Ziff. 33 des Entwurfs für die Konkordie) ist entsprechend nicht mehr von der Anerkennung von Kirchen als „Kirche Jesu Christi“ die Rede.

2. Die Leuenberger Konkordie hat zwar in den Ziffern 20 und 26 einerseits und Ziff. 23 andererseits eine unterschiedliche Formulierung bezüglich der Übereinstimmung in der Frage der Verwerfungen beibehalten. Dieses entspricht dem unterschiedlichen Inhalt der Ziffern. In der Zusammenfassung Ziff. 27 ist jedoch klargestellt, daß keine unterschiedliche Bewertung der Einzelfeststellung zulässig ist.

3. In den Ziffern 27, Satz 1 und 32 sind die Formulierungen aufeinander abgestimmt worden. Dabei wurde der Vorschlag berücksichtigt, vom „(gegenwärtigen) Stand der Lehre“ zu sprechen.

4. Der Vorschlag, als Gegenstand der Übereinstimmung nicht nur Teil II, sondern auch Teil III zu sehen, wurde in der Neuformulierung von Ziff. 31 aufgenommen.

5. Der Vorschlag, statt zwischen „Herstellung“ und „Verwirklichung“ von Kirchengemeinschaft zwischen „Erklärung“ und „Verwirklichung“ zu unterscheiden, wurde an allen entsprechenden Stellen aufgenommen.

Über diese notwendigen Klärungen hinaus ist eine größere Zahl von Vorschlägen, die in der Anlage zur Entschließung der Generalsynode und der Bischofskonferenz der VELKD vom 26. Oktober 1972 enthalten sind, dem Wortlaut oder dem Sinne nach berücksichtigt worden.

Besonders wichtig erscheint uns, daß in Ziff. 37 klargestellt wurde, daß die Konkordie als zwischenkirchliche Vereinbarung die verpflichtende Geltung der Bekenntnisse in den einzelnen Kirchen unangetastet läßt und sich selbst nicht als ein neues Bekenntnis versteht, sondern als eine Feststellung von Gemeinsamkeiten, die sich aus den geltenden Bekenntnissen unter Berücksichtigung des gegenwärtigen Standes der Lehre in den beteiligten Kirchen ergeben. Damit ist eindeutig erklärt, daß die Konkordie weder als übergeordnetes Bekenntnis noch als „hermeneutischer Schlüssel“ der Bekenntnisse verstanden werden kann. Sie erkennt vielmehr an, daß die beteiligten Kirchen wie bisher ihren Bekenntnissen oder Traditionen verpflichtet bleiben (Ziff. 30), daß diese Verpflichtung ihnen aber den Weg in die Kirchengemeinschaft nicht versperrt.

II.

Generalsynode und Bischofskonferenz empfehlen den Gliedkirchen die Annahme der Konkordie reformatorischer Kirchen in Europa (Leuenberger Konkordie).

Um gemeinsames Handeln zu gewährleisten, bitten wir die Gliedkirchen der VELKD, vor Abgabe einer Erklärung gegenüber dem Ökumenischen Rat der Kirchen zunächst mit der Vereinigten Kirche eine Abstimmung zu suchen. Die Bischofskonferenz wird diese Abstimmung unter den Gliedkirchen fördern und auch in einer Konsultation verantwortlicher kirchenleitender Persönlichkeiten für alle lutherischen Kirchen in Europa suchen.

III.

1. Für die Zustimmungserklärung sollte nach unserer Auffassung einheitlich die im Begleitbrief zur Konkordie (Ziff. 6c) vorgeschlagene Formulierung gewählt werden.

2. Wir gehen davon aus, daß die Kirchengemeinschaft zu dem Zeitpunkt wirksam wird, zu dem die beim Ökumenischen Rat der Kirchen abgegebenen Zustimmungserklärungen von den beteiligten Kirchen zur Kenntnis genommen werden.

3. Ebenfalls gehen wir davon aus, daß den Gliedkirchen eine Prüfung darüber vorbehalten bleibt, ob Kirchengemeinschaft besteht, sofern die Zustimmungserklärungen anderer Kirchen Aussagen enthalten, die eine inhaltliche Änderung der Konkordie bedeuten.

IV.

1. Im Sinne der Entschließung der Generalsynode vom 26. Oktober 1972, Teil IV, gehen wir davon aus, daß eine Annahme der Konkordie keinen Gewissenszwang gegenüber den im Dienst der Verkündigung Stehenden, den Kirchengemeinden und ihren Gliedern zur Folge haben darf. Dieses verpflichtet dazu, daß bei Schritten zur Verwirklichung der Kirchengemeinschaft in den Gemeinden – ggf. auch in rechtlichen Regelungen – Rücksicht genommen wird auf die Amtsträger und Gemeindeglieder, die der Leuenberger Konkordie nicht zustimmen können. In Ziff. 42 und 43 der Konkordie ist ausdrücklich festgestellt, daß mit einer Annahme der Konkordie keine unmittelbar oder mittelbar zwingenden Rechtsfolgen für die Ordnung des Dienstes der Verkündigung und des Gemeindelebens in den beteiligten Kirchen wirksam werden.

2. Wir bitten die Gliedkirchen, bei der abschließenden Behandlung der Konkordie auch zu prüfen, ob Feststellungen getroffen werden müssen, die für Amtsträger und Gemeindeglieder die Freiheit sichern, die erforderlich ist, wenn die Verwirklichung der Kirchengemeinschaft der „einigenden Kraft des Heiligen Geistes“ (Ziff. 35 der Konkordie) bei allen Beteiligten Raum geben soll.

V.

Die Kirchenleitung wird gebeten, die Folgen, die sich aus der Annahme der Konkordie vor allem in der EKD, in den einzelnen Gliedkirchen der VELKD und in den Gemeinden ergeben, weiter prüfen zu lassen und der Generalsynode bei der nächsten Sitzung zu be-

richten. Die Gliedkirchen werden gebeten, in den Fragen der Praktizierung von Kirchengemeinschaft aufgrund der Leuenberger Konkordie gemeinsam vorzugehen.

VI.

Mit der Zustimmung zur Konkordie verpflichten sich die Kirchen zu kontinuierlichen Lehrgesprächen untereinander (Ziff. 37). In diesen Gesprächen sollen die „Lehrunterschiede, die in und zwischen den beteiligten Kirchen bestehen, ohne als kirchentrennend zu gelten“, bearbeitet und solche Probleme aufgenommen werden, die sich im Blick auf Zeugnis und Dienst, Ordnung und Praxis neu ergeben (Ziff. 39).

Für entsprechende Lehrgespräche empfehlen wir, unter der aktuellen Fragestellung „Kirche und Gesellschaft“ die in Ziff. 39 angesprochenen Fragen des Verhältnisses von Gesetz und Evangelium und der Zwei-Reiche-Lehre bzw. der Lehre von der Königsherrschaft Christi zu behandeln.

Wir empfehlen ferner, die Behandlung der in Ziff. 39 genannten Fragestellung „Amt und Ordination“ und in diesem Zusammenhang Gespräche über die bestehenden Auffassungen von den „vielfältigen Ämtern und Diensten“ (Ziff. 13) zu führen.

Lübeck-Travemünde, den 25. Oktober 1973

Der Präsident der Generalsynode
gez. *Boyken*

Der Leitende Bischof
gez. *D. Wölber*

Neben der Zustimmung wurden innerhalb der EKD aber auch Bedenken, Besorgnisse und Kritik laut.

Landesbischof D. Dietzfelbinger – München und Landessuperintendent Dr. Schmidt-Clausen – Osnabrück richteten an den Generalsekretär des Lutherischen Weltbundes Dr. A. Appel am 12. Oktober 1973 folgendes Schreiben:

Im folgenden wenden wir uns, auch als Mitglieder des Exekutivkomitees des Lutherischen Weltbundes, an Sie in einer Frage, die uns sehr bewegt. Es handelt sich um den weiteren Weg der Verhandlungen über die Leuenberger Konkordie. Wie Sie sich erinnern, war dieses Thema auch Gegenstand der Sitzung des Exekutivkomitees in Eisenach. Präsident Juva hat in seinem Bericht ausführlich dazu Stellung genommen und, wie wir meinen, sehr grundlegende Fragen gestellt. Wir haben nun freilich den Eindruck, daß dieses den ganzen Lutherischen Weltbund betreffende Thema in der Aussprache zu kurz gekommen ist. In den Beschlüssen des Exekutivkomitees ist von der weiteren Hilfe bei der Verwirklichung lutherisch-reformierter Kirchengemeinschaft die Rede, auch davon, daß ein neuer gemeinsamer lutherisch-reformierter Ausschuß die theologischen und kirchenpolitischen Implikationen der Leuenberger Konkordie untersuchen soll. Da aber dieser Ausschuß wohl längere Zeit benötigen wird, um seine Arbeit zu beginnen, halten wir es für notwendig, rechtzeitig, d. h. schon jetzt, einige Fragen auszusprechen.

Auch wir bejahen die Motivation und Zielsetzung der Konkordie. Es gibt Mitgliedskirchen, in denen nicht nur Fachtheologen und Fakultäten zu ihr Stellung genommen haben, sondern Pfarrer und Gemeinden in den Prozeß der Meinungsbildung einbezogen waren, und dies hat sich positiv ausgewirkt. Um so sorgfältiger sollten wir freilich darauf bedacht sein, daß nun auch weiter die rechten Schritte getan werden. Wir wissen nicht viel darüber, wie die Leuenberger Konkordie in den außer-europäischen Mitgliedskirchen des Lutherischen Weltbundes beurteilt wird. Bei den europäischen Mitgliedskirchen, so müssen wir gestehen, gibt die Entwicklung der Dinge nicht geringen Anlaß zur Beunruhigung. Wir nennen drei Fragenkomplexe:

1. Man kann mit Dank feststellen, daß der Text der Konkordie in der Formulierung vom 16.3.1973 eine wesentliche Verbesserung gegenüber der früheren Fassung bedeutet. Die Vorversammlung vom 16.3. hat einen wichtigen Dienst getan, indem sie wohl die meisten Verbesserungsvorschläge der Mitgliedskirchen in den Text eingearbeitet hat. Nach wie vor

aber besteht ein ungeklärtes Verhältnis zwischen den theologischen Teilen I–III einerseits und dem Teil IV andererseits, in dem nicht nur theologische, sondern rechtliche Konsequenzen gezogen werden, vgl. besonders Ziff. 34, 35, 37, 42, 43. Die Qualität dieser rechtlichen Feststellungen ist unklar und schon in der bisherigen Auslegung umstritten. Man kann sie sehr unverbindlich, man kann sie auch als verbindlich ansehen. Man kann aus ihnen diese, aber auch jene Folgerung herauslesen. In Ziff. 42 wird gesagt, daß kirchenrechtliche Regelungen von Einzelfragen nicht vorweggenommen werden. Aber welche kirchenrechtliche Gesamtverpflichtung wird durch die Erklärung der Kirchengemeinschaft übernommen, bzw. welche kirchenrechtlichen Konsequenzen ergeben sich daraus? Nach Ziff. 37 versteht sich die Leuenberger Konkordie nicht als Bekenntnis, sondern als „eine im Zentralen gewonnene Übereinstimmung“. Aber ist solch eine Übereinstimmung, wenn sie ausgesprochen wird, nicht ein Bekenntnis? Es gibt mehrere solcher Unstimmigkeiten. Auch daß nun die frühere Terminologie „Herstellung und Verwirklichung“ ersetzt ist durch „Erklärung und Verwirklichung der Kirchengemeinschaft“ ist nur eine geringe Verbesserung. Wer aber die Konkordie verantwortlich unterzeichnen soll, muß wissen, wie er damit dran ist und was er damit tut. Jedenfalls für die Kirchen in Deutschland, wo die Leuenberger Konkordie auch in der neuen Grundordnung der EKD genannt werden soll, ist dies eine außerordentlich schwerwiegende Frage, noch dazu, wenn es in diesen Kirchen Gruppen gibt, die die Leuenberger Konkordie ablehnen. Welcher rechtliche Status soll dann für sie gelten?

2. Noch beunruhigender ist die Beobachtung, daß eine Reihe von Kirchen je länger um so mehr der Unterzeichnung der Leuenberger Konkordie reserviert gegenüberstehen. Wie die Brüder in den reformierten Kirchen sich im einzelnen verhalten, wissen wir nicht. Von einigen Kirchen in der Schweiz scheinen jedenfalls Bedenken gegen die Unterzeichnung geäußert zu sein. Gerne haben wir den Rundbrief von Generalsekretär Perret an die europäischen Mitgliedskirchen des Reformierten Weltbundes gelesen, wo den Mitgliedskirchen ein intensives Studium des Konkordientextes empfohlen wird in der Hoffnung auf ein positives Ergebnis. Was die lutherischen Kirchen betrifft, so haben nach unseren Informationen vor allem die skandinavischen Kirchen neben da und dort vorhandener Zustimmung doch sehr ernste Fragen vorgebracht. Es ist verständlich, daß manche Kirchen mehr, manche weniger an der Konkordie interessiert sind. Wenn aber Erwägungen ausgesprochen werden wie die, daß die Konkordie den lutherisch-katholischen Horizont verengen und uns von der Gemeinschaft mit der gesamten Ökumene entfernen könnte, dann dürfen wir daran nicht zu rasch vorübergehen. Die für den Lutheraner Weltbund insgesamt entstandene Problematik hat Herr Präsident Juva bei aller positiven Würdigung der Konkordie in seinem inzwischen etwas mehr bekannt gewordenen Bericht in Eisenach deutlich präzisiert, wenn er fragt, wie dann, wenn einige lutherische Kirchen die Konkordie angenommen haben und andere nicht, die Einheit unter den Lutheranern selbst aussehen wird und in welcher Weise die Identität der unterzeichnenden lutherischen Kirchen in diesem Falle beeinflußt werden wird.

Ebenso viele Fragen finden wir ausgesprochen in der vorläufigen Stellungnahme der Schwedischen Kirche vom 25.1.1973, wo es heißt: „Eine Annahme des Leuenberger Konkordienentwurfs (LKE) kann nicht ohne Beziehung zu den Lehrgesprächen unserer Kirche mit anderen nicht-reformatorischen Kirchen, z. B. mit der Katholischen, der Anglikanischen und der Orthodoxen Kirchen geschehen. Genügend Zeit für eine solche Konfrontation ist nicht gegeben worden. Sie ist um so wichtiger, als der LKE das Ergebnis der interkonfessionalen Gespräche ist, die am weitesten gekommen sind. Die Schwedische Kirche will ihre Identität behaupten ... Innere protestantische Probleme müssen in naher Verbindung mit der ganzen Christenheit gelöst werden. – Nur nach einer solchen Konfrontation kann man prüfen, ob der LKE die Einheit der Kirche fördert, was sein Zweck ist, oder dazu beiträgt, die Gegensätze zu stärken, die sich zur Zeit gerade verändern. – Welche Konsequenzen eine Annahme des LKE für die Beziehung zwischen dem Lutheraner Weltbund und seinen Mitgliedskirchen mit sich bringt, muß deutlicher herausgearbeitet werden. Was bedeutet es, wenn es im Lutheraner Weltbund Kirchen zweier Art geben soll, einige, die den LKE annehmen, und andere, die den LKR abweisen?“

Diese Fragen sind, wie uns scheint, auch nach der Leuenberger Textrevision vom 16.3.

nicht ausgeräumt. Wir glauben, daß der Lutherische Weltbund, der nach seiner Verfassung den Zusammenhalt der lutherischen Kirchen fördern soll, an dieser Problematik nicht vorübergehen kann. In Ihrem Eisenacher Bericht haben Sie selber mit Recht eindringlich auf die Fragen der „innerlutherischen Einheit“ hingewiesen, die wir nicht übersehen dürfen. Nichts wäre in diesem Augenblick verhängnisvoller, als wenn durch die Konkordie eine Entfremdung zwischen den lutherischen Kirchen in Europa und darüber hinaus entstünde.

3. Diese Sorge sprechen wir gerade als Vertreter des deutschen Nationalkomitees aus. Wir sind von Herzen dankbar für die Gemeinschaft des Lutherischen Weltbundes, die nach dem letzten Weltkrieg in einer so guten Weise gewachsen ist. Nun aber geraten wir paradoxerweise gerade durch die Leuenberger Konkordie in die Gefahr einer neuen Isolation. Es ist natürlich, daß uns in Deutschland bei unseren konfessionellen Verhältnissen die Leuenberger Konkordie besonders beschäftigt. Dies darf aber unter keinen Umständen dazu führen, daß sie, wie schon vielfach geäußert, zu einer „typisch deutschen Angelegenheit“ wird. Damit würde die Absicht der Leuenberger Konkordie, die die ökumenische Gemeinschaft ausweiten soll, ins genaue Gegenteil verkehrt. Wir in Deutschland sind darauf angewiesen, in der Gemeinschaft des gesamten Weltluthertums zu bleiben, damit wir nicht in einen ungunsten Provinzialismus hineintreiben.

Unter dem Eindruck dieser Beobachtungen, die uns je länger um so mehr unruhig machen, bitten wir Sie nachdrücklich, lieber Bruder Appel, im Rahmen Ihrer Möglichkeiten bei den zuständigen Persönlichkeiten und Gremien auf folgendes hinzuweisen:

a) Es sollte rechtzeitig eine Konsultation der verantwortlichen Bischöfe und Präsidenten der europäischen lutherischen Kirchen in die Wege geleitet werden. Am besten geschähe dies in einer persönlichen Begegnung. Wir wissen, wie schwer es ist, einen derartigen Plan zu verwirklichen. Aber die Sache, die auf dem Spiele steht, macht eine rechtzeitige Konsultation dringend erforderlich.

b) Derartige Verhandlungen können keinesfalls unter Zeitdruck geschehen. Darauf hat auch der schwedische Erzbischof hingewiesen. Wir wissen, daß der für die Rezeption vorgeschlagene Termin 30.9.1974 von der Leuenberger Kommission in Form einer Bitte ausgesprochen ist. Dennoch hat er die Wirkung, daß auf diesen Termin hin alle Überlegungen angestellt werden und daß in der dadurch entstandenen Eile manche Gesichtspunkte nicht ihr nötiges Gewicht erhalten. Wir bitten deshalb um der Sache willen, auf eine Terminierung für die Unterzeichnung der Leuenberger Konkordie überhaupt zu verzichten.

c) Wie oben gezeigt, scheint uns das Verhältnis von Teil I–III zu Teil IV der Konkordie nicht genügend geklärt zu sein. Diese Problematik ist aber für die Zukunft so schwerwiegend, daß wir vorschlagen müssen, es möge die Leuenberger Vorversammlung, vielleicht noch unter Zuziehung einiger anderer Teilnehmer, sich noch einmal mit dem Konkordienentwurf befassen. Zu diesem Vorschlag fühlen wir uns auch durch die Frage berechtigt, wie weit die Vollmacht reichte, die der Leuenberger Vorversammlung gegeben war. Diese Vorversammlung hatte den Auftrag, den Text zu revidieren, und einige Kirchen, wie etwa die Evang.-Luth. Kirche in Bayern, hatten in ihrer ersten Stellungnahme ausdrücklich verlangt, daß der Text danach noch einmal zur freien Aussprache vorgelegt würde. Wir fragen, ob die Leuenberger Vorversammlung bevollmächtigt war, den Text schon endgültig festzulegen. Diese Frage gewinnt noch dadurch an Gewicht, daß z. B. Ziff. 14 über die Taufe ein sicher verbesserter, aber völlig neuer Text ist, über den in den Kirchen überhaupt noch keine Diskussion hat stattfinden können.

Wir haben Herrn Präsident Juva, die Mitglieder des Exekutivkomitees, das Deutsche Nationalkomitee des Lutherischen Weltbundes und eine Anzahl von Bischöfen der Mitgliedskirchen des Lutherischen Weltbundes sowie andere verantwortlichen Persönlichkeiten von unserem Brief verstanden.

Mit brüderlichem Gruß!

D. Dietzfelbinger Kurt Schmidt-Clausen

Mit gleichbleibender, eher sich noch verschärfender Ablehnung stellte sich die Kirchliche Sammlung um Bibel und Bekenntnis gegen die Leuenberger Konkordie auch in ihrer revidierten Textfassung. Die vorgenommenen Veränderungen

gen gegenüber dem Vorentwurf werden als bloße „Formulierungskompromisse“ und „Schönheitsreparaturen“ beurteilt, in den entscheidenden Fragen aber sei es bei dem ursprünglichen Text geblieben, dem die Sammlung „nie und nimmer zustimmen“ könne.

Es ist zu hoffen, daß trotzdem weitere Gliedkirchen der EKD, die im Berichtsjahr noch keinen Beschluß gefaßt haben, vor dem 30. September 1974 ihre Zustimmung zu der Leuenberger Konkordie geben. Zwischen denjenigen lutherischen, reformierten und unierten Kirchen Europas, die zugestimmt haben, wird von diesem Zeitpunkt an Kirchengemeinschaft im Sinne der Leuenberger Vereinbarung bestehen.

4. THEOLOGIE UND VERKÜNDIGUNG³

Die Pluralität theologischer Meinungen und die Polarisierung theologischer Standpunkte, die seit Jahren die Situation in theologischer Wissenschaft und Kirche bestimmen, wurde im Berichtsjahr in der Auseinandersetzung über zwei kirchliche Ereignisse erneut deutlich und akut: Die Weltmissionskonferenz in Bangkok (Thailand) und der Kirchentag in Düsseldorf waren Gegenstand heftiger, ja vielfach leidenschaftlicher Diskussionen.

a) Die Diskussion um die Weltmissionskonferenz

Vom 29. September 1972 bis zum 9. Januar 1973 tagte in Bangkok die von der Kommission für Weltmission und Evangelisation des Ökumenischen Rates der Kirchen einberufene Weltmissionskonferenz unter dem Thema „Das Heil der Welt heute“. Schon während der Tagung kam es zu Spannungen und Auseinandersetzungen, die nach der Beendigung der Konferenz, nicht zuletzt im Raum der EKD, eine erhebliche Verschärfung erfuhren. Besonders hart war die Kritik, die der Weltmissionskonferenz durch die Konferenz bekennender Gemeinschaften widerfuhr. Zu dieser Konferenz gehören die Bekenntnisbewegung „Kein anderes Evangelium“, die Kirchliche Sammlung um Bibel und Bekenntnis, die Ludwig-Hofacker-Vereinigung, die Kirchliche Sammlung um Bibel und Bekenntnis in Bayern, die Evangelische Sammlung Berlin und der Gnadauer Verband. Vertreter dieser sechs bekenntnisgebundenen Gemeinschaften bilden den gemeinsamen Leiterkreis; die theologische Arbeit geschieht in den beiden Organen der Konferenz: dem Theologischen Konvent und dem Frankfurter Missionskonvent. Anfang März 1973 wurde eine vom Leiterkreis, dem Theologischen Konvent und dem Frankfurter Missionskonvent erarbeitete und verabschiedete Erklärung veröffentlicht:

3. Vgl. Kirchl. Jahrbuch 1961, S. 149ff.; 1962, S. 29ff.; 1963, S. 32ff.; 1964, S. 6ff.; 1965, S. 22ff.; 1966, S. 77ff.; 1968, S. 22ff.; 1969, S. 39ff.; 1970, S. 65ff.; 1971, S. 60ff.; 1972, S. 92ff.

I. Erwartungen haben sich nicht erfüllt

Das Thema „Das Heil der Welt heute“ hatte bei vielen Christen in der ganzen Welt die Hoffnung aufkommen lassen, daß sich die Kommission für Weltmission und Evangelisation (KWME) des Ökumenischen Rates der Kirchen erneut auf die Erlösung von Sünde und Schuld durch das Sühnopfer unseres Heilandes Jesus Christus als die Mitte der missionarischen Botschaft besinnen würde. Da sich an ihr Heil oder Unheil der Welt jetzt und bei Seiner Wiederkunft entscheiden, hätte das wichtigste Ergebnis von Bangkok ein erneuter vollmächtiger Aufruf an die Kirchen sein müssen, mit allen Kräften gemeinsam die Botschaft vom Reich aller Völkern zu bezeugen (Matthäus 24,14; Markus 13,10). Dies ist nicht geschehen.

II. Was zu schweren Bedenken Anlaß gibt

1. Statt dessen wurde auf der Konferenz wie auch in ihren offiziellen Berichten ein andersartiges Heilsverständnis vertreten, das sich unter Aufnahme zeitgeistigen Gedankenguts weit von den biblischen Grundlagen gelöst hat. Selbst die Ergebnisse der „Gott-ist-tot-Theologie“ und der maoistischen Kulturrevolution wurden als Ausdruck des Erlösungshandelns Gottes in der Weltgeschichte dargestellt.

2. Die zu Beginn und am Ende erbetene Klärung der besonders seit Uppsala 1968 alarmierenden Grundlagenkrise der Mission auf einer baldigst einzuberufenden Beratung von führenden Theologen der verschiedenen Gruppierungen aus aller Welt wurde von der Konferenzleitung bewußt verhindert.

3. Ganz besonders bestürzend ist der Beschluß der Vollversammlung, den Kirchen des Westens eine zeitweilige Unterbrechung (Moratorium) der Entsendung von Missionaren und von Geldern an die Kirchen der Dritten Welt – soweit sie darum bitten – nahezu legen. Ebenso erschreckend ist die Empfehlung, die so gesparten Gelder für neue Wege der Missionserziehung der Christen im Westen sowie zur Unterstützung militanter Befreiungsbewegungen zu verwenden. Wir beurteilen das als einen Verrat an dem bis zur Wiederkunft Jesu Christi gültigen Missionsbefehl: „Gehet hin in alle Welt und verkündigt das Evangelium aller Kreatur“ (Markus 16, 15).

III. Unsere Bitten

1. Da an der Vollversammlung der KWME in Bangkok auch eine vierköpfige Delegation des Deutschen Evangelischen Missions-Rates mit vollem Stimmrecht teilgenommen hat, bitten wir diesen, uns eindeutig mitzuteilen, ob er die von der KWME beschlossene Empfehlung eines Moratoriums gutheißt oder sie ablehnt.

2. Die Missionsgesellschaften und kirchlichen Missionswerke, die im Deutschen Evangelischen Missionstag vertreten sind, bitten wir, sich in Bälde öffentlich von den bedenklichen theologischen Aussagen des Bangkok-Berichtes, besonders aber von der Moratoriumsempfehlung, abzusetzen. Dies ist für die Bewahrung des Vertrauensverhältnisses der evangelischen Christen zu den Missionen sowie für ihre weiteren Entscheidungen hinsichtlich ihrer Missionsunterstützung von größter Wichtigkeit.

3. Schließlich bitten wir alle Christen, die mit großem Nachdruck verbreiteten Berichte und Ergebnisse von Bangkok, einschließlich des „Briefes an die Kirchen“, sehr kritisch zu prüfen und sich auch von biblisch klingenden Äußerungen nicht über den evangeliums-widrigen Charakter dieser Verlautbarungen täuschen zu lassen. Dazu wird die Konferenz bekennender Gemeinschaften demnächst einen eingehenden Bericht über die Konferenz von Bangkok mit einer biblisch-theologischen Deutung ihrer Dokumente veröffentlichen.

Wir bitten die Gemeinden und ihre Glieder, in ihren Opfern für die Mission nicht zu ermüden, sie aber keinen Missionen zuzuwenden, die sich nicht eindeutig von dem verfälschten Heilsverständnis von Bangkok absetzen, wie dies schon zuvor durch die Frankfurter Erklärung geschehen ist.

In der gleichen kritischen und ablehnenden Richtung nahm ein Anfang März 1973 veröffentlichtes Flugblatt der pietistischen „Ludwig-Hofacker-Vereinigung“ in Württemberg Stellung:

KRISE DER WELTMISSION

Zweierlei Missionsverständnis

Von einer Grundlagenkrise der Mission sprach 1970 die Frankfurter Erklärung. Weithin hat man das damals belächelt. Oder man hat es entrüstet von sich gewiesen, daß auch bei der Mission die Zielsetzung verfälscht wurde.

Heute steht im offiziellen Organ des Deutschen Evangelischen Missionsrates und der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Weltmission etwa folgendes zu lesen:

Es gibt heute zwei Missionsziele. Sie unterscheiden sich wie Feuer und Wasser. Beide werden sie heute überall vertreten. Es gibt sie über alle geographischen Grenzen hinweg, bei Katholiken ebenso wie bei Evangelischen.

Den einen geht es bei der Mission um die Verkündigung des Evangeliums. Das Ziel der Verkündigung ist die Bekehrung von Nichtchristen zum Glauben an Jesus. Man beruft sich dabei auf Jesu Missionsbefehl. Weil das Heil der Menschen an den Glauben gebunden ist, darum ist die Missionsverkündigung so dringlich. Natürlich tut man auch Dienst an der Welt. Dieser Dienst ist die Bewährung des Glaubens in der Liebe. Durch solchen Dienst werden Zeichen des kommenden Heils gesetzt. Die volle Durchsetzung des Heils wird von dem wiederkommenden Christus erwartet.

Den anderen geht es bei der Mission um eine Hilfe zur umfassenden Humanisierung der Welt. Ausgangspunkt ist das Gebot der Nächstenliebe. Weil das Heil nach dieser Auffassung nicht an Jesus gebunden ist, muß man nur dazu helfen, daß der Hindu ein besserer Hindu, der Moslem ein besserer Moslem wird. „Es liegt auf der Hand, daß es Mission als direkte Bekehrung Andersgläubiger nicht geben darf ...“ (Halbfas). Durch eine so verstandene Mission will man selbstlos der Menschheit dienen, um das Leben auf der Erde in jeder Beziehung menschlicher zu machen. (Vgl. „Das Wort in der Welt“, 1973/ Nr. 1, S. 23: „Soll die Kirche noch Heiden bekehren?“)

Bangkok – ohne Klärung

In Bangkok tagte die Weltmissionskonferenz (29.12.1972 bis 9.1.1973). Seit der letzten Weltmissionskonferenz in Mexico waren fast zehn Jahre vergangen. Man konnte erwarten, daß sich diese Zentralkonferenz der Mission an die eigene Grundlagenkrise wagen werde. Anlaß dazu gab auch das Tagungsthema „Salvation today“ (Das Heil der Welt heute).

Aber schon der Rechenschaftsbericht des neuen ökumenischen Generalsekretärs Dr. Philip Potter ließ diese Frage aus. Kein Wort davon, daß die Grundlagenkrise des christlichen Glaubens nun auch die Mission angesteckt habe.

Als Professor Dr. Arthur Glasser – USA im Bangkokener Plenum die Frankfurter Erklärung erwähnte, wurde er vom Generalsekretär der ostasiatischen Kirchenkonferenz mit einem billigen Witz abgetan. Als am darauffolgenden Tag Professor Dr. Peter Beyerhaus-Tübingen nochmals versuchte, die theologische Grundlagenkrise der Mission ins Gespräch zu bringen, wurde er mit einem Redefeuwerk von Dr. Potter eingedeckt und persönlich angegriffen. Es hatte auch keinen Wert, daß Landesbischof D. Claß darum bat, das Grundsatzgespräch nicht zu verweigern. Andere deutsche Missionsvertreter wagten dagegen zu behaupten, daß diese Grundsatzfragen gar nicht die „wirklichen Fragen“ der Mission seien (vgl. Konferenzzeitung „Yesterday“ vom 3.1. und vom 5./6.1.1973).

Was sind dann eigentlich noch die *eigentlichen* Fragen der Mission, wenn nicht diese erregenden Grundlagenunterschiede?

Bangkok ging vorbei. Man war froh, daß es keinen schlimmen Zusammenstoß gegeben hatte. Und jetzt macht man eben weiter. Obwohl man weiß, daß weltweit zwei entgegengesetzte Missionszielsetzungen da sind. Mit schönen Worten werden notwendige Klärungen überspielt (vgl. Bericht von Dr. Emilio Castro, neuer Direktor der ökumenischen Kommission für Weltmission und Evangelisation, in Bangalore vor dem Exekutivausschuß, siehe „öpd“ Nr. 3/1973, S. 16).

„... Wem die Stundung schlägt“

Dagegen ist seit Bangkok das „Moratorium“ im Gespräch. Zu deutsch: Stundung. Gestundet, also aufgeschoben werden soll die Entsendung weißer Missionare und Missionsgelder in die farbige Welt.

Die Bangkok-Konferenz stellte die Frage, ob ein solcher Stopp nicht sinnvoll sein könnte. Mindestens in bestimmten Gebieten. Die fahrplanmäßig auf Bangkok folgende Versammlung der Kommission für Weltmission und Evangelisation (9.–12.1.1973, ebenfalls in Bangkok) faßte Beschlüsse (vgl. „öpd“ Nr. 2/1973, S. 8 und 11). Einer dieser Beschlüsse stellte den „europäischen und nordamerikanischen Kirchen“ anheim, „vorübergehend auf die Entsendung von Missionaren nach Übersee zu verzichten, um den Kirchen der ‚Dritten Welt‘ Zeit zur Festigung ihrer Identität zu geben“ („epd“-Zentralausgabe Nr. 11/1973, S. 1).

„Die ‚entsendenden‘ Kirchen könnten dadurch ihr Geld für neue Wege der Missionserziehung in ihrem eigenen Lande und für die Unterstützung derer verwenden, die für Befreiung von ungerechten und entmenslichenden Systemen kämpfen“ („öpd“, Nr. 2/1973, S. 11).

Was bedeutet das eigentlich?

„Festigung ihrer Identität“? Das kann etwas Gutes sein. Die nichtjüdischen Christen der Urgemeinde mußten ja auch ihren eigenen Weg finden, der anders war als der Weg der Judenchristen (vgl. Apostelgeschichte 15). – Könnte es aber nicht auch bedeuten, daß die Schwestern und Brüder losgelassen werden auf einen Weg, der in einer unheilvollen Ehe von Christentum und Nationalismus endet? So ging es in China, nachdem man im Mai 1950 dem Wunsch Tschou-En-Lais nachgekommen war, die Verbindung zu ausländischen Missionaren und Missionsgeldern zu lösen. „Lösung von weißen Missionaren und Missionsgeldern“ muß nicht, aber kann – auch ganz unbewußt – eine maoistische Parole sein.

„Unterstützung des Befreiungskampfes von ungerechten Systemen“? Meint die Empfehlung etwas anderes, als daß das Geld der Missionsfreunde nun für die Durchführung von Partisanenkursen und zur Herstellung von Agitationsmaterial verwendet werden soll?

„Neue Wege der Missionserziehung im eigenen Lande“? Ist dies vielleicht sogar das letzte Anliegen des „Stundungs“-Gedankens, daß den Missionsfreunden zu einem neuen Missionsverständnis verholfen werden soll? Die deutsche Informationsaktion für Weltmission, die nun abgebrochen wurde, hat dies ja versucht.

Fragen über Fragen! Bohrende, notvolle Fragen! Kein Wunder, daß man bei uns versucht, die Bedeutung dieser einschneidenden Moratoriumsempfehlung abzuschwächen (vgl. „epd“-Württemberg, Nr. 12/1973, S. 2).

Unter der Hand Neuer Kurs?

Da gibt es nun zwei grundverschiedene Missionsziele. Man kann nicht sagen: „Die Wahrheit wird wohl in der Mitte liegen!“ Die beiden Grundanliegen schließen einander aus. Und bisher gab es keine Klärung, welches der beiden Verständnisse denn nun in der Christenheit gelten soll.

Soll etwa ohne faire Aussprache das Ruder langsam vom alten zum neuen Kurs eingeschlagen werden?

Was bedeutet es denn, wenn Dr. Potter die scharfe Unterscheidung von evangelistischen und sozialen Aufgaben als eine Verfälschung des Kerns des christlichen Glaubens bezeichnet? Wörtlich sagte der Generalsekretär der Ökumene: „So lange ich in diesem Amt bin, werde ich diese Irrlehre mit allen meinen Kräften bekämpfen“ (vgl. „Das Wort in der Welt“, 1973/ Nr. 1, S. 11). Es könnten also Mission und Evangelisation im alten Verständnis ganz wegfallen; denn laut Herrn Potter darf man ja nicht einmal mehr unterscheiden zwischen Wortverkündigung und sozialem Tun!

Was soll es denn bedeuten, wenn in Bangkok zum Gespräch mit den Religionen festgestellt wurde: „Statt aus einer theologischen Diskussion als Sieger hervorgehen zu wollen, sollten wir bereit sein, zu teilen und andere mit uns teilen zu lassen“ („öpd“ Nr. 2/1973, S. 4)? Soll denn Mission etwas anderes werden als das, was sie seit den Tagen des Apostels Paulus war, nämlich Entgötterung der Welt im Namen des wahren Herrn der Welt? Was gibt es denn da zu teilen?

Die Gemeinde sollte nicht nur um Opfer und um Fürbitte für die Mission gebeten werden. Man ist ihr auch solche Information schuldig, die deutlich macht, wohin man mit der gesamten Mission will. Die Verantwortlichen der Mission sollten offen auf den Tisch legen, was sie eigentlich wollen. Dafür ist es Zeit. Vielleicht sogar höchste Zeit.

Diese einseitigen Verlautbarungen konnten nicht unwidersprochen bleiben. Vier offizielle Delegierte des Deutschen Evangelischen Missionsrates und zwei leitende Mitarbeiter der Arbeitsgemeinschaft für Weltmission, die an der Konferenz in Bangkok teilgenommen hatten, antworteten mit einer ausführlichen scharfen Gegenerklärung:

Der Theologische Konvent und der Frankfurter Missionskonvent der Konferenz bekennen: der Gemeinschaften in den evangelischen Kirchen Deutschlands haben sich nach einer Sitzung (28.2. bis 2.3.73) mit einer Erklärung zur Weltmissionskonferenz in Bangkok an die Öffentlichkeit gewandt. Berichterstatter war Prof. Dr. Peter Beyerhaus, Tübingen, der seine Sicht der Weltmissionskonferenz u. a. auch in einem Vortrag in der Stuttgarter Stiftskirche am 4. März 1973 im Rahmen einer Veranstaltung der Ludwig-Hofacker-Vereinigung vorgetragen hat.

Wir, die Unterzeichneten, Teilnehmer an der Weltmissionskonferenz und der sich anschließenden Vollversammlung der Kommission für Weltmission und Evangelisation (KWME), stellen fest, daß die „Erklärung“ auf mangelhaften Informationen beruht und daß Prof. Beyerhaus in seinem Vortrag unkorrekte Informationen gegeben hat.

Wir sehen uns darum genötigt, unsererseits folgendes festzustellen:

1. Die „Erklärung“ behauptet, daß auf der Konferenz „ein andersartiges“, „verfälschtes“ Heilsverständnis, das sich „weit von der biblischen Grundlage gelöst hat“, vertreten worden sei.

Richtig ist, daß sich die Konferenz von einem ehrlichen, selbstkritischen Studium biblischer Texte leiten und immer wieder in ihren konservativen wie progressiven Vorurteilen in Frage stellen ließ. Im Blick auf den gekreuzigten Christus wurde Erlösung als Befreiung von Sünde bezeugt und in vielerlei Weise in Liedern, Meditationen, Gebeten und Gebärden gefeiert.

Tragende Überzeugung war dabei, daß es notwendig ist, „klar auszusprechen, was Sünde heißt, und ohne Furcht ihre gegenwärtigen Ausdrucksformen, besonders ihre sozialen und politischen Formen zu nennen“ (Bibelstudiengruppe 2), ohne daß dadurch „in irgendeiner Weise die persönlichen und ewigen Dimensionen des Heils“ gezeugnet würden (Sektion II).

Ein namhafter konservativ-evangelikaler Teilnehmer bedauerte zwar am Ende der Konferenz, daß manche schwierigen biblisch-theologischen Fragen nicht eingehend erörtert wurden, nannte aber als ein bedeutsames „Zeichen des Heils“; daß man bereit war, „ehrllich mit vielen biblischen Grundgedanken zu ringen, die mit dem Heil der Welt heute zu tun haben“. Die „beträchtliche Verschiedenheit“ in Verständnis und Ausübung der missionarischen Aufgabe war für ihn nicht Anlaß zur Trennung oder Signal für eine Scheidung der Geister, sondern Aufruf zu einem geistlichen Dienst aneinander ...

2. Die „Erklärung“ behauptet, daß auf der Konferenz „selbst die Ergebnisse der ‚Gott-ist-tot-Theologie‘ und der maoistischen Kulturrevolution ... als Ausdruck des Erlösungshandelns Gottes in der Weltgeschichte dargestellt“ wurden.

Richtig ist, daß sich die Konferenz wie selten eine ökumenische Versammlung der Widersprüchlichkeit und Schuldverflochtenheit alles geschichtlichen Geschehens – auch der Kirchen- und Missionsgeschichte – bewußt war. Sie hielt an der biblischen Überzeugung fest, daß Gott „in seiner ganzen Schöpfung gegenwärtig ist“, verweigerte sich aber der Versuchung, aus diesem Glauben ein Deuteprinzip zu machen, „um damit aufzuzeigen, wo er am Werke ist“.

Eine „Gott-ist-tot-Theologie“ spielte auf der Konferenz keine Rolle ...

Die jüngste Geschichte Chinas und der Maoismus wurden weder von der Weltmissionskonferenz noch von der Vollversammlung der KWME in der Weise gedeutet, wie die „Erklärung“ suggeriert ...

3. Die „Erklärung“ behauptet, „die Konferenzleitung“ habe „bewußt verhindert“, daß „die alarmierende Grundlagenkrise der Mission“ auf einer Beratung führender Theologen aus aller Welt geklärt werde.

Richtig ist dagegen, daß afrikanische und asiatische Konferenzteilnehmer feststellten, die in der Frankfurter Erklärung gebotene Deutung der Grundlagenkrise der Mission

sei ein Problem der deutschen bzw. „westlichen“ Theologie, und sich mit Leidenschaft dagegen wehrten, daß ihnen wiederum die Tagesordnung vom Westen vorgeschrieben werden sollte. Es war eindeutig, daß diese Ansicht von der überwiegenden Konferenzmehrheit geteilt wurde.

...

Wenn auch das Verlangen von Beyerhaus nach einer weltweiten „Konsultation auf höchster Ebene“ nicht aufgenommen wurde, so hielt dennoch die Vollversammlung mit dem Bericht des Ausschusses über „Struktur und Schwerpunkte“ fest:

„Angesichts der Möglichkeiten und Spannungen, die in unserer Welt durch die verschiedenen Erscheinungsformen vieler Strömungen christlichen Zeugnisses gegeben sind, bringen wir zum Ausdruck, daß uns besonders an Beziehungen zwischen konservativ-evangelikalen Gruppen und den Kirchen gelegen ist, die traditionell-konziliaren Gruppierungen verbunden sind.

Wir drängen die Kirchen in aller Welt, ihre Beziehungen zu konservativ-evangelikalen zu überdenken, um ein zunehmendes gegenseitiges Verständnis und eine getreue Bezeugung des Evangeliums zu entwickeln.

...

KWME sollte ständig mit konservativ Evangelikalen Beziehungen suchen, die darauf zielen, biblische Studien und Erkenntnisse miteinander zu teilen, wie dies auch bei der Konferenz über ‚Heil der Welt heute‘ in Bangkok geschah. Wir wissen, daß der Heilige Geist in der Welt auf viele Weisen wirksam ist, und wir sollten für ihn in jeder Beziehung offen sein“

...

4. Die „Erklärung“ behauptet, die Vollversammlung der Kommission für Weltmission und Evangelisation habe „den Kirchen des Westens eine zeitweise Unterbrechung (Moratorium) der Entsendung von Missionaren und von Geldern an die Kirchen der Dritten Welt – soweit sie darum bitten –“ nahegelegt und empfohlen, „die so gesparten Gelder für neue Wege der Missionserziehung der Christen im Westen sowie zur Unterstützung militanter Befreiungsbewegungen zu verwenden“.

Richtig ist, daß die Vollversammlung zur Frage des Moratoriums nur *einen* Beschluß mit folgendem Wortlaut gefaßt hat: „Die KWME möge Studienmaterial zur Diskussion des als eine in bestimmten Situationen mögliche Missionsstrategie vorgeschlagenen Moratoriums sowie Informationen über Untersuchungen konkreter Fälle (case studies) zur Verfügung stellen.“

...

5. Zu den in der „Erklärung“ ausgesprochenen Bitten möchten wir nun folgendes bemerken:

Wir halten es für einen schlechten Stil, daß die Konferenz bekennender Gemeinschaften sich in einer *öffentlichen* Erklärung an den Deutschen Evangelischen Missions-Rat wendet, nachdem erst am 19.2.73 ein ausführliches Gespräch zwischen Vertretern des Kontaktausschusses der Konferenz Evangelikaler Missionen, der Konferenz bekennender Gemeinschaften und des DEMR stattgefunden hat und ein weiteres Gespräch in Aussicht genommen worden ist. Es hätte also durchaus andere Möglichkeiten einer sachlichen Verständigung gegeben. Bei dem Gespräch am 19.2. wurden die jetzt genannten Bitten nicht vorgetragen.

Wir sehen in der Warnung an „alle Christen“, sich auch von biblisch klingenden Äußerungen nicht über den evangeliumswidrigen Charakter der Verlautbarungen und Berichte von Bangkok täuschen zu lassen, eine besonders verwerfliche Art der Verleumdung, die in ungeistlicher Überheblichkeit anderen die Integrität abspricht und Brüder voneinander trennt, die gemeinsam Christus als ihren Herrn und Heiland bekennen.

Wir sind überzeugt, daß sich eine so begründete Empfehlung, Missionen, „die sich nicht eindeutig von dem verfälschten Heilsverständnis von Bangkok absetzen“, keine Gaben zuzuwenden, selber richtet. Die Voraussetzungen stimmen nicht und machen die Absicht fragwürdig.

6. Da Professor Dr. Peter Beyerhaus Berichterstatter des Konvents bekennender Gemeinschaften war, müssen wir zu seinem Stuttgarter Vortrag noch einige Bemerkungen anschließen:

Es ist unverantwortlich und einfach absurd, wenn Peter Beyerhaus dem Ökumenischen Rat der Kirchen unterstellt, er sei entschlossen, „alle ihm zugänglichen Hebel anzusetzen, um in allen ihm verbundenen Kirchen und Missionen, ja noch darüber hinaus das ‚missionsnarische Zeitalter‘ zum Abschluß zu bringen und sein neues Verständnis von ‚Weltmission‘ durchzusetzen“, dessen Ziel der „Aufbau einer alle Rassen, Klassen, Religionen und politischen Systeme umgreifenden Weltgemeinschaft, möglichst unter einer gemeinsamen Weltregierung“ sei, wobei dann die erstrebte „Universalkirche ... nicht nur überkonfessionell, sondern auch bedingungslos offen für die Partnerschaft mit anderen Religionen und Ideologien“ wäre.

Es verletzt die Wahrheitspflicht, wenn Peter Beyerhaus dem Wort des Direktors der DWME, Emilio Castro: „Wir stehen am Ende einer Missionsära – wir stehen am Anfang der Weltmission“, den Sinn unterschiebt: ... am Anfang der Weltrevolution.

Es ist empörend, wenn er die Kirchenführer Asiens und Afrikas, die um eine erneuerte, reife Partnerschaft in der Mission mit den traditionell sendenden Kirchen ringen, als dem (im oben genannten Sinn verstandenen) „Weltkirchenrat ... hörige Führer“ bezeichnet. Anstatt nach den klaren Weisungen Jesu – Mt. 7,1–5; Lk. 18,15–17 – mit den von ihm gemeinten Brüdern zu reden, richtet er verleumderisch über sie und ruft aufgrund von falschen Verdächtigungen zur Trennung auf. (gez. sechs Namen)

Nicht zuletzt die Zuspitzung der Diskussion veranlaßte den Rat der EKD, sich auf seiner Sitzung vom 15./16. März 1973 von zwei unvoreingenommenen und für berechnete evangelikale Anliegen aufgeschlossenen Teilnehmern eingehend über Verlauf und Ergebnis der Weltmissionskonferenz unterrichten zu lassen und sich in gründlicher Aussprache ein Urteil zu bilden. In dem der Presse übermittelten Kommuniqué heißt es zu diesem Tagesordnungspunkt der Sitzung:

Berichte und Aussprache hoben die wesentlichen Merkmale der Konferenz hervor, die nach dem Willen der Veranstalter die Aufgabe hatte, „den Reichtum des Heils als eine Gabe von Gott durch den Heiligen Geist zu feiern und zu verkündigen“. Die Sacharbeit habe sich um das Verständnis der Ganzheitlichkeit und der Universalität des Heiles in Jesus Christus bemüht, in die in einer bisher freilich nicht gekannten Stärke auch die Aufgabe, an sozialer Gerechtigkeit in der Welt zu arbeiten, einbezogen worden sei. Gerade in dieser Hinsicht müßten sich die abendländisch-christlichen Kirchen der Kritik der jungen Kirchen stellen, die einen noch größeren Raum als bisher für die Gewinnung ihrer eigenen Identität in ihren Völkern beanspruchen.

Die Weltmissionskonferenz in Bangkok gibt nach Auffassung des Rates auch zu kritischen Fragen Anlaß, die aber eine überwiegend positive Beurteilung nicht verdrängen dürfen. Zu einer abschließenden Beurteilung der besonders heftigen Kritik, die von manchen mit der Mission verbundenen Kreisen in der EKD an der Konferenz in Bangkok geäußert wurde, sah sich der Rat noch nicht in der Lage, da der amtliche Konferenzbericht noch nicht vorliegt. Der Rat beabsichtigt, mit den in der Beurteilung dieser Konferenz besonders hervorgetretenen Kreisen eine klärende Aussprache herbeizuführen. Im übrigen wies der Rat darauf hin, daß die Konferenz in Bangkok als eine Einrichtung des Ökumenischen Rates der Kirchen keinerlei bindende Beschlüsse für die Mitgliedskirchen und ihre Missions-einrichtungen fassen können, sondern sich auf Empfehlungen beschränkt habe. Über strittige Sachprobleme sei jederzeit eine offene Diskussion möglich und erwünscht.

Die in Aussicht genommene klärende Aussprache mit den in der Beurteilung der Weltmissionskonferenz besonders hervorgetretenen Kreisen wurde im Berichtsjahr sorgfältig vorbereitet, um nach dessen Ende mit der erforderlichen umfassenden Sachkunde geführt und zu fruchtbaren Ergebnissen gebracht zu werden.

b) Die Diskussion um den Kirchentag

Von den gleichen Gruppen und Kreisen, die Kritik an der Weltmissionskonferenz übten, gingen auch die Angriffe gegen den 15. Deutschen Evangelischen Kirchentag aus, der vom 27. Juni bis 1. Juli 1973 in Düsseldorf tagte. Bereits im Vorjahre hatte die Bekenntnisbewegung „Kein anderes Evangelium“ ihre Mitglieder und Freunde aufgefordert, nicht am Kirchentag teilzunehmen, und für den Himmelfahrtstag 1973 einen von ihr durchgeführten „Gemeindetag unter dem Wort“ angekündigt. Im März 1973 begründete Professor D. Dr. Künneth, einer der führenden Theologen der Bekenntnisbewegung, in einem elfseitigen Heft, das als Beilage zu dem regelmäßig erscheinenden Informationsbrief weit gestreut wurde, die Absage der Bekenntnisbewegung an den Kirchentag und beantwortete die Bitte der Kirchentagsleitung, die Bekenntnisbewegung möge ihr Nein noch einmal bedenken, mit ungewöhnlich scharfen Angriffen auf den Kirchentag und die EKD: Der Kirchentag sei durch einen kirchlich-theologischen Pluralismus gekennzeichnet, der für die Kirche ein geradezu „tödliches Phänomen“ darstelle. Wie ein modernes Kaufhaus biete er als „Sowohl-als-auch-Kirchentag“ allen etwas an; neben der Bezeugung des biblischen Wortes komme Dorothea Sölle mit ihrem „atheistischen Christentum“ gleichrangig zu Wort. So sei der Kirchentag die „Demonstration eines konturlosen und substanzlosen Protestantismus, der stolz darauf ist, nach allen Seiten geöffnet zu sein“. Dem amtierenden Präsidenten des Kirchentages Dr. Heinz Zahrnt – Hamburg wirft Künneth eine „modernistische Reduktion auf eine Minimaltheologie und ein Minimalbekenntnis“ vor. Der EKD macht er den Vorwurf, in ihr sei „ja heute alles erlaubt“, „denn was ‚Irrlehre‘ wirklich ist, weiß man hier gar nicht mehr und will es auch nicht wissen“. Das Nein der Bekenntnisbewegung und der ihr nahestehenden bekennenden Gemeinschaften sei ein stellvertretender Dienst für die EKD und die Landeskirchen, „welche nicht mehr wissen, was sie tun, wenn sie den Pluralismus nicht nur nicht bekämpfen, sondern obendrein noch fördern und finanzieren“, und ein unüberhörbarer Protest gegen die in der Kirche weit verbreitete „erregende Vernebelung der Wahrheitsfrage“.

Ein anderer Wortführer der Bekenntnisbewegung argumentierte nicht minder hart und unduldsam:

Es geht den leitenden Männern des Kirchentagspräsidiums offensichtlich nicht mehr darum, daß in der Öffentlichkeit die christliche Wahrheit bezeugt wird. Sie haben sich vielmehr die Fleißaufgabe gestellt, die Vielfalt der heute im kirchlichen Raum vertretenen Meinungen zur Darstellung zu bringen. Auf diese Weise wird der Kirchentag zu einem politischen Jahrmarkt, auf dem jeder seine Verkaufsbude aufstellen und seine weltanschaulichen Galanteriewaren offerieren kann.

Auch nach dem Kirchentag setzte die Bekenntnisbewegung ihre harte Kritik und scharfe Polemik mit den gleichen Argumenten fort. In der Dezembernummer des Informationsbriefes der Bewegung stehen unter der Überschrift „Der Kirchentag 1973 – eine Demaskierung der Kirche? Anfragen an die Verantwortlichen der Kirche“ folgende Sätze:

Auf jeden Fall wird niemand, der zu Schrift und Bekenntnis steht, leugnen können, daß sich alle Warnungen der „Bekenntnisbewegung“ und der ihr nahestehenden „Bekennenden Gemeinschaften“ als vollberechtigt erwiesen und daß alle ihre Prognosen, die sie zum „Nein“ veranlaßten, bestätigt werden ... Es kann nicht mehr bestritten werden, daß in Düsseldorf in geradezu unüberbietbaren Formen ein kirchlicher Pluralismus verwirklicht wurde ... Es handelt sich ... nicht, wie H. Zahrnt behauptet, um „verschiedenartige Verpackungen“ desselben Evangeliums, sondern vielmehr um verschiedene Inhalte, die teils mit dem Evangelium wenig oder nichts zu tun hatten oder ihm widersprachen, aber trotzdem unter der Bezeichnung „Evangelium“ angeboten wurden. Die juristische Sprache pflegt ein derartiges Verfahren als „Etikettenschwindel“ zu bezeichnen ... Aus dieser pluralistischen Atmosphäre des Kirchentags ergab sich eine erstaunliche konfessionale Gleichgültigkeit ... Der Sieg des kirchlichen Pluralismus in Düsseldorf hatte zur notwendigen Folge die totale Bagatellisierung der reformatorischen Forderung „rechter Lehre“ und damit die wohlwollende Deutung jeder irrlieferischen Behauptung ... „In aller Eindringlichkeit“ sind an alle, „welche in der EKD und in den Landeskirchen eine besondere Verantwortung tragen“, folgende kritische Anfragen zu stellen:

1. Kann auch jetzt noch die Degradierung der Kirche zu einem unverbindlichen Diskussionsforum eine Rechtfertigung finden, auf dem in pluralistischer Toleranz biblisch-reformatorische, religiös-ideologische, psychologisch-soziologische und gesellschaftspolitische Aussagen nebeneinander gleichwertig zur Sprache gebracht werden? Begnügt man sich mit einem „Minimalglauben“, der zwar „nicht vom Brot allein“ lebt, aber mit christlichen Restelementen und ideologischen philosophisch-religiösen Surrogaten aller Art sich zufrieden gibt? Wo immer das geschieht und in der Kirche geduldet wird, hat die Kirche ihren Auftrag verraten und läßt den wirklich suchenden und fragenden Menschen im Stich, indem sie ihn durch die Vielzahl der einander widersprechenden Antworten verunsichert.

Sie täuscht ihn durch entleerte und mißbrauchte biblische Begriffe (wie Bibel, Gott, Jesus Christus, Versöhnung, Buße, Auferstehung, Gebet usw.) und verführt ihn durch das gleichrangige Angebot außerchristlicher Ideen. Ein pluralistischer Kirchentag muß Ärgernis für die Gemeinde Jesu erwecken.

2. Charakteristisch für Wesen und Zielsetzung des Kirchentages ist offenkundig die Mißachtung der Wahrheitsfrage. Die uns durch Gottes Gnade gegebene rettende Wahrheit des biblischen Christuszeugnisses wurde in Düsseldorf ersetzt durch menschliches Bemühen, über einen dialogischen Lernprozeß eine Mannigfaltigkeit von „Wahrheitserkennissen“ zu entdecken. Durch einen emotional-suggestiv aufgeladenen „Integrationsprozeß“ sollten sie zu einer überkonfessionellen Einheit verschmelzen. Solche Auflösung der Wahrheitsfrage wurde schließlich noch dadurch gefördert, daß das Ringen um Humanität, Gerechtigkeit und Frieden als „Heilsverwirklichung“ verstanden werden konnte. Solche „neue Gesetzmäßigkeit“ sollte eine Bewußtseinsveränderung bewirken. Typisch erscheint die Feststellung: „Feste dürfen nicht an die Stelle des sozialen Engagements treten. Im Gegenteil: Feste wie die Liturgische Nacht machen uns Mut dazu“ (epd Dokumentation S. 28). Die Frage nach der biblischen Wahrheit ist ohne Interesse; der Akzent liegt allein auf dem Handeln! Muß demgegenüber nicht klar erkannt werden, daß solche Grundhaltung schlechterdings als „antireformatorisch“ bezeichnet werden muß, weil sich auf dem Kirchentag ein erschreckender Abfall von der zentralen Botschaft der Reformation ereignet hat? Wenn die volle Gültigkeit des *einen* Evangeliums derartig verschleiert oder verschwiegen wird, dann hat der Kirchentag sein geistliches Recht und seinen Sinn verloren!

3. Wann endlich sind die verantwortlichen Kirchenleitungen bereit, die in den kirchlichen Verfassungen anerkannte Grundlage von Schrift und Bekenntnis ernstzunehmen und der Flut der Irrlehren und der pluralistischen Nivellierung Einhalt zu gebieten? Die Aufforderung des Kirchentagspräsidenten Dr. Zahrnt, „die Christen“ sollten wieder „an die Gottes- und Welterfahrung der biblischen Tradition anknüpfen“ und die Bibel „als ein Lebensbuch“ verstehen (epd ebd. 2), ist vieldeutig und nichtssagend. Auch Nichtchristen pflegen an die Bibel oft genug „anzuknüpfen“, aber sie bestreiten ihre Qualität als Offenbarungsurkunde. Auch der Begriff „Lebensbuch“ ist nebulos und geht an dem

Kern der Sache vorbei. „Lebensbücher“ gibt es in der Geistesgeschichte der Menschheit in großer Zahl. Um so peinlicher aber wirkte solche Berufung auf die Bibel aus dem Munde eines Mannes, dessen Aussage über die „Erhöhung“ Jesu von jedem gläubigen Christen als Glaubenszerstörung empfunden werden muß; er schreibt: „Die Kirche hat ihn empor-gejubelt und auf Gottes Thron gesetzt“ („Wozu ist das Christentum gut?“ S. 109). Hier wird „ein anderer Jesus“ gelehrt.

4. In einer Zeit, in der die christliche Kirche und die leidende Menschheit geradezu dämonischen Bedrohungen und Verführungen ausgesetzt ist, hätte von einem Kirchentag, der sich „evangelisch“ nennt, eine klare missionarische Heilsproklamation erwartet werden müssen. Im Gegensatz dazu aber drohte die Gefahr, die „Stimme des guten Hirten“ im Stimmengewirr fremder Geister zu überhören.

Der geradezu apokalyptische Horizont unserer Situation verlangt die Klarheit der allein rettenden und frohmachenden Christusbotschaft. Sie allein schuldet die Kirche der Welt und nicht die Fülle fragwürdiger Attraktionen.

5. Es ist dringend geboten, den bisherigen Weg des Kirchentages nicht noch weiter fortzusetzen. Die Konsequenzen wären sonst unabsehbar. Wie lange noch soll außerdem der Kirchentag finanziell unterstützt und wie lange noch sollen Steuergelder und Gaben der Gemeinde zweckentfremdet und falschen Aufgaben zugeführt werden? Die von uns allen beklagte Konfrontation und Polarisierung innerhalb der Kirche muß sich notwendigerweise verschärfen, wenn dieser Irrweg nicht eingesehen wird.

Wir möchten die Hoffnung nicht aufgeben, daß diese unsere Feststellungen, Bitten und Warnungen ernstgenommen und als brüderlicher Dienst für die Kirche verstanden werden.

Anders waren Sicht und Urteil kirchenleitender Gremien und Persönlichkeiten.

In seiner Sitzung vom 1./2. Juli 1973 zog der Rat der EKD eine vorläufige Bilanz. Die Pressemitteilung berichtet:

In einem ersten Rückblick auf den soeben vollendeten Deutschen Evangelischen Kirchentag in Düsseldorf hob der Rat als besondere Merkmale dieses Kirchentages seine geistliche Intensität und das starke Engagement der Teilnehmer aus der jüngeren Generation hervor. Der Kirchentag nehme eine wichtige Aufgabe für die Evangelische Kirche wahr. Gegenüber kritischen Anfragen erklärte der Rat, daß der Kirchentag sicherlich nicht alle Inhalte kirchlichen Lebens in der Gegenwart erfasse. Dies könne auch nicht von ihm erwartet werden, mache aber eine breite Beteiligung an den Kirchentagen um so dringlicher. Der Rat begrüßt es daher, daß in Düsseldorf erneut eine Einladung an die Bewegung „Kein anderes Evangelium“ zur künftigen Mitarbeit am Deutschen Evangelischen Kirchentag ergangen ist. Der Rat beschloß zur Besprechung weiterer Fragen, die der Kirchentag in Düsseldorf aufgeworfen hat, das Präsidium des Deutschen Evangelischen Kirchentages einzuladen.

Am 6. Juli 1973 trat die neue Kirchenleitung der VELKD zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Das Kommuniké berichtete über die Behandlung des Tagesordnungspunktes „Deutscher Evangelischer Kirchentag“.

Die Kirchenleitung befaßte sich auch mit dem 15. Deutschen Evangelischen Kirchentag in Düsseldorf. Sie betonte die Versachlichung der Gegensätze in den verschiedenen Arbeitsgruppen des Kirchentages und ebenso den deutlichen Akzent auf Bibelarbeit, Gottesdienst, Gebet und Meditation. Die starke Beteiligung der Jugend in Düsseldorf wurde positiv hervorgehoben. Die Kirchenleitung ist zu Gesprächen mit Verantwortlichen des Kirchentages bereit, wobei besonders die Nacharbeit zum Thema Gottesdienst interessiert. Die Erklärung des Kirchentagspräsidiums zu Fragen der offenen Kommunion wurden von der Kirchenleitung begrüßt.

Der Leitende Bischof der VELKD D. Wölber erklärte in einem Brief an die niedersächsische Bekenntnisbewegung:

Düsseldorf war ein Kirchentag mit einem Stimmungsumschwung, obwohl wir die tiefen Krisen noch lange nicht bewältigt hatten. Dieser Kirchentag hat sich auf die Bibel berufen, und er hat zur Bibel gerufen.

Der Leitende Bischof äußerte die Bitte, Bekenntnisbewegung und Kirchentag möchten Brücken zueinander suchen und sie beschreiten, miteinander im Gespräch bleiben und, falls dieses abgebrochen sei, es wieder eröffnen. Auch die kirchliche und weltliche Presse bescheinigten dem Düsseldorfer Kirchentag ehrliches Bemühen um Sachlichkeit und um auch in der Konfrontation unterschiedlicher Positionen praktizierte Kommunikation. Wenn er auch auf viele Fragen die Antwort schuldig geblieben sei, habe er gleichzeitig Nachdenken und Nachdenklichkeit initiiert. Als eine „Modellschau des christlichen Suchens und Handelns“ hat eine führende überregionale Tageszeitung diesen Kirchentag bezeichnet. Zwar sei die Beteiligung geringer als bei früheren Kirchentagen gewesen, aber große Zahlen seien nicht unbedingt Zeichen großer Lebendigkeit, und der Kirchentag habe auch bei anderer Größenordnung eine Zukunft, solange es in der evangelischen Kirche lebendige Kräfte gebe, die wissen und bewähren, daß bei der Rede von Gott immer zugleich der Mensch und seine Welt in Rede stehen und die in und aus Glauben christliches und kirchliches Engagement in Staat und Gesellschaft bejahen.

Die Diskussionen um die Weltmissionskonferenz und den Kirchentag sind durch eine erschreckende Polarisierung der Standpunkte gekennzeichnet. Mit gutem Grund gab die Vollkonferenz der Arnoldshainer Konferenz auf ihrer Sitzung vom 1./11. Dezember 1973 ihrer ersten Sorge angesichts solcher Polarisierungstendenzen und ihrem Bedauern über diese Entwicklung Ausdruck.

Die Dinge liegen in Wirklichkeit und Wahrheit doch so, daß nicht die Pluralität theologischer Lehrmeinungen besorgniserregend ist; sie hat in allen Zeiten ihrer Geschichte die theologische Wissenschaft und die kirchliche Verkündigung bestimmt, und Meinungsvielfalt ist auch in der Kirche ein Lebenselement des mündigen Menschen. Deshalb erklärte die Westfälische Landessynode auf ihrer Tagung im Oktober 1973, eine Vielfalt des Christuszeugnisses gereiche unserer Zeit nicht zum Schaden, sondern sei ihr Reichtum. Wörtlich heißt es:

„Wir bitten unsere Gemeinden und ihre Glieder, diese Vielfalt zu bejahen und dem Gespräch Raum zu geben in dem festen Willen, beieinander zu bleiben, um zu einem gemeinsamen Verständnis der einen Christuswahrheit zu finden.“ Nicht die Pluralität, sondern die Polarisierung der Standpunkte, die in rechtshaberischer Verabsolutierung der eigenen Auffassung die Meinung anderer verzerrt und zu einer Frontenbildung führt, die dem Evangelium widerspricht, die kirchliche Gemeinschaft zu zerstören droht und viele Christen an der Kirche irre werden läßt, ist lebensgefährlich und existenzbedrohend. Rechte Lehre will nicht bloß ritzierend und reproduzierend verwaltet, sondern gelebt sein. Es ist die vordringliche Aufgabe der in der Kirche und für sie Verantwortlichen, alles daranzusetzen, damit die zerstrittenen Gruppen wieder miteinander ins Gespräch kommen, wenn Kirche und Gemeinde nicht schweren, vielleicht irreparablen Schaden nehmen sollen.

c) Theologische Arbeit auf EKD-Ebene

Daß die schwierige, ernste, die Gemeinde beunruhigende Lage in Theologie und Kirche ständig Gegenstand der Beobachtung durch die Organe der EKD und ihrer Gliedkirchen, wiederholt aber auch gründlicher Erörterung auf gesamtkirchlicher Ebene war, war ebenso geboten wie selbstverständlich.

Die *Coburger Tagung der EKD-Synode* Ende Mai/Anfang Juni 1973 hörte und besprach trotz ihrer starken Inanspruchnahme durch die Wahlen zum Präsidium der Synode und zum Rat der EKD ein ausführliches Referat des Leiters der Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen Pfarrer Aichele: „Weltanschauliche und religiöse Strömungen unserer Zeit in ihrer Bedeutung für den Auftrag der Kirche“. Aus Raumgründen kann nur der Schlußabschnitt des nach allen Seiten weit ausgreifenden und tief lotenden Vortrags hier abgedruckt werden:

DER AUFTRAG DER KIRCHE IM WELTANSCHAULICH-RELIGIÖSEN KRÄTFELD

Niemand wird erwarten, in diesen abschließenden Überlegungen so etwas wie eine Gesamtkonzeption des Weges der Kirche in die Welt von morgen vorgestellt zu bekommen. Unser Thema ist begrenzt. Man wird sich darüber klar sein müssen, daß es eine nicht geringe Zahl von noch anderen Gesichtspunkten gibt, unter denen dieser Weg gesehen werden muß. Die in diesem Schlußabschnitt in konzentrierter Form vorgetragenen fünf theologisch-kirchlichen Perspektiven möchten vielmehr das einbringen, was aus der Beobachtung der weltanschaulichen und religiösen Strömungen unserer Zeit möglicherweise zum Weg der Kirche in die überschaubare Zukunft hinein beizutragen ist.

Erstens: Unsere Zeit ist, nach dem Ende der Nachkriegsära in unserem Land, gerade auch was die Weltanschauungen und Religionen betrifft, zu einem großen geistigen Experimentierfeld geworden. Aus dem Meer des Pluralismus erheben sich jetzt neue Inseln fester Positionen. Eine Kirche, die in solch einer Situation keine Freiheitsspielräume zuläßt und nicht in ihren Institutionen offen bleibt für die unzähligen sich zwischen den Fronten bewegenden und suchenden Menschen, ist schlecht beraten. Sie würde sich nicht nur zahlenmäßig, sondern – was viel gravierender ist – theologisch gesehen in kurzer Zeit im Ghetto der Sekte wiederfinden.

Zweitens: In der unmittelbaren Nachkriegssituation war für viele Menschen die Frage nach Glauben und Verstehen ein zentrales Thema. Man wollte, wenn man in dem weltanschaulichen Vakuum am Ende der NS-Zeit wieder neu nach dem christlichen Glauben fragte, nicht noch einmal einem Mythos hörig werden – ein „Mythos des zwanzigsten Jahrhunderts“ hatte gereicht. Heute meldet sich über das Thema Glauben und Verstehen hinaus das Thema Glauben und Erfahren wieder an. Nicht mehr die Frage nach der intellektuellen Verstehbarkeit, sondern nach der Erfahrbarkeit Gottes tritt in den Vordergrund. Erfahrung aber stößt in tiefere Schichten des Menschen vor als in die des bloßen Intellekts. Dies läuft parallel einer Entwicklung, nach der die Stimmen sich mehren, die angesichts der Vorstellung von der totalen Durchschaubarkeit und Machbarkeit der Wirklichkeit vor einer verintellectualisierten Vergewaltigung des Lebens warnen. Denn eben die mit den Mitteln der Ratio arbeitende Wissenschaft zeigt – von der Verhaltensforschung bis zur Psychologie –, in welchem Maße der Mensch hineinverflochten ist in den vorrationalen Bereich. Von dort kommen auch bei ihm die starken Antriebe – die schöpferischen und die gefährlichen. Man stellt sich daher angesichts der neu aufkommenden religiösen Bewegungen die Frage, ob der vielbeklagte Wirklichkeitsverlust von Theologie und Kirche nicht auch damit etwas zu tun hat, daß, von einer unprotestantischen Verrationalisierung des verkündigten Wortes ausgehend, ganze Bereiche der Wirklichkeit des Menschen ausgeblendet wurden. Die Biologen sprechen bei

der Erforschung organischen Lebens von einem „Fließgleichgewicht“. Könnte es nicht sein, daß diese Chiffre auch einen theologisch zu erfassenden Tatbestand trifft? Die Abwehr nämlich eines offenbar empirisch falschen Menschenbildes, das etwa Ratio und Emotion oder Aktion und Meditation als sich gegenseitig ausschließend gegenüberstellt. Das Übergewicht des einen hat das Auszehren des anderen zur Folge und zerstört so das Ganze. Konrad Lorenz hat diese Funktionszusammenhänge lebender Systeme in seinen „acht Todsünden der zivilisierten Menschheit“ – weit über das bloß Biologische hinausgehend – auf die gegenwärtige gesellschaftliche Situation insgesamt angewandt. Sollten diese Funktionszusammenhänge nicht auch Relevanz für die Situation der Kirche haben?

Drittens: Die Vorstellung, daß die Kirche ein in sich geschlossenes System von Wahrheiten verteidige, die wissenschaftlich längst widerlegt sind und nur noch religiösen Hinterwäldlern zugerechnet werden können, ist nach wie vor erschreckend weit verbreitet. Alle Bemühungen der neueren Theologie, dieses Vorurteil abzubauen, hatten, aufs Ganze gesehen keinen durchschlagenden Erfolg. Für eine nicht abzuschätzende Zahl von Menschen sind theologische Aussagen nach wie vor Gedankenkonstruktionen abseits der Wirklichkeit. Als Theologen interpretieren wir die Texte der Bibel. Angesichts dessen, was wir heute an weltanschaulichen und religiösen Strömungen unserer Zeit wahrnehmen, stellt sich die Frage: haben wir nicht auf weite Strecken vergessen, daß wir ja in Wahrheit mit diesen Texten Wirklichkeit interpretieren und verändern wollen?

Denn andererseits ist zu entdecken, daß in erstaunlichem Maße die Fragen, die die Menschen unserer Zeit bewegen, ihre theologisch relevante Dimension zu enthüllen beginnen. Von der Erfahrung, „daß der Gedanke, der sich nicht behauptet, in Transzendenz mündet“, hat der in diesem Zusammenhang sicher unverdächtige Theodor W. Adorno gesprochen. Was hier an theologischer und kirchlicher Arbeit ansteht, kann etwa mit dem Stichwort von einer problemorientierten Theologie angedeutet werden. Das wäre in einem neuen theologischen Ernstnehmen der Wirklichkeit als der Schöpfung Gottes etwas qualitativ anderes als nur eine Methodenfrage. Zwischen der Skylla von Gottesbeweisen und der Charybdis eines „Credo, quia absurdum“ hindurchsteuernd, würde solch eine problemorientierte Theologie jene theologische Rückkoppelung an die Empirie zum Thema haben, von der der Sache nach Carl Friedrich von Weizsäcker immer wieder gesprochen hat und von der der verstorbene Tübinger Molekularbiologe Gerhard Schrömer sagte: es sei ein Akt der Liebe, daß man als Nichttheologe nicht gezwungen würde, etwa die naturwissenschaftlichen Fragen auf die Ebene theologischer Antworten zu transformieren, sondern umgekehrt.

Viertens: „Glaube und Unglaube im Streit um die Wirklichkeit“, so hat Gerhard Ebeling formuliert. Von der Beobachtung und Beurteilung der weltanschaulichen und religiösen Strömungen unserer Zeit herkommend, trifft dies genau die heutige Situation. Das heißt nun freilich keinesfalls, daß das jeweilige Wirklichkeitsverständnis zum obersten Maßstab auch über das Evangelium erhoben wird, das so in seinem nicht zu bewältigenden Widerstand verstummen müßte. Wir müssen uns aber illusionslos darüber klar sein, daß die reine Formalautorität von Bibel und Kirche auch weiterhin schwinden wird. Ist das nicht die Stunde, wo wir der Sachautorität des Evangeliums neu zutrauen müßten, daß sie in diesem Streit um die Wirklichkeit gerade Menschen, die sehr bewußt und verantwortlich in ihrer Zeit leben, wieder aufhorchen läßt? Dafür gibt es auf der weltanschaulich-religiösen Szene unserer Tage in der Tat überraschende Anzeichen. Je mehr die Elementarfragen von Mensch und Gesellschaft wieder ins Spiel kommen, desto mehr ist dies der Fall. In einer klein gewordenen Welt, die den Frieden in Gerechtigkeit als Lebensbedingung braucht, werden plötzliche Aussagen der Bergpredigt, die gestern noch als wirklichkeitsfern abgetan wurden, zu einer politischen Weisheit. In einer Welt, in der der naive Fortschrittsoptimismus seine ersten großen Erschütterungen erfährt, bricht die Frage auf, ob der Mensch wirklich der Atlas sein muß, der die Last der Zukunft allein auf seinen Schultern zu tragen hat. In einer Welt, in der heute in überdimensionalem Maße der Mensch den Folgen seines Handelns bis hin zur Zerstörung seines natürlichen Lebensraumes konfrontiert wird, bekommt der Wahrheitsgehalt der biblischen Aussage vom Gericht nach den Werken neue Aktualität. In einer

Welt, in der der Mensch zum manipulierbaren und bis in seine geistige und biologische Existenz hinein veränderbaren Objekt gemacht wird, steht die Frage nach der Unantastbarkeit seines Personseins neu auf der Tagesordnung. In einer Welt, in der der anonym gewordene Mensch angewiesen ist auf das Angenommenwerden und Bestätigtwerden, wie vielleicht selten zuvor in seiner Geschichte, stellt sich neu die Frage, *wer* ihn annimmt – nicht nur, wenn er stark und gesund, sondern wenn er schwach, hilflos und verzweifelt ist. Diese willkürlich herausgegriffenen Fragen könnten beliebig erweitert werden. Sie sind nicht am Schreibtisch konstruiert, sondern stammen aus vielen Gesprächen und geben eine Erfahrung wieder, die viele von uns sicher ebenso gemacht haben und machen. Was die Kirche insgesamt anlangt, so müßte sie nach allen Beobachtungen vor allem hier ein hohes Maß an Sensibilität entwickeln und hinaushorchen in die Zukunft.

Fünftens: Dies alles kann freilich ehrlicher Weise nur gesagt werden, wenn man sich darüber Rechenschaft abgibt, in welch bedrängendem Maße die Kirche selbst unter dem zu leiden hat, was man mit einem Schlagwort als die Ungleichzeitigkeit in ihren eigenen Reihen bezeichnen kann. Man kann nämlich Glaubenserkenntnisse im Alten oder im Neuen Testament aus verständlicher Sorge, die Sache zu verlieren, in längst stumm gewordene Formeln hineinverbannen. Und man kann denselben Erkenntnissen als einer befreienden Antwort begegnen auf Fragen, die – in oft ganz ungewohnter Weise – von vorn, von der Zukunft her auf uns zukommen. Dazwischen aber ist ein häufig fast unüberbrückbarer Graben, weil wir in der Kirche alle erst dabei sind, uns in der Einsicht einzuüben, daß Wahrheit etwas mit Geschichte zu tun hat. Das bedeutet aber zugleich, daß die Kirche, herausgefordert durch das, was in der weltanschaulich-religiösen Landschaft unserer Tage sich abspielt, sich gegen die Geschichtslosigkeit einer Abstraktion von Mensch und Welt zur Wehr setzen müßte. Einmal im Blick auf die Vergangenheit und damit auf das, was sie aus ihrer eigenen Geschichte an Erfahrung über den Menschen einzubringen hat, der sich selbst nicht genügen kann und über sich hinausfragt. Und zum anderen genauso im Blick auf die Zukunft, die offen ist mit den noch nicht abzusehenden Aufgaben und Chancen für diese Generation. „Die Welt muß wirklich verändert werden“, hat bekanntlich Vítězslav Gardavský, der tschechische Marxist, gesagt. „Das Problem hat sich jedoch verschoben. Die Hals über Kopf veränderte Welt muß von neuem interpretiert werden, wenn sie nicht zugrunde gehen soll.“

Ich bin am Ende. Wollte man die Frage nach den weltanschaulichen und religiösen Strömungen unserer Zeit und ihrer Bedeutung für den Auftrag der Kirche in knappester Form zusammenfassen, dann würde ich zwei sehr verschiedenartige Namen nennen. Zum einen: Dies ist die Stunde des Sokrates. Die Stunde *nach* dem Mythos und *nach* einer vordergründigen Aufklärung. Die Stunde, da im Blick auf Welt und Mensch die unkonventionellen, elementaren Fragen neu gestellt werden.

Und zum andern: Dies ist die Stunde Bonhoeffers. Nicht des Bonhoeffers, der sich in der Prognose einer religionslos werdenden Welt allen Anzeichen nach getäuscht hat. Aber des Bonhoeffers, der bekanntlich in einer seiner Aufzeichnungen in der Haft anlässlich der Taufe seines Neffen im Blick auf die Zukunft des christlichen Glaubens geschrieben hat: „Wir selbst sind wieder ganz auf die Anfänge des Verstehens zurückgeworfen.“ Mit allem, was das an Konsequenzen bedeutet.

Mitte September (17./20.9.) 1973 fand in *Tutzing* eine von der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands in Zusammenarbeit mit der Arnoldshainer Konferenz durchgeführte *Theologentagung* statt, an der 35 Professoren der Theologie aus der Bundesrepublik, Österreich, Norwegen und der Schweiz und 25 theologische Mitglieder von Kirchenleitungen und Ämtern aus dem Bereich der EKD teilnahmen. Tagungsthema war die gegenseitige Verantwortung von Kirche und Theologie, von theologischer Forschung und Kirchenleitung. Die beiden Hauptreferenten waren Landesbischof Professor Dr. Lohse und Professor Dr. Trutz Rendtorff. Angesichts der bei aller Eigenständigkeit von Sicht und Urteil weitgehenden Übereinstimmung beider Refe-

renten in der Sache seien der Kürze halber hier die Thesen abgedruckt, die Landesbischof Professor Dr. Lohse seinem Vortrag zugrunde legte:

I.

1. Daß die Kirche für theologische Forschung und Ausbildung Verantwortung trägt, sollte grundsätzlich nicht strittig sein. Von seiten der Öffentlichkeit und des Staates wird es für selbstverständlich gehalten, daß diese Verantwortung der Kirche besteht.
2. Auf die Frage, in welcher Weise diese Verantwortung wahrzunehmen ist, werden unterschiedliche Antworten gegeben, die einem spannungsvollen Verhältnis von Kirche und wissenschaftlicher Theologie Ausdruck verleihen. Wird auf der einen Seite in manchen kirchlichen Kreisen tiefes Mißtrauen gegenüber der wissenschaftlichen Theologie gehegt, so vollzieht sich auf der anderen Seite die Arbeit wissenschaftlicher Theologie bisweilen in weitem Abstand von der Wirklichkeit der Kirche und dem Leben ihrer Gemeinden.
3. Die tiefgreifenden Veränderungen, die in den letzten Jahren alle Bereiche unserer Gesellschaft erfaßt und an den Hochschulen zum offenen Ausbruch einer seit langem schwelenden Krise geführt haben, nötigen dazu, erneut die Frage nach dem Verhältnis von Kirche und wissenschaftlicher Theologie zu stellen.

II.

4. Weil die Kirche Jesu Christi die Versammlung der Gläubigen ist, in der das Evangelium rein gepredigt und die Sakramente laut dem Evangelium dargereicht werden, darum muß sie sich selbst und der Öffentlichkeit Rechenschaft über das ablegen, was sie sagt und tut. Kirchliches Reden und Handeln kann deshalb niemals ohne Theologie vollzogen werden.
5. Die Frage, was denn Theologie sei, bleibt ständig gestellt. Ist ihr Gegenstand durch das im Alten und Neuen Testament bezeugte Evangelium, das in der Lehre der Kirche entfaltet wird, vorgegeben, so hat sie diesen ihren Gegenstand mit Hilfe wissenschaftlicher Methodik zu erforschen und schlüssig darzulegen. Theologie als Wissenschaft hat darum einerseits ihren Ort im Verbund allen wissenschaftlichen Bemühens um das Verstehen des Menschen und die Gestaltung seiner Welt, andererseits aber ist sie notwendig auf die Kirche und ihren Auftrag bezogen. Ohne die Kirche würde die Theologie aufhören, Theologie zu sein, und in philologische, historische und philosophische Einzeldisziplinen der Religionswissenschaft auseinanderfallen.

III.

6. Theologische Forschung geschieht vornehmlich an den Theologischen Fakultäten und Fachbereichen der Universitäten, deren Bestand durch Staatskirchenverträge garantiert ist. Da unser gesamtes Bildungswesen in der Verantwortung des Staates liegt, stellt die Einrichtung Theologischer Fakultäten und Fachbereiche kein der Kirche eingeräumtes Privileg dar, sondern ist durch die Verantwortung des demokratischen Rechtsstaates für alle Bereiche der Forschung, Lehre und Bildung begründet. Freiheit von Forschung und Lehre, wie sie durch die Verfassung geschützt ist, gilt auch für theologische Forschung und Lehre. Um theologische Forschung an den Universitäten zu ermöglichen, haben Staat und Kirche in rechtlich geordneter Weise zusammenzuwirken.
7. Die Kirche hat den Vollzug theologischer Forschung aufmerksam zu begleiten, indem sie von ihr lernt und an sie die kritische Frage richtet, ob sie bei ihrer Sache bleibt. Damit sie ihre Aufgabe, über Grund und Inhalt des christlichen Glaubens nachzudenken, erfüllen kann, muß die Kirche um des Evangeliums willen für die Freiheit theologischer Forschung eintreten.
8. Theologische Forschung ist grundsätzlich nicht an bestimmte Institutionen gebunden, wohl aber steht sie in einem verantwortlichen und kritischen Verhältnis zur Kirche. Soweit die Kirche selbst Institute für theologische Forschung einrichtet, muß sie dafür Sorge tragen, daß kritisches Denken und Strenge der Beweisführung nicht hinter den Anforderungen zurückbleiben, wie sie allgemein an wissenschaftliche Arbeit in Forschungsinstituten und Hochschulen zu stellen sind.

IV.

9. Da der Pfarrer als Theologe das biblische Wort auszulegen und zu predigen und der Gemeinde in allen Bereichen ihres Lebens zu dienen hat, bedarf er einer gründlichen wissenschaftlichen Ausbildung, die ihn zu selbständigem theologischen Urteilen und Handeln befähigt. Die Kirche, die ihren theologischen Nachwuchs an den Universitäten und Hochschulen studieren läßt, verfolgt nicht nur mit Aufmerksamkeit das Geschehen, das sich an den Universitäten und Hochschulen vollzieht, sondern nimmt selbst mitverantwortlich daran teil.

10. Die Verantwortung, die die Kirche für die theologische Ausbildung an den Hochschulen trägt, nimmt sie durch Zusammenarbeit mit den Hochschullehrern, begleitende Beratung und Förderung ihrer Studenten, Festlegung der Studienziele, die sie im Zusammenwirken mit allen an der Ausbildung Beteiligten bestimmt, und Durchführung der theologischen Prüfungen wahr.

11. Da im ersten theologischen Examen nicht nur über den erfolgreichen Abschluß des Studiums, sondern auch über die Befähigung zum Dienst in der Kirche befunden wird, muß die Kirche die ihr zustehende Prüfungshoheit verantwortlich ausüben, indem die Prüfungen unter dem Vorsitz der Kirchenleitung abgehalten werden. Die Kirchenleitung wird für jede theologische Disziplin eine genügende Anzahl von Hochschullehrern in die Prüfungskommissionen berufen und sie um die Durchführung der Prüfungen bitten.

12. Veränderungen in Studium und Prüfungspraxis dürfen nicht dazu führen, daß die allgemeine Anerkennung abgelegter Prüfungen gefährdet wird. Die Evangelische Kirche in Deutschland muß darum darauf hinwirken, daß in allen Landeskirchen die Prüfungen nach denselben Grundsätzen im Zusammenwirken mit den beteiligten Hochschullehrern durchgeführt werden.

Die Resolution dieser seit vielen Jahren erst- und einmaligen Tagung verdient hier festgehalten zu werden:

1. Die Gespräche waren bestimmt durch die Einsicht in eine gemeinsame Verantwortung, die es nötig macht, die Konsultation aller beteiligten Gremien und Institutionen zu fördern und ihre Kooperation im Rahmen der EKD auch institutionell wirksamer zu gestalten. Als eine zur Zeit besonders vordringliche Aufgabe erschien, bei der Verwirklichung der notwendigen Reformen die Vergleichbarkeit der theologischen Ausbildung nach Qualität und Inhalt zu wahren.

2. Es bestand Einigkeit darüber, daß sowohl für die Kirche als auch für die Wissenschaft die Existenz einer selbständigen theologischen Wissenschaft im öffentlichen wissenschaftlichen Bildungssystem erhalten bleiben muß. Das gilt für die Ausbildung sowohl der Pfarrer als auch der Lehrer.

3. Die Gespräche haben dazu ermutigt, für den Austausch von Erfahrungen zwischen Kirchen und Hochschultheologen nach Wegen zu suchen, die die Verständigung besser und dauerhafter gestalten. Ein konkretes Beispiel für eine dringend notwendige Verständigung ist die Abstimmung der verschiedenen Ausbildungsphasen aufeinander. Eine weitere wichtige Aufgabe stellt sich mit der Integrierung von Erfahrungswissenschaften in Forschung, Lehre und Ausbildung.

4. Es erscheint wünschenswert, daß die EKD und ihre Gliedkirchen die weitere gemeinsame Wahrnehmung der hier genannten Aufgaben auch dadurch fördern, daß sie die Fortsetzung der in Tutzing begonnenen Konsultationen ermöglichen. Der Verlauf der Gespräche berechtigt zu der Hoffnung, daß diese Fortsetzung der Erfüllung des Auftrages dient, dem sich theologische Wissenschaft und Kirche gemeinsam verpflichtet wissen.

Eine dritte Veranstaltung, die sich mit den Problemen der kirchlich-theologischen Gesamtlage befaßte, war die *Klausurtagung des Rates der EKD* vom 1. bis 3. November 1973 in Stapelage. Einführung und Grundlegung einer weitausgreifenden Information und Orientierung über die gegenwärtige Situation und den zukünftigen Weg der Kirche erfolgte in zwei Referaten, in denen die nachstehend abgedruckten Thesen begründet und erläutert wurden:

PERSPEKTIVEN DER GEMEINDE VON MORGEN

Diskussionsthesen

Von Oberkirchenrat Dr. Hofmann / München

1. Perspektiven können in verschiedener Weise entwickelt werden. Es gibt einmal die Perspektive des Glaubens. Daneben kann die prognostische Perspektive angewandt werden, die versucht, durch Erhebung und Auswertung von Daten das nächste Wegstück der Kirche abzuschätzen.

2. Als Trend muß eine Änderung der Verhältnisse in Richtung auf ein Fortschreiten des Säkularismus und der Immanenzbezogenheit der Menschen nüchtern kalkuliert werden. Will die Kirche diesem Trend nicht selbst erliegen, muß sie ständig ihren bleibenden Auftrag, für die Manifestation des Evangeliums zu sorgen, vor Augen haben.

3. Im Zuge des Trends der Säkularisierung vollzieht sich ein Wandel der Volkskirche zur Diasporakirche. Dieser Wandel vollzieht sich langfristig in örtlich und zeitlich differenzierten Schüben. Gebiete, in denen ein kirchenneutrales oder kirchenfeindliches Verhalten als gesellschaftskonform gewertet wird, bilden die Vorhut.

4. Der Wandel der Volkskirche zur Diasporakirche bringt eine Abnahme der Öffentlichkeitswirkung und des Geltungsanspruches der Kirche mit sich. Verfassungsrechtliche Festlegungen bieten dagegen nur einen beschränkten Schutz.

5. Im Wandel der Volkskirche zur Diasporakirche erweisen sich Ortsgemeinde und Pfarramt als die stabilsten Formen kirchlicher Präsenz. Die Notwendigkeit, die Tätigkeit des Pfarrers effektiver zu gestalten, wird dadurch nicht in Frage gestellt.

6. Wir müssen zwischen mittelfristigen und langfristigen Maßnahmen unterscheiden. Während mittelfristig die Volkskirche nicht aufgegeben werden kann, muß langfristig die Diasporakirche geplant werden.

7. Für den Bereich der Finanzen bedeutet dies, daß mittelfristig vom Kirchensteuersystem ausgegangen werden kann, langfristig jedoch ein System kirchlicher Beitragseinhebung geplant werden sollte. Der Rückgang derjenigen Einnahmen, die heute von „Kirchenfremden“ eingehen, kann – wenigstens teilweise – nur durch erhöhte Opferbereitschaft derjenigen Gemeindeglieder ausgeglichen werden, die sich „zur Gemeinde halten“. Daher darf heute die finanzielle Opferbereitschaft nicht abgebaut werden. Die Stagnation der Gaben ist von daher kritisch zu analysieren.

8. Das kirchliche Bauwesen muß sich auf die Bedürfnisse der Gemeindearbeit ausrichten. Der Wandel zur Freizeitgesellschaft ist dabei besonders zu beachten.

Die Gemeinde der Zukunft muß davor bewahrt werden, Gebäude zu unterhalten, die einen hohen Aufwand erfordern.

9. Die gemeindliche Personalpolitik muß sich auf Mitarbeiter konzentrieren, deren Arbeit der Manifestation des Evangeliums dient. Der ehrenamtlich tätige Laie erhält neues Gewicht.

10. Gemeindediakonie – auch in der Form überörtlicher Arbeit – und Anstaltsdiakonie wird als Hilfsangebot für Notleidende und Behinderte ihren Platz behalten, weil auch der totale Sozialstaat das persönliche Engagement der Christen nicht ersetzen kann.

11. Im Bildungsbereich muß dagegen mit einem Fortschreiten des quantitativ umfassenden und qualitativ reglementierenden staatlichen Angebots gerechnet werden, das der Gemeinde nur beschränkt und modellhaft Möglichkeiten zur Manifestation des Evangeliums in diesem Bereich läßt.

12. Das kirchliche Katechumenat wird langfristig neue Formen erarbeiten müssen.

13. Der Gottesdienst der Gemeinde steht vor der Frage, ob die Einheit des Gottesdienstes oder die Pluralität des Angebots Vorrang erhält.

14. Die Diasporakirche darf nicht als Zeichen der Resignation verstanden werden, da sie neue Möglichkeiten eröffnet (Konzentration auf das Proprium, intensivere Form des Gemeinschaftslebens). Voraussetzung ist eine Beschränkung des Pluralismus in der Kirche. Die Zusammenarbeit mit den Evangelikalen erhält besonderes Gewicht.

15. Alle Perspektiven stehen unter dem Vorbehalt, daß der Weg der Kirche durch Veränderungen, die der Hl. Geist bewirkt, auch in ganz andere Richtungen gehen kann.

10 THESEN ZUR THEOLOGISCH-KIRCHLICHEN LAGE IN DER EVANGELISCHEN KIRCHE IN DEUTSCHLAND

Von Landesbischof Professor D. Lohse

1. Trotz anhaltender Kritik an der Kirche und enttäuschender Erfahrungen mit ihren Vertretern bringen weite Kreise der Bevölkerung nach wie vor der Kirche große Erwartungen entgegen. Man erhofft von ihr Begleitung an den entscheidenden Stationen des Lebensweges, Hilfe in Konfliktsituationen, Eintreten für die Schwachen durch soziale Tätigkeit, Vermittlung ethischer Orientierungshilfen und Schärfung der Gewissen.
2. Obwohl die Zahl der Kircheng Austritte auch in den kommenden Jahren – namentlich unter Intellektuellen der jüngeren Generation – vermutlich zunehmen wird, dürfte die Volkskirche stabiler bleiben, als ihre Kritiker ihr zubilligen. Es wird realistisch sein anzunehmen, daß auch um die Jahrtausendwende noch mindestens 80 % der Bevölkerung der Bundesrepublik einer der beiden großen christlichen Kirchen angehören werden. Eine grundlegende Veränderung des Staatskirchenrechtes wird in nächster Zeit nicht zu erwarten sein. Die Kirchen haben die ihnen damit gebotenen Möglichkeiten verantwortungsvoll zu nutzen und über ihr Handeln – namentlich der Finanzgebaren – sorgfältig Rechenschaft abzulegen. Die Planung kirchlicher Arbeit kann von einer relativen Stabilität der Volkskirche ausgehen und hat sie als den Raum zu schützen, in dem die freie Bezeugung des Evangeliums sich in Wort und Tat der Kirche entfalten kann.
3. Überlieferte christliche Lebensformen und Sitten schwinden dahin. Mit dem Ende der patriarchalischen Ordnung endet auch die christliche Familie, ihr Kirchgang, die Hausandacht, das Pfarrhaus u. a. m. Es wäre verfehlt, über diesen rapiden Rückgang überkommener Sitte zu klagen oder gar den Versuch zu unternehmen, zu halten, was fällt und fallen wird. Es gilt vielmehr, sorgfältig darauf zu achten, welche neuen Formen christlicher Existenz und gemeindlichen Lebens sich zu entwickeln beginnen, und sie zu fördern: gleichberechtigte Partnerschaft von Mann und Frau, offenen und kritischen Dialog zwischen den Generationen, verschiedene Verantwortung des einzelnen, Arbeiten in der Gruppe, Seminare und Erwachsenenbildung, Gottesdienste in neuer Gestalt, Priestertum aller Gläubigen, entschlossene demokratische Mitverantwortung u. a. m. Der kirchliche Unterricht und der Religionsunterricht an den Schulen hat diesem Wandel Rechnung zu tragen.
4. Die kirchliche Arbeit wird von der allgemeinen Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse nachhaltig betroffen. Der erheblich gewachsene Raum der Freizeit wird zum Ausgleich für die starke Beanspruchung durch die wissenschaftlich-technische Arbeitswelt weiter ausgedehnt werden. Die Viertagewoche und der Zweiturlaub liegen in greifbarer Nähe. Zu den großen christlichen Festen wird man sich nicht mehr in der Heimatgemeinde, sondern am Urlaubsort befinden. Kirchliches Handeln verfehlt die Menschen, die es erreichen will, wenn diese Entwicklung nicht nüchtern gesehen und berücksichtigt wird.
5. Die Zeit der großen theologischen Schulen ist vergangen. Das Recht historisch-kritischer Theologie ist grundsätzlich ebenso unbestritten wie die Notwendigkeit, die sog. Humanwissenschaften in die Arbeit der Theologie einzubeziehen. Die Bereitschaft der Theologen, aus der Vereinzelung herauszutreten und im Team zusammenzuarbeiten, ist gewachsen. Die Zahl der Theologen, die an Hochschulen forschen und lehren, ist stark angestiegen, die Produktion von Büchern fast unüberschaubar geworden. Theologie und Kirche stehen vor der Aufgabe kritischer Bestandsaufnahme, um die Spreu vom Weizen zu sondern.
6. Die evangelische Kirche sollte ihre Arbeitsbereiche nicht mehr wesentlich ausdehnen. Bei jeder neuen Planung müßte zugleich ein Vorschlag vorgelegt werden, wo ein altes Unternehmen aufgegeben werden kann. Es ist viel Ballast abzuwerfen, um die echte Priorität kirchlichen Handelns – die Bezeugung des Evangeliums im Leben der Gemeinde durch Gottesdienst, Seelsorge, Diakonie und Unterricht – zu wahren. Auf keinen Fall darf jedoch die Zahl der Pfarrer vermindert werden. Für eine gründliche wissenschaftliche Ausbildung der Pfarrer muß Sorge getragen werden.
7. In der Evangelischen Kirche in Deutschland verlieren innerprotestantische Unterschiede an Bedeutung; das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit aller evangelischen Christen ist

gefestigt, Zusammenarbeit und Gemeinschaft mit katholischen Christen und Gemeinden vielerorts längst vorhanden. Das Gespräch mit der römisch-katholischen Kirche muß darum mit großer Sorgfalt geführt und gefördert werden. Zur Erfüllung ihrer wachsenden Aufgaben wird die EKD nur dann imstande sein, wenn es gelingt, das Vertrauen und die tatkräftige Mitarbeit aller Gliedkirchen zu gewinnen.

8. Die EKD wird in den kommenden Jahren ihre ökumenische Verantwortung entschlossener und entschiedener wahrnehmen müssen in der Bereitschaft zur Unterstützung ökumenischer Arbeitsvorhaben durch Einsatz für den kirchlichen Entwicklungsdienst, durch einen stärkeren theologischen Beitrag zur ökumenischen Arbeit – vor allem auch für die theologische Ausbildung und die Lösung von Bildungsaufgaben in Kirchen der sogenannten Dritten Welt – und durch kritische Begleitung und Förderung der Wirksamkeit des Ökumenischen Rates der Kirchen. Die besondere Verbundenheit der EKD mit dem Bund evangelischer Kirchen in der DDR muß in die ökumenische Zusammenarbeit eingebracht werden.

9. Die EKD wird ihre Rolle als Gesprächspartner der politischen Parteien und Kräfte in der Bundesrepublik zu bejahen und auszufüllen haben. Dazu bedarf es gründlicher Sachkenntnis, theologischen Nachdenkens und offener Gesprächsbereitschaft gegenüber staatlichen und politischen Stellen, die der Kirche mit wachsendem Vertrauen begegnen.

10. Im Blick auf die steigende Bedeutung, die der EKD in der Verantwortung für Kirche und Gesellschaft zu Ende des 20. Jahrhunderts zukommen wird, müssen Ausstattung und Arbeitsweise der Amtsstellen für die ihnen gestellten Aufgaben eingerichtet werden. Eine Koordination der vielfältigen Aktivitäten in den Landeskirchen und eine Arbeitsteilung innerhalb des Rates der EKD muß vorgenommen werden. Dabei darf nur nach Darlegung unabweisbarer Gründe eine Ausweitung von Planstellen gebilligt werden. Zunächst gilt es, die Zuständigkeiten übersichtlicher zu gestalten und eine straffere Arbeitsweise herzustellen. In der Kirche besteht bis heute eine beträchtliche und auch begreifliche Scheu vor dem Management. Verantwortlich geführtes Management tut jedoch allen Arbeitsbereichen der EKD und ihrer Gliedkirchen dringend not.

Nachfolge Christi zu Ende des 20. Jahrhunderts erlaubt nicht die Flucht aus der Welt, sondern verpflichtet zum Annehmen des Kreuzes Christi an dem Ort, an den wir gestellt sind. Wer glaubt, flieht nicht!

Nicht unerwähnt sollte in diesem Zusammenhang bleiben, daß der Rat der EKD den Plan zur Gründung der „Wissenschaftlichen Gesellschaft für Theologie“ begrüßt und fördert.

Die gemachten Anläufe scheinen nicht ohne Verheißung zu sein; es hängt viel davon ab, daß und wie sie fortgesetzt, zu regelmäßigen Einrichtungen und effizienter gemacht werden. Bislang zeichnet sich das Bild des gemeinsamen Weges von Theologie und Kirche als wünschenswerte Wirklichkeit erst vage, als dringende Notwendigkeit und Nötigung aber klar und deutlich ab.

5. TAUFLEHRE, TAUFGORDNUNG, TAUFPRAXIS⁴

Wie andere Lebensäußerungen der Kirche ist auch die Taufe seit Jahren Gegenstand vielfältiger Kritik. Sowohl die kirchliche Lehre von der Taufe als auch die kirchlichen Ordnungen, die den Taufvollzug regeln, werden heftig kritisiert. Vor allem um die Taufe der Kinder ist aus unterschiedlichen Motiven und von

4. Vgl. Kirchl. Jahrbuch 1962, S. 31ff.; 1964, S. 27ff.; 1968, S. 15ff.; 1969, S. 25ff.; 1970, S. 85ff.

verschiedenen theologischen Positionen her ein Streit entbrannt, der mancherorts mit Leidenschaft und gegenseitiger Empfindlichkeit geführt wird. Theologisch-kritische und gesellschaftskritische Einwände werden gegen die Kindertaufe geltend gemacht, wobei sich Motive und Argumentation häufig miteinander mischen. In der Taufe schneiden sich nicht nur zahlreiche theologische Linien – solche trinitarischer, christologischer, hamartiologischer, soteriologischer, pneumatologischer und ekklesiologischer Art –, sondern zugleich unterschiedliche Beurteilungen der kirchlichen Situation und Praxis in unterschiedlichen gesellschaftlichen Horizonten. Zu der theologischen Diskussion haben sowohl die neutestamentliche Forschung wie die systematisch-theologische Wissenschaft beigetragen. Als gewichtig und von starkem Einfluß erwies sich die Tauflehre Karl Barths, vorgetragen zuletzt in KD IV, 4. Die gesellschaftskritischen Stellungnahmen sind durch die einschneidenden gesellschaftlichen Veränderungen veranlaßt, innerhalb deren christliche und kirchliche Existenz sich heute verwirklicht. Das Abbröckeln der Volkskirche, die Missionssituation der Kirche in der säkularen Welt, das Schwinden christlicher Erziehung in den Familien lösten diese Kritik aus.

Als einige Pfarrer und Kirchenvorsteher – ihre Zahl ist nicht groß – ihre eigenen Kinder nicht mehr taufen ließen, und als in dem einen oder anderen Fall kirchliche Amtsträger den Vollzug der Kindertaufe überhaupt und grundsätzlich ablehnten, als Arbeitskreise von Pfarrern und Gemeindegliedern die „Freigabe des Taufalters“ forderten, waren sowohl die Kirche wie die Theologischen Fakultäten genötigt, der Tauffrage erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Gliedkirchliche Synoden wurden damit befaßt; Theologische Fakultäten erstellten Gutachten; auf verschiedenen Ebenen wurden von den kirchenleitenden Organen besondere Ausschüsse eingesetzt. 1968 berief der Rat der Evangelischen Kirche der Union einen Ausschuß, der sich besonders mit der Tauflehre Karl Barths beschäftigte und 1971 dazu ein Votum veröffentlichte. Zwei Jahre vorher – im Dezember 1966 – hatte der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland beschlossen, einen Ausschuß für das Taufgespräch einzusetzen und auf Vorschlag der damaligen Gliedkirchen dessen 21 Mitglieder berufen, von denen 9 von den lutherischen, 2 von den reformierten, 9 von den unierten Kirchen entsandt wurden; 1 Mitglied wurde aus dem Arbeitskreis „Verkündigung – Taufe – Gemeinde“ berufen, der für die Freigabe des Taufalters eintritt.

Zwei Faktoren machten die Arbeit dieses Ausschusses besonders schwierig und führten sie mehrfach in erhebliche Krisen. Einmal war die Arbeit des Ausschusses wesentlich mitbestimmt durch die kirchengeschichtlichen Ereignisse und Entwicklungen, die in die Zeit seiner Tätigkeit fielen. Als im Jahre 1969 die bis dahin der EKD angehörenden Landeskirchen in der DDR organisatorisch und rechtlich aus dem Verband der EKD ausschieden und sich zum Bund der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik zusammenschlossen, erlosch das Mandat des Rates für die in der DDR beheimateten Ausschußmitglieder. Die Konferenz der Kirchenleitungen in der DDR erteilte, ohne eine personelle Veränderung vorzunehmen, einen neuen Auftrag. Etwa zur gleichen Zeit wurde der „Ausschuß für das Taufgespräch in der EKD“ umstrukturiert in einen in die Sektionen BRD und DDR gegliederten „Theologisch-wissenschaftlichen

Arbeitskreis für das Taufgespräch“. Jede Sektion hatte ihren eigenen Vorsitzenden; bei den Arbeitstagen, die ausnahmslos gemeinsam gehalten wurden, wechselte die Gesprächsleitung zwischen den Vorsitzenden.

Als auf der Arbeitstagung im Oktober 1971 eine gewisse Krise in der Arbeit entstanden war und ihr Fortgang fraglich erschien, beschloß die Konferenz der Kirchenleitungen in der DDR, die von ihr beauftragten Mitglieder abzufragen und einen personell erweiterten „Facharbeitskreis für Tauffragen“ zu bestellen, dem ein auf die Verhältnisse und Bedürfnisse der Kirchen in der DDR zugeschnittener Arbeitsauftrag erteilt wurde.

Zwischen diesem Facharbeitskreis und dem Theologisch-wissenschaftlichen Arbeitskreis für das Taufgespräch in der BRD bestehen Arbeitskontakte, jedoch bleibt die Entscheidung über die Verwendung von Arbeitsergebnissen den Auftraggebern des Facharbeiterkreises vorbehalten. Das gilt schon und auch von dem unten mitgeteilten Arbeits- und Ergebnisbericht, der weithin in gemeinsamer Arbeit erstellt wurde, dessen Endredaktion jedoch Sache des Theologisch-wissenschaftlichen Arbeitskreises in der BRD war.

Die zweite Schwierigkeit entstand dadurch, daß ein wirkliches Taufgespräch nur in einem Kreis geführt werden kann, in dem die verschiedenen in Kirche und Gemeinde bestehenden Positionen vertreten sind und zu Wort kommen. Wie im Ausschuß „Schrift und Verkündigung“ (vgl. Kirchl. Jahrbuch 1970, S. 65f.) machten es die Pluralität der im Ausschuß vertretenen Auffassungen und die Polartät der von den einzelnen Mitgliedern getroffenen Sachentscheidungen unmöglich, die Fülle der schwierigen Probleme aufzuarbeiten und gemeinsam wegweisende und den Streit um die Taufe beendende Aussagen zu formulieren. Nicht einmal in sich selbst vermochte der Ausschuß die Unterschiede und Gegensätze der Meinungen und Stellungnahmen zu überwinden. Wenn auch in einer Reihe von Aussagen Übereinstimmung bestand, ließ sich an entscheidender Stelle ein Dissensus nicht ausgleichen. Jedoch muß dieser nach Überzeugung der Ausschußmitglieder nicht zur Aufkündigung der kirchlichen Gemeinschaft führen, vielmehr gilt auch hier die in der Atomwaffendiskussion der fünfziger Jahre getroffene Feststellung, daß „wir unter dem Evangelium zusammen bleiben“.

Wir drucken nachstehend das im 2. Teil des vom Ausschuß dem Rat der EKD vorgelegten und von diesem zur Weiterleitung an die Gliedkirchen freigegebenen Berichts ab, in dem das Arbeitsergebnis formuliert ist:

... 2. Übereinstimmungen und Gegensätze im Taufverständnis

2.1 Über Sinn und Bedeutung der Taufe konnte sich der Arbeitskreis auf folgende *gemeinsame Feststellungen* einigen:

2.1.1 Nach dem Zeugnis der Schrift und nach der kirchlichen Überlieferung wird die Taufe im Namen des Vaters und des Sohnes und des Heiligen Geistes mit Wasser vollzogen. Nur eine so vollzogene Taufe ist gültig.

Die rite vollzogene Taufe ist unwiederholbar; eine Wiedertaufe ist unzulässig.

2.1.2 Die Taufe gründet im Evangelium von Jesus Christus als dem alleinigen Herrn und Retter, das zu verkünden und zu bezeugen ihr aufgetragen ist. Die Kirche tauft als eine Gemeinschaft von solchen, die selbst die Taufe empfangen. Der Auftrag zu taufen kann von jedem getauften Glied der Kirche wahrgenommen werden, auch wenn er aus Gründen

der Ordnung öffentlich, wie die Verkündigung, in der Regel von einem ordinierten Pfarrer versehen wird. In Notfällen kann jeder Christ die Taufe vollziehen.

2.1.3 Die Taufe ist wie die Predigt des Evangeliums, die Spendung des Abendmahls und der sonderliche Zuspruch der Sündenvergebung eine besondere Weise der Heilszusage und Heilswendung durch den dreieinigen Gott.

2.1.4 Der Taufe geht die Einladung Gottes voraus, der Menschen der Gemeinde seines Sohnes Jesus Christus zugeführt wissen will.

2.1.5 Die taufende Gemeinde handelt bei der Taufe im Glauben an den in dem verheißenden und rettenden Wort sich selbst vergegenwärtigenden Christus.

2.1.6 In der Taufe nimmt Gott den Täufling in das allen Menschen geltende Heilswerk Christi persönlich hinein und erschließt ihm ein neues Leben in seiner Gemeinde – nach dem biblischen Bild des Leibes Jesu Christi.

2.1.7 Die Taufe verdankt ihre Kraft weder den Menschen, die sie vollziehen oder empfangen, noch dem Vollzug der Handlung, sondern allein dem Wirken des dreieinigen Gottes und seines das Heil verheißenden, zusagenden und zuwendenden Wortes, von dem auch das Zeichen der Handlung umschlossen ist.

2.1.8 Wo der Mensch dem das Heil verheißenden, zusagenden und zuwendenden Wort glaubt, das heißt die ihn persönlich betreffende Zusage Gottes in Christus annimmt, kommt Gottes Wille mit der Taufe zum Ziel. Aber der Glaube macht die Taufe nicht, sondern empfängt die Taufe (vgl. Luther, Gr. Kat.).

2.1.9 Voraussetzung für die Taufe, auch für die Kindertaufe ist, das sie ernsthaft begehrt wird.

2.1.10 Der Getaufte wird mit seiner Taufe auf den Weg mit Christus und so in ein neues Leben gestellt. Er soll, solange er lebt, im Glauben mit Christus sterben und auferstehen, wie das seine Taufe in einem leibhaften Zeichen abbildet, und mit der Gemeinde, in die er hineingetauft worden ist, im Vertrauen und in der Hoffnung auf den lebendigen Gott leben, der dazu befreit, daß Menschen sich taufen lassen und taufen.

Indem die Kirche tauft, übernimmt sie bei Kindern und bei Erwachsenen die Verantwortung, die Getauften auf ihrem Weg mit ihrer Paraklese und Paränese zu begleiten und sie einzubeziehen in den Lebensvollzug der von Wort und Geist geleiteten Gemeinde.

2.2 Unbeschadet dieser gemeinsamen Feststellungen blieben in der Frage des Verhältnisses von Wort und Glaube im Zusammenhang der Taufe nicht auszugleichende *Unterschiede und Gegensätze der Auffassungen* bestehen:

2.2.1 Die eine Auffassung geht von dem allein das Heil zueignenden Wort und Werk Gottes in der Taufe aus und mißt diesem das auch für Taufordnung und Taufpraxis entscheidende Gewicht bei. Sie meint im Sinne der kirchlichen Überlieferung, die Taufe unmündiger Kinder nicht nur verantworten zu können, sondern ihr den Vorrang einräumen zu sollen, weil in diesem Taufvollzug, ohne daß ihm eine Ex-opere-operato-Wirkung zugeschrieben, ein magisches Taufverständnis vertreten oder die Lehre von der fides infantium dogmatisiert würde, die jeder menschlichen Entscheidung vorausgehende gnädige Zuwendung Gottes zum Menschen ihren deutlichsten Ausdruck finde. Für diese Auffassung ist es darum nicht von ausschlaggebender Bedeutung, ob die Antwort des Glaubens auf das Heilsangebot Gottes vor oder nach der Taufe erfolgt.

Zum anderen ist für sie die Kindertaufe darin begründet, daß die Zusage Gottes in Jesus Christus auch den Unmündigen gilt und auch oder gerade diese der sie tragenden und geleitenden Gnade Gottes bedürfen. Die Taufe ist und bleibt ein Widerfahrnis, das der Täufling nur an sich geschehen lassen kann, und Geschenk, auch solange davon kein Gebrauch gemacht wird. Zwar geschieht die Taufe auf Glauben hin, der empfängt, was in der Taufe gegeben wird. Grundsätzlich aber steht die Taufe als Zusage und Zuwendung des Heils vor der „Tatantwort“ des Glaubens.

Daß ein Kleinkind die Taufe noch nicht als das reale Geschehen von Gott her zu erfassen vermag, daß umgekehrt aber auch ein Erwachsener diese Realität seiner Taufe völlig verkennen oder gar mißbrauchen kann, ändert an der Gültigkeit der in der Taufe erfolgten persönlichen Zusage Gottes nichts.

Weil die Taufe auf Glauben hin geschieht, schließt die Kindertaufe die Verpflichtung ein, dafür zu sorgen, daß der Getaufte von der Gabe der Taufe erfährt. Zur Taufe Un-

mündiger gehört die Fürbitte, daß Gottes Geist den Getauften zum Glauben führen wolle.

Wird das Geschenk der Taufe im Glauben erkannt und angenommen, empfängt der Glaubende immer neu, was ihm in der Taufe ein für allemal zugesagt wurde: Gottes vergebende, rettende, befreiende und erneuernde Barmherzigkeit in Christus, die Liebe Gottes. Die Taufe findet darin ihre Erfüllung, daß der Getaufte im Glauben immer wieder zu dieser Gabe der Taufe zurückkehrt.

2.2.2 Bestimmt von dem Eindruck der neuen Situation in Theologie, Kirche und Gesellschaft wird heute und bei uns dieser Auffassung eine andere entgegengesetzt, die, ausgehend von anderen theologischen Motiven, das Recht der Kindertaufe bestreitet. Für sie läßt sich die Aussage, daß die Taufe den durch Wort und Geist gewirkten Glauben einschließt, nicht auf die Taufe unmündiger Kinder anwenden. Taufe setzt Glauben voraus, der sich im eigenen Bekenntnis äußern kann; dabei wird ein synergistisches Verständnis ausdrücklich abgelehnt und abgewehrt.

Dieser Auffassung erscheint die Taufe erst nach begunnenem Katechumenat auf eigenes Begehren hin verantwortbar. Für sie stellt die Taufe Unmündiger eine Verdunklung und Verschleuderung der Taufe dar, die nicht mehr verantwortet werden kann. Dabei sind im einzelnen die Argumente gegen die Kindertaufpraxis durchaus unterschiedlich. Für manche gibt eine theologische Begründung den Ausschlag für die Katechumenataufe. Ihre Infragestellung der Kindertaufe begründen sie sowohl exegetisch wie systematisch-theologisch. Die einschlägigen Arbeiten von K. Barth und M. Barth spielen in diesem Zusammenhang eine gewichtige Rolle. Nach dem biblischen Befund gehören Glaube und Taufe zusammen; Taufe und hörendes Vertrauen auf das Verheißungswort dürfen deshalb nicht voneinander getrennt werden. Luthers Rückgriff auf die *fides infantium* kann nicht mehr als den Rang einer Hilfskonstruktion, Zweckbehauptung und Hypothese für sein Festhalten an der Kindertaufe beanspruchen und nicht mehr mitvollzogen werden. Auch das reformierte Verständnis der Taufe als im Glauben wirkendes Zeichen und als Siegel des Glaubens setzt diesen voraus und fordert darum, daß die Taufe dem Glauben nicht vor-, sondern nachgeordnet werde. – Für andere ist die zur Regel und Selbstverständlichkeit gewordene Kindertaufpraxis dadurch fragwürdig geworden, daß die Volkskirche immer weniger selbstverständlich wird, die Kirche immer mehr in eine Diasporasituation gerät, in der sich die faktisch unterschiedslose Taufe aller Kinder nicht mehr verantworten läßt. Die hermeneutischen Schwierigkeiten bei der Verständlichmachung der Taufe und die Unvermeidbarkeit des Anscheins einer Manipulation des Menschen durch die Kirche lassen für diese Auffassung die Taufe von Kindern nur noch als eine leere Sitte erscheinen, die möglichst abgebaut werden sollte.

Für manche Pfarrer stellt sich das Problem so, daß sie zwar bereit sind, die Kindertaufe mitzuverantworten und zu vollziehen, wenn keine schwerwiegenden Hinderungsgründe in der Haltung der Eltern erkennbar sind, daß sie aber im Blick auf ihre eigenen Kinder meinen, durch den Aufschub der Taufe, bis sie von diesen selbst begehrt wird, die bessere Übung zeichenhaft deutlich machen und damit auch anderen Eltern zu einer Befreiung vom Zwang der Sitte helfen zu sollen. Demgegenüber ist anderen Pfarrern bei uns die Kindertaufe so fraglich geworden, daß sie Schwierigkeiten sehen, sie überhaupt mitzuverantworten.

2.3 Bei aller Unterschiedlichkeit und Gegensätzlichkeit der Auffassungen möchten beide Seiten das neutestamentliche Zeugnis im Grundverständnis der reformatorischen Botschaft festhalten.

2.3.1 Diejenigen, die Kindertaufe bejahen, verkennen nicht ihre Problematik angesichts der kirchlichen und gesellschaftlichen Situation. Auch für sie ist der Zusammenhang von Taufe und Glauben unerläßlich; sie bestreiten, daß bei ihrer Auffassung das Ziel der Taufe im persönlichen Bekenntnis und im Leben aus dem Glauben übersehen werde und sie vom Vollzug der Taufe als solchem eine Wirkung auf den Menschen erwarteten. Sie können jedoch nicht gelten lassen, daß der Charakter der Taufe als persönliche Zusage der Gnade Gottes in Christus zugunsten der – auch für sie selbstverständlich geforderten – Antwort des Glaubenden in den Hintergrund gerückt oder überhaupt bestritten wird. Auch glauben sie davor warnen zu müssen, daß ungewollt an die Stelle des Wirkens Gottes durch

Wort und Geist die menschliche Entscheidung tritt und damit eine Grunderkenntnis der Reformatoren preisgegeben wird.

2.3.2 Umgekehrt berufen sich die, die der Kindertaufe kritisch gegenüberstehen und einen Taufaufschub befürworten, auf das Neue Testament, wo die Taufe dem Bekenntnis dessen, der die Christus-Verkündigung gehört und angenommen hat, folgt. Sie bestreiten, daß bei ihrer Position der Glaube zum Werk und zur Bedingung des rettenden Handelns Gottes in Christus gemacht wird. Sie sehen sich ihrerseits zu der Warnung veranlaßt, daß beim Festhalten an der Kindertaufe, zumal die bergende Gemeinschaft der Gemeinde und die Hilfe des christlichen Hauses immer mehr schwindet, die unlösliche Zusammengehörigkeit von Taufe und Glaube nicht mehr erkennbar ist.

2.4 Einen Ausgleich zwischen den beiden unterschiedlichen Positionen hat der Arbeitskreis trotz angestrengter Bemühungen nicht erreicht. Beide Seiten vermochten einander nicht zu überzeugen. Trotz aller ernststen Bedenken und gegenseitigen Einwände sah sich aber auch keine Seite berechtigt, der andern die kirchliche Gemeinschaft aufzukündigen. Es gab auch einige wenige Stimmen im Arbeitskreis dafür, daß auch eine die Kindertaufe grundsätzlich verwerfende Lehre Raum in einer reformatorischen Kirche haben könne. Dagegen bestand Übereinstimmung darüber, daß es beim gegenwärtigen Stand der Diskussion nicht angemessen sei, den bestehenden theologischen Gegensatz mit Hilfe von Verwaltungsmaßnahmen ausräumen zu wollen. Der Arbeitskreis war vielmehr der Auffassung, es müsse – unter der Voraussetzung der Gemeinsamkeit, wie sie oben unter 2.1 auszudrücken versucht wurde, und unter Einhaltung gewisser Grenzen, um deren Bestimmung man sich laufend bemühen muß, damit das Handeln der Kirche nicht unglaublich wird – ohne Gefährdung der Kirchengemeinschaft möglich sein, einander in der kirchlichen Praxis insofern Freiheit zu geben, als diejenigen, die an den reformatorischen Lehrentscheidungen für das Recht der Kindertaufe festhalten, daraus kein Gesetz über einen verbindlichen Zeitpunkt der Taufe oder ein vom Evangelium her gebotenes Taufalter ableiten, und als umgekehrt diejenigen, die selber der Kindertaufe kritisch gegenüberstehen, den Andersdenkenden das Recht zu ihrer Auffassung nicht bestreiten. Das hebt jedoch die Freiheit, sich von der Mitte der Schrift her gegenseitig zu befragen, ebenso wenig auf wie die Verpflichtung, auf die Argumente der andern zu hören und an der theologischen Bewältigung der offenen Fragen weiterzuarbeiten.

3. Folgerungen und Empfehlungen für die kirchliche Praxis

Für Ordnung und Vollzug der Taufe heute erscheint folgendes geboten:

3.1 Nach dem Zeugnis der Schrift und nach der kirchlichen Überlieferung wird die Taufe im Namen des Vaters und des Sohnes und des Heiligen Geistes mit Wasser vollzogen.

3.2 Die Kirche hat wegen ihrer Verantwortung für die Taufe darauf zu achten, daß auch im Wechsel der geschichtlichen Verhältnisse die Ordnung der Taufe dem entspricht, was sie ihrem Wesen und Inhalt nach ist.

3.3 Aus dem Wesen der Taufe folgt nicht die verbindliche Festlegung eines bestimmten Taufalters. Das gilt unbeschadet der Tatsache, daß unsere Kirchen in der Überlieferung der Kindertaufe stehen und daß in ihnen Eltern in der Regel ihr Kind bald nach seiner Geburt zur Taufe bringen. Die Entscheidung von Gemeindegliedern, die ihr Kind nicht oder noch nicht zur Taufe bringen, ist zu achten. Daher sind in einigen neueren gliedkirchlichen Taufordnungen Hinweise auf ein übliches Taufalter vermieden worden.

3.4 Mit allen, die die Taufe für sich oder ihre Kinder begehren, wird ein Taufgespräch geführt, das den Sinn der Taufhandlung bezeugt und soweit wie möglich verständlich macht.

3.4.1 Eltern, die die Taufe ihres Kindes erbitten, soll das Taufgespräch ihre Verantwortung aufzeigen. Die Eltern sollen sich bereiterklären, ihr Kind nach ihren Kräften im Sinne des Evangeliums zu erziehen und es einer späteren kirchlichen Unterweisung zuzuführen.

3.4.2 Können die Eltern diese Erklärung nicht abgeben, kann die Taufe allenfalls vollzogen werden, wenn mit ihrer Zustimmung ein evangelisches Gemeindeglied, das für die christliche Erziehung des Kindes zuverlässig sorgen kann, Verantwortung für die Hinführung des Kindes zum Evangelium übernimmt.

3.4.3 Der Taufe Erwachsener oder Heranwachsender vom Konfirmationsalter an gehen das ausdrückliche Begehren des Täuflings und eine Taufunterweisung voraus.

3.5 Steht das Taufbegehren in erkennbarer Unvereinbarkeit mit der mit der Taufe verbundenen Verpflichtung, ist die Taufe zurückzustellen. Für die Zurückgewiesenen behält die Gemeinde dennoch Verantwortung.

3.6 Eine besondere, agendarisch geordnete Segnung für Kinder, die nicht oder noch nicht getauft werden, oder ihre Eltern wird wegen der Möglichkeit der Verwechslung mit der Taufe abgelehnt. Die Kinder sind später zur Teilnahme am Gemeindeleben und zur kirchlichen Unterweisung einzuladen.

3.7 Die Getauften soll die Kirche in ihrer Verkündigung ermutigen und anleiten, die durch die Taufe geschenkte Freiheit des Glaubens zu leben.

3.8 Wenn ein Pfarrer oder ein anderer kirchlicher Mitarbeiter, ohne die Möglichkeit der Kindertaufe grundsätzlich auszuschließen, die Taufe seines eigenen Kindes aus theologischen Gründen aufschiebt, ist er verpflichtet, dem Kirchengemeindevorstand seiner Gemeinde davon Mitteilung zu machen und die Gründe für seine Entscheidung darzulegen. Kommt es wegen des Taufverständnisses des Pastors zu einem ersten Zerwürfnis mit der Gemeinde, das eine fruchtbare Zusammenarbeit hindert, und gelingt es den zuständigen kirchlichen Organen nicht, dieses Zerwürfnis zu beseitigen, kann der Pastor den Dienst in dieser Gemeinde nicht fortsetzen. Die kirchenleitenden Organe sollen seine Entscheidung ernst nehmen und ihm die Wege zu einem andern Dienst ebnen.

3.8.2 Lehnt ein Pfarrer aus theologischen Gründen den Vollzug der Kindertaufe überhaupt ab, ist im Gespräch mit ihm und der Gemeinde seine Auffassung und Entscheidung sorgfältig zu prüfen.

Folgende Gesichtspunkte sind dabei zu beachten:

Hat der Pfarrer seine Entscheidung für sich persönlich getroffen, ohne sie anderen als Gesetz auferlegen zu wollen, oder fordert er für seine Haltung alleinige Geltung in der Kirche?

Wird von ihm die Kindertaufe als unangemessen unzulässig oder theologisch nicht zu rechtfertigen bezeichnet und damit der Gemeinde die Freiheit zur Kindertaufe willentlich oder faktisch genommen und die Gemeinde dadurch entzweit?

Spricht sich in der Verweigerung des Vollzugs der Kindertaufe ein Verständnis der Rechtfertigungsbotschaft aus, das der reformatorischen Grunderkenntnis widerspricht, indem sie die mit der Taufe zusammengehörende Tatantwort des Glaubens zur Voraussetzung der Heilszusage macht?

Falls ein Pfarrer die Kindertaufe und die sie Bejahenden nicht bekämpft, die Freiheit zum Vollzug der Kindertaufe nicht bestreitet und nicht in grundsätzlichen Widerspruch zur reformatorischen Rechtfertigungsbotschaft gerät, sollte ihm ein anderer kirchlicher Dienst vermittelt werden, in dem der Vollzug der Taufe nicht seine Aufgabe ist.

3.9 Auch in der heutigen veränderten kirchlichen und gesellschaftlichen Situation bleibt die Taufe Voraussetzung für die Mitgliedschaft in der Kirche. Die sich hier ergebenden Rechtsfragen bedürfen weiterer Klärung.

Es entspricht sowohl der theologischen Unsicherheit und Meinungsvielfalt als auch der vorerst kaum zu behebenden Offenheit und Unabgeschlossenheit der Diskussion und der derzeitigen Wirklichkeit in manchen Kirchen, daß die Synode der *Evangelischen Kirche im Rheinland* am 12. Januar 1973 eine neue Taufordnung verabschiedete, die ein gleichberechtigtes Nebeneinander der Taufe von Kindern, Heranwachsenden und Erwachsenen bestimmt, die Kirchenmitgliedschaft ausschließlich in der Taufe begründet sieht und allen drei Formeln ihre theologische Begründung in einer Neufassung des Grundsatzartikels über die Taufe in der Kirchenordnung (Art. 31) gibt, die lautet:

Die Kirche bezeugt mit der Taufe die Zueignung der in Christus offenbarten Verheißung Gottes und den lebenslangen Anspruch Gottes auf Glauben und Gehorsam des Täuflings.

Auf Befehl Christi und im Vertrauen auf die Gnade Gottes, die allem Erkennen vorausgeht, tauft die Kirche Kinder ihrer Glieder wie auch Erwachsene, die die Taufe begehren.

Jeder Pfarrer der rheinischen Kirche ist verpflichtet, die Taufe in allen drei Formen zu vertreten und zu vollziehen.

Hinsichtlich der Pfarrer, die die Säuglingstaufe für ihre eigenen Kinder ablehnen, bleibt es bei der vorläufigen Regelung von 1969, derzufolge ein solcher Pfarrer dann in eine Gemeinde gewählt werden kann, wenn er das Presbyterium, den Kreissynodalvorstand und die Gemeindeversammlung darüber unterrichtet hat, daß er zwar die Säuglingstaufe für seine eigenen Kinder nicht vollzieht, aber auf Verlangen der Eltern bereit ist, Kinder zu taufen.

6. DER GOTTESDIENST

Die Generalsynode der VELKD sowie die Landessynoden der Gliedkirchen Berlin-Brandenburg (West) und Westfalen befaßten sich im Berichtsjahr mit Fragen des Gottesdienstes.

In seiner Eröffnungsansprache vor der vom 12. bis 14. Juni 1973 in Hannover tagenden neukonstituierten Generalsynode der VELKD führte der Leitende Bischof D. Wölber in dem Abschnitt „Kursbuch der VELKD“ dazu aus:

GOTTESDIENST UND SAKRAMENT

Ich empfehle, die Arbeiten zum Gottesdienst zu intensivieren. Es liegt eine demoskopische Untersuchung zum Gottesdienstbesuch vor, die dringend der weiterführenden Auswertung bedarf. In die laufende Agendenreform sollten stärker Überlegungen zu Gottesdiensten mit neuen Formen einbezogen werden.

Wenn ich aber auf unseren Ansatz zurückblicke, so sind es zwei Antriebsmomente, die uns den Gottesdienst so wichtig erscheinen lassen. Die in der Welt vermittelte Gnade führt uns immer wieder auf die Öffnung unseres Lebens für eine neue Dimension. Die totale Hingabe an das Verlorene, das wehrlose Vertrauen auf den Geist, das, wie die Dinge stehen, auch ins Martyrium führen kann, die Erwartung des Sinns und der Würde des Leidens zeigen uns so etwas wie die Kategorie des Heiligen. Anders als durch seine Neuerfassung gerade in unserer säkularen Welt werden wir den Rang des Gottesdienstes nicht wieder begreiflich machen können. Wir werden den Gottesdienst kaum wieder erneuern und beleben können durch den Blick auf unbestrittene, komplette menschliche Bedürfnisse, wie etwa das Spiel und die Feier. Das sind im Grunde nur weiterführende Methoden. Die Kategorie des Heiligen bedeutet aber Aufschließung unserer Existenz für das aus dieser Welt nicht ablesbare, aber in sie hineinwirkende Unbedingte, für ihren göttlichen Grund und Sinn. In der Begegnung mit seinem Anspruch geschieht Ermächtigung, eben die Erfahrung, der Mensch lebt anders als nur vom Brot. Es gibt einen inneren Fortschritt in der Aufschließung für neue Dimensionen, den man nicht erkaufen und nicht manipulieren kann. Das nenne ich die Begegnung mit dem Heiligen.

In diesen Zusammenhang gehört auch das zweite Antriebsmoment. Es ist die Wirklichkeit des Sakraments. Taufe und Abendmahl bedeuten die Kategorie der schlechthinigen Annahme des Menschen. Nur so kann ich unsere lutherische Sakramentsauffassung verstehen, die davon spricht, daß der Herr in seiner realen Gegenwart sich unserer bedingungslos zuvorkommend annimmt. Dies geschieht nicht fordernd, sondern auf Glauben hin. So denke ich, daß wir in Verbindung mit einer Verlebendigung der Gottesdienste auch über das Sakrament und Sakramentsfrömmigkeit lutherischer Kirche neu nachsinnen müssen. Dies ist auch ein besonders ökumenisches Schlüsselproblem. Darüber haben wir schon in der vergangenen Legislaturperiode nachgedacht.

Mit der Formel „Annahme des Menschen“ beziehe ich mich auf Vilmos Vajta, Direktor des Ökumenischen Instituts des Lutherischen Weltbundes in Straßburg. Nach der letzten Verlautbarung unserer alten Generalsynode über die Möglichkeit einer offenen Kommunion schickte er mir als Gruß seinen Artikel: „Die Annahme des Menschen im Abendmahl“ aus der „Ökumenischen Rundschau“, Januar 1973. Ich zitiere ihn: „Luther schreibt einmal, daß der Herr ‚unehrlich gehandelt wird, beide, auf dem Kreuz und Altar‘. Ist diese Parallele – schreibt Vajta – völlig abwegig? Hätte der Herr sich nur am Kreuze dem Menschen hingegeben, aber nicht mehr in der Anamnese dieses Opfers? ... Was soll geschehen, wenn die Gegenseitigkeit vonseiten der Römisch-katholischen Kirche nicht gewährt werden kann? Es gibt immer wieder Stimmen, die meinen, daß ohne Gegenseitigkeit kein Schritt in der angedeuteten Richtung getan werden dürfte. Die ökumenischen Spielregeln verlangten dies. Dieser Argumentation kann ich leider nicht zustimmen – so sagt Vajta –, denn die verantwortliche Handlung einer Einzelkirche kann nicht durch die Handlungen anderer Kirchen bestimmt werden. Sie sind kein Kriterium für den Sendungsauftrag der Kirche. Deshalb soll die Haltung der Römisch-katholischen Kirche in Fragen der Abendmahlsgemeinschaft ebenso wenig von der Evangelisch-lutherischen Kirche abhängig sein wie umgekehrt ... Mit einer solchen Erklärung (nämlich der einseitig erklärten offenen Kommunion) ist im Leben der evangelisch-lutherischen Christenheit ein ökumenisch bedeutender Schritt getan, indem nach einer jahrhundertlangen Geschichte ein Zeichen der Versöhnung angeboten wird.“ Soweit Vajta!

Diesen ökumenisch bedeutenden Schritt werden wir noch weiter besprechen müssen. Jedenfalls aber sollten wir uns dem Thema Gottesdienst und Sakrament gerade auch wegen der ökumenischen Dimension intensiv zuwenden ...

Die Westberliner Regionalsynode fand vom 13. bis 18. November 1973 unter dem Hauptthema „Gottesdienst“ statt. Die Grundsatzreferate zu der Problematik Gottesdienst und Predigt hielten Vizepräsident Professor D. Fischer und der Generalsekretär der Niederländischen Reformierten Kirche Dr. van den Heuvel. Die Synode nahm damit den auf ihrer Februartagung gefaßten Beschluß auf, ihre sechsjährige Legislaturperiode unter das Generalthema „Gottesdienst heute und an unserem Ort“ zu stellen.

WEITERARBEIT AM THEMA GOTTESDIENST

Vor dem Hintergrund der beiden Referate von Prof. Fischer und Generalsekretär van den Heuvel hat sich der Tagungsausschuß Theologie mit der Frage nach dem Gottesdienst, seiner Grundlegung und Zielrichtung und seiner gegenwärtigen Praxis beschäftigt. Das Gespräch war von zwei spannungsvollen, verschiedenen Aspekten geprägt, unter denen der Gottesdienst gesehen wird. Der eine Aspekt ist der der Freude und der Dankbarkeit, der andere ist der der Betroffenheit und der Verlegenheit.

a) Der Ausschuß stellte zum einen dankbar fest, daß im Verantwortungsbereich dieser Synode mit großem Einsatz und mit tiefer Freude Gottesdienst gehalten wird als Mittelpunkt des gemeindlichen Lebens. In vielen Ortsgemeinden mühen sich Gruppen um die Vorbereitung und Mitgestaltung der Gottesdienste und versuchen, in ihnen das Hören auf das Wort, das Lob Gottes und den Vollzug ihres alltäglichen Lebens miteinander zu vereinen. Auch wenn mancher Versuch mißlingt, sind die Zeichen eines neuen Fragens nach dem Wort und nach dem christlichen Leben in dieser Zeit vorhanden und sollen mit Freude aufgenommen werden, um die Liebe zum Gottesdienst zu stärken.

b) Zum anderen wurde mit tiefem Ernst festgestellt, daß auch der Verantwortungsbereich dieser Synode nicht ausgenommen ist von der gesamteuropäischen Infragestellung des Gottesdienstes, vom Rückgang der Besucherzahl und von einem Mißverhältnis von gottesdienstlichem und übrigen Leben der Gemeinde. Hier wurde mit Betroffenheit auch auf den gemeinsamen Bericht der Kirchenleitung und des Berliner Stadtsynodalverbandes und sein Zahlenmaterial hingewiesen.

Angesichts dieses doppelten Aspektes, unter dem für den Tagungsausschuß Theologie der Gottesdienst heute steht, wurde Einigung darüber erzielt, daß am Generalthema dieser Legislaturperiode „Predigt und Gottesdienst heute und an unserem Ort“ mit dem Schwerpunkt Gottesdienst intensiv und bald weitergearbeitet werden soll. Der ständige Theologische Ausschuß soll bis zum Herbst 1974 unter Verwendung des Proponendums der Westfälischen Kirche und der „Thesen und Fragen zum Gottesdienst und zu seiner Gestaltung“ der Rheinischen Kirche sich einen Überblick über das Bild der Gottesdienste in unseren Gemeinden verschaffen, besonders in ihrer Bedeutung für den gesamten Lebensvollzug der Christen; er soll die Pfarrkonvente und Kreissynoden zur intensiven Mitarbeit anregen und aus dem Wortlaut des Beschlusses der Synode zum Generalthema vom 25. Februar 1973 thematisch begrenzte Arbeitsschritte für die weiteren Tagungen der Synode entwickeln.

7. DAS EVANGELISCH-KATHOLISCHE VERHÄLTNIS UND GESPRÄCH⁵

Wenn im evangelisch-katholischen Verhältnis und Gespräch nicht alle Blütenträume so schnell reifen, wie leidenschaftliches und ungeduldiges Drängen auf sichtbare Einheit der Christenheit es wünscht, wenn das zwischenkirchliche Gespräch nicht nur Phasen des Fortschritts im gegenseitigen Näherkommen, sondern auch solche des Retardierens und Stockens aufweist, sollte nicht vergessen werden, daß ihm Jahrhunderte der Gesprächslosigkeit und gegenseitiger Abkapselung vorausgingen, und wir sollten dankbar sein, daß nicht nur vielfältige Zusammenarbeit an praktischen Aufgaben geschieht, sondern auch das theologische Gespräch und der gemeinsame Gottesdienst immer mehr ihren festen Ort im Verhältnis der beiden großen christlichen Kirchen unseres Landes haben. In seinem der Coburger Synode erstatteten Rechenschaftsbericht führte der Ratsvorsitzende Landesbischof D. Dietzfelbinger zur Frage des Verhältnisses zur Römisch-Katholischen Kirche aus:

An dieser Stelle blicken wir auf die andere große Volkskirche neben uns und mit uns, die römisch-katholische Kirche. Die Verbindung und das Gespräch mit ihr zieht sich ebenfalls durch alle Jahre hindurch, auf allen Ebenen, wo es möglich war, in Kontaktgesprächen und Kommissionen, in manchen gemeinsamen Gottesdiensten und auf dem ökumenischen Pfingsttreffen in Augsburg. Daß in dieser Zeit der Vorsitzende der Deutschen Katholischen Bischofskonferenz und der Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland am gleichen Ort wohnend die Möglichkeit zu jeweils nötigen persönlichen Kontakten hatten, hat diese Zusammenarbeit in manchem erleichtert. Es zeigte sich, wie viele Aufgaben Christen heute gemeinsam anfassend können, nicht zuletzt deswegen, weil der eine in ähnlichen Nöten und Anfechtungen wie der andere steht. Wie der Brief an Breschnew gemeinsam geschrieben werden konnte, so nehmen wir dankbar zur Kenntnis, daß der katholische Arbeitskreis für Entwicklung und Frieden der EKD-Denkschrift über Entwicklungsdienst der Kirche ein zustimmendes Nachwort hinzufügte. Und wie schon früher bei der Studie „Das Gesetz des Staates und die sittliche Ordnung“, so konnte vor kurzem dem Baubodenrechts-Memorandum ein gemeinsames Vorwort von Kardinal Döpfner und mir vorangestellt werden. Schon im vorigen Jahr hatten katholische Bischofskonferenz und der Rat der EKD für die Welthandelskonferenz in Chile ein gemeinsames Wort herausgegeben.

Über dieser vielfältigen Arbeitsgemeinschaft im gesellschaftlichen Bereich kam das Glaubensgespräch nicht zu kurz. Am stärksten eint wohl die Arbeit über der Bibel selbst, die vielfach geschieht, vor allem in gemeinsamer Übersetzungsarbeit. Der gemeinsame Text des Vaterunsers wurde 1967 beschlossen – er ist heute völlig selbstverständlich. Wie aus

5. Vgl. Kirchl. Jahrbuch 1965, S. 99ff.; 1966, S. 181ff.; 1967, S. 138ff.; 1970, S. 109ff.; 1971, S. 92ff.; 1972, S. 104ff.

dem langjährigen ökumenischen theologischen Gespräch sich auf vielen Ebenen eine Annäherung der Standpunkte ergeben hat, zeigt das neue Glaubensbuch, herausgegeben von Johannes Feiner und Lukas Vischer. Dabei gehört auch dies zur Gemeinsamkeit, daß das Trennende nicht verschwiegen wird. „Es ist offenkundig, daß die Unterschiede zwischen evangelischer und katholischer Kirche nicht überwunden sind“ heißt es dort, und die Gespräche, die sich gegenwärtig besonders um die Amtsfrage und die Frage nach der Eucharistie drehen, bestätigen diese Erfahrung, wie vor allem die Diskussion um das gemeinsame Memorandum der Arbeitsgemeinschaft ökumenischer Universitätsinstitute über „Reform und Anerkennung kirchlicher Ämter“ deutlich macht. Gerade wer sich nicht nur an der Oberfläche, sondern bis in die Tiefen um Ökumene müht, sollte dies nüchtern zur Kenntnis nehmen. Die ökumenische Arbeit ist ausgespannt zwischen dem von vielen leidenschaftlich herbeigesehnten und schon als nahe gesehenen Ziel der sichtbaren Einheit der Christenheit, die wir herzustellen haben, und der neutestamentlichen Gewißheit, daß die eine Kirche inmitten aller Trennung bereits vorhanden ist, nicht von Menschen, sondern von Jesus Christus selber geschaffen und verbürgt. Ich möchte vor allem von dieser letzteren Gewißheit her das Augenmaß für alle ökumenischen Bemühungen mir geben lassen.

Dann wird man gewiß die Konvergenzen im Verhältnis der Konfessionen heute dankbar aufnehmen. Tatsächlich scheint unter den Angehörigen verschiedener Konfessionen heute ein Glaubensbewußtsein zu bestehen, in dem die Unterschiede eine geringere, die Gemeinsamkeiten eine immer größere Rolle spielen.

Die in diesem Bericht enthaltene Aufzählung gemeinsam durchgeführter Aktivitäten bedarf einiger Ergänzungen:

Der gemeinsamen Übersetzung biblischer und der gemeinsamen Formulierung liturgischer Texte – Vaterunser und Glaubensbekenntnis – folgte im Berichtsjahr ein von der evangelisch-katholisch besetzten „Arbeitsgemeinschaft für ökumenisches Liedgut im deutschen Sprachbereich“ erstelltes Liederheft „*Gemeinsame Kirchenlieder* – Gesänge der deutschsprachigen Christenheit“, dessen Geleitwort von den Vorsitzenden fast aller deutschsprachigen Kirchen unterschrieben wurde. Am 12. Juni 1973 wurde es im Dom zu Paderborn in einem ökumenischen Gottesdienst der Öffentlichkeit übergeben. Es enthält 102 Lieder und ist im evangelischen Bereich für ökumenische Gottesdienste gedacht; die katholische Kirche, die ein neues Gesangbuch, das sogenannte „Einheitsgesangbuch“ einführt, übernimmt etwa 90 Lieder.

Ende November 1973 erschien eine *Gemeinsame Erklärung* des Rates der EKD und der Deutschen Bischofskonferenz zur *Strafrechtsreform* in Sachen des § 218 (Schwangerschaftsabbruch s. u. im Sachzusammenhang).

Auf seiner Sitzung am 7./8. Dezember 1973 gab der Rat den Text gemeinsamer evangelisch-katholischer „*Empfehlungen für die Ehevorbereitung* konfessionsverschiedener Partner“ zustimmend zur Veröffentlichung frei.

Erfreulich war es, daß die Deutsche Bischofskonferenz auf ihrer Frühjahrstagung 1973 die grundsätzliche Bereitschaft der römisch-katholischen Kirche erklärte, die Vollmitgliedschaft in der *Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in Deutschland* zu beantragen. Auf ihrer Sitzung am 26. September 1973 beschloß sie, einen entsprechenden Antrag zu stellen. Bisher war die katholische Kirche – seit 1969 – durch zwei „Gäste und Beobachter“ vertreten. Die volle Mitgliedschaft der katholischen Kirche birgt Risiken, aber noch mehr schöpferische Möglichkeiten zur Einleitung einer neuen Ära zwischenkirchlicher Beziehungen.

Gemeinsame Aktivitäten gab es auch auf der Ebene der Landeskirchen bzw. Diözesen.

Am 6./7. Juli 1973 wurde in Freiburg eine „*Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Baden-Württemberg*“ gegründet, der elf Kirchen und kirchliche Gemeinschaften als Vollmitglieder und vier als Gäste angehören. Vollmitglieder sind die evangelischen Landeskirchen Baden und Württemberg, die katholischen Diözesen Freiburg und Rothenburg, die Altkatholische Kirche, die griechischen und serbischen orthodoxen Gemeinden, die Methodisten, die lutherische Freikirche, die Herrnhuter Brüdergemeinde und die Heilsarmee; Gäste sind die Baptisten, die Pfingstkirche und zwei freikirchliche Verbände. Ihre Aufgabe sieht die Arbeitsgemeinschaft darin, „ein Klima zwischenkirchlichen Vertrauens zu schaffen, ökumenisches Bewußtsein zu bilden und zu vertiefen und gemeinsam Verantwortung wahrzunehmen“.

In *Westfalen* ergab sich „aus Begegnungen und Gesprächen in den letzten Jahren und angesichts der vielfältigen Gelegenheiten und Möglichkeiten zu praktischer Kooperation ... der Wunsch zu einer weiterführenden theologischen Besinnung mit dem Ziel, die Zusammenarbeit zu vertiefen“. Ein gemischter Arbeitskreis erstellte die Ausarbeitung „*Wege der Kirchen zueinander*“, die mit einem von Bischof Tenhumberg und Präses D. Thimme unterschriebenen Vorwort der Öffentlichkeit übergeben wurde:

WEGE DER KIRCHEN ZUEINANDER

1. Der Ausgang

1. Zeugnis und Dienst der Kirchen geschehen heute in weithin säkularisierter Gesellschaft. Die Botschaft der Kirche wird von vielen nicht mehr als verpflichtend anerkannt. Die Gesellschaft ist nicht mehr willens und in der Lage, überlieferte Gegensätze der Kirchen in Lehre und Ordnung mit hinreichendem Verständnis entgegenzunehmen. Die Tendenz geht dahin, konfessionelle Unterschiedlichkeiten, so begründet sie auch sein mögen, als unerheblich und belastend zu bagatellisieren. Die Kirchen tun gut daran, dies zu beachten, obwohl weder die gemeinsame Frontstellung gegenüber dem Säkularismus noch das fehlende Verständnis der Gesellschaft für konfessionelle Unterschiedlichkeiten der eigentliche Anlaß für ihren Weg zueinander sein kann.

2. In der Bundesrepublik Deutschland sind die Kirchen Körperschaften des öffentlichen Rechts. Der religiös-weltanschaulich neutrale, demokratische Staat sieht sich genötigt, die getrennten Kirchen nach den Grundsätzen der Parität zu behandeln. Es ist unabweisbar, daß die Kirchen infolge des gemeinsamen Verhältnisses zum Staat zu gemeinsamen Schritten in vielen Bereichen genötigt und daher zusammengeführt werden. In Nordrhein-Westfalen haben die Bischöfe der fünf Diözesen und die Präses der drei evangelischen Landeskirchen eine Vereinbarung darüber getroffen, in allen Dingen, welche die Schule, die Hochschule, die Erwachsenenbildung, die Sozialarbeit und die Öffentlichkeitsarbeit betreffen, enge Verbindung miteinander zu halten.

Eine solche Zusammenarbeit hat ihren Grund nicht nur darin, daß die von außen her an die Kirche herangetragenen Erwartungen und Aufgaben ein gemeinsames Vorgehen erforderlich machen, wichtiger als die Herausforderung von außen ist für das Miteinander der Kirchen die Gemeinschaft, die ihnen durch den einen Herrn vorgegeben ist (Eph. 4,6). Da es um den einen Herrn geht, der das Haupt seiner Kirche und der Herr aller Menschen und der ganzen Welt ist, sind die Kirchen zur Einheit des Zeugnisses und des Dienstes gerufen. Der stärkste Beweggrund der Kirchen für ihren Weg zueinander ist das Gebot des Herrn „daß wir alle eins seien“.

3. Dennoch wäre es verhängnisvoll, sich über die immer noch die Kirchen trennenden

Unterschiedenheiten hinwegzutauschen. Zwischen ihnen steht eine 450-jährige getrennt verlaufene Geschichte mit Konsequenzen, die sich tief in das Profil des Abendlandes eingegraben haben. Zwischen den Kirchen bestehen in Lehre und Ordnung Unterschiede, die zu überspielen fahrlässig wäre. Jeder Versuch der Verharmlosung ist mit der Gefahr des Substanzverlustes verbunden. Auch muß einem Enthusiasmus gewehrt werden, der die Wahrheitsfrage preisgibt. Es hat sich in der Geschichte der Kirche erwiesen, daß Schwärmerei Schaden anrichtet und auf die Dauer die Fronten verhärtet, anstatt sie zu beseitigen. Das Ringen um die Wahrheit ist im Auftrag der Schrift ausdrücklich begründet. Starre Verslossenheit gegenüber weiterführenden Bewegungen wäre von Übel. Es kann nicht Aufgabe der Kirche sein, um liebgewordener Gewohnheiten willen auf einem überkommenen Standpunkt zu verharren und sich dem Wirken des Geistes zu verschließen. Sonst kommt es zur Ideologisierung von Formeln und Bräuchen, die uns verboten ist.

4. Dankbar darf bekannt werden, daß in den letzten Jahren zunehmend eine Bewegung feststellbar ist, die ohne Preisgabe dessen, was jeder Kirche anvertraut ist, von beiden Seiten aufeinander zuführt. Das II. Vatikanische Konzil hat eine Öffnung zu den reformatorischen Kirchen bewirkt; der Ökumenische Rat und die konfessionellen Weltbünde führen ins einzelne der Lehrzusammenhänge reichende Gespräche mit der römisch-katholischen Kirche. Das trägt Früchte bis in die Kirchengemeinden hinein. In der anderen Konfession wird zunehmend nicht mehr der Gegner, sondern der Partner gesehen. Gelegentlich finden gemeinsame Wort- und Gebetsgottesdienste statt. Nach gemeinsamen Sakramentsgottesdiensten wird immer dringender gefragt, namentlich von Ehepartnern in konfessionsverschiedenen Ehen. Man gewöhnt sich daran, daß Bischöfe und Präsidien gemeinsame Erklärungen abgeben oder in ökumenischen Gottesdiensten zusammen wirken. Das findet weitgehende Zustimmung. In all diesen Vorgängen glauben wir in Dankbarkeit und Ehrfurcht den Willen des Geistes Gottes unter uns erkennen zu dürfen, dem wir Raum zu geben haben. An uns ist es, dem Geist Gottes nicht entgegenzuwirken, sondern unser Verhalten seinem Walten unterzuordnen.

II. Das Ziel

1. Die Einheit der Christenheit ist der Wille Gottes für seine Kirche. Dafür hat der Herr Christus gebetet. Darum haben sich die Apostel bemüht. Der Leib Christi ist unteilbar. Die Wahrheit des Herrn ist eine unteilbare Wahrheit. Wir wissen, daß menschliche Schuld und Schwäche dem Gebot Christi entgegenstehen. Darum kann nur er selbst durch die Kraft seines Geistes die unter uns bestehenden Spannungen und Spaltungen aufheben und die neue Gemeinschaft in einer einigen Christenheit schenken. Dies Wissen kann auf unserer Seite kein Freibrief für Untätigkeit und mangelnde Bereitschaft sein. Die Stunde ist da, geduldige Schritte zueinander zu tun, auf ihn zu hören, für ihn zu zeugen und seiner Führung nicht im Wege zu stehen.

2. Die Einheit der Kirche Christi ist nicht nur eine Verheißung für die Zukunft, sondern Gabe und Aufgabe für die Gegenwart. Es geht um Überwindung der Trennung. Das bedeutet nicht die Unterwerfung der einen unter die anderen, sondern die gemeinsame Anbetung dessen, der allein der Herr und das Haupt seiner Kirche ist. Einheit der Kirche bedeutet auch nicht Preisgabe, sondern Einbringen des je Besonderen, das Gottes Geist den Kirchen auf dem Wege seiner Führung an geistlicher Einsicht hat zuteil werden lassen. Gottes Geist wirkt eine Vielfalt von Charismen und erlaubt darum ein großes Maß von Vielfalt auch in Leben, Gestalt und Ordnung in der einen Kirche unter dem einen Herrn.

3. Die Vielfalt der Gaben des Geistes ist Zeugnis seiner Fülle und seines belebenden Reichtums. Ihn anzunehmen, erfordert die Bereitschaft, mit Dank und Demut je die Gabe anzuerkennen, die dem anderen verliehen ist, voneinander zu lernen und aneinander zu wachsen. Die Einheit der Christen verwirklicht sich im vielstimmig zusammenklingenden Lobpreis des Dreieinigen Gottes und seiner Offenbarung. In befruchtendem Austausch, vertrauensvollem Dialog und im gegenseitigen Dienst der Liebe erfährt die Christenheit das Wachstum unter dem, der das Haupt ist, Christus.

III. Gemeinsamkeiten

1. Im Unterschied zu gewissen Epochen der Vergangenheit sind die verfestigten Abgrenzungen zwischen den Kirchen heute aufgelockert und zum Teil abgebaut. Das Gemeinsame wird anerkannt und bejaht; das Besondere des anderen wird zunehmend verstanden. Wo es als dem eigenen Wesen fremd empfunden wird, wächst dennoch das Bemühen um Verständnis. Die Bewegung zueinander ist unaufhaltsam; ihr zu widerstehen, wäre unrecht.

2. Vorgegeben ist den Kirchen das Bekenntnis zu dem einen Herrn Jesus Christus, wahrer Gott und wahrer Mensch. Sie bekennen ihn als einigen Mittler zwischen Gott und den Menschen zur Ehre des einen Gottes, des Vaters und des Sohnes und des Heiligen Geistes. Er wird in der ihnen gemeinsamen Heiligen Schrift grundlegend bezeugt und sein Evangelium wird in der Kirche und durch die Kirche von Geschlecht zu Geschlecht und an alle Welt weitergegeben werden. Gemeinsam gründen sich die Kirchen auf die zentralen Glaubenswahrheiten der altkirchlichen Bekenntnisse. Sie bekennen gemeinsam, daß die Heilige Schrift Richtschnur für die Lehre der Kirche ist, und bezeugen, daß nur die Gnade den Zugang zum Heil gewährt und daß es im Leben und im Sterben und in Ewigkeit allein um dieses durch Gnade vermittelte eine Heil des einen Herrn geht.

3. Die Kirchen bekennen sich gemeinsam zu den Gnadengaben der Sakramente, in welchen der Herr die Seinen unter sichtbaren Zeichen seiner Gemeinschaft versichert. Ob schon im Hinblick auf Zahl und Verständnis der Sakramente Unterschiede bestehen, ist den Kirchen das Bekenntnis zur Leibhaftigkeit der Gnadengaben in Wort und Sakrament gemeinsam. Das bildet eine wesentliche Voraussetzung für eine Gemeinsamkeit im Kirchenverständnis.

4. Mit diesen Gemeinsamkeiten in Bekenntnis und Lehre ist die Grundlage und die Legitimation der vielfältig praktizierten Gemeinschaft gegeben. Der Weg in die Zukunft darf daraufhin gewagt werden. Unter dem Gebet ihres Herrn, „daß sie alle eins seien“, wissen die Kirchen sich herausgefordert, darum bemüht zu sein, daß nicht durch ihre Trennung die Glaubwürdigkeit von Zeugnis und Dienst beeinträchtigt wird.

IV. Unterschiedenheiten im Amts- und Eucharistieverständnis

A. Das Verständnis des Amtes

1. Gemeinsame Voraussetzungen im Verständnis des Amtes

a) Die reformatorischen Kirchen und die römisch-katholische Kirche gehen davon aus, daß der Gläubige durch die Heilige Taufe in das allgemeine Priestertum hineingenommen ist; davon ist ein besonderes, der Kirche eingestiftetes Amt zu unterscheiden, das von der Kirche einzelnen Gliedern übertragen wird.

b) Übereinstimmung besteht auch darin, daß Christus Stifter dieses Amtes ist. Es hat seinen Auftrag in der Ausbreitung der Herrschaft Jesu Christi durch das Evangelium. Dieses Amt ist darum ein Dienst für Jesus Christus.

c) Die Kirchen verstehen das Amt apostolisch wegen des Zusammenhangs mit dem den Aposteln vom Herrn übertragenen Auftrag. Sie verstehen es katholisch, weil es das eine Amt der ganzen Kirche ist; sie verstehen es personal, weil jeder Amtsträger persönlich mit seinen Gaben und Kräften in Anspruch genommen wird.

d) Der Auftrag ist die Bezeugung Jesu Christi in Wort und Sakrament; die Diakonie in der dem Evangelium entsprechenden Tat, die Liturgie in Lobpreis und Gebet — dies alles als Dienst zur Auferbauung der Gemeinde, nicht als Herrschaft von Menschen über Menschen.

e) Die Kirchen vollziehen die Übertragung dieses Amtes durch besondere Handlungen: das Sakrament der Weihe bzw. die Ordination.

2. Verschiedene Ausprägungen des Amtsverständnisses

a) Die Verbindung mit dem den Aposteln übertragenen Amt sieht die römisch-katholische Kirche durch die apostolische Sukzession gewahrt. Sie versteht darunter die Übertragung des den Aposteln gegebenen Auftrags im Sakrament der Weihe durch Handauflegung und Gebet. So wird die apostolische Überlieferung bewahrt und kundgemacht.

Die reformatorischen Kirchen sehen die Apostolizität in der Weitergabe ausschließlich des Auftrags gewahrt, der dem der Apostel entspricht. Die Erteilung des Auftrags durch die Kirche geschieht in der Ordination unter Schriftlesung und Gebet. Die dabei in der Regel geübte Handauflegung dient der Vergewisserung und dem Zuspruch.

b) In der römisch-katholischen Kirche ist das von Jesus Christus gestiftete Amt, das aufgrund göttlicher Anordnung in seiner ganzen Fülle im Bischofsamt fortlebt, in verschiedenen Ordnungen entfaltet: Bischöfe, Priester, Diakone. Ihre Amtsbefugnis ist unterschiedlich. Nach dem Verständnis der reformatorischen Kirchen entfaltet sich das eine der Kirche eingestiftete Amt in verschiedenen Ämtern und Diensten nach kirchlicher Ordnung.

c) Die Vollmacht, die Eucharistie zu feiern, ist nach römisch-katholischer Lehre *jure divino* (d. h. nach göttlichem Recht) an das Weihepriestertum gebunden. Nach reformatorischer Lehre wird das Abendmahl *jure humano* (nach kirchlicher Ordnung) von ordinierten Amtsträgern verwaltet.

3. Fruchtbare Kontroversen in Verständnis des Amtes

a) Die römisch-katholische Kirche fragt die Kirchen der Reformation, ob bei deren Amtsverständnis die Leibhaftigkeit, in welcher Kirche, Amt und Evangelium existieren, genügend gewahrt ist. Die Gegenfrage lautet, ob die römisch-katholische Lehre vom Kirchlichen Amt die Unverfügbarkeit des Geistes, der weht, wo er will und sich nicht an kirchliche Institutionen bindet, angemessen zur Geltung bringt.

b) Nach katholischer Lehre hat Christus seiner Kirche eine für alle Zeiten verbindliche Grundordnung gegeben, die in rechtlichen Normen ausgedrückt werden kann. Deren Entfaltung durch die Kirche geschieht unter dem Gesichtspunkt der Dienstfunktion für den Geist und muß am Evangelium überprüft werden. Die reformatorische Lehre stellt alle Fragen der rechtlichen Ordnung der Ämter in das Ermessen der Kirche unter dem Leitgedanken der Ausrichtung ihres Auftrages.

c) Die römisch-katholische Kirche bekennt sich zu dem Wirken des Heiligen Geistes in der Kontinuität der geschichtlichen Institution. Sie sieht im Geist, als dem Lebensprinzip der Kirche, die Einheit von institutionellem und charismatischem Dienst gegeben. Die reformatorische Position will die Freiheit des Geistes im geschichtlichen Wirken wahren, indem sie den Geist an Wort und Sakrament gebunden sein läßt und die Angemessenheit der Institutionen der freien Entscheidung unter dem Gesichtspunkt des Dienstes anheim gibt.

4. Unsere gemeinsame Meinung ist, daß beiden Positionen so viel Berechtigtes eigen ist, daß der Dialog weitergeführt werden sollte.

B. Das Verständnis der Eucharistie

1. Gemeinsame Voraussetzungen im Verständnis der Eucharistie

- a) Die Feier des Abendmahls gründet in der Stiftung und im Befehl Christi.
- b) Im Abendmahl handelt Christus selbst unter dem, was die Kirche tut.
- c) Im Abendmahl wird das einmalige Kreuzesopfer Jesu Christi gegenwärtig.
- d) Im Abendmahl eignet uns der Herr die durch seinen Opfertod und seine Auferstehung ein für allemal erworbene Versöhnung zu.
- e) Unter Brot und Wein läßt er sich in seinem für alle in den Tod gegebenen Leib und in seinem für alle vergossenen Blut von uns nehmen.

2. Verschiedene Ausprägungen im Verständnis der Eucharistie

a) Da Christus durch die Kirche wirkt, handelt er bei der Eucharistiefeier nach römisch-katholischer Lehre in besonderer Weise durch den Priester. Das bevollmächtigt und begrenzt den Priester zugleich. Auch nach reformatorischer Lehre ist der Herr Christus Geber des Sakraments des Altars. Doch ist der Dienst des ordinierten Amtsträgers bei der Abendmahlsfeier nicht *jure divino* (nach göttlichem Recht), sondern *jure humano* (nach kirchlicher Ordnung) zu ordnen.

b) Nach römisch-katholischer Lehre wandeln sich Brot und Wein in Leib und Blut Christi. Nach evangelischem Verständnis schenkt sich der gekreuzigte und auferstandene Herr im Heiligen Abendmahl in seinem Leib und seinem Blut unter den Elementen von Brot und Wein.

3. Fruchtbare Kontroversen im Verständnis der Eucharistie

a) Die römisch-katholische Kirche fragt die Kirchen der Reformation, was es bedeutet, daß die Ordination die Voraussetzung für die Verwaltung des Sakraments ist. Die Kirchen der Reformation fragen die römisch-katholische Kirche, warum der geweihte Priester konstitutive Bedeutung für die Eucharistiefeier hat.

b) Die römisch-katholische Kirche fragt die reformatorischen Kirchen, ob Wahrhaftigkeit und Wirklichkeit der Gegenwart des Leibes und Blutes Christi in ihrer Abendmahlslehre hinreichend deutlich werden. Die Gegenfrage lautet, ob die Transsubstantiationslehre dem Geheimnischarakter des Abendmahls gerecht wird.

V. Mögliche Folgerungen

Im Bereich der grundlegenden Lehre bestehen wesentliche Gemeinsamkeiten. Es sind aber auch tiefgreifende Verschiedenheiten vorhanden, die fruchtbare und zu beharrlichem Austausch nötigende Fragestellungen enthalten. Gewisse Entscheidungen sind schon jetzt möglich und notwendig. Je bewußter und entschlossener diese Entscheidungen durch die Kirchen in Angriff genommen werden, um so hilfreicher wird das von einer Christenheit, die neu nach der Einheit der Kirche zu fragen gelernt hat, empfunden werden.

1. Der zwischen den Kirchen aufgenommene Dialog soll unermüdlich und mit der Bemühung um Fortschritt in der Wahrheit weitergeführt werden. Dabei geht es sowohl um die Feststellung des Gemeinsamen als auch um die Erörterung dessen, was die vorhandenen Verschiedenheiten in gegenseitiger Infragestellung und Bereicherung für die erstrebte Einheit bedeuten.

2. Gemeinsames Handeln in Zeugnis und Dienst ist aus der gemeinchristlichen Verantwortung möglich und geboten und bedeutet zugleich auch wieder einen Schritt auf dem Wege der Annäherung. Der gemeinsam begangene Weg führt zu tieferer Erkenntnis.

3. Es besteht Übereinstimmung, daß das Evangelium die Mitte sowohl des evangelischen als auch des katholischen Gottesdienstes ist. Die Möglichkeiten zum gemeinsamen Hören des Evangeliums und zum gemeinsamen Gebet sollten gefördert werden. Das kann geschehen in gemeinsamen Wortgottesdiensten, Bibelstunden, Bibelwochen, Hausbibelkreisen und in anderen Veranstaltungen. Die Frage ist, ob es den Kirchen möglich ist, in besonderen Fällen die Teilnahme an einem Gottesdienst der anderen Konfession als Erfüllung des Feiertagsgebots (Sonntagspflicht) anzuerkennen.

4. Die unter Begießung mit Wasser auf den Namen des Dreieinigen Gottes vollzogene Taufe ist in beiden Kirchen anerkannt.

5. Für die Eheschließung der Christen gelten die jeweiligen Bestimmungen ihrer Kirchen. Die katholische Kirche erkennt die vom evangelischen Christen geschlossene Ehe als christliche Ehe an. Ebenso erkennt die evangelische Kirche die von katholischen Christen geschlossene Ehe als christliche Ehe an. Beide Kirchen erwarten, daß die Ehe unter Gottes Wort begonnen wird (Trauungsgottesdienst); das gilt auch für die konfessionsverschiedene Ehe. In diesem Fall findet der Trauungsgottesdienst nach der Entscheidung des Paares in der katholischen oder in der evangelischen Kirche statt. Dabei ist die Beteiligung des Pfarrers der anderen Konfession möglich, aber nicht erforderlich.

6. Hinsichtlich der gegenseitigen Kommunikantenzulassung bedarf es des weiteren klärenden Gesprächs. Den Ausgangspunkt dafür bildet die gegenwärtige Situation. In der katholischen Kirche ist der Zutritt eines evangelischen Christen zur Eucharistie nur bei Vorliegen besonderer Gründe gestattet. Dieser Zutritt kann erlaubt sein bei Todesgefahr oder in schweren Notlagen (Verfolgung, Gefangenschaft) oder wenn der evangelische Christ für längere Zeit keinen Amtsträger seiner Konfession aufsuchen kann und aus eigenem Antrieb bei einem katholischen Priester das Sakrament begehrt. In anderen dringenden Notfällen sollen der Ortsoberrhirte oder die Bischofskonferenz entscheiden. Voraussetzung ist, daß er „persönlich den Glauben an die Eucharistie bekundet, der mit dem Glauben der Kirche übereinstimmt und daß er in der rechten inneren Verfassung ist“.

Nach der Kirchenordnung der Evangelischen Kirche von Westfalen sind die Glieder evangelischer Kirchen zum Heiligen Abendmahl zugelassen. Über die Zulassung von Katholiken gibt es in der Kirchenordnung keine Aussagen. Die Regel ist jedoch, daß andere Christen, wenn sie das Sakrament begehren, nicht zurückgewiesen werden.

Die Frage ist, ob die Gewissensnot, die insbesondere in Mischehen durch die andauernde Trennung am Tisch des Herrn entstehen kann, zu den dringenden Notfällen gerechnet werden kann, in denen die Zulassung zum Tisch des Herrn geschehen sollte.

VI. Ausblick

1. In der ökumenischen Entwicklung der letzten Jahrzehnte glauben wir Gottes Geist am Werk. Die Überwindung der Trennung ist nicht ein punktuell Ereignis, sondern ein vielschichtiger Prozeß, der in verschiedenen Phasen und Stufen verläuft. In dieser Phase der Entwicklung bekunden die Kirchen ausdrücklich ihren Willen, miteinander im Gespräch zu bleiben, für die Einheit der Kirche zu beten und an der Überwindung der Trennung zu arbeiten.

2. Gemäß der vorgelegten Ausarbeitung wollen die Kirchen Möglichkeiten der Zusammenarbeit erproben. Sie werden sich mit Vorrang um die ungelösten Fragen bemühen. Dabei wissen sie sich verpflichtet zum Hören auf das Evangelium, zur Treue gegenüber seiner Geschichte in der Kirche und zur Offenheit für die Führung des Heiligen Geistes.

3. Folgende Fragen erscheinen uns vordringlich

- 1) Wie ist Kirchengemeinschaft theologisch zu umschreiben?
- 2) Welches sind ihre konstitutiven Elemente?
- 3) Worin besteht die apostolische Sukzession?
- 4) Wie verhalten sich Priesterweihe und Ordination zueinander?
- 5) Sind Kirchengemeinschaft und Abendmahlsgemeinschaft identisch?
- 6) Gibt es gestufte Kirchengemeinschaft? Wie stellt sie sich dar?
- 7) Gibt es Stufungen innerhalb der Abendmahlsgemeinschaft? Entsprechen sie den Stufungen innerhalb der Kirchengemeinschaft?
- 8) Welche Konsequenzen ergeben sich in ekklesiologischer Hinsicht aus der Abendmahlszulassung in besonderen Fällen?

Ebenfalls in Nordrhein-Westfalen trafen die Bischöfe der fünf katholischen Diözesen und die Präses der drei evangelischen Landeskirchen eine Vereinbarung, in allen Fragen, die Schule, Hochschule, Erwachsenenbildung, Sozialarbeit und Öffentlichkeitsarbeit betreffen, enge Verbindung miteinander zu halten.

Im Bundesland Baden-Württemberg veröffentlichten die Landeskirchen und die Diözesen im April 1973 eine gemeinsame Stellungnahme, die Mietwucher bei ausländischen Arbeitnehmern anprangerte (s. u. im Sachzusammenhang).

Wohl das erstaunlichste und überraschendste Ergebnis zwischenkirchlicher Zusammenarbeit war ein von den sechs ökumenischen Universitätsinstituten in der Bundesrepublik gemeinsam erarbeitetes und verantwortetes *Memorandum* zur „*Reform und Anerkennung kirchlicher Ämter*“, das um die Jahresmitte zusammen mit den Vorstudien veröffentlicht wurde. Die 23 Thesen erregten Aufsehen, erweckten Hoffnung, verursachten Ärger und lösten – vornehmlich auf katholischer Seite – Widerspruch aus. Das gilt besonders von der letzten These, die lautet:

23. Da einer gegenseitigen Anerkennung der Ämter theologisch nichts Entscheidendes mehr im Wege steht, ist ein hauptsächliches Hindernis für die Abendmahlsgemeinschaft überwunden. Wo ein gemeinsamer Glaube an die Gegenwart Jesu Christi im Abendmahl vorhanden ist, ist eine gegenseitige Zulassung zum Abendmahl möglich.

Aber auch die begründenden Ausführungen zu dieser Feststellung erfuhren scharfe Kritik und Ablehnung:

These 16:

Ob die Ordination als Sakrament bezeichnet werden soll oder nicht, ist eine Frage der

Sprachregelung ... In jedem Fall können die gegensätzlichen Formulierungen, die in den Kirchen im Laufe der Geschichte ausgeprägt wurden, heute nicht mehr als kirchentrennend angesehen werden.

These 20:

a) ... Alle Amtsausübung kann auch kollegial geschehen. Sie soll immer in Absprache, in Zusammenarbeit mit den Mitarbeitern am Ort und im Zusammenwirken mit der ganzen Gemeinde geschehen.

b) Zur Erneuerung des kirchlichen Amtes ist die Revision der traditionellen Totalrolle notwendig. Dies schließt ein:

- die freie Wahl der Lebensform; verheiratet oder unverheiratet, in Familie oder in ordensähnlicher Gemeinschaft;
- für die Priester der katholischen Kirche, die sich auf das noch bestehende Zölibatsgesetz verpflichtet haben, aber in einer veränderten Situation heiraten wollen, eine Regelung, die nicht diskriminiert und eine weitere priesterliche Tätigkeit nicht ausschließt,
- die Möglichkeit, ein kirchliches Amt zeitlich begrenzt oder auch zusammen mit einem anderen Beruf auszuüben.

c) Eine Überwindung der Amtskrise ist nicht möglich ohne eine einschneidende *Reform* der Strukturen für *Kommunikations- und Entscheidungsprozesse*.

Repräsentative und mit Entscheidungsbefugnis ausgestattete Leitung sowie eine funktionierende Verwaltung sind für die Organisation der Kirche notwendig. Jedoch müssen aus feudaler oder absolutistischer Zeit stammende Strukturen wie auch bürokratische Herrschaftsformen überwunden werden. Dies gilt speziell für die katholische Kirche mit ihrer hierarchischen Verfassung, die autoritärer Herrschaftsausübung Vorschub leistet. Die evangelischen Kirchen haben zwar weitgehend synodale Verfassungen, aber dadurch wurde die Unterrepräsentation bestimmter Schichten und die Undurchsichtigkeit kirchlicher Willensbildung nicht verhindert.

In der Zuordnung der Ämter zueinander sowie der Ämter und der freien charismatischen Dienste ist die neutestamentliche Struktur der Gemeinschaft mit ihren mannigfachen Relationen der Über- und Unterordnung im Horizont der berechtigten Forderung nach Demokratisierung neu zu gestalten.

Demokratische Strukturen wie Grundrechte, selbstverantwortliches Handeln, Kommunikation von der Basis zur Spitze und eine wirksame Mitbestimmung (auch bei der Berufung der Amtsträger) sind zu verwirklichen.

d) Dem Dienst der Frau ist nicht nur in der Mannigfaltigkeit der freien charismatischen Dienste, sondern auch innerhalb der Differenzierung des kirchlichen Amtes nach verschiedenen Funktionen durch die Ordination in stärkerem Maße Raum zu geben. Konkrete Schritte in diese Richtung müssen durch geeignete Vorbereitung der Gemeinden eingeleitet werden.

These 22:

Kontroversen im Verständnis der apostolischen Sukzession und der Ordination galten bisher als entscheidende Hindernisse für die gegenseitige Anerkennung der Ämter und für die Kirchengemeinschaft. Aufgrund der Erkenntnisse der ökumenischen Theologie läßt sich von daher eine Verweigerung der gegenseitigen Anerkennung der Ämter nicht mehr rechtfertigen, weil diese überkommenen Verschiedenheiten nicht mehr als kirchentrennend angesehen werden müssen.

a) Die Ordination durch Ordinierte ist in der evangelischen und katholischen Kirche die Regel. Der Unterschied zwischen bischöflicher und presbyterialer Ordination hat sich geschichtlich entwickelt und kann nicht aus „göttlichem Recht“ begründet werden.

b) Ob die Ordination als Sakrament bezeichnet werden soll oder nicht, ist eine Frage der Sprachregelung. Die gegensätzlichen Formulierungen, die die beiden Kirchen im Laufe ihrer Geschichte ausgeprägt haben, können heute nicht mehr als kirchentrennend angesehen werden.

c) Die überkommenen Vorstellungen vom character indelebilis (character sacramentalis) haben nicht selten zu der Ansicht geführt, daß der Amtsträger in höherer Weise begnadet und den anderen Christen deshalb überlegen sei. Diese Fehleinschätzung muß in Theorie und Praxis ausgeräumt werden.

d) Da die Ordination auch heute die angemessene Form der Amtsübertragung darstellt, kann sie nicht durch die Investitur zum Dienst der Gemeindeleitung ersetzt werden.

e) Grundsätzlich sind folgende Formen der apostolischen Sukzession und ihrer Konkretion in der Ordination theologisch zu vertreten und anzuerkennen:

- Die Sendung zum kirchlichen Amt erfolgt durch bereits ordinierte Glieder der Kirche und zwar unter Anerkennung oder darüber hinausgehender Mitwirkung der Gemeinden.
- Die Sendung zum kirchlichen Amt erfolgt durch die Gemeinden unter Anerkennung oder darüber hinausgehender Mitwirkung kirchlicher Amtsträger.
- Die Anerkennung eines in pneumatischer Freiheit – besonders in Not- und Ausnahme-situationen – entstandenen und faktisch ausgeübten kirchlichen Dienstes erfolgt durch die kirchlichen Amtsträger zusammen mit den anderen Gliedern der Kirche.

Damit stehen wir bei den nicht wegzuleugnenden Schwierigkeiten und Hemmnissen im evangelisch-katholischen Verhältnis und Gespräch. In diesem Zusammenhang ist an erster Stelle die katholische Erklärung „Mysterium ecclesiae“ zu nennen. Der Vorsitzende des Catholica-Ausschusses der EKD, der Oldenburger Bischof D. Harms, erklärte, diese Erklärung belaste die Ökumene und löse innerhalb der nichtkatholischen Christenheit Beunruhigung, Enttäuschung, Resignation oder gar Bitterkeit aus; ähnlich äußerte sich der Tübinger Theologieprofessor Dr. Moltmann, der die Erklärung der römischen Kongregation für die Glaubenslehre als theologisch enttäuschend bezeichnete, weil sie nichts erkläre, sondern nur behaupte und vieles im Dunkel unsicherer Formulierungen lasse. Das Konfessionskundliche Institut der EKD wertete die Erklärung als ein deutliches Zeichen für das Erstarken der regressiven Kräfte in der katholischen Kirche. Landesbischof D. Dietzfelbinger führte in seinem der im Oktober 1973 in Travemünde tagenden Generalsynode der VELKD in seiner Eigenschaft als Catholica-Referent erstatteten Bericht aus:

... In dem gesamten Gespräch spielt nun aber die im Juli dieses Jahres erschienene Erklärung der römisch-katholischen Glaubenskongregation, „Mysterium Ecclesiae“, eine wichtige Rolle. Sie nimmt zunächst zu inneren katholischen Fragen, besonders der Unfehlbarkeit auf verschiedenen Ebenen, des Priestertums vor allem, Stellung und wird aufgrund dieser Stellungnahmen auch in der römisch-katholischen Kirche heftig umstritten. Da man aber heute in der einen Kirche nicht reden kann, ohne daß es die andere Kirche mithört, hat sie ebenfalls unter uns viele Reaktionen, meist kritischer Art, ausgelöst. Man muß zugestehen, daß sie klar römisch-katholisch redet. Man kann ihr auch nicht abstreiten, daß sie in der Linie des Zweiten Vatikanums liegen möchte, gewissermaßen in der dort geöffneten ökumenischen Tür. Freilich kann man eine geöffnete Tür auf verschiedene Weise offenhalten, so, daß sie weiter geöffnet wird, und so, daß der geöffnete Spalt wieder enger wird. Uns Evangelischen wird auch die Art und Weise, wie vom Glauben dort gesprochen wird, beschwerlich sein. Andererseits erscheint es mir auch als ein sehr heilsamer Dienst, den diese Erklärung tun kann, daß manche ökumenischen Phantasien zerstreut werden und größere Nüchternheit beiderseits in die ökumenische Landschaft kommt ...

Die zweite Aufgabe ist das Thema „Kirche und Unfehlbarkeit“. Dieses Thema geht nun ja schon durch die Jahre und ist durch die Veröffentlichungen des Tübinger katholischen Theologen Hans Küng besonders aktuell geworden. Es wird ausführlich in der Erklärung „Mysterium ecclesiae“ für den katholischen Bereich verhandelt, und zwar auf die Weise römisch-katholischer Theologie, die für uns in dieser Form kaum nachvollziehbar ist. Aber dürfen wir – so frage ich – an dieser Debatte leicht hin vorbeigehen? Wie kann die Kirche Jesu Christi die Wahrheit heute mit Vollmacht bezeugen und dabei vor Irrtum bewahrt bleiben oder davor, daß sie sich nicht in unverbindlichen Pluralismus auflöst, von dem Bischof Heidland gesagt hat, daß wir seine Grenze erreicht hätten? Die römisch-katholische Diskussion über Unfehlbarkeit ist mutatis mutandis ein Signal dafür, daß die

Zeit gekommen ist, diesen Fragen auch bei uns sehr verantwortlich nachzugehen. Wer sich auf die Kirche und ihr Wort einläßt, kann doch nicht nur so leichthin gesagte Worte aufnehmen, die morgen wieder anders lauten! Der muß vielmehr die Gewißheit haben, daß ihm dort etwas begegnet, woraufhin er leben und woraufhin er sterben kann. Er soll die Gewißheit haben, daß er sich auf die Wahrheit selbst einläßt. Ob man das bei uns heute so allgemein weiß, ist schon eine erste Frage.

In einem Interview mit dem Bayerischen Rundfunk vertrat Landesbischof D. Dietzfelbinger die Meinung:

Wir sollten auf allen Ebenen, die uns möglich sind, möglichst offen diese Erklärung besprechen, damit wir nicht wieder im ökumenischen Gespräch Hindernisse vor uns sehen, die der Überwindung bedürfen und so nicht auf dem Wege liegen bleiben sollten.

Bremssende Kräfte sind auf katholischer Seite auch in der Frage der offenen Kommunion am Werk. Während es in dem Kommuniqué über die Kirchenleitungssitzung der VELKD am 15./16. November 1973 heißt: „Die Kirchenleitung ist besorgt über die wachsende Zurückhaltung der römisch-katholischen Kirche in ihren ökumenischen Beziehungen. Die lutherische Kirche ihrerseits ist bemüht, ihren offenen ökumenischen Kurs fortzusetzen“, während der Deutsche Evangelische Kirchentag erklärte, die evangelischen Abendmahlsfeiern seien grundsätzlich für Teilnehmer aller Konfessionen offen, „die sich durch die Ordnungen ihrer Kirche nicht an der Teilnahme gehindert sehen“, stellten sich die fünf katholischen Bischöfe in Nordrhein-Westfalen in einer Erklärung vom 28. Juni 1973 hinter die Stellungnahme des Kölner Erzbischofs Höffner vom 10. Juni 1972. Dieser hatte „aus vielfach gegebenem Anlaß“ Priester und Gläubige erneut darauf hingewiesen, „daß nur dort das Kreuzesopfer Jesu Christi vergegenwärtigt ist, wo ein geweihter Priester die Eucharistiefeier in gültiger Weise vollzieht. Daraus ergibt sich ein fundamentaler Unterschied zwischen der Heiligen Messe und dem evangelischen Abendmahl ... Wo die Gefahr besteht, daß katholische Christen am evangelischen Abendmahl teilnehmen, sind Priester, Diakone, Laienreligionslehrer und alle, die am Amt der Verkündigung in der Kirche Anteil haben, im Gewissen verpflichtet, in dem ihnen zugeordneten Kreis auf diese Wahrheit unseres Glaubens hinzuweisen.“

Der Weg zur sichtbaren Einheit der Christenheit ist lang und nicht immer leicht. Nicht immer kann rüstig aus- und vorwärts geschritten werden; manchmal wird wie in einer Springprozession ein Rückwärtsschritt nicht zu vermeiden sein, wenn man dem anderen nicht zu dicht auf den Leib rücken will. Viel Geduld, Takt, Behutsamkeit und Verständnisbereitschaft im Umgang miteinander sind im ökumenischen Geschäft und Gespräch unbedingt vonnöten. Auch, und vielleicht gerade hier gilt, daß der Geist, der in die Wahrheit und die Einheit leitet, nicht im brausenden Sturm wirkt, sondern in dem leisen Wehen.

8. DER BEITRAG DER KIRCHE ZU FRAGEN UND AUFGABEN DES POLITISCHEN UND GESELLSCHAFTLICHEN LEBENS⁶

a) Allgemeines

Zahlreiche Anlässe machten im Berichtsjahr ein Mitreden, Mitraten und Mitarbeiten der Kirche bei politischen und gesellschaftlichen Fragen und Aufgaben notwendig. Es galt für Recht, Gerechtigkeit und sozialen Frieden in unserem Lande und in der Welt einzutreten, Denkanstöße und Beiträge zur Überwindung von Meinungsverschiedenheiten bei schwierigen Problemen zu leisten, zur Linderung akuter und chronischer Notstände beizutragen, für Bedrängte und Benachteiligte einzutreten. Die Kirche hat sich den ihr bekanntgewordenen Anliegen nicht verschlossen, sondern ist mit Wort und Tat nach Maßgabe ihrer kleinen Kraft zu helfen bemüht gewesen. Sie hat sicherlich weniger gesagt und getan, als sie zu sagen und zu tun schuldig gewesen wäre, und wenn in den folgenden Abschnitten über eine lange Reihe kirchlicher Erklärungen und Maßnahmen berichtet wird, soll damit kein Leistungskatalog aufgeschlagen, sondern eine – trotz der Fülle kirchlicher Erklärungen und Tätigkeiten unvollständige – Liste der Brennpunkte menschlicher Not und menschlichen Versagens und zugleich – mit unbedingter Notwendigkeit – von uns zu leistender umfassender Hilfe vorgelegt werden.

Die in Bremen Anfang Januar 1973 tagende *Synode der EKD* verabschiedete eine Erklärung, die die Gemeinde mit Ernst und Nachdruck auf ihre Aufgaben hinweist:

WORT AN DIE GEMEINDEN

Auf der letzten Tagung der Sitzungsperiode dieser Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland wissen wir uns dazu gerufen, im Blick auf einige Brennpunkte der gegenwärtigen Nöte in Kirche und Welt folgendes zu erklären:

1. Nachdem die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland sich immer wieder zu ihrer Funktion der Aussöhnung zwischen Ost und West bekannt hat, sind wir durch die mit den Ostverträgen und dem Grundvertrag geschaffene neue Situation doch nicht aus der Verantwortung für alle Menschen unseres Volkes entlassen und bitten alle, die neu gegebenen Möglichkeiten menschlicher Begegnung nach Kräften zu nutzen.

2. Wir sind als Christen dazu gerufen, für den entrechteten und deklassierten Menschen und für die Verwirklichung der Menschenrechte überall in der Welt einzutreten. Das gilt auch für unsere durch die Apartheidspolitik und ihre Methoden unterdrückten schwarzen Brüder. Wir warnen die Inhaber der Macht vor der Fortsetzung eines Weges, der zu einer Eskalation der Gewalt mit ihren unabsehbaren Folgen zu führen droht.

3. Im Glauben an den gekreuzigten Herrn der Welt, der auch für die Menschen in Vietnam gestorben ist, erheben wir schärfsten Einspruch gegen die Methoden der Massenvernichtungsmittel, wie sie jüngst erst wieder in den Bombenteppichen zur Anwendung gekommen sind. Unmenschliche Mittel können durch keinen Zweck gerechtfertigt werden, von welcher Seite auch immer sie angewendet werden; sie dienen nicht dem Frieden, sondern dem Haß.

4. In unserer Mitverantwortung für den Hunger in der Welt und für die unzähligen Men-

6. Vgl. Kirchl. Jahrbuch 1966, S. 167ff.; 1967, S. 95ff.; 1968, S. 96ff.; 1969, S. 67ff.; 1970, S. 117ff.; 1971, S. 110ff.; 1972, S. 115ff.

schen, die von einer menschlicheren Gestaltung ihrer Zukunft immer noch ausgeschlossen sind, wissen wir uns zu Aktionen der Hilfe gerufen, weil wir in jedem Menschen einen Bruder sehen, den Gott in Christus nicht weniger geliebt hat und liebt als uns selbst.

5. Wir warnen aber davor, in unserem Engagement für die Entwicklungshilfe zu vergessen, daß der Mensch nicht vom Brot allein lebt, sondern von einem jeglichen Wort, das durch den Mund Gottes geht (Matth. 4,4). Wir rufen darum alle, die es angeht, dazu auf, das Eine, was not tut, in das Zentrum von allem zu rücken: die Verkündigung der Botschaft von dem für die ganze Welt Gekreuzigten, dem auferstandenen und kommenden Herrn.

6. Von daher fällt das Licht auf unsere Bemühungen um eine neue, ihrem Auftrag angemessenere Gestalt der Evangelischen Kirche in Deutschland, deren Gemeinschaft wir in dem gemeinsamen Bekenntnis zu dem durch Wort und Sakrament gelegten Fundament bejahen.

7. Alle Glieder der Gemeinden, ihre Prediger, Ältesten und Mitarbeiter bitten wir, angesichts der zunehmenden Entchristlichung nicht zu resignieren, sondern durchzuhalten in dem Gebet um den Heiligen Geist, der aus den Steinen Kinder zu erwecken vermag.

Bremen, den 6. Januar 1973

Einen wichtigen und gewichtigen Beitrag zu politischen und gesellschaftlichen Fragen stellten die vier im Berichtsjahr vom Rat zur Veröffentlichung freigegebenen *Denkschriften* dar, von denen drei in der Ratssitzung vom 5./6. April 1973 verabschiedet wurden. Das Kommuniqué sagt darüber:

Der Rat gab ferner die Veröffentlichung einer theologischen Thesenreihe 'Gewalt und Gewaltanwendung in der Gesellschaft' frei, die von der Kammer der EKD für öffentliche Verantwortung erarbeitet wurde. Anlaß dieser Thesen ist die Diskussion der kirchlichen und allgemeinen Öffentlichkeit über das Antirassismus-Programm des Ökumenischen Rates der Kirchen, die zu einer Reihe von Mißverständnissen geführt hat. Der Versachlichung dieser Diskussion um die Gewaltproblematik soll die Thesenreihe dienen.

Bei aller Anerkennung seiner Leistungen gibt es auch in unserem sozialen Sicherungssystem eine Reihe von Mängeln. Mit ihnen beschäftigt sich die von der Kammer der EKD für soziale Ordnung vorgelegte Ausarbeitung 'Soziale Sicherung im Industriezeitalter'. Unter Hinweis auf die christliche Verantwortung gerade für die benachteiligten Menschen in unserer Gesellschaft werden in dieser vom Rat beschlossenen Denkschrift Anregungen zu Maßnahmen gegeben, die bei den Überlegungen zur Verbesserung der Lebensverhältnisse in unserem Lande berücksichtigt werden sollten.

Schließlich verabschiedete der Rat die von der Kammer der EKD für kirchlichen Entwicklungsdienst erarbeitete Denkschrift 'Der Entwicklungsdienst der Kirche – ein Beitrag für Frieden und Gerechtigkeit in der Welt'. Sie untersucht die Ziele des kirchlichen Entwicklungsdienstes, seine praktische Arbeit, die theologische Begründung sowie sein Verhältnis zur Mission. Darüber hinaus werden konkrete wirtschafts- und gesellschaftspolitische Schritte vorgeschlagen, die im Zusammenhang notwendiger Strukturanpassungsmaßnahmen im Interesse eines partnerschaftlichen Verhältnisses zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern stehen.

Die vierte Denkschrift, die Studie über das Baubodenrecht, war schon im Februar 1973 veröffentlicht worden. Auszüge aus den Denkschriften, deren vollständige Wiedergabe an der Beschränktheit des zur Verfügung stehenden Raumes scheitert, sind jeweils im Zusammenhang der in ihnen behandelten Sachfragen abgedruckt.

b) Kirchliche Erklärung zum Jahr der Menschenrechte

Am 10. Dezember 1973 jährte sich die Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte durch die Vollversammlung der UN zum 25. Male. Der Rat der EKD veröffentlichte aus diesem Anlaß eine längere Erklärung:

Vor 25 Jahren, am 10. Dezember 1948, hat die Vollversammlung der Vereinten Nationen die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte beschlossen und verkündet. Die Wiederkehr dieses Tages gibt dem Rat der EKD Anlaß, die Gemeinden und alle Mitglieder unserer Kirche auf die fortwirkende Bedeutung dieses Aktes hinzuweisen und sie aufzufordern, die Achtung und Verwirklichung der Menschenrechte zu ihrer eigenen Sache zu machen.

1. Die Mißachtung der Würde des Menschen und grundlegender Prinzipien des Rechts im 2. Weltkrieg und durch das NS-Regime haben damals den Anstoß zu dem Entschluß gegeben, solche Prinzipien in den 30 Artikeln der Erklärung zu formulieren und damit Maßstäbe zu setzen, an denen sich fortan jede Rechtsordnung, aber auch jeder Akt einer staatlichen oder sonstwie organisierten Gewalt gegen einzelne oder Gruppen von Menschen in ihrem Machtbereich messen lassen muß. In die Erklärung ist altes christliches und humanistisches Gedankengut, sind Ideen der Naturrechts- und Aufklärungsphilosophie des 17. und 18. Jahrhunderts, aber auch neuere Forderungen nach Anerkennung der elementaren sozialen Lebensbedürfnisse des Menschen eingegangen. Ihr Gewicht wird nicht dadurch geschwächt, daß inzwischen besonders aus den Völkern der 'Dritten Welt' der Wunsch laut geworden ist, die Erklärung, die die Rechte des einzelnen Menschen in den Vordergrund stellt, durch Aufnahme von Gruppenrechten zu ergänzen. Die Erklärung von 1948 kann und soll weiterentwickelt, auch durch die genauere Bestimmung von Pflichten des einzelnen ausgebaut werden. Aber die 1948 geschaffene Grundlage muß deswegen nicht aufgegeben, ihre Durchsetzung darf nicht verzögert werden.

2. Jeder der 30 Artikel ist im Blick auf die Verhältnisse in unserem Land und in der Welt draußen einer eigenen Überlegung gerade auch unter Christen wert. Wenn wir dabei mit Befriedigung feststellen, daß der Grundrechtsteil unserer Verfassung sich im Einklang mit der Erklärung befindet, so entbindet uns das nicht von der Aufgabe, uns für die faktische Verwirklichung hier und draußen einzusetzen und Verletzungen von Menschenrechten als solche öffentlich festzustellen und zu bekämpfen. Nur so können wir einer gerechten Ordnung des menschlichen Zusammenlebens näherkommen, einer Ordnung, die die Erklärung nicht schaffen konnte und wollte, für die sie aber wichtige Fundamente gelegt hat, auf denen weitergebaut werden muß.

Eine Rangordnung unter den in der Erklärung formulierten Menschenrechten herstellen zu wollen, wäre verfehlt; es gibt keines, dem nicht in der heutigen Welt aktuelle Bedeutung zukäme, weil es da und dort mißachtet und gefährdet ist. Nur unter dem Zwang zur Kürze werden im folgenden einige wenige Rechte als Beispiele herausgehoben.

3. Unter den Rechten, die die Freiheit der Person in Staat und Gesellschaft gewährleisten sollen, spielen die in Art. 18 der Erklärung behandelte Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit und das sachlich damit zusammenhängende, in Art. 19 genannte Rechte auf freie Meinungsäußerung nach alter liberaler Tradition eine hervorragende Rolle. Auf diese Rechte als Menschenrechte – und als Grundrechte unserer Verfassung – hinzuweisen, besteht schon darum in unserem Lande Anlaß, weil sich in der politischen und ideologischen Auseinandersetzung unserer Tage die Neigung verstärkt, dem Andersdenken den sogar mit Gewalt das Wort abzuschneiden. Wo aber die Bürger die zur Respektierung jener Rechte erforderliche Toleranz nicht mehr verstehen und einhalten, bereiten sie selbst den Weg zum totalitären Staat, der jede Meinung gewaltsam unterdrückt, die der von ihm als Heilslehre vertretenen Weltanschauung zuwiderläuft. Die Hoffnung der Verfasser der Erklärung von 1948, mit dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus sei die geschichtliche Epoche eines solchen Totalitarismus überwunden, hat getrogen. Überall in der Welt gibt es große und kleine Staaten, die unter kommunistischen oder anderen ideologischen Vorzeichen die Gewissens- und Meinungsfreiheit ihrer Bürger mißachten, Kritiker und Dissidenten verfolgen und einkerkern. Im kommunistischen Herrschaftsbe-

reich haben auch Christen darunter zu leiden, daß ihnen die Religionsfreiheit verwehrt oder doch aufs äußerste beschnitten und ihre staatsbürgerlichen Rechte um ihres Glaubens willen verkürzt werden. Solche Praktiken verstoßen gegen Buchstaben und Geist der Menschenrechtserklärung.

4. Art. 1 erklärt alle Menschen für „frei und gleich an Würde und Rechten geboren“, und Art. 2 fügt hinzu, jeder Mensch habe „Anspruch auf die in dieser Erklärung verkündeten Rechte und Freiheiten ohne irgendeine Unterscheidung, wie etwa nach Rasse, Farbe, Geschlecht, Sprache, Religion, politischer Überzeugung, nationaler oder sozialer Herkunft, nach Eigentum oder sonstigen Umständen“. Zur Freiheitsforderung tritt also das Gleichheitspostulat in bezug auf die Menschenrechte.

Es hat in den letzten 25 Jahren besondere Aktualität erlangt durch den Kampf der nicht-weißen Menschengruppen, vor allem in Afrika und Südamerika, aber auch in den Vereinigten Staaten und neuerdings da und dort in Europa, um ihre politische und wirtschaftliche Gleichstellung mit der in ihrem Lande herrschenden weißen Bevölkerung. Mehrere Erklärungen der Vereinten Nationen gegen Rassendiskriminierungen und der Entwurf eines Internationalen Übereinkommens zu ihrer Beseitigung (1965) haben das Gleichbehandlungspostulat in dieser Hinsicht konkretisiert, aber am faktischen Zustand des Rassismus noch nichts Entscheidendes zu ändern vermocht. Das gilt besonders für das südliche Afrika, wo sich der politische und soziale Konflikt zwischen den schwarzen und farbigen Mehrheiten und den ihre Herrschaft hart und zäh verteidigenden weißen Minderheiten gefährlich verschärft hat. Er trifft auch die EKD empfindlich, weil sie mit ihren Gliedkirchen sowohl mit einigen aus deutscher Missionsarbeit hervorgegangenen Kirchen der schwarzen Bevölkerung als auch mit Kirchen deutscher Einwanderer nahe verbunden ist. Hier ist sie daher unmittelbar vor das Problem der Verletzung der Menschenrechte durch rassische Diskriminierung mit schweren wirtschaftlichen Folgen für die Betroffenen gestellt und müht sich um Wege zu seiner Überwindung.

Indessen begegnet uns das Problem weniger der rassischen als der nationalen Diskriminierung auch im eigenen Lande neu durch die im Interesse des Wachstums unserer Wirtschaft ins Land gezogenen Millionen von Gastarbeitern mit ihren Familien. Die Achtung ihrer Menschenrechte, vor allem ihre Sicherung gegen Ausbeutung, ist eine Aufgabe, die nicht nur den Arbeitgebern und den mit ihnen befaßten Behörden, sondern jedem Bürger im Umgang mit ihnen aufgegeben ist.

5. Schon die wenigen Beispiele zeigen, wie nah uns die Erklärung der Menschenrechte angeht, aber auch, wie viel noch zu ihrer allgemeinen, nicht bloß rhetorischen Anerkennung und vollen Durchsetzung fehlt. Man hat sich im Rahmen der UNO darum bemüht, über die Grundsatzerklärung von 1948 hinaus zu internationalen Vereinbarungen zu kommen, die die beteiligten Staaten zur Wahrung der darin in Anlehnung an die Erklärung von 1948 festgelegten Rechte und Freiheiten gegenüber In- und Ausländern verpflichten und möglichst auch Sanktionen im Falle der Verletzung vorsehen sollten. Das Ziel wurde in regionaler Beschränkung zuerst durch die Europäische Menschenrechtskonvention von 1950 (mit mehreren Zusatzprotokollen) erreicht, auf deren Grundlage auch ein Europäischer Gerichtshof in Straßburg über Klagen wegen Verletzungen befindet. Dagegen können die vielen Tausende von Beschwerden, die der UNO zugegangen sind, von ihr bisher nur registriert, nicht untersucht werden. Zwei von der UNO 1966 ausgearbeitete internationale Pakte, der eine über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, der andere über staatsbürgerliche und politische Rechte (darunter auch die oben in Ziff. 3 genannten Freiheiten), sind erst von einer zu kleinen Zahl von Staaten – auch der Bundesrepublik Deutschland – unterzeichnet worden und darum noch nicht in Kraft getreten.

Der Rat der EKD wird der Bundesregierung nahelegen, zumal jetzt nach dem Beitritt der Bundesrepublik zu den Vereinten Nationen, alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um die Arbeiten der UNO für eine effektive Gewährleistung der Menschenrechte zu verstärken. Aber er kann solche Schritte glaubwürdig nur tun, wenn er zugleich in unseren Gemeinden die Überzeugung weckt und stärkt, daß die Respektierung der Menschenrechte nicht nur dem Staat und seinen Organen, sondern jedem Bürger in seinem Lebensbereich aufgegeben ist. Diese Überzeugung muß darauf beruhen, daß es dabei um die Gerechtigkeit im menschlichen Zusammenleben und damit um den Frieden geht, den wir suchen.

6. Ist Wahrung der Menschenrechte Maßstab einer gerechten Ordnung und hängt der Frieden in der Welt an unserer Kraft, eine solche Ordnung zu bauen und aufrechtzuerhalten, so ist damit zugleich gesagt, warum wir dabei nicht nur als Bürger unseres Staates und als Glieder einer immer mehr zusammenrückenden Menschheit, sondern als Christen gefordert sind. Es liegt in der – von den Kirchen lange nicht voll erkannten – Konsequenz dieses Gedankens, daß sich in den letzten Jahren sowohl der Ökumenische Rat der Kirchen als auch der Lutherische und der Reformierte Weltbund in zunehmendem Maße dem Studium der Menschenrechtsbewegung zugewandt und diese Bewegung zu ihrer eigenen Sache gemacht haben. Daß die Menschen in all ihrer Unvollkommenheit und faktischen Ungleichheit, daß jeder Mensch also zum Ebenbild Gottes berufen ist, ist tragender Grund seiner Würde und des sittlichen Gebots, diese Würde zu achten. Sind wir durch Christus befreit und zur Nächstenliebe aufgerufen, so heißt das auch, daß wir Verhältnisse der Unfreiheit, der Unterdrückung und Ausbeutung von Menschen durch Menschen in ein der Menschenwürde entsprechendes Miteinander zu verwandeln haben. Die Hoffnung auf das kommende Reich Gottes spornt uns an, für einen gerechten Frieden zu wirken.

In der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau wandte sich Kirchenpräsident Hild in einem Rundschreiben an Pfarrer und Gemeinden:

Am 10. Dezember 1948, vor 25 Jahren also, verabschiedeten die Vereinten Nationen die Erklärung der Menschenrechte. Nach ihnen hat jeder Mensch das Recht auf Leben und Freiheit; keiner darf gefoltert oder willkürlich inhaftiert werden; Rasse, Hautfarbe, Religion oder politische Meinung dürfen seine Rechte nicht einschränken.

Ein Blick in die Berichte der Zeitungen und des Fernsehens, ein Blick in unsere engste Umgebung freilich zeigt deutlich, daß vielen Menschen diese Rechte vorenthalten werden.

Die christliche Verkündigung hat auf der einen Seite durch die Jahrhunderte hindurch dazu beigetragen, daß die Gedanken der Freiheit und Gerechtigkeit, der Gleichheit aller Menschen vor Gott und der Unverletzlichkeit des Lebens lebendig wurden und blieben.

Auf der anderen Seite müssen wir Christen aber bekennen, daß wir die praktischen Folgen einer solchen Verkündigung des Evangeliums oft gescheut haben. Nichtchristliche Bewegungen zum Beispiel mußten den Kampf um eine bessere Gerechtigkeit aufnehmen, weil viele Christen sich damit begnügten, Freiheit und Gerechtigkeit nur in Anspruch zu nehmen, statt sie missionarisch auch in die gesellschaftliche Wirklichkeit hinauszutragen und umzusetzen.

Der Tag der Menschenrechte am 10. Dezember soll vor allem erinnern an Unrecht, das Menschen Menschen antun, aber auch an die vielfältigen Gestalten von Liebe und Gerechtigkeit, die Menschen an Menschen weitergeben können.

Wir bitten die Gemeinden, in ihrer Arbeit diesen Fragen Aufmerksamkeit zu schenken. Wir bitten besonders die Pfarrer, in den Gottesdiensten am 9. Dezember der Menschenrechte betend und fürbittend zu gedenken. Die Erklärung der Menschenrechte hat für unseren Staat und seine Bürger eine besondere Verbindlichkeit dadurch erlangt, daß die Bundesrepublik Deutschland den Vereinten Nationen beigetreten ist. Das heißt nicht nur, daß sie den Menschenrechten in ihrem eigenen Territorium Geltung verschaffen wird, sondern daß sie sich um deren Durchsetzung in der ganzen Welt bemühen soll.

Diese Grundsätze bedeuten für unsere Kirche insbesondere:

1. Die Verkündigung des Evangeliums von Jesus Christus läßt keinen Bereich unseres menschlichen und politischen Lebens unberührt.

2. Die „Enden der Erde“ stehen uns heute deutlicher vor Augen als unseren Vätern biblischer oder reformatorischer Zeit. Die einzelnen Weltteile sind voneinander abhängig, Außenpolitik ist zur Weltinnenpolitik geworden. Die Lazarusse der Welt liegen vor unseren Haustüren, erscheinen in unseren Zeitungen und auf den Bildschirmen.

3. Wer sich die Politik vom Leibe und aus der Kirche halten möchte, hält sich die Mühseligen und Beladenen, und damit Christus selbst, vom Leibe. Er läßt diejenigen hoffnungslos, deren einzige Hoffnung es ist, daß andere Menschen aus Gleichgültigkeit und Müdigkeit erwachen.

4. Die Bundesrepublik Deutschland lebt ebenso wenig wie unsere Kirche in nationaler

Abgeschiedenheit: Die Kirche sendet Missionare und Ärzte, Entwicklungshelfer und Geldmittel in die Länder der Dritten Welt. Deutsche Firmen investieren in Übersee. Drei Millionen Gastarbeiter leben in unserem Land und bringen ihre Probleme zu uns. Wir stehen nicht mehr vor der Frage, ob wir uns in fremde Angelegenheiten einmischen sollen: Wir haben es längst getan.

Es kommt darauf an, daß wir wissen, was wir tun und daß wir tun, was wir wissen: Die Straße nach Jericho, auf der einst der Samariter dem unter die Räuber Gefallenen half, ist lang, und wir haben sowohl den dort Liegenden zu helfen, als auch „die Straße umzubauen, damit nicht fortwährend Menschen auf ihrer Lebensreise unter die Räuber fallen“ (Martin Luther King).

Wir möchten drei Vorschläge machen, um jenen Menschen entgegenzugehen, denen die von Gott gegebenen Rechte vorenthalten werden. Bitte, denken Sie unter der Fragestellung „Was willst Du, Gott, das wir tun sollen?“ in Ihren Gemeinden über folgendes nach.

1. In *Süd-Vietnam* sitzen über 100 000 Menschen in Gefängnissen und auf Verbannungswinseln. Sie brauchen Anwälte, die für sie vor Gericht eintreten, und Menschen, die in der Öffentlichkeit ihre Stimme für sie erheben. In Indochina den Frieden zu entwickeln heißt auch, diejenigen nicht zu vergessen, die in Süd-Vietnam mundtot gemacht und gequält werden.

2. Jeder kennt inzwischen die Namen von *Sacharow*, *Solschenizyn* und *Jakir*. Dahinter stehen viele namenlose Christen und Nichtchristen, Juden und Sozialisten, die in der Verbannung, in Lagern oder psychiatrischen Kliniken ihrer Rechte beraubt werden. Wer auf ihr Schicksal hinweist, sollte die Beschuldigung zurückweisen, er würde den Kalten Krieg neu beleben; vielmehr muß deutlich werden, daß bessere politische und wirtschaftliche Beziehungen zwischen Ost und West nicht mit dem Schweigen über Nonkonformisten erkaufte werden dürften.

3. Seit dem vergangenen Jahr erschüttern Streiks das *Ovamboland in Namibia* (Südwestafrika); am Anfang stand der offene Brief von Bischof Auala an die südafrikanische Regierung. Die Predigt unserer Missionare und Pfarrer hatte unter anderem die Gewissen geschärft, das Unrecht der Familientrennung, das Kontraktarbeitssystem, die Unterbezahlung der Schwarzen und getrennte Kirchen für Schwarze und Weiße nicht länger hinzunehmen. Verhaftungen werden bis heute fortgesetzt, und es wird von Folterungen berichtet. Da die Beziehungen deutscher Kirchen, Firmen und Familien nach Namibia besonders zahlreich und eng sind, dürfen wir zu dem Süd- und Südwestafrika geschehenden Unrecht nicht schweigen.

Dieses sind nur Beispiele einer langen Liste von Unrecht-Situationen. Wer hier lernt, sich zu informieren und sich „einzumischen“, auf eine Art, daß nicht er selbst recht behält, sondern der andere zu seinem Recht kommt, wer Unrecht beim Namen nennt und für die Mühseligen und Beladenen in diesen Ländern eintritt, für sie betet und seine politische Vernunft benutzt, wird entdecken, daß der Glaube an Christus verändernd wirken kann.

Wir sind gern bereit, Meinungsäußerungen und Resolutionen aus den Gemeinden, von Mitarbeitern und allen interessierten Gruppen an die zuständigen Regierungen oder ihre Botschaften weiterzuleiten, um damit zu dokumentieren, daß Christen die Verantwortung ihres Glaubens für ihre Mitmenschen wahrnehmen wollen.

Dieser Glaube wird auch Vorurteile und Resignationen überwinden und eine gleichgültige öffentliche Meinung sowie Mächte, die über Menschenschicksale hinweggehen, in Bewegung setzen.

c) Der Besuch des Generalsekretärs der KPSU

Wie die Politiker und die breite Öffentlichkeit in der Bundesrepublik maß auch die Kirche dem Besuch des Generalsekretärs der KP UdSSR Leonid Breschnew große Bedeutung für die Völkerverständigung und den Weltfrieden bei. Der Vorsitzende des Rates der EKD Landesbischof D. Dietzfelbinger richtete am 12. Mai 1973 folgenden Brief an die Leitungen der Gliedkirchen:

Im vergangenen Jahr hat der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland mit Schreiben vom 31.5.1972 die Gliedkirchen auf die Notwendigkeit der Fürbitte für die verfolgten und bedrängten Christen in aller Welt hingewiesen. Dabei wurde u. a. auch die Situation der Christen in der UdSSR in einigen Sätzen beschrieben. Anlässlich des bevorstehenden Besuches des ersten Sekretärs der Kommunistischen Partei der UdSSR in der Bundesrepublik Deutschland wird unter uns häufig und mit Nachdruck die Frage nach der Verantwortung der Christen und der Kirche in diesen Tagen gestellt. Die besondere Art dieser Verantwortung scheint mir darin zu liegen, daß wir auch diesen Besuch nicht nur unter menschlichem Aspekt, sondern vor Gottes Angesicht begleiten. Dies gilt sowohl für die politischen Probleme, die zur Debatte stehen, wie für unser Gedenken an die Leiden der Christen in der Welt. Diese Verantwortung sucht ihren Ausdruck und ihre Verwirklichung bis in die Fürbitte hinein, im Gebet des einzelnen wie im Gottesdienst der Gemeinde. Daraus ergeben sich zwei Schwerpunkte der Fürbitte:

1. Die Fürbitte sollte darauf ausgerichtet sein, daß die mannigfachen Bemühungen der Politiker und aller Verantwortlichen, wie auch der Kirchen, dem Frieden und der Versöhnung zwischen Menschen und Völkern dienen. Auch der Besuch des leitenden Parteisekretärs der Sowjetunion möchte dazu beitragen, daß Mißtrauen und Angst durch ein wachsendes gegenseitiges Verständnis zwischen dem russischen und dem deutschen Volk überwunden werden.

2. Die Fürbitte soll ebenso im Auge haben, daß die Christen der verschiedenen Kirchen und Bekenntnisse, darüber hinaus aber alle Menschen, die unter Bedrängnis, Ungerechtigkeit und Verfolgung leiden, vor Gott nicht vergessen sind, innerlich gestärkt und, wenn er will, aus ihrer schweren Lage befreit werden. Im Zeitalter der Menschenrechte bitten wir darum, daß allen Menschen Gerechtigkeit zuteil werde. Gott möge die Regierungen und alle, denen die Sorge für Ordnung und Recht anvertraut ist, so leiten, daß sie den Menschen Freiheit gewähren, ihres Glaubens zu leben und ihn zu bezeugen.

Ich nehme an, daß in den Gliedkirchen ähnliche Hinweise bereits hier und dort erfolgt sind. Gleichwohl spricht der Rat die allgemeine Bitte aus, in diesen Wochen vor und nach dem Besuch Breschnews, Pfarrer und Gemeinden in diesem Sinne zu unterrichten.

Der Aufruf zu fürbittender Begleitung des Besuchs und zum Gebet für die bedrängten Menschen in der Welt wurde in wohl fast allen Gemeinden aufgenommen.

Zusammen mit dem Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz Kardinal Döpfner wandte sich der Ratsvorsitzende in einem Schreiben vom 15. Mai 1973 unmittelbar an den hohen Besucher:

Sehr geehrter Herr Generalsekretär,

mit großem Interesse beachtet das ganze deutsche Volk Ihren Besuch in der Bundesrepublik Deutschland. Dieser Besuch wird im Zusammenhang gesehen mit den Bemühungen, zu einem wachsenden Verständnis und zu einer vertieften Zusammenarbeit zwischen unseren Völkern zu kommen. Er wird von vielen Hoffnungen für eine friedliche Zukunft Europas begleitet.

Die Christen in unserem Volk unterstützen ihrerseits alle Anstrengungen, die dem Frieden auch zwischen jenen Völkern dienen, die sich durch verschiedene Grundauffassungen und entsprechend andere gesellschaftliche Systeme unterscheiden. Sie wissen, daß in der Bemühung um den Frieden gerade das deutsche Volk auch Opfer zu bringen hat, damit harte Erinnerungen der Vergangenheit überwunden werden. Freilich ist ebenso zu sagen, daß ein dauernder Friede zwischen den Völkern nur möglich ist, wenn die wesentlichen Grundrechte des Menschen in allen Ländern gewährleistet und verwirklicht sind. Es ist unbestritten, daß die Religionsfreiheit zu diesen Grundrechten zu zählen ist.

Eben an dieser Stelle sind viele unter uns von einer großen Sorge bewegt. Die Christen in unserem Volk – und nicht nur diese – sind über Nachrichten betroffen, nach denen in Ihrem Lande trotz klarer Verfassungsbestimmungen über Religionsfreiheit einzelne

Personen oder ganze Gruppen wegen ihres religiösen Bekenntnisses benachteiligt und bedrängt werden.

Wir bitten um Ihr Verständnis, wenn wir in dieser Sache nicht zu schweigen vermögen. Auch im Sinne einer Verbesserung des Verhältnisses zwischen unseren Völkern halten wir es für unsere Pflicht, Ihren Besuch in der Bundesrepublik Deutschland zum Anlaß zu nehmen, Sie über die Tatsache solcher Nachrichten wie auch über die diesbezügliche Meinung in unserem Volk zu unterrichten. Eindringlich bitten wir Sie, diese Nachrichten zu prüfen und hier Abhilfe zu schaffen.

Es ist verständlich, daß die gerade uns zugeleiteten Informationen besonders die evangelischen und die katholischen Christen betreffen. Als Beispiel für das Gemeinte nennen wir die Lage von Gemeinden der Evangeliumschristen/Baptisten und die Situation der katholischen Litauer.

Gerne sind wir bereit, die uns bekannt gewordenen Nachrichten an die Botschaft Ihres Landes in der Bundesrepublik Deutschland oder an eine andere von Ihnen zu benennende Stelle zu übermitteln. Nach unserer Überzeugung hat der uns vorgetragene Sachverhalt hohe Bedeutung für eine anhaltende Versöhnung zwischen unseren Völkern.

Wir wären Ihnen dankbar, sehr geehrter Herr Generalsekretär, wenn Sie diese Frage nicht aus Ihren Erwägungen ausschließen, sondern ihr die gebührende Bedeutung beimessen würden.

D. Dietzfelbinger DD
Landesbischof
Vorsitzender des Rates der Evangelischen
Kirche in Deutschland

Julius Kardinal Döpfner
Erzbischof von München und
Freising
Vorsitzender der Deutschen
Bischofskonferenz

d) Weltweite Diakonie als Dienst an Frieden und Gerechtigkeit

A. Das Anti-Rassismus-Programm des Ökumenischen Rates der Kirchen⁷

Auch im Berichtsjahr blieb das Anti-Rassismus-Programm des Ökumenischen Rates der Kirchen ein Diskussionsgegenstand, der zwar einiges von seiner früheren Brisanz verloren hatte, aber nach wie vor noch keine einmütige innerkirchliche Meinungsbildung ermöglichte. Sowohl auf der Ebene der EKD wie der der Gliedkirchen waren die zuständigen Organe mit diesem Stück weltweiter politischer und gesellschaftlicher Diakonie der Kirche intensiv befaßt.

Wiederholt stand dieser Punkt auf der Tagesordnung von Sitzungen des Rates der EKD. Über die Sitzung vom 10./11. Mai 1973 berichtete das Komunique u. a. der Rat bedaure, daß über das Antirassismus-Programm des Weltkirchenrates in der kirchlichen und allgemeinen Öffentlichkeit weiterhin Unklarheiten herrschten. Wegen der traditionellen Verbindungen zu den aus der Missionsarbeit hervorgegangenen Kirchen in Südafrika finde die Lage der farbigen Bevölkerung gerade in diesem Bereich das besondere Interesse der Kirchen in der Bundesrepublik. Der Rat der EKD betonte, daß es nicht die Aufgabe der Kirche sein könne, in die politischen Auseinandersetzungen Südafrikas durch Unterstützung von Gewaltmaßnahmen einzugreifen und die Konfrontation zu fördern. Die EKD werde sich jedoch weiterhin darum bemühen, zur Überwindung der Rassenkonflikte einen Beitrag zu leisten, der einer Entwick-

7. Vgl. Kirchl. Jahrbuch 1970, S. 113ff.; 1971, S. 131ff.; 1972, S. 198ff.

lung zu Gewalttätigkeiten entgegenwirke. Dies dürfe aber nicht einseitig zu Lasten der farbigen Bevölkerung gehen, sondern verlange vor allem auch von der herrschenden weißen Schicht einen aktiven Beitrag zu einer friedlichen Entwicklung. Nur einer derartigen konstruktiven Lösung könne auch die Arbeit des Weltkirchenrats gelten. Der Rat begrüßte es, daß die Kirchenleitung der „Deutschen Evangelisch-Lutherischen Kirche in Südwestafrika“ in einer Erklärung vom 5. Mai ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den aus der Missionsarbeit hervorgegangenen „schwarzen“ Kirchen in Südwestafrika und zum Beitritt zur „Vereinten Evangelisch-Lutherischen Kirche in Südwestafrika“ bekundet habe.

Während der Sitzung vom 1./2. Juli 1973 empfing der Rat den Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen Dr. Potter. Ein ausführliches Abendgespräch bot – laut Pressemitteilung:

Gelegenheit zu einer Aussprache über Arbeitsvorhaben des Ökumenischen Rates. Eingehend konnte bei dieser Gelegenheit die wichtige Rolle besprochen werden, die der Überwindung der Rassendiskriminierung für die Erhaltung des Weltfriedens und für die Durchsetzung humanitärer Lebensverhältnisse in allen Ländern der Erde zufällt.

Die Sitzungen des Rates der EKD und der Kirchenkonferenz am 11./13. Oktober 1973 erörterten – wie das Pressecommuniqué meldet:

übereinstimmend und zum Teil gemeinsam aktuelle Fragen des kirchlichen Entwicklungsdienstes in den industriell und wirtschaftlich unterentwickelten Gebieten der Erde. Die kirchliche Mitarbeit auf diesem lebenswichtigen Gebiet internationaler Aufgaben wird nach Umfang und Inhalt von der Fachwelt hoch eingeschätzt. Um so mehr halten die leitenden Organe der EKD es für erforderlich, den weit verzweigten Komplex kirchlicher Entwicklungsdienste sachlich und organisatorisch erneut gründlich zu überprüfen. Rat und Kirchenkonferenz setzten für diese Aufgabe einen Vorbereitungsausschuß ein.

Über die Ratssitzung am 28./29. September 1973, in der Fragen aus dem ökumenischen Bereich im Vordergrund der Erörterung standen, heißt es im Kommuniqué:

In diesem Zusammenhang befaßte sich der Rat wiederum sehr eingehend mit Fragen des Antirassismus-Programms des Ökumenischen Rates der Kirchen sowie mit Mißverständnissen, die hierzu nach wie vor verbreitet sind. In der deutschen Öffentlichkeit werde immer noch nicht hinreichend erkannt, daß die ungelösten Rassenprobleme, die sich zum Teil mit den Restbeständen des Kolonialzeitalters und der wirtschaftlichen Unterentwicklung eines großen Teiles der Länder der Erde eng berühren, einen explosiven Gefahrenherd für den Weltfrieden bedeuten und einen Verstoß gegen elementare Menschenrechte darstellen. Die in der Welt weit verbreitete Unentschlossenheit, an politischen Lösungen für diesen Fragenbereich zu arbeiten, sei eine der wesentlichen Quellen für die zunehmende Tendenz zu Gewalttätigkeiten und revolutionären Umtrieben. Auf der anderen Seite betonte der Rat der EKD mit Nachdruck, daß die Anwendung von Gewalt, von welcher Seite auch immer, zur Lösung politischer und gesellschaftlicher Aufgaben ungeeignet sei und nach aller geschichtlichen Erfahrung zu neuem Unrecht und Leiden führen müsse. Man könne nicht hinsichtlich der Ost-West-Probleme für friedlichen Ausgleich eintreten und gleichzeitig in anderen Teilen der Welt gewalttätige Auseinandersetzungen hinnehmen oder gar fördern. Der Wille zu friedlicher Fortentwicklung in der Welt sei unteilbar.

Zur Richtigstellung andersartiger Darstellungen und Vermutungen erklärte der Rat der EKD, daß er zusammen mit den Leitungen der Gliedkirchen zu keiner Zeit und mit

keiner Maßnahme in Fragen der Rassenprobleme, der Beendigung kolonialer Zustände und der Überwindung der Armut in der Welt von dieser Linie abgewichen sei. Eine politische Unterstützung von Bewegungen, die eine Anwendung militärischer und revolutionärer Gewalt vertreten, widerspreche dem kirchlichen Beitrag zur Förderung von Frieden und Gerechtigkeit und habe für die EKD nie zur Diskussion gestanden. Alle kirchlichen Maßnahmen zur Aufklärung über Spannungsherde in der Welt dienten allein dem Ziel, an menschlich überzeugenden Lösungen mitzuarbeiten.

In seinem der um die Monatswende Mai/Juni 1973 in Coburg tagenden EKD-Synode vorgetragenen Rechenschaftsbericht führte der Ratsvorsitzende Landesbischof D. Dietzfelbinger aus:

RASSISMUS-PROBLEM

Ein weltweites Problem, das sich da und dort zu explosiver Kraft steigert, ist dabei vor allem in den Blick getreten, nämlich das der rassischen Spannungen in der Welt. Schon in Uppsala rührte es sich stark in allen Untergruppen, ob es um die Einheit der Kirche und die Einheit der Menschheit ging oder um die Frage nach der sozialen Verpflichtung der Kirche in der heutigen Weltgesellschaft oder um den Lebensstil der in allen Völkern lebenden Gemeinde Jesu Christi heute. Man muß dem 1970 veröffentlichten Antirassismusprogramm des Ökumenischen Rates bescheinigen, daß es die Sensibilität für die hier angerührten Probleme wesentlich verstärkte. Gerade wir in Deutschland können ihnen am wenigsten ausweichen. Eines haben wir den anderen Völkern auf jeden Fall voraus, nämlich die schreckliche Erfahrung des Schuldigwerdens auf diesem Gebiet. Eben deshalb werden wir freilich auch besonders achtsam sein, wenn es um die einzuschlagenden weiteren Schritte geht. Die Verpflichtung zur Hilfe darf nicht davor zurückschrecken, daß man gegebenenfalls ins Zwielicht gerät und sich die Hände schmutzig macht. Sie steht aber zugleich auch immer vor der Frage, ob der christliche Auftrag verwirklicht wird und als Zeugnis durchscheint, der zuletzt mit dem Wort „Versöhnung“ beschrieben werden kann. So haben die Fragen nach Gewalt und Gegengewalt, nach Umverteilung der Macht und nach dem Recht der Revolution unter uns eine wichtige Rolle gespielt; der gegenwärtige Stand spiegelt sich in den diesbezüglichen Abschnitten der ... Thesenreihe über Gewalt und Gewaltanwendung in der Gesellschaft. Was den Dienst der Christen darin betrifft, so hat der Rat schon in einer ausführlichen Erklärung vom 24. 9. 1970 Stellung genommen und eine umfassende Durchdringung der Frage gefordert, auch bis in die Gemeinden und in die Öffentlichkeit hinein. Unsere volksskirchliche Struktur mit ihrer sehr mannigfachen Schichtung und ihrem auf den allgemeinen Kirchensteuern beruhenden Finanzsystem stellt ja noch besondere Fragen. Ein Gespräch mit dem damaligen Generalsekretär Blake und anderen Vertretern und Mitarbeitern des Ökumenischen Rates in München am 1.12.1970 führte die Diskussion wohl einen Schritt weiter, kam aber nicht zu einer klaren Einigung. Nach den einigermaßen klärenden Beschlüssen des Zentralausschusses von Addis Abeba im Januar 1971 hat sich auch die Synode in die Diskussion eingeschaltet. Was die Gemeinden betrifft, so beschwert die Tatsache, daß sich bei der Erwähnung des Antirassismusprogramms zu allererst und fast ausschließlich die militanten Befreiungsbewegungen und das Geld als Assoziationen einstellen, nicht aber die anderen Seiten des Programms. So vermischen sich Einsatz und Engagement mit Abwehr und Resignation, ja bei nicht wenigen mit der Frage, ob der Ökumenische Rat, so sehr die Aufgabe uns allen gestellt ist, die Mitgliedskirchen in der Methode auf einen allgemein verantwortbaren Weg führt.

Im August 1973 leitete der Rat der EKD dem zur Zeit in Genf tagenden Zentralausschuß des Weltkirchenrates folgenden „Bericht über die Aktivitäten der EKD im Rahmen des Programms des ÖRK zur Bekämpfung des Rassismus“ zu:

I. Prinzipielle Bemerkungen

1. Im August 1972 hat der Rat der EKD dem Zentralkomitee des ÖRK auf dessen Sitzung in Utrecht eine Stellungnahme zugeleitet, die im Unterschied zu dem von der Kommission des ÖRK zur Bekämpfung des Rassismus empfohlenen Rückzug wirtschaftlicher Investitionen aus Südafrika eigene Vorschläge zur Verbesserung der arbeitsrechtlichen, sozialen und wirtschaftlichen Lage der schwarzen und farbigen Arbeiter enthielt. Diese Vorschläge wurden im Rahmen der in Addis Abeba 1971 definierten „multiplen Strategie“ in dem Programm zur Bekämpfung des Rassismus entwickelt. Sie sind als eine echte Alternative zu verstehen und auch vom Zentralkomitee des ÖRK in Utrecht 1972 als solche zustimmend zur Kenntnis genommen worden.

Der Stellungnahme des Rates der EKD vom August vergangenen Jahres lag die Überzeugung zugrunde, daß auf diese Weise das gemeinsame Ziel des Programmes zur Bekämpfung des Rassismus, nämlich der Abbau der rassischen Diskriminierung der Schwarzen und Farbigen im Arbeitsleben eher erreicht werden kann als durch einen Aufruf zum Rückzug wirtschaftlicher Investitionen. Auch ist die Gefahr nicht von der Hand zu weisen, daß ein Rückzug, wenn er denn Aussicht auf Erfolg hat, am ehesten die ohnehin benachteiligten schwarzen und farbigen Bevölkerungsgruppen trifft.

2. Diese alternative Form der Bekämpfung des Rassismus hat nichts mit einer Verharmlosung der Rassenspannungen im südlichen Afrika zu tun. Die Not der rassisch Diskriminierten und die Mißachtung ihrer menschlichen Würde wird klar erkannt und ausgesprochen. Es gilt, die Gewissen der Verantwortlichen nachdrücklich zu schärfen. Rassische Diskriminierung oder kolonialistische Ausbeutung des Menschen kann die Kirche um des Evangeliums willen nicht hinnehmen. Sie hat sich auf die Seite derer zu stellen, die unter solchen ungerechten Verhältnissen zu leiden haben. Der Kirche ist jedoch dabei eine Unterstützung von Gewaltmaßnahmen um ihres durch das Evangelium gebotenen Versöhnungsauftrages willen verwehrt. Sie kann aber auch nicht jene Christen verurteilen, die diesen Weg als letzte Möglichkeit und in Anerkennung der damit übernommenen Schuld meinen gehen zu müssen.

II. Bisherige Schritte

1a) Im August 1972 hat der damalige Ratsvorsitzende Landesbischof D. Dietzfelbinger an 84 deutsche Firmen geschrieben, die in Südafrika und/oder Namibia Zweigniederlassungen besitzen, und sie zu einem Gespräch über die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der schwarzen und farbigen Arbeitnehmer in ihren Betrieben eingeladen. Über die Hälfte der Firmen hat geantwortet. Von diesen wiederum haben sich etwa 45 Prozent zu Gesprächen bereit erklärt.

b) Im Mai 1973 hat ein erstes Gespräch mit Vertretern folgender Firmen stattgefunden:

AEG-Telefunken AG

Henkel-International

Radiotechnisches Werk Hirschmann

Siemens AG

Salzgitter-Maschinen AG

Spilo, Platex.

Grundlage für dieses Gespräch war ein von einer Südafrika-Studiengruppe bei der Kanzlei der EKD erarbeitetes Memorandum „Die Lage der schwarzen Bevölkerung Südafrikas“.

Das Memorandum selbst ist in enger Konsultation mit einigen Vertretern der betroffenen Bevölkerungsteile (Gatsha Buthelezi) sowie mit Vertretern des Christian Institute of South Africa und dem South African Institute of Race Relations erarbeitet worden. Nicht zuletzt wurden die wesentlichen Ergebnisse der im Rahmen der SPROCAS-Arbeiten erstellten Untersuchung „Power, Privilege and Poverty“ zugrunde gelegt.

c) Von EKD-Seite wurde in dem Gespräch deutlich gemacht, daß eine Fortsetzung der politischen und wirtschaftlich-sozialen Diskriminierung der schwarzen und farbigen Bevölkerungsschichten nicht nur nach ethischen Gesichtspunkten unerträglich ist, son-

dern auch die Chancen eines möglichen Ausgleichs der Rassenspannungen endgültig verspiele.

Besonderer Wert wurde in diesem Gespräch auf folgende Punkte gelegt:

- Die Möglichkeit der selbständigen innerbetrieblichen Interessenvertretung (works' committees o. ä.) zu eröffnen oder zu erweitern, sowie schwarze Gewerkschaften als Tarifpartner anzuerkennen;
- die Aufhebung der Job-Reservation innerbetrieblich zu forcieren;
- Löhne und Einkommen nach dem Leistungsprinzip zu zahlen;
- investitionspolitische Entscheidungen zugunsten der quasi-autonomen sogenannten „Homelands“ (Kwa-Zulu, Transkei, Ciskei) vorzubereiten. Bei den letzteren wurde betont, daß solche Entscheidungen mit den Regierungen dieser „Homelands“ gemeinsam direkt vorbereitet und getroffen würden.

d) Diese von kirchlicher Seite vorgetragenen Wünsche fanden nicht immer die Zustimmung der Firmenvertreter. Insbesondere die Frage der Unterstützung schwarzer Gewerkschaften und Investitionen in den sogenannten „Homelands“ ohne die Vermittlung der Banti Investment Corporation stieß auf Widerspruch.

Die Bereitschaft des kirchlichen Entwicklungsdienstes der EKD zu komplementären Maßnahmen im Ausbildungsbereich bei Direktinvestitionen in den sogenannten „Homelands“ stieß auf Interesse.

Eine Fortsetzung der Gespräche wurde vereinbart. Ferner soll ein Arbeitsausschuß gebildet werden, dem Vertreter auch von den Firmen angehören sollen, mit denen Ende 1973 oder Anfang 1974 ähnliche Gespräche geführt werden sollen.

2. Die 5. Synode der EKD hat auf ihrer 1. Tagung vom 29.5. bis 2.6.1973 diese Initiative begrüßt und den neuen Rat der EKD gebeten, diese Gespräche fortzuführen.

Der neue Rat der EKD hat unter Vorsitz von Landesbischof D. Claß auf seiner Sitzung am 1./2. Juli 1973 der Bitte der Synode entsprochen und eine Fortsetzung der Gespräche beschlossen.

3. Die Südafrika-Studiengruppe ist dabei, parallel zu den Gesprächen mit den Firmenvertretern, entsprechende Kontakte zum Deutschen Gewerkschaftsbund herzustellen.

4. Die Südafrika-Studiengruppe hält über ihren Vorsitzenden Dr. K. Lefringhausen einen engen Arbeitskontakt mit einer holländischen Gruppe, die ihrerseits Gespräche mit holländischen Firmenvertretern führt. Es ist beabsichtigt, in absehbarer Zeit zu einer Koordinierung dieser Gespräche auf westeuropäischer Ebene zu kommen.

5. Neben diesen zentral von der EKD verantworteten Aktivitäten, wozu auch die Veröffentlichung der obengenannten grundsätzlichen Dokumente gehört (Denkschrift und Thesen), haben die einzelnen Gliedkirchen, Gruppen und Gemeinden ihrerseits durch gezielte Aktionen auf das Programm zur Bekämpfung des Rassismus hingewiesen.

Die *Bayerische Landessynode* verabschiedete am 16. März 1973 eine Resolution zum Anti-Rassismus-Programm, in der die Benachteiligung und Unterdrückung von Menschen um ihrer Volks-, Rassen- und Religionszugehörigkeit willen scharf verurteilt und die Öffentlichkeit aufgerufen wird, sich diesen Problemen verstärkt zuzuwenden. Die Synode bat den Rat der EKD, bei den zuständigen Stellen des Weltkirchenrates darauf hinzuwirken, daß die „unmittelbare humanitäre Hilfe für die von den Rassenkonflikten betroffenen Menschen und die Unterstützung der Bestrebungen zur Überwindung des Rassismus“ Ziel des Programms bleibt. Auf keinen Fall dürften in der Empfängerliste des Sonderfonds des Anti-Rassismus-Programms militärische Kampfverbände enthalten sein. Es sei Auftrag der Kirche, zur Linderung der Not beizutragen und für Gerechtigkeit und Versöhnung einzutreten. Wenn dabei eine Kooperation mit politischen Stellen und Bewegungen erfolgt, bedeute die Zusammenarbeit keine „Festlegung auf ihre politischen und ideologischen Ziele“. An die Gemeinden richtete die Synode den Appell, sich mehr als bisher mit

der immer bedrohlicher werdenden Lage in der Dritten Welt zu beschäftigen. Die Entwicklungspolitik der Regierung bedürfe einer verständnisvollen und kritischen Begleitung durch eine aufgeschlossene Öffentlichkeit und die vielfältige Not in der Welt eines spürbaren Beitrags der Kirchen. Die Synode stellt 1973 aus den Kirchensteuereinnahmen der Landeskirche 15,1 Millionen, d. h. 5,1 % für den Entwicklungsdienst bereit.

Gegen eine kirchliche Beteiligung an der finanziellen Unterstützung militanter Befreiungsbewegungen sprach sich u. a. der Landesbischof der *Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Hannovers* Professor Dr. Lohse aus und erklärte, daß sich die hannoversche Landeskirche an dem vom ÖRK eingerichteten Sonderfonds, aus dem politische Befreiungsbewegungen pauschal unterstützt würden, nicht beteilige, weil nicht eindeutig feststehe, ob nicht auch militante Aktionen damit finanziert würden.

Die zwar gemilderten, aber nicht völlig ausgeräumten innerkirchlichen Meinungsverschiedenheiten über das Anti-Rassismus-Programm des ÖRK entzündeten sich nach wie vor an der Frage, ob die Kirche zur Überwindung des Rassismus und anderer sozialer Ungerechtigkeiten nur eine Politik der Gewaltlosigkeit unterstützen darf und soll, Gruppen, die Gewaltanwendung nicht unbedingt ablehnen, aber jede finanzielle Hilfe versagen muß. Diese – aber nicht nur diese – Frage zu klären, hat sich die wegen des sachlichen Zusammenhangs nachstehend im Auszug abgedruckte, von der Kammer für öffentliche Verantwortung erarbeitete, mit Billigung des Rates der EKD veröffentlichte Studie „Gewalt und Gewaltanwendung – Eine theologische Thesenreihe zu sozialen Konflikten“ zur Aufgabe gestellt.

Thesenreihe über Gewalt und Gewaltanwendung in der Gesellschaft

Im Zusammenhang der Auseinandersetzungen über das Anti-Rassismus-Programm des Ökumenischen Rates der Kirchen – in der Frage, ob kirchliche Mittel auch solchen Bewegungen zur Verfügung gestellt werden dürfen, die bei ihrem Kampf um Menschenwürde, Recht und Gerechtigkeit auch die Anwendung von Gewalt bejahen, bestehen nach wie vor Meinungsunterschiede – entstand die Ausarbeitung der Kammer für öffentliche Verantwortung „Gewalt und Gewaltanwendung in der Gesellschaft. Eine theologische Thesenreihe zu sozialen Konflikten“. Wie die Thesenreihe „Der Friedensdienst der Christen“ (vgl. Kirchl. Jahrbuch 1969, S. 70ff.) die traditionelle kirchliche Lehre vom gerechten Krieg als heute nicht mehr nach- und mitvollziehbar ablehnte, so wird in der neuen Thesenreihe die auch von kirchlichen Kreisen vertretene Auffassung einer für die Lösung sozialer Konflikte angemessenen und gerechten Revolution nicht akzeptiert. Diese Grundhaltung gegen revolutionären Umsturz darf aber nicht als Hinnahme jedes denkbaren Unrechtszustandes mißverstanden werden. Aus Raumgründen werden hier nur die Thesen, nicht jedoch die ihnen beigegebenen Erläuterungen abgedruckt.

Der Einfluß unterschiedlicher Verhältnisse auf die Frage der Gewaltanwendung

1. Das Gewaltproblem kann nicht vernünftig erörtert werden, ohne daß die unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in Betracht gezogen werden, unter denen Gewalt gefordert oder gar angewendet wird. Je weniger ein politisches System für gewaltlose Veränderungen offen ist, die von relevanten Gruppen der Bevölkerung gewünscht werden, je weniger insbesondere rechtsstaatliche und demokratische Garantien einen gewaltlosen Prozeß der Meinungsbildung und der legalen Veränderung gewährleisten, desto mehr wachsen erfahrungsgemäß die Neigung zur Gewaltanwendung und die Bereitschaft, Gewaltanwendung hinzunehmen, ja zu rechtfertigen. Je mehr auf der anderen Seite solche Garantien einer gewaltlosen Anpassung der Verhältnisse bestehen, desto kritischer sind die Anwendung von Gewalt, die Bereitschaft zu ihr und auch ihre Unterstützung zu betrachten.

Notwehr und Nothilfe in der Individualethik

2. In der christlichen Individualethik ist weitgehend unbestritten, daß bei einem unmittelbaren und gewaltsamen rechtswidrigen Angriff auf die Person der Angegriffene ein Recht zur Notwehr und jeder Dritte ein Recht zur Nothilfe hat.

Androhung und Anwendung von Gewalt durch die Gesellschaftsstruktur

3. Für die sozialetische Betrachtung ist das Problem der Gewaltanwendung wegen seiner Verflechtung in gesellschaftliche Zusammenhänge komplizierter. Anders als in der individualethischen Notwehrsituation geht es hier oft nicht um die Abwehr unmittelbarer gewaltsamer Angriffe auf die einzelne Person. Menschen können auch schon durch Gewaltandrohung, durch die Bereitstellung von stehenden Heeren, von Polizeikräften und vor allem von politischer Polizei, aber auch durch Androhung und Anwendung wirtschaftlicher Machtmittel, durch den Entzug von Informations- und Bildungsmöglichkeiten, durch Erzeugung einer Atmosphäre von Unfreiheit, Unsicherheit und Rechtlosigkeit, mit einem Wort: durch die Struktur des gesellschaftlichen Systems im Ganzen unterdrückt werden. Diese Formen der Unterdrückung können weit schwerwiegender sein als der gewaltsame Eingriff in die Rechte des einzelnen.

Die Problematik gesellschaftlicher Notwehr als gewaltsamer Gegenwehr gegen institutionalisierte Unterdrückung

4. Der Entschluß, sich gegen institutionalisierte Unterdrückung (These 3) gewaltsam zur Wehr zu setzen, kann von einer christlichen Ethik, die ein Recht zu Notwehr und Nothilfe anerkennt, nicht von vornherein verurteilt werden. Dabei ist freilich zu bedenken, daß diese Unterdrückung für die Betroffenen meist schwerer erkennbar ist als die direkte physische Gewaltanwendung. Auch ihre Ursachen und Folgen sind im allgemeinen schwerer überschaubar. Die Kompliziertheit der Zusammenhänge, aber auch Mängel an Information und Bildung hindern die Betroffenen oft, ihre Situation zu verstehen, die Chancen ihrer Änderung hinreichend realistisch einzuschätzen und die Folgen eigener Gewaltanwendung vorherzusehen. Zudem sind sowohl bei der gewaltsamen Veränderung als auch bei der gewaltsamen Aufrechterhaltung bestehender Verhältnisse wesentlich mehr Menschen betroffen als in der individualethischen Notwehrsituation.

Das Gewaltmonopol des Staates und seine Grenzen

5. Die im vorstehenden entwickelten sozialetischen Aspekte gelten grundsätzlich auch, wenn auf der einen Seite einer gesellschaftlichen Auseinandersetzung der Staat steht. Wäre die hergebrachte Lehre vom legitimen Monopol des Staates an physischer Gewalt in jeder Beziehung richtig, so ergäbe sich daraus, daß Gewaltanwendung ihm gegenüber in jedem Fall unzulässig wäre. Die Erfahrungen mit totalitären Unrechtsstaaten lehren aber, daß die Frage der Gewaltanwendung gegenüber dem Staat entscheidend auch vom

Charakter des Staates abhängt. Ist in einem Staat hinreichend gesichert, daß Veränderungen, die von relevanten Gruppen der Bevölkerung für nötig gehalten werden, die Chance der Realisierung erhalten und daß die Menschenrechte nicht prinzipiell verletzt werden, so ist ihm schon um des inneren Friedens willen ein Gewaltmonopol zuzubilligen; denn nur so kann die gewaltsame Selbsthilfe der gesellschaftlichen Gruppen ausgeschlossen werden. In einem solchen Staat richtet sich staatliche Gewaltanwendung zudem nur gegen Personen und Gruppen, die sich dem allgemeinen Prozeß der Willensbildung entziehen.

Die mannigfachen Formen des Rechtes auf Widerstand gegen den Mißbrauch staatlicher Gewalt

6. Gegen den Mißbrauch staatlicher Gewalt kennt die ethische Überlieferung auch christlicher Traditionen ein Widerstandsrecht. Begründet wird ein solches Widerstandsrecht durch die Verletzung fundamentaler Rechte der Person. In diesem Fall ist der Christ berechtigt, zu seinem eigenen Schutz und zugunsten anderer, denen Gewalt angetan wird, Widerstand zu leisten. Die Formen solchen Widerstandes sind mannigfaltig. Sie reichen von der schlichten Gehorsamsverweigerung über Formen des passiven Widerstandes und der gewaltfreien Aktion bis zur Ausübung eines aktiven, im äußersten Falle auch gewaltsamen Widerstandes.

Widerstandsrecht und Menschenrechte

7. In der Rechtswissenschaft wird die Ausübung des Widerstandsrechtes überwiegend von schweren und andauernden Verletzungen der Menschenrechte durch den Staat abhängig gemacht. Dem wird sich die ethische Beurteilung für den Augenblick anschließen müssen. Ungesichert ist freilich, welche Bedürfnisse und Interessen des Menschen heute von Menschenrechten geschützt werden. Es ist nicht zu verkennen, daß die hergebrachten Freiheits- und Gleichheitsrechte zugunsten der gesamten Gesellschaft wesentliche Beschränkungen erfahren müssen und daß sie in allen Gesellschaftsformen der Ergänzung durch Grundsätze der sozialen Gerechtigkeit („Soziale Grundrechte“) bedürfen.

Das Handlungskonzept des gewaltfreien Widerstandes

8. Der gewaltfreien Lösung gesellschaftlicher und politischer Konflikte ist in jedem Falle sozialetisch der Vorzug zu geben. Dieser Forderung versucht das Handlungskonzept des gewaltfreien Widerstandes Rechnung zu tragen. Dieses Konzept, wie es heute diskutiert wird, strebt politische und soziale Wandlungen an, die am Ziel der sozialen Gerechtigkeit orientiert sind, verzichtet aber prinzipiell auf Gewaltanwendung. Die Forderung nach Gewaltfreiheit ist aus ethischen und allgemein politischen Gründen zu unterstützen. Doch ist stets auch zu bedenken, ob nicht gewaltfreies Handeln nur unter bestimmten gesellschaftlichen und politischen Voraussetzungen wirksam werden kann.

Die Gefahren der Gewaltanwendung im Widerstand gegen den Mißbrauch staatlicher Gewalt

9. Die Gefahren des Einsatzes von Gewalt sind auch in der sozialetischen Diskussion sehr ernst zu nehmen. Gewaltanwendung kann angesichts der modernen Waffentechnik häufig in ihrer Wirkung nicht kontrolliert werden. Sie erfordert und schafft wiederum leicht eine psychische Disposition, die einerseits zur Verherrlichung von Gewalttaten führt und damit den Terror zum Selbstzweck werden läßt und andererseits Emotionen wie Haß und Rache freisetzt. Gewaltakte provozieren häufig Gewaltakte der anderen Seite, die in der Regel um so brutaler sein werden, je weniger sich diese an den fundamentalen Rechten des Menschen orientieren. Die so geschaffene Atmosphäre von Verblendung, Unsicherheit und Angst, die in nicht wenigen politischen Systemen freilich auch von den Herrschenden ausgeht, erhöht wiederum die Gefahr, daß die Menschen, die ihr ausgesetzt sind, neuen, nicht minder ungerechten politischen Lösungen zustimmen, nur um der dauernden Angst und Unsicherheit ein Ende zu machen.

Die Bedingungen für die ausnahmsweise Anwendung von Gegengewalt

10. Gewaltanwendung setzt wegen ihrer prinzipiellen Gefährlichkeit voraus, daß ohne sie eine Änderung unmenschlicher Lebensumstände ausgeschlossen ist. Sie kann also erst dann ernstlich in Betracht gezogen werden, wenn alle anderen Wege zur Besserung der Verhältnisse versagt haben oder doch völlig aussichtslos sind. Selbst dann müssen noch weitere Bedingungen erfüllt sein: Es muß ein realisierbares Konzept einer neuen, funktionsfähigen Ordnung vorhanden sein, die die bekämpfte alte Ordnung ersetzen kann. Die angestrebte Ordnung muß ihrerseits am Gedanken der Menschenrechte ausgerichtet sein und auch den bisherigen Unterdrückten Lebensraum gewähren. Die Gewaltanwendung muß ein erfolversprechendes Mittel zu dem festumrissenen Zweck sein, eine bestehende gewaltsame Unterdrückung in überschaubarer Zeit zu beseitigen.

Gewaltanwendung als Schuldverstrickung

11. Weder das Anti-Rassismus-Programme des Ökumenischen Rates der Kirchen noch die vorliegenden Thesen wollen zur Gewaltanwendung aufrufen. Sie gehen vielmehr davon aus, daß Gewaltanwendung geschieht, in die auch Christen verstrickt sind. Angesichts solcher Verstrickung kann sich der Christ einer Stellungnahme nicht entziehen, da auch sein Schweigen eine Stellungnahme einschließt. Aufgabe der christlichen Ethik kann es in dieser Lage nicht sein, Gewaltanwendung zu legitimieren und vorbehaltlos gutzuheißen, sondern dem Christen klarzumachen, daß seine Stellungnahme stets die Erkenntnis des unausweichlichen eigenen Verstricktseins in fremde Schuld und die Bereitschaft einschließt, solche Schuld bewußt auf sich zu nehmen.

Gewaltanwendung geschieht nicht losgelöst vom Gebot der Nächstenliebe und der Versöhnung

12. Der Christ kann die Frage der Gewaltanwendung nicht losgelöst vom Gebot der Nächstenliebe und der Versöhnung betrachten. Auch als Unterdrücktem und in der Solidarität mit dem Unterdrückten ist es ihm verwehrt, den Gegner aus der Liebe Gottes und der Versöhnung Gottes auszuschließen.

B. Zur Lage in Südafrika⁸

Auch im Berichtsjahr wandte die EKD mit ihren Gliedkirchen der Lage und Entwicklung im südlichen Afrika besondere Aufmerksamkeit zu. In Südafrika stellt sich der Gegensatz zwischen der mächtigen weißen Industriegesellschaft mit christlicher Tradition auf der einen Seite und der armen und ohnmächtigen farbigen Gesellschaft andererseits in besonders krasser Form dar.

In seinem der Anfang Januar in Bremen tagenden EKD-Synode erstatteten Rechenschaftsbericht führte der Ratsvorsitzende Landesbischof D. Dietzfelbinger dazu aus:

1. Im Anschluß an meinen im letzten Synodalbericht erwähnten Briefwechsel mit dem Herrn Premierminister der Republik Südafrika habe ich mich bezüglich der Nachrichten über Folterungen im Ovamboland weiter um die Klärung des Sachverhaltes bemüht. In Verbindung mit der Vereinigten Evangelischen Mission in Wuppertal und anderen Stellen wurden insbesondere einige Gespräche mit dem Herrn Botschafter der Republik Südafrika in Bonn geführt, dem ich bescheinigen darf, daß er schon im Interesse seines

8. Vgl. Kirchl. Jahrbuch 1972, S. 213ff.

Landes um sachliche Klärung der Dinge besorgt ist. Die Ermittlungen sind noch im Gange. Im jetzigen Augenblick scheint es, daß für die unterschiedlichen Darstellungen einige Ungenauigkeiten über den Zeitraum, in dem es zu diesen Folterungen gekommen sein muß, eine Rolle spielen. Die fraglichen einzelnen Vorkommnisse scheinen vor allem in die Jahre 1967 bis 1969 zu fallen. Seitdem seien, so wurde mir mitgeteilt, auch nach einem neuen Interview mit Bischof Auala, derartige Vorfälle, die als einzelne vorgekommen sein mögen, aber von einem systematischen Vorgehen zu unterscheiden seien, nicht mehr zu verzeichnen. Der Botschafter der Republik Südafrika schreibt mir, daß – ich zitiere – „wir keine Mühe gescheut haben, die vorgebrachten Anschuldigungen zu untersuchen, und daß unsere Untersuchungen bisher keinerlei Material zutage gefördert haben, das die Bezeichnung eines systematischen Vorgehens unter Anwendung von Gewalt seitens der Polizei im Ovamboland rechtfertigt“. Zur weiteren Aufklärung habe ich inzwischen auch Verbindung mit Kirchen in Südafrika selbst aufgenommen.

2. Was die Ausweisungen oder verweigerten Einreisen kirchlicher Mitarbeiter in Südafrika betrifft, so sind Gespräche zwischen der südafrikanischen Botschaft und dem Kirchlichen Außenamt eingeleitet, in denen die einzelnen Fälle zur Sprache gebracht werden sollen.

3. Auf den in meinem letzten Bericht erwähnten, am 24.8.1972 geschriebenen Brief an eine Reihe von Industrieunternehmen in Deutschland habe ich inzwischen viele aufschlußreiche Antworten erhalten. Die Bereitschaft zu einem Gespräch über Möglichkeiten der Hilfe zum Abbau von sozialen und rassistischen Spannungen, soweit sie in unserer Hand liegen, ist weithin vorhanden. Mit Einzelpersonlichkeiten hat das Gespräch bereits begonnen. Im größeren Rahmen wird es im Frühjahr weitergeführt werden. Über die Motive zu diesem Versuch ist ein Zweifaches zu sagen: einmal steht die EKD seit langem, vor allem aufgrund der von Deutschland ausgehenden Missionsarbeit, in engen Beziehungen zu einer Reihe von Kirchen und Missionen in Südafrika. Diese enge Verbindung lenkt immer wieder den Blick auf die Probleme und Spannungen dieser Kirchen in einer durch Rassenkonflikte geprägten Umwelt. Zum anderen läßt uns das Evangelium, wenn es schon den ganzen Menschen angeht, nicht an der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Situation der Christen in anderen Ländern vorübergehen. Wir haben diese Implikationen nicht gesucht, sie sind uns vor die Füße gelegt, auch dadurch, daß nicht wenige Missionare und andere Mitarbeiter, die dort gearbeitet haben, in solche Konflikte verwickelt worden sind und darüber bei uns berichten. Es geht uns also nicht um unmotivierte Eingriffe in die inneren Angelegenheiten eines anderen Landes, auch nicht darum, daß die Kirche als ein da und dort vielleicht brauchbares, aber dann auch ebenso rasch wegzulegendes Steuerungsorgan der Gesellschaft sich benützen läßt, sondern um den Versuch der Wahrnehmung eines kirchlichen Auftrags.

Im übrigen – dies sei auf einige Anfragen und offene Briefe hin festgestellt – steht der Rat in allen diesen Fragen mit unmittelbar Verantwortlichen und Sachkundigen in Verbindung, auch in seiner Stellung zu den im August gefaßten Beschlüssen des Ökumenischen Rates bezüglich der Zurückziehung der Investitionen in Südafrika. Der Rat hat bisher keine Veranlassung gesehen, seine diesbezügliche Haltung zu ändern, die dazu helfen möchte, auf dem Wege der Evolution eine Verbesserung der Lage des schwarzen und farbigen Bevölkerungsteiles zu erreichen.

Die Synode faßte nach lebhafter Aussprache im Plenum und eingehenden Ausschußberatungen folgenden Beschluß:

ZUR LAGE IM SÜDLICHEN AFRIKA

Die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland sieht mit wachsender Besorgnis, daß das System rassistischer Diskriminierung der schwarzen und farbigen Bevölkerung in der Republik Südafrika und in Südwestafrika (Namibia) unausweichlich zu einer Eskalation der Gewalt führen muß. Es kann keine friedliche Entwicklung erwartet werden, solange der Mehrheit der Bevölkerung von einer weißen Minderheit wesentliche Menschen-

rechte vorenthalten werden. Als Christen können wir dazu nicht schweigen. Wir möchten alles uns Mögliche dazu beitragen, daß gerechte und menschenwürdige Verhältnisse für alle Menschen im südlichen Afrika auf friedliche Weise geschaffen werden.

Die Evangelische Kirche in Deutschland ist mit den aus der Arbeit deutscher Missionsgesellschaften hervorgegangenen sowie mit den deutschsprachigen lutherischen Kirchen im südlichen Afrika besonders verbunden. Unsere schwarzen und farbigen Mitchristen in diesen Kirchen teilen das Leiden der benachteiligten Bevölkerungsmehrheit. Allen diesen Menschen gilt unsere besondere Solidarität und Fürbitte. Ihnen möchten wir in Zukunft noch mehr als bisher helfen, soweit es in unseren Kräften steht.

Unsere weißen, zur privilegierten Minderheit gehörenden Mitchristen in diesen Kirchen bitten wir, nach Kräften für die Verbesserung der Rechte ihrer schwarzen und farbigen Mitmenschen einzutreten und die Einheit mit ihren lutherischen Schwesterkirchen uneingeschränkt zu verwirklichen.

Die Synode bittet den Rat, in partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit den Kirchen im südlichen Afrika Mittel und Wege zu suchen, diese Ziele zukünftig noch entschlossener anzustreben. Ferner wird der Rat gebeten, für eine verbesserte Koordinierung der mit dem südlichen Afrika befaßten kirchlichen Einrichtungen und für eine verstärkte Information unserer Gemeinden über die dortigen Verhältnisse zu sorgen.

Das bisherige Ergebnis der Gespräche des Vorsitzenden des Rates mit der Regierung der Republik Südafrika hat für die Synode die Berichte über Folterungen im Ovamboland nicht widerlegen können. Die Synode bitten den Vorsitzenden des Rates, seine Bemühungen zur Klärung dieser Angelegenheit nicht aufzugeben und die von ihm eingeleiteten Gespräche mit den verschiedenen Stellen fortzusetzen.

Wiederholt stand die Lage und Entwicklung in Südafrika bei den Sitzungen des Rates der EKD zur Erörterung. Über die Sitzung vom 10./11. Mai 1973 berichtet das Kommuniqué:

Wegen der traditionellen Verbindungen zu den aus der Missionsarbeit hervorgegangenen Kirchen in Südafrika findet die Lage der farbigen Bevölkerung gerade in diesem Bereich auf Seiten der deutschen Kirchen ein besonderes Interesse. Der Rat der EKD unterstrich dazu erneut, daß es nicht die Aufgabe der Kirche sein könne, in die politischen Auseinandersetzungen Südafrikas durch Unterstützung von Gewaltmaßnahmen einzugreifen und eine Konfrontation zu fördern. Die EKD werde sich weiterhin darum bemühen, zur Überwindung der Rassenkonflikte einen Beitrag zu leisten, der einer Entwicklung zu Gewalttätigkeiten entgegenwirkt. Dies dürfe aber nicht einseitig zu Lasten der farbigen Bevölkerung gehen, sondern verlange vor allem auch von der herrschenden weißen Schicht einen aktiven Beitrag zu einer friedlichen Entwicklung. Allein einer derartigen konstruktiven Lösung der Rassenfrage könne auch die Arbeit des Ökumenischen Rates der Kirchen gelten.

Auf der in *Coburg* zusammengetretenen Tagung der neuen Synode ging der scheidende Ratsvorsitzende nochmals ausführlich auf die Situation und Vorgänge in Südafrika ein:

KIRCHEN IN SÜDAFRIKA

... Ich knüpfe hier an meinen Bericht vor der Januar-Synode in Bremen und an die darauf bezugnehmende Synodalentschließung an ... Wie die Bremer Synodalentschließung zur Lage der Kirchen Südafrikas deutlich gemacht hat, ist die EKD nicht nur mit den deutschsprachigen lutherischen Kirchen dort besonders verbunden, sie will vielmehr künftig auch die Beziehung zu den aus der Arbeit deutscher Missionsgesellschaften hervorgegangenen schwarzen lutherischen und – so darf man wohl hinzufügen – auch mit anderen Kirchen pflegen und kräftigen. Diese Bereitschaft trifft sich mit dem in den schwarzen Kirchen vorhandenen Wunsch einer engeren Zusammenarbeit mit uns ... Überlegen-

gen, wie das konkret geschehen kann, wird das Kirchliche Außenamt dem neuen Rat vorgelegt. Die Beziehungen einzelner Gliedkirchen und gliedkirchlicher Zusammenschlüsse wie der VELKD müssen dabei ebenso Raum haben wie die Aktivitäten der Missionsgesellschaften, die nicht verlorengehen dürfen ...

Die an die weißen lutherischen Kirchen gerichtete Bitte der Bremer Synode, „nach Kräften für die Verbesserung der Rechte ihrer schwarzen und farbigen Mitmenschen einzutreten und die Einheit mit ihren lutherischen Schwesterkirchen uneingeschränkt zu verwirklichen“ hat – wiederum in Südwesafrika, wo die Probleme sich in den vergangenen zwei Jahren am spannungsreichsten entwickelt haben – eine unmittelbare, positive Antwort erhalten. In einer öffentlichen Erklärung vom 5. Mai hat die Kirchenleitung der dortigen deutschen evangelisch-lutherischen Kirche ihre Entschlossenheit bekräftigt, den begonnenen Weg zum Zusammenschluß mit den beiden schwarzen lutherischen Kirchen des Landes weiterzugehen. Es ist zu hoffen, daß die Kirchenleitung mit dieser Erklärung einen wirksamen Beitrag zum Abbau der Spannungen geleistet hat, die sich in den vergangenen Monaten zwischen den deutschsprachigen und den beiden schwarzen Kirchen entwickelt hatten ...

Was die Verhältnisse im Ovamboland betrifft, so hatten die Kirchenleitungen in Südwesafrika Ende April erneut ein Gespräch mit Herrn Premierminister Vorster. Wie bekannt wurde, ist der Regierung im Zusammenhang damit eine Liste mit 36 Namen von Personen übermittelt worden, die nach Kenntnis der Kirchenleitungen Übergriffe und Mißhandlungen von seiten der Polizeikräfte erlitten haben. Premierminister Vorster hat eine Prüfung zugesagt. Daraus ergibt sich jedenfalls, daß in den letzten Jahren im Ovamboland Übergriffe und Mißhandlungen geschehen sind ... Dies wird von der südafrikanischen Regierung auch nicht bestritten. Sie bestreitet, daß die vorgekommenen Übergriffe auf ein systematisches Vorgehen zurückzuführen sind. Das, was ich hiermit als letzten Stand der Dinge feststellen muß, bewegt mich dazu, mein Mitgefühl mit den Mißhandelten und ihren Familien sowie meine Verbundenheit mit der Ovambokavango-Kirche, besonders mit ihren Kirchenleitungen und ... Bischof Auala, zu bekunden, die in dieser Bedrängnis die Bürde des Hirtenamtes tragen, für Recht und Menschlichkeit eintreten und in den letzten Tagen durch die Vernichtung der Druckerei vor neue Probleme gestellt sind.

Die südafrikanische Regierung hat von den beiden Kirchenleitungen ferner eine Übersicht über etwa 50 Fälle erhalten, in denen ausländischen kirchlichen Mitarbeitern die Einreise nach Süd- und Südwesafrika verweigert oder die Aufenthaltserlaubnis nicht verlängert worden ist. Damit ist ... viel Behinderung kirchlicher Arbeit und zwischenkirchlicher Beziehungen für die betroffenen Kirchen verbunden. Seit Januar haben zwischen dem Herrn Botschafter der Republik Südafrika in Köln und dem Präsidenten des Kirchlichen Außenamtes mehrere Gespräche stattgefunden. Der Herr Botschafter hat seine Bereitschaft kundgegeben, besonders in diesen Schwierigkeiten, aber auch sonst im Rahmen seiner Möglichkeiten zu vermitteln.

Endlich berichte ich, daß vor wenigen Tagen in Bad Boll ein Gespräch mit Vertretern deutscher Firmen stattgefunden hat. Dabei legten die Vertreter des Rates ihre Fragen zur Situation der schwarzen Arbeitnehmer in Südafrika dar. Über die Vorstellungen der kirchlichen Seite wurde ein offener und freimütiger Meinungsaustausch geführt. Die Teilnehmer vereinbarten eine Fortsetzung des Gesprächs. Mit diesen Gesprächen haben wir einen weiteren Schritt auf dem Wege getan, den der Rat der EKD in einer Erklärung an den Zentralausschuß des Ökumenischen Rates in Utrecht im August 1972 angeregt hat. Dieser Weg unterscheidet sich von der allgemeinen Linie der Beschlüsse des Zentralausschusses, wie sie in Utrecht gefaßt worden sind, ist aber dort ausdrücklich anerkannt und begrüßt worden.

Die Synode beschloß:

HILFE FÜR DIE KIRCHLICHE ARBEIT IN SÜD- UND SÜDWESAFRIKA

1. Die Synode fordert den Kirchlichen Entwicklungsdienst auf, eine Summe bereitzustellen, die es der Ovambokavango-Kirche möglich macht, die aus der Zerstörung der Druckerei entstandenen Kosten zu decken.

2. Die Synode ermutigt und unterstützt die Mitarbeiter des Christian Institute und des Institute of Race-Relations in ihren Bemühungen um die Fortsetzung ihrer wichtigen Arbeit der Verkündigung, Aufklärung und Erziehung in einer von Rassetensionen beherrschten Gesellschaft.

3. Die Synode dankt dem Ratsvorsitzenden für seine Bemühungen, den Behinderungen kirchlicher Arbeit, denen südafrikanische und ausländische Mitarbeiter ausgesetzt sind, entgegenzuwirken.

Sie bittet den Rat, die Kirchen in Südwestafrica in ihren Versuchen zu unterstützen, eine vollständige Klärung der Übergriffe und Mißhandlungen, unter denen Menschen in diesen Gebieten zu leiden haben, herbeizuführen.

Das im letzten Absatz des Berichts des Ratsvorsitzenden (s. o.) erwähnte Gespräch wurde durch Landesbischof D. Dietzfelbinger mit einem Brief vom 21. August 1972 an eine Reihe von Firmen, die in Südafrika Niederlassungen unterhalten, angestoßen; es heißt darin:

Ich möchte mich heute mit einer besonderen Bitte an Sie wenden, die die Lage in der Republik Südafrika und in Südwestafrica betrifft.

Den Informationen, die mir laufend zugehen, muß ich entnehmen, daß sich dort das Verhältnis zwischen „Weiß“ und „Schwarz“ bzw. „Farbig“ gerade in der letzten Zeit weiterhin verschärft hat. Dadurch sinken die Hoffnungen zahlreicher mit den Problemen in diesen Ländern befaßten Persönlichkeiten aus Kirche, Politik und Wirtschaft auf eine positive Entwicklung immer tiefer. Es besteht Anlaß zu der Sorge, daß die Lage in diesen Gebieten einer katastrophalen Entwicklung entgegenreißt. Der Streik der Ovambos und die Protestdemonstrationen der studentischen Jugend können als Bestätigung dafür gelten.

Zwischen der Evangelischen Kirche in Deutschland und einer Reihe von Kirchen in Südafrika und Namibia bestehen besonders enge Beziehungen. Das gilt sowohl für „weiße“ wie für „schwarze“ Kirchen. In vielen Gesprächen und Kontakten mit führenden Vertretern dieser Kirchen ist immer wieder die besondere Verantwortung gerade der Kirchen hervorgehoben worden, wenn es darum geht, für menschliche Erleichterungen in den rassistischen Beziehungen in diesem großen und reichen Land einzutreten. Diese Verantwortung betrifft sicherlich nicht nur die Kirchen.

Zweifellos gibt es in Südafrika und Namibia eine Reihe verheißungsvoller Ansätze, die schwarze und farbige Bevölkerung auf friedliche Weise an der sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung zu beteiligen. Dazu gehört neben einer gerechteren und freiheitlicheren Gestaltung der allgemeinen Lebensbedingungen auch die Nutzung des der Wirtschaft gegebenen gesetzlichen Spielraums, die sozialen Rechte der benachteiligten Bevölkerungsgruppen mehr als bisher zu verbessern. Dies ist der Grund, warum ich mich an eine Reihe von Industrieunternehmen in der Bundesrepublik wende, die in der Republik Südafrika und in Namibia Zweigunternehmen unterhalten oder an ihnen beteiligt sind.

Nach den mir zuteil gewordenen Informationen richtet sich die Hoffnung vieler Menschen der schwarzen und farbigen Bevölkerung besonders auf die ausländischen Unternehmen. Das hat nicht zuletzt darin seinen Grund, daß durchaus bekannt ist, welche sozialen Leistungen ausländische Unternehmen in ihrem Heimatland als selbstverständlich betrachten. Um so größer ist dann die Enttäuschung, wenn ein Widerspruch zwischen der sozialen Praxis im Heimatland und der des südafrikanischen Zweigunternehmens zutage tritt.

Wir würden es begrüßen, wenn deutsche Unternehmen, die dafür in Betracht kommen, angesichts der von mir angedeuteten Entwicklung in der nächsten Zeit erneut prüfen würden, welche Möglichkeiten sich ihnen bieten, die Arbeits- und Lebensbedingungen schwarzer und farbiger Arbeitnehmer zu verbessern. Ich bin weit davon entfernt, mich Ihnen gegenüber in diesen Fragen als ein Sachverständiger aufzuspielen. Dafür liegen die Dinge auch viel zu kompliziert und wahrscheinlich auch bei jedem einzelnen Unternehmen je für sich besonders. Aber es wird uns von unseren Freunden, unter denen sich auch aus-

gezeichnete Sachkenner befinden, immer wieder versichert, daß die bestehenden gesetzlichen Möglichkeiten zur Verbesserung der Lage schwarzer und farbiger Arbeitnehmer im allgemeinen bei weitem nicht ausgeschöpft würden. Ich möchte mich jetzt darauf beschränken, nur ein paar Hinweise zu geben, die immer wieder an mich herangetragen werden:

1. Entlohnung der Schwarzen und Farbigen nicht nach ihrer Hautfarbe, sondern nach ihrer beruflichen Leistung, in diesem Sinne also Gleichstellung mit den Weißen.

2. Einräumung von Möglichkeiten, eine innerbetriebliche Interessenvertretung wahrzunehmen.

3. Verbesserung der allgemeinen sozialen Leistung, Mithilfe bei der Sicherung der Altersversorgung, finanzielle Beihilfen für die Ausbildung, Weiterbildung und Fortbildung der Arbeitnehmer und ihrer Kinder.

4. Gewährung von Wohnungsbeihilfen, überhaupt Beiträge der Industrieunternehmen zur Verbesserung der Wohnverhältnisse.

Ich möchte Sie bitten, diesen meinen persönlichen Brief so zu verstehen, daß uns zunächst daran liegt, die soziale und menschliche Situation der schwarzen und farbigen Arbeitnehmer in der Republik Südafrika und Namibia sowie die zu ihrer Verbesserung bestehenden Möglichkeiten zu klären. Deshalb wäre ich Ihnen sehr dankbar, wenn Sie dieses Schreiben zum Anlaß nehmen würden, auch Ihrerseits diesen ganzen Fragenbereich erneut zu überprüfen. Besonders dankbar aber wäre ich Ihnen, wenn Sie mich wissen lassen könnten, wie sich Ihnen die in diesem Schreiben aufgeworfenen Fragen und Möglichkeiten darstellen. Meinerseits möchte ich vorschlagen, daß wir in absehbarer Zeit zu einem Gespräch zwischen Vertretern der Evangelischen Kirche in Deutschland und deutschen Industrieunternehmen zusammentreffen, um diesen Fragenkomplex zu erörtern. Wir würden dafür konkretes Material bereithalten. (Unterschrift)

Das erste Gespräch zwischen Vertretern deutscher Firmen und des Rates der EKD fand im Mai 1973 in Bad Boll statt und löste bei südafrikanischen Tochter- und Beteiligungsfirmen deutscher Unternehmen großes Interesse aus. Als Ergebnis dieser Aussprache sollen in der Republik Südafrika Möglichkeiten einer Kooperation zwischen der EKD und deutschen Firmen in den „Bantu-Homelands“ — für Schwarze reservierte Gebiete — geprüft werden. Die Vertreter der EKD schlugen dabei die Errichtung von Gewerbeschulen vor, an denen sich deutsche Firmen durch die Gestellung von Ausbildern und Lehrmaterial beteiligen sollen. Diese Zentren sollten durch den Aufbau kleinerer oder mittlerer Unternehmen für einfachere Fertigungen ergänzt werden. Zur Diskussion dieses Projektes soll eine gemischte Arbeitsgruppe von Kirchen- und Firmenvertretern gebildet und außerdem der Informationsaustausch über die soziale Lage der Schwarzen in den südafrikanischen Betrieben deutscher Firmen intensiviert werden.

Die EKD-Synode beschloß dazu auf ihrer Coburger Tagung:

Zu den Gesprächen des Rates mit Vertretern der Industrie betr. Südafrika

Die Synode nimmt die Bemühungen des Rates zur Kenntnis, durch Gespräche mit Vertretern der Industrie bessere Löhne, Arbeitsbedingungen, Aufstiegsmöglichkeiten und soziale Leistungen für die schwarzen Arbeiter der in Südafrika angesiedelten Betriebe zu erreichen.

Die Synode bittet den Rat, diese Gespräche im Sinne seines Vorschlages für die Sitzung des Zentralausschusses des Ökumenischen Rates in Utrecht fortzuführen, um die Menschen in Südafrika zu unterstützen, die trotz der stärker werdenden Spannungen hoffen, daß eine gewaltfreie Änderung der Verhältnisse noch möglich ist.

In der Ratssitzung vom 1./2. Juli 1973, bei der der Rat den Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen Dr. Potter zu einem ausführlichen Abendgespräch empfing, erläuterte der Rat laut Pressemitteilung:

sein besonderes, auf alten kirchlichen Verbindungen beruhendes Interesse an der Entwicklung der Rassenfrage in Südafrika. Dieses Interesse hatte zu Gesprächen zwischen der EKD und Vertretern deutscher Firmen über die Möglichkeiten geführt, bessere Arbeitsverhältnisse und Lebensbedingungen für schwarze Arbeiter in Südafrika zu erreichen. Der Rat beabsichtigt, diese Bemühungen im Sinne seiner schon im vergangenen Jahre im Zentralausschuß des Ökumenischen Rates vertretenen Auffassung fortzusetzen, daß alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden sollten, den Weg für eine gewaltfreie Besserung der Verhältnisse in den Ländern des südlichen Afrika auch weiterhin offenzuhalten.

Im Laufe des Berichtsjahres kam es zu Konflikten zwischen der südafrikanischen Regierung und der Deutschen Evangelisch-Lutherischen Kirche in Südwestafrika (DELK). Deutsche Pfarrer wurden ausgewiesen. Mit diesen Maßnahmen standen innerkirchliche Spannungen und Meinungsgegensätze in ursächlichem Zusammenhang, die sich im Laufe des Jahres so zuspitzten, daß der Rat der EKD sich im Dezember 1973 genötigt sah, dem Antrag von fünf deutschen Pastoren stattzugeben und sie aus dem Dienst in Südafrika abzurufen; ihre Lage war dadurch unhaltbar geworden war, daß sie sich für die Verbesserung der Rechte ihrer schwarzen und farbigen Mitmenschen einsetzten und dadurch auch in Gegensatz zu Gemeinden gerieten.

Auch das Christliche Institut in Südafrika war besonderem Druck der Regierung ausgesetzt. Anfang November 1973 schrieb der Vorsitzende des Rates der EKD Landesbischof D. Claß an den Institutsdirektor Dr. C. F. Beyer-Naudé:

... mit großer Besorgnis verfolge ich die zunehmenden Schwierigkeiten, denen sich Ihr Institut und Ihre Mitarbeiter ... in letzter Zeit ausgesetzt sehen ...

Offensichtlich hängen diese Maßnahmen, die die Arbeit Ihres Instituts erheblich beeinträchtigen, mit der Weigerung zusammen, vor der sogenannten Schlebusch-Kommission auszusagen. Nach unseren Informationen hat dieser vom Parlament eingesetzte Untersuchungsausschuß die Aufgabe, alle Institute und Vereinigungen, die sich in kritisch-konstruktiver Weise mit der Regierungspolitik der ‚getrennten Entwicklung‘ auseinanderzusetzen, in einem von ihm selbst festgelegten Verfahrensmodus unter Ausschluß der Öffentlichkeit zu untersuchen und zu beurteilen. Sie wehren sich m. E. mit überzeugenden Gründen gegen ein solches Verfahren, weil es rechtsstaatlichen Grundsätzen zuwiderläuft. Ich unterstütze Sie und Ihre Mitarbeiter nachdrücklich in Ihrem Begehren, daß die gegen das Christliche Institut in Südafrika erhobenen Vorwürfe von einem ordentlichen Gericht in einem öffentlichen Verfahren geklärt werden ...

Ich möchte Sie versichern, daß ich mich mit Ihnen und Ihren Mitarbeitern in dieser sehr beschwerlichen Situation in Christus verbunden fühle ...

Die Generalsynode der VELKD stimmte auf ihrer Tagung in Travemünde am 24. Oktober 1973 der Gründung eines „Fonds für Gerechtigkeit und Versöhnung“ zu, der für das südliche Afrika bestimmt ist und es der überwiegend aus schwarzen und farbigen Lutheranern bestehenden „Föderation evangelisch-lutherischer Christen in Südafrika“ (FELCSA) ermöglichen soll, die von dem Südafrikanischen Christenrat geplanten oder in Gang gesetzten Hilfsaktionen,

Entwicklungsprojekte und Studienprogramme „für Christen in einer Apartheid“ finanziell mitzutragen.

Auf ihrer Sitzung am 27./28. Oktober 1973 ließ sich die Kirchenleitung der VELKD über die sich immer mehr zuspitzende Situation in Südafrika unterrichten und gab dazu in ihrem Kommuniké bekannt, sie sei

besorgt über die starken Behinderungen der Arbeit des Christlichen Instituts in Johannesburg. In dieser Lage hat die Kirchenleitung mit einer gewissen Erleichterung zur Kenntnis genommen, daß entgegen einer früheren Entscheidung der südafrikanischen Regierung die Vertreter der VELKD und der evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers jetzt doch in die Republik Südafrika einreisen können. Von diesen Besuchen erhofft sich die Kirchenleitung neue Impulse für eine fruchtbare Gestaltung der Beziehungen von Kirche zu Kirche mit den Partnern im südlichen Afrika.

Wenig später – die Briefe wurden am 14. Dezember 1973 veröffentlicht – wandte sich der Ratsvorsitzende Landesbischof D. Claß wegen der Bannung des im ökumenischen Bereich bekannten schwarzen Theologen Manas Buthelezi an den südafrikanischen Botschafter in der Bundesrepublik und an den Moderator der Niederländisch-Reformierten Kirche in Südafrika, den Bruder des Ministerpräsidenten. Er schrieb:

Sehr geehrter Herr Botschafter,

Mit Bestürzung haben weite Kreise der Evangelischen Kirche in Deutschland die Nachricht über die Bannung von Dr. Manas Buthelezi aufgenommen. Dieser Vorgang hat uns um so mehr betroffen, als Dr. Buthelezi schon bei seiner Tätigkeit als Gastdozent an der Universität Heidelberg und dann erst recht in seiner südafrikanischen Heimat für eine gewaltfreie Alternative zur Politik der getrennten Entwicklung eingetreten ist und dies für viele überzeugend durchgehalten hat.

Im Blick auf die Anfragen, die ich in dieser Angelegenheit zu beantworten habe, bitte ich Sie darum, mich über die Zusammenhänge zu informieren, die zur Verhängung des Bannes geführt haben.

(gez. Unterschrift)

Vorsitzender des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland

Sehr geehrter Herr Moderator,

Die Bannung von Dr. Manas Buthelezi, Regionaldirektor des Christlichen Instituts in Südafrika, hat mich tief erschüttert. Diese Nachricht gibt all denen Auftrieb, die die Ansicht vertreten, daß die Rassenspannungen in Ihrem Lande nur noch mit Mitteln der Gewalt gelöst werden können. Sie wissen, daß sich der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland stets bemüht hat, die Chancen eines friedlichen Ausgleichs der Rassenspannungen wahrzunehmen. Diesen Weg können wir – bei dem Vorgehen der südafrikanischen Regierung gegen unsere Brüder – immer schwerer durchhalten.

Wenn wir der Meinung sind, daß Gewalt Gegengewalt erzeugt, dann müssen beide Seiten den gewaltfreien Weg gehen: wir, die Ihrem Land helfen wollen, und die Verantwortlichen Ihres Landes, die für ein friedliches und gerechtes Zusammenleben aller gesellschaftlichen Gruppen eintreten.

Am letzten Sonntag haben wir über den Bibelvers gepredigt „Jage aber nach der Gerechtigkeit, der Gottseligkeit, dem Glauben, der Geduld, der Sanftmut, kämpfe den guten Kampf des Glaubens“ (1. Tim. 6,11). Das Leben und die Arbeit von Dr. M. Buthelezi hat mir deutlich gemacht, daß er gerade dieses Bibelwort verwirklichen will. Er setzt sich in seinem Glauben mit Geduld für mehr Gerechtigkeit ein und hat dieses Zeugnis eindrucksvoll für alle Christen auf zahlreichen internationalen Veranstaltungen abgelegt.

Weil er in Christus mit uns verbunden ist, leiden wir mit ihm. Wir beten für unseren Bruder Buthelezi, daß er die politische Gewalt, die ihn getroffen hat, im Glauben an unseren Herrn annimmt und so ein weit vernehmbares Zeugnis für die Kraft des christlichen Glaubens gibt. Wir wissen, wie stark das Zeugnis der Märtyrer wirkt.

In der Bannung als einem Mittel, unbequeme Oppositionelle sprachlos und mundtot zu machen, sehen wir eine Verletzung der Menschenrechte. Ich möchte Sie dringend bitten, alles Ihnen mögliche zu tun, Ungerechtigkeit abzuwehren und mit uns der Gewalt entgegenzutreten.

Ihr (gez. Unterschrift)

Die Bischofskonferenz der VELKD sprach in einem Schreiben vom 18. Dez. 1973 Manas Buthelezi ihr Bedauern über seine Bannung, die sie als ein „unverständliches Urteil ohne jedes Gerichtsverfahren“ bezeichnete, aus, zumal Buthelezi wiederholt verdeutlicht habe, daß seine Einstellung und Haltung „auf der Treue zum Evangelium und auf den Dienst der Versöhnung aufbaut“. Einige Tage zuvor (13. Dezember) hatte sich der Leitende Bischof der VELKD D. Wölber wegen der Bannung Buthelezis und der Verurteilung von Dr. Beyers-Naudé an den südafrikanischen Botschafter gewandt und geschrieben, dem unvoreingenommenen Betrachter der Verhältnisse in Südafrika dränge sich der Eindruck auf, daß sich zu dem Rassenkonflikt nun auch ein Kirchenkonflikt geselle. Damit habe man in Deutschland schmerzliche Erfahrungen gesammelt. „Wir befürchten ..., daß sich Ihre Regierung mit einem solchen Kirchenkampf auf einen Weg begibt, der nach aller geschichtlichen Erfahrung zu tiefer menschlicher Entzweiung und zu politisch-ideologischer Versteifung führt.“

C. Der kirchliche Beitrag zur Entwicklungsarbeit⁹

Auf der EKD-Synode Anfang Januar in Bremen nahm die Erörterung der Entwicklungspolitik und des kirchlichen Beitrags zu diesem vorrangig wichtigen Dienst praktizierter Mitmenschlichkeit in der Dritten Welt breiten Raum ein.

Im Auftrag der EKD-Kammer für Entwicklungsdienst erarbeiteten Dr. Lefringhausen und Oberkirchenrat Dr. Linnenbrink eine über Entwicklung und Stand des kirchlichen Entwicklungsdienstes informierende Vorlage. Vizepräsident D. Dr. Weber zog in einem der Synode erstatteten Bericht die „Bilanz der Arbeiten des Kirchlichen Entwicklungsdienstes und der Ökumenischen Diakonie“; Dr. Lefringhausen referierte über den „Beitrag der EKD zur Entwicklungspolitik“, und ein überaus kritisches Votum des tansanischen Experten für Landwirtschaftsentwicklung N. Y. Maro, der im letzten Augenblick wegen dringender dienstlicher Verpflichtungen in seinem Heimatland seine Teilnahme an der Synodaltagung absagen mußte, lag schriftlich vor und wurde verlesen.

Aus dem Bericht von Vizepräsident D. Dr. Weber sei hier der Schlußteil seiner „Bilanz“ zitiert:

Die Chance der Arbeitsgemeinschaft Kirchlicher Entwicklungsdienst ist es, eine geschichtliche Fehlentwicklung ein wenig zu korrigieren. Diese Fehlentwicklung ist darin zu sehen,

9. Vgl. Kirchl. Jahrbuch 1968, S. 124ff.; 1969, S. 87ff.; 1970, S. 155ff.; 1971, S. 206ff.; 1972, S. 203ff.

daß in unserer staatskirchlichen Vergangenheit Kirche, Mission und Diakonie sich getrennt gestaltet und entfaltet haben. Daraus entstand die Vielfalt der Institutionen, die gerade in der heutigen theologie- und kirchengeschichtlichen Lage nur schwer zu einer Wiedervereinigung zu bringen sind. Die Arbeitsgemeinschaft Kirchlicher Entwicklungsdienst kann in ihrer Arbeit an die von Anfang an behauptete Einheit von Zeugnis und Dienst erinnern. Allerdings müssen dann auch die Folgerungen aus dieser Einheit durchgehalten werden.

Seit etwa einem Jahr werden wir zunehmend deutlich gerade danach von unseren Kirchen in Übersee gefragt. Es wird draußen nicht verstanden, daß wir offensichtlich leicht bereit sind, Entwicklung materiell zu fördern, daß bei uns aber anscheinend wenig Interesse dafür besteht, die Kirchen in dem zu unterstützen, was sie für den Dienst der Verkündigung zu tun haben. Diese Unausgewogenheit unserer Hilfsbereitschaft ist draußen unerklärlich. Aus dem Bereich der Problematik der Folgekosten wissen wir, daß manche überseeischen Kirchen als Mitträger von Entwicklungsprojekten schon außerordentlich beansprucht werden. Immer deutlicher wird erkannt, daß wir durch die entwicklungsbezogene Zweckbestimmung unserer Hilfsbereitschaft indirekt den Kirchen draußen ein Verhalten zumuten, das mit ihren eigenen Intentionen und Prioritätsvorstellungen nicht übereinstimmt.

Zwar bemühen wir uns redlich um eine partnerschaftliche Struktur und Praxis unserer Hilfeleistungen. Wir scheinen aber einiges dabei übersehen zu haben. Wir können unserem Partner in Übersee entwicklungsbezogene Verantwortung nur dann zumuten, wenn wir auch bereit sind, die kirchlichen Trägerstrukturen in ganzheitlichem Sinn des kirchlichen Auftrags zu stärken. Wie das zu geschehen hätte, ist nach meiner Meinung jeweils mit den überseeischen Partnern zu beraten, die selbst am besten wissen, womit und wozu ihnen eine Hilfe geleistet werden kann, die ihre Selbständigkeit nicht gefährdet, sondern stärkt. Vermutlich wird die Lösung dieses Problems zu den vorrangigen Aufgaben der Arbeitsgemeinschaft in der nächsten Zeit gehören.

Aus der Synodenvorlage und dem Referat von Dr. Lefringhausen bringen wir einen Auszug:

... Wir waren zu lange den Illusionen eines falschen Entwicklungsbegriffes erlegen. Wenn wir andere Länder, die erhebliche kulturelle Leistungen aufzuweisen haben, als Entwicklungsländer bezeichnen, dann zeigt das, daß wir einseitig an Wirtschaftswachstum denken. Deshalb fragen die, die wir Entwicklungsländer nennen, oft ironisch zurück, ob unser Entwicklungsbegriff nicht etwas unterentwickelt ist.

Darüber hinaus haben wir mit kurzfristigen Erfolgserlebnissen gerechnet, weil wir Entwicklung mit Kapitaltransfer weitgehend gleichgesetzt haben. Das war naiv und führt nun, nachdem wir dazugelernt haben, dazu, daß aufkommende Resignation die Energien zu lähmen droht.

Wir haben Entwicklung auch voreilig mit Befriedung gleichgesetzt. Nun erleben wir etwas verwirrt, daß soziale Spannungen, Krisen und Konflikte eher zu- als abnehmen. Nur mühsam lernen wir, daß das in der Regel ein Zeichen von beginnender Entwicklung ist. Die Hilfe in solchen Fällen einzustellen, wäre das Gegenteil dessen, was notwendig ist.

Wir haben uns auch angewöhnt, die Lösung von Weltproblemen internationalen oder supranationalen Instanzen zu überlassen. Das liegt nahe, wenn sich angesichts des Ausmaßes der Not ein Gefühl der Ohnmacht einstellt. Doch nichts wäre gefährlicher als das.

Entwicklungspolitische Konsequenzen

Die Themen währungs-, wirtschafts- und sozialpolitischer Aufgaben sind seit 1968 auf einer Reihe ökumenischer Konferenzen (Beirut, Uppsala, Montreux etc.) diskutiert worden. Aus der Fülle der dort formulierten vordringlichen Aufgaben sollen einige wenige, heute besonders aktuelle, herausgegriffen werden:

a) Die Öffnung der Märkte für Produkte aus den Entwicklungsländern ruft vor allem in den eigenen strukturschwachen Gebieten Anpassungsprobleme hervor. Erhaltungssubventionen verzögern die Umstellungsmaßnahmen und vergrößern in der Regel die Probleme. Doch die sozialen Folgen der Strukturanpassung können nur durch eine soli-

darische Zusammenarbeit aufgefangen werden. Deshalb sollte parallel zu den Zollrunden des GATT ein Meinungsaustausch zwischen den betroffenen Gewerkschaften, Wirtschaftsverbänden und Kommunalpolitikern sowie solchen Gruppen der Gesellschaft, die an Entwicklungsfragen interessiert sind, stattfinden, um nicht die Betroffenen mit den sozialen Folgeproblemen allein zu lassen.

b) Die Ansätze für eine verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den östlichen Nachbarländern sind zu begrüßen. Es gibt jedoch besorgte Stimmen aus den Entwicklungsländern, die eine Verringerung ihrer Marktchancen durch einen ausgeweiteten Ost-West-Handel befürchten. Es ist deshalb notwendig, sehr sorgfältig darauf zu achten, daß die sich anbahnende Zusammenarbeit in Europa ein Maximum an Impulsen für die Entwicklungsländer abgibt. Wir bitten deshalb die Bundesregierung, konkrete Pläne einer europäischen Zusammenarbeit zugunsten der Entwicklungsländer auszuarbeiten und ihnen hohe Priorität beizumessen. Für eine Aussöhnung in Europa ist eine gemeinsame Friedensleistung bedeutsamer als der Ausgleich von Interessen.

c) Es ist unabdingbar, daß die öffentliche Entwicklungshilfe nicht zurückgeht. Wir fordern die Bundesregierung auf, in ihrer mittelfristigen Finanzplanung erkennbar werden zu lassen, wann sie das von der UNO beschlossene Dekadenziel, 0,7 Prozent des Brutto-sozialprodukts an staatlicher Hilfe zu leisten, zu erreichen gedenkt.

d) Die Rüstungsexporte in die Entwicklungsländer können manche Entwicklungsarbeit in Frage stellen. Die Bundesregierung hat zwar solche Exporte minimalisiert, jedoch nicht prinzipiell unterbunden. Auf dem Umweg über eine rüstungswirtschaftliche Koproduktion in Europa gibt es Absatzwege, die den friedenspolitischen Zielen der Bundesregierung widersprechen. Es sollte ein europäischer Konsensus darüber herbeigeführt werden, daß solche Rüstungsexporte auch über Drittländer unterbunden werden.

e) Die Zustimmung oder Ablehnung des Kakaoabkommens muß bis zum 15. 1. 1973 erfolgt sein. Die Industrienationen sind zwar mit anderen Problemen beschäftigt, doch für einige Entwicklungsländer gibt es kaum größere Weltprobleme als den Abschluß dieses Kakaoabkommens. Ein solches Kakaoabkommen muß begleitet sein von Diversifizierungsmaßnahmen, damit die Entwicklungsländer nicht veranlaßt werden, ihren Export auf wenige Rohstoffe zu beschränken. Es wird auch notwendig sein, erheblichen Einfluß auf die USA auszuüben, dem Kakaoabkommen doch beizutreten, damit eine Markspaltung verhindert wird. Wenn dem Kakaoabkommen die Priorität gegeben wird, die ihm zukommt, dann müßte es möglich sein, die im Wege stehenden Hindernisse zu überwinden, und dem Abkommen beizutreten ...

Die Synode nahm nach eingehender Diskussion im Plenum und den Ausschüssen den folgenden Bericht des entwicklungspolitischen Ausschusses mit Zustimmung entgegen:

1. Die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland sieht durch die ihr vorgelegten Berichte über den Kirchlichen Entwicklungsdienst die Beschlüsse von Berlin-Spandau 1968 bestätigt, nach denen zusätzliche Mittel für die Bekämpfung der Ursachen der Not und des Hungers in den Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas bereitgestellt werden sollten. Sie dankt den Landeskirchen für die schnelle Aufnahme der Beschlüsse, die es ermöglichte, daß bereits 1969 Mittel zur Verfügung standen. Sie bittet die Gliedkirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland, zu prüfen, wie das damals gesetzte Ziel der Steigerung des Entwicklungsbeitrages auf 5 % der Kirchensteuereinnahmen bis 1975, unbeschadet etwa auftretender Schwierigkeiten erreicht werden kann,

Die Synode von Spandau hatte alle Glieder der Gemeinde gebeten, zum Richtsatz ihrer persönlichen Beiträge für „Brot für die Welt“ und andere Sammlungen Mittel in Höhe von mindestens 1 % ihres Einkommens zu machen. Wir wiederholen diese Bitte in dem Bewußtsein, daß wir ohne ein solches Zeichen christlicher Mitverantwortung unserem Zeugnisauftrag in der Welt von heute nicht gerecht werden können.

2. In der Arbeit des Kirchlichen Entwicklungsdienstes hat sich gezeigt, wie notwendig Information, Bewußtseinsbildung und Gewissensschärfung im eigenen Lande sind. Ent-

wicklungsdienst ist nicht nur in Übersee geboten, sondern stellt auch für uns in der Bundesrepublik eine Herausforderung dar.

Hier wie dort ist der Entwicklungsbeitrag eine Aufgabe, die aus der Mitte des christlichen Glaubens kommt und in gesellschaftsbezogenem Handeln wahrgenommen werden muß. In Entfaltung der Spandauer Beschlüsse gehört daher auch das entwicklungspolitische Engagement in der Bundesrepublik Deutschland zu den Aufgaben kirchlichen Entwicklungsdienstes, für das ein stärkerer personeller und finanzieller Einsatz der Landeskirchen und der Evangelischen Kirche in Deutschland erforderlich ist.

Die Entwicklungsverantwortung der Kirche sollte sich in allen ihren Lebensäußerungen, in Gottesdienst, Unterricht, kirchlicher Bildungsarbeit und Gemeindekreisen und überall dort ausdrücken, wo sich Kirche am politischen und gesellschaftlichen Leben beteiligt.

3. Entwicklungshilfe kann heute nur in Partnerschaft zwischen den beteiligten Kirchen und Ländern geschehen. Partnerschaft erfordert von uns, daß wir offen sind für eigenständige kulturelle, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung in den Überseeländern. Es erfordert ebenfalls, daß wir uns von unseren Überseepartnern Fragen zu unserer eigenen Entwicklung stellen lassen und bereit sind, einen ständigen Dialog über ihre und unsere Probleme und Aufgaben zu führen. Kirchliche Hilfe in Übersee soll zum Ziel haben, die Entwicklung zur Eigenständigkeit zu fördern. Wir werden neue Modelle der Zusammenarbeit gemeinsam entwickeln müssen, die die Möglichkeit geben, das Antragsverfahren so zu verändern, daß unseren Partnern ein größerer Anteil an Entscheidung und Verantwortung eingeräumt wird.

Es wird empfohlen, für bestimmte im Gespräch der Partner festgelegte Aufgaben Fonds einzurichten, deren Verfügung in der Freiheit der Empfänger steht und über deren Verwendung die Partner informiert werden. Ein einseitiges Geber-Nehmer-Verhältnis kann auch durch die Verstärkung multilateraler Hilfe abgebaut werden. Bei einer Zusammenarbeit mit Kirchen und kirchlichen Trägerstrukturen ist es notwendig, daß unseren Partnern Mittel zur Verfügung gestellt werden, die sie in die Lage versetzen, ihre kirchlichen Aufgaben angesichts der gesellschaftlichen Entwicklung recht wahrnehmen zu können. Die Zusammenarbeit mit anderen Partnern als den Kirchen wird dadurch nicht ausgeschlossen.

4. Die Christen aus den Entwicklungsländern haben auf verschiedenen ökumenischen Konferenzen betont, daß sie nur einen Entwicklungsbegriff akzeptieren können, der Fragen der Neuordnung weltwirtschaftlicher Arbeitsteilung mit einbezieht. Die Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Uppsala hat diesem Akzent des Entwicklungsthemas, der auch die notwendige Auswirkung der Entwicklungsfragen auf die Wirtschaftsstruktur der Industrienationen umfaßt, besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Es erscheint geboten, in Gesprächen mit Vertretern der Regierung und der Kommunalpolitik, der Gewerkschaften und der Wirtschaft diesen Aspekt der Entwicklungsverantwortung auf die eigenen Verhältnisse zu beziehen und mit dafür Sorge zu tragen, daß notwendige Strukturänderungen im eigenen Land nicht zu vermeidbaren Konflikten und zu einer Diskreditierung der Entwicklungsverantwortung überhaupt führen. Zum Beispiel müßte die Frage erörtert werden, ob Erhaltungssubventionen Umstellungsmaßnahmen verzögern und die Probleme nur vergrößern können.

Schließlich darf nicht übersehen werden, daß es auch Entwicklungsaufgaben innerhalb Europas gibt. Die gegenwärtige Wanderung von Arbeitskräften und die Probleme ausländischer Arbeitnehmer sind dafür ein mahnendes Beispiel.

Es wird vorgeschlagen, daß eine der nächsten Synodaltagungen sich mit den innenpolitischen Folgerungen aus der Entwicklungspolitik befaßt.

5. Durch den Beitritt weiterer Mitglieder ist die Europäische Gemeinschaft eine der größten Wirtschaftsmächte geworden, deren Verhalten von den Entwicklungsländern mit Hoffnung und Mißtrauen beobachtet wird. Schließlich stehen Probleme zur Entscheidung auf übernationaler Ebene an, welche die Zukunftschancen der Entwicklungsländer wesentlich berühren. So geht es zum Beispiel um die Assoziierungspolitik, das Verhältnis der EWG zu Südafrika, um die Umgehung des Verbotes des Waffenexportes etwa durch deutsch-französische Coproduktion von Waffen, um die weltweite Öffnung der Politik des europäischen Entwicklungsfonds, um den europäischen Beitrag zu den 1973 beginnenden

Zollverhandlungen (GATT) und um die Frage, inwieweit die Europäer der Versuchung widerstehen, den sich anbahnenden europäisch-amerikanischen Handelskonflikt auf dem Rücken der Entwicklungsländer auszutragen.

Die Kirchen in den Mitgliedsländern der EWG dürfen die politischen, strukturellen und sozialen Probleme, die auf dieser übernationalen Ebene verhandelt werden müssen, nicht aus ihrer Mitverantwortung ausklammern. Sie sind genötigt, im Interesse der Entwicklungsländer zusammenzuwirken und sich so sachkundig zu engagieren, daß die Verantwortlichen bereit sind, auf ihre Voten zu hören.

6. Der 10. Dezember 1973 ist der 25. Jahrestag der Erklärung der Menschenrechte und gleichzeitig der Beginn eines größeren Programms der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Rassismus. Da der Entwicklungsbegriff Befreiung von rassistischer und sozialer Diskriminierung einschließt, ist dieser Anlaß auch für die Christen von großer Bedeutung. Sie werden aufgerufen, angesichts der Entwicklungs- und Rassenprobleme der heutigen Welt aktiv zur Ausweitung und Konkretisierung der Menschenrechte beizutragen. Im Glauben an Gottes Schöpfung und Heilsabsicht für den Menschen nehmen die Christen die erschreckenden Perspektiven der sich zuspitzenden sozialen und rassistischen Konflikte als Herausforderung, sich aktiv im Rahmen einer Strategie des gemeinsamen Überlebens zu engagieren.

Darüber hinaus faßte die Synode folgende Entschließung:

ZUR ENTWICKLUNGSPOLITIK

1. An die Arbeitsgemeinschaft „Kirchlicher Entwicklungsdienst“

Die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland nimmt den von Präsident Dr. Weeber vorgelegten Bericht „Bilanz der Arbeiten des Kirchlichen Entwicklungsdienstes und der ökumenischen Diakonie“ zum Anlaß, um der Arbeitsgemeinschaft „Kirchlicher Entwicklungsdienst“ für die bisher geleistete Arbeit zu danken und begrüßt die Bemühungen um engere Kooperation der kirchlichen Entwicklungsdienste.

Die Synode empfiehlt,

daß die Arbeitsgemeinschaft „Kirchlicher Entwicklungsdienst“ ein Konzept für entwicklungspolitische Bewußtseinsbildung in den Gemeinden, Landeskirchen und im Bereich der Evangelischen Kirche in Deutschland erarbeitet;

daß die Arbeitsgemeinschaft „Kirchlicher Entwicklungsdienst“ mit der inhaltlichen Vorbereitung einer Synodaltagung über innenpolitische Konsequenzen der Entwicklungspolitik beauftragt wird;

daß zur Erörterung von Grundsätzen der partnerschaftlichen Zusammenarbeit und der Förderungsprioritäten eine Konsultation mit Partnern aus den Entwicklungsländern und Vertretern der ökumenischen Zentralen durchgeführt wird.

2. An die Bundesregierung

Die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland hat sich auf ihrer Tagung im Januar 1973 in Bremen mit Problemen der Entwicklungspolitik befaßt. Sie bittet die Bundesregierung, in ihrer Finanzplanung solche Steigerungsraten für den Entwicklungsetat vorzusehen, die sicherstellen, daß das Dekadenziel, 0,7% vom Brutto-Sozialprodukt an öffentlicher Hilfe zu leisten, in absehbarer Zeit erreicht wird.

In seinem der in Coburg um die Monatswende Mai/Juni 1973 versammelten neuen Synode erstatteten Bericht ging der scheidende Ratsvorsitzende Landesbischof D. Dietzfelbinger auch auf den kirchlichen Entwicklungsdienst ein; er führte aus:

UPPSALA – KIRCHLICHER ENTWICKLUNGSDIENST

... Einer der wirksamsten Anstöße von Uppsala, der tatsächlich auch in der Jugend bis heute starke Resonanz fand, war die Herausstellung der sozialen Weltverantwortung der

Christenheit und für uns die damit zusammenhängenden Beschlüsse der Herbst-Synode von 1968 über den kirchlichen Entwicklungsdienst. Als eine der großen Gemeinschaftsaufgaben innerhalb der EKD hat er mit seinen verschiedenen Gliederungen und Organisationen einen wichtigen Platz gewonnen. Die letzte Synode selber hat ihn als eine ihrer wichtigsten Initiativen angesehen und deshalb auf der abschließenden Synodaltagung in Bremen noch einmal ausführlich durchdiskutiert. Die kürzlich erschienene Denkschrift „Der Entwicklungsdienst der Kirche – ein Beitrag für Frieden und Gerechtigkeit in der Welt“ zeigt den gegenwärtigen Stand der Erwägungen, die sich ja mit den ständig wechselnden Aspekten in der Welt heute auseinanderzusetzen haben. Natürlich gibt es noch Wünsche zur Gesamtordnung des kirchlichen Entwicklungsdienstes, und man kann auch Bedeutung und Erfolg aller Bemühungen unterschiedlich werten. Auch sollen Barmherzigkeit und Gerechtigkeit nicht eines gegenüber dem anderen abgewertet werden, und wir selber sollten uns hüten, etwa von caritativer Mentalität geringschätzig zu sprechen. Wenn die *Liebe* erkaltet, wird die Ungerechtigkeit überhand nehmen! Eines ist auf alle Fälle geschehen: das Verständnis für die Verpflichtung der Christenheit, auch an der menschlicheren Gestaltung der Welt und der Gesellschaft mitzuarbeiten, den Hungernden, Entrechteten und Vergessenen besonders nahe zu sein, für Gerechtigkeit und Frieden einzutreten, wo und wie es möglich ist: dies alles ist mit der Arbeit des kirchlichen Entwicklungsdienstes unter uns gewachsen und hat wohl auch eine Initiativwirkung bis in die gesamte Gesellschaft hinein ausgeübt.

Auch wenn Raumgründe nur einen auszugsweisen Abdruck erlauben, kann die von der Kammer der EKD für Kirchlichen Entwicklungsdienst erarbeitete *Denkschrift „Der Entwicklungsdienst der Kirche – ein Beitrag für Frieden und Gerechtigkeit in der Welt“* hier nicht unerwähnt bleiben, denn nach Form und Gehalt stellt sie wohl einen Höhepunkt der bisherigen Denkschriftenarbeit der EKD dar. Ein sachkundiger Rezensent beurteilt sie folgendermaßen:

Sie enthält sich jeder Provokation; sie liegt theologisch auf einer mittleren Linie; ihre sachlichen Darlegungen gibt sie eher im Stil unterkühlter Distanz; ihre Forderungen zum kirchlichen Entwicklungsdienst und zur allgemeinen Entwicklungspolitik können kaum als unzumutbar abgetan werden. Dennoch ist diese Denkschrift provokatorisch und radikal wie kaum eine andere. Es ist die Provokation der Sache, die hier zur Darstellung kommt. Sozialer und wirtschaftlicher Strukturwandel in den Ländern der Dritten Welt ist ebenso unerläßlich wie ein dementsprechender kostspieliger Anpassungsprozeß in den Industrieländern. Wirksame Entwicklungspolitik kann nicht so nebenbei aus dem Überfluß gemacht werden. Was Fortschritt tatsächlich ist, bedarf einer neuen Klärung.

Wenn die Entwicklungspolitik in eine Krise geraten ist und die mit ihr Befassten der Resignation nahe sind, so liegt dies nicht an einem Mangel an Einsichten und nicht an der Unfähigkeit, das erforderliche technische Instrumentarium zu entwickeln. Es ist die Schwelle der Unbereitschaft, das als richtig Erkannte tatsächlich zu tun und den Verantwortlichen die Verwirklichung zu ermöglichen. Es ist deshalb nur folgerichtig, daß sich diese Denkschrift weniger mit konkreten Forderungen an die verantwortliche Politik als vielmehr an breitere Kreise in Kirche und Gesellschaft wendet. Auch darin ist sie ein verantwortlicher Beitrag zur politischen Verantwortung der Kirche.

Die in vier Hauptteile gegliederte Denkschrift vollzieht eine theologische Grundlegung des Kirchlichen Entwicklungsdienstes, indem sie die Zusammengehörigkeit von Verkündigung, die zum Glauben führt, und Dienst, in dem die Liebe tätig wird, aufweist und auf den Arbeitsbereich kirchlicher Entwicklungshilfe als Dienst an der sozialen Gerechtigkeit im Weltmaßstab möglichst konkret und mit fachlicher Erfahrung anwendet. Wir bringen einige ausgewählte Abschnitte aus der Denkschrift im Wortlaut:

III. ENTWICKLUNGSDIENST IN DER EKD

8. Neue Akzente im Verständnis von Entwicklungspolitik

Spontane Hilfe:

30. Der Kirchliche Entwicklungsdienst in der Evangelischen Kirche in Deutschland begann als spontane Aktion. Im eigenen Wohlstand wurden uns durch die Massenmedien Not und Elend der Menschen in Afrika, Asien und Lateinamerika vor Augen geführt. In dieser Situation erinnerten sich viele Christen in Deutschland der eigenen bitteren Not der Nachkriegsjahre und der Hilfe, die sie damals selbst erhalten hatten. Motive der ersten Aktionen von Brot für die Welt wie auch auf seiten der katholischen Kirche die Aktion Misereor waren daher Dankbarkeit und Hilfsbereitschaft für den leidenden „fernen Nächsten“. Dementsprechend stand anfangs die Katastrophenhilfe im Vordergrund. Bald jedoch wurde der Entwicklungsdienst an dem Grundsatz orientiert, „Hilfe zur Selbsthilfe“ zu leisten. Projekte in den Bereichen von Gesundheit, Bildung und Landwirtschaft sollten so angelegt werden, daß sie den Selbsthilfewillen der Menschen fördern.

Bekämpfung der Folgen statt der Ursachen

31. Im Vergleich zum heutigen Stand der entwicklungspolitischen und theologischen Diskussion bewegten sich Begründung und Zielsetzung damals mehr in den Bahnen einer karitativ bestimmten Ethik. Dabei wurden die sozial-politische Dimension der Diakonie und die zu dieser Zeit bereits lebhaft geführte sozioethische Debatte um den gesellschaftlichen Auftrag der Kirche nicht genügend berücksichtigt. Man hat mit Maßnahmen gegen Hunger, Unwissenheit und Krankheit vorrangig die Folgen der Unterentwicklung zu bekämpfen versucht. Einer Reflexion auf deren Ursache wurde zu wenig Gewicht beigemessen. Außerdem ging man, dem damaligen Stand der allgemeinen entwicklungspolitischen Diskussion entsprechend, von einem auf das Wirtschaftswachstum verengten Entwicklungsverständnis aus, das einer Ausweitung auf andere Bereiche des Lebens bedurfte.

Impulse dazu sind aus dem kirchlichen Bereich lange ausgeblieben.

Gründe der Unterentwicklung

32. Die ökumenische Diskussion hat die Akzente verschoben, seit sie der Frage nachgeht, weshalb ein großer Teil der Menschen in den Entwicklungsländern vom wirtschaftlichen, sozialen und politischen Fortschritt ausgeschlossen ist. Es ist heute nahezu unbestritten, daß die Ursache dafür weitgehend in den Sozial- und Wirtschaftsstrukturen der Entwicklungsländer sowie der Abhängigkeit dieser Länder von den Industriestaaten zu suchen ist. Unterschiede in der wirtschaftlichen Entwicklung der verschiedenen Kulturkreise hat es zwar immer gegeben, der europäische Kolonialismus hat sie jedoch verschärft. Er zerstörte Kulturen in eroberten Ländern, beutete die natürlichen Quellen ihres potentiellen Reichtums für eigene Zwecke aus und machte die Kolonien zu billigen Rohstofflieferanten. Dies sind die Entwicklungsländer bis heute weithin geblieben.

Entwicklungstheoretische Differenzen

33. Einige, insbesondere marxistische Theorien gehen davon aus, daß die Entwicklungsländer von den Industrieländern absichtlich technisch unterentwickelt und wirtschaftlich abhängig gehalten werden. Daher gelte es, sich durch revolutionäre Aktionen aus diesen Abhängigkeits- und Herrschaftsverhältnissen zu lösen und keine weiteren Abhängigkeiten durch Entwicklungshilfe zu schaffen. Andere führen den unterschiedlichen Entwicklungsstand der Völker neben wirtschaftlichen auch auf kulturelle und religiöse Faktoren zurück. Da die historisch bedingten Besonderheiten der einzelnen Länder Tempo und Weg ihrer Entwicklung mitbestimmen, könne keine einheitliche Entwicklungsstrategie entworfen werden. In dieser Tatsache liege ein Teil der großen Schwierigkeiten des Entwicklungsprozesses und der Zusammenarbeit zwischen Industrie- und Entwicklungsländern begründet.

Grundlage des Entwicklungsdienstes in der EKD

34. Für den kirchlichen Entwicklungsdienst ist unbeschadet der andauernden Diskussion eine Grundentscheidung gefallen: Er hat sich der Menschen anzunehmen, die an den Rand ihrer Gesellschaft gedrängt werden und denen niemand hilft. Um ihrer willen arbeitet er mit an der Änderung gesellschaftlicher Verhältnisse. Die Synode der EKD hat 1973 in Bremen erklärt:

„Da der Entwicklungsbegriff Befreiung von rassistischer und sozialer Diskriminierung einschließt, ... [werden die Christen] ... aufgerufen, angesichts der Entwicklungs- und Rassenprobleme der heutigen Welt aktiv zur Ausweitung und Konkretisierung der Menschenrechte beizutragen. Im Glauben an Gottes Schöpfung und Heilsabsicht für den Menschen nehmen die Christen die erschreckenden Perspektiven der sich zuspitzenden sozialen und rassistischen Konflikte als Herausforderung an, sich aktiv im Rahmen einer Strategie des gemeinsamen Überlebens zu engagieren.“

Dabei ist man sich darin einig, daß oft mühsam kleine Schritte geduldig gegangen werden müssen.

9. Struktur und Praxis der Dienste

...

Sektoren und Form der Projekte

42. Die wichtigsten Sektoren des Entwicklungsdienstes sind bisher Gesundheitsfürsorge, Bildung und Ausbildung sowie die Landwirtschaft gewesen. Innerhalb dieser Sektoren haben sich in den letzten Jahren die Hilfsformen gewandelt. So werden im Gesundheitsbereich stärker als früher vorbeugende Maßnahmen gefördert, wie z. B. weit über das Land verstreute Sanitätsstationen und nicht nur größere Kliniken. In Zukunft wird der kirchliche Entwicklungsdienst nicht nur die bisherigen Sektoren fördern, sondern die Partner in der Dritten Welt auch in Bereichen unterstützen müssen, die zunehmend an entwicklungspolitischer Bedeutung gewinnen. Dazu zählen vor allem das Mitwirken bei der Durchführung von Beschäftigungsprogrammen, bei der Verbesserung der Lohnverhältnisse, besonders in den schnell wachsenden Städten, und bei der Familienplanung.

Die kirchliche Entwicklungshilfe sollte sich dadurch qualifizieren, daß sie flexibel auf neue Herausforderungen reagiert und zu unkonventionellen Projekten bereit ist. Dazu ist es erforderlich, daß sie sich für wissenschaftliche Studien wie für die praktische Vorbereitung fachliches Potential zunutze macht.

Folgekostenprobleme

43. Ein besonderes Problem, das sich aus der Projektpolitik ergibt, ist das der Folgekosten: d. h. der Unterhaltskosten für Schulen, Krankenhäuser u. ä. ... Da, wo die Träger nicht über hinreichende Einkünfte verfügen, um derartige Projekte fortzuführen, müssen Wege gefunden werden, ihnen dabei zu helfen, ohne daß hieraus eine andauernde Abhängigkeit entsteht. Noch wichtiger ist es, bei jedem neuen Vorhaben vorher gemeinsam mit dem Partner zu prüfen, welche Folgekosten entstehen und ob sie gedeckt werden können. Ein Weg, diese Problematik zu mildern, kann eine engere Kooperation mit öffentlichen Einrichtungen in Entwicklungsländern sein.

So hat z. B. der Christenrat in Tansania seine Ausbildungs- und Gesundheitsprojekte mit den entsprechenden Plänen des Staates abgestimmt. Allerdings sollte ein solcher Schritt davon abhängig gemacht werden, inwieweit eine Zusammenarbeit mit dem Staat unter Berücksichtigung grundlegender Normen des Völkerrechts und der Menschenrechte verantwortet werden kann. Grundsätzlich bietet eine solche Zusammenarbeit die Möglichkeit, nach erfolgtem Abschluß eines Projektes dieses teilweise oder ganz in die Verantwortung des Staates zu übergeben.

Es ist zu begrüßen, wenn die kirchlichen Werke prüfen, ob solche Vorhaben stärker berücksichtigt werden sollten, bei denen sich das Problem der Folgekosten nicht in gleicher Schärfe stellt. Dies ist auf den Sektoren sozialer Arbeit möglich. Die Werke müssen

dies auch deshalb tun, damit sie neuen Erfordernissen und Initiativen mit freien Mitteln begegnen können.

Probleme der Trägerstrukturen

...

Wirksame Entwicklungspolitik kann nicht nur aus dem Überfluß unseres Wohlstands heraus geleistet werden. Sie erfordert vielmehr einen kostspieligen Anpassungsprozeß.

Soziale Absicherung der Strukturanpassung

57. Allerdings wäre es unrealistisch, anzunehmen, daß die erforderlichen Strukturmaßnahmen etwa in der Landwirtschaft oder in der Textilindustrie kurzfristig und ohne staatliche Hilfe durchgeführt werden können. Grundsatz der diese Anpassung unterstützenden Sozial- und Wirtschaftspolitik sollte es sein, die daraus erwachsenden beruflichen Nachteile und andere sozialen Härten zu reduzieren und durch besondere Anreize die aktive Anteilnahme an den Umstellungsmaßnahmen zu fördern. Dabei ist es wichtig, diesen Anpassungsprozeß frühzeitig einzuleiten und bekanntzumachen.

Langfristig vorbereitende Maßnahmen

58. In diesem Zusammenhang wäre es wünschenswert, wenn die Bundesregierung Mittel für wissenschaftliche, beratende und publizistische Vorbereitung der zu erwartenden Umstellungsaufgaben einsetzen würde. Es bedarf erheblicher Anstrengungen der Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaftler, um zu ermitteln, welche Konsequenzen die neue Arbeitsteilung zwischen den Ländern der Dritten Welt und den Industrieländern für die Wirtschaft und den in ihr Tätigen ergibt. Das betrifft auch die regionalen Entwicklungsprogramme in Bund und Ländern. Sie dürfen sich nicht nur an den Umstellungsaufgaben orientieren, die durch das wirtschaftliche Zusammenrücken in der EWG bedingt sind.

...

IV. THEOLOGISCHE ASPEKTE

12. Christlicher Glaube und Entwicklungsdienst

Offene Zusammenarbeit trotz verschiedener Motive und Ziele

67. Die Kirche ist gehalten, Rechenschaft darüber abzulegen, was der bestimmende Grund für ihre Mitwirkung am Entwicklungsprozeß ist und was ihre Botschaft dazu beiträgt. Sie wird zu bedenken haben, daß in der heutigen Welt durchaus verschiedenartige Motivationen und Intentionen im Entwicklungsbereich vertreten werden. Zusammenarbeit im praktischen Bereich ist auch da möglich und geboten, wo Antriebskräfte und Zielsetzung verschieden sind. Der christliche Glaube hat zwar die westliche Gesellschaft und von ihr ausgehend die Menschheit in mancher Beziehung geprägt und zur Herausstellung der Leitbilder von sozialer Gerechtigkeit, Freiheit und Menschenwürde beigetragen. Doch die biblische Botschaft ist in dieser Hinsicht nicht selten verdunkelt worden. Das Eintreten für Frieden, eine gerechte Ordnung und für gesicherte Menschenrechte hat sich oft von der Kirche getrennt, wurde außerhalb der Kirche überzeugender vertreten und eine Sache säkularer oder antikirchlicher Bewegungen. Dies anzuerkennen ist ein Gebot kritischer Einsicht.

Theologische Begründung der kirchlichen Entwicklungsverantwortung

68. Die Besinnung auf die theologische Begründung der Entwicklungsverantwortung hilft nicht nur der Kirche zur Klärung ihres Standorts, sondern leistet auch einen Beitrag zum Verständnis der Entwicklungsverantwortung überhaupt. Der christliche Glaube findet im entwicklungspolitischen Engagement unter den heutigen Umständen eine entscheidende

Bewährungsprobe. Umgekehrt verweist das entwicklungspolitische Engagement zurück auf ein vertieftes Verständnis dessen, was christlicher Glaube in der heutigen Welt bedeutet.

Der Glaube an den dreieinigen Gott bestimmt grundlegend das Zeugnis der Kirche. Diese Grundlegung ist für die Entwicklungsverantwortung der Kirche von entscheidender Bedeutung. Von der Entwicklungsverantwortung her fällt ein neues Licht auf das, was in der neuen Weltsituation Schöpfung, Versöhnung und Neue Welt theologisch bedeuten.

Gottes Schöpfung und die eine Welt

69. Wenn wir heute von der „Einheit der Menschheit“ reden, erinnert dies auf eine Weise daran, daß der christliche Glaube die Welt als Gottes Schöpfung anerkennt. Faktisch stellt sich diese Welt jedoch nicht als Einheit dar. Sie ist aufgespalten in gegensätzliche Gesellschaftssysteme. Zudem verstärken nationale Vorurteile, Rassegegensätze, wirtschaftliche und politische Machtinteressen die Zerrissenheit dieser Welt. Dies alles übersieht der Glaube an den Schöpferwillen Gottes nicht. Er weiß um die Gefallenheit der Schöpfung. Gott will aber eine in Freiheit und Gerechtigkeit gestaltete Erde. Den Menschen beruft er dazu als seinen Mitarbeiter. Er soll die ihm verliehenen Gaben und Fähigkeiten voll ausschöpfen, um diese Erde für alle bewohnbar werden zu lassen.

Niemals waren die technischen Möglichkeiten zur Verwirklichung dieses Zieles günstiger als jetzt, niemals aber auch wurden sich die Menschen deutlicher dessen bewußt als in der gegenwärtigen atomaren, biologischen und ökologischen Bedrohung der Erde, daß die Gefahr der Selbstzerstörung durchaus im Bereich des Möglichen liegt. Denn immer wieder ist der Mensch der Versuchung erlegen, sich die Erde so zu unterwerfen, als ob er völlig frei und in willkürlicher Selbstsucht über sie verfügen könnte. Wo der Mensch in Überschätzung seiner Möglichkeiten und in selbstsicherer Beschränkung auf eigene Interessen Gottes Auftrag für die Welt und die Mitmenschen außer acht läßt, droht ihm das Gericht.

Man sagt, es bedürfe einer moralischen Anstrengung, um die Bewohnbarkeit der Erde für alle zu gewährleisten. Der christliche Schöpfungsglaube fügt hinzu, daß die Besinnung auf Gott, den Schöpfer, Größe und Grenze des Menschen sowie Maß und Ziel aller Entwicklungsverantwortung bestimmt.

Liebe als Motiv und Sinn des Handelns

70. Die christliche Kirche bekennt die Welt als von Gott geliebte Welt. In Jesus Christus hat er seine Liebe allen Menschen offenbar gemacht. Jesus hat sich auf die Seite der Schuldigen, der Armen, Hungernden und Verfolgten gestellt. Durch seine Vergebung und seine Hilfe hat er den Menschen die Gnade des neuen Anfangs geschenkt und bezeugt, welchen Wert und welche Würde sie vor Gott besitzen. Aus Liebe zu den Menschen hat sich Jesus Christus über alle Feindschaft und Ablehnung, über Vorurteile und Konventionen hinweggesetzt und in seinem Tun Freiheit und Selbstpreisgabe im Dienst am Nächsten gelebt. So ist er von den Angefochtenen und Ausgestoßenen als Befreier erfahren worden. Christen sind aufgerufen, in ihrem Tun in der Welt dieses Handeln ihres Herrn zu bezeugen. Sie werden sich daher besonders auch für jene Menschengruppen einsetzen, die aus politischen, rassischen oder sonstigen Gründen an der Gestaltung ihrer eigenen Zukunft behindert oder gar davon ausgeschlossen sind.

Hoffnung in Aktion

71. Im Kreuz und in der Auferstehung Jesu Christi hat Gott des Menschen Drang zur Selbstbehauptung aufgedeckt und unter das Gericht gestellt. Zugleich hat er das Angebot gemacht, von diesem Zwang befreit zu werden und eine neue Weise des Umganges mit der Welt und den Menschen zu finden. Wer dieses Angebot im Glauben annimmt, wird ermutigt, für andere dazusein, im Mitmenschen seinen Nächsten und nicht seinen Feind zu sehen.

Der Glaube an die vergebende Liebe Gottes gibt den Christen die Kraft, geduldig und zuversichtlich das zu tun, was um Gerechtigkeit und Frieden willen für die Menschen zu

tun geboten ist. Die christliche Kirche bekennt, daß Gott in Christus die mit seinem Reich kommende Erlösung und Neuschöpfung des Menschen verheißen hat. Diese Verheißung eröffnet dem Menschen Zukunft und wirkt sich im Entwicklungsbereich Kirchlichen Dienstes in der Welt unmittelbar aus. In der Gemeinde Christi als der Gemeinschaft der Hoffenden wird Gottes Reich nicht nur als künftiges Ereignis erwartet, sondern als ein Ereignis geglaubt, das in der Gegenwart seinen Anfang nimmt und dadurch Taten der Versöhnung und der Liebe möglich macht. In der Praxis der Gemeinden können und sollen Zeichen der neuen Schöpfung sichtbar werden.

Christen als Anwalt der Gerechtigkeit

72. Diese Hoffnung hat für den Entwicklungsdienst der Kirche Konsequenzen:

Die Christen werden zum Anwalt für Gerechtigkeit in der Welt.

Sie warten nicht, bis die sozialen Probleme im eigenen Volk gelöst sind, ehe sie sich den sozialen Nöten der anderen Völker zuwenden. Sie setzen sich für eine Änderung der Besitzverhältnisse ein, wo diese eine volle Beteiligung aller Bevölkerungsgruppen an der Entwicklung verhindern. Sie wenden sich mit Entschiedenheit gegen Herrschaftsverhältnisse, unter denen Menschen verfolgt oder diskriminiert werden. Sie wehren sich gegen das Profitstreben als einzigen Motor der wirtschaftlichen Entwicklung und verhelfen solchen Maßnahmen zur Geltung, die den Ausgleich zwischen den reichen und armen Völkern erleichtern. Die Christen arbeiten dabei mit allen Menschen, unbeschadet ihrer religiösen, politischen oder weltanschaulichen Überzeugungen, zusammen, die gleiche Ziele verfolgen. Die Kirche ist dabei in dem Maße glaubwürdig, in dem ihre eigene Praxis dem entspricht, was sie von anderen erwartet.

Als Nachwort ist der Denkschrift ein Votum des Katholischen Arbeitskreises „Entwicklung und Frieden“ beigegeben, das die Denkschrift begrüßt und die weitgehende Übereinstimmung der Auffassungen beider Kirchen zum Entwicklungsdienst feststellt.

D. Die Aktion „Brot für die Welt“¹⁰

Die Aktion „Brot für die Welt“ setzte im Berichtsjahr ihre weltweite und vielfältige Arbeit fort. Schwerpunkte waren die bekannten Hunger- und Elendsgebiete in Afrika, Asien und Lateinamerika sowie die Gebiete, wo nach Naturkatastrophen (Dürre, Erdbeben, Überschwemmung) und kriegерischen Auseinandersetzungen Erste Hilfe zu leisten war und Wiederaufbau- und Rehabilitationsmaßnahmen durchgeführt werden müssen: Indochina, der Nahe Osten, die Dürregebiete Afrikas, d. h. die sechs Länder der Sahelzone. Pakistan, Indien, Nikaragua, das Krisengebiet Mindanao auf den Philippinen und Chile hatten die Priorität im Hilfsprogramm der Aktion, für dessen Durchführung Spenden in Höhe von 38 000 000,— DM bei der 14. Aktion 1972/73 und der Sonderaktion „Brot für die Welt hilft Vietnam“ von den Gemeinden zur Verfügung gestellt wurden. In der Vorweihnachtszeit 1973 wurde die 15. Aktion „Brot für die Welt“ 1973/74 mit folgendem Aufruf eröffnet:

10. Vgl. Kirchl. Jahrbuch 1959, S. 138ff.; 1960, S. 177ff.; 1961 S. 42, 96ff.; 1962, S. 101; 1963, S. 104f.; 1964, S. 82f.; 1965, S. 98f.; 1966, S. 168f.; 1967, S. 133; 1968, S. 126f.; 1969, S. 92ff.; 1970, S. 157; 1971, S. 207f.; 1972, S. 206f.

DEN FRIEDEN ENTWICKELN

Unter diesem Motto wenden wir uns auch in dieser Weihnachtszeit wieder an alle evangelischen Christen und die gesamte Öffentlichkeit, die Aktion Brot für die Welt mit großzügigen Spenden zu unterstützen.

Manche unter uns sind der vielen Spendenaufrufe müde geworden. Viele empfinden es als bedrückend, daß noch immer keine durchgreifende sichtbare Änderung der Hunger- und Notsituation für Millionen Menschen in Sicht ist. Aber wir dürfen trotz aller Rückschläge den Einsatz für den Frieden nicht herabsetzen. Im Gegenteil: Wir müssen ihn zusammen mit unseren Partnern in der Welt verstärken! Entwicklungshilfe darf nicht länger eine Sache einiger Experten bleiben, sondern muß das Bewußtsein aller Mitbürger erfüllen; denn es geht um unser aller Überleben! Darum ist es einerseits nützlich und notwendig, daß wir miteinander über Entwicklungshilfe reden, uns informieren und über die Ziele diskutieren. Es ist aber andererseits auch ein Gebot der Stunde, noch mehr Geld zu spenden für Entwicklungsprojekte in Übersee, die den Frieden entwickeln; denn es kann nicht Frieden werden, wenn mehr als die Hälfte aller Menschen am Leben verzweifeln.

Das Vertrauen in die Liebe Gottes, die allen Menschen uneingeschränkt gilt und die uns in Jesus Christus Hoffnung eröffnet, bewahrt uns im Hinblick auf unser eigenes Leben und die Zukunft dieser Welt vor Verzweiflung und Resignation. Wir sollen – wo immer es möglich ist – Zeichen des Friedens setzen. Christus befreit uns, für mehr Gerechtigkeit innerhalb und außerhalb unserer Grenzen einzutreten. Er zeigt uns, daß Barmherzigkeit mehr ist als eine billige Geste des Mitleids. Er läßt uns Zeit und Geld einsetzen und mit Phantasie nach Wegen suchen, die den Ärmsten der Armen berechnete Aussicht auf ein lebenswertes Leben gibt.

Gott hat unsere Welt nicht im Stich gelassen. Darum haben wir kein Recht, uns, unsere Welt und den Frieden in der Welt aufzugeben!

Für die Evangelische Kirche
in Deutschland:

Landesbischof
D. *Helmut Claß*

Für das Diakonische Werk
– Innere Mission und Hilfswerk –
der Evangelischen Kirche
in Deutschland:

Präsident Dr. *Theodor Schober*

Für die Evangelischen Freikirchen:

Bischof
Dr. *C. Ernst Sommer*

Für den Verteilungsausschuß
„Brot für die Welt“:

Direktor *Friedrich Wilhelm von Staa*

E. Kirchliche Erklärungen und Maßnahmen zu Vietnam ¹¹

Der Krisenherd Indochina blieb im Berichtsjahr Gegenstand kirchlicher Sorge und Fürsorge.

Gleich zu Jahresanfang wurde ein vom 29. Dezember 1972 datierter gemeinsamer Appell der Präsidenten des Diakonischen Werkes der EKD und des Deutschen Caritasverbandes zur Beendigung der Kampfhandlungen in Vietnam bekannt:

Seit Jahren leisten das Diakonische Werk und der Deutsche Caritasverband humanitäre Hilfe in Süd- und Nordvietnam. Trotz aller Beschränkungen konnte dadurch Menschen Hilfe zum Überleben und neue Hoffnung gegeben werden. Beide Organisationen setzen auch zur Zeit durch ihre Partner die Hilfsmaßnahmen fort und sind bereit, nach Be-

¹¹ Vgl. Kirchl. Jahrbuch 1966, S. 168ff.; 1967, S. 129ff.; 1968, S. 105ff.; 1972, S. 216.

endigung der offenen Kampfhandlungen verstärkte Beiträge zu Versöhnung und Wiederaufbau in Indochina zu leisten.

Nachdem die Hoffnungen auf einen bevorstehenden Waffenstillstand enttäuscht wurden und das Kriegsgeschehen in unvorstellbarer Härte und Grausamkeit eskalierte, appellieren wir an alle, die für den Vietnam-Krieg verantwortlich sind, sämtliche Kampfhandlungen einzustellen. Weil viele, denen unsere Hilfe in Vietnam gilt, sich nicht verständlich machen können, tun wir es für sie. Wir tun es auch im Namen Jesu, der uns durch Weihnachten ermöglichte, als Versöhnte miteinander zu leben. Was in den letzten Tagen in Vietnam zu unzähligen unschuldigen Opfern geführt hat, erscheint uns durch kein Argument gerechtfertigt. Es kann Christen nur mit tiefer Scham erfüllen. Es geht uns nicht darum, die Schuld der einen Seite gegenüber der der anderen aufzurechnen. Wir können aber als Christen nicht schweigen, wenn gerade Christen Gewalt anwenden, um Frieden zu erreichen. Wir fordern den sofortigen Stop der Bombardierung, die Wiederaufnahme der Verhandlungen und den sofortigen Einsatz einer internationalen Kontrolltruppe. Diesen Appell verbinden wir mit dem Aufruf zur Fürbitte für die Opfer des Krieges.

Für das Diakonische Werk der EKD
Präsident Dr. Th. Schober

Für den Deutschen Caritasverband
Präsident Dr. G. Hüssler

Vor der Anfang Januar 1973 in Bremen tagenden *EKD-Synode* ging der Ratsvorsitzende in seinem Rechenschaftsbericht auf die Lage und Entwicklung der Dinge in Vietnam ein. Die Synode verabschiedete einen Beschluß

ZUR LAGE IN VIETNAM

Die Synode befaßte sich im Anschluß an den Bericht des Ratsvorsitzenden mit den jüngsten Vorgängen in Vietnam, die in aller Welt tiefe Bestürzung ausgelöst haben. Sie ist insbesondere betroffen darüber, daß Flächenbombardierungen dichtbesiedelter Städte als Mittel einer Kriegsführung angewendet wurden, gegen die schon im zweiten Weltkrieg durch die Zerstörung von Städten wie Coventry und Dresden ein so deutliches Mahnmahl aufgerichtet worden ist. Um so dankbarer ist die Synode dem Nationalrat der Kirchen Christi in den USA für seine eindeutige und mutige Stellungnahme vom 21. Dezember 1972 gegen den unbegrenzten Bombenkrieg seines Landes. Die Synode macht sich zugleich den gemeinsamen Appell des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche in Deutschland und des Deutschen Caritasverbandes vom 29. Dezember 1972 zur Beendigung der Kampfhandlungen in Vietnam zu eigen.

Die Synode hofft, daß die inzwischen wieder aufgenommenen Verhandlungen zur endgültigen Beendigung des jahrzehntelangen Krieges und aller seiner Unmenschlichkeiten führen. Sie appelliert an alle Verantwortlichen, auf jeden Versuch zu verzichten, durch Abbruch der Verhandlungen und erneute Eskalation der Kriegsführung einseitige Vorteile bei den Waffenstillstandsbedingungen zu erpressen.

Die Synode bittet das Diakonische Werk und die Gemeinden, schon jetzt Vorsorge zu treffen und weitere Mittel bereitzustellen, um in Nord- und Südvietnam zum Wiederaufbau und zur Versöhnung beizutragen. Sie ruft alle Christen auf, nicht müde zu werden im Gebet um Versöhnung und Frieden und in der Fürbitte für alle vom Kriege Betroffenen.

Auch die konstituierende Tagung der 5. EKD-Synode im Vorsommer 1973 befaßte sich trotz ihrer Inanspruchnahme durch die zu Beginn der neuen Legislaturperiode zu tätigen Wahlen mit der Vietnamfrage. Sie beschloß zur

HILFE FÜR INDOCHINA

Das Diakonische Werk möge fortfahren, zur Behebung menschlicher Not in allen Teilen Indochinas und zum Wiederaufbau solcher Einrichtungen dort, die den Ärmsten dienen, wirksame Hilfen über zuverlässige Träger zu leisten.

Die dafür in den nächsten Jahren sicher in steigendem Maß benötigten erheblichen Finanzmittel sollten durch Sonderkollekten und Sonderzuweisungen der Gliedkirchen im Rahmen des Programms „Brot für die Welt hilft Vietnam“ sowie durch projektbezogene Zuweisungen aus Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes aufgebracht werden.

Auch von Organen von Gliedkirchen und gliedkirchlichen Zusammenschlüssen ergingen Stellungnahmen und Beschlüsse zu Vietnam. Die Kirchenleitung der VELKD gab auf ihrer Sitzung vom 25./26. Januar 1973 laut Pressemitteilung

angesichts des unmittelbar bevorstehenden Waffenstillstandes in Vietnam ... ihrer Hoffnung Ausdruck, daß mit der vereinbarten Waffenruhe der Weg zu einem dauerhaften Frieden in ganz Vietnam eröffnet werde. Zugleich bat sie die Kirchenleitungen der VELKD-Gliedkirchen, durch den Einsatz von Haushaltsmitteln zur Linderung der durch den jahrelangen Krieg entstandenen Not der Bevölkerung in Nord- und Südvietnam beizutragen. Auch die einzelnen Gemeindeglieder wurden aufgerufen, sich mit ihren persönlichen Opfern zu beteiligen. Die Kirchenleitung unterstützte ferner den für Sonntag, 28. Januar, erwarteten gemeinsamen Aufruf der Evangelischen Kirche in Deutschland, der katholischen Kirche in der Bundesrepublik, des Diakonischen Werkes und der Caritas, wahlweise am 18. oder 25. Februar eine Kollekte für Hilfsvorhaben in beiden Teilen Vietnams durchzuführen. Spenden werden erbeten für das Diakonische Werk. Das Diakonische Werk wird stellvertretend für die evangelische Christenheit in der Bundesrepublik die eingegangenen Spenden für den ‚Fonds für Versöhnung und Wiederaufbau in Indochina‘ des Ökumenischen Rates der Kirchen sowie für den ‚Asia Christian Service‘ zur Verfügung stellen.

Die Landessynode der Evangelischen Kirche im Rheinland beschloß am 12. Januar 1973, mit großem Nachdruck die Bundesregierung und alle anderen politisch Verantwortlichen aufzufordern, verstärkt auf eine Beendigung der Bombardements und aller sonstigen Gewalttaten in Vietnam hinzuwirken, und diesen Appell, das Wort der Bremer Synode und den gemeinsamen Aufruf der Präsidenten des Diakonischen Werkes und des Deutschen Caritasverbandes der Öffentlichkeit und den Gemeinden bekanntzugeben.

Zugleich mit den Stellungnahmen und Aufrufen liefen die Vorbereitungen für Hilfs- und Wiederaufbaumaßnahmen der Kirche an. Nach der Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens erging der Aufruf zu einer Sonderaktion „Brot für die Welt hilft Vietnam“, den für die EKD der stellvertretende Ratsvorsitzende Bischof D. Scharf, für die Freikirchen Bischof Dr. Sommer und für das Diakonische Werk Präsident Dr. Schober unterzeichnet hatten:

Durch die Unterzeichnung des Waffenstillstandes ist in Vietnam ein Krieg beendet worden, der annähernd 30 Jahre gedauert hat. Für den Wiederaufbau in Indochina wird auch mit der Hilfe der Kirchen gerechnet. Dies gilt vor allem für Maßnahmen der Rehabilitation jener Bevölkerungskreise, die unter den Wirkungen des Krieges besonders schwer zu leiden hatten: Kinder, Jugendliche, Waisen und Kriegskrüppel.

Die Evangelischen Landes- und Freikirchen wollen durch eine Sonderaktion „Brot für die Welt“ hilft Vietnam“ zu einer Geldsammlung aufrufen. Ich möchte Sie deshalb bitten, eine Sonderkollekte für diese Aktion in den Gottesdiensten Ihres Kirchengebietes am 18. oder 25.2. zu erheben. Über die gliedkirchlich-diakonischen Werke wird ein Informationsblatt und ein Plakat an die Gemeinden verteilt.

Um einen gezielten und koordinierten Einsatz unseres Geldes zu gewährleisten, wollen wir uns den Programmen des Weltkirchenrates anschließen. Es ist Ihnen bekannt, daß das Central Committee des Weltkirchenrates im August 1972 einen „Fonds für Versöhnung und Wiederaufbau in Indochina“ – für die Zeit nach einem Stillstand der Waffen – mit

einem 15köpfigen Verwaltungsrat begründet hat, der für die Konzeption der Programme in Zusammenarbeit mit nationalen und internationalen Gremien verantwortlich ist. Der Direktor der ökumenischen Abteilung des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche in Deutschland gehört diesem Gremium an.

Da zehn Mitglieder des 15köpfigen Verwaltungsrates aus Asien, vornehmlich aus Indochina selbst stammen, ist gewährleistet, daß zur Finanzierung eigenständige und in den vom Krieg betroffenen Regionen selbst entwickelte Maßnahmen vorgeschlagen werden.

Der Krieg in Indochina hat unübersehbar gezeigt, wie stark die Völkerwelt auch in der Gegenwart dem Gesetz der Sünde unterworfen ist. Eine umfassende gemeinsame Hilfe der gesamten Christenheit lasse etwas von der Freiheit aufleuchten, zu der uns die Liebe und die Wahrheit Jesu Christi befreit haben!

Obwohl der Waffenstillstandsvertrag keineswegs die Einstellung der Kampfhandlungen bewirkte, nahm die Kirche die Durchführung humanitärer Hilfs- und Wiederaufbaumaßnahmen in Nord- wie in Südvietnam auf.

F. Kirchliche Erklärungen zum erneuten Kriegsausbruch im Nahen Osten¹²

Der Ausbruch des Jom-Kippur-Krieges löste eine Reihe kirchlicher Stellungnahmen aus:

Über die Sitzung des Rates der EKD und der Kirchenkonferenz vom 11. bis 13. Oktober 1973 berichtet das Communiqué:

Beide Organe befaßten sich eingehend mit den kriegesischen Auseinandersetzungen zwischen dem Staat Israel und den arabischen Staaten Nordafrikas und des Nahen Ostens. Dieser neue Krieg habe die widersprüchliche Weltsituation, in der die Bereitschaft zum friedlichen Abbau von Spannungsherden und die Entscheidung für die Anwendung kriegesischer Gewalt so nahe beieinander liegen, blitzartig erhellt. Daß der Krieg heute kein Mittel der Politik mehr sein könne und dürfe, sei allgemeine Erkenntnis. Daß aber die internationale Politik gegen bessere Einsichten immer wieder auf den Weg blutiger Vernichtung gerate, bringe viele Menschen auf den Weg der Ratlosigkeit und der Verzweiflung. Diese heute weit verbreitete Grundstimmung stelle auch ernste Fragen an die Kraft christlichen Glaubens und kirchlicher Verkündigung. Der Rat bat seinen Vorsitzenden Landesbischof Claß darum, zu diesen Fragen ein Rundschreiben an die Gemeinden und die Pfarrerschaft zu richten.

Unmittelbar vorher hatten die Vorsitzenden des Rates der EKD Landesbischof D. Claß und der Deutschen Bischofskonferenz Kardinal Döpfner folgende gemeinsame Erklärung veröffentlicht:

Die Nachricht vom Wiederaufleben der Kämpfe in Nahost erfüllt jeden, dem der Friede in der Welt am Herzen liegt, mit Sorge und Trauer. Die Überzeugung, daß politische Konflikte sich heute nur auf friedlichem Wege lösen lassen, hat bei vielen Schaden genommen.

Wir bitten alle, die sich für eine friedliche Lösung des Konfliktes im Nahen Osten einsetzen, in ihrem Bemühungen nicht nachzulassen. Mögen sie nun eine größere Unterstützung als bisher in den beteiligten Ländern und in der Weltöffentlichkeit finden.

Jeder Christ ist aufgerufen, darum zu beten, daß der wieder in blutigen Kampfhandlungen aufgebrochene Konflikt möglichst bald unter die Kontrolle politischer Vernunft gerät. Wo immer Menschen durch diesen Konflikt in Not geraten, sind Christen in der Bundesrepublik Deutschland bereit, alles ihnen mögliche zur Linderung der Not zu tun.

12. Vgl. Kirchl. Jahrbuch 1967, S. 125ff.

Mit einem Rundschreiben vom 17. Oktober 1973 wandte sich der Vorsitzende des Rates der EKD Landesbischof D. Claß an die Glieder der Kirchengemeinden in der EKD:

Der Krieg im Nahen Osten hat überall Schrecken und Ratlosigkeit ausgelöst. Er zeigt, wie nahe die Bemühungen um eine beständige Friedensordnung in der Welt und die Möglichkeiten militärischer Auseinandersetzungen beieinanderliegen. Die Frage ist bedrängend, ob der bisherige Einsatz für den Frieden in der Welt konsequent und umfassend genug war.

Als Christen sind wir von diesem neuen Krieg besonders betroffen. Er wird um das Land geführt, in dem Gott seine Geschichte mit Juden und Christen begonnen hat, in dem die Propheten den Willen Gottes bezeugten und in dem Jesus Christus für Menschen aus allen Völkern und Rassen gestorben ist. In diesem Land sind durch Jahrtausende Glauben und Anfechtung, Macht und Ohnmacht, Schuld und Vergebung erfahren worden.

Wir dürfen nicht übersehen, daß auch wir Deutschen Anlaß zu der Gründung des Staates Israel vor 25 Jahren gegeben haben. Es sollen gegenwärtig eine Million Menschen in Israel leben, welche direkt oder auf Umwegen dorthin verschlagen wurden, weil sie der Terror des Nationalsozialismus und eine anti-semitische Ideologie vertrieben und verängstigt haben. Daher sind viele in unserem Volk immer wieder für das Daseins- und Lebensrecht des neuen Staates Israel eingetreten. Andererseits fordern auch arabische Völker auf Grund ihrer Geschichte das gleiche Recht. Darum ist es unumgänglich, daß der Staat Israel und die arabischen Staaten sich verständigen. Sie müssen Grenzen festlegen und diese rechtlich garantieren. Ein Krieg löst diese Aufgabe nicht.

Die Auseinandersetzungen im Nahen Osten erhellen blitzartig die tatsächliche Weltsituation. Die Unfähigkeit der Völker und ihrer Organisationen, das Überleben der Menschheit angesichts einer drohenden Weltkatastrophe zu sichern, legt sich lähmend auf viele. Sie resignieren und sagen, es sei in dieser Welt doch nichts zu erreichen. Es sei sinnlos, an die Vernunft zu appellieren. Aller guter Wille, der Einsatz unzähliger Menschen und ihr ganzer Eifer seien letztlich doch vergeblich. Jedermann wisse, daß heute nicht der Krieg, sondern der Friede der Ernstfall sei. Dennoch folge ein Krieg dem anderen.

In einer solchen Stunde großer Ratlosigkeit und Angst wird offenbar, wie unausweichlich wir auf den Glauben zurückgeworfen sind. Und zwar auf einen Glauben, der nicht auf die Vernunft der Menschen und nicht auf ihr Werk vertraut. Freilich erfahren wir gegenwärtig auch die Tiefen des Zweifels. „Wo ist nun dein Gott?“ – das fragen nicht nur die Spötter, sondern das fragen wir uns selbst und erleiden dabei etwas von Gottes Verborgenheit. Sollte dies wirklich die letzte, schreckliche Erfahrung sein, die wir mit Gott machen?

In dieser Anfechtung müssen wir „wegsehen auf Jesus“ (Hebr. 12,2). Jesu Kreuz ist nach wie vor über der Welt aufgerichtet. An ihm vorbei wird die Menschheit weder Gerechtigkeit noch Frieden erringen können. Dieses Kreuz ist ein Zeichen der Erfahrung der tiefsten Verborgenheit Gottes und ist uns zugleich von Gott zum Zeichen der Versöhnung gemacht. Darum ist uns aufgegeben, unter dem Kreuz Jesu Christi auszuharren und unseren Weg in der Nachfolge unseres Herrn weiterzugeben, bis Gott sein Heil anbrechen läßt.

Wir haben keinen Grund, von der Zuversicht abzulassen, daß aus unserem Gebet Frieden erwächst und daß unsere Stimme und unsere Tat, so weit sie reichen, der Gerechtigkeit dienen können. Darum wagen wir es als Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland, die Glieder unserer Gemeinden zu bitten:

Unbeirrbar zu glauben, daß Gott der Herr der Geschichte ist und bleibt, unbeirrbar zu lieben, gerade dort, wo Haß und Sünde herrschen,

unbeirrbar zu hoffen, auch dort, wo menschlich gesehen nichts zu hoffen ist, unbeirrbar im Gebet beider zu gedenken: Der vom Krieg Betroffenen und der für ihn Verantwortlichen,

unbeirrbar Schritte des Friedens zu tun, wo immer sie uns möglich sind, gemäß der biblischen Weisung: „Schaffet Frieden in euren Toren“ (Sach. 8,16).

In Namen des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland grüße ich Sie

(gez. Unterschrift)

Erneut befaßte sich der Rat der EKD in seiner Sitzung am 7./8. Dezember 1973 laut Kommuniké eingehend

mit dem Konflikt zwischen dem Staate Israel und den arabischen Staaten. Auf's neue werde deutlich, daß eine begrenzte kriegerische Auseinandersetzung in der Welt von heute die Gefahr einer großen Katastrophe der Völker heraufbeschwöre. Es gelte, alle diejenigen Kräfte auf beiden Seiten zu unterstützen, die einen neuen militärischen Zusammenstoß verhindern wollen. Um der Schwere dieses Konfliktes und seiner Tragik gerecht zu werden, müsse man erkennen, daß hier nicht Recht gegen Unrecht, sondern Recht gegen Recht stehe; für beide Seiten sei das Land Palästina ein Kernland ihrer Geschichte, so wie die Stadt Jerusalem für beide eine entscheidende religiöse Bedeutung habe. In dieser Lage müsse besonders an die beiden großen Weltmächte appelliert werden, ihre Verantwortung für die Sicherung des Friedens wahrzunehmen. Gegenüber manchen Erwartungen betonte der Rat, es könne nicht Aufgabe der Kirche sein, in einer derartig komplizierten, von vielen Faktoren bestimmten Konfliktlage ins einzelne gehende politische Auffassungen zu vertreten. Die Kirche sei es aber dem jüdischen Volk und seiner Geschichte mit ihren schweren Katastrophen schuldig, für eine Garantie der Existenz des Staates Israel mit Nachdruck einzutreten. Die politischen und territorialen Bedingungen für die sichere Fortexistenz Israels müssen im einzelnen in einer Friedenskonferenz ausgehandelt werden, so daß sie für alle Beteiligten zumutbar sind.

Der Rat begrüßte es, daß zwischen Israel und Ägypten der Gefangenenaustausch durchgeführt werden konnte. Der damit bekundeten Bedeutung der Menschlichkeit für die Lösung politischer Konflikte müsse für alle Sachfragen Geltung verschafft werden.

Auch aus den Gliedkirchen und den gliedkirchlichen Zusammenschließungen ergingen Erklärungen und Stellungnahmen, von denen hier – stellvertretend für eine größere Zahl von Verlautbarungen – einige mitgeteilt seien.

Der Rat der *Evangelischen Kirche der Union* (Westbereich) äußerte auf seiner Novembersitzung 1973 „ernste Sorge darüber, daß in Westeuropa um der eigenen Existenzsicherung willen eine zunehmende Gefährdung Israels in Kauf genommen werden könnte“.

Am 9. Oktober 1973 richtete der *Berliner* Bischof D. Scharf ein Rundschreiben an die kirchlichen Amtsträger in Westberlin, dem als Anregung Formulierungen für Fürbittengebete beigelegt waren.

Der neu entbrannte Nahostkrieg trifft auch uns wieder unausweichlich. In den letzten Jahren haben wir Christen uns vielfältig auf Informationsreisen, in Diskussionen, durch Lektüre einschlägiger Publikationen und in Stellungnahmen mit der Lage im Nahen Osten beschäftigt. Dabei sind die Meinungen hart aneinander geraten zwischen denen, die in erster Linie um die Existenz Israels in sicheren Grenzen besorgt waren, und denen, die besonders für das Recht der Palästinenser glaubten eintreten zu sollen.

Zum Jahrestag von München wurde eine ökumenische Gedenkstunde in unserer Stadt unter dem Thema „Überwindung von Terror und Gewalt“ gehalten. Die Hoffnungen unseres ganzen Volkes richteten sich auf Frieden.

Jetzt sind wir wieder zurückgeworfen auf einen Punkt, an dem alle Bemühungen um eine Lösung des Konflikts vergeblich und ausweglos erscheinen. Hoffnungen auf eine friedliche Entwicklung in unserer Welt sind nach den Ereignissen in Chile und Indochina und in den Hungergebieten Indiens und Afrikas nun auch im Nahen Osten bitter enttäuscht. Sollen wir resignieren? Wir dürfen damit rechnen, daß auch der neue Krieg Gottes Friedensziel nicht aufheben kann.

Der Ausbruch der Kriegshandlungen geschah am großen jüdischen Versöhnungstag, an dem wie überall, wo Juden wohnen, in Israel und in Jerusalem so gebetet wurde:

„Sie Sünde, die wir vor dir begangen haben durch Abwerfen des Joches,
Die Sünde, die wir vor dir begangen haben im Urteil,
Die Sünde, die wir vor dir begangen haben durch Verfolgung des Nächsten,
Die Sünde, die wir vor dir begangen haben, indem unsere Füße zum Bösen eilten,
Die Sünde, die wir vor dir begangen haben durch unbegründeten Haß,
Die Sünde, die wir vor dir begangen haben mit anvertrautem Gut,
Die Sünde, die wir vor dir begangen haben im Taumel des Herzens,
Alles, o Gott der Verzeihung, verzeihe uns, vergib uns, sühne uns!
Es seien zum Wohlgefallen die Worte meines Mundes und das Sinnen meines Herzens
vor dir, Ewiger, mein Fels und mein Erlöser. Der da Frieden stiftet in seinen Himmels-
höhen, er wird auch Frieden bereiten uns und ganz Israel; sprecht: Amen!“

In das Gebet um Vergebung, Versöhnung und Frieden stimmen wir ein. Wir sind, wie es der Ökumenische Rat der Kirchen nach dem Sechstagekrieg 1967 gesagt hat, zu „Agenten der Versöhnung“ berufen. Wir müssen uns prüfen, ob die Versöhnungszeichen, die wir gegeben haben, deutlich genug waren. Wir müssen unsere Betroffenheit so vor Gott bringen, daß Phantasie für unseren Versöhnungsdienst geweckt wird und der Friede der anderen uns nicht weniger wichtig ist als der eigene.

Selbst wenn die Kampfhandlungen eingestellt werden, so ist damit der Friede wieder in weitere Ferne gerückt.

Darum sind alle Gemeinden und alle Menschen auch in unserer Stadt dringend gebeten um Gedanken und Taten des Friedens, um Zeichen der Versöhnung, um unablässige Fürbitte.

Wir bitten auch Aufrufe zur Hilfe für die Opfer des Krieges tatkräftig zu unterstützen.

Die vom 13. bis 18. Oktober 1973 tagende Regionalsynode West der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg faßte nachstehenden Beschluß:

Die Synode schließt sich der Bitte des Bischofs an, daß von Deutschland aus geschehen möge, was in unserer Macht steht, um auf friedliche Weise dazu zu helfen, daß der Staat Israel in gesicherten Grenzen frei zu existieren vermag.

Unsere Geschichte ist mit der des Judentums vielfältig und vor allem durch die schwere Schuld der nationalsozialistischen Epoche verflochten. Als Christen wissen wir uns durch den Juden Jesus von Nazareth mit den Juden besonders verbunden. Daher müssen wir dafür eintreten, daß Israel endlich Frieden findet. Unsere Geschichte und Erfahrung lehren uns jedoch auch, daß nur dann ein gerechter Friede möglich ist, wenn es gelingt, durch die Überwindung von Angst und Haß zu einer Zusammenarbeit Israels mit seinen Nachbarstaaten zu kommen und den palästinensischen Flüchtlingen wieder eine Heimat zu geben.

In diesem Sinne schließen wir uns der Hoffnung des Bischofs an, daß Israel in der engen Völkergemeinschaft seiner Nachbarn und in der großen menschheitlichen Gemeinschaft seinen spezifischen kulturellen, sozialen und religiösen Beitrag zu geben vermag zum Vorteil und zum Segen aller Nationen der Erde.

Es blieb jedoch nicht bei verbalen Erklärungen, vielmehr beschlossen die kirchlichen Hilfsorganisationen d.h. das Diakonische Werk der EKD und der Deutsche Caritas-Verband unmittelbar nach Ausbruch der Kampfhandlungen, ihre Hilfe für die Länder des Nahen Ostens zu verstärken, um die Folgen des grausamen und mit modernsten Waffen geführten Krieges, unter denen vor allem Frauen, Kinder und alte Menschen zu leiden hätten, etwas zu mildern. Der Spendenaufruf blieb nicht ohne Echo aus den Gemeinden.

G. Kirchliche Stellungnahmen zu den Ereignissen in Chile

Selbstverständlich konnte im Jahr der Menschenrechte die Kirche an den Vorgängen in Chile nicht wort- und tatenlos vorübergehen. Der Rat der EKD ließ sich aus erster Hand eingehend unterrichten, und mehrere Landessynoden faßten Entschließungen.

Die *Regionalsynode Berlin-West* beschloß auf ihrer Novembertagung:

Die Synode stellt fest, daß sie zu Ereignissen wie in Chile nicht schweigen darf.

Besonders besorgt ist die Synode angesichts der Mitteilung der evangelisch-lutherischen Kirche Chiles über Diffamierungskampagnen in der Bevölkerung, über Verletzungen grundlegender Menschenrechte durch Verfolgung, Folterung und Hinrichtung politischer Gegner sowie über die materielle Not der Bevölkerung.

Die Synode begrüßt die Hilfsmaßnahmen des Weltkirchenrats und der evangelisch-lutherischen Kirche Chiles. Sie unterstützt diese Bemühungen, indem sie aufruft zur Fürbitte für alle Opfer der politischen Entwicklung in Chile, gleichgültig auf welcher Seite sie stehen und gestanden haben, zur Hilfe durch Spenden, zur Bereitstellung von Wohnraum für Flüchtlinge aus Chile, zum Angebot von Arbeitsplätzen und zur Übernahme von Patenschaften.

Die Synode befürwortet die Bemühungen von Berliner Gemeinden, ihre Glieder über die bestehende Not zu informieren. Die Kirchenleitung wird gebeten, das vorhandene kirchliche Informationsmaterial dafür zur Verfügung zu stellen.

Die Anfang Dezember tagende Kirchensynode der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau konnte aus Zeitgründen einen Initiativantrag von 33 Synodalen, die Bundesregierung aufzufordern, sie möge das Aufnahmeverfahren für Flüchtlinge in chilenischen Lagern schnell und großzügig handhaben, nicht mehr behandeln und zu einem entsprechenden Beschluß verdichten, er wurde aber durch den Kirchenpräsidenten der Bundesregierung als Willenserklärung zugeleitet.

Auch die Landessynode der Evangelischen Kirche in Westfalen, die anläßlich des 25jährigen Bestehens der Proklamation der Menschenrechte eine Mahnung zur Buße und Neubessinnung an die Christen richtete, nahm auf die Ereignisse in Chile Bezug.

Der Präsident des Diakonischen Werkes der EKD Dr. Schober appellierte an den Chef der chilenischen Militärjunta, „alle Maßnahmen zu ergreifen, um Repressalien und Gewalt in Chile zu verhindern, den politischen Gefangenen die Einhaltung der Menschenrechte der Charta der Vereinten Nationen zu garantieren und ihnen die Ausreise zu bewilligen“. Zugleich stellte das Diakonische Werk der chilenischen Kirche Geldmittel für die politischen Flüchtlinge zu Verfügung.

Einen Spendenaufruf erließ auch die Aktion Sühnezeichen.

H. Kirchliche Stellungnahmen zur Situation in den portugiesischen Kolonien

Besorgt verfolgte die Kirche die Entwicklung in den portugiesischen Kolonien Angola, Mozambique und Guinea-Bissau. Die „Gemeinsame Konferenz der Kir-

chen für Entwicklungsfragen“, eine evangelisch-katholische Einrichtung, verabschiedete Mitte September 1973 eine Verlautbarung zur Situation in den portugiesischen Afrikagebieten:

Die Gremien der Gemeinsamen Konferenz der Kirchen für Entwicklungsfragen (GKKE) haben sich auf einer Sitzung in Bonn mit Berichten und Informationen befaßt, die in letzter Zeit in der Öffentlichkeit und in den Gemeinden über die Situation und über Einzelvorgänge in den portugiesischen Überseegebieten Angola, Mozambique und Guinea-Bissau verbreitet wurden.

Die Berichte enthalten Angaben, Behauptungen und Vorwürfe, die sich oft widersprechen. Die Diskussion darüber wird vielfach emotional geführt und läßt oft jegliche Bereitschaft vermissen, andere Standpunkte und Urteile anzuhören. Was ein kirchliches Engagement in diesen Fragen betrifft, so wird eine Darstellung der Situation sowie der politischen Probleme der portugiesischen Afrikagebiete darauf Rücksicht nehmen müssen, daß auf beiden Seiten in dieser Auseinandersetzung Christen leben und Kirchen tätig sind, deren Informationen und Urteile einzuholen und deren Überzeugungen zu achten sind.

Die Gemeinsame Konferenz der Kirchen für Entwicklungsfragen, in der die Entwicklungsgremien der evangelischen und katholischen Kirche in der Bundesrepublik Deutschland zusammenarbeiten, wird sich um Gespräche bemühen, bei denen die Informationen und Argumente beider Seiten zu Wort kommen. Sie hofft auf diese Weise zur Versachlichung der Diskussion und zu einer differenzierteren Beurteilung dieser Problematik beizutragen. Die Konferenz ist sich darüber klar, daß kurzfristig keine Minderung der Gegensätze zu erreichen sein wird. Sie betont jedoch die Verantwortung der christlichen Kirchen, zu einem Abbau der Spannungen und zu einer gerechten Lösung des Konflikts beizutragen.

Bei ihren Gesprächen wird die Gemeinsame Konferenz der Kirchen davon ausgehen, daß sich die Kirchen für die Wahrung und Verwirklichung der Menschenrechte sowie für die Förderung sozialer Gerechtigkeit verwenden müssen. Die Gemeinsame Konferenz spricht sich nachdrücklich auch für das Recht der afrikanischen Völker auf Selbstbestimmung und für eine nachhaltige Besserung ihrer sozialen Lage aus.

Es besteht jedoch auch innerhalb der Kirchen keine einhellige Meinung darüber, auf welchem Weg diese Ziele erreicht werden sollen und können. In erster Linie kommt es den Konfliktparteien selbst zu, den Frieden zu bestimmen. Die Gemeinsame Konferenz glaubt allerdings, vor einer Eskalation von Gewalt gegen Gewalt warnen zu sollen, die zur weiteren Verhärtung der Fronten führt. Vor allem verurteilt sie jeglichen Terror, gleich von welcher Seite er angewandt wird. Ohne sich ein endgültiges Urteil anmaßen zu wollen, hält es die Gemeinsame Konferenz für notwendig und möglich, auf dem Weg des friedlichen Wandels der gesellschaftlichen und staatlichen Verhältnisse der schwarzen Bevölkerung zu ihrem Recht zu verhelfen. Eine Lösung des Konflikts wird die Rechte aller Beteiligten, auch die der weißen Bevölkerung zu achten haben.

Die Gemeinsame Konferenz der Kirchen für Entwicklungsfragen wird sich ihrerseits dafür einsetzen, daß eine friedliche Änderung der Verhältnisse zugunsten der schwarzen Bevölkerung auch von den Kirchen nachhaltiger als bisher gefördert wird.

In Zusammenarbeit mit anderen kirchlichen Gruppen rief die ökumenische Projektgruppe der Evangelischen Akademie Arnoldshain dazu auf, den 23. September 1973 als „Angola-Sonntag“ zu begehen, wobei das Stichwort Angola für die Situation von ca. 36 Millionen schwarzer Afrikaner steht, denen sechs Millionen Weiße Selbstbestimmung und Gleichberechtigung verweigern. Aufgabe und Ziel des Angola-Sonntags sollte sein, die Gemeinden in Gottesdiensten und anderen Veranstaltungen über den Unabhängigkeitskampf der portugiesisch beherrschten Gebiete Afrikas zu unterrichten, Hintergründe zu verdeutlichen und kleine Schritte zum Handeln aufzuzeigen. Umfangreiches Informations- und Arbeitsmaterial wurde bereitgestellt und versandt. Die Anregung fand in den Glied-

kirchen unterschiedliche Aufnahme, wurde aber in zahlreichen Gemeinden befolgt.

e) Vom innerpolitischen Dienst der Kirche an Frieden, Recht und Gerechtigkeit

A. Zur Diskussion über das Verhältnis von Staat und Kirche

Als 1918 mit dem Ende der Monarchie auch das landesherrliche Kirchenregiment entfiel, verband die Weimarer Reichsverfassung das Verbot einer Staatskirche mit einem System modifizierter Trennung von Staat und Kirche und eröffnete allen Religionsgemeinschaften und Weltanschauungsvereinigungen einen freien Raum zu eigenständiger Entfaltung. Nach der Katastrophe von 1945 kam es – leider – nicht zu einer grundsätzlichen Neuordnung; man begnügte sich mit einer Neuformulierung des Schulartikel (Art. 7 GG) und im übrigen mit einer weitgehenden Übernahme der in der Weimarer Reichsverfassung getroffenen Rechtsnormen und -formen.

Inzwischen hat sich – wie Professor Dr. Scheuner, Bonn, in einem in den Lutherischen Monatsheften (1973, S. 76ff.) veröffentlichten Aufsatz „Kirchen im demokratischen Staat. Was folgt aus dem weltanschaulichen Pluralismus?“ ausführt – ein gewisser Abstand zwischen der rechtlichen Normierung und dem Fortgang der tatsächlichen Entwicklung ergeben. Zwar ist der formale Rechtsbestand, vor allem im Grundgesetz, unerschüttert. Aber es vollziehen sich in der Anschauung des Staates, vor allem aber in den gesellschaftlichen Verhältnissen Wandlungen, die dies rechtliche Bild in Frage stellen. Gerade auch von kirchlicher Seite selbst wird die überkommene Regelung in manchen Punkten kritisch betrachtet und das traditionelle Bild des Verhältnisses von Kirche und Staat in Zweifel gezogen. Die Situation des Staatskirchenrechts in der Gegenwart erscheint somit „durch eine eigentümliche Paradoxie gekennzeichnet. Wir können von einem relativen Stillstand im rechtlichen Bestande und einer starken Bewegung in den zugrundeliegenden Anschauungen und geistigen Strömungen sprechen“. Von daher ist es verständlich, daß seit einiger Zeit, mit besonderer Intensität im Berichtsjahr, außerhalb und innerhalb der Kirche Kritik an dem im Grundgesetz der BRD geregelten Verhältnis von Staat und Kirche geübt wird. Während aber bisher die Frage des Verhältnisses von Kirche und Staat überwiegend von der Kirche kritisch reflektiert und in Bewegung gehalten wurde, ist die Diskussionslage im Jahre 1973 dadurch gekennzeichnet, daß die Kirche von außen her (Staat, Parteien, Gesellschaft) nach ihrer Stellung in Staat und Gesellschaft gefragt wurde.

Nachdem die nordrhein-westfälischen Jungdemokraten mit einer ähnlichen Entschließung vorangegangen waren, verabschiedete am 28. Januar 1973 die Bundeskonferenz der Jungdemokraten eine Thesenreihe, die faktisch die völlige Trennung von Kirche und Staat zum Ziel hat. Im einzelnen forderten die Thesen:

I. Im Bereich des öffentlichen Rechts

1. Die Kirchen sind von öffentlich-rechtlichen Körperschaften in privatrechtliche Institutionen umzuwandeln und den allgemeingültigen vereinsrechtlichen Bestimmungen zu unterwerfen. Die Möglichkeit, Mitglied der Kirchen zu werden, ist an das Erreichen der Religionsmündigkeit zu knüpfen.
2. Das staatliche Kirchensteuereinzugsverfahren ist zu beseitigen, da es nach Ansicht der Deutschen Jungdemokraten mit dem Grundsatz der Trennung von Kirche und Staat nicht zu vereinbaren ist.
3. Die Kirchenverträge und Konkordate sind aufzukündigen, da diese Abkommen bestimmte Bekenntnisse privilegieren und damit gegen das Gebot weltanschaulicher und religiöser Neutralität verstoßen.
4. Das Grundgesetz und die Landesverfassungen sind daraufhin zu überprüfen, inwieweit sie dem Grundsatz der weltanschaulich-religiösen Neutralität entsprechen. Bestimmungen, die diesem Grundsatz widersprechen, sind zu streichen.
5. Die auf historischen Rechtstiteln beruhenden Staatsleistungen an die Kirchen (z.B. auf Grund der Säkularisierung von Kirchenvermögen im 19. Jahrhundert) sind zu beenden.
6. Das im Personenstandsgesetz verankerte Recht zur Befragung nach der Konfession bei Personalangelegenheiten ist zu streichen, da dies im Widerspruch zum eindeutigen Wortlaut der Verfassung steht: „Niemand ist verpflichtet, seine religiöse Überzeugung zu offenbaren.“ (Art. 136, Abs. 3, Satz 1 Weimarer Verfassung in Verbindung mit Art. 140 GG).
7. Alle Gesetze sind von moraltheologischen und religiös motivierten Bestimmungen zu befreien (z.B. im Strafrecht Gotteslästerung, Teile des Sexualstrafrechts).
8. Auf die Verwendung sakraler Symbole und Formeln (Kruzifix, Eid) ist im Bereich aller staatlichen Institutionen (z.B. Gericht, Schule) zu verzichten.

II. Im Bereich staatlicher und gesellschaftlicher Institutionen

1. Die religiös und weltanschaulich neutrale Gemeinschaftsschule ist als staatliche Regelschule in allen Bundesländern und Landesteilen einzuführen.
2. Art. 7 des Grundgesetzes ist dahingehend zu ändern, daß Religionsunterricht kein Lehrfach an staatlichen Schulen ist.
3. Die bevorzugte staatliche Förderung konfessioneller Bildungseinrichtungen und Ausbildungsstätten ist einzustellen.
4. Die theologischen Fakultäten sind aus den Universitäten auszugliedern und in den Bereich eigenfinanzierter privater kirchlicher Ausbildungsstätten zu verweisen, da die organisatorische und finanzielle Unterstützung von Geistlichen nicht Sache des Staates ist und die Ausbildung an den Universitäten ausschließlich auf wissenschaftlicher Basis zu erfolgen hat. Religionswissenschaftliche Abteilungen der philosophischen Fakultät an den Universitäten haben die Aufgabe, sich kritisch mit Voraussetzungen, Wirkungen, Ideologien und den wissenschaftlichen Gegenständen der Religionen auseinanderzusetzen.
5. Finanzierungshilfen und Zuschüsse des Staates an die Kirchen sind künftig nicht mehr zu gewähren, sofern sie nicht nach den allgemeinen Grundsätzen der Gemeinnützigkeit vergeben werden.
6. Die Erfüllung der sozialen Aufgaben muß sich nach staatlich anerkannten, demokratisch kontrollierten und legitimierten Kriterien richten, die sich allein an den Bedürfnissen der Bevölkerung nach optimaler Versorgung orientieren. Eine an diesen Grundsätzen ausgerichtete und speziell ausgebildete und von hauptberuflichen Kräften ausgeübte Sozialfürsorge gewährleistet eine humanere Betreuung als eine auf ideologischen Einfluß bedachte Caritas. Auf dem Gebiet der Spezialleistungen folgt daraus der Vorrang der staatlichen Sozialhilfe (Abbau des geltenden Subsidiaritätsprinzips). Übergangsweise sind die Kontroll- und Prüfungsrechte des Staates in diesem Bereich wesentlich zu erweitern. Im Zuge der Abschaffung der staatlichen Kirchensteuer ist eine Sozialsteuer in Höhe von ca. 50% des bisherigen Kirchensteuersatzes einzuführen. Diese zweckgebundene Steuer ist unmittelbar dem Steueranteil der Kommunen zuzuweisen. Die Kommunen werden hiermit in die Lage versetzt, den bisher von den Kirchen übernommenen finanziellen Anteil bei Investitionen im sozialen Bereich zu übernehmen.

7. Die staatliche Institutionalisierung von Militärseelsorgern und -gottesdiensten ist zu beseitigen.

8. Hinsichtlich ihrer Befreiung vom Wehrdienst sind Geistliche nach den für jeden Bürger geltenden Kriterien zu beurteilen, da ihre bisherige Privilegierung einen Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz darstellt.

9. Die besondere Repräsentation der Kirchen in öffentlichen Entscheidungsgremien und anderen Organen (z.B. Rundfunkräte, Schulausschüsse, Jugend- und Sozialausschüsse u.a.) ist aufzuheben, soweit sie nicht innerverbandlich demokratisch legitimiert ist.

Diese Entschließung war nicht mit den leitenden Gremien der F.D.P. abgestimmt, und auch führende F.D.P.-Politiker distanzieren sich von ihr. Innerhalb der Partei bewirkte sie aber immerhin die Einsetzung eines Sonderausschusses, der sich mit dem Verhältnis von Kirche und Staat befassen sollte. Am 23. August 1973 veröffentlichte dieser ein Grundsatzpapier „Freie Kirche im freien Staat – Thesen zum Verhältnis von Kirche und Staat“, das innerhalb und außerhalb der Kirche erhebliches Aufsehen und eine nicht geringe Unruhe erregte:

FREIE KIRCHE IM FREIEN STAAT

Thesen zum Verhältnis von Staat und Kirche

Ziel liberaler Politik ist die Sicherung und Erweiterung der Freiheit. Hierzu gehören entscheidend die gerade auch vom Liberalismus erstrittene Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit sowie das Recht auf freie Religionsausübung, wie sie in Artikel 4 des Grundgesetzes stärker als je zuvor in der deutschen Geschichte als unmittelbar geltendes Recht garantiert sind. Für die F.D.P. ist es daher selbstverständlich, die weltanschaulich-religiöse Überzeugung von Einzelnen und Gruppen zu achten sowie die Freiheit zu sichern, das Leben danach zu gestalten.

Das Grundrecht der Glaubens- und Gewissensfreiheit verlangt die Gleichbehandlung aller Bürger im Bereich von Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung. Die Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einer Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaft darf keine Vor- oder Nachteile mit sich bringen. Deshalb muß der Staat sich weltanschaulich-religiös neutral verhalten und darf weder durch Vorrechte oder Vergünstigungen noch durch Eingriffe Einzelnen oder Gruppen eine Sonderstellung verschaffen. In der pluralistischen Gesellschaft gilt dies hinsichtlich der beiden Großkirchen ebenso wie hinsichtlich anderer Gruppen. Der Staat darf sie weder diskriminieren noch privilegieren. Dabei bleibt die Zahl ihrer Mitglieder ohne Belang, denn Gleichheit und Freiheit gelten für jeden Bürger, unabhängig davon, ob er einer Mehrheit oder Minderheit in der Gesellschaft angehört.

In diesem Verständnis setzt sich liberale Politik für die Trennung und gegenseitige Unabhängigkeit von Kirche und Staat ein. Sie tat es in der Vergangenheit, weil sich der Staat der christlichen Kirche bediente, um das bestehende Gesellschaftsgefüge zu erhalten und die Verwirklichung der Freiheitsrechte des Menschen im staatlichen Bereich zu verhindern; dafür wurden den Kirchen ihre Privilegien belassen, soweit sie mit den staatlichen Interessen übereinstimmten. Aber auch heute ist das liberale Prinzip der weltanschaulich-religiösen Neutralität des Staates in vielen Bereichen noch nicht verwirklicht.

Den Liberalen geht es nicht darum, die Freiheiten einzuschränken, die die christlichen Kirchen im Bereich der Gesellschaft besitzen, angefangen von der ungehinderten Verkündigung der christlichen Botschaft bis zur Errichtung kirchlicher Pflege- und Ausbildungsstätten. Vielmehr geht es allein darum, die organisatorisch-rechtlichen Verknüpfungen von Kirche einerseits und Staat andererseits und die dadurch hervorgerufene Verquickung von staatlicher und religiöser Autorität zu beseitigen, wie sie z.B. im staatlichen Kirchensteuereinzug zum Ausdruck kommen. Zudem haben die Erfahrungen aus der Zeit des Nationalsozialismus gelehrt, daß die Kirchen die Unabhängigkeit haben müssen, zum Handeln des Staates auch kritisch Stellung zu nehmen. Von daher ergibt sich als selbstverständlich

der Verzicht des Staates auf noch verbliebene Einwirkungsmöglichkeiten im innerkirchlichen Bereich.

Wenn daher liberale Politik die Trennung von Kirche und Staat vertritt, so nicht aus einer antikirchlichen oder antichristlichen Einstellung heraus, sondern um für alle Bürger jenen Freiheitsraum zu sichern, zu dessen Verwirklichung ein freiheitlich-demokratischer Rechtsstaat verpflichtet ist.

Die sich so ergebenden Forderungen können teilweise sofort verwirklicht werden; teilweise bedarf ihre Verwirklichung verständiger Übergänge oder angemessener Zeitspannen. Die F.D.P. ist zu eingehenden Gesprächen mit den Kirchen und anderen religiösen und weltanschaulichen Gruppen bereit. Sie erwartet aber auch, daß die Kirchen selbst sich aktiv an einer sachlichen Diskussion und an der Verwirklichung dieser Forderungen beteiligen und sich nicht Veränderungen verschließen, die auf Dauer juristisch, politisch und innerkirchlich doch unaufhaltsam sind.

Die F.D.P. weiß sich darin einig mit Christen in beiden Kirchen, die gleiche oder ähnliche Ziele um der eigenen Glaubwürdigkeit willen anstreben und darauf vertrauen, daß die Wirksamkeit der christlichen Botschaft nicht abhängig ist von staatlich gewährten Sonderrechten.

In diesem Sinne zu einer freien Kirche in einem freien Staat beizutragen, ist Ziel dieser Forderungen:

1. Der Staat muß seine besonderen institutionellen Einwirkungsmöglichkeiten auf die Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften aufgeben. Die Einflußnahme des Staates auf die Besetzung kirchlicher Ämter ist zu beseitigen. Bischöfliche Treueeide auf die Verfassung sind abzuschaffen. Die regionale Gliederung der Kirchen bedarf keiner staatlichen Mitwirkung.

2. Der Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts ist im weltanschaulich-neutralen Staat für religiös und weltanschaulich gebundene Gruppen wie die Kirchen nicht geeignet, da diese keine staatlichen Aufgaben erfüllen. Im Rahmen des Privatrechts ist ein neues Verbandsrecht zu entwickeln, das der Bedeutung der Verbände und ihrem öffentlichen Wirken Rechnung trägt und auch für die Kirchen gilt.

3. Die Mitgliedschaft in Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften wird mit Wirkung für das staatliche Recht durch eine persönliche Beitrittserklärung nach Erreichen der Religionsmündigkeit erworben. Die Religionsmündigkeit beginnt mit Vollendung des vierzehnten Lebensjahres. Entsprechendes gilt für den Austritt aus Kirchen, Weltanschauungs- und Religionsgemeinschaften. Das heutige Verfahren, den Kirchenaustritt gegenüber staatlichen Stellen zu erklären, ist abzuschaffen. Die Wirkung von Taufe oder Beitritt im innerkirchlichen Bereich bleibt hiervon unberührt.

4. Das im Personenstandsgesetz verankerte Recht zur Befragung nach der Religionszugehörigkeit ist zu streichen.

5. Die Kirchensteuer ist durch ein kircheneigenes Beitragssystem zu ersetzen. Für die Überleitung sind ausreichende Fristen vorzusehen.

6. Soweit das Grundgesetz und die Landesverfassungen Bestimmungen enthalten, die dem liberalen Grundsatz der weltanschaulich-religiösen Neutralität widersprechen, sind sie zu ändern.

Religiöse, weltanschauliche und moralische Vorstellungen einzelner Gruppen dürfen nicht durch Gesetz für alle verbindlich gemacht werden. Die eingeleitete Rechtsreform ist fortzusetzen.

Auf die Verwendung sakraler Formen und Symbole (Schulgebet, Kruzifix, Eid) ist im Bereich aller staatlichen Institutionen wie Gerichten, öffentlichen Schulen zu verzichten.

7. Die bisherigen Staatsverträge mit den Kirchen (Kirchenverträge und Konkordate) sind wegen ihres Sonderrechtscharakters kein geeignetes Mittel, die Beziehungen zwischen Kirche und Staat zu regeln. Deshalb dürfen solche Verträge nicht neu abgeschlossen werden. Die bestehenden Kirchenverträge und Konkordate sind, soweit sie noch gültig sind, aufzuheben. Ihre Gegenstände sind durch Gesetz oder, soweit erforderlich, durch Einzelvereinbarungen neu zu regeln.

8. Die auf historischen Rechtstiteln beruhenden Staatsleistungen an die Kirchen (z.B. auf Grund der Säkularisierung von Kirchenvermögen im 19. Jahrhundert) sollen auslaufen. Et-

waige Restablösungen sind unter Berücksichtigung der bisherigen Zahlungen des Staates zu bemessen.

Steuer- und gebührenrechtliche Sondervorteile der Kirchen und Religionsgesellschaften sind aufzuheben (z.B. bei Grundsteuern, Grunderwerbsteuern, Verwaltungsgebühren, Verwaltungsgerichtsgebühren), da sie mit der weltanschaulichen Neutralität des Staates nicht vereinbar sind.

9. Bildung, Krankenpflege und soziale Versorgung sind öffentliche Aufgaben. Die öffentliche Hand muß eine ausreichende Anzahl von Einrichtungen bereitstellen, die weltanschaulich neutral und für jedermann zugänglich sind. Das Recht der freien Träger, in diesen Bereichen tätig zu sein, bleibt unberührt, doch ist ihr Vorrang gemäß dem Subsidiaritätsprinzip abzuschaffen. Staatliche Zuwendungen für Einrichtungen freier Träger dürfen nur gewährt werden, wenn die Einhaltung der Grundrechte in diesen Einrichtungen gesichert ist.

10. Die religiös und weltanschaulich neutrale Gemeinschaftsschule soll im gesamten Bundesgebiet die staatliche Regelschule sein, in der der Religionsunterricht nicht ordentliches Lehrfach bleibt, sondern in die unmittelbare Verantwortung der Religionsgemeinschaften übergeht. Die Möglichkeit, in Schulräumen Unterricht anzubieten, ist den Kirchen wie auch allen anderen gesellschaftlichen Gruppen zu eröffnen.

Das Recht, private Schulen zu errichten und zu unterhalten, bleibt gewährleistet.

11. Drei Alternativvorschläge: a) Die theologischen Fakultäten sind in religionswissenschaftlichen Fachbereichen zusammenzufassen. Diese Fachbereiche erhalten den gleichen Status wie alle anderen Fachbereiche der Universität. Sie arbeiten frei von rechtlichen Bindungen an Religionsgesellschaften in Forschung und Lehre. Die Festlegung der Qualifikation für Theologen im Kirchendienst und andere kirchliche Berufe unterliegt der Zuständigkeit der Kirchen. b) Die theologischen Fakultäten sind umzuwandeln in religionswissenschaftliche Abteilungen, die innerhalb der Universitäten frei von rechtlicher Bindung an Religionsgesellschaften und ihre Lehre wissenschaftlich gemäß den Prinzipien der Freiheit von Forschung und Lehre Voraussetzungen, Inhalte und Wirkungen von Religionen erforschen. Den Kirchen bleibt es vorbehalten, darüber hinaus Ausbildungsstätten außerhalb der Universität zu errichten, die im Auftrag der Religionsgesellschaften deren Lehre vermitteln und von ihnen getragen und finanziert werden. c) Nichtbefassung.

12. Die Seelsorge in staatlichen Institutionen (Militär, Grenzschutz, Strafvollzug) ist in den Auftrag der Religionsgemeinschaften zurückzugeben. Die Möglichkeit unbehinderter religiöser Betreuung durch kirchlich bestellte und bezahlte Seelsorger muß sichergestellt sein.

13. Geistliche und Theologiestudenten sind in ihren staatsbürgerlichen Rechten und Pflichten allen anderen Staatsbürgern gleichzustellen. Das schließt ihre Befreiung bzw. Zurückstellung vom Wehrdienst aus.

14. Die Vertretung der Kirchen wie anderer gesellschaftlicher Gruppen in öffentlichen Gremien (z.B. Rundfunkräte, Schulausschüsse, Jugend- und Sozialausschüsse, Hearings u.a.) ist daraufhin zu überprüfen, wieweit sie der Funktion der Verbände für den jeweiligen Bereich entspricht. Sie muß innerverbandlich demokratisch legitimiert sein. Das Darstellungsrecht der Kirchen in den öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten durch kircheneigene Sendungen ist dem Darstellungsrecht anderer gesellschaftlich relevanter Gruppen gleichzustellen.

In einem wesentlich anderen Ton als die freidemokratischen Thesen waren die Ausführungen von Bundeskanzler Brandt in seiner Regierungserklärung vom 18. Januar 1973 gehalten:

Die moralische Kraft eines Volkes beweist sich nicht so sehr in einer hohen Programmatik von Parteien, einer politischen Führung, einer geistigen Elite, sondern in seiner Bereitschaft zum Mitleiden – in seiner Fähigkeit, denen zu helfen, die Hilfe brauchen – und in seiner Toleranz gegenüber dem anderen. Frieden ist, so verstanden, kein Zustand, sondern eine Lebenshaltung. Das Gespräch mit den Kirchen, das in den vergangenen Jahren fruchtbar geführt wurde, ist gerade auf diesem Hintergrund sehr wichtig ... Wir be-

trachten sie (die Kirchen) nicht als eine Gruppe unter den vielen der pluralistischen Gesellschaft und wollen ihren Repräsentanten darum auch nicht als Vertretern bloßer Gruppeninteressen begegnen. Wir meinen im Gegenteil, daß die Kirchen in ihrer notwendigen geistigen Wirkung um so stärker sind, je unabhängiger sie sich von überkommenen sozialen oder parteilichen Bindungen machen. Im Zeichen deutlicher Freiheit wünschen wir die Partnerschaft.

An anderer Stelle warnte der Bundeskanzler davor, „Nebenkriegsschauplätze aus dem vorigen Jahrhundert neu zu beleben“. Partnerschaft zugunsten einer Politik für den Menschen sei sinnvoller als unnötige Ideologisierung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche. Zur Mitarbeit der Kirche im sozialen Bereich erklärte der Bundeskanzler, die Kirche dürfe nicht in die Rolle des Gastarbeiters gedrängt werden, der seine Tauglichkeit der jeweiligen Konjunkturlage verdanke. Das letzte, was er sich wünsche, sei Staatsomnipotenz gerade im Feld der sozialen Verantwortlichkeiten. Von einer weiteren Trennung von Kirche und Staat könne er sich „nichts Vernünftiges versprechen“.

Das Echo der Öffentlichkeit auf das F.D.P.-Papier war weithin negativ und da und dort von Gereiztheit nicht frei. Selbst innerhalb der F.D.P. war die Ausarbeitung umstritten. Sie wurde vom F.D.P.-Bundesvorstand zwar diskutiert, aber nicht angenommen, sondern „als geeignete Grundlage zur Diskussion in die Partei“ gegeben, um eine innerparteiliche Willensbildung mit all ihren Möglichkeiten vor einer Diskussion des Bundeshauptausschusses abzuwarten.

Auch aus dem kirchlichen Raum wurde anfänglich verärgerte und gereizte Kritik an den Thesen laut, aber sie machte bald der Sachlichkeit und Gesprächsbereitschaft Platz. Vorgespräche auf lokaler Ebene wurden schon im Berichtsjahr da und dort geführt, aber das beiderseits in Aussicht genommene Spitzengespräch fand noch nicht statt.

In seiner Sitzung vom 28./29. September 1973 befaßte sich der Rat der EKD mit dem Vorstoß der Freien Demokraten, der symptomatisch für die Bewußtseinslage weiterer Kreise sei. Das Pressekommuniqué meldet darüber:

Der Rat der EKD befaßte sich in seiner Sitzung in Hannover mit der Diskussion, die gegenwärtig in der deutschen Öffentlichkeit über das Verhältnis von Kirche und Staat geführt wird. Er begrüßte eine Einladung durch den Bundesvorsitzenden der FDP, Bundesaußenminister Walter Scheel, mit dem Bundesvorstand der Partei die Ausarbeitung „Freie Kirche im freien Staat“ zu erörtern. Der Rat der EKD sieht freilich in diesem von der FDP parteiintern zur Diskussion gestellten Papier nur einen Ausschnitt aus einer umfassenden Diskussion, die seit langem auch in den Kirchen selbst über das Verhältnis von Kirche, Staat, Gesellschaft und Öffentlichkeit geführt werde. An dem Urteil, das man sich über die Stellung der Kirche in Staat und Gesellschaft bilde, entscheide sich auch das jeweilige Staats- und Gesellschaftsverständnis. Deshalb müsse die Diskussion aus ihrer Beschränkung auf verfassungsrechtliche und sonstige rechtliche Regelungen des Staatskirchenrechtes hinaus geführt werden. Nur so werde die Gefahr vermieden, bewußt oder unbewußt von einem den tatsächlichen Lebensverhältnissen nicht entsprechenden weltanschaulichen Ansatz aus künstliche Konstruktionen zu vertreten. Besonderen Wert legt der Rat der EKD darauf, menschliche und personale Aspekte in die Diskussion miteinzubeziehen, ohne die sinnvoll weder über Kirche noch über Staat und Gesellschaft diskutiert werden könne. Der Rat der EKD ist bereit, die Diskussion mit allen beteiligten politischen und gesellschaftlichen Kräften zu führen.

Grundsätzliche und aktuelle Fragen des Verhältnisses von Kirche, Staat, Ge-

sellschaft, Wirtschaft und Öffentlichkeit beschäftigten im Berichtszeitraum den scheidenden wie den neugewählten Rat immer wieder:

Die Pressemitteilung über die Ratssitzung am 15./16. Februar 1973 berichtet:

Der Rat beriet eingehend ... aktuelle Fragen aus Kirche, Politik und Wirtschaft. Er begrüßte es, daß in den politischen Diskussionen und Auseinandersetzungen der letzten Monate auf vielen Seiten das Bemühen hervorgetreten sei, politische und gesellschaftliche Grundwerte neu zu formulieren und für die praktische Politik zur Geltung zu bringen. Freilich ist nach Auffassung des Rates der EKD auch auf die Gefahr aufmerksam zu machen, daß auf diese Weise weltanschauliche Frontbildungen gefördert werden könnten, die den tatsächlichen Lebensbedürfnissen nicht gerecht werden und eine ungute Tendenz zur Intoleranz gegenüber Andersdenkenden enthalten. Es sei Aufgabe aller Beteiligten, sittliche Überzeugungen als wirksamen Faktor politischen Handelns zu vertreten und zugleich im Geist der Nüchternheit nach einer möglichst breiten Basis der Gemeinsamkeit in den politischen und gesellschaftspolitischen Fragen der Zukunft zu suchen. Der Rat der EKD ist bereit, an dieser Aufgabe mitzuarbeiten und dazu mit politischen und gesellschaftlichen Gruppen in Verbindung zu treten.

Das Kommuniqué über die erste turnusmäßige Sitzung des neuen Rates am 1./2. Juli 1973 meldet:

Weiter befaßte sich der Rat mit grundsätzlichen und aktuellen Fragen zum Verhältnis von Kirche, Staat, Gesellschaft und Öffentlichkeit. Dabei standen Fragen kirchlicher Mitarbeit an öffentlichen Sozialaufgaben im Mittelpunkt. Die Ausdehnung der staatlichen Tätigkeit im Bereich der Daseinsvorsorge, Wohlfahrtspflege und allgemeiner Sozialpolitik ist unvermeidlich, da die Entwicklung der modernen Industriegesellschaft dem Einzelnen und den kleineren Gemeinschaften immer mehr Möglichkeiten einer eigenen Lebensbewältigung nimmt. Andererseits ist es nach Auffassung des Rates der EKD ein Gebot der freiheitlich-demokratischen Gestalt von Staat und Gesellschaft, die zentralen Zuständigkeiten und Betätigungen des Staates und der öffentlichen Hand nicht ins Uferlose auszuweiten. Es bedarf eines ausgewogenen Verhältnisses zwischen der Regelung von sozialen Rechtsansprüchen mit planender Lenkung und Aufsicht auf staatlicher Seite einerseits und der Möglichkeit der freien Ausgestaltung und Durchführung durch Einzelne und durch gesellschaftliche Gruppen andererseits. Dies ist der Sinn partnerschaftlicher Zusammenarbeit zwischen Staat, Kommunen und freien Organisationen der Sozialarbeit und Wohlfahrtspflege.

Der Rat begrüßte die hierzu von Bundeskanzler Willy Brandt gelegentlich seines kürzlich erfolgten Besuches der Bodelschwinghschen Anstalten in Bethel ausgesprochenen Grundsätze, die eine gute Basis für die auch kirchlicherseits auf diesem Gebiet erstrebte Zusammenarbeit bilden. Besonders dankbar nahm der Rat zur Kenntnis, daß Bundeskanzler Brandt die Sorge für die körperlich und geistig Behinderten zu den vordringlichen Aufgaben von Staat und Gesellschaft rechnet.

Das Verhältnis von Kirche und Staat in grundsätzlicher Sicht und in seiner praktischen Verwirklichung vor allem im sozialen und karitativen Bereich spielte auch eine Rolle in einem Anfang Oktober 1973 geführten Gespräch zwischen Vertretern der evangelischen Kirche und der SPD. Darüber erging folgendes gemeinsame Kommuniqué:

Am 5. und 6. Oktober trafen sich in Bonn Vertreter der evangelischen Kirche und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu einem Klausur-Gespräch, bei dem Probleme kirchlicher Trägerschaft im sozialen Rechtsstaat erörtert wurden. Dabei wurde die Denkschrift der EKD „Die soziale Sicherung im Industriezeitalter“ als geeignete Grundlage auch für zukünftige Gespräche gewertet. Für die evangelische Kirche führte der Bonner Staats-

rechtler Prof. Dr. Ulrich Scheuner u.a. aus: „Die Bundesregierung hat zu wiederholten Malen die Kirchen als Partner angesprochen und ihre Bereitschaft zu Begegnungen bekundet. Darin dürfen die Kirchen eine Anerkennung der eigenen Rolle erblicken, die sie nicht einfach in die Reihe der anderen Gruppen einfügt, sondern ihren besonderen Auftrag berücksichtigt.“ Wie auf Seiten der EKD bekräftigt wurde, betrachtet sie nicht die Wahrung ihres Besitzstandes, sondern die Eigenständigkeit ihres Handelns als das Entscheidende. In seiner Antwort führte der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Willy Brandt, unter anderem aus: „Neben staatlichen oder kommunal geführten Krankenhäusern, Altenheimen und Beratungsstellen soll es auch weiterhin solche in kirchlicher Trägerschaft geben, und zwar nicht nur auf Grund einer Klassentoleranz, auch nicht im Sinne einer mißverstandenen Konkurrenz, sondern als komplementäres Handeln.“ Zu den gegenwärtig diskutierten Vorschlägen zur Neufassung des Verhältnisses von Kirche und Staat sagte Brandt: „Eine aus bewährter Zusammenarbeit abrupt entlassene Kirche könne sich doch geradezu dazu gezwungen sehen, politisch fordernd aufzutreten und parteilichen Bindungen nicht zu widerstehen. Wer wünscht, daß die sozialen Dienste der Kirche das sozialpolitische Handeln der öffentlichen Hand ergänzen, kann sich deshalb von einer weiteren Trennung von Kirche und Staat nichts Vernünftiges versprechen.“ In Zukunft sollen weitere Gespräche zur Abklärung gegenseitiger Positionen im frühen Stadium von Gesetzgebungsvorhaben geführt werden.

Grundsätzlich ist zu sagen, daß ein freiheitlich-partnerschaftliches Verhältnis die für Staat und Kirche beste und förderlichste Regelung darstellt, denn unter dieser Ordnung kann weder der Staat die Kirche als ein Hilfsmittel seiner Politik mißbrauchen noch die Kirche den Staat als ihren verlängerten Arm mißverstehen.

B. Politische Betätigung kirchlicher Amtsträger¹³

Aus gegebenem Anlaß sahen sich der Rat der EKD und einige Gliedkirchenleitungen genötigt, der Frage der politischen Betätigung kirchlicher Amtsträger, insbesondere der der Parteimitgliedschaft von Pfarrern ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Das Kommuniqué über die Sitzung des Rates der EKD am 15./16. Februar 1973 berichtet dazu:

Der Rat befaßte sich weiter mit der politischen Tätigkeit kirchlicher Amtsträger, die im Zusammenhang mit der Zugehörigkeit einiger jüngerer Theologen zur DKP für die Kirche neu akut geworden ist. Der Rat der EKD läßt keinen Zweifel daran, daß eine politische Radikalisierung der Pfarrerschaft kirchlich unvertretbar ist. Eine besondere Schwierigkeit liege in der Behandlung des Einzelfalles, da Motivation, inhaltliches Verständnis und die Art und Weise der tatsächlichen politischen Betätigung durch Betroffene sehr unterschiedlich seien. Es sei eine nicht leichte Aufgabe der Kirchenleitungen, dabei die Situation in den Gemeinden und die persönlichen Überzeugungen einzelner miteinander in Einklang zu bringen. Eine eigene Kommission wird an diesem Fragenkomplex weiter arbeiten.

Während der Coburger Synode verabschiedete der Rat am 28. Mai 1973 eine Stellungnahme, die, mit einer Vorbemerkung versehen, den Gliedkirchen zugeleitet wurde:

13. Vgl. Kirchl. Jahrbuch 1972, S. 139ff.

Die Leitungen einiger Gliedkirchen haben im vergangenen Jahr mehrfach den Rat der EKD gebeten, zur Mitgliedschaft von Pfarrern in politischen Parteien Stellung zu nehmen. Anlaß war die Auseinandersetzung über die Vereinbarkeit kirchlichen und pfarramtlichen Dienstes mit der Zugehörigkeit zu radikalen politischen Parteien und Organisationen.

Der Rat hat sich in mehreren Sitzungen mit diesem Fragenkomplex befaßt. Ein von ihm eingesetzter Ausschuß hatte dem Rat dazu eine Reihe von Ausarbeitungen zugeleitet.

Der mit der Neuwahl auf der Tagung der Synode in Coburg vom 29. Mai bis 2. Juni 1973 aus dem Amt scheidende Rat hat seine Arbeit an einem ausführlichen Dokument nicht zum Abschluß bringen können. Er hat daher den Ertrag seiner Überlegungen in einer kurzen Stellungnahme zusammengefaßt.

STELLUNGNAHME DES RATES DER EVANGELISCHEN KIRCHE IN DEUTSCHLAND ZUR MITGLIEDSCHAFT VON PFARRERN IN POLITISCHEN PARTEIEN

Vom 28. Mai 1973

Zu der seit längerer Zeit in den Gliedkirchen erörterten Frage der Mitgliedschaft von Pfarrern in politischen Parteien leitet der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland auf ihre Anfragen den Leitungen der Gliedkirchen folgende Stellungnahme zu:

Um der Unabhängigkeit des pfarramtlichen Dienstes willen wird nach wie vor empfohlen, daß Pfarrer sich parteipolitisch zurückhalten. Es ist auch heute zu beobachten, daß der Pfarrer, der sich parteipolitisch betätigt, in der Regel nicht mehr uneingeschränkt und ohne auf Vorbehalte zu stoßen, zu allen Gemeindegliedern Zugang hat.

Die Mitgliedschaft eines Pfarrers in einer politischen Partei ist als Ausübung staatsbürgerlicher Rechte anzusehen. Unmöglich wird die Parteimitgliedschaft jedoch da, wo eine Partei durch ihre weltanschauliche Ausrichtung und ihre strenge Parteidisziplin in Theorie oder Praxis die Freiheit der Verkündigung des Evangeliums und den Dienst der Kirche in Staat und Gesellschaft einschränkt und dem Parteiinteresse unterwirft.

Wo Parteien solcher Art die Macht innehaben, ist infolge der Vorordnung der Parteiraison eine entsprechende Unterordnung oder auch Unterdrückung des Zeugnisses und Dienstes der Kirche fast überall zu beobachten. Es ist folgerichtig, wenn Parteien dieser Art auf die Mitgliedschaft von Pfarrern keinen Wert legen.

Aus alledem ergibt sich, daß die Mitgliedschaft eines Pfarrers in einer solchen Partei zu der freien Ausübung des pfarramtlichen Dienstes in Widerspruch steht.

Aus unmittelbarem Betroffensein — einige kirchliche Amtsträger in Hessen und Nassau sind Mitglieder der DKP — machte Kirchenpräsident Hild auf der Februar-tagung der Kirchensynode der *EKHN* grundsätzliche Ausführungen zur Frage der Parteimitgliedschaft von Pfarrern:

Mit der Aufgabe, politisch Stellung zu beziehen, gerät die Kirche in ein Feld, das voller Konflikte steckt. Die Bibel liefert keine politischen Rezepte. Welche Folgerungen für das politische Handeln heute zu ziehen sind, muß in der innerkirchlichen Diskussion ständig neu erhoben werden. Einhellige Meinungen sind nur selten zu erwarten. Wenn es aber schon nicht möglich und wohl auch nicht notwendig ist, daß die Kirche stets übereinstimmende Auffassungen vertritt, liegt um so mehr daran, daß die *Form im Streit um die richtigen Lösungen die Gemeinsamkeit der Beweggründe und der Zielsetzungen spiegelt*. Hier aber liegt — wie die Erfahrungen der letzten Zeit zeigen — vieles im argen. Wenn in der Diskussion um politische Fragen in der Kirche die ihr aufgegebenen Regeln mitmenschlichen Umganges nicht in Kraft bleiben, ist zu befürchten, daß der Stil die Sache der Kirche selbst in ihrem doppelten Bezug der Verantwortung vor Gott und des Dienstes am Menschen unglaublich macht.

Nun stößt aber die Verpflichtung der Kirche zur politischen Stellungnahme in breiten Schichten der Öffentlichkeit und der Gemeindeglieder auf *Unverständnis*. In der Zeit der engen — einer zu engen — Verbindung von Thron und Altar glaubte die Kirche die gesell-

schaftliche Verantwortung bei der Obrigkeit gut aufgehoben. Sie sah nur selten einen Anlaß, ihr eigenes politisches Amt zu vertreten, und konzentrierte sich ganz auf die individuelle Seite menschlicher Existenz. Darum müssen wir Verständnis dafür haben, daß sich viele Menschen von einer politisch engagierten Kirche überrascht fühlen und Widerstand anmelden. Die Kirche kann freilich in ihrem Auftrag, den Menschen in den konkreten Verhältnissen zu dienen, nicht zurückstecken, um Konflikten aus dem Weg zu gehen. Aber sie kann etwas tun, um ein überholtes Bewußtsein von den Aufgaben der Kirche zu verändern. Durch verstärkte Kontakte mit den Kräften der Meinungsbildung und vermehrte Öffentlichkeitsarbeit will die Kirchenleitung dazu einen Beitrag leisten. Die politischen Aufgaben der Kirche bleiben unerfüllt, wenn sie sich nicht über das Allgemeine hinaus in Lebenspraxis umsetzen. Praktische Schritte aber sind nicht möglich ohne *Parteinahme* für andere, die den gleichen Weg anstreben. Das besagt jedoch nicht, daß sich die Kirche mit den Programmen bestimmter politischer Parteien einig zu wissen habe. Sie kann nicht Sachwalter von Gruppeninteressen sein, wie es in einer parlamentarischen Demokratie den Parteien durchaus ansteht. Obwohl sie in bestimmten Situationen entschieden für benachteiligte Gruppen eintreten muß, ist sie doch für alle da. Denn das Evangelium gilt allen Menschen, und allein an diesem Maßstab hat sich das politische Reden und Handeln der Kirche auszurichten. Kategorien des Klassenkampfes zum Beispiel haben im politischen Koordinatensystem der Kirche keinen Platz.

In meinem Rundschreiben an unsere Pfarrer zu den Aufgaben der Verkündigung und der Seelsorge im Zusammenhang mit den Wahlen des letzten Herbstes hieß es: „Zwischen der Verpflichtung, zur Sache zu reden, und der Forderung nach parteipolitischer Neutralität bestehen Spannungen, denen wir kaum entrinnen können.“ Diesen Spannungen sind unsere Gemeinden und Pfarrer diesmal stärker denn je ausgesetzt gewesen. Einige Pfarrer und kirchliche Mitarbeiter haben Konsequenzen gezogen, die man die Flucht nach vorn nennen könnte. Sie haben die Parteinahme in der Sache, zu der die Verkündigung des Evangeliums nötigen kann, mit dem öffentlichen Eintreten für politische Parteien selbst gleichgestellt. Dieses Verhalten hat zu vielen Protesten geführt. Die Proteste hoben vor allem auf die Forderung ab, ein Pfarrer müsse *parteipolitisch neutral* sein, damit er als Seelsorger das Vertrauen aller Gemeindeglieder besitzen könne.

Das „Kirchengesetz über die Dienstverhältnisse der Pfarrer“ behandelt die Frage nach der politischen Tätigkeit. § 23 lautet: „Der Pfarrer hat das Recht zur politischen Betätigung. Dieses Recht wird bestimmt und begrenzt durch die Rücksicht auf sein Amt und seine Gemeinde.“ Aus dem Protokoll der Synodaltagung, die das Gesetz beschlossen hat, geht hervor, daß auch das *Recht auf parteipolitische Betätigung* nicht ausgeschlossen werden soll, aber in besonderer Weise der Rücksicht auf Amt und Gemeinde unterworfen ist. Die Kirchenleitung hält es nach den Erfahrungen der letzten Zeit und aus grundsätzlichen Erwägungen für angebracht, eine Novellierung des § 23 des Pfarrergesetzes in Betracht zu ziehen. Eine neue Formulierung sollte die parteipolitische Betätigung von Pfarrern noch stärker eingrenzen, als es im § 23 derzeit geschieht, und sie zu einem besonderen Regelungen unterworfenen Ausnahmefall erklären. Damit wird die Verpflichtung der Kirche, „gemeinsam nach Bedingungen für eine rechte Ordnung des menschlichen Zusammenlebens in der Gegenwart zu suchen“, nicht angezweifelt. Ebenso wenig wird die Konsequenz des Redens und Handelns in der konkreten Situation und der sachlichen Parteinahme bestritten. Über dem praktischen Reden und Handeln darf jedoch das Zeugnis nicht verdunkelt werden, nach dem die „in Jesus Christus geschehene Versöhnung der Welt mit Gott“ Ursache und Beweggrund des politischen Dienstes der Kirche ist. Ein Verkündiger des Evangeliums kann noch so fest auf diesem Boden stehen, ist aber bekannt, daß er gleichzeitig einer politischen Partei verbunden ist und ihr gegenüber Loyalität zu wahren hat, dann besteht die Gefahr, daß sein Reden und Handeln vorrangig auf seine parteipolitische Bindung zurückgeführt wird. Es könnte sein, daß er damit das Zeugnis von der Versöhnung der Welt mit Gott unter den Scheffel stellt, ohne es zu wollen. *Gerade weil bezeugt werden soll, daß das Evangelium zum Dienst am Menschen verpflichtet und deshalb auch zur Parteinahme im gesellschaftlich-politischen Feld veranlassen kann, ist von einer parteipolitischen Bindung seiner Verkündiger abzuraten.*

Ähnlich äußerte sich die Landessynode der *Evangelischen Kirche in Württemberg* in dem von ihr am 7. Juli 1973 beschlossenen „Wort an die Gemeinde zum politischen Auftrag der Kirche“:

Kirchliche Amtsträger sollten „in der Regel nicht parteipolitisch hervortreten“. Zwar seien die Christen bereit, „aufgeschlossen und kritisch staatliche und gesellschaftliche Aufgaben mitzutragen“, aber die Kirche habe „keinen unmittelbaren politischen Auftrag“, und das kirchliche Handeln habe sich an der Bibel und nicht an Situationen oder Ideologien zu orientieren. Es müsse daher darauf geachtet werden, daß nicht kurzschlüssig und einseitig biblische Aussagen mit politischen Entscheidungen verbunden würden. Allerdings könne es zum geistlichen Auftrag gehören, die Verantwortlichen in Staat und Gesellschaft an den Willen Gottes zu erinnern und vor einem Mißbrauch der Macht zu warnen.

C. Kirche und Ostverträge¹⁴

Auf die kurz zuvor unterzeichneten Ostverträge und ihre öffentliche und innerkirchliche Diskussion ging der Vorsitzende des Rates der EKD Landesbischof D. Dietzfelbinger in seinem am 3. Januar 1973 der in Bremen tagenden Synode der EKD erstatteten Bericht, Bilanz ziehend und Grundsatzertwägungen darlegend, ausführlich ein:

I.

Der kurz vor Weihnachten unterzeichnete Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik erfordert nach Meinung des Rates auch vor dieser Synode ein Wort der Besinnung. Der Vertrag, der den derzeitigen Gegebenheiten und Möglichkeiten zwischen den beiden deutschen Staaten Rechnung trägt, veranlaßt uns als Glieder der evangelischen Kirche in Deutschland, einen Blick zu tun auf den Weg des Landes, das Deutschland heißt – oder hieß – und der Nation, die „deutsches Volk“ hieß oder heißt, wie wir nach dem Grundgesetz weiter festhalten dürfen. Die Begleitung unseres Volkes auf diesem schmerzvollen Weg hat durch die Jahrzehnte zu den großen Themen der EKD gehört, seit der Kirchenversammlung in Eisenach 1948 und schon vorher, nicht weil wir auch Politiker sein wollten, sondern weil Kirche gerade als Volkskirche sich von den Lebensfragen des Volkes nicht dispensieren kann, wenn sie nicht vom Wirkungsbereich des Evangeliums sich selber abschnüren will. Wir waren ja als EKD selbst so unmittelbar mit allen Einzelheiten und Stationen dieses Weges verbunden, daß wir gar nicht anders konnten als die Ereignisse miterleben, mittragen und mitleiden, wenn wir nicht das Menschliche verleugnen wollten: das Eintreten für Kriegsgefangene und Ausgewiesene, die Diskussion um den Frieden, die immer weiter sich vertiefende politische Spaltung Deutschlands, den Bau der Berliner Mauer, bis die EKD selber ein Opfer auf diesem Weg wurde und sich aufspalten mußte.

b) Gerade als Christen wissen wir, daß wir uns nicht an der Geschichte vorbei in die Zukunft schleichen können. Wie stehen die zahlreichen Worte und Erklärungen der EKD durch die Jahre hindurch im heutigen Licht da? Das Stuttgarter Schuldbekenntnis 1945 wollte ein priesterlicher und prophetischer Dienst sein für das zerschlagene Volk. Offen sprach es von der Schuld der Kirche und des Volkes so, daß es zugleich unter der Vergebung einen neuen Weg in die Gemeinschaft der Kirchen und der Völker zu öffnen versuchte. „Raum für das Evangelium in Ost und West“ war ein Synodalthema 1956 in Ost-Berlin. Es nahm seinen Ausgangspunkt bei dem der Kirche gestellten Auftrag. Aber folgerichtig kam dabei in aller Unterschiedlichkeit die Gemeinsamkeit dieses Auftrages in

14. Vgl. Kirchl. Jahrbuch 1972, S. 123ff.

Ost und West deutlich zur Sprache und verdichtete sich zur leidenschaftlichen Bitte an alle Verantwortlichen, es möge doch, was widernatürlich auseinandergerissen war, wieder zusammengefügt werden. Die aus dem Jahre 1965 stammende Denkschrift über die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn und die darauf folgende Synode mit dem Thema „Vertreibung und Versöhnung“ waren beide mit harter, auch bitterer Diskussion beladen. Wie man sich dazu auch im einzelnen stellen mag: das Wort Versöhnung, das sich durch alles hindurchzog und uns bis heute nicht losläßt, mag uns an den kirchlichen Dienst erinnern, der auch mit dieser Thematik versucht wurde. Besonders nachdenklich liest man heute die erst fünf Jahre alte Studie über Friedensaufgaben der Deutschen, hervorgegangen aus einer Zusammenarbeit evangelischer Christen in beiden Teilen Deutschlands. Die Zusammengehörigkeit der Deutschen heute, gemeinsame Aufgaben in Europa, Voraussetzungen einer politischen Gemeinschaft der Deutschen, die ein Nebeneinander und Miteinander der Deutschen ermöglichen könnten, werden darin diskutiert. Was ist indem alles vergangen, was ist geblieben, welche Anliegen sind in der Mühle der politischen Vorgänge seitdem zerrissen und zerrieben?

c) Ihre stärkste Verdichtung gewinnt, was man politische Verantwortung der Gemeinde Christi nennt, an einer scheinbar nebensächlichen Stelle, die aber nicht selten im Laufe der Geschichte zum Prüfstein der Stellung der Kirche in Volk und Staat überhaupt geworden ist. Ich meine die für die evangelische Christenheit unerläßliche, als wichtigster volkskirchlicher Dienst geübte Fürbitte für das Volk, für seine Regierung – in diesem Fall für unser zerteiltes Volk, seine Wiedervereinigung, seine Stellung in Europa, seinen Dienst für den Frieden. Auch hier stehen wir vor einer Geschichte, die zur Besinnung ruft. In dem Gebet der Synode von Spandau und Fürstenwalde 1967 findet sich der Abschnitt: „... daß Gott der Herr Gefahren abende von den Ländern und Städten, die geteilt oder gespalten sind, Korea, Vietnam, Südafrika, unserem eigenen Land, Jerusalem und Berlin: Herr, erbarme dich!“ Ein Gebetsvorschlag 1969 lautet: „Hilf uns, die Not der Teilung unseres Volkes zu tragen und zu überwinden!“ In der Geschichte dieser Fürbitte, in der das Bekenntnis der Schuld, die Bitte um Vergebung, damit aber auch um die rechte menschliche Gestaltung des Lebens eines Volkes ihre Stelle hat, tritt an den Tag, was nationales Wunschdenken war und Anheimstellen in den Willen Gottes, wo Anpassung an die sich wandelnden Verhältnisse das Wort formte oder der Blick auf den Gott, dem wir auch die Geschichte anvertrauen dürfen. So fragen wir: was kann, darf und muß die Gemeinde Jesu heute erbitten für die Verantwortlichen in Ost und West, für die Regierenden, für das geteilte Volk? Im allgemeinen Kirchengebet am nächsten Sonntag, am übernächsten? Geben wir hier einander Rat und Wort, nicht nur weil gemeinsame Formulierungen nötig und hilfreich für den gemeinsamen Gottesdienst sind, sondern weil in der Fürbitte und im Anrufen Gottes überhaupt sich die menschlichen Wünsche und Enttäuschungen klären können. Das Schlimmste wäre ja, wenn das Gebet an der Linie, wo jetzt eine Staatsgrenze sich durch Deutschland zieht, verstummte und wir noch mehr als jetzt schon unseren eigenen politischen Ansichten und Polarisierungen allein überlassen blieben. Die neuen Möglichkeiten des menschlichen Kontakts sollten auch neue Möglichkeiten der Fürbitte schaffen und umgekehrt.

d) Dies führt noch zu einigen Hinweisen für die weitere Diskussion unter uns.

Die politische Wertung des Grundvertrages ist bei uns kontrovers. Aber wenn und weil eine christliche Gemeinde mit ihrer Fürbitte die politisch Verantwortlichen in Regierung und Opposition umgreift, erinnert sie daran, daß politische Meinungsunterschiede, die ausgetragen werden müssen, die tiefere Gemeinsamkeit nicht zu sprengen brauchen, in der Befürworter und Gegner des zur Ratifizierung heranstehenden Grundvertrages die Motive der jeweiligen Gegenmeinung respektieren.

Gerade weil eine Kirche die Vergebung kennt, hat sie auch die Freiheit, von der geschichtlichen Schuld zu sprechen, die am Anfang des von uns überblickten Weges steht. Alle unsere seit dem Ende des Krieges mit diesen Fragen befaßten Regierungen haben die Last einer schweren geschichtlichen Verirrung und die daraus sich ergebenden Folgen mitgetragen. Schon der Blick auf diese Schicksalsgemeinschaft verbietet eine ungerechtfertigte Schwarz-Weiß-Betrachtung im Blick auf die Vergangenheit wie auf die Zukunft. Regierung und Opposition haben eine unterschiedliche Verantwortung. Aber es wäre dem gan-

zen Volk eine Hilfe, wenn in der weiter zu führenden Diskussion neben der unterschiedlichen Verantwortung die zugleich vorhandene faktische Interdependenz, die gegenseitige Abhängigkeit und Aufeinanderbezogenheit der Argumente nicht verschwiegen, sondern beiderseitig offen aufgezeigt würde.

An einer Stelle sollten wir diese Gemeinsamkeit besonders zum Ausdruck bringen, nämlich in der Orientierung am Menschlichen. Menschliche Erleichterungen im Verkehr über die Grenzen gewonnen zu haben ist ein wichtiger Schritt, und wir sollten uns in der weiteren Gewinnung solcher Möglichkeiten alle verbinden können. Sie haben jedenfalls Priorität vor vordergründigen politischen Interessen. Politik hat es gewiß noch mit ganz anderen weltpolitischen und mit handfesten Interessenfragen zu tun, die hart ausgehandelt werden müssen. Aber daß die mit dem gesamten Vertragswerk verbundenen menschlichen Erleichterungen doch von allen Seiten begrüßt werden, möchten wir als ein gutes Zeichen sehen.

D. Kirchliche Stimmen zur Reform des § 218 StGB¹⁵

Die Auseinandersetzungen um die Reform des § 218 StGB, die seit Jahren geführt werden, fanden im Berichtszeitraum mit ungeminderter Heftigkeit ihre Fortsetzung und zementierten die ohnehin bestehende Meinungspolarisation bis zur Unaufweichbarkeit. Argumente und Emotionen, Urteile und Vorurteile sind in der Diskussion unentwirrbar miteinander verflochten. Kirchlich-religiöse Auffassungen, weltanschaulich begründete Positionen, ethische Grundsätze, sozial- und kriminalpolitische Überlegungen und medizinische Gesichtspunkte spielen in diesem Zusammenhang eine Rolle. Der unantastbare Wert menschlichen Lebens vom Zeitpunkt der Empfängnis an und das uneingeschränkte Recht der Frau, über ihren Körper zu verfügen – diese beiden Standpunkte kennzeichnen die weltanschaulichen Extreme, innerhalb deren Spannungsbogen eine Reihe von Zwischenlösungen angeboten werden. Mittlerweile liegen der Öffentlichkeit und dem Parlament vier Entwürfe vor, von denen zwei sehr wesentlich voneinander abweichen: Der Antrag der SPD- und FDP-Fraktion, der den Schwangerschaftsabbruch in den ersten drei Monaten straffrei stellt („Fristenlösung“) und der Entwurf einer Gruppe von 25 CDU/CSU-Abgeordneten, der nur eine medizinische Indikation vorsieht. Die beiden anderen Vorlagen, ein Gruppenantrag aus den Reihen der SPD und der Fraktionsantrag der Unionsparteien, wollen den Schwangerschaftsabbruch nur unter bestimmten Voraussetzungen (Indikationen) straffrei lassen: bei Gefahr für Leben und Gesundheit der Mutter, nach einer Vergewaltigung oder wenn zu erwarten ist, daß die Frau ein schwerbehindertes Kind zur Welt bringt („Indikationslösung“). Der Unterschied dieser beiden Vorlagen liegt vor allem in den Ausführungsbestimmungen: Zwar sieht nur der SPD-Entwurf eine soziale Indikation vor, aber auch der CDU/CSU-Entwurf will den Schwangerschaftsabbruch nicht unter Strafe stellen, „wenn die Frau in besonderer Bedrängnis“ gehandelt hat; nach dem SPD-Entwurf sollen zwei Ärzte, nach dem CDU/CSU-Entwurf ein Gutachtergremium über den Eingriff entscheiden.

Angesichts der ungeklärten Diskussionslage und im Interesse der Versachli-

15. Vgl. Kirchl. Jahrbuch 1971, S. 147ff.; 1972, S. 149ff.

chung der Auseinandersetzung haben sich evangelische Kirchenleitungen erneut zur Reform des § 218 zu Wort gemeldet und dabei im Sinne der Indikationslösung Stellung genommen, ohne dafür jedoch in Kirche und Öffentlichkeit ungeteilte Zustimmung zu finden.

Am 5. April 1973 verabschiedete der Rat der EKD folgende

ERKLÄRUNG ZUM GEGENWÄRTIGEN STAND DER AUSEINANDERSETZUNG ÜBER FRAGEN DES SCHWANGERSCHAFTSABBRUCHS

Durch die Veröffentlichung eines Gesetzentwurfs der Bundestagsfraktionen der SPD und FDP zur Neuregelung der Strafbestimmungen über den Schwangerschaftsabbruch vom 21. März 1973 ist die Auseinandersetzung über den Paragraphen 218 in eine neue Phase getreten. Diese erhält ihr besonderes Merkmal dadurch, daß jetzt die Fraktionen der Regierungskoalition als solche sich für die sogenannte Fristenregelung aussprechen. Weitere Gesetzentwürfe aus den Fraktionen der SPD und der CDU/CSU auf der Grundlage einer Indikationenregelung sind angekündigt.

Damit verbindet sich die Gefahr, daß diese Streitfrage, die in weiten Kreisen unseres Volkes mit Recht als schwerwiegende Gewissensfrage erfahren wird, noch mehr als zuvor auf das Feld parteipolitischer Auseinandersetzungen und Polemiken gerät. Es sollte aber alles getan werden, die Fragen des Schwangerschaftsabbruchs, mit deren Regelung der Gesetzgeber ohnehin an seine Grenzen kommt, von dieser zusätzlichen Belastung freizuhalten. Im Interesse einer derartigen Versachlichung wendet sich der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland an alle, die an dieser Diskussion und an der parlamentarischen Entscheidung beteiligt sind.

1. Der Rat der EKD hat sich bereits mit einer Erklärung vom 17. März 1972 ausführlich zu den Rechtsfragen des Schwangerschaftsabbruchs geäußert. Darin hatte der Rat es begrüßt, daß der damals vorliegende Entwurf der Bundesregierung auf der Grundlage einer Indikationenregelung mit großer Entschiedenheit den Schutz des ungeborenen Lebens als eines im Grundsatz unverletzlichen Rechtsgutes zugrunde legte und die Indikationsbereiche auf die Lösung besonders schwerer Konfliktsfälle beschränkte. Zugleich sah der Rat in Übereinstimmung mit der Bundesregierung die wesentliche Aufgabe darin, wirksame Hilfen menschlicher und sozialpolitischer Art für Notstände im Falle einer Schwangerschaft zu schaffen. Die damalige Erklärung des Rates der EKD hat weiterhin volle Gültigkeit. Auf dieser Grundlage beruhen die folgenden Erwägungen zur gegenwärtigen Lage.

2. Für den Fortgang der Auseinandersetzung ist davon auszugehen, daß es für Fragen des Schwangerschaftsabbruchs weder in sittlicher noch in rechtlicher Hinsicht eine voll befriedigende Lösung geben kann, wenn verschiedenartige sittliche Verpflichtungen und Rechtsgüter zueinander in Konkurrenz treten. Da es sich in Fragen der Schwangerschaft um Grundfragen des menschlichen Lebens handelt, muß eine dabei eintretende Konfliktslage besonders sorgfältig behandelt werden. Der Gesetzgeber steht vor der Aufgabe, für diesen komplizierten Sachverhalt eine am ehesten vertretbare rechtliche Regelung zu bieten, ohne daß alle Einwände überwunden werden könnten. Regelungen zum Schwangerschaftsabbruch für Notfälle dürfen deshalb nicht als Instrumente für sexuelle Befreiung, Frauenemanzipation, Bevölkerungspolitik und Gesellschaftsveränderung mißbraucht werden.

3. Rechtliche Regelungen zum Schwangerschaftsabbruch müssen in dem Gesamtzusammenhang des Verständnisses von menschlichem Leben gesehen werden. Das ist unteilbar. Der Übergang von einer Entwicklungsphase zur anderen, vom ungeborenen zum geborenen Leben stellt keinen Einschnitt im Sinne einer neuen Qualität Leben dar. Wer das Leben im Verlaufe seiner Entwicklung mit verschiedenen Qualitäten und Wertungen versieht, begibt sich auf einen verhängnisvollen Weg, wie das Wort vom lebensunwerten Leben und die wieder begonnene Diskussion über die Euthanasie zeigen. Darum kann die Gemeinschaft nicht von rechtlichen und strafrechtlichen Regelungen zum Schutz des Lebens absehen, in den auch das ungeborene Leben mit einzubeziehen ist.

4. Die rechtliche Behandlung des Schwangerschaftsabbruchs muß material und verfahrensmäßig der Konfliktsituation Rechnung tragen. Das Recht des ungeborenen Lebens und

das Lebensrecht der Mutter werden oft als Widerspruch empfunden. Daraus können sich menschliche Notsituationen ergeben, die von der Mutter und ihrer Familie nicht mehr zu bewältigen sind. Die Gemeinschaft hat in solchen Fällen die Pflicht, alle Möglichkeiten zur Erhaltung des ungeborenen Lebens und zur Milderung der menschlichen Notlage auszu-schöpfen. Indikationen dürfen nur dazu dienen, Fälle menschlicher Ausweglosigkeit sachge-mäß zu erfassen. Immer kommt es darauf an, daß ein Entsprechungsverhältnis zwischen der Schwere der jeweiligen Notlage einerseits und der Schutzwürdigkeit des ungeborenen Lebens andererseits besteht. Daher ist das Verfahren zur Prüfung des Einzelfalles ein wich-tiger Bestandteil der gesamten Regelung.

5. Es wird in der Auseinandersetzung über den Paragraphen 218 oft nicht genügend be-achtet, daß es sich bei ihm um eine Strafbestimmung handelt. Ein hohes Rechtsgut wird geschützt, indem die mögliche Verletzung dieses Rechtsgutes als strafbare Handlung er-klärt wird. Ein für Ausnahmefälle umschriebener Raum von Straffreiheit trägt der mensch-lichen Ratlosigkeit in tiefgreifenden Konfliktsfällen Rechnung. Als Strafgesetz unterliegt nun jede Fassung des Paragraphen 218 einer doppelten Begrenzung. Einmal geht es nicht um Fragen der sittlichen Erlaubtheit, wenn von Strafe abgesehen wird. Zum anderen darf die Bedeutung des Strafgesetzes für die Verhinderung von Schwangerschaftsabbruch nicht zu hoch veranschlagt werden. Keine Änderung des Strafrechts ist für sich genom-men bereits eine Reform zum Schwangerschaftsabbruch. Die strafrechtlichen Bestimmun-gen müssen vielmehr auf das engste mit Hilfsmaßnahmen verbunden werden, die geeignet sind, den Schwangerschaftsabbruch wirksam einzudämmen.

6. Die Verfasser des jetzt vorliegenden Entwurfs einer Fristenregelung vertreten das Ziel, auf die Dauer die Zahl der Abtreibungen einzudämmen; sie fordern, Staat und Ge-sellschaft sollten darauf hinwirken, daß Schwangerschaftsabbrüche möglichst unterbleiben. Es darf nicht übersehen werden, daß auch dieser Entwurf sich als strafrechtliche Regelung versteht und damit die Verpflichtung der Gemeinschaft zum rechtlichen und strafrecht-lichen Schutz des ungeborenen Lebens bejaht. Aber indem der Entwurf im Widerspruch zu sich selbst diesen Schutz für entscheidende drei Monate aussetzt, ist nicht erkennbar, mit welchen Mitteln die Verfasser das selbst gesetzte Ziel, die Zahl der Schwangerschafts-abbrüche zu verringern, erreichen wollen.

7. In Übereinstimmung mit dem vorjährigen Regierungsentwurf muß befürchtet werden, daß eine Fristenregelung dieser Art einer Freigabe des Schwangerschaftsabbruchs gleich-zuachten ist und daß die Gesamtzahl der Eingriffe stark ansteigen wird. Deshalb kann die Überführung einer möglichst großen Zahl von Schwangerschaftsabbrüchen aus der Illega-lität in die Legalität nicht als ein durchgreifender Fortschritt gegenüber dem gegenwärtigen Stand gewertet werden. Es muß deshalb bezweifelt werden, daß der Fristenentwurf tatsächlich für den Schutz des ungeborenen Lebens hilfreich ist. Er wird sich wohl viel eher als eine Legalisierung der ärztlichen Durchführung eines Schwangerschaftsabbruchs auswir-ken. Die Verfasser setzen ihre Hoffnung entscheidend auf die verantwortliche Eigenent-scheidung der werdenden Mutter. Man muß aber fragen, ob diese Hoffnung nicht längst dadurch unterlaufen ist, daß der Entwurf in der öffentlichen Diskussion weithin mit der Befreiung von angeblich überholten Moralvorstellungen verbunden wird.

8. Die Neufassung der strafrechtlichen Bestimmungen zum Schwangerschaftsabbruch kann nur als Teilstück einer Reform gewertet werden. Sie ist es aber nur dann, wenn sie mit anderen Maßnahmen auf das engste verknüpft wird. Daß derartige Maßnahmen zur per-sönlichen Beratung und zur sozialen Hilfeleistung für die werdende Mutter und ihre Fa-milie ein Kernstück der beabsichtigten Reform darstellen, ist die feste Überzeugung aller Beteiligten. Darüber hinaus ist auf weite Sicht auf die Schaffung kinderfreundlicher Ver-hältnisse in der Gesellschaft hinzuwirken. Darum hatte schon der Alternativentwurf eines Strafgesetzbuches, den eine Gruppe von Strafrechtlern im Jahre 1970 vorlegte, die Bera-tung zur Anwendung von Hilfeleistungen in jedem Einzelfall in seinen Mittelpunkt gestellt. Diese Verknüpfung ist in keinem der späteren Entwürfe wieder gelungen. Mit ihr steht und fällt aber der tatsächliche Wert jeder Neuregelung, wenn es dem Gesetzgeber in der Tat um eine wirksame Einschränkung der Abtreibungsziffern geht.

9. Der Weg der Fristenregelung, wie er in dem jetzigen Entwurf erkennbar ist, wird nach vorliegenden Erfahrungen in anderen Ländern und nach der festen Überzeugung vieler,

vor allem ärztlicher Fachleute, tiefgreifende menschliche und gesellschaftspolitische Folgen haben. Die öffentliche Auseinandersetzung, der Kampf innerhalb der Ärzteschaft und eine schwere Belastung der Krankenhäuser und ihrer pflegenden Mitarbeiter werden mit der Verabschiedung eines solchen Gesetzes erst beginnen. Es muß befürchtet werden, daß darüber der Schutz des ungeborenen Lebens und die Hilfe für die Mutter in den Hintergrund treten. Es kann nicht die Aufgabe und die Absicht des Gesetzgebers sein, dieses alles im Kampf um parlamentarische Mehrheiten gegen einen breiten Widerstand durchzusetzen. Der äußere Eindruck, über die Reform des Paragraphen 218 sei genügend diskutiert worden, so daß nun die parlamentarische Entscheidung fallen müsse, ist nicht gerechtfertigt. Es bedarf gerade jetzt nach einer hitzigen Auseinandersetzung einer neuen Phase sachlicher Beratung zwischen allen beteiligten politischen und gesellschaftlichen Gruppen.

Der Rat der EKD ruft dazu auf, daß sich alle verantwortlichen Gruppen und Organisationen in Staat und Gesellschaft erneut zusammenfinden, um miteinander an der bestmöglichen Bewältigung der menschlichen, gesetzgeberischen und sozialpolitischen Aufgabe zum Schutz des ungeborenen Lebens, zur Besserung der Lebensumstände und zur Hilfeleistung für in Not geratene Frauen zu arbeiten.

Die Evangelische Kirche in Deutschland wird ihre diakonische Jugend-, Ehe- und Familienberatung, ihre Telefonseelsorge, ihre Heimplätze für Mutter und Kind, ihre Einrichtungen für Haus- und Familienpflege sowie weitere ganzheitliche Hilfsangebote für Mütter in individueller Ausweglosigkeit weiter ausbauen.

Sie wird sich für eine schnelle und weitgehende Reform des Adoptionsrechtes und für finanzielle Hilfen zur Existenzsicherung kinderreicher Familien (z.B. Familiendarlehen, Umzugs- und Mietzuschüsse) einsetzen. Nachdem die rechtliche Gleichstellung nichtehelicher Kinder erfolgt ist, gilt es, ihnen und ihren Müttern auch in der Praxis des Alltags gleiche Lebenschancen zu bieten. Ganz allgemein muß der Kinderfeindlichkeit auf allen Ebenen gewehrt werden, besonders auch bei der Wohnungssuche und im Freizeitbereich. Hier wächst den kirchlichen Programmen der Familienerholung und des Wohnungsbaues besondere Bedeutung zu. Die Plätze in Kinderkrippen, Kinderhorten und Kindergärten müssen erheblich vermehrt werden. Evangelische Kindergärten werden dazu ihren Beitrag leisten.

Es bedarf einer neuen Form von Lebenshilfe auf breiter Basis und in Zusammenarbeit mit möglichst vielen Partnern, um überall dort, wo sich junge Frauen vor dem Austragen der Schwangerschaft oder Ehepaare vor weiteren Kindern scheuen, wieder Freude am Kind und damit die Voraussetzung zu verantwortlicher Elternschaft zu ermöglichen.

Am 14. Mai 1973 richtete Landesbischof D. Dietzfelbinger in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Rates der EKD aufgrund einer Aussprache in der Ratssitzung am 10./11. Mai 1973 ein Schreiben an Bundeskanzler Brandt:

Sehr verehrter Herr Bundeskanzler!

Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland hat in einer Erklärung vom 5. April 1973 dazu aufgerufen, es möchten sich alle verantwortlichen Kräfte in unserem Lande zusammenfinden, um weiterhin an einer breiteren Grundlage für die gesetzlichen Regelungen zum Schwangerschaftsabbruch zu arbeiten. Der Fortgang der Auseinandersetzung veranlaßt mich, diesen Aufruf Ihnen gegenüber, sehr verehrter Herr Bundeskanzler, noch einmal aufzugreifen und zu erläutern.

Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland vertritt die Auffassung, daß entgegen dem äußeren Eindruck in der Öffentlichkeit eine alle Aspekte umfassende Sachdiskussion zwischen den Vertretern unterschiedlicher Vorschläge für eine Neufassung des § 218 StGB bisher nicht stattgefunden hat. Wir bedauern, daß der vor einigen Jahren aus kirchlichen Kreisen gemachte Vorschlag, nach dem Beispiel des Ehescheidungsrechtes auch die Fragen des Schwangerschaftsabbruchs in einer sachgerecht zusammengesetzten Fachkommission behandeln zu lassen, nicht aufgegriffen worden ist. In ihr hätten die sittlichen, rechtlichen und sozialen Seiten des Schwangerschaftsabbruchs, aber auch die persönlichen und gesellschaftspolitischen Folgen sorgfältig behandelt werden müssen. Statt dessen hat sich in der

Öffentlichkeit eine Argumentationsweise durchgesetzt, der man emotionale Züge bis hin zu panikartigen Merkmalen nicht absprechen kann. Alles deutet darauf hin, daß sich diese Gegensätze auch nach Abschluß der Gesetzgebung fortsetzen und die Gemeinschaftsfähigkeit in unserem Volk stark belasten werden. Diese Entwicklung bietet keine günstige Voraussetzung für die Arbeit des Gesetzgebers, zumal wir es hier mit Lebensfragen zu tun haben, bei denen tiefgreifende Auseinandersetzungen mit weltanschaulicher und parteipolitischer Tendenz so weit wie möglich vermieden werden sollten. Hinzu kommt, daß die vorliegenden Gesetzentwürfe nicht in jeder Hinsicht als ausgereift angesehen werden können. Das gilt besonders für den von den Fraktionen der SPD und FDP vorgelegten Entwurf einer sog. Fristenregelung. Dieser Entwurf beansprucht zwar, auf dem Grundsatz der Schutzwürdigkeit des ungeborenen Lebens als eines für die Gesellschaft besonders hoch zu bewertenden Rechtsgutes zu beruhen. Ihm wird deshalb auch ein strafrechtlicher Schutz zuerkannt. Aber indem der Entwurf gleichzeitig dem ungeborenen Leben für eine Frist von drei Monaten diesen Rechtsschutz entzieht, ohne daß diese Frist zugunsten des Rechtsgutes wirksam wird, gerät er in einen unlösbaren Widerspruch. Noch vor Jahresfrist hat der Entwurf der Bundesregierung einen solchen Versuch als faktische Freigabe des Schwangerschaftsabbruchs abgewiesen.

Gewiß kennt unsere Rechts tradition auch für sittlich und rechtlich mißbilligtes Verhalten den straffreien Raum oder die Straffreiheit im Einzelfall, und gerade dieses letztere will ja die sogenannte Indikationsregelung zur Geltung bringen. Aber es ist doch eine schwerwiegende und in ihren Auswirkungen noch nicht übersehbare Neuerung, wenn die Gemeinschaft dem einzelnen das Verhalten in einem straffreien Raum nach Belieben überläßt. Diese Neuerung macht sich in dem Entwurf schon darin bemerkbar, daß das Rechtsgut des ungeborenen Lebens in den materiellen Aussagen und in der Begründung mehr und mehr zurücktritt. An seine Stelle tritt die einseitig propagierte Entscheidungsfreiheit der Frau und die Sicherung ihrer möglichst geringen körperlichen Gefährdung. Als eigentliche Begründung für die Begrenzung der straffreien Frist auf drei Monate, die ohnehin sittlich, rechtlich und biologisch willkürlich erscheint, wird dann auch die größere Gefahr eines Eingriffes für die Schwangere bei länger dauernder Schwangerschaft angeführt. Damit aber, so scheint mir, entzieht sich der Entwurf selbst seine eigene sittliche und rechtliche Grundlage und bringt sich vollends um seine Glaubwürdigkeit. Die Befürworter dieser Form einer Fristenregelung haben deshalb auch die an sie gerichtete Grundfrage, ob es ihnen tatsächlich um eine Einschränkung des Schwangerschaftsabbruchs oder um seine leichtere Ermöglichung durch Legalisierung geht, bisher nicht überzeugend beantworten können.

Jede Neufassung der Rechtsbestimmungen zum Schwangerschaftsabbruch soll in Verbindung mit einem ganzen Bündel von unterstützenden Maßnahmen dazu führen, daß auch gefährdete und in dieser Hinsicht unsichere Frauen, Ehepaare und Familien immer mehr das in ihnen und in ihrer Mitte wachsende Leben bejahen. Darin scheint unter uns der Theorie nach, wenn man von Außenseitern absieht, weitgehende Übereinstimmung zu bestehen. Bei genauerer Betrachtung vermag man dies aber nicht mehr mit Sicherheit zu bejahen. Eine allzu weitgehende Öffnung der eingrenzenden Rechtsnormen kann einen Anforderungs-Charakter nach der Seite des Schwangerschaftsabbruchs gewinnen. Diese Tendenz wird durch Leistungen sozialversicherungsrechtlicher Art auch im Falle einer Fristenregelung geradezu unterstützt. Damit aber bahnt sich eine Entwicklung an, die offenbar noch so gut wie gar nicht in das Bewußtsein vieler Verantwortlicher getreten ist. Seit langem weisen Fachleute verschiedenster Art auf die Auswirkungen einer weitergehenden Freigabe des Schwangerschaftsabbruchs hin. Eine schnell ansteigende Zahl von Eingriffen wird schwerwiegende menschliche, rechtliche und organisatorische Probleme für Ärzte, Pflegepersonal und Krankenhäuser schaffen. Eine mit großer Verbissenheit geführte Auseinandersetzung mit kulturkämpferischen Zügen innerhalb der Ärzte- und Schwesternschaft sowie ein Kampf von Krankenhaus zu Krankenhaus sind wahrscheinlich. Es wäre schwer zu begreifen, wenn der Gesetzgeber den Schwangerschaftsabbruch rechtlich freigibt, ohne zur Kenntnis zu nehmen, daß der überwiegende Teil der dafür vorhandenen Einrichtungen eine so weit gehende Durchführung verweigert. Die notwendige Folge wäre die Entstehung von Abtreibungskliniken, die von manchen als Ausdruck sexueller Befreiung

der Frau verstanden werden. Wir müssen kirchlicherseits davor warnen, durch eine Freigabe des Schwangerschaftsabbruchs neue menschliche, rechtliche und gesellschaftspolitische Probleme zu schaffen, die denjenigen, die man gerade beseitigen will, an Schwere nicht nachstehen. Auch diese Seite der Sache aber scheint mir in die Verantwortung des Gesetzgebers zu gehören.

Sehr verehrter Herr Bundeskanzler, ich verzichte in diesem Schreiben weitgehend darauf, sittliche Argumente als solche allein ins Feld zu führen. Natürlich stehen sie mir deutlich vor Augen. Gerade die Frage nach den inneren Auswirkungen einer bis in ihre Konsequenzen hinein unbedachten Neufassung der Rechtsbestimmungen zum Schwangerschaftsabbruch macht uns in der Kirche besonders zu schaffen. Wir fragen auch, ob die politische Führung unseres Volkes einer Tendenz Vorschub leisten sollte, in Fragen des Lebens und seiner Widerfahrnisse den leichteren Weg zu suchen und legitimen Fragen an menschliche Bewährung damit auszuweichen. Die zur Entscheidung heranstehende Einzelfrage hat unter diesem Gesichtspunkt sehr viel mit dem Verständnis des menschlichen Lebens und seiner Qualität zu tun.

Mit diesem Brief wollte ich begründen, warum wir die Auffassung vertreten, daß der Gesetzgeber noch vieles zu bedenken hat, um zu einer menschlich tragbaren Lösung zu kommen. Ich möchte Sie bitten, dafür auch Ihrerseits Mittel und Wege zu suchen. Die Bemühungen darum können und dürfen nicht mit der Verweisung der Materie in die Bundestagsausschüsse nach der ersten Lesung des Entwurfs zu Ende sein. Für diese Aufgabe stehen auch wir mit unseren Vorstellungen gerne zur Verfügung.

Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung Ihr ergebener

(gez. Unterschrift)

Erneut befaßte sich der Rat der EKD mit diesen Fragen in seiner Sitzung am 1./2. Juli 1973. Der Pressebericht teilt dazu mit:

Zur Frage des § 218 im 5. StrRG bedauerte der Rat, daß Bemühungen der beteiligten Instanzen um eine Reformfassung, die in Parlament und Öffentlichkeit auf eine breite Zustimmung rechnen könnte, bisher nicht erkennbar sind. Eine Verwandlung der Auseinandersetzung in einen Kampf um eine gerade eben ausreichende parlamentarische Mehrheit wird nach Auffassung des Rates gerade in dieser Frage dem gesellschaftlichen Frieden schweren Schaden zufügen. Der Rat der EKD wird weiterhin darum bemüht sein, zu einer besseren Lösung für die Neufassung des § 218 StGB, als sie bisher sichtbar wurde, beizutragen.

Am 26. November 1973 erging eine gemeinsame

ERKLÄRUNG

*des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland
und der Deutschen Bischofskonferenz zur Änderung des § 218 StGB*

Die Deutsche Bischofskonferenz und der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland haben sich zum Schutz des ungeborenen menschlichen Lebens und zur Änderung des § 218 StGB mehrfach öffentlich geäußert. Auf der Grundlage dieser Stellungnahmen beschlossen sie die folgende gemeinsame Erklärung:

1. Die große Zahl der Abtreibungen in unserem Lande macht deutlich, wie schwer es in unserer Gesellschaft vielen werdenden Müttern gemacht wird, ihr ungeborenes Kind anzunehmen, und wie unzureichend die bisherigen Ansätze sind, die damit verbundenen Belastungen und sozialen Nachteile auszugleichen. Die Grundakzente der Gesetzesreform sollten daher so gesetzt werden, daß die Diskussion unter dem positiven Akzent der Hilfe für die Schwangere und der Schaffung von Voraussetzungen für eine kinderfreundliche Gesellschaft statt unter dem negativen Vorzeichen des Schwangerschaftsabbruchs und seiner strafrechtlichen Verhinderung geführt wird. In einem Sozialstaat müssen die Verhältnisse so gestaltet werden, daß nicht aus Angst vor einer kinderunfreundlichen Umwelt oder

aus Sorge um die eigene Zukunft ungeborenes menschliches Leben beseitigt wird. Auch heute stellen sich viele Eltern mit großem Ernst der Verantwortung für neues Leben; sie sehen im Kind eine Quelle der Freude und menschlicher Erfüllung. Die Umstände jedoch, unter denen viele Eltern und vor allen Dingen viele Mütter ihre Kinder aufziehen müssen, erst recht aber die Tatsache, daß verzweifelte Frauen den Schwangerschaftsabbruch häufig als einzigen Ausweg aus ihrer Not ansehen, sind Anklage und Herausforderung an unsere gesellschaftliche Ordnung. Jedenfalls sind Familie, Kirche und Gesellschaft es den Müttern schuldig, ihnen ihre Lasten soweit wie möglich zu erleichtern. Die mit einer Schwangerschaft bisweilen verbundenen Bedrängnisse und die nachfolgenden Aufgaben für Kinder und Familien sind weit umfassender und schwerwiegender, als es in der Problematik des Schwangerschaftsabbruchs zum Ausdruck kommt.

Aufgabe der staatlichen Gesellschaftspolitik ist es, umfassende Hilfe für die Sicherung des Lebensbedarfs und die Erziehung der Kinder zu gewährleisten. Dies erleichtert den Familien, ein ungeborenes Kind anzunehmen und die mit der Geburt auf sie zukommenden Aufgaben zu erfüllen. Der schwierigen sozialen Lage der nichtverheirateten Mutter muß besonders Rechnung getragen werden. Im Zusammenwirken von staatlichen und freien Trägern ist ein Netz von Beratungs- und Hilfsstellen zu errichten, die für jede Schwangere und für jeden Arzt erreichbar sind und wirksame Hilfe leisten oder vermitteln können. Die bisher von den Kirchen schon in diesem Zusammenhang geleistete Hilfe soll verstärkt und zugleich noch gezielter auf die Notlage schwangerer Frauen ausgerichtet werden. Die Ergebnisse einer solchen kirchlichen Arbeit zeigen, daß in der Tat Schwangeren wirksam geholfen und damit ungeborenes Leben gerettet werden kann.

2. Die Unantastbarkeit und Unverfügbarkeit des menschlichen Lebens ist Gottes Gebot. Dem entspricht das Recht eines jeden Menschen auf sein Leben. Keine Gesellschaft kann bestehen, in der dies grundlegende Menschenrecht nicht anerkannt und geschützt ist. Weder durch ein Urteil über Wert oder Unwert eines individuellen Lebens noch durch eine Entscheidung darüber, wenn es beginnt oder endet, darf das Recht auf Leben geschmälert werden. Alle Entscheidungen, die das menschliche Leben betreffen, können nur am Dienst für das Leben orientiert werden.

3. Die strafrechtliche Regelung muß auch der Tatsache Rechnung tragen, daß fundamentale Rechtsgüter in Widerstreit miteinander treten und davon betroffene Menschen in schwere, fast ausweglose Konflikte geraten können. Dieser Tatsache wird der bisherige § 218 StGB nicht gerecht. Er ist daher reformbedürftig. Zwar wird auch jede Neufassung unzureichend bleiben, da keine strafrechtliche Regelung zu erwarten ist, welche diesem komplexen Tatbestand, der von erheblicher Bedeutung für den Einzelnen wie für die gesamte Gesellschaft ist, überzeugend begegnen kann. Auf keinen Fall kann jedoch die Hilfe im Fortfall des § 218 StGB liegen. Der Staat schuldet dem menschlichen Leben auch vor der Geburt seinen Rechtsschutz und darf es nicht der willkürlichen Verfügung einzelner überlassen, wenn nicht eine für die sittliche Orientierung gefährliche Entwicklung ausgelöst werden soll. Es geht um Maßstäbe für die Entscheidung in Konfliktsituationen, die im Einzelfall ausgetragen werden müssen. Dies muß als sittlicher Kern jeder rechtlichen Regelung erhalten bleiben. Darüber hinaus wird das sittliche Gebot durch rechtliche Regelungen, die versuchen, den politischen Gegebenheiten Rechnung zu tragen, nicht aufgehoben. Für die Gewissensentscheidung des Einzelnen bleibt es unverrückbar erhalten. Darum bedarf die Gewissensentscheidung der beteiligten Ärzte, Schwestern usw. in jedem Falle des rechtlichen, insbesondere auch des arbeitsrechtlichen Schutzes.

4. Die Befürworter der sogenannten Fristenregelung sind, soweit sie nicht von einem uneingeschränkten Verfügungsrecht der Frau über das in ihr heranwachsende Leben ausgehen, davon überzeugt, die durch Illegalität für die Schwangere entstehende Gefährdung einschränken zu können. Sie hoffen, daß die von ihnen befürwortete Regelung die Gesamtzahl der Schwangerschaftsabbrüche nicht wesentlich erhöhen, ja auf lange Sicht sogar verringern wird.

Demgegenüber ist festzustellen, daß durch die bisher zur Verfügung stehenden Erfahrungen die Hoffnung, über die Einführung der Fristenregelung eine Verringerung der Schwangerschaftsabbrüche zu erreichen, als unbegründet erwiesen ist. Der Rat der EKD und die Deutsche Bischofskonferenz halten aber die Fristenregelung auch aus sittlichen, recht-

lichen und gesellschaftlichen Erwägungen für unvertretbar. Sie sind der Überzeugung, daß dieselbe zu unübersehbaren Gefahren nicht nur für das menschliche Leben in seinem hilflosesten Zustand führt, sondern die Maßstäbe für den Schutz des Lebens überhaupt ins Wanken bringt. Dazu werden viele Ärzte, Schwestern und Mitarbeiter von Krankenhäusern in große Konflikte geraten. Sofern in der Bevölkerung die Fristenregelung als Recht auf Abtreibung aufgefaßt werden kann, muß mit einer weitreichenden Störung des sozialen Friedens gerechnet werden.

5. Vorschläge für eine Indikationsregelung gehen davon aus, daß es sich bei Konfliktfällen, denen eine Reform des § 218 StGB Rechnung tragen muß, um gesetzgeberisch faßbare außergewöhnliche Einzelfälle handelt.

Alle Indikationen dürfen nur zur Ermittlung der einen Konfliktlage dienen, bei der dem Rechtsgut des ungeborenen Lebens das Rechtsgut des Lebens der Mutter gegenübersteht. Wenn Schwangerschaft oder Geburt nach ärztlichem Urteil das Leben der Mutter gefährden oder tiefgreifend und dauernd schwer schädigen, mag die Rechtsordnung den Abbruch der Schwangerschaft straflos lassen. Dabei ist nachdrücklich zu betonen, daß das sittliche Gebot durch eine im Gesetz eingeräumte Straffreiheit nicht aufgehoben ist. Das gilt ebenso, wenn für außergewöhnliche Grenzfälle von Notsituationen dem Gericht die Möglichkeit gegeben wird, im Einzelfall von Strafe abzusehen.

6. Die vom Gesetzgeber zu normierende Grenzsituation stellt an die Gewissensentscheidung der Betroffenen, namentlich der Schwangeren und des Arztes, besondere Anforderungen. Der Arzt, der einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen will, sollte verpflichtet werden, sich vorher über das Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen zu vergewissern und hierzu das Gutachten besonders anerkannter Ärzte und gegebenenfalls auch anderer sachverständiger Personen einzuholen. Eine enge Verbindung mit Beratungsdiensten, welche den Rat- und Hilfesuchenden zur Verfügung stehen, muß gewährleistet sein.

7. Die Kirchen bejahen auch in diesem Falle die Notwendigkeit öffentlicher Meinungsbildung sowie parlamentarischer Auseinandersetzung und Entscheidung. Sie warnen aber vor den Gefahren, die entstehen, wenn Gesetze mit derart weitreichenden sittlichen und persönlichen Konsequenzen für den Staatsbürger mit einer nur geringen parlamentarischen Mehrheit durchgesetzt werden. Die Kirchen anerkennen die Verpflichtung des Staates zur weltanschaulichen Neutralität in einer pluralistischen modernen Gesellschaft. Da aber das positive Recht nicht nur in Nützlichkeits Erwägungen, Mehrheitsverhältnissen und Gesichtspunkten der Opportunität seine Begründung hat, sondern auf Normen zurückverweist, die der Verfügung durch den Gesetzgeber entzogen sind, können und dürfen sie zu Grundfragen des Rechts nicht schweigen. Aufgrund ihres Auftrages wissen sie sich verpflichtet, öffentlich zu reden, wo es um Grundwerte menschlichen Zusammenlebens geht. Sie sind der Überzeugung, daß das Recht des Staates nur dann ein menschenwürdiges Zusammenleben gewährleistet, wenn es auf unabdingbaren sittlichen Grundlagen ruht.

Auch die Kirchenleitung der VELKD schaltete sich im Berichtsjahr zweimal in die Diskussion ein. In dem Kommuniké über die Sitzung der Kirchenleitung am 22./23. März 1973 heißt es:

Im Bericht zur Lage ging Bischof Wölber besonders auf die gegenwärtige Diskussion über den Schwangerschaftsabbruch (StGB Paragraph 218) ein. Die Reform des Strafgesetzes ist an diesem Punkt in ein entscheidendes Stadium getreten. Angesichts dieser schwierigen Gewissensfrage kann jeder Abgeordnete allein nach dem Gewissen entscheiden. Die Kirchenleitung begrüßt, daß in dieser verantwortungsbeladenen Entscheidung im Bundestag kein Fraktionszwang vorgesehen ist.

Die Kirchenleitung sieht, daß es in diesen ethisch und rechtlich äußerst komplizierten Fragen keine ‚Lösungen‘ geben wird. Durch die Fristenlösung wird dem schutzbedürftigen werdenden Leben auf Zeit der rechtliche Schutz generell entzogen. Auf keinen Fall darf die Abtreibung zu einem Mittel der Familienplanung werden. Für Christen bleibt Leben auch in Konfliktfällen unantastbar.

Auch die erweiterte Indikationslösung bietet nach Meinung der Kirchenleitung keine ‚Lösung‘, da auch sie in bestimmten Fällen die Tötung des werdenden Lebens vorsieht.

Die Indikationslösung setzt allerdings deutlichere Grenzen. Eine Entscheidung von mehreren Personen nach strengen ethischen und medizinischen Regeln kann verobjektiviert werden und das Recht des werdenden Lebens besser berücksichtigen. Sie kann auch der Frau eine bessere Entscheidungshilfe geben. Die Fristenregelung legt dagegen allein der Frau eine unerhört schwere Entscheidung auf.

Die Einführung der Fristenregelung hebt nach Meinung der Kirchenleitung den umfassenden Schutz des ungeborenen Lebens auf, den der Staat nach dem Grundgesetz ausnahmslos zu gewähren hat. Die Kirchenleitung bittet darum, daß die starken ethischen und medizinischen Bedenken aus der Ärzteschaft berücksichtigt werden. Die Gemeinde fordert die Kirchenleitung auf, sich umfassend zu informieren und sich mehr als bisher – auch öffentlich – zu engagieren.

Das Kommuniké über die Sitzung der VELKD-Kirchenleitung am 25. Mai 1973 meldet:

Zur Diskussion der Reform des Paragraphen 218 des Strafgesetzbuchs wurde bedauert, daß diese schwierige Diskussion weitgehend zu emotional und zu wenig sachlich geführt wird. Die Folgelasten aus einer möglichen Liberalisierung des Paragraphen 218 werden nahezu überhaupt nicht gesehen. Die zu erwartenden Belastungen für die Ärzte wurden bisher zu wenig berücksichtigt. Das gilt in besonderer Weise auch für die Mitverantwortung des Mannes in diesen schwerwiegenden Entscheidungen.

Gleicherweise äußerten sich Leitungen und Synoden von Gliedkirchen sowie kirchenleitende Persönlichkeiten zur Frage des Schwangerschaftsabbruchs. Aus den Stellungnahmen, von denen hier nur ein repräsentativer Ausschnitt wiedergegeben werden kann, wird ersichtlich, wie groß auch im evangelischen Raum – es bewahrheitet sich hier wieder einmal, daß die Kirche eine Gruppe der Gesellschaft heute und hier ist – die Unsicherheit in einer schwerwiegenden ethischen Grundsatzfrage und die Unterschiedlichkeit der Meinungsbildung ist. Übereinstimmung besteht auf evangelischer Seite lediglich darin, daß das geltende Recht einer Reform, der bestehende Zustand einer Änderung bedarf.

In seinem der Landessynode der *Evangelisch-Lutherischen Landeskirche in Braunschweig* auf ihrer Tagung am 16. Februar 1973 erstatteten Lagebericht wies Landesbischof Dr. Heintze auf die Gefahr hin, daß im Bewußtsein der Öffentlichkeit die Straffreistellung des Schwangerschaftsabbruchs innerhalb der ersten drei Monate eine weitere Abstumpfung der Gewissen und ein weiteres Abnehmen von Ehrfurcht und Verantwortungsbewußtsein gegenüber jeglichem Leben begünstigen würde, und forderte die Gemeindeglieder auf, von der eventuell künftig gewährten Möglichkeit straffreien Schwangerschaftsabbruchs keinen Gebrauch zu machen.

Der Landeskirchenrat der *Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern* erklärte in einer am 5. März 1973 veröffentlichten Stellungnahme, die Fristenlösung gebe das besonders schutzbedürftige werdende Leben in den ersten drei Monaten faktisch zur Tötung frei; das signalisiere eine „tiefgreifende Veränderung im Verständnis vom Menschen und vom menschlichen Leben, und das in einem Augenblick, in dem so viel von „Lebensqualität“ geredet wird.“ Der Mensch habe nicht das Recht, über anderer Leben zu verfügen, auch nicht über das ungeborene Leben, das, wenn auch im Mutterleib, nicht Teil des Körpers der Frau, sondern ein selbständiges Leben mit Recht auf eigene Entwicklung und Entfaltung sei.

In gleicher Richtung nahm wenig später die *Kirchliche Sammlung um Bibel und Bekenntnis in Bayern* Stellung.

Der Präses der *Evangelischen Kirche im Rheinland* Lic. Immer bezeichnete am 28. März 1973 bei einem Empfang für Journalisten die Fristenlösung als „äußerst beschwerlich“ und sprach sich für eine erweiterte Indikationslösung aus; dabei legte er Wert auf die Feststellung, daß dies seine persönliche Meinung sei, denn im evangelischen Bereich würden verschiedene Standpunkte vertreten, und es sei „einer Kirche des Evangeliums würdig, daß auch die Minderheitsvoten gewogen werden“.

Der *Landessuperintendent von Lauenburg*, Prof. Dr. Heubach, erklärte am 30. März 1973 vor der Synode seines Sprengels:

Was mit der sogenannten Fristenlösung im Parlament zur Entscheidung vorgelegt werden soll, ist die Legalisierung des Mordes am ungeborenen Leben. Hier kann vom Standpunkt des Christen nur ein klares Nein gesprochen werden.

Ein Staat, der im Sinne der „Fristenlösung“ gesetzliche Voraussetzungen schaffe, habe nicht nur christliche Sittlichkeit verlassen, „sondern elementare Menschenrechte verletzt und die Menschenwürde mißachtet ...“

Wenn eine derartige Gesetzesvorlage durchkommen sollte, sind wir wieder in der Situation, daß unser Staat Gesetze verabschiedet, die mit unserer christlichen Überzeugung nicht vereinbar sind und zu denen Christen nicht schweigen dürfen.

Die Landessynode der *Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Schleswig-Holsteins* faßte am 1. April 1973 folgenden *Beschluß zur bevorstehenden Entscheidung über eine Reform des § 218 StGB*:

1. Die Synode sieht sich im Gedanken an die betroffenen Mütter, Väter, Ärzte und Parlamentarier nicht in der Lage, für oder gegen die Indikations- oder Fristenregelung einheitlich Stellung zu nehmen, obwohl sie auch die Warnung derer hört, die hier tiefgreifende Gefährdungen unserer menschlichen und gesellschaftlichen Grundlagen befürchten.

Sie ist sich dessen bewußt, daß das Problem mit der notwendigen Strafrechtsreform allein nicht zu lösen ist.

Sie respektiert die Gewissensentscheidung jedes Parlamentariers, der für eins der dem Bundestag vorliegenden Modelle votiert.

2. Sie fühlt sich verpflichtet darauf hinzuweisen, daß für alle Betroffenen die Entscheidung über einen Schwangerschaftsabbruch einschneidend und folgens schwer ist, gleichgültig, ob dieser straffrei bleibt oder nicht. Er beendet entstehendes Leben. Als Christen glauben wir, daß auch werdendes Leben unter dem Gebot Gottes steht.

Da die Entscheidung die Kräfte des Einzelnen oft übersteigt, wollen wir alles dazu tun, die persönliche Bewältigung der Probleme zu ermöglichen und zu begleiten.

3. Die Landessynode wird ihren Einfluß und ihre Mittel dafür einsetzen, daß den Betroffenen alle notwendigen Hilfen zur Verfügung stehen, so daß die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche verringert wird und diejenigen vor Diskriminierung und Not bewahrt werden, die einen Schwangerschaftsabbruch in Erwägung ziehen.

Die Synode hält folgende Hilfsmaßnahmen der Kirche für vordringlich:

Erweiterung des Bildungsangebotes in dem Bereich der Sexualpädagogik, Einrichtung und Ausbau von Familien-, Erziehungs- und Lebensberatungsstellen, Förderung familienstützender Einrichtungen (z.B. Kindergärten, Familienbildungsstätten, Familienerholung).

Die Synode beauftragt die Kirchenleitung und den Haushaltsausschuß, dafür erforderliche Mittel verstärkt vorzusehen.

4. Wir treten mit anderen dafür ein, Voraussetzungen zu schaffen, unter denen Mütter

nicht mehr dazu getrieben werden, eine Schwangerschaft abzubrechen. Das bedeutet zum Beispiel:

Überwindung der verbreiteten Kinderfeindlichkeit der Gesellschaft,
des unbefriedigenden sozialen Status lediger und alleinstehender Mütter,
der wirtschaftlichen Benachteiligung kinderreicher Familien,
Ermöglichung intensiver Beratung der Betroffenen,
Hilfen (gegebenenfalls auch finanzieller Art) zur Anwendung empfängnisregelnder Mittel,
Reform des Adoptionsrechts.

Der Präsident der Landessynode der *Evangelischen Landeskirche in Württemberg* bat die baden-württembergischen Bundestagsabgeordneten in einem am 5. April 1973 veröffentlichten Schreiben dringend, „einer Fristenregelung energisch zu widersprechen“ „sich bei der bevorstehenden Entscheidung zum § 218 vom Gebot ‚Du sollst nicht töten‘ leiten zu lassen“.

Der Bundesvorstand der *Kirchlichen Sammlung um Bibel und Bekenntnis* rief „alle verantwortungsbewußten Christen, die der Fristenlösung ein klares Nein entgegenhalten“, zur Teilnahme an einem für den 12. April 1973 geplanten Protestmarsch in Hannover auf, wo gerade der Parteitag der SPD stattfand.

Der Landesbischof der *Evangelisch-Lutherischen Landeskirche in Bayern*, D. Dietzfelbinger, richtete Anfang April ein Schreiben an alle evangelischen Bundestagsabgeordneten aus Bayern, in dem er darlegt, daß die Entscheidung über eine Änderung des § 218 keine bloße Ermessensfrage, sondern eine Gewissensfrage sei; es gehe um die prinzipielle Frage der Wertung des Lebens, insbesondere darum, „ob es recht ist, wenn dies Leben – auch das noch nicht geborene – generell eine Zeitlang ohne Schutz bleibt“.

Ungefähr zur gleichen Zeit wandte sich die Leitung der *Evangelischen Kirche von Westfalen* schriftlich an die westfälischen Bundestagsabgeordneten. In dem Brief heißt es:

„Wir sind der Überzeugung, daß die Frage des Schwangerschaftsabbruchs nicht als Gelegenheit zur parteipolitischen Profilierung und Polarisierung dienen, sondern als Grundsatzproblem gemeinsamer Verantwortung aller Parteien behandelt werden sollte.“ Die Kirche könne nur einer sorgfältig formulierten Indikationslösung zustimmen, weil sie an dem Grundsatz festhalte, daß menschliches Leben nicht verfügbar sei, aber Konfliktfälle berücksichtigt werden müßten.

Am 17. Mai 1973 veröffentlichte die Kirchenleitung der *Evangelischen Kirche von Westfalen* als Ergebnis eines Gesprächs mit leitenden Gynäkologen der evangelischen Krankenhäuser Westfalens nachstehende Erklärung:

1. Die Problematik des Schwangerschaftsabbruchs gehört zu den Existenzfragen des Menschen. Darum muß die notwendige Reform des § 218 StGB in Sachlichkeit, Gründlichkeit, möglichst ohne Emotionen und in ehrlicher Prüfung aller Stellungnahmen und Standpunkte verhandelt werden.

2. Von einer „Lösung“ wird in der spannungsvollen Konfliktlage um die Reform des § 218 StGB in keinem Fall geredet werden können. Vielmehr geht es darum, in Abwägung aller Gesichtspunkte auf dem Wege eines verantwortbaren politischen Kompromisses solche Vorschläge zu realisieren, die am ehesten geeignet sind, das unantastbare Rechtsgut des Menschenlebens, auch des ungeborenen, zu erhalten. Nur eine Regelung, die die-

sen Grundsatz festhält, wird auf die Dauer dem Lebensrecht aller und dem Bestand unserer Gesellschaft dienen.

3. Entsprechend der Begründung, welche die Vertreter des Fristenmodells ihrer Gesetzesvorlage gegeben haben, muß ihnen zugestanden werden, daß es ihnen auch um Eindämmung der Abtreibungsfälle und Anerkennung der Verantwortung für das ungeborene Menschenleben geht.

4. Dennoch haben sich alle anwesenden Gynäkologen die Entschließung der Deutschen Gesellschaft für Gynäkologie gegen die Fristenregelung zu eigen gemacht. Dafür haben sie eine Reihe von Gründen angeführt, die es verdienen, in der öffentlichen Diskussion mehr als bisher beachtet zu werden.

5. Die an dem Gespräch beteiligten Gynäkologen erklären, daß nach ihrer begründeten Erfahrung die aufgrund von Mißmaßungen angegebenen Dunkelziffern illegaler Abtreibung weit übertrieben seien. Nach ihrer Einsicht sei mittlerweile und gerade in den letzten Jahren die Kenntnis und die Anwendung der verschiedenen antikonzeptionellen Methoden und Mittel so weit verbreitet, daß die Zahl der Abtreibungen ständig und erheblich abnehme.

6. Die medizinische Forschung ist so weit fortgeschritten, daß in naher Zukunft noch sicherere und schonendere Antikonzeptiva für die Frau und den Mann in den Handel kommen werden. Durch die neuen Möglichkeiten der Empfängnisverhütung erscheint es gerade jetzt unverständlich und verhängnisvoll, durch ein Gesetz das im Mutterleib sich entwickelnde Kind in den ersten drei Monaten der Gefahr willkürlicher Vernichtung auszusetzen und damit die Grundlagen der Rechtsordnung unseres Staates zu erschüttern.

7. Die in der Gesetzesvorlage vorgesehene Fristenlösung sieht zwar ärztliche Beratung vor, doch ist der Schwangerschaftsabbruch in jedem Fall innerhalb der vorgesehenen Frist rechtlich möglich. Aber eben damit wird die Verantwortung des Arztes wie der Frau und nicht zuletzt ihres Partners auf verhängnisvolle Weise abgebaut und möglicherweise gar dem aufgrund von Gewissensbedenken zurückhaltenden Arzt mangelnde Hilfsbereitschaft vorgeworfen.

8. Oft wird die Tatsache außer acht gelassen, daß ein Schwangerschaftsabbruch schon in den ersten drei Monaten nicht ohne ernstes Risiko ist, und daß mögliche organische und psychische Folgen nicht unterschätzt werden dürfen.

9. Erfahrungen anderer Länder – im Westen und im Osten – erweisen, daß die Freigabe des Schwangerschaftsabbruchs in den ersten drei Monaten die Zahl der ohne ärztliche Hilfe vorgenommenen Abtreibungen nicht wesentlich verringert. Dagegen erhöht sich die absolute Zahl der Aborte erheblich. Es wird eine Abtreibungsmentalität erzeugt, welche sich für die betroffenen Frauen als Nötigung zur Abtreibung auswirken kann.

10. Die gemeinsame Meinung der am Gespräch beteiligten Ärzte und Theologen geht dahin, daß eine sorgfältig differenzierte Indikationsregelung am ehesten den sicher oft schwierigen Tatbeständen der individuellen Lage gerecht wird. Sie behaftet zugleich alle Beteiligten bei der ihnen auferlegten Verantwortung, dem Leben zu dienen.

11. Um den Gesamtbereich der sozialen Indikation Schritt für Schritt auszuschließen, ist eine umfassende, von allen Gruppen der Gesellschaft in gemeinsamer Anstrengung zu erstellende soziale Hilfeleistung erforderlich.

Am 22. Juni 1973 sprach sich die Landessynode der *Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Hannovers* am Schluß einer mehrtägigen Sitzung und als Ergebnis intensiver Beratung mit Mehrheit gegen „jede Fristenlösung“ aus und schloß sich dem Kommuniké über die Märzsession der VELKD-Kirchenleitung (s.o.) an. Eine Minderheit von Synodalen stimmte für eine „Fristenlösung mit pflichtmäßiger Beratung, die den Betroffenen Hilfe zu verantwortlicher Entscheidung bietet“.

Anfang Juli 1973 veröffentlichten 50 Pfarrer, Religionslehrer und Vikare der *Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau* eine Stellungnahme, in der es heißt, daß es zwar eine hundertprozentig sachgerechte Lösung des Problems

nicht gebe und eine Entscheidung für oder gegen einen Schwangerschaftsabbruch in jedem Fall eine Belastung für die Betroffenen bedeute, daß aber „die Fristenlösung geeignet ist, die vorhandenen Belastungen zu verringern“ und deshalb als „die derzeit beste gesetzliche Regelung“ anzusehen sei. Die Verfasser und Unterzeichner heben auf Erfahrungen der alltäglichen Seelsorge als Gemeindepfarrer ab, aus denen deutlich werde, daß „sich viele Frauen von den Repräsentanten der Kirchen in ihrer persönlichen Not unverstanden und allein gelassen fühlen und durch manche kirchliche Stellungnahme noch mehr ins gesellschaftliche Abseits gedrängt sehen“.

Am 30. November 1973 verabschiedete die Synode der *Evangelisch-Lutherischen Landeskirche in Oldenburg* nachstehende Erklärung zur Frage des Schwangerschaftsabbruchs:

Das Problem des Schwangerschaftsabbruchs ist mit der strafrechtlichen Regelung durch den Gesetzgeber – wie auch immer sie ausfällt – nicht gelöst. Die Diskussion wird weitergehen. Wir bitten alle Beteiligten, ihre eigene Gewissensentscheidung in Achtung vor der Überzeugung Andersdenkender zu vertreten. Es ist Sache des Gesetzgebers zu entscheiden, wie schwer und wie weitgehend ein Schwangerschaftsabbruch unter Strafe gestellt werden soll oder nicht. Die Kirche aber ist verpflichtet zu einem hilfreichen Wort an alle Betroffenen. Wir stimmen darum folgenden Aussagen zu, welche auch in den Erklärungen des Rates der EKD vom 17. März 1972 und 5. April 1973 zu der Auseinandersetzung über Fragen des Schwangerschaftsabbruchs (§ 218 des Strafgesetzbuches) enthalten sind:

1. Wir bekennen uns zum Grundsatz der Ehrfurcht vor dem Leben, die Christen und Nichtchristen für die Würde des Menschen und die Unantastbarkeit alles menschlichen Lebens eintreten läßt und auch die Gesetzgebung des Staates leiten muß.

2. Wir sehen die gegenwärtig unüberwindlichen Schwierigkeiten, eine allen Erwartungen entsprechende gesetzliche oder strafrechtliche Regelung zu finden. Wenn menschliches Leben angetastet wird, entsteht Schuld auch dort, wo der Gesetzgeber ein solches Verhalten straffrei läßt.

3. Wir unterscheiden deshalb zwischen sittlicher Erlaubtheit einerseits und Straffreiheit in eingegrenzten Ausnahmefällen andererseits. Wir bieten aber allen, die schuldig geworden sind, als unseren besonderen Dienst die Botschaft Jesu Christi von der Vergebung an.

4. Wir wissen uns verpflichtet, die einzelnen (Frauen, Eheleute, Ärzte, Krankenschwestern, Seelsorger, Berater) in den Konflikten, in welche sie verwickelt werden können, nicht allein zu lassen.

5. Wir bekennen uns zur seelsorgerlichen Verpflichtung der Kirche, den Betroffenen mit Rat und Hilfe beizustehen. Zu dieser Verpflichtung gehört auch die Einrichtung und Unterhaltung von Beratungsstellen, Kindergärten, Familienerholungsstätten, Familienbildungsstätten und anderen hierfür geeigneten Einrichtungen.

6. Wir halten fest am diakonischen Auftrag der Kirche, daß sie sich in der Öffentlichkeit für die überforderten oder alleinstehenden Mütter einsetzt, indem sie zur Überwindung der Kinderfeindlichkeit, zur Verbesserung des sozialen Status alleinstehender Mütter, zur Hilfe für kinderreiche Familien und zur Reform des Adoptionsrechts beiträgt.

7. Wir erstreben das Ziel, daß Eltern das ungeborene Leben gern annehmen und die Scheu vor seelsorgerlicher und fachlicher Beratung verlieren, damit die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche immer mehr zurückgeht.

Die mehr oder minder offiziellen und amtlichen Verlautbarungen kirchlicher Gremien, Amtsstellen und Amtsträger spiegeln die im „Kirchenvolk“ bestehende, aus anderen Quellen zu erhebende Pluralität der Meinungen, Stellungnahmen und Entscheidungen nicht in vollem Ausmaße wirklichkeitsgetreu wider: die Fristenlösung hat auch im evangelischen Raum ihre Befürworter,

aber viele evangelische Christen würden sich beschwert fühlen, wenn sie vom Parlament verabschiedet werden sollte. Bis dahin wird die Auseinandersetzung zwischen den Vertretern der verschiedenen Lösungen nicht verstummen und viele verstimmen. Bei aller Unterschiedlichkeit der Meinungsbildung sollte darüber Einmütigkeit bestehen, daß es — wie Bischof D. Kunst, der Bevollmächtigte der EKD in Bonn, Ende März 1973 in einem Gespräch mit dem Evangelischen Pressedienst betonte — umfangreicher und energischer Anstrengungen des Gesetzgebers und der berufenen gesellschaftlichen Kräfte, darunter der Kirchen, bedarf, Hilfen aller Art für Frauen, Familien und Kinder anzubieten und bereitzustellen, um der Versuchung zum Schwangerschaftsabbruch entgegenzuwirken und damit die Achtung vor dem Leben und den rechtlichen Schutz des ungeborenen Lebens in kinderfreundliche Lebensbedingungen umzusetzen. Wenn trotzdem eine Frau durch eine Schwangerschaft in eine unzumutbare Bedrängnis gerate, sollte ein Austragen der Leibesfrucht nicht strafrechtlich erzwungen werden.

E. Soziale Sicherung im Industriezeitalter

Eine von der Kammer für soziale Ordnung zu dieser Frage erarbeitete Denkschrift wurde im April 1973 vom Rat der EKD als Anstoß zu einer Neubesinnung über die soziale Verantwortung und ihre Wahrnehmung heute der Öffentlichkeit übergeben. Nach einem vom Vorsitzenden des Rates der EKD unterzeichneten Vorwort und einer Einleitung werden in einem ersten Hauptteil „Grundsätze und Leitgedanken für die soziale Sicherung“ mit den Unterabschnitten A: Die Leistungsfähigkeit der Gesellschaft, B: Die wechselseitige Verantwortung der Gesellschaft, C: Die Verantwortung der Person, D: Probleme sozialer Gerechtigkeit, E: Die ordnenden Prinzipien der sozialen Sicherung entfaltet. Der zweite Hauptteil enthält: „Überlegungen zur weiteren Gestaltung der sozialen Sicherung“ (A: bei Alter und Invalidität, B: bei Krankheit und gesundheitlicher Vorsorge, C: bei Unfall, D: für Behinderte, E: Familienlastenausgleich, F: Sozialhilfe, G: Personale Dienstleistungen). Im dritten Hauptteil werden die Schlußfolgerungen gezogen.

Nachstehend werden das Vorwort und im Auszug die Grundsätze und Leitgedanken für die soziale Sicherung abgedruckt.

DIE SOZIALE SICHERUNG IM INDUSTRIEZEITALTER

Vorwort

Jeder Mensch ist zur Sicherung seines Lebens auf die Hilfe anderer Menschen angewiesen. Dies gilt insbesondere in der Kindheit, im hohen Alter sowie in Fällen der Krankheit, beschränkter Leistungsfähigkeit und besonderer Notlagen, die Menschen daran hindern, sich durch eigene Arbeit zu versorgen. In früheren Zeiten gewährte vor allem die Solidarität der Familie, der Sippe, der Nachbarschaft und kleinerer Gemeinschaften dem einzelnen soziale Sicherung. Im Industriezeitalter bestehen mit steigender wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit zwar größere Möglichkeiten, jedermann mit dem Nötigen zu versorgen. Seit einem Jahrhundert sind aber tiefgreifende Wandlungen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen eingetreten, so daß dieser Schutz nicht mehr in gleicher Weise gesichert

ist. Diese Veränderungen werden sich in der Zukunft möglicherweise noch verstärken. Daher ist eine soziale Sicherung nur noch dann gewährleistet, wenn systematisch umfassende gesellschaftliche Maßnahmen und personale Hilfen entwickelt werden und in der richtigen Weise ineinandergreifen.

Bei einer Prüfung dieser Frage zeigt es sich, daß wir in der Bundesrepublik Deutschland zwar ein hochentwickeltes System sozialer Sicherungen haben. An wichtigen Stellen versagen aber gleichzeitig sowohl die gesellschaftlichen Einrichtungen als auch der persönliche Einsatz von Mitmenschen. Die hohe Bewertung von Arbeit und Leistung führt dazu, daß diese Schwächen unserer Gesellschaft weithin nicht klar erkannt werden. Die fortlaufenden wirtschaftlichen und sozialen Veränderungsprozesse verursachen darüber hinaus neue menschliche Notlagen. Dies ist vor allem der Grund für die Tatsache, daß es bei uns trotz steigenden Lebensstandards weiter bittere Notstände und Ungerechtigkeiten gibt.

Der Rat der EKD ist mit den Verfassern dieser Denkschrift der Überzeugung, daß noch eine Reihe weiterer Fragen auf dem Gebiet der sozialen Sicherung im Industriezeitalter mitbedacht werden müßte. Die laufende Verbesserung der Verkehrssicherheit, des Arbeitsschutzes und überhaupt das weite Feld der leiblichen und seelischen Gefährdungen, die heute den Menschen bedrohen, müßten in einer umfassenden Würdigung der sozialen Sicherung berücksichtigt werden. Nicht weil diese Fragen weniger wichtig wären, sondern weil sie eine ausführlichere Behandlung erfordert hätten, als im Rahmen dieser Denkschrift möglich ist, sind sie in den folgenden Kapiteln nicht besprochen.

Die vorliegende Denkschrift versucht, bei Anerkennung der Leistungen unseres sozialen Sicherungssystems dessen Mängel aufzuzeigen. Es sollen Anstöße zu einer Neubesinnung darüber gegeben werden, wie heute soziale Verantwortung wahrzunehmen ist. Die Denkschrift weist darum auch auf diejenigen Bereiche hin, in denen möglicherweise einschneidende Maßnahmen erforderlich sind. Die weitere wirtschaftliche Entwicklung sollte dahin gelenkt werden, daß befriedigende Verhältnisse auch denen verschafft werden, deren Lebensbedingungen mangelhaft oder unsichert sind. Die Verfasser der Denkschrift sind sich darüber im klaren, daß damit eine schwierige Aufgabe bezeichnet wird, deren Erfüllung nur schrittweise gelingen kann und das Zusammenwirken aller Beteiligten erfordert. Der Rat der EKD übergibt diese Arbeit der Kammer für soziale Ordnung der Öffentlichkeit in der Hoffnung, daß die hier vertretenen Gesichtspunkte und Ziele eine gebührende Beachtung finden.

Den kirchlichen Gemeinden will die Denkschrift zu einem Nachdenken über ihre Aufgaben und Möglichkeiten verhelfen. Neue Formen sozialer Verantwortung und persönlichen Einsatzes für die Mitmenschen müssen gesucht werden, um heute das Gebot Christi „Liebe deinen Nächsten“ zu verwirklichen.

Berlin, im April 1973

Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland
D. Dietzfelbinger

I. Grundsätze und Leitgedanken für die soziale Sicherung

A. Die Leistungsfähigkeit der Gesellschaft

8. Eine von der Wurzel her ansetzende kritische Betrachtung kann weder so tun, als ob alles in Ordnung wäre und nur einige bedauerliche Fehler zu beheben seien, noch negiert sie das Bestehende schlechthin. Auf beide Weisen würde jede wirkliche Änderung gleichermaßen unmöglich gemacht. Gerade mit Rücksicht auf die in Not Befindlichen muß man sich auf Einzelgebieten zu einer relativen Gerechtigkeit verstehen, ja zuweilen zu einer Politik des kleineren Übels greifen. Dabei muß auch zugleich überprüft werden, ob die geltenden Maßstäbe jeweils stimmen für das, was ökonomisch möglich und sozial gerecht ist. Vor allem ist der Sozialbereich in Aufbringung und Leistung als Gesamtgröße zu sehen.

9. Eine Verbesserung der kollektiv geordneten sozialen Sicherung ist in einer wachsenden Wirtschaft weit leichter und schneller zu verwirklichen als bei Stagnation ... Die Erhaltung der Funktionsfähigkeit der Wirtschaft ist darum auch eine soziale Aufgabe, die jedem ein-

zeln und der gesamten Gesellschaft gestellt ist. Das Wirtschaftswachstum ist aber kein Selbstwert. Die Rücksichtnahme auf diejenigen, die in geringerem Umfang oder überhaupt nicht zur Erstellung des Sozialproduktes beitragen können, ist ein ebenso wichtiger Bestandteil der menschlichen Verpflichtung wie der wirtschaftlich erfolgreiche Einsatz vorhandener Mittel und Kräfte. Dabei ist zu berücksichtigen, daß Investitionen im Sozialbereich zugleich als Bestandteil und als Voraussetzung der wirtschaftlichen Entwicklung angesehen werden müssen.

10. Die Gerechtigkeit verlangt, daß der eigene Beitrag, den jeder für die Gesamtheit leistet, daß Maß dafür abgibt, was er als Entgelt erhält, und nicht etwa ererbte Privilegien des Standes oder des Besitzes. Darum entspricht eine an den erbrachten Leistungen sich orientierende Gesellschaft trotz all ihrer Mängel und Auswüchse mehr den Vorstellungen einer gerechten Gesellschaft als frühere Ordnungen, in denen Rang und Stand maßgebend waren. Dabei muß vorausgesetzt werden, daß jeder die gleichen Chancen zur Entwicklung seiner Gaben und seiner Leistungsfähigkeit erhält und daß diejenigen, die keine Leistung für die Gesamtheit erbringen können, von der Gesellschaft angemessen unterstützt und in der Gesellschaft akzeptiert werden.

13. Bei der Verwirklichung der sozialen Sicherung muß auch über ihren Stellenwert im Rahmen der übrigen Ansprüche an das Sozialprodukt entschieden werden. Dies vollzieht sich in einem ständigen Entscheidungsprozeß, dessen Ergebnisse sich im Wandel der Anschauungen, der politischen Verhältnisse und der wirtschaftlichen Möglichkeiten ändern. Umweltschutz, Verkehr, Innenstadtsanierung, Entwicklungshilfe, Bildung, Forschung, innere und äußere Sicherheit usw. konkurrieren um die knappen Mittel der Volkswirtschaft. Die Finanzierung der Leistungen für die soziale Sicherung darf darüber nicht vernachlässigt werden.

14. Die Reform der sozialen Sicherung kann also nicht isoliert betrachtet werden. Sie muß im Zusammenhang mit allen übrigen gesellschaftlichen Aufgaben gesehen und behandelt werden. Je größer ein Reformvorhaben ist, um so dringlicher muß gefordert werden, die sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhänge zu berücksichtigen ... Bei der Größenordnung des Sozialbereichs – im Verhältnis zum Sozialprodukt: ein Viertel dieses Sozialprodukts – sind Versuche, illusionäre Ziele zu erreichen, von vornherein zum Scheitern verurteilt. Es ist deshalb fast selbstverständlich zu verlangen, daß auch sozialpolitische Reformen in eine Rangordnung aller gesellschaftspolitischen Ansprüche eingefügt werden ...

B. Die wechselseitige Verantwortung in der Gesellschaft

15. Das Postulat der sozialen Sicherung kann heute sozialetisch anknüpfen an den Gedanken der verantwortlichen Gesellschaft, der seit der Amsterdamer Weltkirchenkonferenz 1948 im Sozialdenken der Ökumene in den Vordergrund getreten ist. Dabei muß bedacht werden, daß der einzelne und die Gesellschaft in einem wechselseitigen Abhängigkeitsverhältnis zueinander stehen. Darum genügt es nach dem Prinzip der „verantwortlichen Gesellschaft“ nicht, daß sich die einzelnen Personen ihrer Verantwortung bewußt sind. Die Gesellschaft muß in ihren fundamentalen Strukturen so geordnet sein, daß das durch sie vermittelte Zusammenleben ihrer Glieder human ist.

16. Für die Frage der sozialen Sicherung besagt dies, daß zunächst eine Gesamtordnung der sozialen Sicherung von der Gesellschaft geschaffen werden muß, bei der die Risiken abgedeckt werden, die durch die Gliederung der Gesellschaft in einem arbeitsteiligen Gesamtprozeß selbst entstehen. Die wirtschaftliche Absicherung der großen Lebensrisiken (Unfall, Krankheit, Erwerbslosigkeit, Tod des Ernährers) sowie die Altersversorgung und zusätzliche Kosten für die längere Ausbildung von Kindern gehören heute in grundlegender Weise in die Verantwortung der Gesellschaft. Erst in diesem Rahmen wird dann die Vielfalt der individuellen und persönlichen Hilfen und Vorsorgen wirksam und unentbehrlich. Die großen sozialen Risiken müssen also gesellschaftlich abgesichert werden, während die kleine Gruppe, die Familie und der einzelne die Aufgabe haben, die im Gesamtsystem nicht mögliche oder nicht vorgesehene Sicherung zu organisieren, vor allem aber auch spontan einzuspringen. Das Gebot der Nächstenliebe richtet sich somit einerseits an die Gesell-

schaft, nämlich zur Schaffung der sozialen Sicherung, gleichzeitig aber auch an den einzelnen Menschen. Die unmittelbare Zuwendung des Menschen zu seinem Mitmenschen, die Verantwortung der Familie für ihre Kranken und ihre Alten, ja die persönliche Hilfe für alle Mitmenschen, die sich in einer Notlage befinden, bleibt nach wie vor eine unaufgebbare sittliche Verpflichtung.

Aus alledem ergibt sich eine weitgehende Umkehr in der Reihenfolge der Verpflichtung zum sozialen Handeln. Die großen sozialen Risiken müssen durch gesetzliche und finanzielle Maßnahmen der Gesellschaft abgedeckt werden. Aufbauend auf dieser grundlegenden Sicherung für alle muß die Verantwortung und menschliche Betreuung durch einzelne, durch die Familie und kleinere Gruppen wirksam werden.

17. Die Enzyklika *Quadragesimo Anno* der römisch-katholischen Kirche vom Jahr 1931 hat in ihrem „Subsidiaritätsprinzip“ das Eigenrecht und die eigene Verpflichtung kleinerer Gemeinschaften dargelegt. Damit sollten die Totalitätsansprüche des Staates abgewehrt werden und für die Entfaltung einer Verantwortlichkeit personaler Gebilde der Mitmenschlichkeit Raum geschaffen werden. Die freie Initiative des Bürgers zur Fürsorge und der Wohltätigkeit sollte vom Staat unterstützt, aber nicht durch seine Macht und seine Finanzmittel gelähmt werden. Diese sittlichen Grundsätze haben nach wie vor eine wesentliche Bedeutung. Es entspricht unserem Verständnis vom demokratischen Staat, daß er die politische und soziale Aktivität seiner Bürgerschaft nicht an sich zieht, sondern im Gegenteil ihr soviel Verantwortung zumutet, wie das bei der gegebenen Struktur der Wirtschaft und Gesellschaft möglich ist. Der Staat muß deshalb die Voraussetzungen für ihr Handeln schaffen und erhalten, damit sich solche Aktivitäten entwickeln können.

Das bedeutet eine Umkehr der herkömmlichen Rangfolge bei der Anwendung der Subsidiarität. Zunächst müssen die großen sozialen Risiken gesellschaftlich abgesichert werden. Das Prinzip der Subsidiarität wird falsch ausgelegt, wenn gefordert wird, auch bei großen sozialen Risiken dürfe die im Staat vertretene Gesamtheit erst dann eingreifen, wenn sich herausstellt, daß personale Gemeinschaften nicht mehr ausreichend helfen können.

C. Die Verantwortung der Person

18. Aus dem fortschreitenden Eintreten der Gesellschaft für die soziale Sicherung kann sich auch die Folge ergeben, daß der einzelne seiner sozialen Verpflichtungen ebenso entwöhnt wird wie seiner Pflicht zur eigenen Vorsorge. Dem sollte entgegengewirkt werden. ... Es sollten also Wege gesucht werden, wie die personale Verantwortung der Menschen für ihre menschliche Umwelt durch das Eintreten der Gesellschaft für die großen Risiken und für die Altersversorgung nicht gelähmt, sondern im Gegenteil ermutigt wird. Diese Verantwortung ist besonders aufgerufen in allen Notfällen, in denen diese gesellschaftlichen Sicherungen nicht sofort oder nicht hinreichend eintreten. Verwandtschaft, Nachbarschaft oder sonstige freiwillige Hilfsorganisationen sollen hier tätig werden. Vor allem fallen ihnen die Pflichten zur persönlichen Hilfeleistung zu. Die organisierte soziale Sicherung wird immer der Ergänzung durch spontane Hilfe bedürfen.

19. Die staatliche Absicherung der großen sozialen Risiken darf also nicht dazu führen, daß der Bürger angesichts von konkreten Notständen wartet, bis der Staat seine Verantwortung übernimmt. Eine allgemeine Sozialerziehung und spezielle Ausbildung müssen vielmehr dahin wirken, daß jeder einzelne in einer doppelten Weise aktiv wird. Die Leistungen der Gesellschaft sollten sicherstellen, daß die Bereitschaft zu einer persönlichen Hilfeleistung keine für den Helfer unabsehbaren Belastungen nach sich zieht. Insbesondere sollte sie dem spontan Helfenden nicht ihrerseits die solidarische Hilfe verweigern, wenn er durch seine Hilfeleistung selbst Schaden erleidet ...

20. Die persönliche Verpflichtung zur menschlichen Solidarität und zur persönlichen Einsatzbereitschaft müssen einen zentralen Platz in der Erziehung und Bildung erhalten und in neuen Formen eingeübt werden. Nicht nur in der Familie, sondern auch in allen Einrichtungen der Bildung – vom Kindergarten bis zur Hochschule und Erwachsenenbildung – müssen Menschen zu ihren mitmenschlichen Aufgaben angeleitet werden ...

D. Probleme sozialer Gerechtigkeit

23. Soziale Gerechtigkeit kann nur in einem ständig sich wandelnden Prozeß verwirklicht werden. Es wird keinen Zustand der Gesellschaft geben, der von allen als gerecht angesehen wird. Ebenso wenig kann eine vollständige Sicherheit garantiert werden. Bei den großen Lebensrisiken können in der Hauptsache nur die wirtschaftlichen Folgen ganz oder oft auch nur zum Teil abgedeckt werden. Zum Beispiel würde der Versuch, das Risiko des Verlustes eines bestimmten Arbeitsplatzes voll auszuschließen, zu einer Fülle von Subventionierungen unrentabler Unternehmungen führen und notwendige Umstellungen in der Wirtschaft verhindern.

24. Die Erkenntnis einer solchen Relativität aller Sicherungen stellt aber keinen Freibrief dar, sich mit mangelhaften und verbesserungsbedürftigen Sicherungen zufriedenzugeben. Das gilt auch für die oft kaum mehr überbietbare Kompliziertheit unseres Systems ...

E. Die ordnenden Prinzipien der sozialen Sicherung

25. In unserem System der sozialen Sicherung werden die Leistungen nach verschiedenen Prinzipien gewährt. Ansprüche werden anerkannt, wenn ein verursachender Tatbestand (Causa) zugrunde liegt. Das kann aber einerseits ein Notstand sein, wie zum Beispiel eine Kriegsbeschädigung oder das Fehlen eines Einkommens zur Sicherung des Lebensunterhaltes; diese bilden die Voraussetzung für gesetzlich festgelegte Leistungen der Kriegsofopferversorgung oder der Sozialhilfe. Auf der anderen Seite kann die Ursache für soziale Leistungen auch in Beiträgen liegen, die zur Rentenversicherung geleistet worden sind und als die Voraussetzung für eine Rente gelten. Fehlt die in gesetzlichen Bestimmungen festgelegte Voraussetzung, werden Leistungen nicht gewährt. So gesehen hat jede soziale Sicherung eine gesetzliche Ursache (Causa). Dieses Kausalprinzip beherrscht unser System sozialer Sicherungen. Es kann als eine Art Ober-Prinzip angesehen werden. Ist die Ursache einer Leistung geklärt, dann können Höhe und Umfang dieser Leistungen entweder nach dem Äquivalenz- oder nach dem Finalprinzip bestimmt werden.

26. Nach dem Äquivalenzprinzip werden Leistungen entsprechend (äquivalent) der Vorleistung des Versicherten gewährt. Diese ergeben dann nach dem Verhältnis zu dem Durchschnittseinkommen aller Arbeitnehmer eine bestimmte Rente.

Nach dem Finalprinzip werden Leistungen gewährt, weil ein bestimmtes Ziel erreicht werden soll. So soll zum Beispiel bei der Sozialhilfe für die in Not Geratenen der Lebensunterhalt gesichert werden. Hier wird nur nach dem Ziel (finis) gefragt. Die Leistung wird unabhängig von einer Vorleistung gewährt. Die Ziele wiederum werden nach sozialen Vorstellungen normiert, die den politischen Entscheidungen über finale Sozialleistungen zugrunde liegen.

27. Alle drei Prinzipien werden in den vorhandenen Sicherungssystemen – zum Teil miteinander verbunden – angewandt. So sind Leistungen nach dem Äquivalenzprinzip mit Leistungen verbunden, die dem Finalprinzip entsprechen. In den nach dem Äquivalenzprinzip arbeitenden Pflichtversicherungen, nämlich der Renten-, Kranken-, Unfall- und Arbeitslosenversicherung, gibt es Familienleistungen, die von den Beitragszahlungen unabhängig sind. Die Familie ist, ohne höhere Beitragszahlung leisten zu müssen, ebenfalls versichert. In der Krankenversicherung werden, wenn der zu Begünstigende versichert ist, die Sachleistungen ohne Rücksicht auf Höhe und Dauer der Vorleistung, also „final“ geleistet. Das Krankengeld dagegen wird nach dem Äquivalenzprinzip gewährt. Seine Höhe richtet sich nach dem bezahlten Beitrag, der seinerseits wiederum nach der Höhe des Verdienstes bemessen wird.

28. Die jetzt vorhandene Verflechtung der Prinzipien, nach denen Sozialleistungen gemäß unseren Sozialgesetzen erbracht werden, ist in vieler Hinsicht nicht voll befriedigend. Gleichzeitig liegt freilich in dieser Verflechtung auch die Möglichkeit einer fortschreitenden Verbesserung. Die im Liebesgebot wurzelnde humanitäre Forderung wird heute als wesentliche Grundlage der sozialen Gerechtigkeit verstanden. Sie kommt in unseren Sozialgesetzen nur begrenzt zum Zuge, nämlich soweit solidarische Leistungen ohne Vorleistung gewährt werden. Das Äquivalenzprinzip, das Leistung und Vorleistung ver-

bindet und damit die Leistung aus der Vorleistung rechtfertigt, wird in seiner Bedeutung nicht abgewertet, wenn gefordert wird, in wesentlichen Bereichen mehr Gewicht auf das Finalprinzip zu legen. Zur Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit müssen einige öffentliche Leistungen, z.B. die für die Behinderten, nach dem Finalprinzip geregelt werden. Eine stärkere Betonung des Finalprinzips ist auch mit wachsendem Wohlstand weit mehr als bisher möglich und geboten. Insbesondere gehört auch ein nahtloser Übergang von einem zum anderen Leistungsträger zu den Verbesserungen, die zu erstreben sind.

In der Öffentlichkeit entstandene Mißverständnisse eines Absatzes in der Denkschrift veranlaßte den Rat der EKD in einer Sitzung, die der Coburger Synode vorausging, eine Erklärung zum „Subsidiaritätsprinzip“ zu verabschieden und zu veröffentlichen:

Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland befaßte sich in seiner Sitzung am 28. Mai 1973 in Coburg mit der Aufnahme, die die kürzlich veröffentlichte Denkschrift 'Die soziale Sicherung im Industriezeitalter' in der Öffentlichkeit gefunden hat. Die überwiegend anerkennende Würdigung hat zutreffend herausgestellt, daß es in dieser Denkschrift darum geht, die positiven und die negativen Seiten des Systems der sozialen Sicherung, wie es die modernen Sozialstaaten (sozialer Rechtsstaat, Wohlfahrtsstaat) entwickelt haben, zu beschreiben. Sie sieht ihre eigentliche Aufgabe darin, auf die Fehlerquellen und Lücken eines noch so vollkommen erscheinenden Systems der sozialen Sicherung hinzuweisen und an den Lebensnöten einzelner Gruppen und Geschädigter nachzuweisen. Darüber hinaus versucht die Denkschrift, der Verkümmern personaler Dienstleistungen in der heutigen Gesellschaft entgegenzuwirken.

Zu Mißverständnissen in der Öffentlichkeit hat ein Absatz der Denkschrift geführt, der sich mit dem sozialphilosophischen Prinzip der Subsidiarität der römisch-katholischen Soziallehre befaßt. Nach diesem Prinzip sollen die größeren und übergeordneten Gemeinschaften (z.B. der Staat) den einzelnen sowie die kleineren und untergeordneten Gemeinwesen (z.B. der Familie) in ihrer Tätigkeit innerhalb des Gemeinwesens nicht behindern oder gar beschneiden, vielmehr sollen die größeren Gemeinschaften ihnen ihre Hilfeleistung zuwenden und sie in der Erfüllung ihrer ihnen zustehenden Aufgaben geradezu unterstützen. Mit der Anwendung dieses Grundsatzes würde in Staat und Gesellschaft von heute einem staatlichen Monopolanspruch und einem Verwaltungszentralismus entgegengewirkt. Die vorliegende Denkschrift stellt diese Bedeutung des Subsidiaritätsprinzips zustimmend heraus. Man wird im Sinne dieses Subsidiaritätsprinzips geltend machen müssen, daß die unvermeidliche Ausdehnung der staatlichen Tätigkeiten auf dem Gebiet der Sozialleistungen zugleich zu einer kritischen Aufmerksamkeit gegenüber einer monopolartigen Fehlentwicklung herausfordert und die Stärkung von Gruppeninitiativen der Gesellschaft vordringlich macht.

Der Rat der EKD kann allerdings nicht empfehlen, die Auseinandersetzung zwischen unumgänglichen staatlichen Zuständigkeiten und wünschenswerten gesellschaftlichen Gruppeninitiativen und Gruppenbetätigungen auf dem Gebiet der Sozialpolitik mit Hilfe des Subsidiaritätsprinzips zu führen. Zwar gibt es im Leben von Staat und Gesellschaft eine Fülle von Erscheinungsformen eines solchen Subsidiaritätsprinzips. Im Ganzen hat die Verfassungsnorm der Bundesrepublik Deutschland diesen Grundsatz nicht aufgenommen. Die freiheitlich demokratische Verfassung unseres Staates, die gruppenpluralistische Gesellschaftsordnung und die eine freie Lebensgestaltung des einzelnen einschließenden Grundrechte erfordern aber ein ausgewogenes Verhältnis zwischen den Kompetenzen des sozialen Rechtsstaates einerseits und den Möglichkeiten einer freien Selbstbestimmung der Bürger andererseits. Wie sich dieses Wesenselement der Demokratie in einzelnen Sachbereichen der Sozialpolitik konkret auswirkt, ist mehr Sache der Erfahrung und der politischen Vernunft als einer vorgegebenen Lehre.

F. Das evangelisch-katholische Memorandum zum Baubodenrecht

Als eine ebenso wichtige wie schwierige Frage von sozialem Belang und Gewicht wird seit Jahren in unserem Lande das Baubodenrecht erörtert. Die Entwicklung hat in der Vergangenheit zu erheblichen Mängeln geführt, die einer sinnvollen Raumordnung und einem menschengerechten Städtebau im Wege stehen, darüberhinaus aber eine Einengung künftiger Gestaltungsmöglichkeiten der Umwelt befürchten lassen. Angesichts des Gewichts und der Bedeutung der Sache wie der Unterschiedlichkeit der Meinungen und Interessen beauftragte der Rat der EKD schon vor Jahr und Tag die Kammer für soziale Ordnung, sich mit der Frage des Baubodenrechts, d.h. mit den Problemen nicht des in landwirtschaftlicher Nutzung verbleibenden, sondern des zur Bebauung bestimmten oder in städtebauliche Planung und Entwicklung einbezogenen Bodens zu befassen. Ungefähr gleichzeitig, aber unabhängig von den Bemühungen der EKD-Kammer nahm der katholische Arbeitskreis „Kirche und Raumordnung“ den gleichen Fragenkreis in Angriff. Bald stellten die beiden Gremien beim Vergleich ihrer Ausarbeitungen eine weitgehende Übereinstimmung sowohl in der Analyse der bestehenden Verhältnisse als auch in der Zielrichtung der Verbesserungsvorschläge fest und beschlossen, ihre Auffassungen in einem gemeinsamen Memorandum darzulegen. Dieses wurde im Februar 1973 nach lebhaften Diskussionen in den Leitungsgremien der EKD unter dem Titel „Soziale Ordnung des Baubodenrechts“ der Öffentlichkeit übergeben und fand in Zustimmung und Kritik erhebliche Beachtung. Der Bekanntgabe des offiziellen Textes ging eine durch Indiskretion, tendenziöse Darstellung und Leichtfertigkeit im Umgang mit der Wahrheit gekennzeichnete Veröffentlichung eines Nachrichtenmagazins voraus, die beträchtlichen innerkirchlichen Ärger hervorrief.

Aus Raumgründen können aus dem gemeinsamen Memorandum, das in Abschnitt I die Dringlichkeit einer neuen Gestaltung des Baubodenrechts darstellt, in Abschnitt II einen geschichtlichen Rückblick bietet und in III sozial-ethische Gesichtspunkte herausstellt, neben einem Auszug aus dem Vorwort, nur aus dem Abschnitt IV, der Vorschläge zur Reform der Ordnung des Baubodens vorlegt, einige Thesen wiedergegeben werden.

Die Kirchen haben sich bei Stellungnahmen zu derartigen Fragen stets an ihrer Aufgabe orientiert, das Verantwortungsbewußtsein für den benachteiligten Nächsten und für das Wohl aller zu schärfen. Die Überwindung der Mißstände, die durch das gegenwärtige Bodenrecht entstanden sind, kann nur gelingen, wenn alle um Gerechtigkeit bemühten Kräfte unserer Gesellschaft zusammenwirken. Der Sinn der nachfolgenden Darlegungen ist es nicht, Personen anzuklagen, die mit ihrem Grundbesitz eine außergewöhnliche Wertsteigerung des Baubodens erfahren und dadurch hohe Gewinne bezogen haben, sondern auf die Mängel des geltenden Baubodenrechts und die daraus entstehende ungerechte Besitzverteilung hinzuweisen. Es ist den Verfassern wohl bewußt, daß nicht nur ungezählten Einzelpersonen, sondern ebenso Gemeinden und Baugesellschaften solche Gewinne zugeflossen sind. Auch die Kirchen hatten daran teil, wenn auch ihr Grundbesitz ganz überwiegend nicht als Baugrund, sondern als landwirtschaftliche Nutzfläche Verwendung findet.

Die Kritik des Memorandums richtet sich gegen die derzeitigen beim Bauland gegebenen rechtlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse, die weiterhin zu sozial ungerechtfertigter Besitzverteilung führen, wenn nicht alsbald vom Gesetzgeber Abhilfe geschaffen wird. Bei der Diskussion dieser brennenden Probleme sind Konflikte unvermeidlich. Sie

sind in den unausgeglichene Interessen begründet. Die Schärfe der Auseinandersetzungen darf nicht den Blick dafür verstellen, daß vernünftige, für alle Betroffenen tragbare Lösungen gefunden werden können. Im Memorandum wird auch der Versuch unternommen, Vorschläge zur Lösung schwieriger politischer Fragen zu unterbreiten. Sie bedürfen ernsthafter Prüfung, weil sie tiefgreifende Probleme der Gerechtigkeit im sozialen Rechtsstaat anfassen. Wir haben die Kammer für soziale Ordnung der Evangelischen Kirche in Deutschland und den Arbeitskreis „Kirche und Raumordnung“ beim Kommissariat der katholischen deutschen Bischöfe als die Verfasser des Memorandums gebeten, die an diesen Fragen beteiligten Träger politischer Verantwortung zu einem Gespräch über das Memorandum und der in ihm enthaltenen Vorschläge einzuladen.

Wir geben das Memorandum der beiden Arbeitskreise hiermit weiter und verbinden damit die Bitte, daß sich die Christen beider Konfessionen, die Parteien und die Öffentlichkeit dieser brennenden Fragen durch wirksamen Einsatz annehmen, damit die seit langem erforderliche Neuordnung des Bodenrechts endlich zustande kommt.

D. Dietzfelbinger
Vorsitzender des Rates
der Evangelischen Kirche in Deutschland

Julius Kardinal Döpfner
Vorsitzender der
Deutschen Bischofskonferenz

IV. Vorschläge zur Reform der Ordnung des Baubodens

A. Der Bodenmarkt

28. Verantwortliche sozioethische Überlegung führt zu der Frage, ob es Möglichkeiten der Entwicklung des Bodenrechts und des auf den Grundbesitz bezogenen Abgabenrechts gibt, die die vorhandenen Mißstände weitgehend beseitigen. Manche unerwünschten Entwicklungen sind zwar die Folge schwer beeinflussbarer gesamtwirtschaftlicher Zusammenhänge ... Andere Ursachen liegen aber in rechtlichen und steuerlichen Privilegien des Grundeigentums. Diese fördern die Spekulation und beeinträchtigen das Funktionieren des Grundstücksmarktes.

29. Bestrebungen, den Baubodenmarkt zu reformieren, setzen keine Verfassungsänderung voraus und sind mit der verfassungsrechtlich garantierten Eigentumsordnung und dem Instrumentarium unserer Wirtschaftsverfassung in Einklang zu bringen. Eine Lösung ist am ehesten über eine Reihe aufeinander abgestimmter Maßnahmen auf bodenrechtlichem, planungsrechtlichem und abgaberechtlichem Gebiet sowie durch eine Verbesserung der Geldwertstabilität möglich ...

30. Vielfach wird als eigentlicher Grund für die Überhöhung der Baulandpreise die Tatsache angesehen, daß der Boden ein nicht beliebig vermehrbares Gut ist. Dies trifft indessen für Bauland bei entsprechender Planung, Raumordnung und Erschließung in der Regel nicht zu. In dichten Besiedlungsgebieten ist zur Begrenzung der Baulandpreise vor allem eine wesentliche Erhöhung des Angebotes an Bauland erforderlich. Dies könnte einerseits durch zügige Erschließung neuen Baugrundes, andererseits durch Maßnahmen erreicht werden, die den Besitzern von Baugrund sehr viel mehr Nachteile als Vorteile bringen, falls sie sich weigern, ihr Land durch Bebauung oder Verkauf seiner Nutzung zuzuführen. Den Gemeinden sollten die nötigen finanziellen Mittel und Anstöße zur zügigen Erschließung von Baugrund entsprechend der Regionalplanung gegeben werden. Den Besitzern von Bauland sollten durch eine entsprechende Abgabenpolitik die Anreize zur Bodenhortung genommen werden.

B. Planungsrecht

31. Die Bauleitplanung dient in erster Linie dazu, eine Bebauung sicherzustellen, die unter Berücksichtigung der Zielvorstellungen für die Raumordnung zu funktionsgerechten und gegliederten Siedlungsräumen führt. Sie hat jedoch unmittelbare Auswirkungen auch auf die Bodenordnung und den Bodenmarkt. Durch eine zügige Bauleitplanung und Erschließung ist es möglich, das Angebot an Bauland zu vermehren und dadurch den Bodenmarkt funktionsfähiger zu machen.

32. Die Planungshoheit liegt gegenwärtig bei den Gemeinden im Rahmen ihrer kommunalen Selbstverwaltung. Dies führt insbesondere bei kleinen Gemeinden zu Schwierigkeiten ... Dadurch steht oft auch außerhalb der Ballungsräume ausreichendes Bauland nicht zur Verfügung. Die Lösung dieser Schwierigkeit sollte nicht in der einfachen Überleitung der Planungshoheit von der Gemeinde auf übergeordnete Instanzen gesucht werden ... Die kommunale Selbstverwaltung ist ein so wesentliches Element unserer demokratischen Ordnung, daß sie in ihrer Substanz erhalten bleiben muß. Es wäre jedoch eine Regelung denkbar, nach der die Gemeinde ihr Planungsrecht im Einzelfall verlieren würde, wenn sie innerhalb einer gesetzten Frist ihrer Planungspflicht nicht nachkommt.

33. Die allgemeine Festlegung der baulichen Flächennutzung kann nicht nur durch die örtlichen Interessen bestimmt werden. Der Flächennutzungsplan ist das Bindeglied zwischen Regionalplanung und qualifiziertem Bebauungsplan. Deswegen wäre zu prüfen, ob nicht verbindliche Festlegungen für die Flächennutzung innerhalb größerer Räume erfolgen könnten ... Eine solche Regelung würde helfen, einen nahtlosen Übergang zwischen Regionalplanung und Bauleitplanung zu schaffen. Das Zustandekommen der Bauplanung würde erleichtert ...

34. Ein Mangel des gegenwärtigen Baurechtssystems, der sich besonders stark auf die Bodenpreise auswirkt, besteht auch darin, daß mit der Bauleitplanung allein die plangeordnete Bebauung noch nicht ermöglicht ist. Die Voraussetzungen für eine Bebauung müssen von der öffentlichen Hand auch tatsächlich geschaffen werden. Dadurch wird die Realisierung der Planung zu einem finanziellen Problem der Gemeinden, das durch eine dieser Aufgabe entsprechende Finanzausstattung der Gemeinden gelöst werden kann ...

35. Da der Bebauungsplan gegenwärtig nur das Maß der zulässigen Nutzung festlegt, sollte sichergestellt werden, daß in Zukunft auch Festlegungen über die gebotene Mindestnutzung getroffen werden können, die durch ein Baugebot erzwingbar ist. Der Spielraum der Entscheidungsfreiheit, der zwischen gebotener und zulässiger Nutzung für den einzelnen verbleibt, sollte jedoch so groß sein, wie es das Gesamtinteresse an der Ausnutzung der Erschließungsaufwendungen und an einer gegliederten Bebauung eben noch zulassen kann.

36. Teilweise ist die Verwirklichung der Planung auch davon abhängig, daß den Gemeinden in ausreichendem Umfang Grundstücke als Tauschland und für andere Zwecke des öffentlichen Bedarfs zur Verfügung stehen ...

37. Außerdem ist es notwendig, daß eine bewußte Bodenvorratspolitik durch laufenden freihändigen Ankauf von Grundstücken betrieben wird, die zum Verkauf stehen. Jedoch würden dadurch erhebliche Mittel langfristig gebunden, die die Gemeinde in der Regel zur Finanzierung ihres laufenden Haushalts braucht. Es wäre deswegen zu erwägen, ob die öffentliche Hand nicht selbständige regionale Bodenvorratsstellen einrichtet ...

C. Abgabepolitik

38. Eine der hervorragendsten Möglichkeiten zur Beeinflussung ökonomischer Geschehensabläufe ist die Abgabepolitik. Das geltende Steuerrecht und die gegenwärtige Steuerpraxis im bodenrechtlichen Bereich haben sich vielfach nicht nur als ungerecht erwiesen, sie haben darüber hinaus das ohnehin begrenzte Angebot an Bauboden noch mehr dadurch verringert, daß sie Bodenhortung begünstigen.

39. Die Belastung des Grundeigentümers mit den anteiligen Kosten der Erschließung entsprechend dem Bundesbaugesetz stellt keineswegs ein Äquivalent für die öffentlichen Aufwendungen dar, die mit der Ausweisung neuer Baugebiete mittelbar oder unmittelbar zusammenhängen ... Es ist deswegen angemessen, wenn ein pauschalierter Kostenanteil dieser öffentlichen Investitionen von denen getragen wird, die einen wirtschaftlichen Gegenwert durch den Wertzuwachs ihres Baulandes erhalten. Die Gemeinden würden durch die Übernahme eines pauschalisierten Kostenanteils der Investitionen durch die Baulandbesitzer instand gesetzt, großzügiger Bauland auszuweisen und zu erschließen. Eine wesentliche Ursache der Verknappung des Baulandes würde dadurch behoben.

40. Bei allen steuerlichen Maßnahmen ist darauf zu achten, daß durch die Möglichkeit der Überwälzung der steuerlichen Belastung auf den Erwerber nicht nur der beabsichtigte marktregulierende Effekt vereitelt, sondern auch eine allgemein preiserhöhende Wirkung

verursacht werden kann. Deshalb sind Steuern, die nur den Veräußerungsvorgang selbst erfassen und bei vergleichbaren Bodenmarktvorgängen in etwa gleicher Höhe erwachsen, nicht anzustreben. Schwerer überwältigbar sind Steuern, die je nach den Einkommens- und Vermögensverhältnissen des Bodeneigentümers in unterschiedlicher, also progressiv gestaffelter Höhe anfallen, und Steuern, die nicht nur im Veräußerungsfall erhoben werden, sondern den Bodeneigentümer regelmäßig wiederkehrend treffen.

41. Die Vermögenssteuer und die Grundsteuer können auf den Baubodenmarkt einen günstigen Einfluß ausüben, wenn die Einheitswerte aufgrund der tatsächlichen Bodenwerte regelmäßig neu festgesetzt werden ... Verbessert sich die mögliche Nutzung innerhalb der sechsjährigen Bewertungsperiode durch die Bauplanung, so ist dies als eine wesentliche Änderung der für die Bewertung maßgebenden Verhältnisse zu betrachten, die eine Neufeststellung rechtfertigen sollte. Durch eine entsprechende Anhebung der Freigrenze bei der Vermögenssteuer könnten Härten für Kleinbesitzer vermieden werden ...

42. Die bei der Veräußerung von Grund und Boden erzielten Gewinne werden gegenwärtig nur dann zur Einkommenssteuer herangezogen, wenn der veräußerte Grundbesitz Bestandteil des Betriebsvermögens war. Diese Regelung betrifft neuerdings auch das land- und forstwirtschaftliche Betriebsvermögen, nicht hingegen das persönliche Grundvermögen eines Steuerpflichtigen. Es ist notwendig, daß hier unter teilweiser Abänderung der bisherigen Einkommenssteuersystematik eine einheitliche Regelung erreicht wird, die die Gewinne aus der Veräußerung von Grundbesitz zur Veranlagung bei der Einkommenssteuer bringt, gleichgültig, ob es sich um Betriebsvermögen handelt oder nicht. Dabei ist daran zu denken, daß den Steuerpflichtigen die Möglichkeit gegeben wird, durch eine Wertzuschreibung im Wege der Selbsteinschätzung von Jahr zu Jahr die Progressionswirkung der im Veräußerungsfall anfallenden Einkommenssteuer durch mehrere Veranlagungszeiträume zu mindern. Eine großzügige Freibetragsregelung sollte die Eigentümer eigen-genutzter Einfamilienhäuser weitgehend von dieser Steuerbelastung freistellen.

43. Verschiedentlich wird gefordert, die Wertsteigerungen von Bauland einer Bodenwertzuwachssteuer zu unterwerfen. Nach allgemeiner Auffassung würde aber die Spekulation mit Bodengewinnen dadurch kaum eingeschränkt, sondern nur auf das von solcher Besteuerung noch freie Bauerwartungsland verlagert. Würde man auch dieses mit solchen Abgaben belegen, ehe überhaupt bekannt ist, ob es jemals den erwarteten Wert als Bauland bekommt, wäre das steuerrechtlich bedenklich. Vor allem würde durch solche Besteuerung die Landwirtschaft geradezu genötigt, Teile des von ihr genutzten Bodens an Spekulanten zu verkaufen, um solche Bodenwertzuwachssteuer überhaupt bezahlen zu können ...

44. Beispiel für eine bodenmarktpolitisch sinnlose, ja, hemmende Steuer ist die Grunderwerbssteuer. Nicht nur, daß ihre gleichmäßige Festsetzung für jeden Verkaufsfall die Überwälzung zur Regel werden ließ, sie führt darüber hinaus zu der Tendenz, Veräußerungen zu unterlassen, in denen nicht ein Veräußerungsgewinn von mehr als dem Bemessungssatz der Grunderwerbssteuer erzielt werden kann. Ein Eigenheimbesitzer, der aufgrund beruflicher Notwendigkeit eine Arbeitsstätte in einer anderen Stadt gefunden hat, muß also mit einem Verlust rechnen, wenn er sein Eigenheim verkauft, um in dem Bereich seines neuen beruflichen Wirkungskreises ein neues Eigenheim mit dem Erlös zu kaufen. Die bei diesem Vorgang zweimal anfallende Grunderwerbssteuer von 7% kann er nur in einem Fall überwälzen. Die Grunderwerbssteuer hat also eine ausgesprochen mobilitätshemmende Wirkung und ist daher auch gesellschaftspolitisch unerwünscht.

45. Es wird in einer demokratischen Gesellschaft fast unmöglich sein, eine Planung zu verwirklichen, die den betreffenden Grundeigentümern eine schwerwiegende Umstellung in der gewohnten Nutzung ihres Grund und Boden zumutet, ohne ihnen zugleich wenigstens gewisse Vorteile durch diese neue Nutzungsmöglichkeit zu schaffen. Es sollte im Gegenteil das Interesse der Grundeigentümer geweckt werden, an der Mobilisierung des Bodens mitzuwirken, statt den Verkauf zurückzuhalten.

D. Baubodenrecht

46. Das hervorstechendste und einschneidendste Korrektiv liegt in der Möglichkeit der Entziehung des Privateigentums durch Enteignung, soweit das öffentliche Interesse eine

bestimmte Nutzung eines Grundstücks gebietet und diese Nutzung nur durch Entziehung des Eigentums erreicht werden kann. Die Durchführung einer an sich zulässigen Enteignung scheitert nach der gegenwärtigen Rechtslage häufig an der Schwerfälligkeit des Enteignungsverfahrens, in welchem zwei Verwaltungsinstanzen und drei Gerichtsinstanzen ausgeschöpft werden können ... Das langwierige Enteignungsverfahren hat zur Folge, daß der Eigentümer durch Ausschöpfung der Instanzen teilweise Vorhaben, die mit der Enteignung erreicht werden sollen, bereits vereitelt. Damit kann der Eigentümer die enteignende Stelle nötigen, das Grundstück freihändig zu einem Preis anzukaufen, der weit über den Verkehrswerten liegt. Als Ausweg bleibt nur eine Beschleunigung sowohl der Verwaltungs- wie des Gerichtsverfahrens, ohne dabei den Rechtsschutz zu beeinträchtigen. Das Verfahren sollte außerhalb der langwierigen Routine der übrigen Rechtsstreitigkeiten unter verkürzten prozessualen Fristen durchgeführt werden.

47. Beim gegenwärtigen Enteignungsverfahren setzt die Behörde, die die Enteignung durchführt, auch die Entschädigung fest. Dieses Verfahren weckt Mißtrauen und führt zu Auseinandersetzungen über die Höhe der Entschädigung. Man sollte deswegen das Verfahren über die Enteignung und die Festsetzung der Höhe der Entschädigung trennen und letztere einer unabhängigen Stelle übertragen ...

48. Schwerwiegender ist jedoch noch ein anderes Hemmnis. Das zur Zeit geltende Recht führt in aller Regel dazu, daß die Enteignung von Grundstücken, die bereits Bauland sind, außerordentlich verteuert wird. Daher können durch Enteignung die strukturellen Mängel auf dem Baubodenmarkt nicht beseitigt werden. Die Enteignung als Einzeleingriff bleibt aber ein unentbehrliches Instrument der Bodenordnung.

49. Erschließungsaufwand und Infrastruktur belasten die Gemeinde. Es liegt daher im öffentlichen Interesse, Raumverschwendung und ungenügende Auslastung der Infrastruktur zu vermeiden. Dem muß zwar vor allem durch eine entsprechende Abgabenordnung und ein hinreichendes Angebot an Bauland entgegengewirkt werden. Darüber hinaus ist es aber notwendig, unter bestimmten Bedingungen die Möglichkeit eines Baugebotes und eines Abbruchgebotes einzuführen ... Ein Baugebot sollte den Eigentümer dazu anhalten, sich zu entscheiden, ob er selbst bauen oder ob er die Bebauung durch einen anderen möglich machen will, indem er das Grundstück verkauft oder ein Erbbaurecht einräumt. Die Wirksamkeit eines solchen Baugebotes hängt davon ab, welche Maßnahmen bei Nichtbefolgung ergriffen werden können ... Erleichterte Voraussetzungen für eine Enteignung in diesem Falle sind jedoch nur vertretbar, wenn schon bei der Anordnung des Baugebotes auch das ideelle Interesse des Eigentümers an der Beibehaltung der bisherigen Nutzung gegenüber dem öffentlichen Interesse abgewogen wird.

50. Wenn die hier vorgelegten maßvollen Vorschläge entschlossen verwirklicht werden, kann man erwarten, daß die geschilderten Mißstände auf dem Baubodenmarkt weitgehend abgestellt werden. Ein weiteres Treibenlassen muß zu Verhältnissen führen, die radikalere Maßnahmen rechtfertigen würden.

G. Das Eintreten der Kirche für die ausländischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik ¹⁶

Zu den sozial Benachteiligten und Unterprivilegierten gehören ohne Zweifel die ausländischen Arbeitnehmer, die in der bundesrepublikanischen Wirtschaft und Industrie tätig sind. Unzureichende Wohnungen bei überhöhten Mieten, Bildungsnotstand der Kinder, unbefriedigende Rechtsverhältnisse und Isolierung in der deutschen Gesellschaft kennzeichnen ihre Situation. Seit Jahren hat es die Kirche als ihre Verantwortung und Pflicht erkannt, für eine bessere soziale Gerechtigkeit für die ausländischen Arbeitnehmer einzutreten und die politischen wie

16. Vgl. Kirchl. Jahrbuch 1969, S. 96ff.; 1970, S. 162; 1971, S. 197ff.

die kirchlichen Gemeinden an ihre Verantwortung für Menschen zu erinnern, die mitten unter uns leben, ihren tätigen Beitrag zum Bruttosozialprodukt leisten, aber trotzdem als Menschen minderen Rechts angesehen und behandelt werden. Auch im Berichtsjahr ließ sich die EKD mit ihren Gliedkirchen diese Sorge und Fürsorge angelegen sein:

Unter dem 5. April 1973 erging folgendes Rundschreiben des Rates der EKD an die Leitungen der Gliedkirchen:

Betr.: Kirchliche Aufgaben für ausländische Arbeitnehmer und ihre Familien

1. Gegenwärtig leben über 3,5 Millionen Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland. Die Mitarbeit ausländischer Arbeitnehmer bei den vielfältigen wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben dieses Landes ist dankbar zu begrüßen. Ihre Anwesenheit ist auch eine Chance zur Bereicherung unserer Kultur und zur europäischen und internationalen Verständigung. Das starke und teilweise unkontrollierte Anwachsen der Ausländerzahlen hat aber dazu geführt, daß sie zu einer benachteiligten sozialen Schicht wurden, die den sozialen Frieden gefährdet. Notunterkünfte, der Bildungsnotstand ausländischer Kinder, die Familientrennung, die steigende Zahl illegaler ausländischer Arbeitnehmer, ihre Isolation in der deutschen Gesellschaft sowie unbefriedigende Rechtsverhältnisse stellen die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland vor neue soziale, politische und kulturelle Probleme, die in ihrer Dringlichkeit weithin so nicht vorausgesehen wurden.

Diakonisches Werk und Kirchliches Außenamt der EKD haben in verschiedenen Stellungnahmen auf die Problematik der Ausländerbeschäftigung aufmerksam gemacht und sich dafür eingesetzt, die weitere Anwerbung ausländischer Arbeitnehmer zugunsten von Infrastrukturmaßnahmen für die hier weilenden Ausländer und zugunsten von entwicklungspolitischen Maßnahmen abzubremesen. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Europäische Gemeinschaft sind zu einer Planung der Wanderung aufgerufen, die nicht vorwiegend an den Bedürfnissen der Wirtschaft orientiert ist, sondern soziale Gerechtigkeit anzustreben versucht.

2. Kirchengemeinden, kirchliche Initiativgruppen und Diakonische Werke widmen sich seit Jahren den Problemen ausländischer Arbeitnehmer. Zahlreiche Gruppen bemühen sich um die Schulaufgabenhilfe für ausländische Kinder. Beim Diakonischen Werk sind über 90 ausländische Sozialberater vorwiegend für Griechen tätig. Das Kirchliche Außenamt hat seit 1957 Konferenzen für Ausländerfragen unter Beteiligung der zuständigen gesellschaftlichen Organisationen durchgeführt. Die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland hat sich mehrmals mit der Ausländerpolitik befaßt und im November 1971 den Kirchengemeinden empfohlen, „Initiativgruppen zur Bildungswerbung anzuregen und in Koordinationskreisen mitzuarbeiten unter gleichberechtigter Mitwirkung von Vertretern der ausländischen Arbeitnehmer“. Erfahrungen zeigen, daß kirchliche Initiativen vor allem dort weiterführen, wo es zur Zusammenarbeit mit ausländischen Vertretern kommt. Durch direkte Kontakte und Begegnungen können Vorurteile abgebaut und Probleme gemeinsam gelöst werden. Das von Christen erwartete solidarische Handeln mit benachteiligten sozialen Gruppen kann Konflikte überwinden helfen. Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland dankt für die vielfältigen Initiativen und bittet alle gesellschaftlichen Gruppen darum, weiter nach Wegen einer schöpferischen Zusammenarbeit mit Ausländern zu suchen.

3. Der Rat bittet die Leitungen der Gliedkirchen mit ihren Diakonischen Werken zu überprüfen, ob in ihrem Bereich die Maßnahmen für ausländische Arbeitnehmer und ihre Familien ausreichend koordiniert und gefördert werden. Nach der anfangs nur zögernden Kommunikation der Kirchengemeinden mit diesen neuen Gruppen der Gesellschaft ist es heute notwendig, daß die Gemeinden zur Partnerschaft mit ausländischen Mitbürgern angeregt werden. Es hat sich an vielen Orten bewährt, daß kirchliche Mitarbeiter mit Vertretern der anderen Konfessionen, der Gewerkschaften, Wohlfahrtsorganisationen, Behörden und der ausländischen Arbeitnehmer in Ausschüssen zusammenarbeiten. Dabei hat sich auch gezeigt, daß zunehmend mehr haupt- und nebenamtliche Mitarbeiter benötigt

werden, die in der Lage sind, die umfassenden Zusammenhänge der Migration zu erkennen, sie in Kirchengemeinden darzustellen und auch geeignete Initiativen einzuleiten.

4. Durch die Anwesenheit von orthodoxen Christen können ökumenische Beziehungen intensiviert werden. Kirchengemeinden sollten überprüfen, inwieweit für sie eine Zusammenarbeit mit orthodoxen Gemeinden möglich ist. Vertreter orthodoxer Kirchen sollten zu Tagungen der Synoden eingeladen werden. Kirchliche Initiativen mit ausländischen Arbeitnehmern sollten nach Möglichkeit grundsätzlich mit der römisch-katholischen Kirche durchgeführt werden.

5. Die meisten Probleme entstehen für Ausländer im Alltag dort, wo sie mit der deutschen Bevölkerung zusammenkommen: im Kindergarten, in der Schule, bei Wohnungsfragen, bei Behörden usw. Es wird vorgeschlagen, in Kirchengemeinden einen Verantwortlichen für Probleme der Ausländer zu benennen. Das sollte im Kirchenrat bzw. Presbyterium der Gemeinden überlegt werden.

6. Der pastorale Dienst für evangelische ausländische Arbeitnehmer und ihre Angehörigen sollte in der Mitte kirchlicher Bemühungen für und mit Ausländern stehen. Evangelische Brasilianer, Chinesen, Griechen, Italiener, Jugoslawen, Koreaner oder Spanier kommen meist aus Ländern, in denen sie selbst Minderheiten waren und deshalb besonders intensiv am kirchlichen Leben teilgenommen haben. Ihre Begegnung mit evangelischen Kirchen in der Bundesrepublik Deutschland führt häufig zu Enttäuschungen: sie klagen über die „Kälte“ in unserem gottesdienstlichen und kirchlichen Leben. Unsere evangelischen Gemeinden könnten von den Erfahrungen dieser ausländischen Gruppen lernen.

Wünschenswert ist es, daß evangelische Ausländer in den Kirchenvorstand gewählt werden bzw. mit beratender Stimme hinzugezogen werden können. Das kirchliche Wahlrecht sollte daraufhin überprüft werden, inwieweit evangelische Ausländer passives und aktives Wahlrecht erhalten und als Minderheit berücksichtigt werden. Zugleich ist die Verantwortung für den pastoralen Dienst an evangelischen Ausländern von den Gliedkirchen und der Evangelischen Kirche in Deutschland noch wirkungsvoller wahrzunehmen. In den Kirchengemeinden sollte es selbstverständlich sein, evangelischen ausländischen Gemeindegliedern Gottesdiensträume ohne Kosten zur Verfügung zu stellen.

7. Ausländische Arbeitnehmer und ihre Angehörigen kommen meist in jungen Jahren in die Bundesrepublik und sind häufig besonders kinderfreundlich. Junge Menschen finden erfahrungsgemäß leichter Kontakt zueinander. Die evangelische Jugendarbeit sollte sich für ausländische Kinder und Jugendliche in besonderem Maße verpflichtet fühlen und hier die Entwicklungsverantwortung im eigenen Land wahrnehmen. Zu denken ist dabei, neben den wichtigen persönlichen Kontakten, an Hausaufgabenhilfen und Sprachkurse. Junge Ausländer sollten in die Freizeit- und Bildungsangebote der Jugendarbeit einbezogen werden.

8. Eine besondere Aufgabe kommt der Öffentlichkeitsarbeit zu, die verstärkt auch fremdsprachige Texte publizieren sollte. Massenmedien bieten eine Chance, Vorurteile abzubauen und eine Aufgeschlossenheit für die Probleme anderer zu erzeugen. Vor allem die kirchliche Presse sollte sich Problemen der Ausländer widmen und Zusammenhänge der Wanderung ausländischer Arbeitnehmer mit den Problemen der Entwicklung und der Umweltproblematik aufzeigen. Zusätzlich dazu sollten auch verstärkt fremdsprachige kirchliche Veröffentlichungen gefördert werden.

9. Immer mehr ausländische Arbeitnehmer und ihre Angehörigen werden in der Bundesrepublik bleiben, da für sie keine realen Möglichkeiten mehr bestehen, in ihre Heimat zurückzukehren, wo sie Arbeitslosigkeit, ein geringeres Lohnniveau und oft unsichere politische Verhältnisse erwarten. Viele von ihnen sind in der Bundesrepublik private Bindungen eingegangen und haben sich ihrer Heimat entfremdet. Besonders für sie ist ein Recht auf Daueraufenthalt erforderlich. Für uns alle sind durch die ausländischen Arbeitnehmer neue Aufgaben und Fragestellungen entstanden, die alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens der Bundesrepublik Deutschland betreffen und zum gemeinsamen Handeln herausfordern.

Auch in den Gliedkirchen wurden Überlegungen angestellt und Maßnahmen zur Verbesserung der Verhältnisse angeregt, beschlossen und durchgeführt. Die Landessynode der *Evang.-Luth. Kirche in Bayern* beschloß am 16. März 1973 folgende

STELLUNGNAHME ZUM AUSLÄNDERPROBLEM

Die Landessynode der Evang.-Luth. Kirche in Bayern weiß, daß mit den Menschen, die aus vielen Ländern der Welt als Arbeitskräfte zu uns kommen, eine weitgehende Verantwortung vor allem für ihre soziale Situation verbunden ist. Inzwischen hat die Beschäftigungszahl ein solches Ausmaß erlangt, daß eine längerfristige bundeseinheitliche Konzeption der Ausländerbeschäftigungspolitik dringend erforderlich ist.

Bei der Gestaltung einer solchen Konzeption wäre vor allem zu prüfen, ob eine Abbremsung der Anwerbung weiterer ausländischer Arbeitnehmer nicht wenigstens so lange erforderlich ist, bis die Frage der Finanzierung der aus der Ausländerbeschäftigung resultierenden infrastrukturellen Konsequenzen und Investitionen geklärt ist. Die nachträgliche Einführung eines Rotationsprinzips ist sicher das untauglichste Mittel zur Lösung der anstehenden Probleme.

Es sollte vor allem geprüft werden, ob nicht – unbeschadet der finanziellen Verpflichtung des Bundes und der Länder – für bestimmte Folgelasten, insbesondere für den Wohnungsbau für ausländische Arbeitnehmer stärker als bisher finanzielle Leistungen der Betriebe neben der dafür völlig unzureichenden Anwerbepauschale erforderlich sind. Ferner ist eine schärfere laufende Kontrolle des Zustands aller Unterkünfte für ausländische Arbeitnehmer anzustreben.

Besonderes Augenmerk ist auf die schulische und allgemeine Integration der hier heranwachsenden Kinder und Jugendlichen zu richten, wobei die seit einiger Zeit vorliegenden Grundsatzbeschlüsse der Kultusministerkonferenz zügiger als bisher geschehen realisiert werden müssen. Eine zukünftige Ausländerpolitik müßte ferner die sehr differenzierten Vorstellungen und Erwartungen der ausländischen Arbeitnehmer berücksichtigen, da die bisherige Erfahrung zeigt, daß es auf der einen Seite ausländische Arbeitnehmer gibt, die von vornherein einen relativ kurzfristigen Aufenthalt in der BRD planen und realisieren, also von sich dem Rotationsprinzip folgen, während die weitaus größere Zahl einen längerfristigen Aufenthalt anstrebt und von daher berechnete Integrationserwartungen hat. Auf die rechtliche Situation der zuletzt genannten Gruppe ist durch eine entsprechende Reform des Ausländergesetzes Rücksicht zu nehmen.

Die Synode weiß, daß im kirchlichen Bereich verschiedene Bemühungen unternommen wurden, um den ausländischen Arbeitnehmern die notwendigen Hilfen bei der Bewältigung ihrer neuen Lebenssituation zu gewähren. Dabei weiß sich aufgrund einer Absprache mit den Kirchen und freien Wohlfahrtsverbänden die evangelische Kirche besonders für die Menschen aus Gräfenland verpflichtet.

Für eine verstärkte Förderung dieser Bemühungen ist Sorge zu tragen. Dabei sollten

- a) die bisherigen Betreuungs- und Beratungsdienste ausgebaut werden,
- b) die Kirchengemeinden, wie bereits da und dort geschehen, ihre Verantwortung gegenüber den in ihrem Bereich ansässigen ausländischen Arbeitnehmern zur Verbesserung ihrer sozialen Situation erkennen und eigene partnerschaftliche Initiativen entfalten,
- c) besondere schulische Maßnahmen insbesondere zur Vorbereitung von griechischen Jugendlichen für eine berufliche Ausbildung (Berufsschule und Betrieb) eingerichtet werden (vgl. Hellas-Schule München),
- d) im Rahmen der kirchlichen Entwicklungshilfe auch Mittel für geeignete Maßnahmen zur beruflichen und gesellschaftlichen Re-Integration der in ihre Herkunftsländer zurückkehrenden Ausländer eingesetzt werden.

Die Landessynode der *Evang.-Luth. Landeskirche Schleswig-Holsteins* wandte sich auf ihrer Frühjahrstagung mit einem Aufruf an die Gemeinde, allen Formen von Diskriminierung ausländischer Arbeitnehmer und ihrer Familien aktiv entgegenzuwirken und „die unter ihnen lebenden Ausländer als Mitbürger anzuerkennen“. In einem einstimmig angenommenen Beschluß wurde das Diakonische Werk beauftragt, in Zusammenarbeit mit anderen kirchlichen Dienststellen die Arbeit zugunsten der ausländischen Arbeitnehmer zu intensivieren. Die Synode hielt die „baldige Vorlage einer Gesamtkonzeption zur Ausländerpoli-

tik von Bund und Ländern“ für dringend erforderlich. Dabei sollte auf die volle Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien hingewirkt sowie denen, die bereits längere Zeit in der Bundesrepublik leben, eine größere rechtliche Sicherheit gewährt werden.

Die Kieler Kirchenleitung regte an, fünf Prozent der Plätze in evangelischen Kindergärten für Kinder ausländischer Arbeitnehmer zur Verfügung zu stellen. Auch sollten die Gemeinden den Fragen der Unterbringung, der Freizeitgestaltung und des deutschen Sprachunterrichts für die ausländischen Arbeitnehmer und ihre Familien besondere Aufmerksamkeit zuwenden. Kirchengemeinden mit einer großen Zahl ausländischer Arbeitnehmer schlug die Kirchenleitung vor, einem Gastarbeiter im Kirchenvorstand Sitz und beratende Stimme einzuräumen.

Die Leitungen der *evangelischen Landeskirchen und der katholischen Diözesen im Bundesland Baden-Württemberg* veröffentlichten Anfang April 1973 eine gemeinsame Stellungnahme, in der sie den Mietwucher bei ausländischen Arbeitnehmern anprangern. Die Mieten für Gastarbeiter „dürften nicht der Willkür und dem hemmungslosen Gewinnstreben einzelner überlassen bleiben ... In einer Zeit großen Wohnraum Mangels müssen zum Schutz der sozial Schwächeren objektive, gerechte und nachprüfbare Kriterien für die Preise aufgestellt werden.“ Weiter heißt es in der Stellungnahme, ausländische Arbeitskräfte sollten nur dann angeworben werden, wenn ihnen ein menschenwürdiges Leben garantiert werden könne. Wo dies nicht der Fall sei, habe eine weitere Anwerbung so lange zu unterbleiben, bis die notwendigen Voraussetzungen geschaffen seien. In einem umfangreichen Katalog von Vorschlägen und Forderungen verlangen die Kirchen unter anderem, daß bei der Vergabe von Sozialwohnungen die ausländischen Mitbürger angemessen berücksichtigt werden.

Die gemeinsame Stellungnahme ist von den Kirchenleitungen in Stuttgart, Karlsruhe, Freiburg und Rottenburg sowie vom Diakonischen Werk und vom Caritasverband unterzeichnet.

H. Zum Vollzug der lebenslangen Freiheitsstrafe¹⁷

In Zusammenhang der Bemühungen um die Novellierung des Strafvollzugsgesetzes wandte sich die „Konferenz der evangelischen Pfarrer an den Justizvollzugsanstalten in der Bundesrepublik und in West-Berlin“ zum Vollzug der lebenslangen Freiheitsstrafe am 6. November 1973 mit einer Petition an den Bundesjustizminister und an die Justizminister der Länder:

Mit großer Sorge stellt die Konferenz fest, daß der Gesetzgeber bei seinen Reformbemühungen um Strafrecht und Strafvollzug die besondere Problematik der zu lebenslanger Freiheitsstrafe Verurteilten bisher ausgeklammert hat. Aus seelsorgerlicher Verantwortung auch für diese Menschen und aufgrund unserer Erfahrungen sehen wir uns genötigt, darauf hinzuweisen, daß eine grundsätzliche Lösung dieser Frage nicht länger hinausgeschoben werden darf.

Eine Vollzugsreform, die es sich zum Ziel setzt, den Gefangenen zu einem Leben in sozialer Verantwortung ohne Straftaten zu befähigen, erfordert die Schaffung einer gesetzli-

17. Vgl. Kirchl. Jahrbuch 1972, S. 196f.

chen Möglichkeit, daß sich auch der zu lebenslanger Freiheitsstrafe Verurteilte unter besonderen Voraussetzungen in das Leben in Freiheit wieder eingliedern kann.

Die anstelle einer gesetzlichen Regelung zurückhaltend und uneinheitlich geübte bisherige Gnadenpraxis kann in keiner Weise befriedigen. Sie führte zu Unsicherheit und Verbitterung bei den Betroffenen und verstärkt dadurch den weithin zu beobachtenden Persönlichkeitsabbau. Das aber widerspricht dem erklärten Ziel aller Reformbemühungen in Strafrecht und Strafvollzug.

Deshalb erscheint uns folgendes unbedingt erforderlich:

I. Auch zu lebenslanger Freiheitsstrafe Verurteilte sollten in das System der bedingten Entlassung einbezogen werden. Hierbei sollte neben der Sozialprognose des Verurteilten auch das Sicherheitsinteresse der Allgemeinheit besonders berücksichtigt werden. Wir schlagen folgende gesetzliche Regelung vor:

1. Das Vollstreckungsgericht setzt die weitere Vollstreckung einer lebenslangen Freiheitsstrafe zur Bewährung aus, wenn

- a) der Verurteilte fünfzehn Jahre der Strafe verbüßt hat und
- b) verantwortet werden kann zu erproben, ob der Verurteilte außerhalb des Strafvollzugs keine Straftaten mehr begehen wird.

2. Das Vollstreckungsgericht kann schon nach Verbüßung von zehn Jahren einer lebenslangen Freiheitsstrafe die weitere Vollstreckung zur Bewährung aussetzen, wenn a) besondere Umstände in der Tat und in der Persönlichkeit des Verurteilten vorliegen und b) die Voraussetzung des Absatzes 1, Satz 2 erfüllt ist.

II. Bis zu einer solchen gesetzlichen Regelung sollten die Träger des Gnadenrechts einheitliche Grundsätze für die Begnadigungspraxis entwickeln. Hierbei sollten die unter I. vorgeschlagenen Fristen und Voraussetzungen Anhaltspunkt und Maßstab sein.

III. Die Behandlungsgrundsätze des künftigen Strafvollzugsgesetzes sollten sich – wie im Entwurf vorgesehen – auch auf zu lebenslanger Freiheitsstrafe Verurteilte beziehen. Dies sollte von Anfang der Strafvollstreckung an und unabhängig von einer ggf. später erfolgenden bedingten Entlassung oder Begnadigung gelten. Die Konferenz übergibt diese Stellungnahme den Verantwortlichen in Bund und Ländern und der Öffentlichkeit mit der Bitte um sorgfältige Prüfung.

Sie ist sich dessen bewußt, daß ihr Vorschlag einer gesetzlichen Regelung der bedingten Entlassung auch zu lebenslanger Freiheitsstrafe Verurteilter angesichts mancher das Entsetzen und den Abscheu der Öffentlichkeit hervorrufender Gewalttaten nicht überall auf Verständnis stoßen wird.

Sie ist jedoch davon überzeugt, daß die von ihr vorgeschlagene Regelung dem legitimen Schutzbedürfnis der Allgemeinheit vor Straftaten in ausreichendem Maße Rechnung trägt, wie sie es andererseits für ihre Pflicht hält, ihren Beitrag zu leisten, die Frage der Behandlung der zu lebenslanger Freiheitsstrafe Verurteilten einer Lösung zuzuführen.

9. DIE KIRCHE IM ERZIEHUNGS-, BILDUNGS- UND KULTURPOLITISCHEN GESPRÄCH UND GESCHEHEN¹⁸

Weder der Entwurf des Hochschulrahmengesetzes, zu dem den zuständigen Stellen in Staat und Kirche eine Stellungnahme des Rates der EKD zugeleitet worden war, noch die im Entwurf vorgelegte Novelle zum Berufsbildungsgesetz konnten im Berichtsjahr verabschiedet werden. Bei dem Bildungsgesamtplan der Bund-Länder-Kommission konnten die Auffassungsunterschiede in den Fragen der Gesamtschule, der Orientierungsstufe und der Lehrerbildung nicht überwunden werden. Diese Situation nötigt die Kirche, ihre differenzierte Mitver-

18. Vgl. Kirchl. Jahrbuch 1955, S. 232ff.; 1958, S. 76ff.; 1969, S. 140ff.; 1970, S. 166ff.; 1971, S. 159ff.; 1972, S. 158ff.

antwortung für den Bildungsbereich zu überprüfen. Dabei darf sie nicht bei den Bereichen stehen bleiben, an denen sie herkömmlicherweise vorrangig interessiert ist (z.B. Religionsunterricht, Schulen in kirchlicher Trägerschaft), sondern sie muß die Grundlagen, die Planung und Verwirklichung des neuen staatlichen Gesamtbildungssystems im Auge haben. Dazu gehören u.a. das Berufsbildungswesen – es gibt eine große Anzahl von Ausbildungsstätten in kirchlicher Trägerschaft – und die Aus- und Fortbildung von Religionslehrern für die berufsbildenden Schulen.

Der von der „Bildungssynode“ 1971 geforderte Bildungspolitische Ausschuß, der vom Rat der EKD im Einvernehmen mit dem Präsidium der Synode berufen wurde und 1972 seine Arbeit aufnahm, bildete im Berichtsjahr eine Arbeitsgruppe, die sich der Probleme des Berufsbildungsbereichs annehmen soll.

Der schon früher eingesetzte Fachausschuß „Erziehung im Elementarbereich“ erarbeitete Empfehlungen zur Vorlage beim Rat der EKD mit dem Ziel, sie als Stellungnahme des Rates zu verabschieden und zu veröffentlichen. Die redaktionelle Arbeit konnte gegen Ende des Berichtsjahres abgeschlossen werden. Die Vorlage beim Rat und die Verabschiedung der Stellungnahme konnte erst nach dessen Ablauf erfolgen.

Der Fachausschuß „Aus-, Fort- und Weiterbildung“ führte bei den Ausbildungsstätten für kirchliche Mitarbeiter eine umfangreiche Erhebung durch, die nicht nur einen Überblick über den gegenwärtigen Stand in der Aus-, Fort- und Weiterbildung geben, sondern auch die Perspektiven der näheren Zukunft herausstellen soll.

Von dem eigentlichen und entscheidenden Beitrag der Kirche zur Erziehung und Bildung sprach der Vorsitzende des Rates der EKD Landesbischof D. Dietzfelbinger in seinem der EKD-Synode auf ihrer Tagung in Coburg erstatteten Rechenschaftsbericht über die abgelaufene Legislaturperiode:

Glücklicherweise gibt es ... einzelne und Gemeinschaften, Gruppen, Kreise, Kommunitäten, die unverrückt uns an diese Quellen erinnern: Wort Gottes und Gebet, Sakrament und Vergebung der Sünden, Lob Gottes mit Wort und Tat.

BILDUNG

Denn das ist doch der Nährboden, auf dem auch das wächst, was die Kirche Jesu Christi zur Bildung des Menschen im umfassenden Sinn beizutragen hat. Das Evangelium und die Bildungsfrage nenne ich zuletzt noch als eines der großen Themen der vergangenen Synodalperiode, eines, das mit Sicherheit auch vor dieser Synode liegen wird. Auf allen möglichen Ebenen hat der Rat die Bildungspläne und -bemühungen in Staat, Gesellschaft und in den Landeskirchen verfolgt. Die in mancher Hinsicht kritischen Entwicklungen an den Universitäten und Hochschulen waren Gegenstand vieler Besprechungen mit verantwortlichen Persönlichkeiten und Kreisen bis hin zu Mitgliedern des Bundeskabinetts. Bei der Neueinrichtung der kirchlichen Fachhochschulen versuchten wir, die Planungen aufeinander abzustimmen und die Gemeinsamkeit unter den Landeskirchen zu erhalten. Für den Religionsunterricht in den verschiedenen Stufen wurden durch eigens dazu berufene Kommissionen Richtlinien erarbeitet, die auch als Basis für entsprechende Verhandlungen mit der römisch-katholischen Kirche und mit der Kultusministerkonferenz dienen konnten. Eine ganze Synodaltagung hat sich ausführlich mit dem Thema auseinandergesetzt „Das Evangelium und die Bildungsplanung“ und eine Reihe von Resolutionen verfaßt, die sich auf die einzelne Situation der Bildungsproblematik beziehen, auf Erwachsenenbildung, auf das kirchliche

Schulwesen, auf die Hilfe für Kinder ausländischer Gastarbeiter. Bei allen Bemühungen freilich muß festgestellt werden, daß wir mit diesem Thema lange nicht zum Ende gekommen sind. Vor allem muß das Gespräch über den Religionsunterricht, seinen sachgemäßen Inhalt und seine entsprechende Methode, sein Verhältnis zur Schule und zur kirchlichen Verkündigung weitergehen, wenn nicht größerer Schaden entstehen soll. Das Evangelium macht frei zur Bildung. Die Bildung, zu der es frei macht, ist aber nicht nur formal. Es ist der Mensch Gottes, zu dem das Evangelium frei macht, nicht der autonome Mensch, sondern der Mensch Gottes, zu allem guten Werk geschickt. Ihm stehen alle Bereiche der Bildung offen. Noch einmal greife ich zurück in die Geschichte, von der wir hier in Coburg umgeben sind. Oben auf der Veste schrieb Luther am 30. 6. 1530 einen Brief an Georg Spalatin. Dort wird in die Planungen, Sorgen und Erwartungen des Menschen, auch des frommen Menschen, der einfache Satz hineingestellt:

„Wir sollen Menschen und nicht Gott sein. Das ist die summa.“ Modern ausgedrückt sieht das: Der Christenglaube ist die von Jesus Christus gewirkte Freude, daß der Mensch in der Welt nicht selber Gott sein, Gott spielen muß, sondern Mensch sein und als Mensch leben darf. Dann wird er nämlich auch nicht Maschine oder Automat. Ein befreiendes Augenmaß für das Leben auch für alle Bildung; es ist aber ebenso befreiend, weil zugleich fordernd und entlastend für alle, die kirchliche Verantwortung tragen: „Wir sollen Menschen und nicht Gott sein. Das ist die summa“!

In einzelnen Bundesländern wurden nachdrückliche Bemühungen um eine Novellierung der Schulgesetzgebung unternommen, die kirchliche Stellungnahmen notwendig machten. Das gilt u.a. für Niedersachsen, wo Ende 1972 Zusatzvereinbarungen zum Niedersächsischen Konkordat getroffen wurden, die nach kirchlicher Auffassung dem Grundsatz der Gleichheit durch die Begünstigung bzw. staatliche Förderung katholischer Konfessionsschulen widersprechen. Auf ihrer Sitzung am 24. Januar 1973 verabschiedete die Synode der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen eine Stellungnahme, die wegen ihrer konsequenten schulpolitischen Konzeption auch außerhalb Niedersachsens bedeutsam werden könnte:

1. Die Synode der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen teilt gemäß den Entschlüssen ihrer Mitgliedskirchen aus dem Jahre 1965 nach wie vor die Auffassung, daß die Schule für Schüler aller Bekenntnisse die Regelschule in Niedersachsen sein soll. Die evangelischen Kirchen in Niedersachsen haben in den vergangenen Jahren mit dazu beigetragen, daß das Schulwesen unter weitgehendem Verzicht auf evangelische Bekenntnisschulen fortentwickelt wurde.

Die Synode erwartet, daß die öffentliche Schule eine freie Schule für Schüler aller Bekenntnisse bleibt, in der die positive religiöse Bekenntnisfreiheit, die Auseinandersetzung mit Sinn- und Wertfragen und die offene Begegnung mit Andersdenkenden gesichert sind.

Sie erinnert das Land Niedersachsen angesichts der Reformen im Schulwesen nachdrücklich an die übernommene Verpflichtung, den evangelischen Religionsunterricht in der öffentlichen Schule wie andere Fächer zu fördern.

2. Die Synode nimmt zur Kenntnis, daß das Land Niedersachsen mit der römisch-katholischen Kirche die aus den Veränderungen im Schulwesen sich ergebenden Fragen im Sinne des Konkordats von 1965 regelt. Die durch die Synode der Konföderation vertretenen Kirchen gehen hinsichtlich ihrer Stellung zu dem öffentlichen Schulwesen von anderen Grundgedanken aus als die römisch-katholische Kirche.

3. Die Synode fordert von allen zuständigen Stellen, daß bei der Errichtung von privaten katholischen Hauptschulen – einschließlich Orientierungsstufe – eine Benachteiligung nichtkatholischer Kinder ausgeschlossen wird.

4. Die geplante Errichtung von 18 katholischen Privatschulen im Hauptschulbereich – einschließlich Orientierungsstufe – mit einem besonders günstigen Finanzierungsschlüssel schafft neben dem öffentlichen Schulwesen zwei Gruppen von Privatschulen, die vom

Land unterschiedlich gefördert werden. Daraus müssen sich – auch unter dem verfassungsrechtlichen Gesichtspunkt der Gleichbehandlung – Spannungen ergeben.

Privatschulen mit Modellcharakter im pädagogischen, schulorganisatorischen oder diakonischen Bereich stellen eine notwendige Ergänzung des öffentlichen Schulwesens dar.

Die Synode fordert die zuständigen Stellen auf, durch eine entsprechende Änderung oder Ergänzung des Privatschulgesetzes dafür zu sorgen, daß eine Ungleichheit zwischen den Privatschulen im Lande Niedersachsen nicht entsteht und die Leistungen verbessert werden.

5. Die Synode nimmt zur Kenntnis, daß für Osnabrück und Vechta ein gemeinsamer Fachbereich für katholische Theologie und Religionspädagogik eingerichtet werden soll.

Die Synode erwartet, daß bei Universitätsgründungen und bei der Integration von Abteilungen der Pädagogischen Hochschule Niedersachsen in bestehende Universitäten die Fächer evangelische Theologie und Religionspädagogik so ausgestattet werden, daß auch im Fach evangelische Religion eine Ausbildung für Lehrer aller Schulstufen gewährleistet wird.

Immer wieder wird in Kirche und Öffentlichkeit die Frage nach der Berechtigung und der Rolle allgemeinbildender Schulen in kirchlicher Trägerschaft gestellt. Eine Sondersitzung der Kirchenleitung der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg (West) am 2. Oktober 1973, an der die Leiter der sechs evangelischen Schulen in Westberlin sowie Vertreter der Eltern- und Mitarbeiterschaft teilnahmen, befaßte sich mit Fragen der gegenwärtigen Situation und künftigen Entwicklung der evangelischen Schulen in Berlin. Die Kirchenleitung brachte dabei ihren Willen zum Ausdruck, die evangelischen Schulen weiterzuführen und fortzuentwickeln; ein Kirchenleitungsausschuß soll die Planungen auf dem Gebiet des evangelischen Schulwesens konkretisieren und entfalten. Die Kirchenleitung machte sich folgende Erklärungen der Leiter und der Elternvertretung der evangelischen Schulen zu eigen:

ERKLÄRUNG DER LEITER DER EVANGELISCHEN SCHULEN IN BERLIN

„Die gegenwärtigen Entwicklungen in der Bildungspolitik und Bildungsplanung sind eine Herausforderung an die Kirche, ihre eigene Bildungsverantwortung zu erkennen und kritisch-konstruktiv wahrzunehmen. Dies liegt in der Konsequenz des Schulwortes der EKD-Synode vom 30. April 1958“ (Entschließung zur gegenwärtigen Entwicklung der Bildungspolitik und Bildungsplanung der 4. Synode der EKD auf ihrer Sitzung vom 12. November 1971).

Die Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg nimmt diese Bildungsverantwortung in der besonderen historischen und schulrechtlichen Situation unserer Stadt wahr.

In unserer unter dem Evangelium von Jesus Christus übernommenen Verantwortung und Sorge für die jungen Menschen unserer Stadt wollen wir mit unseren Schulen einen eigenen Beitrag zur Lösung der vielfältigen und laufend wachsenden Bildungsaufgaben der Gesellschaft leisten.

Wir wollen uns nicht zuletzt solcher Kinder annehmen, die heute und künftig besonderer pädagogischer Förderung bedürfen.

Wir treten für eine breit angelegte pädagogische Arbeit ein, die es jedem Kind ermöglicht, seine Gaben zu entfalten. Wir sehen daher in einer einseitigen Betonung des kognitiven Bereichs eine große Gefahr. Die emotionale, musische und religiöse Seite des Erziehungs- und Bildungsprozesses darf nicht vernachlässigt werden.

Wir sehen die Notwendigkeit, das im Aufbau befindliche reformierte staatliche Schulwesen (Gesamtschule, Oberstufenzentren, Mittelstufenzentren usw.) durch ein Angebot von Schulen zu ergänzen, die eine überschaubare Größenordnung haben.

Wir halten es für notwendig, daß Schulen angeboten werden, in denen die Kinder ihre ge-

samte Schulzeit – von der Vorklasse bis zur 10. bzw. 13. Klasse – verbringen können. Der Schüler braucht Bezugspersonen, wie sie das (Schul-) Klassensystem kennt, die ihn in seiner Schulzeit während eines größeren Abschnittes begleiten. Nur so kann dem Schüler die notwendige Nestwärme gegeben und ihm ein Heimischwerden ermöglicht werden. In dieser pädagogischen Atmosphäre wird es möglich, bei ihm die Sensibilität für den Nächsten zu wecken und zu pflegen. Sie ist die Grundlage für eine Ausbildung zum Dienst am Nächsten.

Wir begrüßen, daß durch die laufende Bildungsreform für die Schüler der Chancenausgleich verbessert und Eltern wie Schülern keine zu frühe Entscheidung über den Bildungsweg abverlangt wird. Eine spätere Korrektur dieser Entscheidung muß grundsätzlich möglich sein.

Wir halten es für notwendig, daß der einzelnen Schule ein Freiraum für pädagogische Initiativen gewährt wird, damit sie unter gewissenhafter Einschätzung der Notwendigkeiten und der realen Möglichkeiten ihre Maßnahmen und Ziele ständig überprüfen kann.

In unserer pluralistischen Gesellschaft kann das Bildungswesen nicht allein vom Staat getragen werden. Pädagogische Initiativen bedürfen aber heute eines so großen finanziellen und personellen Einsatzes, daß sich hieraus eine besondere Aufgabe für die Kirche als Körperschaft des öffentlichen Rechts ergibt.

Wir erwarten von der Evangelischen Kirche in Berlin und Brandenburg, daß sie ihre Schulen weiterführt und fortentwickelt.

ERKLÄRUNG DER ELTERNVERTRETUNG DER EVANGELISCHEN SCHULEN IN BERLIN

Die Elternschaft begrüßt die Einberufung der Sondersitzung der Kirchenleitung zur Situation der evangelischen Schule und sieht darin eine logische und notwendige Konsequenz aus der Entschließung der 4. Synode der EKD im Jahre 1971. Wir begrüßen besonders, daß zu dieser Sitzung die gewählten Vertreter der Eltern der evangelischen Schulen Berlins geladen sind.

Die Eltern sehen im Vorhandensein evangelischer Schulen eine unbestreitbare Notwendigkeit, die sich herleitet aus der Verantwortlichkeit der Kirche vor Gott für die Menschen, aus der Sinnfälligkeit von Angebotsschulen zum Zwecke der Demokratisierung im Schulfeld und aus dem Zwang, bremsende oder beschleunigende, ergänzende oder ausgleichende Reglerfunktionen wahrnehmen zu müssen, u.a. auch dann, wenn staatliches Bildungswesen durch zu starke Ideologisierung vom Wege zum allgemein akzeptablen Ziel abzuweichen droht.

Unter diesen Gesichtspunkten sehen wir Möglichkeiten zur Fortentwicklung des evangelischen Schulwesens in Berlin nur, wenn eine in mancherlei Hinsicht echte Konkurrenz zu öffentlichen (staatlichen) Schulen möglich und gegeben ist, wobei Konkurrenzfähigkeit in diesem Falle Partnerschaft und Zusammenarbeit eher fördert als hindert und wobei diese Konkurrenz auch eindeutig Ergänzung ist.

Wir glauben, daß evangelische Schulen mit ihrer positiven Atmosphäre geeignet sind, Werte zu vermitteln, die bei Beschränkung auf bloße Ausbildung von Jugendlichen übersehen werden,

daß evangelische Schulen Bildungsideale und Bildungsziele pflegen, verfolgen und weitergeben können, die zwar althergebracht, aber dennoch wertvoll und erstrebenswert sind, daß evangelische Schulen – frei von ideologischen Zwängen – vielen Eltern die Furcht vor einer ungewissen oder sogar unerwünschten „Bildungszukunft“ ihrer Kinder nehmen, daß evangelische Schulen der Kirche – und damit dem Glauben an Christus – eine große Chance bieten, im Bewußtsein der Bevölkerung verlorenes Terrain zurückzugewinnen.

Wir meinen, daß die evangelischen Schulen keine Eliteschulen werden dürfen (der große Andrang in Verbindung mit den begrenzten Aufnahmemöglichkeiten bietet Ansatzpunkte dafür),

daß die evangelischen Schulen sich nicht auf den Status von Zwergschulen zurückentwickeln dürfen (Schulzentren im staatlichen Bereich lassen die mögliche Gefahr erahnen),

daß die evangelischen Schulen nicht an aktuellen oder künftigen Reformen des Bildungswesens zerbrechen dürfen (die Reformen der gymnasialen Oberstufe zeigt die ersten, wenn auch noch nicht existenzbedrohenden Schwierigkeiten auf),

daß die evangelischen Schulen gegenüber den katholischen und anderen freien Schulen nicht ins Hintertreffen geraten dürfen (katholische Schulen nehmen nur katholische Schüler auf – welches wird der Weg unserer Schulen sein?).

Wir sehen die Verantwortung der Kirche für sich selbst, für das Bildungswesen insgesamt und vor allem für beider Zukunft. Wir erleben in jedem Jahr erneut und mehrmals den Andrang zu den Aufnahmeterminen, und wir sehen die Enttäuschung der vielen Eltern, die abgewiesen werden müssen. Die Eltern der Schüler an den evangelischen Schulen Berlins sprechen somit auch für die große Zahl der bisher abgewiesenen und vielleicht auch künftig abzuweisenden Eltern, wenn sie an die Kirchenleitung appellieren:

1. Für die aufgabengerechte Weiterentwicklung der evangelischen Schulen in Berlin ist eine Gesamtplanung erforderlich.

Diese Gesamtplanung muß klar in ihrer Zielsetzung sein, einen längeren Zeitraum erfassen und die sich aus der Bildungsreform ergebenden Konsequenzen voll berücksichtigen.

2. Nach unserer Auffassung hat die evangelische Schule in Berlin die ihr zukommende Bedeutung nur dann, wenn ihr im Rahmen der kirchlichen Arbeit Priorität zugewilligt wird. Eine Priorität, die in Organisation, Größe, personeller Besetzung und Ausstattung einen wenigstens partiellen Vergleich mit staatlichen Schulen zuläßt. Die Zukunft wird umso erfolgsträchtiger werden, je günstiger dieser Vergleich für die evangelischen Schulen ausfällt.

3. Im Verbund aller evangelischen Schulen Berlins und in jeder einzelnen Schule müssen Differenzierungsmöglichkeiten gegeben sein. Infolgedessen ist ein mutiges, jedoch kein wagemutiges Konzept anzustreben.

4. Evangelische Schulen in Berlin sollten in vielerlei Hinsicht beispielhaft sein, was nicht vorbildlich heißen muß. Beispielhaft kann in diesem Zusammenhang sowohl bewahrende als auch erneuernde Bestandteile enthalten, es sollte in jedem Falle einer angemessenen Vorwärtsentwicklung zum Wohle der Schüler entsprechen und ernsthaft abgewogene Experimente nicht ausschließen. (Hier ist u.a. auch die Zusammenarbeit mit den Eltern angesprochen.)

5. Unsere Schulen sollen weiterhin – und wo immer möglich verstärkt – offen sein für junge Menschen, die besonderer Fürsorge oder Förderung bedürfen. Dies darf kein Weg hin zu Sonderschulen sein, setzt jedoch voraus, daß der Wille vorhanden ist und Möglichkeiten bestehen, personell und sachlich hohe Leistungen zu erbringen.

Evangelische Schulen gehen ihren Weg unter dem Evangelium. Das Beschreiten dieses Weges kann nur wirkungsvoll sein, wenn unsere Schulen in jeder Beziehung so „normal“ wie möglich aufgebaut und geführt werden, ohne freilich die vorgenannten Besonderheiten zu vernachlässigen – wenn das zunächst auch ein Widerspruch zu sein scheint.

„Muster des Normalen“ unter dem Auftrag Christi – ist das künftig nur noch ein unerfüllbarer Wunschtraum?

II. Die Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik

Von Erwin Wilkens

1. BLEIBENDES DILEMMA IN DER DEUTSCHLANDFRAGE

Der Grundvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik vom 21. Dezember 1972 hatte in der Ostpolitik, die im Jahre 1969 von der Regierung Brandt-Scheel in Gang gesetzt wurde, vorläufig einen Schlußstein gesetzt. Der Weg hatte von den Verträgen mit der Sowjetunion 1970 und mit Polen 1971 folgerichtig über das Berlin-Abkommen der vier Mächte 1971 und die Abmachungen der deutschen Partner über Berlin-Fragen 1972 auf diesen Schlußstein hingeführt. Das Jahr 1973 fügte dem außer der Arbeit an einigen Zusatzabkommen keine neuen Elemente hinzu. In der Bundesrepublik Deutschland war das politische Geschehen zunächst von dem innenpolitischen Kampf um den Grundvertrag bestimmt, der nach der Ratifizierung durch den Bundestag noch die Hürde der von der bayerischen Staatsregierung angestregten Normenkontrollklage vor dem Bundesverfassungsgericht nehmen mußte. Die DDR richtete sich mit der neugewonnenen internationalen Qualität ein, wie sie in der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit fast allen westlichen Staaten und besonders in dem zusammen mit der Bundesrepublik vollzogenen Beitritt zur UNO zum Ausdruck kam.

Das gesamte Vertragswerk regelt das Verhältnis der beiden deutschen Staaten zueinander lediglich im Sinne eines *modus vivendi*. Wesentliche Fragen und Ziele deutscher Politik werden ausgeklammert, bleiben unbeantwortet oder werden für die Zukunft zurückgestellt. In dieser Methode liegen Stärke und Schwäche dieser Ostpolitik zugleich. Stärke deshalb, weil nur so überhaupt Abbau von Gefahrenherden und Wege zu einer auf die Zukunft gerichteten aktiveren Politik erreichbar waren; Schwäche aber deshalb, weil die ungelösten Fragen ihre Festschreibung erfahren oder sich als neue Konfliktherde erweisen können. Die ganze Dialektik der so geschaffenen Situation mag am deutlichsten daran werden, daß die Bundesrepublik an dem Ziel festhält, in freier Selbstbestimmung für das deutsche Volk die staatliche Einheit wiederzugewinnen, die DDR hingegen die Wiederherstellung eines einheitlichen deutschen Staates für geschichtlich überholt hält, beide Seiten aber je ihre Auffassung in den Verträgen wiederfinden.

2. KIRCHE IN STAAT UND GESELLSCHAFT

a) Allgemeines

Für die Situation der Kirche in Staat, Gesellschaft und Öffentlichkeit in der DDR bleibt das weltanschauliche Element eines dem dialektischen und historischen Materialismus verhafteten Staates bestimmend, nach dem christlicher Glaube nur als Relikt einer überholten bürgerlichen Epoche der Gesellschaft verstanden werden kann. Aber diese Betrachtung, die das Verhältnis von Staat und Kirche auf den harten Kern weltanschaulicher Grundlagen zurückführt, reicht nicht aus, um die kirchliche Situation in der DDR voll zu erfassen. Wie der östliche Sozialismus für die großen Linien der Weltpolitik gelernt hat, mit den Realitäten zu rechnen, so eben auch auf dem Felde der inneren Politik und Auseinandersetzung. Auch im kleinen bildet sich so etwas wie eine Praxis friedlicher Koexistenz aus, die mit einem zeitweiligen Nebeneinanderbestehen von Größen rechnet, die sich ideologisch gesehen gegenseitig ausschließen. Auf diese Weise ist die politische Führung der DDR in der Lage, an dem prinzipiellen Ziel festzuhalten, christlichen Glauben zum Absterben zu bringen, zugleich aber doch den großen Konflikt zu vermeiden und den Kirchen ein Mindestmaß an Lebensmöglichkeiten zu belassen. Es liegt auf der Hand, daß diese Existenzbedingungen der Kirche und ihren Gliedern das Leben nicht gerade erleichtern. Aber es liegt darin auch eine Chance, nicht zuletzt die, den Nachweis zu führen, daß christlicher Glaube auch da entstehen und leben kann, wo der orthodoxe Marxismus es nicht vermuten würde. Wo und soweit dies geschieht, mögen sich auch neue Möglichkeiten zu einer geistigen Auseinandersetzung erschließen.

Von solchen Möglichkeiten ist die kirchliche Wirklichkeit aber weit entfernt. Beide Seiten suchen unabhängig und isoliert voneinander weiter nach einem klaren Konzept: der Staat nach einer Kirchenpolitik, die die Christen für die sozialistische Gesellschaft gewinnt und die Kirche doch zugleich gesellschaftlich eliminiert; die Kirche nach Orientierungsdaten, die Zeugnis und Dienst in einer sozialistischen Gesellschaft ermöglichen, ohne die Freiheit des kritischen Gegenübers preiszugeben. Aber wie kann in einem sozialistischen Weltanschauungsstaat mit seiner Einheitsgesellschaft diese Quadratur des Zirkels gelingen, wenn dem Christen wohl das Bekenntnis abverlangt, ihm aber eine wirksame Mitgestaltung nicht zugestanden wird? Deshalb erwies sich auch der von Albert Norden vor dem CDU-Parteitag im Herbst 1972 proklamierte Begriff von dem „Sozialistischen Staatsbürger christlichen Glaubens“ nur als kurzlebiges Experiment. Dialektische Formeln müssen Ausdruck eines lebendigen geistigen Prozesses sein, der Veränderungen auf beiden Seiten nicht nur nicht ausschließt, sondern seinem Wesen nach intendiert.

Trotz aller Rückschläge bemühen sich die Kirchen unermüdlich und in immer neuen Versuchen darum, ihren Auftrag in ihrer besonderen Situation zu klären. Der Bischof des Görlitzer Kirchenbezirkes D. Hans-Joachim Fränkel ist daran besonders beteiligt. In einem Vortrag in Dresden versuchte er, die Lehren des Kirchenkampfes von 1933/45 auf die heutige Situation anzuwenden.

WAS HABEN WIR AUS DEM KIRCHENKAMPF GELERNT?

*Vortrag von Bischof D. Hans-Joachim Fränkel
am 8. November 1973 in der Annenkirche zu Dresden*

Dieses Thema ist mir für den heutigen Vortrag gestellt worden. Ich verstehe es so, daß damit danach gefragt ist, was die damals im Kirchenkampf gewonnenen geistlichen Erfahrungen und Erkenntnisse für unsere Situation heute bedeuten. Es kann sich nicht darum handeln, daß wir das, was wir einst im Kirchenkampfe, z. B. in der Barmer Theologischen Erklärung bekannt haben, einfach zitieren, sondern es geht darum, es in unserer Lage zu interpretieren.

Lassen Sie mich einleitend ein Wort zur Situation sagen. Es ist uns heute viel stärker als vor 40 Jahren bewußt, daß wir in einem beispiellosen weltgeschichtlichen Wandel stehen. Dabei denke ich nicht in erster Linie an das, was etwa aus Deutschland in diesen vier Jahrzehnten politisch geworden ist. Ich denke in erster Linie an die atemberaubenden Umwälzungen auf dem Gebiet der Wirtschaft und Technik, denen wir uns gegenübersehen und deren Ende noch nicht abzusehen ist. Fortschritte, wie sie früher in Jahrhunderten gemacht wurden, vollziehen sich in Jahrzehnten. Die Wirklichkeit überholt die Phantasie, aber damit wachsen auch die Weltprobleme. Gerade das Tempo des Wandels verrät, wie tief der Umbruch der Zeiten ist, in dem wir stehen. Das Zeitalter des erdverhafteten und bodengebundenen Menschen, das mit dem Übergang vom Nomadentum zur Sesshaftigkeit begann, geht zu Ende. Das bedeutet einen tiefen Wandel im Weltgefühl, der vielen als zersetzende Auflösung erscheint. Hitlers Blut- und Bodenmythologie war der ebenso romantische wie wild-verzweifelte und vergebliche Versuch, dem Rad der Geschichte in die Speichen zu fallen. Ein Ereignis markiert in besonderer Weise den Umbruch, das ist die Mondlandung. Ermöglicht wurde der Schritt ins Kosmische durch die technisch-wissenschaftliche Zivilisation. Mit ihr vollzieht sich eine früher ungeahnte Weltbemächtigung.

Aber so gewiß die Wissenschaft, die hier ihre Triumphe feiert, unaufgebbar ist, so gewiß müssen wir auch ihre Zweideutigkeit sehen; sie hat nicht nur ihre positive, sondern auch ihre negative Seite. Der medizinische Fortschritt, der den Tod zurückdrängt, schafft zugleich die Bedrohung durch den Hungertod. Der Mensch steuert die kompliziertesten Apparaturen und wird zugleich durch deren Leistung in seiner eigenen Leistung fast verdrängt. Hier wird der Mensch in seinem Humanum gefährdet. Die Atomkraft ermöglicht ein Leben in einer Weltgesellschaft, in der die früheren Nöte gebannt werden können, und bedroht zugleich die Menschheit mit Selbstvernichtung und Auslöschung ihrer Geschichte. Diese Ambivalenz (Zweiseitigkeit) ist darum so bedrohlich, weil die rationale Mündigkeit des Menschen in einem erschreckenden Mißverhältnis zu seiner ethischen Unreife steht. In dieser Welt der technisch-wissenschaftlichen Zivilisation ist der Weltfriede zur Notwendigkeit geworden, aber er kann nur errungen werden, wenn die Menschheit die erforderliche ethische Reife gewinnt. Hierin liegt eine Herausforderung an die Kirche, die Heilsbotschaft so zu sagen, daß die in ihr liegende Hilfe recht verstanden werden kann.

Daß dieser Wandel der Welt auch die Kirche nicht unberührt läßt, ist selbstverständlich. Die große Epoche unserer abendländischen Geschichte, in der die Kirche der Mittelpunkt der Gesellschaft war, ist unwiderruflich zu Ende. Dies tritt im Bereich der sozialistischen Weltanschauungsstaaten stärker zutage als in den Demokratien des Westens. Wir erleben in unserem Bereich unter der politischen Herrschaft der Ideologie des dialektischen Materialismus das Zusammenbrechen der Volkskirche von früher. Die Statistiken über Taufe, Trauung, Konfirmation, sogar über die kirchliche Bestattung und über die Kirchenaustritte sprechen eine beredete Sprache. Konnte es unmittelbar nach dem Zusammenbruch von 1945 für eine Zeit so aussehen, als ob sich unter den notvollen Verhältnissen eine stärkere Hinwendung zur Kirche vollziehen würde, die über das Interesse an Hilfswerkspaketen hinausging, zeigte sich doch bald, daß eine innere Erneuerung versagt blieb. Was es bedeutet, daß Gott im Zusammenbruch aller Institutionen in unserem Vaterland uns die Kirche erhielt, wurde nicht erkannt und die Chance verspielt,

daß in der sich ständig vertiefenden Spaltung unseres Volkes gerade die evangelische Kirche ein Band der Einheit hätte sein können.

Ich sage das nicht, weil ich etwa meine, daß es die Aufgabe der Kirche sei, politischen Wünschen zu dienen. Gerade das würde sie in ihrem Wesen korrumpieren. Man kann Christus nur um seinetwillen und nicht um anderer Zwecke willen wollen. Es anders zu halten, ist eine trügerische Versuchung. Aber, ich sage das alles, weil die Erhaltung der Kirche im Zusammenbruch 1945 ein echtes Angebot von Gott war, am ersten nach dem Reiche Gottes zu trachten und es Gott zu glauben, daß er uns damit auch alles andere schenken wird.

Wir haben ohne alle Illusion zu sehen, daß wir zu einer Kirche der Minderheit in einer atheistischen Umwelt geworden sind. Wie wir damit fertig werden, daran wird sich entscheiden, ob wir Kirche sind, die ihrem Herrn allein vertraut und gehorcht oder den Versuchungen der Zeit erliegt. Das, was wir einst im Kirchenkampf gelernt haben, kann uns auch heute eine echte Hilfe zu Glaube und Gehorsam sein. Wir haben gelernt: Verkündigung und Glauben gründen sich auf Christus allein. Christus ist das *eine* Wort Gottes, so haben wir es damals in Barmen bekannt. Damit ist uns für die Begründung unseres Glaubens an Gott in der Auseinandersetzung mit dem Atheismus eine wichtige Hilfe gegeben.

Von seiten des Atheisten wird ja unser Glaube an Gott immer wieder im Sinne einer unwissenschaftlichen Weiterklärung mißverstanden. Es wird uns unterstellt, wir setzten überall dort, wo noch Lücken in einer wissenschaftlichen Erklärung der Welt seien, Gott als Mittel der Erklärung ein. Damit wird Gott sozusagen in den Lücken unserer Erkenntnis angesiedelt. Diesem Irrtum haben wir freilich selbst Vorschub geleistet. Ich will hier nur ein Beispiel nennen. Es kommt auch heute noch vor, daß manche Christen angesichts fortschreitender Erfolge der Wissenschaft fast triumphierend feststellen: „Aber das Wetter können sie doch nicht machen.“ Eine solche Feststellung soll dann zur Begründung des Glaubens dienen; doch das heißt, Gott zum Lückenbüsser machen und gerade damit die irrige These von der Unvereinbarkeit von Glaube und Wissenschaft stützen. Aber, das haben wir im Kirchenkampf gelernt, daß Gott für uns nicht in den Dingen der Welt, weder in denen, die wir erklären, noch in denen, die wir nicht erklären können, zu finden ist, sondern allein in Jesus Christus.

Die Offenbarung Gottes in Christus bedeutet die totale Entgötterung der Welt und gibt uns damit die Welt als Gegenstand wissenschaftlicher Forschung frei. Aber, die Offenbarung Gottes in Christus verwehrt es uns, das in solcher Forschung gewonnene Teilwissen „unter Leugnung Gottes als die eine, alles umfassende Wahrheit“ auszugeben, „in der alle Fragen, auch die Grundfragen unserer Existenz, beantwortet seien. Erst in der Begegnung mit Jesus Christus erschließen sich Wahrheit und Bestimmung des Menschen, Gottes Gegenüber und des Menschen Nächster zu sein (Artikel III der „Zehn Artikel ...“)“. So werden wir frei für sachgemäße wissenschaftliche Forschung und zugleich vor einer Ideologisierung der Wissenschaft bewahrt.

Wir haben der damals herrschenden völkischen Ideologie das Bekenntnis zur Herrschaft Jesu Christi entgegengestellt. Man könnte uns daher mit einem gewissen Recht in die Front der Antifaschisten einreihen, aber damit würde man uns im Grunde ideologisch mißverstehen. Denn unser Nein zur damals herrschenden rassistischen Ideologie kam nicht aus einer Antiideologie, sondern aus dem allen Ideologien überlegenen, sie begrenzenden und den Menschen rettenden und richtenden Worte Gottes.

Das hat für unsere Haltung als Kirche und Christen in unserer vom dialektischen Materialismus geprägten Gesellschaft eine entscheidende Bedeutung. Darin, daß das Evangelium von Jesus Christus und der dialektische Materialismus in unüberbrückbarem Gegensatz stehen, sind sich Christen und Marxisten einig. Von da aus könnte sich die Versuchung – ich sage absichtlich „Versuchung“ – nahelegen, die Kirche müsse zu unserer Gesellschaft ein totales Nein sagen. Ich weiß, daß manche Christen das auch im Grunde ihres Herzens meinen, wenn sie es auch nicht laut sagen.

Ich will einmal ganz davon absehen, daß eine Kirche, die ein totales Nein spräche, sich damit selbst zur Liquidierung in unserem Staat anmelden würde. Ich gebe vielmehr folgendes zu bedenken: Wir würden mit diesem totalen Nein die Marxisten in ihrer Vermutung

bestärken, daß unser Glaube weiter nichts sei als eine Antiideologie. Wir würden damit vergessen, was wir im Kirchenkampf gelernt haben: die Macht hat Gott allein. Wir haben daher – und darauf kommt es an – auch *über* unsere Gesellschaft, in welcher der dialektische Materialismus als die sogenannte wissenschaftliche Weltanschauung für alle bindend durchgesetzt werden soll, die Macht des Schöpfers und Erlösers zu glauben. Durch diese überlegene Macht unseres Gottes wird jeder ideologische Absolutheitsanspruch begrenzt. Auch der entschlossene Wille, den dialektischen Materialismus für alle verbindlich durchzusetzen, kann Gott nicht hindern, uns in unserer Gesellschaft Gutes zu tun, *mit* deren Willen, *ohne* deren Willen und auch *gegen* deren Willen.

Es wäre undankbar gegen Gott, wenn wir übersehen wollten, wieviel seit 1945 zum Wohle der Menschen in unserer Gesellschaft geschehen ist. Wir haben im Kirchenkampf in der Barmer Theologischen Erklärung bekannt, daß uns in Jesus Christus „frohe Befreiung aus den gottlosen Bindungen dieser Welt zu freiem, dankbarem Dienst an Gottes Geschöpfen“ widerfährt. Darin aber liegt die Chance der Freiheit zum Dienst in unserer Gesellschaft. Wer aus dem totalen Anspruch der marxistischen Ideologie folgert – und zwar unter Berufung auf den Herrschaftsanspruch Jesu Christi –, daß eine Mitarbeit in unserer Gesellschaft weder erlaubt noch geboten sei, der würde gesellschaftliche Macht mit der Allmacht des barmherzigen Schöpfers verwechseln und die uns in Christus geschenkte Befreiung verleugnen.

Die heimliche Flucht aus gesellschaftlicher Verantwortung wäre der Verzicht, aus der Freiheit der Kinder Gottes zu leben. Was bedeutet diese Freiheit für die Mitarbeit der Christen in unserer Gesellschaft? Ich weiß natürlich, daß der Marxismus-Leninismus sich in der untrennbaren Einheit aller seiner Bestandteile, also auch des prinzipiellen Atheismus, versteht, aber gerade gegenüber diesem Selbstverständnis sind wir frei, die atheistische Komponente auszuklammern. Als die durch Christus von den gottlosen Bindungen dieser Welt Befreiten nehmen wir uns die Freiheit, in unserer Gesellschaft zwischen dem gebotenen Dienst an der Erhaltung des Lebens und der gebotenen Verweigerung der atheistischen Bindung zu unterscheiden. Das bedeutet zum Beispiel für unser Verhältnis zu den Geboten der sozialistischen Moral: soweit wir in den Geboten der sozialistischen Moral Hilfen für unsere Mitarbeit in der Gesellschaft als Dienst am Nächsten empfangen, nehmen wir in der Freiheit der Kinder Gottes diese Hilfen an und in derselben Freiheit widerstehen wir dort, wo wir im Anspruch der Gebote der sozialistischen Moral dem Herrschaftsanspruch des sich selbst erlösenden Menschen unterworfen werden sollen.

Es gehört zur seelsorgerlichen Aufgabe der Kirche, ihre Glieder in dieser Unterscheidung von gebotenem Dienst am Nächsten und gebotener Verweigerung der atheistischen Bindung einzüben. Dabei werden wir im Einzelfall die Erfahrung machen, daß manche Christen schon dort eine atheistische Bindung sehen, wo sie für andere Christen noch nicht erkennbar ist. Wir werden uns hier ein verschiedenes Maß an Erkenntnis zubilligen dürfen, solange wir in dem Bekenntnis zu der uns in Christus geschenkten Freiheit von allen gottlosen Bindungen einig sind und auch bereit sind, uns durch Christus das Gewissen schärfen zu lassen.

So wie wir im Kirchenkampf vertiefte Erkenntnis von Christus als Grund unseres Glaubens und unserer Freiheit empfangen haben, so haben wir auch neu erkannt, was es um den Auftrag der Kirche ist. In der sechsten These der Barmer Theologischen Erklärung heißt es: „Der Auftrag der Kirche, in welchem ihre Freiheit gründet, besteht darin, an Christi Statt ... die Botschaft von der freien Gnade Gottes auszurichten an alles Volk.“ – An *alles* Volk! Damit wird die Reichweite des Evangeliums angesprochen. Niemand soll ausgenommen sein!

Ich darf daran erinnern, daß damals treue Christen diejenigen, die den Judenstern tragen mußten, zum Gottesdienst geleitet und so mit ihrem persönlichen Einsatz bezeugt haben, daß Gottes Gnade nicht vor Rassengrenzen halt macht. Aber, es hat – das müssen wir zu unserer Beschämung sagen – Gemeindekirchenräte gegeben, die beschlußmäßig die Taufe von Juden untersagt haben. Die Versuchung, in dieser Weise die Reichweite des Evangeliums zu beschränken, besteht heute nicht mehr, wohl aber besteht die Versuchung, daß die Kirche sich trotz aller Betonung ihrer missionarischen Sendung doch auf den Kreis ihrer Glieder zurückzieht.

Damit aber läßt man sich die Zuständigkeit der Kirche von der Welt her vorschreiben und beschränkt sich auf die nach dem Urteil der Atheisten in religiösen Vorurteilen befangenen Bürger, denen unbegreiflicherweise auch heute noch nicht das befreiende Licht des Atheismus aufgegangen ist. Aber unser Herr Jesus Christus ist kein Museumsdirektor und auch kein Chef eines Naturschutzparks für rückständige Gemüter. Er ist für alle gestorben und ist der Herr *aller* Menschen. Darum hat sich die Kirche mit ihrem Auftrag auch in unserer Gesellschaft für *alle* zuständig zu wissen. Eine Kirche, die sich auf diejenigen beschränken ließe, die noch sogenannte religiöse Bedürfnisse haben, wäre der Versuchung erlegen, ihre Sendung für die Welt zu verleugnen.

So wenig wie die Botschaft von der freien Gnade Gottes eine Begrenzung ihrer Reichweite erträgt, so wenig duldet sie eine Verkürzung ihres Inhaltes. Jesus Christus – so haben wir es im Kirchenkampf gelernt – ist Gottes Zuspruch der Vergebung *aller* unserer Sünden und mit gleichem Ernst Gottes Anspruch auf unser ganzes Leben. Davon ist nichts abzumarkieren. Ich habe nichts dagegen, wenn heute auf die Bedeutung des Engagements der Kirche im Kampf gegen die Nöte der Welt und für das Wohl der Menschen besonders hingewiesen wird. Aber ich habe alles dagegen, wenn die Bedürfnislage der Welt zum Maßstab unserer Verkündigung gemacht wird. Die Vergebung der Sünden ist kein gefragter Artikel. Aber das ändert nichts daran, daß sie die entscheidende, den Menschen rettende Hilfe Gottes ist, für deren Verkündigung es kein Moratorium geben darf. Wo das vergessen wird, da verflacht das Evangelium von Jesus Christus zum moralischen Aufruf zur Mitmenschlichkeit. Dem haben wir zu widerstehen.

Wie wir Gottes Zuspruch der Vergebung aller unserer Sünden nicht zu verflachen haben, so haben wir auch Gottes Anspruch auf unser ganzes Leben nicht zu verkürzen. Wer z.B. noch so wunderbar von der Liebe Gottes predigt, aber nicht klar sagt, daß wir um dieser Liebe willen bei der Erziehung zum Haß nicht mitmachen dürfen, der hat in Wahrheit die Liebe Gottes nicht bezeugt. Wer die Gebote Gottes nur so weit predigt, als er dabei der Zustimmung der politischen Gewalten gewiß ist, muß wissen, daß er damit auch die Botschaft von der Vergebung der Sünden verkürzt. Die Versuchung ist groß, nur den angenehmen Teil der Wahrheit zu sagen.

In diesem Zusammenhang muß ich an so manche Presseberichte über Erklärungen von Geistlichen erinnern. Viele unserer treuen Gemeindeglieder fühlen sich dadurch mit Recht beirrt, weil diese Erklärungen oft gerade durch das, was sie nicht sagen, nicht mehr wahrhaftig sind. Wer als Prediger des Evangeliums zu politischen Fragen redet, darf auch das, was weniger gern gehört wird, nicht verschweigen, damit nicht das Evangelium zum Mittel politischer Zielsetzungen wird. Jesus Christus hat seine Kirche nicht als Institut für politischen Kredit gestiftet. Das bedeutet freilich nicht, daß das Evangelium keinen Bezug zu den Fragen des öffentlichen Lebens, wie z.B. Politik, Wirtschaft, Recht usw., hätte und es dementsprechend auch keine öffentliche Verantwortung der Kirche gäbe.

Wir haben damals im Kirchenkampf bekannt, daß wir in allen Bereichen unseres Lebens der Herrschaft Jesu Christi unterstehen. Damit aber ist uns eine Beschränkung der Verantwortung auf den innerkirchlichen Bereich und eine Flucht in die private Erbauung verwehrt. Gerade unter dem Ansturm eines militanten Atheismus ist die sogenannte Innerlichkeit eine große Versuchung. Hier wird die Erbauung der Gemeinde verstanden im Sinne der inneren Erbauung des Herzens. Hier wünsche ich mich ungestört von der Welt, ihren Fragen und Forderungen, frommer Betrachtung hinzugeben. Eine Predigt, die in die Verkündigung des Evangeliums die großen öffentlichen Fragen des Rechtes, der Wirtschaft und des Friedens einbezieht, wird als störend empfunden. Der Friede des Herzens ist alles, der Friede der Welt aber eine rein politische Sache, die mit dem Evangelium im Grunde nichts zu tun hat. Das aber bedeutet die Preisgabe der öffentlichen Bereiche an ihre Eigengesetzlichkeit und die Privatisierung des Christseins. Das läuft dann auf den bekannten, auch von den Marxisten behaupteten Satz hinaus: „Religion ist Privatsache.“

Doch dieser Satz widerspricht dem Evangelium, denn Christus ist nicht Privatperson, sondern der, dem alle Gewalt gegeben ist im Himmel und auf Erden. Weil Gott in Christus die Welt mit sich selber versöhnte, ist im Auftrag, diese Versöhnung zu proklamieren, die öffentliche Verantwortung der Kirche unausweichlich begründet. Nun weiß ich wohl, daß die Kirche in der Vergangenheit dieser Verantwortung oft nicht entsprochen

hat. Sie hat z.B. angesichts der sozialen Nöte des vorigen Jahrhunderts zwar den Dienst der Liebe nicht vergessen, aber die Frage nach dem Recht nicht gestellt, und im Kirchenkampf hat selbst in der Bekennenden Kirche nur die Preußische Bekenntnissynode Breslau 1943 öffentlich Ihre Stimme gegen den Mord an den Juden erhoben.

Es könnte naheliegen, angesichts der Versäumnisse der Kirche in der Vergangenheit zu sagen: „Nun seid aber mal bescheiden und haltet euch zurück!“ Aber die im Auftrag der Evangeliumsverkündigung gründende öffentliche Verantwortung der Kirche wird auch nicht durch Versagen in Vergangenheit und Gegenwart außer Kraft gesetzt.

„Buße heißt nicht Lähmung angesichts der Schuld, sondern besserer Gehorsam gegenüber dem Auftrag“ (Artikel 1 der „Zehn Artikel über Freiheit und Dienst der Kirche“). Es darf keinen Rückzug auf den inneren kirchlichen Bereich geben. Als man sich im Kirchenkampf der Hitlerzeit Fragen der liturgischen Erneuerung zuwandte, da hat Bonhoeffer gesagt: „Nur wer für die Juden schreit, darf auch gregorianisch singen.“ Und heute müssen wir sagen: „Nur wer mit Leidenschaft für einen Frieden in der Welt eintritt, in welchem Menschenwürde und die elementarsten Menschenrechte gewahrt sind, darf sich des Herzensfriedens erfreuen, den Jesus Christus wahrhaftig auch bedeutet.“

Nun hat man gewiß in der Weltchristenheit erkannt, daß die Kirche sich im Kampf für den Frieden und das Wohl der Menschen und gegen offenbare Unrechtssituationen engagieren muß. Aber dieses Engagement darf nicht einseitig sein, so daß man dort am lautesten und klarsten redet, wo das Risiko am geringsten ist. Wir haben über unserem Einsatz für den fernen Nächsten nicht den nahen Nächsten zu vergessen. Unser Einspruch gegen den Terror in Chile wird um so glaubwürdiger sein, je ernster wir als Kirche unsere öffentliche Verantwortung im eigenen Raum wahrnehmen. In jeder Gesellschaftsordnung bleibt der Mensch ein Sünder. Darum ist es ein Irrtum zu meinen, daß die Qualität des Sozialismus die öffentliche Verantwortung der Kirche überflüssig mache.

Nun kann darüber gar kein Streit sein, daß in unserer Verfassung grundlegende Menschenrechte verankert sind. Hier ist an erster Stelle das entscheidende Recht der Glaubens- und Gewissensfreiheit zu nennen. Andererseits ist unsere Verfassung eine sozialistische Verfassung, und das bedeutet nicht nur, daß für unsere Gesellschaftsordnung die Vergesellschaftung der Produktionsmittel grundlegend ist, sondern weit darüber hinaus, daß unsere Gesellschaft durch den Marxismus-Leninismus geprägt ist unter der Zielsetzung, alle Bürger zu sozialistischen Persönlichkeiten heranzubilden. Damit ist aber notwendig eine Spannung zwischen dieser Zielsetzung und grundlegenden Menschenrechten wie der Religionsfreiheit, der Glaubens- und Gewissensfreiheit, Meinungsfreiheit und Gleichberechtigung gegeben.

Diese Spannung läßt sich auch nicht dadurch auflösen, daß diese Menschenrechte an das Maß der Leistung für den Sozialismus gebunden und also nachträglich auf Grund erfüllter Bedingungen den Bürgern zugesprochen werden, denn dadurch werden Menschenwürde und die damit verbundenen Freiheiten und Grundrechte in ihrem Wesen verkannt. Sie sind das, was sie sind, nur dann, wenn sie als den Menschen vorgegeben anerkannt und nicht unter das Soll einer bestimmten Gesinnung gestellt werden. Dieses Vorgegebensein ist in Gottes Schöpfung und Erlösung begründet. Die Anerkennung dieses Vorgegebenseins ist ein unbewältigtes Problem in unserer Gesellschaft.

Dieses Problem stellt sich heute in besonderer Schärfe auf dem Bildungs- und Erziehungssektor. Die Nöte, die christliche Eltern und Kinder hier haben, sind allgemein bekannt und auf allen Synoden der evangelischen Landeskirchen wie auch auf der Bundessynode so offen zur Sprache gekommen, daß ich jetzt nicht einzeln darauf einzugehen brauche. Es soll auch anerkannt werden, daß einige besonders schwere Fälle der Benachteiligung christlicher Kinder bereinigt werden konnten. Aber ich kann meine tiefe Enttäuschung nicht verbergen, daß trotz aller Bemühungen der Kirche Eltern und Kindern zu helfen, bisher ein grundlegender Wandel noch nicht eingetreten ist. Noch immer müssen wir es erleben, daß z.B. Eltern gesagt wird: Ihr Kind soll auf die erweiterte Oberschule kommen, aber es besucht den Konfirmandenunterricht. Sie müssen sich entscheiden.

So gewiß jedem einzelnen Fall nachzugehen ist, müssen wir doch erkennen, daß es nicht nur um einzelne Fälle geht, sondern hinter allen diesen Nöten steht der Widerspruch zwischen dem Erziehungsziel, sich den dialektischen Materialismus anzueignen, und dem

christlichen Glauben, der sich eine atheistische Weltanschauung nicht zu eigen machen kann. Jeder Versuch, diesen Widerspruch durch Verletzung der Gewissen aufzulösen, macht die Atmosphäre unerträglich. Dieser Widerspruch kann nur so getragen werden, daß das Toleranzprinzip grundlegend zur Geltung kommt. Echte Toleranz bedeutet prinzipiellen Verzicht darauf, das weltanschauliche Erziehungsziel mit administrativen Mitteln, mit Druck oder irgendwelchen Formen der Benachteiligung erreichen zu wollen. Echte Toleranz bedeutet die unbedingte Respektierung der Gewissen. Die damit gegebene Spannung zwischen dem weltanschaulichen Erziehungsziel und dem Toleranzprinzip muß ausgehalten werden. Das ist die Zumutung, die die christliche Gemeinde unserer Gesellschaft stellt. Darum müssen wir die Erwartung aussprechen, daß auch in dem neuen Jugendgesetz die Glaubens- und Gewissensfreiheit eine feste Verankerung findet.

Nun weiß ich natürlich, daß, wenn das Toleranzprinzip mit aller Klarheit angesprochen wird, die Sorge auftaucht, es würde damit eine Liberalisierung gefordert, die eine Erweichung fester Standpunkte und Überzeugungen mit sich bringt. Ich meine aber, man muß zwischen echter Toleranz und einer Liberalisierung, die zur Unverbindlichkeit führt, unterscheiden. Ich habe Verständnis für die Sorge vor einer alles ins Unverbindliche auflösenden Liberalisierung, und an einer solchen Liberalisierung liegt mir auch nichts. Aber ich muß darauf bestehen, daß die Glaubens- und Gewissensfreiheit als Grundrecht grundsätzlich als vorgegeben anerkannt wird und die damit gegebene Spannung zwischen weltanschaulichen Zielen einerseits und dem Toleranzprinzip andererseits getragen wird.

Man sage nicht, das sei unmöglich. Im Atomzeitalter ist der Weltfriede zu einer ehernen Notwendigkeit geworden, wenn die Menschheit überleben will. Das erfordert zwingend die friedliche Koexistenz. Und das um so mehr, als auch die das Leben der Menschheit bedrohenden Gefahren der Umweltvergiftung nur in weltweiter Zusammenarbeit gelöst werden können. In diesem Zusammenhang möchte ich aus der Rede Breschnews, die er am 26. Oktober auf dem Weltkongreß der Friedenskräfte in Moskau gehalten hat, ein Wort zitieren: „Die langen Jahre des kalten Krieges haben ihre Spuren im Bewußtsein der Menschen, und zwar nicht nur der Berufspolitiker hinterlassen. Es sind dies Vorurteile, Argwohn, ungenügende Kenntnis der wirklichen Standpunkte und Möglichkeiten der anderen, ja mangelnder Wille, diese kennen zu lernen. Und die Umstellung ist gewiß nicht leicht. Man muß lernen, zusammenzuarbeiten.“ Man sollte diesen Worten Breschnews Bedeutung schenken.

Friedliche Koexistenz ist unteilbar, das heißt, sie bedeutet nicht nur die Koexistenz von Machtblöcken und Völkern, sondern grundsätzlich auch immer die Koexistenz von Menschen, wie sie in den elementaren Menschenrechten ihren Ausdruck findet. Unser Staat ist als Mitglied der Vereinten Nationen in die Verantwortung für eine Durchsetzung der Menschenrechte in allen Kontinenten eingetreten und hat auch die Konvention gegen die Diskriminierung im Bildungswesen angenommen. Mit dem allen wachsen unserer Gesellschaft Hilfen und moralische Argumente zu, sich echter Toleranz zu öffnen. Die christliche Gemeinde sollte in jeder Weise dazu Mut machen und eine umfassende Strategie der Toleranz entfalten.

Wenn ich wiederholt von der christlichen Gemeinde gesprochen habe, dann habe ich dabei nicht in erster Linie an uns Pastoren, sondern an unsere Laien gedacht. Was wären wir denn damals im Kirchenkampf ohne unsere Laien gewesen? Als angesichts der die Kirche verwüstenden Irrlehren nicht nur Pastoren protestierten, sondern die Gemeinden aufstanden, wurde die Bekennende Kirche Ereignis. Als uns das Führerprinzip und der Glaube an Blut und Boden zugemutet wurde, haben wir das rechte Verhältnis von Amt und Gemeinde neu verstehen gelernt und bekannten die Kirche als die Gemeinde von Brüdern.

Was wir damals gelernt haben, hat heute für die Kirche als Zeugnis- und Dienstgemeinschaft seine besondere Bedeutung. In einer Zeit, in der alle, die der Kirche hauptamtlich dienen, zunehmend in das gesellschaftliche Abseits geraten, gewinnt der Zeugendienst unserer Laien immer mehr an Gewicht, denn sie sind an Orten unserer Gesellschaft präsent, die den Amtsträgern weithin unerreichbar geworden sind. Das aber bedeutet, daß die öffentliche Verkündigung heute nicht ohne Rückkoppelung zu den Erfahrungen unserer Laien geschehen kann und daß wiederum unsere Laien der Zurüstung durch ihre Pastoren für ihren Zeugendienst bedürfen. Solche Zurüstung sollte in bruderschaftlichen Kreisen ge-

schehen, in denen alle Beteiligten zugleich Gebende und Nehmende sind und gegenseitig die so notwendige Stärkung im Glauben empfangen.

Was haben wir im Kirchenkampf gelernt? Lassen Sie mich am Schluß noch das eine sagen: Wir haben gelernt, daß zuletzt doch alles auf den Glauben ankommt, der den Zusage unseres Gottes traut und sich von den Prognosen seiner Umwelt nicht imponieren läßt. Wir waren in der Bekennenden Kirche im Kirchenkampf gewiß keine Heldengarde, wir waren eine kleine, zusammengeschmolzene Schar, aber wir waren kein verlorener Haufe. Gott hat uns durchgetragen. Gott hat die vermessen proklamierten Tausend Jahre des Dritten Reiches auf 12 Jahre zusammengequetscht, das sollten wir nicht vergessen. Es sind niemals die von außen die Kirche treffenden Bedrängnisse die schlimmste Gefahr, viel gefährlicher sind die inneren Anfechtungen, die uns zur Resignation verleiten wollen, jener Sünde des Unglaubens, der nichts mehr zu hoffen wagt. Aber wir haben keine Veranlassung, der Resignation zu verfallen, denn Christus hält den Posten des Erlösers fest besetzt und denkt nicht daran, ihn zu räumen. Wir brauchen uns nicht in der Sorge um unser und unserer Kinder Fortkommen und Zukunft zu verzehren, denn wir stehen mit unseren Kindern in Gottes Hand: ... der wird auch Wege finden, da dein Fuß gehen kann ...

Der Segen Gottes in unserem und unserer Kinder Leben ist mehr wert als die größte Karriere in unserer Gesellschaft. Wir brauchen nicht der das Mark des Charakters zerfressenden Angst zu unterliegen, die wie eine Seuche umgeht, denn der Terrorbrecher Christus ist bei uns. Das haben wir aus dem Kirchenkampf gelernt!

Eine andersartige Besinnung über den Standort der Kirche in der DDR bringt ein Vortrag, den Bischof Dr. Werner Krusche vor der Synode seiner Landeskirche hielt. Er kann seines Umfangs wegen hier nur in einigen charakteristischen Auszügen geboten werden.

DIE GEMEINDE JESU CHRISTI AUF DEM WEGE IN DIE DIASPORA

Vortrag von Bischof Dr. Werner Krusche

*vor der Synode der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen in Halle
am 17. November 1973*

(Auszüge)

II. Die Eigenart unserer Diaspora-Situation

2. Es ist wichtig, daß wir *versuchen, die Diaspora-Situation, in die wir immer stärker hineinkommen, möglichst genau in den Blick zu bekommen*. Wenn wir von einer Kirche in der Diaspora sprechen, haben wir zumeist nur die ganz allgemeine Vorstellung von einer Kirche in einer Umgebung, in der sie als eine Minderheit und ohne Privilegien leben muß und in der ihre Tätigkeit nicht als wichtig für die Allgemeinheit angesehen wird. Aber damit ist ja noch nicht sehr viel gesagt. Zu klareren Erkenntnissen kommen wir, wenn wir uns auf zwei Fragestellungen einlassen:

1. Wie verhält sich die gesellschaftliche Umwelt zu der in ihrer Mitte als Minderheit existierenden Kirche?

2. Wie ist die Minderheit-Situation entstanden? Dabei kann der Vergleich mit anders gear teten Diaspora-Situationen den Blick schärfen.

2.1. Wenn wir uns der ersten Frage zuwenden, so ist zu sagen: Mit „Diaspora“ ist bei uns die Existenz der Kirche in einem gesellschaftlichen Raum gemeint, in dem eine andere Weltanschauung gefördert wird und sich als einzige durchsetzen soll.

2.1.1. Das uns (vom Gustav-Adolf-Werk her) geläufige „innerchristliche“ Verständnis von Diaspora, das die Existenz einer Minderheitskirche in einer durch eine andere christliche Konfession bestimmten Umwelt meint, hat also einen ganz anderen Sachverhalt vor Augen. Diese *konfessionelle Diaspora* mit ihrer charakteristischen Fixierung auf die andere Kirche

hat ihre eigenen, hier nicht zu erörternden Probleme. Wir haben es jetzt mit einer Diaspora zu tun, in der wir uns mit den anderen Konfessionskirchen zusammen befinden.

2.1.2. Die Diaspora, in der wir leben, ist aber auch nicht einfach eine *säkulare Diaspora*. Die durch den Säkularisierungsprozeß verursachte und bestimmte Diaspora-Situation, in der die Kirche ihre gesellschaftliche Geborgenheit und die selbstverständliche Anerkennung ihrer moralischen Autorität eingebüßt hat und in der ihr ihre Vorzugsrechte beschnitten oder jedenfalls bestritten werden, haben wir mit den Kirchen in den weltanschaulich pluralistischen Gesellschaften gemeinsam. Die sich aus dem Säkularisierungsvorgang ergebenden Diaspora-Probleme stellen sich uns ähnlich.

2.1.3. Zu den Kennzeichen der säkularen Diaspora kommt in unserer Situation als entscheidendes Charakteristikum die beherrschende Rolle einer bestimmten Weltanschauung hinzu. Wir haben es mit einer *ideologischen Diaspora* zu tun. Wir leben in einer Gesellschaft, die nach den Grundsätzen des Marxismus-Leninismus gestaltet wird. Er versteht sich selbst als eine „humanistische“, das Wohl der Menschen intendierende und das Handeln dafür aktivierende und normierende Weltanschauung. Es ist unverkennbar, daß in unserer Gesellschaft auf vielfache Weise das Leben der Menschen geschützt und gefördert wird, nicht ganz selten unter beachtlichem persönlichem Einsatz von solchen, die es sich etwas kosten lassen.

Wir möchten uns freihalten von dem Ressentimentkomplex, der sich bei Minderheiten so leicht einstellt und es nicht mehr zuläßt, das den Menschen dienende Bemühen in unserer Gesellschaft wahrzunehmen und anzuerkennen. Das ändert indessen nichts daran, daß unsere Kirche als Minderheit besonders stark den Totalanspruch der ideologischen Einheitsgesellschaft empfindet. Die von den Vertretern des Marxismus erklärte Unmöglichkeit einer ideologischen Koexistenz meint nicht nur die – auch in der Bibel ausgesprochene – Unmöglichkeit, daß einundderselbe Mensch zwei Herren dienen, also zwei gegensätzliche Totalbestimmungen seines Lebens anerkennen kann, sondern gemeint ist damit, daß in unserer Gesellschaft die wissenschaftliche Weltanschauung des Marxismus-Leninismus und der in vor- (oder un-) wissenschaftlichen Vorstellungen begründete christliche Glaube nicht als gleichberechtigte Größen nebeneinander existieren können. Der Kirche wird ein begrenztes Betätigungsfeld zugestanden (Pflege des religiösen Lebens ihrer Mitglieder, Diakonie als gemeinnützige Betätigung über den Bereich ihrer Mitglieder hinaus). Aber dieser Betätigungsraum darf nicht ausgeweitet oder überschritten werden. Die Tendenz ist vielmehr die, ihn handbreitweise einzuengen (um nur eines zu nennen: In den großen Neubau-Gebieten bekommt die Kirche keinen Raum, so daß sich ihre Arbeit hier nicht entfalten kann). Es wird mit einer längeren Lebensdauer der Kirche gerechnet („Zählebarkeit“), der Prozeß des allmählichen Absterbens aber für unaufhaltsam gehalten und durch vorsichtige administrative Maßnahmen, eine dosierte permanente antireligiöse Beeinflussung, schwer eindeutig nachweisbare Benachteiligungen von Christen und die Erzeugung eines latenten leichten Druckes wirksam unterstützt, wobei man sich bemüht, die „religiösen Gefühle“ der Christen nicht bewußt zu verletzen. Die Diaspora-Situation ist bei uns nicht die einer verfolgten oder gewaltsam bekämpften, wohl aber die einer in ihren Bewegungsmöglichkeiten eingeschränkten Kirche; nicht nur die einer „Kirche ohne Privilegien“, sondern einer Erschwernisse ausgesetzten und in manchem unterprivilegierten Kirche, zu der ein bewußter Staatsbürger eigentlich nicht gehören sollte. In dieser Diaspora-Situation sehen sich die Glieder der Kirche dauernd der heimlichen Erwartung ausgesetzt, ihren Glauben aufzugeben oder ihn jedenfalls für sich zu behalten und es zu unterlassen, andere dafür gewinnen zu wollen.

2.2 Zu weiteren Klärungen unserer spezifischen Diaspora-Situation kommen wir, wenn wir uns der zweiten Frage, der nach der Entstehung der Minderheitssituation, zuwenden: Es ist die *Situation einer Kirche*, die jahrhundertlang als Volkskirche und also als Kirche der weit überwiegenden Mehrheit existiert hat, die *also zur Minderheit erst geworden ist*. Hier liegt der *entscheidende Unterschied zur Diaspora-Situation der jungen Kirchen in der Dritten Welt und der Freikirchen bei uns*.

2.2.1. Die jungen Kirchen sind seit je Minderheitskirchen, und zwar solche, die zahlenmäßig wachsen. Es kommt hier also nicht zu inneren Lähmungserscheinungen angesichts kleiner werdender Zahlen, wie sie für unsere Situation typisch sind. Außerdem: Die nicht zur Kirche gehörende Mehrheit ist ohne eigene Erfahrungen in und mit der Kirche. Hier gibt es also weder Negativ-Erlebnisse noch eingeprägte Vorstellungen und vorgeprägte Ein-

stellungen, während in unserer Situation bei denjenigen, die nicht zur Kirche gehören, bestimmte Ansichten und Urteile über die Kirche bereits wirksam sind.

2.2.2. Wir sind zur Kirche einer Minderheit geworden durch Verluste, während die Freikirchen bei uns immer schon Minderheitskirchen waren. Ihre Existenz als Minderheit kann darum frei von Komplexen der Minderwertigkeit sein; hier ist eher das elitäre Bewußtsein einer erwählten Schar möglich. Die Tatsache, daß wir zu einer Minderheitskirche durch schmerzhaft und verletzende Maßnahmen und Aktionen der das Leben der Gesellschaft beherrschenden Kräfte geworden sind, erzeugt unterschwellig Voreingenommenheiten, Distanzgefühle, Abwehrhaltungen, Empfindlichkeiten gegenüber denen, die uns in diese Situation gebracht haben.

2.2.3. Wir sind zur Minderheitskirche geworden, ohne mit unserer Geschichte brechen zu können und zu wollen. Wir müssen als Kirche einer Minderheit mit der Wirkungsgeschichte der Volkskirche mit ihrem Segen und ihrer Last fertig werden und können nicht aus ihr ausscheren. Hier erwächst uns eine Aufgabe, die den Freikirchen nicht gestellt ist und von der wir noch nicht wissen, wie wir sie lösen sollen. Während die Freikirchen bei uns seit je Größenangepaßt – nach ihren finanziellen und personellen Möglichkeiten – zu arbeiten gewöhnt sind, haben wir all das, was in ganz anderen Verhältnissen entstanden ist und für ganz andere Verhältnisse gedacht war – nämlich für die Verhältnisse einer Volkskirche mit ihren großen Zahlen und ihren breiten Möglichkeiten – in die Minderheitssituation mitgenommen oder mitnehmen müssen: Die zu vielen und zu großen Kirchen, ein breit angelegtes Betätigungsfeld auf theologischem, pädagogischem, diakonischem und kulturellem Gebiet, eine entsprechend ausgebauten Verwaltung, Organisation und Repräsentation (Titel!) mit einer Vielzahl von Rechtsverbindlichkeiten und natürlich auch die von der Volkskirche geweckten Bedürfnisse (Amtshandlungen!).

2.2.4. Wir sind in diese Minderheitssituation nicht auf Grund geistlicher Einsichten und aus freiem Antrieb eingewandert, sondern durch den Druck der Verhältnisse in sie hineingedrängt worden. Es ist darum kein Wunder, daß wir die neue Situation noch immer nicht wirklich innerlich angenommen, geschweige denn geistlich verarbeitet haben und daß wir uns nur schwer aus volksskirchlichen Vorstellungen und Verhaltensweisen herauslösen können.

2.3. In den geschichtlichen Entwicklungen dürfen wir trotz der Schuld und des Versagens der Kirche, die dabei mitgewirkt haben, die Führung des Herren erkennen und annehmen. Die Situationsanalyse ergibt: unsere Situation ist nicht die der Urgemeinde und wiederholt diese nicht. Wohl aber zeigt uns das Neue Testament: die Gemeinde muß in der Diaspora nicht umkommen. Freilich: Diaspora ist für die Gemeinde äußerste Anfechtung, Bedrängnis und Beängstigung, das Gefühl schutzlosen Ausgeliefertseins greift Platz (Matth. 9,36). Es ist die Situation, in der diese Frage „Wollt ihr auch weggehen“? (Joh. 6,67) sich nicht mehr abweisen läßt. Das die Diasporasituation der Gemeinde wie kein anderes aufschlüsselnde Wort sagt Jesus in seiner Passion: „Ihr werdet alle zu Fall kommen; denn es steht geschrieben: Ich werde den Hirten schlagen und die Schafe werden sich zerstreuen. Aber nach meiner Auferweckung werde ich euch vorangehen nach Galiläa“ (Mark. 14,27f.). Diaspora: die aus der nackten Angst vor dem Kreuz auseinander stiebende, verstreute, sich verkielende, im Dunkel der Zukunftslosigkeit untertauchende Jüngerschar. Aber: in dieser Dunkelheit die Verheißung des Auferstandenen, daß er seiner verängstigten Jüngerschar vorangehen werde nach Galiläa, also an den Ort ihres gelebten Lebens, dorthin, wo sich ihr Alltag abspielt, in die Welt der empirischen Tatbestände. Die Verheißung des vorangehenden Herren ist das Licht, das diese Diaspora lebbar, begreifbar, voller sinnvoller Möglichkeiten macht – aller „Sprache der Tatsachen“ zum Trotz. Diaspora wird unter dieser Verheißung und der neuen Sendung durch den Auferstandenen nicht zum Ghetto, in dem sich die Gemeinde abschließt und absichert, um bis zum Kommen des Herrn abgekapselt und „verpuppt“ sich durchzuhalten.

Wir dürfen in aller Ängstigung *Diaspora als eine sinnvolle Situation* ansehen, die ihre eigenen Chancen hat. Nur aus dieser Sicht des Glaubens, die uns die *Verheißung* eröffnet und die aus keiner Situationsanalyse zu gewinnen, vielmehr aller Empirie entgegen ist, werden wir die Situation richtig verstehen. So können wir unter der Anleitung des Neuen Testaments und darin unter der Leitung des lebendigen, uns vorangehenden Herren in die neue Diaspora hineingehen.

Wenn wir unter dem Hoffnungslicht der Verheißung die *positiven Möglichkeiten unserer Diaspora* ein wenig in den Blick zu bekommen versuchen, so werden wir vielleicht folgendes sagen dürfen:

2.3.1. Eine in eine säkulare Umwelt hineinverstreute Christengemeinde muß sich neu die Frage nach dem für sie Wesentlichen stellen, nach dem, was außer ihr niemand sonst hat und um dessentwillen sie also schlechterdings notwendig und unersetzbar ist. Dabei stößt sie auf das Evangelium als auf das völlig singuläre Angebot eines neuen, befreiten Lebens durch und mit Christus. Die Diasporasituation eröffnet uns die chancenreiche *Konzentration auf das Entscheidende*, das wirklich Notwendige und Not Wendende. Das Leben der Gemeinde in der Diaspora könnte damit an *Intensität* und vielleicht auch an *Qualität* gewinnen. Die Gemeinde hat die Chance, von einer fraglos hingenommenen wieder zu einer frag-würdigen und befragten Größe in ihrer gesellschaftlichen Umwelt zu werden.

2.3.2. Die Gemeinde in der Diaspora darf damit rechnen, aus ihrer volkskirchlichen Kontenlosigkeit herauszukommen und wieder ein *klares Profil* zu bekommen. Sie könnte wieder als eine *Größe eigener Art* erkannt werden, als die Stadt auf dem Berge (Matth. 5,14). Ihre *Fremdlingschaft* (1. Petr. 2,11; Hebr. 11,13; 13,14; Phil. 3,20; Joh. 17,14; 15, 19) als Gefolgschaft des wehrlos Liebenden und sich für die Welt Aufopfernden könnte wieder wahrnehmbar werden.

2.3.3. Die unprivilegierte Diasporakirche ist eine Kirche ohne Macht (Matth. 10,16). Sie ist weder beteiligt an der Ausübung der Macht, noch hat sie Einfluß darauf. Diese *Machtlosigkeit* bekommt die Chance, daß die Kirche dadurch andere Minderheiten besser verstehen lernt und von der Versuchung frei wird, Überzeugungen durch Druck auf die Gewissen erzwingen zu wollen und frei dazu, allein auf Gottes mächtige Treue und auf die der kleinen Schar gegebenen Verheißungen zu trauen (Luk. 2,32; Matth. 18,20).

2.3.4. Die Glieder der Diasporakirche müssen als einzelne Christen leben können, aber sie können darum gerade nicht als vereinzelte Christen leben wollen. Das *Verlangen nach Gemeinschaft* wird wachsen. Die *Versammlung*, das Zusammenkommen, wird von den in die Welt hineinverstreuten zunehmend *als lebensnotwendig* erkannt werden. Man braucht einander zur Tröstung mit dem Evangelium, zur Fürbitte, zum Danken, zum Erfahrungsaustausch, zur Beratung, zur Hilfe, zum Mitfreuen.

2.3.5. Die *Gefahren der Diaspora*: daß der Gedanke der Selbsterhaltung beherrschend wird und die Gemeinde sich abschirmt vor allem, was ihren Bestand und ihre Identität gefährden könnte, so daß sie zwar an Geschlossenheit und Zusammenhalt gewinnt, aber ihren Weltbezug verliert und anziehend ist nur noch für Weltemigranten und Enghorizonte.

Diese Selbstabschließung vor der Gefährdung durch die Welt kann nur der lebendige Herr selbst immer wieder aufbrechen, indem er zu uns kommt, uns die Furcht nimmt und uns aufbrechen heißt (Joh. 20,19–23).

IV. Diasporakirche – lernbereite Kirche Lernbereit in der Weitergabe des Evangeliums

Die Kirche auf dem Wege in die Diaspora wird nach all dem bisher Gesagten eine *lernbereite Kirche* sein müssen, eine Gemeinschaft von „Jüngern“, von Lernenden und Nachfolgenden. Von den Lebensbereichen, in denen sich ihre Lernbereitschaft wird bewähren müssen, sollen nur drei herausgegriffen und daraufhin befragt werden, was die Kirche hier wird neu zu lernen haben.

1. Lernfeld: die Weitergabe des Evangeliums (IV). 2. Lernfeld: die Lebensgestaltung der Gemeinde (V). 3. Lernfeld: die Mitarbeit in der Gesellschaft (VI).

4.1. Auch in der Diaspora bleibt uneingeschränkt der *Auftrag, das Evangelium von der Menschenliebe Gottes*, die uns in dem gekreuzigten und auferweckten Jesus begegnet und sucht, *weiterzutragen*. Es sollen so viele Menschen wie möglich mit Jesus bekannt werden und in Kontakt mit ihm kommen, der zu einem Leben befreit, das sich lohnt und das uns bleibt (Joh. 10, 11). *Diesen Auftrag haben wir alle miteinander*, die wir Glieder der Gemeinde sind (1. Petr. 1,9), wenn auch in unterschiedlicher Weise und in vielfältigen Vollzugsformen.

4.1.1. In einer Diasporasituation wie der unseren wird man sich immer weniger auf das

berufen können, was die Kirche glaubt oder der Pfarrer sagt, sondern es werden *Menschen gebraucht, die in der Lage sind, das Evangelium selbständig zu verantworten*, eigene Antworten des Glaubens zu geben, ohne dafür eine kirchliche Approbation zu haben. Jede selbständig gegebene Antwort des Glaubens ist mehr wert als eine nur angelernte und übernommene, auch wenn sie dogmatisch nicht völlig korrekt ist. Alle Arbeit in der Gemeinde, die dazu dient, daß Menschen fähig und bereit werden zu solchen eigenen Antworten und Lebensbekundungen ihres Glaubens an das Evangelium, ist richtig und hat Vorrang. Zu existentiellen Einsichten und Erkenntnissen und zur Willigkeit, von dem Erkannten auch Gebrauch zu machen, wird es am ehesten da kommen, wo es das freie Gespräch mit der Bibel gibt, an dem jeder teilnehmen kann, der Freude daran hat und zu dem jeder etwas beizutragen hat. Die vom biblischen Text ausgehende und von ihm her Lebenssituationen beleuchtende Methode des Gesprächs, wie sie in der Bibelwoche geübt wird, und die von einer Lebenssituation ausgehende und für sie nach biblischen Antworten suchende Methode, wie sie in den Gemeindegemeinschaften angewandt wird, sind grundsätzlich gleichwertig, weil sie jeweils für einen anderen Teilnehmerkreis gedacht sind. Wo man dabei ist, selbständig mit der Bibel umgehen zu lernen, wird diasporagerecht gearbeitet. Hier liegt derart viel an wesentlichen Entdeckungen bereit, daß wir keinerlei Angst vor Langeweile und Belanglosigkeit zu haben brauchen.

V. Diaspora-Kirche – lernbereite Kirche *Lernbereit in der Lebensgestaltung der Gemeinde*

5.1. Die Situationen, in denen die Gemeinden in der Diaspora leben werden, werden denkbar unterschiedlich sein. Eine Kirchenleitung, die den Weg in die Diaspora verantwortlich bedenkt, muß sich darum bemühen, die organisatorischen und strukturellen Möglichkeiten für diaspora-gerechtes Arbeiten bereitzustellen, nämlich Formen, die ein selbständiges Eingehen auf die jeweilige Situation ermöglichen, ohne daß dabei der Zusammenhalt in der Gesamtkirche verlorengeht. Die Kirchenleitung hat in Anbetracht der Diaspora, auf die wir zugehen, die Arbeitshypothese entwickelt, daß der Kirchenkreis immer mehr die grundlegende Planungs-, Arbeits- und Wirtschaftseinheit wird werden müssen. Sie hat daraus die bekannten Konsequenzen für die räumliche Größe, die Leitungsstruktur und das Finanzgebaren des Kirchenkreises gezogen. Ob diese Konzeption klar genug die künftige Diaspora mit ihren beschränkten Möglichkeiten und ihren wirklichen Erfordernissen im Blick gehabt hat oder ob sie nicht noch zu stark von volkskirchlichen oder auch illusionären Vorstellungen bestimmt ist, wird man durchaus fragen dürfen. Daß es überflüssig oder gar schädlich gewesen sei, eine solche Konzeption zu entwickeln, weil damit Unruhe in die Kirchenprovinz gekommen sei, würde ich indessen bestreiten. Hier waren Überlegungen und Entscheidungen fällig. Als Faustregel haben wir dabei erkannt: wir müssen ein paar wenige Konstanten haben und elastisch sein in Abwandlungsmöglichkeiten. Wir leben eben nicht gleichzeitig in derselben Zeit; hundert Faktoren hindern uns, in unserer Kirchenprovinz überall gleichmäßig anzufangen. Das richtige Verhältnis zwischen elastischem Eingehen auf die Situation und bewußtem Zusammengehen in der ganzen Kirchenprovinz finden zu lernen, wird uns einiges an innerer Mühe abverlangen. Und noch eins werden wir uns klarmachen müssen: wenn wir im Lernprozeß weiterkommen wollen, müssen wir Fehler riskieren können. Wer keine Fehler machen will, lernt nichts hinzu. Und natürlich müssen wir auch Fehler zugeben und korrigieren können.

5.2. Die Rede vom Kirchenkreis als der künftigen Planungs-, Arbeits- und Wirtschaftseinheit in unserer Kirchenprovinz hat die Frage provoziert, ob in Zukunft also nicht mehr die Gemeinde als die lebendige Grundeinheit in unserer Kirche anzusehen sei, ob also künftighin der Kirchenkreis die Gemeinde sein solle, und ob sich darin nicht eine Verachtung der Gemeinde ausspreche.

In solchen Fragen wird „die Gemeinde“ ganz selbstverständlich und in der Regel sicher völlig unbewußt mit der überkommenen Ortsgemeinde gleichgesetzt. Wir sind es ganz einfach gewöhnt, so zu denken. Hier werden wir uns den Blick für eine *mögliche Vielgestaltigkeit der Gemeinde* und für die *Möglichkeit verschiedener Organisationsebenen* öffnen lassen müssen.

5.2.1. Gemeinde wird, soweit wir sehen können, auch künftig in der Gestalt der Orts-
 gemeinde existieren. Gemeinde sind aber ebenso die Christen, die vereinzelt in vielen Ort-
 schaften wohnen und über viele Kilometer zu Gottesdiensten und Gemeindeversammlun-
 gen zusammenkommen. Diese Verhältnisse haben wir noch nicht, müssen aber mit ihnen
 rechnen. Darum die Bemühungen um Horzontenerweiterung im Rahmen der regionalen Ar-
 beit. Freikirchen und Sekten sind diese Organisations- und die dadurch bedingten Arbeits-
 formen seit langem vertraut. Allerdings ist auch hier noch der geographische Gesichtspunkt
 der hauptsächlichste Organisationsfaktor. Sind nun aber nicht auch die Freundeskreise oder
 „Interessengruppen“, die sich in den Häusern treffen, gemeinsam auf Rüstzeiten fahren,
 einander unterstützen, in ihren Gruppen Gottesdienste und Abendmahlsfeiern halten, Ge-
 meinden? Ist das, was sie an Gemeinschaft unter dem Evangelium praktizieren, was sie mit-
 einander gestalten, bedenken, erleben und bezahlen, nicht auch „Gemeindearbeit“? Wird es
 möglich sein, für diese Gruppen innerhalb der Gesamtkirche eine Rechtsform zu finden?
 Oder müssen sie weiterhin als Glieder einer Ortsgemeinde organisiert und ihr rechtlich ein-
 geordnet sein, ohne daß diese Ortsgemeinde wirklich „ihre Gemeinde“ und der Ortspfar-
 rer „ihr Pfarrer“ wäre?

Wir werden auf dem Weg in die Diaspora jedenfalls wohl für eine Vielfalt von Gemeinde-
 formen offen sein und nach einem rechtlichen und organisatorischen Rahmen suchen müs-
 sen, der diese Vielfalt zusammenhält.

...

VI. Diaspora-Kirche – lernbereite Kirche Lernbereit zur Mitarbeit in der Gesellschaft

6.1. Diasporakirchen werden immer zwei *Versuchungen* ausgesetzt sein, die sich sozial-psy-
 chologisch aus der Tatsache erklären lassen, daß sie Minderheit in einer Umwelt sind, die
 sie ablehnt. Entweder neigen Diasporakirchen dazu, ihre *gesellschaftliche Umwelt als tota-
 le Bedrohung* zu sehen. Dann reagiert ein sozialer Gruppenreflex mit einer Abschirmung
 gegen die Umwelt. Die Abschirmung nach außen führt zu einer Gruppenstabilisierung nach
 innen, die sich zu Ressentimenteinstellungen verdichten kann: man wird schon böse, wenn
 Angehörige der Diasporakirche die Umwelt positiv sehen. Diese Haltung bekommt eine
 Nähe zu den apokalyptischen Gemeinden in Daniel 7, denen die Welt des Staates als Tier
 aus dem Abgrund erscheint. – Im Gegenzug gegen diese Haltung einer Diasporagemeinde
 entsteht eine *umgekehrte Tendenz, die sich den Erwartungen der Gesellschaft öffnet und
 sich ihr an- und einpaßt*. Dieser umgekehrten Haltung wird jede kritische Frage im Blick
 auf die Umweltgesellschaft bereits verdächtig und ärgerlich. Sie übernimmt das Selbstver-
 ständnis ihrer Umwelt vollständig und nimmt bereitwillig den Platz ein, der ihr von dort
 angewiesen wird. Das kann unter Umständen unter Stichworten des „Dienens“ geschehen
 („dienende“ – servile Kirche).

Beide Haltungen haben ihre Vorläufer in der Geschichte der jüdischen Diaspora: das
 Ghettojudentum, dessen orthodoxe Mitte sich um den Talmud schart, und das Emanzi-
 pationsjudentum, das sich in der Umwelt auflöst. Aber der *christlichen Gemeinde ist eine
 andere Einstellung möglich*: sie kann aus dem Hören der Botschaft ihres Herrn, der sie
 auch in der Diaspora am Leben erhält, ihre *Umwelt in einem Hoffnungslicht* sehen, das
 mehr Sinn sichtbar macht, als die Konturen der nackten Erfahrung es uns spüren lassen.
 Angeleitet durch das Licht dieser Botschaft, wird auch eine *klein gewordene Diasporakir-
 che*, die sich zu ihrem Herrn als dem Licht der Welt bekennt, *an den gesellschaftlichen Vor-
 gängen ihrer Umwelt teilnehmen*, politische und soziale Fragen vor dem Herrn, dem sie ver-
 antwortlich ist, mit bedenken und sich nicht in der Kündigung aller gesellschaftlichen So-
 lidarität einfach aus allem heraushalten können und wollen („das geht mich nichts an“,
 „das betrifft mich nicht“).

6.2. In unserer spezifischen Diasporasituation haben die Kirchen die *Möglichkeit, sozial-
 diakonische Aufgaben wahrzunehmen*: Altenpflege, Arbeit an Kranken, Leistungsge-
 minderten, Schwachsinnigen. Wir haben keinerlei Grund, uns darüber zu beklagen, daß
 man uns nur an diesen Schwachstellen der Gesellschaft arbeiten läßt, an denen kein Ein-
 druck zu machen ist, wir haben vielmehr allen Anlaß, uns diesen Aufgaben mit der Auf-
 merksamkeit und Sachkundigkeit der Liebe zuzuwenden. Die diakonische Arbeit der

Kirche an denen, die keine aufweisbaren Leistungen erbringen können, ist eine *spezial anschauliche Kommentierung der Rechtfertigungsbotschaft für alle Menschen*. Was zur Entlastung der Leistungsgesellschaft der kirchlichen Diakonie an Arbeitsmöglichkeiten eingeräumt wird, nimmt diese auf als ein sprechendes Zeichen für alle Menschen in der durch Leistung bestimmten Gesellschaft, das ihnen im Namen Jesu predigt: der Mensch ist mehr als seine Arbeitsleistung. Er hat seinen Wert und seine Würde andersher. Er ist geliebt. Es ist auf alle Fälle gut für eine Gesellschaft, wenn ihr dies vorgelebt wird.

6.3.1. Im übrigen gehört es zu den Erfahrungen unserer spezifischen Diasporasituation, daß die Kirche *nicht als eine gesellschaftliche Größe angesehen wird, die eine eigene gesellschaftliche Verantwortung wahrzunehmen hätte*. Gelegentlich wird sie als eine gesellschaftliche Kraft gewertet – wie z.B. jüngstens auf dem Weltkongreß der Friedenskräfte in Moskau –; wenn sie auch nur die geringste Aussicht hat, vom Evangelium her ihren spezifischen Beitrag in den Dialog einzubringen (dort wurde ja ausdrücklich von einem Dialog gesprochen), wenn also nicht nur ihre pauschale Zustimmung erwartet wird, wird sie diese Rolle als gesellschaftlicher Gesprächspartner annehmen. Wenn zu den Ergebnissen einer Konferenz Sätze wie die folgenden gehören, die im Kommuniqué des Weltkongresses der Friedenskräfte stehen, dann hat sich die Kirche mit Recht an solchem Gespräch beteiligt: „Jeder Mensch hat das unumstößliche Recht auf ein vom Gesetz geschütztes Leben. Die Staaten müssen sich um die vollständige Aufhebung der Todesstrafe bemühen. Das Recht auf Leben ist auch mit dem Problem des Rechtes verbunden, sich zu weigern, anderen das Leben zu nehmen. Es ist notwendig, alle Formen der Diskriminierung nach Merkmalen der Rasse, der Nationalität, der Sprache, Religion und des Geschlechts auszurotten“ (Neues Deutschland, 4. November 1973, S. 6).

6.3.2. Normalerweise werden aber von der Kirche in unserer Diasporasituation keine eigenen Stellungnahmen zu den Vorgängen in der Gesellschaft erwartet. Sie wird informiert, aber nicht konsultiert. Ihre Worte werden nicht als Worte eines nachdenkenden Partners gehört, sondern oft als Störung empfunden, gelegentlich sogar als Provokation. Es scheint für die Diasporakirche kein Platz am Tisch gesellschaftspolitischer Mitverantwortung zu sein, abgesehen von gelegentlichen Einladungen an diesen Tisch.

6.4. So wird das, was im *gesellschaftlichen Bereich von der Gemeinde Jesu Christi ausgeht, in der Hauptsache durch einzelne ihrer Glieder geschehen*, die in der persönlichen Diaspora-Phase ihres Glaubens und Lebens, als einzelne in ihren Berufen zerstreut, in der Gesellschaft mitarbeiten, mitdenken, mitleben.

6.4.1. Was von einzelnen Christen an den Orten ihres täglichen Lebens an *Mitverantwortung* praktiziert wird, ist *nicht von weltverändernder Wirkung*. Es macht keine Schlagzeilen. Die Spannung zwischen dem Bedenken des Gesellschaftsanzuges und den kleinen vorgezeichneten Spielräumen eigenverantwortlicher Initiative mit minimalen Chancen bedrückt viele. Seit Jahren sagen uns die Gemeindeglieder, die nicht in kirchlichen Berufen tätig sind, daß ihre gesellschaftliche Verantwortung in ihrem Berufsleben nicht Spielregeln bestimmen kann, sondern lernen mußte, als Mitspieler auf vorentschiedene Regeln einzugehen. Für fernerstehende Beobachter scheint diese Lernaufgabe des Jüngers, verantwortlich mitzuspielen, sich oft nicht zu unterscheiden von dem Lernverzicht des Resignierten, der sich erwartungsgemäß anpaßt („nur nicht auffallen“). Dennoch hängt an diesem Unterschied alles, was gesellschaftliche Mitverantwortung im Licht der Hoffnung und Verheißung des Evangeliums heißen könnte!

6.4.0. So bleiben Zeichen und Wirkungen, an denen *gesellschaftliche Mitverantwortung der Diasporachristenheit aufzuweisen wäre, oft sehr klein*, unscheinbar, vielfach umstritten, leicht zu übersehen, nicht ausweisbar als Gehorsamsakte in der Nachfolge Jesu. Das Normale ist, daß *gesellschaftliche Mitverantwortung* von Diasporachristen nicht in auffälligen Aktionen wahrgenommen, sondern *als kleine Münze* gezahlt wird.

6.4.2.1. Etwa in der *Redlichkeit der Berufsarbeit*. In einer Welt, die Berufsarbeit vielfach als reinen Job zum Geldverdienen ansieht, entsteht erschreckend oft ein Desinteresse daran, ob denn auch das in dem Job erzielte Arbeitsergebnis für andere brauchbar sei oder nicht („Hauptsache, die Piepen stimmen!“). Gerade weil wir Christen unser Herz nicht an den aktuellsten Götzen unserer Zeit, das Geld, hängen, könnten wir der Faszination, immer mehr Geld verdienen zu müssen, Vorbehalt und Widerstand entgegenstellen und

wieder klarmachen, daß einer von der Arbeit des anderen lebt und darum für das Leben des anderen arbeitet. Wo Menschen diese Grundeinstellung als „für andere da sein“ im Beruf leben, da stehen *kleine Fähnchen der Verantwortung für die Gesellschaft*.

6.4.2.2. Oder – um noch ein anderes Anschauungsbeispiel anzuführen –: es bildet sich *um einen herum ein menschliches Klima zu Kollegen und Mitarbeitern*. Ihm ist das selber gar nicht bewußt, aber die anderen empfinden es, seine Worte öffnen Vertrauen, man kann ihm alles ungeängstet sagen. Sein Wort gilt etwas. Weil er da ist, kommt es gar nicht erst zu Konflikten. Man ahnt etwas davon, daß er aus anderen Quellen lebt. Er erhält ein kleines Stück Gesellschaft gesund.

6.4.2.3. Oder es wäre an viele kleine Gespräche und Versuche zu denken, wo einzelne sich *für Vorgänge einsetzen, in denen das kleine Recht des Nachbarn*, der Kinder in der Schule, des Kollegen und Kumpels *auf dem Spiel* steht, und von vielen kleinen immer neu aufstehenden Bemühungen, die sich nicht dem Satz gefangen gaben: „es hat doch alles keinen Zweck“.

Vielleicht ist die *kleine Münze der gesellschaftlichen Mitverantwortung*, welche durch die einzelnen Christen aus der Diasporagemeinde in die Gesellschaft hineingezahlt wird, *am deutlichsten im ständigen Widerspruch gegen diesen resignierenden Satz zu erkennen, daß alles keinen Zweck habe*.

6.4.3. Das alles klingt nach wenig, wenn wir die großen kirchlichen Verlautbarungen zu den großen Problemen der Gesellschaft im Ohr haben. Nein, was hier genannt worden ist, das sind keine Staatsaktionen, eher kleinste Zeichen des Schalom, zwei Groschen Hoffnung für Menschen, die das Hoffen verlernt haben (Hoekendijk) oder der Zukunftsversprechungen überdrüssig geworden sind. Gesellschaftliche Probleme werden auf diese Weise sicher noch nicht gelöst, aber das Leben wird ein wenig erträglicher und hier und da menschlicher. Die Abneigung, säkulare Fragen ins Gespräch mit der Wahrheit des Evangeliums zu bringen, wird noch nicht durchbrochen, aber hier und da entsteht die Vermutung, daß es doch einen Sinn habe, um kleine Verbesserungen zu kämpfen und sich für den Menschen einzusetzen. Vielleicht sind diese Zeichen erste praktische Lektionen des Schalom, der seinen vollen Glanz im kommenden Reich Christi hat.

6.5.1. *Haben solche kleinen Dinge aber wirklich einen Sinn?* Richten verstreute Christen in der vorentscheidenden Gesamtorganisation der Gesellschaft und Berufswahl denn etwas aus? Bewirken sie etwas? *Wie ein Alptraum zieht durch unsere Gespräche die Klage: Wir können ja nichts machen.* Wir können keine wesentlichen Veränderungen zustande bringen. Die Möglichkeiten der Wahrnehmung eigener Mitverantwortung sind so minimal, die erwähnten kleinen Leuchtzeichen ja doch beinahe lächerlich. Werden sie nicht geradezu ein Witz, wenn man an die Größe gesamtgesellschaftlicher Probleme denkt? Macht die Ohnmacht der kleinen kirchlichen Bemühungen nicht alle hochtrabende Rede von christlicher Gesellschaftsverantwortung sinnlos? Taucht bei einem Blick für die politischen Propositionen nicht erneut der Satz auf: „Es hat doch alles keinen Zweck“? Der Alptraum dieser Frage begleitet wie ein Schatten unsere DDR-Diasporakirche, ihre einzelnen Glieder und sie als ganze, bei ihren Versuchen, gesellschaftliche Mitverantwortung wahrzunehmen.

6.5.2. Wir werden diese Alptraumfrage wohl in unsere Lernaufgabe mit einbeziehen müssen. Dabei haben wir uns klar zu machen: Die Klage über die Sinnlosigkeit der ganz kleinen Lebensbemühungen, die vermeintlich nichts bewirken, ist selbst fasziniert und gefesselt von dem Götzendogma unserer Zeit, daß nur Großwirkungen in Gesellschaft und Politik einen Sinn haben und dem Einzelleben Sinn geben könnten, sofern es an ihnen teilnimmt. Daß der Sinn an erkennbarem Erfolg und an der Wirkung eines Einsatzes hänge, ist weitverbreitete Meinung, welche das Denk-Schema unserer Weltzeit kennzeichnet (Röm. 12,2). Aber das Licht der Freiheit Christi zieht uns in seiner Barmherzigkeit aus dem Maßstab der Welt, der den Zusammenhang von Wirkung und Sinn feststellt (Röm. 12,1), heraus. Mehr noch: das Licht der Freiheit Christi läßt seine Verheißung auch über den kleinen Versuchen leuchten. Von ihm aus fällt auf die scheinbar ohnmächtigen und belächelten Schritte in der Wahrnehmung gesellschaftlicher Mitverantwortung ein heimlicher Glanz: nichts davon ist sinnlos! Das muß uns nicht in eine pharisäische Glorifizierung des Mißerfolgs führen, zum Madigmachen von wirkungsvollem Handeln. Wo sich Räume zu eigenverantwortlichem Wirken öffnen, dürfen Christen sie annehmen. Aber zur Zeit gibt

uns Gott andere Einsichten auf: *Wo Gesellschaftsverantwortung in der Diaspora von beruflich vereinzelteten Christen wahrgenommen wird, lernen wir den Sinn der kleinen Schritte*, Versuche, menschliche Zeichen, unter Umständen auch der Kompromisse. Doch man kann ihren Sinn nur in der Nachfolge Jesu lernen. In seiner Nachfolge aber werden sie – gegen alle Vorurteile der Zeit – sinnvoll: voll von Seinem Sinn.

Der volle Wortlaut dieses Vortrages ist in der epd-Dokumentation Nr. 2/74 vom 21. Januar 1974 erschienen.

Bedeutsam in diesem Zusammenhang ist der Aufsatz von Albrecht Schönherr, auf den nur kurz verwiesen werden kann: „Im Sozialismus glauben lernen. Impulse aus der Theologie Bonhoeffers für Christen in der DDR“ (Ev. Kommentare 1973, S.392–396). Einleitend heißt es darin:

Das erste Mal in der Geschichte begegnet in der Deutschen Demokratischen Republik eine große protestantische Kirche, die nominell noch immer den Großteil der Bürger umfaßt, dem Sozialismus in der Gestalt des Marxismus-Leninismus. Und zwar unausweichlich. Ich möchte an meinen Bemühungen teilnehmen lassen, meinen Weg als Christ in der sozialistischen Gesellschaft der DDR zu suchen. Ich bekenne, daß wir uns alle wohl noch am Anfang eines solchen Weges befinden.

Wer heute schon zu wissen meint, was das heißt, in dieser Gesellschaft, die keinen Pluralismus kennt, im vollen Glaubensgehorsam zu leben, erweckt nicht viel Vertrauen. Auf eine breite Tradition können wir uns bei unseren Bemühungen kaum stützen. Der Atheismus im Kern der marxistischen Ideologie hinderte und hindert auch noch heute viele Christen daran, sich mit ihr ernsthaft einzulassen. Die Erfahrungen, die Kirche und Sozialismus im Umgang miteinander gemacht haben, sind nicht sehr ermutigend. Zur Zeit wird der Gegensatz besonders auf dem Bildungssektor in aller Deutlichkeit hervorgekehrt.

Der einzelne Christ und die Kirche als ganze sind gefragt, ob sie auch angesichts ihres weltanschaulich festgelegten Gegenübers den Glauben durchhalten wollen, daß Jesus Christus wirklich der Herr der Erde ist, daß also auch das Gebiet der sozialistischen Staaten kein weißer Fleck auf der Landkarte des Reiches Christi ist. Ist das aber so, dann sind sie auch in einer so geprägten Gesellschaft unter Gott und in der Schule des Glaubensgehorsams. Lehrer in dieser Schule ist allein ihr Herr. Was ihnen begegnet, brauchen sie, auch wenn ihr menschlicher Partner vom Absterben der Religion überzeugt ist, nicht in Angst zu erwarten. Sie können in einer gewissen Neugier des Glaubens darauf gespannt sein, in welche Räume sie Gott führen will.

Auf diesem Wege kann ein Mann wie Dietrich Bonhoeffer hilfreich sein. Vor allem darum, weil er damals schon die Frage gestellt hat, die uns heute so sehr bewegt: Was uns Christus in der Zeit der Religionslosigkeit bedeutet. Er sah diese Zeit unwiderruflich kommen. Wir sind ihr ein erhebliches Stück näher. Das weisen die kirchlichen Statistiken aus. Bonhoeffer hat gesehen, daß die kommende Religionslosigkeit nicht auf einer zufälligen Entfremdung zwischen Kirche und Gesellschaft beruht, daß sie auch nicht Folge atheistischer Propaganda ist. Sie hat ihre Wurzeln im Gottesverhältnis selbst.

b) Einzelfragen staatlicher Kirchenpolitik

Unter den Einzelfragen staatlicher Kirchenpolitik nahm mehrere Jahre hindurch die Auseinandersetzung über die Veranstaltungsverordnung vom 26. November 1970 einen besonderen Platz ein (s. Kirchl. Jahrb. 1972, S. 231ff.). An dieser Stelle hat offenbar der Staat zurückgesteckt. In dem der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR für ihre Tagung vom 26. bis 29. Mai 1973 in Schwerin vorgelegten Bericht der Konferenz der Kirchenleitungen heißt es zu der Veranstaltungsverordnung:

Die Konferenz der Kirchenleitungen ist dankbar berichten zu können, daß das Ministerium des Innern mit Wirkung vom 1. 6. 1973 eine Regelung getroffen hat, aus der zweifelsfrei hervorgehen wird, daß Bibelrügen für Kinder und Jugendliche ebenso wie die Konfirmandenrügen nach wie vor als „religiöse Handlungen“ im Sinne von Art. 39,1 der Verfassung anerkannt bleiben und daß sie demzufolge anmeldefreie Veranstaltungen im Sinne des § 3 Abs. 3e der Verordnung vom 26. 11. 1970 sind. Das bedeutet zum Verfahren, daß derartige Bibelrügen wieder durch die Superintendenten, in deren Aufsichtsbereich sie stattfinden, den zuständigen Räten der Kreise – Abteilung Inneres – mitzuteilen sind. Die Konferenz stellt fest, daß mit der Wiedereinführung dieses Verfahrens bezüglich der Bibelrügen ihr Beschluß vom 6. 7. 1971 und die in ihm gegründeten sonstigen Beschlüsse und Anweisungen gegenstandslos und insoweit aufzuheben sind. Die Kirchenleitungen der Gliedkirchen sind von dieser Regelung in Kenntnis gesetzt worden und geben ihrerseits die entsprechenden Weisungen an ihre Superintendenten. Die Konferenz der Kirchenleitungen hatte mit ihrem Beschluß vom 6. 7. 1971 lediglich die Absicht, den Charakter auch der Bibelrügen als echter religiöser Handlungen im Sinne der Verfassung und der Gesetze festzuhalten. Es ist den Vertretern des Bundes in dem Gespräch vom 6. 4. 1973, das sie mit der beabsichtigten Veränderung bekannt machte, gesagt worden, daß es auf den Wesensinhalt, also auf den beherrschenden Inhalt einer Veranstaltung und auf ihre Zielsetzung, ankomme, um sie als anmeldefreie religiöse Handlung im Sinne der Verfassung und der Veranstaltungsverordnung zu qualifizieren. Dies erschien auch der Konferenz der Kirchenleitungen als gute Maxime für Auslegung und Anwendung der Verordnung im Blick auf alle sonstigen kirchlichen Aktivitäten. Sie sieht durch diese Maxime berücksichtigt, worum es ihr bei allen Problemen ging, die im Zusammenhang mit der Anwendung der Veranstaltungsverordnung auf Bibelrügen und andere kirchliche Veranstaltungen entstanden sind: nämlich um die Anerkennung dessen, was legitimer kirchlicher Dienst ist.

Dagegen hielt die Auseinandersetzung auf dem Gebiet der Schul- und Hochschulpolitik unvermindert an. Der schon genannte Synodalbericht der Konferenz der Kirchenleitungen vom Mai 1973 in Schwerin lautet hierzu folgendermaßen:

Die auch von uns Christen als notwendig erkannte und an sich, um der Vergewisserung des Glaubens willen, wünschenswerte Herausforderung durch den dialektischen Materialismus hat in den letzten Jahren Formen angenommen, die zu einem steigenden Unwillen in der christlichen Bevölkerung geführt haben. Das gilt besonders vom Sektor Volksbildung. Nachrichten von der Nichtaufnahme christlicher Kinder in die Vorbereitungsklassen und in die EOS, von Zurückweisungen vom Hochschulstudium, von der Zurücknahme schon ausgesprochener Zulassungen und von Relegierungen gehören leider weiterhin zum „kirchlichen Brot“ der Kirchenleitungen. Es ist verschiedentlich ausgesprochen worden, daß auch die Kirchen Verständnis dafür haben, daß die Zahl der Studierenden an dem Bedarf nach Akademikern gemessen werden muß. Sie haben auch Verständnis dafür, daß aus Gründen historischer Gerechtigkeit der Anteil an wirklichen Arbeiter- und Bauernkindern unter den zu Fördernden besonders groß sein soll. Sie haben aber kein Verständnis dafür, daß auf der einen Seite „ein kameradschaftliches und freundschaftliches Verhältnis zwischen Christen und Marxisten“ zugebilligt wird („Einführung in den dialektischen und historischen Materialismus“), andererseits die religiöse Bindung dann doch deutlich negative Konsequenzen hat. Viele junge Christen sind bereit, für den Sozialismus einzutreten und zu arbeiten, und sie tun das auch. Manche von ihnen sehen sich aus Gewissensgründen jedoch nicht in der Lage, sich an einer Waffe ausbilden zu lassen. Andere vermögen nicht dem Jugendverband beizutreten, weil dieser erwartet, daß jedes Mitglied uneingeschränkt für den Marxismus-Leninismus in der Einheit von Politik, Ökonomie und Ideologie eintritt. Oft wird bezeichnenderweise statt des Schülers tatsächlich das Elternhaus beurteilt: ein im christlichen Glauben gegründetes Elternhaus wird als unfähig angesehen, den Kindern eine den Erfordernissen der Gesellschaft entsprechende Erziehung zu geben oder im Elternaktiv leistungsschwächeren Kindern zu helfen. Das alles wird in jüngster Zeit noch übertroffen durch eine Rei-

he von Fällen, in denen Lehrer es für richtig halten, Eltern davor zu warnen, ihre Kinder an anerkannten religiösen Handlungen, wie Christenlehre, Konfirmandenunterricht und Konfirmation, teilnehmen zu lassen, weil diesen daraus Nachteile für ihr Fortkommen entstehen würden.

Diese Tatsachen schaffen eine Atmosphäre der Angst bei den unmittelbar Betroffenen und des Mißtrauens in weiten Teilen der christlichen Bevölkerung. Vieles, was bereits an Vertrauen aufgebaut wurde, droht verloren zu gehen. In jedem Staat, in dem die führenden Kräfte in einer weltanschaulichen Bindung stehen, ist das Toleranzprinzip von konstitutiver Wichtigkeit für das Zusammenleben der Bürger. Die Verfassung hebt die führende Rolle der Arbeiterklasse hervor. Deren Weltanschauung, der dialektische und historische Materialismus, ist, wie mit Nachdruck versichert wird, unteilbar. Der dialektische Materialismus schließt eine umfassende Kritik der Religion als einer schlechthin zu überwindenden Bewußtseinsform ein. Nun wird aber ein klarer ideologischer Standpunkt im Sinne des Marxismus-Leninismus von den Trägern staatlicher Verantwortung, besonders aber von den Erziehern unserer Jugend, die doch für alle dasein müssen, gefordert. Das setzt ein erhebliches Maß von Toleranz und Respekt vor dem Glauben und Gewissen der nicht an die marxistisch-leninistische Ideologie gebundenen Staatsbürger, vor allem den völligen Verzicht auf administrative Maßnahmen, voraus.

Die hier gekennzeichneten Vorgänge sind immer wieder Gegenstand des Gespräches mit Vertretern des Staates gewesen. Leider war es der Kirche nicht in allen Fällen möglich, nach allen Seiten hin sorgfältig geprüftes Material vorzulegen. Wenn einem kirchlichen Amtsträger von Gemeindegliedern Anliegen vorgetragen werden, die z.B. das Verhalten von Lehrern betreffen, ist er meist nicht in der Lage, den Tatbestand bis in die Einzelheiten zu durchleuchten. Er hat kein Recht, Ermittlungen anzustellen; er hat nicht das Recht, ein Gespräch mit dem Lehrer zu verlangen; ja oftmals bitten die Betroffenen selbst, in ihrem eigenen Interesse von dem Vorfall keinen Gebrauch zu machen. Ein Pfarrer kann also immer nur eine zuständige Stelle um Klärung bitten. Sollte sich eine Beschwerde als unbegründet herausstellen, wäre diese Klärung immer noch besser, als das Weiterschwelen einer unbegründeten Verdächtigung.

Wir meinen nicht, daß ideologische Auseinandersetzungen, die nicht ausbleiben können, auf diese Weise geführt werden müssen. Wir kennen viele Schulen, in denen christliche Schüler in keinerlei Weise diskriminiert werden; es gibt gesellschaftliche Gremien unterschiedlicher Ebenen, in denen Christen, Marxisten und andere Bürger unseres Staates erfolgreich miteinander Verantwortung tragen. Denn wir sind der Meinung, daß es nicht nur die christlichen Gemeinden stärkt, wenn Christen als Glieder der Zeugnis- und Dienstgemeinschaft im Auftrag ihres Herrn und darum im Dienst für den anderen ihren Platz in der Gesellschaft einnehmen.

Die Synode selbst nahm in Schwerin hierzu mit folgendem Beschluß Stellung:

Der Bericht nimmt auch diesmal Stellung zu den Nöten, die für Kinder und Jugendliche in Schule und Ausbildung durch ihre Teilnahme am kirchlichen Leben entstehen. Die Synode stellt sich ganz zu dem, was die Konferenz der Kirchenleitungen zu den hiermit zusammenhängenden Fragen gesagt hat. Auch in den Gliedkirchen ist durch Synoden und Kirchenleitungen hierzu mehrfach das Wort genommen worden. Dennoch haben die Schwierigkeiten zugenommen. In zahlreichen Gesprächen konnten Einzelfälle geklärt werden, aber die Situation hat sich weiter verschlechtert. Dadurch hat sich bei Kindern, Jugendlichen und Eltern in unseren Gemeinden der Eindruck verstärkt, daß bei Teilnahme am kirchlichen Leben mit negativen Auswirkungen zu rechnen ist.

Die Synode bittet die Konferenz und alle Kirchenleitungen, weiterhin jede Möglichkeit des Gespräches mit Vertretern des Staates zu nutzen, um ein befriedigendes Maß an Toleranz und Respektierung von Glauben und Gewissen zu erwirken. Sie erwartet von der Konferenz der Kirchenleitungen auf der nächsten Synodaltagung dazu einen Bericht.

In diesem Zusammenhang weist die Synode auf die dringende Notwendigkeit einer umfassenden Besinnung auf die Situation der kirchlichen Kinder- und

Jugendarbeit hin. Sie empfiehlt der nächsten neuen Bundessynode, möglichst bald eine Synodaltagung diesem Thema zu widmen. Die neugebildete zweite Synode des Kirchenbundes in der DDR hielt ihre konstituierende Tagung vom 26. bis 28. Oktober 1973. Ihr legte die Konferenz der Kirchenleitungen in ihrem Bericht diesen Fragenkomplex erneut vor:

Die Synode des Bundes hat sich bei ihrer letzten Tagung in Schwerin veranlaßt gesehen, auf äußerst bedenkliche Entwicklungen auf dem Gebiet der Volksbildung und auf den Grundgedanken der Toleranz sowie des Verzichtes auf administrative Maßnahmen hinzuweisen. Sie hat die Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen beauftragt, bei der nächsten Synodaltagung über diesen Fragenkomplex zu berichten. Es lag natürlich nicht in ihrer Absicht, wie ihr gelegentlich vorgeworfen wurde, das Bildungssystem der Deutschen Demokratischen Republik als solches herabzusetzen oder gar die Lehrerschaft als solche zu diskriminieren. Sie steht nicht an, einem Großteil der Lehrer für eine gerechte und verständnisvolle Behandlung auch weltanschaulich abweichender Überzeugungen zu danken. Verantwortlichen Vertretern des Bundes ist wiederholt versichert worden, daß die der Synode dargelegten Tatbestände nicht im Einklang mit dem Willen des Staates und mit der Linie der Partei ständen. Die Synode wird solche Erklärungen mit Genugtuung zu Kenntnis nehmen. In diesem Sinne sind eine Reihe von Fällen, die den zuständigen Organen entsprechend belegt vorgetragen wurden, auch bereinigt worden. Dennoch haben die Klagen darüber keineswegs aufgehört, daß nicht wenige Lehrer und Schuldirektoren, nachdem die ersten Schwierigkeiten die Zulassung der Schüler zu den EOS und Hochschulen betrafen, nunmehr besonders gegen die Teilnahme von Schülern am kirchlichen Unterricht und die Mitwirkung christlicher Eltern in den Elternaktivs vorgehen. Das geschieht meist in so persönlicher Form, daß dadurch verantwortliche Erörterungen mit den zuständigen Staatsorganen unmöglich gemacht werden. Solches Vorgehen hat vielfach Erfolg. Es ist aber auch geeignet, bei der bewußt christlichen Bevölkerung eine Verhärtung hervorzurufen, die niemand wollen kann. Offenbar ist für eine Reihe von Mitbürgern Aufbau des Sozialismus identisch mit dem Kampf gegen religiöse Überzeugung und deren gesellschaftliche Basis, die Kirche. In zahlreichen Veröffentlichungen der „Deutschen Lehrerzeitung“ und der „Pädagogik“ ist ein Prozeß zu beobachten, der die Entwicklung der ideologisch-weltanschaulichen Erziehung in eine uns beunruhigende Richtung voranzutreiben scheint. Dazu sei ein Satz aus einem Aufsatz des Präsidenten der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR in Heft 4/73 der „Pädagogik“ über „Persönlichkeitstheorie und inhaltliche Ausgestaltung der Oberschule“ zitiert:

„Die wissenschaftlich-pädagogische Arbeit muß das Ziel verfolgen, jene Ansatzpunkte und Akzente ideologischer Erziehung im Lehrplanwerk herauszuarbeiten, differenzierter auszubauen und praktikabel zu machen, die sich aus gesellschaftlichen und politisch-ideologischen Aufgaben ergeben. Das betrifft vor allem die Vermittlung der Grundlagen des Marxismus-Leninismus in der Einheit seiner Bestandteile im Unterricht der allgemein-bildenden Schule, die stärkere Berücksichtigung atheistischer Bestandteile unserer Weltanschauung, ...“ (S. 316).

Die Mitglieder der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen haben zur Kenntnis genommen, daß die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, wie im Gesetzblatt vom 13. 9. 1973 (Teil II, S. 121ff.) verkündet wird, die „Konvention gegen die Diskriminierung im Bildungswesen“ auch für die DDR in Kraft gesetzt hat. Sie glauben auch ihrer Pflicht als Staatsbürger der DDR nachzukommen, wenn sie darauf hinweisen, daß das Verhalten von einer Reihe für die Erziehung der Jugend Verantwortlichen mit dieser von der Regierung der DDR gegenüber der UNESCO eingegangenen Verpflichtung nicht zu vereinbaren und damit dem Wesen ihres Staates zu schaden geeignet ist.

Die Synode des Kirchenbundes nahm auch auf dieser Tagung zu dem Bericht der Konferenz der Kirchenleitungen über die bildungspolitischen Schwierigkeiten Stellung:

Der Synode sind erneut Schwierigkeiten vorgetragen worden, die sich auf dem Gebiet der Volksbildung für christliche Eltern und Kinder ergeben haben. Die Synode hat den Eindruck, daß es sich hier nicht nur um Einzelfälle handelt, sondern sie sieht eine Spannung, die zwischen der verfassungsmäßig festgelegten Glaubens- und Gewissensfreiheit einerseits und dem erklärten Bildungsziel des sozialistischen Bildungswesens andererseits besteht. Mit dieser Spannung können Kinder und Jugendliche, ihre Eltern und Lehrer nur dann ohne Schaden leben, wenn in der sozialistischen Erziehungs- und Bildungspraxis das Toleranzprinzip der Glaubens- und Gewissensfreiheit zur Geltung kommt, wie es in der UNESCO-Konvention gegen die Diskriminierung im Bildungswesen vom 14. 12. 1960 enthalten ist. Der Beitritt der DDR zu dieser Konvention ermutigt zu weiteren Gesprächen auf allen Ebenen. Für die Begleitung der Kinder, Jugendlichen und Eltern durch die Gemeinde weist die Synode die Gemeinden auf die Entschließung hin, die die letzte Synodaltagung in Schwerin zu dieser Problematik angenommen hat.

Schließlich ist in diesem Zusammenhang noch auf das am 28. Januar 1974 von der Volkskammer der DDR verabschiedete dritte Jugendgesetz der DDR hinzuweisen. Ein Entwurf zu diesem Gesetz war bereits am 14. Juni 1973 als staatlicher Beitrag zu den 10. Weltfestspielen der Jugend und Studenten (vom 28. Juli bis 5. August 1973 in Berlin) vom Zentralrat der FDJ der Öffentlichkeit zur Stellungnahme vorgelegt worden. Auch die Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR gab zu dem Entwurf eine Stellungnahme ab, die sich die Synode auf ihrer Tagung vom 26. bis 28. Oktober 1973 in Elbingerode zu eigen machte.

Der Vorstand der Konferenz

An die Gemeinsame Kommission
des Ministerrates der DDR
und des Zentralrates der FDJ
102 Berlin

9. 10. 1973

Die Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR (KKL) hat den Entwurf des Jugendgesetzes erörtert. Sie bittet, ihre Vorschläge und Anfragen bei der endgültigen Fassung des Jugendgesetzes zu berücksichtigen.

I.

1. Die KKL begrüßt die Zusage und Zielvorstellungen aus der Präambel: „Für jeden jungen Menschen sind die Bedingungen gegeben, seine Talente und Fähigkeiten frei und schöpferisch zu entfalten, sich als Persönlichkeit zu entwickeln und ein glückliches Leben zu führen.“

Hingewiesen sei z.B. auch auf § 9 Absatz 2 Satz 1, § 17, § 20 Absatz 4–6, § 27 Absatz 1, insbesondere Satz 4, die §§ 39, 40 und 41.

2. Es erscheint auch ihr wesentlich, den jungen Menschen „Vertrauen entgegenzubringen und umfassende Verantwortung zu übertragen“. Verantwortungsfähigkeit und Verantwortungsbereitschaft setzen Selbständigkeit voraus und entwickeln sie. Der KKL liegt daran, daß dieser Zusammenhang bei der Formulierung des neuen Jugendgesetzes deutlich ausgesprochen wird. Daher schlägt sie vor, den Grundsatz aus der Präambel des Jugendgesetzes von 1964, daß „das selbständige Denken und Handeln der Jugendlichen in allen Bereichen zu fördern“ ist, in die Präambel des neuen Jugendgesetzes zu übernehmen.

3. Die Präambel des Jugendgesetzes von 1964 geht von der Einbeziehung aller Jugendlichen „ohne Unterschied der Weltanschauung und des Glaubens“ aus. In dem vorliegenden Entwurf fehlt eine Formulierung, die Staatsbürger christlichen Glaubens berücksichtigt. Dadurch könnte der Eindruck entstehen, als gäbe es unter den jungen Menschen nur solche marxistisch-leninistischer Weltanschauung. In unserer Gesellschaft ist es selbstver-

ständig, daß alle Jugendlichen den Marxismus-Leninismus studieren. Es muß aber der freien Entscheidung des einzelnen überlassen bleiben, welche weltanschauliche Grundeinstellung er sich aneignet. Die Verfassung der DDR bestätigt jedem Jugendlichen das Recht, eine eigenständige Überzeugung zu gewinnen und zu praktizieren. Daher sollte zur Vermeidung von Mißverständnissen oder Konflikten der Wortlaut eines neuen Jugendgesetzes den Grundsatz der Gewissens- und Glaubensfreiheit (Art. 20 Abs. 1 Verfassung der DDR) eindeutig zur Geltung bringen. Im übrigen fühlen wir uns in dieser Erwartung bestätigt durch den Beitritt der DDR zur Konvention gegen die Diskriminierung im Bildungswesen (GBI II S. 121/73).

II.

Zu einzelnen Bestimmungen des Gesetzentwurfs unterbreitet die KKL entsprechend der Reihenfolge der Paragraphen folgende Anfragen und Vorschläge:

Zu § 1: In § 1 Abs. 1 wird u.a. die Erziehung der jungen Menschen zu Staatsbürgern gefordert, „die den Ideen des Sozialismus treu ergeben sind“.

Diese Formulierung erscheint in einem Gesetzestext unscharf. Was ist mit ‚Ideen des Sozialismus‘ gemeint? Es sollte möglich sein, die Verantwortungsbereitschaft junger Menschen für den Sozialismus sachlicher und präziser zu formulieren. Der stark gefühlbetonte Ausdruck ‚treu ergeben‘ ist mißverständlich im Sinne einer Einschränkung oder Preisgabe der eigenen Verantwortlichkeit.

Zu § 2: § 2 Abs. 3 wird von der großen Verantwortung der Eltern für die sozialistische Erziehung der Jugendlichen gesprochen. Im Unterschied zur Verfassung Art. 38 Abs. 4 fehlt die eindeutige Formulierung, daß die Erziehung *Recht* der Eltern ist. Die KKL schlägt vor, diesen Absatz entsprechend der Verfassung zu ergänzen, um dem Anteil der Eltern an der Erziehung deutlicher Rechnung zu tragen.

Zu § 19: Nach § 19 Abs. 2 des Entwurfes sollen die Volksvertretungen und örtlichen Organe in erheblichem Maße Unterstützungsfunktionen bei der Vorbereitung und Durchführung der Jugendweihe übernehmen. Die Jugendweihe bekommt durch die Inanspruchnahme staatlicher Autorität ein starkes Gewicht innerhalb der sozialistischen Erziehung. Darum sollte im Gesetz der Freiwilligkeitscharakter der Jugendweihe ausdrücklich festgehalten bleiben, weil das Jugendgesetz alle Jugendlichen betreffen soll.

Zu § 22: Im § 22 Abs. 1 wird von *allen Studenten* gefordert, den Marxismus-Leninismus zu *propagieren*. Auch Christen können sich Erkenntnisse des Marxismus-Leninismus aneignen und im Leben der Gesellschaft anwenden, aber sie können den Marxismus-Leninismus als umfassende Weltanschauung nicht übernehmen. Die KKL geht weiterhin davon aus, daß gemäß der Verfassung Art. 25 und 39 auch den Bürgern, die sich zu einem religiösen Glauben bekennen, alle Bildungsstätten offenstehen. Daher sollte die pauschale Formulierung „Propagierung des Marxismus-Leninismus“ entweder in dem oben angedeuteten Sinn präzisiert oder gestrichen werden.

Zu § 23: Die Kirchen in der DDR haben es begrüßt, daß jugendlichen Waffendienstverweigerern die Möglichkeit des Dienstes in den Baueinheiten eröffnet worden ist, um ihren gewissenmäßigen Bedenken Rechnung zu tragen. Solche gewissenmäßigen Bedenken bestehen aber auch gegenüber vormilitärischer Ausbildung, wie sie durch § 23 des Entwurfes gesetzliche Pflicht werden soll. Die KKL schlägt vor, im Rahmen des neuen Jugendgesetzes allen, die gewissenmäßige Bedenken gegenüber vormilitärischer Ausbildung geltend machen, die Möglichkeit zu eröffnen, sich statt für militärische und technische für medizinische Dienste ausbilden zu lassen.

gez. D. Schönherr
Bischof

Die kirchlichen Einwände wurden nicht berücksichtigt. Lediglich der zuletzt aufgeführte Vorschlag, der Wehrdienstverweigerung Rechnung zu tragen, taucht in etwa darin auf, daß in den entsprechenden Gesetzestext die Förderung der „Sanitätsausbildung im Deutschen Roten Kreuz der Deutschen Demokratischen Republik“ eingefügt wurde.

c) Kirchliche Verantwortung in Staat und Gesellschaft

Das Spannungsfeld, auf dem die Kirche ihre Mitverantwortung für Staat und Gesellschaft immer wieder neu formuliert und wahrnimmt, läßt sich in folgenden Sätzen knapp bezeichnen: 1. Zwischen christlichem Glauben und der Weltanschauung des Marxismus gibt es keine ideologische Koexistenz. 2. Für den marxistisch ausgerichteten Staat ist die Kirche kein gesellschaftspolitischer Partner. 3. Zwischen der Kirche und dem Staat kommt es in einer marxistisch bestimmten Gesellschaft immer wieder zu Phasen der Auseinandersetzung und der Konflikte. 4. Trotz ihrer „ideologischen Diaspora-Situation“ darf sich die Kirche aus einer gesellschaftlichen Mitverantwortung nicht zurückziehen. Dieses Spannungsfeld beschreibt die Konferenz der Kirchenleitungen in ihrem Bericht an die Synode des Kirchenbundes im Mai 1973 in Schwerin wie folgt:

Die Zuversicht zu dem befreienden Tun Gottes erlaubt und gebietet uns, unser Leben in der sozialistischen Gesellschaft der Deutschen Demokratischen Republik zusammen mit unseren Mitmenschen als unsere Situation anzunehmen. Jesus Christus geht uns auch in die neue gesellschaftliche Situation voran und erschließt sie uns als Auftragsfeld und Dienstchance. Wir sind Bürger eines sozialistischen Staates und Glieder einer sozialistischen Gesellschaft. Hier haben wir als Christen zu leben und zu handeln – in der Liebe, die offene Augen hat für alle Not, wo sie auch zutage tritt, die für alles Bessere und Gerechtere eintritt, woher es auch kommt, und in der Hoffnung, die sich in dieser Liebe durch nichts irre machen läßt. Auf eine Formel gebracht, die auf der Synode des Bundes in Eisenach 1971 gebraucht wurde: „Wir wollen nicht Kirchen *neben*, nicht *gegen*, sondern *im* Sozialismus sein.“ Diese Formel ist von unserem staatlichen Partner zustimmend aufgenommen und noch dahin präzisiert worden, daß es „eine Sozialisierung der christlichen Lehre bisher nicht gegeben hat und auch in Zukunft nicht geben werde“ (Paul Verner). Das bedeutet doch wohl auch, daß es eine „sozialistische Kirche“, eine „sozialistische Theologie“ oder ähnliches nicht geben kann. Von daher wäre es abwegig, von den Kirchen oder Christen zu erwarten, nachträglich zu einzelnen politischen Maßnahmen fromme Begründungen zu liefern oder billige Akklamationen abzugeben.

In der Tat: Kirche im Sozialismus wäre die Kirche, die dem christlichen Bürger und der einzelnen Gemeinde hilft, daß sie einen Weg in der sozialistischen Gesellschaft in der Freiheit und Bindung des Glaubens finden und bemüht sind, das Beste für alle und für das ganze zu suchen. Kirche im Sozialismus wäre eine Kirche, die auch als solche, in derselben Freiheit des Glaubens, bereit ist, dort, wo in unserer Gesellschaft menschliches Leben erhalten und gebessert wird, mit vollem Einsatz mitzutun, und dort, wo es nötig ist, Gefahr für menschliches Leben abwenden zu helfen. Es kann sich, wie sich gezeigt hat, ergeben, daß wir Christen im Lichte der Verheißung Gottes und unter seinem Gebot Probleme und Nöte in Welt und Gesellschaft anders sehen, als sie von anderen Voraussetzungen aus gesehen werden, oder Fragen hören, die andere nicht so hören. Wir haben dann unsere Anfragen geltend gemacht. Das geschah vor allem im Gespräch mit den zuständigen Stellen, gelegentlich auch öffentlich. Wir wollten damit keine gesellschaftliche Sonderstellung beanspruchen. Aber wer Gottes Willen ernst nimmt, muß wach sein für sein Gebot und kann nicht verschweigen, was ihm im Nachdenken vor Gott klageworden ist.

Um die Klärung der Grundlagen zur öffentlichen Verantwortung der Kirche und um ihre Anwendung auf die besondere Situation in der DDR hat sich Bischof D. Hans-Joachim Fränkel immer wieder neu bemüht. Sein Synodal-Referat vom Frühjahr 1973 verdient es, hier im vollen Wortlaut festgehalten zu werden:

EIN WORT ZUR ÖFFENTLICHEN VERANTWORTUNG DER KIRCHEN IN DER GEGENWÄRTIGEN STUNDE

*Vortrag von Bischof D. Hans-Joachim Fränkel
auf der 3. ordentlichen Tagung der 6. Provinzialsynode
der Evangelischen Kirche des Görlitzer Kirchengebietes vom 30. März bis 2. April 1973*

Die Frage nach der öffentlichen Verantwortung der Kirche ist im vergangenen Jahr sowohl in Gesprächen zwischen Vertretern des Staates und der Kirche als auch durch die Vorgänge auf der letzten Bundessynode in Dresden erneut zum Problem geworden. Die Kirche macht im Laufe ihrer Geschichte hinsichtlich dessen, was ihre öffentliche Verantwortung ist, immer wieder eine doppelte, sich widersprechende Erfahrung. Einmal wird ihr vorgeworfen, sie habe in der Vergangenheit versagt, zu offenbaren Unrechtssituationen geschwiegen und es anderen überlassen, Abhilfe zu schaffen. Man kann diesem Vorwurf eine gewisse Berechtigung nicht absprechen. So anerkennenswert z.B. der Dienst der Liebe ist, den die Kirche im 19. Jahrhundert entfaltet hat, so wenig läßt sich übersehen, daß sie angesichts der sozialen Nöte, die die werdende Industriegesellschaft mit sich brachte, die Frage nach dem Recht nicht gestellt hat. Nun verbinden sich solche Vorwürfe freilich öfter auch mit der Erwartung eines kirchlichen Engagements, das auf eine unkritische Akklamation zu bestimmten politischen Zielsetzungen hinausläuft. Demgegenüber ist die Besinnung nötig, daß, wie es in der VI. These der Barmer Theologischen Erklärung heißt, die Kirche nicht „in menschlicher Selbstherrlichkeit das Wort und Werk des Herrn in den Dienst irgendwelcher, eigenmächtig gewählter Wünsche, Zwecke und Pläne stellen“ kann. Christus hat seine Kirche nicht als Institut für politischen Kredit gestiftet. Also – und das ist die andere Erfahrung, die die Kirche macht – haben etwa die recht, die verlangen, daß die Kirche sich in allen politischen wie gesellschaftlichen Fragen gefälltig zurückhalte und nicht zu weit greife, sondern bei ihrem Thema bleibe, nämlich der Verkündigung des Evangeliums? Gewiß, ein solcher Ruf zur Sache kann dann ganz nützlich sein, wenn die Kirche Allotria treibt oder das Evangelium im politischen und gesellschaftlichen Engagement aufgehen läßt und sich damit in ihrer Sendung überflüssig macht. Aber, die freundliche Mahnung, daß die Kirche doch bei ihrer Sache, der Ausrichtung der biblischen Botschaft bleiben möchte, ist immer dann höchst verdächtig, wenn sie von dem dringlichen Wunsch geleitet wird, sich in seinen Existenzbereichen jede Störung durch das Wort Gottes vom Leibe zu halten. Besonders peinlich wird die Sache, wenn sich der Wunsch nach systemgebundener politischer Rede mit der Ermahnung der Beschränkung auf das „rein Religiöse“ verbindet und damit die Kirche in eine sie lähmende Situation der Unwahrhaftigkeit und Unglaubwürdigkeit gebracht wird. Gegenüber allen Versuchungen zur Rechten und zur Linken sollte man sich zunächst sehr nüchtern das Selbstverständliche vor Augen halten, daß die Kirche allein mit ihrer Existenz, mit ihrem Zeugnis und ihrem Dienst eine politische Dimension hat, ob sie will oder nicht. Das ist ganz schlicht mit ihrem Sein als soziologische Größe in dieser Welt gegeben. Es ist eine große Selbsttäuschung, wenn die Kirche meint, unpolitisch zu sein. Es hat sich in ihrer Geschichte immer wieder erwiesen, daß sie gerade dann, wenn sie ihrer Meinung nach ganz unpolitisch war, sich faktisch darin als höchst politisch erwies, daß sie mit dieser Haltung die bestehenden Verhältnisse unbesehen sanktionierte und die ihr gebotene Liebe nur hinsichtlich der das Gute bewahrenden, nicht aber hinsichtlich der kritischen, das Bessere suchenden Funktion übte. Kann also gar nicht strittig sein, daß die Kirche mit ihrer Existenz auch immer eine politische Dimension hat, die verantwortlich zu bedenken ist, so muß darüber hinaus gesagt werden, daß der Kirche unverzichtbar die Wahrnehmung öffentlicher Verantwortung aufgegeben ist. Das ist in der Sendung der Kirche begründet. Die Kirche ist dazu gesandt, die Versöhnung Gottes mit der Welt zu proklamieren und in ihrem Tun und Verhalten Zeichen der Versöhnung in dieser Welt zu setzen. Die Kirche hat jeden einzelnen dazu einzuladen, die Versöhnung Gottes mit der Welt in seinem ganzen Leben gelten zu lassen. Alle sind damit zur Gemeinschaft mit Gott und zur Gemeinschaft untereinander gerufen, und zwar in allen Bereichen ihrer Existenz. Die Botschaft von der Versöhnung ist universal und total. Die Liebe, in der Gott sich der Welt zuwendet, gilt allen und läßt keinen Existenzbereich aus. Die Universalität und Totalität der Versöhnung begründet

die öffentliche Verantwortung der Kirche als mit dem Auftrag zur Proklamation dieser Versöhnung untrennbar verbunden. Damit aber ist auch jede Beschränkung dieser Verantwortung und Eingrenzung auf die Kirche ausgeschlossen, weil sie im Widerspruch zu ihrer Sendung stehen würde.

In der Botschaft von der Versöhnung wird der Mensch zur Liebe Gottes und zur Liebe des Nächsten eingeladen. Beides ist wohl zu unterscheiden, aber bildet zugleich eine un-scheidbare Einheit. Von daher ist eine Trennung in einen sogenannten religiösen Bereich und einen ethischen Bereich unmöglich. Jeder Versuch, die Kirche auf den sogenannten religiösen Bereich beschränken zu wollen, bedeutet eine Bestreitung ihrer Sendung und tastet sie damit in ihrem Wesen an.

Nun ergeht die Versöhnungsbotschaft ganz gewiß an den einzelnen, aber dieser einzelne existiert nicht als ein abstraktes Individuum, sondern immer als gesellschaftliches Wesen, d.h., er existiert immer in bestimmten gesellschaftlichen Bezügen, von denen nicht abgesehen werden kann. Weil das Wort von der Versöhnung ihn nicht anders als in diesen gesellschaftlichen Bezügen existierend trifft, kann es auch nicht ohne Relevanz für diese Bezüge sein. Das wird niemand leugnen. Aber die Frage ist: Kann man sich damit begnügen, daß von dem einzelnen, der sich zur Versöhnung mit Gott und also zum Glauben hat rufen lassen, Impulse der Liebe in die gesellschaftlichen Bereiche ausgehen? Kann man es dem Selbstlauf überlassen, was die Heilkräfte des Evangeliums, von denen man dann gern bei solcher Begrenzung spricht, für die gesellschaftlichen Bezüge austragen? So wichtig solche Impulse der Liebe für das gesellschaftliche Leben auch sein mögen, die öffentliche Verantwortung der Kirchen reicht weiter. Die Versöhnung Gottes mit der Welt hat auch einen unmittelbaren Bezug zu den Ordnungen und Strukturen, in welchen sich das Zusammenleben der Menschen vollzieht. Dieser Bezug bedeutet nicht, daß die Versöhnung Gottes mit der Welt zum Gestaltungsprinzip menschlicher Ordnungen wird, denn das würde zu einer heillosen Vermischung von Reich Gottes und Welt führen, wohl aber bedeutet der Bezug der Versöhnung Gottes mit der Welt zu den Ordnungen und Strukturen, daß diese daraufhin zu prüfen sind, ob sie die Annahme der Botschaft von der Versöhnung erleichtern oder erschweren und ob sie offen sind für die Aufrichtung vorlaufender Zeichen der Vervollendung der Welt. Wenn unsere Kirche in der Gemeinschaft der Weltchristenheit für die Religionsfreiheit eintritt, so ist das eben nicht nur ein Eintreten für die eigene Sache, sondern auch für die Gesellschaft, denn Religionsfreiheit ist ein entscheidendes Kriterium für die Gesellschaft als Rechtsgemeinschaft. Ein eindruckliches Beispiel der Relevanz des Evangeliums für die irdischen Ordnungen ist der Artikel IV (Rechtfertigung und Recht) der bekannten „Zehn Artikel über Freiheit und Dienst der Kirche“, in dem es heißt: „In Jesu Christi Kreuz und Auferstehung hat Gott den verlorenen Menschen gerecht gesprochen und ihn berufen, als der neue Mensch Gottes in seinem Reich zu leben. Auf dieses Ziel hin erhält Gott in seiner bewahrenden Güte die Welt und schützt er den Menschen in seinem Menschsein auch durch die Ordnung irdischen Rechts. Wohl lassen sich aus Gottes Gerechtigkeit keine für alle Zeiten gültigen Rechtsordnungen ableiten. Aber Gottes Gerechtigkeit gebietet, daß alles irdische Recht die Würde des von Gott geschaffenen und erlösten Menschen achtet und die Gleichheit aller vor dem Gesetz wahrt, daß es den Schutz der Schwachen sichert und Raum für die Verkündigung des Evangeliums und des Lebens in der Liebe zum Nächsten gewährt ...

Wo es keine Barmherzigkeit gibt, ist auch keine Gerechtigkeit.“

In diesen Sätzen wird das irdische Recht in seiner auf das Heil hin erhaltenden Funktion verstanden und menschliche Gerechtigkeit offen gehalten für Barmherzigkeit. Zugleich wird an diesem Artikel auch deutlich, daß öffentliche Verantwortung der Kirche nicht die Übernahme staatlicher Funktionen bedeuten kann. Hier ist an die auch heute noch in ihrer Formulierung unübertroffene V. These der Barmer Theologischen Erklärung zu erinnern, die den staatlichen Auftrag dahingehend beschreibt: „Unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden zu sorgen“.

Die Tatsache, daß die Existenz der Kirche und ihr Dienst immer auch politische und gesellschaftliche Auswirkungen haben und die mit der Sendung der Kirche unaufgebbare gesetzte öffentliche Verantwortung bedeuten gerade nicht eine Beteiligung an dem speziellen politischen Auftrag des Staates. Wohl aber gehört es zum unverzichtbaren Auftrag

der Kirche, daß sie „erinnert an Gottes Reich, Gottes Gebot und Gerechtigkeit und damit an die Verantwortung der Regierenden und Regierten“. Das aber heißt: Die Kirche regiert nicht mit, sie schreibt auch den Politikern keine politischen Rezepte vor, aber sie weist in der Proklamation der Versöhnung Gottes mit der Welt auf jene Grenzen und Markierungen hin, deren Beachtung für verantwortliches politisches Handeln zum Wohle der Menschen von entscheidender Bedeutung ist.

Dabei ist zu beachten, daß die Kirche diesen Dienst nur wahrnehmen kann in der Freiheit, zu der sie Christus befreit hat, und das bedeutet in der Bindung an ihn, die es ihr nicht erlaubt, sich beliebig politisch anzupassen oder preiszugeben. Sie wird daher um so glaubwürdiger sein, je mehr sie sich aufgerufen und ermächtigt weiß, in Wort und Tat der Versöhnung Gottes mit der Welt gleichnishaft zu entsprechen. Für die rechte Wahrnehmung öffentlicher Verantwortung in unserer Gesellschaft, in welcher das immanente Welt- und Selbstverständnis des dialektischen Materialismus als normativ für die Gesellschaft durchgesetzt werden soll, ist es entscheidend, daß die Kirche den Menschen hilft, über dieser so verstandenen Gesellschaft die Macht des Schöpfers und Erlösers zu glauben, durch den jeder ideologische Absolutheitsanspruch relativiert wird. Keine Gesellschaft, sie verstehe sich wie sie wolle, kann dem Schöpfer entlaufen, der in Christus die Welt mit sich versöhnt hat. Auch der entschlossene Wille, den dialektischen Materialismus für alle verbindlich durchzusetzen, kann Gott nicht hindern, uns in unserer Gesellschaft Gutes zu tun, *mit* deren Willen, *ohne* deren Willen und auch *gegen* deren Willen. Darin liegt die Chance der Freiheit zum Dienst, ohne sich der Normativität eines prinzipiell atheistischen Welt- und Selbstverständnisses zu beugen. Aus dem totalen Anspruch der marxistischen Ideologie zu folgen, und zwar unter Berufung auf den Anspruch Jesu Christi, daß eine Mitarbeit in dieser Gesellschaft weder erlaubt noch geboten sei, würde gesellschaftliche Macht mit der Allmacht des barmherzigen Schöpfers verwechseln und die uns in der Versöhnung mit Gott geschenkte Befreiung leugnen. Die innere Emigration wäre der Verzicht, aus der Versöhnungsbotschaft zu leben. Diese Erkenntnis aber entbindet nicht etwa die Kirche, sondern verpflichtet sie, in Wahrnehmung öffentlicher Verantwortung darum bemüht zu sein, daß die in der Versöhnung Gottes mit der Welt den Menschen geschenkte Würde und Freiheit in der Gesellschaft gewahrt, dem Freund-Feind-Denken im Interesse der Gemeinschaft aller Menschen gewehrt, bestehende Gegensätze nicht in unwahrhaftigem Versöhnlertum verschleiert, sondern in sachlichem, politischem Handeln ausgetragen werden und absolute Zielsetzungen, die zur Intoleranz und damit zur Entrechtung der Menschen führen, unterbleiben.

In der früheren Verfassung der DDR fand sich in Artikel 41, Absatz 4, Satz 2 ein ausdrücklicher Bezug auf die öffentliche Verantwortung der Kirche, wenn dort den Religionsgemeinschaften das Recht zugestanden wurde, „zu den Lebensfragen des Volkes von ihrem Standpunkt aus Stellung zu nehmen“. Man kann es bedauern, daß ein entsprechender Hinweis in der jetzt geltenden Verfassung fehlt. Aber entscheidend ist das nicht. Die letzte Begründung für die öffentliche Verantwortung der Kirche liegt nicht in verfassungsrechtlichen Ermächtigungen, sondern ist in dem Sendungsauftrag begründet, dem die Kirche gegenüber allen Bestreitungen gehorsam zu sein hat.

Das auch von uns bejahte Prinzip der Trennung von Staat und Kirche braucht durchaus keine Bestreitung der öffentlichen Verantwortung der Kirche zu sein. Erst wenn der Staat für sich in Anspruch nimmt, zu entscheiden, was die Kirche nicht sein darf, wird dieses Prinzip im Grundsatz entscheidend verändert. Dann soll es zur Durchsetzung des ideologischen Führungsanspruches des dialektischen Materialismus dienen und die Kirche aus dem öffentlichen Bereich verdrängen. Hier wird dann der Kirche nicht mehr ein freier Raum in der Gesellschaft zugestanden, sondern dieser Raum wird definiert, so daß die Kirche von eigenständiger Wahrnehmung ihrer Verantwortung für Menschen, Gesellschaft und Welt entbunden werden soll. Dieses ideologisch begründete Hinausdrängen der Kirche aus der Gesellschaft ist etwas anderes als die mit der Säkularisierung der modernen Welt sich vollziehende Entkirchlichung. Die Kirche kann sich nicht auf die Pflege der Vergangenheit und das rein Kultische beschränken und sich in ihrem öffentlichen Zeugnis auf den angenehmen Teil der Wahrheit eingrenzen lassen. Wenn die Veranstaltungsverordnung keine Kampfmaßnahme zur Einschränkung des kirchlichen Lebens sein soll, dann muß sie auch

entsprechend gehandhabt werden, d.h., dann ist eben eine Unterscheidung zwischen anmeldepflichtigen religiösen Veranstaltungen nicht möglich und müssen alle religiösen Veranstaltungen als anmeldefrei gelten. Darin sind sich alle evangelischen Kirchen in der DDR einig. Darum können wir die ergangenen Strafbescheide nur bedauern. Wir stehen zu den Mitarbeitern der Kirche, die gemäß den Beschlüssen der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen des Bundes die Freiheit der Religionsausübung mit ihrem Verhalten verteidigt haben.

Zur öffentlichen Verantwortung gehört der Einsatz für die Leidenden und Entrechteten, die es in jeder Gesellschaft gibt. Denn auch in der besten Gesellschaftsordnung bleibt der Mensch Sünder. Daher kann sich die Kirche die Behauptung nicht zu eigen machen, daß im Sozialismus die objektive Notwendigkeit einer öffentlichen Verantwortung der Kirche entfielen, weil die Qualität des Sozialismus eine solche ausschliesse. In diesem Zusammenhang ist es sehr lehrreich, an die gesetzliche Regelung der Abtreibung, wie sie in der DDR gilt, zu erinnern. Die jetzt geltende Fristenregelung stellt angesichts der mit staatlichen Zwangsmitteln nicht zu bewältigenden Sünde illegaler Abtreibungen in bestem Falle das geringere Übel dar. Zugleich wird damit die Tatsache offenbar, daß auch unsere Gesellschaft mit einer großen Anzahl von Männern und Frauen zu rechnen hat, die sich nicht gegenseitig in ihrem menschlichen Personsein wirklich achten und darum den Geschlechtsverkehr von dem personalen Gegenüber in Liebe und Treue trennen. Darüber hinaus wird sichtbar, daß auch unsere Gesellschaft es hinnehmen muß, daß selbst innerhalb geschlossener Ehen das werdende Kind in seinem Mensch-Sein nicht geachtet wird, sondern die schwangere Frau meint, eigenmächtig über sein Sein oder Nicht-Sein entscheiden zu können, in nicht wenigen Fällen vom männlichen Partner zur Abtreibung gedrängt. Die hier von der Kirche durch den Brief der Bischöfe und verschiedene Handreichungen wahrgenommene öffentliche Verantwortung ist Hilfe für die Gesellschaft gerade dort, wo die Grenzen staatlicher Gesetzgebung offenbar sind. Mir ist übrigens auch nicht bekannt geworden, daß man diese Wahrnehmung unserer öffentlichen Verantwortung staatlicherseits beanstandet habe.

Wenn wir uns auf die öffentliche Verantwortung der Kirche in der gegenwärtigen Stunde besinnen, können wir nicht daran vorübergehen, daß im November vorigen Jahres der Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland paraphiert und im Dezember unterschrieben worden ist. Die beiden deutschen Staaten (ich zitiere nun wörtlich die Präambel und einige Artikel)

„eingedenk ihrer Verantwortung für die Erhaltung des Friedens,
in dem Bestreben, einen Beitrag zur Entspannung und Sicherheit in Europa zu leisten,
in dem Bewußtsein, daß die Unverletzlichkeit der Grenzen und die Achtung der territorialen Integrität und der Souveränität aller Staaten in Europa in ihren gegenwärtigen Grenzen eine grundlegende Bedingung für den Frieden sind,
in der Erkenntnis, daß sich daher die beiden deutschen Staaten in ihren Beziehungen der Androhung oder Anwendung von Gewalt zu enthalten haben,
ausgehend von den historischen Gegebenheiten und unbeschadet der unterschiedlichen Auffassungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland zu grundsätzlichen Fragen, darunter zur nationalen Frage,
geleitet von dem Wunsch, zum Wohle der Menschen in den beiden deutschen Staaten die Voraussetzungen für die Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland zu schaffen,
sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Die Deutsche Demokratische Republik und die Bundesrepublik Deutschland entwickeln normale gutnachbarliche Beziehungen zueinander auf der Grundlage der Gleichberechtigung.

Artikel 2

Die Deutsche Demokratische Republik und die Bundesrepublik Deutschland werden sich von den Zielen und Prinzipien leiten lassen, die in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegt sind, insbesondere der souveränen Gleichheit aller Staaten, der Achtung der

Unabhängigkeit, Selbständigkeit und territorialen Integrität, dem Selbstbestimmungsrecht, der Wahrung der Menschenrechte und der Nichtdiskriminierung.

...

Artikel 5

Die Deutsche Demokratische Republik und die Bundesrepublik Deutschland werden friedliche Beziehungen zwischen den europäischen Staaten fördern und zur Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa beitragen.“

Da die Evangelischen Kirchen in der DDR ihren Zusammenschluß im Bund als Zeugnis- und Dienstgemeinschaft in der DDR verstehen, werden sie zu prüfen haben, was dieser Vertrag für ihr Reden und Handeln bedeutet. Während etwa bis 1955 die Evangelischen Kirchen in Deutschland für die Wiedervereinigung des deutschen Volkes als sittliche Notwendigkeit und berechtigtes nationales Anliegen im Zusammenhang mit dem Frieden in Europa eintraten, setzte sich in den Jahren danach bei ihnen immer mehr die Erkenntnis durch, daß die nationale Frage einer europäischen Friedensordnung ein- und unterzuordnen sei. Stationen dieser wachsenden Besinnung waren die theologische Erklärung der Synode der E.K.i.D. 1956, die Erklärung über die Verwerfung der Massenvernichtungsmittel durch die Synode der EKU 1957, das „Notwort“ der EKU-Synode 1959, die sogenannte Ostdenkschrift der E.K.i.D. 1965 und schließlich die E.K.i.D.-Studie „Friedensaufgaben der Deutschen“ vom 1. 3. 1968.

In dieser Studie heißt es: „Die deutsche Frage läßt sich jedoch nicht isoliert lösen. Sie ist mit den Friedensaufgaben in Europa und der Welt eng verknüpft. An der Verantwortung für diese Aufgaben haben die Deutschen Anteil. Wenn sie ihre Verantwortung dafür wahrnehmen, fördern sie auch ihre eigene Sache“ (Seite 5). „Die Friedenssicherung wird zur beherrschenden gemeinsamen Aufgabe in einer Welt, die als Gefahrengemeinschaft und als zivilisatorische Einheit langsam zusammenwächst“ (Seite 7). „Nach allem, was anderen Völkern im deutschen Namen angetan wurde, nach der Vertreibung vieler Millionen Deutscher aus ihrer Heimat und nach der Wiederaufbauhilfe, die Deutschen von ehemaligen Gegnern gewährt wurde, sind wir in besonderem Maße zur Solidarität und brüderlichen Mitverantwortung aufgerufen. Wo diese Solidarität geübt wird, innerhalb eines der beiden Teile Deutschlands, zwischen ihnen, gegenüber ihren Nachbarn, vor allem aber gegenüber den Entwicklungsländern, geschieht dies im Namen und Interesse der Deutschen und dient dem Frieden“ (Seite 14). Während einer langen „Zeitspanne werden wir mit der Existenz zweier politischer Ordnungen rechnen müssen. Ihr Verhältnis zueinander muß vom Gegenüber des Kalten Krieges wegführen und über ein geregeltes Nebeneinander zum konstruktiven Miteinander hinleiten“ (Seite 14c). „Die Deutschen sollten ... sich nicht in gegenwärtige unlösbaren internen Gegensätzen verstricken, sondern sich wechselseitig den Blick für die gemeinsamen Aufgaben gegenüber den Nachbarationen und der Welt weiten und damit zur Sicherung des Friedens beitragen“ (Seite 15c).

Nach Gründung zweier deutschen Staaten und ihrer Integration in das östliche und westliche Bündnissystem stehen wir m.E. mit dem Abschluß des oben genannten Vertrages an dem bisher bedeutendsten Einschnitt der deutschen Nachkriegsgeschichte. Für das Verständnis dieses Vertrages ist die Präambel und besonders der Hinweis auf die gemeinsame Verantwortung für den Frieden von entscheidender Bedeutung. Was in diesem Vertrag bestimmt wird, muß in diesem Horizont gesehen werden. Durch den Vertrag erkennen sich die beiden deutschen Staaten gegenseitig an, verknüpfen mit dieser Anerkennung aber die Absicht und die Verpflichtung, „normale gutnachbarliche Beziehungen“ zu entwickeln (Artikel 1), „erklären ihre Bereitschaft, im Zuge der Normalisierung ihrer Beziehungen praktische und humanitäre Fragen zu regeln“ und entsprechende Abkommen zu schließen (Artikel 7). Die gegenseitige staatliche Anerkennung darf nicht isoliert gesehen werden. Sie will vielmehr als Schritt auf dem Wege zu einer europäischen Friedensordnung verstanden werden und soll um dieses Zieles willen die Kommunikation der Menschen in beiden Staaten untereinander erleichtern und fördern. Gegenseitige Anerkennung geschieht also in Anerkennung gemeinsamer Friedensaufgaben (Präambel und Artikel 5). Die nationale Frage, in der sich die beiden deutschen Staaten nicht einigen konnten, ist damit nicht erledigt, wohl aber der gemeinsamen Verantwortung für den Weltfrieden unterstellt. In die-

sem Zusammenhang ist auch das Memorandum des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der DDR zum Antrag der DDR auf Aufnahme in die Organisation der Vereinten Nationen (veröffentlicht am 28. September 1966) in Erinnerung zu rufen. Darin heißt es: „Wer ernsthaft das deutsche Volk bei der Wiedervereinigung unterstützen will, muß von den bestehenden Realitäten, der Existenz zweier souveräner deutscher Staaten, ausgehen. Die Mitgliedschaft der beiden deutschen Staaten in den Vereinten Nationen, die Normalisierung der Beziehungen zwischen ihnen und die Verständigung über die entscheidenden Lebensfragen der deutschen Nation sind zugleich der einzige Weg, um den Graben der Spaltung Deutschlands allmählich zuzuschütten. Nur auf diesem Wege wird es möglich sein, in einer längeren Periode die Voraussetzungen zu schaffen, damit das ganze deutsche Volk in einem einheitlichen demokratischen deutschen Staat in Verwirklichung der Prinzipien von Potsdam und der Grundsätze der Vereinten Nationen seinen gleichberechtigten Platz an der Seite aller Völker einnehmen kann.“

Die zu erwartende Aufnahme beider deutscher Staaten in die UNO unterstreicht die Notwendigkeit, das Zusammenleben innerhalb der beiden deutschen Staaten und die Entwicklung ihrer Beziehungen zueinander entsprechend der Charta der Vereinten Nationen und der Deklaration der Menschenrechte zu gestalten und umzugestalten. Die gegenseitige Anerkennung als Staaten kann also nicht Ziel des Vertrages sein, sondern dient als Ausgangsbasis zur Erreichung einer Friedensordnung in Europa, die ihrerseits wiederum dem Weltfrieden zu dienen hat. Die DDR hat ihre Aufnahme in die UNO mit besonderer Entschlossenheit angestrebt. Mit der Erreichung dieses Zieles gewinnt sie eine neue Qualität, denn sie tritt in eine Weltverantwortung ein, die ihr Staatsverständnis beeinflusst und auf die hin sie angesprochen werden kann und muß.

Mit der der Kirche aufgetragenen Botschaft von der Versöhnung ist das verantwortliche Eintreten für den Frieden in der Welt untrennbar verbunden. Darum ist es der Kirche vom Evangelium her geboten, unseren Staat hinsichtlich der nach Abschluß des Vertrages zu erwartenden Aufnahme in die UNO auf seine Weltverantwortung hin anzusprechen. Es dient nicht dem Frieden, wenn Vertreter der Kirche so reden und handeln, als wäre die DDR eine isolierte, höchstens in den Warschauer Vertrag bzw. „das Lager des Sozialismus“ eingebundene Größe, an die sich die kirchlichen Sprecher und Gremien fixieren lassen.

Im Zusammenhang mit dem Vertrag zwischen den beiden deutschen Staaten hat bei nicht wenigen Gemeindegliedern die Betonung des dialektischen Verhältnisses von Entspannung und Abgrenzung Beirung ausgelöst. Hier sollte man sorgfältig differenzieren. Der Vertrag ist nicht von irgendwelchen Theorien der Konvergenz her zu verstehen, sondern von den Beteiligten in klarem Wissen um die unterschiedlichen, ja gegensätzlichen Gesellschaftsordnungen abgeschlossen worden. Sofern es bei „Abgrenzung“ um Wahrung der eigenen Identität und der Errungenschaften unserer Gesellschaft geht, ist dies ein legitimes Anliegen und muß nicht dem Willen zur Entspannung widersprechen. Anders dagegen liegt es, wenn Abgrenzung innenpolitisch Verstärkung eines ideologischen Absolutheitsanspruches mit der unvermeidlichen Folge zunehmender Intoleranz beinhaltet. Dafür ein Beispiel. Der Chor des Predigerseminars Wittenberg war in guter Harmonie mit dem Personal des Elbe-Elster-Theaters an Proben für die Aufführung des „Fliegenden Holländers“ beteiligt. Einen Tag vor der Premiere wurde dem Chor eröffnet, daß er nicht mitsingen dürfe, da keinem, der der Kirche diene, eine Mitwirkung an staatlichen Veranstaltungen gestattet sei. In den nachfolgenden Gesprächen wurde der Zusammenhang dieser Maßnahme mit der sogenannten ideologischen Abgrenzung nicht geleugnet. Wird Entspannung und Abgrenzung in dieser Weise als dialektisches Prinzip verstanden, dann muß sich das hemmend für den Frieden auswirken. Man kann nicht außenpolitisch koexistieren und innenpolitisch diffamieren!

Fragt man nach dem Beitrag der Evangelischen Kirchen in der DDR zu den mit dem Vertrag zwischen den beiden deutschen Staaten im Interesse des Friedens allen Bürgern gestellten Aufgaben, so ist positiv festzuhalten: Die Kirchen sollten unter der Versöhnungsbotschaft bewußtseinsbildend auf folgendes hinweisen:

1. Die unter den Verhältnissen unserer Welt zur Frage der Existenz überhaupt gewordene friedliche Koexistenz kann nicht Ziel, sondern muß Ausgangspunkt sein für eine neue

Völkerordnung, die wachsende Zusammenarbeit ermöglicht, gegenseitiges Verstehen fördert, menschliche Kommunikation erleichtert, Gegensätze entschärft und Grenzen durchlässiger macht.

2. Zur Verantwortung für den Frieden in der Welt gehört unabdingbar, daß die sogenannten reichen Völker, zu denen auch die Deutschen in beiden Staaten gehören, ihre gemeinsame Verpflichtung gegenüber den armen Nationen anerkennen. Daran ist besonders zu erinnern, weil darüber im Vertrag nichts gesagt ist. Sowohl auf der Tagung des Zentralaussschusses des Ökumenischen Rates der Kirchen in Utrecht als auch auf dem Brüsseler Forum für europäische Sicherheit und Zusammenarbeit ist darauf hingewiesen worden, daß die europäische Zusammenarbeit unter Berücksichtigung der Verantwortung Europas gegenüber den Entwicklungsländern hergestellt werden muß.

3. Die im Vertrag in Aussicht genommene Kooperation bedarf angemessener Rechtsformen, die die Verpflichtungen beider Staaten verbindlich festlegen. Jede Unterwanderung der Kooperation verstößt gegen das Ziel des Friedens und ruft neue Spannungen hervor. Daß diese rechtlichen Vereinbarungen viel Geduld auf beiden Seiten erfordern, ist ebenso klar. Der Wunsch, zum Wohle der Menschen in der DDR und BRD Verhandlungen zu führen, ist in geeigneter Weise zu fördern. Dazu gehören z.B.

verantwortungsbewußtes und wahrhaftiges Verhalten bei Begegnungen mit Bürgern aus der Bundesrepublik: hier dürfen weder euphorische noch nihilistische Töne einen Platz haben;

Eintreten für Zusammenarbeit im Gesundheitswesen, wie Eintreten für Ausbau von wissenschaftlichen Kontakten einschließlich Fachliteraturaustausch, damit den Menschen dadurch geholfen wird.

4. Die friedliche Koexistenz widerspricht sich selbst, wenn sie sich nicht zu immer größerer Kommunikation der Menschen beider Staaten entwickelt. Wer den Frieden will, muß die Begegnung der Menschen ermöglichen. Dazu gehört allerdings auch ein verantwortungsbewußtes Verhalten aller Bürger gegenüber unserer Gesellschaft. Wir sollten nicht vergessen, daß die gewiß noch unbefriedigende Lage unserer Reisemöglichkeiten nicht ohne die Schuld derer zustande gekommen ist, die aus oft sehr eigensüchtigen Motiven die Republik verlassen haben. Wenn wir uns als Kirche für die dem Frieden dienende Begegnung der Menschen einsetzen, müssen wir aber auch solcher Eigensucht entgegenwirken und zugleich dafür eintreten, daß *alle* in unserer Gesellschaft jenes Maß an Recht und Freiheit finden, das zu einem sinnvollen Leben gehört. Die Zusammenführung getrennter Familienglieder, sowie das Recht Verlobter, am Ort der eigenen Wahl ihr gemeinsames Leben zu führen, sind elementare Anliegen, denen zu entsprechen ist.

5. Die Koexistenz, die zur Zusammenarbeit führen muß, darf den gegenseitigen Austausch von Informationen und Ideen nicht ausschließen, auch wenn ein solcher Austausch sich gewiß nur Schritt für Schritt verwirklichen läßt. Es ist darum sehr zu begrüßen, daß auf dem schon erwähnten Brüsseler Forum angeregt wurde: „... die Schaffung einer europäischen Kulturzeitschrift für Dialog und Ideenaustausch, ohne irgend eine Tendenz, die zur Ausdehnung des Humanismus ihren Beitrag leistet, auszuschließen.“ Die Frage der Information berührt die öffentliche Verantwortung der Kirche entscheidend, weil es dabei um die Wahrheit und die mündige Mitarbeit der Menschen in unserer Gesellschaft geht. Mündige Mitarbeit aller gibt es aber nur dort, wo der volle Zugang zur Information nicht einer kleinen Schicht vorbehalten bleibt. Da bei uns die Menge der Bürger auf eine bereits ausgewählte und kommentierte Information angewiesen ist, verfallen viele oft unkritisch den westlichen Massenmedien, so daß man von ihrer Existenz sagen muß: Ost bei Tag und West bei Nacht. Dieser Zustand erschwert ein urteilsfähiges und verantwortungsbewußtes Wirken in allen Aufgaben, die heute jeder Gesellschaft im Horizont des Weltfriedens gestellt sind.

6. Koexistenz und Kooperation der Machtblöcke heben sich selbst auf, wenn sie nicht dazu führen, daß im Zusammenleben der Menschen in der Gesellschaft Koexistenz und also echte Toleranz erreicht wird. Damit ist die Frage nach der Geltung der Menschenrechte gestellt. Beide deutsche Staaten haben sich in Artikel 2 des Vertrages zu ihrer Wahrung verpflichtet. In der feierlichen Deklaration des Brüsseler Forums heißt es: „Die Erhaltung und Festigung der Sicherheit in Europa und in der ganzen Welt sind eng verbunden mit

der Erweiterung der Demokratie wie auch der Respektierung der von den Vereinten Nationen formulierten Menschenrechte.“ Wir sollten als Kirche diesen Hinweis auf den Zusammenhang von europäischer Sicherheit und Wahrung der Menschenrechte für unseren Dienst öffentlicher Verantwortung besonders beachten. Auf der schon erwähnten Tagung des Zentralausschusses des Ökumenischen Rates der Kirchen in Utrecht wurde von der Kommission für internationale Angelegenheiten in der Erklärung zur europäischen Sicherheit und Zusammenarbeit empfohlen, „Übereinkommen über das Verständnis und die Gewährleistung von Bürgerrechten und freier Religionsausübung“ zu schließen.

Diese Anregung ist wichtig und hilfreich, denn gerade beim Verständnis der grundlegenden Menschenrechte wie Religionsfreiheit, Glaubens- und Gewissensfreiheit, Meinungsfreiheit und Gleichberechtigung liegen die Probleme. Wesentliche Menschenrechte sind in unserer Verfassung verankert. Die Frage aber ist, wie sie zu verstehen sind. Menschenwürde, Freiheit, Rechtsgleichheit usw. sind im Marxismus-Leninismus an das Maß der Leistung für den Sozialismus gebunden, werden also auf Grund erfüllter Bedingungen nachträglich zugesprochen. Damit aber werden Menschenwürde und die mit ihr verbundenen Freiheiten wie Grundrecht in ihrem Wesen verkannt. Sie sind das, was sie sind, nur, wenn sie als dem Menschen vorgegeben anerkannt und nicht unter das Soll einer bestimmten Gesinnung gebeugt werden. Der letzte Grund für dieses Vorgegebensein, das in der bekannten Erklärung der Vereinten Nationen naturrechtlich begründet wird, liegt in Gottes Schöpfung und Erlösung. Die Anerkennung dieses Vorgegebenseins ist ein unbewältigtes Problem in unserer Gesellschaft. Das hängt damit zusammen, daß unsere Gesellschaft sich als Einheitsgesellschaft unter den ideologischen Führungsanspruch einer Partei formieren soll, und das in einem Volk, in welchem bereits seit der Reformation, dann aber besonders durch die seit der Aufklärung bedingte geschichtliche Entwicklung eine Mehrheit von Überzeugungen und Weltauffassungen besteht und bestehen wird. Anerkennung des Vorgegebenseins der grundlegenden Menschenrechte bedeutet die Respektierung dieser Pluralität und damit echte Toleranz, durch die zwar der ideologische Führungsanspruch der Partei nicht aufgehoben, aber begrenzt wird.

Bemerkenswert ist der Versuch, die Spannung zwischen ideologischem Führungsanspruch und Toleranz bei der gesellschaftlichen Zusammenarbeit von Christen und Marxisten durch die Behauptung von der Erfüllung der ursprünglichen christlichen Ideale durch den Sozialismus zu lösen. Hierbei darf der Christ zwar aus seinem Glauben Impulse der Liebe einbringen, inhaltlich normativ für sein gesellschaftliches Handeln ist aber allein der Sozialismus. Dieser Lösungsversuch scheitert daran, daß das Evangelium grundsätzlich jeder Privatisierung widersteht und die Nachfolge Jesu nicht mit der sozialistischen Moral deckungsgleich ist. Die Forderung nach Anerkennung des Vorgegebenseins der grundlegenden Menschenrechte und damit nach echter Toleranz ist unausweichlich.

Das zeigt besonders die Entwicklung auf dem Bildungssektor. Bereits im Jahre 1963 hat unsere Kirchenleitung in einem Memorandum zum Entwurf eines Jugendgesetzes darauf hingewiesen, daß das weltanschauliche Erziehungsziel des geplanten einheitlichen Bildungs- und Erziehungssystems bedeute, die marxistisch-leninistische Weltanschauung zur Grundlage aller Lebensformen zu machen, und unser Staat dann „die Glaubens- und Gewissensfreiheit für alle diejenigen nicht mehr festhalten (könne), die diese Weltanschauung aus ernster Überzeugung sich nicht zu eigen machen können“. Mit Sorge wurde der Regierung zu bedenken gegeben, daß sie „damit einen Weg (beschreite), der für alle, die mit Ernst Christen sein wollen, dazu führt, entweder Christus zu verleugnen oder zu leiden“. Wie berechtigt diese Sorge war, zeigt die Lage im Bildungs- und Erziehungswesen, die in zunehmendem Maße für christliche Kinder und Eltern unannehmbar wird. Das ist auf den Tagungen der Synoden der evangelischen Landeskirchen in letzter Zeit immer deutlicher zum Ausdruck gekommen. Wohl weiß ich, daß einzelne Lehrer auch als überzeugte Marxisten mit klarem ideologischen Standpunkt ein so hohes Maß an Respekt vor der Glaubens- und Gewissensfreiheit der nicht an die marxistische Ideologie gebundenen Schüler haben, daß sie einen Raum der Entscheidungsfreiheit offen zu halten wissen. Ihnen haben wir ebenso zu danken wie den christlichen Lehrern, die bei Vermittlung der Kenntnis des Marxismus-Leninismus sich der durch den christlichen Glauben gesetzten Grenzen bewußt bleiben und nicht zum Atheismus erziehen wollen. Aber der gute Wille einzelner reicht

nicht aus, um die überaus ernste Gesamtsituation zu ändern. Es geht dabei um mehr als die Tatsache, daß sich bewußt zu Christus bekennende Schüler kaum noch die Möglichkeit haben, ihr Abitur zu machen und zum Studium zugelassen zu werden. Es geht überhaupt nicht nur um einzelne Fälle. Es geht um ein Klima, in dem der christliche Glaube unserer Kinder zerstört wird. Eltern werden durch Lehrerbesuche gedrängt, ihre Kinder nicht mehr zur Christenlehre zu schicken; Kinder melden sich vom kirchlichen Unterricht ab unter dem Druck von Kollektivbeschlüssen ihrer Klasse. Konfirmanden sagen ihrem Bischof unter vier Augen: „Ich meine auch, daß die Jugendweihe gegen das 1. Gebot ist, aber ich hätte es in der Schule nicht ausgehalten, wenn ich nicht teilgenommen hätte.“

Es geht um eine Atmosphäre der Angst, in welcher Eltern aus Sorge um ihre Existenz und das Fortkommen ihrer Kinder uns ihre Nöte oft nur unter dem Siegel der Verschwiegenheit anvertrauen. Es geht im Ganzen auch dort, wo es nicht zu irgendwelchen spektakulären Fällen kommt, um einen Prozeß mit dem deutlich erkennbaren Ziel, christliche Unterweisung und Erziehung unserer Kinder unwirksam, wenn nicht überhaupt unmöglich zu machen. Das alles ist nicht recht vor Gott, der uns alle zur Versöhnung ruft und dem wir alle Rechenschaft schulden, wir wissen's oder wissen's nicht. Das alles muß grundlegend geändert werden, so daß die Glaubens- und Gewissensfreiheit zur vollen Geltung kommt.

Mit der Aufnahme in die UNO wird unser Staat teilnehmen an der weltweiten Verantwortung für den Frieden, die Gemeinschaft der Völker und die Durchsetzung der Menschenrechte in allen Kontinenten. Das aber muß für unsere Gesellschaft zur Folge haben: Menschenwürde wie allgemeine Menschenrechte werden als dem Menschen vorgegeben anerkannt und nicht unter die Bedingung einer bestimmten Gesinnung gestellt. Das bedeutet echte Toleranz und damit den grundsätzlichen Verzicht, die marxistisch-leninistische Weltanschauung unter Einsatz staatlicher Autorität und Macht bei allen Bürgern durchzusetzen. Jeder Führungsanspruch gewinnt an innerer Autorität, wenn er Freiheit entbindet und Hilfe zu mündiger Selbstverantwortung gibt. Die Gemeinschaft der Menschen in unserer Gesellschaft wird in dem Maße wachsen, in dem Vertrauen gewährt wird, einer den anderen in seiner Überzeugung achtet und die verschiedenen Meinungen und Auffassungen sich in freier Aussprache durch die Kraft der Argumente zu bewähren haben. Nur so kann unser Staat einen überzeugenden Beitrag für den Frieden in der Welt leisten. Nur so kann unsere Gesellschaft eine Gesellschaft werden, in der einer des anderen Freund ist.

Mit dem, was ich ausgeführt habe, wollte ich zeigen, in welcher Richtung unsere Kirche heute unter der Botschaft von der Versöhnung ihre öffentliche Verantwortung wahrzunehmen hat.

Ich weiß wohl, daß es nicht in unserer Macht steht, die Herzen der Mächtigen zu lenken. Das steht in Gottes Macht, aber seiner Macht dürfen wir vertrauen. Er wird – es komme, was da wolle – das Ja, das er in Christus zur Welt gesprochen hat, nicht zurücknehmen. Darin liegt unsere Hoffnung für die Welt. Er wird seine Kirche nicht verlassen, wenn wir ihm treubleiben. Wir werden ihm aber nur treubleiben können, wenn wir wieder lernen, aus seinem Wort zu leben, und das heißt ganz schlicht, mit der Bibel zu leben. Nur so wird uns die Freiheit von der Sorge, der Angst und der Furcht vor Menschen und Mächten geschenkt werden zu dankbarem Dienst an seinen Geschöpfen.

„Wir bitten, daß der Glaube
nicht in der Furcht vergeht,
und daß die mächt'ge Taube
uns stärke im Gebet.“

Bei zwei Gelegenheiten zeigte der evangelische Kirchenbund in der DDR seine Entschlossenheit, kirchlich in Öffentlichkeit und Gesellschaft hineinzuwirken. Dies waren zunächst die „X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten“, die vom 28. Juli bis 5. August 1973 in Berlin (Ost) stattfanden. Der Kirchenbund trat durch Diskussionsabende, eine Informationsausstellung sowie einen ökumenischen Gottesdienst in der Marienkirche in Erscheinung. Bischof Albrecht Schönherr hielt in der Berliner Mission am 1. August ein Referat: „Aufgabe und Ge-

stalt der Kirche in der DDR“, woran sich eine Fragestunde anschloß. Wolf-Dietrich Gutsch, Vorsitzender des Ökumenischen Jugendrates in Europa, hielt ein Festival-Seminar über das Thema: „Die gläubige Jugend und ihr Engagement für Frieden und gesellschaftlichen Fortschritt“ (Text s. „Standpunkt“, Heft 9/73).

Als ungleich gewichtiger, folgenreicher und auch umstrittener erwies sich die Tatsache, daß der evangelische Kirchenbund in der DDR sich an dem Weltkongreß der Friedenskräfte vom 25. bis 31. Oktober 1973 in Moskau offiziell beteiligte. Dazu entsandte er eine Delegation, bestehend aus Bischof Horst Gienke (Greifswald), Kirchenpräsident Eberhard Natho (Dessau) und Oberkirchenrätin Christa Lewek vom Sekretariat des Kirchenbundes, in die 53köpfige „nationale Delegation“ der DDR, die an diesem von ca. 3500 Delegierten „nichtstaatlicher Organisationen“ beschickten Kongreß teilnahm. Die DDR-Delegation stand unter der Leitung von Professor Albert Norden, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED. Schon diese Modalitäten der Beteiligung lassen vermuten, daß der Kirchenbund bewußt die Möglichkeit ergriff, der gesellschaftlichen Verantwortung der Kirche einen konkreten Ausdruck zu geben. Man darf dabei nicht übersehen, daß dies zur gleichen Zeit geschah, in der parallel dazu die gesellschaftliche Bedeutung der Kirche in der DDR mehr und mehr verneint wurde. Die nachstehend wiedergegebene Dokumentation läßt erkennen, wie sehr dem Kirchenbund daran gelegen war, einem Mißbrauch der kirchlichen Beteiligung und einer der Kirche unzumutbaren Abhängigkeit von vornherein entgegenzuwirken.

Die Einladung zur Teilnahme des Kirchenbundes an dem Weltkongreß hatte der Generalsekretär des Weltfriedensrates Romesh Chandra an Bischof Schönherr mündlich überbracht. Dieser bestätigte die Einladung und die Teilnahme des Kirchenbundes durch folgendes Schreiben:

Bund der Evangelischen Kirchen
in der DDR
– Der Vorsitzende –
104 Berlin

17. 9. 1973

Herrn Romesh Chandra
Generalsekretär des Weltfriedensrates
00180 Helsinki/Finnland – 18

Sehr geehrter Herr Chandra!

Gern erinnere ich mich Ihres Besuches vom 29. 7. 1973 bei mir. Die persönliche Begegnung war mir sehr wichtig. Sie waren so freundlich, mich zum Weltkongreß der Friedenskräfte, der im Oktober d. J. in Moskau stattfinden soll, einzuladen. Ich habe mein lebhaftes Interesse dafür zum Ausdruck gebracht. Inzwischen ist bekannt geworden, daß der Termin dieses Treffens auf den 25.–31. 10. verschoben worden ist. In dieser Zeit findet eine wichtige Synode meiner Kirche statt, von der ich als Vorsitzender unmöglich fernbleiben kann.

Ich freue mich aber, Ihnen mitteilen zu können, daß das leitende Organ des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in seiner Sitzung am 8. 9. d. J. beschlossen hat, Herrn Bischof Gienke, Greifswald, und Herrn Kirchenpräsident Natho, Dessau, um die Teilnahme am Weltkongreß der Friedenskräfte zu bitten. Sie hat diesen Beschluß in der Erwartung gefaßt, daß es den Teilnehmern christlichen Glaubens möglich sein wird, daß sie ihren Bei-

trag eigenständig leisten können, und daß dieser in seiner Substanz unverkürzt publiziert werden kann. Darüber bestand, wenn ich mich recht erinnere, volle Übereinstimmung zwischen Ihnen und mir. Daß diese Erwartung erfüllt wird, wird für die in Aussicht genommene Weiterarbeit von großer Bedeutung sein.

Zugleich möchte ich mir erlauben, folgende Gedanken auszusprechen. Der Name „Weltkongreß der Friedenskräfte“ hat einen ausschließlichen Klang. Wer sich nicht beteiligt oder nicht beteiligt wird, steht in der Gefahr, nicht unter die „Friedenskräfte“ zu rechnen. Ich habe keine Übersicht darüber, ob außer dem Weltrat der Kirchen und dem Lutherischen Weltbund noch andere kirchliche Organisationen eingeladen worden sind. Das wäre wohl nötig.

Außerdem scheint sich mir eine gewisse Ungleichgewichtigkeit zu ergeben, wenn in den sozialistischen Staaten einzelne Kirchen, sonst aber größere kirchliche Zusammenschlüsse eingeladen worden sind.

Es liegt mir am Herzen, Ihnen und allen Verantwortlichen für die Durchführung des Weltkongresses vollen Erfolg zu wünschen. Die Welt sehnt sich nach einem umfassenden und tief fundierten Frieden. Möge der Kongreß dazu einen Schritt weiterführen.

Mit dem Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung
verbleibe ich

Ihr sehr ergebener
D. Schönherr, Bischof

Auf einer nationalen Vorbereitungstagung der DDR am 12. September 1973 in Berlin (Ost) hielt Oberkonsistorialrat Juergensohn, damals stellvertretender Vorsitzender der Konferenz der Kirchenleitungen, folgende Ansprache:

ANSPRACHE VON OBERKONSISTORIALRAT JUERGENSOHN AUF EINER BEGEGNUNG AM 12. SEPTEMBER 1973 IN BERLIN (OST)

Es ist mir als einem Stellvertreter des Vorsitzenden die ehrenvolle Aufgabe zugefallen, Ihnen die Grüße der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der Deutschen Demokratischen Republik und ihres Vorsitzenden, Bischof Schönherr, vor allem aber unsere guten Wünsche für ein Gelingen Ihrer Bemühungen um den Frieden auszusprechen. Wir sind uns bewußt, daß der Einsatz für den Frieden heute zu der wichtigsten und vornehmsten Aufgabe der Menschheit geworden ist. Krieg darf kein Mittel der Politik mehr sein. Aber von dieser Erkenntnis bis zur Gewinnung, Sicherung und Festigung des Friedens ist ein weiter Weg.

Auf diesem Wege sind bereits wichtige Schritte zurückgelegt worden, so bei dem Forum in Brüssel. In den Dokumenten jener Tagung sind nicht nur Ziele genannt, die um der Entspannung in Europa willen kurzfristig angestrebt werden sollten – so z.B. die Aufnahme beider deutscher Staaten in die Vereinten Nationen –, sondern es sind die Prinzipien aufgezeigt, deren Beachtung den von der ganzen Menschheit ersehnten Frieden näherbringt. An die Völker und Regierungen, an die gesellschaftlichen und politischen Gruppierungen verschiedenster Art und Herkunft ist von dort der Appell ergangen, eine Atmosphäre des Vertrauens und des gegenseitigen Verstehens zu schaffen. Wir begrüßen es, daß in Brüssel betont worden ist, wie eng Sicherheit und Frieden mit der Achtung der von den Vereinten Nationen formulierten Menschenrechte zusammenhängen. Verzicht auf Gewaltanwendung und Gewaltandrohung, der Einsatz für den Geist des Friedens und der gegenseitigen Achtung hilft der Menschheit, einen Frieden zu gewinnen, der auf dem Prinzip der Toleranz beruht und darum Dauer verspricht.

Der Bund der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik ist sich der Verpflichtung bewußt, der Verantwortung gerecht zu werden, die ihm durch seine Stellung als Kirche im Sozialismus zugewiesen ist. Wir haben in Schwerin erklärt, daß wir bereit sind, in der Freiheit und Bindung des Glaubens mitzutun, in unserer Gesellschaft menschliches Leben zu erhalten und zu bessern und Gefahr für menschliches Leben abwenden zu helfen. Diese Bereitschaft muß sich auch in ihrem Einsatz für den Frieden messen lassen.

Gemäß den in Brüssel deklarierten Prinzipien sind die Einladungen zum Weltkongreß der Friedenskräfte in Moskau auf eine breite Basis gestellt worden. Wir begrüßen es, daß schon in dieser Konzeption die Toleranz als anzuwendendes Prinzip verankert ist. Wir hoffen, daß wir als solche, denen die Botschaft von der Versöhnung Christi aufgetragen ist, einen konstruktiven Beitrag leisten können.

Die Vertreter des Kirchenbundes beim Weltkongreß in Moskau berichteten der Konferenz der Kirchenleitungen. Darüber erging folgende offizielle Verlautbarung:

DELEGIERTE DES KIRCHENBUNDES BERICHTETEN ÜBER WELTKONFERENZ IN MOSKAU

Im Rahmen ihrer Sitzung am 9./10. November 1973 hat die Konferenz der Kirchenleitungen einen Bericht der drei von ihr beauftragten Teilnehmer am Weltkongreß der Friedenskräfte in Moskau entgegengenommen. Bischof Gienke, Kirchenpräsident Natho und Oberkirchenrätin Lewek informierten über Intentionen, Inhalt und Verlauf des Kongresses im allgemeinen, ihre Mitarbeit in den drei Kommissionen „Friedliche Koexistenz und internationale Sicherheit“, „Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ und „Soziale Probleme, Menschenrechte und Frieden“, die Arbeit in der Delegation der DDR sowie über besondere ökumenische und kirchliche Aspekte des Kongresses.

Den Berichterstatern sind folgende Punkte besonders wesentlich:

1. Die Leitworte des Kongresses: Offenheit, Gemeinsamkeit, Dialog und Aktion waren bestimmend für seine gesamte Arbeit.
 2. Die gesellschaftliche Verantwortung der Kirche hat mit der Beteiligung von Vertretern des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR einen konkreten Ausdruck gefunden.
 3. Daß die Vertreter des Bundes Mitglieder der Delegation der DDR waren, eröffnete die Möglichkeit gemeinsamer Arbeit mit anderen gesellschaftlichen Kräften an Grundsatzfragen unseres menschlichen Zusammenlebens. Für alle Partner bedeutete dies auch eine Chance, eine neue Sicht voneinander zu gewinnen.
 4. Der Kongreß zeigte die Notwendigkeit, im gesellschaftlichen Kontext der Friedensfragen nicht isoliert, sondern ökumenisch zu arbeiten. Auch die Beteiligung von ÖRK, LWB und KEK stellte in dieser Hinsicht einen großen Gewinn für die Mitarbeit der einzelnen Kirchen dar.
 5. Der Kongreß hat für die Kirchen des Bundes eine umfassendere Sicht der Friedensproblematik eröffnet. Breite und Differenziertheit wurden bis in die Schlußpapiere durchgehalten. Ein guter Ansatz zur Weiterarbeit sind die im Appell des Weltkongresses festgehaltenen Regeln und Grundsätze für die Förderung und Sicherung des Friedens: Gegenseitige Achtung und Toleranz, Gewissensschärfung und wirksamerer Schutz der Menschenrechte, Vertrauensförderung und Schaffung gutnachbarlicher Beziehungen zwischen Völkern.
- Die Konferenz dankte den von ihr beauftragten Teilnehmern für ihre Mitarbeit am Weltkongreß der Friedenskräfte und für ihre Berichterstattung.
- Die Konferenz zeigte sich interessiert an den in Aussicht genommenen Aktionsprogrammen des Kongresses. Sie beauftragte das Sekretariat, die Ergebnisse des Kongresses aufzuarbeiten.

Am 21. November 1973 fand in Berlin (Ost) eine gemeinsame Tagung des Präsidiums des Friedensrates der DDR und des Nationalrates der Nationalen Front zur Auswertung des Ergebnisses des Weltkongresses statt. Auf dieser Tagung gab Oberkirchenrätin Christa Lewek für die christlichen Teilnehmer folgenden Beitrag:

BEITRAG

*von Frau Oberkirchenrätin Lewek auf der gemeinsamen Tagung
des Präsidiums des Friedensrates und des Nationalrates
am 21. 11. 1973 in Berlin*

zur Auswertung des Ergebnisses des Weltkongresses der Friedenskräfte in Moskau

Wenn wir als Vertreter des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR auf den Weltkongreß der Friedenskräfte in Moskau zurückblicken, so tun wir dies zugleich im Blick auf die Aufgaben, die *vor* uns liegen. Denn wir wissen, daß der Friede kein Besitz ist, den man getrost mit einigen guten Konferenzpapieren nach Hause tragen könnte, sondern eine ständige Aufgabe. Dabei sehen wir unsere Aufgabe vor allem darin, in der Erziehung zum Frieden mitzuarbeiten, das Bewußtsein zu festigen: Der Friede ist möglich! Auf der gleichzeitig mit dem Moskauer Kongreß tagenden Synode unseres Kirchenbundes wurde dazu gesagt:

Die christliche Kirche hat keine politischen Mittel in der Hand, um auf Kriegführende einzuwirken. Aber sie kann dazu beitragen, daß sich im Bewußtsein der Menschheit die Überzeugung vertieft, daß Krieg unter den heutigen Bedingungen kein geeignetes Mittel ist, politische und soziale Probleme zu lösen und einen dauerhaften Frieden herzustellen.

Die Überzeugung von der absoluten Notwendigkeit und von der Erreichbarkeit des Friedens, der mehr ist als Abwesenheit von Krieg, die Erkenntnis unserer Aufgabe zur Bewußtseinsbildung auf dieses Ziel hin unseren Beitrag zu leisten, war ein entscheidendes Motiv für den Kirchenbund, sich an dem Moskauer Weltkongreß der Friedenskräfte zu beteiligen. In einer zentralen Vorbereitungsveranstaltung mit Vertretern der Kirchen hat der Präsident des Friedensrates der DDR, Prof. Drefahl, im Blick auf den bevorstehenden Kongreß von der „Bekundung einer auf den Frieden gerichteten Gleichsinnigkeit sehr verschiedener Kräfte“ gesprochen. Diese Gleichsinnigkeit verschiedenster gesellschaftlicher Kräfte in der zentralen Frage des Friedens ist uns in Moskau zu einem eindrücklichen Erlebnis geworden. Wir können hier nur einige ganz wenige Schlaglichter werfen auf das, was uns besonders beeindruckt hat, – auf das, was für unsere zukünftigen Aufgaben im Dienste eines friedlichen Zusammenlebens der Menschen Impulse gegeben, uns bestärkt, uns zu weiterem Nachdenken veranlaßt hat.

Vom Beginn des Kongresses an sind uns die Leitworte wichtig gewesen, unter die er gestellt wurde – wir haben sie von Moskau aus unserer Synode in Elbingerode übermittelt –: Offenheit, Gemeinsamkeit, Dialog, Aktion.

Es ist uns eindrücklich gewesen, in wie vielfältiger Weise während der ganzen Dauer des Kongresses diese Leitgedanken zum Tragen gebracht wurden in einem dynamischen Prozeß, der in fruchtbaren Spannungen verlief.

Wir erleben die *Offenheit* füreinander, die Bereitschaft vieler, den anderen von seinen eigenen Voraussetzungen her zu verstehen, ihn zu hören, ihn gelten zu lassen, wir erlebten die *Gemeinsamkeit* in der tiefen Sehnsucht nach Frieden und einer besseren Gerechtigkeit für alle Menschen, wir nahmen teil am *Dialog* in Meinungsstreit und Meinungsbildung, vor allem in den Kommissionen, aber auch in unzähligen Gesprächen unter den Kongreßteilnehmern, und wir waren Zeugen des Willens, von der Deklaration zur *Aktion* zu gelangen, der überall zu spüren war und seinen Niederschlag in den Schlußpapieren mit ihrer Perspektive für eine Weiterarbeit gefunden hat. In diesen Ergebnispapieren finden wir Regeln und Grundsätze für die Förderung und Sicherung des Friedens, über die weithin schon ein Konsens erzielt ist und mit denen wir gern weiterarbeiten wollen. Als einige von ihnen nenne ich: friedliche Koexistenz, Schärfung der Gewissen, Förderung des Vertrauens, gut-nachbarliche Beziehungen zwischen den Völkern, wirksamer Schutz der Menschenrechte, – Gleichberechtigung der Frau.

Mit gespannter Aufmerksamkeit haben wir die Rede Leonid Breshnews gehört, in der die vier Leitworte des Kongresses gleichsam in konzentrierter Gestalt enthalten – aufgehoben – waren. Es war eine Rede, mit der wir uns über den unmittelbaren Anlaß hinaus – so denke ich – noch lange beschäftigen werden, zumal wir Christen in ihr als gesellschaftliche Bewegung, als auf den Frieden hin wirksame Kraft, besonders angesprochen worden sind.

Wir sind als Vertreter des Bundes der Evangelischen Kirchen in Moskau dagebewesen, motiviert und herausgefordert zu diesem Dabeisein durch das Evangelium, seine Aufforderung, Frieden zu schaffen und Frieden zu erhalten. So war es uns wichtig, auch dort mit den unter allen anderen gesellschaftlichen Kräften, die hier am Werke waren, die weltweite Christenheit, die Ökumene in ihrem Platz zu finden: Den Vertreter des Weltkirchenrates, den Vertreter des Lutherischen Weltbundes, den Vertreter der Konferenz Europäischer Kirchen, den Vertreter der Allafrikanischen Kirchenkonferenz. Darüber hinaus trafen wir auf der Basis des Kongresses mit vielen Kirchenvertretern, mit vielen Christen verschiedener Konfessionen aus anderen Ländern zusammen, so auch mit Vertretern der Christlichen Friedenskonferenz und der Berliner Konferenz. Viele waren uns schon vorher bekannt, wir hatten schon zusammen gearbeitet, aber viele haben wir auch dort kennengelernt.

Beeindruckend war der große Buskonvoi, der sich von Moskau zur Klosterstadt Sagorsk bewegte, wohin wir von Patriarch Pimen, dem Oberhaupt der Russischen Orthodoxen Kirche, zu einem Treffen der Religionen geladen waren. 10% der Teilnehmer des Kongresses nahmen an diesem Treffen teil. Sie bekannten, wie es in der Erklärung dieser Versammlung heißt „ihre Verantwortung, alle Anstrengungen auf die Beschlüsse des Kongresses zu richten, damit sie zu einem Bestandteil des Bewußtseins breiter Kreise der Gläubigen werden“.

Aber Sagorsk war keine Insel der Seligen. Es war eine Rast an einem unvergeßlichen Ort – bei der wir u.a. auch unter der babylonischen Sprachenverwirrung etwas litten – eine festliche Rast, von der wir zurückkehrten, um unsere Sachaufgaben im Rahmen des Kongresses gemeinsam mit *allen* anderen zu erfüllen.

Wir haben dies im Rahmen unserer Delegation getan und wir haben es gern vermerkt – ich sage dies auch ausdrücklich im Namen der beiden anderen vom Bund der Evangelischen Kirchen Beauftragten – in welcher Weise wir in dieser Delegation aufgenommen waren, miteinander arbeiten und einander kennenlernen konnten.

Auch für diese unsere Gruppe innerhalb des Kongresses hatten seine vier Leitworte volle Gültigkeit.

Ich sagte eingangs: wenn wir zurückblicken auf den Weltkongreß, so blicken wir zugleich nach vorn. Wir sehen auf die Aufgaben, die vor uns liegen und für die der Kongreß uns viel Rüstzeug gegeben hat. Ich gestehe, daß wir dies nicht ganz ohne Beklommenheit tun. Unsere Terminkalender sind gefüllt und die Wünsche nach Berichterstattung, nach Auswertung des Kongresses in den verschiedensten Kreisen reißen nicht ab. Überall wo wir bisher berichteten – und dies war nicht wenig! – auch vor unseren Leitungsgremien, unserem Auftraggeber, haben wir große Aufmerksamkeit und ein vielfältiges Echo gefunden. Verschiedene Gruppen in unserem Kirchenbund sind mit der Nacharbeit des Kongresses beauftragt. Wir erwarten die vom Kongreß angekündigten Aktionsprogramme mit Spannung.

Die Arbeit geht weiter.

Es folgt schließlich ein Bericht von Bischof Horst Gienke, einem Teilnehmer an dem Weltkongreß in Moskau:

DER FRIEDEN IST UNTEILBAR

Von Bischof Horst Gienke, Greifswald

(„Mecklenburgische Kirchenzeitung“ Nr. 49 vom 9. Dezember 1973)

Als Kirche nicht abseits

Die Teilnahme von drei Vertretern des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR am Weltkongreß der Friedenskräfte hat manche Fragen in unseren Gemeinden ausgelöst. Das ist gut so und kann nicht anders sein.

Die Konferenz der Kirchenleitungen stand selber vor diesen Fragen, als sie in ihrer Septembersitzung von der Einladung zu diesem Kongreß informiert wurde und eine Entschei-

dung zu treffen hatte. Ist es richtig, so wurde gefragt, daß sich die evangelischen Kirchen in der DDR angesichts unserer Situation an einer solchen Initiative, die natürlich voller Politik steckt, beteiligen? Aber stärker als diese Fragen war ein deutliches Ja zu hören. Wir sollten als Christen und als Kirche nicht abseits stehen, wenn es um den Frieden geht und wir nach unserem Wort und unserer Tat ausdrücklich gefragt sind. Eine Kirche, die von Jesus Christus ihrem Herrn bekennt „Er ist unser Friede“ und die ihre ganze Botschaft als „Evangelium des Friedens“ bezeichnen kann, wird nicht schweigen und zusehen können, wo der Friede gestaltet werden soll.

Für die Teilnahme am Weltkongreß sprach von Anfang an auch die große Breite, die hinsichtlich der Teilnehmer beabsichtigt war. Zu einer ganzen Reihe von Sachfragen war zudem gerade in den letzten Jahren sehr intensiv innerhalb von Gremien des Bundes gearbeitet worden: Und schließlich war bekannt, daß neben einer großen Anzahl von Kirchen aus den sozialistischen Staaten auch die ökumenischen Gremien eingeladen waren und am Kongreß mitarbeiten würden. So entschloß sich die Konferenz der Kirchenleitungen für die Annahme der Einladung und benannte drei Teilnehmer.

Die drei Vertreter des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR hatten ihren Platz in der Delegation der Deutschen Demokratischen Republik, die aus 53 Teilnehmern bestand und unter der Leitung von Professor Albert Norden und Professor Dr. Drefahl die gesellschaftlichen Kräfte und Schichten der DDR, führende Wissenschaftler, bekannte Künstler, Sportler und Politiker umfaßte. Diese Mitgliedschaft der Vertreter des Bundes in der Delegation der DDR war wichtig. Sie eröffnete die Möglichkeit gemeinsamer Arbeit mit anderen gesellschaftlichen Kräften an Grundsatzfragen unseres menschlichen Zusammenlebens. Für alle Partner bedeutete dies auch eine Chance, eine neue Sicht voneinander zu gewinnen. Es gab viele interessante Gespräche und Kontakte untereinander.

Bei der festlichen Verabschiedung der Delegation in der Berliner Kongreßhalle wurden der Delegation gesellschaftliche Mandate erteilt – von einem Arbeiter, einem Genossenschaftsbauern, einem Wissenschaftler und Künstler genauso wie von einem Vertreter der Jugend und der Christen. Auch bei dem Empfang, den der Erste Sekretär des Zentralkomitees der SED, Erich Honecker, zu Ehren der Delegation gab, und bei der Auswertung des Kongresses wurde die aktive Mitarbeit der Kirchen bei der Verwirklichung der Ziele des Weltkongresses unterstrichen. „Die gesellschaftliche Verantwortung der Kirche hat mit der Beteiligung von Vertretern des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR einen konkreten Ausdruck gefunden.“

Die erwartete Breite des Kongresses wurde in Moskau noch übertroffen. Das kam schon rein äußerlich in der Tatsache zum Ausdruck, daß sich mehr als 3200 Delegierte aus über 140 Ländern an dem Kongreß beteiligten und auch eine große Anzahl internationaler Organisationen sowie kirchliche und religiöse Vertreter mitarbeiteten.

Neben den Kommunisten saßen die Christen, neben Sozialdemokraten Liberale und neben Moslems und Hindus humanistische Idealisten. Die Stichworte, die der Präsident des Kongresses Romesh Chandra in seiner Eröffnungsansprache programmatisch für den Arbeitsstil nannte „Gemeinsamkeit, Offenheit, Dialog, Aktion“ wurden ernst genommen und in den Kommissionssitzungen, soweit es in einem so großen Kreise und in der kurzen Zeit möglich war, weitgehend praktiziert. Wir erlebten die Offenheit füreinander, die Bereitschaft vieler, den anderen von seinen eigenen Voraussetzungen her zu verstehen, ihn zu hören, ihn gelten zu lassen. Wir erlebten die Gemeinsamkeit in der tiefen Sehnsucht nach Frieden und einer besseren Gerechtigkeit für alle Menschen. Wir nahmen teil am Dialog zu Meinungsstreit und Meinungsbildung, vor allem in den Kommissionen, aber auch in unzähligen Gesprächen unter den Kongreßteilnehmern, und wir waren Zeugen des Willens, von der Deklaration zur Aktion zu gelangen, der überall spürbar war und seinen Niederschlag in den Schlußpapieren mit ihren Grundsätzen für die Weiterarbeit gefunden hat. Mit gespannter Aufmerksamkeit haben wir auch die Rede Leonid Breschnews gehört, die in vielfältiger Weise interessant ist und uns Christen als gesellschaftliche Bewegung, als eine auf den Frieden hin wirksame Kraft besonders anspricht.

Wenn über den Frieden nachgedacht wird, kommen alle Bereiche politischen, gesellschaftlichen und menschlichen Lebens in den Blickpunkt. Das wurde in den 14 Kommissionen des Kongresses deutlich, in denen nicht nur über die Grundsätze der friedlichen Koexistenz und über geographische Krisenherde, sondern genauso über Fragen der Abrüstung und der Entwicklung, über Umweltschutz, wissenschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit, über sozialen Fortschritt und die Menschenrechte gesprochen wurde. Immer wieder klang in den Moskauer Tagen das Wort auf „Der Frieden ist unteilbar“. Diese Sicht kennen wir ja auch aus der Heiligen Schrift im Alten und im Neuen Testament. Schalom, Friede umfaßt alles, was dem einzelnen und der Gemeinschaft Heilsein und Wohlergehen in jeder Hinsicht verleiht. Frieden – das heißt: Die Waffen zwischen den alten und den neuen Feinden haben in aller Welt zu schweigen.

Frieden – das heißt: Die großen militärischen und ideologischen Machtblöcke haben an keiner Stelle der Welt die Spannungen durch Konfrontation, sondern durch Koexistenz zu lösen, und an die Stelle der Polemik und des Hasses können Verträge zum Besten der Menschen treten.

Frieden – das heißt: Jetzt kann weltweite Abrüstung erfolgen und die praktische Zusammenarbeit zum Nutzen der Völker beginnen. Frieden – das meint aber genauso Gerechtigkeit, Menschenrechte für alle Menschen in jedem Erdteil, gleich welcher Rasse und Herkunft.

Frieden – das meint nicht weniger die fruchtbar gestaltete Gemeinschaft zwischen Menschen verschiedener Weltanschauung in einer Gesellschaft.

Frieden – das heißt auch Freude des einzelnen an der Arbeit und Vertrauen unter den Kollegen am Arbeitsplatz.

Frieden – das heißt Freiheit für die Gewissen der Menschen und Freiheit zum Glauben.

Frieden – das heißt für Christen Freude über Gottes Ja zu unserer Welt und zu uns Menschen, heißt Dank vor Gott inmitten der Gemeinde, in der Gottes Versöhnung lebendig sein darf.

Kurz: Friede ist mehr als eine politische und eine militärische Forderung. Wer den Frieden will, will Menschen zu ihrem Menschsein verhelfen, zur Freiheit, zur Freude, zur Gerechtigkeit, zum Vertrauen, ja als Christ zum Glauben an den Friedensfürsten Jesus Christus. So jedenfalls bezeugt es uns die Heilige Schrift, wenn sie auf Jesus weist und uns Gott als den Geber allen Friedens nennt. Frieden ist deshalb genauso für die Herzen und die Gewissen der einzelnen Menschen notwendig wie für jede Gesellschaft und die ganze Welt.

Dieser Friede ist unteilbar; er ist nie eine Selbstverständlichkeit, sondern bedarf des verantwortlichen Willens vieler, der Staatsmänner, der Militärs, der Wirtschafts- und Kommunalpolitiker, aber auch der Kirchen und aller Christen. Je stärker wir für solchen Frieden und solche Gerechtigkeit in der Welt eintreten, desto überzeugender wird unser Ruf sein, wenn wir auch in unserer Gesellschaft dem Frieden dienen wollen, dem Frieden jedes einzelnen Menschen, aber auch dem Frieden zwischen den Völkern und dem Frieden zwischen Menschen verschiedener Weltanschauung.

Wir sind als Vertreter des Bundes der Evangelischen Kirchen beim Weltkongreß in Moskau dabeigewesen, motiviert und herausgefordert durch das Evangelium, seine Aufforderung, Frieden zu schaffen und Frieden zu halten. Der Kongreß zeigte die Notwendigkeit, die Arbeit für den Frieden nicht isoliert, sondern in ökumenischer Gemeinschaft in Angriff zu nehmen. In der Leuenberger Konkordie, die unsere Kirchen gerade jetzt angenommen haben, steht der Satz: „Die Bemühung um Gerechtigkeit und Frieden in der Welt verlangt von den Kirchen zunehmend die Übernahme gemeinsamer Verantwortung“. Das haben wir in Moskau bestätigt gefunden. Die Beteiligung der Vertreter des Ökumenischen Rates der Kirchen, des Lutherischen Weltbundes und der Konferenz Europäischer Kirchen stellte in dieser Hinsicht einen großen Gewinn für die Mitarbeit der einzelnen Kirchen dar.

Die Christen kamen im Rahmen des Kongresses auf Einladung des Oberhauptes der Russisch-Orthodoxen Kirche, Patriarch Pimen, zu einem Treffen der Religionen zusammen. Ein großer Buskonvoi bewegte sich von Moskau zur Klosterstadt Sagorsk. Zehn Prozent der Teilnehmer des Kongresses nahmen an diesem Treffen teil. Sie bekannten, wie es in der Erklärung dieser Versammlung heißt, „ihre Verantwortung, alle Anstrengungen auf die Beschlüsse des Kongresses zu richten, damit sie zu einem Bestandteil des Bewußtseins breitetester Kreise der Gläubigen werden“. Es war ein festlicher Tag durch die Gastfreundschaft der Russisch-Orthodoxen Kirche und ihrer Geistlichen Akademie in Sagorsk. Es gab Gelegenheit zu einem persönlichen Gespräch der drei Vertreter des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR mit Patriarch Pimen, in dem wir aufgetragene Grüße vom Exarchen der Russisch-Orthodoxen Kirche in Berlin, Erzbischof Philaret, ausrichteten und unsere Freude über die im nächsten Jahr beginnenden theologischen Gespräche zwischen der Russisch-Orthodoxen Kirche und dem Bund Evangelischer Kirchen in der DDR zum Ausdruck brachten.

Wo Christen für den Frieden tätig werden, ist ihnen das Gebet besonders wichtig. Dafür falten sie Sonntag für Sonntag in ihren Gottesdiensten die Hände und bitten Gott um seinen Frieden für die Welt, für die Gesellschaft und für jeden einzelnen. So war es wichtig, daß sich Christen der verschiedensten Konfessionen zu einem ökumenischen Gottesdienst in einer Russisch-Orthodoxen Kirche in Moskau trafen. Der orthodoxe Gemeindechor sang russische Gebetshymnen. Im Dienst des Gebetes und der Verkündigung standen hier nebeneinander der Patriarch von Moskau, der römisch-katholische Erzbischof aus Ungarn, der schwarze anglikanische Bischof aus Nigeria, der Generalsekretär der allafrikanischen Kirchenkonferenz, der Pater aus der Bundesrepublik, der Bischof aus Ungarn und aus der DDR. Bei aller Anstrengung um den Frieden wissen die Christen, daß dieser Friede das Geschenk Gottes an seine Welt ist. Deshalb hören sie nicht auf, zu ihm zu beten: „Verleih uns Frieden gnädiglich, Herr Gott, zu unsern Zeiten. Es ist ja doch kein anderer nicht, der für uns könnte streiten, denn du unser Gott alleine.“

Die Arbeit geht weiter

Der Weltkongreß der Friedenskräfte in Moskau ist zu Ende. Die Aufgabe, für den Frieden einzutreten, aber bleibt. In der Leuenberger Konkordie heißt es: „*Die Botschaft von Jesus Christus als dem Heil der Welt macht die Christen frei zu verantwortlichem Dienst in der Welt und bereit, in diesem Dienst auch zu leiden. Sie erkennen, daß Gottes fordern-der und gebender Wille die ganze Welt umfaßt. Sie treten ein für irdische Gerechtigkeit und Frieden zwischen den einzelnen Menschen und unter den Völkern. Dies macht es notwendig, daß sie mit anderen Menschen nach vernünftigen, sachgemäßen Kriterien suchen und sich an ihrer Anwendung beteiligen. Sie tun dies im Vertrauen darauf, daß Gott die Welt erhält, und in Verantwortung vor seinem Gericht.*“

Die drei Vertreter des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR haben der Konferenz der Kirchenleitungen als ihrem Auftraggeber berichtet. Die Konferenz hat den Teilnehmern für ihre Mitarbeit am Weltkongreß der Friedenskräfte und für ihre Berichterstattung gedankt und gleichzeitig betont, daß sie sich an den in Aussicht genommenen Aktionsprogrammen des Kongresses interessiert zeigt. Als ein guter Ansatz zur Weiterarbeit erscheinen die im Appell des Weltkongresses festgehaltenen Regeln und Grundsätze für die Förderung und Sicherung des Friedens: Friedliche Koexistenz, gegenseitige Achtung und Toleranz, Schärfung der Gewissen, Förderung des Vertrauens, wirksamer Schutz der Menschenrechte, gutnachbarliche Beziehungen zwischen den Völkern. Die Konferenz der Kirchenleitungen hat das Sekretariat des Bundes beauftragt, die Ergebnisse des Kongresses aufzuarbeiten. Die Arbeit geht weiter. Die Aufgaben bleiben. Der Dienst „für irdische Gerechtigkeit und Frieden zwischen den einzelnen Menschen und unter den Völkern“ bleibt unser Auftrag, zu dem Gott uns ruft.

3. BUND DER EVANGELISCHEN KIRCHEN IN DER DDR

a) Allgemeines

Auf einem kirchlichen Männerabend zur Leipziger Frühjahrsmesse 1974 sprach Landesbischof D. Ingo Braecklein über den bisherigen Weg des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR. Hierüber wurde in der DDR folgender Bericht veröffentlicht:

AUF DEM WEGE ZU GRÖßERER GEMEINSCHAFT

Von Landesbischof D. Ingo Braecklein

(Evangelische Wochenzeitung „Die Kirche“, Oster-Ausgabe 1974)

(...) Am Anfang der Bundesgründung stand die Hoffnung, es möge sich daraus so etwas wie eine „Evangelische Kirche Augsburgers Bekenntnisses in der DDR“ entwickeln. Die Sehnsucht nach größerer Gemeinschaft hat ihre Wurzeln in den ökumenischen Bemühungen unseres Jahrhunderts und in Erwartungen vieler Menschen. Größere Gemeinschaft wurde in den Kirchen des Bundes fast zu einem Leitwort. Die Notwendigkeit des Zusammenschlusses zu einem Kirchenbund verstand man vor fünf Jahren als Herausforderung Gottes zu größerer Gemeinschaft der reformatorischen Kirchen unseres Raumes. Man hoffte, Grenzen und Gräben, die sich seit Jahrhunderten herausgebildet hatten, endlich zu überbrücken. Jede bisherige Bundessynode wollte diesem Ziel ein Stück näherkommen. Ehrlicherweise müsse aber heute gesagt werden, daß wir es im Grunde nicht erreicht haben. Woran liegt es nun, daß soviel Bereitschaft und ehrliches Bemühen nicht weiterführten? (...)

Kirche Jesu Christi hat immer auf einem bestimmten historischen Hintergrund Gestalt bekommen. Haben wir den unseren wirklich in den Griff bekommen? Die Kirchengeschichte lehrt, daß die Kirchen seit ihrem Bestehen immer mitbestimmt wurden, durch die sie umgebende geschichtliche Wirklichkeit. Sie haben sich ihr fügen müssen. Darum mußten die Kirchen auch in unserem Lebensraum den politischen Veränderungen in den sechziger Jahren Rechnung tragen. Ist das genügend bedacht worden, auch wenn die von außen bestimmten kirchlichen Organisationsformen noch nicht das Entscheidende für ihre innere Gemeinschaft ausmachen? Hinzu kommt die jeweilige Auseinandersetzung mit den geistigen Strömungen der Zeit. Wir haben mit dem Marxismus-Leninismus eine Aufgabe gestellt bekommen, an der wir nicht vorbeidenken können. Aber die Antwort auf die geistige Umwelt, wie sie uns angemessen ist, führt nicht zu einer Gemeinsamkeit in einer größeren Gemeinschaft. Anderswo wird man auf die geistige Umwelt anderer Antworten geben müssen. Darum kann das Eingehen auf die Umwelt niemals zu einer größeren Gemeinschaft von Kirchen führen.

Mancher hofft wohl, es sei eine verhältnismäßig einfache Sache, nun auch übersichtliche und einheitliche Kirchengebilde aus den Gliedkirchen in der DDR zu schaffen. Es zeigte sich aber, daß die landschaftlichen Gegebenheiten, die man in ihrem Gewicht unterschätzt hat, im Denken der Gemeinden eine Rolle spielen, Einsichten der Synoden und Kirchenleitungen sind an den Einsprüchen der Gemeinden gescheitert. Auch die konfessionellen Ausprägungen in unserem Lebensraum sind gewichtiger, als man erwartete. Nach Meinungen vieler Leute hätte es leicht sein müssen, aus dem gemeinsamen Grund der lutherischen Reformation mit der Lehrgrundlage des lutherischen Katechismus zu einer gemeinsamen Kirche Augsburgers Bekenntnisses zu kommen.

Im Laufe der Jahrhunderte haben sich jedoch tiefgreifende Unterschiede zwischen den lutherischen Kirchen und den Unionskirchen herausgebildet, die das völlige Aufgehen in einer größeren Gemeinschaft im Augenblick noch nicht möglich machen. (...)

Man versuchte es auf zwei Wegen: der Bundeslinie und der Genfer Linie. Bundessynode, Konferenz der Kirchenleitungen, Kommissionen und Facharbeitskreisen war die Aufgabe gestellt worden, die Gliedkirchen mit ihrem Anliegen zusammenzubringen und zu einer Gemeinschaft zu helfen, die in die Zukunft weist. Man hat sich um verbindliche Ordnun-

gen und Regelungen auf allen Ebenen der Kirchen bemüht. Durch neue Strukturen wollte man zu einer größeren Gemeinschaft kommen. Die Genfer Linie geht von dem Gedanken aus, Gemeinschaft sei durch Aktivierung gemeinsamen Tuns zu gewinnen, beispielsweise durch die Aktion „Brot für die Welt“ und das Antirassismusprogramm. Beide Wege haben auch nicht zur Begründung und Darstellung unserer Gemeinschaft geführt. In beiden Versuchen wurde immer deutlicher: Spezifische Dinge des kirchlichen Dienstes werden beiseite geschoben. Es wuchs die Unsicherheit über das Zentrum kirchlichen Lebens, über Kirche, Predigt, Wort und Sakrament. Bei aller Hochachtung vor dem gemeinsamen Dienst an den Menschheitsproblemen ist zu fragen: Begründet das unsere Gemeinschaft als Kirche? Können das andere nicht viel besser als wir? Die Bundeslinie hat weder durch Ordnungen, die weit gefaßt waren, daß sich jeder darin unterbringen konnte, noch durch Projektionen in die Zukunft der Gemeinde von 1980 die ersehnte Gemeinschaft gebracht, schon gar nicht durch Ideale der Gemeinde von übermorgen, weil sich die Gemeinde von heute nicht vorfand. Wir haben es aber mit dieser Gemeinde zu tun. Man hat bei all diesen Bemühungen versäumt, auf die dringende Frage der heutigen Gemeinde Antwort zu geben: Was bedeutet heute Gottesdienst? Was bedeutet uns heute die Bibel? Was bedeutet uns heute Predigt und Sakramente? Der Stellenwert dieser christlichen Dinge für eine größere Gemeinschaft wurde undeutlich.

Wo ist ein Ausweg zu sehen? Im radikalen Befragen dessen, was wir bisher getan haben, um auf anderem Wege die Gemeinschaft in den Blick zu bekommen. Entdeckten wir wieder die Konfession und den Gottesdienst, könnte es uns wie Schuppen von den Augen fallen: Die größere Gemeinschaft realisiert sich ganz anders. Die zu Unrecht in Mißkredit geratene Konfession ist ein Erbe, das in eine neue christliche Einheit eingebracht werden soll. Es handelt sich in den Konfessionen um die Identität des Zeugnisses vom Jesus Christus. Es handelt sich um die Festlegung der Bedingungen, unter denen das Bekenntnis des Glaubens von der Gemeinschaft der Kirchen als Bekenntnis zu Jesus Christus anerkannt wird. Die Konfession will dieses Bekenntnis bewahren. In ihr versichert man sich wechselseitig durch das Bekenntnis, daß man den Jesus Christus der Heiligen Schrift meint. Es gibt keine andere Möglichkeit, auf diesen Jesus Christus hinzuweisen als in dem Bekenntnis, in dem man selbst beheimatet ist. Das Miteinander mehrerer Bekenntnisse in einem Kirchenbund wäre dann der gegenseitige Hinweis: Für uns gibt es keinen anderen Herrn. So gesehen bekommt auch das Urteil über den Bund von Konfessionskirchen eine andere Dimension.

Mit dem Gottesdienst haben die Kirchen der Reformation ebenfalls ein Erbe zu bewahren, das für alle christlichen Kirchen unersetzlich ist. Der Gottesdienst zielt nicht auf das Problembewußtsein der Leute und auf Ratschläge zur Lösung dieser Probleme. Die Freiheit des Christen, für die Probleme der Welt offen zu sein, kommt aus der Gemeinschaft des Herrn mit uns im Gottesdienst.

Er hat es mit dem einzelnen Menschen zu tun, den Gott bei der Taufe mit seinem Namen gerufen hat. Dieser Mensch kommt zum Gottesdienst und sucht dort Freiheit von den Problemen der Welt und Fröhlichkeit, ihr auch zu dienen. Es ist beunruhigend, daß die Kirche ihren Adressaten, den einzelnen Menschen, nicht mehr zu kennen scheint. Wir erreichen ihn nur mit der frohen Botschaft und nicht, indem wir ihm Meinungen anbieten. (...)

Lehrt uns unser bisheriges Suchen nach Gemeinschaft nicht dies: Jede Gemeinschaft, die wir selbst machen wollen, ist nicht die christliche Gemeinschaft. Unser heutiges Fragen danach und auch unser heutiges Bemühen finden sich bereits im Neuen Testament. Damals wie heute wurde daraus nichts, wenn man es selbst machen wollte. Diese Gemeinschaft ist immer schon von Christus vorgegeben. Er rief Menschen zu sich. Sie bekamen von ihm den Glauben. Sie bekannten sich zu ihm, und Gemeinschaft in ungeahnter Weise realisierte sich. (...)

Wir müssen wohl an den Ordnungen weiterarbeiten. (...) Zuletzt verwies der Bischof auf einen Brief Dietrich Bonhoeffers, dem die Frage nach dem christlichen Leben gestellt wurde. Er weist auf die Bibel hin, die, von uns befragt, auch die Antwort nach der echten christlichen Einheit gibt. (...) Ein Bischof sprach zu mehr als 300 Männern. Aber darüber hinaus beteiligte er mehr, als ihn an diesem Abend hören konnten, an seinen Sorgen. Er

bat, mit ihm weiterzudenken. Davon könnte es abhängen – so meinen wir –, ob dieser Vortrag eine Wende zu größerer Gemeinschaft markiert.

b) Arbeitsberichte und Synodaltagungen

Für das Jahr 1973 legte das Sekretariat des Kirchenbundes wiederum einen Arbeitsbericht über die Tätigkeit des Sekretariates sowie der Kommissionen und Ausschüsse vor. Der Bericht folgt hier ungekürzt:

ARBEITSBERICHT DES BUNDES DER EVANGELISCHEN KIRCHEN IN DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK FÜR DAS JAHR 1973

Der Arbeitsbericht bietet eine zusammenfassende Darstellung der durchführenden und beratenden Tätigkeit des Sekretariats sowie der Kommissionen und Ausschüsse. Die richtunggebende Tätigkeit der Synode und die Leitungstätigkeit der Konferenz bleiben weithin unberücksichtigt.

Der Bericht folgt der vorläufigen Arbeitsgliederung des Bundes. Danach gliedert sich seine Tätigkeit z.Z. in fünf Arbeitsbereiche, die ihrerseits in Sachgebiete unterteilt sind.

1. Allgemeine Aufgaben

10 Grundsatzfragen

Überlegungen zu einer Zwischenbilanz, zur Zielvorstellung und zur Prioritätensetzung bestimmten im Jahr 1973 die Arbeit des Bundes. Sie wurden ausgelöst durch die von der Schweriner Synodaltagung gestellten Aufgaben. Hervorzuheben ist das Bemühen um ein gemeinsames Kirchenverständnis. Die Gliedkirchen des Bundes haben sich intensiv an der Diskussion des Leuenberger Konkordienentwurfes beteiligt. Sie gaben dazu im Januar 1973 eine „Gemeinsame Stellungnahme“ ab, die über die DDR hinaus Beachtung fand und bei der endgültigen Fassung der Konkordie weitgehend berücksichtigt wurde. Damit äußerten sich die Gliedkirchen zum erstenmal übereinstimmend zu Bekenntnisfragen. Das verleiht der „Gemeinsamen Stellungnahme“ eine über den unmittelbaren Anlaß hinausgehende Bedeutung.

Die Leuenberger Konkordie, so notwendig sie für die europäischen Kirchen ist, reicht für die den Kirchen in der DDR gegebenen Chancen und Aufgaben nicht aus. Was sich innerhalb des Bundes und zwischen den kirchlichen Zusammenschlüssen an praktizierter Gemeinschaft entwickelt hat, geht schon jetzt über das Leuenberger Modell erheblich hinaus. Auch die Lehrgespräche in der DDR wurden 1969 bereits mit der erklärten Absicht begonnen, zu einer verbindlicheren Gemeinschaft zu kommen, als Bund, EKU und VELK sie darstellen. Wir werden darauf achten müssen, daß der Bund mit der Leuenberger Konkordie nicht auf halbem Wege bei einer „kalten Kirchengemeinschaft“ stehen bleibt, sondern zielstrebig weitergeht. Als Zielvorstellung zeichnet sich eine Gemeinschaft ab, die ihrem theologischen Verständnis nach als Kirche im vollen Sinn zu beschreiben ist, die sich in ihrer äußeren Gestalt als Gemeinschaft gewachsener Kirchengebilde darstellt (Föderative Kirche). Parallel zu den Bemühungen um die theologischen Grundsatzfragen hat sich die praktische Zusammenarbeit zwischen dem Bund und den überlandeskirchlichen Zusammenschlüssen in erfreulichem Umfang verstärkt.

Es zeigte sich, daß die überlandeskirchlichen Zusammenschlüsse durch ihre aktive Mitarbeit das Zusammenwachsen der Kirchen nicht gehindert, sondern gefördert haben. Allerdings sollte sich das Bewußtsein noch stärker durchsetzen, daß sich die Zusammenschlüsse einschließlich des Bundes in einer Übergangsphase befinden.

Aufgetretene Schwierigkeiten, etwa in dem Bemühen um die Einführung der Netto-Kirchensteuertabelle oder um einen gemeinsamen Ordinationsvorhalt, nötigen, das Verhältnis von Bund und Gliedkirchen zu bedenken. Die Klärung der Zielvorstellung, der Auf-

gabenteilung und der Regelung der Zusammenarbeit ist nötig. Nur so wird das immer wieder geäußerte Mißtrauen vermieden, der Bund wolle die Landeskirchen aufsaugen, oder die Landeskirchen wollten dem Bund nicht die Kompetenzen gönnen, die ihn erst voll arbeitsfähig machen.

Der Bund ist bis jetzt weniger als eine Kirche; er ist mehr als eine Arbeitsgemeinschaft. Er ist der Verband der selbständigen Gliedkirchen, in denen auch das Schwergewicht des kirchlichen Dienstes bleibt. Er ist das Instrument der Evangelischen Kirchen in der DDR für eine verbindliche Zusammenarbeit im Interesse des gemeinsamen Zeugnisses und Dienstes. Darin liegen seine Möglichkeiten und seine Grenzen.

Für seine Arbeit ergeben sich gegenwärtig folgende Aufgabenschwerpunkte:

1. Vertretungsfunktion für alle die Gesamtheit der Gliedkirchen berührenden Fragen gegenüber der Ökumene sowie gegenüber Staat und Gesellschaft.
2. Koordinierungsfunktion für gesamtkirchliche Aktivitäten und Aufgaben von gesamt-kirchlicher Bedeutung oder von gemeinsamem Interesse auf der Grundlage entsprechender Aufträge der Gliedkirchen (z.B. Beschluß über die Kommission für Ausbildung vom 14. März 1970).
3. Beratungs- und Studienfunktion zur Erarbeitung von Arbeitshilfen und Materialien für den Dienst in den Gliedkirchen.

11 Organe und Bischofskonvent

Synode

Im Jahre 1973 fanden die 5. Tagung der 1. Synode des Bundes vom 25. bis 29. Mai in Schwerin und die 1. Tagung der 2. Synode vom 26. bis 28. Oktober in Elbingerode statt.

Konferenz

Die Konferenz führte 1973 fünf zweitägige Tagungen, zwei außerordentliche und eine Klausurtagung durch. Die besondere Bedeutung der Konferenz als Instrument föderativer Zusammenarbeit wurde bei der Schweriner Synode hervorgehoben. Erweist es sich als zweckmäßig und hilfreich, Fragen, die der Kompetenz der Gliedkirchen unterliegen, gemeinsam zu regeln, so können in der Konferenz die entsprechenden Entscheidungen getroffen werden.

Vorstand

Der Vorstand der Konferenz tagte etwa monatlich und entschied eine Vielzahl von Fragen aus der laufenden Arbeit des Bundes. Seine Tätigkeit bedeutet in zunehmendem Maße eine Entlastung der Konferenz von Einzelaufgaben. Der Vorstand berichtete der Konferenz bei jeder Tagung.

Bischofskonvent

Die Beratungen des Bischofskonventes über Fragen des geistlichen Lebens und der öffentlichen Verantwortung haben den Bund gestärkt; wahrscheinlich gerade deshalb, weil der Bischofskonvent keine den Bund bindenden Beschlüsse fassen kann. Um so mehr bietet er Raum für eine offene, brüderliche Aussprache

12 Kommissionen und Ausschüsse

Die Kommissionen und Ausschüsse sowie ihre Facharbeitskreise haben eine intensive Arbeit geleistet, jeweils eines oder mehrere Projekte abgeschlossen und in aktuellen Einzelfragen die Organe des Bundes beraten. In ihrer Arbeitsweise bemühten sie sich um rationellere Methoden. Sie gehen immer mehr dazu über, ihre Zusammenkünfte auf drei bis fünf Tagungen im Jahr, dann oft über eineinhalb Tage, zu beschränken; sie verteilen Aufträge an einzelne oder mehrere Mitglieder, tauschen Stellungnahmen schriftlich aus und erledigen Eilaufgaben durch ein Leitungsteam, bestehend aus dem jeweiligen Vorsitzenden, seinem Stellvertreter und dem zuständigen Referenten des Sekretariats.

13 Sekretariat

Das Sekretariat mußte die Fülle der ihm gestellten Aufgaben mit einem relativ geringen Mitarbeiterstab bewältigen. Trotzdem wurde der Stellenplan aus prinzipiellen Erwägungen nicht ausgeweitet. Statt dessen wurde versucht, eine sinnvolle Arbeitsverteilung zu erreichen und Vorrangaufgaben festzulegen. Weniger dringliche Aufgaben werden zurückgestellt. Durch die hohe Einsatzbereitschaft der Mitarbeiter, von denen sich mehr als 20 Prozent zusätzlich qualifiziert haben, und ihre gute Zusammenarbeit konnte das Sekretariat im wesentlichen die ihm übertragenen Aufgaben erfüllen. Erfreulich ist es, daß das Sekretariat bisher einen bürokratischen Behördenstil vermieden hat. Es bemüht sich, nicht so sehr zu verwalten, sondern vielmehr operativ zu arbeiten.

2 Verkündigung und Dienst

21 Kommission für Theologie

Vorsitzender: Gienke.

Stellv. Vors.: Jungklaus.

Sekretär: Zeddies.

14 Mitglieder.

Auf ihrer 5. Tagung im Mai 1973 beschloß die 1. Bundessynode, den Ausschuß für Theologie in eine Kommission unzuwandeln. Zugleich erteilte sie der Kommission für Theologie den Auftrag, vorrangig die Frage der Kirchengemeinschaft zu bedenken. Die Kommission beendete daraufhin ihre Arbeit an dem Thema „Immer noch Predigt“. Sie hofft, das Ergebnis in einer Broschüre demnächst der kirchlichen Öffentlichkeit vorlegen zu können.

Erweitert um je drei Vertreter aus der EKU und VELK hat die Kommission als „Ausschuß Kirchengemeinschaft“ sich mit ihrem Hauptthema beschäftigt. Vor allem galt es, die Konsequenzen aus der Leuenberger Konkordie für den Bund zu bedenken. Sie hat zunächst die Bedeutung des Bekenntnisses und der nichtdogmatischen Faktoren für die Kirche durchdacht. Noch kann kein abschließendes Ergebnis vorgelegt werden. Doch ist der Wille und der Erkenntnis der Notwendigkeit bei allen vorhanden, zu einer engeren Gemeinschaft der Kirchen innerhalb des Bundes zu gelangen.

Der *Facharbeitskreis (FAK) Konfirmation* hat sein Positionspapier aufgrund der Stellungnahmen der Gliedkirchen noch einmal überarbeitet. Zugleich bemüht er sich um die Klärung des Verhältnisses von Konfirmation und Jugendweihe. Er hält am Grundsatz der Unvereinbarkeit beider fest, betont aber stärker die seelsorgerliche Verantwortung der Einzelgemeinde für den einzelnen Fall. Der FAK hofft, in absehbarer Zeit eine Rahmenordnung für das konfirmierende Handeln der Kirche vorlegen zu können.

Der *FAK Tauffragen* erkannte, daß die Fragen der Taufpraxis nicht von denen der Tauflehre zu trennen sind. Es zeigte sich, daß es schwierig ist, heute und angesichts der Taufdiskussionen in allen Gliedkirchen zu gemeinsamen Aussagen zu kommen. Die Bemühungen werden fortgesetzt.

Die *Arbeitsgruppe (AG) Thomas-Müntzer-Gedenken* bemüht sich, zum Thomas-Müntzer-Gedenkjahr 1975 den Gliedkirchen Anregungen für die Gestaltung dieses Jubiläums zu geben.

Der vom Rat der EKU und der Kirchenleitung der VELK gebildete „*Gemeinsame Ausschuß Ordination*“ leitete im Februar 1973 seine Ergebnisse – einen Arbeitsbericht, eine Thesenreihe zum Ministerium verbi divini und zwei Ordinationsformulare – den Kirchen zur Stellungnahme zu. Es zeigte sich leider, daß das Ergebnis von einigen Kirchen nicht akzeptiert wurde, so daß der Ausschuß auf seiner Sitzung am 19. Dezember 1973 sich veranlaßt sah, die beiden Auftraggeber zu bitten, den Auftrag als beendet anzusehen. Die Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen beschloß am 12. Januar 1974, den Rat der EKU und die Kirchenleitung der VELK zu bitten, zunächst keine eigenen Regelungen und Formulare zu verabschieden und ihre leitenden Geistlichen zu beauftragen, ein allen Anliegen gerecht werdendes Ordinationsformular zu erarbeiten.

Nachdem seit Mitte des Jahres Gespräche zwischen einer Vorbereitungsgruppe des Bun-

des und den Rechtsträgern verschiedener kirchlicher Studienaktivitäten stattgefunden hatten, beschloß die Konferenz im November 1973 die Errichtung der *Theologischen Studienabteilung*. Die Gliedkirchen des Bundes betrachten die Durchführung theologischer Studienarbeit als ihre Gemeinschaftsaufgabe, die sie auch gemeinsam verantworten wollen. Zu den Aufgaben der Theologischen Studienabteilung, die am 1. Januar 1974 ihre Arbeit begann, gehört die projektgebundene Forschungsarbeit im Auftrag der Kirchen. Die Theologische Studienabteilung wird eine bessere Ausnutzung der vorhandenen Studienkapazitäten gewährleisten. Durch die Zusammenfassung bisher bestehender Einzeleinrichtungen und Institute (z.B. Johann-Gerhardt-Institut, Konfessionskundliche Forschungsstelle, Studienreferat Junge Generation, Studienreferat Friedensfragen) wird zugleich eine Konzentration der Kräfte und eine spürbare Einsparung erreicht.

22 Kommission „Zeugnis und Gestalt der Gemeinde“

Vorsitzender: Mendt.

Stellv. Vors.: Dr. Frühauf.

Sekretär: Grengel.

21 Mitglieder.

Auf ihrer 5. Tagung im Mai 1973 beschloß die 1. Bundessynode, den Gemeindeausschuß in eine Kommission umzuwandeln. Auftrag und Mandatszeit blieben unverändert.

Die Kommission hat an ihrem Forschungsauftrag über die künftige Gestalt der Gemeinden weitergearbeitet und zwei Diskussionspapiere erstellt, in denen die Konsequenzen aus den analytischen Überlieferungen („Stadt“- und „Land“-Papier von 1972) gezogen werden für „Diakonie in der Gemeinde“ und „Seelsorge“. Eine entsprechende Ausarbeitung über „Gemeindeversammlungen“ soll im März 1974 abgeschlossen werden. Zur Zeit bereitet sie den dritten und letzten Schritt vor, in dem u.a. Konsequenzen für Tätigkeitsfelder künftiger kirchlicher Mitarbeiter und die hierfür notwendige Ausbildung gezogen werden sollen. Ein erster vorläufiger Entwurf für Tätigkeitsfelder liegt vor.

Da in der Ausbildung der Mitarbeiter für die Gemeinde von morgen schon heute die Weichen gestellt werden müssen, hat die Synode die Ausbildungs- und Gemeindekommission gebeten, ein Gesamtkonzept für die Ausbildung aller Mitarbeiter zu entwerfen. Eine gemeinsame Gruppe begann mit der Arbeit an diesem Auftrag. Die Kommission plant Gespräche über Folgerungen aus den bisherigen Überlegungen für die Kirchenmusik und den Kirchbau mit den zuständigen Arbeitsgruppen.

Um die bei der Ausarbeitung der Papiere aufgetretenen theologischen Spannungen besser überwinden zu können, bereitet die Kommission eine theologische Zwischenbesinnung vor, bei der sie auch die entsprechenden Anfragen von Gemeinden an die bisherigen Ausarbeitungen aufarbeiten wird.

Entsprechend ihrem Koordinierungsauftrag (Koordinierung aller Werke und Aktivitäten auf dem Gebiet des Gemeindeaufbaus) erarbeitete die Gemeindekommission einen Plan, nach dem in Zusammenarbeit mit den Aktivitäten und den Verantwortlichen in den Gliedkirchen bis zum Sommer 1974 ein Vorschlag für eine verbindliche Kooperation entworfen werden soll. Diesen Vorschlag wird die Bundessynode im Herbst 1974 beraten.

Die Gemeindekommission arbeitet nicht nur theoretisch, sie ist auch interessiert daran, durch Anregungen, Modelle u.a. an der Konkretisierung ihrer Überlegungen mitzuwirken. Sie regte 1971 Gemeindegremien zum Thema „Heil Heute“ für alle Gliedkirchen an. Der dafür gebildete Zentrale Vorbereitungsausschuß Gemeindegremien (unter der Leitung von Mitgliedern der Gemeindekommission) erarbeitete die Materialien, unterwies Leiter für solche Seminare und gab Anregungen zur regionalen Kooperation. Die Seminare liefen im Winterhalbjahr 1973/74. Sie werden im Sommer 1974 ausgewertet.

Die Arbeit am „Stadt“-Papier machte deutlich, daß eine bessere Vorbereitung kirchlicher Mitarbeiter auf die Situation in Neustädten dringend notwendig ist. So führte die Kommission zusammen mit der Ausbildungskommission einen dreiteiligen Qualifizierungskursus für kirchliche Mitarbeiter in städtischen Ballungszentren durch. Der Kursus wurde inzwischen ausgewertet, ein Gesamtbericht den Gliedkirchen als Anregung für ähnliche Unternehmungen zugeleitet.

Der *FAK Prognose* hat an den Fragen des Finanzflusses weitergearbeitet und damit Zu-
arbeit zu den Überlegungen des Finanzausschusses geleistet.

Die *AG Kirchbau* setzte ihre orientierende, beratende und planende Tätigkeit zu prak-
tischen und grundsätzlichen Aufgaben des Kirchenbaus fort. Im Auftrag des Vorstandes
legte sie ein Gutachten „Alternativen der Erhaltung von Kirchen“ vor. Im November ver-
anstaltete sie eine Fachtagung, an der sich alle Gliedkirchen intensiv beteiligten.

23 Ausschuß „Kirche und Gesellschaft“

Vorsitzender: Günter Krusche.

Stell. Vors.: Semper.

Referent: Lewek.

12 Mitglieder.

Der Ausschuß führte mit der Konferenz eine eingehende Diskussion zu seiner Ausarbei-
tung „Zeugnis und Dienst der evangelischen Kirche und Christen in der sozialistischen Ge-
sellschaft der DDR“. Zur Zeit ist er mit der Auswertung der eingesandten Stellungnahmen
zu diesem Papier beschäftigt. Für seine Tätigkeit als Beratungsorgan der Konferenz nahm
der Ausschuß eine präzise Aufgabenbeschreibung sowie eine Festlegung seiner Arbeitsmeth-
oden vor.

Nach einem Gespräch mit der Delegation des Protestantischen Kirchenbundes Frank-
reichs steht der Ausschuß vor einer Konsultation mit Vertretern des französischen Kir-
chenbundes über das Studiendokument „Kirche und Mächte“.

Im Auftrag des Vorstandes übernahm der Ausschuß die Federführung für Sachgespräche
mit Vertretern des Regionalausschusses der Christlichen Friedenskonferenz, in denen die
Themen: „Vietnam“, „Europäische Sicherheit“ sowie „Versöhnung und Parteilichkeit“ be-
handelt wurden.

Im Rahmen seiner Mitarbeit an Programmen des Ökumenischen Rates der Kirchen be-
teiligt sich der Ausschuß an vorbereitenden Überlegungen für die von der Kommission der
Kirchen für internationale Angelegenheiten geplante Konsultation zum Thema „Menschen-
rechte“.

Der Ausschuß ließ sich ausführlich über den Weltkongreß der Friedenskräfte in Moskau
berichten und nahm einen Teil der Nacharbeit zu diesem Kongreß auf.

Für seine künftige Arbeit hat der Ausschuß sich Schwerpunkte gesetzt: Mittel- und kurz-
fristige Beratungsaufgaben – nachlaufende Analysen – Tätigkeit als Konsultationsstelle.
Eine bessere personelle Verklammerung zur Konferenz, die als Voraussetzung für eine effek-
tive Beratungstätigkeit angesehen wird, ist durch die Nachberufung von zwei Konferenz-
mitgliedern erreicht worden.

Facharbeitskreis und Studienreferat Friedensfragen setzten im Berichtszeitraum die Ar-
beit an dem Modell eines Gemeindegemeinsamkeitsseminars zum Thema „Erziehung zum Frieden“ fort.
Die vorliegenden Entwürfe wurden für die abschließende Beratung überarbeitet.

Zur Orientierung der Gemeinde wurde in Zusammenarbeit mit dem FAK Ökumenische
Diakonie die Dokumentation „Vietnam und wir“ erarbeitet.

Zur Nacharbeit des Moskauer Weltkongresses der Friedenskräfte in den Gemeinden legte
das Studienreferat einen Überblick über die Ergebnisse und Material des Kongresses vor.

Der FAK „Zusammenarbeit von Mann und Frau in Kirche, Familie und Gesellschaft“
stellte im Berichtszeitraum eine zweite Orientierungshilfe zur Frage des Schwangerschafts-
abbruches fertig, die sich mit dem Fragenkomplex der Geschlechtererziehung befaßt.

24 Ausschuß für Publizistik

Vorsitzender: Schnoor.

Stellv. Vors.: Dr. Grell.

Referent: Borgmann.

14 Mitglieder.

Im Mittelpunkt der gemeinsamen Arbeit des Ausschusses stand die Vorbereitung und
Durchführung des dritten Seminars für Autoren kirchlicher Sonntagsblätter. Auf der Ta-

gesordnung standen Fragen des Sprachwandels und der Sprachgestaltung im Zusammenhang mit dem Auftrag des christlichen Autors, die Botschaft des Evangelismus in die Sprache der Gegenwart zu übertragen und den überlieferten Inhalten eine zeitbezogene sprachliche Form zu geben.

Wie schon im Vorjahr vollzog sich die Arbeit des Ausschusses in zwei unabhängigen Gruppen:

Die *AG Kirchliche Presse* kam zweimal zusammen, um Fragen der publizistischen Begleitung der Gemeindegemeinschaften „Heil heute“ sowie aktuelle Probleme zu beraten.

Die *AG Information* erläuterte auf einer Tagung der Synodalpräsidien der Gliedkirchen und kirchlichen Zusammenschlüsse das Informationspapier „Synoden '72“, das einen Überblick über die auf den einzelnen Synoden behandelten Themenkreise gibt. Die AG beschäftigte sich darüber hinaus mit der Informationsverarbeitung in den kirchlichen Sonntagsblättern und beendete die Bestandsaufnahme der kirchlichen Tonband- und Bildstellen.

Eine gemeinsame Beratung mit Vertretern der landeskirchlichen Presse- und Informationsstellen diente der gegenseitigen Unterrichtung über die jeweiligen Arbeitsmöglichkeiten und dem Bemühen um einen besseren Informationsfluß.

Mitglieder der AG arbeiteten am Entwurf der Synodeninformationen „Schwerin '73“ und „Elbingerode '73“ mit. Auf einer gemeinsamen Tagung beider Arbeitsgruppen beschloß sich der Ausschuß mit Überlegungen zur Strategie kirchlicher Information. Er beschloß, an den Problemen der Information und Kommunikation unter Berücksichtigung der Erfahrungen aus der Ökumene weiterzuarbeiten.

Der *FAK Verlage* und *Buchhandel* beschäftigte sich ebenso wie der *FAK Evangelisches Buchgewerbe* mit aktuellen fachspezifischen Fragen. Beide Facharbeitskreise führten Rüstzeiten für die von ihnen vertretenen Arbeitsgemeinschaften durch.

25 Stelle für Information und Dokumentation

Referent: Borgmann.

Zu den Hauptaufgaben der Informationsstelle gehörte die Erarbeitung und Weiterleitung von Informationen aus der Arbeit des Kirchenbundes an kirchliche und säkulare Publikationsorgane und an interessierte Gemeindeglieder. Während der Synoden des Kirchenbundes in Schwerin und Elbingerode wurden Pressebüros eingerichtet, die der Betreuung der anwesenden Journalisten dienten.

Darüber hinaus konnte die Informationsstelle zahlreiche Anfragen und Materialanforderungen von Gemeindegliedern aus den Gliedkirchen beantworten.

Die komplizierte Arbeit an der Sachwortkartei für Dokumentationszwecke wurde fortgesetzt.

Die *Gemeinsame Arbeitsgruppe Ökumenische Dokumentation und Information* stellte Informationsmappen für Besucher aus der Ökumene zusammen und bereitete Informationen für geplante Delegationsreisen vor. Sie beriet Informationsvorhaben im Blick auf die Tagung des Exekutiv Ausschusses des Ökumenischen Rates der Kirchen im Februar 1974 in Bad Saarow.

3 Ökumene

'31 Ökumenische Kommission

Vorsitzender: von Brück.

Stellv. Vors.: Dr. Blauert.

Geschäftsführer: Lewek.

21 Mitglieder.

Die Kommission beschäftigte sich im Berichtszeitraum eingehend und wiederholt mit Fragen der Kooperation der ökumenisch-missionarischen Aktivitäten und erarbeitete Stellungnahmen zu den entsprechenden Vorlagen für die Konferenz.

Sie bereitete das Programm von kirchlichen Delegationen, die den Bund im Jahre 1973 besuchten, vor (Russische Orthodoxe Kirche, Juni; Kirchenbund Frankreichs, Sept./Okt.) und war an der Gestaltung des Programms für den Besuch des Generalsekretärs des ÖRK, Philip Potter, beim Bund beteiligt. Weiterhin befaßte sie sich mit der Vorbereitung der

Tagung des Exekutiv Ausschusses des ÖRK in Bad Saarow, Februar 1974. Die Kommission bereitete die Zusammensetzung der Delegation für die V. Vollversammlung des ÖRK, 1975 in Djakarta, vor und setzte die Überlegungen zur inhaltlichen Vorbereitung der Vollversammlung fort.

Zur Erarbeitung einer langfristigen ökumenischen Konzeption für den Bund setzte die Kommission eine Untergruppe ein, die zur Zeit an einem entsprechenden Entwurf arbeitet.

Eine weitere auf Initiative der Ökumenischen Kommission gebildete Gruppe wird die Arbeit der Konferenz Europäischer Kirchen begleiten.

FAK I Glauben und Kirchenverfassung, Catholica und Orthodoxie

Der FAK beschäftigte sich vor allem mit dem Studienprojekt des ÖRK „Rechenschaft über die Hoffnung, die in uns ist“. Eine Einladung zur Beteiligung an diesem Projekt ist von einer Reihe von Gruppen aufgenommen worden. Ergebnisse werden im Laufe des Februar 1974 erwartet. Der FAK I sandte einen Beitrag nach Genf, der durch die Auswertung der Werkstattberichte II bis IV der Lehrgesprächskommission entstanden ist.

Breiten Raum nehmen die Vorbereitungen des theologischen Gespräches mit der Russischen Orthodoxen Kirche ein, dessen erste Session im Juli 1974 in Sagorsk stattfinden wird.

Die Aufgaben der Catholica-Arbeit wurden im Kontakt mit der Konfessionskundlichen Forschungsstelle in Potsdam bedacht. Eine größere Catholica-Konsultation im Juni 1973 beschäftigte sich mit dem Problem der Interkommunion und vermittelte Informationen an die Referenten und Beauftragten der Gliedkirchen über die verschiedenen Pastoral-synoden der Römisch-Katholischen Kirche in Europa.

FAK II Weltmission

Eine stetige Sacharbeit im FAK II wurde dadurch beeinträchtigt, daß die derzeitigen Verhandlungen über die Koordinierung der ökumenisch-missionarischen Aktivitäten eine ständige Beschäftigung mit Strukturfragen mit sich brachten.

Eine Information über Fragen und Arbeitsaufgaben in der Weltmission wurde von einer eigenen Redaktionsgruppe durch eine Handreichung in der Ephiphaniaszeit den Gemeinden gegeben. Sie enthielt Material über die Missionsarbeit in den Großstädten der Welt.

Teilnehmer aus allen Gliedkirchen beschäftigten sich auf einem 2. Fachlehrgang für Ökumene und Mission im Herbst 1973 mit den theologischen Fragen von Tod und Auferstehung im afrikanischen Bezugshorizont. Solche Lehrgänge, die der Zerstärkung kirchlicher Mitarbeiter dienen, werden jährlich veranstaltet und im Wechsel von der Leipziger Mission und dem Ökumenischen-Missionarischen Amt vorbereitet.

FAK III Ökumenische Diakonie

Der FAK hat im Berichtszeitraum eine zweite Spendenaktion für das Programm des Ökumenischen Rates zur Bekämpfung des Rassismus eingeleitet, vorbereitet und mit Studien- und Informationsmaterial begleitet.

Das Aufkommen aus der Spendenaktion betrug etwa 500000 Mark. Es wird in Zusammenarbeit mit dem Afro-Asiatischen Solidaritätskomitee für ähnliche Projekte, wie das der ersten Aktion eingesetzt:

Heilbehandlungen von Mitgliedern der Befreiungsbewegungen im Süden Afrikas, die in der DDR durchgeführt werden.

Medikamente, medizinisch-technische Instrumente, Material zur medizinischen Lehrausbildung.

Schulmaterialien – Stoffe – Lebensmittel.

Ferner ist die Finanzierung eines Geographiebuches vorgesehen.

Durch eines seiner Mitglieder war der FAK an der unmittelbaren Auswertung der bisherigen Ergebnisse des Antirassismus-Programms im weltweiten Maßstab zur Vorbereitung der V. Vollversammlung der ÖRK 1975 beteiligt.

Als Sachgrundlage für die dem FAK übertragene Koordinierung ökumenischer Hilfsdienste bereite er Diskussionsthemen vor, die mit den Vertretern dieser Dienste in der DDR erörtert wurden.

Der FAK erarbeitete Materialien zu Fragen der Entwicklungsförderung unter verschiedenen Gesichtspunkten und übergab sie den Gliedkirchen, sowie besonders mit dieser Problematik beschäftigten kirchlichen Gruppen zu informierender Arbeit in den Gemeinden.

In Zusammenarbeit mit dem *Studienreferat „Friedensfragen“* stellte der FAK eine Dokumentation „Vietnam und wir“ zusammen. Ihr Ziel ist es, die Gemeinden zu bewußter und beteiligter Hilfe für das vom Krieg zerstörte Land zu veranlassen.

Der FAK führte zwei gemeinsame Sitzungen mit dem Verteilerkreis „Brot für die Welt“ durch, auf denen Möglichkeiten einer fruchtbaren wechselseitigen Verbindung deutlich wurden.

35 Ökumenische Beziehungen

Referat: Pabst.

Die ökumenischen Beziehungen haben sich gegenüber dem Vorjahr erneut ausgeweitet. Sowohl die Zusammenarbeit mit den ökumenischen Gremien in Genf als auch die bilateralen Kontakte zu einzelnen europäischen Kirchen wurden ausgebaut. Die Zahl der kirchlichen Mitarbeiter aus der DDR, die Funktionen in Kommissionen und Ausschüssen des Ökumenischen Rates der Kirchen, der Konferenz Europäischer Kirchen, des Lutherischen und des Reformierten Weltbundes sowie anderer ökumenischer Organisationen innehaben, hat sich weiter erhöht.

Zwei kirchliche Mitarbeiter waren zeitweilig im Genfer Stab des ÖRK tätig:

Dr. Johannes Althausen (Berlin), von September 1972 bis Juni 1973 in der Abteilung „Bildung und Erziehung“; Elisabeth Adler (Berlin), von Juli 1973 bis Januar 1974 in der Unterabteilung „Programm zur Bekämpfung des Rassismus“.

Anfang Juni stattete der Generalsekretär des ÖRK, Philip Potter, dem Bund und seinen Gliedkirchen einen offiziellen Besuch ab. Mehrere größere ökumenische Tagungen fanden im Berichtsjahr in der DDR statt; u.a. zwei Tagungen der Europa-Region des Weltbundes der Bibelgesellschaften in Bad Saarow (März/April), die Tagung des Exekutivkomitees des Lutherischen Weltbundes in Eisenach (Juli/August), eine Tagung der beiden Arbeitsgruppen der Konferenz Europäischer Kirchen in Buckow (November).

Zwei offizielle Kirchendelegationen besuchten den Bund und seine Gliedkirchen: eine fünfköpfige Delegation der Russischen Orthodoxen Kirche (Juni) und eine elfköpfige Delegation des Protestantischen Kirchenbundes Frankreichs (Sept./Okt.). Eine kleine Delegation der Altkatholischen Mariaviten-Kirche in Polen besuchte die Evangelische Landeskirche Greifswald.

Daneben gab es zahlreiche Einzelbesuche. So konnten an der letzten Tagung der 1. Synode im Mai 1973 eine größere Anzahl ökumenischer Gäste teilnehmen.

Das Sekretariat war den Gliedkirchen des Bundes, der Brüder-Unität, den kirchlichen Zusammenschlüssen und zahlreichen kirchlichen Einzelaktivitäten bei der Wahrnehmung ihrer ökumenischen Beziehungen behilflich.

Eine größere Anzahl von Ausreisegenehmigungen wurde von den zuständigen staatlichen Stellen erteilt, darunter auch solche zu kirchlichen Veranstaltungen in der Bundesrepublik Deutschland und nach Westberlin.

Der Transfer von Mitgliedsbeiträgen an den ÖRK und die KEK wurde fortgesetzt, der Transfer von Mitgliedsbeiträgen an den LWB und den Ökumenischen Jugendrat in Europa wurde vermittelt.

Im Berichtszeitraum war der Referent für ökumenische Beziehungen zugleich Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen (AGCK) in der DDR. Die AGCK arbeitete u.a. an einer Regelung zum Übertritt von Gemeindegliedern aus Landeskirchen in Freikirchen und umgekehrt. Im Dezember fand eine Begegnung der leitenden Geistlichen der Mitgliedskirchen der AGCK statt.

Die ökumenische Gebetswoche unter dem Thema „Herr, lehre uns beten!“ wurde in

zahlreichen Gemeinden von Landeskirchen, Freikirchen und der Römisch-Katholischen Kirche gemeinsam veranstaltet.

Die *Evangelisch-Katholische Konsultativgruppe* beriet bei ihren Zusammenkünften gemeinsam interessierende Fragen, u.a. die gemeinsame Ordnung für die Trauung konfessionsverschiedener Partner in einer evangelischen bzw. in beiden Kirchen und Probleme der Erhaltung von Kirchengebäuden.

4 Zurüstung zum Dienst

41 Ausschuß „Kirchliche Erziehung und Unterweisung“

Vorsitzender: Dr. Hafa.

Stellv. Vors.: Gerhard.

Referent: Schwerin.

15 Mitglieder.

Die Erörterung wesentlicher Grundsatzfragen fand im Berichtszeitraum in einer Kommunikationsgruppe von Unterweisungsausschuß und Jugendausschuß statt. Die erarbeiteten „Überlegungen zu einer Rahmenkonzeption kirchlicher Kinder- und Jugendarbeit“ wurden vom Gesamtausschuß nach Überarbeitung als „Grundlage für weitere Überlegungen der Kommunikationsgruppe und für eine fortzuführende Verständigung zwischen der Kinder- und Jugendarbeit“ gewertet. Die Ausarbeitung erhielten die Gliedkirchen, Ausbildungsstätten und interessierte Gruppen zur Diskussion.

Eine erste gemeinsame Sitzung von Jugendausschuß und Unterweisungsausschuß diente der gegenseitigen Unterrichtung und Fragen künftiger gemeinsamer Arbeit an Einzelprojekten.

Der *FAK Kindergottesdienst* setzte seine Debatte über das Selbstverständnis und seine künftige Arbeit fort. Auf einer Studientagung im Herbst 1973 erörterte er Überlegungen zu einer Rahmenkonzeption. Die Formulierung einer gemeinsamen Basis soll dazu dienen, Gesichtspunkte für die konkrete Kindergottesdienstarbeit zu gewinnen. Ein solches Projekt sind z.B. die „Handreichungen für den Kindergottesdienst“, die seit 1973 im Auftrag des FAK herausgegeben werden und für die sich der FAK bis zur Gewinnung eines Herausgebers verantwortlich fühlt.

Der *FAK Kinderpflege* beschäftigte sich neben Routinefragen mit der kirchlichen Arbeit an hirngeschädigten Kindern (Imbezillenkatechetik) und der Ausbildung von Mitarbeitern für die heilpädagogische Arbeit mit Kindern in Sondertagesstätten.

Die konzeptionellen Überlegungen des FAK geschehen in der AG „*Kirchliche Arbeit mit den Jüngsten*“. Sie beziehen sich auf die Vorlage der Kommunikationsgruppe „Überlegungen zu einer Rahmenkonzeption“ und sollen Anfang 1974 abgeschlossen werden. Sie sollen sowohl der Entwicklung praktischer Modelle als auch der Profilierung der Ausbildung dienen.

Die Konferenz hat am 10. November 1973 die Vorlage „Kurs V“ (Kirchliche Arbeit mit Jugendlichen zwischen zwölf und fünfzehn Jahren / Konfirmandenunterricht) entgegengenommen und beschlossen, sie mit einem Begleitschreiben, das die gegenüber Kurs V geäußerten theologischen Bedenken enthält, den Gliedkirchen zur Erprobung zuzuleiten.

Die AG *Elternarbeit* kam bisher zu keinen ausreichenden Arbeitsergebnissen. Sie wird ihre Tätigkeit bis auf weiteres aussetzen.

Der Unterweisungsausschuß verabschiedete auf seiner Sommersitzung die „Rahmenordnung zur Ausbildung von Gemeindegliedern für kirchliche Arbeit mit Kindern“, leitete sie der Ausbildungskommission zu und regte an, die Rahmenordnung vom C- zum B-Abschluß auszubauen. Die Rahmenordnung wurde von der Konferenz am 10. November 1973 den Gliedkirchen zur Einführung zum 1. Dezember 1973 zugeleitet.

Auf Anregung der kirchlichen Erziehungsreferenten fand ein Weiterbildungskursus für kirchliche Arbeit mit hilfsschulpflichtigen Kindern in Zusammenarbeit mit den Samariteranstalten Fürstenwalde in Hirschluch statt. In Naumburg wurde, ebenfalls auf Anregung der Erziehungsreferenten, ein 2. Sonderkursus für die theologische Fortbildung von Katecheten veranstaltet. Die Ergebnisse dieses Sonderkurses haben dazu ermutigt, künftig

in regelmäßigen Abständen ähnliche Kurse durchzuführen. Die Begleitung des Ausbildungsabschnittes II für B-Kirchenmusiker in Potsdam geschieht in ähnlicher Weise wie in den Vorjahren. Für 1974 ist eine Überprüfung des Ausbildungsprogramms unter Berücksichtigung der praktischen Erfahrungen der Absolventen geplant.

42 Ausschuß „Kirchliche Jugendarbeit“

Vorsitzender: –

Stellv. Vors.: Fengler.

Referent: Mönch.

15 Mitglieder.

Der Ausschuß trat im Berichtsjahr zu sechs Sitzungen zusammen; davon zu einer dreitägigen Klausurtagung, einer Sondersitzung zu Fragen von Theologie und Pädagogik und einer gemeinsamen Sitzung mit dem Unterweisungsausschuß.

Der Ausschuß nahm das Arbeitsergebnis der Kommunikationsgruppe „Überlegungen zur Rahmenkonzeption kirchlicher Kinder- und Jugendarbeit“ zur Kenntnis und erarbeitete Änderungsvorschläge. Er billigte die überarbeitete Fassung und stellte sie in den Gliedkirchen zur Diskussion.

Zu den Aufgaben des Ausschusses gehört die ständige Reflexion theologisch-pädagogischer Grundprobleme. In der Sondersitzung wurden deshalb lediglich inhaltliche Fragen der Arbeit besprochen. Die kirchliche Jugendarbeit sieht im jungen Menschen den sowohl lernbedürftigen als auch lernfähigen Menschen, der in einem partnerschaftlichen Kommunikationsprozeß Gemeinde erlebt und sich für den Dienst in Kirche und Gesellschaft qualifiziert.

In einer gemeinsamen Sitzung mit dem Ausschuß „Erziehung und Unterweisung“ wurden Probleme angesprochen, die sich aus der Beschäftigung mit der Rahmenkonzeption ergeben hatten. Ergebnis dieses Gedankenaustausches war u.a. die erklärte Bereitschaft beider Ausschüsse, theologisch-pädagogische Grundfragen noch stärker gemeinsam zu bedenken. Besonderes Gewicht kommt hierbei der Arbeit der Kommunikationsgruppe zu. Dennoch sollte auch für das kommende Jahr eine gemeinsame Sitzung im Interesse der dringend erforderlichen gegenseitigen Information über beide Sachbereiche vorgesehen werden.

In einer Zwischenbilanz über seine Tätigkeit kam der AKJ zu dem Ergebnis, daß er der Fülle der für ihn vorgesehenen Aufgaben (vgl. Mitteilungsblatt des Bundes Nr. 2/1971) noch nicht gerecht werden konnte. Er unternimmt daher den Versuch, mit Untergruppen und adhoc-Gruppen zu arbeiten. Er gibt ihnen Starthilfe für die Arbeit und verarbeitet die Ergebnisse. Auf diese Weise könnte die Verantwortung für die zentralen Aktivitäten des Ausschusses (Arbeit auf dem Lande, Mittelstelle für Werk und Feier, Ökumenischer Jugenddienst, Schülerarbeit) und die Zusammenarbeit mit benachbarten Arbeitsgebieten intensiver gestaltet werden.

Die AG Weiterbildung wertete erste Erfahrungen mit Weiterbildungslehrgängen für kirchliche Mitarbeiter aus. Sie berichtete dem Ausschuß und legte den Entwurf für das Programm 1974/75 vor, das nach ausführlicher Aussprache gebilligt wurde.

Das Studienreferat wurde in die Theologische Studienabteilung als „Studienreferat für Junge Generation“ übernommen. Ein Schwerpunkt der Studienarbeit 1973 war die Auseinandersetzung mit sexualethischen Fragen im Jugendalter.

43 Kommission für Ausbildung

Vorsitzender: Dr. Werner Krusche.

Stellv. Vors.: Dr. Schulz.

Sekretär: Dr. v. Rabenau.

17 Mitglieder.

Am 1. April 1973 übernahm Dr. v. Rabenau, bisher Dozent für Altes Testament am Katechetischen Oberseminar in Naumburg, die Aufgaben eines Sekretärs der Ausbildungskommission.

Die Kommission legte der Synode in Schwerin einen Sachstandsbericht vor, in dem Fortschritte in der gemeinsamen Arbeit an den Ausbildungsfragen festgestellt wurden, aber auch darauf hingewiesen wird, daß der Ansatz für eine umfassende Konzeption noch nicht gefunden worden ist. Die Kommission bemüht sich um eine Abstimmung mit den Vorstellungen der Gemeindekommission.

Sie erarbeitete Richtlinien für die Dienstleistungsprüfung (2. theologisches Examen) der Theologen, die von der Konferenz den Gliedkirchen zur Erprobung empfohlen wurden.

Ein Rahmengesetz für die Ausbildung von Theologen wurde zunächst zurückgestellt, um darin eventuell auch Bestimmungen für die Ausbildung von Predigern einzuarbeiten.

Die Ordnung für theologisch-wissenschaftliche Qualifikationsprüfungen für Theologen, die an den kirchlichen Ausbildungsstätten in Berlin, Leipzig und Naumburg studiert haben, wurde von der Konferenz am 1. Januar 1974 in Kraft gesetzt.

Als neue Arbeitsgebiete innerhalb der Theologenausbildung ergaben sich:

- a) Gliederung des Studiums an den kirchlichen Ausbildungsstätten in drei Phasen, von denen die letzte einer Vertiefung auf bestimmten Gebieten dienen könnte;
- b) Stellung und Ausbildung der Prediger;
- c) Festlegung von Auswahlkriterien für Bewerber für kirchliche Berufe und von Methoden für das Auswahlverfahren.

Der FAK *Pfarrerweiterbildung* führte im Oktober seinen dritten Studienkurs in Krummehennersdorf zum Thema „Theologische Ethik der Geschlechterbeziehungen und Beratungshilfe“ durch.

Der FAK plant eine Absprache mit allen überlandeskirchlich an der Pfarrerweiterbildung arbeitenden Institutionen und Werke, um den Begriff „Weiterbildung“ zu klären.

Ein zweiter Sonderkurs für die theologische Weiterbildung von Katecheten fand im September am Katechetischen Oberseminar in Naumburg statt. Katecheten mit längerer Praxiserfahrung und besonderen Befähigungen für leitende Funktionen hatten Gelegenheit, aktuelle Fragen aus Theologie, Kirche und Gesellschaft in verschiedenartigen Lehrveranstaltungen kennenzulernen, verschiedene theologische Standpunkte zu erkennen und eine Orientierung für die eigene theologische Arbeit zu finden.

Seit 1971 besteht eine Arbeitsgemeinschaft der kirchlichen Fernunterrichte. Unterschiedliche Zielsetzungen sowie verschiedene Unterrichtsverfahren der Institutionen führten zu intensiven Sachgesprächen. Augenblicklich beschäftigt sich die Arbeitsgemeinschaft mit Fragen der Lehrbriefgestaltung. Zwischen dem Bund und dem Burckhardthaus wurde vereinbart, daß das Burckhardthaus die Lehrbriefgestaltung in Abstimmung mit dem Sekretariat des Bundes und der Ausbildungskommission vornimmt.

Eine Untergruppe des 1972 von der Ausbildungskommission, dem Unterweisungsausschuß, dem Ausschuß Kirchliche Jugendarbeit und Vertretern der Gliedkirchen gebildeten Unterausschusses „Katechetische und gemeindehelferische Ausbildung“ hat eine Zusammenfassung der bisherigen Erörterungen vorgelegt. Damit ist die Arbeit des Unterausschusses bis auf weiteres ausgesetzt. Es zeigte sich, daß das Interesse an den Ausbildungsfragen unterschiedlich groß ist. Die Weiterarbeit wird vordringlich den Fragen des späteren Einsatzes und des Status der Mitarbeiter gelten.

5 Recht, Organisation, Finanzen

51 Ausschuß für Organisations-, Verwaltungs- und Rechtsfragen (Rechtsausschuß)

Vorsitzender: Dr. Johannes.

Stellv. Vors.: Kupas.

Referent: Künscher.

10 Mitglieder.

Die AG *Raumordnung* gab vor der Konferenz einen Zwischenbericht. Danach konnten kurzfristige Vorhaben in zahlreichen Fällen bilateral zwischen den Gliedkirchen realisiert werden. Mittelfristige Vorhaben wurden in Form von gemeinsamen Konventen, Gemeindeveranstaltungen und gegenseitigem Erfahrungsaustausch im Ansatz verwirklicht. Die sogenannte „Mittlere Ebene“ sollte in den Gliedkirchen einander angeglichen werden. Lang-

fristige Raumordnungsvorhaben werden erst dann in Angriff genommen werden können, wenn die Zielvorstellung des Bundes geklärt ist.

Der *FAK Pfarrerdienstrecht* überarbeitet den ersten Entwurf eines Pfarrerdienstgesetzes. Im Frühjahr 1974 sollen die Dezenten der Gliedkirchen zu den Überlegungen hinzugezogen werden. Das neue Pfarrerdienstgesetz soll sich auch auf Pastorinnen und Prediger erstrecken.

Die Entwürfe einer kirchlichen Arbeitsvertragsordnung und Vergütungsordnung sind den Gliedkirchen zur Stellungnahme übersandt worden.

Richtlinien für die Aus- und Fortbildung von Mitarbeitern im kirchlichen Verwaltungsdienst sollen im Januar 1974 verabschiedet werden. Sie sehen die Aus- und Fortbildung zur Verwaltungsprüfung I und II vor.

Der Entwurf einer Ausbildungs- und Prüfungsordnung für kirchliche Archivare und Bibliothekare wurde den Gliedkirchen zur Stellungnahme übersandt. Er soll im Januar 1974 verabschiedet werden.

Im April und November fanden Weiterbildungsveranstaltungen für die in den Gliedkirchen tätigen Kirchenjuristen statt. Die Büro- und Kassenleiter der Gliedkirchen kamen im September zusammen.

Für das Jahr 1974 bereitet der Rechtsausschuß eine Kirchenrechtstagung für Theologen und Kirchenjuristen vor. Sie soll sich hauptsächlich mit Fragen des ökumenischen Kirchenrechts befassen. Gleichzeitig soll sie der Vorbereitung einer ökumenischen Kirchenrechtstagung dienen, die für 1975 in Aussicht genommen ist.

Im Einvernehmen mit Vertretern des Evangelischen Diakonenverbandes in der DDR legte der Rechtsausschuß der Konferenz einen Beschlussentwurf vor, nachdem der Diakonenverband eine von der Konferenz anerkannte Arbeitsgemeinschaft im Rahmen des Bundes ist und der Bund dem Diakonenverband Rechtsschutz gewährt. Die Konferenz stimmte dem Beschluß im November 1973 zu. Zusammen mit dem Rechtsausschuß der 1. Bundessynode hat der Rechtsausschuß die von der 1. Synode des Bundes im Mai 1973 verabschiedeten Beschlüsse zur Interpretation des Artikels 14, 1d der Ordnung des Bundes und zur Änderung der Geschäftsordnung der Synode vorbereitet.

Der Rechtsausschuß befaßte sich außerdem mit Fragen der Veranstaltungsverordnung und einer gemeinsamen Entwicklung des gliedkirchlichen Verfassungsrechts.

52 Ausschuß für Finanzen und Vermögen (Finanzausschuß)

Vorsitzender: Dr. Heimbold.

Stellv. Vors.: Meyer.

Referent: Stolpe.

13 Mitglieder.

Im Jahre 1973 hat der Finanzausschuß damit begonnen, Möglichkeiten einer Finanzplanung intensiv zu prüfen. Dabei wurde in drei Schwerpunkten vorgegangen: In einer Analyse der Einnahmeentwicklung sollten Trends herausgearbeitet und die Finanzstatistiken der Kirchen vergleichbar gemacht werden. Hier wird mit dem Facharbeiterkreis Prognose zusammengearbeitet. Eine Untergruppe des Finanzausschusses bearbeitet Grundsätze und Modelle einer Finanzplanung und eine weitere die einer Mitarbeiterplanung. Der Finanzausschuß wird diese Fragen weiter vorrangig behandeln; erste Ergebnisse dürften jedoch nicht vor 1975 zu erwarten sein.

Den Finanzausschuß beschäftigten im Berichtszeitraum in größerem Umfange Baufragen. Durch das Sonderbauprogramm konnte die Rekonstruktion von etwa vierzig kirchlichen Gebäuden in den Gliedkirchen in Angriff genommen werden. Für die Auswahl war der heutige und künftige Bedarf der Gemeinden bestimmend.

Der Finanzausschuß billigte den Entwurf einer Ordnung für das Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen und übersandte ihn den Gliedkirchen zur Stellungnahme. Der Entwurf geht auf Vorarbeiten eines EKU-Ausschusses zurück. Die Arbeiten an einer einheitlichen Verwaltungsgliederung als einer Arbeitshilfe und Rationalisierung auf allen Ebenen des kirchlichen Dienstes wurden fortgesetzt.

Im Interesse der Konzentration der Arbeit und einer Verbesserung der Zusammenarbeit

zwischen Bund und Gliedkirchen entsprach die Konferenz dem Wunsch des Finanzausschusses und berief die Finanzreferenten der Gliedkirchen, die bisher dem Ausschuß nicht angehörten, in den Finanzausschuß.

Das Referat für *kircheneigene Landwirtschaft* führte im Berichtsjahr Gespräche mit dem Staatssekretär für Kirchenfragen über Probleme der kircheneigenen bewirtschafteten Landwirtschaft. Dabei wurde erneut bestätigt, daß die kircheneigenen Landwirtschaftsbetriebe das Recht und die Möglichkeit haben, miteinander zu kooperieren und dadurch ihre Spezialisierung weiter voranzutreiben. Diese Möglichkeit wurde im Jahre 1973 in allen Bereichen der kircheneigenen Landwirtschaft erfolgreich genutzt.

Im Mittelpunkt der Arbeit in der *kircheneigen bewirtschafteten Forstwirtschaft* stand die Aufarbeitung des Schadholzes aus dem Windbruch vom November 1972 und aus einem Schneebruch vom April 1973. In den eigenbewirtschafteten Revieren sind insgesamt 94 000 Festmeter Schadholz angefallen; das entspricht dem eineinhalbfachen normaler Jahresumlagen. Diese Menge wurde bis zum Jahresende zu 86 Prozent aufgearbeitet.

Daß es soweit geschafft werden konnte, ist nur dem persönlichen Einsatz aller Beteiligten zu verdanken. Hervorzuheben ist hierbei die große Hilfsbereitschaft über Kirchengrenzen hinweg.

gez. *Borgmann*

(Presse und Information)

Berlin, den 25. März 1974

Der Kirchenbund hielt im Jahre 1973 zwei Synodaltagungen, nämlich die 5. (letzte) Tagung der 1. Synode des Bundes vom 26. bis 29. Mai in Schwerin und die 1. Tagung der 2. Synode des Bundes vom 26. bis 28. Oktober in Elbingerode. Während die Tagung in Schwerin einer Bilanz des Kirchenbundes überhaupt in den letzten vier Jahren diente, hatte die Tagung in Elbingerode außer Neuwahlen des Präsidiums der Synode und der synodalen Mitglieder der Konferenz der Kirchenleitungen die neugebildete Synode in ihre künftige Arbeit einzuführen. Aus der Fülle der hierzu entstandenen Arbeitspapiere, Tätigkeitsberichte und sonstigen Materialien kann hier nur eine kleine Auswahl zum Abdruck gebracht werden. Über die Bilanz-Synode in Schwerin wird hier durch die Wiedergabe einer vom Sekretariat des Kirchenbundes herausgegebenen Gesamtinformation berichtet. Dabei werden diejenigen Gegenstände fortgelassen, die schon an anderer Stelle dieses Jahrbuch-Berichtes behandelt wurden.

SCHWERIN '73

Eine Information

Konferenzbericht

Die Chance des Neuanfangs

Auf der letzten Tagung der 1. Synode des Bundes soll „nicht einfach ein Tätigkeitsbericht des vergangenen Jahres gegeben werden“. Die Konferenz versucht, „eine Bilanz der letzten vier Jahre zu ziehen – der ersten vier Jahre auf dem Wege, den die acht Gliedkirchen, vereint im Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR, angetreten haben, um in der DDR und in ihrer Gesellschaftsordnung als Zeugnis- und Dienstgemeinschaft Kirche für andere sein zu können.“

Der Neubeginn 1969 war durch den festen Willen gekennzeichnet, die bereits geübte Zusammenarbeit der acht Gliedkirchen weiter zu vertiefen. Dieser Wille ist in den Grundbestimmungen der Ordnung des Bundes verpflichtend ausgedrückt worden. Ein neuer Anfang bietet die Chance, neue Formen der Arbeit zu versuchen“.

Das wird besonders an zwei Stellen deutlich:

1. An der Zuordnung von Kommissionen bzw. Ausschüssen zu Synode und Konferenz (leitende und beratende Tätigkeit soll so auf verschiedene Gremien verteilt werden).

2. An der Zusammensetzung der Konferenz aus leitenden Mitgliedern der Gliedkirchen und von der Synode gewählten, synodalen Mitgliedern (Versuch, die notwendige Spannung zwischen gegebener Vielfalt und erstrebter Einheit in einem Gremium dynamisch auszugetragen).

Das Ziel des Zusammenwachsens erfordert einen Arbeitsstil, der gewährleisten muß, „daß der Bezug auf das Ziel Vorrang hat vor der Rücksicht auf überkommene kirchliche Strukturen“ ...

Wegsuche im sozialistischen Gesellschaftssystem der DDR

...

Praktische Fragen

Diakonie:

„Was sich in Gemeinden, in Anstalten und Werken diakonisch entfaltet, will als Lebensäußerung der Kirche verstanden werden“; zunächst in den Gemeinden, dann aber in etwa 500 Heimen und Anstalten mit etwa 30000 Plätzen durch fast 15000 Mitarbeiter; „Brot für die Welt“ gab Hilfen im Wert von über 30 Millionen Mark in Notgebiete, darunter mehrere Millionen Mark für Vietnam.

Antirassismus-Programm:

Im Januar 1971 beschlossen die Gliedkirchen einstimmig die Beteiligung am Programm des Ökumenischen Rates. Seitdem läuft die Diskussion um theologische Fragen, politische Implikationen und die Methode der Beteiligung. „Es ist zweierlei, richtige Grundsätze lediglich zu proklamieren und sich für eine wirkliche Hilfe zu engagieren. Wer konkrete Verantwortung übernimmt, macht sich die Finger schmutzig. Wer chemisch rein bleiben will, wird steril“. Die 1971 bezogene Position wird ständig überprüft. Der erste Spendenaufruf erbrachte fast 1 Million Mark und wurde vollständig realisiert. Der zweite Spendenaufruf erfolgte zur Passionszeit 1973.

Schwangerschaftsabbruch:

Der Bund nahm zum Gesetz vom 9. März 1972 durch die „Orientierungshilfe des Facharbeitskreises Mann und Frau“ Stellung. Er hält weiter am Wort der Bischöfe vom 15. Januar 1972 fest. Er bekräftigt die Überzeugung, „daß werdendes Leben unantastbar ist und des besonderen Schutzes der Gesellschaft bedarf“. Er hat sich aber auch genötigt gesehen, seinen „Standpunkt mehr zu differenzieren“. „Dabei hat es sich gezeigt, daß es nicht in erster Linie um das Pro oder Contra zu der neuen gesetzlichen Regelung gehen konnte. Nicht nur der Gesetzgeber, auch die Kirche ist gefragt, was sie als Lebenshilfe, d.h. vor allem als Hilfe zur Annahme menschlichen Lebens, in Familie und Gesellschaft, anzubieten hat“.

Innere Probleme der Gemeinde

Zwei Prozesse verändern das kirchliche Leben entscheidend. Die Säkularisierung und die Herausforderung durch den dialektischen Materialismus, „der die ideologische Grundlage der führenden Partei in unserer Gesellschaft ist“.

Die Säkularisierung hat einen Schrumpfungsprozeß verursacht, in dem sich jene, die sich von den sinkenden Zahlen fixieren lassen, denen gegenüber sehen, für die es jedesmal ein Wunder ist, wenn ein Mensch sich in die Nachfolge Christi rufen läßt.

„Die einen halten es für das im Grunde Selbstverständliche, daß alle Menschen Christen sind, und klagen, daß ‚nur noch‘ so wenige sich zur Gemeinde halten. Die anderen denken daran, daß es jedesmal ein Wunder ist, wenn ein Mensch sich in die Nachfolge Christi rufen läßt, und freuen sich, daß sie ‚schon‘ unerwartet vielen auf diesem Wege begegnen.“

Im Zusammenhang mit diesem Schrumpfungsprozeß hat sich eine Vielfalt theologischer und nichttheologischer Meinungen und Konzepte entwickelt, die sich keineswegs in die herkömmlichen ‚Konfessionen‘ und ‚Schulen‘ einordnen lassen. Daraus ergibt sich für die Kirche gerade in Fundamentalfragen häufig die Schwierigkeit, sich bündig und eindeutig zu äußern.

Für die Gemeindeglieder entsteht der Eindruck der Unsicherheit im Bekenntnis, im Glauben und darum auch in Verkündigung und Unterweisung. Dieser Eindruck muß sehr ernstgenommen werden. Es wird allerdings auch damit gerechnet werden müssen, daß es nicht mehr möglich ist, die Vielfalt der Theologien und der Frömmigkeit in Aussagen zu fassen, die alle mitvollziehen können. Eine volle Einheitlichkeit der Aussagen hat es noch nie gegeben. Es wird darauf ankommen, die andere Meinung und Haltung, solange es irgend geht, als Anfrage an die eigene Position und damit als Hilfe anzunehmen, nicht aber rechthaberisch abzulehnen und gar zu verdammen. Damit soll keiner Indifferenz in Glaubenssachen das Wort geredet werden. Der lebendige Christus und der Glaube, der sich an ihn hält, sind immer mehr als unser Reden von ihm, Nachfolge ist immer mehr als theologischer Standpunkt.“

Der Bund hat versucht, dem Rechnung zu tragen (Vorbereitung des „Glaubensbuches für Erwachsene“; Überlegungen verschiedener Ausschüsse, z.B. „Zeugnis und Gestalt der Gemeinde“ und „Kirche und Gesellschaft“).

Fragen der Volksbildung

...

Veranstaltungsverordnung

...

Praktizierte Gemeinschaft

„Zusammenwachsen bedeutet, daß keine Kirche nur für sich allein entscheiden kann, sondern daß sie stets die anderen mit im Blick haben muß. Im Prozeß des Zusammenwachsens kommt man sich näher – auch in dem Sinne, daß man durch den Partner selbst in Frage gestellt wird, die eigene historisch gewachsene Position oder Struktur überprüfen und im Blick auf die Zukunft möglicherweise aufgeben muß ... Es gibt keine großen Erfolgsmeldungen, aber es gibt erste hoffnungsvolle Schritte praktizierter Gemeinschaft, die deutlich werden lassen, daß sich der einmal beschrittene Weg lohnt.“

Beispiele:

Gemeindearbeit:

Vorbereitung eines Rahmenplans für seminaristische Arbeit in Gemeindekreisen (Gemeindegemeinschaften) unter dem Thema „Das Heil der Welt heute“; dreiteiliger Qualifizierungskursus für Mitarbeiter in Neustadtgemeinden (Pastoren, kirchliche Mitarbeiter, Gemeindeglieder).

Kirchliche Ausbildung:

Die Hauptfrage heißt: „Wie wird die Kirche aussehen, für die Mitarbeiter ausgebildet werden sollten? Wie müssen die kirchlichen Berufe dementsprechend profiliert werden?“ Hinzu kommt, „daß die Gliedkirchen längst ihre eigenen Ausbildungsgesetze haben und praktizieren, daß sie längst Berufsbilder entwickelt haben, die sie nur zögernd zu verändern bereit sind“. ... Deshalb ist hier eine intensive Zusammenarbeit zwischen Bund, Landeskirchen und kirchlichen Zusammenschlüssen nötig. „Vorerst wird es darauf ankommen, auf einzelnen kleineren Gebieten zu erproben, wie der Weg zu größerer Gemeinsamkeit“ auszusehen hat. Die Ausbildungskommission hatte der Synode – schriftlich – einen Sachstandsbericht vorgelegt.

Pfarrerdiensrecht:

Der FAK Pfarrerdiensrecht hat seine Arbeit „kräftig vorangetrieben“ und bemüht sich, das Verhältnis des Pfarrers zu den anderen kirchlichen Mitarbeitern theologisch und rechtlich zu klären. „Es ist vorgesehen, daß auch die Dienstordnung für Pastorinnen und Prediger in ein einziges Pfarrerdiensrecht einbezogen wird.“

Theologische Studienabteilung:

Die Pläne für eine Konzentration aller Studienaktivitäten wurden den Gliedkirchen und den kirchlichen Zusammenschlüssen zugeleitet. „Diese haben sich im Grundsatz für die Bildung der Studienabteilung ausgesprochen. Verschiedene Einzelfragen sind in der Klärung begriffen.“

Konfirmationsverständnis:

Der FAK Konfirmation legte im Januar 1972 die Positionsbeschreibung „Das konfirmierende Handeln der Gemeinde“ vor. Es ist der Versuch einer künftigen Rahmenordnung, die ein einheitliches Verständnis von Konfirmation und eine flexible Konfirmationspraxis enthalten soll. Die Stellungnahmen der Gliedkirchen werden z.Z. ausgewertet. Ein weiteres Arbeitsergebnis des Facharbeitskreises zum Verhältnis von Konfirmation und Jugendweihe wurde den Gliedkirchen zur Stellungnahme zugeleitet.

Kirchliche Außenbeziehungen

Seit 1971 bedienen sich die Gliedkirchen zur Vermittlung ihrer Beziehungen zu den Genfer ökumenischen Gremien des Bundes und seines Instrumentariums. 58 Vertreter aus den Gliedkirchen des Bundes sind zur Zeit in ökumenischen Gremien tätig. „Damit nimmt der Bund an der Leitungsarbeit dieser Weltgremien, aber auch an der Erarbeitung ihrer Studienprogramme und Aktionen teil.“

Eine besondere Form der ökumenischen Beziehungen sind „die Reisen offizieller Delegationen zu Kirchen in anderen Ländern und der Empfang solcher Delegationen bei uns.“ Der Austausch offizieller Delegationen „ist nicht als das Ziel, sondern als die Eröffnung intensiver ökumenischer Beziehungen gedacht“. Die Konferenz hofft, „daß sich eine Fülle von informatorischen Besuchen und von Sachgesprächen auf allen Ebenen anschließen wird“. Der Begegnung mit den Kirchen in den sozialistischen Ländern kommt besondere Bedeutung zu.

„Mit den evangelischen Kirchen in der Bundesrepublik Deutschland gab es auch auf Bundesebene einen guten, kontinuierlichen Austausch. Der Bund hofft, daß nach der Normalisierung der staatlichen Beziehungen, die zu unser aller Freude in greifbare Nähe gerückt ist, auch zwischen den Kirchen normale bilaterale Beziehungen möglich sein werden. Daß an dieser Synode in Professor Dr. Lohff das erste Mal ein offizieller Vertreter des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland teilnehmen kann und daß Oberkirchenrat Pabst den Bund der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik bei der Synode in Coburg in den nächsten Tagen vertreten wird, ist ein von uns gern registriertes Zeichen solcher normaler bilateraler Beziehungen.“

Mit der Römisch-Katholischen Kirche wird das Gespräch „in nüchterner Anerkennung der Tatsache, daß der Weg, der uns zueinander führen soll, nicht ohne Schwierigkeiten und Hemmnisse ist“, weitergeführt.

Die Vertiefung der Beziehungen zum Ökumenischen Rat der Kirchen und zu anderen Genfer ökumenischen Gremien ist eine besonders wichtige Aufgabe.

Das Instrumentarium der Bundesarbeit

Die *Konferenz der Kirchenleitungen* „hat nach Kräften versucht, ihren Leitungsaufgaben gerecht zu werden“. Es hat oft „eines großen Maßes von gegenseitiger Rücksichtnahme“ bedurft, um die „recht verschiedenen theologischen und nichttheologischen Positionen“ nicht zu Hindernissen werden zu lassen. „Dazu kommt das besondere Problem, daß landeskirchliche Gegebenheiten ... und der Wille zum Zusammenwachsen oft in Spannung zueinander stehen.“

Die *Kommissionen und Ausschüsse* umfassen mit ihren Facharbeitskreisen und Arbeitsgruppen 30 Gremien mit insgesamt über 200 Mitgliedern. Sie haben intensive Arbeit geleistet und sich um rationellere Methoden bemüht.

Konferenz und Synode sind durch den Präses sowie sieben von der Synode in die Konferenz gewählte Synodale verklammert. Zweifellos befinden sich die synodalen Mitglieder der Konferenz in bezug auf ihre Informiertheit über Gegenstände kirchlicher Leitungstätigkeit im allgemeinen im Nachteil. Vielleicht liegt eine ihrer wesentlichen Aufgaben darin, „Tabus anzugreifen“.

Das *Sekretariat* konnte trotz eines geringen Mitarbeiterstabes „im wesentlichen die ihm übertragenen Aufgaben erfüllen“. Erfreulich ist, „daß das Sekretariat bisher einen bürokratischen Behördenstil vermieden hat. Es hat sich bemüht, nicht so sehr zu verwalten, als vielmehr eine operative Arbeitsweise zu entwickeln“.

Der *Bischofskonvent* hat durch seine Beratungen „Raum für eine offene brüderliche Aussprache“ vermittelt und so den Bund gestärkt.

Bund und Gemeinden müssen vor allem durch einen Informationsfluß in beiden Richtungen verbunden werden. „Der Bund wird nur fruchtbar arbeiten können, wenn er ein Echo aus den Gemeinden bekommt.“

Kirchengemeinschaft

Der Bericht würdigt ausführlich die „Gemeinsame Stellungnahme“ der Gliedkirchen des Bundes zur Leuenberger Konkordie und die Bedeutung der Konkordie selbst. Er stellt fest, daß die praktizierte Gemeinschaft innerhalb des Bundes schon jetzt über das Leuenberger Modell erheblich hinausgeht. Deshalb sind die Lehrgespräche in der DDR und die bevorstehenden Gespräche des Ausschusses Theologie des Bundes mit Vertretern der Evangelischen Kirche der Union und der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche besonders wichtig.

Eine Intensivierung der Gemeinschaft wird sowohl durch die „Gemeinsame Vorbereitungsgruppe“ der kirchlichen Zusammenschlüsse und des Bundes wie durch gemeinsame Ausschüsse (Ordination, Lebensordnung, liturgische Fragen) angestrebt. Die kirchlichen Zusammenschlüsse haben das Zusammenwachsen durch aktive Mitwirkung gefördert. „Allerdings sollte sich das Bewußtsein noch stärker durchsetzen, daß sich alle diese Zusammenschlüsse einschließlich des Bundes in einer Übergangsphase befinden.“

Der Bund und die Landeskirchen

„Der Bund ist nicht ‚die Evangelische Kirche in der Deutschen Demokratischen Republik‘. Er würde es auch nicht durch die Proklamation der Kanzel- und Abendmahlsgemeinschaft werden. Die Zuständigkeit in Bekenntnis, Lehre und Liturgie sowie in Organisations-, Personal- und Finanzhoheit liegt eindeutig bei den acht Gliedkirchen. Der Bund ist aber auch kein unverbindliches Gesprächsforum, keine bloße Arbeitsgemeinschaft. Unter Wahrung der Zuständigkeit der Landeskirchen bietet die Bundesordnung Möglichkeiten einer verbindlichen Zusammenarbeit.“

Während die Bundessynode nur Regelungen im Rahmen der Kompetenz des Bundes treffen kann, bietet die Konferenz „als Instrument föderativer Zusammenarbeit ... faktisch die Möglichkeit einer viel umfassenderen, verbindlichen Kooperation“.

„Der Bund ist weniger als eine Kirche, er ist mehr als eine Arbeitsgemeinschaft. Er ist der Verband der selbständigen Gliedkirchen, in denen auch das Schwergewicht des kirchlichen Dienstes bleibt. Er ist das Instrument der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik für eine verbindliche Zusammenarbeit im Interesse des gemeinsamen Zeugnisses und Dienstes. Darin liegen seine Möglichkeiten und seine Grenzen. Für seine Arbeit ergeben sich folgende Aufgabenschwerpunkte:

1. Vertretungsfunktion für die Gesamtheit der Gliedkirchen berührende Fragen gegenüber der Ökumene sowie gegenüber Staat und Gesellschaft.
2. Koordinierungsfunktion für gesamtkirchliche Aktivitäten und Aufgaben von gesamtkirchlicher Bedeutung oder gemeinsamem Interesse auf der Grundlage entsprechender Aufträge der Gliedkirchen (z.B. Beschluß über die Kommission für Ausbildung vom 14. März 1970).
3. Beratungs- und Studienfunktion zur Erarbeitung von Arbeitshilfen und Materialien für den Dienst in den Gliedkirchen.“

Aufgaben der Zukunft

Der Bericht nennt abschließend die künftigen Aufgaben des Bundes:

1. Erarbeitung einer präzisen Zielvorstellung des Bundes
2. Abstimmung der Aufgaben des Bundes mit denen der Gliedkirchen auf Grund der Zielvorstellung
3. Konkrete Einzelaufgaben: Umfassendes, gemeinsames Ausbildungskonzept; gemeinsa-

mes Mitarbeiterrecht einschließlich Vergütungsordnung und Pfarrerdienstrecht; Zusammenführung der Verwaltung der gesamtkirchlichen Zusammenschlüsse; Verbesserung der Zusammenarbeit der Leitungs- und Beratungsgremien; stärkere Einbeziehung der Fachleute aus den Leitungsorganen der Landeskirchen; Hilfen für das selbständige Zeugnis des einzelnen Christen und der Gemeinde; beharrliches Nachdenken über den Weg der Kirche in der sozialistischen Gesellschaft und Gespräch darüber mit Vertretern von Staat und Gesellschaft; Ausbau der ökumenischen und bilateralen Beziehungen.

Stellungnahme der Synode zum Bericht

Die Synode schloß sich einstimmig dem Antrag des Berichtsausschusses an, den Bericht der Konferenz „dankbar entgegen“ zu nehmen. Sie machte sich besonders den Abschnitt zu den Fragen der Volksbildung und die Stellungnahme des Berichtsausschusses dazu zu eigen. Sie beauftragte das Präsidium, die Stellungnahme der Synode zum Bericht der Konferenz den Gemeinden zugänglich zu machen und den oben erwähnten Abschnitt des Konferenzberichtes hinzuzufügen.

In der Stellungnahme heißt es u.a.:

„Um dem einzelnen Christen und der Gemeinde bei ihrem Sendungsauftrag zu helfen, sollten folgende Vorhaben besonders gefördert werden:

1. Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter
2. Durchführung von Gemeindegemeinschaften auf Bundesebene
3. Fertigstellung des Glaubensbuches für Erwachsene

Die Frage, ob es möglich sein wird, katechismusartige Sätze für unsere Situation zu formulieren, muß auf der Tagesordnung bleiben ...

Es erscheint uns wichtig, daß die Landeskirchen nicht als einzelne, sondern als Gemeinschaft am ökumenischen Gespräch teilnehmen. Wir wünschen uns deshalb die ständige Mitarbeit eines vom Bund entsandten im Genfer Stab des Ökumenischen Rates der Kirchen ... Die Organe, Kommissionen und Ausschüsse des Bundes haben eine Fülle von gemeinsamen Aufgaben in Angriff genommen.

Arbeitsgemeinschaft hat *wachsende Kirchengemeinschaft* mit sich gebracht, und Kirchengemeinschaft hat zu engerer Arbeitsgemeinschaft geführt. Um dies den Gemeinden deutlich zu machen und die Beziehung zwischen den Leitungsorganen des Bundes und den Gemeinden zu verstärken, bitten wir die Konferenz der Kirchenleitungen, die Möglichkeit einer jährlichen ‚Bundesbesuchswoche‘ bei den Gemeinden jeweils bestimmter Kirchengebiete zu prüfen.“

Der Sonderausschuß berichtete

„Eine gewisse Basisfremdheit ...“

Der von der Bundessynode 1972 eingesetzte Sonderausschuß zur Überprüfung der Arbeit der Organe des Bundes legte zwei Arbeitspapiere vor:

1. „Aufgaben und Zusammensetzung der Kommissionen und Ausschüsse.“

Darin heißt es: Die Aufgaben (Bestandsanalyse, Koordinierung, Einzelaufträge, Forschungsarbeit, Konzeptionsfragen) hätten „insgesamt nicht ausreichend“ realisiert werden können. Durch ungenügende Berücksichtigung der landeskirchlichen Aktivitäten sei es teilweise zu Parallelstrukturen gekommen. „Dieser Tatbestand sollte Veranlassung dafür sein, die Aufgaben der Kommissionen und Ausschüsse künftig auf realisierbare Schwerpunktprojekte“ zu reduzieren. Bei Beibehaltung des Instrumentariums, „das jedoch einer stärkeren Profilierung bedarf“, müßten „der tatsächliche Bedarf und die stärkere Berücksichtigung bereits vorhandener Aktivitäten“ sowie eine Einbeziehung der landeskirchlichen Aktivitäten angestrebt werden.

Die Bundessynode „sollte einen Katalog echter Gemeinschaftsaufgaben entwickeln, der mit den Landessynoden abzustimmen ist. Er würde als Grundlage für die Bildung von Kommissionen und die Erteilung konkreter Aufträge dienen können“.

2. „Überlegungen zur Bundessynode.“

Hier wird eine erste kritische Bestandsaufnahme nach vier Jahren Arbeit versucht. Zu den legitimen Aufgaben der Synode gehört es, Impulse zu geben, das Leben des Bundes beobachtend zu begleiten und alles kirchenleitende Handeln zu kontrollieren.

Die Bundessynode ist das Gremium, in dem die Problematik der Kirche überhaupt und das Verhältnis von Kirche und Umwelt im besonderen bedacht werden muß. „Sie muß Themen verhandeln, für die in den meisten Kirchen ein echter Bedarf besteht und die sie in der Öffentlichkeit durchdenken kann und will. Nur dadurch wird in den Kirchen und Gemeinden das Bewußtsein geweckt, daß der Bund hilfreich und notwendig sei.“

Durch Vermittlung neuer Erkenntnisse sollten die noch vorhandenen „großen Unterschiede“ im kirchlichen Bewußtseinsstand der einzelnen Gliedkirchen verringert werden.

Im mündlichen Bericht zur Erläuterung der Arbeitspapiere sprach der Synodale Dr. Blauert von einer „gewissen Basisfremdheit“ des Bundes, die trotz aller Anstrengungen nicht zu überwinden gewesen sei. „Die Gemeinden kümmerten sich nicht um das, was wir hier dachten, redeten und beschlossen.“ Die Bundessynode habe die Aufgabe, eine Brücke zu schlagen zwischen Konferenz und Gemeinden einerseits, und zwischen Kirche und Gesellschaft andererseits.

Dr. Blauert schloß mit dem Vorschlag, die Legislaturperiode der Bundessynode ab 1977 auf sechs Jahre zu verlängern und die beiden Vorlagen des Sonderausschusses der neuen Bundessynode als Arbeitsmaterial zu übergeben.

Jahresrechnung für 1972

Das „ständige Defizit“

Der Haushaltsausschuß trug die Jahresrechnung 1972 des Bundes vor. Einnahmen: 831 581,03 Mark; Ausgaben: 930 974,04 Mark. Defizit: 99 393,01 Mark.

Der Fehlbetrag von 1972 ist aus Rücklagen der ökumenischen Kollekte und aus der vorhandenen Betriebsmittellücke zu decken. Die Synode regte an, bei der Ausgabenplanung künftig zu unterscheiden zwischen a) unbedingt notwendigen, b) eventuell und c) auf keinen Fall durchzuführenden Aufgaben.

Wahlen

Stellvertreter für synodale Mitglieder der Konferenz

Auf Antrag des Tagungsausschusses „Synode und Konferenz“ beschloß die Synode, daß für die sieben synodalen Mitglieder der Konferenz zwei Stellvertreter zu wählen sind.

- Als 1. Stellvertreter wurde Studentenfarrer Martin Uhle-Wettler (Magdeburg) und als 2. Stellvertreter Dipl.-Forstwirt Christoph Gürtler (Kratzeburg) gewählt.

Im Urteil des Präses

Eröffnungs- und Schlußwort

Der Präses der Synode, Landesbischof D. Ingo Braecklein, gab zu Beginn der Tagung einen kurzen Rückblick auf die Entstehung des Bundes. Er erinnerte daran, daß der Bund aus zwei Notwendigkeiten heraus entstanden sei. Wörtlich sagte er: „Die eine war die uns durch Gesetzgebung gegebene Tatsache, daß wir die organisatorische Verbindung, die wir bis dahin in der Evangelischen Kirche in Deutschland gehabt hatten, nicht mehr aufrecht erhalten konnten. Damit ergab sich für uns die Notwendigkeit, eine Plattform zu schaffen für die Kirchen in der DDR. Zugleich stand aber auch eine andere Komponente im Mittelpunkt unseres Denkens, das war die Erkenntnis, daß wir als Christen und Kirchenleute eine solche organisatorische Veränderung nicht allein ausschlaggebend lassen sein könnten, für das, was wir zu tun hatten. Wir haben von Anfang an überlegt, ob uns nicht in dieser Führung ein Hinweis gegeben werden sollte darauf, daß den Kirchen und Kirchenführern in unserem Lande eine größere Gemeinschaft und Einheit geschenkt werden solle. Wir waren uns darüber klar, daß dies das eigentliche Anliegen der Kirchen in der DDR sein mußte, diese größere Einheit in unserem Land zu suchen und zu erarbeiten. Wir mußten das Notwendige tun, und wir sollten das Geistliche suchen.“

In seinem Schlußwort ging der Präses auf die nun beendete Legislaturperiode ein und sagte: „Wir haben ein Stück Arbeit miteinander tun dürfen. Wir sind in den Landeskirchen durch diese gemeinsame Arbeit aufeinander zugegangen. Und in der persönlichen Begegnung ist uns ein Kapital erwachsen, das für das Zusammenwachsen des Bundes von Bedeutung sein wird.“

Zwei Dinge hätten sich wie ein roter Faden durch die vergangenen vier Jahre gezogen: Das erste, das Bemühen, die Ordnung des Bundes daraufhin abzuklopfen, wieweit sie verbesserungswürdig sei. Wir hätten aber vielleicht mehr Zeit darauf verwenden sollen, die tatsächlich vorhandenen Möglichkeiten entschlossener auszuschöpfen. Mit dem Bund habe eine neue, bisher unbekannte Form kirchlicher Arbeit begonnen. Es sei künftig darauf hinzustreben, daß die Arbeit der Kommissionen und Ausschüsse stärker in die Landeskirchen hineinwirken könne. Das zweite, die vorgegebene Situation. Tatsächlich sei doch seit der ersten Tagung in Potsdam-Hermannswerder das ständige Thema der Synode „Der Christ – die Kirche – in der sozialistischen Gesellschaft“ gewesen. Wohl habe am Beginn ein schmerzlicher Abbruch gestanden, doch im Verlauf der Zeit habe sich der Bund immer deutlicher und froher der neuen Aufgabe zugewandt, Kirche in einer veränderten Welt zu sein.

Abschließend sagte D. Braecklein: „Die Situation der Kirche ist undenkbar ohne das „Und“ aus der Himmelfahrtsgeschichte. Wir sind schnell bereit zu sagen, wir wollen Zeugen sein und dienen. Aber dieses Zeugen-Sein und Dienen ist immer nur denkbar, möglich und wirklich, wenn vorher die Gabe des Heiligen Geistes gewährt wurde. Es kann daher nur heißen: Ihr werdet die Kraft des Heiligen Geistes empfangen *und* werdet meine Zeugen sein ...“

Empfang der Landeskirche

Geselligkeit mit Niveau

... bot ein Empfang der Mecklenburgischen Landeskirche für die Teilnehmer an der Synodaltagung. In der festlich geschmückten Gedächtniskapelle des Schweriner Doms sprachen D. Bonnevies-Svendsen und Bischof Theissing Grußworte. Zu einem Höhepunkt des Abends wurde eine Szenenfolge, dargeboten von Mitarbeitern der landeskirchlichen Pressestelle, in der die Arbeit und Struktur des Bundes satirisch dargestellt wurde.

Aus dem Bericht der Konferenz der Kirchenleitungen an die Synode in Elbingen vom 26. bis 28. Oktober 1973 folgen hier die Abschnitte über die Arbeitsbereiche Verkündigung und Dienst und Ökumenische Beziehungen:

2. Arbeitsbereich Verkündigung und Dienst

2.1 Über den Konzeptionsentwurf des Glaubensbuches für Erwachsene (Arbeitstitel) hat eine Rückkopplung mit Leserzielgruppen stattgefunden. Der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen ist der Konzeptionsentwurf zusammen mit einigen Probeseiten vorgetragen worden. Die beauftragte Gruppe wird nunmehr mit der Ausarbeitung der einzelnen Kapitel beginnen (vgl. Mai-Bericht 2.1.5.1).

2.2 Der Ausschuß Kirchengemeinschaft, bestehend aus der Kommission für Theologie und je drei Vertretern der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche und der Evangelischen Kirche der Union hat seine Arbeit begonnen. Der erste Arbeitsgang galt der Funktion der Bekenntnisse für die Kirche (vgl. Mai-Bericht 3.1.2).

2.3.1 Die Gemeindekommission hat eine Ausarbeitung über Gemeindediakonie erarbeitet, die den Gliedkirchen zur weiteren Verbreitung und Diskussion in den Gemeinden zugeleitet wurde. Sie hat damit einen Schwerpunkt kirchlicher Arbeit bezeichnet. Zu diesem wichtigen Arbeitsgebiet ist das gleichzeitig erschienene Handbuch „Dienet einander“, herausgegeben von Innere Mission und Hilfswerk, zu erwähnen (vgl. Mai-Bericht 2.1.2 und 2.2.1).

2.3.2 Der Zentrale Vorbereitungsausschuß Gemeindegemeinschaften hat je fünf Textmappen und methodische Arbeitshilfen zu dem gemeinsamen Thema „Heil heute“ fertiggestellt.

Trainerkurse auf Bundes- und danach auf gliedkirchlicher Ebene sind durchgeführt worden. Die Seminare beginnen in diesem Herbst in den Gemeinden (vgl. Mai-Bericht 2.2.1).

2.3.3 Die Gemeindekommission hat einen Zwischenbericht über die ihr aufgetragene Bemühung um die Koordinierung der verschiedenen freien Aktivitäten und Werke gegeben. Ihre Bestrebungen gehen dahin, eine verbindliche Kooperation und arbeitsteilige Zusammenarbeit zu erreichen und dabei die freie Initiative der Werke nicht zu beeinträchtigen.

2.3.4 Die Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen hat die Konsequenzen bedacht, die sich aus dem Beschluß der Synode ergeben, den Gemeindeausschuß ebenso wie den Theologischen Ausschuß zu Kommissionen zu machen. Da der ihnen erteilte Auftrag nur bis 1975 läuft, meinte die Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen, die Aufgabenstellung, Arbeitsweise und personelle Zusammensetzung (vgl. Beschluß der KKL vom 11. 3. 1970) nicht mehr verändern zu sollen.

2.4.1 Der Unterweisungsausschuß hat der Konferenz zwei Beschlußvorlagen unterbreitet, die für die Arbeit mit den Kindern von Bedeutung sind:

1. Für die Ausbildung von Gemeindegliedern für kirchliche Arbeit mit Kindern wurde eine bereits mit den Gliedkirchen abgestimmte Rahmenordnung erarbeitet, die die Befähigung von Gemeindegliedern für die Kinderarbeit ordnet.

2. Eine Arbeitsgruppe des Unterweisungsausschusses hat für die praktische Arbeit mit Konfirmanden den Entwurf zu Kurs V des Modells eines katechetischen Perikopen- und Themenplanes zu einem detaillierten Lehrplan ausgearbeitet.

Für die Arbeit mit den Jüngsten und die Christenlehrearbeit konnte im Juni d. J. das im Auftrage des Sekretariates herausgegebene neue Kirchengesangbuch ‚Wir wollen fröhlich singen‘ dem Buchhandel ausgeliefert werden. Außerdem wurden die ‚Handreichungen für den Kindergottesdienst‘ in die Verantwortung des FAK-Kindergottesdienst beim Unterweisungsausschuß übernommen.

2.4.2 Am Rande der Weltjugendspiele im Sommer des Jahres in Berlin fand eine Reihe kirchlicher Veranstaltungen statt. Soweit sie im Auftrag des Bundes geschahen, wurden sie vom Ökumenischen Jugenddienst vorbereitet und durchgeführt. Es handelt sich um eine Ausstellung über die Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik, die in der Marienkirche zu sehen war, um vier Diskussionsabende im Haus der Berliner Mission und um einen ökumenischen Jugendgottesdienst, wiederum in der Marienkirche. Der Zustrom der jugendlichen Gäste war sowohl bei der Ausstellung wie bei dem Gottesdienst überaus stark. Von der Möglichkeit der Diskussion wurde reger Gebrauch gemacht. Dazu stellten sich Vertreter verschiedener kirchlicher Arbeitszweige, vor allem der Jungen Gemeinde, insbesondere der Schülerarbeit, der Studentengemeinde und des Jungmännerwerkes zur Verfügung. Ihnen allen muß für die große Bereitschaft zur Mitarbeit gedankt werden. Die Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg, das Stadtjugendpfarramt Berlin und das Evangelische Jungmännerwerk kamen mit weiteren Gottesdiensten, Ausstellungen und Kirchenmusiken ihrer Aufgabe als Gastgeber nach.

2.4.3 Die Konferenz nahm zustimmend von der Ordnung des Beirates für die Gesamtarbeit der Evangelischen Studentengemeinden in der DDR Kenntnis. Die Gesamtarbeit wird im Auftrag des Bundes der Evangelischen Kirchen durch Beirat und Geschäftsstelle der Evangelischen Studentengemeinden der DDR wahrgenommen. Landesbischof Dr. Hempel wurde beauftragt, die Verbindung zu der Arbeit der Studentengemeinden im Auge zu haben.

2.4.4 Die Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen hat einen Beitrag zur Diskussion des neuen Jugendgesetzes beschlossen und der zuständigen staatlichen Kommission zugeleitet (Anlage).

2.5 Um die Kooperation und Integration der Ökumenisch-Missionarischen Aktivitäten voranzutreiben, wurden viele Gespräche auf den verschiedensten Ebenen, bis hin zu einer gemeinsamen Sitzung der Kirchenleitung der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche und des Bereichsrates der Evangelischen Kirche der Union geführt. Ein Beschluß über die Bildung eines ökumenisch-missionarischen Gremiums, in dem diese Aktivitäten in einer gegenüber den bisherigen Möglichkeiten verbindlicheren Stufe vertreten sind, ist in Vorbereitung und wird der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in einer der nächsten Tagungen vorgelegt werden. Die Zusammenarbeit mit der Leipziger Mission und dem Öku-

menisch-Missionarischen Amt in Berlin ist auf der Basis von Vereinbarungen vorgesehen. Eine stärkere Integration der Ökumenisch-Missionarischen Aktivitäten war nicht zu erreichen und muß vorläufig vertagt werden. Im Zusammenhang mit dem erwähnten Beschluß werden auch die Außenbeziehungen zu anderen Kirchen, zu den Weltbünden und dem Ökumenischen Rat der Kirchen neu geregelt werden.

2.6 Die Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen hat einen Beschlußentwurf über die Errichtung der Theologischen Studienabteilung (vgl. Mai-Bericht 2.2.4) beraten. Der formelle Beschluß ist für die Novembertagung vorgesehen. Dabei wird die Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen zu prüfen haben, ob sie bei der Synode die Bildung einer Studienkommission beantragen oder eine andere Form der fachlichen Anleitung der Theologischen Studienabteilung vorsehen will. Mit Vertretern der zur Überführung in die Theologische Studienabteilung vorgesehenen Studienaktivitäten haben die zuständigen Referenten des Sekretariates weitere Gespräche mit dem Ziel geführt, die Arbeitsvorhaben so aufeinander abzustimmen, daß für 1974 ein gemeinsamer Projektplan erstellt werden kann.

2.7.1 Der Bund der Evangelischen Kirchen beteiligt sich nach Kräften an der bedeutsamen diakonischen Tagung, die von der Dienststelle Innere Mission und Hilfswerk Ende September anläßlich des 125jährigen Jubiläums der Rede Johann Hinrich Wicherns auf dem Kirchentag zu Wittenberg veranstaltet wurde. Der Vorsitzende der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen überbrachte den Gruß des Bundes und hielt eine Bibelarbeit.

2.7.2 Der Vorsitzende und der Geschäftsführer des Evangelischen Diakonenverbandes trugen der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen dessen neue Ordnung vor. Es wurde beschlossen, den Evangelischen Diakonenverband als eine Arbeitsgemeinschaft im Rahmen des Bundes der Evangelischen Kirchen anzuerkennen und dessen Ordnung zustimmend zur Kenntnis zu nehmen. Die Zuordnung des Evangelischen Diakonenverbandes zu Innerer Mission und Hilfswerk als Fachverband bleibt davon unberührt.

2.8.1 Frau Oberkirchenrätin Lewek wurde für ein Jahr zur geschäftsführenden Schriftführerin der Ökumenischen Kommission berufen.

2.8.2 Als weitere Entscheidungshilfe in den Fragen des Schwangerschaftsabbruches wurde eine zweite Orientierung erarbeitet und den Gemeinden angeboten (vgl. Mai-Bericht 2.1.4).

2.8.3 Auf dem Gebiet der Ökumenischen Diakonie erbrachte die zweite Sonderspende für das Programm des Ökumenischen Rates der Kirchen zur Bekämpfung des Rassismus bisher etwa eine halbe Million Mark (vgl. Mai-Bericht 2.1.3). Ein Angehöriger der Befreiungsbewegung Frelimo nahm ein Grußwort im Rahmen des ökumenischen Jugendgottesdienstes anläßlich der Weltjugendfestspiele zum Anlaß, für die großzügige Hilfe der Kirchen der DDR, die Spenden von medizinischem Material und von Mathematikbüchern zu danken. Auf Bitte des Ökumenischen Rates arbeitet die Akademieleiterin Frau Elisabeth Adler, Berlin, zur Zeit das gesamte ökumenische Material zum Antirassismusprogramm auf. Dies soll ermöglichen, die Frage zu beantworten, welche Wirkungen dies Programm für den Ökumenischen Rat der Kirchen und für seine Mitgliedskirchen gehabt hat.

2.8.4 Der Facharbeitskreis III der Ökumenischen Kommission hat eine Dokumentation „Vietnam und wir“ erarbeitet, die als Begleitinformation für eine neue Spendenaktion dienen soll. Diese soll sich schwerpunktmäßig auf ein Objekt in Vietnam konzentrieren. Zu solcher Aktion sind bereits spontan viele Spenden eingegangen.

2.8.5 Das Erschrecken über die Ereignisse in Chile, die einen umfassenden Kampf der verfassungsmäßigen Regierung gegen die Armut und die Ungerechtigkeit in diesem Lande und damit eine hoffnungsvolle gesellschaftliche Entwicklung durch militärische Gewalt erstickt haben, hat sich in den Predigten, Gebeten und Gesprächen in unseren Kirchen vielfach ausgedrückt. Es besteht aber der dringende Wunsch vieler Gemeindeglieder, dem chilenischen Volk auch Zeichen tätiger Anteilnahme zu vermitteln. Darum wird eine Hilfsaktion für Flüchtlinge aus Chile vorbereitet.

2.8.6 Das weltweite Bemühen um Entspannung und dessen erste Früchte können nicht darüber hinwegtäuschen, daß an vielen Stellen der Erde ungerechte und darum instabile Verhältnisse den Frieden ernsthaft gefährden. Der Krieg in Indochina ist zwar regionalisiert, aber noch nicht zu Ende. Bis vor wenigen Tagen tobte im Nahen Osten ein mörderischer

Kampf, der uns an den Rand einer Weltkatastrophe gebracht hat. Wir hoffen, daß aus dem nun beschlossenen Waffenstillstand ein wirklicher Friede in diesem Teil der Erde wird, der das Lebensrecht aller an dem Konflikt Beteiligten sichert. Die christliche Kirche hat keine politischen Mittel in der Hand, um auf die Kriegführenden einzuwirken. Aber sie kann dazu beitragen, daß sich im Bewußtsein der Menschheit die Überzeugung vertieft, daß Krieg mindestens unter den heutigen Bedingungen kein geeignetes Mittel ist, politische und soziale Probleme zu lösen und einen dauerhaften Frieden herzustellen. Darum hat die Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen gemeint, sich der Einladung zum Weltkongreß der Friedenskräfte, der zu dieser Zeit in Moskau tagt, nicht entziehen zu sollen, sondern eigenständig daran mitzuwirken.

3. Arbeitsbereich Ökumenische Beziehungen (Vgl. Mai-Bericht 2.3)

3.1 Die ökumenischen Beziehungen des Bundes der Evangelischen Kirchen haben sich weiter gut entwickelt. Im Juni stattete der neue Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen, Philip Potter, dem Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR einen offiziellen Besuch ab. Im gleichen Monat besuchte eine repräsentative Delegation der Russischen Orthodoxen Kirche unter Leitung von Metropolit Juwenali die Kirchen des Bundes der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik. Der Besuch wurde von den Gemeinden in der DDR herzlich begrüßt. Die orthodoxen Gäste haben ein lebendiges Bild von dem Leben der Kirchen in der DDR gewinnen können. Sie verstanden es, durch die offene Art des Gespräches die Herzen ihrer Hörer zu gewinnen. Eine besondere Genugtuung war es dem Bund der Evangelischen Kirchen, daß sowohl der Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen als auch die Delegation der Russischen Orthodoxen Kirche von dem damaligen stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrates, Sindermann, zu freundlichem und fruchtbarem Gespräch empfangen wurden. Es erfüllt mit Freude, daß ein wichtiges Mitglied der Russischen Orthodoxen Kirchendelegation, Erzbischof Filaret, bisher Rektor der Theologischen Akademie Sagorsk, nunmehr als Exarch des Moskauer Patriarchats die Verbindung zwischen unseren Kirchen hält. Das ist um so bedeutungsvoller, als die Vorarbeiten für das theologische Gespräch zwischen der Russischen Orthodoxen Kirche und den Kirchen des Bundes der Evangelischen Kirchen im vollen Gange sind. Es ist für Juli 1974 in Aussicht genommen.

3.2 Ein weiteres wichtiges ökumenisches Ereignis war der Besuch einer Delegation des Protestantischen Kirchenbundes in Frankreich Ende September/Anfang Oktober. Sie wurde von dem Präsidenten des Kirchenbundes, Herrn Courvoisier, geleitet. Ihr Aufenthalt bot Gelegenheit zu intensivem Austausch. Auch mit den Franzosen ist ein theologisches Gespräch geplant, und zwar über die Studie *L'église et les pouvoirs* (Die Kirche und die Mächte), die von einem Ausschuß des Protestantischen Kirchenbundes in Frankreich erarbeitet worden ist.

3.3 Die Mitglieder des Zentralausschusses des Ökumenischen Rates der Kirchen berichteten der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen über dessen Tagung, die im August in Genf stattgefunden hat. In der gleichen Sitzung teilte Dr. Althausen, der ca. ein halbes Jahr im Office of Education in Genf mitgearbeitet hatte, seine Erfahrungen mit.

3.4 Im August des Jahres tagte das leitende Organ des Lutherischen Weltbundes, der Exekutivausschuß, in Eisenach. Vertreter des Bundes der Evangelischen Kirchen konnten an der Tagung teilnehmen.

3.5 Der Direktor der Abteilung für Internationale Angelegenheiten des Ökumenischen Rates der Kirchen (KKIA), Dr. Leopoldo Nilus, besuchte die DDR am 10. und 11. Oktober. Mit ihm wurden ein ökumenisches Informationstreffen und mehrere Arbeitsgespräche veranstaltet.

3.6 Vertreter des Bundes waren wiederum eingeladen, an der zweiten Session der Pastoralsynode der Römisch-Katholischen Kirche in Dresden in diesem Monat teilzunehmen. Der Bund wurde durch Oberkonsistorialrat Juergensohn und Frau Oberkirchenrätin Lewek vertreten.

c) Gemeinschaft der Kirchen, Reformbestrebungen und Lehrgespräche

Auf die besondere Bedeutung von Lehrgesprächen zwischen den Gliedkirchen des Kirchenbundes in der DDR und auch auf deren Mitarbeit an der „Konkordie reformatorischer Kirchen in Europa“ ist in den Berichten des Kirchlichen Jahrbuches laufend hingewiesen worden. Innerhalb der EKD ist die Arbeit namentlich der Lehrgesprächskommission in der DDR erstaunlich wenig beachtet worden. Die vorläufig abgeschlossene Arbeit dieser Lehrgesprächskommission an den sog. Werkstattberichten rechtfertigt eine nochmalige übersichtliche Würdigung dieser ganzen Arbeit. Es kommt hinzu, daß die Auswertung der Lehrgespräche für das weitere kirchliche und theologische Zusammenwachsen innerhalb des Kirchenbundes langsamer vonstatten geht, als es von manchen erwartet wurde. Wir entnehmen eine Würdigung dieses gesamten Komplexes durch Oberkirchenrat Olav Lingner einem neu erschienenen „Materialdienst Kirche im Sozialismus“.

AUF DEM WEG ZUR KIRCHENGEMEINSCHAFT

*Bericht von Oberkirchenrat Olav Lingner
(Materialdienst Kirche im Sozialismus 1/74)*

Im September 1973 legte die von der Evangelischen Kirche der Union (EKU) und der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche (VELK) in der DDR gemeinsam gebildete und seit über drei Jahren arbeitende „Kommission für das Lehrgespräch“ ihren Werkstattbericht V vor. In den Kirchen der EKD sind die Werkstattberichte bisher kaum oder gar nicht beachtet worden. Dies ist um so erstaunlicher, als das gesteckte Ziel der Kommission für den Fall eines erfolgreichen Abschlusses der Arbeit für die Kirche der EKD nicht ohne Wirkung sein wird und das mit den Thesen zur Kirchengemeinschaft 1970 vorgelegte Ergebnis eines lutherischen-reformierten Gesprächs in der EKD sowie die gemeinsame Erklärung zu den Herausforderungen der Zeit ähnliche Ziele in der EKD verfolgt haben. Auf jeden Fall aber gebührt im Rahmen einer Berichterstattung aus dem kirchlichen Leben des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR der Kommissionsarbeit besondere Würdigung.

Ziel: Voraussetzungen für Kirchengemeinschaft

Mit der Einsetzung der Kommission durch die EKU und die VELK in der DDR im Jahre 1969 wurden Ziel und Verfahren der in Angriff zu nehmenden Arbeit umrissen. Den Anstoß zur Aufnahme des Lehrgespräches hatte die Eisenacher Generalsynode der VELK in der DDR mit einer Entschließung vom 6. Juli 1969 gegeben. Das Ziel besteht darin, die Voraussetzungen für eine Kirchengemeinschaft zwischen den im Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR zusammengeschlossenen Kirchen zu schaffen. Diese sollte „über den bisher unter den Kirchen in der DDR erreichten Grad der Gemeinschaft“ hinausgehen und in Kanzel- und Abendmahlsgemeinschaft wie in einer verstärkten Zeugnis- und Dienstgemeinschaft ihren Ausdruck finden. Da dieses Ziel nur bei einer gewonnenen „Übereinstimmung in den Grundlagen der Verkündigung“ möglich erschien, wurden verbindliche Lehrgespräche für notwendig gehalten. In den Gesprächen sollte die geforderte Übereinstimmung unter Beachtung der bekennnismäßigen Aussagen und unter Beachtung der konkreten Situation der Verkündigung heute in der DDR festgestellt und beschrieben werden. Da die Grundlagen der Verkündigung in der Botschaft von der Rechtfertigung gesehen wurden, sollte die Kommission ihre Arbeit unter das Thema „Wie verkündigen wir heute die Rechtfertigung?“ stellen.

Für die lutherischen Teilnehmer an der Gesprächskommission galten die „Leitsätze zur

Frage der Kirchengemeinschaft bekenntnisverschiedener evangelischer Kirchen“ als Richtlinie, welche vom Theologischen Ausschuß der VELK/DDR in Verbindung mit dem Theologischen Ausschuß der VELKD im Sommer 1969 formuliert worden sind. Der Leitsatz 8 führt u.a. aus, daß „für die Begründung voller Kirchengemeinschaft ... nach lutherischem Bekenntnis genug“ ist, „wenn Übereinstimmung in der fundamentalen doctrina evangelii de justificatione besteht“. Nach dem Leitsatz 9 schließt die „volle Kirchengemeinschaft“ die Übereinstimmung darin ein, „daß die in den reformatorischen Bekenntnisschriften ausgesprochenen Verwerfungen im Blick auf den Gesprächspartner jetzt gegenstandslos sind“.

Auftrag: Erarbeitung einer Lehrgrundlage

Die Kommission für das Lehrgespräch wurde mit je sechs lutherischen und unierten Teilnehmern berufen und trat noch im Dezember 1969 zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen. Gleichberechtigte Vorsitzende wurden Generalsuperintendent Dr. Horst Lahr (Potsdam) und Dozent D. Dr. Gottfried Voigt (Leipzig).

In einem Richtlinienbeschluß, dem die EKU und die VELK zustimmten, konkretisierte die Kommission ihren Auftrag. Der Beschluß hatte folgenden Wortlaut:

1. Das Lehrgespräch erfolgt um des Zieles willen, daß die im Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR zusammengeschlossenen Gliedkirchen der VELK und der EKU zur Kirchengemeinschaft gelangen. Das Lehrgespräch hat die Aufgabe, als Ausgangsbasis dazu eine gemeinsame Lehrgrundlage zu erarbeiten.

2. Inhalt der Lehrgrundlage sollen gemeinsame Aussagen über die Verkündigung der Kirche heute sein. Das gegebene Thema „Wie verkündigen wir die Rechtfertigung heute?“ bedeutet für die Methodik der Arbeit:

2.1 Das Thema „Rechtfertigung“ hat die gesagte Arbeit in ihrer Gliederung und in ihrem Vollzug zu bestimmen.

2.2 Dabei ist als Bezugsfeld der Verkündigung der Rechtfertigung durchgängig die besondere Situation der Kirche in der DDR zu beachten.

2.3 „Verständigung in den Grundlagen“ ist anzustreben im Sinne des faktischen consentire beim Vollzug der Verkündigung. Eben dazu aber ist consensus im Sinne einer richtungweisenden Beschreibung der Grundlagen erforderlich.

Die Kommission hoffte, die Lehrgrundlagen als „Basiserklärung“ bis Ende 1972 vorlegen zu können. Diese sollte „in möglichst knapper, prägnanter Form die Übereinstimmung in den Grundlagen der Verkündigung zum Ausdruck bringen“. Alle Synoden der beteiligten Kirchen sollten der Erklärung „durch Beschluß beitreten“. In einem gesonderten Abschlußbericht wollte die Kommission die Basiserklärung im einzelnen ausführlich begründen und erläutern. Diese Kommentierung der Basiserklärung sollte aber nicht von den Landessynoden beschlußmäßig angenommen werden.

Zusatzaufgabe: Gemeinsame Stellungnahme zur Leuenberger Konkordie

Es war naheliegend, daß die Lehrgesprächskommission den zusätzlichen Auftrag erhielt, die Leuenberger Konkordie theologisch zu beurteilen und eine beabsichtigte gemeinsame Stellungnahme der Evangelischen Kirchen in der DDR zum Entwurf der Konkordie auszuarbeiten. Die Kommission sah bald in der Leuenberger Konkordie und in der gemeinsamen (zustimmenden) Erklärung der Kirchen in der DDR einen Vorgang, der ihre eigene Arbeit betraf. Vor der Generalsynode der VELK im Herbst 1972 wies das Mitglied der Kommission Dr. J. Wiebering in einem Referat auf diese Problematik hin: „Für die Kirchengemeinschaft zwischen den Gliedkirchen der EKU und der VELK in der DDR kann es nicht belanglos sein, daß nun schon zweimal eine gemeinsame Stellungnahme in Fragen der lutherisch-reformierten Kirchengemeinschaft möglich gewesen ist.“ Wiebering fragt weiter: „Kann es so weitergehen wie bisher, als sei nichts geschehen ...?“. Er führt aus, daß das 1969 ins Auge gefaßte Ziel einer vollen Kirchengemeinschaft zwischen den acht Kirchen in der DDR durch die gemeinsame Zustimmungserklärung zur Leuenberger Konkordie erreicht werden könne. Für die Lehrgesprächskommission müßte dies eine Modifizierung des Auftrags zur Folge haben. Die Kommission selbst hatte vorher in einer

„Problemskizze“ die Möglichkeiten einer Weiterarbeit und einer neuen Zielsetzung erörtert. Die Generalsynode vertrat in einer EntschlieÙung die Auffassung, daß mit dem Abschluß der Leuenberger Konkordie „die Endphase der kirchlichen Gemeinschaft in der DDR noch nicht erreicht ist ...“. Sie war darum der Meinung, die Kommission solle ihre Arbeit fortsetzen. Zu einem späteren Zeitpunkt müsse die Aufgabenstellung der Kommission neu definiert werden.

Noch keine verbindlichen Ergebnisse

Die Ergebnisse der Verhandlungen in der Lehrgesprächskommission liegen in Form von insgesamt fünf Werkstattberichten vor. Eine „Basiserklärung“ oder der Entwurf zu einer solchen ist bisher nicht bekannt geworden. Die Werkstattberichte verstehen sich als Bericht über die laufenden, aber nicht abgeschlossenen Gespräche. Ihr Text hat die „Merkmale des Unfertigen“, er ist offen und wird zur Diskussion gestellt.

Man muß also feststellen, daß aus der Werkstatt der Lehrgespräche für die Feststellung einer Gemeinsamkeit in den Grundlagen der Verkündigung noch nicht einmal erste Ansätze verbindlicher theologischer Erklärungen erkennbar werden. Gemessen an dem erteilten Auftrag und dem gesteckten Ziel scheint das Erreichte in den dreijährigen Bemühungen erschreckend wenig zu sein. Sicher wäre es müßig, nach den Ursachen der geringen Ausbeute zu fragen. Man muß hinzufügen, daß die erhoffte Diskussion in den Kirchen der DDR und in den Gemeinden anhand und aufgrund der Werkstattberichte nicht stattfand; ein theologischer Dialog kam nicht zu stande. Man wird sich hüten, das ausgebliebene Echo mit einem Desinteresse an den Fragen der Bekenntnisse abzutun. Die Leuenberger Konkordie ist in den Kirchen der DDR – ähnlich wie in den Kirchen der EKD – auf den verschiedensten Ebenen des kirchlichen Lebens intensiv und lebhaft behandelt worden.

Am Thema kann es also nicht gelegen haben, wenn es nicht gelang, das Interesse zu wecken. Die Kirchen der EKD haben bei ihren eigenen Bemühungen vergleichbare Erfahrungen gemacht. Die Thesen zur Kirchengemeinschaft und die gemeinsame Erklärung zu den Herausforderungen der Zeit sind von den Gemeinden im Unterschied zur Leuenberger Konkordie nicht aufgenommen worden. Zu der Vergleichbarkeit der Erfahrungen kommt die ähnlich gelagerte Problematik. Die EKD und der Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR bedürfen einer theologischen Klarstellung und Basis, die sich als tragfähig für die faktisch bestehende oder notwendige Kirchengemeinschaft erweist. Es bleibt für beide Teile müßlich, wenn sie sich diese Basis sozusagen bei der Leuenberger Konkordie ausleihen, weil EKD und Bund selbst eine auf ihre konkreten Verhältnisse zugeschnittene theologische Erklärung nicht zustandebekommen. Dies belastet im übrigen auch die Arbeit an der Leuenberger Konkordie, weil der Verdacht entsteht und ausgesprochen ist, daß die deutschen Kirchen – unfähig, mit ihrer theologischen Problematik und kirchlichen Wirklichkeit selbst fertig zu werden – auf europäischer Ebene die Lösung ihrer Probleme suchen.

„Gemeinsamer Ausschuß Kirchengemeinschaft“

Ob nach dem Abschluß der Werkstattberichte eine neue Arbeitsphase für die Lehrgesprächskommission beginnt, bleibt abzuwarten. Jedenfalls beschäftigte sich auch die Synode des DDR-Kirchenbundes in Schwerin (26. bis 29. Mai 1973) mit den Problemen von Kirchengemeinschaft. Im Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen an die Synode heißt es unter 3.1.4.:

„Es ist verständlich, daß nunmehr auch von den Organen des Bundes ein Beitrag in dieser Richtung erwartet wird. Die Konferenz hat darum beschlossen, den theologischen Ausschuß des Bundes zu beauftragen, gemeinsam mit Vertretern der EKU und VELK die theologischen Elemente des weiteren Zusammenwachsens der Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik zu fixieren und zu klären. Dazu gehören Begriffe wie Kirchwerdung und Bekenntnisbindung, dazu gehört auch das Verständnis von Kirchengemeinschaft, über das bei uns wie in der Ökumene offenbar keine restlose Klarheit besteht. Es wird auch notwendig sein, daß sich die Kirchen über die zahlreichen nichttheologischen Faktoren, die einer praktizierten Kirchengemeinschaft im Wege stehen, Rechenschaft geben.“

Auf Beschluß der Synode wurde der Gemeinsame Ausschuß Kirchengemeinschaft gebildet, dem neben den Mitgliedern der Theologischen Kommission des Kirchenbundes je vier Vertreter der VELK und der EKU – von diesen jeweils drei Theologen und ein Jurist – sowie ein Jurist als Vertreter des Bundes angehören. Der erste Arbeitsgang des Ausschusses galt, wie die Konferenz der Kirchenleitungen in ihrem Bericht für die Elbingeroder Bundessynode (26. bis 28. Oktober 1973) feststellte, der Funktion der Bekenntnisse für die Kirche. Genaue Ergebnisse der Ausschußarbeit liegen jedoch noch nicht vor.

Es folgen die beiden im Jahre 1973 abgeschlossenen und veröffentlichten Werkstattberichte IV und V.

Die Kommission für das Lehrgespräch

Berlin, 29. März 1973

RECHTFERTIGUNG, GLAUBE UND BEWUSSTSEIN

Werkstattbericht IV

Der hiermit vorgelegte Werkstattbericht IV befaßt sich mit der Frage, wie in der heutigen Situation vom Glauben zu reden ist. Auch bei diesem Thema ist von der Rechtfertigung her gedacht, also von der Grundfrage her, die die Generalsynode der VELK in Eisenach 1969 für das Lehrgespräch formuliert und die der Rat der EKU sich zu eigen gemacht hat: „Wie verkündigen wir heute die Rechtfertigung?“

Der Werkstattbericht I hat diese Frage von hermeneutischen und ekklesiologischen Gesichtspunkten her grundsätzlich aufgenommen. Werkstattbericht II hat die Eisenacher Unterfrage: „Wie reden wir recht von Gott?“ verhandelt, Werkstattbericht III die ebenfalls in Eisenach gestellte Frage: „Wie verstehen wir Gottes Handeln in der Welt?“ Die Frage nach dem *Glauben* im Problemhorizont unserer Zeit liegt, wie man sieht, in der Fluchtlinie der bisher angesprochenen Thematik.

Es ist der Kommission auch in diesem Werkstattbericht um den Versuch einer neuen, unkonventionellen Sprache gegangen. Freilich wechseln dabei Partien von einer exemplarischen, schon auf Verkündigung hinzielenden Sprachgestalt mit solchen argumentierenden Charakteren, die mehr die wissenschaftliche Sprache sprechen.

Auch diesmal erbittet die Kommission Äußerungen zum angesprochenen Thema, damit die weitere Arbeit auf möglichst breiter Basis geschehen kann.

1. Glaube und Rechtfertigung

1.1. Glaube

„Glaube“ ist eine Art zu leben. Deswegen ist „Glaube“ nicht bloß ein Bewußtseinsvorgang, durch den man Erkenntnisse gewinnt, die auf andere Weise nicht zu erhalten sind. „Glaube“ ist auch nicht bloß eine Verhaltensanleitung, die zu Handlungen führt, welche auf andere Weise nicht getan werden können. „Glaube“ ist umfassender, nämlich eine das ganze Leben bestimmende Grundeinstellung. „Glaube“ stellt das Leben auf Gott ein, indem er es ihm unterstellt. Damit kommt das Leben zugleich in Übereinstimmung mit sich selbst. Es kann dadurch ein Leben werden, das für andere da ist. Das ist die befriedigende Art zu leben. Befriedigend deshalb, weil sie es erlaubt, die Verantwortung, die das Leben hat, frei wahrzunehmen. Befriedigend deshalb, weil sie es erlaubt, den Reichtum, den das Leben gibt, voll auszuschöpfen. Befriedigend deshalb, weil sie es mit sich bringt, daß der Riß, der sich durch das Leben zieht, das Leben nicht mehr zerreißt. Befriedigend also deshalb, weil der Glaube die Fülle des Lebens gibt und erleben läßt.

1.2. Rechtfertigung

„Glaube“ ist die Art zu leben, die Jesus Christus verwirklicht und uns Menschen in seiner Nachfolge ermöglicht hat. Er hat sie verwirklicht, indem er das Leben zu Gott zurückwendete, von dem es sich abgewendet hatte. Die Rückwendung geschah durch das Ver-

halten und Reden Jesu, durch den Kreuzestod, den er erlitt, und die Auferstehung, die Gott an ihm sich ereignen ließ. Was Christus so tat, tat er für das Leben aller Menschen. Wer glaubt, läßt die Lebenserneuerung, die Christus zustande brachte, für das eigene Leben bestimmend sein. Das kann man sich nicht selbst verschaffen. Der Mensch kann viel, aber er kann sein Leben nicht grundlegend verändern. Er muß diese Veränderung mit sich vornehmen lassen. „Rechtfertigung“ ereignet sich, wenn Gott ein Leben zu einem glaubenden Leben werden läßt. Es lebt dann in der gottabgewandten Welt Gott zugewandt. Gott läßt es recht sein. So ist glaubendes Leben gerechtfertigtes Leben.

1.3. Verwirklichung

Was Gott einem Menschen als „Glauben“ gibt, gibt er ihm ganz. Ein glaubendes Leben lebt ganz davon, daß Gott es recht sein läßt. Ein glaubendes Leben lebt ganz darin, daß es sich Gott anvertraut hat. Ein glaubendes Leben lebt ganz in dem Bestreben, das Heil Gottes in der Welt Gestalt gewinnen zu lassen. Dieser totalen Bestimmtheit eines Lebens durch den Glauben entspricht aber nie eine vollständige Verwirklichung des Glaubens im Leben. Es gibt da zu viel Hemmendes. Es wird auch nie genug vertraut. Es wird außerdem immer zu wenig getan. Der Anspruch des Glaubens ist größer als das, was das Leben der Glaubenden erkennen läßt. Das schafft Spannungen. Spannungen im Glaubensleben, das trotz allem danach verlangt, volle Verwirklichung zu erreichen. Spannungen zu den Nichtglaubenden, weil sie den Abstand zwischen Anspruch und Verwirklichung des Glaubens nicht verstehen können. Diese Spannungen müssen ertragen werden. Sie sind da, weil die Erlösung und Erneuerung der Welt ein Prozeß ist, den Gott noch nicht zu seinem Ende hat kommen lassen. Für die Glaubenden ist das kein Anlaß zur Resignation, sondern ein Anreiz der Hoffnung. Diese Hoffnung hält den Glauben in Bewegung. Sie läßt ihn tun, was möglich ist, damit Leben und Welt sich der Gerechtigkeit Gottes entsprechend gestalten.

2. Glaube und Bewußtsein

2.1. Gewißheit

Was der Glaube dem Leben gibt, gibt er ihm in einer eigentümlichen Gewißheit. Es ist nicht die Art der Gewißheit, die dem Ergebnis einer mathematischen Berechnung oder einer naturwissenschaftlichen Beobachtung innewohnt. Es ist vielmehr eine Gewißheit vergleichbar derjenigen, die das Verständnis zwischen befreundeten oder liebenden Menschen trägt. Es ist also nicht so sehr die Gewißheit, daß etwas stimmt, sondern es ist die Gewißheit, daß man sich auf jemanden verlassen kann. Glaubensgewißheit ist das Vertrauen, daß man sich in seinem Leben auf Gott verlassen kann.

2.2. Erkenntnis

Die Gewißheit des Glaubens entsteht nicht in blindem, sondern in wissendem Vertrauen. Es wird etwas erfaßt und verstanden. Es wird erfaßt und verstanden, was Gott dem Leben in Christus zuteil werden läßt. Das reicht weiter als alles, was man im Verhältnis zur Welt und zum Menschen sonst erkennen kann. Gott läßt sich ja erkennen. Er läßt sich dadurch erkennen, daß er sich das Leben zuwendet und sich dem Glaubenden als Grund dieser Zuwendung zu verstehen gibt. Das Erkennen des Glaubens hat also eine andere Art als alles sonstige Erkennen. Es ist nicht so sehr ein verstandesmäßiger Vergleich zwischen dem, was man schon weiß, und dem, was vorliegt, sondern es ist eine durch die Christusverkündigung geleitete Entdeckung neuer Bereiche und Horizonte im täglichen Leben. Auch dabei gibt es Spannungen. Wenn Wahrheit keine Formel, sondern ein Lebensvorgang ist, wird sie immer wieder durch Zweifel in Frage gezogen und durch Anfechtung in Frage gestellt. Zweifel und Anfechtung sind kein Zeichen mangelnder Glaubensgewißheit und Glaubenserkenntnis, sondern zugleich schmerzliche und doch notwendige Begleiter eines Glaubens, der in einer noch im Gange befindlichen Erlösungsgeschichte Gottes mit der Welt gelebt wird. Glaubenserkenntnis ist vorläufige Erkenntnis. Mit seiner Rechtfertigung greift Gott um Christi willen dem Leben zweifelnder und angefochtener und

doch zugleich glaubender Menschen vor, gibt ihnen seine Wahrheit zu erkennen und läßt sie darin recht sein.

2.3. Verantwortung

In Gewißheit und Wissen prägt der Glaube auch das menschliche Verhalten. Zu verantwortlichem Verhalten ist jeder Mensch bestimmt. Jeder Mensch lebt in zwischenmenschlichen Beziehungen und will für sie eine gesicherte Ordnung. Jeder Mensch möchte auch selbst in Ordnung sein und das Rechte und Gute tun. Jeder Mensch möchte irgendwoher bestätigt haben, daß er wirklich so lebt. Hier greift der Glaube mit einem mächtigen Impuls ein. Er läßt Gott als letzte Verantwortungsinstanz erkennen. Er macht dazu frei, Verantwortung wahrzunehmen, ohne eine trügerische Selbstrechtfertigung suchen zu müssen. Er stellt dem Verhalten das Vorbild Christi voran. Er läßt auch erfassen, daß der Mensch die Welt in Gottes Auftrag sachgemäß verwalten soll. So reicht der Glaube nicht nur klärend in das menschliche Erkennen hinein, sondern bestimmt auch freimachend und richtunggebend das menschliche Verhalten.

2.4. Bewußtsein

In seiner Gewißheit, mit seinem Erkennen und durch sein Verhalten bestimmt der Glaube das Bewußtsein dessen, der glaubt. Man hat sich oft gescheut, vom Glauben als einem „Bewußtseinsvorgang“ zu sprechen, weil man fürchtete, daß seine menschliche Seite dann allzusehr überbetont würde. Es besteht aber auch die Gefahr, daß seine menschliche Korrektheit allzusehr vernachlässigt wird. Um ihr zu begegnen, wird es richtig sein, auch einmal die Beziehungen von Glauben und Bewußtsein ins Auge zu fassen.

2.4.1. Sinn von „Bewußtsein“

Was „Bewußtsein“ ist, läßt sich leider nicht eindeutig sagen. Das liegt daran, daß die Wissenschaften darüber nicht zu einer allgemein anerkannten Ansicht gekommen sind. Es liegt aber wohl auch daran, daß in den Definitionen von „Bewußtsein“ gesellschaftliche und weltanschauliche Auseinandersetzungen eine erhebliche Rolle spielen. Manchmal wird „Bewußtsein“ verstanden als das Wissen des Menschen mit sich selbst und von dem, was um ihn her ist. Es wird dann für einen Denkvorgang gehalten, mit dem der Mensch alles, was in ihm und um ihn vorgeht, wissend begleitet. Manchmal aber wird „Bewußtsein“ nicht als ein wissendes Sichbegleiten des Menschen verstanden, sondern als sein Wissen überhaupt, die Gesamtheit aller geistigen Vorgänge in ihm, mit denen er das materielle und gesellschaftliche Leben widerspiegelt. Das Bewußtsein ist dann mehr ein Umsetzungsprozeß, in dem Materielles zu Gedachtem wird. Es bleibt dabei an seine materielle Grundlage und die materiellen Herkunft des, was in ihm gedacht wird, gebunden.

2.4.2. Glaube als Bewußtsein

Auch der Glaube ist ein Bewußtseinsvorgang. Er ist nicht nur ein Bewußtseinsvorgang, denn sein Grund liegt im Christusgeschehen, und sein Beginn in einem Leben kann von Gott gewollt und verwirklicht sein, schon ehe dem Menschen das bewußt geworden ist. Aber er wird, wenn er den Menschen ergreift, zu einem Vorgang seines Bewußtseins, indem er die Gesamtheit aller geistigen Vorgänge und das wissende Sichbegleiten des Menschen bestimmt und erfüllt. Er bringt den Menschen zum Bewußtsein seiner Bezogenheit auf Gott und seines Einbezogenenseins in das Heil. Er fügt allen Bewußtseinsvorgängen das Wissen hierum hinzu. Der Glaube ist demnach nicht das Bewußtsein des Christen selbst. Er ist vielmehr eine Bewußtseinsbestimmung, die der Mensch dauernd erfährt, wenn er an Gott glaubt. Sie ist und bleibt ganz von Gott, dem Geber des Glaubens, abhängig. Der Mensch hat sie nie so, daß er meinen könnte, sie zu besitzen. Er hat sie nur in Vorläufigkeit, in Spannungen, als Gabe. So aber ist der Glaube für den Glaubenden die entscheidende Bewußtseinsbestimmung. In ihrem Rahmen wird dann auch das glaubende Bewußtsein erfüllt von einer sehr

großen Anzahl persönlicher und allgemeiner Erfahrungen, die in ihm mitbestimmend zugegen sind, jedoch unter die Bestimmung des Glaubens treten.

2.4.3. Glaubensbewußtsein und Geschichtsbewußtsein

Heute nimmt man im allgemeinen an, daß unter den bewußtseinsbestimmenden Faktoren die materiellen und gesellschaftlichen eine erhebliche Rolle spielen. Das marxistische Bewußtseinsverständnis sieht darüber hinaus die Füllung des Bewußtseins durch materielle und gesellschaftliche Prozesse in Verbindung mit Klassenauseinandersetzungen vor sich gehen, die dem Bewußtsein von der Klassenzugehörigkeit und dem Klassenstandpunkt her eine entscheidende Prägung verleihen.

Normen für ein Verständnis bewußtseinsbildender geschichtlicher Prozesse sind mit dem Glauben nicht unmittelbar gegeben. Das ist eine Sache zugleich engagierter und kritischer Vernunft. Der Glaubende ist von daher für alle Verständnisweisen offen, die sich sachlich nachprüfen und diskutieren lassen. Er weiß sich selbst allerdings von der geschichtlichen Wirksamkeit Gottes überzeugt und meint, daß der Glaube keine Illusion sei, sondern geschichtliche Realität habe. Im übrigen scheint vielen Christen die Interpretation des Menschen aus materiellen Voraussetzungen und der Geschichte aus Klassengegensätzen wichtig und richtig zu sein. Andere sehen hier wenigstens entscheidende Hinweise für ein angemessenes Verständnis der Geschichte. Es widerspricht dem Glauben nicht, wenn angenommen wird, daß das Bewußtsein des Menschen von materiellen und gesellschaftlichen Herkunftcn wesentlich mitbestimmt wird.

Dies ist auch deshalb so, weil hinter dem Christusgeschehen, das den Glauben begründet, Geschichtereignisse ganz bestimmter Art und Konkretheit liegen. Gottes Verheißung und Gottes Gebot an das Volk Israel haben sich in geschichtlichen Geschehnissen als mächtig und wichtig erwiesen. Gottes Erwählung galt dabei nicht denen, die Macht hatten, sondern denen, die machtlos und ohnmächtig waren. Gottes Liebe nahm sich durch Jesus Christus der Sünder, der Ausgestoßenen und der „auf den Landstraßen und an den Zäunen“ (Luk. 14, 23) Wohnenden an. Gottes Wirken in der Geschichte hat die Art, die Niedrigen zu erheben und sich in den Ohnmächtigen als mächtig zu erweisen. Gottes Liebe ist – so kann man sagen – parteilich für Sünder und Arme. Sie geht dabei über Klassengegensätze nicht hinweg, sondern in sie hinein. Auch wenn die Gegensätze ausgetragen werden müssen, sucht der Glaubende doch die Feindschaft in den Gegensätzen zu überwinden und alle Menschen an der Versöhnung teilhaben zu lassen. Das Geschichtsbewußtsein des Glaubens macht ihn also solidarisch mit Leuten, die an ihrer Gottesferne leiden, und mit Leuten, die gesellschaftlich unterdrückt und benachteiligt werden. Es ist eine harte und konkrete Solidarität, nicht die des Almosens, sondern die des brüderlichen und einsatzbereiten Zuseitestehens. Ihr Mittel und ihr Ziel ist die Liebe, eine zugleich umstürzlerische und versöhnungsbereite Liebe, die für den Glaubenden alleine letzter Orientierungspunkt seines geschichtlichen Handelns sein kann.

2.4.4. Gott im Glaubensbewußtsein

Damit ist deutlich und muß auch deutlich gesagt werden, daß der Glaubende den Glauben nicht nur als einen Bewußtseinsvorgang verstehen kann, der durch die Umsetzung materieller und geschichtlicher Prozesse in Denkvorgänge zustande kommt. In den Ereignissen und Worten, die den Glauben begründen, sieht der Glaubende vielmehr einen Faktor wirksam, der nicht bloß den Ereignissen und Worten entstammt und zugehört, sondern sie bestimmt und sie so erst eigentlich zu glaubensbegründenden Ereignissen und Worten macht. Dieser Faktor ist mit der Gewißheit des Glaubens (vgl. 2.1.) ganz eng verbunden. „Faktor“ heißt eigentlich „bestimmende Kraft“. Gott ist die bestimmende Kraft des Glaubens. Wer glaubt, tritt zu ihm in eine persönliche Beziehung und versteht Gott als Person. Gott ist bestimmend im Bewußtsein und geht doch über das Bewußtsein hinaus. Er entstammt dem Bewußtsein nicht, er prägt es aber. Gott macht das glaubende Bewußtsein offen und weit.

Jeder Glaubende weiß heute, daß er dem Verdacht unterliegt, der Faktor „Gott“, durch

den er sich eigentlich begründet weiß, sei nur die Projektion rein menschlicher Sehnsüchte, rein menschlicher Mangelgefühle oder rein menschlicher Entfremdungsprozesse. Er kann darauf nur antworten, daß dieser Verdacht die besondere Wirklichkeit des glaubenden Bewußtseins nicht trifft. Und zwar deshalb nicht, weil trotz aller Spannungen die Gewißheit, die Freude und die Hoffnung des Glaubens fast unendlich über das hinausreichen, was aus Sehnsucht, Mangel und Entfremdung geboren werden könnte. Der Glaubende weiß sich nicht in Entzweiung, sondern in Übereinstimmung mit der Wirklichkeit des Lebens und der Welt.

3. Glaube und Weltanschauung

3.1. Ideologie

Wie das Wort „Bewußtsein“, so ist auch das Wort „Ideologie“ ein Wort, das in sehr verschiedenem Sinn gebraucht wird. Es bezieht sich immer auf das Bewußtsein. Es meint immer das Bewußtsein in seiner Gesamtheit. Es kann (a) dazu verwendet werden, die Hintergrundsbestimmtheit des Bewußtseins in seiner Gesamtheit zu kennzeichnen. Dann wird mit der Rede vom „ideologischen Charakter“ des Bewußtseins normalerweise gemeint, daß das Bewußtsein gesellschaftlich oder klassenmäßig bestimmt sei. Das kann nun eine zweifache Bedeutung haben. Zunächst (a 1) eine kritische. Ideologiekritik meint die Enthüllung verborgener oder verdrängter Klassenbindungen des Bewußtseins. Dann (a 2) auch eine eher positive. Ideologische Bewußtseinsbildung und -erziehung meint die Förderung und Gestaltung des Bewußtseins in Übereinstimmung mit der gesellschaftlichen und klassenmäßigen Entwicklung. Außerdem (b) aber – und so wird es sehr oft verwendet – kann „Ideologie“ auch einfach bedeuten, daß das Bewußtsein seine Gehalte zu einer totalen und geschlossenen Weltanschauung verallgemeinert hat. „Ideologie“ ist dann ein Wort für den Anspruch dieser Weltanschauung, das Bewußtsein vollständig zu lenken und zu bestimmen.

Das Verhältnis von Glaube und Ideologie läßt sich nicht einfach so beschreiben, daß der Glaube Ideologie ablehnt oder sich mit Ideologie in Übereinstimmung befinden kann. Die Dinge sind verwickelter, und man muß ihnen gerade so sorgfältig nachgehen.

Im Sinne eines Ideologieverständnisses, das unter Ideologie eine zur Totalität verallgemeinerte Weltanschauung versteht, könnte der Glaube selbst als Ideologie erscheinen. Es scheint ja doch oft so, als wolle er auf alle Fragen seine Antworten geben und für alle Probleme seine Lösungen bereit haben. Dies wäre aber ein Mißverständnis, das dadurch nicht besser wird, daß es von vielen Glaubenden geteilt wird. Der Glaube gibt eben nicht von vornherein auf jede Frage eine, und zwar seine, Antwort. Wir wiesen auf seine Spannungen hin und sagten, daß sie zwar schmerzlich seien, aber notwendig zum Glauben gehörten. Er ist gerade deshalb keine Ideologie, weil er nicht auf alles schon bereitliegende Antworten hat, sondern den Glaubenden in eine geschichtliche Welt weist, in der Neues zu erwarten ist und Entscheidungen gefällt werden müssen, die frei sind, ein Wagnis in sich haben und deshalb ideologisch nicht gesichert sind.

Eher noch könnte der Glaube im Sinne jenes Ideologieverständnisses, das unter Ideologie die Klassenbindung des Bewußtseins versteht, einen ideologischen Charakter haben. Der Einfluß von Klassenbindungen in der Geschichte des Glaubens ist groß und läßt sich nicht leugnen. Daß der Glaube ursprünglich auf Parteinahme für entfremdete und Unterdrückte angelegt ist, haben wir schon betont. Er ist also sowohl der Ideologiekritik ausgesetzt als auch auf die Fragen ideologischer Bewußtseinsbildung hingewiesen. Deshalb darf er sich vor kritischer Selbstprüfung nicht scheuen und muß für das Wagnis von Neuansetzungen offen sein. Er ist den gesellschaftlichen Widersprüchen und Entwicklungen der Menschheit nicht entzogen. Sein Grund und seine Hoffnung aber unterscheiden ihn vom marxistischen Ideologieverständnis. Sein Grund deshalb, weil er in Jesus Christus liegt, der für das Heil aller Menschen gestorben und auferstanden ist. Und seine Hoffnung deshalb, weil sie sich nicht nur auf die gewiß erstrebenswerte Verwirklichung einer klassenlosen Gesellschaft, sondern auf ein Reich der Gerechtigkeit richtet, in dem alle Menschen in Liebe für Gott und füreinander da sind.

Es ist nun aber auch wichtig, daß der Glaube im Laufe seiner Geschichte zu Ideologien immer wieder einmal in ein Ergänzungsverhältnis getreten ist. Er hat die großen gesell-

schaftlichen Systeme, in denen der Mensch sein Leben organisierte, ebenso akzeptiert und gefördert wie die großen gedanklichen Konzeptionen, mit denen der Mensch seine Welt zu interpretieren und zu gebrauchen versuchte. Immer wieder hat es dabei heftige Auseinandersetzungen gegeben. Aber Glaube und Ideologie haben auch einander verstehen gelernt. Oft ist es dann im Laufe der geschichtlichen Entwicklung sogar zu fruchtbaren Wechselwirkungen gekommen. Das zeigt, daß der Glaube das ideologische Systemstreben des Menschen nicht verneint, sondern es aufnimmt, wo es dazu dient, das Leben des Menschen zu fördern und die Welt für den Menschen beherrschbar zu machen. Der Mensch, auch der glaubende Mensch, ist ein „Ideologie-Wesen“ (Nyborg VI, Sektion I, Art. 21). In der Sicht des Glaubens ist er das, weil Gott ihm die Fähigkeit und den Auftrag gegeben hat, Systeme der Selbst- und Weltverwaltung zu entwerfen, die es ihm ermöglichen, sich die Welt verwendbar zu machen.

Allerdings gebraucht nun der Mensch Ideologien nicht nur als Instrumente menschlicher Selbst- und Weltverwaltung, sondern gibt ihnen eine, wie es scheint, unaufhaltsame Tendenz zur Totalität. Deshalb beziehen sich Ideologien immer auch auf die tiefen Fragen des Menschen nach Sinn und nach Heil und suchen auf diese Fragen Antworten zu geben. Weil sie auch Heil versprechen, meinen sie, den ganzen Menschen in Anspruch nehmen zu können. Was Instrument des Menschen sein sollte, macht dann den Menschen zu seinem Instrument. Was ihm dienen sollte, stellt ihn in Dienst. Dabei sind Ideologien keine übermenschlichen Wesenheiten. Was durch sie geschieht, läßt der Mensch an sich geschehen. Er teilt sich sein Heil zu und beansprucht sich zugleich durch seine eigenen Heilsansprüche und -versprechungen. Wo Ideologien in dieser Weise zu Instrumenten der menschlichen Selbstrechtfertigung werden, verträgt sich der Glaube mit ihnen nicht. Er ist auf das Heil Gottes in Jesus Christus gestellt und weiß, daß der Mensch nur durch Gott gerechtfertigt werden kann. Er begrenzt Ideologien deshalb auf das dem Menschen eigentlich nötige und verträgliche Maß. Man kann sagen, daß Ideologien den Glauben brauchen. Sie brauchen ihn, um selbst für den Menschen brauchbar zu bleiben. Er bewahrt sie vor ihrer Selbstausweitung zu Heils- und Rechtfertigungslehren. Er begrenzt sie zu mächtigen Hilfsmitteln der gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Vernunft, die die Träume der Menschheit zu verwirklichen sucht.

3.2. Erziehung

Konkret werden die Beziehungen von Glaube und Ideologie vor allem dort, wo beide sich im Bereich der Erziehung berühren. Im Sinne weltanschaulicher Ideologien, besonders der marxistischen, ist der Bereich der Erziehung – im weitesten Sinne verstanden – der eigentlich ideologische Bereich. Die Welt ist ein Prozeß, der durch Erziehung bewußt wird und durch sie gefördert werden kann. Darum muß die Erziehung in allen ihren Bereichen ideologisch sein und zugleich im Sinne der Ideologie wirken. Auch der Glaube hat an der Erziehung ein lebhaftes Interesse. Es ist nicht fundamental, denn der Glaube kann durch Erziehung nicht geschaffen werden. Es ist aber elementar, denn Erziehung kann Raum für den Glauben schaffen und ihm vor allem zum Bewußtsein für Wissen und Verhalten verhelfen. Ideologie und Glaube sind also an pädagogischer Bewußtseinsbildung beteiligt. Sie könnten das wohl in gegenseitiger Ergänzung tun. Der Glaube könnte die Herausforderungen gegebenen Heils bewußt machen und dabei Weltverantwortung eindrücklich werden lassen. Die dem Menschen in einer Situation einleuchtende und nützlich erscheinende Ideologie könnte Systeme gesellschaftlicher und wissenschaftlicher Verantwortungswahrnehmung bereitstellen und dem Bewußtsein dabei helfen, Einzelvorgänge auf strukturierte Ganzheiten zu beziehen. Schmerzhaft Konflikte entstehen dort, wo der Glaube unmittelbar die Welt verwalten oder die Ideologie selbst das Heil geben will. Sie können wohl kaum vermieden werden. Die Erziehung des Glaubens sollte beides tun: dem Bewußtsein die Konsequenzen gegebenen Glaubens einprägen und die Ideologie als Instrument menschlicher Weltverantwortung deuten und ernst nehmen. Ihr eigentliches Anliegen aber muß es bleiben, zu einem getrosteten Leben unter dem Rechtfertigungszuspruch Gottes zu verhelfen.

4. Rechtfertigung und Bewußtsein

Rechtfertigung ist Zuwendung jener Lebensveränderung, die Gott in Jesus Christus für die ganze Welt und für alle Menschen zustande gebracht hat. „Nun wir denn sind gerecht geworden durch den Glauben, so haben wir Frieden mit Gott durch unsern Herrn Jesus Christus“ (Röm. 5,1). Die Rechtfertigung bringt eine persönliche Lebensveränderung mit sich. Man kann versuchen, sie als Bewußtseinsveränderung zu verstehen und zu beschreiben. Was verändert sich im Bewußtsein?

4.1. Rechtfertigung als Bewußtseinsveränderung

Es verändern sich nicht die normalen Widerspiegelungen der Welt und der eigenen Person und die normalen Reaktionen, die das Bewußtsein darauf erfolgen läßt. Der Glaubende und Gerechtfertigte bleibt ein normal fühlender und normal denkender Mensch, der wie jeder andere Mensch arbeitet, wie jeder andere Mensch in das gesellschaftliche Gefüge verflochten ist, wie jeder andere Mensch liebt, wie jeder andere Mensch Entscheidungen fällt und wie jeder andere Mensch daran interessiert ist, soviel als möglich von der Wirklichkeit der Welt und des Lebens zu verstehen. Er ist darin normal, daß er in Bewußtseinsräumen und Bewußtseinsbeziehungen lebt wie jeder andere Mensch auch. Er ist Mensch für sich und Glied der Gesellschaft wie jeder andere Mensch.

Es verändert sich aber die Bewußtseinstiefe. Der Glaubende und Gerechtfertigte fügt dem, was durch sein Bewußtsein strömt, dauernd den Bezug auf Gott hinzu. Und zwar nicht auf Gott als fernes, unbekanntes Wesen, sondern auf Gott, wie er dem Menschen in Christus nahe und bekannt geworden ist. Alles, was dem Glaubenden begegnet, begegnet ihm unter dem Vorzeichen der umfassenden Liebe Gottes und wird ihm zur Aufforderung, dieser Liebe im Leben Folgen zu geben. Sein Leben ist in diesem Sinn Gottesdienst. Und sein Bewußtsein macht sein Leben in diesem Sinn zu einem Gottesdienst.

Es verändert sich damit auch die BewußtseinsEinstellung. Wer glaubt, kann darauf verzichten, sich vor sich selbst und den anderen besser darzustellen, als er wirklich ist. Er kann es wagen, ehrlich zu sich selbst zu sein. Er kann sich durchschauen lassen. Er kann sich offenlegen. Und zwar deshalb, weil er weiß, daß Gott ihn bis in seine Tiefen durchschaut und ihn um Christi willen erstaunlicherweise nicht verworfen, sondern angenommen hat. Darum fühlt der Glaubende sich frei. Er geht in dieser Freiheit mit sich selbst und den anderen Menschen um. Er lebt in dieser Freiheit als Glied der Gesellschaft und tut hier, was nötig ist.

4.2. Rechtfertigung als neues Selbstbewußtsein

Rechtfertigung bringt also ein neues Selbstbewußtsein zustande. Es ist nicht das Selbstbewußtsein von Menschen, die meinen, sie wären etwas Besonderes, sie wären besser als andere und wüßten vieles auch besser als andere. Es ist vielmehr das Selbstbewußtsein von Leuten, die sich durch Gott freigemacht, mit dem Leben in Übereinstimmung gebracht und von Jesus Christus in Dienst gestellt wissen. Ein gerechtfertigter Mensch ist zu nichts anderem da, als dies in die Welt und unter die Leute zu bringen. Er ist zum Zeugnis da, zum Weitersagen dessen, was er an sich erfahren hat. Er ist zur Hilfe da, zur Hilfe ohne Erwartung und ohne Voraussetzung. Und zwar im persönlichen Hilfsdienst und im Drängen auf gesellschaftliche Verhältnisse, die das Miteinanderleben der Menschen erträglich machen. Für viele Christen ist es schwierig, dem Selbstbewußtsein des Glaubens im Leben wirksam Ausdruck zu geben. Kein Christ tut alles, was er tun sollte, und viele Christen tun viel zu wenig. Aber der Antrieb des Glaubens ist unerschöpflich und gibt immer wieder Mut, den Dienst des Glaubens von neuem zu beginnen.

4.3. Rechtfertigung als neues Weltbewußtsein

Rechtfertigung bringt auch ein neues Weltbewußtsein zustande. Gerettet wird, wer glaubt. Weil das so ist, kann Rechtfertigung nicht als ein pauschaler Weltprozeß verstanden werden, sondern nur als ein geschichtliches Geschehen je am Einzelnen. Aber das Angebot der Recht-

fertigung ist universell, und die Rechtfertigung greift in ihren Wirkungen weit über das Menschliche hinaus. Das Weltbewußtsein des Glaubens ist von naivem Optimismus weit entfernt. Wer glaubt, weiß, daß die Welt unvollkommen ist und sich von Menschen nicht in einen Zustand ungetrübter Vollkommenheit verwandeln läßt. Wer glaubt, weiß aber auch, daß Gott in Christus nicht nur die Fesseln der einzelnen Menschen, sondern auch der Welt als ganzer zerbrochen hat. Er weiß also, daß das, was Rechtfertigung ist, auch in der Welt Geltung hat und auch in ihr verwirklicht werden will. Deshalb sieht sich der Christ dazu ermutigt, alle Verhältnisse der Welt mit den Impulsen von Gottesgerechtigkeit, Liebe, Frieden und Versöhnung zu durchsetzen. Er hat Hoffnung für die Welt. Er nimmt Partei für diese Hoffnung. Er stellt sich an die Seite derjenigen, die Hoffnung brauchen und Frieden machen. Seine „Hausnummer“ ist immer da, wo die Menschen wohnen, die „hungert und dürstet nach der Gerechtigkeit“ (Matth. 5,6). Sein Weltbewußtsein ist von dem Vertrauen getragen, daß Gott es mit der Welt gut machen will.

4.4. Rechtfertigung als neues Gemeinschaftsbewußtsein

Rechtfertigung bringt schließlich ein neues Gemeinschaftsbewußtsein zustande. Es ist zunächst das Gemeinschaftsbewußtsein der Glaubenden untereinander. Nicht weil sie eine Vereinigung zu ihrer Selbstbehauptung brauchten. Wo die Gemeinde nur christliche Interessenvertretung ist, ist sie überflüssig. Die Gemeinde ist allein deshalb notwendig, weil Glaube und Rechtfertigung das Bewußtsein eines Menschen nur prägen können, wenn sie ihm immer neu zugesprochen werden. Er *ist* eben nicht Glaubender, er *wird* es nur dauernd. Und um in diesem Werden zu bleiben, braucht er die Gemeinde, den Zuspruchsort des Glaubens. Wenn sie dies ist, stärkt sie auch den Glauben durch die Begegnung der Christen untereinander. Sie lernen hier, wie durch Christus befreite Menschen miteinander umgehen und wie man der Rechtfertigung Folgen im menschlichen Miteinanderleben gibt. Das weist schon darauf hin, daß das in der Gemeinde gewachsene und gestärkte Gemeinschaftsbewußtsein niemals auf die Gemeinde beschränkt bleiben kann. Anspruchslos soll die Gemeinde die Art ihres Miteinanderumgehens und Miteinanderlebens für die Gemeinschaft aller Menschen fruchtbar werden lassen. Sie soll zeigen, wie man in Liebe zusammen lebt, in Frieden miteinander umgeht und versöhnungsbereit einander begegnet. Sie soll Modelle der Hoffnung schaffen, nach denen sich andere gerne richten. So kann das Gemeinschaftsbewußtsein glaubender und gerechtfertigter Menschen gerade dann, wenn es ohne Anspruch einfach und konkret gelebt wird, dazu dienen, daß die Suche nach dem, was der Welt Bestes sein könnte, nicht aufgegeben wird: der Lebenserneuerung, die Gott in Christus zustande brachte und allen Menschen als Geschenk ihrer Rechtfertigung zueigen geben will.

Die Kommission für das Lehrgespräch

Berlin, im September 1973

RECHTFERTIGUNG UND ZUKUNFT

Werkstattbericht V

Vorwort

Die Überschrift des hiermit vorgelegten Werkstattberichtes V kündigt an, daß der Themenkreis der von der Lehrgesprächskommission vorgesehenen Werkstattberichte abgeschritten ist. Freilich, Werkstattberichte sind keine „runde Sache“, auch ihre Gesamtheit nicht.

Wichtige Probleme sind aufgegriffen worden, manche nur angedeutet. Doch haben gerade Andeutungen zu dem geführt, was die Veröffentlichung von Werkstattberichten auslösen wollte: Diskussionen, Rückfragen und Rückäußerungen, deren Ergebnisse zu sammeln, zu sichten und auszuwerten sind.

Im vorliegenden Werkstattbericht sind theologische Positionen streckenweise nebeneinander gestellt, die sich schon im Neuen Testament abzeichnen und die wir angesichts der säkularen Bemühungen unserer Tage um die Bewältigung des Phänomens „Zukunft“ zu überprüfen und zu vergleichen herausgefordert sind.

Deshalb rechnet die Lehrgesprächskommission mit einem lebhaften Echo auf diesen Werkstattbericht.

1. Aspekte der Zukunft

Wie König Atlas in der griechischen Sage das Himmelsgewölbe zu tragen hatte, so scheinen wir heute das Gewicht der Zukunft tragen zu müssen. „Der Mensch, der über die gesamte Zukunft der von ihm hervorgebrachten Welt verfügt, trägt für diese Zukunft im ganzen die Verantwortung. Eine solche Verantwortung konnte es in der bisherigen Geschichte nicht geben. Sie wird uns durch die Expansion menschlicher Macht, aus der die technische Welt hervorgeht, aufgezwungen ...“ (Georg Picht).

Auch wenn man meinen mag, die Gegenwart bestimme mit ihren laufenden Aufgaben das Leben der meisten Menschen immer und also auch heute am stärksten, so ist nicht zu übersehen, daß die Auswirkungen unseres gegenwärtigen Handelns auf die Zukunft heute stärker ins Bewußtsein rücken.

Zukunft aber ist ein mehrdeutiges Wort. Worin liegt diese Mehrdeutigkeit? Sie liegt darin, daß die Zukunft mehrere Aspekte hat.

1.1. Zukunft ist – und wird verstanden als – das *Entfaltungsfeld* für alles, was aus Gegenwartigem werden kann. In diesem Sinne ist Zukunft Ausdruck für das Verständnis von Wirklichkeit als Vorgang in weitergehender Zeit.

Die Naturwissenschaften haben dieses Wirklichkeitsverständnis gewonnen und sind dabei, mit Experiment, Berechnung und Extrapolation das Entfaltungsfeld Zukunft zu besetzen. Werden und Vergehen, Erhaltung und Umwandlung werden mit der präzisen Kenntnis der Gesetzmäßigkeiten auch in der Zukunft in erstaunlichem Maße voraussehbar und gestaltbar.

Die Gesellschaftswissenschaften gehen von ihren Voraussetzungen aus ebenfalls mit einem Wirklichkeitsverständnis vor, das Geschichte als unablässigen Veränderungsvorgang sieht. Die marxistisch-leninistische Gesellschaftsprognostik, im Dialektischen und Historischen Materialismus begründet, nimmt wissenschaftliche Voraussagen auf der Basis objektiver Entwicklungsgesetze vor, um die maximale Befriedigung der materiellen und geistigen Bedürfnisse der Menschen zu erreichen. Mit Prognostik und Planung greift sie in das Entfaltungsfeld Zukunft vor.

Auch die alltäglichen Verhaltensweisen enthalten diesen Zukunftsaspekt. Menschen arbeiten und erholen sich, essen und trinken, erhalten sich selbst und sorgen für ihre Kinder. Sie schaffen Tatbestände oder Gegenstände, greifen im Rahmen vorgegebener Gesetzmäßigkeiten in Verhältnisse und Zusammenhänge ein, erkennen und verwenden sie zu neuen Zwecken. Im produzierenden wie im reproduzierenden Handeln sichern sie mit der Gegenwart auch die Zukunft.

Freilich: Zum Werden gehört das Vergehen. Die Grenze menschlichen Handelns ist der Tod. In der Begegnung mit dieser Grenze zeigt sich die Endlichkeit aller Bemühungen. Obwohl der Mensch von der Notwendigkeit des Todes in der Beziehung auf die weitergehende Entwicklung der Gattung weiß, widersetzt er sich ihm, wenn er ihm als persönliches Geschick begegnet. Er erwartet vom Produzieren und Reproduzieren nicht nur Förderung der Menschheit, sondern auch Hilfe gegen die Bedrohung durch den je eigenen Tod.

Zukunft als Entfaltungsfeld ist der Aspekt, dem der Mensch als arbeitender entspricht.

1.2. Zukunft ist – und wird verstanden als – das *Entscheidungsfeld* für alles, was gegenwärtig unentschieden und umstritten ist. Wirklichkeit wird in diesem Sinne nicht nur erfahren als Vorgang in weitergehender Zeit, sondern als Prozeß in umstrittener, durch Ansprüche besetzter Zeit.

Zukunft kann gewonnen werden. Wahrheit, Recht und Macht, Liebe und Güte stehen nicht fest, sondern werden durch Lüge, Unrecht und Ohnmacht, Gemeinheit und Lieblosigkeit in Frage gestellt.

Die täglichen Nachrichten aus der Weltpolitik wecken ständig die Frage nach der Zukunft als dem Entscheidungsfeld über die Erinnerung friedlicher Koexistenz und des Weltfriedens, über die Beseitigung von Hunger und Unterdrückung, aber auch über die Konsequenzen von Rassismus, Terror, Machtmißbrauch, Umweltverschmutzung usw. Hier werden auch Reichweite und Möglichkeit der Vernunft bei den Zukunftsentscheidungen der Menschheit zum Problem. Im Leben des Einzelnen ist Zukunft als Entscheidungsfeld eine Grunderfah-

rung: Anerkennung und Vertrauen wollen geschenkt und erworben sein. In der Wahl des Berufs, in der Entscheidung über eine Partnerbindung, in den Überlegungen zur Lebensgestaltung, zum beruflichen Vorankommen und mit der Bereitschaft, Kinder zu haben, stehen immer wieder Entscheidungen an, deren Richtigkeit erst die Zukunft erweisen kann.

Der Tod hat in diesem Zusammenhang die Bedeutung, daß er Entscheidungen dringlich, aber auch sinnlos machen kann. Er läßt das Auf-dem-Spiel-Stehen des menschlichen Lebens und die Tiefe der Verantwortung unverkennbar werden.

Selbstverwirklichung ist nicht ein für allemal zu haben. Zufriedenheit mit der Gegenwart kann immer auf Kosten anderer gehen, deren Zukunft verstellt wird.

Zukunft als Entscheidungsfeld ist der Aspekt, dem der Mensch als wagender, kämpfender, zur Verantwortung gerufener entspricht.

1.3. Zukunft ist – und wird verstanden als – *Erwartungsfeld*. Die Wirklichkeit wird hier in ihrem umstrittenen Vorgangscharakter als offene begriffen, Zeit als kommende, überraschende Zeit.

Im Leben jedes Menschen spielt Zukunft in diesem Sinne eine erhebliche Rolle. Schon in der kindlichen Erfahrung der Angst vor dem Undurchschaubaren, Fremden liegt ein Verhalten zur Zukunft – abwehrend und sich schützend. Das Träumen in die Zukunft ist eine weitere wichtige Erfahrung: in ihm überschreitet die Sehnsucht das Planen, Arbeiten und Kämpfen in der Erwartung überraschenden Glücks. Solches Erwarten, Phantasieren und Hoffen sind für die Entwicklung jedes Menschen wichtige, ja unentbehrliche Funktionen. Aber Zukunft als Erwartungsfeld kann Menschen auch Passivität zumuten: aus dem Erwarten wird dann Wartenmüssen. Überall – in Warteräumen der Kliniken wie der Bahnhöfe, in Krankenzimmern und Altersheimen nur besonders auffällig – begegnen uns Menschen, die warten müssen, bis ihre Zeit gekommen ist, in der sie „drankommen“. Der Tod ist die unausweichliche Erwartung am Ende jedes Menschenlebens. Ärzte und Krankenschwestern erzählen immer wieder, wie wenige Menschen sich auf den Tod einzustellen vermögen. Viele verdrängen das Wissen um sein Kommen. Aber auch diese Verdrängung ist eine Weise des Wartenmüssens auf ihn.

Zukunft als Erwartungsfeld überlagert ständig die anderen Aspekte der Zukunft als Entfaltungs- und Entscheidungsfeld.

So verstandener Zukunft wird weder durch Produzieren und Planen noch durch Kämpfen und Sich-entscheiden entsprochen, sondern durch Befürchten und Hoffen.

2. Rechtfertigung und Entfaltungsfeld Zukunft

2.1. Unter Rechtfertigung verstehen wir eine Grunderfahrung, die unser Leben erneuert. Gott beruft uns durch die von Jesus Christus herkommende Verkündigung zu Glauben, Liebe und Hoffen. Diese Berufung erfahren wir zuallererst als *Entlastung* unseres Lebens von dem Druck, uns selbst glauben, lieben und auf uns selbst hoffen zu müssen. Selbstsicherung und Selbstrechtfertigung werden unnötig in dem Maße, in dem wir uns auf Gottes Liebe verlassen.

Diese Entlastung bekommt ihre Bedeutung für das Entfaltungsfeld Zukunft. Wie alle Menschen sind Christen beteiligt an Arbeit, Wissenschaft und Planung. Sie sind nicht die besseren Arbeiter und Planer, sie sind nicht die schlechteren Wissenschaftler. Aber sie gewinnen zu der Erfahrung, daß Menschen in die Zukunft ihre Selbstliebe und ihre Fehleinschätzungen mit hineinarbeiten und hineinplanen, eine neue Stellung. Sie werden das ernst nehmen und können trotzdem der Zukunft als dem Entfaltungsfeld menschlicher Möglichkeiten auf Grund ihrer Entlastungserfahrung in Gelassenheit entgegengehen. Gelassenheit ist nicht Lässigkeit, eher der Gegensatz zu ihr: verantwortbares Bemühen um das Erreichbare und wachsame Freude am Erreichten.

2.2. Die mit Entlastung beschriebene Grunderfahrung der Rechtfertigung führt also keineswegs zur Geringschätzung menschlicher Arbeit und Mühe. Angesichts der weltweiten Probleme des Hungers, der Kriegsgefahren und der Umweltverschmutzung hat auch für die Glaubenden die Anstrengung für die Zukunft äußerste Dringlichkeit. Die Entlasteten sind die *Belastbaren*. Ihre Gelassenheit ist Tragfähigkeit der Liebe, die sie im Rechtfertigungsgeschehen erfahren. Als Mitarbeiter Gottes wissen Christen, daß die Verantwortung für

die Welt und also auch für die planbare Zukunft allen Menschen zusteht und auferlegt ist. Sie dürfen als Entlastete diese Verantwortung so mittragen, daß sie sich um der Liebe Gottes willen belasten lassen. Im Berufsverhalten der Christen dürfte es von zunehmender Bedeutung sein, daß sie zusätzliche Belastungen nicht scheuen. Das gilt ebenso für die gesellschaftliche Mitarbeit. Gerade so können sie Zeugen der ihnen geschenkten Entlastung sein. Am Ernstnehmen des Todes als der Grenze menschlichen Handelns könnte sich die Gelassenheit der Glaubenden bewähren. Obwohl der Glaubende weiß, daß sein Handeln mit dem Tode aufhört, wird er doch im Blick auf die Auferweckung Jesu Christi bereit, die Last des Begrenztwerdens und Verzichtens, des Alterns und Sterbens auf sich zu nehmen.

2.3. In der Taufe wird der Mensch in einen neuen Zusammenhang von Tod und Leben gestellt. Er wird eingegliedert in das neue Leben des gekreuzigten Christus. Damit wird die Zukunft für ihn zum Entfaltungsfeld der göttlichen Erwählung zum Leben. Dieses neue Leben braucht als von Gott zurechtgebrachtes die Begegnung mit dem Tode nicht mehr zu fürchten. Der Mensch wird nun mit seinem Leben und seiner Arbeit von Gottes Leben und Arbeit begrenzt und umschlossen und in diesem Zusammenhang durch den Tod ins Leben hineingerettet.

3. Rechtfertigung und Entscheidungsfeld Zukunft

3.1. Angesichts der Zukunft als Entscheidungsfeld führt die Grunderfahrung der Rechtfertigung die Glaubenden in wagemutige Zuversicht. Glauben an Gottes Liebe ist nicht da am Ziel, wo ein Mensch zwischen Gott und sich alles zurechtgebracht weiß. Glauben ist Mitgenommenwerden von Gott in das Entscheidungsfeld der Zukunft aller Menschen. In diesem umstrittenen Gelände ängstigt sich der Glaube nicht.

Er vertraut Gott, den er auch hier am Werk weiß.

Wer Gott so die Zukunft zutraut, wird immer wieder wagemutig sein. Darum können Christen der Lieblosigkeit die Zeit streitig machen und ihr den Anspruch auf Zukunft nehmen. Christen sagen die Zeit der Liebe an. „Ist das Wort der Liebe wahr, so wird die Zeit der Liebe kommen“ (Robert Jensen).

3.2. Dabei wissen Glaubende genau, daß sie diesen Wagemut im Namen Gottes auch gegen sich selber durchzuhalten haben. Die Schwäche der Christen hat immer darin bestanden, ihre eigenen Schwächen nicht mit der gleichen Schonungslosigkeit zu behandeln wie die anderer. Ihr Wagemut wird darum als Zuversicht zu Gottes vergebender Zuwendung Ehrlichkeit sich selbst gegenüber zu sein haben.

3.3. In solcher wagemutigen Zuversicht sind Glaubende auch bereit, Leiden anzunehmen. Sie müssen nicht viele Worte darüber verlieren. In der Nachfolge Jesu wissen sie: „Das willige Leiden ist der Tod des Bösen“ (D. Bonhoeffer). Gerade so bringen sie ihren Beitrag zur Zukunft als Entscheidungsfeld ein.

3.4. Die Sprache wagemutigen Glaubens wird auch im Gebet der Christen gesprochen.

Im Dankgebet bringen die Christen ihre Freude über Gottes entlastendes, befreiendes und erneuerndes Handeln zur Sprache. Im Beichtgebet gestehen sie ihre Verslossenheit gegenüber Gottes Liebe ein.

Im Bittgebet beanspruchen sie Gottes Hilfe in den unerledigten und unentschiedenen Problemen der Welt. Christen bringen bittend ihre Klage und Hoffnung zu Gott und erwarten ihn bei den Entrechteten und den Einflußreichen, bei Feinden und Freunden. Sie besprechen mit Gott den Einsatz ihres Handelns und bitten um Kraft dafür. Im Lobpreis bekennen die Glaubenden sich zu Gottes unerschöpften Möglichkeiten und greifen so in die Zukunft als Entscheidungsfeld vor.

4. Rechtfertigung und Erwartungsfeld Zukunft

4.1. In alle Befürchtungen und Hoffnungen, die auch Christen hinsichtlich der offenen und überraschenden Zukunftsaspekte teilen, bringen sie begründetes und erwartungsvolles Vertrauen ein. Die Hoffnung der Christen ist *begründetes* Vertrauen: Gottes rechtfertigendes Wort befreit und erneuert schon heute Menschen dazu, Gott in Christus gegenwärtig zu wissen trotz aller Widersprüche und aller Undurchschaubarkeit im Erwartungsfeld Zukunft.

Die Hoffnung der Christen ist darum aber auch *erwartungsvolles* Vertrauen: Gott wird Widersprüche und Verborgenheit aufheben.

Die Hoffnung der Christen erweist sich von allen Illusionen, die die schmerzlichen Widersprüche nur verdrängen, darin verschieden, daß sie die Erfahrung der Anfechtungen und Niederlagen noch verschärft. Der Christ erfährt den Widerspruch zwischen seinem gegenwärtigen Leben und Gottes verheißener Zukunft tiefer. Aber er weiß sich gerade in der Tiefe seines gefährdeten Lebens dem gekreuzigten Herrn als dem Grund seiner Hoffnung nahe. So ist die Hoffnung der Christen fundiert im Glauben an Gottes rechtfertigendes und neuschaffendes Handeln.

4.2. Seit dem Neuen Testament hat die christliche Hoffnung vielstimmigen Ausdruck gefunden. Zukunftshoffnung durchzieht das gesamte christliche Denken. Die klassischen Glaubensbekenntnisse verknüpfen Schöpfung, Versöhnung und Vollendung der Welt in einem umfassenden Entwurf. Mitbestimmt wurde dieser Gesamtentwurf durch apokalyptische Hoffnungen. Sie stammen aus alttestamentlich-jüdischen Erwartungen und Vorstellungen. Das Neue Testament hat sie in vielfacher Brechung auf das Christusgeschehen ausgerichtet.

Der Kreuzestod und die Auferweckung Jesu sind ihrerseits durch die Übernahme apokalyptischer Hoffnungen in einen bestimmten Vorstellungshorizont einbezogen worden.

Jesu Auferweckung aber durchstößt als ein unvergleichbares Geschehen alle Vorstellungshorizonte. In keinem Horizont kann sie abschließend definiert werden. Im Horizont der Zukunftserwartungen gilt jedenfalls, daß die Auferweckung des Gekreuzigten Zukunft erschließt und nahebringt. Durch ihn, der für uns lebt, wird uns Gottes Zukunft Gegenwart. Wir werden in ein neues Zeitbewußtsein versetzt. Wir dürfen in einem offenen und neu bestimmten Horizont leben. Die Zukunft ist kein leeres Erwartungsfeld mehr. Aus der Zukunft kommt uns mit dem Gekreuzigten und Auferweckten kein anderer als Gott selbst entgegen. Er schenkt mit der Rechtfertigung Gewißheit des Glaubens und gibt der Hoffnung Grund.

4.3. Aus der christlichen Hoffnung mit ihren apokalyptischen und heilsgeschichtlichen Erwartungen sind im Laufe der Geschichte der Christenheit tiefe, umfassende Geschichtsdeutungen entstanden, die in die modernen säkularen Zukunftshoffnungen eingegangen sind.

Eine Traditionskette reicht von Joachim von Fiore (drei Weltzeitalter des Vaters, des Sohnes und des Geistes) über Lessings „Erziehung des Menschengeschlechts“ zu Hegel und in den Marxismus einerseits, zu Teilhard de Chardin andererseits.

Der Marxismus-Leninismus hat das „Utopische“ dieser Hoffnungen kritisiert und die wissenschaftliche Kenntnis und Anwendung der Gesetzmäßigkeiten in Natur und Gesellschaft zur Voraussetzung für alle Zukunftsorientierung gemacht. Der Kommunismus, das Zielbild, wird nicht erwartet, sondern erkämpft und hergestellt. Die Erkenntnis und Anwendung der objektiven Gesetzmäßigkeiten im Blick auf dieses Ziel bedürfen aber eines hohen subjektiven Erwartungsbewußtseins und Einsatzes.

Christen sind gegenüber allen diesen Erwartungen und Anstrengungen im Blick auf die Zukunft nicht gleichgültig.

Wie bringen sie in die Welt, die durch so viele Zukunftserwartungen bestimmt ist, die christliche Hoffnung ein?

Im Gespräch unter Christen – einschließlich der theologischen Diskussion – zeichnen sich heute mehrere Antworten ab.

4.3.1. Eine Antwort geht von der Rechtfertigung aus, in der Gott Gewißheit des Glaubens, Kraft zur Liebe und Grund der Hoffnung schenkt. Sie betont den unmittelbaren Zusammenhang der Rechtfertigung mit den neutestamentlichen Aussagen über Weltende, Gericht und Neuschöpfung: Wohl wird diese Welt von Gott erhalten und bleibt seine Welt. Wohl ist in ihr das Heil schon gegenwärtig und wirksam. Aber Gott ist doch noch verborgen und unsichtbar. Heil und Unheil sind gleichzeitig wirksam. Der Glaube ist angefochten vom Zweifel, von Gottes Verborgenheit, von der Sünde. Der Christ ist „simul justus et peccator“, gleichzeitig Gerechtfertigter und Sünder. Er bleibt Sünder, auch wenn die Erneuerung seines Lebens fortschreitet. Weder ein einzelner Mensch noch die Menschheit können in dieser Welt Heil, Sündlosigkeit und Leben erarbeiten und gewährleisten.

Angesichts dieser Erfahrungen des Glaubens bleiben die biblischen Aussagen von entscheidendem Gewicht.

Nur durch einen radikalen Abbruch, durch Sterben und Gericht hindurch, nur im Gegensatz zur gegenwärtigen Weltwirklichkeit, nur nach und jenseits dieser Weltzeit, nur als „ganz andere“ kommt Gottes Zukunft ganz zum Durchbruch: Sie wird das endgültige Ende von Gottes Verborgensein, von Sünde und Tod sein, eine neue Welt Gottes.

4.3.2. Eine andere Antwort geht ebenfalls vom Leben in der durch die Rechtfertigung eröffneten Zukunft aus. Sie betont aber den Zusammenhang der Rechtfertigung mit anderen biblischen Aussagen: Jesus sagte in seiner Verkündigung Gottes Herrschaft als die Gegenwart seiner bedingungslosen Güte für alle Menschen an. Unmittelbar nebeneinander stehen für Jesus Gottes Nähe im Kommen seiner Herrschaft – und Gottes Nähe in der väterlichen Fürsorge für seine Welt. Darum ergeht Jesu drängender Ruf zur Liebe, die sich auf die bevorstehende Zukunft der Gottesherrschaft ausrichtet, die selbst Liebe ist.

Im Tod und in der Auferweckung Jesu ist das Eschaton Geschichte geworden und bestimmt nun in der Verkündigung des Evangeliums die Gegenwart und durch sie den Weg in die Zukunft. Im Christusgeschehen ist der Sieg Gottes über Sünde, Leid und Tod vorweggenommen. Gegenwart und Zukunft sind bestimmt vom Jetzt der Heilszeit.

Wer das Evangelium hört, läßt sich durch die Vorstellungen vom zukünftigen Weltende und von der Neuschöpfung einstellen auf das Ende von Lieblosigkeit und Egoismus in seinem gegenwärtigen Leben und auf den hoffnungsvollen Beginn neuer Zukunft, die Gott im Christusgeschehen allein erschließt, in die er aber die Sünder inmitten aller Anfechtung befreiend mitnimmt.

4.3.3. Ein Vergleich dieser beiden Antworten zeigt Differenzen: Die erste Antwort betont stärker das „Noch nicht“, die zweite stärker das „Schon“ des Heils. Die erste Antwort sieht durch Gottes Kommen die Weltzeit begrenzt; die zweite Antwort sieht die Zeit neu qualifiziert und gefüllt.

Diese Differenzen sind als Spannungen in der christlichen Hoffnung schon im Neuen Testament ansatzweise erkennbar. Sie fordern zu Prüfung und Vergleich heraus.

Unter Beachtung dieser Differenzen läßt sich eine gemeinsame Antwortrichtung gewinnen auch gegenüber dem Einwand, die apokalyptischen Vorstellungen vom Verfall dieser Welt und von der zukünftigen Jenseitigkeit des Heils ließen keine Erwartungen für eine heilvolle Zukunft dieser Welt gelten: Gottes rechtfertigendes Tun bringt in das Erwartungsfeld Zukunft eine radikale und universale Hoffnung ein, die weit hinausgreift über alles, was Menschen im Blick auf Zukunft verwirklichen, entscheiden und erwarten können. Radikal ist diese Hoffnung, weil sie alles menschliche Tun in Frage stellt. Universal ist sie, weil sie keinen Menschen davon ausschließt, durch Gott erneuert, entlastet und zur Liebe befreit zu werden.

4.4. Diese Hoffnung motiviert das Verhalten der Christen, wenn sie sich für die Mitgestaltung der Zukunft einsetzen.

In allen Anstrengungen und Belastungen, die sie dabei mit anderen teilen, können sie gelassen und nüchtern bleiben, weil sie Gottes Zukunft nicht erzwingen müssen.

Sie haben ihre Kraft aus der Hoffnung, daß ihr Tun nicht vergeblich ist; denn Gottes Tag kommt bestimmt.

So sind sie Mitarbeiter Gottes beim Einbringen seines Heils in die Welt. Sie sind gewiß, daß Gott kommt, „der da lebendig macht die Toten und ruft dem, was nicht ist, daß es sei“.

4.5. So feiern die Christen Gottes Zukunft in ihren Gottesdiensten. Das Abendmahl ist das Fest ihrer Hoffnung. Christus schenkt sich ihnen und entlastet und erneuert ihr Leben. Die Gäste des Mahls werden miteinander verbunden in der Gemeinschaft der Zuversichtlichen. Sie gehen ihren Weg in Wagemut und Hoffnung, gestärkt von Gott, der ihnen wie allen Menschen entgegenkommt, bis er alles in allen ist.

Die „Konkordie reformatorischer Kirchen in Europa“ wurde am 16. März 1973 endgültig abgeschlossen. Zu diesem Text nahm die Lehrgesprächskommission in der DDR mit folgender Erklärung Stellung:

PRÜFUNG DES TEXTES DER LEUENBERGER KONKORDIE 1973

im Vergleich mit der gemeinsamen Stellungnahme der Evangelischen Kirchen in der DDR zum Konkordienentwurf 1971

Die acht Gliedkirchen des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR haben durch ihre im Januar 1973 unterzeichnete Gemeinsame Stellungnahme und durch die Entsendung von fünf Delegierten dazu beigetragen, daß der Konkordienentwurf von 1971 auf der zweiten Versammlung auf dem Leuenberg im März 1973 überarbeitet wurde und nunmehr ein endgültiger Text den beteiligten reformatorischen Kirchen in Europa unterbreitet werden konnte.

Jetzt haben die Gliedkirchen zu entscheiden, ob sie der Konkordie zustimmen können. Dieser Entscheidung hat die Prüfung vorauszugehen, inwieweit im jetzigen Konkordientext die Anliegen der Gemeinsamen Stellungnahme berücksichtigt worden sind.

Die Kommission für das Lehrgespräch in der DDR hat im Auftrag des Rates der EKV und der Kirchenleitung der VELK in der DDR eine solche Prüfung vorgenommen. Diese erfolgte unter den Fragen:

1. Inwieweit sind die Hauptpunkte (Ziffer 8 bis 10) der Gemeinsamen Stellungnahme berücksichtigt?
2. Inwieweit die Nebenpunkte (Ziffer 11 bis 15)?
3. Wie sind die Textänderungen von theologischem Gewicht, die außerhalb der Themen der Gemeinsamen Stellungnahme liegen, zu beurteilen?

Die Prüfung hat ergeben, daß die Änderungswünsche der Gemeinsamen Stellungnahme weitgehend berücksichtigt worden sind.

1.1. Die Gemeinsame Stellungnahme wünscht in Ziffer 8 (vgl. 7) eine nähere Klärung des Verhältnisses von Konkordie, Kirchengemeinschaft und Bekenntnis und damit des Selbstverständnisses der Konkordie. Das geschieht in den §§ 29, 34 und 37 und kommt auch in den eingefügten Nebensätzen der §§ 1, 2 und 6 sowie in der verstärkten Beachtung der ökumenischen Bezüge (§§ 46, 47 und 49) zum Ausdruck. Der Fortschritt in den Aussagen erschließt sich durch eine Analyse der Änderungen an den genannten Stellen in ihrem wechselseitigen Bezug aufeinander.

Die Konkordie wird zwischen Kirchen verschiedenen Bekenntnisstandes abgeschlossen. Die beteiligten Kirchen sind der Ansicht, daß sie eine Übereinstimmung im Verständnis des Evangeliums erreicht haben, „soweit es für die Begründung ihrer Kirchengemeinschaft erforderlich ist“ (§ 6). Dieser Sachlage entspricht es, wenn die verpflichtende Geltung der Bekenntnisse in den beteiligten Kirchen bestehen bleibt, die Kirchen sich bei der gemeinsamen Ausrichtung von Zeugnis und Dienst von der gewonnenen Übereinstimmung leiten lassen und sie sich zu kontinuierlichen Lehrgesprächen untereinander verpflichten.

Wenn auch nicht alles in die Konkordie eingearbeitet worden ist, was in Ziffer 8 der Gemeinsamen Stellungnahme anklingt, wurde doch Wesentliches berücksichtigt.

1.2. In Ziffer 9, Absatz 3 der Gemeinsamen Stellungnahme wurde zur Behandlung der Fragen von „Gesetz und Evangelium“ (vgl. Ziff. 7) konkret vorgeschlagen, den Konkordienentwurf auf der Grundlage der Schauenburger Thesen über das Gesetz zu überarbeiten. Die neue Fassung von § 11 zeigt, daß das unter Aufnahme der Stichworte „Gottes fordernder und gebender Wille“ geschehen ist. Darüber hinaus findet in der Beschreibung des gemeinsamen Verständnisses des Evangeliums nunmehr das Zeugnis von der Sündenverfallenheit des Menschen (§ 14), von der Anklage des Gesetzes (§ 10) und von Jesus Christus als dem kommenden Richter und Retter der Welt (§ 9) verstärkten Ausdruck. In diesen Zusammenhang gehört auch der differenzierende Einschub „Als Dienst der Liebe ...“ in § 36.

Auf das Verhältnis der Zwei-Reiche-Lehre und der Lehre von der Königsherrschaft Jesu Christi ist zwar auch die Endfassung nicht mehr eingegangen. Doch gehört diese Frage nach § 39 der Endfassung wie bisher zur Thematik der theologischen Weiterarbeit, zu der sich die Kirchen verpflichten (§ 37). Die Umformulierung des Einleitungssatzes sowie der neue

Schlußsatz von § 39 lassen ebenfalls erkennen, daß die Darlegungen in Ziffer 9 Abs. 1 und 2 der Gemeinsamen Stellungnahme berücksichtigt wurden.

1.3. Der in Ziffer 10 der Gemeinsamen Stellungnahme vorgeschlagene Text zur Taufe ist in den Konkordientext 1973 in dem Sinne aufgenommen worden, daß jetzt in § 14 eindeutig von der Taufe mit Wasser im Namen des dreieinigen Gottes und von deren Unwiederholbarkeit gesprochen wird.

Damit ist dem Anliegen der Gemeinsamen Stellungnahme nicht nur entsprochen worden, sondern insgesamt eine deutlichere Aussage zur Taufe zustande gekommen.

2. Die in den Ziffern 11–15 der Gemeinsamen Stellungnahme zur Diskussion gestellten Sachfragen wurden in der Endfassung der Konkordie wie folgt berücksichtigt:

2.1. Ziffer 12 in § 5.

Die Kürzung geht zwar nicht soweit wie vorgeschlagen, doch ist eine Straffung erzielt worden. Positiv ist auch zu bewerten, daß der ökumenische Horizont und die brüderliche Gemeinschaft in Zeiten des Leidens angesprochen werden; ebenso die Weise, wie jetzt von der Schriftforschung gesprochen wird. Nicht recht befriedigend ist der Satz, in dem auf die Erweckungsbewegungen eingegangen wird.

2.2. Ziffer 13 in § 10 (Lobpreis Gottes).

Das Anliegen ist voll erfüllt.

2.3. Dasselbe gilt für Ziffer 14 in § 11 (Leidensbereitschaft).

2.4. Die Intention der Ziffer 15 wurde in § 22 berücksichtigt (Christologie).

3. Sonstige Änderungen

3.1. Positiv zu bewerten sind:

3.1.1. Der Hinweis auf Schuld und Leid in § 1.

Die Aufnahme eines „Schuldbekenntnisses“ wurde schon in der ersten Vorversammlung diskutiert. Auch einige Synoden unserer Kirchen haben sie für notwendig gehalten.

3.1.2. Die Erwähnung der Verheißung an das Volk des Alten Bundes in § 7.

Dadurch wird der Bundesgedanke in den Text eingebracht und die Beziehung zum Alten Testament hergestellt.

3.1.3. Die Umformulierungen in § 9 „der Menschgewordene, *in* dem Gott sich mit dem Menschen verbunden hat“ und „der Kommende, der als Richter und Retter die Welt zur Vollendung führt“.

Durch das „in“ wird die christologische Grundaussage verdichtet. Die eschatologische Aussage wird um Bezüge zum Verhältnis von Gesetz und Evangelium und um den Gedanken an das Endgericht erweitert. Die prozessuale Gesichtssicht ist erhalten geblieben, jedoch ihr eschatologischer Bezug betont worden.

3.1.4. Die Umformulierung des dritten Satzes in § 13 „*In* Verkündigung, Taufe und Abendmahl ist Jesus Christus *durch* den Heiligen Geist gegenwärtig“.

Es handelt sich hier und in § 21 um eine Aussage über die Gegenwärtigsetzung des Christusereignisses im Verheißungswort, Taufe und Abendmahl. Sie wird nach ökumenischer Überzeugung vom Heiligen Geist gewirkt. Die Sendung des Geistes durch den Vater und den Sohn wird von der Konkordie nicht bestritten, vielmehr in § 21 durch die Formulierung „der Heilige Geist und damit Gott selbst“ ausgesagt.

3.1.5. Die Umformulierung des letzten Satzes in § 18 „der Glaube empfängt das Mahl zum Heil, der Unglaube zum Gericht“. Die frühere Aussage war unglücklich, weil sie – im Satzzusammenhang gelesen – besagte, daß der Herr „sich selbst vorbehaltlos“ auch zum Gericht gäbe. Außerdem erschien der Ausdruck „den Anderen“ zu mißverständlich. Der jetzige Text behebt diese Schwierigkeiten, ohne die Grundaussage zu verändern.

3.1.6. Die Neuformulierungen in den §§ 20, 23, 26, 27, 32 und 34, welche die zusammenfassenden Aussagen der „Übereinstimmung angesichts der Lehrverurteilungen der Reformationszeit“ betreffen.

Es wird zum Ausdruck gebracht, daß die Verwerfungen, die die Bekenntnisschriften enthalten, heute keinen Adressaten mehr unter den beteiligten Kirchen haben. Die Verwerfungen werden weder aus dem Text der Bekenntnisschriften gestrichen noch als unsachgemäß bezeichnet. Es wird festgestellt, daß sie den gegenwärtigen Stand der Lehre der beteiligten Kirchen nicht betreffen. Die Gültigkeit der Bekenntnisschriften wird deshalb nicht in Frage gestellt.

3.1.7. Die Ersetzung des Wortes „Herstellung“ durch „Erklärung“ in der Überschrift IV. Der Begriff „Erklärung“ entspricht dem Sachverhalt besser. Außerdem ließ der Begriff „Herstellung“ sich vom Begriff „Verwirklichung“ nicht deutlich genug unterscheiden.

3.1.8. Die Einbeziehung von Teil III in § 31.

Es war unbedingt notwendig, in die Erklärung der Übereinstimmung im Verständnis des Evangeliums auch die Übereinstimmung angesichts der Lehrverurteilungen der Reformationszeit einzubeziehen.

3.1.9. Die Betonung ökumenischer Offenheit der Lehrgespräche im letzten Satz des § 49.

Gegenüber dem mehrfach geäußerten Vorwurf einer protestantischen Blockbildung durch die Konkordie bietet der neue letzte Satz konkret die Beteiligung auch nicht-reformatorischer Kirchen an der theologischen Weiterarbeit an.

3.2. Im Unterschied zu diesen positiv zu bewertenden Änderungen kann die Formulierung des letzten Satzes in § 13 „Er wirkt dabei in vielfältigen Ämtern und Diensten ...“ nicht recht befriedigen. Dieser Satz signalisiert lediglich das Problem. Allerdings wird in § 39 eine Aufarbeitung ausdrücklich gefordert. Es ist zu wünschen, daß diese Aufarbeitung zur Vertiefung der Konkordie in den nachfolgenden Lehrgesprächen vordringlich in Angriff genommen wird. Die Probleme des Amtsverständnisses werden im ökumenischen Raum gegenwärtig neu diskutiert. Diese Diskussion muß in den Lehrgesprächen berücksichtigt werden.

Die Kommission für das Lehrgespräch empfiehlt auf Grund dieser Prüfung die Zustimmung zur Konkordie (vgl. Ziffer 6 c des Anschreibens der Leuenberger Vorversammlung vom 16. 3. 1973).

Die Probleme, vor denen der nach dem Abschluß der Werkstattberichte neugebildete Gemeinsame Ausschuß Kirchengemeinschaft steht, werden in dem Tätigkeitsbericht der Kirchenleitung der VELK in der DDR für die Berichtszeit angesprochen:

GENERALSYNODE DER VELK IN DER DDR

26. BIS 30. JUNI 1974 IN GÜSTROW

Tätigkeitsbericht der Kirchenleitung,

vorgetragen vom Leitenden Bischof D. Ingo Braecklein,

Berichtszeit Oktober 1972 bis Mai 1974

(Auszug)

Die Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche in der Deutschen Demokratischen Republik weiß sich seit der ersten Tagung ihrer Generalsynode in Eisenach 1969 mitverantwortlich für ein engeres Zusammenwachsen der zum Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR gehörenden Landeskirchen. „Die Generalsynode strebt“, so hieß es in der Entschließung vom 6. Juli 1969, „eine Kirchengemeinschaft aller evangelischen Kirchen in der DDR an“, „die über den bisher unter den Kirchen in der DDR erreichten Grad der Gemeinschaft hinausgeht“. Sie hat dabei eindeutig ausgesprochen, daß sie „in den vorhandenen kirchlichen Zusammenschlüssen kein Modell (sieht), das dieser Intention gerecht werden könnte“, und „daß Kirchengemeinschaft nur bei Übereinstimmung in den Grundlagen der Verkündigung möglich ist“. Es hat sich im Laufe der Jahre gezeigt, wie wichtig diese Feststellungen waren, und daß der besondere Auftrag der lutherischen Kirche nach wie vor darin liegt, mit Beharrlichkeit auf gemeinsamer theologischer Arbeit zu bestehen als Voraussetzung für ein Näherkommen auch im organisatorischen und institutionellen Sinn. Die Meinung, die erstrebte Gemeinschaft mit einem unreflektierten Pragmatismus ohne Klärung der Lehrfragen erreichen zu wollen, ist nach wie vor spürbar, so daß sich die Vereinigte Kirche an einer positiven Gesamtentwicklung schuldig machen würde, wenn sie jetzt schon an Selbstauflösung denken wollte. Die VELK DDR hat gegenüber allen Versuchen, zu gemeinsamen Ordnungen zu kommen, ohne vorher strittige Lehrfragen zu lösen, mit allem Nachdruck zu betonen, daß die schon vorhandene Gemeinschaft so nicht intensiviert werden kann. Des-

halb enthielt der Bericht der Kirchenleitung vor der Generalsynode 1970 in Schwerin die Feststellung, daß das Spezifische der lutherischen Kirche darin liege, „Kirche von den erkannten biblischen Grundsätzen her, also von der Theologie her – und nur von da – zu gestalten und nicht außerkirchliche Faktoren zu bestimmenden Gestaltungsprinzipien werden zu lassen“. Dabei weiß die Vereinigte Kirche, welches faktische Gewicht außerdogmatische Faktoren haben, und hat vom Weltluthertum gelernt, daß die gemeinsame Geschichte, das gemeinsame Schicksal, die gemeinsame Situation, die besondere Umwelt auf das Zusammenfinden der Kirchen wesentlich einwirken, und „gelebte Gemeinschaft“ einen wichtigen Faktor neben dem theologischen Konsensus darstellt. Jedoch zeigen bestimmte Erfahrungen, daß Ordnungsbemühungen, die ohne genügende theologische Klärung des Gegenstandes, den man einheitlich regeln will, nicht zum Ziele führen. Deshalb ist das Streben nach größtmöglichem theologischem Konsensus das Hauptanliegen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche in der DDR. Sie wird darin auch durch die Leuenberger Konkordie bestärkt, die „zu kontinuierlichen Lehrgesprächen“ verpflichtet. Mit dem Insistieren auf theologische Klarheit geht es der VELK aber immer um das Ziel größerer und engerer Gemeinschaft mit den anderen Gliedkirchen des Bundes.

In dieser Richtung denkend und handelnd hat die Vereinigte Kirche seit 1969 eine Anzahl von Arbeitsausschüssen aufgelöst, um Sachgebiete, die im Bund gemeinsam für alle acht evangelischen Kirchen behandelt werden können, nicht um eines falschen Nachweises der Existenzberechtigung willen auch noch oder weiter zu bearbeiten. Ob dies immer richtig war, ist noch nicht gültig zu beurteilen. Jedenfalls drückt sich darin die Bereitschaft der Vereinigten Kirche aus, nicht auf Selbstbehauptung zu bestehen, sondern auf das Aufgehen in die größere Gemeinschaft der acht Gliedkirchen des Bundes hinzuwirken. Auf der anderen Seite ist bei der Kleinheit des Lutherischen Kirchenamtes das Abtrennen von Dienststellenfunktionen zu gemeinsamer Wahrnehmung zum gegenwärtigen Zeitpunkt schwieriger, als dies für die beiden anderen wesentlich größeren Kirchenbehörden in Berlin-Auguststraße der Fall ist. Dort arbeiten zwei Referenten des Lutherischen Kirchenamtes schon seit vielen Jahren zugleich als Referenten im Bund und dort wird bereits zwischen dem Sekretariat des Bundes, der Kirchenkanzlei der EKU und dem Lutherischen Kirchenamt einiges gemeinsam durchgeführt bzw. soll in diesem Jahr in Angriff genommen werden, was praktisch schon möglich ist (Zusammenlegung der Bibliotheken, Hausverwaltung, Poststelle, Rechnungsprüfungsamt, Vervielfältigungstechnik).

Die oben erwähnte Leuenberger Konkordie ist von allen Gliedkirchen der VELK DDR angenommen worden. Dies war vom Selbstverständnis der Konkordie her möglich. Denn sie „läßt die verpflichtende Geltung der Bekenntnisse in den beteiligten Kirchen bestehen. Sie versteht sich nicht als ein neues Bekenntnis“ (Ziffer 37). Sie ist Konkordie, eine Feststellung des Umfanges vorhandener Übereinstimmung, keine *summa doctrinae*, sondern eine Zusammenstellung des auf Grund der lutherischen und reformierten Bekenntnisse heute gemeinsam Aussagbaren im Verständnis der Heiligen Schrift. Dies heute gemeinsam Aussagbare hat aber ein solches Gewicht, daß gegenseitige Kanzel- und Abendmahlsgemeinschaft erklärt werden kann.

Ein Problem von nicht geringer Tragweite ist dadurch entstanden, daß die EKU – Bereich DDR – ihrerseits die Leuenberger Konkordie unterschreiben möchte, weil sich mit der Unterschrift durch die Gliedkirchen der EKU – Bereich DDR – Folgerungen ergeben, die die EKU als Kirche bejaht. Es gilt natürlich auch für die VELK DDR, daß sich mit der Unterschrift durch ihre Gliedkirchen Folgerungen ergaben, die die VELK bejaht. Und dennoch ist die VELK DDR gegen eine Unterschrift von EKU und VELK. Denn erstens: Die ökumenische Prozedur sieht dies nicht vor. Zur Stellungnahme und Unterschrift sind von Genf aus nie die kirchlichen Zusammenschlüsse oder größere Kirchenkörper aufgefordert worden, sondern nur die Gliedkirchen. Es ist nicht einzusehen, warum VELK und EKU mit selbständiger Unterschrift sich dazwischenschieben sollen, wo sie dazu nicht aufgefordert wurden. Zweitens: Die Prozedur in der DDR ist seit 1971 so verlaufen, daß die entscheidenden Verhandlungen und Stellungnahmen zum Vorentwurf (1972) und zum endgültigen Entwurf (1973), einschließlich der empfohlenen Stellungnahme an die Gliedkirchen, von den acht Bischöfen in der DDR mit der Lehrgesprächs-

kommission vorgenommen wurden, also auf *Bundesebene* erfolgt sind. Eine zusätzliche Unterzeichnung durch VELK DDR und EKU – Bereich DDR – könnte zu leicht als Wille zur eigenen ökumenischen Aufwertung und damit zur Verfestigung der Zusammenschlüsse von VELK und EKU angesehen werden, die den Prozeß der Kirchwerdung des Bundes erschwert an einer Stelle, an der es nicht nötig ist. Drittens: Wenn die EKU durch zusätzliche Unterschrift ihre Qualität als Kirche zum Ausdruck bringen will, ist nicht einzusehen, warum das nicht schon während des ganzen Behandlungsprozesses von 1971 ab der Fall gewesen ist. Sie hätte dann nicht ihre Gliedkirchen selbständig handeln lassen dürfen. Nachdem aber die Annahme durch diese Gliedkirchen selbst erfolgt ist, ist es wenig einsichtig, heute zusätzlich die Unterschrift der EKU unter die Konkordie zu fordern. Viertens: Wenn die EKU aber meinen sollte, die Leuenberger Konkordie, als theologische Basis zu brauchen, etwa auch um der hauptamtlichen Theologen in ihrer Kirchenkanzlei willen, muß der Eindruck entstehen, die Konkordie solle mit einem solchen besonderen Beitritt durch die EKU zu einem neuen Bekenntnis umfunktioniert werden, was aber ihrem Selbstverständnis widerspricht und deren Annahme in vielen Kirchen nicht möglich gemacht hätte.

Wegen dieser Frage ist es erstmals zu zwei gemeinsamen Sitzungen des Rates der EKU – Bereich DDR – und der Kirchenleitung der Vereinigten Kirche in der DDR gekommen, ohne daß man sich hat einigen können. Der Beschluß der Synode der EKU vom 12. Mai 1974 zu dieser Frage enthält den Satz: „Sie (Synode) wäre mit Rücksicht auf die Bedenken der Brüder in der VELK in der DDR bereit, auf einen formellen Beitritt zu verzichten, bittet aber diese Brüder, ihre Bedenken zu überprüfen.“

4. Aus der theologischen Arbeit

Die Arbeit der Kommission für das Lehrgespräch ist nicht das einzige Beispiel für die Intensität, mit der in den evangelischen Kirchen in der DDR theologisch gearbeitet wird. Auch auf die gewichtigen Beiträge, die von Bischöfen und Kirchenleitungen in der DDR zu theologischen Fragen laufend gegeben werden, darf einmal ausdrücklich verwiesen werden. Darüber hinaus wird in einer Anzahl von Kommissionen, Ausschüssen und Facharbeitskreisen wichtige theologische Arbeit an langfristigen und aktuellen kirchlichen Aufgaben geleistet. Um die vorhandenen Studienkapazitäten der Kirchen besser zu nutzen, hat die Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR die Errichtung einer Theologischen Studienabteilung beschlossen. Darin kommt zum Ausdruck, daß die Gliedkirchen des Bundes die Durchführung von theologischer Studienarbeit als ihre Gemeinschaftsaufgabe betrachten. Der genannte Beschluß hat folgenden Wortlaut:

BESCHLUSS

*der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR
über die Errichtung einer Theologischen Studienabteilung vom 10. November 1973*

Die Konferenz hat beschlossen:

1. Bildung einer Theologischen Studienabteilung

1.1. Die Evangelischen Kirchen in der DDR bedürfen auf dem Wege und zur Verwirklichung der angestrebten Kirchengemeinschaft als einer Zeugnis- und Dienstgemeinschaft sachlich fundierter Orientierungshilfen, die durch theologische Studienarbeit bereitgestellt werden müssen. Zur Durchführung dieser Aufgabe werden die bestehenden Einzelinrichtungen zur besseren Ausnutzung der vorhandenen Kapazitäten im Interesse ei-

ner Konzentration auf notwendige Studienziele und zur Ermöglichung von Einsparungsmaßnahmen auf finanziellem und personellem Gebiet zusammengefaßt.

1.2. Die Gliedkirchen des Bundes betrachten die Durchführung von theologischer Studienarbeit als ihre Gemeinschaftsaufgabe, die sie in einer gemeinsam verantworteten und finanzierten Theologischen Studienabteilung verwirklichen. Der Evangelischen Kirche der Union, der VELK sowie IMHW wird eine Mitarbeit angeboten, deren Einzelheiten in Vereinbarungen zu regeln sind.

1.3. Diese Theologische Studienabteilung wird nach Maßgabe dieser Vereinbarung für die Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik beim Bund eingerichtet.

2. Aufgaben der Theologischen Studienabteilung

2.1. Allgemeine Aufgabenstellung der Theologischen Studienabteilung sind projektgebundene Forschungsarbeit im Auftrage der Kirchen, Schaffung eines geistigen Vorlaufs durch selbständige Studienarbeit und Durchführung von Sofortaufgaben (Gutachten u. ä.). Bei der Durchführung ihrer Aufgabe soll die Theologische Studienabteilung soweit wie möglich mit anderen theologischen Forschungskapazitäten in der DDR zusammenarbeiten.

2.2. Die Theologische Studienabteilung umfaßt vorrangig folgende Aufgabenfelder zur Eigenbearbeitung:

Grundfragen von Zeugnis und Gestalt der Gemeinde

Gesellschaftliche Diakonie

Entwicklungen in der Ökumene

3. Studienausschuß

3.1. Die Fachaufsicht der Theologischen Studienabteilung wird einem Studienausschuß übertragen.

3.2. Als besonderes Mandat nach § 1 (4) der Richtlinie über die Arbeitsweise von Kommissionen vom 22. 11. 1969 (MBL. 71.22) nimmt der Studienausschuß folgende Aufgaben wahr:

Beschlußfassung über den Arbeitsplan der Theologischen Studienabteilung

Verantwortung für die Umsetzung der Studienergebnisse

Vorschlag des Haushalts- und Stellenplans der Theologischen Studienabteilung

Vorschläge über die Anstellung von Studienreferenten

Der Studienausschuß legt der Konferenz jährlich einen Arbeitsbericht vor. Die Beschlußfassung über den Haushalts- und den Stellenplan behält sich die Konferenz vor.

3.3. Der Studienausschuß besteht aus:

je einem Vertreter der Gliedkirchen, der gesamtkirchlichen Zusammenschlüsse und von IMHW

vier weiteren Fachleuten, die von der Konferenz berufen werden

und dem Sekretär der Theologischen Studienabteilung.

Die Studienreferenten nehmen als Berater an den Sitzungen des Studienausschusses teil.

3.4. Zur Wahrnehmung der laufenden Aufgaben bildet der Studienausschuß aus seiner Mitte einen Geschäftsführenden Ausschuß, dem außer seinem Vorsitzenden, seinem Vertreter und dem Leiter der Theologischen Studienabteilung noch zwei weitere Mitglieder des Studienausschusses angehören.

4. Arbeitsweise der Theologischen Studienabteilung

4.1. Die Theologische Studienabteilung wird organisatorisch dem Sekretariat des Bundes als Abteilung zugeordnet. Soweit in diesem Beschluß nichts anderes bestimmt ist, richten sich Arbeitsweise und Dienstaufsicht der Theologischen Studienabteilung nach den für das Sekretariat geltenden Bestimmungen.

4.2. Die Theologische Studienabteilung wird von einem Studiensekretär geleitet, der nach

Art. 17 BO auf Vorschlag des Studienausschusses von der Konferenz im Benehmen mit den Gliedkirchen und den gesamtkirchlichen Zusammenschlüssen berufen wird. Die Studienreferenten und übrigen Mitarbeiter der Theologischen Studienabteilung werden vom Vorstand auf Vorschlag des Studienausschusses berufen.

5. Finanzierung der Theologischen Studienabteilung

Die Finanzierung der Theologischen Studienabteilung erfolgt durch Beiträge der Gliedkirchen und der gesamtkirchlichen Zusammenschlüsse und IMHW auf der Grundlage des Haushaltsplanes (Ziffer 3.2. dieses Beschlusses). Der Haushaltsplan der Theologischen Studienabteilung ist Nebenplan des Bundeshaushalts.

6. Durchführung, Inkrafttreten

6.1. Die zur Durchführung dieses Beschlusses erforderlichen Maßnahmen sind vom Sekretariat zu veranlassen.

6.2. Zur Einrichtung der Theologischen Studienabteilung sind folgende Vereinbarungen zu schließen:

6.2.1. Bund und Ev. Kirche in Berlin-Brandenburg zur Einbeziehung des Johann-Gerhard-Instituts in die Theologische Studienabteilung.

6.2.2. Vorstand des Bundes und Kuratorium des Konfessionskundlichen Arbeits- und Forschungswerkes zur Einbeziehung der Konfessionskundlichen Forschungsstelle in die Theologische Studienabteilung.

6.2.3. Bund und Ev. Landeskirche Anhalts, Ev. Kirche in Berlin-Brandenburg, Ev. Landeskirche Greifswald, Ev. Kirche des Görlitzer Kirchengebietes, Ev. Kirche der Kirchenprovinz Sachsen und Ev. Brüder-Unität unter Beteiligung der Evangelischen Kirche der Union zur Zusammenarbeit des Ökumenischen Instituts mit der Theologischen Studienabteilung.

6.3. Über die Arbeitsgemeinschaft für Soziologie und Theologie wird eine Vereinbarung zu einem späteren Zeitpunkt angestrebt.

6.4. Die Theologische Studienabteilung soll am 1. Januar 1974 ihre Tätigkeit aufnehmen.

6.5. Dieser Beschluß tritt am 1. 12. 1973 in Kraft.

Berlin, den 10. November 1973

Der Vorsitzende
der Konferenz der Kirchenleitungen
D. Dr. Schönherr

Mit besonderer Aufmerksamkeit haben die Kirchen in der DDR seit Jahren die Konfirmationsfrage bearbeitet. Eine von dem Facharbeitskreis Konfirmation erarbeitete Positionsbeschreibung mit dem Titel „Das konfirmierende Handeln der Gemeinde“ ist im Kirchl. Jahrbuch 1972, S. 398ff., abgedruckt. Diese Ausarbeitung, die zu einer Rahmenordnung für die Gliedkirchen des Bundes führen soll, befindet sich auf Grund von weiteren Stellungnahmen in Überarbeitung. Ein zweites Arbeitsergebnis hat der Facharbeitskreis am 1. Februar 1973 über „Das konfirmierende Handeln der christlichen Gemeinde angesichts der Jugendweihe“ vorgelegt. Der Text ist nachstehend zusammen mit einer Stellungnahme des Ausschusses für Theologie abgedruckt. Dieses Arbeitsergebnis ist von der Konferenz der Kirchenleitungen den Mitgliedskirchen des Kirchenbundes ebenfalls zur Stellungnahme zugeleitet worden.

STELLUNGNAHME

*des Ausschusses für Theologie zum Arbeitsergebnis
des Facharbeitskreises Konfirmation über
„Das konfirmierende Handeln der christlichen Gemeinde angesichts der Jugendweihe“
Vom 1. Februar 1973*

Der Ausschuß für Theologie sieht in der Vorlage „Das konfirmierende Handeln der christlichen Gemeinde angesichts der Jugendweihe“ einen beachtlichen Neuansatz zur Frage von Konfirmation und Jugendweihe. Das kommt methodisch darin zum Ausdruck, daß bei der gegenwärtigen Situation eingesetzt wurde, die in die theologischen Überlegungen deutlich herausgearbeitet wird. Diese wiederum führen zum Aufweis praktischer Konsequenzen. Hervorzuheben ist, daß Konfirmation und Jugendweihe nicht mehr als punktuelle Ereignisse, sondern als Momente zweier sich gegenüberstehender Prozesse gesehen werden. Damit ist einerseits der Ansatz in der Positionsbeschreibung beibehalten und präzisiert worden. Andererseits ist die Einbeziehung der Jugendweihe in den sozialistischen Erziehungsprozeß berücksichtigt.

Diese Methodik scheint uns von einem legitimen theologischen Ansatz aus entwickelt zu sein. Inhaltlich kommt dieser Ansatz dadurch zum Tragen, daß der Evangeliumsbezug deutlich herausgearbeitet wird. Die in Frage stehenden Verhaltensweisen und Entscheidungen werden primär nicht gesetzlichen Normen oder kirchlichen Ordnungen unterworfen, sondern es wird darüber nachgedacht, was die Botschaft von der freien Gnade Gottes für die jungen Menschen in ihren Verhaltensweisen und Entscheidungen bedeutet.

Durch die Konzentration auf das Evangelium wird auch vermieden, die Konfirmation selbst zum entscheidenden Kriterium des Christseins zu machen. Christsein ist in dieser Vorlage vielmehr entscheidender durch das Angebot und die Ermutigung des Evangeliums bestimmt, in der Freiheit des von Gott geschaffenen Menschen zu leben. Allerdings könnte dies wohl noch stärker herausgestellt werden. Dabei ist jedoch dem Mißverständnis zu wehren, daß die Teilnahme an der Jugendweihe als eine vom Evangelium her gerechtfertigte Entscheidung angesehen werden könnte. Es soll vielmehr zur Geltung gebracht werden, daß das Evangelium die Chance des Neuanfangs gibt, ohne menschliches Versagen und Versäumen zu billigen. Diese Eigenart des Evangeliums hat ihre Bedeutung für eine sowohl vom Frieden als auch von der Gleichgültigkeit bestimmte Teilnahme an der Jugendweihe. Sie wiederholt sich im Hinblick auf das Abendmahl als Bestandteil des konfirmierenden Handelns.

Was die seelsorgerlichen Einzelentscheidungen betrifft, die sich aus dem Ganzen des konfirmierenden Handelns ergeben, so ist der Ausschuß mit der Vorlage der Meinung, daß auch hier jedes oberflächliche Pluralitätsdenken zu vermeiden ist. Statt der Pluralität möglicher Verhaltensweisen sollte der legitime Charakter seelsorgerlicher Einzelentscheidungen einschließlich ihrer Grenzen erkennbar werden.

Die Vorlage trägt offensichtlich der Minderheitssituation der Kirche Rechnung. Sie macht zugleich erkennbar, daß an die seelsorgerliche und pädagogische Verantwortung der Gemeinde und des Pfarrers hohe Ansprüche gestellt werden.

Der Ausschuß empfiehlt der Konferenz, die Vorlage des Facharbeitskreises Konfirmation mit diesem Votum des Theologischen Ausschusses den Gliedkirchen mit der Bitte um Stellungnahme zuzuleiten und dabei die zuständigen Synodalausschüsse zu beteiligen.

FACHARBEITSKREIS KONFIRMATION

*Das konfirmierende Handeln
der christlichen Gemeinde angesichts der Jugendweihe*

1. Konflikte im Spannungsfeld Konfirmation – Jugendweihe
 - 1.1. Die gegenwärtige Konfliktsituation
 - 1.2. Die Entwicklung seit Einführung der Jugendweihe
 - 1.3. Der Widerspruch der Kirche
 - 1.4. Abwehrmöglichkeiten der Kirche

2. Die Haltung in den Gemeinden gegenüber der Jugendweihe
 - 2.1. Bejahung der kirchlichen Entscheidung
 - 2.2. Infragestellung der kirchlichen Entscheidung
 - 2.3. Beweggründe für diese Haltung
 - 2.4. Die Frage einer Überprüfung der bisherigen kirchlichen Entscheidungen
3. Theologische Überlegungen
 - 3.1. Das konfirmierende Handeln und der sozialistische Erziehungsprozeß
 - 3.1.1. Das Verhältnis der beiden Prozesse zueinander
 - 3.1.2. Aspekte der theologischen Beurteilung
 - 3.2. Die Jugendweihe im sozialistischen Erziehungsprozeß
 - 3.2.1. Divergenzen im theologischen Urteil
 - 3.2.2. Das Evangelium und die kirchlichen Bekenntnisentscheidungen
4. Die kirchliche Seelsorge angesichts der Jugendweihe im Zusammenhang des sozialistischen Erziehungsprozesses
 - 4.1. Die Entscheidungsfähigkeit der Jugendlichen
 - 4.2. Jugendweihe und Abendmahlspraxis
 - 4.3. Formen des Geleits der Jugendlichen

1. Konflikte im Spannungsfeld Konfirmation – Jugendweihe

1.1. Die gegenwärtige Konfliktsituation

Immer noch und zum Teil in verstärktem Maße werden Eltern und Gemeinden durch Konflikte im Spannungsfeld von Konfirmation und Jugendweihe beunruhigt. Auch wenn die freiwillige Teilnahme an der Jugendweihe von den zuständigen gesellschaftlichen Einrichtungen betont wird, werden Entscheidungen von Eltern und jungen Menschen *gegen* die Teilnahme in der Regel nicht respektiert. Diesen Jugendlichen wird weithin der Besuch weiterführender staatlicher Bildungseinrichtungen erschwert oder verwehrt. Solche Behinderung wird in einigen Bezirken – bisher noch in Einzelfällen – sogar schon gegenüber Kindern, die an der Christenlehre teilnehmen, und gegenüber Jugendlichen, die sich nach der Jugendweihe konfirmieren lassen, erkennbar, während in anderen Bezirken die kirchliche Unterweisung keine gesellschaftlichen Nachteile mit sich bringt.

1.2. Die Entwicklung seit Einführung der Jugendweihe

Als die Jugendweihe 1954 eingeführt wurde, war sie zunächst kein fest integrierter Bestandteil der schulischen Erziehung, sondern eine gesellschaftlich organisierte Weihehandlung. Sie nahm die Tradition der atheistischen Jugendweihe auf und geriet dadurch in Widerspruch zur Konfirmation und ihrer Ordnung.

Mit dem Aufbau eines sozialistischen Bildungssystems wurde die Jugendweihe jedoch zunehmend in den sozialistischen Erziehungsbereich eingegliedert. Das Ziel ist die Erziehung sozialistischer Persönlichkeiten, die ihren aktiven Beitrag zur Vervollendung der sozialistischen Gesellschaft im Sinne des Marxismus-Leninismus leisten. Die Erziehung der Kinder und Jugendlichen in Schule und Organisationen (JP, FDJ) erstrebt neben der Wissensvermittlung und Ausbildung die Erziehung zur sozialistischen Weltanschauung und die ihr entsprechenden Überzeugungen und Verhaltensweisen.

Diese sozialistische Bewußtseins- und Verhaltenserziehung bezieht in starkem Maße den emotionalen und willensmäßigen Bereich mit ein. Das wird u.a. an den diesen Erziehungsprozeß begleitenden verschiedenen Weihehandlungen und Verpflichtungsakten mit Gelöbnissen deutlich. Unter diesen (z.B. Aufnahme in die Kinder- und Jugendorganisationen, Eröffnung vormilitärischer Übungen) wird auf die Jugendweihe besonderes Gewicht gelegt, da sie – analog zur bisherigen Konfirmationspraxis – an der Schwelle des Jugendalters angesetzt ist.

1.3. Der Widerspruch der Kirche

Die genannten Komponenten der Jugendweihe (Verwurzelung in der freidenkerischen Tradition, feste Verbindung des gesellschaftlichen und des ideologischen Aspekts, Weihehand-

lung als bewußter Kontrast zur volkskirchlichen Konfirmation) forderten den Widerspruch der Kirche heraus. Er war unvermeidlich, auch wenn zeitweise der ideologische Aspekt gegenüber dem allgemein gesellschaftlichen zurücktrat. Dies war der Fall, nachdem die Jugendweihe sich allgemein durchgesetzt hatte und das Gelöbnis auf die neue DDR-Verfassung bezogen wurde.

Im Bewußtsein der Bevölkerung herrscht heute weithin ein undifferenziertes Verständnis vor: Jugendweihe ist der feierliche, aber ideologisch unverbindliche Abschied von der Kinderzeit, die Aufnahme der Jugendlichen als eigenständige Partner in die Gesellschaft. Sie wird darum mit großen gesellschaftlichen und familiären Feiern begangen. Sowohl den Veranstaltern der Jugendweihe wie den kritischen kirchlichen Beobachtern ist demgegenüber immer klar geblieben, daß die Intention dieser Feier weit darüber hinauszugehen hat, ja durch die Überbetonung familiärer Festlichkeit verfälscht wird.

1.4. Möglichkeiten der Kirche

Die Kirche stellte sich der Herausforderung im Wissen um das unaufgebbare Bekenntnis, das dem Atheismus gegenüber geboten ist. Sie entdeckte im Laufe der Auseinandersetzungen immer mehr, daß mit diesem Bekenntnis das Eintreten für die Würde und Freiheit des von Gott geschaffenen Menschen inmitten der ihn beanspruchenden gesellschaftlichen Kräfte verbunden ist.

Die Kirche sah sich jedoch in der Schwierigkeit, daß sie damit zugleich die seit langem umstrittene volkskirchliche Sitte der Konfirmation verteidigen mußte. Sie hatte zudem die Auseinandersetzung in einer Zeit aufzunehmen, in der die traditionelle volkskirchliche Bindung für die Mehrheit der Bevölkerung – vornehmlich in den Städten – keine klare Verpflichtung auf kirchliche Bekenntnisentscheidungen mehr einschloß. Die Zahl der Täuflinge und Konfirmanden ging fast überall stark zurück. Die Volkskirche befindet sich im Übergang zur Diasporakirche.

Auch diese Kirche hat das Nein zur Jugendweihe nicht zurückgenommen, weil die Konfliktsituation grundsätzlich nicht beseitigt worden ist. Die Frage aber, ob und wie dieses „Nein“ glaubwürdig und wirksam vertreten werden kann, ist in den Gemeinden zunehmend gewichtiger geworden.

2. Die Haltung in den Gemeinden gegenüber der Jugendweihe

2.1. Bejahung der kirchlichen Entscheidung

Es gibt einzelne Gemeinden in bestimmten Kirchengebieten, die den Gegensatz zwischen Konfirmation und Jugendweihe nach wie vor voll bejahen. Das Entweder-Oder wird von der Mehrheit der Gemeindeglieder bis heute durchgehalten.

In der überwiegenden Zahl der Gemeinden gibt es nur eine kleine Anzahl von Gemeindegliedern, die sich der Konfliktsituation stellen und – nach Beratung mit anderen – die Entscheidung über die Teilnahme an der Jugendweihe in der Freiheit des Glaubens treffen. Dies ist im allgemeinen eine Entscheidung gegen die Teilnahme. Es kann aber – um des jungen Menschen willen – auch eine Entscheidung für die Teilnahme an Konfirmation und Jugendweihe sein. In diesen Fällen werden mögliche Ordnungsmaßnahmen der Kirche durchaus anerkannt und ernstgenommen.

2.2. Infragestellung der kirchlichen Entscheidung

Viele Gemeindeglieder sind aber heute nicht mehr bereit – manche waren es nie –, der kirchlichen Argumentation im Blick auf die Jugendweihe vorbehaltlos zu folgen. Eine kritische Distanzierung ist in zunehmendem Maße selbst bei denen zu beobachten, die auch in der Diasporasituation den christlichen Glauben und die Zugehörigkeit zur Gemeinde ernst nehmen. Solche Verunsicherung ist durch die unterschiedliche Konfirmationspraxis der einzelnen Landeskirchen noch gefördert worden.

2.3. Beweggründe für diese Haltung

Zu erkennen ist im wesentlichen folgendes:

2.3.1. Die Konfliktsituation wird nicht gesehen. Das von der Kirche geforderte Entweder-Oder gilt als unangemessen, überspitzt oder undurchführbar. Man verhält sich passiv und hat kein Verständnis für die kirchlichen Ordnungen. Man fügt sich ihnen gegebenenfalls, ohne sie zu bejahen.

2.3.2. Oder die Konfliktsituation wird gesehen. Ihr wird jedoch ausgewichen, da die angeordnete oder auch nur vermutete Benachteiligung der nicht jugendgeweihte Jugendlichen in ihrer Berufsfindung und -ausbildung eine freie Entscheidung verhindert.

2.3.3 Folgende Argumente werden vorgebracht:

2.3.3.1 Die Jugendweihe fordert von ihren Teilnehmern nicht mehr, als im sozialistischen Erziehungsprozeß immer wieder gefordert wird.

2.3.3.2 Das Gelöbnis der Jugendweihe ist kein Bekenntnis zum Atheismus, sondern lediglich eine Verpflichtung zur Mitwirkung beim Aufbau des sozialistischen Staates.

2.3.3.3 Die Junge Gemeinde besteht in ihrer Mehrheit aus Teilnehmern der Jugendweihe. Diese Teilnahme zerstört also offenkundig die Bindung an die Gemeinde nicht. Andererseits lösen sich manche Jugendliche, die an der Jugendweihe nicht teilgenommen haben, später von der Gemeinde.

2.3.3.4 Angesichts der geringen Zahl ist schon die Teilnahme an der Unterweisung der Kirche als solche ein Bekenntnis zum christlichen Glauben.

2.4. Die Frage einer Überprüfung der bisherigen kirchlichen Entscheidungen

Das Gespräch mit den Gemeindegliedern, die den Sozialismus in seiner vielschichtigen Entwicklung erleben, erleiden und auch mitgestalten, zwingt die Kirche zu der Frage, ob sie die bisher gegebene Konfrontation überprüfen soll und kann. Sie reicht bis hin zu dem massiven Urteil, Teilnahme an der Jugendweihe sei Übertretung des 1. Gebotes und damit eigentlich Lösung von der christlichen Gemeinde. Andererseits steht dem jedoch eine sehr unterschiedliche, die Glaubwürdigkeit beeinträchtigende Praxis gegenüber.

Die grundsätzliche Unvereinbarkeit des christlichen Bekenntnisses mit der atheistischen Jugendweihe wird festzuhalten sein. Aber die Erkenntnis, daß die Konfirmation als Teil eines umfassenden konfirmierenden Handelns der Kirche zu verstehen ist, andererseits auch die Jugendweihe – wenn auch als betonter Bestandteil – in ein umfassendes sozialistisches Erziehungsprogramm eingebaut ist, dürfte nicht ohne Bedeutung sein. Sie könnte zum Abbau einer nur punktuellen Konfrontation führen und zu der Einsicht helfen, daß es sich im Grunde um eine mit der christlichen Existenz in einer ideologisch geleiteten Gesellschaft permanent gegebene Konfliktsituation handelt. Offen bleibt die Frage, ja sie wird nun gewichtiger, wie das Gegenüber und Nebeneinander des konfirmierenden Handelns der christlichen Gemeinde und des sozialistischen Erziehungsprozesses im ganzen beurteilt werden muß. Sie muß theologisch bedacht werden.

3. Theologische Überlegungen

3.1. Das konfirmierende Handeln und der sozialistische Erziehungsprozeß

3.1.1. Das Verhältnis der beiden Prozesse zueinander.

3.1.1.1 Engagiertes intentionales Erziehen geschieht von bestimmten Grundüberzeugungen und Zielvorstellungen her.

Für das sich ganzheitlich verstehende konfirmierende Handeln bewußt christlicher Eltern und Erzieher bedeutet das eine vom Kleinkind – bis zum Erwachsenenalter durchgehende Grundspannung. Sie ist personal gegenwärtig und wirksam, da Erziehung ja primär personal erfolgt. Die sie bestimmenden Prinzipien werden zugleich aber auch begrenzt, durch die unterschiedliche Fähigkeit und Bereitschaft von Erziehern und ihnen Anvertrauten, sich den intendierten Zielen zu öffnen. Der prozessuale Charakter der Erziehungsbemühungen ist daher zunächst nur von formaler Parallelität.

3.1.1.2 Ihrem Inhalt nach sind beide Prozesse schon vom Ursprung her verschieden. Der

sozialistischen Erziehung ist eine sich als wissenschaftliche Weltanschauung verstehende Ideologie vorgegeben. Sie ist von einem ausschließlichen Wahrheitsanspruch bestimmt und widerstreitet damit der Wahrheit und Wirklichkeit des Evangeliums.

Das Evangelium macht den Menschen frei, mit Christus und im Horizont der Proklamation des Reiches Gottes sein Menschsein zu verwirklichen. Von daher bekommen alle gesellschaftlichen und individuellen Entwicklungs- und Erziehungsprozesse ihren Sinn und ihre Grenze.

3.1.1.3 Die Spannung zwischen beiden Prozessen wird dadurch verschärft, daß die Schule in der DDR die Aufgabe hat, den Marxismus-Leninismus durchzusetzen. Das Prinzip der friedlichen Koexistenz zwischen verschiedenen Gesellschaftsordnungen ist offenbar mit einer Intensivierung der ideologischen Auseinandersetzung innerhalb des sozialistischen Gesellschaftssystems verbunden. Dem widerspricht nicht, daß religiöse Überzeugungen geduldet werden. Aber sie werden nicht im Sinne einer wirklichen Toleranz als gleichberechtigte, eigenständige Anschauungen anerkannt. Das berührt das Problem der Wahrheit und der Glaubens- und Gewissensfreiheit, die die Deklaration über die Menschenrechte gewährleisten soll.

Christen haben die Aufgabe, in der Freiheit, zu der Christus befreit, dazu zu helfen, daß Menschen heranwachsen, die der Gesellschaft dienen, ohne ihren Glauben zu verleugnen, ja die bereit sind, um seinetwillen gesellschaftliche und persönliche Nachteile und Leiden auf sich zu nehmen.

3.1.1.4 Die bestehende Spannung schließt nicht aus, daß zwischen beiden Erziehungsbemühungen ein beträchtliches Maß an Übereinstimmung und an echten Möglichkeiten der Kooperation gegeben ist. Die übereinstimmenden Intentionen (z.B. Erziehung zum Frieden, zur Gerechtigkeit, zu verantwortungsbewußter Arbeit) bedürfen in der Praxis freilich eines mühsamen und anhaltenden Lernprozesses. Die Frage, inwieweit Christen zu bewußten Staatsbürgern erzogen werden können, hängt dann von der anderen Frage ab, ob der Glaube als Lebenshaltung durchgehalten werden kann.

3.1.2. Aspekte der theologischen Beurteilung.

In dem dialektischen Verhältnis der beiden Erziehungsprozesse überlagern und durchdringen sich verschiedene Aspekte. Dies ist bei der theologischen Beurteilung zu berücksichtigen. Es geht dabei um:

3.1.2.1 Die Grundspannung zwischen christlichem und marxistischem Weltverständnis: es gibt parallele *und* gegensätzliche Intentionen. Wo liegt das Übergewicht?

3.1.2.2 Die Grundspannung zwischen Macht und Glaube: das sozialistische Erziehungs-handeln hat revolutionäre Lehre und Macht hinter sich, das kirchliche Erziehungs-handeln dagegen ist auf das Evangelium bezogen. Der Glaube hat sich in den unterschiedlichen Situationen, die jeweils neu erkannt werden müssen, im geschärften Gewissen, im Bekenntnis zur Wahrheit und im Mut zum Leiden zu bewähren.

Wie ist in der neuen Diasporasituation das Ausweichen vor dieser Spannung zu beurteilen?

3.1.2.3 Die anthropologische Grundspannung: die im Erziehungs-handeln wirkenden und von ihm betroffenen Menschen werden von Machtstrukturen und eigenen Intentionen bestimmt. Sie sind auch, ob sie wollen oder nicht, in das als Gericht und Gnade sich ereignende Handeln Gottes einbezogen. Welche Konsequenzen hat die Vergebung der Schuld angesichts der Bindung in Strukturen und der persönlichen Verantwortung, die der Mensch für sein Handeln trägt? Die hermeneutische Grundspannung: die genannten Aspekte unterliegen keinem einheitlichen theologischen Urteil. Sie werden je nach Tradition und Standort unterschiedlich gewertet. Daraus ergeben sich Unterschiede auch für die kirchliche Praxis. Sprengen sie die Gemeinsamkeit?

3.2. Die Jugendweihe im sozialistischen Erziehungsprozeß

3.2.1. Divergenzen im theologischen Urteil sind auch der Jugendweihe gegenüber festzustellen.

3.2.1.1 Man kann die Diastase betonen:

Das Evangelium proklamiert das „ganz Andere“, das Ewige. Homiletische, ethische und

seelsorgerliche Konsequenz ist dann zumeist Abkehr vom weltlichen Bereich; Gleichgültigkeit gegenüber gesellschaftlichen Problemen, Verzicht auf Mitarbeit. Die Verantwortung wird den herrschenden Kräften überlassen.

Dem entspricht Konzentration auf den Bereich des Glaubens, Absage an alle ideologische Sünde (Jugendweihe usw.), geistlicher Kampf um die von dämonischen Mächten bedrohten Menschen.

Aus demselben Ansatz können sich auch das Nachgeben gegenüber gesellschaftlichem Druck und die Anerkennung der relativen Eigenständigkeit gesellschaftlicher Verhältnisse und Forderungen ergeben. Jugendweihe erscheint dann von minderm Gewicht.

3.2.1.2 Man kann jedoch auch die Weltbezogenheit des Evangeliums betonen: auch die vergängliche Welt bleibt Gottes Schöpfung; das Evangelium setzt Zeichen des Reiches Gottes.

Konsequenz ist: das Mitgehen und Mitleiden mit den Mitmenschen bis zur Selbstverleugnung. Die sich schuldig, schwach und gesellschaftlich gering wirksam wissenden Christen verzichten darauf, sich selbst zu behaupten und durchzusetzen. Jugendweihe, FDJ usw. werden „mitgemacht“. Eine andere Konsequenz von diesem Ansatz her ist die kritische Solidarität der Prüfungs des Verantwortbaren. Im Ablehnen oder auch in der Teilnahme an der Jugendweihe wird versucht, mit allen von dieser Sache Betroffenen unter dem Evangelium zusammenzubleiben. Die Entscheidung „für“ oder „gegen“ wird jeweils neu gesucht. Das setzt Widerstandskraft, Einsicht, Eigenständigkeit und Zugang zu Informationen voraus. Erst dann ist Dialog der Beteiligten, das Ernstnehmen des Partners und auch eine je neue Entscheidung ohne Angst vor Prestigeverlust möglich.

3.2.1.3 Abwehr, Nachgeben, Mitgehen oder kritische Begleitung sind nicht ein für alle Mal fixierte Haltungen. Diese Aspekte durchdringen einander. Vorherrschend ist das Nachgeben. Solidarität kann leicht damit verwechselt werden. In dem allen vollzieht sich im übrigen ein Lernprozeß, der den Anschein der Zweigleisigkeit verstärkt.

3.2.2 Das Evangelium und die kirchlichen Bekenntnisentscheidungen zwischen Tradition und Situation.

3.2.2.1 Das bisher Dargestellte zeigt: nicht nur von der Begrenztheit menschlichen Wollens und Vollbringens, nicht nur infolge Angst und Schuld, sondern auch vom – oft unbewußten – theologischen Vorverständnis her sind Unterschiede im menschlichen Urteilen und Handeln möglich.

3.2.2.2 Legitim werden diese Unterschiede freilich nur unter der Voraussetzung, daß das Evangelium selbst die Freiheit gibt, die jeweilige Situation als den Ort des Glaubens anzunehmen. Es führt dann in die Spannung von Tradition und Situation. Da sind divergierende Haltungen möglich und in gemeinsamer Verantwortung freizugeben.

3.2.2.3 Die gemeinsame Rückbesinnung auf den Ursprung des Christuszeugnisses hilft, dabei die Ganzheit und Fülle des Evangeliums nicht zu verlieren. Festlegung auf *einen* Text (Lehre, Ordnung, Bekenntnisentscheidung) werden jeweils nötig; sie können und sollen aber die Veränderung der Situation und damit die Notwendigkeit *neuer* Entscheidungen nicht verhindern.

3.2.2.4 Die Entscheidungen dürfen nicht nur proklamiert werden, sondern sie müssen vollzogen werden können. Wer sich dem aussetzt, erfährt, daß das Evangelium weder in Selbstisolierung (Zuschauerhaltung) noch im gedankenlosen Sich-Einfügen in die Situation glaubwürdig bezeugt werden kann, sondern in der kritischen Beteiligung an der Situation, auch im bewußten Erleiden.

Das persönliche Verhalten kann nicht durch überkommene kirchliche Ordnungen verbindlich festgelegt werden. Wohl aber kann im Ernstnehmen der Tradition, im Hören auf die Väter und Brüder der Willkür, Leichtfertigkeit und Angst gewehrt werden.

3.2.2.5 Das Evangelium befreit dazu, unterschiedliche Antworten des Glaubens in *einer* Kirche bei kritischer Rückfrage nach der evangelischen Begründung nebeneinander und nacheinander zu tolerieren. Das bedeutet nicht, daß das Evangelium abhängig gemacht wird, vom „Zeitgeist“, von Geschichtsmächten oder Naturgegebenheiten, von der Situation (Barmen I).

3.2.2.6 Das konfirmierende Handeln erhält angesichts der divergierenden theologischen Beurteilung der Situation eine besondere *pädagogische* Verantwortlichkeit. Jugendliche

sind ernstzunehmen als eigenständige Gesprächspartner unter dem Evangelium, deren jeweiliger Ort und deren jeweilige Erkenntnis- und Entscheidungsmöglichkeit nicht überspielt werden darf. Jugendliche sind aber auch darin ernstzunehmen, daß sie im konfirmierenden Handeln (bei aller Unterschiedlichkeit des Standpunktes) solche erwachsenen christlichen Partner erwarten müssen und brauchen, die zugleich verständnisvoll, offen *und* fest, zuverlässig, vertrauenswürdig in ihrer Lebenshaltung sind.

3.2.2.7 Die Jugendweihe ist *eine*, aber eine von vielen Situationen, in denen Entscheidungen zu vollziehen sind. Sie ist aber nicht für alle eine vollziehbare, ertragbare Entscheidungssituation. Die innere und äußere Entwicklung seit 1954 erfordert eine Reduzierung der kirchlichen Festlegungen. Versagen oder Bestehen sind nicht generell meßbar, jedenfalls nicht nur an der Jugendweihe.

4. Die kirchliche Seelsorge angesichts der Jugendweihe im Zusammenhang des sozialistischen Erziehungsprozesses

Es ist nun nach den Konsequenzen für die Praxis zu fragen. Dabei ist zu erwarten, daß die durch unterschiedliche Erfahrungen eingebrachten, aber unter dem Evangelium gemeinsam verantworteten theologischen Aspekte sowohl gemeinsame als auch unterschiedliche Folgerungen zulassen.

4.1. Die Entscheidungsfähigkeit der Jugendlichen

4.1.1. Die Frage, die in der Kirche an Jugendliche gestellt werden kann, muß sich auf die Gegenwart beschränken: Willst Du *jetzt* als Glied der christlichen Gemeinde handeln? Gerade durch das Aufkommen der Jugendweihe hat die Kirche gelernt, die Fragwürdigkeit eines generellen, total bindenden Gelöbnisses in diesem Zeitraum der Entwicklung zu sehen. Nur eine aktuelle Entscheidung ist denkbar.

4.1.2. Im Schuljugendalter, speziell in der Pubertät, kann der junge Mensch nicht über diesen besonderen Zeitraum hinausreichende Festlegungen treffen. In diesem Zeitabschnitt unterliegt er sowohl einem fragenden Altersgruppenverhalten als auch einem Gruppenzwang. Der Lernprozeß in bezug auf Lebenshaltungen durchläuft eine Stufe, in der vorwiegend die Identifizierung mit Gruppennormen erfolgt. In jedem Falle, besonders da, wo ideologischer Druck hinzukommt, vermag der Jugendliche sich dann allerdings auch der intendierten Festlegung zu entziehen.

4.1.3. Der Einfluß und die Auseinandersetzung unterschiedlicher und gegensätzlicher Kräfte auf den jungen Menschen (Elternhaus, Schule, Hobbies, Sport, Technik, politische Bindungen, Berufssuche, Freundschaften, Kirche) verwehrt es, eine formelle Festlegung in diesem Alter zu erzwingen. Das Gewicht der einzelnen Kräfte hängt von ihrer Qualität ab (Vorbild), aber auch von ihrer Wichtigkeit für die weitere Laufbahn.

4.1.4 Mehr als Gleichgültigkeit oder ideologische Festlegung ist oft der Mangel an situationsgerechter kirchlicher Arbeit mit Kindern und Jugendlichen schuld am ausbleibenden Erfolg der kirchlichen Bemühung. Dazu gehört auch die fehlende Bereitschaft der Gesamtgemeinde, die Situation anzuerkennen. Mit der Behauptung und Verteidigung christlicher Grundsätze allein ist es nicht getan.

Wesentlich müßte stets sein, in der Gemeinde Geborgenheit und Freiheit anzubieten. Daher kann nur im Zusammenhang des konfirmierenden Handelns eine Entscheidungsbereitschaft des Jugendlichen erwartet werden.

4.2. Jugendweihe und Abendmahlspraxis

Die Frage nach der Teilnahme am Abendmahl wird nicht nur vom Verständnis der Jugendweihe her entschieden. Sie wird offensichtlich auch durch die Sakramentsauffassung bestimmt.

4.2.1. Wer im Abendmahl vor allem die Begegnung mit dem lebendigen Herrn, das Angebot der Gemeinschaft und der Entlastung, Stärkung für die Nachfolge, die Erfahrbarkeit eschatologischer Freude sieht, wird dies gerade den Angefochtenen nicht versagen wollen.

Sie sollen gewiß sein, daß die Zusage der Gegenwart des Herrn auch angesichts von Unsicherheit, Angst und Zwängen gilt. Sie ist stärker als alles menschliche Versagen. Von diesem Verständnis des Abendmahls her wird es sich nahelegen, gerade auch denen den Zugang zu gewähren, die sich auf die Jugendweihe vorbereiten oder daran teilgenommen haben.

4.2.2. Für andere ist die Sakramentsauffassung stark von der Absage von Sünde und gottlosen Bindungen mitgeprägt. Sie stellt gewissermaßen die Kehrseite der Vergebung dar. Sie ist nicht nur ein Prüfstein für die Ernsthaftigkeit, mit der das Abendmahl begehrt wird, sondern ist auch um seiner selbst willen erforderlich, um es vor Mißachtung zu bewahren. Daher erscheint es auch kaum denkbar, daß eine Gruppe weiterhin Zugang zum Abendmahl hat, in der sich potentielle oder faktische Teilnehmer an der Jugendweihe befinden. Die Gruppe müßte sie vom Sakramentsempfang ausschließen oder selber darauf verzichten.

4.2.3. Die unterschiedlichen Akzentuierungen der Abendmahlsauffassung bedingen sich gegenseitig; sie sind in dem vom Neuen Testament überlieferten Verständnis angelegt. Von daher haben sie ihr Recht und zugleich ihre Grenzen. Von beiden Auffassungen her ist es denkbar, daß einer Gruppe um der Jugendweihe-Teilnehmer willen für eine bestimmte Zeit der Verzicht auf den Sakramentsempfang nahegelegt wird. Doch die Motivation wird in beiden Fällen unterschiedlich sein. Dabei dürften auch legitime pädagogische und psychologische Erwägungen ins Gewicht fallen. Entscheidend dürfte sein, daß nicht vom Verständnis der Jugendweihe her nach den Konsequenzen für die Abendmahlspraxis gefragt wird. Legitim dürfte es sein, in umgekehrter Richtung zu fragen: Was ergibt sich vom Abendmahl und vom konfirmierenden Handeln für die Entscheidungen angesichts der Jugendweihe? Wenn darin Übereinstimmung besteht, sollte auch eine unterschiedliche Praxis im Blick auf den Sakramentsempfang gemeinsam zu verantworten sein.

4.3. Formen des Geleites der Jugendlichen

4.3.1. Das Geleit der Jugendlichen gerade im Jahr nach der Jugendweihe (9. Schuljahr) ist zwar eine schwierige, aber nötige Aufgabe, der sich die Kirche nicht entziehen darf. Darum muß die kirchliche Unterweisung das 9. Schuljahr mit einbeziehen.

4.3.2. Dieser Zeitraum ist nötig, um sowohl der Leichtfertigkeit gegenüber notwendigen Entscheidungen wie dem Versagen angesichts der Nötigung begegnen zu können. Es muß auch vermieden werden, daß die Gemeinschaft durch Aburteilen einerseits und durch Selbstrechtfertigung andererseits gefährdet wird.

4.3.3. Die Aufgabe ist darum, zusammen zu bleiben und neu in die Gemeinschaft einzubauen.

4.3.3.1 Der Zeitpunkt, an dem die Gruppe erneut zum Tisch des Herrn tritt, ist in einem Gruppenprozeß zu klären, der das Hören auf den anderen und das Antwortgeben auf dessen Argumente und Fragen unter dem Wort der Schrift voraussetzt, soweit dies in der jeweiligen Gruppe möglich ist.

4.3.3.2 Es ist erneut ein Lernprozeß zu fördern, der hilft, für unterschiedliche Entscheidungen offen zu sein und dazu fähig zu machen durch gegenseitige Informationen, gemeinsame Beratung und Mitverantwortung für die Entscheidung des anderen; also einander nicht freizugeben, aber Freiheit zu gewähren. Ebenso sollten alle Gemeindeglieder, aber auch Ortsgemeinden in ihrer vielleicht unterschiedlichen Handlungsweise sich solchem Lernprozeß stellen.

4.3.3.3 Es ist die Bemühung um die Beheimatung in der Gemeinde bzw. in einer ihrer Gruppen fortzusetzen, die die jungen Christen brauchen, um als Minderheit in einer andersgläubigen Umwelt zu leben.

4.3.4. Es geht in dieser Zeit aber auch um das Geleit, das dem einzelnen hilft, mit Konflikten zu leben und aus der Vergebung für neues Handeln frei zu werden.

4.3.4.1 Es ist dazu neben dem Gespräch in der Gruppe Raum zu schaffen für das Einzelgespräch.

Dies sollte geschehen im Zugehen auf den einzelnen und im Sichbereithalten für ihn (offenes Haus, Gesprächsvermittlung, Besuch, Einzelgespräch bei Rüstern, gemeinsame Spaziergänge und anderes mehr).

4.3.4.2 Es sind Formen auch der allgemeinen Beichte zu suchen und anzubieten, die der junge Christ mit vollziehen kann (Retraite, Stille Zeit, Hilfe zur Meditation, Symbolhandlung).

Auch hier ist es wesentlich, das Evangelium als Geschenk der Freiheit, das aus gottlosen Bindungen erlöst, zu bezeugen.

Als letztes Beispiel theologischer Bemühungen um Fragen der kirchlichen Praxis wird hier eine von der Konferenz der Kirchenleitungen am 10. November 1973 zur Kenntnis genommene Stellungnahme zum Charakter der Kirchensteuer wiedergegeben, die von einem Facharbeitskreis Kirchensteuer erarbeitet wurde:

ZUM CHARAKTER DER KIRCHENSTEUER

Aufgrund von Vorarbeiten des FAK Kirchensteuer und nach Fühlungnahme mit den Gliedkirchen nimmt die Konferenz die folgende Stellungnahme zum Charakter der Kirchensteuer zur Kenntnis:

Die Kirche hat die Aufgabe, mit ihrem geordneten Dienst die Botschaft von Jesus Christus weiterzutragen. Deswegen sammelt sie Menschen zu Predigt und Abendmahl, Unterweisung und Gespräch. Deswegen ruft sie auf zu Mission und Diakonie. Sie braucht Menschen, die an diese Aufgaben die Zeit und die Kraft ihres Lebens hingeben. Dafür muß sie ihnen Lebensunterhalt bieten. Sie ist auch auf zeitgemäße technische Hilfsmittel für ihre Arbeit angewiesen, und sie benötigt Häuser für ihre Versammlungen und für praktische Dienste an Hilfsbedürftigen, als Wohnungen für ihre Mitarbeiter und für ihre Verwaltung. Das alles kostet Geld.

Die Geld kam in früheren Jahrhunderten im wesentlichen aus dem Kirchenzehnten – dieser mußte in Deutschland auf staatliche Anordnung von allen entrichtet werden, die zur Kirche gehörten – und aus Grundbesitz. Im 19. Jahrhundert ist dies anders geworden. Infolge tiefgreifender Änderung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse mußte die Kirche ihre Gemeindeglieder auf neue Weise zur Finanzierung des kirchlichen Dienstes heranziehen. Deswegen wurde die Kirchensteuer eingeführt, entsprechend den damaligen Verhältnissen in Anlehnung an das staatliche Steuerwesen und mit dessen Hilfe.

In den Jahren nach 1945 ist Kirchensteuer eine rein kirchliche Angelegenheit geworden. Die Kirche bei uns steht im Umbruch. Sie muß deswegen auch die ihr gegebene Möglichkeit der Kirchensteuer auf neue Weise verstehen und gebrauchen. Kirchensteuer kann nicht mehr als Sonderfall staatlicher Steuer angesehen werden. Sie sollte auch nicht als Sonderfall gemeindlichen Opfers mit biblischen Begriffen beschrieben werden, obwohl sie zu den Formen gehören kann, mit denen Gemeindeglieder auf das gehörte Wort von der Gnade Gottes antworten.

Es gehört zu den Aufgaben kirchlicher Verkündigung, dem einzelnen deutlich zu machen, daß er auch sein Geld nicht aus seinem Glaubensgehorsam ausklammern kann. Daher kann Kirchensteuer heute ein Verfahren und Instrument sein, gemeindliches Verhalten der Gemeindeglieder zu wecken, neu zu begründen und in Anspruch zu nehmen.

Gemeinden und Pfarrer dürfen nicht in den Fehler verfallen, die mit der Kirchensteuer zusammenhängenden Fragen als „ungeistliche Verwaltungsangelegenheit“ anzusehen. Die Mahnungen des Paulus (2. Kor. 8 und 9) können zum richtigen Verständnis eine Hilfe sein. Die Begründung der Kirchensteuer vor den Gemeindegliedern muß ebenso sorgfältig wie die praktische Durchführung und die personelle Schulung dafür bedacht werden, damit alles der Gemeinde gemäß ordentlich zugeht. Bereits in der Reformationszeit, aber auch in neuerer Zeit sprechen Kirchenordnungen davon, wie die Gemeindeglieder für die Ausrichtung des kirchlichen Dienstes auch mit ihrem Gelde eintreten sollen.

Von diesen Grundüberlegungen ausgehend ist Kirchensteuer in unserer Lage mit folgenden Sätzen zu beschreiben:

1. Kirchensteuer ist die geordnete kirchliche Abgabe. Sie wird von allen Gemeindegliedern erwartet und auf Grund der Festsetzung erhoben, damit kirchlicher Dienst durchgeführt werden kann.

2. Gemäß den Bestimmungen, die von den Kirchenleitungen erlassen werden, wird Kirchensteuer festgesetzt und erhoben. Dabei werden Höhe der Einkünfte, Familienstand, besonders zu gewährende Vergünstigungen und besonders zu beachtende Belastungen berücksichtigt. Bei Festsetzung und Erhebung der Kirchensteuer wirken Gemeindekirchenrat / Kirchengemeinderat / Kirchenvorstand und Kirchensteuerstelle / Kreiskirchenamt zusammen.

3. Die festgesetzte Kirchensteuer bezeichnet die untere Grenze der jährlich erwarteten Abgaben der Gemeindeglieder an ihre Kirche. Gemeindeglieder können für sich entscheiden, daß sie mehr zahlen wollen. Sie dürfen jedoch die festgesetzte untere Grenze ohne Billigung der zuständigen kirchlichen Stelle nicht unterschreiten.

4. Die Kirche muß gegenüber ihren Gemeindegliedern beanspruchen, daß sie allgemein die untere Grenze der Abgaben an die Gemeinde verbindlich festsetzt. Wer meint, demgegenüber von sich aus minimale Festsetzungen treffen zu können, schließt sich damit aus der Gemeinschaft derer aus, die für eine sachgemäße Ausrichtung kirchlichen Dienstes ihren Beitrag leisten. Gegebenenfalls wird die Kirche aus solchem Verhalten Folgerungen ziehen müssen (Ordnungsmaßnahmen).

5. Weil Kirchensteuerzahlung mehr und mehr persönliche Entscheidung der Gemeindeglieder sein wird, gehört zur Kirchensteuerarbeit das Gespräch mit den Gemeindegliedern. Auch mit denen, die derzeit nicht an den Zusammenkünften der Gemeinde teilnehmen, wird die Gemeinde sprechen, um sie neu zu sammeln unter Wort und Sakrament, sie einzuladen in Haushalterschaft sowie zum Dienst an den anderen und um sie auf ihre freien und geordneten Abgaben an die Gemeinde anzureden.

6. Kirchensteuer hat demnach ebenso eine geistliche wie eine wirtschaftliche Funktion: Sie ist immer neue Prüfung des Selbstverständnisses der Gemeinde und des Gemeindebewußtseins der Gemeindeglieder. Weil Kirche nicht eine jahrhundertealte fromme Tradition aufrecht erhält, sondern auch heute unter sehr veränderten Bedingungen einen Auftrag ihres Herrn Jesus Christus an die Menschen ihrer Umwelt hat und ausrichten soll, gehören Auftrag und wirtschaftliche Erfordernisse der Kirche eng zusammen.

7. Kirchensteuer setzt im Grunde Verkündigung der Gemeinde voraus, ob es sich um die Sammlung neuer Gemeinden handelt oder den Dienst in bestehenden – in jedem Falle geht es um Gemeindeaufbau unter verschiedenartigen Bedingungen. Durch die Verkündigung ist auch für den persönlichen Umgang der Gemeindeglieder mit ihrem Geld und Gut gemeindliches Verständnis zu wecken. Gemeindeglieder sind zu bewußtem geistlichen Gebrauch ihrer Gaben und Mittel (Haushalterschaft) anzuleiten. Deswegen sind neue Überlegungen im Blick auf die Kirchensteuer nur sinnvoll im Zusammenhang mit dem gesamten Gemeindeaufbau.

8. Kirchensteuer fordert geordnete, übersehbare Gliederung der Gemeinden und in diesen geregelten Besuchsdienst. Dabei sind Information und Zuspruch an die Besuchten wichtig. So kann dem Mißverständnis gewehrt werden, als sei Kirchensteuer lästige Forderung einer unbekannten Institution; so kann deutlich gemacht werden, daß auch Kirchensteuer Aufruf zu verantwortlicher Beteiligung der Gemeindeglieder an Existenz und Dienst der Kirche ist.

9. Gegenwärtig kann Kirchensteuer nicht mit dem Gedanken des Opfers beschrieben werden, weil sie von den Gemeindegliedern kein echtes Opfer verlangt. Die benötigte Hilfe für die Finanzierung kirchlichen Dienstes kann aber für einzelne zum wirklichen Opfer werden, wenn sie ihren Dank für die Erfahrung in der Gemeinde durch entsprechende Selbsteinschätzung ausdrücken.

10. Kirchensteuer wird ständig neu bedacht und beschrieben werden müssen. In überschaubaren Bereichen können in Absprache mit den Verantwortlichen neue Wege gesucht werden. Die Zahlung von Kirchensteuern als bewußte Äußerung der Gemeindezugehörigkeit mündiger Christen wird den Dienst der Gemeinden finanziell sichern.

Das Sekretariat wird beauftragt, den Gliedkirchen die vorstehenden Gesichtspunkte zum Charakter der Kirchensteuer zur weiteren Verwendung zuzuleiten.

Berlin, den 10. November 1973

Der Vorsitzende der Konferenz
D. Dr. *Schönherr*

Der diesjährige Bericht sei mit dem Zitat eines Abschnittes aus dem Synodalbericht der Konferenz der Kirchenleitungen an die Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR für ihre Tagung vom 26. bis 29. Mai 1973 in Schwerin beschlossen. Der Abschnitt befaßt sich mit inneren Problemen der Gemeinde:

Die innere Situation unserer Gemeinden wird wesentlich durch zwei Prozesse bestimmt, die das kirchliche Leben entscheidend verändern. Einmal ist es der fortschreitende Säkularisierungsprozeß, der überall auf der Welt, wo es eine fortgeschrittene, technische Zivilisation gibt, sowohl auf die äußere Erscheinung der Kirche als auch auf die Frömmigkeit und das theologische Denken seinen Einfluß ausübt. Zum anderen ist es die Herausforderung durch den dialektischen Materialismus, der die ideologische Grundlage der führenden Partei in unserer Gesellschaft ist.

In dem durch die Säkularisierung verursachten Schrumpfungsprozess sehen sich jene, die sich von sinkenden Zahlen fixieren lassen, denen gegenüber, die von der Freude Gottes über den *einen* Sünder wissen, der ein neues Leben anfängt (Lukas 15). Die einen halten es für das im Grunde Selbstverständliche, daß alle Menschen Christen sind, und klagen, daß „nur noch“ so wenige sich zur Gemeinde halten. Die anderen denken daran, daß es jedesmal ein Wunder ist, wenn ein Mensch sich in die Nachfolge Christi rufen läßt, und freuen sich, daß sie „schon“ unerwartet vielen auf diesem Wege begegnen.

Im Zusammenhang mit diesem Schrumpfungsprozess hat sich eine Vielfalt theologischer und nichttheologischer Meinungen und Konzepte entwickelt, die sich keineswegs in die herkömmlichen „Konfessionen“ und „Schulen“ einordnen lassen. Daraus ergibt sich für die Kirche gerade in Fundamentalfragen häufig die Schwierigkeit, sich bündig und eindeutig zu äußern. Für die Gemeindeglieder entsteht der Eindruck der Unsicherheit im Bekenntnis, im Glauben und darum auch in Verkündigung und Unterweisung. Dieser Eindruck muß sehr ernstgenommen werden. Es darf kein Versuch unterlassen werden, das, was wir glauben, in neuer, verständlicher und für möglichst viele annehmbarer Weise zu formulieren. Vielleicht wird das „Glaubensbuch für Erwachsene“, von dem der Aufriß und ein Probeabschnitt der Konferenz der Kirchenleitungen bereits vorgelegen hat, einen wichtigen Dienst dieser Art tun.

Vielleicht wird es aber auch gewagt werden müssen, kurze, katechismusartige Sätze zu formulieren, die auf Fragen antworten, die in den Gemeinden wirklich gestellt werden.

Es wird allerdings auch damit gerechnet werden müssen, daß es nicht mehr möglich ist, die Vielfalt der Theologien und der Frömmigkeit in Aussagen zu fassen, die alle mitvollziehen können. Eine volle Einheitlichkeit der Aussagen hat es noch nie gegeben. Es wird darauf ankommen, die andere Meinung und Haltung, solange es irgend geht, als Anfrage an die eigene Position und damit als Hilfe anzunehmen, nicht aber rechthaberisch abzulehnen oder gar zu verdammen. Damit soll keiner Indifferenz in Glaubenssachen das Wort geredet werden. Der lebendige Christus und der Glaube, der sich an ihn hält, sind immer mehr als unser Reden von ihm, Nachfolge ist immer mehr als theologischer Standpunkt. Das Entscheidende wird sein, solange es irgend geht, in der Überzeugung des anderen diese Christusnachfolge aufzuspüren. Diese Haltung hat es ermöglicht, der Grundaussage des Entwurfes der Leuenberger Konkordie zuzustimmen.

Solche Haltung erfordert allerdings ein erhebliches Maß an Einsicht. Es muß gelingen, den Gemeinden ihre missionarische Aufgabe verpflichtend nahezubringen. Das wieder erfordert eine verbesserte Unterweisung der Gemeindeglieder, aber auch eine bessere Ausbildung kirchlicher Mitarbeiter. Für diese Aufgaben muß auch in Betracht gezogen werden, daß für die Christen akademische Berufe heute immer schwerer zugänglich werden. Das wird sich voraussichtlich für die Zusammensetzung der Gemeinden auswirken.

Der Bund hat versucht, der geschilderten Situation der Gemeinden Rechnung zu tragen. Hinzuweisen ist neben der erwähnten Vorbereitung eines Glaubensbuches für Erwachsene auf die Versuche verschiedener Ausschüsse, vor der Behandlung von Einzelfragen ihre Ausgangspositionen zu finden und als Arbeitshypothesen zur Diskussion zu stellen, so z.B. die Erwägungen des Gemeindeausschusses über Zeugnis und Gestalt der Gemeinde von morgen und die Überlegungen des Ausschusses „Kirche und Gesellschaft“.

Ökumenische Bewegung 1969–1972

Von Hanfried Krüger

Die ständig zunehmende und sich damit einer überschaubaren Berichterstattung mehr und mehr entziehende Komplexität ökumenischer Vorgänge und Entwicklungen, die wir in der Einleitung zu unserem letzten Bericht über die Jahre 1965 bis 1968 (Kirchl. Jahrbuch 1968, S. 299) feststellten, gilt unvermindert auch für den hier zu behandelnden Zeitabschnitt. Andererseits sind, wie gleichfalls damals schon vermerkt, Dokumentationen und Veröffentlichungen über einzelne Arbeitszweige, Konferenzen und Kommissionen weiterhin so angewachsen, daß es – soweit es nicht um des Verständnisses und der Geschlossenheit der Darstellung willen erforderlich ist – Duplizitäten zu vermeiden und dafür nur auf Quellen und Fundorte zu verweisen gilt, wo sich gründlicher und umfassender dargestellt findet, als es in der hier zu bietenden Übersicht geschehen kann. Zu den neueren ökumenischen Materialsammlungen gehören auch die Beihefte zur „Ökumenischen Rundschau“ Nr. 17 und Nr. 23, in denen die Vorträge und Berichte der Zentralaussschuß-Sitzungen des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) in Addis Abeba (1971) und Utrecht (1972) enthalten sind. Wir werden uns darüber hinaus um die Wiedergabe weniger leicht zugänglicher Dokumente bemühen und im übrigen wie bisher die großen Linien hervorzuheben suchen.

I. DER ÖKUMENISCHE RAT DER KIRCHEN

Die der Weltkirchenkonferenz von Uppsala folgenden Jahre dienten der inneren und äußeren Klärung der ökumenischen Grundintentionen, Aktivitäten und Arbeitsstrukturen. Seit der Weltkonferenz für Kirche und Gesellschaft im Jahre 1966 war vieles in Bewegung geraten, das den ÖRK in die Zerreißprobe einer unheilvollen Polarisierung zwischen persönlicher Glaubensfrömmigkeit und gesellschaftspolitischer Weltverantwortung hineingetrieben hatte. Die vielzitierte „Krise“ der Ökumene war hierin begründet. Diese Auseinandersetzungen sind sicherlich längst noch nicht abgeschlossen, handelt es sich ja dabei doch letztlich um Spannungen, die seit jeher die Verwirklichung des Christseins bestimmt und begleitet haben. Wohl aber wird man sagen können, daß sich wieder ein gesundes Gleichgewicht angebahnt hat, indem einander scheinbar ausschließende Gegensätze wieder in das rechte Verhältnis zueinander gebracht werden.

Das Jahr 1972 bietet sich rein äußerlich dadurch als Zäsur der Berichterstattung an, daß am 1. November dieses Jahres Generalsekretär Dr. Eugene Carson Blake durch Dr. Philip Potter abgelöst wurde. Freilich nicht in dem Sinne, als ob damit ein grundsätzlicher Kurswechsel angezeigt worden wäre. So maßgeblich die Persönlichkeit eines Generalsekretärs Arbeitsstil, Zusammenhalt und Geist des ÖRK zu prägen vermag – die 27jährige Amtszeit von Dr. W. A. Visser 't Hooft ist hinreichend Beweis dafür –, so wäre es doch eine ungerechtfertigte Verall-

gemeinerung und Überschätzung (und zudem eine Unterbewertung seiner leitenden Organe wie des Exekutiv- und des Zentralausschusses!), die Zielsetzungen und Aktionen des ÖRK mit den persönlichen Vorstellungen des jeweiligen Generalsekretärs zu identifizieren und ihn dementsprechend sogar für sie verantwortlich zu machen. Dr. Blake ist dies, gewiß nicht immer ohne seine Schuld, gelegentlich widerfahren. Dem überzeugten amerikanischen Presbyterianer, zielbewußten Förderer kirchlicher Einheit in seinem Lande und unerschrockenen Bürgerrechtskämpfer fiel es manchmal nicht leicht, sich in dem diffizilen theologischen und kirchenpolitischen Geflecht der Ökumene zurechtzufinden. Schon sprachlich, aber damit auch verstehens- und mentalitätsmäßig blieb ihm der nichtangelsächsische Bereich weithin fremd. Das hat gerade in den deutschen Kirchen manch ungerechtem Urteil über ihn Vorschub geleistet, etwa auch über seine angebliche Geringschätzung der Theologie. Wer einige seiner auch in Deutsch erschienenen Aufsätze, Artikel und Predigten zur Hand nimmt (vgl. „Die nächsten Schritte“, Herder-Bücherei Band 355, Freiburg 1969) oder seine Rechenschaftsberichte vor dem Zentralausschuß liest, begegnet keinem oberflächlichen Pragmatiker, sondern einem von fast fundamentalistischer Bibelfrömmigkeit geprägten Mann, der durch die von ihm sicherlich nicht mit Leidenschaft betriebene Theologie hindurch (aber doch nicht an ihr vorbei!) unermüdlich in die Nachfolge Christi im Kampf gegen Ungerechtigkeit, Krieg und Rassenhaß zu rufen bemüht ist und sich selbst unter Einsatz seiner Person darin bewährt hat.

Sein Nachfolger Dr. Philip Potter, Methodist aus Jamaika und damit erster Generalsekretär aus der „Dritten Welt“, aus der christlichen Jugend- und Studentenbewegung hervorgegangen und dem ÖRK durch jahrelange Tätigkeit in der Jugendabteilung sowie später als Direktor der Abteilung für Weltmission und Evangelisation vertraut (vgl. Walter Müller-Römheld, Philip Potter, Stuttgart 1972), umriß das Verständnis des ihm übertragenen Amtes und des damit von ihm wachzunehmenden ökumenischen Auftrags in der Ansprache, die er nach seiner Wahl vor dem Zentralausschuß in Utrecht hielt und die wir nachstehend wiedergeben (vgl. „Utrecht 1972“, S. 71ff.):

PHILIP POTTER

Liebe Freunde,

Ich bin tief bewegt in diesem Augenblick, in dem Sie mir Ihr Vertrauen gegeben und mich in Ihren Dienst berufen haben. Als Dr. Visser 't Hooft mich hierher geleitete und Dr. Blake kam, mich abzuholen, wurde ich an eine Geschichte erinnert, die wir in Westindien über uns erzählen: „Als der Herrgott seine Gaben an die verschiedenen Völker verteilte und jedes von ihnen fragte, was sie sich wünschten, wußten alle ziemlich genau, was sie haben wollten. Als letzter kam der Vertreter Westindiens. Auch er wurde gefragt, was er sich wünsche, und er antwortete: „Ach, ich bin nur mit den anderen Herren so mitgekommen“. Nun, die anderen Herren waren die Präsidenten, geführt von Dr. Visser't Hooft und Dr. Blake, die beiden, die bisher diesen Rat vor mir geleitet haben, unter denen ich meinen Dienst getan habe, von denen ich soviel gelernt habe und deren Rat und Anleitung ich immer suchen werde. So kann ich dann auf meinem westindischen Weg mit den anderen Herren mitkommen und nicht nur mit diesen beiden, sie stehen ja für Sie alle.

Die ökumenische Bewegung ist in meinen Lebensweg fest eingewoben. Ich bin das Kind eines römisch-katholischen Vaters und einer protestantischen Mutter, und ich wurde in einer protestantischen Kirche auf den Namen des römisch-katholischen Bischofs getauft. Unter solchen Umständen bin ich mit einer Leidenschaft für die christliche Einheit aufgewachsen. Diese Leidenschaft wurde noch stärker durch das Studium auf einem Unierten Theologischen College mit Studenten und Professoren aus vielen verschiedenen Kirchen und Konfessionen sowie durch die christliche Studentenbewegung und den Christlichen Studentenweltbund, dem ich besonders viel verdanke. Es war im Jahr 1947, Herr Vorsitzender¹, als wir beide in Oslo unsere erste große ökumenische Welterfahrung machten. Dort geschah es, daß sich meine Leidenschaft für die christliche Einheit und die Leidenschaft für die Einheit der Menschheit verschmolzen, weil der ganze Reichtum christlichen Glaubens und christlicher Erfahrung unter uns vertreten war wie auch die Verschiedenheit, die uns in dieser Welt voneinander trennt. Herr Vorsitzender, ich erinnere mich an zwei Sätze von dieser Konferenz, den einen haben Sie gesagt, der andere stammt von mir.

Sie werden sich erinnern, daß jene Konferenz über all unseren Verschiedenheiten in einen Engpaß geriet. Dr. Visser't Hooft rief einige von uns zusammen und bat uns, zu der Konferenz von unserer eigenen Lebenserfahrung zu sprechen. Sie sagten, daß Sie aus Indien kämen, aus dem Kampf für nationale Unabhängigkeit, daß Sie innerlich verwirrt nach Oslo gekommen seien und nun Oslo noch verwirrter verlassen müßten, aber, so fuhren Sie fort: „Jesus Christus ist Herr über all unsere Verwirrtheit.“ Ich wage zu sagen, Herr Vorsitzender, daß darin der Grund liegt, weshalb Sie diese Tagung in solch entspannter Weise zu leiten vermögen. Sie lassen alle Verwirrtheiten in Gottes Händen. Das habe ich von Ihnen gelernt. Ich habe damals zu dem Thema „Jesus Christus ist der Herr“ gesagt: „Wenn wir Jesus Christus als Herrn bekennen, dann heißt das, daß wir nicht durch die Liebe zur Macht, sondern durch die Macht der Liebe leben.“ Mein Leben ist über die Jahre hin von dieser Erkenntnis geleitet worden.

Darf ich hier – um im rechten Verhältnis zu sprechen –, verehrte Frau stellvertretende Vorsitzende², etwas anfügen. Einige Monate nach Oslo, als ich zum erstenmal unter Ihrer Leitung – Sie waren damals noch junge Studentin – sprach, wiederholte ich jene beiden Sätze. So fühle ich mich nun hier in einer sehr verpflichteten Gemeinschaft, in einer Familie, und ich finde es bedeutungsvoll, daß sich diese Wahl gerade hier ereignet, wo wir uns miteinander um das Thema mühen: Verpflichtet auf Gemeinschaft! Für mich als Bethowist hat das Wort *Gemeinschaft* immer viel bedeutet. Vielleicht haben wir mit diesem Wort Mißbrauch getrieben, aber selbst hinter dem Mißbrauch steht ein sehr tiefes Verständnis unseres christlichen Glaubens, der in der Bibel begründet ist. Mein ganzes Leben lang habe ich mich bemüht, ein Schüler von beidem zu sein: der Bibel und der Geschichte, die beide sehr eng zusammenhängen.

Ich habe das Wesen unserer Gemeinschaft immer so verstanden, daß wir inmitten unserer Verschiedenheiten, unseren Eigenheiten, der Unterschiede von Lebensart, Zeugnis und Entscheidung in ihr größere und tiefere Einheit suchen. Der Vorsitzende hat Ihnen natürlich schon erzählt, daß mir – der ich aus einem ganz besonderen Milieu in den Karibischen Inseln stamme – all das nicht fremd ist. Dort haben in den letzten fast 500 Jahren alle größeren Kulturen der Welt nicht nur nebeneinander gelebt, sondern sich stark gemischt, aber alle leben völlig selbstverständlich miteinander. Darum ist die ökumenische Bewegung für mich immer etwas ganz Natürliches gewesen, wenn auch vertieft durch Gnade.

Aber der Tatbestand, daß wir auf Gemeinschaft verpflichtet sind und unsere Verschiedenheit anerkennen, muß in die Praxis übersetzt werden. Ich bin deshalb sehr froh, daß ich ein Erbe antrete, das Dr. Visser't Hooft begonnen und Dr. Blake intensiv weitergeführt hat, um diese Gemeinschaft zu einer tatsächlich weltweiten Gemeinschaft zu machen.

Der nächste Schritt wird der Versuch sein müssen, diese Gemeinschaft lebendig und wirklich zu machen. Wie können wir jeder Kultur, Nation, Kirche in ihrem jeweiligen Gefüge dazu verhelfen, ein Teil der Ganzheit, der Katholizität, die wir anstreben, zu sein, einer

1. M. M. Thomas.

2. Miss P. Webb.

Ganzheit, die nicht nur die Summe der Teile ist, sondern eine organische Beziehung des Miteinander? Das ist für mich eine fundamentale Frage, und ich bin sehr glücklich, Herr Vorsitzender, daß wir eine Mitarbeiterschaft im Ökumenischen Rat haben – dieser Tatbestand ist hier nicht oft beachtet worden –, die täglich dies Miteinander lebt mit all dem, was das erfordert, mit all seiner Spannung und mit all seiner Freude. Dabei ist es nötig, dies Miteinander nicht nur in unserem persönlichen Verhältnis wirksam werden zu lassen, sondern ebenso in unseren Arbeitsprogrammen, in der Art, wie wir unsere Arbeit tun, wie wir mit Menschen umgehen, Tagungen halten und die Einheit in den Unterschieden verwirklichen.

Aber, Herr Vorsitzender, Gemeinschaft ist nicht billig zu haben. Ich habe das gelernt als einer, der aus einem Volk kommt, das die Sklaverei erfahren und politische und wirtschaftliche Unterdrückung kennengelernt hat. Der Preis der Gemeinschaft ist das Kreuz. Als zu Beginn der Oslo-Konferenz die holländische und indonesische Delegation die Konferenz zu verlassen drohten, weil der Krieg in Indonesien ausgebrochen war, entdeckten wir, daß – wie es ein Indonesier ausdrückte –, je näher wir zum Kreuz kommen, um so näher kommen wir zueinander. Nur wenn das Kreuz zum Zentrum unseres Lebens wird, werden wir enger miteinander verbunden in Einheit und Zeugnis. Das Kreuz aber meint die Verleugnung und die Absage an vieles, das uns wertvoll erscheint, das aber nicht wirklich zentral ist für unseren Glauben an Christus, den gekreuzigten und auferstandenen Herrn. Paulus hat es treffend im Philipperbrief gesagt: Was mir Gewinn war, das habe ich um Christi willen für Schaden erachtet. Ich wollte ja ihn erkennen und die Kraft seiner Auferstehung und die Gemeinschaft seiner Leiden und so seinem Tod ähnlich werden, damit ich zur Auferstehung von den Toten gelange. Wir können das Leiden um unserer Besonderheiten willen tragen, wenn wir aus dieser Kraft der Auferstehung Christi leben, dieser aufrechten Beziehung Auge in Auge und Mund zu Mund, und dann der Welt begegnen mit der Liebe und auch mit dem Urteil Gottes. Aber das Kreuz, meine Brüder, meint das Ärgernis der Besonderheit des fleischgewordenen Herrn, der lebte, starb und auferweckt wurde zu ganz bestimmter Zeit und an bestimmtem Ort. Diese Besonderheit meint jeden Ort, jede Situation, jeden Mann, jede Frau. Darum befassen wir uns zur Zeit mit dem Antirassismus-Programm, mit den besonderen Fragen der internationalen Angelegenheiten, mit Entwicklung, mit städtischer Industriemission, mit zwischenkirchlicher Hilfe usw. – und gerade die Dinge, die viele von uns zu den Problemen sagen, führen dazu, uns voneinander zu trennen und von den zentralen Anliegen abzubringen. Aber die zentralen Anliegen finden nun einmal ihren Ausdruck in dieser fleischgewordenen Hingabe an die Welt. Wenn wir also unter vertikal und horizontal, unter transzendent und immanent getrennte Einzelbereiche verstehen wollen, so wäre das eine Verleugnung des Evangeliums von dem fleischgewordenen, gekreuzigten und auferstandenen Herrn.

Das ist mein Standort, liebe Brüder, und ich stehe mit Ihnen in dem Wissen, daß wir nicht nur beieinander bleiben, miteinander wachsen, zusammen vorangehen und aktiv werden wollen, wie wir in unseren Zusammenkünften über die Jahre hin gesagt haben, sondern daß wir auch miteinander leiden müssen unter dem Zeichen des Kreuzes und aus der Kraft des auferstandenen Herrn.

1. Der Weg des ÖRK von 1969 bis 1972

Wer den Weg des ÖRK in dem angegebenen Zeitabschnitt verfolgen und nachzeichnen will, muß sich nach wie vor an die Zentralaussschuß-Sitzungen halten, die alljährlich aus den vom Exekutivausschuß, den Kommissionen und Ausschüssen unterbreiteten Vorschlägen ordnend und sichtend zu erheben und festzulegen haben, was sich für die im ÖRK zusammengeschlossenen Kirchen in Zukunft an gemeinsamen Aufgaben stellen soll. Die Zentralaussschuß-Sitzungen in Canterbury (12. bis 22.8.69), Addis Abeba (10. bis 21.1.71) und Utrecht (13. bis 23.8.72) waren diesmal die Meilensteine solcher Prüfung und Orientie-

rung. Wir werden indes die Verhandlungen nicht als jeweils in sich geschlossenes Ganzes darzustellen, sondern nach ihren thematischen Schwerpunkten aufzugliedern haben. Zur Gewinnung einer Gesamtübersicht seien jedoch Auszüge aus den Berichten des Vorsitzenden des Exekutiv- bzw. Zentralaussschusses, Dr. M. M. Thomas, sowie die Berichte des Generalsekretärs Dr. Eugene Carson Blake an den Anfang gestellt.

In Canterbury sagte Dr. M. M. Thomas:

Es versteht sich, daß die einzelnen Kirchen mit ihrem unterschiedlichen Kirchenbegriff die Frage nach dem eigentlichen Wesen des Ökumenischen Rates, ob er in sich ekklesiologische Bedeutung hat oder nicht, vermutlich sehr verschieden beantworten werden. In Uppsala zeigte sich indes eine bemerkenswerte Übereinstimmung im Verständnis der gegenwärtigen Funktionen und Aufgaben des Ökumenischen Rates. Uppsala sah den Ökumenischen Rat als eine Gemeinschaft von Kirchen, als Werkzeug zur Vertiefung der Gemeinschaft unter den Kirchen und ihrer Solidarität in Christus mit einer Welt, die um die Gemeinschaft aller Menschen kämpft. Der Gedanke an sich ist nicht neu. Was jedoch unter Vertiefung der Gemeinschaft unter den Kirchen zu verstehen ist, wurde erst im Verlauf unserer gemeinsamen Studien stärker herausgearbeitet: Wenn Neu-Delhi die Gemeinschaft aller Gläubigen an jedem Ort betonte, so setzte Uppsala nun definitiv das Ziel, in eine Abendmahlsgemeinschaft hineinzuwachsen und auf ein wirklich universales Konzil aller Kirchen hinzuarbeiten. Und was unter Solidarität mit allen Menschen in ihrem Ringen um Gemeinschaft heute zu verstehen ist, wurde in Uppsala näher definiert als Engagement der Kirchen in diesem Kampf, durch den auf lokaler wie internationaler Ebene über wirtschaftliche Entwicklung, soziale Gerechtigkeit und Weltfriede eine wirkliche Gemeinschaft errichtet werden soll; für die Kirchen geht es darum, in diesem Kampf die Rettungstat Gottes in Jesus Christus zu bezeugen und alle Menschen zur Teilhabe an seiner Gottmenschheit als alleinigem Ursprung und Grund wahrhaft menschlichen Lebens zu rufen. Das sind die Aufgaben der ökumenischen Bewegung, die der Ökumenische Rat wahrzunehmen sucht und für die er laut Uppsala noch verschiedener eintreten soll. Die ökumenische Bewegung war niemals nur auf außergewöhnliche Pioniere, die offiziellen Kirchenführer oder den Ökumenischen Rat selbst beschränkt, und das gilt heute mehr als je. Denn in einigen Teilen der Welt ist der Ökumenismus zu einer Bewegung geworden, die von weiten Kreisen der Bevölkerung getragen wird, hat er in nationalen und regionalen Räten einen dynamischen Ausdruck gefunden und ist seit dem Zweiten Vatikanischen Konzil auch in der Römisch-Katholischen Kirche lebendig. Dieser Zustand schöpferischer Unruhe verlangt aber auch ein tieferes Verständnis und differenzierteres Urteil. Die Frage an den Strukturausschuß wie an den Zentralaussschuß, der die Zielrichtung der Strukturarbeiten zu bestimmen hat, lautet: Wie können wir eine Gemeinschaft von Kirchen sein, die der ökumenischen Wirklichkeit im gegenwärtigen Stadium dient?

Bei der Bestimmung der Ziele und Aufgaben des Ökumenischen Rates kommt den Beziehungen zur Römisch-Katholischen Kirche wachsende Bedeutung zu. Bezeichnenderweise entwickelt sich hier eine Zusammenarbeit hinsichtlich des kirchlichen Auftrags an die Welt, was wiederum zu dem gemeinsamen Plan geführt hat, die Bedeutung der römisch-katholischen Mitgliedschaft in der Kirchengemeinschaft des Ökumenischen Rates in ihren verschiedenen Aspekten zu untersuchen. Der Papst hat sich positiv über die geplante Studie geäußert, und der Zentralaussschuß mag seinerseits geneigt sein, diesem Vorhaben im Namen des Ökumenischen Rates zuzustimmen. Der Zentralaussschuß wird auch über die Empfehlungen des Exekutivausschusses zu den von einigen Kirchen gestellten Anträgen auf Mitgliedschaft zu beschließen haben. Ich bin überzeugt, daß die Aufnahme von lateinamerikanischen Pfingstkirchen und unabhängigen einheimischen Kirchen Afrikas in unsere Gemeinschaft den Ökumenismus auf neue Weise stärken wird.

Fortschritte hat die ökumenische Bewegung in der Vergangenheit durch ihre Studien erzielt, die in kirchlichen wie auch außerkirchlichen Kreisen starke Beachtung gefunden haben. In dieser Hinsicht ist die Förderung und Koordinierung der Studien über den Men-

schen und das Humanum, die mit Billigung der Uppsala-Vollversammlung auf verschiedenen Ebenen von nahezu allen Abteilungen und Referaten des Ökumenischen Rates durchgeführt werden, von größter Bedeutung. Uppsala stellte das Humanum als zentralen Begriff heraus, womit einmal eine soziologische Kategorie angesprochen und zum anderen die zwingende theologische Relevanz dieses Begriffs betont wurde. So sieht denn auch der Uppsala-Bericht über den Heiligen Geist und die Katholizität der Kirche in der Menschheit sowohl den Kern der kirchlichen Bemühungen um die Einheit der Kirche wie auch den Rahmen, in dem sich diese Bemühungen manifestieren. Der Exekutivausschuß hat auch bereits die von der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung geplante Studie über die Relation zwischen Einheit der Menschheit und Einheit der Kirche genehmigt. Der recht umstrittene Uppsala-Bericht über Erneuerung in der Mission geht davon aus, daß der gegenwärtige Kampf der Menschheit um Freiheit, Gerechtigkeit und Gemeinschaft den Auftrag der Kirche, das Heil in Christus zu bezeugen, erhellt wie auch selbst durch diesen Auftrag erhellt wird. Die Abteilung für Weltmission und Evangelisation hat im Rahmen ihrer Studienarbeit bereits eine neue Studie über missionarische Partizipation in menschlichen Institutionen und ein Studienprogramm über den Dialog mit Menschen anderer Religionen und Weltanschauungen sowie über das Heil des Menschen eingeleitet. In dem Uppsala-Bericht über Entwicklung wird das Humanum zum grundlegenden theologischen Kriterium der Entwicklung erhoben, und in diesem Zusammenhang hat der Exekutivausschuß den WCC-Koordinierungsausschuß für Entwicklungsfragen – der ja auch in der Abteilung für Zwischenkirchliche Hilfe und in SODEPAX eine besondere Rolle spielt – ermächtigt, im Rahmen seines Programms eine Untersuchung über die theologischen Grundlagen und Kriterien der Weltentwicklung durchzuführen. Weiterhin hat der Exekutivausschuß das Referat für Kirche und Gesellschaft ermächtigt, einerseits den Schwerpunkt seines Programms auf die Analyse der Probleme menschlicher Freiheit und Entfaltung in zukunftsorientierten Gesellschaften zu legen, Gesellschaften also, die sich um die Planung und Kontrolle technologischer und sozialer Veränderungen im Sinne der Gestaltung der Zukunft bemühen, und andererseits die Relevanz Christi für diese Probleme zu klären. Der Dialog mit den säkularen Gesellschaftsideologien wird in dieser Studie einen bedeutenden Raum einnehmen. Die Abteilung für Ökumenische Aktivität hat Studien zu folgenden Problemkreisen eingeleitet: die Auswirkungen der sich wandelnden Arbeits- und Freizeitstrukturen, der Generationenkonflikte und die Akzentverschiebung im Dialog Mann – Frau über Begriff und Realität menschlichen Seins in der heutigen Welt. Die Studie des Referats für Kommunikation beschäftigt sich im wesentlichen mit dem Einfluß der Massenmedien auf den einzelnen und die Gesellschaft. Vor allem aber wird im Ökumenischen Rat ständig die Frage nach der Beziehung zwischen dem Humanum und den auf revolutionäre Veränderung der bestehenden Machtstrukturen zielenden machtpolitischen Strategien aufgeworfen, sei es auf Konsultationen über Rassenfragen, auf denen es um Mittel und Wege zur Durchsetzung von Gerechtigkeit für die nichtweißen Rassen gegenüber den Machtstrukturen der weißen geht, sei es im Rahmen der CCIA, wo diese Frage von den schwächeren Staaten aufgeworfen wird, die angesichts der militanten Haltung der mächtigeren um ihre Integrität und Freiheit kämpfen. Vielfach sind Gewalt wie Gewaltlosigkeit offenbar gleichermaßen wirkungslos und darum inhuman; angesichts dieser ausweglosen Lage gewinnt die Humanum-Studie, die das Sekretariat für Rassenfragen und die CCIA unter dem Aspekt des gesellschaftlichen Wandels angehen, unerhörte praktische Bedeutung. Diese und weitere Studien, die unter anderen Vorzeichen zum selben Thema – dem Menschen – durchgeführt werden, soll Dr. Jenkins gleichsam als Katalysator zu einer Synthese zusammenführen.

Man hat Uppsala vorgeworfen, mit der Betonung des Humanums und der Bewilligung eines Studienprogramms zum Thema Humanum die horizontale Dimension auf Kosten der vertikalen herausgestellt und damit gleichsam durch die Hintertür eine Variante des alten Humanismus um des Humanismus willen in die Ökumenische Theologie eingeführt zu haben. Die Gefahr ist sicherlich gegeben, doch die Kritik an Uppsala ist fehl am Platz, wurde dort doch der Versuch unternommen, die geschichtliche Verantwortung von der eschatologischen Erneuerung aller Dinge durch Menschwerdung, Tod und Auferstehung Christi her zu bestimmen. Der Konflikt zwischen dem eschatologischen Ziel der Mensch-

heit und der Verantwortung für das geschichtliche Ringen um Humanität ist nicht neu: Wenn also die in Uppsala entwickelte Vorstellung von einer partiellen Verwirklichung des eschatologischen Menschseins in der Geschichte und von der Kirche als Vorzeichen und Abbild eben dieser Humanität theologisch haltbar ist, so ist der Theologie und theologischen Ethik damit ein entscheidender Durchbruch gelungen. Fraglich ist nur, ob mit dem in Uppsala gewählten Ansatz die doppelte Gefahr einer Flucht aus der geschichtlichen Verantwortung und eines utopischen Triumphalismus in der Geschichte vermieden wird. Das dürfte es wohl, wenn auch nicht ohne Schwierigkeiten. Kennzeichnend für den in Uppsala entwickelten Humanum-Begriff ist folgendes:

1. Es wird klar erkannt, daß das Ferment des Evangeliums und die Gemeinschaft unter dem Evangelium wesentlich dazu beigetragen haben, die Kategorie des Humanums auszubilden und die großen Revolutionen unserer Zeit heraufzuführen, die sich in Technik, sozialer Gerechtigkeit, Weltgemeinschaft und Säkularisation darstellen und durch die der moderne Mensch neue Formen der Menschenwürde und das von Christus verheißene wahrhaft menschliche Leben zu erfüllen sucht.

2. Ebenso wird klar erkannt, daß ungeheure deshumanisierende Kräfte in diesen Revolutionen am Werk sind, die das menschliche Ziel der Humanität zu zerstören drohen.

3. In diesem Zusammenhang wird sehr genau die Relevanz des kirchlichen Verständnisses und Zeugnisses von Jesus Christus als dem Neuen Menschen begriffen, in dem Gott ein neues Menschsein – eine neue menschliche Natur und neue menschliche Gemeinschaft – anbietet, wird klar auch die Relevanz der Kirche als Vorschein der Menschheit gesehen, so daß Jesus Christus zum Maßstab des Humanums wird und im Ringen der Menschen um Humanität und eine gewisse Humanisierung des Lebens zur erlösenden Kraft.

4. Die Kirchen stehen unter dem göttlichen Gericht, weil sie mit den Menschen in ihrem Kampf nicht solidarisch genug sind und unfähig, die neue Humanität in Christus zu antizipieren.

5. In keinem Punkt jedoch gibt es so etwas wie Kontinuität zwischen der Humanität, die die Menschheit bereits in der Geschichte verwirklicht hat, und der eschatologischen Humanität in Jesus Christus. Das eine steht unter dem Gericht und der Gnade des anderen, das ein für allemal Gottes Zusage und Angebot in Jesus Christus ist.

Daß die Christologie, die diesem eschatologischen Humanismus zugrunde liegt, der östlichen und protestantischen Orthodoxie nicht ganz fremd ist, beweisen die Erklärungen zweier Theologen, die gleichsam den theologischen Rahmen von Uppsala absteckten. Metropolit Ignatios sprach in Uppsala von der „neuen Dynamik“, die das Christusereignis auslöse, und sagte, in diesem Zusammenhang sei die Auseinandersetzung zwischen „der Transzendenz der Begriffe und der Immanenz der Erscheinungen“ irrelevant, denn: „Das Ereignis des Neuen ist gerade deshalb in der Geschichte (sic), weil es sie transzendierte ... Die Inkarnation Gottes und die Vergöttlichung des Menschen sind ein und dasselbe Ereignis, nämlich das Ereignis des Neuen.“³ Und Dr. Berkhof forderte in einem Vorbereitungsdocument zur Studie von Glauben und Kirchenverfassung über „Gott in Natur und Geschichte“, man solle systematisch herausarbeiten, daß das Evangelium „die Vorstellung einer großen Bewegung vom Tieferen zum Höheren (vermittelt), die durch Entfremdung und Krisen, aber auch durch Versöhnung und Rettung hindurchgeht und so auf ihr letztes Ziel gerichtet ist, eine verklarte Menschheit in voller Gemeinschaft mit Gott. Der auferstandene Christus ist der Bürge und die Erstlingsfrucht dieses Ziels.“⁴

Solange der gekreuzigte und auferstandene Jesus von Nazareth als der bezeichnet wird, durch den allein der Mensch Vergebung, Sohnschaft und wahres Menschsein erlangt, bleibt Er der ganz Andere und das Ziel. Weder Transzendenz noch Eschatologie sind hier in Abrede gestellt. Und der Vorwurf, hier schlichen sich Liberalismus, Pantheismus und

3. Goodall: Uppsala 68, S. 315ff.

4. Hendrikus Berkhof: Gott in Natur und Geschichte: Entwurf eines Studiendokuments, in: Ökumenische Diskussion, hg. von der Studienabteilung des Ökumenischen Rates der Kirchen, Bd. 1, Nr. 3 (Genf, 1965), S. 177.

Historizismus durch die Hintertür ein, ist offensichtlich unbegründet. Man möchte hoffen, daß der Stab die Humanum-Studie im Dialog mit christlichen Theologen und Sozial- und Humanwissenschaftlern des westlichen Kulturkreises wie auch mit Vertretern anderer Weltanschauungen und Bewegungen zur Erneuerung des Menschen in nichtwestlichen Kulturen durchführt. Der Zentralaussschuß wird sich sicher eingehend mit dieser bedeutenden Studie über das Humanum beschäftigen wollen, da sie in den Kirchen inner- und außerhalb des Ökumenischen Rates eine theologische Erneuerung und mit den nicht-christlichen Religionen, Kulturen und Ideologien einen schöpferischen Dialog einleiten könnte.

Hinsichtlich der theologischen Fragen zur Humanität des Menschen forderte die Vollversammlung von Uppsala, die Programme des Ökumenischen Rates sollten die Rolle der Kirchen im gegenwärtigen Ringen um Weltgemeinschaft auf vier Ebenen spiegeln; auf der Ebene der Weltentwicklung, der rassischen Gerechtigkeit, des Weltfriedens und der Erziehung. Näheres über die Pläne zur Verwirklichung des Mandats von Uppsala werden Sie noch erfahren. Dennoch möchte ich hier kurz auf die Arbeit des Exekutivausschusses und der leitenden Amtsträger eingehen.

Der Zentralaussschuß erinnert sich gewiß, daß der Frage der Entwicklung auf der Vollversammlung von Uppsala und in dem von ihr definierten Arbeitsprogramm des Ökumenischen Rates eine gewisse Priorität eingeräumt wurde. Daraufhin haben mehrere Abteilungen und Referate dieses Thema als zentrales Anliegen aufgegriffen, namentlich die DWME, DICARWS, das Referat für Kirche und Gesellschaft und die Abteilung für Ökumenische Aktivität, wobei jede indes einen jeweils eigenen Ansatz entwickelte. Stärker ausgebaut wurde auch das gemeinsam mit dem Vatikan durchgeführte Programm „Entwicklung, Gerechtigkeit und Frieden“ (SODEPAX). Die WCC-Arbeitsgruppe, die sich aus Vertretern verschiedener Einheiten des Ökumenischen Rates zusammensetzt, koordiniert die Tätigkeiten des WCC in diesem Feld und erleichtert die Mitarbeit an SODEPAX-Programmen. Durch den geplanten Ausschuß für Entwicklungsfragen, über dessen Bildung Sie zu beschließen haben, soll diese Arbeit weiter ausgebaut werden. Der Exekutivausschuß hat die Fortschritte in diesem Bereich geprüft und in der Entwicklungsverantwortung des Ökumenischen Rates fünf Tätigkeitsgebiete gebilligt, und zwar entwicklungspolitische Bewußtseinsbildung, technische Projekthilfe, den bestmöglichen Einsatz der neuen von den Kirchen bereitgestellten Entwicklungsgelder, Dokumentations- und Publikationsdienst und theologische Reflexion. Die Reaktion auf den Appell der Vollversammlung an die Kirchen, einen bestimmten Prozentsatz ihrer Haushaltsmittel für Weltentwicklung bereitzustellen, war erstaunlich gut, und so hat der Exekutivausschuß die Einberufung einer Konsultation gebilligt, die beraten soll, wie und durch wen die neuen kirchlichen Entwicklungsgelder am besten weitergeleitet werden. Letztlich können die Probleme der Entwicklungsregionen nur durch staatliche und zwischenstaatliche Initiativen und die Schaffung eines entwicklungsfördernden Weltwirtschaftssystems gelöst werden. Darum sprach sich der Exekutivausschuß klar und deutlich dafür aus, der entwicklungspolitischen Bewußtseinsbildung, die auf wirksames politisches Handeln im Sinne der Weltentwicklung abzielt, in Entwicklungs- wie entwickelten Ländern weiterhin absolute Priorität einzuräumen. Es wurde denn auch vorgeschlagen, einen Teil der neuen kirchlichen Gelder in den entwickelten Ländern selbst für diesen Zweck einzusetzen. Jedenfalls wäre es nicht sinnvoll, ausschließlich zwischenkirchliche Stellen mit der Verwaltung der neuen Entwicklungsgelder zu betrauen. Das würde das Verhältnis zwischen Kirche, Gesellschaft und Staat in den Entwicklungsländern beeinträchtigen und gegebenenfalls einen Rückschritt in den kirchlichen Beziehungen zwischen entwickelten und Entwicklungsländern bedeuten. Im Exekutivausschuß wurde mit Nachdruck die Meinung vertreten, daß die neuen Gelder über säkulare – Regierungs-, zwischenstaatliche oder andere – Stellen und Programme eingesetzt und gemäß den Entwicklungszielen und -plänen der Empfängerländer verwendet werden sollten. Zwar werden die WCC-Arbeitsgruppe für Entwicklung und SODEPAX von den besten Entwicklungsexperten der Kirchen und der Vereinten Nationen beraten und führen sie auf den mancherlei Gebieten der Entwicklung ein wohlgedachtes Programm in verschiedenen Teilen der Welt durch. Gleichzeitig aber fragt man sich überall mit wachsender Besorgnis, ob nicht die Zweite Entwicklungsdekade ein ebensolcher Fehl-

schlag wie die Erste sein wird, weil festverankerte Machtstrukturen die Ausbildung nationaler und internationaler Wirtschaftsstrukturen zur Förderung der Weltentwicklung verhindern. Darum ist die Arbeit des Ökumenischen Rates in diesem Feld wichtiger denn je.

Uppsala forderte den Ökumenischen Rat auf zu prüfen, wie die Kirchen am Kampf um rassische Gerechtigkeit teilnehmen können in einer Welt, in der das wachsende Selbstbewußtsein der nichtweißen Rassengruppen auf eine zunehmend militante Haltung seitens der bestehenden Machtstrukturen, des Establishments, stößt. In diesem Zusammenhang billigte der Exekutivausschuß in Tulsa die Einberufung einer Gipfelkonsultation über Rassismus nach London, prüfte das Programm und die Teilnehmerliste und bat Senator McGovern, den Vorsitz zu führen. Diese Tagung war ein höchst bedeutsames Ereignis. Aufgrund der Ergebnisse der Konsultation und einer entsprechenden Empfehlung des Stabes hat der Exekutivausschuß Anfang dieser Woche beschlossen, Ihnen ein WCC-Programm zur Beseitigung des Rassismus in der heutigen Welt zur Kenntnisnahme und Beschlußfassung vorzulegen. Dr. Blake wird näher auf diesen Punkt eingehen. Ich möchte lediglich die Bedeutung dieses Programms für Leben und Mission der Kirche in der heutigen Welt unterstreichen.

Ein weiterer Tätigkeitsbereich des Ökumenischen Rates sind nach wie vor die internationalen Angelegenheiten, die von der CCIA wahrgenommen werden. In Konsultation mit der CCIA prüft der Exekutivausschuß auf seinen Tagungen weltpolitische Krisen und Spannungen und beschließt entsprechende Maßnahmen. In dringenden Fällen, in denen es eindeutig um die von der Vollversammlung niedergelegten Prinzipien der internationalen Zusammenarbeit geht, nehmen die leitenden Amtsträger der CCIA Stellung. So gaben sie im April 1968 eine Erklärung ab, in der die militärische Invasion der Sowjetunion und anderer Warschauer-Pakt-Staaten in der Tschechoslowakei bedauert und zur Normalisierung des sozialistischen Internationalismus der Abzug des Militärs gefordert wird. In ihrer Vietnam-Erklärung lehnte die Vollversammlung von Uppsala die einseitige Einmischung einer Großmacht in die inneren Angelegenheiten eines kleinen Landes grundsätzlich entschieden ab.

In Anbetracht der jüngsten weltpolitischen Entwicklungen befaßte sich der Exekutivausschuß außer mit Fragen des Atomfriedens und der internationalen Abrüstung auch mit dem Recht der kleinen, nichtatomaren Staaten im Zusammenleben der Völker. Der Exekutivausschuß ermächtigte die CCIA, eine christliche Weltkonferenz über Abrüstungsfragen zu veranstalten und forderte sie auf, u. a. folgende Fragen zu untersuchen: „die Beziehungen zwischen großen und kleinen Staaten, das Recht der nichtatomaren Mächte auf Teilnahme an lebenswichtigen Entscheidungen und die Gefahr der Zementierung der bestehenden Ordnung auf Kosten notwendiger Veränderungen“. Weiter beschäftigte sich der Exekutivausschuß mit Konflikten und Spannungen, wie sie in Vietnam, dem Nahen Osten, Nigeria und Rhodesien bestehen, und beschloß Maßnahmen, durch die aus christlicher Verantwortung heraus das Leid gelindert und die Kräfte des Friedens und der Gerechtigkeit gestärkt werden sollen. Je weniger sich die Mitgliedskirchen darüber einig sind, welchen Standpunkt sie in konkreten Fällen wie auch allgemein hinsichtlich der Prinzipien des internationalen Zusammenlebens einnehmen sollen, desto weniger ist der Dialog zwischen den einzelnen Mitgliedskirchen des Ökumenischen Rates, um die Kriterien für Stellungnahmen und Aktionen des Ökumenischen Rates klar und deutlich zu formulieren, desto notwendiger sind ferner gründliche, objektive Analysen der politischen und gesellschaftlichen Kräfte, die in Krisensituationen mitspielen. Die Aufgabe der Bewußtseinsbildung und Formulierung von Kriterien verdient fraglos mehr Bedeutung als bisher. Selbstredend kann es sich hierbei nicht um einen Ersatz handeln für das, was der Ökumenische Rat tun kann und soll, um in Krisensituationen präsent zu sein – sei es durch die Vereinten Nationen oder auf andere Weise, durch diplomatische Beziehungen zu den Entscheidungszentren innerhalb der Machtstrukturen etwa – und um auf weitere Schritte zur Herstellung von Gerechtigkeit und Frieden zu drängen. In diesem Bereich hat die CCIA unter Führung von Dr. Nolde, der Ende 1968 aus dem Amt geschieden ist, eine bedeutende Tradition geschaffen, und ich hoffe, daß Dr. Nilus, den der Exekutivausschuß zum neuen Direktor bestellt hat, gemäß dem neuen in Uppsala erteilten Mandat

einen neuen Stil und neue Ausdrucksformen entwickeln wird, um das Bemühen der Kirchen um internationale Gerechtigkeit und Frieden zu konkretisieren und den Kirchen die damit angesprochenen eigentlichen Probleme bewußt zu machen. Der Zentralausschuß ist aufgerufen, sich nicht nur mit den internationalen Krisensituationen, sondern auch den wesentlichen Zielsetzungen des Ökumenischen Rates im Bereich der internationalen Angelegenheiten zu beschäftigen.

Das neugebildete Büro für Bildungsfragen, das Möglichkeiten des kirchlichen Beitrags zum Bildungswesen in einer säkularen Gesellschaft sondieren und die immensen Probleme der christlichen Erziehung und theologischen Ausbildung im Zusammenhang mit dem Generationenkonflikt untersuchen soll, verfügt nunmehr über seinen vollen Mitarbeiterstab und hat seine Tätigkeit erfolgreich begonnen. Der Exekutivausschuß hat sich bereits über den Verlauf der Verhandlungen über den Zusammenschluß des Weltrates für Christliche Erziehung und des Ökumenischen Rates der Kirchen informiert und den Plan gebilligt, einen Entwurf für einen Fonds zur Erneuerung der Bildungsarbeit auszuarbeiten, der dem WCCE und dem WCC unterstellt und die Bildungsarbeit der beiden Trägerorganisationen und ihrer Mitglieder fördern würde.

Grundsatzfragen wurden im Exekutivausschuß hinsichtlich der Bestellung von Arbeitsausschüssen der Abteilungen und Referate aufgeworfen. Die Diskussion ging über die Entwicklung geeigneter Verfahren, um eine angemessene Vertretung bestimmter Regionen und Konfessionen sowie der Laien zu gewährleisten, die in den betreffenden Ausschüssen im allgemeinen nur unzureichend repräsentiert sind. Stärker als je zuvor hatte ja auch die Vollversammlung von Uppsala betont, daß der Ökumenische Rat ein wirklich weltweites und weltoffenes Organ sein soll, und damit die Notwendigkeit einer größeren Mitwirkung der betreffenden Gruppen an Planung und Durchführung der WCC-Programme unterstrichen. Es geht hier nicht in erster Linie um das geographische und konfessionelle Gleichgewicht (das wäre zu legalistisch gedacht), sondern darum, wie die Kirchen in der ganzen Welt geistig und geistlich am besten zur Gestaltung und Durchführung von WCC-Programmen beitragen und das Laienpotential in den Kirchen (Frauen und Jugend eingeschlossen) am sinnvollsten in diesen Prozeß einbezogen werden können. Im Exekutivausschuß wurde die Frage der Vertretung der nichtwestlichen Welt in ihrer dreifachen Ausprägung – Orthodoxie, Osteuropa und die zwei Drittel der Welt ausmachenden asiatischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Länder – sowie der Ausschußmitgliedschaft der Laien angeschnitten und erörtert. Da die Zeit zu einer eingehenden Prüfung der Zusammensetzung der Arbeitsausschüsse, die der in Uppsala gewählte Zentralausschuß aus ähnlichen Erwägungen heraus empfohlen hatte, fehlte, beschloß der Exekutivausschuß, folgende Empfehlung an den Zentralausschuß zu richten: daß der Zentralausschuß vor der nächsten Überprüfung der Ausschußmitgliedschaft (d. h. vor der nächsten Zentralausschußtagung in Äthiopien) „eingehend die Verfahren zur Wahl der Arbeitsausschüsse von WCC-Abteilungen und -referaten prüft, um festzustellen, ob eine nach geographischen, konfessionellen u. a. Gesichtspunkten ausgewogenere Zusammensetzung der Ausschüsse möglich ist“. In diesem Zusammenhang stellte der Exekutivausschuß auf seinen Tagungen in Uppsala, Tulsa und Canterbury fest, daß letztlich vor allem die leitende Mitarbeiterschaft den weltweiten Charakter und Auftrag des Ökumenischen Rates widerspiegeln und entsprechend geändert werden müsse. Bei dieser Gelegenheit kam auch die Personalpolitik zur Sprache – ein Punkt, der weiterer Diskussion bedarf. Über das Ziel ist man sich allgemein einig. Es fragt sich nur, wie man die praktischen Schwierigkeiten überwinden soll.

Der Bericht des Generalsekretärs in Canterbury lautete:

Das Jahr seit der Vierten Vollversammlung in Uppsala ist ein Jahr ökumenischer Bewegung gewesen. Zum Teil entstand diese Bewegung aus den Einsichten und Weisungen der Vollversammlung selbst. Die Mitarbeiter des Ökumenischen Rates wurden durch die Bildung ihrer Abteilungs- und Referatsausschüsse beansprucht, dadurch, die Mitglieder dieser Ausschüsse kennenzulernen und konkrete Programme auszuarbeiten, die von jenen diskutiert, ergänzt und gebilligt werden könnten. Die Ausschüsse haben nun ihre ersten Tagungen hin-

ter sich – sie sind unmittelbar vor dem Beginn unserer ersten Tagung als neuer Zentralausschuß zu Ende gegangen.

Zum ändern ist diese Bewegung in der Ökumene durch die sich rasch verändernde Welt und durch Ereignisse in dieser Welt und in den Kirchen verursacht worden, die keinerlei Kausalzusammenhang mit dem Reden und Handeln in Uppsala aufweisen. Die erste Hälfte des Jahres 1969 trägt kaum ein anderes Antlitz als das Vorjahr, das – mit den Worten der Botschaft der Vollversammlung – durch „aufsehenerregende Schritte in wissenschaftliches Neuland, den Protest revoltierender Studenten, das Erschrecken über politische Morde, kriegerische Zusammenstöße“ gekennzeichnet war. Gewalt hat sich nicht vermindert; Männer standen auf dem Mond und sahen hinüber zur Erde in neuer Perspektive; Kriege dauern fort, neue Zusammenstöße drohen; in den Universitäten und Schulen stehen Studenten noch immer gegen die Autorität und gegeneinander auf; Tom Mboya ist ermordet worden. Auf Ereignisse wie diese und auf fortgesetzte Tendenzen in der Welt und in den Kirchen eingehend, haben die Mitarbeiter des Ökumenischen Rates sich weiterhin bemüht, sorgfältig auf die einander widersprechenden Stimmen zu hören und nicht zu erlauben, daß die ausgefahrenen Gleise von Einstellungen, Programmen und Strukturen eine schöpferische Antwort des Rates auf die Ereignisse unserer Zeit verhindern würden.

Das am häufigsten zur Charakterisierung dieser letzten zwölf Monate benutzte Wort ist Polarisierung. Es ist das neueste einer Serie von Wörtern, die im ökumenischen Jargon Mode werden, um allmählich anderen Platz zu machen. Vor nicht allzu langer Zeit war es das Wort Frustration. Andere waren Handeln, Relevanz usw.

Während mir durchaus klar ist, daß sich die Mode auch in Wörtern ändert, sobald die Leute eines Modewortes müde geworden sind, werde ich nichtdestoweniger den Begriff Polarisierung in diesem Bericht als einen Rahmen verwenden, in den ich die ökumenischen Hauptereignisse und -anliegen dieses Jahres hineinstellen möchte. Doch bevor ich mich der Sache dieses Berichtes zuwende, möchte ich diesen Begriff noch ein wenig eingehender bedenken.

Meistens wird er in negativem Sinn gebraucht. In einem Brief des Präsidenten eines theologischen Seminars in Amerika finde ich folgenden Passus:

„Ich bin zutiefst beunruhigt über die Polarisierung in unserer Volksgemeinschaft. Das eine Extrem sind wilde Schreie: ‚Reißt ein! Brennt nieder! Unsere Gesellschaft ist verdorben bis ins Mark und nicht wert, erhalten zu bleiben. Und wir brauchen auch nicht zu sagen, was aus den Trümmern entstehen wird – wenn überhaupt etwas!‘ Sollten diese Kräfte die Oberhand behalten, dann kann es nur eines geben: Chaos. Als gegenteiliges Extrem hört man erschrecktes Schreien nach ‚Recht und Ordnung um jeden Preis, Holt die Polizei! Schießt die Dreckfinken über den Haufen. Macht sie mit Gas kampfunfähig. Der Status quo muß erhalten bleiben!‘ Wenn diese Kräfte ihren Willen haben, dann kann es auch nur eines geben: Tyrannei. Chaos oder Tyrannei – keines von beiden ist die christliche Antwort.“

Diese Sätze werden nicht zitiert, um die damit gegebene Analyse der gesellschaftlichen Situation, in der dieses amerikanische theologische Seminar steht, zu bestreiten. Vielmehr mögen sie zur Illustration einer weitverbreiteten Reaktion auf die offensichtliche Polarisierung der Gesellschaft dienen. Man könnte mit ebenso berechtigter Beunruhigung Beispiele von Polarisierung in der Theologie, in der Führung und Ordnung der Kirchen, in der Missiologie anführen.

Ohne die alarmierenden Möglichkeiten zunehmender Polarisierung in einem oder allen diesen Berichten bestreiten zu wollen, möchte ich Sie nun aber auch auf eine andere Möglichkeit hinweisen, die in diesem Begriff liegt. Man vergegenwärtige sich einmal eine Ellipse und denke an Polarität im geometrischen Sinn. Eine Ellipse hat zwei Pole, statt eines Mittelpunkts wie der Kreis. Je weiter die Pole voneinander entfernt sind, desto länglicher ist das Gebilde – desto weiter entfernt vom „vollkommenen“ Kreis, dem die Bewunderung der antiken Mathematiker gehörte. Andere, vertraute Modelle der Polarität finden sich in der Chemie und der Physik. In der Elektrolyse stehen sich der positive und negative Pol gegenüber, und nur so ergibt sich die Reaktion. Stärkere Polarisierung bedeutet hier größere Dynamik, mehr Kraft, erhöhte Produktivität.

Wenn ich nun diesen Begriff der Polarisation als Grundstruktur meines Berichtes verwende, tue ich das, weil ich meine, daß es sowohl die Gefahren als auch die verheißungsvollen Möglichkeiten unserer Zeit zum Ausdruck bringt. Und im Rahmen christlichen Glaubens und christlicher Hoffnung ist es, denke ich, wichtiger, die neuen und erregenden Möglichkeiten unserer sich zunehmend polarisierenden Zeit zu betonen, als in Furcht vor den großen Gefahren, denen wir gegenüberstehen, zu erstarren.

In der Geschichte hat immer wieder gerade der Vorgang zunehmender Polarisation den Grund für einen Fortschritt des Denkens und Handelns gelegt. Abälards „*Sic et non*“ machte der frühen Scholastik des Mittelalters große Schwierigkeiten, trug jedoch zu den Anfängen einer besseren scholastischen Arbeit bei. Die Antinomien Kants und der Hegel'schen Dreischritt These – Antithese – Synthese legten den Grund für die Überwindung der sterilen Debatten zwischen Realisten und Idealisten. Und in unserem Jahrhundert haben die Paradoxa eines Chesterton und Shaw zwar viele an intellektuelle Ordnung gewöhnte Geister irritiert, aber zu einer Vertiefung der soziologischen Analyse angeregt. Ich hoffe und glaube, daß durch die zunehmende Polarisation, die immer zu Brüchen und Spaltungen zu führen droht, doch vielmehr Gott uns die nötige Demut lehrt, daß wir fortfahren, voneinander zu lernen, damit unsere Einheit immer dynamischer werde.

I. Theologische Entwicklungen

Das Jahr seit Uppsala ist in theologischer Hinsicht kaum ein aufregendes gewesen. Ökumenische Theologen haben die Sektionsberichte der Vollversammlung untersucht und der Kritik unterzogen. Reaktionen auf die Ergebnisse von Uppsala reichten über die ganze Skala von höchstem Lob bis zum Abtun als unwichtig. Im allgemeinen kann man sagen, daß ein sorgfältiges zweites Prüfen positiver ausfiel als die ersten Urteile derer, die nicht selber dabei waren und sich für ihre Urteile lediglich auf die Dokumente beriefen. Die Teilnehmer selber stimmten im allgemeinen darin überein, daß zukünftige Vollversammlungen mehr Zeit für verantwortliche theologische Arbeiten finden müßten. Ferner bestand allgemein die Überzeugung, daß eine Sektion auf der Vollversammlung dann gute Arbeit leisten kann, wenn sorgfältige Vorarbeit auf ökumenischer Ebene geleistet worden ist.

Es sind vor allem zwei theologische Probleme, die seit Uppsala eingehend genug diskutiert worden sind, um sagen zu können, daß Uppsala dazu nicht das letzte Wort gesprochen hat. Beide scheinen nicht nur den Kreis der Theologen, sondern auch den der Mitglieder unserer Kirchen im ganzen zu polarisieren. Sie hängen eng miteinander zusammen, sind aber zu unterscheiden. Das erste läßt sich als Frage folgendermaßen formulieren: Rechtfertigt das eschatologisch und historisch richtig verstandene Evangelium wirklich die gegenwärtige starke Inanspruchnahme des Ökumenischen Rates durch Aufgaben im sozialen, wirtschaftlichen und politischen Bereich, beispielsweise den betonten Einsatz der Vollversammlung in Uppsala für die Entwicklungshilfe? Zwar hat der Ehrenpräsident des Ökumenischen Rates in seinem Vortrag vor der Vollversammlung sehr eindringlich darüber gesprochen, daß „kein horizontaler Fortschritt ohne vertikale Orientierung“ möglich ist, und diesen Abschnitt mit den für mein Empfinden schlechthin überzeugenden Worten beschlossen: „Es muß uns klar werden, daß die Kirchenglieder, die in der Praxis ihre Verantwortung für die Bedürftigen irgendwo in der Welt leugnen, ebenso der Häresie schuldig sind wie die, welche die eine oder andere Glaubenswahrheit verwerfen.“⁵ Doch ist es durchaus nicht klar, daß alle Kirchen und alle Theologen so denken. In Deutschland fand im Oktober vorigen Jahres eine Nachversammlung der Uppsala-Teilnehmer statt, die die Zulässigkeit und Angemessenheit des Sicheinlassens der Kirche als Kirche auf die Entwicklungsproblematik in Frage stellte. In den Vereinigten Staaten müssen starke Gruppen in den Mitgliedskirchen (keineswegs nur auf die konservativen Evangelikalen beschränkt) noch davon überzeugt werden, daß die in Uppsala eingeschlagene Richtung sozialer und politischer Ethik ein wesentlicher Bestandteil des Evangeliums ist. Unsere orthodoxen Mitglieder, die durch das Feuer jahrzehnte- und jahrhundert-

5. Goodall: Uppsala 68, S. 335ff.

langer Unterdrückung durch feindliche staatliche und religiöse Kräfte hindurchgegangen sind, sind sehr beunruhigt über die Tendenz, die als ein flacher westlicher Aktivismus verstanden werden könnte. Offensichtlich besteht heute die Gefahr einer Polarisierung zwischen denen, die die vertikale Dimension des christlichen Glaubens betonen, und denen, die auf einer radikalen Umgestaltung der gesellschaftlichen und kirchlichen Strukturen im horizontalen Sinn bestehen, wenn die Kirche für die Menschheit relevant sein soll. Doch ist es nicht wahr, daß diese Polarisierung in dynamischem Sinn heute unsere Hoffnung ist? Wir alle möchten die Karikatur eines Christentums vermeiden, das dadurch, daß es sich aus der Geschichte heraushält, diese sinnlos machen würde. Ebenso möchten wir alle die andere Karikatur eines Christentums vermeiden, das sich mit dem materialistischen Utopismus der säkularen Gesellschaft identifiziert. Kein Zweifel, daß die beiden Pole voneinander entfernt sind und die Polarisierung weiter besteht. Doch ebensowenig ist es zu bezweifeln, daß beide Pole wesentliche Elemente des Christentums des neuen Testaments darstellen und daß die ökumenische Bewegung hervorragend dazu in der Lage ist, beide umfassen und dadurch den Kirchen Auftrieb für ihre dynamische Erneuerung geben zu können.

Das zweite theologische Problem, das in diesem Jahr eingehend diskutiert worden ist, besteht darin, ob die heutige gängige theologische Betonung des Studiums des Menschen wirklich mehr als eine vorübergehende Mode ist, eine Schwingung des Pendels, oder, noch schlimmer, ein Zeichen dafür, daß wir zusammen mit den Säkularisten zu Agnostikern geworden sind. Manche Kritiker haben die theologische Tendenz des Ökumenischen Rates so hingestellt, als ob unser Interesse am Menschen bedeute, daß wir nicht mehr an Gott glaubten. Einige von ihnen waren offensichtlich nicht überzeugt, daß die Vollversammlung Aussagen aus ihrer Mitte ernst nahm wie: „Das schöpferische Neue ist der lebendige Gott, doch es ereignet sich in unserer Welt als der Christus, sein Mensch gewordener Logos und Sieger über den Tod“⁶ oder: „Wir haben keine andere Wahl: Entweder wir bekennen Christus als endgültig, oder wir bekennen ihn überhaupt nicht. An diesem Punkt können wir mit den großen Religionen und mit dem Säkularismus nicht den geringsten Kompromiß schließen“⁷ oder: „Das ganze Geheimnis des christlichen Glaubens liegt darin, daß er sich auf den Menschen konzentriert, weil Gott in seinem Zentrum steht. Wir können nicht von Christus als dem Menschen für andere sprechen, wenn wir nicht auch von ihm als dem Menschen sprechen, der von Gott kam und für Gott lebte.“⁸

Damit soll indessen keineswegs gesagt werden, daß in Uppsala nicht Stimmen laut wurden, die die klassischen Ausdrucksformen der Christen für ihren Glauben an Gott nicht bis in die Tiefen in Frage gestellt hätten. Und in der Frage der Mission gab es in Uppsala und gibt es in unseren Kirchen deutlich polarisierte Gruppen, die soweit gehen, daß sie sich gegenseitig als Obskuranten und agnostische Humanisten bezeichnen. Ich freue mich, mitteilen zu können, daß wir im Laufe dieses Jahres einen hervorragenden Gelehrten haben finden können, der die Studienarbeiten über das „Humanum“ anregen und koordinieren wird, die im Zentrum des Studienprogramms vieler Einheiten des Rates stehen werden, und daß dieser neue Mitarbeiter dem Zentralausschuß vorgestellt werden wird, um dann seine Arbeit zu beginnen. Diese koordinierten „Humanum-Studien“ lassen zusammen mit den Bemühungen der Abteilung für Weltmission und Evangelisation um das Verstehen des Verhältnisses zwischen Verkündigung und Dialog, der Vorbereitung ihrer verschobenen Kommissionskonferenz über das Thema „Das Heil der Welt heute“ und ihrem Vorstoß zu neuen und interessanten Beziehungen mit Menschen des „modernen nichtchristlichen Glaubens“ erkennen, daß der Ökumenische Rat den Mut zu der Überzeugung hat, daß das gegenwärtige theologische Chaos in unseren Kirchen nicht hoffnungslos ist und daß die Polarisierungen ebenso sehr eine Verheißung für die Erneuerung des Glaubens wie eine Drohung theologischer Spaltungen sind.

6. A.a.O. S. 313.

7. A.a.O. S. 305f.

8. A.a.O. S. 318.

II. Politische Ereignisse

Die rasche Entwicklung in der Welt zu technologischer Interdependenz dauert auch 1969 an, ohne daß ausreichender Fortschritt in der Entwicklung zur Weltgemeinschaft erkennbar ist, der doch allein die Fortschritte der Technologie zum Grund der Hoffnung statt zu einer Bedrohung der Existenz werden läßt. Es ist wahr, daß die Beziehungen zwischen den beiden Supermächten sich nicht in dem Maße verschlechtert haben, als man auf die Ereignisse in Europa im August vorigen Jahres und die Wahlen in den Vereinigten Staaten im November hin hätte erwarten können. Doch reicht die Détente nicht aus, um einen wirklichen Beitrag zum Frieden in den schlimmsten Krisenherden der Welt zu leisten: dem Nahen Osten, Vietnam, Südafrika und Nigeria. Zunehmende Spannungen zwischen der Sowjetunion und China, Griechenland und dem Rest Europas, Südafrika und dem ganzen übrigen Kontinent sind nicht ermutigend für jeden, der nach dem auf weltweite Gerechtigkeit gegründeten Frieden sucht. Bevölkerungswachstum und steigende Erwartungen der Armen überall bedrohen die Grundstrukturen der Weltgesellschaft, während das Establishment überall nicht fähig und nicht willens zu sein scheint, mehr zu tun als hier und da in den sich wiederholenden Krisen ein Pflaster aufzulegen. Bis jetzt läßt sich noch nicht erkennen, daß die Reichen und Mächtigen zu einer angemessenen Antwort auf die Forderungen der Mehrheit der Menschen nach einer gerechten Weltordnung bereit sein werden. „Zuwenig und zu spät“ scheint das Urteil der Geschichte über unsere Zeit zu sein.

Da Kriege zwischen Staaten, gewaltsame Revolution gegen Regierungen und Gewaltherrschaft von Regierungen nur die äußersten Folgen einer unkontrollierbaren Polarisierung zwischen Gruppen von Menschen sind und da eben diese politische Polarisierung gegenwärtig das bloße Überleben der Menschheit bedroht, lassen Sie mich an einige Bemühungen des Ökumenischen Rates im Laufe der vergangenen zwölf Monate erinnern. Wir erwarten keine Lobreden auf das, was geleistet worden ist, noch meinen wir, daß alles, was wir getan haben, bei allen Mitgliedern dieses Ausschusses gleiche Billigung finden wird.

Was zunächst die Kommission der Kirchen für Internationale Angelegenheiten betrifft, erinnere ich daran, daß eine erweiterte Verfassung von der Vollversammlung gebilligt worden war. Am 1. Juli dieses Jahres nahm ein neuer Direktor seine Arbeit auf. Die erste volle Sitzung des Stabes und des Exekutivausschusses liegt nur zehn Tage zurück. Der Inhalt ihrer Vorschläge wird Ihnen ordnungsgemäß im Bericht der CCIA vorgelegt werden. Doch sollte ich hier auf die Grundsätze eingehen, nach denen wir bei der Umorganisation und Erneuerung der Kommission und ihres Stabes vorgegangen sind. a) Wir haben darauf hingearbeitet, daß sie ein Instrument auf Weltebene werde, das dem Ökumenischen Rat, seinen Mitgliedskirchen, den nationalen Christenräten und den konfessionellen Weltfamilien dienen kann und das seine Orientierung von der Nordatlantischen Gemeinschaft auf alle sechs Kontinente und die Inseln im Pazifik ausweitet. Dies ist nicht eine Kritik der Vergangenheit, welche die früheren Führer der CCIA nicht selber geteilt hätten. Doch sowohl ihr geschichtliches Erbe als auch finanzielle Grenzen hinderten die CCIA in ihren zwei Jahrzehnten verdienstvoller Arbeit an einem Ausbrechen aus der nordatlantischen – um nicht zu sagen angelsächsischen – Vorherrschaft über ihre Ideen und Programme. Der neue Direktor kommt aus Lateinamerika. Sollte es uns gelingen, die notwendigen finanziellen Mittel zu finden (was gegenwärtig nicht aussichtslos erscheint), dann werden wir zusätzliche Mitarbeiter aus Afrika, Asien und Osteuropa haben. Dieses Jahr wurden die Mittel zur Verfügung gestellt, eine weiterreichende Repräsentation auf der Tagung des Exekutivausschusses als je zuvor zu gewährleisten. b) Ohne die professionelle Arbeit an den politischen und diplomatischen Alltagsaufgaben, die immer eine besondere Stärke des CCIA-Programms gewesen ist, schmälern zu wollen, ist man allgemein der Ansicht, daß Programme für Forschungsarbeit für die Erziehung der Mitgliedskirchen und für Beziehungen mit den Sonderorganisationen der UNO intensiviert werden müssen. c) Stärkere Beteiligung der CCIA an der Arbeit der anderen Einheiten des Ökumenischen Rates und deren stärkere Beteiligung an der Arbeit der CCIA ist der Hintergrund, daß der neue Direktor seinen Sitz in Genf statt in New York hat. Natürlich wird all dies Geld kosten. Unsere Hoffnung auf Fortschritt wird nicht nur von den verschiedenen Budgets des Öku-

menischen Rates selber, sondern auch den Kirchen und angeschlossenen Organisationen abhängen, denen wir durch die CCIA dienen, wenn wir die Möglichkeiten einer baldigen Erhöhung oder erstmaliger finanzieller Unterstützung überprüfen.

Nun möchte ich einiges zu Schritten und Entwicklungen im Bereich internationaler Angelegenheiten sagen, an denen ich selber und die Amtsträger Ihres Ausschusses direkt beteiligt waren. Erklärungen wurden zu den Ereignissen im August vergangenen Jahres in der Tschechoslowakei abgegeben, und mehr als ein Appell wurde an beide Seiten des Konflikts in Nigeria gerichtet.

Von Kirchen in einigen Ländern Osteuropas, darunter der UdSSR, wurde Kritik sowohl an der Form als auch am Inhalt der Erklärung der leitenden Amtsträger geäußert. Dabei wurde jedoch der Rahmen der brüderlichen Gemeinschaft im Ökumenischen Rat nicht verlassen, ein Umstand, für den die Amtsträger zutiefst dankbar sind. Die Abgabe einer Erklärung war indessen wichtig, nicht nur um der hier betroffenen Prinzipien willen und auch nicht nur wegen der Bitte der am meisten betroffenen Mitgliedskirchen, sondern auch deshalb, weil weithin behauptet wurde, der Ökumenische Rat sei nicht fähig und nicht willens, in der Öffentlichkeit kritisch von der UdSSR zu sprechen, wie er es immer wieder von den USA und anderen Regierungen getan hat. Auch wenn sich keine unserer Mitgliedskirchen in derselben Lage befindet, sollte es uns dieser Ausschluß doch abnehmen, daß der Ökumenische Rat stets bemüht sein wird, in jedem internationalen Konflikt allen Seiten gerecht zu werden, selbst wenn es nicht allen Mitgliedskirchen leicht fällt, seinen Intentionen zuzustimmen oder seine Beschlüsse zu billigen.

Keiner der Uppsala-Teilnehmer war allzu glücklich über die Leistung der Vollversammlung in bezug auf den Bürgerkrieg in Nigeria. Und ich selber bin keineswegs zufrieden mit dem, was wir seitdem haben tun können. Wir sind von starken Gruppen unserer Mitglieder auf beiden Seiten scharf kritisiert worden für manches, was wir getan, und für anderes, was wir unterlassen haben. Wir haben uns als Ökumenischer Rat standhaft geweigert, die politischen Ziele der Bundesregierung von Nigeria, die von ihnen als solche bezeichnete Rebellion zu unterdrücken, ebenso wie diejenigen von Biafra, das seiner Meinung nach einen lebenswichtigen Kampf um Unabhängigkeit und gegen die Drohung der Knechtschaft oder Ausrottung kämpft, zu unterstützen.

Während des ganzen Jahres hat der Ökumenische Rat öffentlich und privat Initiativen ergriffen, um zu vermitteln und zu versöhnen, um einen Weg zu Waffenstillstand und Frieden zu suchen. Manchmal hatten wir Hoffnung, und manchmal waren wir fast völlig der Frustration und Verzweiflung erlegen. Doch wir hoffen weiter. Wir folgen weiter jedem Wink, der einen verheißungsvollen Weg zum Frieden weisen könnte. Wir ergreifen weiterhin Initiativen.

Dies alles wurde noch besonders kompliziert durch unser grundlegendes humanitäres Verantwortungsbewußtsein für die leidenden Männer, Frauen und Kinder auf beiden Seiten der Front in diesem Konflikt. Die Front wechselt von Woche zu Woche und von Monat zu Monat. In Uppsala beschlossen wir, unsere eigenen Hilfssendungen an und durch die *de facto* getrennten Christenräte auf beiden Seiten gehen zu lassen. Um unsere politische Neutralität zu wahren, haben wir als Ökumenischer Rat trotz vieler schmerzlicher Erfahrungen das Internationale Komitee des Roten Kreuzes unterstützt, das sich bemühte, politisch neutral zu bleiben und seine Hilfe in einer für die souveräne Bundesregierung von Nigeria annehmbaren Form dorthin zu schicken. Zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Berichts (d. h. vor vier Wochen) war das Rote Kreuz aus seiner Rolle als Koordinator der Hilfeleistungen von der Bundesregierung entbunden worden, und verzweifelte Anstrengungen wurden unternommen, Möglichkeiten zu finden, durch eine genügende Zufuhr von Nahrungsmitteln die Zivilbevölkerung in Biafra vor dem Verhungern zu bewahren. Der Sache wird ganz und gar nicht gedient, wenn Wörter wie Völkermord auf die Politik der Bundesregierung gegen die frühere Ostregion angewandt werden. Der Sache wird auch nicht gedient, wenn diejenigen, die bis zum Tode kämpfen, als politisch oder unchristlich bezeichnet werden. Und ihr wird auch nicht gedient, wenn die Motive und das Handeln anderer kritisiert werden, die versuchen, in dieser verzweifelten menschlichen Notlage so zu helfen, wie es ihr Gewissen gebietet und wie es das Gewissen anderer verbietet.

Deshalb hat der Ökumenische Rat der Kirchen eine Reihe von Hilfswerken, die für gewöhnlich an seinen eigenen Projekten mitarbeiten, ermutigt, getrennte oder gemeinsame Aktionen für die Biafra-Hilfe zu unternehmen, die über das hinaus gingen, was wir als Ökumenischer Rat tun konnten. Weder diese Hilfswerke noch die Abteilung für Zwischenkirchliche Hilfe des Ökumenischen Rates haben ihr Handeln je durch politische Absichten bestimmen lassen. Doch beide sind unausweichlich um ihrer humanitären Verantwortung willen in die Politik hineingezogen worden.

Inzwischen hat der Ökumenische Rat, um es noch einmal zu sagen, (beraten durch die CCIA) jegliche Initiative zur Vermittlung ergriffen, die irgendeine Hoffnung auf Waffenstillstand oder Frieden rechtfertigt. Dazu gehörten – bis jetzt erfolglos gebliebene – Schritte durch die Gesamtafrikanische Kirchenkonferenz, die Organisation für Afrikanische Einheit (OAU), Kaiser Haile Selassie und Präsident Tubman von Liberia. Seien Sie versichert, daß wir es weiter versuchen werden.

Vietnam und den Nahen Osten kann ich etwas kürzer behandeln. Gemäß dem Beschluß der Vollversammlung in Uppsala legte ich als Generalsekretär die Vietnam-Resolutionen der Vollversammlung den Verhandlungsführern der Demokratischen Volksrepublik von Nord-Vietnam und der USA vor. Beide Seiten begrüßten unser Interesse und stimmten zumindest teilweise den von uns vertretenen Positionen zu. Keine von beiden akzeptierte alles, was wir gesagt hatten. Indessen sind die Gespräche weitergegangen und Schritt für Schritt alle vier Parteien in die Verhandlungen einbezogen worden, und in zunehmendem Maße ergeben sich Übereinstimmungen über die zu erreichenden Ziele und die zu verhandelnden Punkte. Keine Übereinstimmung besteht indessen noch immer in bezug auf die Grundhaltung beider Seiten, die beide darauf bestehen, daß die andere der Angreifer ist. Ferner besteht keine Übereinstimmung über den Fortbestand und die Rolle der gegenwärtigen Regierung der Republik Südvietnams – falls sie überhaupt eine Rolle haben sollte – in der vorläufigen Regierung, die von beiden Seiten postuliert wird, um unter internationaler Aufsicht freie Wahlen zur Bildung einer Regierung dieses unglücklichen Landes durchzuführen.

Der Exekutivausschuß unterstrich auf seiner Tagung im Januar lediglich die Position von Uppsala und betonte die Wichtigkeit der bereits jetzt in Angriff zu nehmenden sorgfältigen Planung, um im Augenblick des Friedens mit dem Wiederaufbau beginnen zu können. Im vergangenen Monat besuchte ich noch einmal Paris und traf diesmal mit Vertretern aller vier Parteien in den Pariser Friedensgesprächen zusammen. Man kann immerhin sagen, daß während der letzten zwölf Monate ein gewisser Fortschritt zu einem gerechten Frieden gemacht worden ist. Die De-Eskalation der Kampfhandlungen ist zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Berichtes ein Zeichen der Hoffnung.

Ich wäre froh, wenn ich hinsichtlich des Nahen Ostens ebenso hoffnungsvoll sein könnte. Bis jetzt ist kein Fortschritt zum Frieden erzielt worden, und alle stimmen überein, daß mit fortschreitender Zeit auch Unordnung und Gewalt fortschreiten werden. Im März besuchte ich Kirchenführer und Regierungsbeamte in Ägypten, dem Libanon, Syrien, Jordanien und Israel. Von den Führern sowohl der Kirchen als auch der Regierungen in allen diesen Ländern wurde ich herzlich aufgenommen. Unmittelbar danach fand eine kleine Konsultation in London statt, unter deren Teilnehmern sich Vertreter verschiedener und manchmal in Konflikt stehender Auffassungen innerhalb der Mitglieder des Ökumenischen Rates befanden. Diese Konsultation legte einen Bericht vor, der an die CCIA weitergeleitet wurde, die auf der Basis dieser Konsultation bereit ist, den Zentralausschuß in Schritten zu beraten, die er zu unternehmen gedenkt.

Inzwischen haben die Vorbereitungen für eine Konsultation gute Fortschritte gemacht, die vom 25. September bis zum 4. Oktober unter der gemeinsamen Schirmherrschaft der Abteilung für Zwischenkirchliche Hilfe, Flüchtlings- und Weltdienst und der Kirchen des Nahen Ostens auf Zypern über das von der Abteilung unterstützte Nahost-Flüchtlingsprogramm stattfinden soll, insbesondere, um über das Flüchtlingsproblem zu sprechen, das anhält und anhalten wird, bis der Friede geschlossen ist.

Aus dem Bericht des Vorsitzenden des Exekutiv- bzw. Zentralausschusses in Addis Abeba ist hervorzuheben:

III.

In Uppsala und in der Zeit danach haben wir die horizontale und vertikale Dimension der Arbeit des Ökumenischen Rates der Kirchen diskutiert. Fast scheint mir jedoch, als sei eine andere geometrische Figur, die von Zeit zu Zeit in ÖRK-Diskussionen verwendet wurde, noch aussagekräftiger – ich denke an den Kreismittelpunkt und die übrigen Teile des Kreises, wie etwa die Radien, die vom Kreismittelpunkt ausgehen und durch die zentripetale Kraft des Mittelpunktes fixiert werden, während sie gleichzeitig diesen Mittelpunkt bilden und determinieren, und den Umkreis, auf dem alles peripher erscheint. Damit würden sich folgende Fragen ergeben:

1. Wo liegen der Mittelpunkt und das zentrale Anliegen der Gemeinschaft im Denken, Leben und Arbeiten des Ökumenischen Rates?

2. Gehen die vielen Aspekte des Lebens des Ökumenischen Rates strahlenförmig von diesem zentralen Anliegen aus, sind sie dessen Ausdruck, wenn ja – in welcher Form?

3. Stellen verschiedene Arbeiten des Ökumenischen Rates eine unangemessene Betonung von Dingen dar, die periphere Bedeutung besitzen?

Diese Fragen werden in der Welt außerhalb der ÖRK-Mitgliedskirchen gestellt, zum Teil kommen sie, wie in jüngster Vergangenheit, auch aus der Mitgliedschaft selbst. Wir sollten dies dankbar begrüßen, denn hier sind Fragen angesprochen, die sich auch der Zentralausschuß stellen muß, wenn er die von ihm entworfenen Richtlinien und die Programme, die Exekutivausschuß und Stab für ihn durchführen sollen, zu bewerten sucht.

Ich glaube, daß die Unterscheidung zwischen dem Mittelpunkt, dem Radius und dem Umkreis immer größere Bedeutung gewinnen wird, wenn der Ökumenische Rat im Auftrag der Vollversammlung von Uppsala einerseits den Kreis zu erweitern und andererseits kämpferischer zu werden versucht. Der Ökumenische Rat, dessen Anfang 1948 im Zeichen einer erdrückenden Mehrheit der Kirchen der etablierten protestantischen Traditionen Westeuropas und Nordamerikas stand, zählt jetzt zu seiner Gemeinschaft nicht nur die Mehrzahl der orthodoxen Kirchen und zahlreiche Kirchen in Afrika, Asien und Lateinamerika, die zu etablierten protestantischen Missionen in Beziehung stehen; erst kürzlich wurden darüber hinaus Kirchen aufgenommen, die der einheimischen afrikanischen Kultur und/oder der pfingstlerischen Spiritualität stark verhaftet sind. Wir stehen weiter auf verschiedenen Ebenen in ständigem Dialog mit der römisch-katholischen Kirche. Durch diese Ausweitung der Mitgliedschaft und Vertiefung der Beziehungen wurden das menschliche Hoffen und Verzweifeln von Ländern und Kulturen überall auf der Welt in den Ökumenischen Rat hineingetragen, dieser Welt, in der Kirchen kämpfen, um ihren Glauben und ihr Leben in Christus zu bezeugen. Das meine ich, wenn ich von der Erweiterung des Kreises spreche. Gleichzeitig wird die Gesamtheit der ÖRK-Mitglieder durch das neue, in den Vollversammlungen seinen Ausdruck findende Bewußtsein geprägt, daß der ÖRK nicht allein Studien der vergleichenden Ekklesiologie, Missionstheologie und vergleichenden Sozialethik – wie in den Kirchen der Fall – betreiben, sondern zusammen auf der Grundlage des gemeinsamen Glaubens eine präzisere Definition der gemeinsamen Ziele im Blick auf Einheit, Zeugnis und Dienst versuchen und den Ökumenischen Rat selbst in begrenztem Umfang zu einem Instrument der Kirchen für brüderliche Hilfe und Einsatz zur Erreichung dieser Ziele machen sollte.

So besitzen wir durch die Vollversammlungen eine progressive Definition der Einheit der Kirche, die wir suchen, des evangelistischen Zeugnisses, dem wir verpflichtet sind, unserer Verantwortung für die Verteidigung des Menschen in der kommenden Weltgemeinschaft und eine noch stärkere Forderung nach gemeinsamem Engagement und Handeln, um sie zu verwirklichen. Das meine ich, wenn ich von dem neuen kämpferischen Geist des Ökumenischen Rates spreche. Als jemand, der sich über Nacht in einer leitenden Stellung innerhalb dieser unendlich komplexen Organisation fand, habe ich mich gefragt, ob die Erweiterung des Kreises und diese neue kämpferische Haltung im vollen Bewußtsein ihrer Folgen geschahen. Tatsächlich weiß ich, daß die Situation viele Teile unserer traditionellen Mitgliedschaft stark beunruhigt.

In Canterbury hat der Zentrallausschuß einen Brief an die Mitgliedskirchen vorbereitet und verbreitet, um diese Befürchtungen zu beschwichtigen – allerdings mit zweifelhaftem

Erfolg. Vielleicht steht der Ökumenische Rat in einer Krise. Ich glaube, daß es sich um das handelt, was das Zweite Vaticanum in anderem Zusammenhang Wachstumskrise nannte. Das bedeutet, daß wir das Problem nicht negativ, sondern kreativ angehen und unsere Fähigkeit, zwischen Kreismittelpunkt, Radius und Umkreis in einem grundlegenden Denkprozeß zu differenzieren, prüfen und unsere Konzeptionen und Programmschwerpunkte im Blick auf ihre spezifische Relation bewerten müssen.

Mittelpunkt des Ökumenischen Rates ist eindeutig die Basis, nach der der Ökumenische Rat eine „Gemeinschaft von Kirchen (ist), die den Herrn Jesus Christus gemäß der Heiligen Schrift als Gott und Heiland bekennen und darum gemeinsam zu erfüllen trachten, wozu sie berufen sind, zur Ehre Gottes, des Vaters, des Sohnes und des Heiligen Geistes“. Unsere Gemeinschaft von Kirchen besitzt ihren Mittelpunkt in unserem gemeinsamen Bekenntnis des Glaubens an Jesus Christus und in unserer Verherrlichung des Dreieinigen Gottes durch die gemeinsame Erfüllung unserer gemeinsamen Berufung, die diesem Bekenntnis inhärent ist. Zentrales Anliegen ist der Glaube, der sich durch den Gehorsam ausdrückt. Das zentrale Anliegen ist theologischer Natur – nicht im Sinne einer unserem Gesamtleben fernstehenden Realität, sondern einer Realität, die sich in der Kraft manifestiert, die sie auf das Ganze ausübt – christozentrisch und deshalb suchend und handelnd. Der Mittelpunkt eines Kreises ist immer ein unendlich kleiner, fast unsichtbarer Punkt in bezug auf Radien und Gesamtfläche; seine Bedeutung liegt jedoch darin, daß sich alles um ihn dreht. Gleiches gilt für die zentrale Stellung der Theologie im Ökumenischen Rat: sie sollte nicht nur in der Zahl theologischer Studien zum Ausdruck kommen (wenn es auch äußerst wichtig ist, die Wahrheit und Bedeutung von Jesus Christus, den wir bekennen, weiterhin deutlich zu machen), sondern in dem Ausmaß, in dem jede andere Aktivität des Rates auf unser theologisches Zentrum – das Christusereignis – ausgerichtet und unter seinen Gehorsam gestellt ist. Trifft dies zu, so muß jegliche Aktivität, die sich lediglich auf die Klarstellung der verschiedenen Konzeptionen der Kirche, politischen Ideologien oder Sozialethik, die die verschiedenen Kirchen pflegen, beschränkt, unzureichend bleiben für den Ausdruck unseres zentralen theologischen Anliegens. Derartige komparative Studien sind notwendig; wenn wir aber wahrhaft theologisch sein wollen, dürfen wir hier nicht stehenbleiben. Wir müssen versuchen, wie wir in Christus, und ohne die wahre Bedeutung unserer verschiedenen Konzeptionen zu verraten, darüber hinausgehen, sie alle zur Diskussion stellen und die gemeinsame Berufung, die Gott an uns alle jetzt und hier richtet, erkennen und erfüllen können.

Aufschlußreich in diesem Zusammenhang ist eine Erklärung der Konsultation über die künftige Entwicklung der CCIA, die 1967 in Den Haag stattfand. Zum Privileg einer ökumenischen Gemeinschaft, die schrittweise von den Kirchen im Ökumenischen Rat verwirklicht wird, hieß es dort, daß die Entdeckung ihrer Einheit, *die die kirchlichen Traditionen und nationalen Bindungen von Christen* in der ganzen Welt transzendiert, ohne sie zu zerstören, den Kirchen *einen neuen Horizont* eröffne, von dem aus sie die Konflikte ihrer Zeit objektiver beurteilen könnten. Dieser neue ökumenische Horizont ergibt sich aus der Einheit in Christus, die kirchliche Traditionen und nationale Bindungen transzendiert, ohne sie zu zerstören, und die sich im Streben nach einer auf unseren gemeinsamen Glauben gegründeten, unabhängigen gemeinsamen Überzeugung und einem gemeinsamen Engagement konkretisiert. Im zweiten Teil *der Geschichte der ökumenischen Bewegung* schreibt Visser't Hooft, daß der Ökumenische Rat ungeachtet des unter seinen Mitgliedern vorherrschenden westlichen Elements nicht den Weg des geringsten kulturellen Widerstandes oder der Selbstverteidigung der westlichen Zivilisation gegen ihre inneren und äußeren Feinde gegangen sei. Die ökumenische Bewegung sei vielmehr ein kritischer Faktor in der westlichen Kultur gewesen und habe sich um neue Antworten auf die problematischen Beziehungen zwischen westlicher und östlicher Ideologie und zwischen den traditionell christlichen und den von anderen Religionen bestimmten Ländern bemüht, Antworten, die eher aus christlichen Überzeugungen denn aus traditional-kulturellen Einstellungen erwachsen seien. Gerade im Transzendieren dieser Grenzen habe, so Visser't Hooft, der Ökumenische Rat bewiesen, daß er letztlich eine christozentrische und nicht allein soziologisch orientierte Bewegung sei. Insgesamt sei das Ringen um einen Konsensus, das das Bewußtsein von der gemeinsamen Teilhabe an dieser Gemeinschaft eher stärkt

denn schwächt, im Wesen des Ökumenischen Rates als einer Gemeinschaft von Kirchen in Christus angelegt. Ihre theologische Bedeutung liege letztlich in *der gemeinsamen Wiederentdeckung der einfachen biblischen Wahrheit, daß die Kirche als Volk Gottes und Leib Christi in dieser Welt vorleben müsse, wie Gott Menschen von den Enden dieser Erde versammelt, damit sie als neue Menschheit leben.*

Uppsala 1968 hat auf diese theologische oder klarer gesagt theologisch-ethische Basis des Ringens um menschliche Gemeinschaft auf lokaler wie auf Weltebene hingewiesen. In Uppsala bekräftigte die Vollversammlung die in Christus gegebene Katholizität der Kirche als Quelle und Maßstab der Einheit der Menschheit. Wie es im Uppsala-Bericht über „Der Heilige Geist und die Katholizität der Kirche“ heißt: „Diese Einheit der Menschen liegt für den Christen nicht nur darin begründet, daß der eine Gott den Menschen zu seinem Ebenbilde erschaffen hat, sondern auch darin, daß Jesus Christus ‚für uns Menschen‘ Mensch wurde, gekreuzigt wurde und die Kirche, die sein Leib ist, als eine neue Gemeinschaft der neuen Geschöpfe Gottes einsetzt. Die Katholizität der Kirche bedeutet diese geschenkte Wirklichkeit der Gnade, in der das Ziel der Schöpfung wiederhergestellt ist und die sündigen Menschen in der einen göttlichen Sohnschaft, deren Urheber und Vollender Christus ist, versöhnt wird.“

Und weiter: „Mit dieser Wahrheit des in Christus erneuerten Menschen müssen wir die tragischen Entstellungen des Menschseins im Leben der Menschheit, gelegentlich sogar in der christlichen Gemeinschaft, beurteilen und zurückweisen“ (*Bericht aus Uppsala* 68, S. 15). Theologisch neu ist hier, daß das Prinzip der Katholizität nicht nur zum Kriterium des Lebens der christlichen Gemeinschaft, sondern auch des Lebens der ganzen Menschheit erhoben wird. So sieht der Ökumenische Rat, daß er in seinem zentralen Bekenntnis zu Christus und zu seiner Kirche einer neuen Ethik der Katholizität als einem ihn wesentlich konstituierenden Aspekt verpflichtet ist, durch den wir „die tragischen Entstellungen des Menschseins im Leben der Menschheit ... beurteilen und zurückweisen“. In dieser doppelten Verpflichtung auf den Glauben und die Ethik sah Uppsala den eigentlichen Kern der Gemeinschaft des Rates, weil die Einheit der Menschheit „ein fester Bestandteil von Gottes eigner Offenbarung“ ist (*Uppsala*, S. 338). Diese Auffassung steht hinter dem in Uppsala diskutierten Vorschlag, Kirchen, die die Ethik der Weltgemeinschaft verwerfen, der Häresie zu bezichtigen, nicht nur der sittlichen, sondern eindeutig auch der theologischen. Ich habe den Eindruck, daß es manchen Christen und vermutlich auch manchen Mitgliedskirchen schwerfällt, die zentrale Bedeutung dieser theologischen Zuspitzung zu verstehen. Nach dem letzten Krieg konnte man in Deutschland hören „Dogmatik ist Ethik“, eine Aussage, die auf die Erfahrung der Bekennenden Kirche zurückging, die ihr ethisch-politisches Zeugnis lediglich als Folgeerscheinung ihres Kampfes um einen wahrhaft christozentrischen Glauben verstand. Heute kann man hören „Ethik ist Dogmatik“, da viele die Reinheit des Glaubens und die Einheit der Kirche als Folgeerscheinung der Teilnahme der Kirchen an der Förderung von Gerechtigkeit und Menschenliebe und den Kampf um eine wahrhaft humane Weltgemeinschaft sehen. Ich möchte jedoch meinen, daß die Wahrheit in der Mitte liegt – in der Dialektik von Dogmatik und Ethik – und daß man sie sowohl von der dogmatischen wie der ethischen Seite her suchen kann, als den Glauben, der durch die Liebe wirkt, und die Liebe, die durch den Glauben vollkommen wird. Alle im Ökumenischen Rat der Kirchen laufenden Studien- und Aktionsprogramme sind ein Versuch, das Wesen dieses dialektisch-theologischen Zentrums zu klären, auf das wir verpflichtet sind. Die Einheit der Kirchen im Kontext der Einheit der Menschheit ist das zentrale Thema, das auf der nächsten Tagung der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung diskutiert werden soll. Das „Heil der Welt heute“ in seiner dialektischen Beziehung zum weltweiten Engagement für Humanisierung ist das zentrale Thema der nächsten Tagung der Kommission für Weltmission und Evangelisation; die Zukunft des Menschen in einer technisierten Welt im Kontext einer eschatologischen Geschichtsinterpretation ist das Thema der vom Referat für Kirche und Gesellschaft veranstalteten Studien; die Programme zur Förderung von Weltfrieden und Weltentwicklung, zur Bekämpfung des Rassismus und zur Beseitigung von menschlicher Not, wo immer sie auch auftreten mag, werden im Kontext des Ringens der Kirchen um die gemeinsame Manifestation des neuen Menschen und der neuen Menschheit in Jesu Christi

durchgeführt und konkretisieren dieses Ringen; die Suche nach Strukturen der allgemeinen Bildung wird dialektisch zusammengesehen mit der theologischen Ausbildung usw.

Ist erst der theologische Mittelpunkt erfaßt, fällt es leichter, zwischen Mittelpunkt, Radien und Umkreis zu unterscheiden. Da der Generalsekretär auf die Fragen eingehen wird, die der Exekutivausschußbeschuß zur Vergabe von Geldern aus dem Sonderfonds zur Bekämpfung des Rassismus aufgeworfen hat, will ich hier nur folgendes sagen: Die Rassismuspolitik des ÖRK ist in den Jahren zwischen Evanston 1954 und Canterbury 1969 präzisiert worden und beinhaltet ausdrücklich die einhellige theologische Verpflichtung des ÖRK, eine Politik zur Veränderung bestehender Machtstrukturen und Ideologien in Situationen mit rassistischen Herrschaftsstrukturen zu fördern. Seit Amsterdam 1948 lag der theoretischen Auseinandersetzung des ÖRK mit der Frage von Krieg und Gewalt ein klarer Konsensus zugrunde: Krieg und Gewalt sind Übel, die Christen und Kirchen unter allen Umständen abwenden müssen. An genau diesem Punkt nun setzt die CCIA an. Keinen Konsensus erzielen konnte der ÖRK dagegen in der Frage, ob Krieg oder Gewalt als Ultima ratio des Widerstandes gegen grausame Tyrannei und Gewalt in ungerechten Situationen zu rechtfertigen seien, Situationen, in denen jeder gewaltlose Weg zur Veränderung illegal, verfassungswidrig oder schlechterdings versperrt ist. Solange es in diesem Punkt keinen Konsensus gibt, solange derartige Situationen im südlichen Afrika bestehen, kann der ÖRK Befreiungsbewegungen, die vielleicht zu illegalen Mitteln gegriffen haben, nicht seine moralische Unterstützung und Hilfe für humanitäre, Bildungs- und Sozialmaßnahmen im Rahmen ihrer Programme zur Bekämpfung des Rassismus verweigern. Eine solche Unterstützung ist praktisch nicht mehr und nicht weniger als der Protest des ÖRK gegen den Status quo einer Ideologie der Gewalt und der Versuch, die entsprechenden moralischen und religiösen Sanktionen zu zerbrechen. Einige positive und negative Reaktionen auf die Initiative des ÖRK zeugen von demselben Verständnis für das zentrale Zeugnis der Kirchen, das dieser Initiative zugrunde liegt. Andere Stellungnahmen, auch die mancher Christen, spiegelten mehr oder minder stark lediglich Machtinteressen und kulturbedingte Ideologien wider; jeder Gedanke an eine theologische oder ethische Transzendenz lag ihnen fern. Wir in diesem Ausschuß haben die Aufgabe, die Diskussion als einen Prozeß der Differenzierung und Bekräftigung der zentralen theologisch-ethischen Verantwortung des ÖRK zu vertiefen.

Mit der Bekräftigung der Präsenz Christi in der Kirche und in seiner Welt als *alleinigem* theologischen Zentrum des Ökumenischen Rates setzen wir auch die Modalitäten und Ziele des zwischenkirchlichen Dialogs wie auch des Dialogs von Christen und Kirchen mit den Kulturen, Ideologien und Religionen unserer Zeit. Unsere Überzeugung, daß Jesus Christus nach der Schrift als Gott und Heiland eine zentrale Stellung innehat, beinhaltet zweierlei. Erstens ist damit gemeint, daß mit Christus Gott einen Anfang gesetzt hat, durch den Gott seinen Plan für die Menschheit offenbart und verwirklicht und deshalb *keine Einheit größer und umfassender sein kann als die Einheit in Christus*. In ihm ist alles vereinigt und wird einst vollendet werden. Alle Wahrheitsbegriffe, die weiter und katholischer scheinen, sind es darum in Wahrheit nicht, weil sie sich auf das Hoffen und Streben des sündigen Menschen und seine Suche nach Selbstrechtfertigung stützen. Zweitens bedeutet diese Überzeugung, daß wir bereit sind, *außer dem Christusereignis und unserem Glauben an ihn, alle Dinge inner- wie außerhalb der Kirche zu relativieren*, und sie von Gericht und Rettung durch Jesus Christus her prüfen. Diese beiden Aspekte bedingen sich und sind nicht zu trennen.

Wenn Lund erklärte, daß das gegenseitige Verständnis von Lehre und Strukturen für die Kirchen nicht genug sei und sie sich, wenn sie die Bedeutung der Einheit erfahren wollten, um ein tieferes Verständnis von Christus als ihrer gemeinsamen Mitte und der allen Einzeltraditionen zugrunde liegenden einen Tradition bemühen sollten, so wurde damit eine dynamische Weiterarbeit in Glauben und Kirchenverfassung eingeleitet, die jeden Christen und jede Kirche von der bedingungslosen Treue zu den eigenen kirchlichen Traditionen befreite und sie in neuer Weise für andere kirchliche Traditionen offen machte. Durch die Studien über Christus und die Kirche wie auch die neueren Untersuchungen über Christus und das Amt sind wir in unserem Zusammenwachsen entscheidend weiter-

gekommen. Dieser Ansatz war es auch, von dem her das Zweite Vaticanum Kirchen gegen kirchliche Gemeinschaften abgrenzen, ein bestimmtes Maß an Gemeinschaft mit der katholischen Kirche in allen Kirchen einräumen und auch zwischen dem *depositum fidei* und seinen Formulierungen in der Kirchengeschichte unterscheiden und innerhalb des Glaubensgutes eine Hierarchie von Wahrheiten anerkennen konnte, so daß die Neuformulierung des Glaubensgutes theologisch legitim wurde. Wenn wir uns heute nicht nur in der gemeinsamen Anerkennung der Einheit der Gemeinschaft der Getauften, sondern auch in unserem Ordinationsverständnis und einer möglichen Anerkennung unserer jeweiligen Ordination – woraufhin wir vielleicht in der gemeinsamen Feier der Eucharistie zusammenkommen könnten – näher sind als je zuvor, so ist das in nicht geringem Maße zurückzuführen auf die Unterscheidung zwischen der Zentralität des Glaubens an das Christusergebnis und seinen eigentlichen Kern der Lehre einerseits, den notwendigen, doch stets neuen religiösen Formulierungen in Lehrsätzen, liturgischer Sprache und Symbolen, Formen und Stilen religiöser Frömmigkeit andererseits. Auf der Vollversammlung von Uppsala wurden die eucharistische Gemeinschaft und ein universales Konzil als nächste Ziele der Kircheneinheit diskutiert. Die Debatte wurde auf der Zentralaussschußtagung in Canterbury und später in der *Ecumenical Review* weitergeführt. Dieser permanente Dialog hat ein breiteres Bewußtsein für die anstehenden Fragen geschaffen und zu einer gewissen Übereinstimmung darüber geführt, daß wir in dieser Richtung weitersuchen sollten. Ich darf hier vielleicht noch sagen, daß, wenn viele Kirche in vielen Teilen der Welt in ihrem Bereich die Einheit verwirklicht (das jüngste Beispiel ist die Kirche von Nordindien, bei deren Einweihung ich den Ökumenischen Rat vertreten durfte) oder Unionsverhandlungen aufgenommen haben, dabei zwischen Christus als Mitte und dem in den verschiedenen kirchlichen Traditionen Notwendigen und Nebensächlichem unterschieden wurde. Deutlich hat das auch die vor kurzem von der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung in Limuru veranstaltete Konsultation über Kirchenunionsverhandlungen herausgestellt. Die Unterscheidung zwischen Glauben und Religion (Glaube als Zentrum des christlichen Bekenntnisses und Religion als Ausdruck des Glaubens verstanden) und eine gewisse Relativierung der Religion, die eine ständige Überprüfung ihrer Bedeutung für den Glauben im Licht der Glaubenssätze möglich macht, ist nach wie vor wesentlich für den Dialog der Kirchen über die Einheit der Kirche. Weitere Schritte in Richtung auf die Einheit in der Vielfalt können in unserer Gemeinschaft wie auch in anderen Organisationen überhaupt nur getan werden, wenn die Kirchen – um mit dem Direktor des Sekretariats der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung zu sprechen – erkennen, daß „das Ereignis in Christus ... in gewissem Sinne ohne Wandel durch die Zeiten“ bleibt und daß das Neue Testament und die Kirchengeschichte nach Strukturen verlangen, „die ständigen Aufbruch und Wandel erlauben“ (*Zentralaussschuß, Protokoll und Bericht der 23. Tagung, S. 273*).

Seit einiger Zeit führen viele Kreise unserer Mitgliedskirchen einen intensiven Dialog mit traditionellen und aufstrebenden Kulturen. Mit dem Zusammenschluß zu neuen unierten Kirchen und regionalen Kirchenräten haben die mündig gewordenen asiatischen und afrikanischen Kirchen erkannt, daß sie den Einfluß der westlichen Konfessionen abschütteln und neue Wege suchen müssen, um ihren Glauben zu bekennen und zu vermitteln und ihr gemeinsames Leben in Denk- und Lebensformen der einheimischen Kulturen zum Ausdruck zu bringen, die herkömmlicherweise von nicht dem Christentum entlehnten religiösen Vorstellungen geprägt worden sind und heute unter dem Einfluß säkularer Ideologien und christlicher Ideen umgestaltet werden. Diese Kirchen sind zudem aufgerufen, am Aufbau von Staat und Gesellschaft mitzuwirken und in aktiver Kooperation mit anderen Religionsgemeinschaften und säkularen Ideologien anhängenden Parteien und Gruppen für gemeinsame soziale und politische Ziele einzutreten. Ähnlich sahen sich auch die Kirchen in Europa und Amerika gezwungen, mit der wachsenden säkularen Kultur, aber auch den säkularhumanistischen Glaubensüberzeugungen, die von liberalen und marxistischen Ideen getragen werden, in einen Dialog einzutreten. In vielen Bereichen seines Wirkens für Gerechtigkeit und Dienst hat sich auch der Ökumenische Rat für die Zusammenarbeit mit Menschen und Organisationen guten Willens ausgesprochen, die von anderen Religionen und säkularen Glaubensüberzeugungen motiviert sind.

Seit langem führt der Ökumenische Rat Studien über das Verhältnis zwischen Gottes Wort

und den Religionen unserer Zeit durch. Der Ökumenische Rat hat in vielen Teilen der Welt religions-, kultur- und gesellschaftswissenschaftliche Studienzentren gefördert und an der Entwicklung eines theologischen Konzepts für offizielle und inoffizielle Dialoge mitgearbeitet. Unlängst haben unter der Schirmherrschaft des Ökumenischen Rates Gespräche zum Thema Glauben und Politik mit dem Weltjudentum, mit Moslems und Marxisten stattgefunden. Und in Ajaltoun veranstalteten Christen eine in Canterbury autorisierte Konsultation mit maßgeblichen Hindus, Buddhisten und Moslems, um angesichts des Ringens um Weltgemeinschaft und der zunehmenden interreligiösen Kontakte Fragen des interreligiösen Dialogs über den Menschen und seine zeitliche und letzte Bestimmung zu erörtern. In Zürich wertete eine Theologenkonsultation die Ergebnisse von Ajaltoun aus und arbeitete über die christliche Theologie des Dialogs. Dabei geht es um die Form der Kirche wie um ihren Auftrag und Dienst in der modernen Welt. Dringender denn je zuvor muß der Ökumenische Rat für sich und auf ihr Bitten auch für seine Mitgliedskirchen Richtlinien zum Dialog formulieren. In diesem Punkt herrscht zweifellos viel Unsicherheit, doch wie auch auf anderen Gebieten, auf denen ganz reale theologische Unterschiede bestehen, können Mitglieder des Rates der Wahrheit am besten dienen, indem sie sich gemeinsam den anstehenden theologischen Problemen stellen, statt sie zu überspielen. Wenn ich noch einmal mit eigenen Worten Dr. Visser't Hoofts Gedanken – diesmal im Anschluß an sein Referat über John R. Mott auf der Tagung der Ostasiatischen Christlichen Konferenz 1959 – aufnehmen darf, möchte ich sagen, daß die einzig wirkliche Antwort auf den Synkretismus (womit die Verwechslung zwischen dem lebendigen Gott und Götzen im geistlichen Zentrum gemeint ist) ein theologisch sachgemäßes, konstruktives Zugehen auf die jeweilige Umwelt, die Zusammenarbeit und den Dialog ist. Mehr als in jedem anderen Feld brauchen wir hier eine Abgrenzung unseres Glaubenszentrums, wo Jesus Christus als Gott und Heiland allein endgültig ist und alle anderen Götter und Heilande und Heilswege, ob religiöser oder säkularer Art, ausschließt und gleichzeitig das endgültige Zentrum von dem vorletzten Bereich der Symbole, Ideologien, Werte, Institutionen und Erfahrungen des Christentums, anderer Religionen und säkularer Ideologien unterschieden wird, wo ihre gegenseitige Durchdringung notwendig und möglich ist und wo es uns darum geht, wie sie vom Geist des Götzendienstes und der Selbstgerechtigkeit und von der dadurch bedingten Unmenschlichkeit erlöst und wie in sie Ausdrucksformen des Humanums und der Mitmenschlichkeit aller Menschen in Christus und in Träger von Glauben, Leben und Botschaft der Kirche verwandelt werden können. Ich würde sogar noch weiter gehen und sagen, daß wir das Letzte und Vorletzte vom Peripheren unterscheiden müssen, dem wir wie Paulus der Frage, was zu essen und was nicht zu essen sei, keine Bedeutung beimessen sollten.

Der Generalsekretär stellte in den Mittelpunkt seines Berichtes in Addis Abeba die Begriffe „Identität, Macht und Gemeinschaft“:

Vor genau vier Jahren habe ich mein Amt als Generalsekretär angetreten. Als ich meine Arbeit begann, habe ich öffentlich erklärt, daß ich in meiner Amtsführung nicht mit der Vergangenheit brechen wollte. Meine Bewunderung für meinen bedeutenden Vorgänger und meine eigene frühere Beteiligung an Exekutiv- und Zentralaussschußtagungen waren eigentlich für mich Veranlassung genug, auf dem in den vergangenen Jahren gelegten Fundament weiterzubauen oder – um ein anderes Bild zu gebrauchen – die Bäume und Blumen zu pflegen, die bereits in der ökumenischen Bewegung und im Ökumenischen Rat der Kirchen gepflanzt und gepflegt worden waren.

Im Anfang sah ich meine Hauptaufgabe darin, dem Ökumenischen Rat dabei zu helfen, die Ökumenizität zu vervollständigen, d.h. von der nordatlantischen, protestantisch-anglikanischen Ausrichtung und Kontrolle mehr und mehr zu einer umfassenderen Mitarbeit und Einflußnahme der Vertreter der orthodoxen und sonstigen Kirchen Osteuropas, Asiens, Afrikas und Lateinamerikas zu kommen.

Sodann wurde deutlich, daß die neuen Möglichkeiten weiterverfolgt werden mußten, die sich nach dem Abschluß des Zweiten Vatikanischen Konzils für die Beziehung zur römisch-katholischen Kirche eröffneten. Diese Zusammenarbeit mit der größten der nicht

dem Ökumenischen Rat angehörenden christlichen Kirchen mußte selbstredend in angemessenem Verhältnis mit den Kontakten zu anderen Nichtmitgliedskirchen, namentlich den sog. konservativ-evangelikalen und pfingstlerischen Gruppen weiterentwickelt werden.

Es ist vielleicht verfrüht, über den Fortschritt, der in diesen vier kurzen Jahren durch Ausbau und Verbreitung unseres Ökumenismus gemacht werden konnte, eine Bilanz ziehen zu wollen. Doch lassen Sie mich auf einige konkrete Ergebnisse hinweisen. Ich glaube, man darf sagen, daß die Mitgliedschaft des Zentral- und Exekutivausschusses in kultureller, geographischer und konfessioneller Hinsicht nie zuvor so repräsentativ gewesen ist wie jetzt. Ähnliches gilt auch für die Abteilungs- und Referatsausschüsse. Gleichzeitig muß man freilich eingestehen, daß sich die Hoffnungen auf eine repräsentative Zusammensetzung des Mitarbeiterstabes trotz aller Bemühungen des Exekutivausschusses nicht ganz erfüllt haben.

Legt man sich Rechenschaft ab über ökumenische Fortschritte und Entwicklungen des Rates während dieser Periode, so sollte man festhalten, daß in den Jahren 1967–1970 von den 26 neu aufgenommenen Mitgliedskirchen zwei in besonderer Weise die wachsende Ökumenizität illustrieren – die „Kirche Christi auf Erden durch den Propheten Simon Kimbangu“ und die Evangelische Pfingstkirche „Brasilien für Christus“. Außerdem liegt dem Zentralaussschuß ein Aufnahmeantrag der Reformierten Kirchen in den Niederlanden (Gereformeerde Kerken in Nederland) vor. Die Aufnahme jeder dieser Kirchen bedeutet eine qualitative Erweiterung der ökumenischen Gemeinschaft des Ökumenischen Rates der Kirchen, ohne daß dadurch seine Basis, die von den genannten Kirchen bejaht wird, angetastet würde.

Fortschritte wurden in diesen vier Jahren auch durch die Anbahnung dynamischerer Beziehungen zur römisch-katholischen Kirche gemacht. Da dieser Ausschuß den dritten offiziellen Bericht der Gemeinsamen Arbeitsgruppe der römisch-katholischen Kirche und des Ökumenischen Rates der Kirchen entgegennehmen wird, will ich hier nicht näher auf diesen Punkt eingehen. An dieser Stelle sei nur gesagt, daß die Ergebnisse des Zweiten Vatikanischen Konzils innerhalb der römisch-katholischen Kirche selbst und die Reaktion unserer Mitgliedskirchen auf die neue ökumenische Haltung der römisch-katholischen Kirche zusammen die ökumenische Gemeinschaft verändert und bereichert haben.

In meinen früheren Berichten an den Zentralaussschuß (Heraklion 1967 und Canterbury 1969) sowie an die Vollversammlung in Uppsala (1968) habe ich versucht, meine Ausführungen über aktuelle Fragen im Rahmen eines allgemeinen Themas zu behandeln. In Heraklion stellte ich die ökumenischen Fragen unter das Thema der Transzendenz und betonte, daß das Evangelium uns alle aufrufe, unsere historischen Grenzen in Richtung auf das Ewige und unsere kulturellen in Richtung auf das Universale zu überschreiten.

Da der Vollversammlung in Uppsala als neue Schwerpunkte Entwicklung, Rasse, Gerechtigkeit und Frieden empfohlen werden sollten, was bei manchen hätte den Glauben erwecken können, als setze der Ökumenische Rat hiermit neue Akzente, habe ich damals zu zeigen versucht, daß die ökumenische Bewegung von Anfang an zwischen dem vertikalen Gottesdienst und Gehorsam Gott gegenüber und den horizontalen Geboten der christlichen Ethik in einer schöpferischen Spannung gestanden hat. Es ging nicht um ein neues Evangelium, sondern um die Entdeckung des neuen, größeren Raumes der Welt, in dem die Relevanz und Kreativität des alten Evangeliums erschlossen werden müssen. Ich forderte die Kirchenführer auf, „das erforderliche Risiko einer echten Erneuerung der Kirchen und ihres Rates auf sich zu nehmen“.

In Canterbury setzte ich mich in meinem Bericht mit den vielfachen Polarisierungen, die immer deutlicher im Leben der Kirchen wie des Rates zutage traten, auseinander und erinnerte uns daran, daß Polarisation unter Umständen einfach neue Schismen und neue Spaltungen hervorzurufen droht, andererseits aber auch die Quelle einer dynamischeren und machtvolleren Einheit sein kann.

In diesem Bericht stelle ich einige der wichtigsten Fragen, mit denen wir hier in Addis Abeba konfrontiert sind, unter dem Rahmenthema „Identität, Macht und Gemeinschaft“ zur Diskussion.

Ich beginne mit einem allgemein anerkannten Ziel des Ökumenischen Rates der Kirchen,

nämlich eine Bruderschaft und Gemeinschaft von *Kirchen* zu sein, durch die wir wirksam zum Aufbau der Gemeinschaft der ganzen Menschheit beitragen, wie Gott und die Geschichte es von uns verlangen, wenn unser Tun eine echte Antwort sein soll auf die eigentlichen Nöte und Erwartungen der Menschen in der Welt.

Durch die Unterstreichung des Wortes „Kirchen“ habe ich sagen wollen, daß die eigentliche Begründung unserer Gemeinschaft im breitesten und tiefsten Sinne kirchlich ist. Wir sind nicht nur eine Gemeinschaft von Menschen guten Willens. Grund unserer Bruderschaft ist das Evangelium und Mitte unserer Einheit und Gemeinschaft ist Jesus Christus, wie es in den Schriften des Alten und Neuen Testaments dargestellt und in der gemeinsamen Tradition und in unseren verschiedenen geschichtlichen Traditionen ausgelegt ist.

I.

Mit diesem Hintergrund und Verständnis spreche ich hier zu dem Thema „Dialog mit Menschen anderen Glaubens“, das auf der diesjährigen Zentralaussschußtagung zur Diskussion steht. Der Diskussion möchte ich nicht vorgreifen, aber doch daran erinnern, daß Dialog die verschiedenen Identitäten der Dialogpartner voraussetzt. Christen, die mit Menschen anderen Glaubens in einen Dialog eintreten, müssen selbst wirklich vom christlichen Glauben geprägt sein. Das unterstreicht die Bemühungen des Sekretariats der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung, die dahin zielen, daß die Kommission auf ihrer Tagung im Sommer dieses Jahres prüft, ob auf der Basis der theologischen Arbeit der ökumenischen Bewegung ein definitiver Konsensus über den gemeinsamen christlichen Glauben formuliert werden kann. Ich weise nachdrücklich darauf hin, daß wir im Ökumenischen Rat der Kirchen unseren eigenen Glauben vertiefen und stärken müssen, wenn wir den Dialog mit Menschen anderen Glaubens vorantreiben wollen.

Andererseits versteht es sich, daß die Christen in einem echten Dialog die *Identität* der Dialogpartner achten müssen. Das Gespräch zwischen Menschen erfordert die gegenseitige Achtung der Identität des anderen. Das bedeutet nicht Relativierung der Wahrheit, sondern Bereitschaft zum Hören und Sprechen in dem Glauben, daß Gott nicht so sehr unsere Verteidigung als vielmehr unser vollkommenes Verstehen und Gehorchen verlangt.

An dieser Stelle spielt *Macht* eine Rolle. Wenn der eine Dialogpartner von einer überwältigenden Machtposition aus spricht (wie es etwa während der Kolonialherrschaft in Indien der Fall war), so ist die Identität des anderen bedroht, wenn nicht vernichtet. Als Minderheit in dieser Welt täten die Christen gut daran, diese Tatsache aus freien Stücken anzuerkennen, noch ehe die Machtverhältnisse sich ändern und die Positionen sich in ihr Gegenteil verkehren mögen.

In christlicher Sicht soll der beabsichtigte Dialog mit Menschen anderen Glaubens immer auch der Verherrlichung Jesu Christi dienen außer der Identifizierung gemeinsamer Aspekte des transzendierenden Glaubens, der Bereicherung und Erweiterung des christlichen Glaubens selbst und – was heute vielleicht am wichtigsten ist – dem Streben nach einer Gemeinschaft der ganzen Menschheit, die auf Mitmenschlichkeit und gemeinsame auf Gott gerichtete Erwartung gegründet ist. Eine solche geistige Gemeinschaft könnte hoffentlich Grundlage einer weltweiten Zusammenarbeit aller Menschen für Gerechtigkeit, Freiheit, Gleichheit und Frieden werden.

In diesem Zusammenhang möchte ich über Konsultationen berichten, die im Zusammenwirken mit dem neu gegründeten „Internationalen Jüdischen Ausschuß für Interreligiöse Konsultationen“ veranstaltet worden sind. Seit der Zentralaussschußtagung in Canterbury haben zwei solcher Tagungen stattgefunden. Die Wurzeln des Christentums im Judentum, die beschämende Geschichte der christlich-jüdischen Beziehungen durch die Jahrhunderte und die religiösen Komponenten in dem anhaltenden Konflikt im Nahen Osten verpflichten den Ökumenischen Rat der Kirchen, dem Dialog mit dem Judentum besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Dieser Dialog muß dem allgemeinen Konzept des Dialogs mit Menschen anderen Glaubens gemäß entwickelt werden. Nach Billigung der neuen Struktur durch diesen Zentralaussschuß wird es darauf ankommen, klar und deutlich die Verantwortung für wenigstens zwei Aufgaben in der neuen Struktur festzulegen:

1. einen permanenten Dialog mit Vertretern des Judentums über das Thema des Gottesglaubens durchzuführen,

2. Gelegenheit zu schaffen, um offen und gemeinsam über die Übereinstimmungen und Unterschiede in der Beurteilung und die Zusammenarbeit in den Bereichen Entwicklung, rassische Gerechtigkeit und Weltfrieden, soweit das nach den Konzeptionen und Programmen des Ökumenischen Rates der Kirchen und der großen jüdischen Organisationen möglich sein kann, zu sprechen.

Nach meinem Urteil wäre es recht und billig, zumindest diese beiden Aspekte der jüdisch-christlichen Beziehungen sichtbar in der künftigen Struktur und dem Programm des Ökumenischen Rates der Kirchen zum Ausdruck zu bringen.

II.

Auf der Zentralaussschußtagung in Canterbury wurde ein Ökumenisches Programm zur Bekämpfung des Rassismus eingehend diskutiert und von einer überwiegenden Mehrheit des Ausschusses gebilligt. Ich kann berichten, daß dieses vielschichtige Programm jetzt angelaufen ist. Ein fähiger Stab von drei Mitarbeitern ist an der Arbeit. Ein internationaler Beratungsausschuß hat mit der Leitung der Arbeit begonnen. Die in Canterbury angesprochenen vielfältigen Bezugspunkte werden nunmehr ausgearbeitet. Die Weisungen der Vollversammlung von Uppsala beginnen endlich Wirklichkeit zu werden.

Die Massenmedien, einschließlich der kirchlichen Presse, haben in vielen Teilen der Welt ausführlich über den Beschluß des Exekutiv Ausschusses zur teilweisen Durchführung des Canterbury-Programmes, nämlich die Bereitstellung von \$ 200 000 von den erhofften \$ 500 000 des Sonderfonds für 19 Organisationen, berichtet. Ich brauche Ihnen deshalb nicht zu sagen, daß diese Maßnahme zugunsten dieser Organisationen, von denen die meisten wegen ihrer Rasse unterdrückte Gruppen und einige Befreiungsorganisationen in unterschiedlichen Phasen des Konfliktes mit den im südlichen Afrika etablierten weißen Minderheitsregierungen sind, in den Mitgliedskirchen und in der säkularen Welt in weiten Kreisen Anfragen, Diskussionen und Kontroversen hervorgerufen hat.

Wir standen dabei vor folgenden Tatbeständen: Uppsala hatte sich für die Durchführung eines Sofortprogrammes mit dem Akzent auf dem weißen Rassismus – aber nicht ausschließlich – entschieden. Es bestand allgemeine Übereinstimmung darüber, daß die schönen Resolutionen der Vergangenheit nichts Entscheidendes zugunsten der rassischen Gerechtigkeit und zum Verständnis in den Rassenproblemen innerhalb der Mitgliedskirchen und noch viel weniger in der Welt beigetragen haben, und wir hatten große Schwierigkeiten, Interesse für dieses Programm zu erwecken und eine positive Beteiligung daran sicherzustellen. Im Blick darauf muß ich sagen, daß die Kontroverse für das Programm hilfreich gewesen ist, wenn mit ihr auch, wie bei jeder Kontroverse, negative Wirkungen verbunden waren.

1. Die Kontroverse war für manchen inner- und außerhalb der Kirchen der Anlaß, sich und seine Kirche vom Ökumenischen Rat der Kirchen zu distanzieren, als ob „Genf“ etwas grundsätzlich anderes wäre als die Gemeinschaft aller Kirchen. Alle unsere Mitgliedskirchen und insbesondere ihre Leitungen, die Mitglieder dieses Zentralaussschusses nicht ausgenommen, müssen es lernen, in angemessener Weise in der Öffentlichkeit Stellung zu nehmen und zu reagieren, wenn der Ökumenische Rat durch einen umstrittenen Beschluß die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit erregt und Kirchen und Kirchenführer – wie uns berichtet wurde – in Verlegenheit bringt. Um unseres gemeinsamen Glaubens und unserer Verbundenheit miteinander willen, ist jeder einzelne von uns gefordert, mehr Vertrauen untereinander und zu dem Entscheidungsprozeß des Ökumenischen Rates zu haben, als in den Wochen nach dem Arnoldshainer Beschluß deutlich geworden ist.

2. Die zweite negative Folge dieses spezifischen Beschlusses des Ökumenischen Rates und der darum entbrannten Kontroverse war die eindeutig nachteilige Wirkung, die sie auf laufende wichtige ökumenische Programme in bestimmten Ländern ausgeübt hat. Beispielsweise wünschte oder beabsichtigte kein Mitglied dieses Ausschusses, daß durch das in Canterbury beschlossene Ökumenische Programm zur Bekämpfung des Rassismus die Arbeit des Christlichen Instituts in Südafrika erschwert wurde. Dennoch hat das Programm – zumindest kurzfristig – diese Wirkung gehabt. (In diesem Zusammenhang werden Sie hoffentlich alle aufmerksam den Aufsatz von Beyers Naudé, dem Direktor des Institutes, über unseren Beschluß lesen, den er zunächst in der südafrikanischen Zeitschrift „Pro Veritate“

veröffentlicht hatte.) Es kann nicht geleugnet werden, daß es mit der Durchführung des Programmes zu neuen Pressionen auf ökumenische Programme und Persönlichkeiten kam, und das nicht nur in Südafrika und Rhodesien, sondern in unterschiedlicher Weise auch in Ländern wie Portugal, Irland, Griechenland, Großbritannien und Deutschland. Wenn auch, wie ich meine, der Beschluß, den Sie nach eingehenden Diskussionen in Canterbury gefaßt haben, richtig war und vom Exekutivausschuß in Arnoldsheim seine Durchführung richtig in Gang gesetzt wurde, so müssen wir doch den durch diesen Beschluß hervorgerufenen Problemen und Pressionen gegenüber offen und verständnisvoll sein. Hierzu auch, ich sagen, daß schwarze wie weiße Kirchenführer und -glieder im südlichen Afrika im ganzen großen Mut und viel Verständnis bewiesen haben, wenn sich auch manche aus verschiedenen Gründen gezwungen sahen, sich öffentlich von dieser Maßnahme zu distanzieren, ohne jedoch aus dem Ökumenischen Rat der Kirchen auszutreten, obgleich sie starkem Druck ausgesetzt waren, alle Verbindungen mit uns abzubrechen.

3. Die dritte negative Folge der durch Arnoldshain ausgelösten Kontroverse ist die in einigen Kreisen hervorgetretene Tendenz, die Diskussion vom Rassismus (nach allgemeiner Auffassung ein heikles ökumenisches, kirchliches und moralisches Problem) auf andere Fragenkreise zu lenken. Scharfe Kritik ist an der Kompetenz unseres Informations- und Kommunikationsdienstes, an der Rechtmäßigkeit dieses Beschlusses und an Integrität, Einsicht und Rolle verschiedener Mitarbeiter des Ökumenischen Rates, einschließlich des Generalsekretärs, geübt worden. Ich will hier niemanden verteidigen, möchte jedoch meiner Überzeugung Ausdruck geben, daß solche Kritik nur allzu leicht als Vorwand dient, den eigentlichen Fragen auszuweichen, namentlich der Erörterung über den im Leben und in den Strukturen der Kirchen, des Ökumenischen Rates der Kirchen und der gesamten Welt dominierenden weißen Rassismus.

Nun möchte ich auch über einige positive Ergebnisse aus dieser Kontroverse in den letzten Monaten sprechen.

1. Zum erstenmal seit Uppsala hat auf breiter Basis eine ernsthafte Diskussion über Rassismus eingesetzt. Mehr Menschen als je zuvor sind in einer, an existentielle Grundfragen führenden Rassismuskonversation beteiligt worden. Da es besonders meine Aufgabe war, in dieser Sache während zweieinhalb Jahren an die Mitgliedskirchen zahllose Briefe zu schreiben, auf die kaum ein positives oder negatives Echo erfolgte, kann ich diese Entwicklung nur begrüßen.

2. In der ganzen Welt haben nun christliche Männer und Frauen auf diese Initiative des Ökumenischen Rates der Kirchen hin neue Hoffnung für die Kirche gefaßt. Das gilt für viele junge Menschen, die der Kirche noch nicht ganz entfremdet sind, für viele Erwachsene traditioneller Christlichkeit, die die Kirche ebenfalls fast aufgegeben haben, und für eine große Zahl von Christen und potentiellen Christen (die auf ihre Bekehrung warten), die heute unter ungerechten Gesetzen rassistischer Regime und unter der unerbittlichen und häufig gewaltsamen, grausamen Durchführung dieser Gesetze leiden und sterben.

3. Als drittes und letztes positives Ergebnis der um den Arnoldshainer Beschluß entbrannten Kontroverse möchte ich das neue Interesse bezeichnen, das sie an den sittlichen, kirchlichen und theologischen Aspekten der Frage von Gewalt und Gewaltlosigkeit geweckt hat. In Uppsala wurde der Zentralkomitee in einer Entschließung aufgefordert, „nach Möglichkeiten zu suchen, wie der Ökumenische Rat der Kirchen Untersuchungen über gewaltlose Methoden zur Herbeiführung eines sozialen Umbruchs fördern könne“. Der Mitarbeiterstab würde mir als erster darin zustimmen, daß der Ökumenische Rat bisher aus Mangel an Zeit und Mitteln eine adäquate Verwirklichung dieser Entschließung schuldig geblieben ist. Jetzt hat die Unterstützung, die im Rahmen des Programms zur Bekämpfung des Rassismus Befreiungsbewegungen für ihre humanitäre Arbeit gewährt worden ist, in vielen unserer Mitgliedskirchen erneut die Diskussion darüber angeregt, wie Christen und Kirchen sich revolutionären Bewegungen gegenüber verhalten sollen, die mit Regierungen, die in ihren Augen ungerecht und illegitim sind, in einem gewaltsamen Konflikt stehen.

Obgleich ich überzeugt bin, daß diese Diskussion und Studienarbeit nicht in erster Linie mit der Durchführung des Programms zur Bekämpfung des Rassismus verbunden sein soll-

te – man könnte dadurch unzulässigerweise den Kernfragen des Rassismus ausweichen –, möchte ich sie hier doch wegen ihrer eigenen ethischen und theologischen Bedeutung erwähnen. Darum fordere ich alle unsere Mitglieder auf zu prüfen, ob der Ökumenische Rat trotz der uns gesetzten finanziellen Grenzen ein neues Programm in diesem Bereich christlicher Mitverantwortung in Gang setzen soll. Der Stab hat ein Arbeitspapier ausgearbeitet, in dem dem Zentralausschuß diese Fragen vorgelegt werden. Jene Kirchen, denen der Arnoldshainer Beschluß besonders zu schaffen macht, könnten gebeten werden, uns bei der Formulierung eines Programmes zu helfen, das auf einen Durchbruch christlichen Verständnisses für die christliche Verantwortung in einer Welt mit zunehmender Gewaltanwendung zielt. Es könnte sein, daß einigen anderen Kirchen ein solches Programm besondere finanzielle Unterstützung wert ist.

Auf dieser Tagung werden wir das gesamte Programm zur Bekämpfung des Rassismus, wie es von diesem Ausschuß in Canterbury gebilligt und vom Exekutivausschuß und Stab in den anderthalb Jahren seit Canterbury durchgeführt wurde, überprüfen. Wenn wir diese Gelegenheit wahrnehmen, um alle die Aspekte des Rassismus besser verstehen zu lernen, könnte diese Diskussion sehr hilfreich sein. Ich darf Sie dringend bitten, vor allem auf die sorgsam zu hören, mit denen Sie gegenwärtig nicht einer Meinung sind. Es ist wesentlich für unsere Diskussion und die daraus erwachsenden Beschlüsse, daß unsere eigene christliche *Gemeinschaft* durch diesen Lernprozeß gefestigt, daß die persönliche *Identität* und Integrität jedes einzelnen Ausschußmitgliedes geachtet und gestärkt wird und daß auf keinen Fall durch den Einsatz von *Macht*, ob in der Form von Stimmen oder Finanzen, Zwang ausgeübt wird. Für uns alle sollte es nicht das Ziel sein, in einer Debatte zu siegen, sondern den Kampf gegen den Rassismus, in dem wir alle engagiert sind, gemeinsam zu führen. Und weiter meine ich, daß ein besseres Verständnis des weißen Rassismus und des Rassismus und des Konzentriertseins auf das eigene Volkstum in all den möglichen Formen dazu nötig, zu einem besseren Verständnis – wie es heute zugänglich ist – der Möglichkeit einer aus mehreren Rassen geformten *Weltgemeinschaft*, die sich aus verschiedenen Gruppen mit gegenseitig respektiertem kulturellen und rassischen *Eigenleben* zusammensetzt, zu kommen. Jede von ihnen besitzt genügend *Macht*, um voll und gleichberechtigt an den großen Entscheidungen, die die ganze Menschheit betreffen, mitzuwirken.

III.

Im letzten Teil meines Berichts möchte ich auf den Bericht des Strukturausschusses eingehen, der Ihnen zur Beschlußfassung vorliegt. Sehen Sie das aber bitte nicht so an, als wollte ich mir damit die Zuständigkeit des von Ihnen eingesetzten Ausschusses und insbesondere seines Vorsitzenden, Bischof Mathews, der den Strukturbericht vorlegen wird, anmaßen. Eine Reihe von Ihnen hat mich gebeten, Ihnen dadurch eine Entscheidungshilfe zu geben, daß ich meinen eigenen Standpunkt in dieser Frage darlege.

Vorab möchte ich jedoch den Mitgliedern des Strukturausschusses und namentlich seinem Vorsitzenden für die Arbeit, die sie unter beträchtlichem Zeitdruck geleistet haben, danken. Noch auf der letzten Tagung schien es fast unmöglich, den Bericht termingerecht fertigzustellen. Sodann muß ich dem Ausschuß und seinem Vorsitzenden dafür danken, daß sie in liebenswürdiger Weise meine engsten Mitarbeiter aus der Gruppe Leitender Mitarbeiter (SEG) an ihrer Arbeit beteiligt haben. Der Ausschuß hat unsere Stellungnahmen und Ansichten begrüßt und angehört, selbst wenn sie einander bisweilen widersprachen und auch Stellungnahmen des Ausschusses kritisch behandelten. Weiter hat es der Vorsitzende wiederholt ermöglicht, daß die gesamte leitende Mitarbeiterschaft des Ökumenischen Rates zu den verschiedenen Strukturentwürfen Fragen stellen und an der Erstellung des Berichts mitarbeiten konnte.

An dieser Stelle möchte ich auch den Mitgliedern des Stabes, insbesondere der Gruppe Leitender Mitarbeiter, für die Art und Weise danken, wie sie dem Ausschuß ihre Einsichten und Kenntnisse vermittelt haben, auch wenn sie nicht immer mit der Ausrichtung der Ausschußarbeit einverstanden waren. Die Mitglieder des Zentralausschusses werden gewiß anerkennen, daß die Strukturreform an sich durch ihre Auswirkung auf Kontinuität, Durchführbarkeit und Einstufung der Arbeit eine Bedrohung für die Mitarbeiter selbst darstellt. Auch wenn die mehr als zwei Jahre der Umstrukturierung eine Quelle des Unbe-

hagens im Hause waren, möchte ich hier die verständnisvolle Loyalität würdigen, die der gesamte Stab während dieser Zeit gezeigt hat.

Endlich möchte ich in diesem Zusammenhang dem Persönlichen Referenten des Generalsekretärs, Jens Thomsen, danken, der in meinem Auftrag für uns alle die schwere Arbeitslast getragen und der es durch seine intensive Arbeit, durch seinen Eifer, seine Klugheit und seine Geduld möglich gemacht hat, daß der Ausschuß seine Aufgabe zum Abschluß bringen konnte.

Lassen Sie mich Ihnen ganz einfach sagen, daß ich glaube, dies ist ein guter Bericht. Ich hoffe, daß Sie ihn mit den notwendig erscheinenden Änderungen annehmen werden. Und ich hoffe weiter, daß Sie dem Strukturausschuß Ihren Dank aussprechen und ihn dann auflösen und den Exekutivausschuß und Stab anweisen werden, unverzüglich mit der Verwirklichung der neuen Struktur zu beginnen, auch wenn diese Aufgabe zwangsläufig bis zur nächsten Vollversammlung dauern wird.

Was ich abschließend noch zum Bericht über die Struktur des Ökumenischen Rates zu sagen habe, fügt sich gut in das Rahmenthema „Identität, Macht und Gemeinschaft“ ein, nach dem ich diesen Bericht aufgebaut habe.

Die wohl entscheidendste Veränderung dieser Vorlage erscheint nicht in Sektion V, sondern in Sektion III, über die Vollversammlung selbst. Die vorgeschlagenen Änderungen gehen nicht nur auf die weit verbreitete Kritik an der letzten Vollversammlung zurück, sondern auch auf neue ökumenische Erkenntnisse, die in Uppsala gewonnen wurden. Die Basis des Ökumenischen Rates der Kirchen bezeichnet den Rat als eine Gemeinschaft von Kirchen. Es ist wichtig, sich über die genaue Bedeutung des Begriffs „Kirchen“ in diesem Kontext klar zu werden. Kirchen bestehen aus Menschen, aus Männern und Frauen, Jungen und Mädchen. Sie alle haben eine unterschiedliche Stellung und Verantwortung im Leben ihrer jeweiligen Kirche. Die „Gemeinschaft von Kirchen“, von der in der Basis die Rede ist, sollte sich nie nur auf die mit der hierarchischen Kirchenleitung Betrauten, also Erzbischöfe, Bischöfe, Kirchenpräsidenten, Moderatoren, Generalsekretäre und Pfarrer, beziehen. Von Anfang an sind die Kirchen darum ermutigt und aufgefordert worden, im Rahmen des Möglichen repräsentative Laien – Männer und Frauen – in ihre Delegationen aufzunehmen, so daß die Vollversammlung im Idealfall mit mindestens einem Drittel Laien besetzt worden wäre. (Vgl. Titel V Paragraph i, letzter Absatz, der Verfassung.) Dieses Ideal ist nie erreicht worden, weil eine große Anzahl der kleineren Kirchen diese Bestimmung nicht ohne Diskriminierung ihrer geistlichen Führer hätte durchführen können und weil die größeren Kirchen verständlicherweise intern genötigt waren, alle ihre verantwortlichen Kirchenführer, die meist überwiegend Geistliche und Männer waren, in ihre Delegationen aufzunehmen.

Im Bericht des Strukturausschusses wird ein Verfahren zur Änderung der Verfassung und Satzung vorgeschlagen, um eine für die Kirchen repräsentativere Zusammensetzung der Vollversammlung zu erreichen, die indes durch eigene Initiative der Kirchen und gemäß ihrem eigenen Verfahren gewählt würde; hierdurch wäre jedoch eine „ausgewogene Vertretung der kirchlichen Amtsträger, Gemeindepfarrer, Frauen und jungen Menschen“ gewährleistet (vgl. Teil III Paragraph 41 Absatz b des Strukturberichts und Anhang I).

Da die Vollversammlung der einzige Ort ist, wo sich die Gemeinschaft aller im Ökumenischen Rat der Kirchen zusammengeschlossenen Kirchen in persönlicher Begegnung konkretisiert, ist es wichtig, daß der Begriff „Kirche“ weder zu eng gefaßt noch durch eine unausgewogene Vertretung der einzelnen Mitglieder verzerrt wird. Da die Mitgliedschaft im Zentral- und Exekutivausschuß – mit Ausnahme der Präsidenten – auf Mitglieder der Vollversammlung beschränkt ist, ergibt sich, daß die Zusammensetzung dieser Ausschüsse und die Regelung der Frage, was für Männer und Frauen für die Beschlüsse über die Tätigkeit und das Arbeitsprogramm des Ökumenischen Rates Verantwortung tragen, unmittelbar durch die Zusammensetzung der Vollversammlung bestimmt ist.

Wir haben hier ein höchst interessantes Beispiel für das Thema dieses Berichtes: *Identität, Macht und Gemeinschaft*. In dem Strukturvorschlag kommt keine Gruppe von Kirchengliedern zu kurz. Die Besonderheiten aller verschiedenen Kirchenglieder sind voll respektiert. Die Empfehlungen sind weder klerikal noch antiklerikal geprägt. Der Erz-

bischof wie das kleine Mädchen haben ihren eigenen geachteten Platz in der Gemeinschaft. *Identität* wird gewahrt.

Die Frage, um die es bei der hier anstehenden Entscheidung geht, ist die Frage der *Macht*. Wird dieser Teil des Strukturberichts ohne radikale Abänderungsanträge angenommen, so bedeutet das meines Erachtens, daß dieser Zentralaussschuß der Meinung ist, daß in den einzelnen Kirchen und im Ökumenischen Rat der Kirchen breitere Gruppen als in der Vergangenheit üblich an der kirchlichen Macht teilhaben sollten. Die geistlichen Mitglieder dieses Ausschusses werden aufgefordert, ihre gegenwärtige Macht zu teilen, und die Laien-Mitglieder, bei der Abstimmung über diese Frage sicherlich nicht nach mehr Macht zu streben, als sie verantwortlich ausüben können. In diesem Geist wird die *Gemeinschaft* des ganzen Gottesvolkes vollkommener verwirklicht werden, nicht nur innerhalb der Kirchen, sondern auch in diesem Zentralaussschuß des Ökumenischen Rates der Kirchen und in seinen künftigen Vollversammlungen und Ausschüssen.

Section V des Strukturberichtes mit der Überschrift „Verwaltungsstruktur“ bereitet die größten Schwierigkeiten und dürfte wohl am wenigsten Zustimmung finden. Die Einstellungen zu diesem Teil reichen von der Überzeugung einiger, daß die vorgeschlagene neue Verwaltungsstruktur ebenso viele Chancen zur Bewältigung der eigentlichen Probleme des Ökumenischen Rates der Kirchen bietet wie jede andere gegenwärtig denkbare Struktur, bis zu der Auffassung zumindest eines geschätzten Mitarbeiters, der mit meiner ausdrücklichen Zustimmung einige von Ihnen hat wissen lassen, daß Sie nach seiner Meinung den Beschluß über diesen Teil des Berichts besser zurückstellen würden. Wie ich bereits gesagt habe, stehe ich persönlich dem Bericht insgesamt positiv gegenüber und glaube, daß die neue Struktur mit der zugesagten Unterstützung der Mitarbeiter und Ausschuß- und Kommissionsmitglieder in den vor uns liegenden Monaten und Jahren verwirklicht werden kann.

Doch lassen Sie mich hier noch einige Fragen im Blick auf Identität, Macht und Gemeinschaft beleuchten. Ich beginne mit dem letzten Begriff, der *Gemeinschaft*.

Von Anfang haben alle, die an dem Vorschlag zur neuen Verwaltungsstruktur mitgearbeitet haben, erkannt, daß die Arbeit des Ökumenischen Rates ein Ganzes darstellt und daß der ganze Stab und sämtliche Ausschußmitglieder eine echte Gemeinschaft sein und bleiben müssen, weil sie sich der wirksamen Durchführung der gesamten Aufgabe der ökumenischen Bewegung verpflichtet wissen. Trotz aller Belastungen hat die gegenwärtige Struktur, die hauptsächlich auf der Vollversammlung in Evanston 1954 konzipiert wurde, diese durch das gemeinsame Ziel und den gemeinsamen Einsatz zusammengehaltene Gemeinschaft keinen Augenblick verdunkelt oder zerstört. Das kann ich bezeugen, weil ich während all dieser Jahre in verschiedenen Eigenschaften direkt in ihr mitgearbeitet habe. Doch der Ökumenische Rat ist in diesen 16 Jahren gewachsen. Er hat neue Mitglieder und weltweites Vertrauen erworben und hat eine Vielfalt neuer Verantwortungen und neuer Programme übernommen. Aus der alten intimen „Familie“ in Malagnou hat sich das Verwaltungszentrum zu einer, wie ich auch jetzt noch zu sagen wage, „Großfamilie“ auf dem Hügel in Grand Saconnex entwickelt. Die gegenwärtige Struktur ist überlastet und enthält manche unlogischen, um nicht zu sagen irrationalen Züge. Die für einen Neuanfang vorgeschlagene neue Struktur macht jene geordnete Einheit und Vielfalt möglich, die jede echte Gemeinschaft prägen muß. Weil der Strukturausschuß diese übergreifende Einheit und Gemeinschaft herausstellen wollte, weil keine Struktur die einzig richtige und endgültige ist, weil endlich der Strukturausschuß eine flexible Struktur entwerfen wollte, hat er vorgeschlagen, die Verwaltung in drei Programmeinheiten zu unterteilen und die *Identität* der Einzel-Referate hintenanzustellen. „Abteilungen“ sind nicht vorgesehen.

Diese drei großen Programmeinheiten werden zur Strukturierung der Arbeit des Rates vorgeschlagen, wobei jede eine der drei Hauptaufgabengebiete des Rates darstellt, wie sie sich nach Meinung des Ausschusses aus dem unwandelbaren Evangelium und der in raschem Wandel begriffenen Welt ergeben.

Die neue Struktur könnte selbstredend auch anders aussehen, und es ist ein Durchführungsprozeß vorgesehen, der dank seiner inhärenten Flexibilität Änderungen ermöglicht aufgrund neuer Erfahrungen und neuer, im Verlauf der Durchführung festgestellter Bedürfnisse. Eine Rolle allgemeiner Fragen müßten Sie freilich beantworten, bevor Sie den Be-

richt und die darin enthaltenen Empfehlungen billigen. Sie lassen sich gut unter den beiden Begriffen von *Identität* und *Macht* darstellen.

Gemeint sind folgende Fragen:

1. Wird unsere Geschichte und Tradition in dem neuen Strukturentwurf genügend berücksichtigt, d. h., wird unsern ererbten *Identitäten* (z. B. Glauben und Kirchenverfassung, Weltmission und Evangelisation, Kommission der Kirchen für Internationale Angelegenheiten, Zwischenkirchliche Hilfe, Flüchtlings- und Weltdienst, Kirche und Gesellschaft) genügend Freiheit und Raum gelassen und unseren neuen Identitäten (z. B. Kommission für Kirchlichen Entwicklungsdienst, Ökumenisches Programm zur Bekämpfung des Rassismus, Erziehungsreferat) genügend Freiheit gewährt, um in einer für alle fruchtbaren Weise sie selbst zu sein und zu werden?

2. Haben die für diese Aufgabengebiete verantwortlichen Ausschüsse und Mitarbeiter sowie die großen Programmeinheiten genug (aber auch nicht zu viel) *Macht*, um bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben sowohl getrennt als auch zusammen arbeiten zu können?

3. Ist genügend Vorsorge getroffen worden für horizontale Koordination und fruchtbare Interaktion sämtlicher Programmteile, namentlich jener, die im Rahmen der neuen Struktur von den anderen getrennt werden, mit denen sie jetzt eng zusammenarbeiten?

Die Mitglieder Ihres Strukturausschusses meinen, daß man diese drei Schlüsselfragen mit „Ja“ beantworten kann, und empfehlen darum die Annahme dieser Vorlage.

Was die dritte Frage angeht, mache ich Sie besonders auf Paragraph 52 und 53 des Strukturberichtes aufmerksam, wo erstmals der Vorschlag gemacht wird, eine solche horizontale Koordination im Ökumenischen Rat der Kirchen zu institutionalisieren. Die gegenwärtige Gruppe Leitender Mitarbeiter besteht nun seit einigen Jahren und hat Erfolg und auch Enttäuschungen erfahren. Nach der Strukturvorlage ist die Gruppe der Leitenden Mitarbeiter der wichtigste Berater des Generalsekretärs, sie kann, wenn nötig, bei Entscheidungen über Prioritäten und Koordination die Autorität des Generalsekretärs anrufen und sollte ihre Funktion mit ausreichenden Unterausschüssen, wie vorgeschlagen, wahrnehmen können.

In diesem Zusammenhang möchte ich Sie ferner auf ein Arbeitspapier der Gruppe Leitender Mitarbeiter aufmerksam machen, das die Koordination von Studien betrifft. (Bericht für Studien, kurz SAGS, an den Zentralausschuß.) Vielleicht könnte es einige der Probleme und Möglichkeiten zu Verbesserungen in diesem zentralen Aufgabenbereich des Rates sichtbar machen. Da in allen drei Programmeinheiten sowie in zwei direkt dem Generalsekretariat zugeordneten Ressorts verschiedenartige Studien durchgeführt werden sollen, bitte ich Sie, diesen Teil des Berichts unter Berücksichtigung des genannten Arbeitspapiers zu prüfen.

Schluß

Lassen Sie mich meinen Bericht mit einem kurzen Wort über die Bedeutung unserer Tagung hier in Addis Abeba schließen. Man könnte meinen, daß ich als Amerikaner lebhaft darin interessiert bin, was wir durch unser Tun hier leisten werden. Doch je älter ich werde, desto wichtiger wird mir das „Sein“ gegenüber dem „Tun“. Daß wir hier als Gemeinschaft in Jesus Christus zusammen sind, um, wenn auch höchst unvollkommen, Seine ganze Kirche darzustellen, ist wichtiger als jeder noch so erfolgversprechende Beschluß, den wir fassen könnten. Damit will ich keinem Quietismus und keiner Passivität das Wort reden. Wir müssen handeln, um Ihm zu gehorchen, dem wir nach unserem Zeugnis dienen. Geseget sind wir alle, die wir in dieser von Jesus Christus gestifteten Gemeinschaft hier zusammen sind, und dafür wollen wir dankbar sein.

In Utrecht ging Dr. M. M. Thomas auf „die Frage nach unserem Glauben und nach dem Wesen der Gemeinschaft, auf die wir verpflichtet sind“ ein:

Als Erstes muß ich in diesem Zusammenhang die – für jeden aufmerksamen Beobachter einleuchtende – Tatsache hervorheben, daß unsere größere Aufgeschlossenheit gegenüber den Problemen der gesamten menschlichen Gemeinschaft und die intensive Auseinander-

setzung mit diesen Fragen uns zu einer Neuentdeckung des Glaubens führt, der Grundlage unseres gemeinsamen Engagements ist. Hans-Ruedi Weber hat in diesem Zusammenhang geschrieben: „Auf dem Weg von der gemeinsamen Überzeugung zum gemeinsamen Handeln wird klar, daß der Glaube nicht als etwas Selbstverständliches angesehen werden kann. Es ist relativ einfach, verschiedene Glaubensbekenntnisse miteinander zu vergleichen und über unsere unterschiedlichen Auffassungen vom christlichen Glauben zu diskutieren. Eine echte Auseinandersetzung mit den Konflikten unserer Zeit stellt dagegen unseren Glauben auf die Probe, wie z. B. der Dialog mit Vertretern anderer Religionen und Ideologien unserer Zeit, der zwangsläufig mit zu diesen Auseinandersetzungen gehört.“⁹ Somit gelangen wir zu einem neuen Bewußtsein von der notwendigen Neuformulierung unseres gemeinsamen Glaubens, den wir unbedingt in Bezug setzen müssen zu den Problemen unserer Zeit und unserem heutigen Engagement. Das Interesse, auf das die Studie „Das Heil der Welt heute“ überall in der Welt bei den Mitgliedskirchen gestoßen ist (die Studie ist eine Vorbereitung für die bevorstehende Tagung der Kommission für Weltmission und Evangelisation in Bangkok), die Entschließung der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung zur Durchführung einer umfassenden Studie mit dem Titel „Rechenschaft über die Hoffnung, die in uns ist“, sowie das ungeheure Interesse, das Wissenschaftler und Technologen, Mediziner und Pädagogen einer Neubewertung der zentralen Beziehung zwischen Natur, Mensch und Gott entgegenbringen: sie alle sind symptomatisch für die Suche nach Grundlagen, die die ökumenische Situation der Gegenwart charakterisiert. Dieselbe drängende Suche hat uns auch veranlaßt, für diesen Zentralausschuß das Thema „Verpflichtet auf Gemeinschaft“ zu wählen. Worin bestehen Wesen und Ziel dieser Gemeinschaft, zu der sich die Kirchen in der ökumenischen Bewegung verpflichtet haben? Und welches sind Grundlagen und Spannweite der Verpflichtung der Mitgliedskirchen auf die ökumenische Gemeinschaft, die der Rat verkörpert?

Diese Verpflichtung auf Gemeinschaft besteht für den Ökumenischen Rat laut Verfassung auf drei Ebenen. Der Rat ist eine „Gemeinschaft von Kirchen“, die den Herrn Jesus Christus bekennen und sich verpflichtet haben, gemeinsam zu erfüllen, wozu sie berufen sind (Art. I). Das bedeutet einmal Streben nach „Einheit in einem Glauben und einer eucharistischen Gemeinschaft“, die ihren Ausdruck findet „im Gottesdienst und im gemeinsamen Leben in Christus“ (Art. III, i). Es bedeutet aber auch gemeinsames Handeln, um „Brüderlichkeit, Gerechtigkeit und Frieden zu fördern“ (Art. III, iii). Offen bleibt die theologische Frage nach dem Verhältnis dieser drei zueinander – die Gemeinschaft, die wir als Rat darstellen, die eucharistische Gemeinschaft, die unser Ziel ist, und die Brüderlichkeit oder säkulare Gemeinschaft, die wir unter allen Menschen fördern wollen. Diese Frage wurde im Programm des Ökumenischen Rates an verschiedenen Stellen aufgeworfen; auf zwei möchte ich hier näher eingehen.

a) Eucharistische Gemeinschaft und säkulare Gemeinschaft

Die von Professor Meyendorff in Löwen ausgelösten Diskussionen über eine „von der Eucharistie ausgehende Eschatologie“¹⁰ und der Bericht der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung über „Interkommunion oder Gemeinschaft? Auf dem Wege zur Gemeinschaft in der Eucharistie“¹¹ haben sich – so will es mir als Laie scheinen – mit der Bedeutung von Gemeinschaft, und zwar eucharistischer wie säkularer Gemeinschaft, und deren Verhältnis im Hinblick auf unser Erhoffen und Antizipieren des eschatologischen Reiches Gottes auseinandergesetzt.

Meyendorff vertritt, daß das eschatologische Reich Gottes in einzigartiger und fundamentaler Weise durch die Eucharistie in der lokalen Gemeinde antizipiert wird. Die Gemeinschaft der Gläubigen gründet sich für ihn auf die Eucharistie als Ort menschlicher

9. The Ecumenical Review, Vol. XXIII, Nr. 4, Oktober 1971, S. 338.

10. Vgl. Ökumenische Rundschau, 21. Jg., Heft 2, April 1972, S. 160ff.

11. Löwen 1971, Beiheft zur Ökumenischen Rundschau, 18/19, S. 53ff.

Befreiung von der säkularen Welt der Konflikte, Determinismen und Ideologien und als Quelle ihrer Einheit als Mitbürger in der Antizipation des kommenden Reiches Gottes. In diesem Zusammenhang betrachtet er die „von der Eucharistie ausgehende Kirche“ als unsere „vorrangige“ Verantwortung; die Verbesserung der Gesellschaft als zwar berechtigt und richtig, für die zentralen Anliegen christlichen Glaubens, nämlich die letzten und ewigen Geschieke des Menschen, jedoch von „peripherer Bedeutung“. Er lehnt die „kosmischen Christologien und säkularen Ekklesiologien unserer Zeit“, die die Politik als Mittel der Gerechtigkeit verstehen, ab, da sie seiner Meinung nach kein ausreichendes theologisches Verständnis von der geistlichen Freiheit und vom Bösen aufweisen.

Der Gedanke einer von der Eucharistie ausgehenden Eschatologie scheint mir eine ausgezeichnete Ausgangsbasis für eine gründliche Betrachtung der Bedeutung des Glaubens und der Verpflichtung auf Gemeinschaft zu sein. Die Stellungnahmen zu Meyendorffs Vortrag, der Faith and Order-Bericht über „Interkommunion oder Gemeinschaft“ und nicht zuletzt auch die Ergebnisse der Löwener Sektionsdiskussionen haben den Gedanken Meyendorffs in einen größeren Zusammenhang gestellt und eine Berichtigung oder, besser gesagt, Vertiefung dieses Gedankens möglich gemacht. Es ist zwar erforderlich, die Wirklichkeit des dämonisch Bösen dem säkularen Triumphalismus entgegenzuhalten, doch macht Miguez Bonino zu Recht geltend, daß die eucharistischen Gemeinschaften dieser Wirklichkeit nicht entrinnen; allzugenut nur wissen wir, daß ethnische, kasten- und klassenmäßige, rassische und ideologische Barrieren und Idolatrien die Gemeinschaft entstellen. Doch gibt es aber auch keinen Grund, warum die säkulare Gesellschaft nicht fähig sein sollte, durch Offenheit für Christus und die eucharistische Gemeinschaft Antizipationen des eschatologischen Reiches der Liebe zu empfangen, und zwar im Sinne einer Herausforderung an das tiefverwurzelte Böse. Zudem ist christliche Freiheit nicht rein eschatologisch, sondern drückt sich auch in der säkularen Geschichte aus. John Gatu sprach davon, daß christliche Freiheit nicht nur in Kategorien der Transzendenz gesehen werden darf; sie ist auch wirksames Mittel, die Unterdrückung des Menschen durch den Mitmenschen zu verändern; Befreiung muß deshalb sowohl geistlich wie körperlich sein¹². Damit ist eine Politik der Gerechtigkeit angesprochen, die auf das eschatologische Königreich hinweist und es, wie fragmentarisch auch immer, widerspiegelt. Robert Nelson faßte die Löwen-Diskussionen so zusammen: In dem Maße wie die Kirche die Vielfalt der Menschheit in einer katholischen Einheit umschließt, muß sie auch den Mut zeigen, das Kontroverse unter den Menschen zu umschließen, zu reinigen und fruchtbar zu gestalten. Für ihn heißt das, daß die Mitte der Einheit, die in der Eucharistie gefunden wird, bedeutsam erfahren und vermittelt werden kann, und zwar gerade in den Kämpfen, Konflikten und Leidenschaften der Welt; nicht, indem man diesen Problemen ausweicht in dem Versuch, sich über sie zu stellen, sondern, indem man sie bewußt in schöpferischer Konfrontation zusammenbringt. Er vertritt, daß die eucharistische Gemeinschaft und das Streben nach Gemeinschaft in der säkularen Gesellschaft der gegenseitigen Erleuchtung dienen können, wenn das eine jeweils im Kontext des anderen betrachtet wird¹³. Das Dokument „Interkommunion oder Gemeinschaft“ geht noch weiter. Hier ist die Rede von dem Ringen um säkulare Gemeinschaft, das den in den „Feiern der Eucharistie seit langem zum Ausdruck gebrachten Intentionen eine neue Bedeutung (verleiht) und (gefüllt ist) mit eucharistischer Symbolik und Bedeutung“. Und weiter heißt es: „Die grundlegende Frage hinsichtlich der Eucharistie wird somit zunehmend in der nach dem wahren Wesen der menschlichen Gemeinschaft gesehen, die sie zum Ausdruck bringt wie auch ermöglicht. Diese ‚ekklesia‘ ist zugleich eine historische, soziale Wirklichkeit und eine Teilhabe am Leben Gottes!“¹⁴

John Deschners Löwen-Bericht¹⁵ zufolge wurde nachdrücklich betont, daß „der Kampf um Gerechtigkeit in der Gesellschaft etwas mit dem Wesen der Kirche zu tun habe“ und „die einheitsstiftende Kraft der Sakramente nicht vom Prinzip der sozialen Gerechtigkeit

12. Vgl. Ökumenische Rundschau, Nr. 2, April 1972, S. 178.

13. Vgl. Ökumenischer Pressedienst, Monatsausgabe, Oktober 1971, ÖRK, Genf.

14. Löwen 1971, S. 56.

15. Ibid., S. 185ff.

gelöst werden kann“. In diesem Zusammenhang scheint es angebracht, an den Gedanken von Sergius Bulgakov zu erinnern, der Demokratie und Sozialismus als die tragenden Elemente von „Konziliarität“ und „Sobornost“ der Orthodoxie „in Anwendung auf die sozialen Beziehungen“ versteht¹⁶, und auch an die umgekehrte Wahrheit, die Dag Hammarskjöld mit der Erklärung, „in unserer Zeit geht der Weg zur Heiligkeit durch die Welt des Handelns“¹⁷, zum Ausdruck brachte und die dahingehend verstanden werden könnte, daß Heiligkeit oder wahrhaftige christliche Geistlichkeit oder Heil „engagierte Teilhabe an der sakramentalen Dimension“¹⁸ des Ringens um menschliche Gemeinschaft ist und davon nicht getrennt werden kann.

In welchem Maße sollte dieses integrale Verhältnis zwischen Veränderung der Gesellschaft und Wesen der Kirche in den ÖRK-Programmen Entwicklung, Bekämpfung des Rassismus, Internationale Angelegenheiten und Weltdienst konkret zum Ausdruck kommen?

In den Programmbereichen selbst wurde diese gleiche Frage so gestellt: Inwieweit muß die Mitwirkung der Kirche unser zentrales Anliegen sein, wenn es um Programme geht, deren Partner „alle Menschen guten Willens“ sind? Es geht nicht darum, ob und wie die Kirchen oder der Ökumenische Rat sich diese Programme als Verdienst anrechnen (unser Egoismus wird sich dessen schon anzunehmen wissen), sondern die Frage lautet: Inwieweit sollten die sakramentale Dimension dieser menschlichen Aktivitäten und deren Verhältnis zu unserem Bekenntnis des Namens Christi in den Zielsetzungen und Strategien dieser Programme explizit zum Ausdruck gebracht werden? Diese Diskussion ist nicht neu und taucht im Zusammenhang mit der Kirche-Mission-Dienst-Problematik immer wieder auf. Heute nimmt diese Diskussion neue Formen und schärfere Töne an, ist integraler Bestandteil unserer Überlegungen über das Wesen unserer Gemeinschaft im Rat. Wenn diese Programme integraler Bestandteil des Bekenntnisses unseres Glaubens als Gemeinschaft von Kirchen sind, dann kann und darf die notwendige Bejahung einer ideologischen Grundlage oder politischer ad hoc-Ziele in der Zusammenarbeit mit Menschen anderer Religionen und Menschen, die keiner Religion angehören, nicht als zwangsläufige Auflösung des Glaubens in selbstgenügsame ideologische Grundprinzipien für die Programme von Gerechtigkeit und Dienst interpretiert werden. Hier helfen auch Kategorien wie primär und sekundär oder Basis und Überbau nicht weiter. Das Verhältnis zwischen Glauben, den Programmen, durch die wir diesen Glauben bekennen, und den Ideologien von Gerechtigkeit und Dienst, die für das gemeinsame Handeln in der säkularen Gesellschaft erforderlich sind, wird je nach Situation verschieden aussehen. Wir können allerdings festhalten, daß alle drei Elemente explizit in irgendeiner dialektischen Beziehung in allen unseren Programmen zur Förderung der säkularen Gemeinschaft präsent sein sollten. Diese Relation muß von Zeit zu Zeit überprüft und in Frage gestellt werden. Ich glaube, daß diese eine Aufgabe der theologischen Reflexion ist. Die ÖRK-Ressorts „Humanum-Studien“ und „Bibelstudien“ sollten diese Aufgabe in den verschiedenen Kommissionen des Ökumenischen Rates vorantreiben, und sie haben in diesem Zusammenhang schon einiges geleistet.

Der Zentralausschuß wird diese Diskussion über die Bedeutung der Verpflichtung auf Gemeinschaft innerhalb einer von der Eucharistie ausgehenden Eschatologie und das, was daraus für unsere Programme für Gerechtigkeit und Dienst folgt, hoffentlich weiterführen. Denn diese Diskussion könnte neues Licht auf unser Thema werfen, und sie hat meiner Meinung nach auch bereits einen echten Dialog zwischen östlicher Orthodoxie und westlicher Christenheit in der Frage theologischer Anthropologie in Gang gesetzt; sie erscheint mithin auch als eine Möglichkeit für wechselseitige Kritik und Neuausrichtung in der

16. Aus: „Orthodoxy and Economic Life“, in: The Orthodox Church, The Centenary Press, London, 1935, S. 198.

17. Markings, Faber and Faber, London, S. 108.

18. Ansprache von Ralph Mould vor der Vollversammlung des Weltrates für Christliche Erziehung in Lima, in: Encuentro: New Perspectives for Christian Education, ÖRK, Genf, S. 151.

gemeinsamen Suche nach neuen Dimensionen der Wahrheit, die keinen der Beteiligten zwingt, liebgewordenen Traditionen untreu zu werden.

b) Gemeinschaft im Glauben und Verpflichtung zur Ideologie

Das Verhältnis zwischen Glauben und Ideologie, zwischen der Einheit des Glaubens und ideologischen Konflikten, ist ein anderer Aspekt jener Diskussion über das Wesen unserer Gemeinschaft, die in allen großen Programmeinheiten und insbesondere dort, wo es um die Veränderung der Gesellschaft geht, geführt wird. In der Zeit des Kalten Krieges zwischen Kommunismus und kapitalistischer Demokratie, zwischen ideologisch-ökonomischen und machtpolitischen Systemen also, verstand sich der Ökumenische Rat als eine Gemeinschaft, die über beiden Seiten steht und ohne Partei zu ergreifen für ihre Versöhnung arbeitet. Durch CCIA bemühte man sich um irgendeine Form friedlicher internationaler Koexistenz der beiden Systeme; durch Kirche und Gesellschaft suchte man nach Kriterien für eine „Verantwortliche Gesellschaft“, anhand derer diese Systeme beurteilt werden könnten. Daß CCIA auf diese Weise immer noch optimal arbeitet, beweist der gewaltige Erfolg ihrer Versöhnungsarbeit im Sudan ebenso wie ihr Unvermögen, auch nur irgendeinen wirkungsvollen Beitrag zur Schlichtung der Auseinandersetzungen in Ostbengalen zu leisten. Heute aber geht es dem Ökumenischen Rat, wie David Gill in einer Diskussion des Stabs hervorhob, um dem Kampf der verhungernenden Armen, der unterdrückten Rassen, der ausgebeuteten Nationen und der Ausgestoßenen um Gerechtigkeit, und in diesem Kampf muß der Rat im Namen der neuen Menschheit in Christus Partei ergreifen. Was bedeutet das für unsere Gemeinschaft?

In der Addis-Abeba-Entscheidung, die die Mitgliedskirchen zur vollen Unterstützung des ÖRK-Programms zur Bekämpfung des Rassismus auffordert, heißt es deutlich, daß „die Kirchen stets für die Befreiung der Unterdrückten“ eintreten müssen; daß aber der ÖRK sich auf der Ebene der Ideologie, die nach Analyse einer Situation durchführbare ad hoc-Strategien und Ziele für politische Bewegungen determiniert, „nicht völlig mit einer politischen Bewegung identifizieren (kann und will)“¹⁹. Was genau bedeutet diese partielle Identifizierung? Ich nehme an, sie bedeutet – wie im Fall der Addis-Diskussionen über Gewalt und Gewaltlosigkeit –, daß verschiedenartige und gegensätzliche Ansätze innerhalb der Gemeinschaft des Rates anerkannt werden, das Gefühl der Gemeinschaft dadurch aber nicht verlorenggeht; sie könnte unter gewissen Umständen auch eine gemeinsame Verpflichtung auf eine politische Befreiungsbewegung bedeuten, ohne diese allerdings zu verabsolutieren und dem Gericht und der Erneuerung durch das Evangelium zu entziehen. In jedem Fall bedeutet diese partielle Identifizierung, daß die Gemeinschaft des Glaubens alle Politik und Ideologie transzendiert und überdauert, selbst wenn sie sich für sie engagiert, und deshalb verhindern kann, daß ideologische und politische Engagements, welcher Art auch immer, zu selbstgerechten Heilsschemata werden; und sie kann dies, weil sie diese Formen des Engagements nicht aus der Disziplin des Evangeliums von der Rechtfertigung durch den Glauben in der göttlichen Vergebung in Christus entläßt.

Daneben gibt es heute jedoch noch einen anderen Ansatz, der ernst genommen werden muß, nämlich das Verständnis vom prophetischen Amt der Kirche als Hüterin und Sprecherin einer utopischen Vision: ich meine die Hoffnung auf die geschichtliche Möglichkeit einer neuen, von Unterdrückung befreiten Menschheit; in dieser Perspektive ist es die Aufgabe der Theologie, diese Vision in eine realistische Ideologie und politische Bewegung der Befreiung in jeder Situation übertragen zu helfen.

Die Weltkonferenz für Kirche und Gesellschaft 1966 verstand Theologie als Interaktion zwischen Evangelium und ideologischem Selbstverständnis des Menschen inmitten seiner Hoffnungen und Wünsche in bestimmten Situationen. Heute genießen die Worte Utopie und Ideologie in den ÖRK-Studien über die Zukunft des Menschen und der Gesellschaft noch größere theologische Achtung. Sie werden nicht mehr in der alten Bedeutung von wirklichkeitsfremden Idealen und Vorstellungen verwendet; vielmehr gelten sie als ein not-

19. Zentralausschuß-Protokoll, Addis Abeba, 1971, S. 69.

wendiges Instrument des Menschen in seinem Bemühen, die Wirklichkeit schöpferisch zu begreifen und zu gestalten. Charles West erklärte in einem Kommentar zu einer Stellungnahme von Kirche und Gesellschaft über Projektionen der Zukunft: „Wir brauchen Ideologien! Ideologien, entworfen von abenteuerlichen Ideologen auf der Grundlage einer überzeugenden Analyse moderner Trends; Ideologien, die zu Aktionen führen, deren Verwirklichung uns voll in Anspruch nimmt. Wir brauchen Bilder, die uns zeigen, wie die menschliche Gemeinschaft aussehen muß, damit es Frieden, Hoffnung und Liebe in ihr gibt. Wir brauchen Bilder, deren wirklichkeitsnahe Darstellung uns überzeugt, daß wir von hier nach dort kommen könnten ..., und wir brauchen Visionen von neuen Formen der Gesellschaft, die der Tatsache Rechnung tragen, daß wir als Geschöpfe begrenzt und festgelegt sind in unseren Beziehungen zueinander und zu Gott; die uns zeigen, wie wir in diesen Beziehungen verantwortlich leben können, in der Hoffnung, daß die Kräfte, deren Gewalt wir ausgesetzt sind, in kreative und nicht destruktive Strukturen gezwungen werden können.“²⁰ In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, wie die Kirchen, anstatt Reproduktionen des Status quo zu sein, zu Modellen dieses neuen Bildes von der Zukunft werden können.

Die Erkenntnis, daß aller Prophetie eine utopische Vision und aller Theologie ein ideologisches Interesse innewohnt, ist von den Theologien der Befreiung des Menschen und der Hoffnung, die heute in vielen Teilen der Welt vertreten werden, weiterentwickelt worden. Diese Theologien bestreiten, daß Theologie überhaupt ideologisch neutral sein kann, und stellen vieles, was über Transzendenz und Versöhnung gesagt wird, als Selbstrechtfertigung des Status quo in Frage. Theologien rechtfertigen entweder bestehende Machtstrukturen, die den Menschen versklaven, oder aber sie rechtfertigen deren Veränderung zur Befreiung des Menschen; es gibt die Theologien der Reichen und Mächtigen, es muß auch die Theologien der Armen und Machtlosen geben. Die neuen lateinamerikanischen und schwarzen Theologien der Befreiung stehen im Zeichen dieser Motivation. Von der Vollversammlung des Weltrats für Christliche Erziehung in Lima (Peru) wissen wir, daß die neuen lateinamerikanischen Theologen die konkrete Problematik ihrer Situation der Unterdrückung als Ausgangspunkt nehmen, sie mit Hilfe eines „sozio-politischen Instrumentariums“ analysieren und sich für eine ideologisch-politische Befreiungsbewegung entscheiden, die mit der prophetisch-utopischen Vision vom neuen Menschen in Christus in Einklang steht. Miguez-Bonino sprach in Lima von den möglichen Schwierigkeiten, den neuen Ansatz „voll zu akzeptieren“ angesichts dessen, was er die Wiederentdeckung der Objektivität des Wortes Gottes (Barthsche Theologie) als Befreiung des Menschen von pietistischem Subjektivismus und Individualismus nannte; angesichts der noch in der Erinnerung vieler lebendigen und ungeheuerlichen Ideologisierung des Glaubens unter dem Nazi-Regime und des Kampfes der Bekennenden Kirche; angesichts des neuerlichen Kampfes gegen den politischen Katholizismus von rechts (und der gefährlichen Kurzschlüsse eines katholischen Klerikalismus von links, der nicht aufhört, eine Bedrohung zu sein). Er unterstrich jedoch den „legitimen Charakter“ dieses neuen Ansatzes und erklärte, daß ihm das hier vorhandene Potential für eine „wahrhaft evangelische“ Theologie immer deutlicher würde und die ökumenische Bewegung sich damit auseinandersetzen müsse²¹. Ich habe gesehen, daß die schwarze Theologie in Löwen zur Diskussion stand. Man hat zwar die Transzendenz der Theologie über alle Ideologien nicht aufgegeben, offenbar aber immerhin anerkannt, daß eine Lehre wie die Sühnopferlehre in sich richtig sein und trotzdem durch die Art und Weise, wie sie in bestimmten Situationen ausgelegt wird, zum „Beruhigungsmittel“ des weißen Rassismus werden kann²².

Stärkste Befürwortung findet dieser utopisch-situationale-ideologische Ansatz dort, wo er praktisch zu Hause ist: in der Philosophie der Bildung zur sozialen Bewußtseinsbildung (conscientization), die der bekannte und jetzt im Ökumenischen Rat tätige Pädagoge

20. „Church and Society – Three Reports“, in: Study Encounter, Vol. VII, Nr. 3, 1971, SE/12, S. 24.

21. Encuentro, S. 142–145.

22. Vgl. John Deschner, „Ein Bericht über die Diskussionen“, Löwen 1971, S. 194.

Paulo Freire vertritt. Der Bericht von der Bergen-Konsultation über Bildungsfragen²³ enthält eine Darstellung von Freires Bildungsphilosophie, verstanden als „Zeugnis der Befreiung“ innerhalb einer Theologie der Prophetie; er enthält weiter eine Empfehlung der Konsultation, diese Philosophie zur Arbeitsphilosophie des ÖRK-Büros für Bildungsfragen zu machen, und schließlich einen interessanten Briefwechsel zwischen Martin Conway und Paulo Freire, der die charakteristischen Punkte in der Diskussion zwischen eschatologischem und utopischem Verständnis der Transzendenz in der Beziehung zwischen Glauben und Befreiungsideologien veranschaulicht.

Freires Bildungsphilosophie geht von drei Thesen aus. Erstens: Das fleischgewordene Wort ist „Präsenz des Wandels hier und jetzt“, und die Kirche kann deshalb ihre transzendente Aufgabe „nur in der Geschichte“ erfüllen. Zweitens: Der „Bildungsauftrag der Kirche liegt in ihrer Utopie-Verkündigung“, die die Hoffnung auf eine befreite Zukunft der Unterdrückten enthält; darin besteht die „prophetische Präsenz der Kirche in der Welt“. Drittens: „Bildung ist niemals neutral“; sie ist entweder Bildung „zur Befreiung“ des Menschen von Unterdrückung oder Bildung zur „Domestizierung“ des Menschen für die Unterdrückung. Martin Conway, Schriftführer der ÖRK-Beratungsgruppe „Studien“ und Herausgeber des Berichts von der Bergen-Konsultation, weist auf dreierlei hin: Transzendenz, ausschließlich in Kategorien der Befreiung in der geschichtlichen Zukunft verstanden, verneint die eschatologische Dimension christlicher Hoffnung, die davon ausgeht, daß die Civitas, die uns angeboten ist, für das Ende der Zeit und nicht für übermorgen versprochen ist; ein Geschenk Gottes, das vom Himmel kommt, und nicht unsere hier auf der Erde zu vollbringende Leistung; neben das Bild des Propheten sollte das Bild des Pilgers gestellt werden, der inspiriert und gestärkt durch diese gegebenen letzten Dinge, das Relative und Ambivalente der vorletzten Dinge realistisch bewältigen kann. Conway fragt weiter: Wie will Freire die Erbsünde berücksichtigen, die dem Menschen innewohnende Ichbezogenheit; wie berücksichtigt er jenes Kontroll- und Ausgleichssystem, dem die Manifestationen dieser Ichbezogenheit in der Bildung zur sozialen Bewußtseinsbildung wie auch in der politischen Demokratie notwendig unterworfen werden müßten, wenn Utopie-Verkündigung nicht in einen Utopismus münden soll, der wiederum neue Formen der Herrschaft hervorbrächte? Deshalb die Frage, ob Bildung nicht an irgendeiner entscheidenden Stelle „eine gewisse Neutralität“ beweisen sollte, damit die Pädagogen ihre eigenen ideologischen und politischen Engagements relativieren können und die Lernenden die Möglichkeit haben, ihr Engagement selbst und ohne das Gefühl der Beherrschung durch die Pädagogen zu bestimmen. Eine solche Neutralität mit der Möglichkeit für die Pädagogen, das eigene politische Engagement zu transzendieren, ist für eine „Welt der vielen Kulturen“ und für die „Wahrheit des christlichen Glaubens“ von entscheidender Bedeutung. In seiner Antwort bekräftigt Freire seine Hauptthesen und zeigt auf, wie Bildung zur sozialen Bewußtseinsbildung in der ihr eigenen „Prozessualität“ die Erfahrung der geistlichen Wirklichkeiten des Todes, der Wiedergeburt und des Osterfestes in sich trägt. Eine lebendige und anregende Diskussion! Ich persönlich allerdings kann mich mit Freires Gedanken der Gleichsetzung von Transzendenz und Neutralität nicht recht anfreunden und neige eher dazu, mit Martin Conway übereinzustimmen, der Eschatologie und Geschichte in einer Theologie der Zukunft und der Befreiung als Pole eines schöpferischen Spannungsfelds begreift. Aber die Diskussion ist damit alles andere als abgeschlossen und muß innerhalb unserer Gemeinschaft fortgesetzt werden.

Das zentrale Problem in all diesen Diskussionen ist, wie wir in diese Gemeinschaft der Kirchen und der ökumenischen Bewegung das mit einbeziehen können, was als priesterlicher Dienst der befreienden Versöhnung und als prophetischer Dienst der befreienden Auseinandersetzung bezeichnet wurde. Wie können wir gleichzeitig Boten des Friedens in einer Welt des Haders und Boten des Haders in einer Welt voll trügerischem Frieden sein? (vgl. Venite Adoremus); mit anderen Worten: Was können wir tun, damit sich die Gemeinschaft nicht in Boten des Friedens und Boten des Haders spaltet und die Struktur des Rates nicht auseinanderbricht, sondern Instrumente für Nächstenliebe und Versöh-

23. Seeing Education Whole, ÖRK, Genf, 1971; vgl. S. 68–72, 96–103 und 108.

nung und Instrumente für Provokation und Auseinandersetzung im Namen der Gerechtigkeit harmonisch in sich vereint? Mir scheint es beinahe unvermeidlich, daß radikal-prophetische Gruppen ausbrechen und neue Sekten bilden, wenn die verfaßten Kirchen zu sehr in den Machtstrukturen des Status quo verharren und solche Gruppen nicht tolerieren, oder wenn die radikalen Gruppen selbst ihre ideologisch-politischen Standpunkte verabsolutieren; dabei sollte es doch gerade eine der Funktionen unserer ökumenischen Gemeinschaft sein, das priesterliche und das prophetische Amt zu bewahren und den Dialog zwischen deren Vertretern in Gang zu halten, denn beide Dimensionen gehören zum Auftrag der Kirche. David Jenkins hat hierzu gesagt: „Der Weg zur Versöhnung, der es um echte Menschlichkeit geht, muß von der realistischen Anerkennung ausgehen, daß Entfremdung und Feindschaft zwischen uns bestehen; verfrühte Versöhnung ist weder menschlich noch göttlich, sondern nur ein menschenunwürdiges Zudecken offener Wunden.“²⁴ Es ist bezeichnend, daß die führenden Persönlichkeiten aus den Christenräten auf ihrer Konsultation in Genf 1971 die Räte aufgefordert haben, konstruktive Kontakte zu radikal-prophetischen christlichen Gruppen und Erneuerungsbewegungen anzuknüpfen, die „oft die Sprecher derer sind, die keine Stimme haben“. Die verfaßten Kirchen brauchen diese Gruppen, damit sie sich der Armen und Machtlosen in stärkerem Maße bewußt werden, ebenso wie diese Gruppen die Kirchen brauchen, um ein größeres Verantwortungsbewußtsein zu erlangen. Die Konsultation erklärte: „Die Räte könnten der rechte Ort für einen offenen Dialog zwischen diesen Bewegungen und den Kirchen sein.“²⁵ Die gleiche Notwendigkeit besteht für einen Dialog zwischen den verschiedenen radikalen Gruppen selbst, da sie sich untereinander zuweilen noch weniger tolerieren als sie von den Kirchen toleriert werden. Kann die ökumenische Gemeinschaft, auf die wir uns verpflichtet haben, all diese verschiedenen Dialogrichtungen mit einschließen? Sie kann und sollte es, solange diese im Kontext der Gesellschaft auf dem Gehorsam gegenüber dem Glauben ausgerichtet sind, denn „selbst, wenn das Ergebnis nicht ein Consensus, sondern diametral entgegengesetzte Standpunkte und Aktionen sind, können gegenseitiges Verstehen, Respektieren und Vergeben am besten gewahrt bleiben auf der Grundlage des gemeinsamen Bemühens um die Definition dessen, was der Glaube von uns fordert“²⁶.

Daran schloß sich der Bericht des Generalsekretärs an:

*I. Welche Bedeutung hat dieser Rat und überhaupt ein Rat
für Gott und für den Menschen?*

„Verpflichtet auf Gemeinschaft – Committed to Fellowship“, lautet das Hauptthema dieser Zentralaussschußtagung. Es ist nicht meine Aufgabe, die Diskussion zu diesem Thema zu eröffnen, ich möchte aber kurz einiges zu seiner zentralen Bedeutung bemerken. Wir haben dieses Thema gewählt als einen Versuch, ohne jeden Triumphalismus, die Bedeutung von Räten und die Bedeutung dieses Rates in der jetzigen Phase der ökumenischen Bewegung in den Mittelpunkt ihrer Aufmerksamkeit zu rücken. Das Thema ist jedoch umfassender, es verweist auf die Gemeinschaft der Christen und Kirchen in Christus, und zwar als gegenwärtige geistliche Realität und künftiges Ziel. Denn sonst wäre ein Rat lediglich eine von vielen sozialen Organisationen und, gemessen am Maßstab der Welt, nicht einmal eine der wichtigsten.

Das Thema lenkt unsere Aufmerksamkeit unmittelbar auf eine unserer größten Stärken und Schwächen. Vor 24 Jahren erklärten die Väter der ökumenischen Bewegung in Amsterdam: „Wir haben den festen Willen, beieinander zu bleiben“, und sie brachten damit die gemeinsame Verpflichtung füreinander zum Ausdruck. Sie selbst und wir, ihre Nachfolger,

24. Vgl. The Ecumenical Review, Vol. XXIII, Nr. 2, April 1971, S. 166.

25. Vgl. The Ecumenical Review, Vol. XXIII, Nr. 4, Oktober 1971, S. 446; dt. im MD der Ökumenischen Centrale Nr. 18/1971.

26. Aus dem Programm für eine Fachgruppe „Angola“, zit. von D. Jenkins, in: „Concerning Theological Reflection“, Study Encounter, Vol. VII, Nr. 3, 1971, SE/11, S. 5.

haben dieses Versprechen gehalten, diese Verpflichtung erfüllt. Diese Tagung des Zentralausschusses, die 25. innerhalb einer ununterbrochenen Reihenfolge, ist ein sichtbares Zeichen dieser Verpflichtung der Kirchen auf Christus und füreinander. Aber dann vermochten wir auch nicht, diese Verpflichtung zu erfüllen. Immer noch gibt es unter uns Mißtrauen, Zaghaftigkeit, Separatismus, Engstirnigkeit, konfessionelle Arroganz; immer noch gibt es kulturelle, ideologische, regionale und nationale Verpflichtungen, die sich gegenseitig mehr oder weniger ausschließen. Wenn deshalb Kritiker innerhalb und außerhalb der ökumenischen Bewegung fragen, ob die Strukturen eines Rates wirklich so wichtig sind wie unsere Väter und Begründer dieser Strukturen glaubten, so liegt das an eben jenem Versagen, der Verpflichtung auf Christus und füreinander zu entsprechen. Nach fast sechsjähriger Amtstätigkeit in diesem Rat möchte ich Ihnen allen versichern, daß meine Überzeugung von der Bedeutung dieses Rates und aller Räte durch die Erfahrungen in dem Bemühen, Ihnen und den Kirchen, die Sie vertreten, zu dienen, gestärkt wurde. Gewiß, es gab Enttäuschungen, und es gibt die ungelösten Probleme, die allzu komplex sind, als daß sie rasch bewältigt werden könnten; es gibt die persönlichen und kirchlichen Konfrontationen, die unsere Gemeinschaft verletzen und ihre Narben hinterlassen – aber das alles konnte mich nicht in dem Glauben erschüttern, daß die ökumenische Bewegung von Gott inspiriert und der Ökumenische Rat der Kirchen ein einzigartiges Instrument im Dienste dieser Bewegung ist. Ich werde mein Amt in der gleichen Hoffnung verlassen, in der ich es antrat.

Fortschritte auf dem Weg zur Einheit kommen jedoch nicht von selbst. Sie gründen in jenen sorgfältig-wissenschaftlichen theologischen Studien, die die Ökumene von der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung zu erwarten gelernt hat. Die Theologen müssen allerdings – und die Tagung in Löwen im Sommer letzten Jahres machte das ganz deutlich – dem Gebot der Zeit folgen, müssen die alten Instrumente schärfen und neue entwickeln, wenn sie mit den Problemen und Möglichkeiten, die Einheit der Kirche in der Einheit der Menschheit zu schaffen, angemessen bewältigen und nutzen wollen. Viele Aktivisten beobachten ungeduldig, wie langsam die theologische Arbeit fortschreitet. Zuweilen mag es scheinen, als würde der theologische Prozeß nur neue Schwierigkeiten schaffen. Dennoch aber stützt sich die Arbeit, die der Ökumenische Rat auf dem Weg zur Einheit leistet, ganz entscheidend auf die theologische Arbeit der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung.

Global betrachtet hängen Leben und Fortschritt der einen ökumenischen Bewegung und ihre Zukunft wesentlich von den Beziehungen zur römisch-katholischen Kirche und der Zusammenarbeit mit ihr ab. Faktoren wie die zahlenmäßige Stärke der römisch-katholischen Kirche, ihre Universalität und ihr weltweites Programm entsprechen der einzigartigen Situation des Ökumenischen Rates, und ich möchte deshalb eine etwas ausführlichere Betrachtung dieser Beziehungen anschließen.

II. Die römisch-katholische Kirche und der Ökumenische Rat der Kirchen

Als ich vor fünfeinhalb Jahren mein Amt antrat, waren die Grundlagen für die neuen und anregenden Beziehungen zwischen dem Ökumenischen Rat und der römisch-katholischen Kirche bereits geschaffen. Das Zweite Vatikanum hatte seine Aufgabe erfüllt. Unter der Führung meines Vorgängers und zweier meiner Mitarbeiter, Dr. Nissiotis und Dr. Vischer, die beide dem Konzil als Beobachter des Rates beigewohnt hatten, war die Gemeinsame Arbeitsgruppe eingerichtet worden, die sich, zumeist erfolgreich, bemühte, jene theologischen und praktischen Fragen zu bewältigen, die durch die neue ökumenische Einstellung auf katholischer Seite (und unsere Antwort darauf) entstanden waren. Gemeinsame Studien und verschiedene Formen der Zusammenarbeit wurden aufgenommen. Diese Arbeit ist in den vergangenen Jahren fortgesetzt worden. Ich möchte hier nicht im einzelnen aufzählen, was der Zentrallausschuß an anderer Stelle der Tagesordnung erörtern wird. Die Frage der römisch-katholischen Mitgliedschaft aber ist so wichtig, daß ich zumindest in groben Zügen darstellen möchte, was in dieser Hinsicht seit der letzten Tagung in Addis Abeba geschehen ist und welche Folgen sich für den Ausbau von Gemeinschaft und Zusammenarbeit ergeben.

Zu diesem Zweck wollen wir uns verschiedener bedeutsamer Ereignisse erinnern, die bereits einige Zeit zurückliegen. Auf der Vierten Vollversammlung in Uppsala waren einige hochgestellte römisch-katholische Persönlichkeiten als Delegierte des Heiligen Stuhls und Beobachter anwesend. Der Heilige Vater hatte ihre Auswahl und Vorbereitung mit persönlichem Interesse verfolgt. Neben diesen Delegierten-Beobachtern war Bischof Willebrands, ein gebürtiger Niederländer und damals Generalsekretär des Sekretariats zur Förderung der Einheit der Christen (heute Kardinal und Präsident des Sekretariats), in Uppsala anwesend und für die Leitung und Koordination der römisch-katholischen Teilnehmer verantwortlich; außerdem Msgr. R. Tucci SJ, der eine der Hauptreden an die Vollversammlung hielt.

In dieser Rede nahm Msgr. Tucci auch zu der Frage der römisch-katholischen Mitgliedschaft im Ökumenischen Rat der Kirchen Stellung, einer Frage, die man seiner Meinung nach „nicht übergehen“ durfte. Ich habe die Rede kürzlich noch einmal gelesen und möchte Sie Ihnen allen empfehlen: Sie verbindet eine umfassende und ehrliche Analyse mit ökumenischem Verständnis und brüderlicher Herzlichkeit. Auf ihrer Tagung im darauffolgenden Frühjahr begann die Gemeinsame Arbeitsgruppe diese Frage zu erörtern, allerdings noch ohne die offizielle Zustimmung des Heiligen Stuhles, da Msgr. Tucci in eigenem Namen gesprochen hatte.

Als Seine Heiligkeit Papst Paul VI. im Juni 1969 nach Genf reiste, besuchte er bei dieser Gelegenheit auch den Sitz des Ökumenischen Rates. Er selbst setzte in seiner Rede in der Konferenzhalle die Frage der römisch-katholischen Mitgliedschaft öffentlich auf die ökumenische Tagesordnung als einen Gegenstand, der der Untersuchung, nicht jedoch unmittelbarer Aktion bedürfe, da, wie er sehr richtig meint, die Zeit für Entscheidungen noch nicht reif sei. Die Gemeinsame Arbeitsgruppe ernannte daraufhin einen kleineren Unterausschuß, und nach einjähriger Arbeit wurde ein Dokument vorgelegt, das die Gemeinsame Arbeitsgruppe als Material für die gemeinsame Untersuchung der römisch-katholischen Mitgliedschaft im Ökumenischen Rat der Kirchen betrachtete. Wenn mancher unter uns gewiß allzu kühne Hoffnungen im Blick auf baldige Aktionen hegte, so deshalb, weil man in der unmittelbaren Vergangenheit an die Wunder unerwarteter ökumenischer Fortschritte gewohnt war.

Als Leitungsgremium dieses Rates könnten Sie mit Recht fragen, warum Ihnen dieses Dokument nie zu Kritik oder Billigung vorgelegt wurde. Das geschah aus zwei Gründen:

1. Die Vollversammlung von Uppsala hatte die Gemeinsame Arbeitsgruppe ermutigt, „weiterhin der Frage der Mitgliedschaft der römisch-katholischen Kirche im Ökumenischen Rat der Kirchen Aufmerksamkeit zu schenken“. Und unmittelbar danach heißt es: „Mitgliedschaft hängt von der *Initiative einzelner Kirchen* ab, die willens sind, die Basis zu akzeptieren, und von der Zustimmung der Mitgliedskirchen gemäß der Verfassung. Der Ökumenische Rat der Kirchen bekräftigt sein eifriges Verlangen, seine Mitgliedschaft auszuweiten und alle die christlichen Kirchen einzuschließen, die gegenwärtig außerhalb seiner Gemeinschaft stehen.“²⁷ In diesem Sinne kamen Ihre Vertreter in der Gemeinsamen Arbeitsgruppe und das Sekretariat zur Förderung der Einheit der Christen überein, mit der Veröffentlichung des Berichts auf die *Initiative* der römisch-katholischen Kirche zu warten. Damals schien es dem Sekretariat und anderen römisch-katholischen Verantwortlichen richtig zu warten, um innerhalb der Kirche selbst die Voraussetzungen für eine bestmögliche Aufnahme des Berichts zu schaffen. Sie arbeiteten an der Erstellung einer römisch-katholischen Analyse dieser Frage sowie Kommentaren zum gemeinsamen Bericht. Ich möchte Ihre Zeit nicht mit der Aufzählung aller Gründe für spätere Verzögerungen und Änderungen der Pläne zur Veröffentlichung in Anspruch nehmen. An dieser Stelle sei nur soviel gesagt: Aufgrund der Entscheidung des Exekutivausschusses in Auckland wurde der Bericht in der Juliausgabe der *Ecumenical Review* mit einem gemeinsamen Vorwort von Kardinal Willebrands und mir selbst veröffentlicht. Er liegt Ihnen als Nachdruck hier vor²⁸.

27. Bericht aus Uppsala 68, S. 186. Hervorhebung durch den Referenten.

28. Deutsch in: Ökumenische Rundschau, H. 4/1972, S. 528ff.

2. Der zweite Grund, weshalb Sie weder in Canterbury noch in Addis Abeba ausführlicher über diesen Gegenstand informiert wurden, hängt mit dem offenen und öffentlichen Charakter einer Zentralaussschußtagung zusammen: Es ist unmöglich, Ihnen über eine Sache Bericht zu erstatten, ohne sie nicht gleichzeitig und noch vor Ihrer Billigung an die Öffentlichkeit zu tragen. Eine solche verfrühte Publizität aber könnte der höchsten Autorität der römisch-katholischen Kirche während der internen Prüfung eines Dokuments Unannehmlichkeiten schaffen.

Wozu aber diese lange Vorrede? – Der Bericht ist inzwischen veröffentlicht, was will er aussagen? Seine Veröffentlichung bedeutet offensichtlich nicht, daß die römisch-katholische Kirche bald einen Antrag auf Mitgliedschaft stellen wird. Im Vorwort heißt es ganz deutlich, daß mit einem Antrag auf Mitgliedschaft in naher Zukunft nicht zu rechnen sei. Der Bericht in seiner jetzigen Form ist nichts anderes als ein Beitrag zur Diskussion unserer gegenseitigen Beziehungen. Er zeigt auf, welche Folgen eine Mitgliedschaft haben könnte. Die Diskussion muß fortgesetzt werden, und ich hoffe, daß der Bericht sowohl auf katholischer Seite als auch von den Mitgliedskirchen des Ökumenischen Rates sorgfältig studiert werden wird. Und auf diese Weise wird vielleicht auch klarer, welcher Weg eingeschlagen werden sollte. Für die nahe Zukunft aber gilt, daß wir die Gegebenheiten dieser Situation akzeptieren müssen. Die jetzige anomale Situation bleibt unverändert: Eine einzige Nicht-Mitgliedskirche arbeitet voll mit einem Rat der Kirchen zusammen, ohne sich zur Mitgliedschaft zu verpflichten. Können wir weiterhin in der jetzigen Form und ohne jegliche Modifizierungen zusammenarbeiten? Ist nicht eine Überprüfung der Funktionsweise der Gemeinsamen Arbeitsgruppe erforderlich? Denn die Gemeinsame Arbeitsgruppe galt immer nur als ein Schritt in Richtung Zusammenarbeit, sie stellte einen bestimmten Abschnitt der Zusammenarbeit dar, nicht jedoch eine ständige Einrichtung. Solange wir nicht gemeinsam ein besseres Instrument zur Schaffung von mehr Gemeinschaft und Zusammenarbeit finden, muß die Gemeinsame Arbeitsgruppe ihre Tätigkeit fortsetzen. Das Anomale dieser Situation muß von den Vertretern beider Seiten in der Gemeinsamen Arbeitsgruppe gesehen werden. Wir müssen uns gemeinsam offen fragen, was uns unsere nicht immer sofort erfolgreichen Versuche der Zusammenarbeit an Zeit (der Mitarbeiter) kosten. Die Vertreter, die eine schwierige Arbeit in Ihrem Namen leisten, müssen sich der verschiedenen Standpunkte und Einstellungen der Mitgliedskirchen zu Umfang und Beschaffenheit dieser Zusammenarbeit mit einer Nicht-Mitgliedskirche bewußt sein.

Hoffnungsvollen Ökumenikern mag mein Bericht wie Schwarzmalerei erscheinen. Das allerdings liegt mir fern. Knappe zehn Jahre sind eine sehr kurze Zeit, um jenen Schaden zu beheben und jene Wunden zu heilen, die Jahrhunderte des Konflikts und der gegenseitigen Entfremdung geschaffen haben. Anfang Juni wurde ich zusammen mit zwei maßgeblichen Mitgliedern der Gemeinsamen Arbeitsgruppe von Papst Paul in Privataudienz empfangen, und wir hatten Gelegenheit, die Probleme und Anliegen unserer Beziehungen in freimütigem und ungezwungenem Meinungsaustausch zu erörtern. Wie immer waren wir sehr herzlich und mit viel Interesse und Anteilnahme an unserem gemeinsamen Anliegen empfangen worden. Mir persönlich kam Papst Paul mit besonderer Freundlichkeit entgegen, weil dies, wie er wußte, mein letzter Besuch in meiner jetzigen Eigenschaft als Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen war. Wichtiger aber war die Versicherung Seiner Heiligkeit, daß er zusammen mit Kardinal Willebrands an Verbesserung und Ausbau unserer verschiedenen Programme der Kooperation arbeiten würde; dies betraf ebenso die römisch-katholische Mitwirkung an den Vorbereitungen für die und spätere Teilnahme an der Fünften Vollversammlung. Ich hoffe, daß dieser Zentralaussschuß unsere große ökumenische Tradition fortführen und alle verantwortlichen und schöpferischen Bestrebungen zur Stärkung unserer Zusammenarbeit mit der römisch-katholischen Kirche auf allen Ebenen kirchlichen Lebens unterstützen wird, auf daß wir sichtbar eins seien, „damit die Welt glaube“.

III. Der Kairos und unsere Verantwortung heute

Das griechische Wort *kairos* ist praktisch nicht zu übersetzen, zumindest nicht in meine Muttersprache. Kein englisches Wort vermag die Fülle von Bedeutungen und Nuancen

wiederzugeben, die dieser Begriff beinhaltet. Im Neuen Testament steht er, wenn von einem Zeitpunkt oder einer Zeitspanne von besonderer Gunst oder Schwierigkeit die Rede ist: von einer Zeit des Heils, einer guten Zeit, einer bestimmten Zeit; ja sogar im eschatologischen Sinn, von den letzten Zeiten des Gerichts und der Vollendung. Ich verwende den Begriff hier, um Ihnen auf dieser Zentralaussschußtagung zu erklären, daß dieser Augenblick im Leben der ökumenischen Bewegung für mich ein *kairos* in mehr als einer Hinsicht ist. Ich verwende den Begriff aber vor allem, um uns an unsere Zeit der Verantwortung heute zu erinnern. Wir haben, jeder von uns, unsere Möglichkeiten, und unsere Zeit ist zu Ende, wenn wir uns einmal zurückziehen oder sterben. Durch unseren christlichen Glauben an Gott können wir letztlich unsere Zeit in Bezug zur Ewigkeit setzen; aber wir sollten diesen Glauben ganz sicherlich nicht dazu benutzen, unser Ohr dem gegenwärtigen Ruf Gottes zu verschließen oder eine drängende Antwort unseres Herzens oder unseres Verstandes zu unterdrücken. Wir beginnen die 25. Tagung des Zentralaussschusses – wird es eine 50. geben, eine 26.? Wir wissen es nicht. Diese Sommertagung hier in Utrecht ist deshalb der *kairos* dieses Zentralaussschusses. Einige der wichtigsten Möglichkeiten möchte ich nun, bevor ich zum Schluß komme, darstellen. Lassen Sie mich vielleicht bei den weniger wichtigen beginnen:

a) Seit einigen Jahren schon werden die Programme, die von Ihnen gebilligt wurden und meiner Meinung nach dem Gebot des Evangeliums und unserer Zeit entsprechen, von den Mitgliedskirchen finanziell nicht ausreichend unterstützt. Dank umsichtiger Haushalterschaft, geschickten Managements, großzügiger Hilfe und neuer, bereits erhaltener oder zugesicherter oder eingeplanter Spenden stehen wir heute *nicht* vor der finanziellen Krise des Allgemeinen Haushalts, mit der wir im Februar in Auckland oder noch vor zwei Monaten, als der Prioritäten-Unterausschuß des Exekutivausschusses in Genf tagte, rechneten. Zahlreiche Mitgliedskirchen sind der Aufforderung, die der Zentralaussschuß auf seiner letzten Tagung aussprach, gefolgt und haben in diesem Jahr ihren Beitrag erhöht. Wir dürfen auf eine merkwürdige Erhöhung des Grundbeitrags der Evangelischen Kirche in der Bundesrepublik hoffen. Außerdem werden vielversprechende Anstrengungen zur Erhöhung des Beitrags der Orthodoxen Kirche in Rußland unternommen. Wir hoffen, daß die Kirchenspenden aus den USA bald wieder an Umfang gewinnen. Deshalb sind wir meiner Meinung nach jetzt in einer Situation, in der kühne Entscheidungen getroffen werden können, denn wir stehen nicht mehr unter dem Druck, unsere Arbeitsvorhaben aufgrund finanzieller Schwierigkeiten beschränken zu müssen. Wenn die Kirchen ihre Beiträge weiterhin steigern können, dann werden ein neuer Generalsekretär und seine Mitarbeiter in diesen entscheidenden Jahren vor der nächsten Vollversammlung in der Lage sein, ein schöpferisches und flexibles Programm zu verwirklichen.

b) In Bangkok (Thailand) findet Ende des Jahres unter der Schirmherrschaft der Kommission für Weltmission und Evangelisation ein Weltmissionstreffen statt, das die große Tradition der Tagungen von Edinburgh 1910, Jerusalem 1928 und Tambaram (Madras) 1938 fortführt. Eine sorgfältig geplante Tagung und eine große Möglichkeit. Das Thema „Das Heil der Welt heute“ hat für die Kirche als ganze, aber auch für die Kirche an jedem Ort in sechs Kontinenten und auf den Inseln der Meere entscheidende Bedeutung. „Das Heil der Welt heute“ – ein Thema, zu dem die Bibel vieles sagt; zu dem aber auch manche unserer Zeitgenossen Dinge zu sagen haben, die vielleicht ein wenig fremd klingen mögen. Die vorbereitende Broschüre der Bangkok-Konferenz erinnert uns: „Die Christen glauben an das Heil in Jesus Christus. Nur in ihm ist das Heil. Sein Heil aber ist für alle Menschen.“²⁹ Allzuoft nur wurde das Heil im Lichte einer bestimmten Erfahrung, einer bestimmten Theologie interpretiert. Heute wissen wir, daß es viele Heilserfahrungen und viele Theologien in der Vielfalt der weltweiten Kirchen geben kann. Ziel der Bangkok-Konferenz ist nicht ein neuer ökumenischer Konsens in der Heilsfrage, sondern es kommt vielmehr darauf an, einen Teil der Fülle und Vielfalt des Heils aus der Sicht der Erfahrung und Hoffnung von Christen heute aufzuzeigen. Außerdem will man überlegen, welche Konsequenzen dieses Verständnis für das praktische Wirken der Kirchen und Missionsgesellschaften in der Mission Gottes haben könnten. Wir wollen dieses Unterfangen mit

29. Salvation Today, ÖRK Genf 1972, S. 2.

unserem Gebet unterstützen und besonders dafür beten, daß alle, die in Bangkok dabei sind, über gegenseitiges Verstehen und Akzeptieren hinaus zu der Einsicht gelangen, daß das Verstehen und Akzeptieren jener, deren Erfahrung und theologische Formulierungen anders aussehen, zu einer umfassenderen Erkenntnis des Sinnes Jesu Christi führt; zu einer entschlosseneren und bewußteren Verpflichtung, ihm und den Mitmenschen zu dienen.

c) Zu Beginn meines Berichts habe ich von der Spannung zwischen Bewegungen und Kirchenstrukturen in den Niederlanden gesprochen und gesagt, daß wir in einem Mikrokosmos verdeutlicht finden, was sich als grundsätzliches Problem überall und auf Weltenebene stellt. Während meiner Amtszeit als Generalsekretär habe ich mit allen Kräften versucht, dieser scharfen Polarisierung das Destruktive zu nehmen und sie kreativ werden zu lassen. Ich habe meine Erfahrungen als ehemaliger „Hierarch“ in einer Mitgliedskirche zu nutzen versucht, um die offiziellen Kirchenführer des Ökumenischen Rates zu bewegen, durch den Rat jene Bewegungen zu unterstützen, die ihnen Furcht einflößten und ihnen zuweilen den Eindruck gaben, als drohten sie die eigentlichen Grundlagen ihrer kirchlichen Strukturen zu erschüttern. In dieser „kaputten“ Welt sollten wir, die wir an der Spitze der Kirchen stehen, nicht so sehr um Häresie, Schisma und Anarchie besorgt sein, sondern vielmehr, so meine ich, unser eigenes Handeln vor Augen halten, damit wir alles in unserer Kraft Stehende tun, um alle diejenigen, die in einer uns fremden Weise den Herrn anrufen und ihm dienen, in die Strukturen und die Gemeinschaft unserer Kirchen aufzunehmen und einzuschließen.

Der *kairos* für jede Mitgliedskirche und für den Ökumenischen Rat der Kirchen ist wesentlich gebunden an die Liturgie und den Tisch des Herrn. Als früherem Kirchenrechtler in meiner eigenen Kirche ist mir jedes Spotten über Kirchenzucht zuwider. Noch stärker zuwider aber ist mir, wenn wir, die Verantwortlichen unserer Kirchen, nichts Einschneidendes tun – weder theologisch noch kanonisch oder praktisch –, um den Skandal der Kirchenspaltung, die das zentrale Sakrament der Einheit trifft, zu beseitigen. Es geht um die Glaubwürdigkeit unserer Verkündigung des Evangeliums! Es geht darum, daß die Kirche eine ganze Generation hervorragender Führungskräfte zu verlieren droht! Denn wie sonst wäre der Rückgang von Berufungen zum kirchlichen Amt zu erklären, wie sonst der Rückgang im Gottesdienstbesuch in vielen Kirchen? Ich habe diese Warnung schon einmal ausgesprochen, an mich selbst und an Sie. Wenn wir diesen *kairos* nicht ernst nehmen, dann werden Christen, und vor allem junge Christen, unsere Altäre und Tische verlassen, um sich anderen Tischen zuzuwenden und sich vor anderen Altären zu verneigen.

d) Dieses sakramentale Problem wird besonders akut durch das, was Gott vor unseren geblendeten Augen in der Welt getan hat und tut. In den vergangenen zehn Jahren hat er überall auf der Welt Männer und Frauen, alte und junge Menschen (d. h. mehr junge als alte) in kleine enge Gemeinschaften des Leidens und des Dienstes gezogen. Unsere Zeit kennt wirkliche Märtyrer. Ins Gefängnis geworfen und gefoltert, des Landes verwiesen und hingerichtet haben sie einander und miteinander Jesus Christus gefunden, durch die Identifizierung mit den leidenden Armen und den gefolterten Unterdrückten. Sie haben das Heuchlerische des westlichen Materialismus und des östlichen Sozialismus verworfen. Und Jesus selbst hat ihren geistlichen Hunger gestillt – öfter als wir, die wir tatsächlich oder theoretisch den Hirtenstab tragen, es vermochten und gänzlich unerwartet für die Reihen des Establishment. Diese hungrigen Schafe innerhalb und außerhalb unserer Herde schauen auf uns, wenn wir diskutieren und beschließen über das, was wir offiziell in unseren Kirchen und in unserem Rat für die Programme zum Dienst an den Menschen aller Rassen und Nationen tun werden, in Achtung ihrer Menschenwürde und verschiedenen Identität und im Kampf gegen den Fürsten dieser Welt und die Strukturen, die ihm und nicht dem Fürsten der Liebe und des Friedens dienen. Mit Recht dürfen wir von *kairos* sprechen. Ist das Eschaton nahe? Werden wir es wagen, der Vollendung der menschlichen Geschichte entgegenzusehen? Ohne einen neuen und geläuterten Gehorsam werden Unglück und Verderben auf die Welt und auf die Kirche warten.

Lassen Sie mich jedoch im Geiste christlichen Glaubens und Hoffens schließen. Wie am Anfang meines Amtes (im vergangenen April waren es 40 Jahre), so glaube ich auch jetzt, was ich damals zu lernen begann: daß Jesus Christus der Herr ist und der ökumenische

Weg der Weg des Gehorsams gegen Ihn. Am Ende meines Dienstes für den Ökumenischen Rat bin ich ebenso hoffnungsvoll und dankbar wie damals, als ich dieses Amt antrat. Ich werde in kurzer Zeit aus diesem Amt ausscheiden und die Mitarbeiter des Ökumenischen Rates verlassen; nicht verlassen aber werde ich Ihre Gemeinschaft in Christus.

Nicht unerwähnt sollten auch die beiden „Briefe an die Mitgliedskirchen“ bleiben, die vom Zentrallausschuß in Canterbury und in Utrecht beschlossen wurden, um den ÖRK und seine Mitgliedskirchen in ein engeres Verhältnis miteinander zu bringen. Der Canterbury-Brief hat folgenden Wortlaut:

BRIEF AN DIE MITGLIEDSKIRCHEN

Liebe Freunde:

Der Zentrallausschuß des Ökumenischen Rates der Kirchen ist gerade ein Jahr nach der Vierten Vollversammlung in Canterbury zusammengekommen. Dort in Uppsala verpflichteten wir uns aufs neue auf den Herrn, der alles neu macht. Er macht uns frei, so sagten wir, für andere zu leben.

Hier in Canterbury haben wir uns mit den wichtigsten Aufgaben befaßt, deren praktische Verwirklichung in Leben und Sendung unserer Kirchen uns aufgetragen war: mit der vollen Gemeinschaft in Christus, dem Menschen als Treuhänder der Schöpfung, dem Streben nach sozialer und wirtschaftlicher Gerechtigkeit und der Erneuerung in Mission und Gottesdienst. Wir haben mancherlei Anlaß zum Danken. Das Leben unserer Kirchen hat von Uppsala einen starken Impuls empfangen.

Was die Menschen in Uppsala am meisten bewegte, war offensichtlich ein lebendiges Bewußtsein von der Solidarität aller Menschen in Christus, ‚dem neuen Menschen‘. Die tiefer werdende Kluft zwischen Reichen und Armen wurde darum als unmittelbare Herausforderung an das christliche Gewissen verstanden und hat viele unserer Kirchen zum Handeln gebracht. Schon wenige Monate nach Uppsala begann eine Reihe von Kirchen zu überlegen, wie sie einen Teil ihrer Mittel für Entwicklung einsetzen könnten. In einigen Ländern entstand eine Bewegung zur Selbstbesteuerung. Konferenzen haben Fragen weltweiter sozialer und rassistischer Gerechtigkeit und Entwicklung in den Mittelpunkt ihrer Arbeit gestellt. Die Kirchen haben die Notwendigkeit erkannt, bei ihren Mitgliedern auf Bewußtseinsbildung hinzuwirken und die öffentliche Meinung entsprechend zu beeinflussen. Vor allem die Jugend nahm die Sache ernst und trug die Empfehlungen unserer Vollversammlung mitten hinein in das Leben ihrer Kirche. Wir stellen auch dankbar fest, daß wir hier, wie in vielen anderen Bereichen, in wachsendem Maße mit unseren römisch-katholischen Brüdern zusammenarbeiten können. An vielen Orten haben diese Fragen dem ökumenischen Handeln auf Orts- und Weltebene einen neuen Anstoß gegeben. So lernten wir mehr über die Einheit der Menschen und die Einheit der Kirche.

Nach Canterbury werden wir unsere Arbeit in einer noch größeren Gemeinschaft weiterführen. Sieben Kirchen sind in die Familie des Ökumenischen Rates der Kirchen eingetreten, darunter drei der am schnellsten wachsenden Kirchen in Asien, Afrika und Lateinamerika. Mit ihrem starken Missionsbewußtsein und ihrer festen Verwurzelung in der Kultur ihrer Länder bereichern und vertiefen sie unsere Gemeinschaft in Christus.

Ermutigt durch diese zweifache Antwort auf Gottes Wirken unter uns, wenden wir uns den vielen Fragen und Problemen zu, die noch anstehen. Wir haben keine fertigen Lösungen anzubieten. Deshalb möchten wir mit ihnen das Gespräch über die Fragen des Glaubens, der Mission und der Einheit, die uns alle angehen, fortsetzen.

Um zunächst über die Einheit zu sprechen: Viele haben gefragt, ob der Ökumenische Rat der Kirchen in Uppsala seine Richtung geändert habe. Haben wir unser Streben nach der Einheit der Kirche und dem uns gestellten Ziel – der verpflichtenden Gemeinschaft aller, die an Christus glauben – zugunsten einer Organisation aufgegeben, deren Interesse nur der sozialen und politischen Gerechtigkeit gilt? Nein. Wir haben jedoch einen neuen Akzent gesetzt. Der Ökumenische Rat hat sich stets Kirche *und* Welt verpflichtet ge-

wußt. Aber wir gewannen die Überzeugung, daß die Kirchen in unserer Epoche klar und unmißverständlich sagen müssen, daß sie dazu berufen sind, der Menschheit mit Wort und Tat zu dienen. Derselbe Gott, der uns die Augen für das Ziel der christlichen Einheit öffnet, läßt uns auch erkennen, wie erschreckend dringlich die Forderung nach Gerechtigkeit und Frieden ist. Derselbe Christus, der uns zur Einheit seiner Kirche führt, will uns für die Einheit der Menschheit gebrauchen. Derselbe Geist, der uns frei macht, treibt uns, Freiheit für andere zu erstreben.

Wir halten an der Verpflichtung fest, nach unserer vollkommenen Einheit in der einen, heiligen katholischen und apostolischen Kirche zu suchen. Gemeinsam arbeiten wir weiter daran, alles zu überwinden, was uns daran hindert, einander voll anzuerkennen, und was uns am Tische des Herrn trennt. Wie lange können wir die Gemeinschaft, die wir schon haben, fortsetzen, ohne sie im Sakrament der Einheit zu vollenden? Die Ungeduld wächst unter denen, die meinen, nicht warten zu können, bis ihre Kirchen diesem Ziel näherkommen. Aber der eigentliche Grund für das ungeduldige Streben nach der vollen Einheit unserer Kirchen ist der Ruf unseres Herrn.

Andere haben gefragt, ob wir in Uppsala die Mission als eines der wichtigsten Anliegen aufgegeben haben. Wieder lautet die Antwort: nein. Die Verkündigung des Evangeliums ist nach wie vor *der* Auftrag unserer Kirche. Doch schon vor Uppsala hatte sich unser Blick geweitet: Mission, so hatten wir erkannt, richtet sich nicht nur an den einen oder anderen Kontinent, sie ist Gottes Mission auf allen sechs Kontinenten. Sie umspannt das ganze Leben aller Kirchen in der ganzen Welt. Sie erinnert uns daran, daß die Kirchen für andere da sind. Der Ruf zur Umkehr ist die Mitte der Mission; sie läßt uns freudig an Gottes Heilsplan teilnehmen, wie er ihn in Jesus offenbart hat. In Uppsala waren wir uns darin einig, daß die Fronten der Mission quer durch die Gesellschaft verlaufen. Wir werden uns mit einigen der Fragen, mit denen wir auf der Vollversammlung konfrontiert wurden, weiter auseinandersetzen müssen: Wo liegen die vorrangigen Aufgaben unseres missionarischen Auftrags, da wir doch den Menschen dabei helfen wollen, ihr wahres Menschsein zu entdecken, wie es in Christus offenbart ist? Wie soll die biblische Heilsbotschaft heute verstanden und verkündet werden? Wie können wir Menschen anderer Religionen und Weltanschauungen gegenüber in aller Achtung und Demut, aber doch fest und klar unseren Glauben bezeugen? Unsere Denkweisen mögen sich ändern; Christus, unser Heiland, bleibt derselbe, der alleinige Weg zum Vater.

Bei alledem geht es letztlich um die Frage des Glaubens und unserer Antwort in Gottesdienst und Leben. In unserer Welt rascher Veränderungen sehen viele Christen ihren Glauben bedroht. Sie stehen in Gefahr, Gott aus den Augen zu verlieren oder ein Leben in zwei fast völlig getrennten Welten zu führen. Mehr denn je brauchen wir in unseren Kirchen einander zur Stärkung unseres Glaubens. Mehr denn je spüren wir, daß wir die Wirklichkeit des Evangeliums in Denkformen umsetzen müssen, die unsere Mitmenschen verstehen. Der Ökumenische Rat der Kirchen ist die Gemeinschaft, in der wir gemeinsam um ein tieferes Verständnis dessen ringen, was wir glauben, wie wir Gottesdienst feiern und wie wir unser Leben gestalten sollen. Die verschiedenen Altersgruppen, Traditionen und Kulturen sollten einander ermutigen und bereichern, und die Gemeinschaft, die uns verbindet, gibt uns die Kraft dies zu bejahen. Von dieser unserer Richtschnur wollen wir uns auch in Zukunft gemeinsam leiten lassen.

Ein Kampf, der sich seit unserer Versammlung in Uppsala verschärft hat, ist der Kampf gegen den Rassismus. Im Mai fand in London eine internationale Studententagung statt, und damit wurde der erste Schritt zur Durchführung jener gezielten Kampagne getan, die die Vollversammlung beschlossen hatte. Auf der Studententagung trugen Gruppen aus vielen Teilen der Welt, die ungeduldig nach rassistischer Gerechtigkeit verlangen, ihre Forderungen vor. Auf einer öffentlichen Veranstaltung wurden die Vorurteile jener laut, die entschlossen sind, den Rassenkampf zu entfachen. Diese Erfahrungen gaben den Diskussionen eine neue Dringlichkeit. Wir erkannten, daß ein neues Verständnis, ein neues Engagement und neue Taten nötig sind. In Canterbury haben wir ein Ökumenisches Fünfjahresprogramm beschlossen. Wir haben gesagt, daß wir entschlossen sind, auf eine gerechtere Verteilung der Güter und der wirtschaftlichen Macht in einer radikal neuen Gesellschaft hinarbeiten. Als Zeichen unseres gemeinsamen Engagements in diesem Kampf und unserer Soli-

darität mit allen Menschen guten Willens, die in diesem Kampf stehen, haben wir einen Sonderfonds eingerichtet, für den wir auf Beschluß der Tagung 200 000 \$ aus unseren Reserven bereitstellen und für den wir von unseren Mitgliedskirchen weitere 300 000 \$ erbitten. Die Mittel dieses Fonds sollen vom Exekutivausschuß an Organisationen vergeben werden, die mit den Zielsetzungen des Ökumenischen Rates übereinstimmen, unterdrückte Rassengruppen in ihrem Kampf um Gerechtigkeit unterstützen und den Opfern rassistischer Unterdrückung helfen.

Noch eine andere Frage stellt sich uns: Was können die Kirchen praktisch im Kampf gegen die Armut und gegen die immer tiefer werdende Kluft zwischen reichen und armen Ländern tun? Die Kirchen müssen nicht nur an Entwicklungsaufgaben mitarbeiten, sondern gleichzeitig fragen, wie wirtschaftliche und gesellschaftliche Strukturen und Institutionen beschaffen sein müssen, damit Entwicklung wirksam werden kann. Unser wichtigstes Anliegen sollte es jedoch sein, daß Entwicklung nicht als rein wirtschaftlicher und technologischer Prozeß begriffen wird, sondern als Weg zu wahren Menschsein für alle Menschen und zu einer verantwortlichen Gesellschaft, in der der Mensch als Geschöpf Gottes in seiner Freiheit und Würde geachtet wird. Davon sollten wir ausgehen, wenn wir dazu auffordern, zu informieren, zu erziehen und selber zu den nationalen und internationalen Bemühungen um die Weltentwicklung beizutragen. Sobald wir zu handeln anfangen, werden wir in den Gebieten, in denen wir leben, auf widerstreitende Meinungen stoßen, und die Christen werden viel Phantasie und Liebe aufbringen müssen, damit nicht die Gemeinschaft, die wir bereits haben, zerbricht. Hier in Canterbury haben wir gemeinsam eine Frage untersucht, über die wir auf Ortsebene beschließen müssen, nämlich die bestmögliche Nutzung kirchlicher Gelder für Entwicklungszwecke. Wir werden bald eine weltweite Studientagung über diese Frage abhalten, um unseren Kirchen bei ihren Entscheidungen zu helfen.

Welches Problem wir auch im Ökumenischen Rat anpacken, letzten Ende läuft alles auf die Frage nach dem Menschen hinaus. Da ist der Mensch, der brillante Techniker, der den Mond erreichen kann. Der Mensch, der Schwächling, der noch nicht gelernt hat, wie man Frieden stiftet. Der Mensch als Gegenstand der Liebe Gottes. Der Mensch auf der Suche nach Freiheit und Würde. Der Mensch, der die Erde entwickeln kann, und der Mensch, der sich gegen die Entwicklung sträubt. Der Mensch als Unterdrücker und als Unterdrückter. Was ist der Mensch und was der Sinn seines Lebens? Dies ist eine Frage, an der die Kirche zusammen mit allen anderen Menschen in der besonderen Sicht arbeiten muß, die uns in Jesus gegeben ist, der als Gottes Sohn unser Bruder wurde und dem Menschsein neuen Sinn verlieh. Diese Frage haben wir auch für die nächsten Jahre in den Mittelpunkt unserer Studien gestellt.

Überall wird das menschliche Leben durch Erziehung bestimmt. In Uppsala erkannten wir, daß die Kirchen angesichts der tiefgreifenden Veränderungen im Erziehungs- und Bildungswesen neue Denk- und Aktionsmodelle entwickeln müssen. Im Jahre 1970, das die UNESCO zum Internationalen Erziehungsjahr erklärt hat, werden christliche Erzieher aus aller Welt Gelegenheit haben, gemeinsam grundsätzliche Fragen der Erziehung neu zu durchdenken. Auch wir in den Kirchen brauchen eine Überprüfung und Reform unserer eigenen Erziehungs- und Bildungsarbeit. Um uns bei dieser Aufgabe zu helfen, ist im Ökumenischen Rat der Kirchen ein neues Büro für Bildungsfragen eingerichtet worden.

Wir stehen oft in der Spannung zwischen unserer ökumenischen Erfahrung und den herkömmlichen Strukturen unserer Kirchen. Übereinstimmung in Worten muß in Taten umgesetzt werden, wenn sich etwas ändern soll. Hüten wir uns, bei irgend jemanden den Eindruck zu erwecken, als seien wir bereits mit unseren Aufgaben fertig. Wir müssen bekennen, daß wir auf wichtigen Gebieten nur geringe Fortschritte gemacht haben:

- Wir haben keine wesentlichen Fortschritte auf dem Weg zur christlichen Einheit gemacht.
- Wir haben mehrfach die Verletzung von Menschenrechten verurteilt, aber in anderen, nicht minder wichtigen Fällen mußten wir schweigen oder konnten wir nicht deutlich genug sprechen, weil die Meinungsverschiedenheiten in unserer Mitte zu groß sind.

- Wir konnten nicht genug tun, um Gruppen, die aus rassistischen oder anderen Gründen unterdrückt sind, zu unterstützen, obwohl wir Diskriminierung und Unterdrückung entschieden verurteilen.

In allen diesen Bereichen müssen wir einander weiterhelfen, indem wir uns gegenseitig Mut machen und aneinander Kritik üben. Manches können wir vielleicht besser auf Weltenebene tun, mit anderen Dingen fangen wir besser vor Ort an. Wir gehen mit Ihnen, bitte gehen Sie auch mit uns,

- indem Sie sich, wo immer möglich, auf neue und schöpferische Weise in die Gemeinschaft aller Christen auf örtlicher und nationaler Ebene hineinstellen, damit wir der vollen Einheit der Kirche Christi in der ganzen Welt näherkommen;
- indem Sie sich aufs neue fragen, was Zeugnis, Erlösung und Umkehr konkret an Ihrem Ort bedeuten;
- indem Sie neue Mittel und Wege finden, um demütig und freudig anderen Ihren Glauben an Christus mitzuteilen.
- indem Sie sich soweit wie möglich im Kampf zur Beseitigung des Rassismus engagieren – in welcher Form und wo immer er auch in der Welt auftreten mag – und indem Sie den Sonderfonds und das ökumenische Programm des Ökumenischen Rates der Kirchen durch Beiträge unterstützen;
- indem Sie sich – ob Sie nun in einem reichen oder armen Lande leben – mit denen zusammenschließen, die für die Entwicklung arbeiten;
- indem Sie Ihren Beitrag zur Studie über den Menschen leisten und verfolgen, was in anderen Teilen der Welt zu dieser Frage gesagt wird;
- indem Sie sich an Ihrem Ort mit Worten und Taten gegen jede Verletzung der Menschenrechte und der Religionsfreiheit wenden und entschlossen Organisationen unterstützen, die Ihnen als redlich und engagiert bekannt sind und die die Rechte unterdrückter Gruppen verteidigen und für ihr Wohl eintreten;
- indem Sie in die Gebete all derer einstimmen, die heute und lange vor uns ihr Vertrauen auf die Verheißungen Gottes, unseres Vaters, und seines Sohnes, unseres Herrn und Erlösers, gesetzt haben und noch setzen.

In Uppsala haben wir die göttliche Verheißung gehört: Siehe, ich mache alles neu. Lassen Sie uns beherzigen, was das für unser Leben und das Leben unserer Kirchen bedeutet. „Verändert euch durch Erneuerung eures Sinnes, auf daß ihr prüfen möget, was Gottes Wille ist, nämlich das Gute und Wohlgefällige und Vollkommene“ (Röm. 12,2).

In Utrecht, wo es um die Verbindlichkeit der ökumenischen Gemeinschaft ging, wandte sich der Zentralausschuß mit folgenden Worten an die Mitgliedskirchen:

VERPFLICHTET AUF GEMEINSCHAFT

Ein Brief an die Kirchen

Wir sind hier in Utrecht nun zum drittenmal seit unserer Wahl zu Zentralausschußmitgliedern des Ökumenischen Rates der Kirchen zusammengekommen und haben auf dieser Tagung über das Thema „Verpflichtet auf Gemeinschaft“ diskutiert. In persönlichen Gesprächen und Begegnungen, in unseren Entscheidungen und Beratungen über die künftige Arbeit des Rates und in unserem gemeinsamen Gottesdienst konnten wir die uns bindende Gemeinschaft neu erfahren. Wir haben die Fassaden der Höflichkeit niedergeworfen und offen von Überzeugungen und Verpflichtungen gesprochen, die einige der Teilnehmer in Bedrängnis gebracht oder sogar schockiert haben. Doch vergessen wir nicht, daß Christi Ruf zur Gemeinschaft stärker ist als alle unsere Meinungsverschiedenheiten. Im Leben der ökumenischen Bewegung sind neue Ansätze gegeben, neue Impulse zu verspüren und neue Perspektiven geöffnet. Dieses Geschehen können wir nur als Führung des Heiligen Geistes verstehen.

Eine wachsende Gemeinschaft

Berichte über die – trotz einiger ernsthafter Rückschläge – bedeutenden Fortschritte in den meisten der laufenden Kirchenunionsverhandlungen haben uns zuversichtlich gestimmt. Wir erkannten, daß die zahlreichen bilateralen interkonfessionellen Gespräche ein neues Vertrauensklima geschaffen haben. Unsere Gemeinschaft wird täglich reicher durch die ständig wachsende Zahl neuer Mitgliedskirchen und durch die zunehmende Bedeutung der Beiträge von Christen und Kirchen in Asien, Afrika und Lateinamerika. Ermutigt hat uns auch in großem Maße der von der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung erreichte Consensus in Fragen der Taufe und der Eucharistie sowie die Fortschritte, die in den Gesprächen über die Autorität der Bibel und die Lehre vom Amt erzielt werden konnten. Dennoch können wir uns mit dem Erreichten nicht zufriedengeben, vielmehr müssen wir weiterhin alle unsere Kraft einsetzen, um gemeinsam die gute Botschaft, die Gott uns anvertraut hat, in Worte zu kleiden, die von der Welt verstanden werden. Die Zusammenarbeit mit der größten einzelnen Kirche, die nicht Mitglied des Ökumenischen Rates ist, nämlich der römisch-katholischen Kirche, hat sich inzwischen in vielen Ländern und in vielen Verantwortungsbereichen derart ausgedehnt, daß wir uns von neuem mit der Art und Gestaltung unserer Beziehungen auseinandersetzen müssen.

Diese wachsende – wenn auch vorläufige – Gemeinschaft gemahnt uns an die Dringlichkeit der Aufgabe, gemeinsam nach Wegen zu suchen, die zur Verwirklichung unseres Ziels, der *koinonia*, führen, die im Neuen Testament verkündet wird. Wir müssen uns fragen, was wir tun können, damit die Gemeinschaft der Kirchen, die der Ökumenische Rat zu sein beansprucht, vollständiger und wirksamer werden kann.

Eine aktive Gemeinschaft

Wir haben aber nicht allein die Verpflichtung, beieinander zu sein, sondern müssen auch „gemeinsam zu erfüllen trachten, wozu sie berufen sind“. Wir sind gemeinsam tätig geworden: im gemeinsamen Dienst an den Notleidenden, in der Unterstützung der Kirchen bei der Erfüllung ihrer missionarischen Aufgabe, im gemeinsamen Zeugnis gegenüber den Vertretern der Religionen unserer Zeit und in unserer Solidarität mit den durch Tyrannei, Krieg und Rassismus Unterdrückten. In einigen Ländern ist bei manchen Leuten der Eindruck entstanden, als habe sich der ÖRK von einer Gemeinschaft der Kirchen mit dem Ziel, der Einheit der Kirchen zu dienen, in eine Gruppe verwandelt, die im Namen bestimmter sozialer oder politischer Zielsetzungen Druck auf die Kirchen ausübt. Diese Behauptung ist unzutreffend. Gewiß hat sich der ÖRK seit seiner Gründung vor 25 Jahren verändert, denn schließlich haben wir ja voneinander gelernt. Wir bekräftigen so nachdrücklich, wie wir es immer getan haben, daß unsere Gemeinschaft verankert ist in dem einen festen und sicheren Fundament: im Sieg des Kreuzes Christi. Diesem Sieg entspringen sowohl der Ruf, eine einzige Gemeinschaft von Gläubigen zu bilden, versammelt um den Tisch des Herrn als ein Zeichen seiner Liebe für die Welt, als auch die Verpflichtung, eine einzige menschliche Familie zu sein, in der jeder in Frieden und Gerechtigkeit mit dem andern und in Verantwortung für seine Umwelt lebt. Manche wollen hierin den Ursprung verschiedener, wenn nicht sogar gegensätzlicher Konzeptionen von der ökumenischen Bewegung sehen; diesen können wir entgegenhalten, daß wir in unserem Glauben die Überzeugung finden, daß das Mysterium der kirchlichen Einheit wesentlich zur Lösung der Probleme beiträgt, die die Menschheit spalten; der wahre Kontext, in dem wir den Weg zur Einheit der Kirche, zu der wir berufen sind, finden können, ist folglich dann gegeben, wenn wir die menschlichen Auseinandersetzungen ernst nehmen.

Eine suchende Gemeinschaft

Angesichts der Aufsplitterung der Meinungen in zwei oder mehr streitende Lager empfinden viele von uns in den Kirchen ein quälendes Unbehagen, und wir haben hier in Utrecht

erkannt, daß auch dem ÖRK diese Erfahrung nicht erspart bleiben kann. So hat z. B. das Programm zur Bekämpfung des Rassismus heftige Kontroversen heraufbeschworen: dennoch konnte im Laufe der vergangenen drei Jahre beobachtet werden, daß – vorausgesetzt, man geht unvoreingenommen an das Beweismaterial heran und ist bereit, einander zuzuhören – solche Kontroversen der gemeinsamen Verpflichtung eher nützen als schaden. Mehr und mehr werden wir uns der Tatsache bewußt, in welchem Maße viele von uns von bestimmten Traditionen und Kulturen geprägt werden, die uns daran hindern, unserem Nächsten in aller Offenheit zu begegnen. Wir müssen unser eigenes Verhalten im Licht der Verpflichtung Christi für die Armen und Ausgestoßenen noch einmal kritisch überprüfen. Die größte Schwierigkeit ist aber, daß wir jetzt erkennen, welche alles zerstörende Kraft den Strukturen des Rassismus und der wirtschaftlichen Unterdrückung innewohnt und wie sehr uns folglich der Kampf um Gerechtigkeit unausweichlich spalten muß. Die Kirche kann nicht wählen, an welcher Stelle sie in die Auseinandersetzungen unserer Zeit eingreifen will, denn diese Konflikte zerreißen auch unsere eigene Gemeinschaft.

Ein Rat, der in den Spannungen eines Weltkrieges entstanden ist, sieht sich heute Spannungen gegenüber, deren Wurzeln noch viel tiefer in Jahrhunderte voller Ungerechtigkeit hineinreichen. Mit leichten Antworten können wir in dieser Situation nichts ausrichten, denn wir beginnen ja erst zu begreifen, wie einschneidend diese Entfremdung ist. Dennoch können wir zumindest Zeugnis ablegen von unserer gemeinsamen Erfahrung, daß wir in Christus die Kraft finden, die uns auch gegen unseren Willen miteinander verbindet. Und indem wir Zeugnis ablegen, müssen wir auch unsere Gemeinschaft voll ausschöpfen und in den Dienst einer größeren Gerechtigkeit stellen. Zuallererst müssen wir einander akzeptieren und so im Leben der Kirche Möglichkeiten dafür schaffen, daß jede menschliche Gemeinschaft die ihr eigene spezifische Identität zum Ausdruck bringen und entfalten kann. Dies wird um so notwendiger, als die Lebensbedingungen der heutigen Zeit die Menschen in eine enge Interdependenz zwingen, die Freiheit und Individualität gefährdet. Die Einheit der Kirche muß genügend Raum lassen für Verschiedenartigkeit und für offene, wechselseitige Konfrontation und Kritik, von der wir in dieser vergangenen Woche eine Vorstellung erlangen konnten.

Unsere Aufgaben

Unser künftiges Hineinwachsen in diese gottgegebene Gemeinschaft wird eine Reihe von Anforderungen an uns stellen, die wir schon heute auf uns zukommen sehen:

a) Wir werden lernen müssen, offener miteinander über den Kern unserer Verpflichtung zu sprechen. Wir alle treten für den Glauben ein, der den Aposteln überliefert wurde, doch ist es heute nicht ohne weiteres möglich, zu einer völlig übereinstimmenden Formulierung dieses Glaubens zu gelangen. Die in diesem Jahr stattfindende Konferenz über „Das Heil der Welt heute“ und die Studie über „Die Rechenschaft von der Hoffnung, die in uns ist“ werden uns Gelegenheit geben, offen miteinander über diese Fragen zu sprechen. Gleichzeitig müssen wir aber auch immer wieder von neuem lernen, unsere sozialen und politischen Handlungen aus dem Handeln Gottes in Christus heraus zu erklären und zu begründen, und müssen verdeutlichen, was nicht von vornherein einleuchtet.

b) Wir werden lernen müssen, einander bessere und bescheidenere Zuhörer zu sein; und dies ist auf mehreren Ebenen notwendig. In den zwischenkirchlichen Gesprächen ist das ökumenische Spektrum heute breiter und vielfältiger, als eine einzige Organisation umfassen kann. Angesichts der vielen begrüßenswerten Initiativen auf verschiedenen Ebenen müssen wir alle Beteiligten ermutigen, sich gegenseitig Beachtung zu schenken, und müssen herausfinden, in welcher Weise der ÖRK diesem erforderlichen Austausch am besten dienen kann. Wir wissen, daß es in unseren Mitgliedskirchen viele Christen gibt, die mit einigen der gegenwärtigen Ausrichtungen der ökumenischen Bewegung nicht einverstanden sind. Wir müssen offen über solche Meinungsverschiedenheiten sprechen und dem Gebot gemäß „in Liebe an der Wahrheit festhalten“. Unser Zuhören ist besonders dort wichtig, wo die Gemeinschaft von menschlichen Spannungen zerrissen wird und die Menschen sie nicht offen bekräftigen können. Auch mag es Zeiten geben, in denen wir uns selbst nach aufmerksamem gegenseitigen Zuhören verpflichtet fühlen, unserem Gewissen folgend in einer Art

und Weise zu handeln, die uns spaltet. Dies können wir aber nur wagen, wenn wir uns ihm anvertrauen, dessen Kraft diese offene Spaltungen überwinden kann.

c) Wir werden lernen müssen, das zu verstehen, was unser Vorsitzender als „den priesterlichen Dienst der befreienden Versöhnung und den prophetischen Dienst der befreienden Auseinandersetzung“ bezeichnet hat; er fragt uns: „Wie können wir gleichzeitig Boten des Friedens in einer Welt des Haders und Boten des Haders in einer Welt voll trügerischem Frieden sein“, ohne daß unsere Gemeinschaft auseinanderbricht? Wir haben hier in Utrecht erkannt, wie dringlich diese Frage ist, denn noch wissen wir nicht, wie wir Glauben und Handeln ineinander integrieren sollen.

d) Wir werden lernen müssen, uns auf allen Ebenen kirchlichen Lebens intensiver mit den Fragen nach dem Wesen und Ziel jenes konziliaren Prozesses auseinanderzusetzen, in dem die Kirche jahrhundertlang gelebt hat und in den wir von neuem eintreten möchten. Die Erklärung der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung, um die wir gebeten hatten³⁰, zeigte uns, daß das Konzept der Konziliarität als ein nützliches Instrument zur Verdeutlichung der Fragen dienen kann, mit denen wir hier in Utrecht gerungen haben. Wenn sich uns auch viele der Anforderungen eines wahrhaft universalen Konzils erst in weiter Zukunft stellen werden – z. B. ein tieferes und übereinstimmendes Verständnis in Fragen der angemessenen Einberufung und rechtmäßigen Konstituierung eines Konzils –, so wissen wir doch schon heute, daß wir uns auf die Erreichung dieses Zieles am besten vorbereiten können, indem wir uns um Veränderungen im Leben unserer Ortsgemeinden, Synoden und Versammlungen bemühen. Auf diesen Ebenen müssen wir Schritte auf dem Wege zur sichtbaren Einheit unternehmen, durch die unser gottesdienstliches Leben, unsere Entscheidungsbildung und unser Verhalten zueinander in noch größerem Maße vom Geist unserer ökumenischen Verpflichtung erfüllt werden, so daß auch der ökumenische Rat letztlich die Grenzen überschreiten kann, die ihm heute noch gesetzt sind.

Schlußbetrachtung

Bis zu welchem Grad können wir die Übereinkünfte, die wir in unserer Gemeinschaft erzielen, auch in unseren Kirchen verwirklichen? Hier liegt der größte Prüfstein für unsere Verpflichtung. Die vor uns liegenden Vorbereitungen für die Fünfte Vollversammlung bieten für diese Aufgabe entscheidende Möglichkeiten und gleichzeitig auch die Gelegenheit, die in den einzelnen Kirchen gewonnenen Erkenntnisse in einen weltweiten Kontext zu stellen. Innerhalb der Kirche Christi schöpfen wir, bußfertig, unsere Kraft aus dem Wort Gottes und den Sakramenten der Taufe und des Abendmahls, und wir danken dabei für alles, was die ökumenische Bewegung erreichen konnte; wir bekennen, daß wir häufig versagt haben, und wir bitten den Herrn der Kirche, daß Er uns zu einer dynamischen Gemeinschaft mit Sich und mit allen Menschen bis hin zur endgültigen Gemeinschaft in Seinem Reich verpflichtet.

Doch wenden wir uns damit wichtigen Einzelfragen zu.

a) Strukturüberlegungen

Fragen nach der bestmöglichen Arbeitsweise und Effektivität seiner Organe haben den ÖRK von Anfang an begleitet, ohne daß sich jemals eine Ideallösung abgezeichnet hätte. Die Anpassung an die wachsenden Aufgabenstellungen und die veränderten Zeitverhältnisse machte solche Überlegungen indes immer wieder notwendig. Gemäß einem von der Vollversammlung in Uppsala erteil-

30. Vgl. „Die Konziliarität und die Zukunft der ökumenischen Bewegung“, Löwen 1971, Beiheft zur Ökumenischen Rundschau 18/19, S. 226–230.

ten Auftrag berief der vom 27. bis 30.1.1969 in Tulsa/Oklahoma (USA) zusammengetretene Exekutivausschuß des ÖRK einen 16 Mitglieder zählenden Strukturausschuß, mit dessen Leitung der methodistische Bischof James K. Mathews (Boston/USA) betraut wurde und dem deutscherseits Vizepräsident Dr. Rudolph Weeber (Stuttgart), später Oberkirchenrat Dr. Werner Hofmann (München) angehörten. Nachstehend geben wir die wichtigsten Abschnitte aus dem in Addis Abeba angenommenen Strukturbericht wieder. Über die Gründe für die Strukturreform wird gesagt:

GRÜNDE FÜR DIE STRUKTUREFORM

9. Der Strukturausschuß hat sich mit der Frage nach Kontinuität und Diskontinuität beschäftigt – der Frage, welche Aspekte der ökumenischen Arbeit nach wie vor von zentraler Bedeutung und darum beizubehalten sind und wie den Erfordernissen einer neuen Zeit entsprochen und darum Raum geschaffen werden kann für neue Aktivitäten. Den Kirchen ist eindeutig an einer Fortführung und Vertiefung ihrer historisch gewachsenen Aufgaben gelegen, wie auch an einer noch engeren Zusammenarbeit, um ihre Einheit zu manifestieren und ihren Auftrag und Dienst in der Welt noch besser wahrzunehmen. Organisation und Struktur des Ökumenischen Rates der Kirchen müssen indes auch von den neuen Aufgaben her gesehen werden, die eine sich wandelnde Gesellschaft einer im Umbruch stehenden Kirche aufgibt.

10. Es gibt keine richtige Struktur. Es gibt auch keine Theologie der Struktur. Darum müssen Entscheidungen pragmatisch gefällt werden und kann man nicht darauf bestehen, daß dieser oder jener Weg der allein richtige Weg zur Lösung des Problems sei. Ausgangspunkt für eine Neustrukturierung können nicht die Wünsche oder die Leistungsfähigkeit der Genfer Zentrale sein, sondern lediglich die Bedürfnisse der Kirchen und des Volkes Gottes überall in der Welt.

11. Bei seinen Strukturarbeiten hat sich der Ausschuß von folgenden Überlegungen leiten lassen:

a) Die gegenwärtige Struktur wurde 1954 unter ökumenischen Verhältnissen entwickelt, die sich wesentlich von unserer Situation heute unterscheiden. Der Ökumenische Rat dient den Kirchen heute in ungleich mehr Ländern und Situationen, so daß die Organisation gewachsen und komplizierter geworden ist. Um der Klarheit der Zielsetzung, der Wirksamkeit seiner Arbeit und des gezielten Einsatzes personeller und anderer Ressourcen willen stellt der Ökumenische Rat die schwierige Frage einer strukturellen Neuordnung.

b) Die Beziehungen zwischen dem Ökumenischen Rat und den regionalen und nationalen ökumenischen Organisationen haben an Bedeutung gewonnen. Regionale ökumenische Gremien in Asien, Afrika, Lateinamerika, dem Pazifik und Europa entfalten sich heute, was Größenordnung und Aktivität betrifft. Gleichzeitig ist die Zahl der nationalen Christenräte erheblich gestiegen. Das Arbeitssystem der Genfer Büros muß stärker auf regionale Initiativen und Partnerschaft sowie den notwendigen Dialog zwischen Regionen und Ökumenischem Rat ausgerichtet sein.

c) Aufgrund finanzieller Erwägungen sind jene Tätigkeiten des Ökumenischen Rates zu beschränken, die aus den offiziellen Beiträgen der Mitgliedskirchen bestritten werden. Andererseits entwickeln sich die Programme und Dienste, die aus Sonderfonds finanziert werden. Diese Entwicklung bringt zwangsläufig Gefahren und Probleme mit sich, die längst bekannt sind; soll sie lebensfähig sein, muß eine neue Struktur dieses Paradoxon bewältigen. Die Finanzkrise zwingt den Ökumenischen Rat dazu, Mittel und Wege zu einer wirksameren Kommunikation mit den Kirchen und christlichen Gruppierungen über die Probleme, Entwicklungstendenzen und Möglichkeiten des Ökumenismus und die Bestimmung von Programmschwerpunkten zu finden.

d) Die gegenwärtige Krise des christlichen Glaubens und des Lebens der Kirche legt eine grundlegende strukturelle und methodische Umstellung der ökumenischen Arbeit nahe. Wir leben in einer Zeit geistiger Umwälzungen. In der ökumenischen Bewegung

und im Ökumenischen Rat macht sich das auf verschiedene Weise bemerkbar: einige Kirchen gehen durch eine Zeit großer innerer Konflikte, begleitet von einer Polarisierung in theologischen und ethischen Fragen; die Veränderungen innerhalb der römisch-katholischen Kirche sind von größter Bedeutung für alle Christen; verschiedene Gruppen, darunter etwa einige der konservativ-evangelikalen, sind zu breiterer ökumenischer Zusammenarbeit bereit; „ein dynamischer, inoffizieller und etablistmentfeindlicher Ökumenismus“ sagt dem „offiziellen Ökumenismus“ den Kampf an und wirft ihm vor, häufig restriktiv und irrelevant zu sein. Die Neustrukturierung muß in Rechnung stellen, daß die kirchliche Situation heute in Fluß geraten ist und neue geistige und säkulare Bewegungen eine Herausforderung bedeuten, die die Stellung der Kirche in der modernen Gesellschaft radikal verändert hat.

Die Einbeziehung geistlicher Aspekte machen die folgenden Abschnitte deutlich:

II. DAS GEISTLICHE LEBEN DER KIRCHEN

12. Dem Strukturausschuß lagen mehrere Papiere über den geistlichen Stil im Leben und Wirken der Kirchen vor. Die Diskussion hat zweierlei geklärt. Erstens geht es bei dieser Frage um mehr als nur den geistlichen Stil im Leben des Ökumenischen Rates als einer Organisation oder eines Büros mit entsprechendem Mitarbeiterstab. Es geht auch um das Leben der Christen in den Mitgliedskirchen. Zweitens ist es nicht leicht, diese Frage auf Strukturebene zu lösen, weil es in den Kirchen eine Mannigfaltigkeit von geistlichen Stilen gibt und diese Frage an alle Aspekte des Lebens und der Mission der Kirche rührt.

13. Das Wort „Krise“ wird zwar oft mißbraucht, dennoch bleibt es eine Tatsache, daß wir in einer Zeit der geistlichen Krise leben und Zeugnis ablegen. Sie ist als Krise des Glaubens, des Sinnes menschlicher Existenz usw. bezeichnet worden. Dabei geht es nicht nur darum, der Verehrung Gottes den gebührenden Platz einzuräumen; es geht auch nicht nur einfach um die Formen dieses Gottesdienstes. An dieser Stelle können nur wenige Aspekte angesprochen werden. Es geht um den *Sinn* der unter dem Reich Gottes gelebten menschlichen Existenz in der Spannung zwischen Zeit und Ewigkeit oder zwischen Geschichte und Eschaton, zwischen Immanenz und Transzendenz, zwischen dem Erbe der Vergangenheit und der Kraft der Zukunft, zwischen den zwei Aufgaben des Menschen, die Welt zu gestalten und wahres Kind Gottes zu werden, das nach seinem Bild geschaffen ist. Diese Spannung wird besonders deutlich in dem schweren Ringen des Menschen, sein wahres und ewiges Menschsein in dem ständigen Streben nach einer Gesellschaft der Gerechtigkeit, des Friedens und der Menschlichkeit zu verwirklichen. Trügerisch vereinfacht gesagt, es geht um die Spannung zwischen Sein und Handeln.

14. Der Ökumenische Rat der Kirchen hat als Rat die Aufgabe, das geistliche Leben seiner Kirchen zu vermitteln und zu teilen: die Erkenntnisse, die sie als Ganzes und in ihrer Liturgie gewonnen haben, und das Wissen, das Gott durch den einzelnen Menschen insgesamt in den Dienst aller stellt. Diese Aufgabe erfordert mehr Phantasie und geistliche Kraft als dem Rat bisher gegeben war.

Der geistliche Stil des Ökumenischen Rates drückt sich aus in der Weise, wie wir gemeinsam Gottesdienst feiern und einander betrachten, wie wir in den Dialog mit anderen eintreten, wie wir einander helfen und den Bedürfnissen der Menschen dienen, wie wir gemeinsam planen und arbeiten, wie wir gemeinsam unsere vorgegebene Einheit durch Jüngerschaft, Dienst und Mission auszudrücken suchen. Deshalb kann das Anliegen des geistlichen Stils des Rates nicht nur von einem Glied dieses Leibes wahrgenommen werden. Der geistliche Stil zeigt sich in allen Vollversammlungen, Konferenzen, Räten, Ausschüssen und Programmeinheiten. Trotzdem empfiehlt der Strukturausschuß, daß Programmeinheit I und das Ökumenische Institut sich von Zeit zu Zeit prüfend mit diesem Anliegen beschäftigen, um dem Zentralausschuß einen entsprechenden Bericht vorzulegen. Eine solche Kritik könnte folgende Betrachtungen einschließen: Gottesdienst im Verhältnis zu ökumenischen Problemen, Auswertung liturgischer Experimente, neue und bedeutsame Weisen, das Wort Gottes zu verkündigen, Bereitstellung des erforderlichen

Materials für Andacht und Gebet; Ermutigung zum Dialog über die Qualität christlichen Lebens und moderner Geistlichkeit im sozialen und persönlichen Bereich. Nicht so sehr durch eine Beschreibung des Gottesdienstes als vielmehr den Gottesdienst selbst kann der Rat zur Bereicherung des Stils geistlichen Lebens beitragen. Das gilt für jeden seiner Arbeitsbereiche und findet in seinen Zielen und Aufgaben Ausdruck.

b) Vollversammlungen

Wichtig sind auch die Gedanken, die man sich über das grundsätzliche Verständnis der Vollversammlung gemacht hat:

III. DIE VOLLVERSAMMLUNG

Einleitung

15. Eine Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen ist immer ein komplexes Ereignis. Als umfassende Erfahrung der Gemeinschaft der Mitgliedskirchen und der ganzen ökumenischen Bewegung sollte sie eine Gelegenheit sein, bei der das Wesen der freudigen und zugleich schmerzlichen Gemeinschaft der Christen in Christus in dieser Welt erfahren und gefeiert wird. Sie entfaltet sich auf der Stufe, die die Kirchen in einem bestimmten Punkt ihrer Pilgerschaft von der Trennung zur Einheit, von Selbstbezogenheit zu Selbstaufgabe für Gott und die Nöte dieser Welt erreicht haben. Sie muß sichtbar machen, daß die Christen treu zu dem stehen, was Gott gegeben hat, und offen sind für das, was Gott geben will. Sodann muß sie die Freuden, Leiden, Hoffnungen und Ängste des ganzen Gottesvolkes ausdrücken. Und es besteht kein Zweifel, daß all dies gemeinsam im Geist getan werden muß.

16. Die Vollversammlung muß darum der Ort für eine Feier sein, die auch die Erledigung der Geschäfte des Ökumenischen Rates der Kirchen, Gottesdienst und Studium und das gemeinsame christliche Engagement einschließt. Aufgrund ihrer Zusammensetzung soll sie repräsentatives Gremium zum einen und Gelegenheit zur Teilnahme für größere Teile des Volkes Gottes zum anderen sein.

Grundprinzipien

17. Die Vollversammlung als oberstes legislatives Organ des Ökumenischen Rates der Kirchen. Die Vollversammlung ist das oberste repräsentative Gremium der Mitgliedskirchen, das an der Spitze des Ökumenischen Rates steht. Laut Verfassung und Satzungen des Ökumenischen Rates hat sie Wahlen durchzuführen und sonstige legislative Aufgaben wahrzunehmen. Nachdem den Delegierten Gelegenheit zur Überprüfung der Tätigkeit des Ökumenischen Rates (durch Hearings usw.) gegeben worden ist, hat die Vollversammlung Richtlinien für die Arbeit bis zur nächsten Vollversammlung zu bestimmen. Zu einzelnen Grundsatz- und Verwaltungsfragen sollte sie in der Regel keine Beschlüsse fassen, da Detailfragen sachgemäßer vom Zentralausschuß geregelt werden. Geschäftssitzungen über eine beschränkte Anzahl von Punkten sollten so geplant sein, daß die gesamte Vollversammlung nach gründlicher Vorbereitung daran teilnehmen kann. Spezifische Beschlüsse, die von der Vollversammlung zu fassen sind, sollten vom Zentralausschuß so vorbereitet werden, daß langwierige Diskussionen vermieden werden.

18. Die Vollversammlung als repräsentatives Organ. Aufgrund der legislativen Kompetenz der Vollversammlung sind ihre Beschlüsse von Delegierten zu fassen, die ordnungsgemäß von den Mitgliedskirchen gewählt werden. Durch die betreffenden Delegierten sollten die Mitgliedskirchen im weiteren Sinne ausreichend repräsentiert sein. Vorbereitung und Durchführung der Vollversammlung sowie der größere Rahmen, in dem sie stattfindet, müssen darum so konzipiert werden, daß sich jeder heimisch fühlt. Sodann gilt es, alle Traditionen, Wünsche und Kulturen zu berücksichtigen.

19. Die Vollversammlung als Stätte für Gottesdienst und Studium. Gottesdienst und Studium sollten nicht getrennt werden, ebenso wenig wie Geschäftliches und Gottesdienst. Der Gottesdienst sollte die eigentliche Mitte des Lebens der Vollversammlung sein. Darum geht es nicht an, daß der Gottesdienst einer Vollversammlung weitgehend aus konventionellen zeremoniellen Veranstaltungen oder aus Morgen- und Abendandachten bestehe, die dürftig besucht und von Nachzüglern gestört werden. Der Gottesdienst sollte als wesentlicher Bestandteil sämtlicher Aktivitäten verstanden und aus den vielfältigen lebendigen Quellen gespeist werden, durch die der Geist in der Kirche am Werke ist, mag es sich nun um alte, neue oder hervorstrebende Traditionen handeln.

20. Eng verknüpft mit dem Gottesdienst ist das erste große Studienprojekt einer Vollversammlung – die gemeinsame Bibelarbeit.

21. Wesentlich für die Arbeit einer Vollversammlung ist es auch, daß ein oder zwei zentrale Themen machtvoll formuliert den Delegierten zur Beurteilung und durch ihre Diskussion auch der christlichen Öffentlichkeit vorgelegt werden. Von großen heterogenen Gremien kann jedoch unmöglich erwartet werden, theologische Erklärungen zu erörtern und abzuändern. Es geht nicht an, die Reflexion von der Aktion und beide vom Gottesdienst zu trennen. Eine Vollversammlung ist darum nicht der Ort für eine eingehende Erörterung von Studiendokumenten.

22. Die Vollversammlung als Gelegenheit zum gemeinsamen christlichen Engagement. Eine Vollversammlung ist mehr als ein internes Ereignis im Leben des Ökumenischen Rates der Kirchen. Sie muß so vorbereitet und durchgeführt werden, daß durch spezifische gemeinsame Beschlüsse das Engagement der Mitgliedskirchen vertieft wird. Dieses Engagement ist die *missio Dei* in der Welt. Sie ist aber auch die vorwärtsblickende Verpflichtung der Kirchen aufeinander. Die Vollversammlung soll konservative Evangelikale, christliche Pionierbewegungen, um Frieden und Gerechtigkeit in der Welt und die Einheit der Kirche besorgte Christen wie auch die stärker traditionellen Elemente in den Kirchen für ihre Arbeit gewinnen. Sie muß Gelegenheit geben zur Auseinandersetzung zwischen jenen Christen, die den gegenwärtigen Anliegen der Kirchen normative Bedeutung beimessen, und jenen, die die Gegenwart nicht nach den christlichen Normen der Vergangenheit leben, sondern sich von den Kriterien leiten lassen, die ihres Erachtens die Gesetze der Zukunft sind. Die möglichst breite Teilnahme dieser Christen sollte ernsthaft gesucht werden, wobei der gesamte Prozeß als Mittel zu verstehen ist, das die ganze *Ökumene* noch fester im gemeinsamen christlichen Engagement zusammenschließt.

23. Die Vollversammlung als allgemeine Feier. Daß eine Vollversammlung als frohes Ereignis für das Volk Gottes verstanden und geplant wird, will nicht heißen, daß ihre Bedeutung als Arbeitsinstrument vermindert oder verlorengehe. Vielmehr soll sie auf diese Weise zu einer wahrhaft geistlichen Versammlung werden. Indem man das Geschäftliche entschlossen auf das Fundament der Kirche stellt, schafft man die besten Voraussetzungen für eine sachgerechte Erledigung derartiger Fragen. Das Fundament des kirchlichen Lebens ist der Dank für das Werk Gottes in Christus. Von daher können wir auch unsere Sünden und Verfehlungen bejahren und die Mittel zu ihrer Heilung annehmen. Auf dieser Ebene sollen wir uns führen lassen, um im rechten Augenblick zu reden und zu schweigen. Auf dieser Ebene werden wir fähig, eine weise Wahl zu treffen und mit Besonnenheit und Weitblick als Legislative zu handeln. Als Feier der Taten Gottes und Seiner Gnade sollte eine Vollversammlung in besonderen Akten für große Ereignisse im Leben der Kirchen – etwa Kirchenunionen oder den Dienst an den Notleidenden – danken und für ein ganz bestimmtes Versagen – einschließlich des Versagens im Bereich von Frieden und Gerechtigkeit – Buße tun. Im offiziellen Programm wie in den „Veranstaltungen am Rande“, die man, statt sie zu dulden, begrüßen sollte, müßte eine Vollversammlung Gelegenheit bieten, die mancherlei Gaben des Geistes, wie sie an verschiedenen Orten und auf verschiedene Weise vom Volk Gottes empfangen und gepflegt werden, heute in Gottesdienst, Verkündigung und Dienst zu erfahren.

24. Die Vollversammlung und die Teilnahme des Gottesvolkes. Als Ereignis im Leben der Kirchen, nicht nur der offiziellen Delegierten der Mitgliedskirchen, muß die Vollversammlung eine leistungsfähige Geschäftstagung wie auch eine Versammlung des Volkes Gottes sein, das seine Solidarität bezeugt und die Macht des lebendigen Christus mani-

festiert. Das „Besucherprogramm“ muß zu einem integralen Bestandteil künftiger Vollversammlungen werden. Die Vollversammlung muß den Delegierten klarmachen können, wen sie repräsentieren und für wen sie handeln. Es sollten möglichst viele Glieder des Volkes Gottes eingeladen werden, namentlich aus der nächsten Nachbarschaft. Alle, die ein leuchtendes Beispiel christlicher Phantasie und Einsatzbereitschaft darstellen, sollten eingeladen werden, um ihrerseits zur Feier des Mysteriums des Christseins in der Welt beizutragen. Um diesen Überzeugungen gerecht zu werden, muß die Vollversammlung so strukturiert sein, daß sie vorab für alle Teilnehmer zum Erlebnis der Gemeinschaft mit Gott im Gottesdienst und der Gemeinschaft mit anderen Männern und Frauen in der Freundschaft wird – wer immer sie auch sein mögen – ob offizielle Delegierte, Berater oder Angehörige des Stabs, ob jung oder alt – und welcher konfessionellen Tradition, Kultur oder Region sie auch angehören mögen. Daraus folgt, daß man sich zu einer Beschränkung des geschäftlichen Teils und einem langsameren Tagungsrythmus entschließen muß als in der Vergangenheit.

25. Die genannten Grundsätze stellen den Ökumenischen Rat der Kirchen und insbesondere den Stab vor schwierige Entscheidungen. Ausschlaggebend sind nicht „herkömmliche Verfahren“ und liebe Gewohnheiten, sondern eine Form der Vollversammlung, die die Kirchen und der Ökumenische Rat der Kirchen brauchen. Es gilt klar zu entscheiden, daß einige der Programme nicht oder nur am Rande des Vollversammlungsprogramms behandelt werden können. Wenn erforderlich, muß man bereit sein, manche Anliegen so darzustellen, daß sie in der Kirche als ganzer ein brennendes Interesse erregen, nicht so, wie sie in den Diskussionen des Ökumenischen Rates gesehen wurden. Eine so gestaltete Vollversammlung wird mehr denn je vom Ökumenischen Rat verlangen, daß er sich als Diener der ganzen ökumenischen Bewegung versteht.

Die Vorbereitung der Vollversammlung

26. Jede Vollversammlung beginnt mit der Vorbereitung der nächsten, indem sie eigene konstruktive Beschlüsse faßt und die Kirchen dazu Stellung nehmen. Andererseits wird der Charakter einer Vollversammlung auch wesentlich durch Ereignisse und Fragen bestimmt, die zum Zeitpunkt der vorigen Vollversammlung nicht vorauszusehen waren. Ein bestimmtes Vollversammlungsschema kann es darum nicht geben, und die Bestimmung des Charakters einer Vollversammlung setzt einen breitangelegten Reflexionsprozeß voraus.

27. Es muß früh genug entschieden werden, welche Form für die nächste Vollversammlung angemessen ist, damit die Entscheidung darüber, welche Punkte aufzunehmen und welche auszuschließen sind, gemeinsam gefaßt wird – nicht nur von Ausschüssen des Ökumenischen Rates der Kirchen, sondern auch von Mitgliedskirchen, regionalen und nationalen Christenräten, konfessionellen Weltbünden, Nichtmitgliedskirchen und jenen, die auf die Einheit, Mission und Erneuerung der Kirche verpflichtet sind, jedoch auf die eine oder andere Weise Kritik und Mißfallen am Ökumenischen Rat der Kirchen äußern.

28. Die gemeinsame Planung einer Vollversammlung setzt zumindest voraus,

a) daß der Ökumenische Rat über die Verschickung förmlicher Einladungen hinaus wirk-same Vorsorge trifft, damit die Meinungen der Kirchen und sonstiger oben angegebener Gemeinen berücksichtigt werden, und daß der Zentralausschuß bei der Bestimmung der Haupt-themen der Vollversammlung sorgfältig prüft, was in dieser Beziehung gesagt wird;

b) daß die Kirchen bei der Festsetzung ihrer eigenen Prioritäten die von der Vollversammlungs beschlossenen ernst nehmen;

c) daß Mittel und Wege gefunden werden, damit sich die Kirchen verpflichten, zu Beschlüssen, die die Vollversammlung nach verantwortlicher gemeinsamer Vorbereitung gefaßt hat, nach der Vollversammlung Stellung zu nehmen.

29. Der Zentralausschuß muß kurz nach einer Vollversammlung beschließen, auf welche Tätigkeitsgebiete vor allem sich der Ökumenische Rat konzentrieren soll, welche Aktivitäten auf dem jeweils erreichten Stand weitergeführt und welche eingestellt werden sollen. Er hat ferner dafür Sorge zu tragen, daß neue, zu einem früheren Zeitpunkt unvorherge-

sehene Aufgaben gebührend berücksichtigt werden. Die großen weiterführenden Aufgaben ergeben sich höchstwahrscheinlich spontan aus der Entwicklung in der Welt und im Leben der Kirchen und Christenräte. Die Hauptthemen einer Vollversammlung sollten darum nicht früher als zwei Jahre vor dem geplanten Termin endgültig festgelegt und eher auf die Erfordernisse der Zeit und wirklich diskussionsreife Fragen abgestellt sein als auf frühere Hoffnungen und Pläne.

30. Die Hauptthemen, von denen einer Vollversammlung höchstens zwei vorzulegen sind, sollten zuvor in wirklich repräsentativen Gremien eingehend durchgesprochen worden sein. In einigen Fällen kann eine Konferenz oder Konsultation, die nicht zwangsläufig unter der Schirmherrschaft des Ökumenischen Rates der Kirchen stattfinden muß, ein Dokument ausarbeiten. In anderen könnten Ausschußdiskussionen zur Erstellung eines Fragebogens für Mitgliedskirchen und andere Interessenten führen.

31. Es wird nicht leicht sein, die genannten Grundsätze zu beachten. Phantasie und Beharrlichkeit werden nötig sein, um in Kirchen, Christenräten und Bewegungen die rechten Menschen zu finden und für eine aktive Mitarbeit zu gewinnen. Viel Selbstdisziplin ist nötig, um die Flut der Dokumente, die in Genf erstellt werden, einzudämmen. Vor allem aber braucht es einen klaren Blick, um die richtigen Kriterien für die Wahl der Hauptthemen zu erkennen und in der Praxis zu befolgen.

32. Es sollte sorgfältig geprüft werden, welcher Ort sich am besten für eine Vollversammlung eignet. Je nach der Situation am Ort muß das Vollversammlungsmodell gegebenenfalls abgeändert werden, damit die Ortsgemeinden wirklich und in vollem Maße teilnehmen können.

c) Programmeinheiten

Mögen in diesem Zusammenhang die einzelnen Organisationsvorschläge für die Vollversammlung, die leitenden Gremien und den Genfer Stab auch nicht interessieren, so soll doch ein kurzer Überblick über die Grundstrukturen gegeben werden, in denen sich die Arbeit des ÖRK seit Beginn des Jahres 1972 vollzieht. Zur Einführung der seither bestehenden drei Programmeinheiten „Glaube und Zeugnis“, „Gerechtigkeit und Dienst“ und „Bildung und Kommunikation“ haben den Berichtsausschuß folgende Überlegungen veranlaßt:

DIE GROSSEN PROGRAMMEINHEITEN

Einleitung

54. Die Empfehlungen, die an dieser Stelle ausgesprochen werden, streben nicht nur eine Vereinfachung der Verwaltungsstruktur durch die Einrichtung von drei Programmeinheiten an, sondern tragen darüber hinaus der Tatsache Rechnung, daß die Arbeit des Ökumenischen Rates eine ist und Vorsorge getroffen werden muß für Koordination, Kooperation und Interpretation bei Fragenkreisen, die offensichtlich mehr als eine Programmeinheit betreffen.

55. Der Strukturausschuß ist der Meinung, daß folgende Vorschläge die praktischen Entscheidungen auf dem Weg zu einer neuen Struktur orientieren können:

a) Die neue Struktur sollte das in der Verfassung festgelegte Ziel des Ökumenischen Rates, eine Gemeinschaft von Kirchen zu sein, „die gemeinsam zu erfüllen trachten, wozu sie berufen sind, zur Ehre Gottes, des Vaters, des Sohnes und des Heiligen Geistes“, wirksam fördern. Sie sollte die Funktionen des Ökumenischen Rates deutlich herausstellen: Erleichterung des gemeinsamen Handelns der Kirchen, Förderung des Zusammenwirkens in der Studienarbeit, Förderung des Wachstums des ökumenischen und missionarischen Bewußtseins bei den Gliedern aller Kirchen, Unterstützung der Kirchen in ihrer weltweiten und evangelistischen Aufgabe, Förderung der Beziehung zu nationalen und regionalen Christenräten, konfessionellen Weltbünden und anderen ökumenischen Organisationen.

b) die neue Struktur muß die Flexibilität und den Handlungsspielraum des ÖRK-Stabs erheblich vergrößern. Jüngste Erfahrungen haben gezeigt, daß es vor allem mehr als bisher möglich sein muß, Gruppen des Stabs auf begrenzte Zeit für ein bestimmtes Projekt freizustellen. Teamarbeit bedeutet so verstanden nicht ein Weniger an Spezialisierung, sondern ein Mehr an Kooperation zwischen den jeweiligen Fachleuten und jenen, die mit programm- und verwaltungstechnischen Aufgaben betraut sind. Sinnvoll scheinen eine Neustruktur, größere Einheiten, deren Aufgabenstellung umfassender ist, die gleichzeitig aber einen bestimmten Komplex relevanter Fragen intensiv und gezielt bearbeiten.

c) Die neue Struktur muß die alte Trennung von Reflexion und Aktion aufheben. Es kann nicht darum gehen, die Bedeutung der Reflexion zu schmälern; ihre Dezentralisierung innerhalb des Rates wäre indessen außerordentlich wünschenswert. Sie muß in die Arbeit, die primär auf die „Aktion“, auf den Dienst ausgerichtet ist, hineingenommen werden. In einer Zeit raschen und tiefgreifenden Wandels wird dies von besonderer Wichtigkeit.

d) Die neue Struktur muß das historische Paradoxon des Ökumenischen Rates wahren, der Rat der Kirchen zum einen, dynamische „Pionierbewegung“ zum anderen ist. Immer mehr Christen werden den kirchlichen Strukturen entfremdet; will man das Interesse der Menschen nicht verlieren, so müssen die Strukturen die Partizipation einer möglichst breiten Vielfalt von Gruppierungen der Mitgliedschaft ermöglichen. Die neue Struktur muß Jugend, Frauen und andere Gruppen in hohem Maß an der Führung beteiligen. Schließlich muß sie weiterhin für den Dialog mit nichtchristlichen Gruppen offenstehen.

e) Wesentliches Element neuer und dynamischer Strukturen ist der geeignete Mechanismus zur Determinierung von Programmschwerpunkten. Die Leitung und Durchführung von ÖRK-Programmen sollte sich deshalb vornehmlich an zwei Grundsätzen orientieren: das Gesamtprogramm aller Einheiten muß innerhalb der verschiedenen Einheiten stärker reflektiert werden; Stab, Experten-Ausschüsse, Zentral- und Exekutivausschuß müssen systematischer an der Initiierung und Entwicklung von Programmen verantwortlich teilhaben.

56. Oft ist gesagt worden, der Ökumenische Rat sei weniger eine Organisation als ein Organismus. Das Bestreben, eine Vielfalt von Impulsen aufzugreifen sowie den konkreten Bedürfnissen des Menschen zu begegnen, haben ihn in seiner gegenwärtigen Gestalt hervorgebracht. Seine zahlreichen und vielfältigen Aufgaben haben sich alle auf der Grundlage der Basis und gemäß den erklärten Zielen und Aufgaben, eine Gemeinschaft von Kirchen zu sein, die gemeinsam Zeugnis ablegt für den Herrn in Einheit, Mission, Dienst und christlicher Erziehung, entwickelt.

57. Gewiß gibt es mehr als nur eine Möglichkeit, die Arbeit im Blick auf die Durchführung dieser Aufgaben zu strukturieren. Nach langem Untersuchen und Diskutieren, vielen praktischen Versuchen und vielen Irrtümern hat der Strukturausschuß sich für die Empfehlung des nachfolgenden Modells entschieden, das er für funktionsfähig und gleichzeitig sowohl kreativ wie auch effizient hält; das sowohl den Reichtum unseres heterogenen Erbes als auch die Bedürfnisse der verschiedenen Mitgliedskirchen angemessen in Rechnung stellt; das dabei künftigen Erfordernissen offen und aufgeschlossen zu begegnen vermag.

58. Jedes Zeitalter entwickelt eigene Organisationsformen gemäß seinen Erkenntnissen und Bedürfnissen. Heute scheint es darauf anzukommen, die Bedürfnisse des einzelnen mit den Zielsetzungen der Gemeinschaft zu verbinden; heute sind entscheidend die Verteilung der Macht und der Machtbefugnisse, die Anpassungsfähigkeit an beständig wechselnde Verhältnisse, die Organisation, mehr denn die Elimination von Spannungen, um deren spaltende Kraft schöpferisch zu nutzen; ferner die Bereitstellung von Mitteln zur permanenten Selbsterneuerung, zur Besinnung auf die Motivation inmitten des Engagement, zur Kontinuität und Ausdauer.

59. Der Ausschuß sucht nicht so sehr eine festgefügte, unverzüglich zu verwirklichende Struktur zu schaffen, als vielmehr einen Prozeß einzuleiten, in dem der Wandel sich allmählich vollzieht. Der Grund liegt auf der Hand: Der Ökumenische Rat dient einer Bewegung, permanenter Wandel und Anpassungsfähigkeit sind für ihn daher Notwendigkeit; die historisch gewachsenen Anliegen des Rates können weder aufgegeben noch unverändert weitergeführt werden. Die Ausschüsse und der Stab der Programme, die erst in jüngster

Vergangenheit eingerichtet wurden, benötigen Zeit, um zu erkennen, wieviel Zusammenarbeit erforderlich ist und wo ein stärker auf Individualität ausgerichtetes Arbeiten zur Erfüllung ihrer Aufgaben geboten scheint. Vor allem wird es viel Zeit erfordern, festzustellen, wo und in welcher Beziehung die vorgeschlagene Struktur korrigiert werden muß.

60. Andererseits soll die Einheit der neuen Programmeinheiten nach einer gewissen Zeitspanne Wirklichkeit werden und sich in der Arbeit des Stabs und der Leitung der Ausschüsse sowie bei der Definierung von Politik und Prioritäten niederschlagen. Die historisch gewachsenen Anliegen müssen gewahrt und weitergeführt werden. Eine gewisse Beschränkung wird sich zwangsläufig daraus ergeben, daß ein Teil der finanziellen Mittel zweckgebunden eingesetzt wird. Die wachsende Einheit der drei Programmeinheiten jedoch wird von entscheidender Bedeutung sein für die verstärkte Vereinfachung der Verwaltung und größere Flexibilität bei der Harmonisierung von Prioritäten und Schwerpunkten.

61. Koordination und Vereinfachung bestimmten deshalb das Vorgehen des Ausschusses. Zunächst wurde beraten, welche strukturellen Veränderungen innerhalb des Ökumenischen Rates vorgenommen werden mußten, um den Kirchen in dieser Zeit zu dienen. Ergebnis war der Vorschlag zur Vereinfachung der Verwaltungsstruktur durch die Zusammenfassung der bestehenden Abteilungen und Referate in größere Programmeinheiten. Im Verlauf der Diskussion wurde der Ausschuß sich indessen immer stärker bewußt, daß das Verhältnis zwischen den Programmeinheiten des Rates zumindest ebenso wichtig ist wie die eigentliche Aufgliederung in Programmeinheiten.

62. Der Strukturausschuß empfiehlt nicht nur eine Neuordnung im herkömmlichen Aufgabenbereich; vielmehr sind die verschiedenen Aufgaben bewußt in einem kreativen Spannungsverhältnis zueinander geplant. Gleichzeitig wurde Vorsorge getroffen für Koordination, gegenseitige Unterstützung und Korrektur zwischen den jeweiligen Elementen. Alle drei Programmeinheiten sind Ausdruck von *Einheit und Erneuerung, Glauben und Zeugnis, Gerechtigkeit und Dienst, Bildung und Kommunikation*.

63. Die Abteilungen, die seit 1954 die Struktur des Rates ausmachen, sind also zugunsten von Programmeinheiten aufgelöst, die aus einer neuen Konzeption heraus entstanden. Innerhalb von drei Programmeinheiten werden die verschiedenen spezifischen Aufgaben des Rates wahrgenommen, und zwar nicht im Rahmen von Referaten, sondern flexibleren Untereinheiten. Letztere sollen keine dauerhaften Einrichtungen sein, sie können den Erfordernissen gemäß modifiziert werden. Die interne Arbeit der drei Programmeinheiten ist nicht identisch. Programmeinheiten und ihre Untereinheiten besitzen eine Identität, ohne jedoch autonom zu sein.

64. Der Stab der Programmeinheiten arbeitet nach dem Kollegialitätsprinzip. Entsprechend wird die Arbeit der Untereinheiten bzw. Arbeitsgruppen durch die Hauptmitarbeiter in kollegialer Weise koordiniert.

65. Die Mitglieder der Ausschüsse der Programmeinheiten setzen sich teilweise aus Mitgliedern des Zentralausschusses, teilweise aus Mitgliedern der Mitgliedskirchen zusammen, die für die spezifischen Aufgaben besonders qualifiziert sind. Im Auftrag des Zentralausschusses sind diese Ausschüsse der Einheiten für die allgemeine Politik und den Haushaltsvoranschlag verantwortlich. Dem Ausschuß der Einheit unterstellt sind Arbeitsgruppen jeder Untereinheit, die, wie nachfolgend unter den Vorschlägen für die Einheiten aufgeführt, gebildet werden.

66. Die Programmeinheiten sind auf verschiedene Weise horizontal gegliedert. Verantwortlich dafür sind der Zentralausschuß – wo Grundsatzfragen angesprochen werden, der Generalsekretär – was den verwaltungstechnischen Aspekt betrifft. Der Generalsekretär wird von der Gruppe Leitender Mitarbeiter und den jeweils von ihr *ad hoc* gebildeten Koordinierungsgruppen beraten.

Die sich aus dieser Umstrukturierung ergebenden Änderungen der Verfassung und der Satzungen des ÖRK wurden in Utrecht angenommen, bedürfen jedoch der Bestätigung durch die Vollversammlung 1975. Wichtig ist dabei vor allem die Neuformulierung der Aufgabenbeschreibung unter III,1 der Verfassung

des ÖRK, die auf einen Vorschlag von „Glauben und Kirchenverfassung“ zurückgeht; „die Kirchen aufzurufen zu dem Ziel der sichtbaren Einheit in einem Glauben und einer eucharistischen Gemeinschaft, die ihren Ausdruck im Gottesdienst und im gemeinsamen Leben in Christus findet, und auf diese Einheit zuzugehen, damit die Welt glaube“.

Hierin kommt das vertiefte Verständnis der theologischen Zielsetzung des ÖRK zum Ausdruck.

2. Antirassismus-Programm

Die Vollversammlung von Uppsala hatte schon ein „Studien- und Aktionsprogramm“ zur „Beseitigung des Rassismus“ in Auftrag gegeben (vgl. „Bericht aus Uppsala 68“, S. 253f.). Bereits vom 19. bis 24. Mai 1969 trat in London eine vom ÖRK einberufene Konsultation zusammen, die gerade kritischen, nicht-christlichen Stimmen bewußt Raum gab. Die Ergebnisse liegen in dem sogenannten Notting-Hill-Report vor (vgl. zum Folgenden: Klaus-Martin Beckmann, „Rasse, Entwicklung und Revolution“, Beiheft zur Ökumenischen Rundschau 14/15, 4. Aufl., Stuttgart 1971). Die zusammenfassende Erklärung lautet:

ERKLÄRUNG DER TAGUNG

Die Tagung des ÖRK über den Rassismus, die vom 19. bis 24. Mai in London stattfand, war das Ergebnis einer Empfehlung der IV. Vollversammlung des ÖRK im Juli letzten Jahres in Uppsala in Schweden. Die Tagung zeigte eindeutig, daß die Kirche und Welt voll des heimtückischen und widerlichen institutionellen Rassismus sind, was zu einer wachsenden Polarisierung führt und die Drohung in sich birgt, daß aus dem Machtkampf zwischen Weißen und Farbigen ein gewalttätiger Konflikt wird. Mehr als je zuvor war die Tagung selbst der Ansteckungskraft von Stereotypen, Paternalismus und schließlich der Haltung einer rassistischen Überlegenheit ausgesetzt, die sich über Jahrhunderte entwickelt hatten. Und die Kirchen sind ein Spiegel der Welt.

Die Identifizierung der Kirchen mit dem *Status quo* bedeutet heute wie früher, daß sie letzten Endes ein Teil des Rassismus-Problems geblieben sind und nicht ein Instrument zu seiner Beseitigung sind.

Wenn die Kirchen in diesen kritischen Zeiten irgendeine Bedeutung haben sollen, so ist es für sie unbedingt erforderlich, ihre Aufmerksamkeit nicht länger auf Einzelaktionen von einzelnen Christen im Kampf gegen den Rassismus zu konzentrieren. Für die Mehrheit der Christen ist die Kirche eine Gemeinschaft, eine Gruppe – vielleicht sogar eine Bewegung –, und deshalb müssen die Fragen des Rassismus auch von der ganzen Gruppe angegangen werden. Ein individuelles Engagement ist lobenswert, aber nicht ausreichend.

Die Beispiele des Rassismus weisen eine Universalität auf, die erschreckend ist. Die UNESCO stellte fest, daß sogar in einzelnen Ländern, in denen Gesetze gegen den Rassismus bestehen, durch die Konzentration von Macht, Wohlstand und Status in den Händen einer einzigen Rasse eine De-facto-Diskriminierung gefördert wird³¹. Die Situation ist tragisch, wenn sich Rassismus bei wohlmeinenden, aber unkritischen Personen manifestiert, und gefährlich, wenn Rassismus von Institutionen praktiziert wird.

Im Verlauf der einwöchigen Untersuchung und der Dialoge stellte sich heraus, daß der Rassismus weitgehend ein Auswuchs des Machtkampfs ist, der alle Menschen in Mittei-

31. Vgl. Erklärung über die Rasse und die Rassenvorurteile, UNESCO 1967, deutscher Text in: „Verspielter Friede?“ Die Menschheit vor der Rassenfrage, hg. von K.-M. Beckmann, Wuppertal 1969, S. 52–58 (Anm. des Hg.).

denschaft zieht. Rassistische Ideologien und Rassenpropaganda werden entwickelt und verbreitet als Instrumente in wirtschaftlichen, politischen und militärischen Machtkämpfen. Wenn sie einmal entwickelt sind, haben sie ihr Eigenleben und schaffen sich einen Platz in den Traditionen und Kulturen eines Volkes, wenn nicht ständig durchgreifende Bemühungen gemacht werden, sie auszutreiben. Im UNESCO-Bericht wurde das Problem gut dokumentiert.

Als zweite Tatsache stellte sich heraus, daß die Kirche die Waffen, die sie in der Hand hat, nicht benutzt, um den Rassismus selbst zu beseitigen – nicht einmal in ihren eigenen Institutionen. Die Kirche hat aber die Aufgabe der Versöhnung. Und wenn sie diese Aufgabe ernst nimmt, muß sie den Rassismus entschieden bekämpfen – sowohl in seinen Anfängen als auch in seinen Symptomen. Deshalb muß die Kirche bereit sein, nicht nur eine Einrichtung der Liebe zu sein, sondern eine Einrichtung der Tat, und durch ihre Einwirkung auf die Gesellschaft dazu beitragen, ein neues Machtgleichgewicht zu schaffen, in dem der Rassismus machtlos wird. Die Kirche muß verstehen lernen, daß in unserer institutionalisierten Welt das, was der Liebe am nächsten kommt, die Gerechtigkeit ist.

In diesem Sinne fordert die Tagung den ÖRK auf, folgende Maßnahmen zu ergreifen:

1. Der ÖRK und seine Mitgliedskirchen sollen damit beginnen, wirtschaftliche Sanktionen gegen Körperschaften und Institutionen zu ergreifen, die offenkundig Rassismus praktizieren.
 2. Der ÖRK und seine Mitgliedskirchen sollen alle verfügbaren Mittel anwenden, um auf Regierungen einzuwirken, damit diese ähnliche wirtschaftliche Sanktionen zur Förderung der Gerechtigkeit ergreifen.
 3. Der ÖRK und seine Mitgliedskirchen sollen nachdrücklich das Prinzip der „Reparationen“ an ausgebeuteten Völkern und Ländern unterstützen und ermutigen (wobei die eigene Beteiligung der Kirchen an derartiger Ausbeutung – und somit auch die Reparationen anerkannt werden), um eine günstigere Verteilung der wirtschaftlichen Macht in der Welt zu erzielen.
 4. Der ÖRK sollte eine Stelle einsetzen, die ausreichende Mittel im Kampf um die Beseitigung des Rassismus zur Verfügung haben soll.
 5. Unter den Mitgliedskirchen soll der UNESCO-Bericht verteilt werden als Mittel, das den Christen klar macht, warum die Kirche und kirchengebundene Einrichtungen am Kampf gegen den Rassismus auf dem Gebiet der Macht teilnehmen müssen.
 6. Der ÖRK soll – mit der Initiative der umorganisierten Kommission der Kirchen für Internationale Angelegenheiten – als Koordinationszentrum dienen für die Durchführung vielfältiger Maßnahmen im Kampf der Kirchen gegen den Rassismus in Südafrika.
- Wenn alle anderen Versuche fehlschlagen, sollen der ÖRK und die Kirchen Widerstandsbewegungen, einschließlich Revolutionen, unterstützen, die das Ziel verfolgen, politische und wirtschaftliche Tyrannei, die den Rassismus erst ermöglicht, zu stürzen.

Der Zentralausschuß des ÖRK machte sich freilich auf seiner Sitzung in Canterbury den letzten Satz dieser Erklärung betont nicht zu eigen. Das dort für fünf Jahre beschlossene „ökumenische Programm zur Bekämpfung des Rassismus“, mit dessen Durchführung der Holländer Dr. Baldwin Sjollega betraut wurde, ist wie folgt umrissen:

PLAN EINES ÖKUMENISCHEN PROGRAMMS ZUR BEKÄMPFUNG DES RASSISMUS³²

*I. Internationale Studententagung über Rassismus, Notting Hill, London
19. bis 24. Mai 1969*

1. In ihren offiziellen Verlautbarungen hat die 1968 in Uppsala zusammengetretene Vollversammlung des ÖRK die Kirchen nachdrücklich aufgefordert, einen entschlossenen Feldzug gegen den Rassismus zu führen und die Christen aufzurufen, den Rassismus in allen Formen zu bekämpfen, wo immer er auftritt. Der Zentralausschuß, der im Anschluß an die Vollversammlung zusammentrat, beauftragte den Stab, „sich ernsthaft Gedanken darüber (zu machen), wie ein solches Programm (zur Bekämpfung des Rassismus) durchgeführt werden kann“.

2. Der erste Schritt zur Erfüllung dieses Auftrags wurde mit der Einberufung einer internationalen Studententagung über Rassismus getan, die vom 19. bis 24. Mai dieses Jahres in London (Vereinigtes Königreich) stattfand. Die Studententagung sollte den ÖRK bei der Erarbeitung eines ökumenischen Aufklärungs- und Aktionsprogramms zur Bekämpfung des Rassismus beraten. Dr. George McGovern, methodistischer Laie und US-Senator, führte den Vorsitz. Dr. Eugene Carson Blake fungierte als Berichterstatter.

3. Die Tagung hatte es sich zur Aufgabe gemacht, Wesen, Ursachen und Folgen des Rassismus vor dem Hintergrund bestehender Konfliktsituationen zu untersuchen, Mittel und Wege zur Bekämpfung des Rassismus aufzuzeigen sowie nach Möglichkeiten eines neuen christlichen Zeugnisses auf diesem Gebiet zu fragen. Da der Exekutivausschuß des ÖRK anläßlich seiner Tagung im Januar 1969 die Studententagung angewiesen hatte, vorrangig „die Probleme des weißen Rassismus“ zu behandeln, ohne indes auf die „Untersuchung der verschiedenen Spielarten des Gegen-Rassismus und sonstiger Formen des Rassismus“ zu verzichten, lag der Akzent des Tagungsprogramms auf dem weißen Rassismus.

4. An der Studententagung nahmen vierzig führende christliche Persönlichkeiten – Laien und Theologen – teil, die an den Problemen des Rassenkonflikts interessiert und in der einen oder anderen Weise durch sie betroffen sind, sowie 25 Berater. Planung und Vorbereitung der Studententagung lagen in den Händen des Koordinierungsausschusses des Stabes für Rassenfragen und seines Vorsitzenden, Dr. E. C. Blake, Frau Karefa-Smart, Dr. Baldwin Sjollema und Pfr. David Gill zeichneten für die Durchführung verantwortlich.

32. Endgültiger Text in der am 21. August 1969 vom Zentralausschuß in Canterbury gebilligten Fassung. Vgl. Materialdienst Nr. 24 der Ökumenischen Centrale, Frankfurt 1969.

Im Bericht der 1968 zusammengetretenen Vollversammlung des Ökumenischen Rates wird Rassismus folgendermaßen definiert:

„Mit *Rassismus* meinen wir den ethnozentrischen Stolz auf die eigene rassische Gruppe, Bevorzugung der besonderen Wesensmerkmale dieser Gruppe, die Überzeugung, daß diese Merkmale grundsätzlicher biologischer Art sind und den nachfolgenden Generationen weitergegeben werden, negative Empfindungen gegenüber anderen Gruppen, die nicht an den eigenen Merkmalen teilhaben, verbunden mit dem Drang, die andersrassische Gruppe zu diskriminieren und von der vollen Teilhabe am Leben der Gemeinschaft auszuschließen.“ (Bericht aus Uppsala 68, S. 253). Ein Sachverständigenausschuß der UNESCO gibt folgende Definition: „(*Der Rassismus*) manifestiert sich in asozialen Einstellungen und Handlungen, die auf der irrigen Überzeugung beruhen, diskriminierende Beziehungen zwischen den Gruppen seien biologisch zu rechtfertigen ... Der Rassismus beruft sich fälschlicherweise darauf, daß es eine wissenschaftliche Grundlage für die hierarchische Gliederung der Gruppen nach psychologischen und kulturellen Merkmalen gebe, die unveränderlich und angeboren sind. Auf diese Weise sucht er bestehende Unterschiede als unverletzbar hinzustellen, um die gegenwärtigen Beziehungen zwischen den Gruppen aufrechtzuerhalten.“ (Statement on Race and Racial Prejudice, UNESCO, Paris 26. September 1967. Freie Übersetzung aus dem Englischen. – Anm. d. Übers.)

II. Empfehlung für ein ökumenisches Programm zur Bekämpfung des Rassismus

1. Von Anfang an hat der ÖRK den Rassismus konsequent als Sünde angeprangert. Das Problem ist uns also nicht neu. Aber heute stellt es sich erneut mit bestürzender Dringlichkeit. Zwar hat der ÖRK in der Vergangenheit auf diesem Gebiet bahnbrechend gewirkt, doch hat er es mit all seinen Studien und Erklärungen bislang nicht vermocht, das Problem entsprechend bewußt zu machen, noch ist es ihm gelungen, wirksame Maßnahmen auszulösen. Andererseits haben Studium und Dialog in letzter Zeit bisher unbekannte Dimensionen eröffnet und das Problem erstmals in seiner ganzen Tragweite erkennen lassen. Je intensiver der Kampf gegen den Rassismus wird, desto stärker sind die Kirchen aufgerufen, zu einem tieferen Problemverständnis vorzustoßen, sich neu zu engagieren und beträchtlichen Wiedergutmachungsforderungen nachzukommen.

2. In ihrer Empfehlung an den ÖRK und dessen Mitgliedskirchen hat die Studientagung Richtlinien für ein ökumenisches Programm zur Bekämpfung des Rassismus aufgestellt. Wichtiger als alle Empfehlungen ist jedoch die Tatsache, daß die Tagung für ein neues, rückhaltloses Engagement der Kirchen – und insbesondere des Ökumenischen Rates der Kirchen – eingetreten ist, damit sie in dieser großen, sich zuspitzenden Krise unserer Zeit ein sittlich überzeugendes Beispiel geben.

Um dieses Engagement im Leben des Ökumenischen Rates der Kirchen wirksam werden zu lassen, wird die Annahme folgender Erklärung empfohlen:

A. Ziel und Zweck des neuen ökumenischen Programms zur Bekämpfung des Rassismus

1. Der Rassismus ist kein unabänderlicher Wesenszug des Menschen. Ebenso wie die Sklaverei und andere gesellschaftliche Manifestationen menschlicher Sünde kann und muß er bekämpft werden. Vom Evangelium, von seinen Grundsätzen und Methoden her müssen sich die Christen in diesem Kampf engagieren und dabei, wo immer möglich, mit allen Menschen, die guten Willens sind, zusammengehen.

2. Der Rassismus ist heute nicht auf bestimmte Länder oder Kontinente beschränkt. Er ist ein Weltproblem. Der weiße Rassismus ist nicht seine einzige Spielart. In manchen Teilen der Welt, beispielsweise in Asien und Afrika, werfen zur Zeit bekanntlich andere Formen des Rassismus und Ethnozentrismus die größten Probleme auf. Den gängigen Formen des Antisemitismus und der Diskriminierung der niederen Kasten in Indien liegt ein stark rassistisches Element zugrunde.

3. Weil sich aber nach 400 Jahren geschichtlichen und wirtschaftlichen Fortschritts Macht und Reichtum in den Händen der weißen Völker des Westens konzentrieren, stehen in den verschiedenen Teilen der Welt gerade die mannigfachen Erscheinungsformen, unter denen der weiße Rassismus auftritt, im Brennpunkt des Interesses. Auf allen Kontinenten leiden Menschen verschiedener Hautfarbe unter diesem Rassismus. Betroffen sind z. B. die Ureinwohner Australiens, die Maori in Neuseeland, die schwarzen Mehrheiten in Südafrika, die Indianer, die Afroamerikaner und Hispanoamerikaner in den USA, die Indianer und Eskimos in Kanada, die Indios in verschiedenen lateinamerikanischen Ländern, die farbigen Einwanderer und Studenten im Vereinigten Königreich und in Kontinentaleuropa. (Diese Liste ist keineswegs vollständig.)

4. Es gab eine Zeit, da war der „Kolonialismus“ das eigentliche Kennzeichen des weißen Rassismus, und noch heute leiden manche Gebiete an ihm. Während zahlreiche ehemalige Kolonialvölker die Unabhängigkeit erlangt haben, leiden jene Gebiete weiter unter den Folgen des „Kolonialismus“, und dazu gehören auch die Machtkämpfe zwischen Staaten und Stämmen.

5. Fünftens stellen wir fest, daß der Kampf gegen alle Formen des Rassismus nicht vom Kampf um Weltgemeinschaft und somit auch um Weltentwicklung zu trennen ist.

B. Begründung eines ökumenischen Programms zur Bekämpfung des Rassismus

1. Die wachsenden Spannungen und Konflikte zwischen den Rassen verlangen nach Taten: die Zeit drängt. Die Verbreitung, Hartnäckigkeit und Bosheit des Rassismus hat viele Christen

aufgerüttelt; doch die augenscheinliche Ohnmacht der Kirchen, Versöhnung zu stiften, hat manche andere gelähmt. Und viele haben gar resigniert.

2. Wir müssen betroffen erkennen, daß die Bedrohung durch den Rassismus – ungeachtet des Kampfes, den Kirchen, Missionsgesellschaften und Kirchenräte unter oft heroischem, persönlichem Einsatz gegen ihn geführt haben – heute größer ist als je zuvor. Wir müssen weiter betroffen bekennen, daß sich Kirchen an der Rassendiskriminierung beteiligt haben. Viele religiöse Institutionen in der weißen, nördlichen Hemisphäre haben von rassenausbeuterischen Wirtschaftssystemen profitiert. Viele Kirchenglieder merken nichts vom Rassismus und sind sich auch nicht bewußt, daß ihre kirchlichen und sonstigen Einrichtungen zur Konsolidierung des Rassismus beitragen. Weil den Christen Informationen über den institutionalisierten Rassismus und die Möglichkeiten fehlen, differenzierte Strategien zur Sicherung der Gleichberechtigung der Rassen zu entwickeln, machen sie häufig nur unbedeutende und zaghafte Versuche, die Beziehungen zwischen den Rassen zu verbessern. Sie tun zu wenig, und das Wenige zu spät.

3. Unserer ökumenischen Gemeinschaft gehören Kirchen aus allen Teilen der Welt an; einige von ihnen haben von den rassenausbeuterischen Wirtschaftssystemen profitiert, andere haben darunter gelitten. Es bedarf eines ökumenischen Solidaritätsbeweises, der dazu beitragen kann, der Verschlechterung der Beziehungen zwischen den Rassen Einhalt zu gebieten. Wenn dieses Ziel erreicht werden soll, müssen wir uns unsere Aktion etwas kosten lassen; sie muß konstruktiv, sichtbar und beispielhaft sein.

4. Von einigen Gruppen in den Vereinigten Staaten und auf der ÖRK-Studentagung in Notting Hill ist die Frage nach Wiedergutmachungsleistungen aufgeworfen worden. Sie läßt sich deshalb nicht umgehen. Viele der Kirchen, die mit dieser Forderung konfrontiert sind, gehören unserer ökumenischen Gemeinschaft an und sind aufgerufen, eine wirkliche Antwort auf diese Frage zu geben. Der Begriff der „Wiedergutmachung“ (reparations) ist jedoch unangemessen, denn er soll nur dazu dienen, die Schuld für Vergangenes zu messen, und er steht lediglich für eine Handlungsweise, die die Notwendigkeit von Akten der Solidarität, Brüderlichkeit und Gemeinschaft, die über finanzielle Leistungen hinausgehen, erkennt. Denen, die gelitten haben, und denen, die Leid zugefügt haben, sagt das Evangelium, daß es keine billige Versöhnung gibt.

5. Wir rufen die Kirchen auf, über Wohltätigkeit, Zuwendungen und die üblichen Programme hinaus zu sachgerechtem und opferbereitem Handeln zu finden, um damit menschenwürdige und gerechte Beziehungen der Menschen untereinander zu schaffen und einen radikalen Neuaufbau der Gesellschaft voranzutreiben. Ohne daß wirtschaftliche Mittel bereitgestellt werden, um damit die Neuverteilung der politischen Macht auf ein festes Fundament zu stellen und kulturelle Eigenständigkeit sinnvoll zu machen, wird es in unserer Welt keine Gerechtigkeit geben. Bei der Beschaffung der finanziellen Mittel kann ein gemeinsamer Akt der ökumenischen Gemeinschaft der Kirchen ein leuchtendes sittliches Beispiel geben.

C. Aufruf an die Mitgliedskirchen, sich selbst zu prüfen und Mittel freizugeben

1. Wir rufen die Kirchen auf zu bekennen, daß sie mit dazu beigetragen haben, den Rassismus zu festigen. Die Kirchen sollten ihre finanzielle Situation überprüfen, um festzustellen, in welchem Maße ihr Finanzgebaren im eigenen Lande und auf internationaler Ebene Regierungen, die bestimmte Rassen unterdrücken, diskriminierende Industriezweige und unmenschliche Arbeitsbedingungen unterstützt hat. Die Wirkung wäre größer, wenn dies in einem ökumenischen Akt geschähe.

2. Die Kräfte, die danach trachten, die Angehörigen nicht-weißer Rassen von dem Joch des weißen Rassismus zu befreien, haben zu Recht gefordert, daß sich kirchliche Institutionen daran beteiligen, den Menschen Reichtum und Macht zurückzugeben. Wir ermahnen die Kirchen dringend, unentgeltlich oder zu niedrigen Preisen für rassistisch unterdrückte Gruppen Grund und Boden für den Aufbau von Gemeinwesen und für Entwicklungsprojekte zur Verfügung zu stellen. Die Kirchen, die von den rassenausbeuterischen Wirtschaftssystemen profitiert haben, sollten unverzüglich – und ohne sich paternalistische Kontrollmechanismen vorzubehalten – einen bedeutenden Anteil ihrer Finanzmittel

an Organisationen rassistisch unterdrückter Gruppen oder an Hilfsorganisationen für die Opfer der Rassendiskriminierung überweisen.

D. Entwurf eines Fünfjahresprogramms des Ökumenischen Rates der Kirchen

Der ÖRK und seine Abteilungen und Referate müssen einen entschlossenen Kampf gegen den Rassismus führen, und zwar durch

1. Forschungsgruppen, die sich auf die Analyse ausgewählter Gebiete in Lateinamerika, Nordamerika, Asien, Australien, im Pazifischen Raum, in Europa, Südafrika usw. konzentrieren, um ökumenische Mitverantwortung zu praktizieren und Maßstäbe für ökumenisches Verstehen und Handeln zu setzen;
2. Studententagen über ausgewählte Fragen, die das gemeinsame Handeln zur Herstellung rassistischer Gerechtigkeit verhindern, beispielsweise über die Frage der Beteiligung an der Ausübung von ökonomischer und politischer Macht, einschließlich der Forderung nach „Wiedergutmachung“, die von verschiedenen Seiten vorgebracht worden ist, und anderer Vorschläge zur Überwindung der wirtschaftlichen Benachteiligung durch den Rassismus in Vergangenheit und Gegenwart; ferner Studententagen über die Bedeutung der rassistischen Identität, über Antisemitismus und Mischehen;
3. mehr Möglichkeiten zur Begegnung zwischen denen, die verschiedene Auffassungen über die Gleichberechtigung der Rassen vertreten, und denen, die verschiedene Methoden zur Erreichung dieses Ziels befürworten;
4. die Prüfung der Mittel, die zur Förderung politischer Aktionen zwecks Herstellung der Gleichheit unter den Rassen eingesetzt werden können; hierzu gehören auch wirtschaftliche Sanktionen seitens der Mitgliedskirchen und der Regierungen;
5. die Unterstützung der Mitgliedskirchen bei der Ausarbeitung von Strategien zur Bekämpfung rassistischer Ungerechtigkeit;
6. eine Untersuchung darüber, wie die Kirchen die Rechte der Opfer des Rassismus verteidigen und wie sie ihnen helfen können;
7. eine Überprüfung der Programme, Budgets und Strukturen des Ökumenischen Rates der Kirchen, um festzustellen, wie sie die Bemühungen um rassistische Gerechtigkeit fördern können;
8. Zusammenstellung und Verbreitung der besten Studien über den Rassismus – einschließlich theologischer Untersuchungen – und sonstigen für die Kirchen zur Information und Aufklärung ihrer Glieder zweckdienlichen Informationsmaterials;
9. Ermutigung der Mitgliedskirchen und der nationalen und regionalen Kirchenräte, die Frage des Rassismus in ihrem eigenen Gebiet in ihren Programmen vorrangig zu behandeln.

E. Struktur des ÖRK

Es müssen geeignete Maßnahmen zur Beseitigung des rassistischen und kulturellen Ungleichgewichts, das Strukturen, Mitarbeiterstab und Entscheidungsgremien des ÖRK gegenwärtig kennzeichnet, ergriffen werden. Der Strukturausschuß soll sich bei der Erarbeitung der Strukturreform um entsprechende Änderungsvorschläge bemühen.

F. Mitarbeiterstab und Programm

1. Das Programm setzt eine koordinierte Aktion aller Referate und Abteilungen voraus. Deshalb wird es mindestens bis zu der für Januar 1972 geplanten Strukturreform des ÖRK unmittelbar dem Generalsekretariat unterstellt.

2. Zur Unterstützung des Generalsekretärs bei dieser Aufgabe sind mindestens drei Mitarbeiter erforderlich: ein Exekutivsekretär, ein Sachbearbeiter für internationale und ökumenische Beziehungen und ein Referat für Forschung und Dokumentation. Sie wären für Vorbereitung, Durchführung und Koordination des oben skizzierten Programms verantwortlich und würden eigene Anregungen beisteuern; ferner wäre es ihre Aufgabe, Infor-

mationen zusammenzustellen und die für die Durchführung des gesamten Vorhabens erforderlichen Gutachten beizubringen.

3. Zwecks Beratung und Leitung der geplanten Struktureinheit wird vorgeschlagen, aus zwanzig Sachverständigen (einschließlich mehrerer Mitglieder des Zentralausschusses) einen Internationalen Beratungsausschuß zu bilden.

4. Eine aus Vertretern der verschiedenen Abteilungen und Referate bestehende Koordinierungsgruppe des Stabes wäre dafür verantwortlich, die Mitarbeit der Sachverständigen im Rahmen des Gesamtprogramms zu koordinieren.

G. Finanzen

1. Verwaltung

Gemäß nachstehendem Haushaltsvoranschlag sind für die Dauer von fünf Jahren jährlich ca. 150 000 Dollar zur Finanzierung des vorgeschlagenen Stabes und Programms anzusetzen.

Gehälter	200 000 sfr
Reisespesen	50 000 sfr
PTT (Porto, Telefon etc.)	5 000 sfr
Bürobedarf	10 000 sfr
Vervielfältigungen	7 500 sfr
Übersetzung	10 000 sfr
Instandhaltung	7 500 sfr
Allgemeine Dienstleistungen	10 000 sfr
Verschiedenes und Unvorhergesehenes	42 000 sfr
Insgesamt	342 400 sfr
Währungsparität: 1 Dollar = 4,28 sfr	80 000 Dollar
Rückstellung für Beratungsausschuß, Studien-	
gruppen, Studententagungen und Publikationen	70 000 Dollar
Jahreshaushalt	150 000 Dollar

Die Deckungsmittel für diesen Haushalt sollten aus den drei zentralen Haushalten des Ökumenischen Rates der Kirchen bereitgestellt werden: Aus dem Allgemeinen Haushalt, dem Haushalt für das Jahresarbeitsprogramm der Abteilung für zwischenkirchliche Hilfe, Flüchtlings- und Weltdienst (DICARWS) und dem Haushalt für das Jahresarbeitsprogramm der Abteilung für Weltmission und Evangelisation (DWME).

2. Programmprojekte

Der Stab soll ermächtigt werden, gemäß den üblichen Verfahren zur Finanzierung von Programmprojekten weitere Einnahmequellen für Projekte zu erschließen, die gegebenenfalls im Rahmen der Einheit entwickelt werden. Dabei kann es sich u. a. um Vorhaben zur Ausbildung und Unterstützung von Opfern rassistischer Unterdrückung oder zur Zerschlagung von Strukturen des Rassismus handeln. Die Projekte können direkt aus der Arbeit hervorgehen oder von anderen eingeleitet werden, die der Ökumenische Rat zu unterstützen wünscht.

3. Sonderfonds

Ferner wird vorgeschlagen,

a) einen Sonderfonds zu bilden durch

1. die Übertragung von 200 000 Dollar auf den Sonderfonds; diese Gelder sollen anteilig folgenden Reserven des Ökumenischen Rates der Kirchen entnommen werden:

Allgemeine Reserve	449 438,78 Dollar
Jahresarbeitsprogramm-Reserve/DICARWS	931 294,43 Dollar
Umlaufkapitalfonds/DWME	89 371,78 Dollar

1 470 104,99 Dollar

2. einen Appell an die Mitgliedskirchen, mindestens 300 000 Dollar für den Sonderfonds aufzubringen;

b) die Gelder des Sonderfonds an Organisationen zu verteilen, die von unterdrückten Rassengruppen errichtet oder zur Unterstützung der Opfer der Rassendiskriminierung gebildet worden sind und deren Zielsetzung mit den allgemeinen Zielen des Ökumenischen Rates bzw. – soweit es sich um Gelder aus den Reserven der Abteilung für Zwischenkirchliche Hilfe, Flüchtlings- und Weltdienst und der Abteilung für Weltmission und Evangelisation handelt – auch mit den Zielsetzungen dieser beiden Abteilungen vereinbar sind. Durch diese Maßnahme sollen die Gruppen in ihrem Kampf um wirtschaftliche, soziale und politische Gerechtigkeit unterstützt werden;

c) den Exekutivausschuß zu ermächtigen, auf Empfehlung des Internationalen Beratenden Ausschusses zu beschließen, welchen Organisationen Mittel aus dem Sonderfonds zur Verfügung gestellt werden sollen.

Wir kämpfen nicht gegen Fleisch und Blut; gegen die „Mächte und Gewalten“, die Mächte des Bösen, die tiefverwurzelten teuflischen Kräfte der Rassenvorurteile und des Hasses müssen wir ankämpfen. Es geht darum, den Teufel auszutreiben. Die Dämonen bedienen sich unserer sozialen, wirtschaftlichen und politischen Strukturen. Die Wurzel des Übels aber sitzt so tief wie die Sünde des Menschen, und nur Gottes Liebe und die gehorsame Antwort des Menschen können sie ausreißen.

Das Programm des Ökumenischen Rates der Kirchen ist jedoch nur ein Teil dieser Antwort. Gottes Liebe, und nicht der Haß der Menschen, muß letztlich triumphieren. Durch die Liebe Gottes, durch die Kraft seines Geistes werden wir eines Tages, bald schon, siegen.

Das Echo auf dieses Programm blieb zunächst, gerade auch in den deutschen Kirchen, gering. Man war sich offenbar der Tragweite dieses Programms noch nicht bewußt. Lediglich auf der Jahrestagung der Ökumene-Referenten in Arnolds-hain wurde versucht, erste Konsequenzen aus dem geplanten Programm für die deutschen Kirchen zu ziehen, auch dies übrigens ohne spürbare Resonanz:

ERKLÄRUNG DER JAHRESTAGUNG DER ÖKUMENISCHEN REFERENTEN IN ARNOLDSHAIN³³

Eine Arbeitsgruppe der Tagung der Ökumene-Referenten der Landes- und Freikirchen, kirchlichen Werke und Dienste vom 27. bis 30.10.1969 in Arnolds-hain hat sich mit dem vom ÖRK in Canterbury im August 1969 verabschiedeten „Plan eines ökumenischen Programms zur Bekämpfung des Rassismus“ auseinandergesetzt. Da sie diesen Plan inhaltlich und sachlich voll unterstützt, hat sie folgende Überlegungen dem Plenum der Tagung zur Billigung vorgelegt, in denen die Anregungen und Forderungen des Planes des ÖRK auf die Situation der deutschen Kirchen bezogen werden:

1. In Deutschland entsteht langsam ein Bewußtsein für die Notwendigkeit der Entwicklungshilfe und eine Bereitschaft, sich für sie einzusetzen. Was weithin fehlt, ist die Erkenntnis, daß zwischen der Weltarmut und dem Rassismus ein Zusammenhang besteht: Trotz des persönlichen Einsatzes vieler Christen haben auch die deutschen Kirchen und ihre Missionen im Gefolge des Kolonialismus an der Errichtung von ausbeuterischen Wirtschaftssystemen bewußt oder unbewußt partizipiert. Diese Wirtschaftssysteme haben den Rassismus gefördert und dazu benutzt, ihre Herrschaft zu festigen. Durch ihre Verflechtung in das gesellschaftliche System haben die deutschen Kirchen auch heute Anteil an der Ausbeutung und tragen damit zur Konsolidierung des Rassismus bei.

33. Der vorliegende Text wurde vom Plenum der Konferenz der Jahrestagung der ökumenischen Referenten der Landes- und Freikirchen, kirchlichen Werke und Dienste in Deutschland vom 27. bis 30.10.1969 in Arnolds-hain einstimmig angenommen.

2. Der Rassenkonflikt wird heute primär auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet ausgetragen. Dementsprechend müssen Lösungen auf diesem Feld gesucht werden (Welthandelspolitik und politische Blickbildung). Daraus ergeben sich Konsequenzen für das Handeln der Christen und ihrer Kirchen. Gerade die deutschen Kirchen sollten aufgrund ihrer schuldhaften Erfahrung mit dem Antisemitismus in dieser Frage mit aller Deutlichkeit sprechen und handeln. Sie müssen versuchen, ständig das Unrecht wiedergutzumachen, das denen zugefügt wurde und wird, die unter einem rassenausbeuterischen Wirtschaftssystem gelitten haben und leiden. Noch wichtiger aber ist, daß sie an der Veränderung der politischen und wirtschaftlichen Strukturen in Deutschland arbeiten, die faktisch zur Ausbeutung der ärmeren Länder führen.

3. Die Antwort der Kirchen und ihrer Mitglieder muß mit Akten der Solidarität, der Brüderlichkeit und der Gemeinschaft gegeben werden. Das bedeutet im einzelnen:

- a) Eine entsprechende Haltung gegenüber farbigen Arbeitnehmern, Praktikanten und Studenten in Deutschland;
- b) ein entsprechendes Verhalten deutscher Fachkräfte, Geschäftsleute und Touristen in den Ländern der Dritten Welt;
- c) die kirchlichen Mittel für entwicklungsförderndes Handeln müssen auch in angemessener Weise solche Projekte berücksichtigen, die der Bekämpfung des Rassismus dienen;
- d) von den deutschen Gemeinden und Missionsgesellschaften ist in besonderem Maße ein aktiver Beitrag zu dem „ökumenischen Programm zur Bekämpfung des Rassismus“ zu leisten;
- e) ein wesentlicher Beitrag zur Bewußtseinserhellung kann dadurch geleistet werden, daß die kirchliche Informationspolitik sich diesem Thema seiner Bedeutung entsprechend zuwendet;
- f) die deutschen Kirchen müssen sich überlegen, wie sie sich an dem von der Ökumene eingerichteten Fonds beteiligen können. Dieser Fonds dient der Unterstützung von Gruppen in ihrem Kampf um wirtschaftliche, soziale und politische Gerechtigkeit und zur Unterstützung der Opfer der Rassendiskriminierung.

Die Teilnehmer der Tagung in Arnoldshain empfehlen den Kirchen in Deutschland und dem Rat der EKD, sich der Rassenfrage im Zusammenhang des Fünfjahresplanes der Ökumene mit der notwendigen Intensität anzunehmen.

Erst als der Exekutivausschuß des ÖRK am 2. September 1970 in Arnoldshain den Beschluß faßte, Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika mit Geldzuwendungen für humanitäre Zwecke zu unterstützen, brach, vor allem im deutschen Bereich, eine heftige Diskussion auf, über die im Kirchl. Jahrbuch 1970, S. 133–155, ausführlich berichtet worden ist. Daß die Erfahrungen der deutschen Kirchengeschichte auf die Antirassismus-Programm involvierten Fragen wie Gewaltanwendung, Umverteilung der Macht usw. besonders empfindlich reagieren ließen, liegt auf der Hand, obwohl hierbei sicherlich je und dann Fehlinterpretationen des Genfer Antirassismus-Programms unterlaufen sind, wie aber auch umgekehrt Kommunikationsmängel des ÖRK-Stabes zu solchen Mißverständnissen beigetragen haben. Deswegen war es zu begrüßen, daß der Zentralausschuß in Addis Abeba mit der Entgegennahme des Berichts des Programms zur Bekämpfung des Rassismus eine Kommentierung und Präzisierung des Programms verband. Wir geben zunächst den Bericht wieder:

BERICHT DES PROGRAMMS ZUR BEKÄMPFUNG DES RASSISMUS (PCR)

1. Der Canterbury-Beschluß 1969

Im August 1969 beschloß der Zentralausschuß in Canterbury, ein Programm zur Bekämpfung des Rassismus einzurichten. Der Ausschuß folgte damit den Richtlinien, die die Vollversammlung von Uppsala 1968 festgelegt hatte, als die drängte, daß „der Ökumenische Rat der Kirchen sofort ein Programm zur Anleitung des Rates und der Mitgliedskirchen in der dringenden Frage des Rassismus entwirft“. Daraufhin fand eine internationale Studientagung im Mai 1969 in London statt, die konkrete Empfehlungen an den Zentralausschuß formulierte.

In Canterbury setzte der Zentralausschuß folgende Schwerpunkte für das Programm zur Bekämpfung des Rassismus:

- a) Der *weiße Rassismus* und seine zahlreichen Organisationsformen sind die bei weitem gefährlichsten Formen heutiger Rassenkonflikte.
- b) Die Rassenfrage kann nicht mehr nur auf persönlicher Ebene gelöst werden. Der *institutionalisierte Rassismus*, den die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Machtstrukturen reflektieren, mehr noch: die Machtstrukturen selbst, die sich des Rassismus zur Festigung ihrer Macht bedienen, müssen in Frage gestellt werden.
- c) Der Kampf gegen den Rassismus muß zur Umverteilung der sozialen, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen *Macht* von den Mächtigen auf den Machtlosen führen.
- d) Eine einzige, weltweit geeignete Strategie zur Bekämpfung des Rassismus gibt es nicht; multiple Strategien sind erforderlich.
- e) Untersuchung und Beseitigung der *Komplizität der Kirche*, die vom weißen Rassismus profitiert und ihn stützt, scheinen dringend geboten, wenn die Kirchen auch nur irgendeinen Beitrag zur Lösung dieses gesellschaftlichen Problems leisten wollen.

2. Die Ausführung des Beschlusses

Mit der Ausführung des Zentralausschuß-Beschlusses wurde im Februar 1970 begonnen, als der Exekutivausschuß Mitarbeiter und einen Internationalen Beratungsausschuß ernannte.

a) Mitarbeiterstab

Als Exekutivreferent des Programms wurde mit sofortiger Wirkung Baldwin Sjollem (Soziologe aus den Niederlanden) ernannt; die ÖRK-Amtsträger waren ermächtigt, zwei weitere Leitende Mitarbeiter zu ernennen. Nawaz Dawood (Jurist aus Ceylon) nahm am 1. August 1970 seine Arbeit als Forschungsreferent auf; Pfarrer Charles Spivey (schwarzer Amerikaner, früher Exekutivdirektor der Abteilung für Soziale Gerechtigkeit des Nationalrats der Kirchen Christi in den Vereinigten Staaten von Amerika) begann im Dezember 1970 als Programmreferent.

b) Internationaler Beratungsausschuß

Der Exekutivausschuß ernannte ebenfalls 17 Mitglieder des Internationalen Beratungsausschusses, der beratende und leitende Funktion besitzt: Isaac Beaulieu (Kanada), E. Charles Brown (USA), Dr. Gonzalo Castillo Cardenas (Kolumbien), José B. Chipenda (Kenia), Frau Joyce Clague (Australien), Dr. William Eteki-Mboumoua (Kamerun), Frau Jean Fairfax (USA), Frau Rena Karefa-Smart (Sierra Leone), Dr. Jorge Lara Braud (USA), Dr. In Ha Lee (Japan), Dr. John Coventry Smith (USA), Prof. Nathan Shamuyarira (Tansania), Bischof Lavrentije Trifunovitch (Jugoslawien), Prof. Gherman Troitzky (UdSSR), Pfarrer R. J. van der Veen (Niederlande), Frau Pauline Webb (Vereinigtes Königreich), Pfarrer Andrew J. Young (USA). Drei Mitglieder sind noch zu ernennen. Den Vorsitz führt Bola Ige (Nigeria).

c) ÖRK-Koordinierungsgruppe

Von Anfang an war klar, daß das neue Programm sich an alle Einheiten des ÖRK wenden mußte, wenn erfolgreiche Arbeit geleistet werden sollte. Deshalb wurde ein ÖRK-Koordinierungsausschuß eingesetzt, dessen Mitglieder die verschiedenen Referate und Abteilungen stellten. Hier werden Fragen wie der Rassismus und die Aufgabe der Abteilung für Weltmission und Evangelisation (DWME) sowie der Abteilung für Zwischenkirchliche Hilfe, Flüchtlings- und Weltdienst (DICARWS) im Blick auf Konzeption und Programm der Missionsgesellschaften und Hilfswerke erörtert. Hier erfolgt auch die Koordination mit der Kommission für Kirchlichen Entwicklungsdienst (CCPD), Glauben und Kirchenverfassung, der Kommission der Kirchen für Internationale Angelegenheiten (CCIA), dem Personalwesen, der Abteilung Finanzwesen usw. in Sachen Rassismus.

3. Das Anlaufen des Programms

a) Prioritäten

Auf seiner ersten Tagung im Mai/Juni 1970 stellte der Internationale Beratungsausschuß Prioritäten auf, die die Arbeit des Stabs orientieren sollten. Man war sich darin einig, daß die Entwicklung von Mitteln und Wegen, der Solidarität mit den rassistisch Unterdrückten in Wort und Tat Ausdruck zu verleihen, Hauptaufgabe des Programms zur Bekämpfung des Rassismus (PCR) sein würde. Dies sollte auf folgende Weise geschehen:

- i) Untersuchung der Aussagen der Bibel über Rasse;
- ii) Zusammenstellen, Analysieren und Auswerten von Information über die Folgen des weißen Rassismus für die Unterdrückten;
- iii) Zusammenstellen und Auswerten von Analysen über die Ursache des weißen Rassismus und Entwerfen von Strategien zur Bekämpfung dieser Ursachen. Unterdrücker und Unterdrückte müssen nicht einander, sondern sich selbst untersuchen;
- iv) Einsatz für die Befreiung (im weitesten Sinne des Wortes) rassistisch unterdrückter Völker durch
 - a) aktionsorientierte Forschung für die Befreiung der rassistisch Unterdrückten,
 - b) „Conscientization“³⁴-Projekte,
 - c) Projekte für den Wandel rassistischer Strukturen,
 - d) Sofortprogramm für rassistisch Unterdrückte;
- v) Analyse der Weise, wie die Kirchen und der ÖRK in den weißen Rassismus verwickelt sind, und Vorschläge, dies zu bekämpfen.

b) Eingeleitete und geplante Forschungsprojekte

i) Symposium über das Indianerproblem in Lateinamerika.

Anfang 1971 ist eine Tagung in Westindien geplant, auf der Soziologen, Anthropologen und Ethnologen zusammentreffen, um die Situation der Indianer in Lateinamerika insbesondere auf den angeblichen Völkermord der Indianer in Lateinamerika hin zu diskutieren. Angesichts des Mangels an zuverlässiger Dokumentation und wissenschaftlichen Analysen des Gegenstands wird gehofft, daß die Ergebnisse des Seminars, in dem Fachleute auf diesem Gebiet zusammenarbeiten, einen wesentlichen Beitrag zur Entscheidungsbildung der lateinamerikanischen Kirchen zu leisten vermag. Organisatoren des Symposiums sind die Universität Bern und die Universität von Westindien.

34. „Conscientization“ kann im Sinne einer brauchbaren Arbeitshypothese folgendermaßen definiert werden: „Wecken des Bewußtseins, Gesinnungswandel in Richtung eines präzisen, realistischen Bewußtseins vom eigenen Standort in Natur und Gesellschaft, Fähigkeit, die eigene Situation, ihre Ursachen und Wirkungen kritisch zu analysieren, den Vergleich mit anderen Situationen und Möglichkeiten zu ziehen und rationale Aktion für den Wandel zu ergreifen. Auf psychologischer Ebene bedeutet ‚conscientization‘ das Bewußtsein von der eigenen Würde, das Ausüben der Freiheit“ (*West Coast South America Series*, Bd. XV, Nr. 1, „The Paulo Freire Method“ von Thomas G. Sanders).

ii) Faktenanalyse des Problems der australischen Urbevölkerung (Aborigines).

Begonnen wurde mit dem Zusammenstellen von Information über die Situation verschiedener Gruppen der australischen Urbevölkerung, um die Arbeit, die mit der Unterstützung zweier australischer Gruppen aus dem Sonderfonds eingeleitet wurde, weiterzuführen.

Das Projekt beinhaltet Dokumentation zur bereits vorhandenen Information, Prüfung der Frage der Eigentumsrechte an Grund und Boden sowie Veröffentlichungen, Zeitschriften und sonstiges Material zusammen mit dem „National Tribal Council“ und dem Australischen Kirchenrat. Diese Untersuchung könnte verschiedene Analogien in der Gesetzgebung, die minoritäre Gruppen betrifft, und parallele Strukturen in der Gesetzgebung anderer Länder aufdecken.

Das Forschungsprojekt wird von einer Gruppe Australier in Europa getragen.

iii) Faktenanalyse des geplanten Kunene-Staudamms in Südangola.

Zusammenstellen und Vergleichen von Information über den geplanten Kunene-Staudamm, von dem Südangola und Südwestafrika betroffen werden. Inhalt des Projekts ist die Untersuchung der Geschichte der Verhandlungen, der finanziellen Abmachungen, der unmittelbaren Folgen des Vorhabens, die Entwicklung und Nebenwirkungen, die mit dem Vorhaben verbunden sind, die Auswirkungen der Ansiedlung einer halben Million weißer Siedler, die im Rahmen des Vorhabens geplant ist, die internationale Bedeutung des Projekts, Parallelen zu Cabora Bassa und die Folgen des Projekts für die Arbeit der Befreiungsbewegungen, die in diesem Gebiet aktiv sind.

iv) Symposium über die Eigentumsrechte an Grund und Boden.

Im kommenden Herbst ist die Veranstaltung eines internationalen Symposiums über die Eigentumsrechte an Grund und Boden geplant mit dem Ziel, jene Personen zusammenzubringen, die überall auf der Welt – etwa in Alaska, Australien, Neuseeland, USA, Lateinamerika – an ähnlichen Fragen arbeiten. Dieses Projekt könnte Teil des PCR-Beitrags zum UN-Jahr für „Maßnahmen zur Bekämpfung des Rassismus und der rassischen Diskriminierung“ 1971 sein. Dieses Symposium sollte sich auch mit den Aussagen der Bibel zum Verhältnis zwischen Land und Volk beschäftigen.

c) Veröffentlichungen

Das PCR veröffentlichte drei Darstellungen der humanitären Programme von Befreiungsbewegungen in Afrika, die aus dem Sonderfonds zur Bekämpfung des Rassismus unterstützt wurden:

FRELIMO in Moçambique,

PAIGC in Guinea-Bissao,

ANC in Südafrika.

Diese Darstellungen wurden im Sinne des Konzepts der multiplen Strategien/„Conscientization“ weit verbreitet. Darüber hinaus gab das PCR eine Reihe kurzer Artikel bei verschiedenen Fachleuten in Auftrag. Sie informieren über Rassenspannungen in jenen Teilen der Welt, in denen Organisationen der rassisch Unterdrückten aus dem Sonderfonds unterstützt wurden.

d) Sonderfonds

Der Sonderfonds ist ein Teil des Programms zur Bekämpfung des Rassismus. Der Zentralausschuß beschloß in Canterbury,

„a) einen Sonderfonds zu bilden durch

- i) die Übertragung von 200 00 \$ auf den Sonderfonds; diese Gelder sollen anteilig folgenden Rücklagen des Ökumenischen Rates der Kirchen entnommen werden:

Allgemeiner Rücklagefonds	449 438,78 \$
DICARWS-Rücklagefonds	931 294,43 \$
DWME-Arbeitskapital	89 371,78 \$
Insgesamt	1 470 104,99 \$

- ii) einen Appell an die Mitgliedskirchen, mindestens 300 000 \$ für den Sonderfonds aufzubringen;

b) die Gelder des Sonderfonds an Organisationen zu verteilen, die von unterdrückten Rassengruppen errichtet oder zur Unterstützung der Opfer der Rassendiskriminierung gebildet worden sind und deren Zielsetzung mit den allgemeinen Zielen des Ökumenischen Rates der Kirchen bzw. – soweit es sich um Gelder aus den Rücklagen der Abteilung für Zwischenkirchliche Hilfe, Flüchtlings- und Weltdienst und der Abteilung für Weltmission und Evangelisation handelt – auch mit den Zielsetzungen dieser beiden Abteilungen vereinbar sind. Durch diese Maßnahme sollen die Gruppen in ihrem Kampf um wirtschaftliche, soziale und politische Gerechtigkeit unterstützt werden;

c) den Exekutivausschuß zu ermächtigen, auf Empfehlungen des Internationalen Beratungsausschusses zu beschließen, welchen Organisationen Mittel aus dem Sonderfonds zur Verfügung gestellt werden sollen.“

Diesem Beschluß gemäß formulierte der Internationale Beratungsausschuß konkrete Empfehlungen an den Exekutivausschuß hinsichtlich der Vergabe von 200 000 \$ an 19 Organisationen; der Exekutivausschuß nahm diese Empfehlungen auf seiner Tagung in Arnoldshain (BRD) im September 1971 an.

Bisher erfolgten enttäuschend wenig Einzahlungen in den Fonds, wenn auch manches dafür spricht, daß eine Reihe von Kirchen einen Beitrag in Erwägung ziehen. Denn es ist unendlich wichtig, daß der Fonds funktionsfähig bleibt, so daß der Internationale Beratungsausschuß auf seiner kommenden Tagung im März 1971 Empfehlungen für weitere Zuwendungen aussprechen kann. Die ersten Zuwendungen wurden von den rassisch Unterdrückten begeistert entgegengenommen. Es ist von größter Wichtigkeit, daß dieses Programm weitergeführt wird, und zwar auf der Basis größtmöglicher Zusammenarbeit mit den übrigen ÖRK-Einheiten.

e) Programmaktivitäten

Das PCR muß nach dem Prinzip der *multiplen Strategien* arbeiten. Daher sollte der Akzent auf den *regionalen Entwicklungen* liegen. Regionale, nationale und lokale Arbeitsgruppen werden gerade geschaffen. Sie könnten nicht unerheblich zur Beobachtung der Entwicklung in bestimmten Gebieten, der Bedürfnisse von Organisationen und Gruppen, die unterstützt zu werden verdienen, der Unterbreitung von Vorschlägen für PCR-Programme usw. beitragen.

Ein Beitrag, den das Programm zur rassischen Gerechtigkeit leisten kann, besteht in der Organisation von Besuchen *interrassischer Teams*. Der Internationale Beratungsausschuß war sich darin einig, daß Forschungsteams ein wirksames Instrument zur Bekämpfung des Rassismus in bestimmten Gebieten sein können. Entscheidend ist, daß das Team sich zuvor detailliert informiert und sorgfältig ausgewählt wird.

Die Aufgabe eines solchen Teams wäre dreifacher Natur:

i) dem ökumenischen Engagement mit allen, die den Kampf für rassische Gerechtigkeit kämpfen, Ausdruck zu verleihen, es zu personifizieren und humanitäre Hilfe zur Herbeiführung ihres Zieles zu leisten;

ii) die Kirchen eines bestimmten Gebietes (und den ÖRK) bei der Vertiefung ihres Verständnisses der örtlichen Rassenprobleme zu unterstützen und diese Probleme in einen umfassenderen Weltzusammenhang zu stellen;

iii) die Ortskirchen, nationalen ökumenischen und denominationalen Organe und den Ökumenischen Rat bei der Formulierung von Richtlinien für ökumenische Aktionen zur Förderung der rassischen Gerechtigkeit zu unterstützen.

Selbstverständlich muß mit der *römisch-katholischen Kirche* auf verschiedenen Ebenen (durch SODEPAX, die Kommission für Gerechtigkeit und Frieden in Rom, nationale und lokale Gruppen) zusammengearbeitet werden. Erste Kontakte sind aufgenommen und gemeinsame Vorhaben werden diskutiert.

Die Vereinten Nationen haben 1971 zum „*Internationalen Jahr für Maßnahmen zur Bekämpfung des Rassismus und der rassischen Diskriminierung*“ erklärt. Das PCR hat dieses UN-Programm begrüßt und seinen Wunsch zur Mitarbeit zum Ausdruck gebracht. Obgleich das Programm an sich als Beitrag zu diesem Jahr gewertet werden kann, diskutiert der Stab mit den verschiedenen nationalen Arbeitsgruppen deren Beteiligung an nationalen und internationalen Veranstaltungen. Das PCR wird an verschiedenen geplanten internationalen Konsultationen über Rassismus (z. B. durch die Organisation für Afrikanische Einheit – OAU, Justitia et Pax, das Cassin-Institut) teilnehmen.

Die Entschließung des Zentralausschusses stellt fest:

„Der Zentralausschuß

1. nimmt folgenden vom Weisungsausschuß III vorgelegten Bericht über das Programm zur Bekämpfung des Rassismus an:

- A. 1. Der Zentralausschuß hat die einzelnen Reaktionen auf den Arnoldshainer Beschluß des Exekutivausschusses eingehend geprüft. Er ist der Ansicht, daß der Beschluß mit dem vom Zentralausschuß in Canterbury genehmigten Programm zur Bekämpfung des Rassismus im Einklang steht und daß im Sinne des Berichts über das Programm zur Bekämpfung des Rassismus und den Haushaltsentwurf für Programm und Forschung 1971 weitere Beschlüsse zu fassen sind;
2. Er ist der Auffassung, daß die Kirchen stets für die Befreiung der Unterdrückten und der Opfer von Gewaltmaßnahmen, die grundlegende Menschenrechte verletzen, einzutreten haben. Er weist darauf hin, daß Gewalt vielfach der Aufrechterhaltung des *Status quo* inhärent ist. Dennoch kann und will der ÖRK sich nicht völlig mit einer politischen Bewegung identifizieren, noch richtet er die Opfer des Rassismus, sich zu Gewaltanwendung als letztem Ausweg gezwungen sehen, um erlittenes Unrecht wiedergutzumachen und den Weg in eine neue, gerechtere Gesellschaftsordnung zu öffnen.
3. Er stellt fest, daß das Problem der Gewalt im Rahmen der Rassenfragen nicht völlig ausdiskutiert oder gelöst werden kann, und fordert, daß angesichts der wachsenden Betroffenheit von Christen in allen Teilen der Welt unter Federführung des ÖRK eine Studie über gewaltsame und gewaltlose Methoden zur Herbeiführung des sozialen Wandels unternommen wird.
4. Er fordert den Stab auf zu prüfen, wie verhindert werden kann, daß der *Status quo* bei einer Konfrontation mit gewaltlosen Aktionen und Demonstrationen Gewalt anwendet.
- B. 1. Der Zentralausschuß drängt die Mitgliedskirchen, das Programm zur Bekämpfung des Rassismus, das ihm auf dieser Tagung vorgelegt wurde, entschlossen zu unterstützen.
2. Zwecks Unterstützung des in Canterbury beschlossenen ursprünglichen Spendenaufrufs für den auf mindestens 500 000 \$ angesetzten Sonderfonds richtet der Zentralausschuß erneut einen Spendenauftrag an die Mitgliedskirchen. Er stellt mit Befriedigung fest, daß der Exekutivausschuß von allen Organisationen, die bisher Mittel aus dem Sonderfonds beantragt haben, die Zusicherung erhalten hat, daß die bewilligten Zuwendungen nicht für militärische Zwecke, sondern für Tätigkeiten im Einklang mit den Zielsetzungen des ÖRK und seiner Abteilungen verwendet würden. Der Zentralausschuß fordert das Programm zur Bekämpfung des Rassismus auf, die Mitgliedskirchen auf Sonderprojekte und -programme aufmerksam zu machen und um ihre Unterstützung zu bitten.
3. Der Zentralausschuß drängt die Mitgliedskirchen, das Internationale UN-Jahr für Maßnahmen zur Bekämpfung des Rassismus und der rassischen Diskriminierung (1971) in angemessener Weise zu unterstützen. Dazu gehört,

a) daß die Regierungen der einzelnen Länder für die Unterstützung des Internationalen UN-Jahres zur Bekämpfung des Rassismus und der rassischen Diskriminierung (1971), die Genehmigung der Internationalen Konvention über die Eliminierung aller Formen rassischer Diskriminierung sowie der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermords und die Ratifizierung der internationalen Menschenrechts-Pakte³⁵ usw. gewonnen werden;

b) daß ein ökumenisches Programm in die Wege geleitet wird, das die möglichst weitgehende Mitarbeit und Förderung anderer christlicher und nichtchristlicher Organisationen bei der Veranstaltung geeigneter nationaler und lokaler Programme zur Unterstützung des Internationalen UN-Jahres vorsieht.

4. Der Zentrallausschuß fordert die Mitgliedskirchen nachdrücklich auf, der Beseitigung von Rassismus und rassischer Diskriminierung Priorität einzuräumen und unverzüglich ein nationales ökumenisches und/oder denominationales Programm zur Bekämpfung des Rassismus einzuleiten, wobei dafür Sorge zu tragen ist,

a) daß ein Programm zum Einsatz sämtlicher kirchlicher Bildungs- und Kommunikationsmittel erarbeitet wird, um Geistliche und Laien in der Kirche in Aktionsprogramme zur Beseitigung von Rassismus und rassischer Diskriminierung in Kirche und Gesellschaft einzuführen, sie darüber aufzuklären, ihnen entsprechende Programme zu vermitteln und sie zu aktiver Mitarbeit daran zu gewinnen;

b) daß die Beseitigung von Rassismus und rassischer Diskriminierung zu einer vorrangigen Bildungsaufgabe der Kirche erklärt wird. Das bedeutet erstens eine gründliche Überprüfung der in der kirchlichen Bildungsarbeit verwendeten Unterrichtsmittel und -programme, um offenkundig oder latent rassistische Elemente daraus auszumerzen, und bedeutet zweitens neue schöpferische Ansätze zur Erstellung von Unterrichtsmaterialien und -programmen für die kirchliche Bildungsarbeit, die auf die Beseitigung von Rassismus und rassischer Diskriminierung zielen und die *conscientization*³⁶ von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen fördern.

5. Der Zentrallausschuß fordert Stab, Ausschüsse und Mitgliedskirchen des ÖRK auf, unverzüglich ihren Beitrag zur Unterstützung und Verfestigung des Rassismus in folgenden Bereichen zu ermitteln und zu prüfen:

a) Investitionspolitik und -verfahren,

b) Beschäftigungs-, Ausbildungs- und Beförderungspraktiken,

c) Besitz, Verwaltung und Kontrolle von Eigentum,

d) Besitz, Verwaltung und Kontrolle von kirchlichen und Kirchen angeschlossenen Institutionen,

und dem Zentrallausschuß auf seiner nächsten Tagung durch das Programm zur Bekämpfung des Rassismus über die Studien- und Untersuchungsergebnisse zu berichten.

6. Der Zentrallausschuß drängt die Mitgliedskirchen, selbst oder durch ihre jeweiligen nationalen Kirchenräte.

a) die militärischen, politischen, industriellen und finanziellen Strukturen ihrer Länder zu untersuchen und zu analysieren, um zu erhellen und aufzuzeigen, in welcher Weise diese Strukturen die Verfestigung von Rassismus und rassischer

35. Im Original wird hier von einer „International Convention on Human Rights“ gesprochen. Bisher sind von der UNO jedoch lediglich zwei Pakte über Menschenrechtsfragen angenommen und zur Ratifizierung aufgelegt worden. – Anm. d. Übers.

36. *Conscientization* kann im Sinne einer brauchbaren Arbeitshypothese folgendermaßen definiert werden: „Wecken des Bewußtseins; Gesinnungswandel in Richtung eines präzisen, realistischen Bewußtseins vom eigenen Standort in Natur und Gesellschaft; Fähigkeit, die eigene Situation, ihre Ursachen und Wirkungen kritisch zu analysieren, sie mit anderen Situationen und Möglichkeiten zu vergleichen und rational auf Wandel hinzuarbeiten. Im psychologischen Bereich meint *conscientization* das Bewußtsein von der eigenen Würde, die Verwirklichung von Freiheit“ (Thomas G. Sanders: „The Paulo Freire Method“, in: *West Coast South America Series*, Bd. XV, No. 1).

Diskriminierung in der Innen- und Außenpolitik ihrer Länder begünstigen bzw. direkt unterstützen, und die Ergebnisse ihrer Analyse im Rahmen des Programms zur Bekämpfung des Rassismus zu koordinieren;

b) allein oder in Zusammenarbeit mit anderen Kirchen Strategien und Aktionsprogramme zur Umfunktionalisierung dieser Strukturen zu entwickeln, damit sie zur Beseitigung von Rassismus und rassistischer Diskriminierung beitragen und rassistische Gerechtigkeit fördern;

c) in Zusammenarbeit mit dem Programm zur Bekämpfung des Rassismus und den übrigen Mitgliedskirchen gemeinsame Strategien und Pläne auszuarbeiten, um volle Zusammenarbeit und wechselseitige Unterstützung bei den Bemühungen um die Beseitigung von Rassismus und rassistischer Diskriminierung in Kirche und Gesellschaft herzustellen und zu gewährleisten.

In diesem Sinne begrüßt der Zentralausschuß die Einladung südafrikanischer Kirchen zu einer Konsultation über gemeinsame Strategie und Aktion.'

2. nimmt den Bericht über das Programm zur Bekämpfung des Rassismus 1970 und den Haushaltsentwurf für Programm und Forschung 1971 entgegen (s. u., Anhang VII)."

In einer späteren Sitzung wurde ein Entwurf des Wortes an die Mitgliedskirchen unterbreitet mit dem Hinweis, daß es dem Weisungsausschuß aus Zeitmangel nicht möglich gewesen sei, sich auf einen Wortlaut zu einigen, dem der Ausschuß ebenso geschlossen hätte zustimmen können, wie er einstimmig die Fortsetzung des Programms zur Bekämpfung des Rassismus gebilligt habe. Darum wurde beschlossen, den Plan zur Versendung eines Wortes an die Mitgliedskirchen fallenzulassen und in dieser Frage keinen Beschluß zu fassen. Der Vorsitzende ersuchte die Zentralausschußmitglieder, in eigener Verantwortung für die Formulierung entsprechender Sendeschreiben zu sorgen, in denen den Gemeinden in einer von Fall zu Fall annehmbaren Form die Rassismusfrage erläutert werde.

Wie befriedigend diese Entschließung, der ja auch alle deutschen Delegierten zugestimmt hatten, von der EKD-Synode aufgenommen wurde, zeigt deren Stellungnahme vom 21. Februar 1971:

ENTSCHLIESSUNG DER SYNODE DER EVANGELISCHEN KIRCHE IN DEUTSCHLAND BETREFFEND DAS ÖKUMENISCHE PROGRAMM ZUR BEKÄMPFUNG DES RASSISMUS

Vom 21. Februar 1971

Die Synode nimmt dankbar zur Kenntnis, daß auf der Konferenz des Zentralausschusses des Ökumenischen Rates der Kirchen in Addis Abeba Klärungen für den allen Christen aufgegebenen Kampf gegen die Diskriminierung der Rassen erfolgt sind, welche ein gemeinsames Vorgehen ermöglichen. Diese Klärungen besagen:

1. Der Kirche ist jegliche Sanktionierung von Gewalttätigkeit verwehrt; aber die Grundsatzenfragen über den Gebrauch von Gewalt in Gebieten sozialen Umbruchs bedürfen gründlicher und umfassender ökumenischer Untersuchungen.

2. Die Kirche kann im Dienst an notleidenden und unterdrückten Menschen auch mit politischen Bewegungen zusammenarbeiten, darf sich aber nicht vollständig mit ihnen identifizieren oder zu ihrem Vorrang mißbrauchen lassen.

3. Die Empfänger der Hilfe sind aus verständlichen Gründen empfindlich gegen alle von außen kommenden Auflagen, Bindungen und Kontrollen; aber aus Verantwortung den Spendern gegenüber müssen auch klar umgrenzte Projekte angeboten werden.

In diesem Verständnis bejaht die Synode das ökumenische Programm zur Bekämpfung des Rassismus, wie es in Addis Abeba in den Dokumenten 10, 24 und 55 niedergelegt worden ist, und empfiehlt es dem Rat, den Gliedkirchen und den Gemeinden zur Beachtung.

Die Synode bittet den Rat der EKD, dafür Sorge zu tragen, daß die in dem Dokument 55, Abschnitt B 6 der Tagung des Zentralausschusses des Ökumenischen Rates der Kirchen in Addis Abeba angesprochenen Studien erarbeitet und ihre Ergebnisse veröffentlicht werden.

Die Synode bittet den Rat, auf der Synodaltagung im November 1971 einen ersten Bericht zu erstatten.

Der Präses der Synode
der Evangelischen Kirche in Deutschland
Raiser

Anfang September 1971 beschloß der Exekutivausschuß des ÖRK in Sofia, aus Spendenmitteln des Sonderfonds weitere 200 000 US-Dollar für 24 Organisationen zur Verfügung zu stellen, die sich für rassische Gleichberechtigung einsetzen.

In Utrecht nahm der Zentralausschuß einstimmig eine Entschließung an, den Sonderfonds zur Bekämpfung des Rassismus von 500 00 US-Dollar auf mindestens eine Million US-Dollar zu erhöhen und einen entsprechenden Appell an die Mitgliedskirchen zu richten. Zugleich griff er die schon in Uppsala empfohlene Zurückziehung von Investitionen im südlichen Afrika durch den nachstehenden Beschluß auf:

Der Ökumenische Rat der Kirchen

– in Übereinstimmung mit seinem Engagement im Kampf gegen den Rassismus, in Anbetracht der Tatsache, daß ausländische Investitionen im südlichen Afrika die weißen Minderheitsregime in ihrer Unterdrückung der Mehrheit der dortigen Bevölkerung bestärken, und im Verfolg der von der Vollversammlung in Uppsala (1968) empfohlenen Zurückziehung von Investitionen aus „Einrichtungen, die den Rassengegensatz verewigen“ –:

i) *weist* seinen Finanzausschuß und Finanzdirektor *an*, unverzüglich alle vorhandenen Anteile zu verkaufen und keine Investitionen mehr in Unternehmen vorzunehmen, die – laut Finanzausschuß und -direktor zugehenden Informationen – direkt an Investitionen in oder Handel mit einem der folgenden Länder beteiligt sind: Südafrika, Namibia, Zimbabwe, Angola, Mosambik und Guinea-Bissau; und keinerlei ÖRK-Vermögen bei Banken zu deponieren, die direkte Geschäftsbeziehungen zu jenen Ländern unterhalten;

ii) *fordert* alle Mitgliedskirchen, christlichen Einrichtungen und Christen außerhalb des südlichen Afrika dringend *auf*, alles zu unternehmen, was in ihrer Macht steht – einschließlich der Einflußnahme als Aktionäre und des Abstoßens von Anteilen –, um die Unternehmen zu drängen, ihre Investitionen aus diesen Ländern abzuziehen und den Handel mit ihnen einzustellen.

Im Zusammenhang mit den in Addis Abeba empfohlenen multiplen Strategien nimmt der Zentralausschuß zur Kenntnis und begrüßt Vorschläge mit dem Ziel, rassische Gerechtigkeit im südlichen Afrika durch Reformen zu verwirklichen (z. B. die vorläufige Stellungnahme des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland). Dennoch ist der Zentralausschuß der Überzeugung, daß die bereits von der Vollversammlung in Uppsala empfohlene Zurückziehung von Investitionen jetzt verwirklicht werden sollte.

Die hier erwähnte „vorläufige Stellungnahme des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland“ lautet:

Der Rat der EKD hat die vom Ökumenischen Rat der Kirchen (ÖRK) veröffentlichte Verlautbarung über die Ergebnisse der Sitzung des Internationalen Beratenden Ausschusses für das Ökumenische Programm zur Bekämpfung des Rassismus zur Kenntnis genommen.

Im Blick auf die Beschlüsse und Empfehlungen der Vollversammlung des ÖRK in Uppsala 1968 und des Zentralaussschusses in Addis Abeba 1971 ist er sich der Verantwortung bewußt, für Würde, Selbstbestimmung und Recht der vom weißen Rassismus betroffenen Menschen einzutreten.

Der Rat sieht sich zu folgender Stellungnahme veranlaßt:

1. Der Rat der EKD nimmt die Stimmen verantwortlicher Sprecher der afrikanischen Bevölkerung in Südafrika sehr ernst. Danach hat das Ausbleiben grundlegender rechtlicher und wirtschaftlicher Reformen in Südafrika eine Situation herbeigeführt, in der viele Afrikaner das Vertrauen auf eine friedliche Änderung mehr und mehr verlieren. Sie würden auch Entbehrungen und Leiden auf sich nehmen, wenn durch wirtschaftlichen Druck von außen eine Veränderung erreicht werden könnte.

2. Der Rat bittet jedoch eindringlich darum, auch die Stimmen derjenigen afrikanischen Kirchenführer und Politiker zu hören, die raten, das wirtschaftliche Engagement westlicher Länder in Südafrika nicht aufzugeben; denn dadurch würden gerade die Unterprivilegierten am schwersten getroffen, und die politische Situation würde noch mehr verhärtet. Nach Ansicht dieser Gruppe komme es darauf an, diejenigen Tendenzen und Kräfte zu unterstützen, die sich in Südafrika für den Abbau der Rassenschranken einsetzen und sich um Abwendung der Konfrontation und um Fortsetzung des Dialogs bemühen. Beispielhaft hierfür sind die bisherigen Ergebnisse der in Südafrika entwickelten und durchgeführten SPRO-CAS-Studien.

3. Angesichts dieser Spannung unterschiedlicher Überzeugungen vertritt der Rat der EKD die Auffassung, daß nichts getan werden darf, was die Situation verschärfen würde. Vielmehr sollten zunächst alle gesetzlich möglichen Schritte unternommen werden, um im Bereich der wirtschaftlichen Entwicklung in Südafrika die Gleichberechtigung aller Bevölkerungsgruppen herbeizuführen. Der Rat weist in diesem Zusammenhang auf Maßnahmen hin, um deren Prüfung die in Südafrika tätigen ausländischen Industrie- und Wirtschaftsunternehmen gebeten werden mit dem Ziel, sie sobald wie möglich zu verwirklichen:

a) Betriebliche Ausbildungsmöglichkeiten für schwarze und farbige Arbeiter sollten neu geschaffen und vorhandene verbessert werden. Den dadurch qualifizierten schwarzen und farbigen Arbeitern sollten Stellen geöffnet werden, die ihrer Qualifikation entsprechen.

b) Es sollte überall gleicher Lohn für gleiche Arbeit gezahlt werden, unabhängig von der rassistischen Zugehörigkeit.

c) Wo den weißen Kindern unentgeltliche Schulausbildung zur Verfügung steht, der schwarzen und farbigen Jugend aber nicht, sollten die Betriebe Stipendien für die Schulausbildung der Kinder ihrer schwarzen und farbigen Mitarbeiter zur Verfügung stellen.

d) für die schwarzen und farbigen Arbeiter sollten finanziell unterstützte Gesundheitsdienste geschaffen werden.

e) Die bisher völlig unzureichende Altersversorgung der schwarzen und farbigen Arbeiter sollte durch Zusatzleistungen der Betriebe wesentlich verbessert werden.

f) Für die Verbesserung der vielfach noch menschenunwürdigen Wohnverhältnisse sollten die Betriebe Zuschüsse oder Darlehen gewähren.

g) Um den schwarzen und farbigen Arbeitern die Möglichkeit zu geben, ihre Interessen zu vertreten, sollten die Firmen die gesetzlichen Möglichkeiten für eigene betriebliche Vertretungen der schwarzen und farbigen Arbeiter ausschöpfen.

h) Es sollte überlegt werden, inwiefern die Bestrebungen der schwarzen und farbigen Bevölkerung, eigene Betriebe zu errichten, mit Rat und finanzieller Hilfe sowie durch Auftragsvergabe unterstützt werden können.

4. Diese Vorschläge gehen von den gegebenen gesetzlichen Möglichkeiten aus, die allerdings dringend einer Änderung bedürfen. Sie erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Der Rat hält sie aber für realisierbar, wie die Versuche einiger Firmen zeigen. Er wird sich seinerseits darum bemühen, mit den in Frage kommenden deutschen Unternehmen über ihre Verwirklichung zu sprechen.

Schließlich hat das Referat für Kirche und Gesellschaft den ihm in Addis Abeba übertragenen Auftrag einer zweijährigen Studie über die Probleme und Möglichkeiten der Gewalt und Gewaltlosigkeit im Kampf um soziale Gerechtigkeit in der Berichtszeit durch zwei Konsultationen in Nemi/Italien (Januar 1971) und Cardiff/Wales (September 1972) wahrgenommen. Da gerade in dieser Frage die Meinungen am härtesten aufeinanderprallten und von den deutschen Kirchen eine theologische Klärung für vordringlich gehalten wurde, geben wir im folgenden die beiden Konsultationsberichte wieder. In Nemi wurde zur Aufgabenstellung gesagt:

GEWALT, GEWALTLOSIGKEIT UND DER KAMPF UM SOZIALE GERECHTIGKEIT

Auf der Suche nach Strategien für den radikalen sozialen Wandel

Probleme und Möglichkeiten von Gewalt und Gewaltlosigkeit in sozialen Konfliktsituationen werden heute in vielen Kirchen, zuweilen mehr hitzig als klärend, diskutiert. Der ÖRK-Zentralausschuß beauftragte das Referat für Kirche und Gesellschaft, durch ein Studien- und Forschungsprogramm auf diesem Gebiet einen Beitrag zu leisten. Nachfolgend wird in großen Zügen das neue Programm dargestellt, dem der Arbeitsausschuß des Referats für Kirche und Gesellschaft im Juni 1971 zustimmte.

1. Die Kirche hat immer deutlicher erkannt, daß sie aufgefordert ist, mit den Armen und Unterdrückten solidarisch zu sein; das verstärkte in den vergangenen Jahren den Ruf nach einer klareren Konzeption der Aktionsweisen, die das christliche Engagement im Sozialkonflikt verwirklichen können, und insbesondere der Möglichkeiten und Probleme von Gewalt und Gewaltlosigkeit.

2. Deshalb beauftragte der ÖRK-Zentralausschuß (Addis Abeba, Januar 1971) das Referat für Kirche und Gesellschaft, ein Zwei-Jahresprogramm durchzuführen mit dem Ziel,

- a) die *Reflexion der Kirchen über die ethische Problematik* von Gewalt und Gewaltlosigkeit im Kampf um soziale Gerechtigkeit voranzutreiben; und
- b) zur *Entwicklung von Aktionsstrategien* beizutragen, die die Gesamtsumme von Gewalt in Konfliktsituationen auf ein Minimum reduzieren.

So ging es auf dieser Ausschlußtagung wesentlich darum, das neue Programm im einzelnen zu entwickeln und Prioritäten innerhalb dieses Programms zu setzen.

Die Entwicklung ökumenischen Denkens über Gewalt und Gewaltlosigkeit

3. Der leidenschaftliche Wunsch, ein besseres Verständnis von der christlichen Verantwortung in einer Welt der Gewalt zu erarbeiten und verbreiten, bestimmte die frühen Jahre der modernen ökumenischen Bewegung. So bereitete Erzbischof Söderblom der Bewegung für Praktisches Christentum den Weg, andere christliche Organisationen mit internationaler Mitgliedschaft und ökumenischer Ausrichtung entstanden, und die Tagesordnungen der beiden großen Weltkonferenzen für Praktisches Christentum 1925 und 1937 waren in diesem Sinne konzipiert. Es kann also nicht gesagt werden, daß die ökumenische Bewegung das Gewalt-Problem außer acht gelassen habe.

4. Allerdings wurde Gewalt bis 1960 fast ausschließlich im Sinne internationaler Konflikte zwischen souveränen Staaten verstanden. Zwar waren die Schriften von Marx schon Jahrzehnte alt, zwar hätte die russische Revolution 1917 schwerwiegende Fragen über die Anwendung von Gewalt als Mittel zur Herbeiführung von mehr sozialer Gerechtigkeit aufwerfen müssen, doch wurde diese gesamte Dimension des Problems gemeinhin vernachlässigt.

5. Ökumenische Zusammentreffen damals bedauerten, daß Gewalt das Verhältnis zwischen den Staaten bestimmte, konnten jedoch keine großen Orientierungshilfen geben in der Frage, ob Christen legitim an Gewalt beteiligt sein dürften oder nicht. „Kann der Krieg heute noch ein Akt der Gerechtigkeit sein?“, fragte die Gründungsversammlung des ÖRK 1948

und kam zögernd zu dem Schluß, daß man keine einmütige Antwort auf diese Frage geben könne. Die Zweite Vollversammlung in Evanston erklärte, daß die Christen Wege zum Frieden suchen und „dabei beides in Rechnung setzen (müssen), christlichen Pazifismus als eine Möglichkeit des Zeugnisses und die Überzeugung anderer Christen, daß unter besonderen Umständen militärisches Eingreifen zu rechtfertigen ist“. Vor diesem Hintergrund – nämlich eines christlichen Pazifismus, der eine entscheidende, aber nicht vorherrschende Rolle spielt – begann die Kirche in den 60er Jahren schließlich, die Bedeutung der Gewalt im Kampf für soziale, wirtschaftliche und politische Gerechtigkeit ernsthaft zu überlegen.

6. Erste Anzeichen für eine neue Diskussion finden sich in einem offiziellen ökumenischen Dokument in dem Bericht von der Dritten Vollversammlung des ÖRK in Neu-Delhi 1961; hier werden in schriftlicher Form die Mächtigen dringend aufgefordert, auf die Anwendung von Gewalt zu verzichten und ihre Provokation zu vermeiden. Wie in Vorwegnahme von Uppsalas Martin-Luther-King-Entscheidung, schlug die Vollversammlung vor, das Referat für Kirche und Gesellschaft möge eine Studie über gewaltloses Handeln durchführen und dabei z. B. auf die Frage eingehen, ob Gewaltlosigkeit sowohl geistig-sittlichen als auch strukturellen Wandel in der Gesellschaft herbeiführen kann.

7. Die ÖRK-Konsultation über Rassenbeziehungen in Kitwe (Sambia) 1964 stellte bestrzt fest, daß sich der Kampf für rassische Gerechtigkeit in Afrika unaufhaltsam von Gewaltlosigkeit auf Gewalt hin verlagere. Diese Verlagerung schien ihr in der Enttäuschung der angeblichen Reformer über die offensichtliche Unwirksamkeit gewaltloser Methoden begründet. Die Konsultation wies zwar darauf hin, daß Gewalt als letztes Mittel angewendet werden könne, kam jedoch zu keiner Übereinstimmung darüber, ob sie eine Alternative für den Christen sei oder nicht.

8. Deutlicher Stellung bezieht die Weltkonferenz für Kirche und Gesellschaft 1966 in Genf. Ihre sorgfältig abgewogenen Worte verdienen alle Aufmerksamkeit:

„Aber Gewalt ist eine sehr starke Wirklichkeit unserer Welt sowohl in der Form der offenen Gewaltanwendung zur Unterdrückung als auch der unsichtbaren Gewalt, die auf Menschen ausgeübt wird, die zu Millionen Opfer der Unterdrückung und ungerechter Gesellschaftssysteme waren oder noch immer sind. Darum erhebt sich heute oftmals die Frage, ob die Gewalt, durch die in einer geplanten Revolution Blut vergossen wird, nicht ein geringeres Übel sein könnte als die Gewalt, durch die zwar kein Blut vergossen wird, die aber die gesamte Bevölkerung zu ewiger Verzweiflung verdammt. Tatsächlich haben sich Christen an revolutionären Prozessen beteiligt, welche Gewalt und Mißachtung des Rechts nach sich zogen, und diese Christen warten mit einem unruhigen Gewissen auf das Verständnis und die Führung der Kirche. Andere Christen widersetzen sich mit einem unruhigen Gewissen derartigen Aktionen. Andere wiederum geben sich so lange zufrieden, wie ‚Recht und Ordnung‘ gewahrt sind.“

„Es kann nicht erklärt werden, daß absolute Gewaltlosigkeit die einzig mögliche Position für Christen ist. Es gibt Situationen, in denen Christen zur Gewaltanwendung getrieben werden könnten. Wann immer jedoch Gewalt angewandt wird, muß sie als eine ‚letzte Möglichkeit‘ betrachtet werden, die nur in außergewöhnlichen Situationen gerechtfertigt ist. Anwendung von Gewalt erfordert eine genaue Bestimmung der Ziele, für die sie angewandt wird, und eine klare Erkenntnis der in ihr liegenden Übel und das Bemühen, sie immer durch Barmherzigkeit zu mildern. Es muß auch erkannt werden, daß es keine Garantie gibt, daß die tatsächlichen Ergebnisse der Gewaltanwendung den erstrebten Ergebnissen entsprechen und daß die Gewalt, wenn sie einmal freigesetzt wird, von ihren Initiatoren kontrolliert werden kann. Wie dem auch sei, es gibt bestimmte ethische Grundprinzipien, die schöpferisch auf die spezifischen Situationen bezogen werden müssen, in denen sich ein Christ befindet, und die letzte Entscheidung muß sich aus einer Synthese dieser beiden Elemente ergeben.“

9. Zwei Jahre später formulierte eine Zusammenkunft von Theologen und Sozialethikern „Überlegungen zu Theologie und Revolution“ und hatte kaum Zweifel, daß Gewalt eine echte christliche Alternative darstellte. „Christen in der revolutionären Situation müssen“, so heißt es dort, „alles in ihrer Macht Stehende tun, um das Amt der Versöhnung auszuüben, damit der revolutionäre Wandel gewaltlos oder, wenn das nicht möglich ist, mit

einem Minimum an Gewalt stattfinden kann. Wir dürfen uns jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß einige Christen in Situationen stehen, in denen sie in aller Verantwortung an der Revolution und der mit ihr unvermeidbaren Gewalt teilnehmen müssen.“

10. Zu etwa derselben Zeit beginnt man auch in römisch-katholischen Dokumenten, sich mit diesem Thema auseinanderzusetzen. *Gaudium et Spes*, das nach dem Zweiten Vatikanum entstand, sprach jenen seine Anerkennung aus, die in dem Einsatz für soziale Gerechtigkeit „darauf verzichten, Gewalt anzuwenden“. *Populorum Progressio* weist 1967 auf „Versuchungen zu Gewalt“ hin und warnt davor, daß revolutionäre Unruhen im allgemeinen mehr Übel als Gutes bringen.

11. Die Beirut-Konferenz für Weltweite Zusammenarbeit in Entwicklungsfragen (1968), die vom Gemeinsamen ÖRK/RKK Ausschuß für Gesellschaft, Entwicklung und Frieden, SODEPAX, getragen wurde, sah sich mit dem Problem der Veränderung der Sozialstrukturen konfrontiert. Die Konferenz sprach sich eindeutig zugunsten gewaltloser Strategien aus und forderte die Nachahmung des Beispiels von Menschen wie Gandhi, Johannes XXIII. und Martin Luther King, räumte jedoch (ohne ein Werturteil zu fällen) ein, daß „das Gewissen der Menschen als letzter Ausweg sie in voller und klar erkannter Verantwortung ohne Haß oder Erbitterung zur gewaltsamen Revolution führen (kann)“.

12. Die Vierte Vollversammlung des Ökumenischen Rates in Uppsala 1968 war sich in der Frage der Gewalt nicht schlüssig. Die vor der Vollversammlung vorbereiteten *Sektionsentwürfe* waren in der Frage der Gewalt als einer christlichen Alternative im allgemeinen positiver gehalten als die Sektionsberichte, die die Vollversammlung selbst schließlich verabschiedete. Sektion II stellte fest, daß in vielen Teilen der Welt Revolutionen stattfänden und einige Christen sich für revolutionäre Aktion entscheiden würden. Könnte die christliche Gemeinschaft ihnen Unterstützung leisten? So fragte man, ohne eine Antwort finden zu können. Sektion III erklärte, daß „Gesetz und Ordnung“ selber eine Form der Gewalt sein und gewaltsame Revolution hervorbringen können, die „moralisch gesehen zweideutig“ ist. Sektion IV räumte ein, daß einige Christen in ihrem Kampf um wirtschaftliche Gerechtigkeit Zuflucht zur Gewalt nähmen, und kam zu dem eher hilflosen Schluß, daß Gewalt und passives Nichthandeln gleichermaßen unter Gottes Gericht fielen. Sektion VI appelliert an jene, die alle Christen, welche die „Gefahr und Schuld des Blutvergießens“ auf sich genommen haben, verurteilen wollen, sie mögen das „Blutvergießen“ durch den Status quo nicht vergessen. In allen diesen Sektionen kommt, ebenso wie in der Martin-Luther-King-Entschließung³⁷, deutlich zum Ausdruck, daß man gewaltlose Methoden bevorzugt und der Überzeugung ist, die Kirchen seien in besonderer Weise verantwortlich für die Entwicklung wirksamer gewaltloser Strategien. Rückblickend kann man sagen, daß Uppsala das Problem zwar deutlich erkannte, sich jedoch zurückhaltender als Genf 1966 verhält, wo es darum geht, eine Antwort zu geben.

13. Derartiges Zögern war der Notting-Hill-Konsultation im Mai 1969 fremd; sie machte Schlagzeilen, als sie den Ökumenischen Rat aufforderte, „wenn alle anderen Versuche fehlschlagen, sollen die Kirche und die Kirchen Widerstandsbewegungen, einschließlich Revolutionen, unterstützen, die das Ziel verfolgen, politische und wirtschaftliche Tyrannei, die den Rassismus erst ermöglicht, zu stürzen“. Die Konsultation beschäftigte sich besonders mit der Bedeutung von Macht und Machtlosigkeit für das Fortbestehen des Rassismus. Kernpunkt des Problems war daher auch für viele Teilnehmer „nicht einfach Gewalt gegen Gewaltlosigkeit, sondern die Anwendung von Macht für die Mächtigen und die Notwendigkeit der Macht für die Machtlosen“.

14. Eine noch nie dagewesene Diskussion dieses Gegenstands wurde innerhalb der Kirchen und über sie hinaus ausgelöst, als der ÖRK-Exekutiv Ausschuß im September 1970

37. In dieser Entschließung drückt die Vollversammlung den tiefen Verlust aus, den die Ermordung von Martin Luther King bedeutete. Dr. King sollte während des Eröffnungsgottesdienstes in der Kathedrale von Uppsala predigen. Die Vollversammlung forderte die Kirchen auf, sein Beispiel ihren Mitgliedern vor Augen zu halten, und beauftragte den Zentralschluß des Ökumenischen Rates, nach Wegen zu suchen, wie der Ökumenische Rat Studien über gewaltlose Methoden zur Herbeiführung des sozialen Wandels fördern könne.

die Vergabe erster Zuwendungen aus dem Sonderfonds zur Bekämpfung des Rassismus billigte, darunter auch Gelder zur humanitären Unterstützung von Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika. Bemerkenswert an dieser Diskussion war u. a., daß viele Pazifisten glaubten, den ÖRK-Beschluß unterstützen zu können, während die heftigsten Proteste aus den traditionsgemäß nichtpazifistischen Kirchen kamen. Auffallend war auch, daß die traditionelle Doktrin vom „gerechten Krieg“ weitgehend in Frage gestellt wurde und man sich gleichzeitig intensiver mit der „gerechten Revolution“ auseinandersetzte.

15. Das ökumenische soziale Denken der jüngsten Vergangenheit zeigt also deutlich, daß der Auftrag der Kirche, mit den Armen und Unterdrückten in ihrem Kampf um Gerechtigkeit und Befreiung solidarisch zu sein, allgemein bejaht wird. Diese ganz wesentliche Übereinstimmung dürfen wir nicht vergessen, wenn wir überlegen, welche Meinungsverschiedenheiten unter den Christen darüber fortbestehen, wie diese Solidarität in bestimmten Situationen möglichst angemessen konkretisiert werden kann. Die Diskussion von Strategien muß das dringende Erfordernis eines weniger ambivalenten und mutigeren Engagements der Christen für eine menschlichere Welt herausstellen und nicht etwa verschleiern. Die Kirche kann dieses Engagement auf viele verschiedene Weisen zu verwirklichen suchen – mit einer Ausnahme: Verzicht auf Engagement stellt sicherlich keine Alternative dar.

Konzipierung der vor uns liegenden Aufgabe

16. Alle weiteren Studien- und Forschungsarbeiten zu diesem Thema sollten den Schwerpunkt auf die Reflexion konkreter Situationen legen, in denen Christen am sozialen und politischen Kampf beteiligt sind und bei der Entwicklung von Aktionsformen unterstützt werden müssen, die treues Zeugnis ablegen für das richtende und erlösende Werk Gottes in der menschlichen Gesellschaft. Das Wort Gottes, aus dem wir Erkenntnis schöpfen – seine Führung des Volkes Israel, seine Inkarnation in Jesus Christus und das Werk seines Geistes in der frühen Kirche –, wird im geschichtlichen Handeln und durch geschichtliches Handeln konkretisiert. Die allgemein ethischen Richtlinien, die die Kirche durch die Jahrhunderte hindurch entwickelt hat, mögen uns helfen, wenn wir der eigenen Verantwortung und der der anderen auf den Grund gehen wollen; aber nur aus dem umfassenden Verständnis der menschlichen sozialen Konflikte, in denen wir leben, heraus ist es möglich, den Richtlinien eine spezifische Bedeutung zu geben, und innerhalb dieser Richtlinien zu differenzieren. Es wird deshalb vorgeschlagen, daß die Studie sich zunächst auf die lebendige Erfahrung von Christen und anderen, die sich Gott ihrem Kampf für Gerechtigkeit und Freiheit verpflichtet wissen, konzentriert, um dann die Formulierung gemeinsamer Überzeugungen zu versuchen, die uns allen als Richtlinien dienen mögen.

Auf diese Weise sollte die Studie ein dreifaches Ziel verfolgen:

- a) sie sollte Christen in bestimmten Gesellschaften, in denen Gewalt und Ungerechtigkeit akut sind, Hilfe leisten;
- b) sie sollte Christen in anderen Gesellschaften Richtlinien geben, wie sie das Zeugnis ihrer Brüder unterstützen können;
- c) sie sollte dem Ökumenischen Rat der Kirchen und anderen Ausdrucksformen der ökumenischen Bewegung Richtlinien geben, wie die Kirche, die ökumenische Kirche, Ungerechtigkeit bekämpfen und Freiheit unterstützen kann.

17. Es wird vorgeschlagen, die Problematik von Gewalt und Gewaltlosigkeit³⁸ im Rahmen der allgemeinen Frage des legitimen und illegitimen Gebrauchs von politischen und

38. Hier tritt, wie bereits vom ÖRK-Zentralausschuß (Addis Abeba 1971) festgestellt, erschwerend hinzu, daß die Bedeutung von Termini wie „Gewalt“, „Gewaltlosigkeit“, „Macht“, „Befreiung“ und „Revolution“ je nach sozialem und linguistischem Kontext nicht scharf voneinander getrennt werden. Tiefe, wesentliche Unterschiede kommen oft in abweichenden Definitionen zum Ausdruck oder werden durch die Verwendung desselben Terminus verschleiert. Angesichts der verschiedenen Erfahrungen, die die Bedeutung der Termini ausmachen, müssen wir versuchen, sie so klar wie möglich zu gebrauchen. Dieser Vorschlag will dem Rechnung tragen.

sonstigen Formen sozialer Macht sowie der Frage nach dem rechten Gebrauch der Macht für den Wandel der Gesellschaft in Richtung menschlicher Gerechtigkeit, Freiheit und Frieden zu behandeln. In den bisherigen ökumenischen Diskussionen gibt es folgende Übereinstimmungen, Meinungsverschiedenheiten und weiter zu behandelnde Fragestellungen:

a) Es besteht allgemeine Übereinstimmung darüber, daß die Regierungsmacht legitim funktioniert, wenn das Wohl des Staates und die Freiheit des einzelnen gefördert und vor der Bedrohung durch einzelne und Gruppen geschützt werden. Niemand würde alle öffentlichen Kontrollen der Macht der Starken im Umgang mit den Schwachen abschaffen wollen. Der christliche Glaube gibt sich keinesfalls der Illusion hin, daß die Menschen ohne jede Regierung in Frieden und Freiheit leben würden. Wenn eine Regierung mit Macht versucht, die Macht des einzelnen im Interesse des öffentlichen Wohls und der individuellen Freiheit einzuschränken, dann sagen wir, sie besitzt Autorität.

Es besteht auch allgemeine Übereinstimmung darüber, daß die Regierungsmacht oft auf verschiedene Weise und verschieden stark mißbraucht wird, um das öffentliche Wohl und die Freiheit der einzelnen zu untergraben, und daß es einen Punkt gibt, an dem dies zum gewaltsamen Gebrauch politischer Macht wird, selbst wenn die Ordnung aufrechterhalten ist. Wenn wir herausfinden wollen, wo Gewalt in der menschlichen Gesellschaft ihren Ursprung nimmt, wenn wir auch herausfinden wollen, welche Mittel zur Verfügung stehen, um zu erkennen, wann und wo ihre Macht Ausdruck von Autorität – starker Autorität vielleicht – einerseits und Gewalt andererseits ist.

b) Es besteht Übereinstimmung darüber, daß zahlreiche Formen der Macht, insbesondere auf wirtschaftlichem, technologischem und wissenschaftlichem Gebiet, nur unzureichend von irgendeiner öffentlichen Einrichtung kontrolliert werden und Elemente der Kreativität für eine größere Fülle menschlichen Lebens, aber auch der Gewalt gegenüber den einen im Interesse der anderen in sich vereinigen. Konkrete Situationsanalysen sind erforderlich, um zu erkennen, was befreit und was gewaltsam ist.

c) Es besteht Übereinstimmung über die Grundfrage, die sich christlicher Aktion und Verantwortung stellt: Wie können Macht oder Machtlosigkeit eingesetzt werden, um „die Summe von Gewalt in der Welt zu verringern und Menschen für gerechte und friedliche Beziehungen zueinander zu befreien“ (*Frieden – Imperativ unserer Zeit*; SODEPAX-Bericht über die Badener Studententagung). Ziel des sozialen Wandels ist eine Gesellschaft, in der alle Menschen an den Früchten und Entscheidungsprozessen teilhaben können, in der die Machtzentren genau determiniert sind und sich verantworten müssen, in der die Menschenrechte für alle tatsächlich verwirklicht werden und die verantwortungsbewußt gegenüber der gesamten Menschheit und den kommenden Generationen handelt.

18. Bei der Analyse jeder der drei oben genannten Bereiche mag es sehr wohl zu Meinungsverschiedenheiten unter den Christen kommen, die in bezug auf den dritten Fragenbereich besonders evident werden. Eine Möglichkeit, diese Unterschiede aufzuzeigen, wäre, sie je nach Oppositionstärke gegenüber der Regierungsmacht und den übrigen von ihr getragenen Mächten auf einer Skala einzuordnen:

Strategien für den Ausbau der
Partizipation innerhalb relativ
gerechter Machtstrukturen

Strategien für die Zerschlagung
grundlegend ungerechter Macht-
strukturen

Unberücksichtigt bleibt dabei allerdings der qualitative Unterschied, den viele zwischen verschiedenen Möglichkeiten, den sozialen Wandel und die Verlagerung der Macht herbeizuführen, gemacht wissen wollen;

- i) Nutzung der Macht- und Einflußsphären, die im Rahmen der bestehenden Regierungs-, Industrie-, Technologie- usw. -strukturen dem Wandel offenstehen;
- ii) gewaltlose Strategien für die Ausübung von Pressionen auf die bestehenden Strukturen;
- iii) Schaffung neuer Sozialstrukturen als Alternative zu den bestehenden;
- iv) Strategien für den gewaltsamen Kampf gegen bestehende Strukturen.

19. Jede dieser Alternativen stellt grundlegende Fragen an alle anderen. Wie das geschieht, sollte Gegenstand der von uns empfohlenen Studie sein. Nachfolgendes ist daher nur im Sinne einiger Beispiele zu verstehen.

Wenn man sich ausschließlich für die erste Alternative entscheidet, nimmt man dann die hartnäckige und tief verwurzelte strukturelle Gewalt ernst genug? Wird dadurch nicht manchen Gruppen in der Gesellschaft Stimme und Einfluß permanent verwehrt? Begünstigt eine scheinbar demokratische Gerechtigkeit nicht tatsächlich die Reichen und Mächtigen? Ist es möglich, in einer sündigen Welt Gerechtigkeit zu schaffen, ohne eine wirklich soziale Verschiebung der bestehenden Machtzentren vorzunehmen?

Wenn man sich für die zweite Alternative entscheidet, wie wird dann Gewaltlosigkeit als eine konstruktive Aktionsform in konkreten Situationen verstanden? Welche legitimen und illegitimen Zwänge übt sie aus? Umgekehrt, inwieweit wird die Regierungsstruktur durch bestimmte Akte bürgerlichen Ungehorsams bestätigt oder in Frage gestellt?

Wenn man sich in erster Linie für die dritte Alternative entscheidet (die natürlich mit einer der übrigen drei kombiniert werden kann), welche Beziehung besteht dann zwischen diesen neuen Strukturen und der maßgeblichen Umgestaltung der gesamten Gesellschaft? Wird dieser Weg als eine Hoffnung für die ganze Welt oder als Alternative zu dieser Hoffnung eingeschlagen?

Wenn man sich für die vierte Alternative entscheidet, wie ist dann Gewalt definiert, determiniert und kontrolliert? Welche Struktur soll die Anwendung von Gewalt herbeiführen? Wie sieht das Zusammenspiel von konstruktiven und destruktiven Kräften bei der Gestaltung der Zukunft aus?

Schließlich gibt es Fragen, die sich an alle diese Alternativen richten. Hier seien nur zwei, den Extremfall darstellende Fragen genannt:

Wie sehen christliche Hoffnung und Verantwortung aus, wo es keine politisch absehbare Möglichkeit des Wandels oder der Zerschlagung gewaltsamer und ungerechter Macht zu geben scheint? Kann das Kreuz Christi in diesem Fall als eine Quelle der Hoffnung und Orientierung des christlichen Lebens angesehen werden oder aber als Element in weniger extremen Situationen? Welche Relation besteht zwischen der Aktion und dem Leiden in christlicher Antwort auf Gott in der menschlichen Gesellschaft?

Wie kann andererseits menschliche Strategie für den sozialen Wandel vor Selbstgerechtigkeit bewahrt und auf die neue Schöpfung bezogen werden, in der Feindschaft überwunden ist und alle Menschen neu sind? Wie verhält sich göttliche Versöhnung mit ihren Dimensionen Urteil und Vergebung für alle Menschen zu menschlicher Aktion für Gerechtigkeit und Freiheit?

20. Das Projekt sollte in Zusammenarbeit mit mindestens drei Personenkategorien innerhalb und außerhalb der Kirchen durchgeführt werden:

- diejenigen, die sich ihres Engagements in Konfliktsituationen bewußt sind und täglich mit der Problematik sozialer Gewalt konfrontiert sind; denen ein ökumenischer Studienprozeß aus breiterer Perspektive und größerer Distanz von unmittelbaren Zwängen vielleicht helfen kann;
- diejenigen, die sich nicht in derartige Konfliktsituationen verstrickt wähnen und beständig geneigt sind, allzu einfache Lösungen zu wählen; die ihr Verständnis und Verstehen vertiefen und sich aktiv engagieren müssen;
- diejenigen, die sich in Regierungen, politischen Gruppen, Befreiungsbewegungen, akademischen Instituten usw. mit derartigen Fragen auseinandersetzen und den Beitrag der Kirchen zu ihrem Denken und Handeln begrüßen.

21. Diese Studie sollte sich auf mehrere spezifische Konfliktsituationen – etwa das südliche Afrika, Brasilien, Nordirland, Ostpakistan, den Kampf der Schwarzen und anderer Minderheitsgruppen in den USA – konzentrieren, und zwar durch Kontakte der Mitarbeiter, Zusammenstellung der Verbreitung von Schriftmaterial und, soweit möglich, das Zusammenbringen von Menschen, die aktiv in derartigen Situationen engagiert sind, um deren jeweilige Strategien zu analysieren und bewerten und über mögliche Alternativen „realistisch zu träumen“. Berücksichtigt werden sollten auch potentielle Konfliktsituationen in anscheinend stabilen Gesellschaften, z. B. Teile Westeuropas. Dies müßte vor dem Hintergrund einer gleichzeitigen Analyse der aktiven sozialen Mechanismen geschehen, es müßten auch Kontakte zu entsprechenden Studienzentren, Instituten und Aktionsgruppen in verschiedenen Teilen der Welt aufgenommen werden, um festzustellen, welche

Fragen hier von lebenswichtiger Bedeutung sind, wo entscheidende Durchbrüche erfolgen und welche Schlüsselgedanken aufgegriffen werden sollten.

22. Im Verlauf dieser Untersuchung sollten folgende Punkte mit besonderer Aufmerksamkeit behandelt werden; präzise Definitionen der angestrebten Ziele; in welchem Maß diese Ziele den gewählten Mitteln inhärent sind; das Verständnis von Gewalt und Gewaltlosigkeit; die Existenz und Dauer eines kohärenten sozialen Trägers des Wandels; die ethischen Kriterien für Entscheidungsbildung und Handeln; die christliche Motivation bestimmter Entscheidungen und Aktionen.

23. Im besonderen werden folgende Möglichkeiten bereits erprobt oder bieten sich an:

a) Verschiedene Kirchenführer und Theologen sind gebeten worden, die in ihren Augen wichtigen theologischen Fragestellungen, die weitere ökumenische Studien auf diesem Gebiet erfordern, auszumachen. Das aus ihren Antworten zusammengestellte Material wird sich von Nutzen erweisen für jegliche Tagung, die mit Vertretern der ÖRK-Mitgliedskirchen in Südafrika zustande kommen mag, aber auch für die Zukunft dieser spezifischen Studie.

b) Es wird Verbindung aufgenommen mit Kirchen, Christenräten, theologischen Fakultäten usw., um festzustellen, welche Studien schon auf diesem Gebiet durchgeführt, welche gegebenenfalls geplant sind. Um dieses Material auszuwerten und an einen größeren Personenkreis zu vermitteln, müßte irgendein System gefunden werden.

c) Im Anfangsstadium der Untersuchung sollte eine kurze, annotierte Bibliographie maßgeblicher Literatur zusammengestellt sowie eine Liste bestehender Studienzentren angelegt und für die Kirchen, aber auch das Projekt selbst zur Verfügung stehen.

d) Der Stab sollte eine Reihe von Studienblättern veröffentlichen, die u. a. über den jeweiligen Stand des Projekts, laufende Studien an anderen Instituten und Zentren und Material zur Unterstützung von Diskussion und Engagement der Kirchen auf diesem Gebiet informieren würden. Studienblätter, die direkt aus dem Studienprozeß hervorgehen, sollten gesondert in den bestehenden ökumenischen Veröffentlichungen erscheinen.

e) Man sollte irgend etwas Schriftliches planen. Ein Historiker oder mehrere Historiker könnten beauftragt werden, sich mit Menschen und Situationen zu beschäftigen, wo die christliche Gemeinschaft in der Vergangenheit einen besonders schöpferischen Beitrag zu diesen Fragen geleistet hat, und dabei vor allem den tragenden theologischen und ethischen Voraussetzungen Aufmerksamkeit schenken. Mehrere Ethiker und Theologen könnten dann gebeten werden, diese Voraussetzungen auf ihren heutigen Wert zu prüfen. Andererseits wäre eine Serie biographischer (oder wenn möglich autobiographischer) Darstellungen denkbar, um zu zeigen, wie bestimmte Menschen in bestimmten Situationen sich auf der Grundlage des christlichen Glaubens mit der Problematik der sozialen Gewalt auseinandergesetzt haben.

f) Drei Arten von Konsultationen könnten sich bei der Durchführung des Projekts von Nutzen erweisen: eine Konsultation, die über den gegenwärtigen Forschungs- und Erfahrungsstand einen Überblick gibt und eine Bewertung versucht; eine Konsultation, die sich mit einer oder mehreren der in der Diskussion aufgeworfenen langfristigen theologisch-ethischen Fragen auseinandersetzt; und eine dritte Konsultation, die das Projekt insgesamt noch einmal überprüft, bevor dem ÖRK-Zentralausschuß auf seiner Tagung im August 1973 ein Schlußbericht vorgelegt wird.

24. Angesichts der kritischen Finanzsituation, mit der der Ökumenische Rat in unmittelbarer Zukunft konfrontiert ist, müssen die erforderlichen Projektmittel größtenteils außerhalb des Allgemeinen ÖRK-Haushalts gefunden werden. Von der Mobilisierung dieser Mittel hängt es ab, inwieweit die oben dargestellten Pläne verwirklicht werden können.

25. Kirchen, sonstige Gruppen und Einzelpersonen, die sich über die Entwicklung des Projekts informieren oder an der Diskussion teilnehmen möchten, sind gebeten, mit dem ÖRK-Referat für Kirche und Gesellschaft Verbindung aufzunehmen.

In die Materie selbst versuchte die Konsultation von Cardiff einzudringen, die nachstehende Ergebnisse vorlegte:

BERICHT VON DER KONSULTATION ÜBER
„GEWALT, GEWALTLOSIGKEIT UND DER KAMPF UM SOZIALE GERECHTIGKEIT“

Cardiff (Wales), 3.–7. September 1972

Vorbemerkung des Herausgebers

Die zunehmenden Diskussionen über „Gewalt“ und „Gewaltlosigkeit“ im heutigen Kampf um Gerechtigkeit und Befreiung veranlaßten den Zentralausschuß des Ökumenischen Rates der Kirchen im Jahre 1971, die Untereinheit „Kirche und Gesellschaft“ zu ersuchen, eine Analyse des Problems vorzunehmen und hierüber Bericht zu erstatten. Nach einer Reihe von Sondierungen fand im September 1972 eine größere Konsultation über dieses Thema statt, an der etwa 50 Personen teilnahmen. Der nachstehende Bericht behandelt diese Konsultation.

Die Teilnehmer kamen mit sehr unterschiedlichen praktischen Erfahrungen und vertraten eine Vielzahl von Auffassungen. Anwesend waren Wissenschaftler (Theologen, Friedensforscher, Politologen), führende Persönlichkeiten der Kirche und Aktivisten – manche von ihnen alles zugleich! Einige blickten auf eine langjährige Erfahrung mit der gewaltlosen Aktion zurück, eine Minderheit war überzeugt, daß in ihrer Lage einzig revolutionäre Gewalt erfolgversprechend sei, während wieder andere sich in keine dieser Kategorien einreihen ließen. Die Teilnehmer wurden aufgefordert, die Begriffe „Gewalt“ und „Gewaltlosigkeit“ zu klären, ferner darzulegen, was zur gewaltlosen Aktion gehört, und einige der biblischen und theologischen Fragen näher zu bestimmen, denen die Kirche gegenübersteht.

Wie der Bericht zeigt, sind manche Themen auf der Konsultation einigermaßen erschöpfend diskutiert worden. Anderen dagegen wurde nicht genügend Aufmerksamkeit gewidmet, und noch andere sind aus Zeitmangel im Plenum überhaupt nicht erörtert worden. Die nachstehenden Ausführungen sind deshalb nicht als eine sorgfältig ausgefeilte Darstellung der auf Konsultation festgestellten übereinstimmenden Auffassungen zu den einzelnen Fragen anzusehen, sondern vielmehr als eine Aufzählung der Probleme und eine Zusammenstellung von Ansichten, Erfahrungen und konkreten Vorschlägen für eine weitere Prüfung.

Es ist zu beachten, daß die Konsultation von Cardiff aufgefordert war, *zum ÖRK*, nicht aber *in dessen Namen* zu sprechen. Denn dieser Bericht ist nur ein erster Schritt zur Vorbereitung des Materials, das die Arbeitsgruppe „Kirche und Gesellschaft“ im August 1973 der Tagung des Zentralausschusses des ÖRK zur Prüfung und weiteren Veranlassung vorlegen wird. Ferner ist u. a. geplant, eine kleinere Zusammenkunft abzuhalten, die sich mit der Aussage der Bibel über die Einstellung Jesu zur Macht befassen soll.

Wir bitten Sie, inzwischen den nachstehenden Bericht durchzusehen und uns Ihre kritischen Bemerkungen oder speziellen Vorschläge mitzuteilen, die Ihrer Meinung nach bei der Abfassung des endgültigen Textes berücksichtigt werden sollten. Endtermin für die Übersendung Ihrer Mitteilungen ist der 31. März 1973, sie sind an folgende Anschrift zu richten: Kirche und Gesellschaft, Ökumenischer Rat der Kirchen, 150, route de Ferney, 1211 Genf 20, (Schweiz).

James M. Lawson, Vorsitzender der Tagung
David M. Gill, Berichterstatter

I. Die christliche „Vision der Weltgemeinschaft“

1. Wenn wir unseren Bericht mit dem Hinweis auf die umfassende christliche „Vision“ beginnen, die uns trägt, so heißt dies nicht, daß wir die Spannungen und Gegensätze einer gewalterfüllten Welt vergessen, deren wir uns ebenso wie alle anderen Menschen bewußt sind. Mitten in unserer Tagung erreichte uns die Nachricht von den blutigen Ereignissen während der Olympischen Spiele in München. Wir hörten einen Vortrag, der den Hintergrund der Gewalttätigkeiten in Nordirland analysierte. Wir besuchten Aberfan, wo 1966 zahlreiche Kinder ums Leben kamen, als eine Schutthalde abrutschte, bei der die Sicherheitsvorschriften nicht genügend beachtet worden waren. Ereignisse wie diese werden von den Menschen überall in der Welt, ungeachtet ihres religiösen oder ideologischen Glaubensbekenntnisses, schmerzlich empfunden. Sie standen uns vor Augen, als wir die gesellschaftliche Gewalt und anschließend den Appell an die Kirchen diskutierten. Es geht uns auch

nicht darum, christliche Verhaltensweisen zu beschönigen, die dem verkündigten Glauben zu widersprechen scheinen. Aber bei der Abfassung eines Dokuments für den Ökumenischen Rat der Kirchen denken wir zunächst an den christlichen Standpunkt, von dem aus wir sprechen, und an das Zukunftsbild und die Verpflichtung, die sich daraus ergeben.

2. Die Worte des Psalmisten „Die Erde ist des Herrn und was darinnen ist, der Erdboden und was darauf wohnt“ müssen mehr als je zuvor von uns bekräftigt werden. Zu den Bewohnern der Erde gehören auch die Menschen, ungeachtet ihrer Stellung oder Lebensverhältnisse. Kein Mensch, keine Gruppe oder Schicht der Bevölkerung, kein Volk kann für sich allein leben. Alle Menschen auf Erden sind untereinander unauflöslich verknüpft in einer Gemeinschaft, in der einer für den anderen verantwortlich ist. Deshalb können wir – bevor wir das religiöse Element ansprechen – sagen, daß niemand für sich allein existiert und daß niemand sein eigener Herr ist. An diesem Punkte setzt die Religion ein. Die christlichen bzw. religiösen Bemühungen, ob man sie nun Erziehung, Mission oder Verkündigung nennt, wollen erreichen, daß der einzelne – ob Mann oder Frau – nicht länger glaubt, er selbst und seine engere Gruppe lebe für sich allein. Der einzelne soll sich selbst und die anderen im Zusammenhang der menschlichen Gesellschaft, als Mensch in der Gemeinschaft, sehen.

3. Die Tatsache, daß der Mensch für die Gemeinschaft geschaffen ist und sein Menschentum nur in ihr verwirklicht, ist bereits anerkannt, wenn eine solche Gemeinschaft in den bekannten Formen der Familie, der Gruppe, des Stammes, der Klasse oder der Nation besteht. Es ist jedoch nützlich zu bemerken, daß sich niemand diese Formen der Gemeinschaft selbst aussuchen kann. Daher liegt der Nachdruck darauf, daß die Gemeinschaft „von Gott gegeben“ ist. In der Vergangenheit waren Denken und Lehre, Predigen und Lebensführung entwickelt und geleitet von der Idee, daß jede dieser anerkannten menschlichen Gemeinschaften in sich geschlossen und von den anderen scharf getrennt sei. Daraus ergab sich ein Kirchturmdenken auf allen Gebieten und ein Sektierertum, das den Gegensatz zu den anderen Gemeinschaften betonte. Durch die Auffassung von gutem oder bösem Verhalten sind diese einzelnen partikularistischen Bezeichnungen geprägt worden.

4. Dieses Verständnis aber entspricht keineswegs dem Bild der Welt, wie es nach dem Willen Gottes gestaltet sein sollte. Christus kam in die Welt, damit „alle Menschen“ gerettet werden können. Er unterwarf sein Leiden und Sterben gehorsam dem Willen des Vaters und dessen Liebe für die ganze Menschheit; seine eigene Stellung und Botschaft vom Reich Gottes verstand er als entscheidenden Beitrag dazu. Er sammelte um sich den Kern einer neuen Gemeinschaft als die ersten Früchte der neuen Menschheit. Diese Gemeinschaft wurde nach seinem Tod und seiner Wiederauferstehung neu gebildet, Anhänger Christi treten ihr gewöhnlich durch die Taufe bei. Sie ist in die Welt gesetzt mit Christi Auftrag an seine Jünger, in „alle Welt“ zu gehen, als sichtbares Zeichen jener Gemeinschaft der Menschheit, von der wir bereits geschrieben haben. Die Gemeinschaft wird damit umfassender verstanden, sie geht über die Familie, die Gruppe, den Stamm, die Nation sowie die Rasse, die Kultur, die Situation von reich und arm, über Geschlecht und sogar über die Gemeinschaft der Gläubigen hinaus. Aber in der Vergangenheit hat sich sogar die Kirche partikularistisch gesehen, als Gegensatz zur Welt. Theologische Überlegungen konzentrierten sich häufig auf „das Volk Gottes“, als sei die übrige Menschheit nicht auch Volk Gottes. Dieses Streben des Menschen, als Individuum oder als Gruppe, die Gemeinschaft möglichst eng abzugrenzen, wurzelt in seinem Bemühen um Sicherheit für sich selbst und seine Gruppe. Wie töricht dies ist, zeigen die Worte des Herrn „Wer sein Leben zu retten sucht, wird es verlieren“. Aber es wirkt sich auch auf andere negativ aus, denn wer jemandem die Gemeinschaft versagt, versagt ihm auch das Menschsein. Mit anderen Worten, er weigert sich, das Abbild Gottes im Nächsten zu sehen, und leugnet damit auch Gott. Diese Weigerung, dem anderen Liebe (Agape), d. h. Anerkennung, Achtung und Fürsorge zu gewähren, tut ihm Gewalt an. Gewalt kann deshalb verstanden werden als jede Verletzung der Gemeinschaft der Menschheit, wie wir sie im Lichte der Lehren Christi zu verstehen haben.

5. Hier, von diesem Standpunkt aus und auf diesem Hintergrund, muß die Diskussion über Gewalt, Gewaltlosigkeit und die Kirchen einsetzen. Wir können im Jahre 1972 nicht über etwas Geringeres sprechen als über die Gemeinschaft der Menschheit. In diese Ge-

meinschaft gelangt man nicht wegen seiner Rasse, seines Geschlechts, seiner Religion, seiner Klasse oder Nation, sondern durch die Geburt. Jede Handlung, ob vorsätzlich oder nicht, durch die ein menschliches Wesen von der Beteiligung an dieser Gemeinschaft der Menschheit oder von der Teilhabe an ihren Segnungen und Verantwortlichkeiten ausgeschlossen wird, tut dieser Person oder Personengruppe Gewalt an.

6. Der Sinn der „Gemeinschaft“ ergibt sich klarer, wenn wir von den Beziehungen im Rahmen des Bundes ausgehen, den die Kirche verkündet. Der Mensch ist nicht Teil einer ewig bestehenden Struktur, er ist auch keine Macht, die Universalität beanspruchen kann und die bei ihrer Selbstverwirklichung alle Grenzen überschreitet. Er steht in Beziehung zu dem Gott, der ihn und seine Mitmenschen ins Leben berufen hat, begrenzt und gleichzeitig befreit durch diese Gemeinschaft, in deren Existenz Gottes Ziel, die Erlösung der Menschheit, zum Ausdruck kommt. Gewalt ist somit nicht die Verletzung einer gegebenen Ordnung, der Widerstand gegen eine eingesetzte Obrigkeit oder die Einschränkung der individuellen Selbstäußerung. Sie ist vielmehr jene vom Menschen gegen seinen Mitmenschen angewandte Macht, welche die Beziehungen gegenseitigen Bejahens, Vertrauens, Teilens, kurz den Frieden des von Gott gewollten Bundes verletzt, zerstört oder ihnen entgegenwirkt. Die Kirche ist dazu berufen, Zeichen und Zeuge dieses Bundes zu sein und Gott zu helfen, diese Beziehungen zwischen der Welt und ihm zu verwirklichen.

7. Die Kirche muß verstanden werden, als Zeuge für Christi Sieg, nicht nur im Leben des einzelnen, sondern auch in der Gemeinschaft. In diesem Zusammenhang hat ihr Dienst seinen Platz. Gottes Wille, wie wir ihn sehen, ist darauf gerichtet, in der Welt durch die Kirche eine neue Gemeinschaft zu schaffen, die alle Menschen aller Hautfarben und Kulturen umfaßt. Was für uns zur Diskussion steht, sind im wesentlichen die in der Menschheit vorhandenen sündigen Bestrebungen, die hartnäckig diese Hoffnung und dieses Ziel zu vereiteln suchen. In einem Punkt ist die Kirche in der ganzen Welt aufgerufen, Buße zu tun, nämlich da, wo sie sich sektiererisch verhalten und nicht erkannt hat, daß ihre grundlegende Aufgabe darin besteht, jene Gemeinschaft zu errichten, die so beschaffen und konzipiert ist, daß die ganze Menschheit in ihre Liebe, Anerkennung, Fürsorge und Achtung eingeschlossen ist. Die Tatsache, daß eine solche Gemeinschaft in unserem Leben heute in der Welt nicht zu erkennen ist, bedeutet eine Anklage gegen die Predigt und Lehre der Kirche und das Leben ihrer Gemeinden.

8. Wir beabsichtigen somit nicht, in unseren Darlegungen über die in Christus gegebene Vision einer Weltgesellschaft die Diskrepanz zwischen dieser Vision und der Wirklichkeit im Leben der Kirche zu bemängeln. Weder die Welt noch die Kirche hat bisher die Gemeinschaft gekannt, von der wir sprechen. Wir müssen leider anerkennen, wie sehr die Kirchen im Einzelfalle dazu neigen, ein Engagement für eine Gemeinschaft auf der Seite der Armen zu vermeiden und zu frommen Floskeln, ohne eine genaue Analyse der Verhältnisse, ihre Zuflucht zu nehmen. Unbequemen Fragen, wie z. B. einer Prüfung der Klassensituation oder der Repressionsmechanismen, ist man ausgewichen. Durch die Verwässerung von Begriffen wie „Versöhnung“ und „Liebe“ ist die mit ihnen verbundene Aufforderung zu kostspieliger christlicher Parteinahme für die Vergessenen und Unterdrückten dieser Erde verschleiert worden. Und doch behaupten wir, daß die Kirche selbst der strengste Kritiker ihres eigenen Verhaltens sein kann: sie verehrt den, dessen Herrschaft alle geringeren Treuepflichten und ihre jeweilige Bedeutung unterliegen; sie nennt Herr den, dessen hingebende Liebe sich allen Menschen zuwendet; und sie weiß aus eigener Erfahrung, was es heißt, eine „Gemeinschaft des Heiligen Geistes“ zu sein. Deshalb kann sie trotz ihrer Versäumnisse eine Quelle der Stärke, der Erneuerung und der Versöhnung sein.

II. Der Begriff der gesellschaftlichen Gewalt: Relevanz und Nützlichkeit

9. Gemeinschaft und eine Versöhnung der Menschheit ist erst dann erreicht, wenn unter ihren Mitgliedern keine Gewalt angewendet wird, Gewalt ist eine Verletzung der Gemeinschaft. Gewalt kann auch genauer definiert werden als die Ursache des Unterschiedes zwischen dem möglichen und dem tatsächlichen Grad menschlicher Selbstverwirklichung, soweit es sich um die Gesellschaftsstrukturen handelt. (Darüber hinaus gibt es viele Stufen der Selbstverwirklichung, einschließlich der Transzendenz seiner selbst, bei der wir uns in

den Dienst einer Sache stellen, die wir zu der unsrigen machen). Diese Definition muß hier näher erläutert werden³⁹.

10. Erstens ist nur der *vermeidbare* Unterschied als relevant anzusehen. Wenn die zu einer gegebenen Zeit vorhandenen Mittel und Erkenntnisse die Selbstverwirklichung beschränken, so hat dies mit Gewalt nichts zu tun. Nur der (im weitesten Sinne des Wortes) durch Menschen verursachte Unterschied ist in diesem Zusammenhang zu untersuchen.

11. Ferner gibt es zwei hauptsächlich Formen – oder Manifestationen – der Gewalt. Eine von ihnen ist die *unmittelbare* oder *personelle* Form; bei ihr wird die Gewalt von einer Person oder Personengruppe absichtlich gegen andere angewandt. Es handelt sich meist um physische Gewalt (Töten, Foltern, Verletzen, Freiheitsentzug). Sie schränkt ganz offensichtlich die Selbstverwirklichung des Opfers, und in vielen Fällen die des Täters, ein. Die andere Erscheinungsform ist die *gesellschaftliche* Gewalt. Sie liegt dann vor, wenn Mittel und Macht ungleich verteilt und in den Händen einiger weniger konzentriert sind, die sie nicht dazu verwenden, die mögliche Selbstverwirklichung aller Mitglieder zu erreichen, sondern Teile davon für die Befriedigung eigener Bedürfnisse durch die Elite oder für Zwecke der Beherrschung, Unterdrückung und Kontrolle anderer Gesellschaften oder der unterprivilegierten Mitglieder der gleichen Gesellschaft gebrauchen. Ge-

39. *Anm. des Herausgebers:* Diese Definition stammt von Johan Galtung, dem Direktor des Instituts für Internationale Friedensforschung in Oslo, dessen grundlegender Artikel „Violence, Peace, and Peace Research“ (siehe *Journal of Peace Research*, Jg. 1969, Nr. 3, S. 169–191) den Teilnehmern an der Konsultation vorlag. Hierzu sind vier Bemerkungen angezeigt.

1. Auf der Konsultation wurde wenig Zeit dafür verwendet, Begriffsbestimmungen auszufeilen. Natürlich wollten die Teilnehmer aber den Begriff Gewalt so festlegen, daß das, was hier „gesellschaftliche Gewalt“ genannt wird, mit Sicherheit darunter fällt, und daß der bei Christen in der westlichen Überflußgesellschaft bestehenden Tendenz entgegengetreten wird, nur jene Formen von Gewalt zu sehen, die bewußt gewählt werden, eine physische Wirkung hervorrufen und von den Hütern der etablierten „Ordnung“ mißbilligt werden.

2. Galtungs Ansatz ist zwar kennzeichnend dafür, in welcher Richtung die Friedensforschung vorgeht, auch hat sein Beitrag die ganze Bewegung wesentlich beeinflusst, aber man kann nicht sagen, daß alle seine Mitarbeiter der gleichen Ansicht sind (vgl. im Gegensatz dazu Gene Sharps enger gefaßte Definition in dem Anhang zu diesem Bericht). Es ist noch immer streitig, ob Galtung den Begriff tatsächlich geklärt oder ihn vielmehr derart erweitert hat, daß er praktisch nutzlos ist. Den Bemühungen der Friedensforschung um eine Erweiterung dieses Begriffs entspricht eine gleiche Tendenz in der christlichen Sozialethik (vgl. *Appell an die Kirchen der Welt*, Dokumente der Weltkonferenz für Kirche und Gesellschaft im Jahre 1966, S. 170–171).

3. Die soziologische Ausdrucksweise der Definition steht im Gegensatz zu der theologischen Sprache der Punkte 4, 5 und 6 dieses Berichts. Es sollte nicht voreilig angenommen werden, daß sie miteinander vereinbar sind, denn Galtungs Begriffsbestimmung gibt Anlaß zu Fragen theologischer Natur. Berücksichtigt Galtung genügend die legitime Beschränkung, die der „Selbstverwirklichung“ durch das Vorhandensein und die Ansprüche des Nächsten auferlegt ist, d. h. konkret durch die legitime und notwendige Zwangsfunktion des Staates? Er spricht in seiner Definition von dem menschlichen Potential, aber welches sind die religiösen, kulturellen und sonstigen Voraussetzungen, die unsere Einsicht in das, was menschliche Erfüllung mit sich bringt, formen? Der Mensch hat unendlich viele Möglichkeiten, nach welchen Kriterien sollen wir deshalb entscheiden, ob einige von ihnen einen dringenderen Anspruch auf Verwirklichung haben als andere?

4. Die breitangelegte Definition von Gewalt erweist sich als schwierig, wenn bestimmte Aktionsstrategien als „gewaltsam“ oder „gewaltlos“ klassifiziert werden sollen. In den nachfolgenden Abschnitten ist man zu einem engergefaßten Gebrauch übergegangen, und der Bericht stellt damit unbewußt ein gutes Beispiel dar für die begriffliche Problematik, vor der wir stehen.

sellschaftliche Gewalt liegt auch dann vor, wenn Macht und Mittel ohne eine ständige und wechselseitige Diskussion zwischen den Mitgliedern der Gesellschaft darüber, für welche Zwecke sie eingesetzt werden sollen, verwendet werden. Bei einer solchen Diskussion sollten zur Vermeidung gesellschaftlicher Gewalt alle Mitglieder den gleichen Einfluß auf die Beschlußfassung haben. Für das Vorliegen gesellschaftlicher Gewalt gibt es somit zwei Merkmale: einmal, wenn die Früchte der Gesellschaft nicht gleichmäßig verteilt werden, und zum anderen, wenn es an einer gleichmäßigen (und gleichmäßig wirksamen) Mitwirkung an der Entscheidungsbildung fehlt.

12. Im Laufe der Zeit kommt es dazu, daß derartige Strukturen einer ungleichen Verteilung von Mitteln und Macht Gewalt verkörpern – sie ist der Struktur inhärent –, wenn es auch unmöglich sein wird, einzelne Personen als „verantwortlich“ für die in dieser Weise bestehende Gewalt zu identifizieren. Es wird jedoch möglich sein, jene Personen, Gruppen, Klassen oder Nationen zu identifizieren, die für besondere Handlungen verantwortlich sind, welche zur Erhaltung oder Erweiterung der Herrschafts- und Kontrollstrukturen unternommen werden. Jedes Bemühen um eine Erneuerung der Gemeinschaft und eine Versöhnung der Menschheit wird die Umwandlung derartiger Strukturen erfordern, um andere zu schaffen, die die uneingeschränkte Selbstverwirklichung aller Menschen als Mitglieder der Gemeinschaft ermöglichen.

13. Der Begriff der gesellschaftlichen Gewalt ist auch nützlich, wenn man seinen Gegenpol aufzeigt, nämlich jene Strukturen, bei denen Mittel und Macht gleichmäßig verteilt und daher die Schranken beseitigt sind, die einer Beteiligung am schöpferischen Prozeß der Gemeinschaft entgegenstehen, durch die der einzelne sich selbst transzendiert.

14. Der Begriff der gesellschaftlichen Gewalt ist jedoch vor allem nützlich für die Klärstellung, welches der Ursprung der Gewalt ist, auch wenn es keine individuellen Urheber gibt, die für sie verantwortlich gemacht werden können; das heißt, wenn das Funktionieren der Gesellschaft an sich, so wie es sich mit der Verteilung von Macht und Mitteln herausgebildet und entwickelt hat, die Quelle der Gewalt ist. Andererseits wird die vorhandene gesellschaftliche Gewalt häufig von den herrschenden Klassen oder Gruppen gestützt, die sie als ihre Eigeninteressen dienlich ansehen. Das gleiche gilt für herrschende Staaten (oder Staatengruppen) in allen Teilen der Welt. Dies ist nicht nur ein Problem des Westens oder des Ostens oder der Supermächte, es ist in vielen Fällen auch in der Dritten Welt anzutreffen.

15. Im Zusammenhang mit der sehr weit gefaßten Definition des Begriffs gesellschaftliche Gewalt, die in unserer Gruppe häufig verwendet wurde, wiesen einige Teilnehmer darauf hin (ohne daß dieser Punkt diskutiert wurde), daß die Gesellschaft weitgehend auf männlichen Wertvorstellungen beruhe und die Macht größtenteils in den Händen von Männern liege. Die Kirche sei charakteristisch dafür. Die Frauen müßten bereit sein, ihre eigene (nicht eine ihnen von den Männern aufgedrängte) Identität zu finden und für sie zu kämpfen, und die Männer sollten bereit sein, ihnen dabei zu helfen.

16. Natürlich müssen die Strukturen auf allen Ebenen – örtlich, national und international – untersucht werden. Der Begriff der gesellschaftlichen Gewalt ermöglicht es in vielen Fällen, den Ursprung der Gewalt, die in einem Teil der Welt auftritt, auf Prozesse zurückzuführen, die in ganz anderen Teilen der Welt entstanden sind. So haben sich z. B. in Entwicklungsgebieten Bündnisse zwischen einheimischen Eliten und auswärtigen Kräften ergeben, die ausbeuterische Beziehungen untermauern. Durch solche Bündnisse werden politische Regime, wirtschaftliche Beziehungen und Entwicklungsmodelle, die mit ihren Interessen vereinbar sind, gefördert und geschützt. Durch sie werden Modernisierungsformen, manchmal im Zusammenwirken mit neuen militärischen Eliten, aufgezwungen, die zu Paternalismus und Abhängigkeit führen. Daraus ergeben sich beträchtliche Disparitäten in bezug auf Macht und Aufstiegsmöglichkeiten, sowohl innerhalb der Nationen als auch im Verhältnis zueinander. Die Volksmassen bleiben verhältnismäßig passiv, unfähig zu einer wirksamen Teilnahme an grundlegenden Entscheidungen, die ihr Leben beeinflussen. Ihre Welt wird zusammenhanglos. Auch wenn sie sich der Grundrechte, wie z. B. des Rechtes auf Gesundheitsfürsorge, Bildung oder Beteiligung am Leben der Gemeinschaft und am politischen Leben bewußt werden, glauben sie gegen die in ihrer Umwelt wirkenden Kräfte, die ihnen fremd und übermächtig erscheinen, nicht aufkommen zu können. Jene Län-

der und Personengruppen, die eine privilegierte Stellung einnehmen, entdecken sehr bald Widersprüche und Konflikte in ihrer Mitte. Soziale Ungerechtigkeit und politische Unterdrückung führen zu massiver Entfremdung, nicht nur in den unteren oder benachteiligten Gruppen, die ihre ersten Opfer sind, sondern auch bei jenen, besonders der Jugend, die vermeintlich daraus Nutzen ziehen. Im Laufe der Zeit erheben sich trotz dieser gewaltigen Hindernisse einzelne Gruppen, um gegen die sie bedrückende gesellschaftliche Ungerechtigkeit zu protestieren und Widerstand zu leisten. Sie bemühen sich, ihr Volk aufzuwecken und für die schweren Aufgaben der Befreiung des Menschen – nationalen Wiederaufbau, Gemeinwesenarbeit, Führung des Volkes, schöpferische Bereicherung des einzelnen – zu mobilisieren.

III. Gewaltanwendung durch einzelne und Kollektive

17. Neben der gesellschaftlichen Gewalt ist eine weitere Form zu nennen: die Gewalt, die von Einzelpersonen oder Kollektiven ausgeübt wird. Sie entspringt der Wut, der Furcht, der Verzweiflung, dem Haß, häufig Selbsthaß, die in den Herzen der Menschen aufgestaut sind; diese Gefühle sind ihrerseits oft das psychologische Ergebnis sozialer Hoffnungslosigkeit oder Ungerechtigkeit als Folge von Verhältnissen gesellschaftlicher Gewalt, doch ist die Beziehung zwischen beiden in keinem Falle unkompliziert. Gewalt des einzelnen oder eines Kollektivs äußert sich leicht in spontanen Handlungen, die selbstzerstörerischen Charakter tragen; sie können sich gegen falsche Ziele richten oder auch Verzweiflungsausbrüche sein, die mit keiner Strategie und keinem langfristigen Ziel zusammenhängen. Hierzu gehören die tragischen Fälle von Gewaltverbrechen, die von Armen gegen Arme begangen werden. Gewalt dieser Art finden wir auch in den Ausschreitungen, bei denen Unterdrückte ihre Wut an einem beliebigen Objekt, das sich in ihrer Reichweite befindet, auslassen. Wir finden sie in Konflikten zwischen Gemeinschaften, so z. B. heute in Nordirland oder bei den Zusammenstößen zwischen Christen und Moslems auf Mindanao in den Philippinen, um nur zwei Beispiele zu nennen, bei denen Menschen, die den Namen Christ tragen, beteiligt sind. Wir finden sie in dem verzweifelten hoffnungslosen Extremismus, zu dem manche Revolutionäre ihre Zuflucht nehmen, wie es z. B. das Gefühl ohnmächtiger Wut war, das zu dem Angriff einiger palästinensischer Guerillas auf Israels Olympiamannschaft während unserer Tagung führte. Wir finden sie sowohl in der bewußt gewählten Strategie als auch in den nicht geplanten Nebenwirkungen einiger Bewegungen unserer Zeit, die sich die Befreiung gesellschaftlicher Gruppen von radikaler gesellschaftlicher Gewalt zum Ziel gesetzt haben. Aber wir finden sie auch wesentlich weiter verbreitet in der Unterstützung, die Millionen verängstigter Verteidiger eines gefährdeten Status quo den brutalen Akten polizeilicher und militärischer Intervention gewähren, wobei diese Unterstützung oft die Brutalitäten übertrifft und zu noch stärkerer und heftigerer Repression drängt.

18. Gewalt dieser Art steht in Wechselbeziehung zu der gesellschaftlichen Gewalt sozialer Verhältnisse, und zwar als Ursache wie als Wirkung. Sie muß jedoch gesondert erkannt und behandelt werden. Veränderungen der politischen Machtstruktur bringen als solche noch keine Befreiung von Furcht, Haß und Vorurteilen mit sich. Neue soziale Verhältnisse ändern nicht automatisch die Herzen der Menschen. Bessere Gesetze können, wenn sie durchgeführt werden, der Gerechtigkeit stärker zum Durchbruch verhelfen, sie können aber nicht eine Gemeinschaft schaffen, in der gegenseitige Verantwortung und gegenseitiges Vertrauen herrschen. Die Befreiung der Menschen vom Griff der Gewalt ist eine Aufgabe sowohl für den inneren als auch für den äußeren Bereich, sie ist sowohl personeller als auch sozio-politischer Art. Beides ist nicht zu trennen, auch kann keine der beiden Aufgaben in der anderen aufgehen. Die innere Freiheit von Haß und Furcht bereitet das Werk gesellschaftlicher Befreiung vor, ersetzt es aber in keinem Falle. Die Zerstörung der Strukturen der Ungerechtigkeit und Gewalt in der Gesellschaft bereitet den Weg für einen neuen Bund des Friedens zwischen den Menschen, aber dieser Bund muß durch Einzelpersonen besiegelt werden, die innerlich frei von Gewalt gegenüber ihrem Nachbarn sind.

19. Wie wirken diese Wechselbeziehungen? Wir stellen die Frage, bieten aber keine Antworten an, denn diese können nur in der Praxis gefunden werden. Aus der sozialen

Praxis, in der die Mitglieder unserer Gruppe tätig sind, bringen wir jedoch zwei Beispiele:

a) Wo eine revolutionäre Bewegung in der Lage ist, die Bitterkeit und den Haß eines unterdrückten Volkes in Strategien eines disziplinierten (gewaltsamen oder gewaltlosen) Widerstandes gegen die sie beherrschenden Machtstrukturen zu lenken, ihm eine realistische Hoffnung und den Sinn für seinen menschlichen Wert in dem Kampfbündnis zu vermitteln, dort ist auch inmitten der Gewalttätigkeiten eine starke Grundlage für die Befreiung von individueller Gewalt geschaffen.

b) Wo es einem reaktionären Bürgertum möglich ist, in der von Revolutionären in seiner Mitte angewandten Gewalt eine Herausforderung zur Korrektur der Unrechtsverhältnisse zu sehen, die zu ihrer Revolte geführt haben, dort ist eine Grundlage geschaffen, die ein starkes Gegenmittel gegen die aus der Furcht geborene Gewalt darstellt.

In jedem Fall besteht das Problem darin, die in der Gesinnung und der Einstellung des einzelnen wurzelnde selbstzerstörerische Gewalt in eine Aktion umzuwandeln, die auf ein schöpferisches Ziel in einer Gemeinschaft gerichtet ist, in der sich die Menschen wieder geachtet und anerkannt fühlen.

IV. Das Zeugnis der Kirche

20. Das Problem der Gewalt muß daher auf drei Ebenen gesehen werden, auf individueller, gesellschaftlicher und strategischer Ebene. Der Dienst der Kirche erstreckt sich auf alle drei Ebenen:

a) In der Bibel finden sich, namentlich im Neuen Testament, zahllose Beispiele dafür, daß individuelle Gewalt vom Heiligen Geist gebannt wurde. Gewöhnlich spricht die Bibel von Besessenheit. Manchmal ist dies Gesetzeifer (wie im Falle des Apostels Paulus) oder ausbeuterische Habgier (Zachäus) oder Furcht (1. Johannes 4.18). Aufgabe der Kirche ist es immer gewesen, die Menschen von der selbstzerstörerischen Gewalt zu befreien, von der sie besessen sind, indem sie ihnen die Gemeinschaft mit Jesus Christus und ein neues Leben mit ihm bringt. Dies ist die Macht, durch welche die Menschen von sich selbst – und von allen Entstellungen ihres Wesens, die ihnen eine ungerechte und gewalttätige Gesellschaft aufgezungen hat – befreit werden, damit sie ihr wahres Sein in der schöpferischen Aufgabe der Verwirklichung der Gerechtigkeit und Liebe im Rahmen des göttlichen Bundes für alle Menschen in der Gesellschaft erlangen.

b) Auch im gesellschaftlichen Bereich gibt es Mächte und Gewalten, die wie böse Geister Menschen in Unterwerfung halten können. Im neuen Testament werden die Christen aufgefordert, die Waffenrüstung Gottes anzuziehen, um ihnen zu widerstehen (Epheser 6), und gleichzeitig Zeugnis abzulegen von Gottes Vorsatz für diese Welt in Jesus Christus, zu der sie nach ihrer Erlösung gehören (Epheser 3.9–11). Die Kirche besitzt dieses Amt gegenüber den Strukturen und Mächten der Politik und der Wirtschaft, die bei ihrem Wirken oft gewalttätig vorgehen. Als Christen müssen wir der Macht strukturierter Gewalt Widerstand leisten. Wir müssen die Erfahrung der Armen und Unterdrückten teilen und nach Gerechtigkeit für sie streben, wie dies Gott selbst in Jesus Christus getan hat. Wir müssen es als Dienst an diesen Strukturen tun, indem wir ihre Umwandlung in Diener der Beziehungen im Rahmen des Bundes anstreben, zu denen Gott alle Menschen in Freiheit und gegenseitiger Verantwortung hinführen will.

c) Der Platz der Kirche ist auf der Seite der Armen und Unterdrückten zum Zeichen für Christi Sieg, nicht nur im Leben des einzelnen, sondern auch in der menschlichen Gesellschaft. In diesen Rahmen fällt ihr Dienst an – gewaltlosen oder gewaltsamen – Widerstands- oder Befreiungsbewegungen. Christen, welche die im Rahmen dieser Strategie angewandte Gewalt unterstützen, sind der Meinung, daß sie kontrolliert und begrenzt werden sollte, indem die Kirche sich für die Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse und die Verwirklichung der Gerechtigkeit für alle einsetzt. Das Ziel ist es, durch die Verurteilung der gesellschaftlichen Gewalt, zu der durch göttliche Vorsehung der Kampf führen kann, in Christus eine Versöhnung der Feinde zu erreichen. Macht ist kein Selbstzweck; sie soll den Menschen helfen, ihre Beziehungen neu zu ordnen. Auch Befreiung ist kein Selbstzweck; sie ist das Mittel, neue und in höherem Maße schöpferische und verantwortliche Wechselwirkungen zwischen den Menschen zu schaffen. Die Gemeinschaft des neuen

Bundes, die die ganze Menschheit umfaßt, ist die Zukunft, für die wir leiden und kämpfen, die wir erhoffen. Diesem Ziel und dieser Hoffnung sollten die Christen ihr Leben weihen.

21. Wenn wir uns mit der Rolle der Kirche und der christlichen Reaktion auf strategische Gewalt befassen, müssen wir innerhalb der Kirche geführte Diskussionen zwischen jenen, nach deren Meinung das Leben und die Lehre Jesu den Gebrauch physischer Gewalt „grundsätzlich“ ausschließen, und jenen, die glauben, daß sie in christlichem Gehorsam bedauerlicherweise (manche sagen notwendigerweise) einen Platz hat, berücksichtigen. Zuletzt ging es in dieser Diskussion darum, ob Jesus tatsächlich ein Beispiel für Gewaltlosigkeit gab oder ob er der gewaltsamen jüdischen – nationalistischen und patriotischen – Widerstandsbewegung der sogenannten Zeloten gewisse Sympathien entgegenbrachte. Die meisten Teilnehmer sind der Überzeugung, daß die Behauptung, Jesus habe Sympathien für die Zeloten gehegt, sehr zweifelhaft ist und die traditionelle Betrachtungsweise viel mehr Wahrscheinlichkeit für sich hat. Demnach war seine Auffassung vom Reich Gottes und sein Hingabe an diese Idee so radikal und scheinbar paradox, daß sie ihn mit allen religiösen und politischen Gruppen, die er antraf, in Konflikt brachte. Aber in dieser Hinsicht war er nicht von seinen Wurzeln getrennt, die im Alten Testament ruhten, wo Gottes besondere Sorge um die Armen und Unterdrückten betont wird. Die bloße Behauptung, daß Jesus mit den Zeloten in Konflikt kam, löst nicht unser Problem. Legte er „moralische Grundsätze“ fest, zu denen auch Gewaltlosigkeit gehört? Wie verhält sich die radikale Ethik des Gottesreiches zu den Strukturen des menschlichen Lebens, besonders dem Staat? Bedeutet „sein Kreuz auf sich nehmen“ nur gewaltlosen Kampf oder aber Selbstaufopferung ohne Rücksicht auf die Kampfesweise? Wie sieht das Verhältnis zwischen der (vorletzten) ethischen Lehre des Alten Testaments und der (letzten) des Neuen Testaments aus? Wir hatten wenig Zeit, um diese Fragen zu prüfen, und machten keine Fortschritte bei ihrer Lösung.

22. Die Theologie ist bei ihrer Rechtfertigung der Gewalt die Jahrhunderte hindurch stark beeinflusst worden durch die fast ständige gegenseitige und unkritische Unterstützung von Kirche und Staat (eine Unterstützung, die ihrem Wesen nach bis zum heutigen Tag dazu beigetragen hat, die gesellschaftliche Gewalt zu stärken). Viele von uns glauben, daß die Zeit gekommen ist, diese Theologie in Frage zu stellen und radikal zu überprüfen, um den Christen zu helfen, zunächst ihre eigene Beteiligung an der gesellschaftlichen Gewalt zu erkennen und sie dann zu überwinden. Dieser Bericht berührt nur einen Aspekt des weitreichenden Umdenkens traditioneller Einstellungen und Beziehungen, das jetzt, da die Kirche aus ihrer „konstantinischen Ära“ heraustritt, um eine prophetischere Rolle gegenüber dem Staat zu spielen, von ihr verlangt wird.

V. Die Bekämpfung gesellschaftlicher Gewalt; Strategien des Machtkampfes, die Gewaltanwendung mit einschließen

23. Wir haben erkannt, daß die Macht in der Gesellschaft häufig in den Händen einiger weniger konzentriert ist und diese ungleiche Machtverteilung ein Hauptfaktor bei der Verewigung von Herrschaft und sozialer Ungerechtigkeit ist. Eine solche gesellschaftliche Gewalt kann durch Formen des Widerstandes bekämpft werden, die gewaltlos oder auch eine Kombination von beiden sind. Dies hängt zum Teil davon ab, unter welchen gesellschaftlichen Verhältnissen der Kampf stattfindet, und zum Teil davon, welche Strategie und Methode bewußt gewählt wird.

24. Die Frage der gewaltsamen bzw. gewaltlosen Form des Kampfes darf nicht verwechselt werden mit der davon ganz verschiedenen und umfassenderen Frage, wieweit eine besondere Gesellschaftsordnung ertragen oder bekämpft werden soll. Beide Kampf-formen können für sehr verschiedene Ziele eingesetzt werden, von der revolutionären Be-seitigung eines ganzen Gesellschaftssystems bis zu verhältnismäßig geringfügigen Ver-änderungen innerhalb eines Systems (so kann z. B. ein Staatsstreich gewaltsam durchgeführt werden, ändert aber vielleicht nichts mehr als den Namen des Staatsoberhauptes). Weder darf Gewalt gleichgesetzt werden mit Radikalismus und Revolution, noch Gewaltlosigkeit mit schrittweisen Änderungen und Reformen oder umgekehrt. Die Tendenz, diese beiden ganz verschiedenen Fragen zu verwechseln, ist einer der weniger glücklichen Aspekte der gegen-wärtigen Diskussion innerhalb und außerhalb der Kirchen.

25. Manche Gruppen haben aus der Einschätzung der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Realitäten ihres Gesellschaftssystems den Schluß gezogen, daß Gewalt für die Befreiung ihres Volkes notwendig ist. Sie haben unterschiedliche Gründe für diese Entscheidung, auch sind die von ihnen angewandten Strategien ebenso verschieden wie ihr Erfolg, die Gewalt in Grenzen und unter Kontrolle zu halten. Eine Verallgemeinerung ist deshalb schwierig und kann zu Irrtümern führen, doch dürften viele von denen, die für Gewalt eintreten oder sie anwenden, etwa folgende Argumente vorbringen:

a) Gewalt ist zuerst von den Unterdrückern angewandt worden, die sie auch weiterhin gebrauchen. Die Durchsetzung ihrer Herrschaft hat nicht nur Mißhandlungen, Freiheitsberaubung, Folterungen und Tod für jene zur Folge, die sich ihr zu widersetzen wagen, sondern auch Grausamkeiten gegen die ganze Bevölkerung und eine allgemeine Atmosphäre der Angst. Schlimmer noch, die Machthaber sind bestrebt, uns ein Minderwertigkeitsgefühl einzupflanzen und unsere Selbstachtung und unser Selbstvertrauen als menschliche Wesen zu zerstören. Alles dies hat neben der allgemeinen politischen Unterdrückung und der wirtschaftlichen Ausbeutung unseres Volkes Leiden und den Tod für eine große Zahl von Männern, Frauen und Kindern gebracht. So wird es auch weiter bleiben, wenn nicht wirksam etwas dagegen getan wird.

b) Viele Jahre lang haben wir uns um Abhilfe bemüht, indem wir durch Appelle und Bittschriften Gerechtigkeit, Freiheit und die tatsächliche Anerkennung unserer Menschenrechte zu erreichen suchten. Unsere Bitten sind ganz oder fast ganz unbeachtet geblieben. Wenn wir ruhige Protestkundgebungen oder Streiks veranstalteten, wurden wir mißhandelt oder getötet. Unsere Unterdrücker, einschließlich ihrer religiösen Führer, haben uns ermahnt, die Tugend der Gewaltlosigkeit zu üben, aber uns und unseren Kindern gegenüber wenden sie weiterhin Gewalt an. Unsere Geduld hat nur dazu geführt, die Unterdrückung zu verewigen und noch zu verstärken.

c) Wir haben gelernt, daß jene, die uns beherrschen, nur ihre eigene Sprache verstehen – die Sprache der Macht, die sich auf Waffengewalt stützt. Wir wollen diese Gewalt nicht, aber wir sind durch die Brutalitäten und die Unnachgiebigkeit des Status quo gezwungen, sie anzuwenden. Wir können erst dann vor uns selbst Achtung haben und uns als vollwertige Menschen fühlen, wenn wir uns erheben, um unseren Unterdrückern Widerstand zu leisten. Unser Volk bedurfte dieses Appells und dieses Beispiels, um sich zusammenzuschließen und wieder auf eine Änderung seines Schicksals hoffen zu können. Wir werden alle uns zur Verfügung stehenden Mittel des Widerstands, einschließlich der Gewalt, gebrauchen – und dies nicht deshalb, weil uns die Aussicht auf eine weitere Steigerung der Leiden unangenehm ist, sondern weil uns alle anderen Möglichkeiten, eine Änderung zu erreichen, verschlossen sind.

d) Hoffentlich wird unser Kampf mit der Waffe jene, die uns heute beherrschen, schwächen und schließlich niederzwingen oder doch wenigstens dazu bewegen, zu verhandeln. In der Zwischenzeit wird er sie daran hindern, uns mit neuer Brutalität zu begegnen. Unser Widerstand wird im Ausland Aufsehen erregen, was vielleicht den Druck auf unsere Gegner verstärken wird. Wir wissen, daß unsere Anwendung revolutionärer Gewalt als Mittel gegen die von den Unterdrückern angewandte Gewalt unserem Volk, das schon zu lange gelitten hat, weitere und vielleicht sehr große Leiden bringen wird. Das ist schon jetzt Tag für Tag der Fall, aber wir können wenigstens hoffnungsvoll dem Tag entgegensehen, an dem dieser Zustand enden und unser Volk frei sein wird. Wie der Kampf verlaufen wird, das können wir nicht genau sagen. Aber zwei Dinge sind klar: wir unterwerfen uns nie wieder und kämpfen bis zum Tod (dort wenigstens ist Würde und Freiheit), und der Feind wird jeden weiteren Tag der Unterdrückung teuer bezahlen. Wir werden nicht nachgeben, denn uns schwebt als Zukunftsbild eine menschliche Gesellschaft der Freiheit, Würde und Gerechtigkeit vor, die für uns wichtiger ist als sogar das Leben selbst.

26. Die Geschichte der Konflikte und Kämpfe zeigt jedoch, daß edle Motive keine unbedingte Gewähr für die zufriedenstellende Lösung gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und politischer Probleme sind, von moralischen und ethischen Problemen ganz abgesehen. Daher müssen sich Bewegungen, die Strategien mit Einschluß von Gewaltanwendung wählen, folgende Fragen stellen:

- a) Wie kann verhindert werden, daß der Kampf selbst zum Instrument der Entmenslichung wird?
 - b) Wie kann verhindert werden, daß die angewandten Mittel die erwünschten Ziele zu-nichte machen?
 - c) Wie soll bei einem Sieg dem Entstehen neuer Systeme gesellschaftlicher Gewalt vorgebeugt werden? Wie kann man die alten Ketten der Unterdrückung brechen, ohne gleich-zeitig neue zu schmieden?
 - d) Wie kann erreicht werden, daß die angewandte Gewalt im Verhältnis zu den ange-strebtten Zielen vertretbar bleibt?
 - e) Ein erfolgreiches militärisches System bedarf zu seinem wirksamen Funktionieren der Zentralisierung, aber wie kann es demokratisch sein?
 - f) Wie soll der psychologische Schaden behoben werden, den Menschen erleiden, wenn sie Gewalt anwenden?
 - g) Wie sollen frühere Unterdrücker, deren Familienangehörige und Freunde vielleicht selbst Opfer der Gewalt waren, in die befreite Gesellschaft eingegliedert werden?
 - h) Wie soll der sich ergebenden Eskalation der Gewalt vorgebeugt werden?
 - i) Wie erkennt man, daß die Schlacht gewonnen ist, und wie ist die Ablieferung der Waffen zu erreichen?
 - j) Findet die Gewaltanwendung Unterstützung in der öffentlichen Meinung oder verhält sich diese vielmehr ablehnend?
 - k) Wurden alle anderen Möglichkeiten geprüft und geschieht dies auch weiterhin?
 - l) Werden die Befreiungsstreitkräfte ihre Unabhängigkeit gegenüber der ausländischen Macht bzw. den ausländischen Mächten, welche Waffen liefern, verlieren?
27. Christen müssen sich in bezug auf Befreiungskämpfe, bei denen Gewalt angewandt wird, unter anderem folgende Fragen stellen:
- a) Was bedeuten uns diese Gewaltakte? Worum geht es dabei?
 - b) Durch welche Art von Frustration, fehlender Kommunikation, Zwang oder Druck wurde die Gewalt ausgelöst? Was können wir tun, um sie zu mildern und auf sie aufmerk-sam zu machen?
 - c) Besteht die Gefahr, daß die Helden gewaltsamer Aktionen wegen ihres Engagements, ihrer Rednergabe und vielleicht wegen ihres Charismas romantisiert werden?
 - d) Inwieweit reagieren wir, weil unsere eigene Stellung bedroht ist?
 - e) Wie können die in Wechselbeziehung zueinander stehenden Bedürfnisse nach Frieden, Gerechtigkeit und Freiheit gewertet werden, wenn sie sich in konkreten Situationen wider-sprechen?

VI. Die Bekämpfung gesellschaftlicher Gewalt; Strategien des Machtkampfes, die Gewaltanwendung ablehnen

28. Wenn auch gewaltsame Aktionen in Kämpfen gegen Unterdrückung weit verbreitet sind, stellt dies kein Einheitsmodell dar. Daneben gab es in vielen Kulturen und Ge-schichtsperioden Aktionen ohne nennenswerte physische Gewaltanwendung, bei denen es um Menschenwürde, wirtschaftliche und gesellschaftliche Ungerechtigkeit, politische Unterdrückung und Fremdherrschaft, auch im Kampf gegen erbarmungslose Feinde, ging. Die Geschichte dieser Konflikte ist bisher weitgehend unbekannt geblieben. Heute, da wir es für notwendig erachten, Unterdrückung zu beseitigen, während gleichzeitig die tra-gischen Auswirkungen politischer Gewaltanwendung auch denen, die sie befürworten und handhaben, immer stärker bewußt werden, sollte diese vielfach übersehene Kampfform neu durchdacht werden.

29. Nach den Theorien vom „gerechten Krieg“ – ob sie von dem Christen Thomas von Aquin oder von dem Marxisten Mao Tse-tung stammen und die Verteidigung des Heimat-landes oder die Errichtung einer neuen Gesellschaftsordnung betreffen – kann ein Krieg gerecht sein, wenn u. a. Gewalt das einzige wirksame Mittel zur Bekämpfung des politi-schen Übels ist. Die Annahme, daß in der Politik Gewalt das letzte Mittel ist, wird jetzt in Frage gestellt. Wenn diese Herausforderung Erfolg hat, dann wird sie sehr weit-

gehende Auswirkungen auf die christliche Theologie, die revolutionäre Theorie und die Aktionen auf gesellschaftlichem Gebiet haben.

30. Es ist jetzt klar, daß es eine gewaltlose Kampftechnik gibt. Wie sieht sie aus, und wie kann sie gegen die extremen Formen der Unterdrückung von heute und morgen angehen? Wenn wir die gewaltlos verlaufenen Konflikte der Vergangenheit betrachten, so können wir sagen, daß sie sich mit dem, was über die historischen Friedenskirchen bezeugt ist, nicht gleichsetzen lassen (obwohl einige Aspekte mit den Glaubenssätzen dieser Kirchen und dem von ihnen gegebenen Beispielen übereinstimmen). Bei diesen Konflikten lag gewöhnlich das Hauptgewicht auf dem Kampf als dem Mittel zur wirksamen Verfolgung der gesetzten Ziele und auf der Enthaltung von Gewalt während des betreffenden Konflikts, in dem Nichtpazifisten die Führung hatten.

31. Die gewaltlose Art der Kampfesführung muß daher als getrenntes Phänomen betrachtet und kann nicht als Teil der Auseinandersetzungen zwischen Pazifisten und Nichtpazifisten in der Vergangenheit beiseite geschoben werden, ob innerhalb der Kirchen oder zwischen Sozialrevolutionären.

Als Beispiel seien folgende gewaltlose Aktionen angeführt:

- a) die Beseitigung der Diktaturen in El Salvador und Guatemala im Jahre 1944,
- b) der Widerstand des Lehrpersonals und der Geistlichkeit in Norwegen unter der Nazi-Besetzung,
- c) die Februar-Revolution des Jahres 1917, die das zaristische System in Russland zerstörte,
- d) die Kämpfe der Farmarbeiter in den Vereinigten Staaten seit 1965,
- e) der indische Unabhängigkeitsfeldzug 1930/31,
- f) der afro-amerikanische Busboykott in Montgomery, Alabama, 1955/57,
- g) die gewaltlosen Streik- und Boykottbewegungen der Arbeitnehmer in vielen Ländern,
- h) die Inbesitznahme von Land durch Bauern in Lateinamerika und anderswo,
- i) Busboykotte und der Kartoffelboykott der Afrikaner in Südafrika,
- j) Kampfaktionen gegen Staatsstreiche, wie den Kapp-Putsch in Deutschland im Jahre 1920,
- k) der Kampf der Buddhisten in Südvietnam im Jahre 1963, der das Diem-Regime unterminierte,
- l) Kämpfe gegen ausländische Invasionen, wie z. B. im Ruhrgebiet 1923 und in der Tschechoslowakei 1968.

Es wären noch sehr viel mehr zu nennen. Ihr Erfolg oder Mißerfolg war unterschiedlich groß, ebenso wie dies bei gewaltsamen Aktionen der Fall ist. Aber sie sind eine andere Art des Kampfes, zwar noch unentwickelt und unvollkommen, jedoch vielleicht mit großen Möglichkeiten in der Zukunft, besonders wenn man bewußt darauf hinarbeitet, für diese Aktionen Verständnis zu wecken und ihre Wirksamkeit zu erhöhen.

32. Gewaltlose bzw. gewaltfreie Aktion ist die Bezeichnung, die gewöhnlich für diese alternative Kampftechnik gebraucht wird, bei der keine physische Gewalt angewandt oder angedroht wird, auch nicht als Vergeltung für Repression. Doch ist dies ein Gewaltverzicht, der nicht der Unterwerfung entspringt, sondern dem Widerstand. Es ist die Entscheidung, mit psychologischen, sozialen, wirtschaftlichen und politischen Waffen zu kämpfen statt mit militärischen, mit denen der Gegner immer am besten ausgerüstet ist. Diese Art des Kampfes darf nicht Abstimmungen und Wahlen gleichgesetzt werden, wie wichtig diese auch sein mögen, wenn die Gelegenheit dazu gegeben ist. Gewaltlose Aktion nimmt viele Formen an, die es den Menschen ermöglichen, mangels verfassungsmäßiger demokratischer Verfahren unmittelbaren Druck und Zwang anzuwenden.

33. Der Anwendungsbereich dieser Technik der Gewaltlosigkeit ist weit gesteckt, er läßt sich nach den Methoden wie folgt gliedern:

- a) Protest und Überzeugung (vorwiegend symbolische Handlungen, die der Meinungsäußerung dienen, wie z. B. Märsche, Nachtwachen, Postenstehen);
- b) Nichtzusammenarbeit, einschließlich vieler Arten sozialer, wirtschaftlicher und politischer Akte, durch die eine Unterstützung oder Mitarbeit eingestellt oder vorenthalten wird (z. B. gesellschaftlicher Boykott, Streik, wirtschaftlicher Boykott, ziviler Ungehorsam, Nichtzusammenarbeit mit den Behörden usw.);

c) Maßnahmen, durch die das übliche Verhaltensmuster oder System zerrüttet wird (z. B. durch Sitzstreiks, alternative gesellschaftliche Institutionen oder Nebenregierung).

Diese spezifischen Formen der gewaltlosen Aktion stehen in engem Zusammenhang mit der Struktur der Gesellschaft und der politischen Organisation, weil bei diesen Methoden die Menschen entweder ihre bestehende Rolle benutzen oder eine neue schaffen, um die Gesellschaft zu ändern oder eine unerwünschte Änderung (z. B. durch eine militärische Junta oder eine Besatzungsmacht) zu verhindern.

34. Die Klassifizierung eines Aktes als gewaltlos bedeutet nicht unbedingt, daß er auch ethisch angemessen ist. Schwierige ethische Probleme bleiben auch nach der Entscheidung für einen gewaltlosen Kampf bestehen. Manche sind jeder Form des Kampfes immanent, andere sind für gewaltlose Aktionen charakteristisch.

35. Die Aufzählung der Methoden zeigt, daß das Verfahren nicht allein durch Überzeugung wirkt. Es enthält Kräfte, die eine völlige oder teilweise Bekehrung von Mitgliedern der gegnerischen Gruppe zu den Zielen der „actionists“ bewirken können. Im anderen Extremfall kann auch die Fähigkeit, das System durch die Entziehung der Unterstützung zu lähmen und zu zerstören, zu Zwang werden. Häufiger jedoch wird der Erfolg durch das Zusammenwirken von Beeinflussung und Entgegenkommen erreicht.

36. Diese Form des Kampfes hat nichts zu tun mit Passivität oder Unterwerfung, sie ist vielmehr das Gegenteil davon. Sie ist keine Zauberformel. Damit sie wirksam wird, müssen gewisse Voraussetzungen erfüllt sein, anderenfalls führt sie zu einer Niederlage. Es wird häufig Verluste geben, mitunter viele Tote und Verwundete, obwohl deren Zahl im allgemeinen wesentlich geringer sein wird als in vergleichbaren gewaltsamen Konflikten. Weder in gegenwärtigen noch in zukünftigen Konflikten kann man viel Erfolg erwarten, wenn man sich bei ihrer Auslösung und der Lenkung ihres Verlaufs allein auf Intuition und Spontaneität verläßt. Mit Vorbereitungen, Planung und sorgfältiger Anwendung von Strategie und Taktik läßt sich eine bessere Wirkung erzielen. Dies ist keine leichte Aufgabe. Sie erfordert Disziplin, Opferwille und Mut sowie Geschick und strategisches Urteilsvermögen.

37. Da es bei der Bekämpfung der Unterdrückung ein entscheidendes Problem ist, wie die Machtlosen in den Besitz der Macht kommen können, wie die Unterdrückten die Kontrolle über ihr Leben und ihre Gesellschaft erlangen können, müssen wir uns sehr genau mit der gewaltlosen Aktion beschäftigen. Die Wirksamkeit militärischer Kampfformen ist abhängig von der Versorgung mit Waffen und Munition und von einer funktionierenden Kommandostruktur und Organisation. Die Abhängigkeit von den Waffen und Strukturen begrenzt die Macht des Volkes insgesamt. Die Waffen und militärischen Organisationen können gegen das Volk eingesetzt werden, entweder von der alten Führungsschicht oder von einer neuen Gruppe, die einen Putsch unternommen hat. In dieser Hinsicht kann ein gewaltloser Kampf von unstreitigem Vorteil sein, denn hier ist das Volk nicht von materiellen Waffen abhängig und errichtet auch nicht aus Eigendynamik heraus eine zentralisierte Institution mit potentiell repressivem Charakter. Außerdem können sich erfahrene Menschen mit einer gewaltlosen Aktion gegen neuerliche Drohungen oder Repression zur Wehr setzen, sie können weitere Anstrengungen unternehmen, die Gesellschaft zu verbessern, wenn andere, weniger weitgehende Möglichkeiten nicht zur Verfügung stehen.

38. Man kann sagen, daß durch Gewaltanwendung die Aufmerksamkeit und die Bestrebungen von den wirklichen Streitfragen abgelenkt werden, die Gegner der Widerstandsbewegung geeint werden, die öffentliche Meinung unter den am Konflikt nicht Beteiligten ungünstig beeinflußt und die Zahl der Kämpfer aus der unterdrückten Gruppe begrenzt wird. Dagegen bewirkt ein gewaltloser Kampf, daß Aufmerksamkeit und Aktionen auf die tatsächlichen Streitfragen konzentriert bleiben, Ungewißheit und schließlich Zwistigkeiten im gegnerischen Lager entstehen, moralische Unterstützung durch Dritte ermutigt wird, was sich manchmal in positiven Aktionen äußert, die unterdrückte Bevölkerung sich in ihrer Unterstützung des Kampfes zusammenschließt, unter aktiver Beteiligung von Menschen beider Geschlechter, aller Altersgruppen und Berufe.

39. Eine gewaltlose soziale Revolution kann in mehreren typischen *Phasen* verlaufen:

i) Bildungsarbeit – in der Bevölkerung wird das Bewußtsein entwickelt, daß grundlegende Änderungen notwendig sind, ferner wird die Hoffnung auf die Möglichkeit einer

Veränderung geweckt und die Überzeugung vermittelt, daß die Menschen fähig sind, solche Änderungen herbeizuführen;

ii) Aufbau einer Organisation – spezifische Organisationen verschiedener Art werden geschaffen: örtliche Ausschüsse, radikale Bürgerversammlungen, Anhängergruppen, Genossenschaften u. dgl. Unter Verhältnissen äußerster Repression kann diese Phase auf die direkte Aktion folgen, die an Stelle von Planung spontan einsetzen kann.

iii) Direkte Aktion – da es Voraussetzung für das Bedürfnis nach Änderungen ist, daß die bestehenden Institutionen und Behörden unzulänglich oder korrupt sind, muß eine Strategie der direkten Aktion entwickelt werden. Die Taktik wird im Einzelfall durch Faktoren wie lang- und kurzfristige Ziele, vorhandene Mittel, Angemessenheit und durch die sorgfältige Einschätzung ihrer Wirksamkeit bestimmt werden.

iv) Nichtzusammenarbeit auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet in einem Prozeß grundlegender Veränderung – das Volk entzieht den bestehenden Institutionen der Unterdrücker (Regierungs- oder örtlichen Stellen) seine Unterstützung.

v) Alternative Institutionen und in manchen Fällen eine Nebenregierung – da das Volk den bestehenden Institutionen seine Unterstützung entzieht, muß es ein Treueverhältnis zu seinen eigenen Strukturen entwickeln. Aus Aufbauprogrammen, die Selbstvertrauen unter den Menschen entwickeln, entstehen häufig diese neuen Institutionen und in extremen Situationen eine Nebenregierung; daher müssen neue Institutionen und Regierungsbehörden mit geänderten Strukturen, Zielsetzungen und Wertvorstellungen errichtet und unterhalten werden.

Die hier beschriebenen Phasen einer gewaltlosen Revolution (oder eines grundlegenden sozialen Wandels) geben die Entwicklung nur annähernd wieder. Auch mit dem Aufbau der Organisation darf die Bildungsarbeit nicht aufhören.

40. Die Teilnahme an einem langwierigen Kampf um radikale gesellschaftliche Veränderungen erfordert im allgemeinen eine *Ausbildung*⁴⁰, ob es sich um eine Protestdemonstration oder um jahrelangen schweren Kampf handelt. Cesar Chavez schrieb einmal:

„Soldaten müssen in Kriegstechnik ausgebildet werden, und Kämpfer für soziale Gerechtigkeit müssen in Gewaltlosigkeit ausgebildet werden.“ Für den Aufbau einer Organisation ist eine Ausbildung in spezifischen organisatorischen und technischen Kenntnissen und Fertigkeiten sowie in Gruppendynamik unerlässlich.

41. Eine Ausbildung für direkte Aktion kann die Vorbereitung auf spezielle Tätigkeiten einschließen, wie z. B. Partisanenkrieg, zivilen Ungehorsam, Polizeidienst sowie auf besondere Schwierigkeiten, die eintreten können. Je besser die Beteiligten möglicherweise eintretende Ereignisse voraussehen können, um so wahrscheinlicher wird es ihnen gelingen, mit solchen Ereignissen fertig zu werden. Es gibt besondere Lehrbücher, in denen Ziele entwickelt und Strategien erläutert werden sowie auf spezifische Kampfaktionen vorbereitet wird. Ausdauer ist einer der Hauptfaktoren in jedem Kampf für soziale Gerechtigkeit. Wenn die Menschen unvorbereitet sind, ist es wahrscheinlicher, daß sie den Kampf aufgeben, unter der Repression der Behörden zusammenbrechen oder nicht erkennen, wann ein Erfolg errungen ist. Eine Ausbildung erhöht die Erfolgsaussichten von gewaltlosen Aktionen, die gesellschaftliche Veränderungen zum Ziel haben.

40. *Anm. des Herausgebers:* Vorbereitung erfordert mehr als Ausbildung – wie umfangreich diese Aufgabe ist, mag eine Bemerkung anlässlich unserer Konsultation zeigen:

„Wir sagen plötzlich, wir müssen zur Gewaltlosigkeit übergehen, und erwarten, damit erfolgreich zu sein, ohne eine entscheidende Frage zu stellen: Sind wir darum bemüht, die Grundlagen unserer Kultur und Ethik zu verändern, in denen Billigung und Glorifizierung von Gewalt praktisch seit den Anfängen der menschlichen Zivilisation zum Ausdruck kommen? Wenn Gewaltlosigkeit Erfolg haben soll, muß sie zur neuen Philosophie werden, die Leben und Handeln bestimmt und mächtig genug ist, die Strukturen zu durchdringen und ein neues Sozialbewußtsein hervorzubringen, das Gewaltlosigkeit als natürliche Handlungsweise und Gewalt als Ausnahme versteht.“

Die Schwierigkeit ist, daß wir die soziokulturellen Grundlagen der Gesellschaft im wesentlichen nicht verändern wollen, dennoch aber erwarten, daß Gewaltlosigkeit Erfolg hat.“

42. Gandhi und andere haben betont, daß konstruktive Arbeit ein wertvolles ergänzendes Element des Ausbildungsprozesses ist. Das psychologische Klima des Widerstandes bringt spezifische Gefahren mit sich, die durch die Teilnahme an konstruktiven Programmen bis zu einem gewissen Grad gemildert werden können. Bei einem langwierigen Feldzug müssen beide Aspekte vorhanden sein, manchmal gleichzeitig, manchmal abwechselnd, entsprechend der zunehmenden oder abnehmenden Intensität des Konflikts. Die Ausbildung kann auch als Mittel zur Organisation und Ausweitung der Widerstandsbewegung sowie zur Übung der Fähigkeit zur Herbeiführung von Änderungen betrachtet werden und nicht lediglich als die Vorbereitung auf ein besonders Ereignis. Die Bewertung der Wirksamkeit der Ausbildung ist ein wichtiger Faktor, wenn sie ihre Bedeutung behalten und nicht als etwas Unnötiges angesehen werden soll, „für das wir keine Zeit haben“.

43. Strategien, Vorbereitungen und Ausbildungsmaßnahmen, die bei gewaltlosen Aktionen Anwendung finden, können, ebenso wie zu den hier besonders behandelten Zwecken einer gesellschaftlichen Veränderung, auch dafür entwickelt werden, einem Volk bei der Abwehr von Staatsstreichen – gleich, ob sie aus seiner Mitte entstanden sind oder auf eine Anstiftung von außen zurückgehen – oder bei der Verteidigung gegen eine ausländische Besatzungsmacht zu helfen. Diese anderen Probleme sind ebenfalls von Bedeutung, da es sich um gesellschaftliche Veränderungen handelt, und da sie den Unterschied in bezug auf Politik und Ethik zwischen innerstaatlichen und internationalen Konflikten verringern. In diesem Zusammenhang können wir sie aber lediglich erwähnen.

44. Bei der Untersuchung der Problematik der gewaltlosen Aktion als einer vernachlässigten Alternative ist natürlich vor allem die Frage entscheidend, ob gewaltlose Aktionen in extremen Situationen wirksam sind⁴¹. Diese Frage bedarf nun einer äußerst sorgfältigen Überlegung, Prüfung, Analyse, Planung und Erprobung. Sollte es sich herausstellen, daß gewaltlose Aktionen zumindest ebenso viel Erfolgsaussichten haben wie Gewaltanwendung, so könnte dies der Ansatzpunkt sein für die fortdauernde Entwicklung auf einer humanen Revolution und einer humanen Gesellschaft und der Verzicht auf eine Verteidigung mit militärischen Mitteln. Es würde auch die Lösung einiger der besonders schwerwiegenden ethischen Probleme erleichtern, die sich durch die vermutete Notwendigkeit einer Gewaltanwendung für religiöse Menschen, für nichtreligiöse Revolutionäre und alle jene ergeben haben, die in den Konflikt verwickelt werden. Unserer Ansicht nach obliegt es den Kirchen, in jeder möglichen Weise die erwähnte Überlegung, Prüfung, Analyse, Planung und Erprobung hinsichtlich der Natur und der Möglichkeiten des gewaltlosen Kampfes zu unterstützen.

45. Bewegungen, welche die Gewaltlosigkeit wählen, haben sich mit folgenden Fragen auseinanderzusetzen:

- i) Wie wird sich die gewaltlose Aktion auswirken a) auf jene, die sie durchführen, b) auf jene, gegen die sie durchgeführt wird, c) auf die Gemeinschaft als Ganze, innerhalb der der Kampf stattfindet, d) auf die Beziehungen zwischen diesen dreien?
- ii) Welche Risiken oder Gefahren birgt die gewaltlose Aktion hinsichtlich des angestrebten Ziels?
- iii) Wie kann erreicht werden, daß die Volksmassen, die an dem gewaltlosen Kampf nicht beteiligt sind, der gegnerischen Gruppe keine aktive Unterstützung zuteil werden

41. *Anm. des Herausgebers:* Diese pragmatische Haltung gegenüber der Gewaltlosigkeit wurde von einer Reihe von Teilnehmern in Frage gestellt. Ein Teilnehmer schreibt: „Entscheidend ist zumindest für den Christen nicht die Frage, ob gewaltlose Aktionen in extremen Situationen „wirksam“ sind, sondern, ob gewaltlose Aktionen die gehorsame Antwort auf den Willen Gottes sind ... Wir müssen unterscheiden zwischen i) strategischem gewaltlosen Kampf, der davon ausgeht, daß auf lange Sicht gewaltlose Mittel häufig erfolgreicher sind als Gewalt; ii) überzeugten Pazifisten, die den Pazifismus zu ihrem Glaubensbekenntnis gemacht haben; und iii) pazifistischen Kampf, der als Teil unseres Gehorsams gegenüber dem Ruf Christi, seine Jünger zu sein, verstanden und bekannt wird und versucht, diesen Weg auch dann weiterzugehen, wenn gewaltlose Mittel nicht erfolgreich sind.“

lassen? Was würde eine solche Unterstützung für den gewaltlosen Kampf bedeuten, und welche Reaktion müßte sie hervorrufen?

iv) Wie wichtig ist im Einzelfall das Verständnis von Gewaltlosigkeit für jene, die sie anwenden, für jene, gegen die sie angewandt wird, und für die Gemeinschaft als Ganze, innerhalb der der Kampf stattfindet?

v) Wieweit ist der Erfolg einer Strategie der Gewaltlosigkeit unmittelbar abhängig von direkter und wirksamer Kommunikation mit und zwischen a) jenen, die sie anwenden, b) jenen, gegen die sie angewandt wird, c) der Gemeinschaft als Ganze, innerhalb der der Kampf stattfindet? Kann ein solcher Kampf ohne sie erfolgreich geführt werden?

vi) Welche Einstellung oder welchen Glauben verlangt die gewaltlose Aktion von dem Aktivisten? Wie wesentlich ist diese Einstellung? Wie kann eine solche Einstellung in dem einzelnen Aktivisten hervorgerufen werden, ohne Ungerechtigkeit für den Einzelnen zu schaffen?

vii) Wie werden Strategien für gewaltlose Aktionen vorbereitet und entwickelt?

viii) Wie können Aktivisten an einer Strategie der Gewaltlosigkeit festhalten angesichts a) Repression durch die gegnerische Gruppe, b) Androhung oder Anwendung von Gewalt gegen sie während und/oder nach dem Kampf, c) Überlistung durch die gegnerische Gruppe und d) einer anscheinend erlittenen Niederlage?

ix) Wenn ein Zugeständnis erkämpft wurde, wie soll dann a) dieser Erfolg konsolidiert und b) vermieden werden, daß sich die Haltung der gegnerischen Gruppe versteift?

x) Wieviel und welche Art von Disziplin sollte eine gewaltlose Bewegung a) von den Mitgliedern der Bewegung, b) von den Parteigängern der Bewegung und c) von den Gegnern der Bewegung fordern?

xi) Bedeutet der Versuch, in einer Konfliktsituation die gewaltlose Aktionstechnik von dem Bekenntnis zur Gewaltlosigkeit als einem religiösen oder ethischen Grundsatz zu trennen, Verrat an der Gewaltlosigkeit?

xii) Wie beeinflußt die Struktur und Qualität der Führung sowohl die allgemeinen als auch die besonderen Aspekte einer gewaltlosen Bewegung?

xiii) Wird durch eine gewaltlose Aktion der wirksame Widerstand in entscheidenden Punkten geschwächt? Kann sie wider Willen zum Werkzeug des Neokolonialismus werden?

VII. Probleme der Wahl

46. Es gelang nicht, eine klare Stellungnahme sämtlicher Teilnehmer an der Konsultation zu fällen zu erreichen, in denen während des Kampfes um soziale Gerechtigkeit sowohl eine gewaltsame als auch eine gewaltlose Strategie angewandt wird. Wie sich die Anwendung beider Strategien allein oder miteinander jeweils im Einzelfalle ausgewirkt hat, bedarf einer eingehenden Untersuchung, Analyse und Überlegung. Einige Aspekte der Frage können nur unter Berücksichtigung eines über strategische Erwägungen hinausgehenden Engagements geprüft werden. Wie die Geschichte zeigt, waren die meisten Freiheitskämpfe eine Mischung von gewaltlosen und gewaltsamen Aktionen. Selbst in Feldzügen, die nach der Strategie der Gewaltlosigkeit geführt wurden (Bürgerrechtskampagne in den USA, Unabhängigkeitsbewegung in Indien), hat es oft Gewalttaten und Befürwortung von Gewalttaten gegeben.

47. Gewalttame und gewaltlose Aktionen greifen auf verschiedene Weise ineinander über, so z. B.:

a) ein gewaltloser Kampf, bei dem auch Gewalttätigkeiten vorkommen, aber offensichtlich nur am Rande;

b) eine gewaltlose Phase einer Bewegung, die bewußt ein Vorspiel zu einem Kampf mit Waffen ist;

c) eine gewaltlose Phase, die als Fassade für die wirklichen Ziele dient, wobei die wichtigsten Entscheidungen außerhalb der formal dafür zuständigen Struktur des öffentlichen Feldzugs getroffen werden;

d) ein Kampf mit Waffen, bei dem gewaltlose Aktionen vorkommen, aber nur am Rande;

e) ein Kampf, bei dem beide Aspekte – Gewalt und Gewaltlosigkeit – wesentlich zum Ausgang beitragen, entweder positiv oder negativ;

f) eine Bewegung, in der zwei Gruppen für rivalisierende Strategien plädieren, wobei bewußt eine von beiden gewählt und die sich daraus ergebenden Folgerungen entsprechend bestimmt werden müssen.

48. Wir würden zwei extreme Standpunkte ablehnen:

a) daß es überall und immer zwei Kategorien – Gewalt und Gewaltlosigkeit – gibt, die in zwei voneinander getrennten Welten ihren Platz haben und stets miteinander rivalisieren;

b) daß niemals und nirgends eine klare Wahl zwischen diesen beiden Aktionsarten und alternativen Strategien getroffen werden muß. Es gibt Fälle, in denen Gruppen bewußt und überlegt eine spezielle Strategie wählen müssen, weil die Anwendung konkurrierender Strategien selbstmörderisch sein kann; so kann z. B. schon wenig Gewalt den Mißerfolg einer ihrem Wesen nach gewaltlosen Strategie herbeiführen.

49. In vorhergegangenen Abschnitten dieses Berichts haben wir die Hauptargumente für und gegen Gewalt sowie für und gegen gewaltlose Aktionen aufgezählt. Einige dieser Argumente treffen auch auf Situationen zu, in denen beide Aktionsformen – Gewalt und Gewaltlosigkeit – in demselben Kampf um soziale Gerechtigkeit angewandt werden. Wir greifen die folgenden Fragen heraus, da sie für die Diskussion und die weitere Untersuchung besonders relevant sind:

a) Welche Folgen hatte Gewaltanwendung in einem hauptsächlich gewaltlosen Kampf (mögliche Fallstudien: Ungarn 1956, Beispiele aus der Geschichte der Arbeiterbewegung, die Mai-Ereignisse in Frankreich)?

b) Warum wurde in diesen Fällen Gewalt angewandt? Welche wirksamen Strategien der Gewaltlosigkeit hätten benutzt werden können, um die Gewaltanwendung möglichst gering zu halten?

c) Unter welchen Bedingungen könnte die Anwendung oder Androhung von Gewalt dazu dienen, den Kampf dem Siege näher zu bringen (mögliche Fallstudie: die Unabhängigkeitsbewegung in Sambia)?

d) Unter welchen Bedingungen könnte das Hineintragen von Gewaltlosigkeit in einen hauptsächlich gewaltsamen Kampf das Erringen des Sieges behindern (Fallstudie: Bangla Desh)?

e) Unter welchen Bedingungen könnte das Hineintragen von Gewaltlosigkeit in einen hauptsächlich gewaltsamen Konflikt dazu dienen, Fortschritte im Kampf zu machen?

f) Unter welchen Umständen ist das Hineintragen von Gewalt in einen hauptsächlich gewaltlos geführten Kampf oder umgekehrt ohne wesentlichen Einfluß auf den Ausgang?

g) Ist es möglich, die vorstehenden Fragen in der Form, in der sie gestellt sind, zu beantworten, oder ist es erforderlich, vorher die Mechanismen der gewaltlosen bzw. gewaltsamen Aktion und die Erfordernisse für ihre Wirksamkeit zu untersuchen und miteinander zu vergleichen?

50. Unsere Konsultation ist nicht befugt oder zuständig, a priori oder abstrakt zu empfehlen, ob in bestimmten Fällen eine gewaltsame oder eine gewaltlose Aktion angebracht ist. Die möglichen Umstände sind zu verschieden – angefangen von der direkten Aktion zum Sturz eines unterdrückerischen Regimes bis zum Kampf gegen unfähige und passive Regierungen und gegen die versteckte Gewalt in den Strukturen von Gesellschaft und Institutionen. Es gibt keine einfache Formel, die sich auf alle diese Fälle anwenden ließe. Außerdem sollten die außerhalb einer bestimmten Konfliktsituation Befindlichen vorsichtig sein, wenn sie unerbetenen Rat erteilen, für den dann andere geradezustehen haben. Das heißt jedoch nicht, daß es nicht möglich ist, eine allgemeine Bewertung der Wirksamkeit und der ethischen Bedeutung des gewaltsam geführten bzw. des gewaltlosen Kampfes anzustellen.

51. Angesichts von Unterdrückung glauben viele Menschen nicht, daß sie eine Wahl haben. Sie sehen einfach nicht, daß es mehrere Aktionmöglichkeiten geben kann. Den im Kampf Stehenden können genaue Informationen, eine neue Auffassung von den Streitfragen sowie Vorschläge für Alternativen und Techniken in bezug auf gesellschaftliche Veränderungen von Nutzen sein.

VIII. Mobilisierung der Kirchen

52. Wir stimmen der abschließenden Erklärung zu, die in dem Bericht von „Kirche und Gesellschaft“ an den Ausschuß der Programmeinheit I des ÖRK in Utrecht (August 1972) enthalten ist:

„Es ist nicht unser größtes Problem, daß manche Christen gewaltlose Aktionen für Gerechtigkeit und Frieden durchführen, während andere Gewalt anwenden. Das große Problem liegt einfach darin, daß die meisten unserer christlichen Mitbrüder in solchen Angelegenheiten gar nicht bewußt handeln. Deshalb müssen wir erreichen, daß durch die weitverbreitete Sorge um Gewalt und Gewaltlosigkeit die größere Herausforderung, der die ökumenische Bewegung in den letzten Jahren immer klarer Ausdruck verliehen hat, nicht verdunkelt, sondern hervorgehoben wird: die Herausforderung, die sich an alle Christen richtet, bei der Umsetzung der allgemeinen Glaubenslehren in die konkrete Wirklichkeit des gesellschaftlichen und politischen Engagements mehr Weisheit und Mut zu zeigen.“

53. Diese Herausforderung muß auch zu einer Prüfung des *Lebensstils* der Kirchen führen. Es ist dringend notwendig, die Rolle der Christen und der kirchlichen Institutionen bei der – wissentlichen oder unwissentlichen – Unterstützung der Gewalt, die sich in der heutigen Welt oft als „Ordnung“ tarnt, systematisch zu untersuchen. Den dabei gewonnenen Erkenntnissen müssen Handlungen entsprechen, die der Reue gemäß sind. So schlagen wir z. B. vor:

a) Die Beziehungen zwischen den Kirchen und den staatlichen Behörden müßten untersucht und analysiert werden, damit eine erastianische Zusammenarbeit vermieden und ein kritischer Dialog eingeleitet wird. Dazu gehört auch eine dauernde Bewertung des Umstandes, wie leicht die führenden Persönlichkeiten der Kirche mit den jeweiligen Machthabern verkehren können und von der aufstrebenden Führungsschicht und den auf gesellschaftliche Veränderungen drängenden Kräften abgeschnitten werden. Das traditionelle Bündnis zwischen Kirche und Reichtum ist ein Aspekt dieses Problems. Ein anderer ist das nicht weniger traditionelle Bündnis zwischen Kirche und Militär (symbolisiert durch Militärgestirne, Regimentsfahnen in Kirchen, die ambivalente Einstellung der Kirche zu den Wehrdienstverweigerern, den skandalösen Mißbrauch der Lehre vom „gerechten Krieg“ usw.).

b) In vielen Ländern haben die Kirchen ihre erzieherische Rolle unkritisch wahrgenommen, indem sie häufig unterdrückerische Beziehungen in der Gesellschaft und in den Erziehungssystemen stärkten. Dies muß genauer durchleuchtet werden, gleichzeitig muß das ganze System der traditionellen Institutionen (Schulen, Krankenhäuser usw.) näheresehen werden, da diese mitunter ebenso sehr Denkmäler der Macht wie Dienstleistungsträger sind, die eine bewußte Beteiligung an der Macht fördern.

c) In dem Modell des regelmäßigen allsonntäglichen Gottesdienstes tragen die traditionellen Rituale und Kultformen oft mehr dazu bei, das bestehende System zu stärken, als Hoffnung und Anregungen für eine prophetische Kritik zu geben.

d) Der Stil der theologischen Arbeit an sich kann eine Unterstützung entfremdender und unterdrückerischer Systeme sein. Die Macht der Kirchen in dieser Hinsicht, wie sie sich z. B. in ihren Modellen der Pfarrerausbildung zeigt, muß sorgfältig geprüft werden.

e) Die Verkündigung und die Missionstätigkeit der Kirche haben nur zu oft als Mittel zur Durchdringung einer Gesellschaft mit fremden Kulturen und ausbeuterischen politischen und wirtschaftlichen Interessen gedient. Eine Selbstanalyse ist erforderlich, um unsere Verkündigung Jesu Christi aus der Verstrickung mit diesem Götzendienst zu lösen.

54. Die Kirchen der ganzen Welt stellen kolossale Konzentrationen von Reichtum – und damit von Macht – dar. Oft wird dieser Reichtum gegen die Armen und Unterdrückten dieser Welt eingesetzt und so ihre Verelendung und Unterdrückung noch unterstützt und gefördert. Die Entscheidung, wo die Kirchen ihr Geld ausgeben und welche Wertpapiere sie in ihre Investitions-Portefeuilles aufnehmen, bringt sie oft in eine stille, wenn auch manchmal unbewußte Partnerschaft mit Kräften, die für menschliches Leid und Elend verantwortlich sind. Manche von uns sind der Meinung, die Kirche würde konsequenter im Einklang mit ihrem Glaubensbekenntnis handeln und ein gesünderes Leben führen, wenn sie das Vermögen, das jetzt in ihren Investitions-Portefeuilles und Stiftungen liegt, für die

laufenden Programme verwendete und sich allein auf die Unterstützung durch ihre Mitglieder verließ.

55. Die Verpflichtung der Kirche in dieser Zeit reicht viel weiter als unablässig darauf zu achten, daß ihr Vermögen nicht in einer Weise verwendet wird, die der Menschheit schadet. Sie erfordert auch, daß die Kirchen mit dem Vermögen, das sie besitzen, in einer Weise verfahren, daß damit zur Milderung von Entbehrungen beigetragen und für alle Menschen die Verwirklichung ihrer Möglichkeiten gefördert wird. Insbesondere ist es notwendig, daß sich die Kirchen nicht mit bequemen rhetorischen Auslassungen darüber, wie verdienstvoll Gewaltlosigkeit sei, begnügen, sondern ihre umfangreichen Mittel überall in der Welt zur Unterstützung von Bemühungen verwenden, die konstruktive gesellschaftliche Veränderungen durch gewaltlose direkte Aktionen herbeiführen wollen. Zu diesem Zweck müßten die Kirchen:

- ständig ihre eigene Investitionspolitik überprüfen;
- Investitionen aus unterdrückerischen Wirtschaftsstrukturen abziehen und nach anderen Investitionsmöglichkeiten suchen (z. B. in den einwandfreien Programmen des World Peace Fund);
- die Verwendung des kirchlichen Grundbesitzes untersuchen, insbesondere von Stiftungsland, das nicht für den vorgesehenen Zweck verwendet wird, falls dieser Zweck die Hilfeleistung für eine besitzlose Bevölkerungsgruppe (z. B. die Maoris in Neuseeland) war;
- dort, wo es die Situation in einem Land oder einer Gegend erlaubt, ihre Mittel zur Förderung der Bemühungen von Regierungsbehörden, welche die Erforschung und Einführung von gewaltlosen Verteidigungsprogrammen zum Gegenstand haben, zu verwenden.

Daneben berücksichtigen wir Vorschläge, wonach die Kirchen und kirchlichen Einrichtungen folgendes tun könnten:

- den Gedanken einer Friedensbrigade (einer gewaltlosen beweglichen Einheit) untersuchen;
- den Boykott internationaler Firmen, denen offene Ausbeutung nachgewiesen wurde (insbesondere durch Verletzung der von den UN verhängten Sanktionen), in die Wege leiten;
- ein „Alarmsystem“ zur Warnung vor möglicher Gewaltanwendung und zur Mobilisierung einer gewaltlosen Einsatzgruppe entwickeln;
- ein Kommunikationsnetz entwickeln, um einen Frontalangriff auf institutionelle Gewalt zu starten;
- einen Ausschuß einsetzen, der institutionelle Gewalt innerhalb kirchlicher Systeme (Hierarchie, Entlohnung, Unterbringung usw.) untersucht.

56. Soweit es sich um den *Ökumenischen Rat der Kirchen* handelt, sollten innerhalb der bestehenden ÖRK-Programme und darüber hinaus neue Initiativen ergriffen werden. Der Beschluß, den der Zentralausschuß (Utrecht, August 1972) zu den Investitionen der Kirchen im südlichen Afrika gefaßt hat, war beispielhaft für die Beteiligung an dem Kampf gegen gesellschaftliche Gewalt. Aber gerade weil der Utrechter Beschluß so beispielgebend war, macht er weitere erforderlich, die sich gegen die großen Machtzentren des Imperialismus (wo immer er auftritt) wenden, besonders innerhalb der Supermächte und der reichen Nationen. Viele von uns glauben, der Ökumenische Rat der Kirchen sollte eine neue dramatische Aktion unternehmen, ähnlich der vom September 1970, als er Gruppen rassistisch Unterdrückter Zuwendungen gewährte, aber diesmal zugunsten jener, die wegen ihrer Solidarität mit Befreiungsbewegungen die Gesetze der Supermächte und der reichen Nationen verletzen und deshalb Repressionsoffer werden (z. B. Kriegsdienstverweigerer, Deserteure). Hinsichtlich der bestehenden ÖRK-Programme schlagen wir vor:

- daß das Generalsekretariat eine wirksamere gegenseitige Konsultation und Koordination der Kirchen auf internationaler, nationaler und regionaler Ebene in bezug auf ihre Beteiligung an den in diesem Bericht beschriebenen Arten der gewaltlosen Aktion in die Wege leitet;
- daß die „Kommission der Kirchen für Internationale Angelegenheiten“ sich nachdrücklich für die internationale Anerkennung der Rechte von Freiheitskämpfern (ein-

- schließlich der an gewaltlosen Aktionen Beteiligten) einsetzt;
- daß das „Programm zur Bekämpfung des Rassismus“ seine Unterstützung der Befreiungsbewegungen – einschließlich jener, die im Kampf um Rassengerechtigkeit gewaltlose Strategien entwickeln – verstärkt; daß es den Kontakt zwischen den Führern von Befreiungsbewegungen und Geistlichen (z. B. durch Abhaltung einer zweiwöchigen Konferenz) erleichtert; und daß es mehr Gelegenheiten für einen Dialog über gewaltlose Aktionen schafft.
57. Um dazu beizutragen, daß der Begriff Gewaltlosigkeit nicht länger als Passivität mißverstanden wird, und um die positiven Möglichkeiten gewaltloser Aktionen aufzuzeigen, ist es erforderlich, daß die Kirchen wesentlich mehr tun auf dem Gebiet *der Ausbildung und der Erziehung*. Für die Gewaltlosigkeit besteht wenig Hoffnung, wenn die Kirchen ihr lediglich den Vorzug geben, ohne außerordentliche Anstrengungen zu unternehmen, um mehr und mehr Menschen ihre Möglichkeit erproben zu lassen und mehr und mehr Menschen in ihrer Technik zu unterweisen. Es ist auch erforderlich, die Massenmedien auf die Notwendigkeit einer angemessenen Berücksichtigung von Filmen, Berichten, literarischen Werken u. dgl. hinzuweisen, welche den Sinn des Begriffs Gewaltlosigkeit erhellen. Zu den möglichen Initiativen der Kirchen in dieser Hinsicht gehören:
- die Schaffung von Ausbildungsprozessen für gewaltlose Aktionen unter Verwendung der verschiedenen bisher entwickelten Modelle und wenn nötig neuer Modelle;
 - Schulung in den Möglichkeiten des gewaltlosen Kampfes;
 - Anerkennung der Bedeutung neuer Literatur über dieses Thema; darunter könnten fallen: Hinweise auf Neuerscheinungen von Büchern, Anregungen zur Abfassung neuer Werke, Hilfeleistung bei der Herausgabe einer internationalen englischsprachigen Zeitschrift für anspruchsvolle Artikel auf diesem Gebiet, Förderung weiterer Forschungen, Ermittlung volkstümlicher Literatur, Förderung der Herausgabe von Bildbänden mit Fotografien gewaltloser Aktionen, Veröffentlichung einer Ausgabe von RISK über diesen Gegenstand, Benutzung der Leitungswege der Kirchen und des ÖRK für die Verbreitung von Literatur;
 - zahlreiche Untersuchungen könnten unternommen werden; wir haben folgende von ihnen in Betracht gezogen: eine Untersuchung über Systeme für die Beteiligung der Menschen an der Macht; eine Untersuchung über Methoden des zivilen Ungehorsams und die verfassungsmäßigen Wege, um gesellschaftliche Veränderungen zu erreichen; eine Untersuchung über die Mythologie der Gewalt und die Nützlichkeit von „Helden“.
- Die Ergebnisse dieser Untersuchungen müßten in den Kirchen bekanntgegeben werden, insbesondere zum Studium auf örtlicher Ebene.
58. Keine Aktion und kein Programm kann ein besseres Verständnis dieser Probleme ersetzen, das in den Kirchen ebenso wie in der ganzen Gesellschaft dringend notwendig ist. Angesichts des Engagements der Kirche für die Förderung sozialer Gerechtigkeit schlagen wir die folgenden Fragen für Christen vor, die dem Dilemma Gewalt oder Gewaltlosigkeit gegenüberstehen:
- i) Gibt es Gebiete oder Situationen, in denen Gewaltanwendung erwiesenermaßen soziale Gerechtigkeit herbeigeführt hat?
 - ii) Könnte eine gewaltlose Aktion zu dem gleichen oder zu besseren Ergebnissen geführt haben?
 - iii) Gibt es Gebiete oder Situationen, in denen eine gewaltlose Aktion erwiesenermaßen soziale Gerechtigkeit herbeigeführt hat?
 - iv) Welches sind die einer gewaltlosen Aktion inhärenten Risiken oder Gefahren? Wie wirkt sich eine gewaltlose Aktion aus, a) auf jene, die sie durchführen, b) auf jene, gegen die sie gerichtet ist?
 - v) Welche Ursache war in den Gebieten, wo eine gewaltlose Aktion fehlgeschlagen ist, für den Fehlschlag verantwortlich? Mangel an Vorbereitung, an Ausbildung, an Kontinuität, an Kommunikation, an Entschlossenheit?
 - vi) Welche Gebiete oder Situationen verlangen dringend nach einer Aktion, wenn soziale Gerechtigkeit verwirklicht werden soll? Kann in diesen Gebieten soziale Gerechtigkeit durch normale demokratische Verfahren erreicht werden? Wenn nicht, durch eine gewaltlose Aktion? Wenn nicht ...?

vii) Welches sind die Grundgegebenheiten hinsichtlich der vollen Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit in Ihrem Lande? Wie kann die Lösung gefunden werden? Welches sind in Ihrem Land die Wirkungen gesellschaftlicher und institutioneller Gewalt?

viii) Wie verhalten sich Ihre Voraussetzungen und Schlußfolgerungen zu Ihrem Verständnis der Lehren der Bibel?

ANHANG: EINIGE DEFINITIONEN BETREFFEND DEN KAMPF UM SOZIALE GERECHTIGKEIT MITTELS GEWALTLOSER AKTIONEN

Von Gene Sharp

Ungerechtigkeit: Zustand äußerster Unbilligkeit in dem gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und/oder politischen System, bei dem als Folge der Unterdrückung durch eine beherrschende privilegierte Gruppe das Leben der Menschen eingeschränkt, kontrolliert, verzerrt oder zerstört wird. Ungerechtigkeit schließt in sich die Versagung von Menschenwürde und menschlichem Wert, die Versagung der Kontrolle, die die Opfer über ihr eigenes Leben ausüben sollten, und die Benutzung der beherrschten Gruppe durch die beherrschende Gruppe als bloßen Rohstoff für die eigenen Zwecke. Gewalt ist stets ein wichtiges Werkzeug der beherrschenden Gruppe, um die Unterwerfung der beherrschten Gruppe aufrechtzuerhalten. Vgl. auch *Unterdrückung*.

Unterdrückung: Beherrschung einer Gruppe durch eine andere Gruppe für die eigenen Zwecke durch Mittel wie politische Strukturen, kontrollierte Organisation, wirtschaftliche Manipulation, den Anspruch auf Legitimität, die Androhung oder Anwendung physischer Gewalt (durch Polizei, Armee oder Aktionen des angestifteten Pöbels mit der Absicht, die beherrschte Gruppe zu Unterwerfung in Einstellung und Verhalten zu veranlassen).

Institutionalisierte Gewalt: Gewalt, die in Institutionen – besonders solche politischer Art – eingebaut ist; einige Formen der Gewalt sind gewöhnlich (implizit oder ausdrücklich) die letzte Sanktion zur Durchsetzung der Wünsche von Regierungen, namentlich durch den Einsatz von Polizei oder Militär, wenn andere Mittel zur Aufrechterhaltung der inneren Kontrolle sowie als Gegengewicht gegen die Gewaltkapazität anderer Regierungen als unzureichend erachtet werden. Auch in den „freiesten“ Ländern bleibt die institutionalisierte Gewalt das letzte Mittel zur Durchsetzung praktisch aller Gesetze. Oft auch wird diese institutionalisierte Gewalt von einer beherrschenden wirtschaftlichen, ethnischen oder rassischen Gruppe dazu benutzt, um die Unterdrückung anderer durch sie aufrechtzuerhalten. Die in das System als seine letzte Sanktion eingebaute Gewalt wird üblicherweise als legitime Gewalt betrachtet, oft maskiert durch das mildere Wort „Kraft“.

Gesellschaftliche Gewalt: Physische Gewalt, die zum Zweck oder als Folge der Aufrechterhaltung von Beherrschung oder Unterdrückung in die Institutionen der Gesellschaft eingebaut ist. Vgl. *Unterdrückung* und *institutionalisierte Gewalt*. (Es ist zu beachten, daß diese Begriffsbestimmung sich etwas von Galtungs Sprachgebrauch unterscheidet, da er Gewalt anders definiert.)

Autorität: Eigenschaft, die bewirkt, daß die Wünsche einer Person, einer Gruppe oder einer Regierung (durch Gehorsam, Zusammenarbeit oder Unterwerfung) erfüllt werden, weil dies als richtig angesehen wird. Autorität entspringt mehreren Quellen.

Macht: Gesamtheit aller Einflüsse, Zwänge, Kräfte und Sanktionen, die zur Erreichung eines Ziels angewandt werden können; z. B. um einer Gruppe die Verwirklichung einer Planung oder Zielsetzung, die sie sich vorgenommen hat, zu ermöglichen, oder um andere zu veranlassen, ihr Verhalten – in positiver oder negativer Hinsicht – entsprechend den Wünschen der Machthaber einzurichten, oder aber um die bisherige Machtverteilung oder bisherigen Institutionen zu verändern, zu zerstören oder zu ersetzen.

Gewalt: Physischer Schaden, Verletzungen, Tod, die Personen zugefügt oder angedroht werden, oder Aktionen, die in direktem Zusammenhang zu derartigem Zufügen oder Androhen stehen (z. B. Gefängnis).

Theologische Gewalt: Gefühlsmäßige, geistige oder psychologische Schädigung von Personen, gleich mit welchen Mitteln dies geschieht.

Strategie: Umfassend konzipierter Plan für die Führung eines Kampfes, einschließlich der möglichst wirksamen Verwendung der Mittel der kämpfenden Gruppe; die Anwendung von Kampfplänen kleineren Maßstabs (*Taktik*) und spezifischer Aktionsformen (*Methoden*), um den Einfluß und die Macht der kämpfenden Gruppe zu vermehren; um die Macht der gegnerischen Gruppe zu neutralisieren, zu schwächen oder zu zerstören; oder um Änderungen in der Einstellung dieser Gruppe herbeizuführen, damit die Ziele der beschwerdeführenden Gruppe erreicht werden.

Zwang: Handlung, durch die einer Person, einer Gruppe oder einer Regierung die Fähigkeit genommen wird, weiter auf die Erreichung oder Wahrung ihrer Ziele hinzuwirken; Zwang kann mit gewaltsamen oder gewaltlosen Mitteln ausgeübt werden.

Gewaltlosigkeit als Prinzip: Mehrere Arten der Überzeugung, zu denen die Ablehnung gewaltsamen Verhaltens aus ethischen, moralischen oder anderen grundsätzlichen Erwägungen und oft auch die Ablehnung einer feindseligen Einstellung gegenüber anderen gehört, während häufig Liebe zum Gegner und Bemühungen um eine Versöhnung zwischen Personen und Gruppen damit verbunden ist. Es gibt Anhänger mancher Arten grundsätzlicher Gewaltlosigkeit, die gegen die Durchführung gewaltloser Aktionen sind und eine Bekehrung der Gegner durch Überredung und das Aufsichnehmen von Leiden zu erreichen suchen, während sie jene Formen der Gewaltlosigkeit ablehnen, die mit stärkerem Zwang verbunden sind, oder die eine gesellschaftliche Veränderung ohne eine Änderung der Einstellung, der Überzeugung oder der Meinung herbeiführen wollen.

Gewaltlosigkeit: Ausdruck, der früher unterschiedlich gebraucht wurde. Er wird jetzt am besten auf folgende Bedeutungen beschränkt: a) der Glaube an Gewaltlosigkeit als ein moralisches Prinzip („Sie glauben an Gewaltlosigkeit“) oder b) die Beschreibung eines tatsächlichen Verhaltens („Die Demonstranten blieben bei ihrer Gewaltlosigkeit“).

Gewaltlose Aktion: Aktionstechnik, bei der Personen – gewöhnlich außerhalb der ordnungsgemäßen institutionellen Verfahren – zur Erreichung eines Ziels psychologische, gesellschaftliche, wirtschaftliche oder politische Druckmittel/Kräfte oder mehrere von ihnen gemeinsam einsetzen, ohne (weder ursprünglich noch als Vergeltung) physische Gewalt anzuwenden oder anzudrohen; dieser Druck/diese Kräfte können viele Formen annehmen, die sich in die großen Kategorien symbolischer Protest, Nichtzusammenarbeit (auf gesellschaftlichem, wirtschaftlichem oder politischem Gebiet) und Eingriffe in das Funktionieren bestehender Modelle oder Systeme einordnen lassen.

Gewaltloser Protest und Überzeugen: Erste Kategorie von Methoden (milderer Art) der gewaltlosen Aktion. Sie haben größtenteils symbolische Form und sollen Meinungen und Empfindungen mitteilen.

Nichtzusammenarbeit: Zweite Kategorie von Methoden der gewaltlosen Aktion. Sie bestehen in Eingriffen in die üblichen gesellschaftlichen Modelle oder Institutionen in Form von psychologischen, physischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Interventionen.

Einstellungs- oder Meinungsänderung: Einer der drei Änderungsmechanismen, die durch die gewaltlose Aktion ausgelöst werden können. In den Mitgliedern der gegnerischen Gruppe tritt insofern eine Änderung in ihrer Einstellung zu den Streitfragen – und häufig zu der beschwerdeführenden Gruppe selbst – ein, als sie den von den Teilnehmern der gewaltlosen Aktion angestrebten Zielen ausdrücklich zustimmen.

Entgegenkommen: Zweiter Änderungsmechanismus bei der gewaltlosen Aktion. Obwohl die gegnerische Gruppe noch Aktionsmöglichkeiten hat, entschließt sie sich, freiwillig wenigstens manche der von den Teilnehmern der gewaltlosen Aktion angestrebten Ziele zuzugestehen, ohne daß sich ihre Ansicht über die Streitfragen geändert oder sie gewaltlosem Zwang nachgegeben hat, wenn auch vielleicht Änderungen in einer oder in beiden dieser Richtungen eingesetzt haben.

Gewaltloser Zwang: Dritter Änderungsmechanismus in einem gewaltlosen Kampf. Ohne daß die gegnerische Gruppe ihre Ansichten über die Streitfragen geändert hat, ist ihr ihre Aktions- und Kontrollfähigkeit genommen worden, so daß die Hindernisse für die Erreichung der Ziele der den gewaltlosen Kampf führenden Gruppe weggefallen sind (z. B. durch eine Meuterei der Armee der gegnerischen Gruppe, durch Nichtzusammenarbeit der Beamtenschaft, durch zivilen Ungehorsam der Volksmassen, durch wirtschaftliche Läh-

mung oder – was wahrscheinlicher ist – durch mehrere oder alle dieser Umstände gleichzeitig, je nach der Konfliktsituation).

Politisches Jiu-Jitsu: Der Prozeß, der häufig wirksam wird, wenn eine von der gegnerischen Gruppe gegen die gewaltlosen Widerständler angewandte, sehr heftige Repression auf ihre Urheber zurückschlägt mit dem Ergebnis, daß die gegnerische Gruppe geschwächt und die kämpfende Gruppe gestärkt wird, indem die Zahl und die Entschlossenheit der Widerständler erhöht, das gegnerische Lager entzweit und Unterstützung für die Widerstandskämpfer seitens Dritter angeregt wird.

Für die Zentralaussschuß-Sitzung im Jahre 1973 wurde ein abschließender Bericht in Aussicht genommen.

3. Ökumenische Studienprojekte und Dialoge

Das in ganzer Breite aufgebrochene und auch die nichtchristlichen Hochreligionen einbeziehende ökumenische Gespräch bedarf gründlicher Vorbereitungen und Forschungen. Die dafür erforderliche Studienarbeit konnte nicht auf eine besondere „Studienabteilung“ beschränkt bleiben, die deshalb 1968 aufgelöst wurde (vgl. Kirchl. Jahrbuch 1968, S. 443), sondern erstreckt sich in vielfacher Verflechtung und gegenseitiger Ergänzung über alle Ressorts und Arbeitsgebiete des ÖRK. Ihr früher manchmal introvertierter und akademischer Charakter hat sich zugunsten einer mehr praxisbezogenen Orientierung gewandelt. Unter diesem Aspekt ist auch die Sitzung der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung in Löwen vom 3. bis 14.8.1971 zu sehen. Hier stand u.a. das von Uppsala angeregte Thema „Einheit der Kirche – Einheit der Menschheit“ im Mittelpunkt (vgl. den Berichtsband „Löwen 1971“, Beiheft zur Ökumenischen Rundschau Nr. 18/19, und Ernst Lange „Die ökumenische Utopie oder Was bewegt die ökumenische Bewegung?“, Stuttgart 1972). Daß die Akzentverschiebung in der Faith and Order-Arbeit indes auch Kritik hervorruft, hat der Vorsitzende der Kommission, Prof. John Meyendorff in seinem Eröffnungsvortrag in Löwen offen ausgesprochen:

Mir scheint zunächst, daß die Ergebnisse der anthropologischen Akzentverschiebung objektiv betrachtet noch nicht viel zur Förderung der ökumenischen Bewegung und zur Sache der christlichen Einheit beigetragen haben. Sie haben in konservativen Kreisen zu einer heftigen Reaktion geführt, ohne jedoch im übrigen viele Menschen außerhalb der Kirche davon zu überzeugen, daß die ökumenische Bewegung zur Lösung der weltlichen Probleme wirklich etwas beizutragen habe. Unter den orthodoxen Kirchen haben sie nur die Position derer gestärkt, die ohnedies der Meinung sind, daß die Orthodoxie sich aus der ökumenischen Bewegung gänzlich zurückziehen sollte. In ihren Augen ist Mitgliedschaft im Ökumenischen Rat gleichbedeutend mit Teilnahme an nationalen und internationalen politischen Händeln; damit mag – so sagen sie – zwar einigen orthodoxen kirchlichen Institutionen in ihrem Existenzkampf geholfen sein, indem sie ein internationales Forum erhalten, aber mit der Suche nach kirchlicher Einheit, wie die Orthodoxie sie versteht, hat das nichts zu tun. Die sektierischen Randgruppen auf protestantischer wie auf orthodoxer Seite erhalten durch diese Situation einen erheblichen Aufschwung.

Einen zusammenfassenden Bericht über Verlauf und Ergebnisse der Konferenz von Löwen erstattete Prof. Edmund Schlink vor dem Rat der EKD am 15.12.1971:

DIE BEDEUTUNG VON „FAITH AND ORDER“ FÜR DIE ÖKUMENISCHE BEWEGUNG UND DIE EVANGELISCHE KIRCHE IN DEUTSCHLAND

1. Die Bedeutung der Löwener Konferenz in der gegenwärtigen Situation der ökumenischen Bewegung

1. Die ökumenische Bewegung befindet sich zur Zeit in einer gewissen Krise.

– Dies wurde deutlich im Verlauf der letzten Sitzung der Gemeinsamen Arbeitsgruppe von Ökumenischem Rat und römischem Einheitssekretariat, die im Juni 1971 im evangelischen Zentrum Bernhäuser Forst bei Stuttgart stattgefunden hat. Vor zwei Jahren waren bei der Zusammenkunft dieses Gremiums in Gwatt drei Möglichkeiten für die zukünftige Zusammenarbeit zwischen römischer Kirche und Ökumenischem Rat erwogen worden: (1) Eine engere Zusammenarbeit in dem bisherigen Nebeneinander zweier getrennter Organisationen, (2) eine neue ökumenische Organisation, in der der Ökumenische Rat aufgeht und seine Kirchen in Gemeinschaft mit der römischen Kirche Mitglieder sind, (3) der Eintritt der römischen Kirche in den Ökumenischen Rat. Bei der vorjährigen Tagung in Neapel hatten gerade römisch-katholische Teilnehmer dieser gemischten Kommission nach gründlichen Überlegungen die dritte Möglichkeit bevorzugt, und es wurde bereits darüber beraten, welche Zahl von Sitzen den Vertretern der römischen Kirche in der Vollversammlung zur Verfügung gestellt werden sollte, ohne daß dadurch die zahlenmäßig kleineren Kirchen an die Wand gedrückt würden. In diesem Jahr aber wurden von römisch-katholischer Seite diese Erwägungen gar nicht weiter verfolgt; die Weitergabe dessen, was in den gemeinsamen Beratungen zuvor bereits fixiert war, an die übergeordneten kirchlichen Autoritäten und vollends an die Öffentlichkeit, wurde gestoppt.

Ähnlich rückläufige Tendenzen zeigen sich auch in der orthodoxen Kirche. So fiel während der Konferenz in Löwen das sehr kritische, ja abweisende Verhalten einzelner Delegierter der griechischen Kirche auf. Nun war diese Kirche schon manchmal sehr schwankend in ihrem Verhältnis zum Ökumenischen Rat. Um so beachtlicher sind darum die Äußerungen des orthodoxen Theologen Meyendorff, des derzeitigen Vorsitzenden der Faith and Order-Kommission, der aus der ökumenisch sehr aufgeschlossenen russisch-orthodoxen Emigranten-Fakultät St. Serge in Paris hervorgegangen ist und am St. Vladimir-Seminar in den USA lehrt. In seinem Eröffnungsvortrag in Löwen stellte er fest: Die neueren Entwicklungen im Ökumenischen Rat „haben unter den orthodoxen Kirchen nur die Position derer gestärkt, die ohnedies der Meinung sind, daß die Orthodoxie sich aus der ökumenischen Bewegung gänzlich zurückziehen sollte. In ihren Augen ist Mitgliedschaft im Ökumenischen Rat gleichbedeutend mit Teilnahme an nationalen und internationalen Händeln; ... mit der Suche nach kirchlicher Einheit hat das nichts zu tun.“

Im Bereich der EKD ist eine gewisse Krise sichtbar geworden in den Diskussionen des Rassismusprogramms des Ökumenischen Rates – auch angesichts bestimmter einseitiger Tendenzen in seinem Verhältnis des missionarischen Auftrags der Kirche.

2. Die Gründe für diese Krise, von der ich hoffe, daß sie nur vorübergehend ist, sind sehr verschiedener Art:

Bei der gegenwärtigen Zurückhaltung der römischen Kirche spielt zweifellos eine große Rolle die Sorge um den Zerfall ihrer Einheit. Die innerkirchliche Polarisierung ist dort auch in anderen Erdteilen weiter fortgeschritten, als man im allgemeinen annimmt. So hat man in Rom eine große Scheu vor weiteren ökumenischen Schritten, da man von ihnen weitere Verunsicherungen von Klerus und Kirchenvolk befürchtet. Bezeichnend ist dafür der Verlauf der kürzlich abgeschlossenen römischen Bischofssynode. Vielleicht muß man ihre merkwürdige Ergebnislosigkeit von einer im Vatikan herrschenden Tendenz her verstehen, die römische Kirche ohne Rücksicht auf Verluste gesundschrumpfen zu lassen.

Bei den orthodoxen Kirchen dürfte die Ursache anders liegen. Sie haben nur wenige Theologen, die für ökumenische Gespräche wissenschaftlich entsprechend ausgebildet sind. Insbesondere fehlt es weithin an einer historisch-kritischen Schulung, die sie fähig machen würde, in einen Dialog mit dem historischen Verständnis der Heiligen Schrift, der Kirchenväter und der Dogmengeschichte einzutreten, das für die westliche Theologie heute selbstverständlich ist. Hinzu kommt, daß sowohl von seiten der römischen Kirche als auch der

im Ökumenischen Rat vertretenen Reformationskirchen nur ein geringes Verständnis für die besondere Spiritualität der Ostkirche vorhanden ist. So hat sie sich im Ökumenischen Rat oft mißverstanden und einsam gefühlt. Demgegenüber aber ist inzwischen durch die panorthodoxen Konferenzen und die Vorarbeiten für ein panorthodoxes Konzil eine beachtliche Stärkung des orthodoxen Selbstbewußtsein erfolgt.

Quer durch die Kirchen hindurch sind auch politische Gründe wirksam, z. B. die politische Mißdeutung des ökumenischen Umgangs mit Kirchen aus kommunistischen Ländern. Solche Mißdeutungen haben im Sommer und Herbst d. J. in besonderer Weise Präsident Wischmann und die württembergische Kirchenleitung angesichts des Besuches von Metropolit Nikodim, dem Leiter des Außenamtes des Moskauer Patriarchates, zu spüren bekommen.

Indessen scheinen mir die Gründe für die gegenwärtige Krise der ökumenischen Bewegung noch tiefer zu liegen, so wichtig auch die erwähnten Gründe sind, die sich natürlich noch nach verschiedenen Richtungen ergänzen lassen. Der eigentliche Grund für die Krise ist meines Erachtens eine ziemlich weitverbreitete Unsicherheit hinsichtlich der eigentlichen Ziele des Ökumenischen Rates: Ist das Ziel die Einigung der getrennten Kirchen im Glauben und in der Kirchenordnung zum gemeinsamen Christuszeugnis an der Welt? Oder ist das Ziel der Einsatz für eine gerechte und friedliche Ordnung der Welt? Beides braucht kein Gegensatz zu sein. Vielmehr waren beide Ziele von Anfang an in der ökumenischen Bewegung miteinander verbunden. Dies gilt auch von der Entstehung der Bewegung für Glauben und Kirchenverfassung. Auch diese Bewegung war eine Reaktion auf das Versagen der Christenheit im 1. Weltkrieg, und es ging ihr nie nur um die Einigung der Kirchen an und für sich, sondern um die Einigung für den gemeinsamen Dienst an der Welt. Seit der Gründung des Ökumenischen Rates hat keine Vollversammlung stattgefunden, die sich nicht mit den beiden genannten Zielen befaßt hätte. Aber neu sind heute die Alternativen: Glaubensaussagen *oder* sozialpolitische Programme, Gebet *oder* Aktion, Mission als Erweckung zum Glauben *oder* als Entwicklungshilfe, Einheit der Kirche *oder* Einheit der Menschheit, zwischenkirchlicher Ökumenismus *oder* Säkular-Ökumenismus, nämlich Veränderung der Welt durch den gemeinsamen Einsatz von Christen und Nicht-Christen. Neu ist die Einseitigkeit, mit der in diesen und ähnlichen Alternativen die zweite Aufgabe betont und die erste Aufgabe abgewertet wird: *statt* Einigung im Glauben *Einigung* im gemeinsamen sozialen und politischen Handeln, *statt* der Frage nach Gottes Geboten *Analyse* der gesellschaftlichen Wirklichkeit und das Beachten ihres Trends.

3. Diese Feststellungen gelten nicht überall und auch nicht auf allen Ebenen kirchlichen Lebens in gleicher Weise. Es gibt heute z. B. auf der lokalen Ebene der Ortsgemeinden große und echte ökumenische Fortschritte im Verhältnis zwischen evangelischen und katholischen Christen, während auf der territorialen Ebene der Bischofskonferenzen und vollends auf der universalen Ebene des Vatikans zur Zeit große Zurückhaltung herrscht. Auch ist nicht zu übersehen, daß bei manchen die Welle gesellschaftspolitischer Einseitigkeit schon den Höhepunkt überschritten hat. So meinte der Leiter des Presseamtes des Ökumenischen Rates, Albert van den Heuvel, bereits feststellen zu dürfen: „Im Gegensatz zu der Zeit vor 10 oder 20 Jahren gibt es eine eindeutige Bewegung, die nach einer Betonung des Glaubensinhalts anstatt seines Bezugs zur Gesellschaft fragt.“ Trotzdem wird man den Tatbestand ernst nehmen müssen, daß heute bei vielen Christen eine große Sorge besteht, daß ihre Kirche durch ein Weiterfortschreiten des ökumenischen Engagements die Substanz des Glaubens verliert.

4. Natürlich ist die Arbeit der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung von dieser ökumenischen Entwicklung besonders betroffen. Nicht selten wurde sie in den letzten Jahren für überholt und überflüssig erklärt: Die Bemühung um die Einigung der Kirchen sei kirchliche Nabelschau, denn die eigentliche Aufgabe der Christenheit sei der Einsatz für neue gesellschaftliche Strukturen der Menschheit. Mit Recht hat der Vorsitzende der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung Meyendorff in seiner Eröffnungsrede „die offenkundige Tatsache“ hervorgehoben, „daß das Anliegen von Glauben und Kirchenverfassung weitgehend vom lauten Gerede über soziale Probleme überdeckt wurde“.

Was bedeutet in dieser Situation die diesjährige Tagung der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung, die in der Regel alle drei Jahre zusammentritt, um die Berichte,

die in der Zwischenzeit von den Subkommissionen erarbeitet worden sind, entgegenzunehmen und die weitere Arbeit zu planen? Um es vorwegzunehmen: Die Tagung in Löwen, an der insgesamt etwa 200 Kommissionsmitglieder, Berater und Gäste teilnahmen, hat *eine beachtliche Kraft gezeigt, in gründlicher und fruchtbarer theologischer Arbeit das heute Auseinanderfallende zusammenzuhalten und zugleich auf die Einigung der Kirchen hin weiter vorzustoßen.*

a) Das zeigt bereits das Hauptthema: „Die Einheit der Kirche und die Einheit der Menschheit“. Dieses Thema greift über die traditionellen Faith and Order-Themen hinaus. Diese Richtung wurde schon auf der Weltkonferenz für Glauben und Kirchenverfassung in Montreal 1963 ins Auge gefaßt, als man beschloß, die Herrschaft Christi über die Welt und das Verhältnis von Kirche und Welt zum Thema weiterer Studien zu machen. Auf der Kommissionstagung in Aarhus 1964 wurde die Thematik präzisiert: „Schöpfung, neue Schöpfung, Einheit der Kirchen“, und in Bristol wurde 1967 ein wichtiger Bericht über das Thema „Gott in Natur und Geschichte“ entgegengenommen. Das in den Jahren danach bearbeitete Thema „Einheit der Kirche und Einheit der Menschheit“ hat die Humanumstudien des Ökumenischen Rates in den Aspekt der Faith and Order-Thematik hineingenommen und so in durchaus begrüßenswerter Weise das Thema der Einheit der Menschheit in Frieden und Gerechtigkeit mit der Faith and Order-Thematik der Kircheneinheit verklammert. So ist die Kommission den divergierenden Tendenzen und falschen Alternativen unserer Zeit entgegengetreten.

b) Daneben hat die Kommission zahlreiche traditionelle Faith and Order-Themen mit großer Gründlichkeit weiter bearbeitet und zum Teil recht beachtliche Fortschritte erzielt. Es wurde unverkennbar deutlich, daß ältere Bemühungen, die lange Zeit erfolglos zu sein schienen, wie z. B. die Bemühung um ein Verständnis des Amtes, nun in ein neues Stadium eingetreten sind und beginnen, Frucht zu bringen.

c) Hervorzuheben ist auch die Verbesserung der Arbeitsmethode im Vergleich zu den Vollversammlungen des Ökumenischen Rates. Wir alle wissen aus Erfahrung, wie bedrückend oft die Verpflichtung war, im Verlauf einer ökumenischen Konferenz neue Berichte zu produzieren, und wie zufällig oft unter dem zeitlichen Druck die Formulierungen ausfielen. So bedeutet es eine große Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten und eine erhebliche Vertiefung der dialogischen Begegnungen, daß die Konferenz in Löwen sich auf die kritische Besprechung der in den vorausgegangenen Jahren erarbeiteten Berichte und auf Empfehlungen für die Weiterarbeit beschränkte. Diese Stellungnahmen und Empfehlungen wurden dann von der Versammlung durch Beschluß angenommen und den Berichten für die Veröffentlichung hinzugefügt.

d) Im übrigen verdient von vornherein die Tatsache besondere Beachtung, daß die Faith and Order-Kommission das einzige Gremium des Ökumenischen Rates ist, an dem Glieder der römisch-katholischen Kirche nicht nur als Gäste oder Berater teilnehmen, sondern dem sie als volle Mitglieder angehören. Dem entspricht es, daß die diesjährige Kommissionstagung in den Räumen eines Jesuitenkollegs stattgefunden hat. Die vom Einheitssekretariat in Rom entsandten bzw. bestätigten römisch-katholischen Theologen haben sehr verständnisvoll mitgearbeitet und zum Teil vorzügliche Beiträge geleistet. Aus Deutschland ist besonders Prof. Ratzinger zu nennen.

II. Die Ergebnisse der Konferenz für Glauben und Kirchenverfassung in Löwen

A. Das Hauptthema: Die Einheit der Kirche und die Einheit der Menschheit

Angesichts der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit ist es mir leider nicht möglich, hier das Thema im einzelnen zu entfalten und über seine Behandlung in den verschiedenen Stadien des ökumenischen Arbeitsprozesses zu berichten. Ich verweise dafür auf das Beiheft 18/19 zur „Ökumenischen Rundschau“ über die Löwener Tagung, das die Berichte und Beschlüsse sowie einen Teil der Vorträge gebracht hat, und auf die besondere Veröffentlichung des Vortrags von Meyendorff in dieser Nummer. Ich muß mich hier darauf beschränken, die Variationsbreite zu kennzeichnen, innerhalb derer das Thema erörtert worden ist:

1. Als die *extremen* Positionen standen einander gegenüber: einerseits die Betonung der heute hervortretenden globalen Einheit der Menschheit als beschämendes Vorbild für die noch immer nicht einigen Kirchen (so schon manche Äußerungen auf der Weltkirchenkonferenz in Uppsala) und andererseits das Verständnis der Einheit der Kirche als Urbild für die Einigung der Menschheit und damit die Erwartung der Einheit der Menschheit von der Eingliederung der Menschen in die Kirche oder doch von dem Hören der Menschen auf die sozial ethischen Weisungen der Kirche. In diesen Positionen kehren in gewisser Weise die älteren Antithesen wieder, die durch die Reihenfolge Christus-Welt-Kirche einerseits und Christus-Kirche-Welt andererseits gekennzeichnet sind. Die Schwierigkeit besteht bei den genannten Positionen auf der einen Seite darin, daß die heute hervortretende globale Einheit der Menschheit genaugenommen keine Einheit, jedenfalls keine Gemeinschaft, sondern nur eine Interdependenz ist (hierauf hat Kohnstamm mit Nachdruck hingewiesen). Auf der anderen Seite kann nicht übersehen werden, daß die Einheit der Kirchen zwar angestrebt wird, aber immer noch nicht verwirklicht ist. Die durch diese verschiedenen extremen Positionen umrissene höchst komplexe Thematik kann methodisch auf sehr verschiedene Weise in Angriff genommen werden. Je nach der eingenommenen Grundposition liegt auf der einen Seite der Einsatz bei den empirischen Wissenschaften, besonders bei der Soziologie nahe, um von daher zur Erkenntnis des heute gebotenen Einsatzes für die Einheit von Kirche und Menschheit vorzustoßen. Auf der anderen Seite wird der Einsatz bei der Offenbarung bzw. den biblischen Offenbarungszeugnissen genommen. Beides ist in dem Bericht der vorbereitenden Kommission geschehen. Er ist sehr anregend, enthält viele wichtige Gesichtspunkte, aber er ist in manchen Einzelaussagen unausgeglichen, bleibt in dem Bemühen, verschiedene Meinungen zu vereinigen, eigen tümlich additiv und entbehrt einer letzten systematischen Klarheit.

2. Dieser Bericht wurde sodann in mehreren Instanzen einer überaus sorgfältigen, methodisch gut vorbereiteten Kritik unterzogen. Die erste Kritik erfolgte durch das Working Committee der Kommission. In ihr ist die Fragestellung bereits erheblich theologisch vertieft worden. Diese Kritik lag der Versammlung in Löwen bereits zusammen mit dem Bericht vor. Eine weitere, sehr wichtige kritische Vertiefung erfolgte durch die drei Vorträge von Kardinal Suenens und den Professoren Kohnstamm und Meyendorff zu Beginn der Konferenz. Sodann geschah die kritische Verarbeitung des Berichts durch die Faith and Order-Konferenz als ganze in fünf Sektionen mit verschiedenen Teilthemen: (1) Einheit der Kirche und der Kampf um eine bessere Gesellschaft; (2) – und der Dialog mit anderen Religionen; (3) – und der Rassismus; (4) – und die geistig, psychisch und körperlich Behinderten; (5) – und Unterschiede im Bereich von Kultur und Bildung. Schließlich wurden von der Vollversammlung der Kommission die Berichte der Sektionen entgegengenommen und eine kurze gemeinsame Stellungnahme formuliert.

3. Dieser Arbeitsprozeß der dialogischen Klärung ist meines Erachtens sehr positiv zu beurteilen. In diesem Prozeß hat das biblische Offenbarungszeugnis zunehmend an Bedeutung gewonnen, und es ist unmöglich geworden, bei manchen Kurzschlüssigkeiten und Unklarheiten stehenzubleiben, die ursprünglich bestanden. Der Prozeß der Klärung ist wichtiger als der Bericht. Auch wenn dieser Prozeß nicht in einem neuen Bericht seinen Niederschlag gefunden hat, läßt er sich doch aus den verschiedenen Kritiken, Vorträgen etc. erheben.

4. Zugleich aber können die Schwächen nicht übersehen werden, die trotz allen gemeinsamen Ringens geblieben sind.

a) Ungeklärt ist das Verhältnis zwischen Glaubensaussagen und empirischen Aussagen bzw. zwischen Theologie und empirischen Wissenschaften – also dasselbe Problem, das im September unter der Thematik „Dogmatische oder kontextuelle Theologie?“ Gegenstand einer wichtigen Konsultation in Bossey war. Auch dort ist in einem internationalen Kreis von systematischen Theologen und Vertretern anderer Wissenschaften eine erhebliche Ungewißheit der heutigen Theologen hinsichtlich des Proprium der theologischen Wissenschaft zutage getreten.

b) Ungeklärt ist ferner das Verhältnis zwischen nicht-christlichen Religionen und christlichem Offenbarungsglauben sowie zwischen den entsprechenden Kulturen und dem Christentum. Es zeigte sich eine starke Tendenz zu einem Denken in Stufen und Über-

gängen, dem die neutestamentlichen Kategorien der Abkehr, der Umkehr, des Bruches mit der Vergangenheit fernliegen. Zweifellos ist in diesem Problembereich einer Theologie der Religionen noch sehr viel aufzuarbeiten.

c) Verblaßt ist weithin die Erwartung der Parusie Jesu Christi als *Gericht*. Verblaßt sind im Zusammenhang damit auch die biblischen Aussagen über die Zeichen der Endzeit und über den Leidensweg der Kirche. Nur ganz am Rande war von der Möglichkeit eines antichristlichen Friedensreiches die Rede. Die evolutionistische Konzeption Teilhard de Chardins scheint sich umfassender auszuwirken, als den einzelnen bewußt ist.

Aber dies alles sind nicht nur Schwächen der Faith and Order-Kommission, sondern der heutigen Christenheit überhaupt, auch der römischen Kirche – auch der Evangelischen Kirche in Deutschland.

B. Spezielle Faith and Order-Themen

Auch hier muß ich mich kurz fassen und für das einzelne auf die genannte Veröffentlichung der Berichte und Stellungnahmen verweisen. Indessen muß auf alle Fälle die eindrucksvolle Mannigfaltigkeit der Themen hervorgehoben werden, die von Subkommissionen bearbeitet worden waren und über die der Tagung in Löwen Berichte vorlagen. Es sind dies Berichte über die folgenden elf Themen:

1. Die Autorität der Bibel. – Dieser Bericht stellt das Ergebnis eines sehr beachtlichen zweiten Arbeitsganges dar, der sich (nach ersten ökumenischen Anfängen kurz nach dem 2. Weltkrieg) mit dem hermeneutischen Problem befaßte.

2. Das Konzil von Chalcedon und seine ökumenische Bedeutung. – Dieses Thema hatte seinen konkreten Anlaß in dem Gegensatz zwischen den orthodoxen Kirchen und den nicht-chalcedonensischen orientalischen Kirchen und in dem verdienstvollen und erfolgreichen Versuch des Faith and Order-Sekretariates, diese getrennten Kirchen, die von sich aus nicht zusammenfanden, zu einer dialogischen Begegnung zu bringen. In diesen Studien über das Chalcedonense geht es nicht nur um die christologische Frage, sondern um das Wesen eines Konzils.

3. Taufe, Konfirmation, Abendmahl. – Langjährige Studien über die Taufe einerseits und über das Abendmahl andererseits sind hier zusammengefaßt und weitergeführt worden, wobei das besondere Interesse darauf gerichtet ist, die Taufe innerhalb des Gesamtzusammenhangs des christlichen Lebens zu verstehen.

4. Interkommunion. – Die begriffliche Unterscheidung der verschiedenen Arten von Abendmahlsgemeinschaft, die 1952 in Lund fixiert wurde, ist inzwischen durch weitere Präzisierungen erheblich verbessert worden. Der Bericht hierüber ist bereits vor zwei Jahren in der „Ökumenischen Rundschau“ veröffentlicht worden (18. Jg., 4/1969, S. 574).

5. Gottesdienst heute. – Eine Weiterführung von Erörterungen, die bereits in Uppsala eine Rolle gespielt haben.

6. Ordination bzw. „das ordinierte Amt“. – In dieser Thematik sind vielleicht die beachtlichsten Fortschritte erreicht worden. Darauf sei daher im folgenden unter c) besonders eingegangen.

7. Geist, Ordnung, Organisation. – Die Behandlung dieses Themas ist noch bei den ersten Ansätzen stehengeblieben.

8. Katholizität und Apostolizität. – Es handelt sich hier um den Bericht einer Kommission, die von der Gemeinsamen Arbeitsgruppe des Ökumenischen Rates und des Einheitssekretariates eingesetzt worden war und aus Theologen von Mitgliedskirchen des Ökumenischen Rates und der römischen Kirche bestand. Dieser wichtige Bericht ist zusammen mit den zugrunde liegenden Referaten als Beiheft zur Zeitschrift „Kerygma und Dogma“ erschienen.

9. Gemeinsames Zeugnis und Proselytismus. – Auch dieser Bericht gründet in der Zusammenarbeit von Ökumenischem Rat und Einheitssekretariat in der Gemeinsamen Arbeitsgruppe. In ihm ist ein weitgehender Anschluß der römischen Kirche an die entsprechenden älteren Erklärungen des Ökumenischen Rates zum Proselytismusproblem erfolgt.

10. Unionsverhandlungen. – Im Bereich des Ökumenischen Rates haben die Unionsverhandlungen eine ungeheure Zunahme erfahren. Mehrere davon stehen nahe vor einem

positiven Abschluß. Natürlich ist mit solchen Verhandlungen immer die Gefahr einer zunehmenden Aufspaltung der Christenheit verbunden, da die Unionen unter sich verschieden sind und häufig Reste der Kirche zurückbleiben, die sich der Union verschließen. Es ist darum sehr wichtig, daß die Kommission für Glauben und Kirchenverfassung zur Beratung bei den Verhandlungen sich zur Verfügung hält.

11. Bilaterale Gespräche. — Es geht in diesem Bericht um eine zentrale Frage der Methodik des ökumenischen Dialogs. Man stand im Ökumenischen Rat bilateralen Gesprächen zunächst sehr reserviert gegenüber. So war es keineswegs leicht, in der Faith and Order-Kommission 1955 lutherisch-reformierte Gespräche auf europäischer Ebene in Gang zu bringen. Zunehmend aber hat man inzwischen den Wert solcher bilateralen Gespräche erkannt, da sie eine größere Tiefe und Präzision ermöglichen als multilaterale Gespräche und im übrigen vor Unionsverhandlungen unentbehrlich sind. Notwendig ist freilich die Wahrung des Zusammenhangs mit den multilateralen ökumenischen Gesprächen in der Gesamtchristenheit, da nur so falsche Akzentuierungen und neue Isolierungen vermieden werden können.

Aus der umfangreichen und intensiven geleisteten Arbeit zu diesen elf Themen möchte ich wenigstens die folgenden vier Ergebnisse hervorheben, an denen der Fortschritt der Faith and Order-Arbeit besonders deutlich wird:

a) Zur Lehre von der Taufe: In der langjährigen Kommissionsarbeit über die Taufe ist aufgrund der neutestamentlichen Texte mit einem zunehmenden Konsensus Gottes gnädiges Handeln durch die Taufe erkannt und anerkannt worden. Dies gilt auch von baptistischen Mitarbeitern, wie dem englischen Neutestamentler Beasley-Murray, dessen wichtiges Buch „Baptism in the New Testament“ (1962) inzwischen auch in deutscher Übersetzung erschienen ist. Zunehmend ist in den Berichten der Faith and Order-Kommission die gemeinsame Überzeugung zum Ausdruck gebracht worden, daß die Taufe nicht Tat des Menschen, sondern Gottes Tat am Menschen ist, und daß der Mensch der im Glauben Empfangende ist. Damit ist zwar die Ablehnung der Kindertaufe durch die Baptisten noch nicht beseitigt, aber die Begründung dieser Ablehnung ist erheblich abgeschwächt. Dem entspricht bei einem Teil der heutigen Baptisten die Tendenz, auf Wiedertaufen zu verzichten. In dem Bericht für Löwen versucht die Kommission darüber hinaus weiterzukommen, indem hier von einer *isolierten* Erörterung der Taufe abgegangen wird, sondern die Taufe in dem Zusammenhang mit Konfirmation und Abendmahl als grundlegendes Glied eines das ganze Leben des Christen umfassenden göttlichen Handelns und der entsprechenden Antwort des Menschen im Glauben verstanden wird. Die umstrittene Frage der zeitlichen Reihenfolge von Glauben und Taufe verliert damit an Schärfe. Die ökumenische Entwicklung im Taufverständnis ist somit ganz anders — und zwar in entgegengesetzter Richtung — verlaufen als die Entwicklung des Taufverständnisses bei Karl Barth.

b) Zur Frage der Abendmahlsgemeinschaft. — Diese Frage spielt heute in zahlreichen Kirchengebieten eine zunehmend große Rolle, — sie wird in sehr verschiedener Begrifflichkeit erörtert und auch durch sehr verschiedene praktische Entscheidungen beantwortet. Für die Erörterung dieser sehr komplexen Frage wäre schon viel gewonnen, wenn sich alle Kirchen derselben Begrifflichkeit bedienen würden. Gegenüber der Begrifflichkeit der Konferenz von Lund hat die Faith and Order-Kommission neuerdings eine sehr viel differenziertere Begrifflichkeit gefunden. Sie unterscheidet (1) Zulassung: (a) begrenzte Zulassung bei besonderen Anlässen, (b) allgemeine einseitige Zulassung und (c) gegenseitige Zulassung. (2) Zelebration: (a) gemeinsame Zelebration in besonderen Fällen und (b) Interzelebration im Sinne einer gegenseitigen Erlaubnis von Kirchen, daß die Amtsträger der anderen Kirche in ihnen zelebrieren dürfen. (3) *Communio*, wobei dieser Begriff nur für die volle Abendmahlsgemeinschaft nach Aufhebung der Kirchentrennung verwendet werden soll.

Hinsichtlich der Durchführung der Abendmahlsgemeinschaft ist in Löwen keine Veränderung der bisher auf ökumenischen Konferenzen üblichen Praxis beschlossen worden. Sowohl die orthodoxe als auch die römische Kirche hat hier keine Glieder einer anderen Kirche zum Empfang eingeladen. Dagegen haben an der Open Communion des lutherischen Gottesdienstes mehrere Katholiken teilgenommen.

c) Zum Thema der Ordination. – Ökumenische Gespräche über dieses Thema haben sich von Lausanne an immer als besonders schwierig erwiesen. Sie sind weithin gescheitert und dann lange unterblieben. Aber in den letzten Jahren sind hier zweifellos Fortschritte erreicht worden, wobei z. B. die historischen Untersuchungen des reformierten Amtsverständnisses durch den Neuchâtel Theologen von Allmen eine wichtige Brücke waren. Die Gemeinsamkeit der Überzeugung von der Notwendigkeit des „ordinierten Amtes“ ist zweifellos gewachsen. Es „gibt noch heute ein solches Amt der Versöhnung, in das bestimmte Personen speziell eingesetzt werden“. „Die Ordination verleiht eine Autorität, die nicht die des Amtsträgers selbst ist, sondern Ausdruck der Autorität Gottes, mit der die Gemeinschaft ausgerüstet ist.“ „Die Handlung der Ordination ist gleichzeitig: – ein Gebet zu Gott, daß er den neuen Amtsträger mit der Kraft des Heiligen Geistes ausrüsten möge; – ein Zeichen, daß der Herr, der die Gabe des Amtes verleiht, dieses Gebet erhört; – ein Opfer, in dem die Kirche den bei diesem Gottesdienst geweihten Amtsträger Gott darbringt.“ Zweifellos sind sich die Kirchen in diesen gemeinsamen Aussagen über das Amt und auch über das allgemeine Priestertum aller Gläubigen, die sich in diesem Bericht finden, nähergekommen.

d) Wesentliche Fortschritte sind auch in der Arbeit über das Konzil von Chalcedon, und zwar besonders über den Begriff der Konziliarität erfolgt. Die während der Löwener Tagung insbesondere von Bischof Newbigin ausgearbeiteten Ausführungen über „die Konziliarität und die Zukunft der ökumenischen Bewegung“ sind ganz besonderer Aufmerksamkeit zu empfehlen. Hier sind aufgrund der bisherigen Studien und im Ausblick auf ein zukünftiges universales ökumenisches Konzil die Dimensionen der räumlichen und zeitlichen Universalität, das Problem der Autorität des Konzils, die Bedeutung der Rezeption der Konzilsbeschlüsse durch die Gemeinden und insbesondere der Zusammenhang von Konzil und Heiligem Geist herausgearbeitet.

C. Planung der Weiterarbeit

Die Berichte sind mit zahlreichen Empfehlungen für die Weiterarbeit verabschiedet worden. Nur die wichtigsten können hier hervorgehoben werden:

1. Die Mitglieder der Kirchen sollen „versuchen, Rechenschaft zu geben davon, was ihnen als Christen gemeinsam anvertraut ist. Für die Dringlichkeit dieser Aufgabe spricht: (a) Wir stehen in der großen Dialogbereitschaft der ökumenischen Bewegung in der Gefahr, den Dialog zu führen, ohne auf einen Ertrag zu dringen, indem wir uns über die Gemeinsamkeit unseres Glaubens Rechenschaft geben. (b) In der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung sind wir in vielen Einzelstudien an den Punkt gekommen, an dem es sich als notwendig erweist, nicht nur den Sachzusammenhang erzielter Teilergebnisse auszuarbeiten, sondern darüber hinaus den Versuch zu wagen, das zur Sprache zu bringen, was wir als gute Nachricht anzubieten haben ...“ „Was wir vorhaben, kann nicht die Form eines Credo, eines Katechismus, einer Bekenntnisschrift oder eines theologischen Handbuches haben. Diese Formen setzen ein verhältnismäßig hohes Maß an Übereinstimmung in der Lehrformulierung voraus. Wir sind aber in dem, was wir gemeinsam im Gebet aussprechen und gemeinsam verkündigen, offensichtlich weiter als in dem, was wir gemeinsam lehrmäßig fixieren können. Deshalb sollten wir aussprechen, was Inhalt unseres Betens und unserer Verkündigung ist.“

2. Die Studienarbeit über „Ziel und Wesen der Einheit, die wir suchen“ soll fortgeführt werden durch eine genaue Untersuchung der verschiedenen Konzeptionen der Einheit und der Modelle der Einigung. So soll die weitere Arbeit „einschließen: (a) eine Klärung und theologische Auswertung der vorhandenen Konzeptionen der Einheit und Modelle der Einigung und eine Beschreibung neu entstehender Konzeptionen und Modelle; (b) eine theologische Überprüfung der Beziehungen zwischen Einheit, Erneuerung, Sendung der Kirche und Überwindung von Rassenhaß und ähnlichen Erscheinungen; (c) eine Analyse des Ablaufs von Verhandlungen und Gesprächen, die von Kirchen und konfessionellen Weltbünden durchgeführt werden“. – „Eine neue Aufnahme der Frage der Einheit würde eine erneute Untersuchung der ‚nicht-theologischen‘ oder besser der sozialen und

administrativen Aspekte der Kircheneinheit einschließen. Verbunden damit sind die realen, aber schwer faßbaren Fragen der Spiritualität und des Gottesdienstes.“

3. Für die Zukunft der Faith and Order-Arbeit ist sehr wichtig der Ort und der Rang, der ihr in der geplanten Neustrukturierung des Ökumenischen Rates zuerkannt wird. Die Strukturkommission des Ökumenischen Rates hat insgesamt drei Programmeinheiten und innerhalb der ersten Programmeinheit „Glauben und Zeugnis“ die folgenden vier Untereinheiten vorgesehen: Glauben und Kirchenverfassung, Weltmission und Evangelisation, Kirche und Gesellschaft, Dialog mit Vertretern der Religionen und Ideologien unserer Zeit. Dieser Strukturentwurf wird sehr verschieden beurteilt: Auf der einen Seite als Einschränkung der selbständigen Arbeitsmöglichkeiten der bisherigen Kommission für Glauben und Kirchenverfassung, auf der anderen Seite als Möglichkeit einer stärkeren Integration der drei anderen Untereinheiten durch die besondere Fragestellung der Kircheinigung in Glauben und Verfassung. Da der Entwurf des Strukturausschusses die Unterstellung der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung unter einen Ausschuß vorsieht, der für alle vier Untereinheiten zuständig sein soll, während bisher nur die Kommission für Glauben und Kirchenverfassung selbst ihre Konstitution ändern konnte, wurde in Löwen zur Wahrung der relativen Selbständigkeit der Arbeit beschlossen, daß Änderungen der Konstitution nur mit Zustimmung der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung vorgenommen werden sollen.

III. Folgerungen aus der Löwener Konferenz für die Evangelische Kirche in Deutschland

Nach einer ökumenischen Konferenz steht eine jede der auf ihr vertretenen Kirchen vor der Aufgabe, sich darüber Rechenschaft abzulegen, was die Konferenzergebnisse für sie bedeuten. So will ich versuchen anzudeuten, welche Folgerungen sich meines Erachtens aus der Löwener Konferenz ergeben. Dabei muß ich mich auch hier darauf beschränken, einige wenige Punkte hervorzuheben.

1. Auf der Löwener Konferenz hat ein echtes Ringen zwischen den divergierenden Kräften innerhalb der heutigen ökumenischen Bewegung und eine Überwindung falscher Alternativen stattgefunden. Da diese falschen Alternativen auch in der EKD eine große Rolle spielen, kann die Konferenzarbeit über das Thema „Die Einheit der Kirche und die Einheit der Menschheit“ eine beachtliche Hilfe für die Klärung dieser Probleme in unserer Kirche bedeuten. Auch wenn in Löwen noch keine voll befriedigende Lösung dieser Probleme erreicht worden ist, kann es sich doch als sehr hilfreich auswirken, wenn wir in der EKD uns hineinnehmen lassen in den Arbeits- und Klärungsprozeß, der in der Vorbereitung und Durchführung der Löwener Konferenz stattgefunden hat. So ist den Dokumenten von Löwen eine möglichst große Verbreitung in der EKD zu wünschen.

2. Auf der Löwener Tagung ist die positive Bedeutung bilateraler Gespräche anerkannt worden. Hierin darf man eine Bestätigung der Erfahrungen erblicken, die wir bereits seit längerem in der EKD gemacht haben. Zu nennen sind hier die bilateralen Gespräche, die das Kirchliche Außenamt unmittelbar nach dem 2. Weltkrieg mit dem orthodoxen theologischen Institut St. Serge in Paris, der theologischen Fakultät der russischen Emigrantenkirche, und einige Jahre später auch mit der Russischen Orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchats aufgenommen hat. Diese Dialoge hätten nicht so in die Tiefe führen können, wenn wir sie sogleich mit einer gesamtorthodoxen Delegation begonnen hätten. Dasselbe gilt von den deutschen evangelisch-katholischen Gesprächen, die seit 1946 regelmäßig unter dem Vorsitz von Bischof Stählin und Kardinal Jaeger stattgefunden haben. Hinzu kamen inzwischen bilaterale Gespräche der EKD mit dem Ökumenischen Patriarchat in Konstantinopel sowie mit der anglikanischen Kirche. Besonders hervorzuheben sind die lutherisch-reformierten Gespräche in Deutschland (mit Einschluß der unierten sind sie genauer als trilaterale Gespräche zu bezeichnen) über das Abendmahl, die dann zu den Arnoldshainer Thesen geführt haben und die neuerdings fortgesetzt worden sind, sowie die lutherisch-reformierten Gespräche auf europäischer Ebene. Auch hier ist man weiter gekommen, als dies in einem gesamtökumenischen multilateralen Dialog möglich gewesen wäre. Freilich ist, wie man auch in Löwen mit Recht betont hat, dabei das Ganze

der Ökumene im Auge zu behalten, und es müssen die Ansatzpunkte für die Einigung mit den anderen Kirchen deutlich werden. Es ist mir freilich die Frage, ob dies bei den lutherisch-reformierten Gesprächen hinreichend berücksichtigt worden ist. Jedenfalls müßte ich heute im Rückblick auf die Arnoldshainer Gespräche über das Abendmahl feststellen, daß wir hier bei einer kurzschlüssigen Charakterisierung der römisch-katholischen Lehre stehengeblieben sind und die neuere katholisch-theologische Entwicklung oder gar die ostkirchliche liturgische Theologie nicht gebührend berücksichtigt haben. Auch an die lutherisch-reformierten Gespräche auf europäischer Ebene kann man die kritische Frage stellen, ob sie nicht vielleicht zu sehr introvertiert protestantisch geführt worden sind. Es kann ja nicht ihr Ziel sein, eine protestantische Blockbildung herbeizuführen, ähnlich einem panorthodoxen Block. Darum bin ich froh, daß in der letzten Fassung des Leuenberger Konkordienentwurfs wenigstens der Hinweis auf die altkirchlichen Symbole hineingekommen ist. Dies dürfte das mindeste sein, was die Reformationskirchen von ihrem altkirchlichen Erbe für die Gemeinschaft mit den anderen Kirchen geltend zu machen haben.

3. Es ist in der Geschichte der ökumenischen Bewegung mehr und mehr deutlich geworden, daß eine Einigung getrennter Kirchen nicht bereits durch *Einheitserlebnisse* zustande kommt, sondern daß darüber hinaus *gemeinsame Aussagen* nötig sind, die die bisherigen Gegensätze aufheben. Dieser Konsensus braucht nicht in ein und derselben Formulierung, also nicht in uniformen Aussagen zum Ausdruck gebracht zu werden. Er kann durchaus in gegenseitiger Anerkennung der inhaltlichen Übereinstimmung verschiedener Aussagen bestehen. Dabei ist außerdem zwischen zentralen Aussagen des Glaubens, in denen Übereinstimmung notwendig ist, und weniger zentralen Aussagen zu unterscheiden, zwischen denen auch gewisse inhaltliche Unterschiede ertragen werden können. Innerhalb dieser ökumenischen Gesamtentwicklung ist es ein wichtiger Fortschritt, daß die lutherisch-reformierten Gespräche sowohl in der EKD als auch auf der europäischen Ebene zu Konsensausagen mit der ausdrücklichen gemeinsamen Erklärung geführt haben, daß die bisher geltenden Verwerfungen aufgehoben und die kirchentrennenden Hindernisse in der Lehre beseitigt sind. Ich kann hier nicht auf den Inhalt des innerdeutschen und des europäischen Konkordienentwurfs eingehen. Zweifelloso aber bedeuten beide, vor allem aber die Leuenberger Erklärung, eine echte und weiterführende Klärung. Es ist freilich beunruhigend, daß gleichzeitig in den beteiligten Kirchen, und zwar insonderheit innerhalb der EKD, neue Gegensätze aufbrachen, die noch vor 25 Jahren in diesem Umfang nicht bestanden haben. Das gilt z. B. vom Taufverständnis: Der Ablehnung der Kindertaufe liegt ein Taufverständnis zugrunde, das weder lutherisch noch reformiert ist. Hier findet in der EKD eine Entwicklung statt, die im Gegensatz zur ökumenischen Entwicklung verläuft. Dies gilt auch z. B. vom Amtsverständnis: Die Auflösung der Ordination in die Introduktion ist meines Erachtens eine erheblichere Distanzierung von dem gemeinsamen reformatorischen Amts- und Kirchenverständnis, als manchen bewußt ist. Während in der Ökumene sich eine zunehmende Konvergenz in diesen Fragen vollzieht, geschieht in der EKD eine zunehmende Divergenz. Der Wert der Konkordie wird dadurch reduziert. Hinzu kommen die noch tiefer greifenden Gegensätze im Verständnis der Trinität, der Inkarnation, der Auferstehung und der Parusie. Manche „Fortschrittliche“ sehen in der Konkordie bereits nur das belanglose Feigenblatt für das Schamgefühl einiger rückständiger „Konservativer“.

4. Von Anfang an gab es in der ökumenischen Bewegung verschiedene Vorstellungen von der erstrebten Einheit der Kirche: Auf der einen Seite die organische Einheit in demselben Bekenntnis, derselben Ordnung der Ämter etc. – also Einheit im Sinne einer vollständigen Integration. Auf der anderen Seite die Einheit als Bund mit Abendmahlsgemeinschaft bei bleibender Selbständigkeit der Kirchen. Außerdem sah man natürlich verschiedene Möglichkeiten zwischen diesen Konzeptionen. Inzwischen hat sich im Ökumenischen Rat zunehmend die Erkenntnis durchgesetzt, daß es falsch ist, die beiden genannten Konzeptionen in einem statischen Verständnis gegeneinander zu stellen. Vielmehr ist jede Einigung getrennter Kirchen als ein Prozeß anzusehen, der nach der formellen Aufhebung der Trennung weitergeht in einer immer weiter fortschreitenden Klärung des Konsensus und in zunehmender Anpassung der Ordnungen. Insofern scheint es mir richtig

und in der Linie dieser ökumenischen Einsichten zu liegen, daß in den Überlegungen über die Weiterentwicklung der Struktur der EKD der Begriff der *Gemeinschaft* für die Kennzeichnung der Einheit der Landeskirchen in den Vordergrund getreten ist. Der Begriff der Gemeinschaft hat den Vorzug, Raum für Mannigfaltigkeit, für geschichtliche Bewegung und für weitere kirchenrechtliche Angleichung zu lassen, und doch ist damit Gemeinschaft nicht nur in dem Sinn, wie der Ökumenische Rat im Neugriechischen als Koinonia bezeichnet wird, sondern im neutestamentlichen Sinn der Gemeinschaft des Leibes Christi gemeint. Bei Betrachtung der Unionsvorgänge im ökumenischen Bereich kann einem freilich die Frage kommen, ob bei den Beratungen über eine neue Verfassung der EKD das Mißverhältnis genügend beachtet wird, das zwischen dem *schwachen* faktischen Konsensus in den Fragen des Glaubens und der Lehre einerseits und der *starken* Tendenz, die Kompetenzen der zentralen Organe der EKD erheblich zu vermehren, andererseits besteht. Die Struktur der Gemeinschaft kann zentrale und uniforme kirchenrechtliche Regelungen nur so weit vertragen, als ein echter *faktischer* Konsensus im Glauben vorliegt. Andernfalls führen sie nur allzu leicht zu einem Formalismus und zu weiteren Spaltungen.

Das Referat Kirche und Gesellschaft hat sich – wiederum in interdisziplinärer Bezogenheit – mit dem umfassenden Thema „Die Technik und die Zukunft des Menschen und der Gesellschaft“ befaßt (vgl. dazu Ernst von Weizsäcker in: Ökumenische Rundschau 2/1970, S. 463ff. und Paul Abrecht in: Ökumenische Rundschau 1/1971, S. 58ff., sowie W. A. Visser't Hooft in: Evangelische Kommentare 7/1971, S. 378ff.; siehe auch den Berichtsband „Wissenschaft, Glaube und die Zukunft des Menschen“, Stuttgart 1971). Über die gleichfalls aus diesem Referat hervorgegangene Gewaltstudie ist oben schon die Rede gewesen.

Es ist unmöglich, auf alle Studienprojekte des ÖRK an dieser Stelle im einzelnen einzugehen, obwohl manche, wie z. B. die Humanum-Studie, eine Würdigung verdient hätten. Hierfür kann auf zwei Berichte von Walter Müller-Römheld verwiesen werden: „Aktuelle ökumenische Studienarbeit“ (Ökumenische Rundschau 4/1971, S. 412ff.) und – soweit es auch die Berichtszeit betrifft – „Das heutige Studienprogramm des Ökumenischen Rates der Kirchen“ (Ökumenische Rundschau 1/1974, S. 104ff.). Herausgegriffen sei aber noch der von viel Kritik und Argwohn – vor allem von evangelikaler Seite – begleitete *Dialog mit anderen Religionen und Ideologien*, der in einer Konferenz mit Hindus, Buddhisten und Muslimen im März 1970 in Ajaltoun bei Beirut einen Schwerpunkt fand (vgl. dazu Herder-Korrespondenz 5/1970, S. 450ff.; siehe auch den Sammelbericht von Hans Jochen Margull/Stamley J. Samartha „Dialog mit anderen Religionen“, Frankfurt a. M. 1972). Der Zentralausschuß hat seinerseits in einer 1971 in Addis Abeba beschlossenen Grundsatzerklärung die Richtlinien für einen solchen Dialog eindeutig festgelegt:

DER ÖKUMENISCHE RAT DER KIRCHEN UND DER DIALOG MIT MENSCHEN ANDERER RELIGIONEN UND IDEOLOGIEN

(Vorläufige Grundsatzerklärung und Richtlinien)

I. Präambel

1. Der Ökumenische Rat der Kirchen steht durch Leben und Zeugnis seiner Mitgliedskirchen und durch die Aktivitäten, die er in ihrem Namen unternimmt, in mannigfaltigen Beziehungen zu Menschen verschiedener Länder. Der Dialog, verstanden als menschliches Tun, an welchem geistliche, geistige und praktische Elemente mitwirken, ist natürlicher

Bestandteil dieser Beziehung. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist dieser Dialog unumgänglich, dringlich und voller Möglichkeiten. Unumgänglich, weil Christen überall in der Welt heute in pluralistischen Gesellschaften leben. Dringlich, weil alle Menschen unter den gleichen Zwängen nach Frieden, Gerechtigkeit und einer hoffnungsvollen Zukunft suchen. Voller Möglichkeiten, weil Christen heute auf neue Art und Weise neue Aspekte der Niedrigkeit und der Herrschaft Christi und deren Konsequenzen für die Sendung der Kirche im Kontext der Bewegung hin zu einer gemeinsamen menschlichen Gemeinschaft entdecken können.

2. Unser Glaube an Jesus Christus, der für alle Menschen aller Zeiten Mensch wurde, trägt uns im Dialog. Der Ausdruck dieses Glaubens in Leben und Zeugnis der Kirche veranlaßt uns, Beziehungen zu Menschen anderer Religionen und anderer Ideologien zu unterhalten. Jesus Christus befreit uns und führt uns heraus aus unserer Isolation in einen echten Dialog mit anderen Menschen. Dabei vertrauen wir der Verheißung Jesu Christi, daß der Heilige Geist uns in alle Wahrheit leiten wird.

3. Dies wurde in Uppsala 1968 mit folgender Aussage bekräftigt: „Die Begegnung mit Menschen anderen Glaubens oder ohne Glauben führt unausweichlich zum Dialog. Der Dialog eines Christen mit einem anderen Menschen impliziert weder eine Verleugnung der Einmaligkeit Christi noch irgendeinen Verlust der eigenen Hingabe an Christus. Er macht Ernst mit der Erkenntnis, daß ein eigentlich christliches Zugehen auf andere menschlich, persönlich, sachgemäß und demütig sein muß“ (*Bericht aus Uppsala* 68, S. 28). Ein solcher Dialog setzt eine geistliche Erneuerung in unseren Kirchen voraus und ist zugleich selber Zeichen dieser Erneuerung in unseren Kirchen und in unseren Gesellschaften.

4. Jahrhunderte hindurch hat die Kirche in vielen Ländern unter Menschen verschiedener Religionen gelebt. Dialog zwischen Christen und Menschen anderer Religionen ist daher kein neues Unterfangen. In den letzten Jahren haben viele organisierte Dialoge zwischen Einzelpersonen und Gruppen stattgefunden. Viele von ihnen waren bilateral, einige multilateral. Im Rahmen dieser allgemeinen Entwicklung haben verschiedene Einheiten des Ökumenischen Rates solche Dialoge organisiert oder sich an ihnen beteiligt. Hierzu gehören ein ständiger Dialog mit Juden und in letzter Zeit die Aufnahme des Dialogs mit Muslimen. Es gibt auch bereits eine Reihe von Konsultationen über das Verhältnis zwischen Christen und Menschen anderer Religionen, z. B. in Mexico 1963 und Kandy 1967. Ähnliche Konsultationen wurden auf regionaler Ebene abgehalten, z. B. von der Ostasiatischen Christlichen Konferenz und der Gesamtafrikanischen Kirchenkonferenz. Im Bereich der Ideologien haben bereits Dialoge zwischen Christen und Marxisten stattgefunden. Dialoge mit Menschen anderer Religionen sind seit einer Reihe von Jahren in verschiedenen christlichen Studienzentren und auch unter der Schirmherrschaft regionaler Kirchenräte geführt worden. Im März 1970 kamen Menschen aus vier verschiedenen Religionen – Hindus, Buddhisten, Christen und Muslimen – zur Konsultation von Ajaltoun (Libanon) zusammen. Somit ist bereits ein beträchtliches Maß an Arbeit in verschiedener konvergierender Richtung geleistet worden, und die Sache als solche ist daher für den Ökumenischen Rat nicht neu. In vielen Ländern reden Christen nicht nur vom Dialog, sie praktizieren ihn bereits auf verschiedenen Ebenen und wissen sich ihm im Kontext lebendiger Beziehungen zu Menschen anderer Religionen und Ideologien an vielen Punkten verpflichtet.

II. Punkte, die festgehalten, und Fragen, die studiert werden sollten

5. Im Lichte der Erfahrungen in bilateralen wie multilateralen Dialogen ergeben sich bestimmte *Punkte*, die zur Kenntnis genommen, und bestimmte *Fragen*, die weiter durchdacht werden müssen. Sie müssen berücksichtigt werden bei der Entfaltung der Beziehungen des Ökumenischen Rates zu Menschen anderen Glaubens und anderer Ideologien. Eines ist jedoch klar, Christen gehen in jedem Dialog vom Standpunkt ihres Glaubens an Jesus Christus und von ihrer Verpflichtung aus, ihn zu bezeugen. Die Liebe verlangt von uns die Anerkennung und Achtung der Integrität unserer Partner, die vom Standpunkt ihres Glaubens und ihrer Verpflichtung her in den Dialog eintreten.

A.

Einige *Punkte*, die sich ergeben haben, können wie folgt dargestellt werden:

6. Möglichkeiten und Gelegenheiten für den Dialog sind in den verschiedenen Situationen unterschiedlich. Sie haben ihren Grund in dem Menschsein, an dem wir alle teilhaben und das von Christus erlöst wird. Daher kann und darf der Dialog nicht auf die Anhänger von Religionen beschränkt werden, sondern muß auch Menschen säkularer Ideologien einbeziehen. Ferner können in einem Menschsein, wie wir es erfahren und wie wir seine Vollendung in Christus erwarten, das „geistliche“ und „materielle“ nicht voneinander getrennt werden; in dem gemeinsamen Ringen um das Wohl der Menschen treffen vielmehr beide ständig aufeinander. „Im Dialog finden wir uns in unserer gemeinsamen Menschlichkeit, ihrer Würde und ihrem Gefallen sein und bringen ein gemeinsames brennendes Interesse an diesem Menschsein zum Ausdruck“ (*Bericht aus Uppsala* 68, S. 28).

7. Dialog ist weitaus mehr als nur miteinander reden. Dialog ist der Prozeß, in dem Einzelne und Gemeinschaften lernen, ihre gegenseitige Furcht und ihr Mißtrauen zu verlieren und in ein neues Vertrauen zueinander einzutreten. Er ist somit ein dynamischer Kontakt von Leben mit Leben, bei dem es um ein gemeinsames Leben und Handeln geht.

8. Der Dialog verheißt die Entdeckung neuer Dimensionen des Verständnisses unserer Religion und neuer Beziehungen zwischen Christen und Menschen anderer Religionen, die früher nicht gesehen wurden. Außerdem kann unser christlicher Glaube im Dialog erprobt und gestärkt werden. Solche Dialoge sind darum ein Zeichen der Hoffnung.

9. Der Dialog folgt nicht einer einzigen Struktur.

a) Bilaterale Gespräche auf lokaler, regionaler und internationaler Ebene werden weitergeführt werden müssen. Entsprechend der verschiedenen Partner und der unterschiedlichen gemeinsamen Bezugspunkte besitzt jeder Dialog seinen eigenen spezifischen Charakter und kann verschiedene theologische Fragen auslösen. Ein Dialog mit Juden oder Muslimen zum Beispiel mag anders sein als ein Dialog mit den Anhängern von traditionellen, wiedererwachenden oder neuen Religionen in Asien. Der Dialog mit Anhängern der traditionellen Religionen Afrikas bringt besondere Fragen mit sich. Diese spezifischen Dialoge müssen weitergeführt werden. Gegenwärtig könnte es gut sein, daß bilateralen Dialogen, die sich mit spezifischen Problemen befassen, der Vorrang gegeben werden muß. Darüber hinaus ist es notwendig, daß angemessene multilaterale Dialoge mit Menschen anderer Religionen und Ideologien geführt werden.

b) Der Dialog schließt verschiedenartige lebendige Beziehungen ein, deren Ausdrucksformen nicht von vornherein festzulegen sind. Es können jedoch verschiedene Dialogtypen mit unterschiedlicher Zielsetzung genannt werden:

i) der Dialog um des gemeinsamen Handelns im Dienst am Menschen in pluralistischen Gesellschaften willen;

ii) der Dialog um der besseren gegenseitigen Verständigung zwischen modernen Religionen und Ideologien willen;

iii) der Dialog um der Verwurzelung des christlichen Glaubens in verschiedenen Kulturen willen.

In all diesen Formen des Dialogs muß der Christ „bereit (sein) zur Verantwortung gegen jeden, der von euch Rechenschaft fordert über die Hoffnung, die in euch ist“ (1. Petr. 3,15).

10. Dialog muß in Freiheit stattfinden. Der Partner muß so verstanden werden, wie er sich selbst versteht, und seine Freiheit, seiner Religion verpflichtet zu sein, muß völlig respektiert werden. Ohne diese Freiheit, sich einer Sache zu verpflichten, offen zu sein, Zeugnis abzulegen, zu verändern und sich verändern zu lassen, ist ein echter Dialog unmöglich.

B.

11. Der Ökumenische Rat umfaßt unterschiedliche konfessionelle Traditionen und eine große Vielfalt an Überzeugungen. Er vertritt daher keine einheitliche Sicht des Dialogs

mit Menschen anderer Religionen. Die Vielfalt der kulturellen Situationen wie auch die Verschiedenheiten kultureller und historischer Traditionen, die Christen aus ihrer Vergangenheit mitbringen, spielen in der Diskussion eine bedeutsame Rolle. Eine offene und ständige Diskussion zwischen den Kirchen über das Wesen und die Bedeutung des Dialogs wie auch über die gewonnenen Erfahrungen und Einsichten ist daher notwendig. Die Beteiligung des Ökumenischen Rates am Dialog ist als ein gemeinsames Wagnis der Kirchen zu verstehen. Eine Reihe von *Fragen* hat sich bereits ergeben, denen man sich beim Fortgang des Dialogs stellen muß. Unter anderem sind folgende Fragen zu stellen:

12. *Welches sind die grundlegenden theologischen Implikationen des Dialogs?* Diese Frage zwingt uns als Christen zur gemeinsamen Auseinandersetzung mit wichtigen Fragen, z. B.: Worin besteht die Bedeutung des Heilswerks Gottes in Christus und des Heils, das allen Menschen durch sein Kreuz und seine Auferstehung angeboten wird? In welchem Verhältnis steht Gottes Heil in Jesus Christus zu seiner Gegenwart und seinem Handeln in der ganzen Welt, namentlich in Leben und Tradition von Menschen anderer Religionen und Ideologien?

13. *Welche Beziehung besteht zwischen Dialog, Mission und Zeugnis?* Das Evangelium an sich verpflichtet zum Bezeugen der Liebe Gottes in Christus. Gerade der Dialog um der gegenseitigen Verständigung willen (Vgl. 9b ii, oben) verliert seinen Sinn, wenn wir nicht als Christen die Erlösung bezeugen, die uns in Jesus Christus zuteil geworden ist. Es bestehen jedoch unter uns und in unseren Kirchen scharfe Meinungsverschiedenheiten darüber, ob die Betonung des Dialogs die Wirksamkeit dieser Mission abschwächen wird oder ob die Gemeinschaft des menschlichen und geistlichen Gesprächs, die durch den Dialog geschaffen wird, die Mission vorantreibt. Indem wir uns mit dieser Meinungsverschiedenheit auseinandersetzen, müssen wir uns darüber hinaus in den Verdacht unserer Gesprächspartner hineinversetzen, daß Dialog einfach eine neue Methode der Proselytenmacherei sei. Wir müssen diese offenen Fragen mit Hilfe der Einsichten, die durch weitere theologische Studien und durch unsere tatsächlichen Erfahrungen im Dialog gewonnen werden, weiterverfolgen.

14. *Wie ist Dialog im Kontext der Heimischmachung zu verstehen und zu praktizieren?* Wo immer die Kirche ihr Leben in konkreten Formen zum Ausdruck bringt, muß sie das Evangelium durch bestimmte kulturelle und geistige Formen ausdrücken. Im Wechselspiel zwischen den Elementen der Offenbarung und den Aspekten einer bestimmten Kultur besteht die Gefahr, daß die Offenbarung durch diese kulturellen Elemente überdeckt und entstellt werden kann. Nichts ist gewonnen, wenn man diese Gefahr zu umgehen versucht. Es gilt, neue Kriterien zur Entscheidung darüber zu gewinnen, welches die verantwortlichen Formen für einen Ausdruck des christlichen Glaubens in verschiedenen Kulturen sind. Nachforschungen sollten angestellt werden, ob die Kultur-anthropologie, Sozialpsychologie und Religionsgeschichte zur Klärung dieser Fragen beitragen können. Der Dialog vermag den Christen zu zeigen, welches die vom Evangelium geforderten echten Veränderungen wie auch die vom Evangelium angebotene glaubwürdige Verkörperung sind. Im Kontext des Lebens im Dialog mit Menschen anderer Religionen haben Christen die dringende Aufgabe, ihren Glauben in kulturellen Formen, die im Lichte des Evangeliums umgewandelt, erlöst und gerichtet werden, zum Ausdruck zu bringen.

III. Empfehlungen

15. Im Lichte dieser Überlegungen werden folgende Empfehlungen gemacht, wobei die begrenzten personellen und finanziellen Mittel des Ökumenischen Rates berücksichtigt sind.

16. Die Mitgliedskirchen sollten darin unterstützt werden, Gruppen von Menschen zu rufen, die fähig sind, sich an einem verantwortlichen Dialog mit Menschen anderer Religionen in ihren jeweiligen Ländern oder Regionen zu beteiligen. Wo dies bereits getan wird, sollten Mittel und Wege zur Vermittlung der gewonnenen Einsichten an andere Kirchen gefunden werden.

17. Die Mitgliedskirchen sollten sich überlegen, welche Maßnahmen sie in den folgenden Bereichen der Bildungsarbeit ergreifen können:

i) Lehrprogramme für Schulen, Colleges und die Erwachsenenbildung, welche die einzelnen Christen auf ein angemessenes Verständnis der Anhänger anderer Religionen und Ideologien vorbereiten;

ii) positive Beziehungen zu den Lehrveranstaltungen der Universitätsfakultäten und anderer Hochschulen, welche sich mit dem wissenschaftlichen Studium der Religionen befassen;

iii) Überprüfung des Lehrmaterials und der üblichen Unterweisung, die in Lehrveranstaltungen auf allen Ebenen in den Kirchen, einschließlich der theologischen Hochschulen und Seminare benutzt bzw. gegeben wird, um alles zu eliminieren, was Fanatismus und eine verständnislose Haltung zu Anhängern anderer Religionen und Ideologien fördert;

iv) Lehrgänge für Kirchenglieder, die zum Dienst in andere Länder gesandt werden sollen, um ihnen das Leben unter Anhängern anderer Religionen zu erleichtern.

18. Das Ökumenische Institut in Bossey sollte gebeten werden, von Zeit zu Zeit Kurse und Konsultationen für Personen zu veranstalten, die von den Kirchen für solch einen Dialog ausgewählt worden sind und darauf vorbereitet werden müssen. Diese Personen könnten zur Bildung einer Gruppe von Sachkundigen für den Ökumenischen Rat und Mitgliedskirchen, die mit Menschen anderer Religionen und Ideologien im Dialog stehen, beitragen. Auch die Möglichkeiten, die auf regionaler Ebene die Ökumenischen Studienzentren und -institute bieten, sollten voll ausgeschöpft werden. Aufmerksamkeit müßte auch der Zusammenarbeit mit römisch-katholischen Institutionen gewidmet werden, die sich ebenso mit dem Dialog und dem Verhältnis zu Menschen anderer Religionen und Ideologien beschäftigen.

19. So regelmäßig wie nur möglich sollten vom Ökumenischen Rat Konsultationen zwischen Christen und Menschen anderer Religionen organisiert werden, um ein Thema oder Themen, über die sich alle Beteiligten vorher geeinigt haben, zu untersuchen. Diese können zwischen Christen und Gliedern einer anderen Religion oder auf einer multilateralen Ebene abgehalten werden. In der gegenwärtigen Phase kann Formen des bilateralen Dialogs spezifischer Natur Vorrang gegeben werden. Solche Konsultationen müssen auch von regionalen Instituten und Christenräten organisiert und die gesammelten Erfahrungen allen anderen mitgeteilt werden. Initiativen zum Dialog, die von Menschen anderer Religionen und Ideologien ausgehen, sollten positiv aufgenommen werden.

20. a) Es sollte eine ausgewählte Beteiligung an Zusammenkünften der Weltreligion geben. Eine solche Beteiligung sollte auf der gegenseitigen Anerkennung und Achtung der Integrität einer jeden Religion, der Freiheit, die zugrundeliegenden Voraussetzungen jeder Zusammenkunft in Frage zu stellen, und der Vermeidung, in ein Bündnis von Religionen gegen Ideologien einbezogen zu werden, beruhen. Der Ökumenische Rat sollte sich nicht offiziell innerhalb der Struktur interreligiöser Weltorganisationen engagieren.

b) Über die verschiedenen religiösen Weltorganisationen sollten Informationen gesammelt werden, welche die Entscheidungen über die selektive Beteiligung erleichtern können.

c) Die Auswahl sollte von folgenden Prioritäten bestimmt werden: i) Zusammenkünfte einer Religion oder mehrerer Religionen, die zur Beschäftigung mit entscheidenden menschlichen Problemen wie Gerechtigkeit, Entwicklung und Frieden auf regionaler oder weltweiter Ebene einberufen worden sind; ii) Teilnahme an Zusammenkünften, die die großen Ströme des Lebens und Denkens der großen Religionen repräsentieren.

d) Wenn der Ökumenische Rat Tagungen zu spezifischen Fragen wie Gerechtigkeit, Bildung, die Zukunft des Menschen usw. durchführt, können Menschen aus anderen Religionen und Ideologien mit großem Gewinn zur Zusammenarbeit eingeladen werden. Diese Zusammenarbeit wird nicht nur Studien, sondern auch gemeinsame Aktionen in diesen Fragen zum Inhalt haben.

Nicht fehlen soll in dieser kurzen Aufzählung wichtiger ökumenischer Orientierungen die Erwähnung der Weltkonferenz über ökumenische Hilfe für Entwicklungsprojekte in Montreux vom 26. bis 31.1.1970, die von Günter Linnenbrink in den nachstehenden Thesen zusammengefaßt wurde:

EMPFEHLUNGEN DER WELTKONFERENZ ÜBER ÖKUMENISCHE HILFE FÜR ENTWICKLUNGSPROJEKTE IN MONTREUX (26.-31.1.1970)

1. Die Konferenz war vom ÖRK einberufen. Etwa 110 offizielle Teilnehmer, davon über die Hälfte Vertreter von Entwicklungsländern, waren versammelt.

Das Ziel der Konferenz: Pragmatische Definition der Begriffe Entwicklung und Entwicklungsprojekte(programme) sowie Vorschläge für eine geeignete Struktur und Organisation der ökumenischen Hilfe für Entwicklungsprojekte.

Folgende Arbeitsgruppen waren gebildet:

- a) Die Debatte über Entwicklung;
- b) Konzeption und Methoden kirchlicher Hilfe für Entwicklungsprojekte;
- c) Struktur und Organisation der ökumenischen Hilfe für Entwicklungsprojekte;
- d) Technische Hilfe für Entwicklungsprojekte der Kirchen;
- e) Kapitalbeschaffung.

2. Die Ergebnisse der Konferenz lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- a) Ein umfassenderes Verständnis von „Entwicklung“ zeichnet sich immer deutlicher ab. Dem entspricht ein gewandeltes Verständnis des Entwicklungszieles.

„Frühere Entwicklungstheorien und Entwicklungspraxis, entscheidend von wirtschaftlichen Determinanten beeinflusst, schienen eine fundamentale Trennung zwischen ‚entwickelten‘ und ‚unterentwickelten‘ Ländern anzunehmen. Heute dagegen kommt immer stärker ein neues Verständnis von ‚Entwicklung‘ auf, das auf neuen Kriterien des Sozialen und Humanen beruht. Dadurch werden die ‚entwickelten‘ Länder der Bereiche der Unterentwicklung bei sich selbst bewußt“ (Bericht der Arbeitsgruppe I).

„Entwicklung“ meint Entwicklung zu Freiheit, soziale Gerechtigkeit und Gemeinschaft. Das selbsttragende Wirtschaftswachstum ist dabei nur ein Aspekt.

- b) Die Konzeption und die Methode der kirchlichen Hilfe soll in erheblich stärkerem Maße als bisher Sache der „Empfänger“ selbst sein. Zu diesem Zweck sollen geeignete nationale Organisationen gebildet werden, mit denen die Kirchen bei ihren Entwicklungsbemühungen zusammenarbeiten können.

Das Spektrum der entsprechenden Vorschläge reicht von der Übernahme dieser Verantwortung durch die Nationalen Kirchen- und Christenräte selbst bis hin zu unabhängigen Gremien zur Prüfung, Auswahl und partiellen Abwicklung von Entwicklungsprojekten. Darüber hinaus soll soweit wie möglich eine Integration der kirchlichen Entwicklungsvorhaben in die staatlichen Maßnahmen in den „receiving countries“ angestrebt werden. Doch soll diese „komplementäre Funktion“ kirchlicher Entwicklungsvorhaben nicht verhindern, daß die Kirche auch originäre Aufgaben angreift – die Heranbildung kirchlicher Führungskräfte oder Projekte der speziellen Gemeinschaftsbildung (Integration marginaler Gruppen verschiedenster Art).

Im übrigen wird die Errichtung eines zentralen Entwicklungsfonds empfohlen, der neben den gegenwärtig existierenden Wegen ökumenischer Projektfinanzierung bestehen soll.

- c) Der Arbeit dieser Gruppe (Struktur und Organisation der ökumenischen Hilfe für Entwicklungsprojekte) kam insofern entscheidende Bedeutung zu, als es hier um die Klärung der Frage ging, welche Struktur der ÖRK anbieten kann, die den Interessen der „Empfänger“ und der „Geber“ sowie den sachlichen Erfordernissen gerecht wird.

Im Laufe der Beratungen in der Gruppe zeigte sich sehr deutlich, daß auf Seiten der Vertreter der „Entwicklungsländer“ gegenüber der Abteilung für Zwischenkirchliche Hilfe, Flüchtlings- und Weltdienst eine gewisse Voreingenommenheit besteht. Diese richtete sich in erster Linie auf die in dem Abteilungsausschuß anzutreffende „charity mentality“.

Der Wille der Vertreter der „Entwicklungsländer“ ging eindeutig dahin, eine Struktur innerhalb des ÖRK zu schaffen, in der neben einer paritätischen Beteiligung der fachlich ausgewiesenen „receivers“ an den Entscheidungen über Entwicklungsprojekte und -programme auch eine Änderung der Konzeption als solche (sprich: gezielte strukturverändernde Projekte/Programme unter dem Stichwort „soziale Gerechtigkeit“) zum Ausdruck gebracht werden sollte. Darum wurde die Bildung einer *Kommission für die Beteiligung der Kirchen an Entwicklungsprogrammen* empfohlen.

Diese Kommission, bestehend aus ca. 25 Mitgliedern, offen für die Möglichkeit einer Teilnahme von Nicht-Mitgliedskirchen des ÖRK (= röm.-kathol. Kirche), soll direkt dem Zentralausschuß unterstehen. Die Kommission selbst soll eine Art Steuerungsstelle für das Zusammenwirken aller kirchlichen Kräfte auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe im ökumenischen Bereich sein, d. h. sie koordiniert die Programme/Projekte mit entwicklungsbezogenem Charakter aller Abteilungen des ÖRK (DWME, DICARWS, Ecumenical Action, Church and Society) aufgrund einer generellen Policy. Richtlinienkompetenz und Entscheidungsbefugnis hat sie über den geplanten ökumenischen Entwicklungsfonds, dem im Jahre 1970 10 Millionen US-\$ zugeführt werden sollen. Diese Mittel sollen für Entwicklungsprojekte vorhaben der regionalen oder nationalen Entwicklungsgremien, mit denen möglichst eng kooperiert werden soll, der veränderten Konzeption entsprechend zur Verfügung gestellt werden.

Die Kommission selbst soll eng mit bestehenden internationalen, staatlichen und zwischenstaatlichen Entwicklungsorganisationen zusammenarbeiten.

Der Stab dieser Kommission wird klein gehalten. Er untersteht wahrscheinlich direkt dem Generalsekretariat.

Die Abteilung für Zwischenkirchliche Hilfe, Flüchtlings- und Weltdienst wird wie bisher Projekte mit Entwicklungscharakter bearbeiten, jedoch im Rahmen der von der Kommission festgelegten Konzeption.

d) Diese Gruppe befaßte sich einmal mit dem Mandat des Beratungsausschusses für technische Hilfe (ACTS) und der Kooperation dieses Ausschusses mit den geplanten nationalen oder regionalen Counterpart-Gremien.

1. Der Beratungsausschuß (ACTS) soll die vom ÖRK und anderen kirchlichen Einrichtungen vorgeschlagenen Projekte/Programme auf ihre technische Durchführbarkeit überprüfen, während der Abwicklung mit fachlicher Beratung den Projektträgern zur Seite stehen und anschließend eine Wirkungskontrolle initiieren. Für alle diese Aufgaben soll er den Projektträgern geeignete Fachleute, Systeme etc. nennen können. D. h. ACTS soll nur in begrenzten Fällen selbst aktiv werden.

2. Als vorrangig wurde die Bildung von nationalen oder regionalen Counterpart-Gruppen empfohlen, die zwar von Land zu Land verschieden konstruiert sein werden, dennoch aber nach bestimmten Richtlinien zusammengesetzt werden und arbeiten sollten.

möglichst ökumenisch;

nicht unbedingt Nationalen Christenräten angeschlossen;

aus fachlich qualifizierten Leuten, darunter auch Vertreter der Jugend und marginaler Gruppen, zusammengesetzt;

Prüfung der regionalen und nationalen Schwerpunktaufgaben der Kirchen in der Entwicklungsarbeit;

Kooperation mit staatlichen und nichtkirchlichen Einrichtungen – nach Möglichkeit.

Um die notwendige Unabhängigkeit solcher Gremien zu garantieren, soll ihre Finanzierung, wenigstens teilweise, auf dem Wege einer Projektsteuer erfolgen, die einem Sonderkonto zugeführt und von einem sachverständigen internationalen Gremium verwaltet werden müßte.

Ferner wurde eindringlich auf die Notwendigkeit einer systematischen Evaluierung der bisherigen Projekte nach ihrer technischen und ihrer sozial-dynamischen Seite hingewiesen.

e) In dieser Gruppe wurde das Problem der Kapitalbeschaffung behandelt. Dabei ging es um die Fragen, *welche* Hilfsquellen erschlossen werden müssen, *wie* das geschehen soll, *wieviele* die Kirchen aufbringen und *wie* die Mittel verwendet werden sollen.

Von Bedeutung in diesem Zusammenhang ist, daß alle Kirchen aufgefordert werden, von 1971 an 2 % ihrer originären Einnahmen für Entwicklungsaufgaben zur Verfügung zu stellen. Davon sollen 25 % für bewußtseinsbildende Maßnahmen in den „donor countries“ eingesetzt werden. Die dazu bereiten und fähigen Kirchen werden aufgefordert, für das Jahr 1970 Mittel in Höhe von 10 Millionen US-\$ bereitzustellen. Diese Mittel sollen nach Möglichkeit dem unter (b) erwähnten Fonds zufließen. Jedoch ist ein bilateraler Einsatz nicht a limine ausgeschlossen. In diesem Falle müßte der ÖRK als Makler und Koordinator in Funktion treten, der die „donors“ mit den „receivers“ in Verbindung bringt.

Für den Fonds selbst sind *zweckgebundene* und *zweckfreie* Beträge vorgesehen.

Bei den *zweckgebundenen* Beträgen würde den Gebern durch den Fonds eine Anzahl von Projekten vorgelegt, aus der sie auswählen können. Der Fonds trägt die Verantwortung für die ordnungsgemäße Durchführung der Projekte durch die jeweiligen Träger.

Die *zweckfreien* Beträge werden vom Fonds in eigener Regie eingesetzt. Er bedient sich dazu der unter (c) und (d) genannten Stellen des ÖRK.

Daß auch die Gespräche mit Nichtmitgliedskirchen weitergegangen sind, läßt sich an dem Beispiel der Siebenten-Tags-Adventisten zeigen. Die alljährlichen Begegnungen erstreckten sich über den Zeitraum von 1965 bis 1972 und fanden ihren Niederschlag in dem Band „So much in Common“ (ÖRK 1973; vgl. auch L. Vischer und B. B. Beach in: Deutsches Pfarrernblatt, August 1970, S. 476ff., und Ökumenische Rundschau 2/1972, S. 230ff.). Dabei ging es im wesentlichen um eine in brüderlichem Geist getroffene Standort- und Grenzbestimmung.

4. Internationale Angelegenheiten

Auch in den vergangenen Jahren sah sich der ÖRK wiederholt genötigt, zu brennenden weltpolitischen Fragen und Problemen Stellung zu nehmen. Aus der Vielzahl seiner Äußerungen seien nur einige herausgegriffen, die auch für die weitere Entwicklung der internationalen Lage von Bedeutung zu sein scheinen. Dies gilt vor allem im Blick auf den Nahen Osten. Auf der Zentralausschußsitzung in Canterbury wurde dazu folgendes gesagt:

C. GEGENSTAND: NAHER OSTEN

Der Zentralausschuß

- nach Kenntnisnahme des vom Weisungsausschuß I für Grundsatzfragen vorgeschlagenen Erklärungsentwurfs zum Nahen Osten,

- nach langwieriger Erörterung und Annahme eines Abänderungsantrags zu Absatz 3,

- nach Prüfung der Lage im Nahen Osten vor dem Hintergrund der Entschließung der Vollversammlung von Uppsala und der späteren Ereignisse in diesem Gebiet,

- in ernster Sorge darüber, daß sich die Lage ständig verschlechtert und ein Konflikt auszubrechen droht, der den Weltfrieden gefährden könnte,

- in Bekräftigung der Weitergeltung der Grundsätze, die der frühere Zentralausschuß des Ökumenischen Rates der Kirchen in seiner Nahost-Erklärung im August 1967 in Heraklion formulierte,

1. erkennt an, daß ohne Achtung der legitimen Rechte des palästinensischen und des jüdischen Volkes, die gegenwärtig in diesem Gebiet leben, und ohne wirksame völkerrechtliche Garantie für die politische Unabhängigkeit und territoriale Integrität aller in diesem Gebiet bestehenden Staaten, einschließlich Israels, kein dauerhafter Friede möglich ist;

2. erkennt an, daß die Großmächte besondere Verantwortung für die Schaffung des politischen Klimas und der äußeren Umstände tragen, die die Wiederherstellung des Friedens auf der Grundlage der vom UN-Sicherheitsrat am 22. November 1967 gefaßten Entschließung ermöglichen;

3. vertritt die Ansicht, daß die Großmächte, als sie, ohne die Rechte der Palästinenser zu schützen, den Staat Israel errichteten, den palästinensischen Arabern ein Unrecht zugefügt haben, das wiedergutmacht werden muß;

4. bekräftigt erneut, daß der Ökumenische Rat der Kirchen weiterhin seiner Verantwortung für den Dienst an allen Flüchtlingen nachkommen soll, wobei er diese Verantwortung

Arabern wie Juden gegenüber wahrnehmen und sich von dem Grundsatz legitimer Freizügigkeit leiten lassen muß;

5. begrüßt den Plan, im kommenden September eine Konsultation über das Nahost-Flüchtlingsprogramm nach Zypern einzuberufen;

6. betet darum, daß den Kirchen erneut die Augen geöffnet werden für das so tragische Los der Palästina-Flüchtlinge und anderer Displaced Persons und daß sie sich ihrer unabdingbaren Verpflichtung bewußt werden, diesen Flüchtlingen in ihrer Not beizustehen und ihre grundlegende Forderung nach Gerechtigkeit zu unterstützen;

7. erklärt erneut, daß es ihm um die allgemeine Achtung grundlegender, völkerrechtlich anerkannter Menschenrechte geht;

8. bittet den Generalsekretär der Vereinten Nationen dringend, die auf dieses Ziel gerichteten Maßnahmen zu intensivieren;

9. regt an, die Frage der Schriftauslegung zu untersuchen, um zu verhindern, daß die Bibel zur Verfechtung parteiischer politischer Standpunkte mißbraucht wird, und um die Bedeutung des Glaubens für heikle politische Probleme zu klären;

10. empfiehlt dem zuständigen Referat des Ökumenischen Rates der Kirchen, ernsthaft die Möglichkeit von Gesprächen zwischen Christen, Juden und Moslems über den Schutz der Heiligen Stätten, die Rechtsstellung Jerusalems und die Bevölkerung dieser Stadt zu sondieren.

Abstimmungsergebnis: 2 Nein-Stimmen.

Drei Jahre später in Utrecht ergänzte der Zentralausschuß seine Stellungnahme wie folgt:

„Der Zentralausschuß des Ökumenischen Rates der Kirchen bringt weiterhin seine tiefe Sorge um die ungelöste Lage im Nahen Osten zum Ausdruck.

Er äußert erneut die Befürchtung, daß die explosive Situation auch in Zukunft den Weltfrieden bedrohen wird. Der Zentralausschuß bekräftigt seine grundsätzliche Einstellung, wie er sie 1969 in der Nahost-Erklärung von Canterbury (vgl. Canterbury-Protokoll, S. 123/124) zum Ausdruck gebracht hat, und fordert die Kirchen auf, ihren gesamten Einfluß geltend zu machen, damit die Grundsätze dieser Erklärung verwirklicht werden können.

Der Zentralausschuß betet erneut um eine gerechte, rasche und friedliche Lösung dieses gefährlichen Konflikts und betont noch einmal sein starkes Interesse an einer solchen Lösung.“

Einen großen Raum nahmen in den Verhandlungen des Zentralausschusses die Menschenrechte ein. Ein Memorandum der Kommission der Kirchen für Internationale Angelegenheiten machte sich der Zentralausschuß in Addis Abeba im Januar 1971 zu eigen:

KOMMISSION DER KIRCHEN FÜR INTERNATIONALE ANGELEGENHEITEN (CCIA)

MEMORANDUM ZUR FRAGE DER MENSCHENRECHTE

I. Einleitung

Seit dem Zweiten Weltkrieg sind beträchtliche Fortschritte auf dem Gebiet der Menschenrechte erzielt worden.

Die UNO hat in den vergangenen zwanzig Jahren eine gewaltige Aufgabe geleistet, die in der Geschichte ohnegleichen ist: ein System von Rechtsnormen zum Schutz der Menschenrechte. Ihre Förderung der allgemeinen Achtung der Menschenrechte zielte vor allem auf die Ausarbeitung und Annahme von Konventionen und anderen internationalen Verträgen seitens der UNO, die den Staaten rechtliche Verpflichtungen bezüglich der Beachtung und Förderung der grundlegenden Rechte und Freiheiten des Menschen auferlegen.

Es ist festzustellen, daß derartige von der UNO angenommene Dokumente eine positive Wirkung gehabt haben und die UNO ihre möglichst weite Verbreitung und Kenntnisnahme gefördert hat. Das gilt insbesondere für die *Internationalen Verträge zum Schutz der Menschenrechte*, für die *Konventionen zur Verhütung und Bestrafung des Verbrechens des Völkermords*, für die *Internationale Konvention zur Beseitigung aller Formen rassistischer Diskrimination* und für die *Konvention über die Nichtanwendbarkeit der gesetzlichen Verjährung bei Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit* (vgl. das Seminar über Besondere Probleme in Zusammenhang mit den Menschenrechten in Entwicklungsländern, Nikosia, Zypern, 26. Juni bis 9. Juli 1969, UN-Document, St/TAO/HR/36, S. 37f.).

Außerdem sind die regionalen Organe zum Schutz der Menschenrechte im Rahmen des Europarats sowie Organe, die gemäß dem Beschluß vom November 1969 in San José bei der *Interamerikanischen Kommission* geschaffen werden, zu erwähnen. Ebenso begrüßen wir die Einrichtung einer ständigen Kommission für Menschenrechte seitens der *Arabischen Liga* und die Vorschläge, die zur Zeit unter der Ägide der *Organisation für Afrikanische Einheit* zur Bildung einer *Afrikanischen Kommission für den Schutz der Menschenrechte* ausgearbeitet werden (vgl. SODEPAX-Bericht, Baden 1970).

Aufgrund dieser hoffnungsvollen Zeichen werden die Kirchen ihre Aufmerksamkeit heute vor allem auf die Frage richten müssen, wie die aufgestellten Grundsätze am besten zu verwirklichen sind (UN-Document, St/TAO/HR/ 36, Zitat S. 38).

Durchbrüche sind bei den Verfahren im Falle einer Verletzung der Menschenrechte erzielt worden. So wurde der Ausschuß der Vierundzwanzig (Sonderausschuß für die „Situation hinsichtlich der Durchsetzung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit für Kolonialländer und -völker“) ermächtigt, Bittsteller anzuhören und Untersuchungskommissionen zu entsenden. Gleiches gilt für den Sonderausschuß über die „Apartheid-Politik der Regierung der Republik Südafrika“. Die Internationale Konvention für die Beseitigung aller Formen rassistischer Diskrimination sorgte für die Bildung von Ad-hoc-Vergleichskommissionen wie auch für ein Verfahren, Eingaben von einzelnen oder Gruppen zu untersuchen, sofern der betroffene Staat die Erklärung abgeben hat, daß er sich diesem Verfahren unterzieht.

Es ist jedoch auch darauf hinzuweisen, daß dieses schon an sich begrenzte Instrumentarium nur für einen Aspekt des Problems der Menschenrechte gilt, nämlich für Fälle von Diskriminierung.

Was ein wirksames Instrumentarium für die Durchsetzung der Menschenrechte angeht, so ist noch vieles, ja fast alles, zu tun.

II. Wirksame Durchsetzung der Menschenrechte – Menschliches Überleben

Die Vierte Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen, die im Juli 1968 in Uppsala, Schweden, zusammentrat, nahm folgende Resolution zum „Internationalen Schutz der Menschenrechte“ an:

„Wir empfehlen ... daß die Vereinten Nationen ein Amt auf der höchstmöglichen Ebene – vielleicht eines Stellvertretenden Sekretärs – schaffen, um eine Koordinierung aller Aktionen zu erleichtern, die mit den Menschenrechten in Zusammenhang stehen.“

Doch darf nicht vergessen werden, daß die Arbeit der *UNO-Kommission für Menschenrechte* einer bereits 1947 angenommenen restriktiven Klausel unterworfen ist, derzufolge die Kommission anerkennt, daß sie nicht bevollmächtigt ist, auf Beschwerden über eine Verletzung der Menschenrechte hin tätig zu werden.

Die zahlreichen Beschwerden über Verletzungen der Menschenrechte, die bei der Kommission eingehen (allein 63 700 im Jahre 1957!), werden lediglich in eine vertrauliche Beschwerdenliste aufgenommen und in einer nichtöffentlichen Sitzung den Mitgliedern der Kommission übergeben; eine Diskussion findet nicht statt. Der Verfasser der Eingabe wird durch den Generalsekretär benachrichtigt, daß seine Beschwerde gemäß der oben erwähnten Bestimmung behandelt wird. Die Kommission besitzt keine Vollmacht, auf Beschwerden über Verletzungen der Menschenrechte hin tätig zu werden.

Die Tätigkeit dieser Kommission unterscheidet sich also wesentlich von den Funktionen anderer Organisationen, z. B. des *UNO-Treuhandschaftsystems*. Artikel 87 der Charta bevollmächtigt den *Treuhandsrat*, „Petitionen entgegenzunehmen und sie durch Konsultation mit der verwaltenden Behörde zu prüfen“ wie auch „periodische Besichtigungen“ von *Treuhandgebieten* vorzunehmen (vgl. *The Key to Human Rights – Implementation*, von William Korey, veröffentlicht durch die *Carnegie Endowment for International Peace*, 345 East 46th Street, New York, N.Y. 10017, 1968).

Versuche, diese Situation zu ändern, blieben bis heute erfolglos. Die vorbereitende Sitzung der Kommission für Menschenrechte im Jahre 1946 hat sich bereits mit der zentralen Frage der Durchsetzung befaßt. Im Jahre 1947 beantragte Australien, einen Internationalen Gerichtshof für Menschenrechte zu schaffen, den Staaten, einzelne, Gruppen und nationale und internationale Zusammenschlüsse anrufen könnten. Dieser Gerichtshof sollte u. a. als Anhörungs- und Entscheidungsinstanz bei Menschenrechtskonflikten dienen, mit denen die Kommission ihn befaßt, oder aber die sich aus Menschenrechtsartikeln in zwischenstaatlichen Verträgen oder Konventionen ergeben, sofern einer der Vertragspartner ihn damit befaßt. Die Kommission ließ diese Frage auf ihrer 11. Sitzung fallen.

Ein ähnliches Konzept wurde nach Annahme der *Konvention zur Verhütung und Bestrafung des Verbrechens des Völkermords* seitens der UNO am 9. Dezember 1948 ausgearbeitet. Artikel 6 der Konvention sah ein *internationales Strafgericht* vor, das für Handlungen, „die mit der Absicht, nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppen als solche ganz oder teilweise auszurotten, unternommen werden“, zuständig wäre. Der Gedanke selbst gründete sich auf den Präzedenzfall des Nürnberger Gerichtshofs, der spezifische Handlungen als Verbrechen ansah, unabhängig davon, ob sie eine Verletzung des geltenden Rechtes in dem Land, in dem sie verübt wurden, darstellten oder nicht. Auf Ersuchen der Generalversammlung befaßte sich die Kommission für Internationales Recht mit dieser Frage und kam zu dem Schluß, daß ein internationales Strafgericht ebenso möglich wie wünschenswert sei und schlug ferner vor, daß dieser Gerichtshof auch über andere Verbrechen befinden solle. Im Jahre 1951 legte die Kommission für Internationales Recht einen Entwurf für einen Kodex von Vergehen vor, in den Bestimmungen der Konvention über Völkermord und die Nürnberger Grundsätze aufgenommen sind, ohne sich darauf zu beschränken. Da die Generalversammlung die Frage dieses Gerichtshofs seitdem nicht wieder behandelt hat, ist der Kodex weder diskutiert noch beschlossen worden. In diesem Zusammenhang ist es interessant festzustellen, daß die Generalversammlung den Begriff des „Verbrechens gegen die Menschlichkeit“ inzwischen um die „Politik der Apartheid (wie auch um) alle Formen rassistischer Diskriminierung erweitert hat“ (Entschließung der Generalversammlung 2189 (XXI) vom 13. Dezember 1966).

Uruguay machte im Dezember 1947, vor der Generalversammlung 1950 (Fünfte Sitzungsperiode), den Vorschlag, einen *Generalanwalt für Menschenrechte* zu ernennen. Er sollte die Vollmachten haben,

- Beschwerden einzelner sowie nationaler und internationaler nichtstaatlicher Organisationen entgegenzunehmen und zu prüfen;
- mit dem betreffenden Staat über den vorgesehenen Vertrag über Menschenrechte zu verhandeln;
- Untersuchungen an Ort und Stelle anzustellen und Zeugen vorzuladen und anzuhören;
- aus eigener Initiative Konsultationen mit Staaten über Fälle und Situationen aufzunehmen, die seiner Meinung nach nicht mit den durch den Vertragsschluß eingegangenen Verpflichtungen des Vertragsteils in Einklang stehen;
- dem Vertragspartner Vorschläge und Empfehlungen für eine wirksame Durchsetzung des Vertrages zu unterbreiten.

Der Gedanke eines Generalanwaltes stieß auf harten Widerstand, lebte jedoch fort und wurde schrittweise umgesetzt in den gegenwärtigen, wesentlich gemäßigeren Vorschlag eines „Hochkommissars für Menschenrechte“.

Aber selbst weitaus gemäßigtere Vorstellungen über Möglichkeiten zur Durchsetzung der Menschenrechte stießen wiederholt auf Widerstand, vor allem von seiten der Großmächte. Oft hat man als Argument angeführt, daß solche Mittel „Systeme internationaler

Druckmittel, nicht so sehr Garanten für die Durchsetzung der Menschenrechte“ seien. Man befürchtete auch, die Einrichtung eines ständigen Ausschusses für die Durchführung von Untersuchungen, die Entgegennahme von Eingaben einzelner und den Versuch, Verletzungen des Vertrages zum Schutz der Menschenrechte durch Vergleichsverfahren zu regeln, würde „ein gerade erst geschaffenes Instrumentarium überfordern“ (UN-Doc. E/CN. 4/SR.115 vom 9. Juni 1949). Ein anderes Argument entspricht der Sorge, die Entgegennahme von Eingaben kollidiere mit dem „gesamten System des internationalen öffentlichen Rechts, das die Beziehungen zwischen den Staaten regelt“ (UN-Doc. E/CN. 4/154 vom 24. Juni 1948). Man meinte sogar, das Durchsetzungsinstrumentarium trüge den Beigeschmack einer „Weltregierung“ und bedeute eine „Einnischung in die inneren Angelegenheiten eines Staates“.

Im Mai 1970 traf eine Gruppe Männer und Frauen aus allen Teilen der Welt in der UNO zusammen, um die Lage des Menschen in unserer Zeit zu überdenken. Man nannte die Zusammenkunft „Konferenz zu Fragen des menschlichen Überlebens“. Die Teilnehmer kamen aus Nigeria, den USA, Frankreich, Obervolta, Österreich, der UdSSR, Jugoslawien, Indien, Kanada, Argentinien, den Philippinen, den Niederlanden, Westdeutschland und Japan. Sie repräsentierten einen breiten Querschnitt von Berufen und Wissensgebieten. Das Treffen begann mit einer Rede von UN-Generalsekretär U Thant, *der die Gruppe aufforderte, über die gegenwärtigen Funktionsgrenzen der Weltorganisation hinauszudenken*. Zum Schluß sandte Lester B. Pearson, Vorsitzender der Gruppe, dem Generalsekretär einen Brief zu den Hauptpunkten der Diskussion dieser Konferenz.

Wir sind der Ansicht, daß folgende Überlegungen, die Generalsekretär und Konferenzteilnehmer zum Ausdruck brachten, von besonderer Bedeutung für unsere heutigen Probleme sind:

Der Generalsekretär sagte in seiner Erklärung vom 26. Mai 1970, daß „Frieden, Gerechtigkeit und Freiheit auf dem Recht und seiner Durchsetzung beruhen“. Er präziserte diese Feststellung dahingehend, daß wir

„heute in einer Welt leben, in der sich Nationen vom rechten und vernünftigen Verhalten, das sie selbst von ihren Bürgern fordern, lossagen“.

Weiter führte er aus, daß die heutige Welt

„eine Welt ist, in der Gewalt direkt und total und Gerechtigkeit unbestimmt und partiell ist“.

„Wenn die Menschheit überleben soll, muß das Interesse des Menschen über das nationale Interesse gestellt werden.“

„In der gesamten Geschichte haben nationale Regierungen die Funktion der höchsten richterlichen Instanz in allen Fragen ausgeübt, in die sie außerhalb ihrer Grenzen verwickelt waren. Heute ist das weder durchführbar noch tragbar.“

„Heute muß die Souveränität des Menschen über die Souveränität der Nationalstaaten hinausgehen.“

„Die Tatsache, daß alle Völker durch einen plötzlichen, überwältigenden Angriff beinahe total vernichtet werden könnten; daß die tödlichen Auswirkungen eines Atomkrieges weit über die unmittelbar beteiligten Nationen hinausgreifen würden; die wachsende Tendenz der Großmächte, weit von ihrem Territorium liegende Gebiete als lebenswichtig für ihre eigene Sicherheit zu betrachten – alle diese Faktoren sind Komponenten einer neuen Situation, in der die Welt zu einer einzigen Einheit zusammengeschlossen ist, ohne jedoch eine brauchbare Konzeption für einen dauerhaften Frieden zu haben.“

Angesichts dieser Entwicklungen haben nach unserer Meinung die Kirchen einzeln und gemeinsam die Verpflichtung, die wirksame Durchsetzung der Menschenrechte auf internationaler und nationaler Ebene zu unterstützen, zu verbessern und zu fordern. Als internationale Organisation zur Förderung dieser Rechte bieten sich die Vereinten Nationen an.

Oder, mit den Worten des Generalsekretärs der Vereinten Nationen:

„Keine Nation kann sich ohne Gesetze, ohne Polizei und ohne Gerichtshöfe entwickeln oder auch nur überleben. Die Vereinten Nationen ... können keine Fortschritte erzielen oder auch nur überleben, wenn es keine durchsetzbaren Weltgesetze, keine Weltpolizei und keine Weltgerichtshöfe zur Sicherung von Weltfrieden und Gerechtigkeit gibt.“

Ergänzt wurde das Memorandum durch eine eigene Stellungnahme des Zentralausschusses, die folgenden Wortlaut hat:

Der Zentrallausschuß

1. nimmt das Memorandum zur Frage der Menschenrechte zwecks Weiterleitung an die Mitgliedskirchen an (s. u., Anhang XI);

2. nimmt auf Empfehlung von Weisungsausschuß III folgende Empfehlungen der Kommission der Kirchen für Internationale Angelegenheiten an:

„a) Der Zentrallausschuß ruft die Mitgliedskirchen auf, die Regierung ihrer Länder darauf hinzuweisen, daß dringend innerstaatliche Rechtswege zu schaffen bzw. auszugestalten sind, durch die eine unparteiische Behandlung von Klagen über Menschenrechtsverletzungen gesichert und der Schutz dieser Rechte oder, im Falle ihrer Verletzung, unverzüglich Abhilfe gewährleistet wird.

In diesem Zusammenhang appelliert der Zentrallausschuß an alle Mitgliedskirchen, die Regierung ihrer Länder und andere maßgebliche Stellen mit Nachdruck zu rückhaltloser Unterstützung entsprechender UN-Bemühungen aufzufordern.

b) Der Zentrallausschuß ruft die Mitgliedskirchen des ÖRK auf, ihre Regierungen nachdrücklich zur Entwicklung international und regional verbindlicher Rechtsschutzverfahren aufzurufen bzw. entsprechende Regierungsinitiativen zu unterstützen, damit etwaige Mängel in den einzelstaatlichen Rechtssystemen behoben und der wirksame Schutz der Menschenrechte, einschließlich der uneingeschränkten Sicherung der Menschenrechte in jeder Form des bewaffneten Konflikts, gewährleistet und darüber hinaus sichergestellt wird, daß – vor allem in Zeiten politischer, rassischer und religiöser Spannungen – unbedingte Objektivität und Unabhängigkeit der Rechtsprechung gewahrt bleiben.

c) Der Zentrallausschuß ruft die Mitgliedskirchen des ÖRK auf, ihre Regierungen nachdrücklich zu wirksamer Unterstützung der UNO bei der Durchsetzung der Resolutionen des Sicherheitsrates aufzufordern, durch die Selbstbestimmung und Unabhängigkeit verwirklicht oder der Frieden in besonders gefährdeten Spannungsbereichen wie dem Nahen Osten gefördert werden soll.

Im Blick auf diesen Konflikt begrüßt der Zentrallausschuß in Bestätigung seiner Stellungnahme von Canterbury 1969 die Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen und ruft die Mitgliedskirchen auf, ihre Regierungen zur Unterstützung der Mission von Botschafter Jarring aufzufordern und an die betreffenden Parteien zu appellieren, unverzüglich praktische, wirksame Schritte zur Durchsetzung sämtlicher UN-Resolutionen bezüglich dieses Konflikts zu unternehmen.

d) Der Zentrallausschuß weist die CCIA an, nichtstaatliche Organisationen für die Unterstützung eben dieser Ziele zu gewinnen und die Kommissionsmitglieder und nationalen CCIA-Ausschüsse zu veranlassen, diesen Aufgaben hohe Priorität einzuräumen.

e) Der Zentrallausschuß fordert die UNO dringend auf, im Rahmen ihrer eigenen Struktur umgehend ein Instrumentarium zur effektiven Durchsetzung der Menschenrechte zu schaffen.

Ferner ruft der Zentrallausschuß die Mitgliedskirchen auf, ihre Regierungen nachdrücklich zur Unterstützung aller der UNO zur Zeit vorliegenden Anträge, die auf eine solche effektive Durchsetzung zielen, aufzufordern.

f) Der Zentrallausschuß bekräftigt den Brief des Generalsekretärs des ÖRK an den Generalsekretär der UNO, in welchem dieser auf die zunehmende Anwendung von Gewalt und Brutalität im innerstaatlichen Bereich hinwies und die UNO in ihrem Bemühen um rasch wirksame, gezielte Maßnahmen zur Verhütung jedweder Menschenrechtsverletzung unterstützte.

Der Zentrallausschuß beklagt die um sich greifende Tendenz einiger politischer Gruppen, zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele Unschuldige als Geiseln festzunehmen, wie auch die Gewaltanwendung der Regierungen, die derartige Aktionen provozieren. Deshalb weist der Zentrallausschuß die CCIA an, diese Frage eingehend zu untersuchen und entsprechende Maßnahmen zu treffen.

g) Der Zentrallausschuß fordert die Mitgliedskirchen nachdrücklich auf, Bemühungen um Abschaffung der Todesstrafe zu unterstützen, um so den christlichen Glauben an die Heiligkeit des Lebens zum Ausdruck zu bringen. Dem fortgesetzten Rückgriff vieler Staaten auf die Todesstrafe muß durch gemeinsame Bemühungen um ihre Abschaffung begegnet werden.

h) Der Zentrallausschuß weist die CCIA an, den Regierungen der Länder, in denen politische Prozesse stattfinden, die tiefe Betroffenheit der Mitgliedskirchen des ÖRK über die harten Gefängnisstrafen sowie die Todesurteile gegen politisch Andersdenkende und Minderheitsgruppen auszusprechen und nachdrücklich festzustellen, daß derartige Maßnahmen nur neue Verbitterung und Gewalt erzeugen.

i) Der Zentrallausschuß empfiehlt, auf Initiative der CCIA eine Konsultation zu veranstalten, die die Verantwortung der Mitgliedskirchen für die Menschenrechte herausstellt, das Bewußtsein für die Probleme im Bereich der Menschenrechte schärft und das Interesse an ihnen stärkt sowie dem Zentrallausschuß einen Bericht vorlegt, in dem Leitlinien für angemessene künftige Initiativen auf diesem Feld formuliert werden.“

Die hier hervorgehobenen Grundlinien wurden vom Zentrallausschuß noch einmal 1972 in Utrecht bekräftigt (Utrecht-Protokoll, S. 156–158). In Addis Abeba hatte sich der Zentrallausschuß auch zur Frage „Einheit und Menschenrechte im heutigen Afrika“ geäußert:

25. Einheit und Menschenrechte im heutigen Afrika

Im Namen von Weisungsausschuß III beantragte Dr. E. G. Hawkins die Annahme der Erklärung über Einheit und Menschenrechte im heutigen Afrika. In der Diskussion nahm Dr. Hawkins verschiedene Revisions- und Abänderungsvorschläge zwecks Aufnahme in das Dokument entgegen.

Danach faßte der Zentrallausschuß folgende Entschliebung:

„Diese Bestrebungen werden häufig beeinträchtigt durch eine von kurzsichtigen politischen und wirtschaftlichen Interessen bestimmte Einflußnahme des Auslands, häufig ‚Neokolonialismus‘ genannt. Die Kirchen haben die Aufgabe, das Verantwortungsgefühl der nichtafrikanischen Staaten zu wecken, damit sie eine Beeinträchtigung ihrer Beziehungen zu Afrika durch diese Form wirtschaftlicher und politischer Intervention verhindern. Die Kirchen müssen Mittel und Wege finden, um ein radikales Umdenken hinsichtlich der Interdependenzen der Völker durch Schaffung eines neuen internationalen Ethos zu fördern, das anerkennt, daß Afrika entschlossen ist, die verlorene Identität als regionales Initiativzentrum wiederzugewinnen.

In diesem Sinne schlägt die CCIA dem Zentrallausschuß folgenden Text zur Beschlußfassung vor:

a) Der Zentrallausschuß ruft die Mitgliedskirchen auf, den Gedanken der Interdependenz der Völker durch Schaffung und Förderung des neuen internationalen Ethos voranzutreiben.

b) Der Zentrallausschuß ruft die Mitgliedskirchen auf, ihre Regierungen zur Unterstützung der freien afrikanischen Staaten in ihrem Bemühen um Gewinnung und Erhaltung der vollen Selbstbestimmung, Unabhängigkeit und Einheit aufzufordern.

c) Der Zentrallausschuß ruft die Mitgliedskirchen auf, ihre Regierungen zu gezielten gesetzlichen Maßnahmen gegen die Unterstützung und Förderung ausländischer Söldner zu ermutigen.

d) Der Zentrallausschuß ruft die Mitgliedskirchen auf, ihre Regierungen sowie Industrie- und Wirtschaftsunternehmen von der Unterstützung von Projekten wie dem Cabora-Bassa-Staudamm und ähnlichen Vorhaben, die die rassistischen und kolonialen Minderheitsregime in Afrika stützen, abzuraten. Auch sollen die Kirchen ihre Gemeindeglieder über die Bedrohung aufklären, die derartige Projekte für den Weltfrieden darstellen, und die breite Öffentlichkeit davor warnen. Die CCIA wird aufgefordert, zwecks weiterer

Unterrichtung der Mitgliedskirchen über das Staudammprojekt und ähnliche Vorhaben mit dem Programm zur Bekämpfung des Rassismus zusammenzuarbeiten.

e) Der Zentralausschuß ruft die Mitgliedskirchen auf, die Bemühungen um die Umwandlung Afrikas in eine ‚atomwaffenfreie Zone‘ zu unterstützen.

f) Der Zentralausschuß ruft die Mitgliedskirchen in jenen Ländern, die an die rassistischen und kolonialen Regime in Afrika Waffen verkaufen, auf, ihre Regierungen zu einer Einstellung dieses Handelns zu drängen.“

Das Verhältnis der Kirchen zu den Vereinten Nationen war Gegenstand einer Verlautbarung in Utrecht 1972:

DIE GEGENWÄRTIGE LAGE DER VEREINTEN NATIONEN UND DIE ROLLE DER KIRCHEN

(angenommen vom CCIA-Exekutivausschuß, 2.-8. August 1972)

1. Die Vereinten Nationen sollten nicht bloß als eine zusätzliche internationale Einrichtung betrachtet werden, sondern als die wichtigste Organisation der Weltgemeinschaft, in der sich die weite Skala der verschiedenen Kulturen und sozialen Systeme widerspiegelt und das Gemeinwohl der Menschheit gehütet wird. Die größte politische Schwäche der Vereinten Nationen, die sie an der Erfüllung ihrer grundlegenden Aufgaben im Bereich der internationalen Sicherheit hindert, liegt nicht so sehr in ihrer Struktur als vielmehr in der bei großen und kleinen Nationen vorherrschenden Tendenz, ein engstirniges Konzept nationalen Eigeninteresses zu verfechten. Selbst in Angelegenheiten von weltweitem Interesse verfolgen sie durch einseitige Aktionen und bilaterale Diplomatie eher die eigenen Interessen und setzen sich über die Vereinten Nationen hinweg.

2. Die Vereinten Nationen sind durch die Charta gebunden, Ansprüche und Interessen aller Nationen zu vertreten. Die Organisation schließt jetzt eine Mehrheit mittlerer und kleinerer Mächte ein. Sie kann deshalb nicht in erster Linie Einstellungen und Ansprüche der Großmächte zum Ausdruck bringen, sondern muß auch die Forderungen der anderen Nationen berücksichtigen und so zum Sprachrohr der Machtlosen werden. Eine Anzahl kleinerer Staaten hat gezeigt, wie solche Länder einen bedeutsamen Beitrag zur Stärkung der Vereinten Nationen leisten können, doch darf die Mehrheit aber auch nicht Entschließungen annehmen, ohne die für deren Durchsetzung bestehenden Möglichkeiten zu berücksichtigen.

3. Die Vereinten Nationen haben ihre oberste Pflicht, Frieden und Sicherheit in der Welt zu erhalten, nicht wirksam erfüllen können, was in erster Linie darauf zurückzuführen ist, daß die Großmächte weiterhin ihre eigenen gemeinsamen und widerstreitenden Interessen verfolgt haben. Zwar ist der heutigen Generation ein Weltbrand erspart geblieben, doch hat es eine ununterbrochene Kette von lokalen Kriegen und Konflikten gegeben, die oft noch durch die Unterstützung und das Engagement der Großmächte geschürt wurden; sie haben unzählige Leiden für Millionen Menschen mit sich gebracht und durch ihre potentielle Eskalation den Weltfrieden bedroht. Diese Situation kann sich nur ändern, wenn es allen Nationen gelingt, wirksamere Methoden für die friedliche Beilegung von Konflikten und für friedvollen Wandel zu entwickeln. Die Vereinten Nationen haben sich dieser Situation anpassen müssen, indem sie ihre Anstrengungen im Bereich der internationalen Sicherheit auf Fragen der Abrüstung und auf neue Methoden politischer Vermittlung und aktiver Friedenserhaltung konzentrierten. Die Arbeit auf diesen Gebieten ist noch keineswegs abgeschlossen.

4. Über die Verpflichtung der Vereinten Nationen zur Erhaltung von Frieden und Sicherheit hinaus hat sich ein weiterer Verantwortungsbereich für die Organisation entwickelt, und zwar die Harmonisierung der Aktionen der Staaten im Blick auf die allgemeine Wohlfahrt und die Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit. In diesem Bereich sind in den letzten Jahren Fortschritte gemacht worden. Die Vereinten Nationen haben auch neue Bereiche von allgemeinem Interesse erschlossen, in denen eine internationale Zusammenarbeit un-

bedingt erforderlich ist. So etwa das Gesetz über die Nutzung der Meere oder die Bestimmungen über die Ausbeutung von Bodenschätzen auf dem Meeresboden, die friedliche Nutzung des Weltraums und die Erhaltung der menschlichen Umwelt.

5. Die Mitgliedschaft bei den Vereinten Nationen bewegt sich in ermutigender Weise auf ein altes ökumenisches Anliegen, nämlich auf Universalität hin. Der Ökumenische Rat hat sich seit etlichen Jahren für die Aufnahme der Volksrepublik China eingesetzt und die Nachricht von der vollzogenen Aufnahme begrüßt. Das Formosa-Problem muß durch ein friedliches Arrangement und durch Konsultierung der gesamten Insel-Bevölkerung gelöst werden. Wichtig ist auch, daß die beiden deutschen Staaten und andere geteilte Länder die Möglichkeit erhalten, ihren Platz in der Weltorganisation einzunehmen.

6. Die Vereinten Nationen haben die wohlhabenden Nationen nicht erfolgreich an der Verfolgung ihrer kurzsichtigen nationalen Eigeninteressen im wirtschaftlichen Bereich hindern können; auch haben sie keine größere Gerechtigkeit in den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Industrienationen und den Entwicklungsländern erreichen können. Im Gegenteil, die Kluft zwischen den Reichen und den Armen, zwischen Nationen und innerhalb von Nationen, ist relativ betrachtet immer breiter geworden.

7. Der Ökumenische Rat fordert seine Mitgliedskirchen nach wie vor dringend auf, die Vereinten Nationen beständig und in realistischer Weise zu unterstützen. In diesem Stadium der internationalen Entwicklung müssen die Kirchen ihren Gliedern angemessene Information geben und ihnen bei der Bildung einer informierten öffentlichen Meinung helfen.

8. Die Kirchen und ihre Vertreter können eine besondere Aufgabe wahrnehmen, indem sie Situationen besorgniserregender sozialer Ungerechtigkeit und Fälle politischer, rassistischer, kultureller oder sozialer Diskriminierung vor die Weltöffentlichkeit bringen. Sie sind möglicherweise dazu besser in der Lage als Regierungen und können so den Forderungen der Menschlichkeit und der sozialen Gerechtigkeit ihre Stimme leihen. Die Kirchen können den Vereinten Nationen helfen, ein wirksames Werkzeug zum Schutz der Menschenrechte zu werden, indem sie selbst die Forderungen der Gerechtigkeit zum Ausdruck bringen.

Mit den Fragen der europäischen Sicherheit und Zusammenarbeit hatte sich der Zentralausschuß gleichfalls in Utrecht beschäftigt:

ERKLÄRUNG ZU FRAGEN DER EUROPÄISCHEN SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT

A. 1. Der ÖRK-Zentralausschuß hat auf seiner Tagung in Utrecht, Niederlande, 13.–23. August 1972, die sichtbaren Anzeichen begrüßt, die auf eine Entspannung in Europa hindeuten und für die u. a. folgende Entwicklungen sprechen:

a) die Verträge zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion bzw. der Volksrepublik Polen;

b) das Viermächteabkommen über Berlin;

c) der Verkehrsvertrag zwischen der BRD und der DDR;

d) die Fortschritte bei den Gesprächen über die Begrenzung der strategischen Rüstung (SALT);

e) die zwischen der CSSR und der Bundesrepublik Deutschland laufenden Verhandlungen, für deren erfolgreichen Abschluß der Ökumenische Rat betet.

2. Der Zentralausschuß begrüßt als einen nächsten Schritt auf dem Wege zur Entspannung die Vorschläge für eine gesamteuropäische Konferenz mit dem Ziel, Sicherheit und Zusammenarbeit effektiv zu erleichtern.

3. Die Bedeutung konkreter Abkommen zur Minderung der Gefahr eines in Europa selbst geführten und dort ausbrechenden Krieges ist offensichtlich und gilt nicht nur für Europa.

B. 1. Innerhalb Europas wird erwartet, daß die vorgeschlagene Konferenz die folgenden bedeutenden Ziele anstrebt:

a) Aufrechterhaltung des gegenwärtigen politischen Gleichgewichts in Europa;

- b) beiderseitige ausgewogene Truppenreduzierung;
- c) Anerkennung des territorialen *Status quo*;
- d) Abbau politischer Spannungen;
- e) Suche nach möglichen Bereichen der Zusammenarbeit.

2. Fortschritte im Bereich dieser Zielsetzungen würden Ansatzpunkte dazu bieten, daß man von der militärischen Konfrontation NATO/Warschauer Pakt zu neuen Formen der Zusammenarbeit übergeht. Wenn das richtige Maß an Tatkraft und Aufrichtigkeit in diese Suche nach Bereichen der Zusammenarbeit gelegt wird, könnten sich neue und hoffnungsvollere Formen der Beziehungen in Europa entwickeln.

3. Wesentlich ist, daß die Zusammenarbeit *unter anderem* einschließt:

- a) Verständigung über ein annehmbares Verfahren zur Kontrolle der Streitkräfte;
- b) Einigung über Rechte und Pflichten der europäischen Staaten im Rahmen des Völkerrechts;
- c) Übereinkunft in Fragen des kulturellen Austauschs zur besseren gegenseitigen Verständigung;
- d) Übereinstimmung in Auslegung und Anwendung der Bürgerrechte und des Rechts auf Glaubensfreiheit.

C. 1. Christen *außerhalb Europas* sind der Überzeugung, daß eine bessere Verständigung innerhalb Europas nur zu begrüßen sei, da die Sicherheit in Europa ein wesentlicher Faktor für die Weltsicherheit ist.

Als eine für Christen in der ganzen Welt repräsentative Einrichtung müssen wir auch mit Nachdruck fordern, daß die europäische Sicherheit und Zusammenarbeit im globalen Kontext betrachtet wird. Besonders in den Entwicklungsländern breitet sich die verständliche Befürchtung aus, es könnten in neuer Form neue Versuche gemacht werden, die europäische Vorherrschaft in anderen Teilen der Welt noch weiter auszubauen, wenn das Hauptziel der europäischen Entspannung die Sicherung eines noch mächtigeren Europas wäre.

2. Der wahre Prüfstein ist die Position Europas im Hinblick auf internationale Angelegenheiten. Ein stärkeres, vereintes Europa könnte für die Verwirklichung von Gerechtigkeit, Ordnung und Frieden in der Welt von ungeheurer Bedeutung sein – oder sich zu einem neuen und gefährlichen Faktor entwickeln.

3. Beide Entwicklungen sind auch heute möglich. Der Ökumenische Rat der Kirchen ist nicht müde geworden, zu einer großzügigeren Unterstützung der Entwicklungsländer durch Handel und Finanzhilfe aufzurufen. Er hat immer wieder die Notwendigkeit für eine gleichberechtigte Partnerschaft zwischen den Nationen der Welt unterstrichen. Ein stärkeres Europa wäre eher in der Lage, diese verantwortungsvollen Aufgaben zu übernehmen. Die Furcht vor potentiellen Gefahren sollte uns nicht blind machen gegenüber den vielen Möglichkeiten, gerecht zu handeln, wobei es sich aber auch nicht einfach um einen Appell an die „Großzügigkeit“ Europas handelt. Ohne soziale Gerechtigkeit in der Welt kann es keine dauerhafte Sicherheit in Europa geben.

4. Europäische Sicherheit muß im Kontext der kollektiven Sicherheit aller Nationen gesehen werden. Dazu gehört, daß europäische Probleme und Spannungen nicht länger in andere Teile der Welt getragen werden und so die Sicherheit anderer Länder mit bedrohen; dazu gehört auch, daß der Handel mit Waffen und anderem strategischen Material kontrolliert und nicht ein ungerechtes internationales System perpetuiert wird, das Armut und Unsicherheit hervorbringt und verewigt.

D. Die Kirchen in Europa sollten sich weiterhin ernsthaft und informiert mit diesen Fragen auseinandersetzen, wobei ihnen der ÖRK und seine Kommission der Kirchen für Internationale Angelegenheiten voll und ganz zur Seite stehen werden. Darüber hinaus haben die Kirchen auch die Verantwortung und Möglichkeit, untereinander Modelle der Zusammenarbeit und Verständigung zu entwickeln.

Von den Krisenherden, denen der Zentralausschuß seine Aufmerksamkeit zuwandte, sei noch die Lage in Indochina erwähnt, die bereits 1966 ausführlich behandelt worden war (vgl. Kirchl. Jahrbuch 1968, S. 408ff.). Der Zentralaus-

schoß unterstrich 1972 in Utrecht nochmals ausdrücklich diese Erklärung (vgl. Utrecht-Protokoll, S. 161–163) und errichtete zum 1.9.1972 eine „Stiftung für Wiederaufbau und Versöhnung in Indochina“ (Utrecht-Protokoll, S. 164f.).

Abschließend sei die in der Öffentlichkeit kaum bekanntgewordene, aber äußerst wirksame Mitarbeit des Ökumenischen Rates der Kirchen bei der Befriedung des Sudan im Jahre 1971 erwähnt. Hieran läßt sich erkennen, daß der ÖRK seine Mitsprache im internationalen Kräftespiel keineswegs nur verbal versteht, sondern im Rahmen der ihm gesteckten Grenzen seine Verantwortung aktiv wahrzunehmen bemüht ist, auch wenn dies nicht in jedem Falle nach außen hin sichtbar werden kann.

5. Verhältnis zur römisch-katholischen Kirche

Die noch in Uppsala bestehende Hoffnung auf eine baldige Mitgliedschaft der römisch-katholischen Kirche im ÖRK erfüllte sich nicht. Der am 10. Juni 1969 im Zusammenhang mit dem 50jährigen Bestehen der Internationalen Arbeitsorganisation erfolgte Besuch von Papst Paul VI. im Ökumenischen Zentrum in Genf stellte dies unmißverständlich klar und brachte darüber hinaus eine betonte Heraushebung der unaufgebbaren Einzigartigkeit des Petrusamtes. Generalsekretär Dr. Blake hatte Papst Paul VI. mit folgenden Worten willkommen geheißen:

Eure Heiligkeit!

Sie sind an diesem Ort willkommen. Die orthodoxen, evangelischen und anglikanischen Kirchen, die dem Ökumenischen Rat der Kirchen angehören, haben dieses Haus errichtet, um ihre Einheit in Christus zu bezeugen und hier gemeinsam auf die Erneuerung des Lebens ihrer Kirchen hinzuarbeiten, auf daß die Einheit in Ihm wachse und vollendet werde. Unser Mitarbeiterstab setzt sich aus Angehörigen vieler Nationen und vieler verschiedener Glaubensfamilien zusammen. Sodann arbeiten hier auch die Mitarbeiter anderer ökumenischer Organisationen. In ihrem Namen und im Namen meiner Kollegen vom Ökumenischen Rat der Kirchen heiße ich Sie willkommen.

Es ist von großer Bedeutung, daß Sie anlässlich des 50jährigen Bestehens der Internationalen Arbeitsorganisation zu uns kommen. In der Ansprache, die Sie heute morgen an diese Organisation gerichtet haben, sprachen Sie von Ihrem persönlichen Einsatz und dem der römisch-katholischen Kirche für die Humanisierung der Arbeit, dem Sie ja schon in Ihrer Enzyklika „*Populorum Progressio*“⁴² beredten Ausdruck gegeben haben. Indem Sie dieses Haus aufsuchen, erinnern Sie die ganze Welt daran, wie rasch sich die gemeinsamen Bestrebungen der römisch-katholischen Kirche und des Ökumenischen Rates der Kirchen zur Herstellung von Gerechtigkeit und Frieden entwickeln, Bestrebungen, die von unserem gemeinsamen Sekretariat in diesem Zentrum wahrgenommen werden. Wir sind überzeugt, daß dies gemeinsame Streben nach Erkenntnis der eigentlichen Gründe für Hunger und Armut in unserer Welt sowie unser Engagement, das ganze Gottesvolk für das Ringen um eine gerechte Gesellschaft zu gewinnen, die Friedensanstrengungen aller Menschen guten Willens stützen und stärken werden. Ihr Besuch ist ein Zeichen dafür, daß sich die ganze Christenheit aufs neue jenes Wort des Propheten Jesaja zu eigen macht, mit dem unser Herr seinen eigenen Auftrag umschrieb: „... den Elenden zu predigen, die zerbrochenen

42. Vgl. „*Populorum Progressio*“, Abs. 28.

Herzen zu verbinden, zu verkündigen den Gefangenen die Freiheit, den Gebundenen, daß ihnen geöffnet werde ...“ (Jes. 61,1; Luk. 4,18).

Ihr Besuch ist ferner ein Zeichen für das Wachsen der ökumenischen Bewegung, durch welche Christus Seine Kirche in unserem Jahrhundert sammelt. Dieses Haus erinnert wohl an die Spaltungen innerhalb der Christenheit, aber es bezeugt auch die wachsende Gemeinschaft der Kirchen untereinander. Diese Gemeinschaft ist nicht in erster Linie auf menschliches Mühen gegründet, sondern möchte eine Antwort der Kirchen auf das Wirken des Heiligen Geistes sein. Sie strebt nicht nach Einheit auf Kosten der Wahrheit, sondern sucht durch wechselseitige Bereicherung unserer lebendigen Traditionen unseren gemeinsamen Auftrag zu erfüllen, nämlich heute das Evangelium zu bezeugen und allen Menschen zu dienen.

Wir erlauben uns, unsere Gemeinschaft mit einem Wort Basilius' des Großen, jenes großen, heiligen Lehrers der Ostkirche, zu umschreiben: „Sympnoia“, „Zusammensein in einem Geist“. Das mag vermessen erscheinen angesichts unseres Versagens, was die Überwindung der Unterschiede zwischen uns, die Heilung unserer Spaltung und das volle Verständnis der Wahrheit des Evangeliums betrifft. Aber daß wir die Gegenwart Christi auf neue und unerwartete Weise erfahren haben, führt uns in dem einen Geist zusammen. Indem wir einander ermutigen und auf den rechten Weg verweisen, entdecken wir neue Möglichkeiten, unter Seiner Herrschaft zu leben.

Dieses Zusammen-Leben macht uns auch Mut für die Zukunft. Unsere Kirchen gehen durch schwere Zeiten, aber wir setzen unseren Glauben und unsere Hoffnung auf den Geist, der uns nicht verläßt, sondern uns in Seine Freiheit führt. Die ökumenische Bewegung entwickelt sich nicht ohne Mühe; sie stößt auf Widerstand, und menschliche Selbstgefälligkeit schwächt sie. Aber sie schreitet dennoch fort, weil Gottes eigener Geist sie freimacht und treibt. Selbst die Kreuze, die wir tragen, werden Zeichen der Hoffnung, durch die Gott Seinen Plan verfolgt.

Ein anderes Zeichen für das Wachsen der ökumenischen Bewegung setzt das Zweite Vatikanische Konzil. Diese wunderbare Versammlung von Bischöfen, die Ihr verehrter Vorgänger einberief und die Sie selbst so trefflich zu Ende führten, löste nicht nur eine erstaunliche Erneuerung der römisch-katholischen Kirche aus, sondern verwandelte auch den Geist ihrer Beziehungen zu allen anderen christlichen Kirchen. Vor vier Jahren, noch ehe das Zweite Vatikanische Konzil beendet war, wurde unser gemeinsames Engagement für die eine ökumenische Bewegung durch den Besuch symbolisiert, den der verstorbene Kardinal Bea, jener treue Zeuge der Einheit der Kirche, dem Ökumenischen Zentrum abstattete. Unmittelbar auf die Annahme und Verkündung des Dekrets „De Oecumenismo“ folgte der Besuch Kardinal Beas, der unsere gemeinsame Suche nach einer neuen Form der Einheit der ökumenischen Bewegung einleitete, da wir ja ein und demselben Heiligen Geist verpflichtet sind. So nahm die Gemeinsame Arbeitsgruppe der römisch-katholischen Kirche und des Ökumenischen Rates der Kirchen ihre Arbeit auf und fährt fort, unsere gegenseitigen Beziehungen in diesem einen Geist zu fördern und zu formen.

Ihr Besuch hier und heute ist auch insoweit von Bedeutung, als er der ganzen Kirche und der ganzen Welt verkündet, daß die ökumenische Bewegung immer breiter wird und immer tiefer dringt auf dem Weg zu der von Christus gewollten Einheit und Erneuerung Seiner Kirche. Wenn wir gleich zusammen singen und beten, so mögen wir in unserem gemeinsamen Gebet den Vater bitten, daß sich all seine treuen Diener noch williger und noch gehorsamer vom Heiligen Geist leiten lassen, durch Jesus Christus, unseren Herrn.

Papst Paul VI. erwiderte:

Herr Generalsekretär, liebe Brüder in Christus,

Wir sind Ihnen sehr dankbar für die Worte des Willkommens, die Sie an Uns gerichtet haben. Und Wir danken Gott, daß er es Uns gewährt hat, einen Besuch christlicher Brüderlichkeit beim Ökumenischen Rat der Kirchen zu machen. Was ist denn dieser Ökumenische Rat wenn nicht eine bewundernswerte Bewegung von Christen, von „Söhnen Gottes, die zerstreut waren“ (Joh. 11,52) und die nun auf der Suche danach sind,

wieder zur Einheit zusammengefügt zu werden? Und was könnte der Sinn dessen sein, daß Wir den Fuß über die Schwelle dieses Hauses setzen, wenn nicht das frohe Gehorchen gegenüber dem inneren Impuls, das durch das Gebot und die Barmherzigkeit Christi Unser Dienstamt und Unsere Sendung prägt? In der Tat, welch glückliche Begegnung, welch ein prophetischer Augenblick, Morgenröte eines Tages, der im Kommen ist und schon seit Jahrhunderten erwartet wird!

Jetzt sind Wir also hier in Eurer Mitte. Unser Name ist Petrus und die Schrift sagt uns, welchen Sinn Christus diesem Namen geben wollte und welche Pflichten er Uns auferlegt: die Verantwortlichkeit des Apostels und seiner Nachfolger. Aber lassen Sie uns Ihnen auch andere Namen ins Gedächtnis rufen, die der Herr dem Petrus geben wollte, um noch weitere Charismen anzuzeigen. Petrus ist Menschenfischer, Petrus ist Hirte. Was Uns betrifft – Wir sind überzeugt, daß Uns der Herr ein Dienstamt der Gemeinschaft ohne jeden Verdienst Unsererseits gegeben hat, ein Charisma, das Uns gewiß nicht verliehen ist, um Uns von Ihnen zu isolieren oder um unter Uns das gegenseitige Verständnis, die Zusammenarbeit, die Brüderlichkeit und schließlich die Zusammenfügung zur Einheit auszuschließen. Gerade dafür hat Uns der Herr das Gebot und die Gnadengabe der Liebe in der Wahrheit und in der Demut hinterlassen (vgl. Eph. 4,15; Joh. 14,14). Und der Name Paulus, den Wir gewählt haben, gibt genügend an, welche Ausrichtung Wir Unserem apostolischen Amt geben wollten.

Sie haben soeben die Begegnung des heutigen Nachmittags in die Geschichte Unserer Beziehungen hineingestellt. Auch Wir sehen in ihr ein offenkundiges Zeichen des christlichen Bruder-Seins, das schon jetzt unter allen Getauften und ebenso zwischen den Mitgliedskirchen und Gemeinschaften besteht. Leider ist die Gemeinschaft, die zur Zeit zwischen den christlichen Kirchen und Gemeinschaften besteht, nur unvollkommen: aber der Vater der Erbarmungen führt und erleuchtet uns, wie wir alle glauben, durch seinen Geist. Er leitet alle Christen beim Suchen nach der Fülle der Einheit, die Christus für seine eine und einzige Kirche will, auf daß sie die unaussagbare Einheit des Vaters und des Sohnes besser widerspiegeln und besser ihre Sendung in die Welt (Joh. 17,21), deren Herr Jesus Christus ist, erfüllen könne: „auf daß die Welt glaube“ (ebd.).

Dieser größte Wunsch Christi und das tiefe Verlangen der Menschheit, die an ihn glaubt und die von ihm erlöst ist, halten Unseren Geist in einer dauernden Spannung, die von Demut und Schmerz getragen ist, angesichts der Trennungen, die unter den Jüngern Christi bestehen, im Wunsch und in der Hoffnung auf die Wiederherstellung der Einheit unter allen Christen; im Gebet und im Nachdenken über das Geheimnis der Kirche, die dazu berufen ist, für sich selbst und für die Welt Zeugnis abzulegen von der Offenbarung Gottes des Vaters durch den Sohn im Heiligen Geist. Sie werden es verstehen, wie im gegenwärtigen Augenblick diese Spannung Unser Gemüt in einem hohen Maße erfüllt; Wir geraten dadurch aber keineswegs in Verwirrung, sondern gelangen im Gegenteil in Unserem Gewissen mehr als je zu größerer Klarheit.

Sie haben auch den Besuch erwähnt, den der so sehr geliebte Kardinal Bea im Februar 1965 diesem Zentrum abgestattet hat sowie die Errichtung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe. Wir haben seit der Bildung dieser Gruppe ihre Arbeit mit Interesse verfolgt, und Wir zögern nicht zu sagen, wie sehr Wir die Entwicklung dieser Beziehungen zwischen der katholischen Kirche und dem Ökumenischen Rat schätzen, zwei ihrer Natur nach zwar verschiedene Organismen, deren Zusammenarbeit sich jedoch als fruchtbar bewährt hat.

Im Einvernehmen mit Unserem Sekretariat für die Einheit der Christen wurden kompetente katholische Persönlichkeiten eingeladen, auf verschiedene Weise an Ihrer Arbeit teilzunehmen. Als Beispiele für die Bereiche, in denen diese Zusammenarbeit sich zu wirklichen begonnen hat, seien die folgenden genannt: die theologische Reflexion über die Einheit der Kirche, das Suchen nach einem besseren Verständnis der Bedeutung des christlichen Gottesdienstes, die vertiefte Bildung der Laien, das Bewußtmachen unserer gemeinsamen Verantwortung und die Koordinierung unserer Bemühungen im Dienst der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung und des Friedens unter den Völkern. Auch die Möglichkeiten eines gemeinsamen christlichen Studiums des Phänomens des Unglaubens, der Spannungen zwischen den Generationen sowie der Beziehungen zu den nichtchristlichen Religionen wurden erwogen.

Diese Formen der Verwirklichung bezeugen Unseren Wunsch nach einem weiteren Fortschritt der gegenwärtigen Unternehmungen, soweit es Unsere personalen und materiellen Möglichkeiten erlauben. Voraussetzung für eine solche Entwicklung ist, daß das christliche Volk auf der Ortsebene für den ökumenischen Dialog und die Zusammenarbeit vorbereitet ist. In der Tat ist dies der Grund, weshalb in der katholischen Kirche die Förderung der ökumenischen Bemühung der sorgsamten Pflege und klugen Leitung der Bischöfe anvertraut ist (vgl. *De Oecumenismo*, Nr. 4), gemäß den Normen, wie sie durch das Vatikanische Konzil aufgestellt und im Ökumenischen Direktorium präzisiert sind.

Gewiß ist Unser erstes Anliegen mehr die Qualität dieser mannigfachen Zusammenarbeit als die bloße Vermehrung der Aktivität. „Es gibt keinen echten Ökumenismus“, sagt das Konzilsdekret, „ohne innere Bekehrung. Denn aus dem Neuwerden des Geistes (vgl. Eph. 4,24), aus der Selbstverleugnung und aus dem freien Strömen der Liebe erwächst und reift das Verlangen nach der Einheit“ (*De Oecumenismo*, Nr. 7). Die Treue zu Christus und seinem Wort, die Demut gegenüber dem Wirken seines Geistes in uns, der Dienst aller und jedes einzelnen – das sind in der Tat die Tugenden, die unserem Denken und unserer Arbeit ihre christliche Qualität verleihen. Nur so wird die Zusammenarbeit aller Christen der Einheit, die schon unter uns besteht, lebendigen Ausdruck geben und das Antlitz Christi, des Gottesknechtes, in lebendigerem Licht zu Tage treten lassen (ebd. Nr. 12).

Aufgrund dieser wachsenden Zusammenarbeit in so vielfachen Bereichen gemeinsamer Anliegen erhebt sich nicht selten die Frage: Muß nicht die katholische Kirche Mitglied des Ökumenischen Rates werden? Wie vermöchten Wir im gegenwärtigen Augenblick diese Frage zu beantworten? Mit allem brüderlichen Freimut gesagt: Wir sind nicht der Meinung, daß die Frage der Zugehörigkeit der katholischen Kirche zum Ökumenischen Rat schon in dem Maße reif sei, daß man darauf eine positive Antwort geben könne oder müsse. Die Frage bleibt noch im Bereich der Hypothese. Sie bringt verwickelte theologische und pastorale Probleme mit sich; infolgedessen sind noch vertiefte Studien erforderlich, und wir werden auf einen Weg geführt, von dem wir redlich zugeben müssen, daß er lang und schwierig sein könnte. Aber das hindert Uns nicht, Ihnen zu versichern, daß Wir große Wertschätzung und tiefe Zuneigung Ihnen gegenüber empfinden. Der Wille, der Uns beseelt, und das Prinzip, das Uns lenkt, bleibt für immer das Streben nach der Einheit, die Christus gewollt hat, ein Streben, erfüllt mit Hoffnung und zugleich getragen vom Realismus der Hirtensorge.

Herr Generalsekretär, Wir bitten den Herrn, daß er uns fortschreiten lasse in Unserem Bemühen, zusammen Unsere gemeinsame Berufung zu erfüllen, zur Ehre des einen Gottes des Vaters, des Sohnes und des Heiligen Geistes. Lassen Sie uns zum Ende kommen mit den Worten Jesu, die unser Schlußwort und Unser Gebet sein werden: „Damit alle eins seien, wie Du, Vater, in mir und ich in Dir, damit auch sie in Uns eins seien, auf daß die Welt glaube, daß Du mich gesandt hast. Ich aber habe ihnen die Herrlichkeit gegeben, die Du mir gegeben hast, auf daß sie eins seien, wie Wir eins sind. Ich in ihnen und Du in mir, damit sie zur Einheit vollendet seien, auf daß die Welt erkenne, daß Du mich gesandt und sie geliebt hast, wie Du mich geliebt hast ... Ich habe ihnen Deinen Namen kundgemacht und werde ihn kund machen, damit die Liebe, mit der Du mich geliebt hast, in ihnen sei und ich in ihnen“ (Joh. 17,21–23,26).

Die seit 1965 bestehende Gemeinsame Arbeitsgruppe legte dem Zentralauschuß in Addis Abeba ihren Dritten Offiziellen Bericht vor, der mit zwei grundlegenden Studien über „Gemeinsames Zeugnis und Proselytismus“ und „Katholizität und Apostolizität“ verbunden ist (aus Raumgründen können wir nur den eigentlichen Tätigkeitsbericht bringen, die vollständigen Texte der beiden Studien sind in H.2/1971 der „Ökumenischen Rundschau“ nachzulesen).

GEMEINSAME ARBEITSGRUPPE ZWISCHEN DER RÖMISCH-KATHOLISCHEN KIRCHE UND DEM ÖKUMENISCHEN RAT DER KIRCHEN

Dritter offizieller Bericht

Während der vergangenen fünf Jahre haben sich die Beziehungen zwischen dem Ökumenischen Rat der Kirchen und der Römisch-katholischen Kirche weiter entfaltet. Seit dem Beginn ihrer Arbeit im Jahr 1965 hat die Gemeinsame Arbeitsgruppe versucht, die Zusammenarbeit zu fördern und Bereiche und Methoden aufzuzeigen, die den verantwortlichen Stellen auf beiden Seiten empfohlen werden konnten. Sie hat bisher zwei Berichte vorgelegt, im Februar 1966 und im August 1967, mit einer Übersicht über die zahlreichen Gebiete, in denen gemeinsame Studienarbeiten und Aktionen durchgeführt wurden. Die eindrucksvolle Reichweite gemeinsamer Anliegen läßt deutlich erkennen, daß zwischen den Kirchen bereits Gemeinschaft besteht. Seit der Veröffentlichung des Zweiten Berichtes haben sich die gemeinsamen Studien- und Aktionsprogramme spürbar ausgeweitet. Eine Übersicht über gegenwärtig laufende gemeinsame Vorhaben ist diesem Bericht beigelegt (Anhang I).

Die Gemeinsame Arbeitsgruppe ist davon überzeugt, daß die Arbeit der vergangenen fünf Jahre sinnvoll gewesen ist. Sehr vieles bleibt jedoch noch zu tun. Die Bitte des Herrn ist eindeutig, „daß sie alle eins seien, damit die Welt glaube, du habest mich gesandt“ (Joh. 17,21). Angesichts dieser Bitte sind wir uns schmerzlich bewußt, wie wenig es uns gelingt, der Welt das Zeichen der Gemeinschaft zu geben, welches ihren Glauben an die Liebe des Vaters wecken könnte, der seinen Sohn sendet, um uns zu erretten.

Eine Bestandsaufnahme der gegenwärtigen Situation macht es notwendig, über die Grundlagen der zukünftigen Zusammenarbeit zwischen Christen, besonders zwischen der Römisch-katholischen Kirche und dem Ökumenischen Rat der Kirchen, nachzudenken. Während einerseits das Ärgernis der Uneinigkeit krasser und die Aufgabe der Überwindung unserer konfessionellen Unterschiede dringlicher wird, tritt andererseits klar an den Tag, daß wir vor das Problem gestellt sind, wie wir heute das Evangelium so auslegen können, daß wir darin dem Auftrag Gottes besser gerecht werden, ihn in einer Weise zu bezeugen, die von der Welt wirklich gehört werden kann.

Als Versuch, diesem doppelten Aspekt des ökumenischen Problems zu entsprechen, legt die Gemeinsame Arbeitsgruppe den sie tragenden Körperschaften zwei Studien vor, die auf ihre Anregung hin durchgeführt worden sind. In der ersten dieser Studien geht es um eine Beschreibung der Bedingungen, unter denen ein gemeinsames Zeugnis so umfassend wie möglich abgelegt werden kann in Anbetracht der konkreten Situation, in welcher die Kirchen sich noch immer ihrer Spaltung gegenübersehen (vgl. Anhang II, *Gemeinsames Zeugnis und Proselytismus*). Dieses gemeinsame Zeugnis ist durch gewisse Grundfaktoren behindert, denn es besteht ja keine volle Übereinstimmung hinsichtlich seines Inhaltes. Deshalb wird eine zweite Studie vorgelegt, die einen Zugang zur tieferen Erfassung der uns noch immer trennenden konfessionellen Unterschiede zu eröffnen sucht (vgl. Anhang III, *Katholizität und Apostolizität*). Die Begriffe Katholizität und Apostolizität bezeichnen eine kritische Stelle des ökumenischen Dialogs. Die von der Gemeinsamen Theologischen Kommission geleistete Arbeit hat es ermöglicht, neue Bereiche der Übereinstimmung zu entdecken, die weiter reichen, als man zu Beginn der Arbeit vermutet hatte.

Diese beiden Studien sind aufeinander bezogen. Sie werden vorgelegt in der Hoffnung, daß sie der Studienarbeit und dem Handeln auf verschiedenen Ebenen neue Impulse verleihen, so daß Christen der ökumenischen Aufgabe in der heutigen Welt umfassender gerecht werden können.

Wo immer Christen sich dafür einsetzen, daß die dem Willen Christi entsprechende Einheit zustande kommt, dort versuchen sie ungeachtet ihrer noch bestehenden Trennung eine Gemeinschaft zu schaffen, die es ermöglicht, das von ihnen geforderte gemeinsame Zeugnis wenigstens ansatzweise auszurichten. Dieses Verlangen hat zur Bildung des Ökumenischen Rates der Kirchen geführt und hat seine Tätigkeit von Anfang an bestimmt. Die zunehmende Zusammenarbeit, die sich zwischen der Römisch-katholischen Kirche und dem Ökumenischen Rat der Kirchen in den vergangenen fünf Jahren ergeben hat, hat der

wachsenden Bedeutung dieser Suche besonderen Nachdruck verliehen. Dies führte dazu, daß die Vierte Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Uppsala (1968) und Papst Paul VI. anlässlich seines Besuches im Ökumenischen Zentrum in Genf (1969) dem Wunsch Ausdruck gaben, eine Untersuchung der Vor- und Nachteile verschiedener Formen von Zusammenarbeit oder einer engeren und dauerhafteren Verbindung der Römisch-katholischen Kirche mit dem Ökumenischen Rat der Kirchen durchzuführen. Die Gemeinsame Arbeitsgruppe hat eine Untersuchung dieses Fragenkomplexes in Auftrag gegeben und hofft, daß diese innerhalb der nächsten Monate abgeschlossen werden kann.

Im Rückblick auf die ersten fünf Jahre ihres Mandats stellt die Gemeinsame Arbeitsgruppe fest, daß trotz der vielleicht schon erreichten Ergebnisse erst ein Anfang gemacht ist bei der Lösung der dringenden Aufgabe, die uns heute gestellt ist. Weitere Fortschritte lassen sich nur erreichen, wenn sich die Kirchen auf allen Ebenen dieser Aufgabe nachdrücklicher verschreiben. Die jeweiligen Entwicklungen in konkreten Situationen können von ausschlaggebender Bedeutung sein für die Art, wie wir dem Herrn antworten, der alle, die seinen Namen tragen, zur Einheit ruft. Sie können sich darin auswirken, wie wir dem Auftrag entsprechen, einmütig ein klares Zeugnis von der Welt abzulegen und der Menschheit besser zu dienen im aufmerksamen Hören darauf, was der Geist heute von den Kirchen fordert.

ANHANG I

TÄTIGKEITSBERICHT DER GEMEINSAMEN ARBEITSGRUPPE DER RÖMISCH-KATHOLISCHEN KIRCHE UND DES ÖKUMENISCHEN RATES DER KIRCHEN

Die Zusammenarbeit zwischen der Römisch-katholischen Kirche und dem Ökumenischen Rat der Kirchen hat in den letzten Jahren eine rasche Erweiterung erfahren. Galten gemeinsame Studien und Projekte anfangs noch als Ausnahmen, die nur zögernd in Angriff genommen wurden, so wurde die gemeinsame Planung mehr und mehr zur Regel. Vor allem nach der Annahme des ersten offiziellen Berichts (1966) ist die Zusammenarbeit auf zahlreiche neue Bereiche ausgedehnt worden. Gegenwärtig ist die Zusammenarbeit derart vielfältig und vielgestaltig, daß es schwerfällt, einen vollständigen Überblick zu geben.

Die von der Gemeinsamen Arbeitsgruppe angeregte Kooperation stellt nur einen kleinen Teil der ökumenischen Zusammenarbeit dar; sie muß in diesem weiteren Rahmen gesehen werden. Der vorliegende Bericht beschränkt sich auf die eigentliche Tätigkeit der Gemeinsamen Arbeitsgruppe und die seit Vorlage des zweiten offiziellen Berichts (1967) gemachten Fortschritte.

I. Glaube und Gottesdienst der Kirchen

a) Kommission für Glauben und Kirchenverfassung

In zunehmendem Maße haben auf regionaler wie internationaler Ebene römisch-katholische Theologen als Beobachter-Berater an den Studien der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung teilgenommen. Seit dem Zweiten Bericht von 1967 ist ein wichtiger Schritt getan worden: Mit Zustimmung der Römisch-katholischen Kirche hat die Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen neun römisch-katholische Theologen eingeladen, als Mitglieder in der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung mitzuarbeiten.

Von den laufenden Arbeiten im Bereich von Glauben und Kirchenverfassung seien hier zwei Beispiele angeführt:

1. Studie über die Autorität der Bibel.

Auf die Bedeutung dieser Studie hatte bereits der Bericht von 1967 hingewiesen. Das von der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung erstellte Vorbereitungsdokument liegt jetzt mehreren regionalen Gruppen – die meisten mit römisch-katholischen Mitgliedern – zum Studium vor. Fakultäten und andere Studienstätten der Römisch-katholi-

schen Kirche haben das Thema mit besonderem Interesse aufgegriffen. Mindestens drei Studienkreise bestehen überwiegend aus römisch-katholischen Mitgliedern (Spanien, Frankreich, Deutschland).

2. Studien über Gottesdienst.

Der Ökumenische Rat der Kirchen wurde eingeladen, Beobachter zu den Arbeiten des Rates zur Durchführung der vom Zweiten Vatikanischen Konzil beschlossenen Konstitution über die Liturgie zu entsenden. Im Frühjahr 1968 wurden offizielle Kontakte zwischen diesem Rat und der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung aufgenommen. Es zeigte sich in der Diskussion, daß auf diesem Gebiet zahlreiche Fragen gemeinsam erörtert werden können. Auf ihrer 6. und 7. Tagung im Dezember 1967 und Mai 1968 beschäftigte sich die Gemeinsame Arbeitsgruppe eingehend mit der Interkommunion und prüfte die verschiedenen theologischen und liturgischen Aspekte dieser schwierigen Frage. Im Dezember 1968 beschloß die Gemeinsame Arbeitsgruppe, dieses Thema zwar nicht von ihrer Tagesordnung abzusetzen, doch ihre Arbeiten darüber einzustellen, da die durch die katholischen Theologen erweiterte Kommission für Glauben und Kirchenverfassung eine Studie über dieses Thema plante (ein vorläufiges Studiendokument mit dem Titel „Interkommunion oder Gemeinschaft?“ liegt vor, vgl. Ökumenische Rundschau 1969, 4).

b) Gemeinsame Theologische Kommission „Katholizität und Apostolizität“

Die Kommission, über deren Zusammensetzung und erste Tagung der Zweite Bericht Auskunft gibt, hat ihre Arbeit auf zwei weiteren Tagungen fortgesetzt. Das Ergebnis der Diskussion wurde in einem jetzt auf Französisch und Englisch vorliegenden Bericht zusammengefaßt. In diesem Dokument hat sich die Kommission um eine Definition der Begriffe „Katholizität“ und „Apostolizität“ bemüht, um festzustellen, in welchen Bereichen ein Konsensus als Ausgangsbasis für spätere ekklesiologische Studien in der ökumenischen Bewegung erzielt werden könnte. Andererseits suchte das Dokument die theologischen Fragen zu klären, die angesichts der raschen Entwicklung der ökumenischen Bewegung und der Theologie und angesichts ihrer Folgen für das Leben der Kirchen vorrangig zu behandeln sind.

Mit nur vierzehn Mitgliedern konnte die Kommission nicht den Anspruch erheben, die verschiedenen konfessionellen Traditionen und theologischen Richtungen repräsentativ zu vertreten. Darum holte sie die Meinung eines bedeutend größeren Kreises von Theologen ein, bevor die endgültige Fassung des Berichtes ausgearbeitet wurde.

Auf ihrer Tagung im Mai 1970 beschloß die Gemeinsame Arbeitsgruppe die Annahme des Berichtes und empfahl, ihn zu veröffentlichen⁴³. Auf diese Weise, so hoffte man, würden Akademien, ökumenische Gruppen und Institute, das Sekretariat der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung und die nationalen Christenräte, die ökumenischen und theologischen Kommissionen der Bischofskonferenzen und ähnliche Organe davon Kenntnis erhalten.

Im August 1970 wurde auf einer eigens einberufenen Konsultation ein Katalog der Fragen zusammengestellt, die sich im Verlauf der Arbeit ergeben hatten und denen in der Arbeit von Glauben und Kirchenverfassung künftig Priorität eingeräumt werden sollte. Auf der Konsultation 1970 wurden Empfehlungen ausgearbeitet, die der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung auf ihrer Tagung im August 1971 im Löwen vorgelegt werden sollen.

c) Gebetswoche für die Einheit der Christen

Wie 1966 eine Konsultation in ihren Schlußfolgerungen empfohlen hatte, die im Zweiten Bericht aufgenommen sind, ist aus Vertretern der Kommission für Glauben und Kirchen-

⁴³ Vgl. Anhang III. Der volle Wortlaut ist 1970 in *Irénikon*, S. 163–200, und 1970 in *One in Christ*, S. 452–483, veröffentlicht worden.

verfassung und der auf diesem Gebiet arbeitenden römisch-katholischen Studienzentren eine Arbeitsgruppe gebildet worden. Die Gruppe ist seitdem regelmäßig zusammengetreten und hat die gemeinsame Vorbereitung der Gebetswoche für die Einheit der Christen ermöglicht. Sehr viel öfter als bisher wird seitdem während der Gebetswoche zusammengearbeitet und gemeinsam gebetet.

d) Osterdatum

In ihrem Zweiten Bericht stellte die Gemeinsame Arbeitsgruppe fest, daß man keineswegs leicht oder in kurzer Zeit eine verbindliche Einigung aller Kirchen über das Osterdatum erzielen würde.

Um diesem Ziel näherzukommen, veranstaltete die Kommission für Glauben und Kirchenverfassung vom 16. bis 20. März 1970 im Orthodoxen Zentrum in Chambésy (Genf) eine Konsultation, der im Auftrag des Sekretariats zur Förderung der Einheit der Christen drei römische Katholiken als Teilnehmer-Beobachter beiwohnten.

Die Konsultation schlug zwei Wege zu einer Einigung vor:

1. Ostern könnte (nach dem Gregorianischen Kalender, bei dem die Frühlings-Tag- und Nachtgleiche auf den 21. März fällt und der sich zur Bestimmung des Vollmonds exakter astronomischer Verfahren bedient) auf den dem ersten „Vollmond“ nach der Frühlings-Tag- und Nachtgleiche folgenden Sonntag gelegt werden. Damit würde die Regelung eingehalten, die gemeinhin dem Konzil von Nicäa zugeschrieben wird.

2. Es könnte ein bestimmter Sonntag im April gewählt werden. Auch damit würde man im großen und ganzen dem Konzil von Nicäa folgen, dem es ursprünglich um die Einigung auf ein gemeinsames Datum ging, auch wenn nicht sämtliche Einzelheiten der nach allgemeiner Auffassung auf das Konzil zurückgehenden Regelung beachtet würden.

Die Konsultation hat sich für den zweiten Weg ausgesprochen und den Sonntag nach dem zweiten Samstag im April vorgeschlagen. Gegen ein anderes Datum hätte sie jedoch nichts einzuwenden, sofern es von allen anderen Christen, insbesondere der gesamten orthodoxen Kirche, übernommen werden könnte⁴⁴.

II. Mission und Einheit

a) Gemeinsame Probleme

Gemäß den Empfehlungen des Zweiten Berichts fand im April 1968 ein Meinungsaustausch zwischen Mitgliedern des Ökumenischen Rates der Kirchen, Vertretern des Sekretariats zur Förderung der Einheit der Christen, der Kongregation für die Evangelisierung der Völker und anderer Missionsorganisationen statt.

Im Jahre 1969 besuchten dann sechs Mitglieder des Ökumenischen Rates der Kirchen in Rom verschiedene Sekretariate, insbesondere die direkt für Missionsaufgaben zuständigen Stellen.

Weiter wurden drei römische Katholiken von der Kongregation für die Evangelisierung der Völker, dem Sekretariat zur Förderung der Einheit der Christen und SEDOS (einem Konsortium der Ordensoberen bestimmter Missionsorden) als Berater bei der Abteilung des Ökumenischen Rates für Weltmission und Evangelisation ernannt. Die römischen Katholiken waren auch an der Ausschubarbeit des Referats für Fragen der Verkündigung beteiligt.

Die Gemeinsame Arbeitsgruppe setzte sich eingehend mit der Frage des Proselytismus auseinander und beschloß in ihrem zweiten offiziellen Bericht, daß eine gemeinsame Studienarbeit über den Proselytismus durchgeführt werden sollte. Der Ökumenische Rat der Kirchen und das Sekretariat zur Förderung der Einheit der Christen legten den Bericht Sachverständigen zur Begutachtung vor. Im Mai 1968 prüften römisch-katholische Sachverständige die Frage vom Standpunkt ihrer Kirche aus. Danach fand in Arnoldshain eine Gemeinschaftskonsultation über Proselytismus statt, auf der das Dokument neu formu-

44. Der Text ist im vollen Wortlaut in der Januarnummer 1971 von The Ecumenical Review veröffentlicht worden.

liert wurde – eine Arbeit, die erst auf der Konsultation von Sagorsk im September 1969 abgeschlossen wurde. Auf die während der Tagung vorgebrachten Stellungnahmen hin wurden weitere Änderungen vorgenommen.

Im Verlauf dieser Arbeit wurde der methodische Ansatz geändert. Anfangs lag der Akzent auf den Verzerrungen der Verkündigung im Gegensatz zum eigentlichen christlichen Zeugnis. Im Verlauf der Studie erkannte man immer deutlicher, daß es im Grunde nicht allein darum geht, schlechte Evangelisationsmethoden aufzugeben, sondern darum, ein gemeinsames Zeugnis zu finden, soweit das in unseren immer noch geteilten Kirchen möglich ist.

Der endgültige Wortlaut des Dokuments wurde der Gemeinsamen Arbeitsgruppe auf ihrer Tagung im Mai 1970 vorgelegt und wenn nicht als gemeinsame Erklärung, so doch als Studiendokument für die Kirchen in ihrem lokalen Kontext aufgenommen. In diesem Sinne empfahl die Gemeinsame Arbeitsgruppe seine Veröffentlichung⁴⁵.

b) Dialog mit Andersgläubigen und Nichtgläubenden

Seit 1967 ist es namentlich durch den Austausch von Beobachtern zu häufigeren und regelmäßigeren Kontakten mit dem Sekretariat für die Nichtgläubenden gekommen.

Auf die Initiative des Ökumenischen Rates der Kirchen hin fand im März 1970 eine Konsultation für buddhistische, christliche, hinduistische und moslemische Dialogsachverständige statt. Unter den 28 christlichen Teilnehmern waren 6 römische Katholiken. Auch an der im Mai 1970 vom Ökumenischen Rat der Kirchen in Zürich veranstalteten Konsultation über die theologische Bedeutung des Dialogs nahmen 3 römische Katholiken teil.

c) Christliche Gesundheitskommission

In ihrem Zweiten Bericht sprach die Gemeinsame Arbeitsgruppe 1967 den Wunsch aus, daß in der Gesundheitsfürsorge engere Kontakte zwischen den verschiedenen kirchlichen Organisationen angebahnt würden. Denn die bereits in zahlreichen Ländern gepflegte Kooperation verlangt auch auf internationaler Ebene dringend nach einer planvollen Gestaltung.

Von Anfang an hat die Christliche Gesundheitskommission eng mit einer Reihe katholischer Krankenhäuser, Einrichtungen des Gesundheitswesens und religiöser Orden zusammengearbeitet.

An der ersten Jahrestagung der Christlichen Gesundheitskommission 1968 nahmen 3 römisch-katholische Beobachter teil. Im Juni 1969 ernannte das Sekretariat zur Förderung der Einheit der Christen auf Einladung der Christlichen Gesundheitskommission 7 römisch-katholische Mitglieder, die von der Kommission als Berater *ad personam* beigezogen wurden. Diese 7 Mitglieder wurden aufgrund ihrer fachlichen Qualifikation, nicht ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten Organisation ernannt. Sie nahmen auch an der zweiten Jahrestagung der Kommission teil. In einer auf dieser Tagung gefaßten EntschlieÙung empfahl die Kommission die Einrichtung eines gemeinsamen Ausschusses, der die Möglichkeit einer weiteren römisch-katholischen Mitarbeit in der Christlichen Gesundheitskommission sondieren sollte. Die EntschlieÙung wurde den beiden Trägerorganen der Kommission im Ökumenischen Rat, der Abteilung für Weltmission und Evangelisation und der Abteilung für Zwischenkirchliche Hilfe, Flüchtlings- und Weltdienst sowie dem Sekretariat zur Förderung der Einheit der Christen zugeleitet. Die EntschlieÙung wurde angenommen und ein gemeinsamer Ausschuß gebildet, der am 23. März 1970 in Rom, am 9. Juni in Genf und am 31. Juli 1970 erneut in Rom zusammentrat. Er prüfte verschiedene Modelle der Zusammenarbeit zwischen der Christlichen Gesundheitskommission und der Römisch-katholischen Kirche und legte den zuständigen Stellen einen Bericht vor, der gegenwärtig geprüft wird.

45. Vgl. Anhang II. Der Text ist in der *Documentation catholique* vom 6. Dezember 1970 und der Januarnummer 1971 von *The Ecumenical Review* abgedruckt.

d) World Christian Handbook

Wenn die Kirchen zusammenarbeiten sollen, ist eine gemeinsame statistische Quelle ein wichtiges Arbeitsinstrument. Gegenwärtig ist ein internationales christliches Jahrbuch in Vorbereitung, das 1972 erscheinen und Informationen über sämtliche Kirchen in der ganzen Welt enthalten wird. Auch konservative Evangelikale sind an diesem Projekt beteiligt.

III. Laienfragen

Seit Erscheinen des Zweiten Berichts der Gemeinsamen Arbeitsgruppe hat 1967 in Rom der III. Weltlaienkongreß stattgefunden. Im Rahmen der Vorbereitungsarbeiten wurden mehrere Gemeinschaftskonsultationen durchgeführt und wurde weitgehend zusammengearbeitet, um den Kongreß so ökumenisch wie möglich zu gestalten. Die christlichen Kirchen und Konfessionen sowie der Ökumenische Rat der Kirchen wurden eingeladen, Berater zu entsenden. Es nahmen genügend Berater teil, um einen gewissen Einfluß auf die Beratung ausüben zu können. Der Ökumenische Rat der Kirchen wurde zur Vorbereitung des Programms hinzugezogen. Eine der Schlußansprachen wurden von einem Berater gehalten, und es wurde vorgeschlagen, die Kongresse künftig gemeinsam durchzuführen.

a) Beziehungen zwischen der Abteilung des Ökumenischen Rates für Ökumenische Aktivität und dem Rat für Laienfragen

Als der Rat für Laienfragen 1967 in Rom gegründet wurde, schlug die Gemeinsame Arbeitsgruppe als Partner die Abteilung des Ökumenischen Rates der Kirchen für Ökumenische Aktivität vor. Die Zusammenarbeit wurde von der Vierten Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen auf seiner ersten Tagung vom Rat für Laienfragen gebilligt. In der Folge fanden mehrere Gemeinschaftskonsultationen statt, und der Rat für Laienfragen war auf Tagungen des Ausschusses der Abteilung für Ökumenische Aktivität durch Beobachter-Berater vertreten.

Besondere Fortschritte macht die Kooperation in der Studienarbeit. Der Rat für Laienfragen war an der für Uppsala erstellten Studie „Auf der Suche nach neuen Lebensstilen“ und der Nacharbeit zu diesem Dokument beteiligt, die gegenwärtig im Programm der Abteilung für Ökumenische Aktivität „Teilnahme am Wandel“ weitergeführt wird. Ebenso wird die Abteilung für Ökumenische Aktivität an dem vom Rat für Laienfragen geplanten Symposium über das Thema „Innerkirchlicher Dialog“ teilnehmen. Andere gemeinsame Studienbereiche müssen noch sondiert werden.

Auf ihrer Tagung im Mai 1970 hat die Gemeinsame Arbeitsgruppe die Abteilung für Ökumenische Aktivität und den Rat für Laienfragen aufgefordert, gemeinsam Möglichkeiten zu einer ökumenischen Zusammenarbeit der Laien sowie Fragen und Probleme der Jugend zu prüfen. Die so gewonnenen Informationen sind ein wichtiger Beitrag zu der gegenwärtig laufenden Studie über Formen der Zusammenarbeit zwischen der Römisch-katholischen Kirche und dem Ökumenischen Rat der Kirchen.

Die Abteilung für Ökumenische Aktivität war durch Beobachter-Berater auf den Vorbereitungstagungen für das panafrikanisch-madagassische Laientreffen vertreten, das im August 1971 in Jaundé stattfinden soll.

b) Ökumenische Freiheit

Nachdem erst der Rat für Laienfragen gebildet worden war, war auch ein festeres Fundament für die Kooperation in der Frauenarbeit gegeben. 1968 wurde der mehr oder minder inoffizielle Fortsetzungsausschuß, der nach der Tagung in Taizé gebildet worden war, durch den sog. Ökumenischen Verbindungsausschuß für Frauenarbeit abgelöst. Der Ausschuß ist als Experiment gedacht und arbeitet mit einem zunächst bis 1972 erteilten vorläufigen Mandat. Bisher ist er dreimal zusammengetreten. Er hat unter anderem beschlossen, eine Studie über das Bild der Frau in der Werbung durchzuführen.

IV. Dienst an der Gesellschaft – Dienst an der Menschheit

a) SODEPAX

Wie es die Gemeinsame Arbeitsgruppe in ihrem Zweiten Bericht wünschte, hat sich die Zusammenarbeit zwischen dem Ökumenischen Rat der Kirchen und der Päpstlichen Kommission *Justitia et Pax* rasch entwickelt. Man beschloß, eine Konferenz über Entwicklungsfragen einzuberufen, die vom 21. bis 27. April 1968 in Beirut zusammentrat. Ziel der Konferenz war es, aufgrund einer möglichst umfassenden und objektiven Problemanalyse gemeinsame Überzeugungen und Zielsetzungen zu formulieren. Auch sollte nachdrücklich herausgestellt werden, welche Verantwortung in erster Linie die Christen, aber auch die gesamte Menschheit für die Entwicklung von Mensch, Gesellschaft und Wirtschaft haben. Theologen und Kirchenführer aus entwickelten und Entwicklungsgebieten, Vertreter internationaler Organisationen und eine Reihe bekannter Entwicklungsexperten haben an den Diskussionen teilgenommen. Der Konferenzbericht ist weit verbreitet worden und dürfte wesentlich zur Aufnahme der Kooperation auf der Ebene der Römisch-katholischen Kirche und des Ökumenischen Rates der Kirchen wie auch in verschiedenen Regionen beitragen.

Da die Vorbereitung einer Konferenz dieses Ausmaßes an eine gewisse Struktur gebunden ist, wurde in Genf ein Gemeinsames Sekretariat errichtet und P. George Dunne SJ zum Sekretär ernannt, um das Konferenzprogramm vorzubereiten. Am Ende der Konferenz zeigte es sich, daß sich das Programm noch erweitern würde und das Sekretariat darum nicht nur seine Arbeit fortsetzen, sondern ausbauen müsse. Daraufhin wurde eine beständigere Struktur ins Auge gefaßt. Der Gedanke wurde von beiden Seiten bejaht, sofern darüber weder die nötige Flexibilität noch die Aufgabe vergessen würde, die diese Struktur motivierte. Die Zusammenarbeit wurde zunächst auf drei Jahre (bis Ende 1971) geplant. Auf diese Weise sollte der experimentelle Charakter gewahrt werden, so daß man die Kooperation nach Ablauf dieser Periode in anderer Richtung oder mit anderer Struktur fortsetzen könnte. Doch auch für diesen begrenzten Zeitraum war eine leistungsfähige Organisation erforderlich. Auf der Tagung eines Vorbereitungsausschusses wurde im Mai 1968 die Schaffung eines Ausschusses für Gesellschaft, Entwicklung und Frieden (SODEPAX) angeregt. Die Vorschläge wurden von den zuständigen römisch-katholischen Stellen und der Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Uppsala prinzipiell gebilligt. Einzelheiten wurden in den darauffolgenden Monaten geklärt.

Dr. Roy Neehall (Trinidad) wurde zum Beigeordneten Sekretär und drei weitere fachlich qualifizierte Mitarbeiter zu Referenten im Sekretariat ernannt. Das Sekretariat ist den beiden Ko-Präsidenten des Ausschusses gegenüber rechenschaftspflichtig. Die beiden Trägerkörperschaften von SODEPAX haben bestimmte Befugnisse an den aus 60 Sachverständigen und Kirchenvertretern bestehenden Ausschuß delegiert. Der Ausschuß tritt jährlich zusammen. Die laufenden Geschäfte werden von einem Direktorium wahrgenommen, das in kürzeren Abständen zusammentritt.

Der Ausschuß hat größere internationale Konsultationen veranstaltet: so im November 1969 in Cartigny (Schweiz) eine Konsultation über die Theologie der Entwicklung, im März 1970 in Driebergen (Niederlande) über die Kommunikationsmittel im Dienst von Entwicklung und Frieden, im April 1970 in Baden (Österreich) über den Frieden und die Weltgemeinschaft. Sodann fanden etwa ein Dutzend kleinere Studienseminare statt, namentlich über die zweite Entwicklungsdekade und über staatsbürgerliche Erziehung.

Nicht minder wichtig als die internationalen Konsultationen, auf denen die Motive geklärt werden, aus denen heraus sich die Kirchen in der sozialen Aktion engagieren müssen, war die lokale und regionale Tätigkeit von SODEPAX. So wurden beispielsweise in mehreren afrikanischen und asiatischen Ländern SODEPAX-Gruppen gebildet – eine Entwicklung, die auf die ökumenische Konferenz über die Rolle der Kirchen in der Entwicklung Asiens zurückging, die unter der Schirmherrschaft von SODEPAX und der Ostasiatischen Christlichen Konferenz (EACC) im Juli 1970 in Tokio stattfand. Im Rahmen dieses Gemeinschaftsprogramms, das der Gewinnung und Verbreitung von Informationen über Gerechtigkeit, Entwicklung und Frieden und der Förderung des christlichen Verantwortungsbewußtseins auf diesem Gebiet dient, beschäftigt sich SODEPAX insbesondere mit einer

ganzen Reihe von Fragen im Bereich der Bildung im weitesten Sinne, der Massenmedien und der Zusammenarbeit mit Anhängern nichtchristlicher Religionen und Ideologien wie mit nichtkirchlichen Einrichtungen.

Selbstredend ist die Frage nach der Weiterführung des SODEPAX-Experiments gestellt worden. Sie wurde auf der Tagung der Gemeinsamen Arbeitsgruppe im Mai 1970 wie auch auf der Jahresversammlung von SODEPAX in Nemi (Italien) im Juni desselben Jahres verhandelt. Dort wurde die Ansicht vertreten, daß SODEPAX gegenwärtig sein Ziel erreicht habe und seine experimentelle Dynamik, seine Flexibilität und sein Bildungsauftrag nun in einer umfassenderen Struktur weitergeführt werden könnten. Die Frage wurde besonders aktuell, nachdem der Ökumenische Rat der Kirchen die Schaffung einer Kommission für Kirchlichen Entwicklungsdienst (CCPD) beschlossen hatte. Nach eingehender Erörterung wurde in Nemi dann doch empfohlen, daß SODEPAX seine Tätigkeit drei weitere Jahre fortsetzen solle. Diese Empfehlung liegt den Trägerkörperschaften von SODEPAX zur Genehmigung vor. Nach wie vor ist eine Koordinierung der Entwicklungsmaßnahmen beider Seiten dringend erforderlich.

b) Kirche und Gesellschaft

Der größte Teil der Studien und Konsultationen der Gemeinsamen Arbeitsgruppe über soziale Fragen wird zwar von SODEPAX durchgeführt, doch hat sich auch zwischen dem Referat für Kirche und Gesellschaft und der Päpstlichen Kommission *Justitia et Pax* eine enge Zusammenarbeit auf anderen Gebieten angebahnt. Vier Beobachter-Teilnehmer nahmen an den Beratungen des (aus insgesamt 25 Mitgliedern bestehenden) Arbeitsausschusses des Referats für Kirche und Gesellschaft teil. Die römisch-katholischen Beobachter-Teilnehmer werden in Zusammenarbeit mit der Päpstlichen Kommission *Justitia et Pax* vom Sekretariat zur Förderung der Einheit der Christen ernannt.

Auf diese Weise wurde eine intensive Mitarbeit römischer Katholiken an der neuen Studie des Ökumenischen Rates der Kirchen über „Technik und die Zukunft des Menschen und der Gesellschaft“ möglich. Auf der ersten Konferenz über dieses Thema waren unter insgesamt 103 Teilnehmern 18 römische Katholiken. Vier nahmen als Beobachter-Berater teil, die übrigen als geladene Sachverständige. Es steht zu erwarten, daß die Zusammenarbeit im Laufe der Studie intensiviert wird.

Aufgrund öffentlicher Stellungnahmen (vor allem aus Unternehmerkreisen) auf die Enzyklika „*Populorum Progressio*“ und die Konferenz über „Kirche und Gesellschaft“ von 1966 begann man, noch auf einem anderen Gebiet zusammenzuarbeiten. Im Juni 1968 diskutierten 60 Unternehmer auf einer Konsultation in Rotterdam diese christlichen Stellungnahmen. Die Konsultation war einberufen worden vom Referat für Kirche und Gesellschaft und der Internationalen Christlichen Unternehmervereinigung (UNIAPAC), einer römisch-katholischen Organisation mit engen inoffiziellen Kontakten zu Organen des Heiligen Stuhls, insbesondere der Päpstlichen Kommission *Justitia et Pax*.

Eine zweite Konsultation fand im November 1969 in Vevey (Schweiz) statt; eine dritte ist für Mai 1971 in London (Großbritannien) geplant.

c) Diakonie und Kirchliche Hilfe

Seit 1967 haben Caritas Internationalis und die Abteilung für Zwischenkirchliche Hilfe, Flüchtlings- und Weltdienst vom 28. bis 30. April 1968 ihre dritte Arbeitstagung abgehalten. Wie auch auf der ersten wurde auf dieser Tagung hervorgehoben, daß sich die Einrichtungen der Römisch-katholischen Kirche und des Ökumenischen Rates der Kirchen auf vielfältige Weise gegenseitig helfen können. Betont wurde insbesondere die Bedeutung der gegenseitigen Information und die Notwendigkeit der gegenseitigen Beratung, der gemeinsamen Aufstellung von Arbeitsplänen und der Koordination kirchlicher Spendenaufrufe.

Derartige Studientagungen müßten eigentlich fortgesetzt werden. Zwischen mehreren Referaten von DICARWS (Ökumenischer Rat der Kirchen) und Caritas Internationalis werden ständige Kontakte gepflegt, allenthalben aber bedarf die Situation ständiger Über-

prüfung. Die Teilnahme von entsprechenden Sachverständigen an diesen Arbeitstagen wird gewiß die beste Gelegenheit zur Aufstellung von Plänen für die direkte Kooperation bieten.

Um eine noch umfassendere und wirksamere Kooperation einzuleiten, nahm die Gemeinsame Arbeitsgruppe auf ihrer Tagung im Mai 1970 „wohlwollend die Anregung der Abteilung für Zwischenkirchliche Hilfe, Flüchtlings- und Weltdienst des Ökumenischen Rates der Kirchen und von Caritas Internationalis auf, Vertreter von den für kirchliche Hilfe und Entwicklungsfragen zuständigen Stellen verschiedener Organe der Römisch-katholischen Kirche und des Ökumenischen Rates der Kirchen einzuladen, um Mittel und Wege zur Durchführung von Gemeinschaftsprogrammen aufzuzeigen und auszuweiten“.

V. Nationale und lokale Christenräte

In seiner Ansprache im Ökumenischen Zentrum streifte Papst Paul VI. am 10. Juni 1969 die Bedeutung der ökumenischen Arbeit auf lokaler Ebene. Seit die Römisch-katholische Kirche aktiv in der ökumenischen Bewegung mitarbeitet, haben zahlreiche nationale und lokale Christenräte die Römisch-katholische Kirche eingeladen, Beobachter oder Berater zu ihren Sitzungen zu entsenden. An einigen Orten ist die Römisch-katholische Kirche gegenwärtig Mitglied eines nationalen Christenrates. In der Mehrzahl der Fälle gehört sie Räten auf verschiedenen Ebenen – auf Gemeinde-, Diözesen- oder Provinzebene – an. Diese Entwicklung wirft Fragen auf, von denen mehrere die Gemeinsame Arbeitsgruppe angehen.

Gegenwärtig ist also eine wichtige Entwicklung im Gange, und auf ihrer Tagung im Mai 1970 hat die Gemeinsame Arbeitsgruppe denn auch darum gebeten, ihr auf ihrer nächsten Tagung einen präzisen Bericht über die verschiedenen nationalen Christenräte und die römisch-katholische Vertretung bzw. Mitarbeit in ihnen vorzulegen.

Einen zusammenfassenden Bericht über die bisherige Tätigkeit der Gemeinsamen Arbeitsgruppe erstattete Dr. Lukas Vischer vor dem Zentralausschuß in Utrecht, um eine Einführung in das Dokument „Strukturen der Beziehungen zwischen der römisch-katholischen Kirche und dem Ökumenischen Rat der Kirchen“ zu geben, in dem die Möglichkeit der Mitgliedschaft Roms im ÖRK untersucht wird. Die Texte lauten wie folgt:

BERICHT ÜBER DIE GEMEINSAME ARBEITSGRUPPE ZWISCHEN DER RÖMISCH-KATHOLISCHEN KIRCHE UND DEM ÖKUMENISCHEN RAT DER KIRCHEN VOR DEM ZENTRALAUSSCHUSS IN UTRECHT

I.

Sieben Jahre sind seit der Gründung der Gemeinsamen Arbeitsgruppe zwischen der römisch-katholischen Kirche und dem Ökumenischen Rat der Kirchen vergangen. Wo steht die Arbeit heute? Was ist erreicht, was nicht erreicht worden? Worin bestehen die Möglichkeiten, worin die Aufgaben der nächsten Periode? Haben wir die sieben fetten Jahre hinter uns, auf die nun magere folgen werden? Oder haben wir im Gegenteil einen Punkt erreicht, von dem aus sich ein neuer Horizont vor uns ausbreitet? Diese Fragen können nur beantwortet werden, wenn wir einen kurzen Blick auf die Entwicklung der Beziehungen mit der römisch-katholischen Kirche überhaupt werfen. Die Gemeinsame Arbeitsgruppe ist ja nur ein kleiner Ausschnitt, eine einzelne Struktur. Sie kann darum nicht losgelöst von der allgemeinen Situation der ökumenischen Bewegung betrachtet werden. Es ist selbstverständlich unmöglich, eine vollständige Analyse vorzunehmen. Die ökumenische Bewegung ist eine derart vielschichtige und komplizierte Größe, daß sie in einer kleinen Übersicht nicht beschrieben werden kann. Lassen Sie mich darum nur eine Überlegung herausgreifen, die mir in unserem Zusammenhang besonders wichtig erscheint.

Wir alle stehen, denke ich, nach wie vor unter dem Eindruck, wie rasch sich in den letzten Jahren die Beziehungen entfaltet haben. Ökumenische Gespräche kommen immer häufiger zum Ergebnis, daß die Unterschiede der Vergangenheit keinen entscheidenden Grund der Trennung mehr darstellen. Sogar die schwierigsten Fragen werden mit einem Mal mit einer gewissen Gelassenheit behandelt. Die Kontroversen werden zu gemeinsamen Fragen, ja mehr: die Gemeinschaft wird so stark empfunden, daß die theologische Reflexion sich mehr und mehr den Fragen zuwendet, die mit den alten Kontroversen überhaupt nichts mehr zu tun haben, sondern das Zeugnis der Kirche heute betreffen. Es ist erstaunlich, wie häufig heute der Versuch gemacht wird, den Glauben gemeinsam zum Ausdruck zu bringen. Die Gemeinschaft wird aber vor allem in konkreten Situationen erlebt, und die Erfordernisse des Zeugnisses sind so bedrängend, daß es immer schwieriger wird, die Grenzen zwischen den Konfessionen in der Praxis nicht zu verwischen. Das Vatikanische Konzil mit seinen vorsichtigen Vorstößen und Abgrenzungen gehört darum für viele bereits einer fernen Vergangenheit an. Sie drängen auf die Verwirklichung der Gemeinschaft hin.

Zugleich hören wir aber immer noch Stimmen, die sich über die Verlangsamung der ökumenischen Bewegung beklagen, und es ist ja auch nicht zu leugnen, daß sich die Atmosphäre nicht nur in der römisch-katholischen Kirche, sondern auch in anderen Kirchen etwas verändert hat. Die Unbefangenheit der ersten Jahre ist vorüber. Während wir noch vor einigen Jahren in der Stimmung von gemeinsamen Projekten lebten, ist jetzt die Stimmung realistischer Zurückhaltung herrschend geworden. Die Frage „Was können wir tun?“ wird mehr und mehr ersetzt durch die Frage „Wie weit können wir gehen?“

Woran liegt das? Das Urteil liegt nahe, daß sich der Impuls der ersten Jahre erschöpft habe. Auf hoffnungsvolle Anfänge folge nun die Rückkehr zu den früheren Positionen, auf den Durchbruch die Reaktion der Angst; und während die wachen Geister weiterhin auf dem eingeschlagenen Wege vorwärtsdrängten, möchten die anderen die Identität der Kirche nicht länger aufs Spiel setzen. Soviel Wahres in dieser Auskunft stecken mag, ist damit noch nicht alles, ja vielleicht sogar nicht einmal das Entscheidende gesagt. Die Situation läßt sich nicht auf diesen einfachen Gegensatz reduzieren. Die eigentliche Schwierigkeit liegt vielmehr darin, daß der Weg in die Zukunft für uns *alle* nicht klar genug ist. Wie kann die Gemeinschaft unter den Kirchen verwirklicht werden? Das Vatikanische Konzil hat darauf nicht mehr als eine erste Antwort gegeben. Es hat gezeigt, wie es zur Begegnung und zur Zusammenarbeit kommen kann. Die Entwicklung hat aber rasch über diese ersten Fragen hinausgeführt, und nun stellt sich die entscheidende Frage, wie die ökumenische Gemeinschaft der Zukunft aussehen soll. Eine neue vollständige Vision ist erforderlich. Sie ist aber bis jetzt erst in ersten Umrissen vorhanden, und die Diskussion darüber ist auf allen Seiten vorläufig noch von einer gewissen Unsicherheit umgeben. Gewiß, die Gemeinschaft zwischen den Kirchen ist irreversibel. Sie muß Ausdruck finden. Die Frage ist aber, ob aus der Gemeinschaft des gemeinsamen Fragens in den nächsten Jahren eine Gemeinschaft der gemeinsamen Antworten und der gemeinsamen Zeugnisse werden wird, ob die neuen Einsichten heranreifen, die die Hindernisse zu beseitigen vermögen, und die Vision zustande kommt, die einen zweiten Aufbruch möglich macht.

II.

Die Gemeinsame Arbeitsgruppe hat seit der Zusammenkunft des Zentralausschusses in Addis Abeba zwei Sitzungen abgehalten, die erste letztes Jahr in Stuttgart und die zweite vor zwei Monaten in Rom. Sie hat sich mit einer Fülle zum Teil schwieriger Einzelfragen befaßt. Sie werden sich erinnern, daß bisher drei offizielle Berichte ausgearbeitet worden sind, in denen die wichtigsten Ergebnisse der gemeinsamen Arbeit zusammengefaßt waren (1966, 1967, 1971). Die Gemeinsame Arbeitsgruppe hat diesmal keinen offiziellen Bericht vorzulegen. Keines der behandelten Themen ist bereits so weit geklärt worden, daß ein vierter Bericht möglich und gerechtfertigt gewesen wäre. Die folgenden Ausführungen sind darum nicht mehr als eine Rechenschaft von seiten des Ökumenischen Rates.

Die Mitarbeit der römisch-katholischen Kirche im Ökumenischen Rat erstreckt sich heute fast auf alle Bereiche der Arbeit. Sie werden das in den Berichten über die Arbeit gespürt haben. Kaum ein Bericht, der nicht die aktive Teilnahme römisch-katholischer Christen hervorhebe. Sie vollzieht sich auf verschiedene Weise und auf verschiedenen Ebenen. Sie ist aber in irgendeiner Form überall zu einem selbstverständlichen Faktor in der Arbeit geworden. Die Sitzung der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung im vergangenen Jahr mag in diesem Zusammenhang besondere Erwähnung verdienen. Römisch-katholische Theologen sind zwar bereits seit der Vollversammlung von Uppsala volle Mitglieder der Kommission. Erst die Sitzung in Löwen ließ aber die Mitgliedschaft wirklich wirksam werden. Während das Programm vorher noch ohne römisch-katholische Beteiligung geplant worden war, ist es nun auf eine breitere Basis gestellt worden, und die nächsten Jahre werden hoffentlich dazu führen, daß die Arbeit der Kommission in immer weiteren Kreisen der römisch-katholischen Kirche Eingang findet. Andere Bereiche müssen aber genauso genannt werden. Römisch-katholische Vertreter sitzen in Gremien des Ökumenischen Rates, wie etwa im Vorstand des Ökumenischen Institutes von Bossey. Sie nehmen als Beobachter, Berater oder Delegierte an der Arbeit mancher Ausschüsse, wie etwa in den Ausschüssen für Weltmission und Evangelisation oder für Kirche und Gesellschaft, teil, und römisch-katholische Delegationen sind eine Selbstverständlichkeit, wenn eine Tagung von Gewicht wie z. B. die Weltkonferenz in Bangkok über das Heil heute stattfindet.

Die Gemeinsame Arbeitsgruppe hat sich immer wieder mit Fragen beschäftigt, die sich aus dieser regulär gewordenen Zusammenarbeit ergaben. Die Aufmerksamkeit hat sich in den letzten beiden Sitzungen besonders auf zwei Gebiete gerichtet: die sogenannte „Women's Ecumenical Liaison Group“ (WELG) und SODEPAX. In beiden Fällen stellte sich die Frage, wie die begonnene Arbeit in Zukunft fortgesetzt werden solle.

Die „Women's Ecumenical Liaison Group“ hat in den letzten Jahren als Verbindungsglied zwischen Frauenorganisationen auf beiden Seiten gedient. Sie hat eine ausgedehnte Tätigkeit entfaltet und verschiedene größere Tagungen organisiert. Sie hat z. B. letztes Jahr in Wien eine Konferenz über das Bild der Frau in den Massenkommunikationsmitteln abgehalten. Die Frage stellte sich aber nun, ob eine besondere Gruppe von Frauen weiterhin notwendig sei. Sowohl die „Women's Ecumenical Liaison Group“ selbst als auch die Gemeinsame Arbeitsgruppe haben die Frage bejaht. Sie sind sich dabei im klaren, daß die Gruppe sich nicht darauf beschränken darf, eine Verbindung zwischen bestehenden Organisationen herzustellen. Das Gewicht muß vielmehr auf einem Projekt liegen, das weiteren Kreisen in der Kirche als Ganzer dienen wird. So wurde denn empfohlen, daß eine Studie über die Rolle der Frau in der Kirche unternommen werden solle.

Die Diskussion über die Zukunft von SODEPAX bereitete größere Schwierigkeiten, und es bedurfte einiger Zeit, bis eine Lösung gefunden war, die beide Seiten zufriedenstellte. Das Problem war offensichtlich. Soll SODEPAX selbst die Initiative und Verantwortung für sein Programm tragen? Oder soll seine Aufgabe in erster Linie darin bestehen, die Verbindung zwischen den zuständigen Stellen in der römisch-katholischen Kirche und dem Ökumenischen Rat herzustellen? Die Entscheidung ging schließlich in die Richtung der zweiten Formel. SODEPAX soll nicht zu einer selbständigen Größe zwischen der römisch-katholischen Kirche und dem Ökumenischen Rat mit eigenem Programm und eigenen Strukturen werden. Es soll vielmehr darin wirken, daß die römisch-katholische Kirche und der Ökumenische Rat der Kirchen in möglichst großem Umfang direkt zusammenarbeiten. Sowohl die Kommission von SODEPAX als das Sekretariat in Genf sind darum erheblich reduziert worden. Es ist hingegen beschlossen worden, den Stab in Rom in der Pontifikalischen Kommission für Gerechtigkeit und Frieden und in Genf in der Kommission für Entwicklungsfragen so zu verstärken, daß die direkte Zusammenarbeit wirklich zustande kommen kann. Diese neue Lösung gibt der Zusammenarbeit ohne Zweifel verpflichtenden Charakter. Sie kann sich darum in mancher Hinsicht als wirksamer erweisen. Sie trägt allerdings auch das Risiko einer gewissen Schwerfälligkeit in sich, und wenn sie die Zusammenarbeit wirklich vertiefen soll, wird darum viel von der Bereitschaft und der Ausdauer aller Beteiligten abhängen.

Die Gemeinsame Arbeitsgruppe hat sich nicht nur mit der bereits bestehenden Zusammenarbeit befaßt, sondern auch neue Pläne ausgearbeitet. Erste Schritte sind unternommen worden, um zu einem Austausch über Erziehungsfragen zu kommen. Die Gründe für eine engere Fühlung in diesem Gebiet sind zu offenkundig, als daß sie genannt werden müßten. Es ist nicht vorgesehen, irgendeine gemeinsame Kommission ins Leben zu rufen. Der Plan besteht vielmehr darin, auf möglichst breiter Basis auf eine größere Konsultation über die „Rolle der Kirche in der Erziehung“ hinzuwirken. Sie wird voraussichtlich 1974 stattfinden. Eine Konsultation über neue Wege in der Laienausbildung ist ebenfalls für 1974 geplant.

III.

Das Hauptthema der beiden Sitzungen in Stuttgart und Rom war die römisch-katholische Beteiligung an nationalen und lokalen Christenräten. Die Frage war schon früher berührt worden. Sie war aber damals noch von kaum mehr als theoretischem Interesse. Das ist inzwischen anders geworden. Römisch-katholische Diözesen und Gemeinden werden in wachsender Zahl Mitglieder von nationalen und lokalen Christenräten. Die volle Mitgliedschaft ist bereits in mindestens 15 nationalen Räten Wirklichkeit geworden, und die Möglichkeit eines Beitritts wird in mehreren Ländern aktiv geprüft. Als Beispiel seien die Vereinigten Staaten und Großbritannien erwähnt. In beiden Ländern sind gemeinsam erarbeitete ausführliche Berichte erschienen, in denen der Beitritt in allen Einzelheiten erwogen wird. Diese Entwicklung ist von so offenkundiger Bedeutung für die Zukunft der ökumenischen Bewegung, daß sie in der Gemeinsamen Arbeitsgruppe diskutiert werden mußte. Was hat diese Erweiterung der Räte zu bedeuten? Werden sie durch den Beitritt der römisch-katholischen Kirche in ihrem Wesen verändert? Auf welche Punkte ist zu achten, damit die Räte wirklich wirksame Werkzeuge der ökumenischen Bewegung werden? Ist ein Modell im Entstehen, das sich verallgemeinern läßt? So unausweichlich diese Fragen waren, zeigte sich doch bald, daß die Diskussion darüber mit der größten Zurückhaltung geführt werden mußte. Die Entscheidung über die angemessenste Form der Zusammenarbeit muß in jedem Land getroffen werden, und die Voraussetzungen sind von Land zu Land so verschieden, daß allgemeine Erwägungen oder gar Richtlinien den Gang der Dinge nur aufhalten würden.

Die Gemeinsame Arbeitsgruppe hat darum bewußt darauf verzichtet, einen Bericht über die Frage auszuarbeiten⁴⁶. Das heißt nicht, daß die Diskussion aufgegeben wäre. Die Entwicklung muß weiterhin mit der größten Aufmerksamkeit verfolgt werden. Räte, die sich die Frage der römisch-katholischen Beteiligung überhaupt noch nicht gestellt haben, können zu Initiativen angeregt werden, und der Austausch von Land zu Land kann dazu beitragen, daß Holzwege vermieden werden. Die Gemeinsame Arbeitsgruppe wird darum ohne Zweifel auf das Thema zurückkommen müssen, und unabhängig davon wird sich der Ökumenische Rat selbst vermehrt und konsequenter mit der Zukunft der Räte auseinandersetzen müssen. Die Weltkonsultation über Christenräte, die letztes Jahr in Genf stattfand, hat die Diskussion in Gang gebracht. Sie mußte auf möglichst vielen Ebenen fortgesetzt werden⁴⁷.

IV.

Wo aber steht die Diskussion über die römisch-katholische Mitgliedschaft im Ökumenischen Rat? Die Gemeinsame Arbeitsgruppe hat sich in den Jahren 1969 und 1970 intensiv mit der Frage beschäftigt, und der Bericht, den sie darüber erarbeitet hat, ist nachfolgend abgedruckt. Der Text zeigt, daß sich die Gemeinsame Arbeitsgruppe die Aufgabe nicht leicht gemacht hat. Sie hat sich bemüht, die Frage nach allen Seiten hin zu prüfen. Warum ist eine engere Verbindung zwischen der römisch-katholischen Kirche und dem Ökumenischen Rat überhaupt wünschenswert? Könnte es nicht ebenso gut bei dem gegenwärtigen Nebeneinander bleiben? Muß diese enge Verbindung die Form der Mitgliedschaft annehmen? Könnte nicht vielleicht eine neue Gemeinschaft ins Leben gerufen werden? Und

46. Ein „Dossier“ über die Frage ist in *One in Christ* (Christian Councils: Some Appraisals), Vol. 8, No. 2, 1972, erschienen.

47. Vgl. *Ecumenical Review*, Oktober 1971, S. 445.

wenn zugunsten der Mitgliedschaft entschieden wird, wie könnte sie verwirklicht werden? Die Schwierigkeiten, die dabei auf beiden Seiten zu überwinden sind, sind offensichtlich. Wie kann sich eine Kirche, deren Selbstverständnis und Struktur sich in so mancher Hinsicht von den übrigen Kirchen unterscheiden, in die Gemeinschaft des Ökumenischen Rates einfügen? Alle diese Fragen sind in dem Dokument der Gemeinsamen Arbeitsgruppe eingehend behandelt.

Was ist die Bedeutung dieses Dokuments? Sie darf nicht überschätzt werden. Die Veröffentlichung bedeutet nicht, daß der Weg zur Mitgliedschaft nun geebnet wäre. Das Vorwort macht das unzweideutig klar. Niemand, der mit den Problemen einigermaßen vertraut ist, wird allerdings davon überrascht sein. Nur voreilige Propheten konnten Hoffnungen für die „nahe Zukunft“ hegen. Das Dokument ist nicht einmal ein gemeinsamer offizieller Bericht über die Frage; es ist nicht mehr als ein gemeinsam verfaßtes Studiendokument. Damit ist aber auch die positive Bedeutung des Textes genannt. Er soll dazu dienen, die Diskussion in Gang zu bringen. Wie sollen die Beziehungen gestaltet werden? Beide Seiten sind sich darüber im klaren, daß diese Frage geklärt werden *muß*. Der Bericht ist ein erster Beitrag dazu. Er ist in der Hoffnung veröffentlicht worden, daß sich möglichst weite Kreise an der Diskussion beteiligen werden. Denn die gültige Antwort, die dann auch eine Entscheidung ermöglicht, kann sich nur aus einer Vielfalt von Überlegungen ergeben.

Die Studie ist bisher gemeinsam durchgeführt worden, und es ist natürlich notwendig, daß die Diskussion auch in Zukunft in engerer Fühlung weitergeführt wird. Es mag aber notwendig sein, sie zugleich auch auf getrennten Linien fortzusetzen. Die Frage der Mitgliedschaft muß schließlich von der römisch-katholischen Kirche entschieden werden, und es ist darum natürlich, daß sie das Für und Wider nicht allein in gemeinsamer Beratung, sondern auch aufgrund ihrer eigenen Voraussetzungen prüft. Die ersten Gespräche in der Plenarsitzung des Sekretariates für die Einheit der Christen haben bereits eine Reihe von Fragen zutage gefördert, die der weiteren Klärung bedürfen. Der Ökumenische Rat wird sich umgekehrt fragen müssen, was er dazu beitragen kann, daß die Gemeinschaft der Kirchen, die er zu sein beansprucht, noch vollständiger und wirksamer wird.

V.

Dieser Vorgang der Klärung wird, selbst wenn er mit Energie vorangetrieben wird, beträchtliche Zeit brauchen. Die Frage stellt sich also, was in der nahen Zukunft zu geschehen hat. Beide Seiten sind sich darüber einig, daß die Zusammenarbeit nicht gelähmt und zum Stillstand gebracht werden dürfe durch die Diskussion über die beste strukturelle Form der Beziehungen. Sie soll im Gegenteil intensiviert und erweitert werden. Wie kann das geschehen? Es ist offensichtlich, daß der Ökumenische Rat das Ausmaß der Zusammenarbeit nicht beliebig ausdehnen kann, ohne sein eigenes Programm zu gefährden. Wo liegen die Prioritäten? Wie kann mit einem Minimum von Strukturen das Maximum erreicht werden? Muß vielleicht sogar die Gemeinsame Arbeitsgruppe selbst, vor allem ihre Zusammensetzung und Arbeitsmethoden, gewisse Modifikationen erfahren? Die Gemeinsame Arbeitsgruppe hat beschlossen, sich im kommenden Jahr diesen Fragen zuzuwenden. Sie hat sich vorgenommen, eine Analyse der gegenwärtigen ökumenischen Situation anzustellen und aufgrund davon Vorschläge für die nächsten Jahre auszuarbeiten.

Es ist noch zu früh, darüber viel zu sagen. Die Arbeit ist erst noch zu leisten. Zwei Überlegungen können aber vielleicht schon jetzt angestellt werden.

a) Müssen die Anstrengungen in den kommenden Jahren nicht in erster Linie darauf gerichtet werden, jene geistliche Gemeinschaft zu stärken, die die Kirchen über alle Grenzen hinweg bereits verbindet? Gewiß, die angemessenen strukturellen Lösungen müssen gefunden werden. Was hilft es aber, wenn versucht wird, die einander widerstrebenden Strukturen durch immer ausgeklügeltere Vorschläge aneinander anzugleichen? Selbst wenn die Operation auf dem Papier gelingen sollte, wird auf diesem Wege keine lebendige Wirklichkeit zustande kommen. Der entscheidende Faktor ist vielmehr die Gemeinschaft, die uns verbindet. Wenn sie in unserer Erfahrung und in unserem Bewußtsein so selbstverständlich und mächtig wird, daß wir uns ihr anzuvertrauen vermögen, wird sich von selbst zeigen, auf welche Weise sie strukturellen Ausdruck finden kann. Die Gemeinsame Arbeitsgruppe

hat in ihrer letzten Sitzung einen in diesem Zusammenhang interessanten Ausdruck gebraucht. Sie hat davon gesprochen, daß die Gemeinschaft unter den Kirchen „ekklesiale Realität“ besitze. Sie erinnern sich, welche Rolle dieser Ausdruck während des Zweiten Vatikanischen Konzils spielte. Das Konzil erklärte, daß die nicht-römischen Kirchen der Reformation zwar nicht in vollem Sinne des Wortes Kirchen seien, daß ihnen aber ekklesiale Realität eigen sei. Das war damals ein wichtiger Schritt. Jetzt aber wird davon gesprochen, daß nicht nur einzelne Kirchen, sondern auch die Gemeinschaft *unter* den Kirchen ekklesiale Realität besitze. Diese Erweiterung des Sprachgebrauches ist bedeutsam. Sie macht zugleich die Aufgabe deutlich, vor der wir stehen. Es gilt, klarer zu erfassen, was die Christen alle zusammenhält, das Wort, das sie empfangen haben, die Botschaft, die sie der Welt schulden. Je klarer sie die ekklesiale Realität dessen zu artikulieren vermögen, was sie verbindet, desto freier werden sie werden, den nächsten Schritt zu tun.

b) Die Arbeit der nächsten Jahre wird in möglichst engem Kontakt mit den Entwicklungen in den verschiedenen Ländern getan werden müssen. Der Blick der Gemeinsamen Arbeitsgruppe sollte nicht auf die administrativen Zentren beschränkt bleiben; die Überlegungen über die nächsten Schritte sollten vielmehr von der Erfahrung in konkreten Situationen ausgehen. Die Gemeinschaft ist ja nicht das Ergebnis theoretischer Überlegungen, sie wird vielmehr in der Begegnung erfahren, und es muß aus dieser Erfahrung erhoben werden, wieviel wir in Wirklichkeit bereits gemeinsam haben. Es ist aber umgekehrt auch notwendig, die erarbeiteten Anregungen mit etwas mehr Konsequenz an die einzelnen Länder weiterzugeben. Die Gemeinsame Arbeitsgruppe hat sich oft vorgenommen, diesem Austausch zwischen den verschiedenen Ebenen und den verschiedenen Ländern größere Aufmerksamkeit zu schenken. Die Verwirklichung ist aber immer wieder hinter den Absichten zurückgeblieben, und zwar vornehmlich, weil sowohl Stab als auch Mittel fehlten. Es darf darum nicht zuviel erwartet werden. Es könnte aber sein, daß die Vorbereitung der nächsten Vollversammlung in dieser Hinsicht Gelegenheiten bietet, die genutzt werden sollten. Jedenfalls wird sehr sorgfältig geprüft werden müssen, auf welche Weise die römisch-katholische Kirche (sowie natürlich auch andere Nichtmitgliedskirchen) an der Vorbereitung der Vollversammlung beteiligt werden könnten.

Fette Jahre? Magere Jahre? Wie soll nun diese Frage beantwortet werden? Wer nicht die Gaben Josephs hat, tut vielleicht besser daran, sie überhaupt nicht zu beantworten, sondern von Jahr zu Jahr auf die Ernte zu warten, die Gott uns geben will. Verlangsamung? Vielleicht. Aber warum sollte darum die Zeit der Ernte vorüber sein? Ist nicht vielleicht gerade jetzt etwas im Reifen? Jedenfalls kann aber der Auftrag zu pflanzen nicht von den Chancen des Erfolges abhängig gemacht werden.

Lukas Vischer

STRUKTUREN DER BEZIEHUNGEN ZWISCHEN DER RÖMISCH-KATHOLISCHEN KIRCHE UND DEM ÖKUMENISCHEN RAT DER KIRCHEN

Vorwort

Seit der 1965 getroffenen gegenseitigen Vereinbarung, eine Gemeinsame Arbeitsgruppe zu bilden, haben die römisch-katholische Kirche und der Ökumenische Rat der Kirchen verschiedene Formen offizieller Beziehungen aufgenommen. Zunächst beschränkte sich die Gemeinsame Arbeitsgruppe darauf, Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen einzelnen Katholiken, katholischen Gruppen und Organisationen und den verschiedenen Einheiten des ÖRK sowie der römisch-katholischen Mitarbeit in diesen Einheiten zu bestimmen und zu fördern. Bald stellte die Gemeinsame Arbeitsgruppe fest, daß sich bestimmte Projekte am besten unter ihrer eigenen Schirmherrschaft (z. B. die Studien über „Katholizität und Apostolizität“ und über „Gemeinsames Zeugnis und Proselytismus“) oder durch die Einsetzung einer gemeinsamen Spezialgruppe (z. B. der Gemeinsame Ausschuß für Gesellschaft, Entwicklung und Frieden – SODEPAX) durchführen ließen.

Mit wachsender Zusammenarbeit zwischen der römisch-katholischen Kirche und dem Ökumenischen Rat der Kirchen erhob sich die Frage, ob die bestehenden Strukturen zur Bewältigung der immer komplexeren Beziehungen zwischen den beiden Partnern ausreichten. Einzelne Autoren begannen über die offizielle römisch-katholische Mitgliedschaft

im Ökumenischen Rat zu diskutieren. Dieselbe Frage wurde in der Gemeinsamen Arbeitsgruppe behandelt und auch auf der Vollversammlung des Ökumenischen Rates in Uppsala 1968 gestellt. Bei seinem Besuch im Ökumenischen Zentrum im Jahre 1969 erwähnte Papst Paul VI. die Frage in der Öffentlichkeit und fügte hinzu, daß die Antwort zu diesem Zeitpunkt noch nicht positiv ausfallen könne, da noch viele ihrer theologischen und pastoralen Aspekte untersucht und geklärt werden müßten.

Seit dem Wunsche Papst Pauls nach gründlichem Studium bemühten sich die Gemeinsame Arbeitsgruppe wie auch einzelne darum, die verschiedenen Aspekte – das Für und Wider – der Mitgliedschaftsfrage zu klären. Alle erkennen an, daß die Entscheidung über einen Antrag auf Mitgliedschaft im Ökumenischen Rat in erster Linie bei der römisch-katholischen Kirche liegt. Nur im Falle eines formellen römisch-katholischen Antrages wird der Ökumenische Rat offiziell reagieren. Beide Seiten sind jedoch der Ansicht, daß jede endgültige Entscheidung im Blick darauf getroffen werden sollte, welcher Schritt für die ökumenische Bewegung als ganze besser und nützlicher wäre. Sie haben daher versucht, einander bei dieser Untersuchung soweit als möglich zu helfen. Fachleute beider Seiten haben miteinander die Mitgliedschaftsfrage besprochen und ihre Überlegungen in verschiedenen Zeitschriften veröffentlicht. Die Gemeinsame Arbeitsgruppe selbst beauftragte eine kleine Gruppe von Repräsentanten, die weitere Entwicklung der Beziehungen zwischen der römisch-katholischen Kirche und dem Ökumenischen Rat der Kirchen zu untersuchen. Im Mai 1970 lag der erste Entwurf dieser gemeinsamen Studie der Gemeinsamen Arbeitsgruppe vor und wurde anhand der Empfehlungen der Gruppe mehrfach überarbeitet.

Der Text dieses überarbeiteten Berichtes, der jetzt zum erstenmal veröffentlicht wird, ist von den Mitgliedern des Plenums – der jährlichen Vollversammlung – des Sekretariats für die Einheit der Christen geprüft worden und hat auch dem Exekutivausschuß des Ökumenischen Rates der Kirchen vorgelegen. Das Plenum drückte zwar seine Anerkennung für die vielen positiven Aspekte des Dokumentes aus, hatte jedoch noch starke Vorbehalte hinsichtlich der Wirksamkeit des Dokumentes zur Lösung der in ihm gestellten Fragen. Diese Vorbehalte sollen zu einem späteren Zeitpunkt in einem Artikel zusammengestellt und erläutert werden. Die in dem Dokument gegebenen Beurteilungen sind vorläufiger Art. Der Ökumenische Rat der Kirchen wird hauptsächlich aufgrund seiner schriftlich festgelegten Verfassung und offizieller Erklärungen anstatt in den historischen Formen seiner Entwicklung dargestellt. Man hätte den dynamischen Aspekten der Arbeit des Ökumenischen Rates größere Aufmerksamkeit widmen können, ebenso seiner Entfaltung durch das von ihm Erreichte und besonders der weiterhin stattfindenden dynamischen Entwicklung sowohl im Blick auf seine eigenen Mitglieder als auch hinsichtlich der römisch-katholischen Kirche. Entwicklungen dieser Art müssen zusammen mit den offiziellen Dokumenten voll berücksichtigt werden.

Trotz dieser Einschränkungen halten wir das Dokument für wichtig genug, es einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Es sollte nach Möglichkeit eine umfassende Diskussion und eine ernsthaftere Beschäftigung mit der ganzen Frage dieser engeren Beziehungen zwischen der römisch-katholischen Kirche und dem Ökumenischen Rat der Kirchen anregen, die als Mittel dienen, den Willen Christi bei denen, die seinen Namen tragen, zu erfüllen und neue Kräfte für den Dienst der Christen an der Welt freizusetzen.

Die Veröffentlichung dieses Dokumentes ist daher nicht der Abschluß einer Studie, sondern ein wichtiger Schritt in einem Prozeß sorgfältiger Untersuchung. Der Versuch, einen Termin festzusetzen, bis zu welchem man eine Antwort auf die Frage des Beitritts der römisch-katholischen Kirche gefunden haben muß, ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht realistisch. Es wird nicht erwartet, daß ein solcher Beitrittsantrag in naher Zukunft erfolgt. Alle sind jedoch überzeugt, daß die Zusammenarbeit zwischen diesen Körperschaften nicht nur fortgesetzt, sondern noch intensiviert werden muß. Die Motivierung, die dieser wachsenden Zusammenarbeit weiterhin zugrunde liegt, hat nichts mit kirchlicher Machtpolitik zu tun. Sie bleibt vielmehr die aufrichtige Hingabe an die Suche nach dem bestmöglichen Weg, zu jener Einheit in Christus zu gelangen, für die Er so glühend gebetet hat und die allen Christen helfen kann, der Welt zu dienen, in die Er zu ihrer Versöhnung und Erlösung gesandt wurde.

Jan Kardinal Willebrands

Eugene Carson Blake

Die Gemeinsame Arbeitsgruppe zwischen der römisch-katholischen Kirche und dem Ökumenischen Rat der Kirchen wurde 1965 gegründet. Sie hatte die Aufgabe zu erwägen, welche Form die Beziehungen zwischen der römisch-katholischen Kirche und dem Ökumenischen Rat der Kirchen finden könnten. Während der bisherigen Zusammenkünfte konnte die Gruppe bedeutsame Fortschritte erzielen. Sie hat gemeinsame Studien zu Themen wie Dialog, Gemeinsames Zeugnis und Proselytismus, Katholizität und Apostolizität in Gang gebracht. Durch spezifische Empfehlungen hat sie die wechselseitige Zusammenarbeit in den Bereichen der sozialen Entwicklung, des Friedens, der Mission, des Dienstes und der Nothilfe sowie der Laienaktivität gefördert. In vielen Fällen, in denen Aktivitäten auf den einzelnen Gebieten ohne unmittelbares Eingreifen der Gemeinsamen Arbeitsgruppe zustande gekommen sind, hat die Gruppe sie unterstützt und gefördert. Ferner hat sie aufmerksam die vielen Initiativen verfolgt, die auf lokaler und regionaler Ebene stattfinden und zur Ausbreitung der ökumenischen Bewegung in mehr weltweitem Maße beigetragen haben und noch beitragen.

Die rasche Ausweitung der Zusammenarbeit auf vielen Ebenen ist zur Selbstverständlichkeit geworden. In Billigung der ersten beiden offiziellen Berichte der Gemeinsamen Arbeitsgruppe erklärte die Vierte Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen im Jahre 1968:

„Zunächst möchte die Vollversammlung für diese neue Möglichkeit der Gemeinschaft in Christus ihren Dank aussprechen. Den Christen haben sich Türen geöffnet, so daß sie zusammen für das erlösende und versöhnende Werk, das Christus für die ganze Welt vollbracht hat, Zeugnis ablegen können ... (Aus diesem Grund) glaubt die Vollversammlung zuversichtlich, daß die Gemeinsame Arbeitsgruppe zum Wachstum und zur tieferen Gemeinschaft in der ökumenischen Bewegung beitragen wird“ (Bericht aus Uppsala 68, S. 185 und 186).

In seiner Ansprache anlässlich seines Besuches beim Ökumenischen Rat der Kirchen in Genf im Juni 1969 sprach Papst Paul VI. ausdrücklich die Beteiligung kompetenter Katholiken an den verschiedenen Aktivitäten des Ökumenischen Rates der Kirchen an. Er fügte hinzu:

„Als Beispiele für die Bereiche, in denen diese Zusammenarbeit sich zu verwirklichen begonnen hat, seien die folgenden genannt: die theologische Reflexion über die Einheit der Kirche, das Suchen nach einem besseren Verständnis der Bedeutung des christlichen Gottesdienstes, die vertiefte Bildung der Laien, das Bewußtmachen unserer gemeinsamen Verantwortung und die Koordinierung unserer Bemühungen im Dienst der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung und des Friedens unter den Völkern. Auch die Möglichkeiten eines gemeinsamen christlichen Studiums des Phänomens des Unglaubens, der Spannungen zwischen den Generationen sowie der Beziehungen zu den nichtchristlichen Religionen wurden erwogen.

Diese Formen der Verwirklichung bezeugen Unseren Wunsch nach einem weiteren Fortschritt der gegenwärtigen Unternehmungen, soweit es unsere personalen und materiellen Möglichkeiten erlauben“ (öpd Nr. 21. v. 12.6.1969).

Die Vielfalt, die sich in dieser wachsenden Zusammenarbeit findet, sowie die beiden oben dazu zitierten Kommentare zeigen deutlich, daß diese Zusammenarbeit nicht bloß organisatorischen Charakter trägt. Eine wahrhaft geistliche Dimension liegt den vielen sich entfaltenden Kontakten zugrunde. Sie werden als Bemühungen verstanden, auf das zu antworten, „was der Geist den Gemeinden sagt“ (vgl. Offb. 2,7). In ihrem Zweiten Bericht im Jahre 1967 bemerkte die Gemeinsame Arbeitsgruppe:

„Ohne die wesentlichen Unterschiede zu vergessen oder verkleinern zu wollen, entdecken die Christen heute in anderen Kirchen wieder diese Werte des einzigartigen christlichen Erbes. Sie erkennen, daß zwischen ihnen bereits eine teilweise Gemeinschaft besteht, und sie wollen diese Gemeinschaft in ihrer ganzen Fülle entfalten. Die gesamte ökumenische Bewegung sucht nach dieser Fülle, dieser Einheit aller Christen, um dadurch Christus in der Welt von heute zu bezeugen.“

Diese geistliche Dimension bleibt ein bestimmender Faktor in den Überlegungen, welche

konkreten Formen die bereits erwähnte wachsende Zusammenarbeit annehmen könnte. Die Suche nach neuen Formen ist daher nicht lediglich eine Erforschung wirksamerer Strukturen.

Die römisch-katholische Kirche und der Ökumenische Rat der Kirchen sind sich stets darüber klar gewesen, daß die Gemeinsame Arbeitsgruppe nicht eine permanente Struktur zur Regelung ihrer gegenseitigen Beziehungen sei; sie wurde zur Erforschung künftiger Beziehungen eingesetzt. Auf ihrer Zusammenkunft in Gwatt im Mai 1969 erörterte sie die möglichen künftigen Formen dieser Beziehungen. Sie unterschied zwischen drei möglichen Verfahrensweisen, auf die bereits stattgefundene Entwicklung zu reagieren und diese Beziehungen auszuweiten und zu vertiefen:

1. Ausbaufähige koordinierte Strukturen für die wachsende Zusammenarbeit zwischen dem Ökumenischen Rat der Kirchen und der römisch-katholischen Kirche könnten entwickelt werden.

2. Eine neue Form christlicher Gemeinschaft könnte geschaffen werden.

3. Die römisch-katholische Kirche könnte dem Ökumenischen Rat der Kirchen beitreten.

Die Gemeinsame Arbeitsgruppe beschloß, der dritten dieser Möglichkeiten besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Während seiner Entstehungszeit und während der zwei- und zwanzig Jahre seines Bestehens ist der Ökumenische Rat ein bevorzugtes Instrument des Heiligen Geistes bei dem Werk der Wiederherstellung der Einheit unter den Christen gewesen, eine Tatsache, die im Ökumenismusedikt des Vatikanischen Konzils (Ziff. 1) erwähnt wird. Innerhalb der Gemeinschaft lernen Kirchen und einzelne einander kennen, einander verstehen, miteinander beten, miteinander arbeiten. Es ist daher nur logisch, wenn die Gemeinsame Arbeitsgruppe auf den vom Ökumenischen Rat in Uppsala und von Papst Paul VI. während seines Besuches im Ökumenischen Zentrum in Genf geäußerten Wunsch eingeht, daß eine gründliche Studie über die Frage der römisch-katholischen Mitgliedschaft im Ökumenischen Rat der Kirchen durchgeführt werden möge. Um ein möglichst vollständiges Bild der zukünftigen Strukturen zu geben, in denen weitergehende Beziehungen zwischen der römisch-katholischen Kirche und dem Ökumenischen Rat der Kirchen sich abspielen könnten, hielt man es für angebracht, auch die anderen Möglichkeiten in Erwägung zu ziehen.

Der vorliegende Bericht basiert auf der Überzeugung, daß sich zwischen der römisch-katholischen Kirche und dem Ökumenischen Rat der Kirchen eine organischere Verbindung entwickeln sollte. Der Bericht will nicht die Entscheidung über die letztlich zu wählende Form beeinflussen, sondern zielt darauf, eine Untersuchung der Frage zu erleichtern. Dadurch würden die zuständigen Stellen in die Lage versetzt, diejenige Entscheidung zu treffen, die offensichtlich der ökumenischen Bewegung am besten dient, größeren Fortschritt in der Zusammenarbeit sichert – ein Gebiet, auf dem wahrhaftig noch viel getan werden muß – und die vollkommenerer Ausdruck jener Gemeinschaft ist, die unter Christen bereits besteht, und zwar besonders dort, wo sie bemüht sind, eine wirksamere Antwort auf den dringenden Ruf nach der Bezeugung der Botschaft Christi an die heutige Welt zu geben.

1. Der Ökumenische Rat der Kirchen, die römisch-katholische Kirche und die ökumenische Bewegung

Was ist das Wesen des Rates, wie führt er seine Arbeit durch, wie sucht er seine selbstgesteckten Ziele zu erreichen? Welche Grundsätze bestimmen auf der anderen Seite die ökumenische Aktivität der römisch-katholischen Kirche, und wie sind sie besonders im Zweiten Vatikanischen Konzil und in der Folgezeit zum Ausdruck gebracht worden?

A. Was ist der Ökumenische Rat der Kirchen?

1. Wesen des Ökumenischen Rates der Kirchen.

Der Ökumenische Rat der Kirchen ist ein Versuch, die jetzt getrennten Kirchen zu einer vorläufigen Gemeinschaft zusammenzubringen, in der sie einander begegnen können.

Der Ökumenische Rat der Kirchen ermöglicht es Kirchen von unterschiedlicher Tradition, Form und Größe, nach vollerer Einheit im Rahmen einer Gemeinschaft zu suchen, die sie bereits erfahren. In ihr wird der besondere Charakter jeder einzelnen Kirche bewahrt, und keine Kirche braucht ihre Überzeugungen im Blick auf die Lehre oder auf das Wesen der Kirche in Gefahr bringen zu lassen. Durch den Rat jedoch wird es den Kirchen möglich, innerhalb der durch ihre Trennung auferlegten Grenzen selbst jetzt einander an ihrem Leben teilhaben zu lassen, gemeinsames Zeugnis des Evangeliums abzugeben und sich miteinander zu bemühen, der gesamten Menschheit durch die Förderung von Gerechtigkeit und Frieden zu dienen.

2. Basis.

Die Gemeinschaft des Ökumenischen Rates der Kirchen beruht auf der folgenden Basis: „Der Ökumenische Rat der Kirchen ist eine Gemeinschaft von Kirchen, die den Herrn Jesus Christus gemäß der Heiligen Schrift als Gott und Heiland bekennen und darum gemeinsam zu erfüllen trachten, wozu sie berufen sind, zur Ehre Gottes, des Vaters, des Sohnes und des Heiligen Geistes.“ Die Formulierung der Basis macht deutlich, daß die Gemeinschaft auf Christus begründet und daß die gesuchte Einheit die von Ihm für Seine Kirche gewollte ist. Diese Basis ist der gemeinsame Bezugspunkt für die Mitgliedskirchen. Sie ist kein Glaubensbekenntnis im strengen Sinn. Das darin verwendete Wort „bekennen“ bezieht sich auf die einzelnen Kirchen. Nicht der Ökumenische Rat der Kirchen bekennt, sondern es sind die Mitgliedskirchen, „die bekennen ...“. Die Basis wird nicht von allen Kirchen in gleicher Weise interpretiert. Die Annahme der Basis durch die Mitgliedskirchen setzt nicht theologische Uniformität etwa in der trinitarischen Theologie oder in der Autorität der Heiligen Schrift voraus. Sie weist jedoch eindeutig auf die Quelle des Zusammenhaltes des Rates hin und zeigt das Fundament und die gemeinsame Berufung an, aufgrund derer Gemeinschaft verwirklicht werden soll.

3. Eine „Gemeinschaft“ von „Kirchen“.

In der Basis werden diese beiden Ausdrücke zur Beschreibung des Ökumenischen Rates der Kirchen verwendet. Wie sind sie zu interpretieren? Beide sind biblische Begriffe, aber werden sie hier in ihrem biblischen Sinne benutzt? Entspricht „Gemeinschaft“ dem biblischen *koinonia* und „Kirche“ dem biblischen *ekklesia*? Offensichtlich ist dies genau genommen nicht der Fall. Der Ökumenische Rat der Kirchen ist eine vorläufige Gemeinschaft (*fellowship*), in der Kirchen noch immer getrennt und deshalb nicht durch *koinonia* im neutestamentlichen Sinne des Wortes verbunden sind; er ist eine strukturelle Form, die eine bereits bestehende Gemeinschaft (*communion*) zum Ausdruck bringt und zu einer vollkommeneren Gemeinschaft führen soll.

Das Wort „Kirche“ wird beschreibend verwendet. In der Praxis bezieht es sich auf autonome kirchliche Gemeinschaften, die bestimmte Kriterien im Blick auf Stabilität und Größe erfüllen und in der Lage sind, den Inhalt der Basis zu unterschreiben. Diese Gemeinschaften erstrecken sich häufig, wenn auch nicht immer, auf einen bestimmten geographischen Bereich, und sie gehören zu einer bestimmten konfessionellen Tradition. Der Gebrauch des Wortes „Kirche“ impliziert nicht die Anerkennung der Kirchen untereinander im vollen ekklesiologischen Sinne des Wortes.

4. Konzeption der Einheit.

Der Ökumenische Rat der Kirchen ist verpflichtet, für die Einheit der Kirche zu arbeiten, doch er vertritt nicht eine ganz spezifische Lehre im Blick auf das Wesen dieser Einheit. Keine der verschiedenen Konzeptionen von Einheit ist durch den Ökumenischen Rat der Kirchen als offizielle Konzeption angenommen worden. Der Ökumenische Rat der Kirchen bietet diesen Konzeptionen die Möglichkeit, miteinander in dynamische Beziehung zu treten (vgl. Die Kirche, die Kirchen und der Ökumenische Rat der Kirchen, 1950, III, 5). Die Dritte Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen machte den Versuch, in einer vorläufigen Form gemeinsam das Ziel der Einheit zu beschreiben, dem die Mitgliedskirchen zustreben. Sie nahm die folgende Erklärung an, die weite Zustimmung unter den Mitgliedskirchen gefunden hat:

„Wir glauben, daß die Einheit, die zugleich Gottes Wille und seine Gabe an seine Kirche ist, sichtbar gemacht wird, indem alle an jedem Ort, die in Jesus Christus getauft sind und ihn als Herrn und Heiland bekennen, durch den Heiligen Geist in eine völlig verpflichtete Gemeinschaft geführt werden, die sich zu dem einen apostolischen Glauben bekennt, das eine Evangelium verkündigt, das eine Brot bricht, sich im gemeinsamen Gebet vereint und ein gemeinsames Leben führt, das sich in Zeugnis und Dienst an alle wendet. Sie sind zugleich vereint mit der gesamten Christenheit an allen Orten und zu allen Zeiten der Weise, daß Amt und Glieder von allen anerkannt werden und daß alle gemeinsam so handeln und sprechen können, wie es die gegebene Lage im Hinblick auf die Aufgaben erfordert, zu denen Gott sein Volk ruft“ (Dritte Vollversammlung, Sektion Einheit, Abschnitt 2).

Dieser Text, der die „Einheit an jedem Ort“ so stark betont, wurde von der Vierten Vollversammlung in der folgenden Weise ergänzt:

„So möchten wir der Betonung von ‚allen an jedem Ort‘ hier ein neues Verständnis der Einheit aller Christen an allen Orten hinzufügen. Das fordert die Kirche an allen Orten zur Einsicht auf, daß sie zusammengehören und aufgerufen sind, gemeinsam zu handeln. In einer Zeit, in der die Menschen so offensichtlich voneinander abhängig sind, ist es um so dringlicher, die Bande sichtbar zu machen, die die Christen in einer universalen Gemeinschaft zusammenführen“ (Vierte Vollversammlung, Sektion I. Der Heilige Geist und die Katholizität der Kirche, Abschnitt 18).

Außerdem empfahl die Vierte Vollversammlung die Fortsetzung der Studien über das Wesen der Einheit der Kirche. Sie billigte den Bericht des Vollversammlungsausschusses für Glauben und Kirchenverfassung, in dem es heißt:

„Wir stimmen mit der Entscheidung der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung auf ihrer Tagung in Bristol überein, ihr Studienprogramm über die Einheit der Kirche innerhalb des umfassenderen Rahmens der Studien über die Einheit der Menschheit und der Schöpfung durchzuführen. Gleichzeitig begrüßen wir die Erklärung der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung, daß ihre Aufgabe auch weiterhin darin besteht, ‚das Einssein der Kirche Jesu Christi zu verkündigen und dem Ökumenischen Rat und den Kirchen vor Augen zu halten, daß sie verpflichtet sind, um ihres Herrn und der besseren Erfüllung seines Auftrags in der Welt willen diese Einheit zu manifestieren‘. Man könnte jedoch fragen, ob das Problem der Einheit lediglich auf die Zunahme in der ‚Manifestation‘ reduziert werden kann oder ob es einen inneren Bruch der Einheit gibt, der wieder geheilt werden muß. Die Wiederherstellung und Erfüllung der Einheit der Kirchen ist die dringlichste Aufgabe, zu der Glauben und Kirchenverfassung sie aufzurufen hat. Dies macht eine Erneuerung des geistlichen Lebens der Kirchen erforderlich“ (Bericht aus Uppsala 68, S. 234).

5. Die ekklesiologische Bedeutung des Ökumenischen Rates der Kirchen.

Der Ökumenische Rat der Kirchen beansprucht keinerlei spezifisches Verständnis seiner eigenen ekklesiologischen Bedeutung. Er lehnt es ausdrücklich ab, als eine „Superkirche“ angesehen zu werden (vgl. die sogenannte Toronto-Erklärung über die Kirche, die Kirchen und den Ökumenischen Rat der Kirchen, 1950). Dennoch läßt sich die Erörterung der Frage nicht vermeiden, welche Bedeutung die Gemeinschaft der Kirchen im Ökumenischen Rat der Kirchen haben kann. Ein gewisses Dilemma ist offensichtlich: ein von den Kirchen geschaffenes Instrument kann nicht ohne jede ekklesiologische Bedeutung sein. Die Vierte Weltkonferenz für Glauben und Kirchenverfassung in Montreal im Jahre 1963 sprach von einer „neuen Dimension“, die sich in der fortdauernden Gemeinschaft des Ökumenischen Rates der Kirchen eröffnet habe. Andererseits ist auch deutlich, daß die ekklesiologischen Begriffe der einzelnen Kirchen nicht richtig verwendet werden können, um den Charakter des Ökumenischen Rates der Kirchen zu beschreiben.

Die Mitgliedskirchen neigen dazu, die Bedeutung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Übereinstimmung mit ihren eigenen Lehrüberzeugungen und historischen Voraussetzungen zu interpretieren. Einige möchten ihn als Vorahnung der kommenden Einheit sehen, andere betrachten ihn lediglich als vorübergehendes Werkzeug. Nur die offiziell formulierte Konzeption des Ökumenischen Rates ist allen Kirchen gemeinsam. Überlegungen aller Art über die ekklesiologische Bedeutung können von einzelnen Kirchen vorgebracht werden,

haben jedoch keinerlei bindenden Charakter. Das Problem muß innerhalb des Ökumenischen Rates der Kirchen diskutiert werden; und es muß auch festgehalten werden, daß die Voraussetzungen für diese Diskussion sich mit der Aufnahme neuer Mitgliedskirchen ständig verändern; engere Beziehungen zwischen der römisch-katholischen Kirche und dem Ökumenischen Rat der Kirchen würden sie zweifellos noch stärker wandeln.

6. Suche nach Erneuerung.

Der Ökumenische Rat der Kirchen strebt danach, ein Werkzeug der Erneuerung zu sein. Seine Mitgliedskirchen teilen die Überzeugung, daß Einheit nur wachsen kann, wenn sie selbst die Präsenz Christi klarer manifestieren und bezeugen. Die Gemeinschaft im Ökumenischen Rat der Kirchen gibt ihnen eine Möglichkeit, ihre Gaben leichter miteinander zu teilen, miteinander das Evangelium zu bezeugen, sich die Fragen zu stellen, die heute einer Antwort bedürfen, und miteinander in ihren Bemühungen um die Lösung dieser Fragen den Eingebungen des Heiligen Geistes zu folgen. Mitgliedschaft im Ökumenischen Rat der Kirchen kann deshalb nicht als Selbstzweck angesehen werden. Sie sollte vielmehr Ausdruck einer zusätzlichen Verpflichtung auf den Ruf nach Erneuerung sein, den der Geist an die Kirchen ergehen läßt.

7. Entscheidungen des Rates.

Die Erklärungen und Aktionen des Ökumenischen Rates der Kirchen unterscheiden sich rein ihrem Wesen nach von denen der einzelnen Kirchen. Diese Erklärungen sind Versuche, Gottes Willen in einer Gemeinschaft von Kirchen auszudrücken, die noch immer voneinander getrennt sind. Sie haben weder verfassungsmäßige Autorität noch rechtlich bindenden Charakter. Die einzelnen Mitgliedskirchen können sie unterschreiben; es steht ihnen jedoch frei, sie abzulehnen oder eine andere Art des Vorgehens anzuregen. Die derzeitige Verfassung und die Satzungen beschreiben die Autorität des Ökumenischen Rates der Kirchen folgendermaßen: „Der Ökumenische Rat gibt Rat und bietet die Möglichkeit zum gemeinsamen Vorgehen in Fragen gemeinsamen Interesses.

Er kann im Auftrage von Mitgliedskirchen in solchen Fragen handeln, die ihm eine oder mehrere Kirchen übertragen.

Er hat die Vollmacht, regionale Konferenzen und Weltkonferenzen über bestimmte Fragen je nach Bedarf einzuberufen.

Der Ökumenische Rat besitzt keine gesetzgebende Gewalt über die Kirchen. Er handelt auch in keiner Weise in ihrem Namen, außer in den Fällen, wie sie oben erwähnt sind ...“ (Verfassung, IV).

„1. In Durchführung seines Auftrages kann der Ökumenische Rat durch seine Vollversammlung oder durch seinen Zentralausschuß Erklärungen angesichts irgendeiner Lage oder irgendeines Problems, dem sich der Rat oder die ihn bildenden Kirchen gegenübergestellt sehen, veröffentlichen.

2. Wenngleich solche Kundgebungen als Ausdruck des Urteils oder der Stellungnahme einer so umfassenden Kirchenkörperschaft große Bedeutung und großen Einfluß haben, so besteht doch ihre Autorität nur in dem Gewicht, welches sie durch die ihnen innewohnende Wahrheit und Weisheit selber haben, und die Veröffentlichung solcher Erklärungen kann nicht bedeuten, daß der Ökumenische Rat irgendeine verfassungsmäßige Gewalt über die ihn konstituierenden Kirchen oder das Recht, für sie zu sprechen, hat oder haben kann.

3. Der Exekutivausschuß oder jede andere Kommission des Ökumenischen Rates kann der Vollversammlung oder dem Zentralausschuß Erklärungen zur Erwägung und Durchführung empfehlen.

4. Kein Ausschuß und keine Kommission des Ökumenischen Rates, außer dem Zentralausschuß, veröffentlicht irgendeine Erklärung, ehe sie nicht von der Vollversammlung genehmigt worden ist. In Fällen äußerster Dringlichkeit können ausnahmsweise Erklärungen von einer Kommission des Rates in Angelegenheiten ihres Arbeitsgebietes veröffentlicht werden, wenn der Vorsitzende des Zentralausschusses und der Generalsekretär ihre Zustimmung gegeben haben. In diesen Fällen hat der betreffende Ausschuß oder die betreffende Kommission deutlich hervorzuheben, daß der Ökumenische Rat der Kirchen als solcher keine Verantwortung für die in dieser Weise veröffentlichte Erklärung trägt.

5. In Fällen außergewöhnlicher Dringlichkeit kann der Vorsitzende des Zentralausschusses in seiner eigenen Vollmacht nach Rücksprache mit dem stellvertretenden Vorsitzenden des Zentralausschusses und dem Generalsekretär Erklärungen veröffentlichen unter der Voraussetzung, daß solche Erklärungen nicht im Widerspruch zu den festgelegten Grundsätzen des Ökumenischen Rates stehen“ (Satzungen, X).

Die Mitgliedskirchen schenken natürlich den Entscheidungen des Ökumenischen Rates starke Beachtung, denn diese Entscheidungen können die gemeinsame Überzeugung getrennter Christen wiedergeben. Mitgliedschaft bedeutet jedoch nicht, daß eine Kirche bestimmte Ansichten aufgrund von Mehrheitsentscheidungen akzeptieren muß. Auch ist der Ökumenische Rat der Kirchen nicht als über den Kirchen stehendes Berufungsgericht anzusehen.

8. Eine wachsende Gemeinschaft.

Es ist unmöglich, den Ökumenischen Rat der Kirchen ausschließlich anhand seiner Verfassung zu beschreiben. Auch seine Geschichte muß berücksichtigt werden. Ein Versuch, diese Geschichte zu beschreiben, wurde 1963 in Montreal von der Konferenz für Glauben und Kirchenverfassung unternommen; sie registrierte die folgenden „wichtigen neuen Entwicklungen im Leben des Rates:

- a) Starkes Anwachsen der Mitgliederzahl und größere Mannigfaltigkeit der Kirchen;
- b) Zusammenschluß des Internationalen Missionsrates mit dem Ökumenischen Rat der Kirchen;
- c) Die Erklärung von Neu-Delhi über ‚Die Einheit der Kirche‘ (sogenannte ‚Einheitsformel‘);
- d) Die Revision und Erweiterung der Basis des Ökumenischen Rates der Kirchen im Jahre 1961;
- e) Neue Methoden der Zusammenarbeit in der zwischenkirchlichen Hilfe;
- f) Erwägung der Probleme gemeinsamen Handelns in der Mission;
- g) Verringerung mancher psychologischer Schranken durch besseres Sich-kennenlernen und tieferes gegenseitiges Verständnis;
- h) Das Nachdenken über das Wesen des Rates in den Mitgliedskirchen sowie auf unseren gemeinsamen Aufgaben.“

Die Konferenz erkannte weiterhin dankbar an, daß „er (der ÖRK) in dieser ununterbrochenen Gemeinschaft etwas Neues, nämlich eine Bereicherung unserer christlichen Existenz und eine neue Sicht unserer gemeinsamen christlichen Aufgabe in der Welt empfangen hat. Die sichtbare Darstellung dieser neuen Erfahrung hat verschiedene Gestalten: gemeinsame Treue gegenüber dem einen Herrn: zunehmender Fortschritt in Richtung auf ein gemeinsames Leben in Gebet, Lobpreis und Verkündigung; das gemeinsame Tragen von Lasten, Schwierigkeiten und Leiden; zunehmender Lehrkonsensus ohne Kompromisse (z. B. hinsichtlich des Wesens der Taufe); verstärktes Bibelstudium; Tendenzen zur gegenseitigen Anerkennung ihrer Glieder unter einigen Mitgliedskirchen“ (Vierte Weltkonferenz für Glauben und Kirchenverfassung, S. 40/41).

Die Geschichte läßt sich auch in anderer Weise aufzeichnen. So hatte beispielsweise der Ökumenische Rat im Jahre 1948 etwa 140 Mitglieder, während diese Zahl heute auf rund 240 angestiegen ist. Die Entwicklung läßt sich auch an der Reihe von Erklärungen untersuchen, die zu bestimmten Problemen abgegeben und von Mitgliedskirchen bekräftigt wurden: zum Beispiel die Erklärung zur Religionsfreiheit und mehrere Erklärungen zur Rassenfrage. Diese „Tradition“ ist zwar ein wesentlicher Zug des Ökumenischen Rates der Kirchen, kann aber natürlich nicht als unwandelbar angesehen werden. Im Laufe der Jahre sind in der Tat scheinbar gesicherte Ergebnisse infolge der Aufnahme neuer Mitgliedskirchen in den Ökumenischen Rat infrage gestellt worden; die Diskussion darüber wurde unter neuen Voraussetzungen wieder aufgenommen.

Die Vollversammlung von Uppsala erkannte an, daß dieser Entwicklungsprozeß weitergehen muß, und wies den Strukturausschuß an, zu „bedenken, was es für den ÖRK als ein Ausdruck gemeinsamen Lebens der Kirchen bedeutet, daß er aus dem begrenzten nordatlantischen Bereich, innerhalb dessen er entstanden war, herausgetreten und in die Dritte Welt gegangen ist; daß die Orthodoxen Kirchen eine entscheidend wichtigere Rolle in

seinem Leben spielen; daß er seit dem II. Vatikanischen Konzil in eine sich ständig weiter verzweigende Partnerschaft mit der Römisch-katholischen Kirche und anderen Nichtmitgliedskirchen eingetreten ist“ (Bericht aus Uppsala 68, S. 395).

So wird ein zweifacher Prozeß erkennbar. Zum einen ist die wechselseitige Erforschung vertieft worden und die Gemeinschaft gewachsen; zum anderen hat die Mitgliedschaft an Vielfalt gewonnen und ist repräsentativer für das Christentum als ganzes geworden. Man ist sich darüber klar, daß dieser Prozeß noch beträchtlicher Entfaltung bedarf. Die Erkenntnis dieser Gemeinschaft muß in vieler Hinsicht tiefere Wurzeln im Bewußtsein der Mitgliedskirchen und ihrer Glieder schlagen. Das Ausmaß der Verpflichtung gegenüber der Gemeinschaft und ihrem stetigen Wachsen ist sehr unterschiedlich und erfordert häufige Überprüfung durch den Ökumenischen Rat der Kirchen und seine Mitgliedskirchen.

9. Vorläufiger Charakter.

Der Ökumenische Rat der Kirchen ist keine Kirche. Er ist eine Gemeinschaft von Kirchen, die der gemeinsamen Suche nach Einheit verpflichtet sind. Die in ihm verwirklichte Gemeinschaft ist ihrem Charakter nach vorläufig. Sie ist kein Selbstzweck. Der Ökumenische Rat der Kirchen sucht den Weg für eine Einheit zu bereiten, die über ihn selbst hinausgeht. Mit dem Wachsen dieser Einheit wird er sich selbst wandeln und vielleicht sogar überflüssig werden.

10. Verhältnis zur ökumenischen Bewegung.

Der Zweite Bericht der Gemeinsamen Arbeitsgruppe beschreibt den Ökumenischen Rat der Kirchen als einzigartiges Werkzeug im Dienste der ökumenischen Bewegung. Dieser Satz bedarf der Klärung. Die Beteiligung an der ökumenischen Bewegung findet nicht ausschließlich durch den Ökumenischen Rat der Kirchen statt, und der Ökumenische Rat hält sich nicht für gleichbedeutend mit der Bewegung. Diese Unterscheidung zwischen Rat und Bewegung ist in den Dokumenten des Ökumenischen Rates häufig betont worden, und ganz besonders auf der Vierten Weltkonferenz für Glauben und Kirchenverfassung in Montreal im Jahre 1963: „Die ökumenische Bewegung ist eindeutig weiter als der Rat. Der Ökumenische Rat der Kirchen ist eine der Manifestationen dieser Bewegung, es gibt aber zahlreiche andere Möglichkeiten, durch die die Kirchen zusammenwachsen“ (Vierte Weltkonferenz für Glauben und Kirchenverfassung, Montreal 1963, S. 40). Zwischen den Christen und ihren Kirchen besteht eine Gemeinschaft (communion), die über den Ökumenischen Rat der Kirchen hinausreicht und alle christlichen Kirchen miteinander verbindet. Diese Gemeinschaft ist auf verschiedene Weise begründet in einer gewissen Gemeinsamkeit des Glaubens, des sakramentalen Lebens, der inneren und äußeren Gaben des Heiligen Geistes, der Geschichte und der Traditionen. Der Ökumenische Rat der Kirchen ist ein einzigartiges Werkzeug der ökumenischen Bewegung, eine bisher unvollständige Gemeinschaft unter den Kirchen zum Ausdruck zu bringen und zu vertiefen. Er ist nicht der einzige Ausdruck der ökumenischen Bewegung.

11. Gottesdienst.

Der Gottesdienst spielt für den Ökumenischen Rat der Kirchen anerkanntermaßen in der einen ökumenischen Bewegung eine zentrale Rolle. Fragen im Zusammenhang mit Gottesdienst und geistlichem Leben werden innerhalb des Rates untersucht; damit bieten sich den Mitgliedskirchen Möglichkeiten des Austausches von Erkenntnissen und gegenseitiger Bereicherung. Dieses Anliegen schließt die innerhalb der Kirchen vor sich gehende liturgische Erneuerung ein. So bleibt auch das Gebet nicht auf akademischer Ebene. Die durch die Mitgliedskirchen bereits erfahrene Einheit in Christus findet Ausdruck im gemeinsamen Gebet, und dieses Gebet wird als ein Weg zu jener volleren Einheit angesehen, die von Christus für seine Kirche gewollt ist.

Der Ökumenische Rat der Kirchen besitzt jedoch keine eigenen Gottesdienstformen. Wie in allen anderen Dingen werden auch hier jede einzelne Kirche und ihre besonderen Charakteristika geachtet. Bei ökumenischen Konferenzen werden die Gottesdienste gewöhnlich den einzelnen Konfessionen anvertraut. Dies ist immer der Fall, wenn bei einer seiner Zu-

sammenkünfte eine Eucharistiefeier stattfindet, denn der Ökumenische Rat der Kirchen, der keine Kirche ist, kann das Abendmahl nicht aus eigener Vollmacht feiern. Die Ordnung der Mitgliedskirchen hinsichtlich des Gottesdienstes und besonders der Zulassung anderer zum Abendmahl wird vom Ökumenischen Rat der Kirchen respektiert, und es wird keinerlei Zwang in Richtung auf Kompromisse oder Verletzung dieser Ordnung ausgeübt.

B. Das römisch-katholische Verständnis der ökumenischen Bewegung

Ist eine engere Beziehung zum Ökumenischen Rat der Kirchen, vielleicht sogar eine Mitgliedschaft vereinbar mit dem Verständnis der römisch-katholischen Kirche von der ökumenischen Bewegung? In der Frühzeit der ökumenischen Bewegung lehnte die römisch-katholische Kirche Einladungen zur Beteiligung an den Bewegungen ab, die später zur Entstehung des Ökumenischen Rates führten. Im Jahre 1928 schreibt Papst Pius XI.: „Es ist klar, daß der Heilige Stuhl keinesfalls an diesen Versammlungen teilnehmen kann, und es ist den Katholiken nicht gestattet, derartige Unternehmungen zu fördern und zu unterstützen.“ Diese negative Haltung beruhte auf der Furcht, die ökumenische Bewegung könne zum Indifferentismus gegenüber der von Gott offenbarten Religion führen. Basierten ihre Bemühungen nicht auf der Voraussetzung, daß alle Religionen mehr oder weniger gut und lobenswert seien, insoweit sie alle in verschiedener Form jenem angeborenen Gefühl Ausdruck verleihen, das die Menschen zu Gott und zur gehorsamen Anerkennung Seiner Herrschaft führt? Diese Anschauung schien von der römisch-katholischen Kirche die Aufgabe eines Teiles ihrer Lehren und ihres Selbstverständnisses zu verlangen.

Als die ökumenische Bewegung sich entfaltete und der Ökumenische Rat der Kirchen entstand, erkannten die römischen Katholiken deutlicher, daß die Einheit, die man suchte, eine Einheit war, die sich auf die Wahrheit gründete, und daß das Festhalten an Lehrpositionen nicht gefährdet wurde. Wenn die Instruktion des Heiligen Offiziums von 1949 auch noch vorsichtig formuliert war, so schrieb sie doch den wachsenden Wunsch aller an Christus Glaubenden nach der Wiedervereinigung und den Wandel in den Ansichten der Eingebung des Heiligen Geistes zu; sie gestattete die Teilnahme an bestimmten Versammlungen unter bischöflicher Leitung.

Die zunehmenden Kontakte zwischen christlichen Theologen und weitere Untersuchungen innerhalb der römisch-katholischen Kirche führten dahin, daß das II. Vatikanische Konzil eine feste Grundlage für die katholische Beteiligung an der ökumenischen Bewegung schuf, indem es die Bedeutung des Glaubens und des religiösen Lebens von Christen anderer Traditionen für die Katholiken anerkannte. In diesem Zusammenhang mögen die folgenden Punkte wichtig sein.

1. Das II. Vatikanische Konzil bestätigte in der *Dogmatischen Konstitution über die Kirche*, daß katholische Christen mit Christen anderer Gemeinschaften durch die Taufe, durch einen gemeinsamen Glauben an Christus, durch die Schrift, durch Gebet und durch die wirksame Gegenwart des Heiligen Geistes verbunden sind (siehe auch das Dekret über den Ökumenismus, § 3).

2. Die römisch-katholische Kirche glaubt, daß in ihr die eine und einzige Kirche Jesu Christi besteht. Sie anerkennt jedoch, daß die von ihr getrennten Kirchen und kirchlichen Gemeinschaften „nicht ohne Bedeutung und Gewicht im Geheimnis des Heiles“ sind. „Denn der Geist Christi hat sich gewürdigt, sie als Mittel des Heils zu gebrauchen“ (Dekret über den Ökumenismus, § 3).

3. Obwohl die römisch-katholische Kirche glaubt, daß in ihr die eine und einzige Kirche Jesu Christi besteht, anerkennt sie, daß die eine ökumenische Bewegung alle christlichen Gemeinschaften umfaßt, die auf den Ruf nach Einheit hören. Das Dekret über den Ökumenismus verdeutlichte dies, indem es von denjenigen sprach, „die den dreieinigen Gott anrufen und Jesus als Herrn und Erlöser bekennen, und zwar nicht nur einzeln und für sich, sondern auch in ihren Gemeinschaften, in denen sie die frohe Botschaft vernommen haben und die sie ihre Kirche und Gottes Kirche nennen. Fast alle streben, wenn auch auf verschiedene Weise, zu einer einen, sichtbaren Kirche Gottes hin, die doch in Wahrheit allumfassend und zur ganzen Welt gesandt ist, damit sich die Welt zum Evangelium bekehre und so ihr Heil finde zur Ehre Gottes“ (Dekret über den Ökumenismus, § 1).

4. Das Dekret über den Ökumenismus (§ 3) bestätigt, daß eine gewisse wenn auch nicht vollkommene Gemeinschaft besteht zwischen Menschen, die an Christus glauben und in der rechten Weise die Taufe empfangen haben. Es scheint theologisch angemessen, daß diese Gemeinschaft irgendeinen sichtbaren Ausdruck finden sollte. Die Ansichten über die Form dieses Ausdrucks mögen auseinandergehen, aber es sollte ein echtes Zeichen der wirklichen, wenn auch teilweisen Gemeinschaft geben, die bereits unter Christen in der derzeitigen Situation der getrennten Christenheit besteht. Die Weigerung, nach dem angemessenen Ausdruck dieser Gemeinschaft zu suchen, könnte ein falsches Zeichen sein, denn es könnte den Anschein erwecken, als impliziere es die Nicht-Anerkennung der christlichen Wirklichkeit der anderen Gruppen.

5. Das Dekret über den Ökumenismus unterstreicht die Notwendigkeit des Dialogs, in dem „ein jeder die Lehre seiner Gemeinschaft tiefer und genauer erklärt, so daß das Charakteristische daran deutlich hervortritt. Durch diesen Dialog erwerben alle eine bessere Kenntnis der Lehre und des Lebens jeder von beiden Gemeinschaften und eine gerechtere Würdigung derselben“ (§ 4). „So wird der Weg bereitet werden, auf dem alle in diesem brüderlichen Wettbewerb zur tieferen Erkenntnis und deutlicheren Darstellung der unerforschlichen Reichtümer Christi angeregt werden“ (§ 11).

6. Die römisch-katholische Kirche ist der Meinung, daß sie sich eines von Gott gegebenen Auftrages zu entledigen habe, des Auftrages, Christus zu bezeugen. Es könnte wohl sein, daß unter manchen Umständen dieser Auftrag sich wirkungsvoller in Zusammenarbeit mit anderen Kirchen und Gemeinschaften ausführen ließe. Das Dekret über den Ökumenismus empfiehlt ausdrücklich eine Zusammenarbeit dieser Art. „Vor der ganzen Welt sollen alle Christen ihren Glauben an den einen, dreifaltigen Gott, an den menschengewordenen Sohn Gottes, unsern Erlöser und Herrn, bekennen und in gemeinsamem Bemühen in gegenseitiger Achtung Zeugnis geben für unsere Hoffnung, die nicht zuschanden wird. Da in heutiger Zeit die Zusammenarbeit im sozialen Bereich sehr weit verbreitet ist, sind alle Menschen ohne Ausnahme zu gemeinsamem Dienst gerufen, erst recht diejenigen, die an Gott glauben, am meisten aber alle Christen, die ja mit dem Namen Christi ausgezeichnet sind“ (§ 12). Ein ähnlicher Aufruf zum „gemeinsamen Bekenntnis des Glaubens an Gott und an Jesus Christus“ erging in dem Dekret über die Missionstätigkeit der Kirche (§ 15).

7. Hinsichtlich des Dienstauftrages, durch den die Kirche den Nöten der Welt im menschlichen und sozialen Bereich begegnet, fordert das Dekret über den Ökumenismus eindeutig zur Zusammenarbeit auf: „Durch die Zusammenarbeit der Christen kommt die Verbundenheit, in der sie schon untereinander vereinigt sind, lebendig zum Ausdruck, und das Antlitz Christi, des Gottesknechtes, tritt in hellerem Licht zutage. Diese Zusammenarbeit, die bei vielen Völkern schon besteht, muß mehr und mehr vervollkommenet werden, besonders in jenen Ländern, wo die soziale und technische Entwicklung erst im Werden ist. ... Bei dieser Zusammenarbeit können alle, die an Christus glauben, unschwer lernen, wie sie einander besser kennen und höher achten können und wie der Weg zur Einheit der Christen bereitet wird“ (§ 12).

Das Dekret über die Missionstätigkeit der Kirche spricht in ähnlicher Weise: „... daß die Katholiken mit den von ihnen getrennten Brüdern ... brüderlich zusammenarbeiten ... im Zusammenwirken in sozialen und technischen sowie kulturellen und religiösen Dingen, wobei man jeden Anschein von Indifferentismus und Verwischung sowie ungesunder Rivalität vermeiden muß. Der Grund für diese Zusammenarbeit sei vor allem Christus, ihr gemeinsamer Herr. Sein Name möge sie zueinander bringen! Diese Zusammenarbeit sollte nicht nur zwischen Privatpersonen stattfinden, sondern nach dem Urteil des Ortsordinarius auch zwischen den Kirchen oder Kirchengemeinschaften und ihren Unternehmungen“ (§ 15).

8. Die Beteiligung an der ökumenischen Bewegung steht der ganzen Kirche, Gläubigen wie Geistlichen, gleichermaßen zu. Sie geht einen jeden an, je nach seiner Fähigkeit (vgl. Dekret über den Ökumenismus, § 5). Es ist bedeutsam, daß sich gerade im Dekret über das Apostolat der Laien die folgende Aussage findet: „Das Evangelium, das uns wie ein gemeinsames väterliches Erbe miteinander verbindet, und die daraus sich ergebende gemeinsame Pflicht zum christlichen Zeugnis empfehlen, ja fordern oft genug die Zusammenarbeit der Katholiken mit anderen Christen, von den einzelnen und von den Gemeinschaf-

ten der Kirche, bei Einzelaktionen und in Vereinigungen, auf nationaler und internationaler Ebene“ (§ 27).

9. Die römisch-katholische Kirche vertritt auch die Meinung, durch die Beteiligung an der ökumenischen Bewegung prüfen „... alle ihre Treue gegenüber dem Willen Christi hinsichtlich der Kirche und gehen tatkräftig ans Werk der notwendigen Erneuerung und Reform“ (Dekret über den Ökumenismus, § 4).

10. Die Entwicklungen innerhalb der römisch-katholischen Kirche seit dem II. Vatikanischen Konzil beeinflussen auch die Suche nach Wegen einer fruchtbareren Beteiligung an der ökumenischen Bewegung. Viele Kontakte zu anderen Kirchen und kirchlichen Gemeinschaften sind eingeleitet worden, und gemeinsames Zeugnis und Zusammenarbeit machen in vielen Bereichen Fortschritte. Diese Entwicklungen regen die römisch-katholische Kirche an, die möglichen weiteren Schritte zu untersuchen. Dabei wird sie natürlich die Möglichkeiten nutzen, die sich durch das Bestehen der Bischofskonferenzen und die den Bischöfen auf lokaler wie auch universaler Ebene anvertrauten unmittelbaren Verantwortungsbereiche bieten.

Die genannten Elemente zeigen deutlich, daß sich in der römisch-katholischen Kirche in der Einschätzung der ökumenischen Bewegung und der Rolle, die sie selbst darin spielen sollte, ein bedeutsamer Wandel vollzogen hat. Sie zeigen auch, daß sich diese Beteiligung in einer sichtbaren, organisierten Form vollziehen kann. Bei der Bestimmung der angemessenen Form kann nicht übersehen werden, daß enge Beziehungen der römisch-katholischen Kirche zum Ökumenischen Rat der Kirchen in bestimmten Kreisen Fragen aufwerfen.

1. Einige sind der Ansicht, daß eine organisatorische Verbindung mit dem Ökumenischen Rat zu einem Verzicht auf die spezifisch katholische Lehre von der Kirche nötigen oder als solcher aufgefaßt werden könnte; sie folgern daraus, daß diese Verbindung ein falsches Zeichen für die Beziehungen wäre, die, theologisch gesehen, zwischen dem römischen Katholizismus und anderen christlichen Kirchen und Gemeinschaften bestehen. Selbst wenn aus offiziellen Erklärungen des Ökumenischen Rates der Kirchen deutlich hervorgeht, daß keine Kirche mit ihrem Beitritt zum Rat ihre eigene Ekklesiologie aufzugeben braucht, so wird doch die Frage gestellt, ob dieses Prinzip im praktischen Handeln des Ökumenischen Rates der Kirchen deutlich genug zum Ausdruck kommt.

2. Es wird auch die Frage nach der Autorität des Papstes gestellt. Würden nicht engere Beziehungen zum Ökumenischen Rat der Kirchen diese Autorität gefährden, so wie sie innerhalb der römisch-katholischen Kirche verstanden und ausgeübt wird? Obwohl die Fragen sich auf grundsätzlicher Ebene befriedigend beantworten lassen, so bleibt doch nach Meinung mancher ein pastorales Problem, dem man sich stellen muß. Glieder der römisch-katholischen Kirche und auch andere könnten zu der Annahme veranlaßt werden, daß praktisch die Autorität des Papstes in Gefahr geriete.

3. Anderen geht es um das spezifische Zeugnis der römisch-katholischen Kirche. Besteht nicht die Gefahr, daß es verdunkelt wird, wenn man zur Solidarität mit anderen christlichen Kirchen ermutigt? Würde die römisch-katholische Kirche nicht in der Volksmeinung mit anderen christlichen Gemeinschaften verwechselt und für gewisse Erklärungen und Programme verantwortlich gemacht, die vom katholischen Standpunkt aus nicht voll gebilligt werden können? Selbstverständlich steht es den Mitgliedskirchen des Rates frei, sich von Erklärungen des Rates zu distanzieren, aber schon die Tatsache der Mitgliedschaft bezieht dennoch eine Mitgliedskirche in gewissem Maße in die von der Organisation ausgehenden Aktivitäten und Botschaften mit ein. Würde dies dazu führen, daß spezifisch katholische Anliegen im Bereich von Zeugnis, Apostolat (actio apostolica), Erziehung, Morallehre oder in anderen Gebieten gefährdet würden?

4. Andererseits mag bei einigen Mitgliedern des Ökumenischen Rates der Kirchen das Gefühl entstehen, die Freiheit und Autorität nicht-römischer Kirchen könnte durch engere Bindungen zur römisch-katholischen Kirche Einbußen erleiden. Die römisch-katholische Kirche ist zahlenmäßig bei weitem die größte christliche Kirche. Sie hat einen gewissen inneren Zusammenhalt, der unter den meisten anderen Kirchen und Gemeinschaften nicht vorhanden ist. Besteht nicht die Gefahr, daß die Stimmen der anderen Kirchen unterdrückt werden könnten? Besäßen die Aussagen des Ökumenischen Rates weniger Autorität als heute, wenn die römisch-katholische Kirche einige von ihnen ablehnte?

5. Auf beiden Seiten bestehen Befürchtungen, daß die Zusammenarbeit zweier großer und komplizierter Strukturen den geistlichen Charakter der ökumenischen Bewegung erstickern könnte.

Die Gemeinsame Arbeitsgruppe ist nicht der Ansicht, daß diese Fragen unlösbar seien. Sie meint vielmehr, daß man sie nicht ignorieren kann, während man die Möglichkeit engerer Verbindungen in Erwägung zieht. Sie wurden bei der Ausarbeitung dieses Berichtes keineswegs vergessen. Auf Einzelaspekte wird in den folgenden Abschnitten genauer einzugehen sein.

II. Welche Formen sollten engere Beziehungen annehmen?

Wie bereits erwähnt, hat die Gemeinsame Arbeitsgruppe drei mögliche Formen zur genaueren Untersuchung ausgewählt:

- a) der Ausbau koordinierter Strukturen für wachsende Zusammenarbeit;
 - b) die Bildung einer neuen und anders verfaßten Gemeinschaft;
 - c) die Mitgliedschaft der römisch-katholischen Kirche im Ökumenischen Rat der Kirchen.
- Diese drei Möglichkeiten sollen hier nacheinander untersucht werden.

A. Der Ausbau koordinierter Strukturen für wachsende Zusammenarbeit

Theorie und Praxis zeigen, daß die Zusammenarbeit zwischen der römisch-katholischen Kirche und dem Ökumenischen Rat der Kirchen möglich ist. Auf die deutliche Zunahme dieser Zusammenarbeit ist bereits früher hingewiesen worden, und es sind gewisse Strukturen im Entstehen begriffen, um die Zusammenarbeit zu vertiefen und auszuarbeiten.

Im Bereich der theologischen Studien haben gemeinsame Kommissionen wie etwa diejenige über „Katholizität und Apostolizität“ nützliche Arbeit geleistet. Zudem sind einzelne römische Katholiken mit offizieller Billigung ihrer Kirche Mitglieder der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung und nehmen an deren Studienvorhaben teil. Sie arbeiten auch mit im Programm des Ökumenischen Instituts Bossey.

Die Erfahrung hat gezeigt, daß die bereits bestehende Gemeinschaft (communion) sichtbar gemacht werden kann. Dies gilt besonders in den Bereichen der Sozialarbeit, der Nothilfe, der Gerechtigkeit und des Friedens. Gemeinsame Kommissionen haben es ermöglicht, dieser Art der Zusammenarbeit in Umrissen die nötige Struktur zu geben.

Ein herausragendes Beispiel hierfür ist die gemeinsame Kommission für Gesellschaft, Entwicklung und Frieden (SODEPAX). Unter dem gemeinsamen Vorsitz des Kardinal-Präsidenten der päpstlichen Kommission für Gerechtigkeit und Frieden und des Generalsekretärs des Ökumenischen Rates der Kirchen wurde SODEPAX als ein Experiment gegründet. Die Zahl der Mitglieder ist auf beiden Seiten gleich, der Stab besteht aus römischen Katholiken und Angehörigen des Ökumenischen Rates.

Es ist eine Möglichkeit für weiteres Vorgehen, neue Kommissionen dieser Art zu bilden: gemeinsame Kommissionen zur Untersuchung theologischer Probleme, für die gemeinsame Verkündigung des Evangeliums, für die Koordination von Hilfsprogrammen, zur Förderung christlicher Erziehung und Laienarbeit usw.

Eine andere Möglichkeit engerer Zusammenarbeit wäre die Mitarbeit römischer Katholiken in verschiedenen Organen des Ökumenischen Rates der Kirchen. Katholiken würden dann an der Arbeit der Abteilung für Weltmission und Evangelisation, des Erziehungsreferates, der Abteilung für Ökumenische Aktivität, der Kommission der Kirchen für internationale Angelegenheiten, der Abteilung für zwischenkirchliche Hilfe, Flüchtlings- und Weltdienst usw. teilnehmen. Ohne in den Entscheidungsgremien des Ökumenischen Rates der Kirchen (Zentralausschuß, Exekutivausschuß) mitzuarbeiten, wäre die römisch-katholische Kirche aktiv in der Arbeit dieser Organe engagiert.

Diese verstärkte Koordinierung gemeinsamer Aktivitäten hätte wohl den Vorteil, die römisch-katholische Kirche als solche nicht zu verpflichten, sie brächte jedoch auch mehrere Nachteile mit sich.

- a) Die römisch-katholische Kirche und der Ökumenische Rat der Kirchen ständen einander weiterhin als Partner gegenüber, während sie de facto nicht vergleichbare Größen sind.

b) Die Tatsache, daß die römisch-katholische Kirche immer stärker in koordinierten Aufgaben mit dem ÖRK zusammenarbeitet, ohne jedoch Mitglied des Rates zu sein, würde bei diesem die Neigung verstärken, sich als eine Gemeinschaft nicht-römischer Kirchen zu verstehen. Aber seinem eigentlichen Wesen nach soll der Ökumenische Rat der Kirchen alle Kirchen einschließen, die Jesus als Gott und Heiland bekennen. Für den Ökumenischen Rat der Kirchen bedeutet die Nicht-Mitgliedschaft der römisch-katholischen Kirche eine Einschränkung seiner Gemeinschaft.

c) Säkulare Einrichtungen und die allgemeine Öffentlichkeit würden den Ökumenischen Rat der Kirchen weiterhin als Instrument nicht-römischer Kirchen auf weltweiter Ebene betrachten; dadurch würde der Eindruck verstärkt, daß die Christenheit in zwei Hauptgruppen gespalten ist.

d) Würden die jetzigen oder ähnliche Strukturen der Zusammenarbeit beibehalten, so wäre es nötig, ständig Kommissionen und Projekte zu schaffen, und es käme häufig in einem neuen ökumenischen Kontext zur Duplizierung bereits geleisteter Arbeit. Gerade jetzt jedoch wird innerhalb der römisch-katholischen Kirche die immer stärkere Verzweigung ihrer Organisationen ernsthaft in Frage gestellt. Der Ökumenische Rat der Kirchen hat neue Organisationen gebildet, um den Anforderungen seiner wachsenden Aktivitäten zu begegnen – eine Tendenz, die im Rat teilweise auf starke Kritik gestoßen ist. Hierzu käme nun eine ganze Reihe gemeinsamer Kommissionen. Die Frage ist berechtigt, ob diese Entwicklung der Zusammenarbeit der künftigen Leistungsfähigkeit im Blick auf Menschen und Mittel wirklich entspricht und ob die Nebeneinanderstellung neuer und alter Strukturen, ohne daß zwischen ihnen eine organische Beziehung entsteht, die Probleme nicht oft eher verschärfen als lösen würde.

e) Die Mitarbeit römischer Katholiken in Organen des Ökumenischen Rates der Kirchen schafft eine anomale Situation für die römisch-katholischen Teilnehmer. Als praktizierende Glieder einer Nicht-Mitgliedskirche üben sie aktiven Einfluß auf die Angelegenheiten und Maßnahmen einer Organisation aus, ohne die wirklichen Verantwortlichkeiten zu übernehmen oder übernehmen zu können, die sich aus der Mitgliedschaft ergeben.

Die Zusammenarbeit dient einem sehr nützlichen Zweck, und dies wird auch noch für einige Zeit der Fall sein. Es scheint jedoch, daß die Zusammenarbeit zwischen der römisch-katholischen Kirche und dem Ökumenischen Rat der Kirchen bald den Punkt erreichen wird, an dem sich zeigt, daß jeder nur dann mehr über den andern lernen und das Wirken Christi im anderen stärker erfahren kann, wenn sich neue und organischere Formen der gemeinsamen Arbeit finden lassen.

B. Eine neue Form christlicher Gemeinschaft mit anderer Grundlage?

Die Verschiedenheit zwischen der römisch-katholischen Kirche als weltweiter Kirche und dem Ökumenischen Rat der Kirchen wie auch die am Ende von Kapitel I genannten Fragen und Probleme führten in der römisch-katholischen Kirche zu der Anregung, daß der ökumenischen Bewegung durch die Schaffung einer völlig neuen Form christlicher Gemeinschaft mit einer anderen Grundlage am besten gedient wäre. Die Frage ist in gewisser Weise abstrakt. Die Bildung eines neuen Zusammenschlusses setzt die Bereitschaft von seiten der Mitgliedskirchen des Ökumenischen Rates der Kirchen voraus, diesen aufzulösen. Die Vierte Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen sprach sich zwar ausdrücklich dafür aus, die Frage einer römisch-katholischen Mitgliedschaft im Ökumenischen Rat zu untersuchen, erklärte jedoch, daß sie in diesem Stadium die bestehende Gemeinschaft als wesentlich für die ökumenische Bewegung erachte (Bericht S. 187). Diese und ähnliche spätere Äußerungen des Zentralausschusses müssen in Erinnerung behalten werden. Dennoch erscheint es nützlich, die Möglichkeiten solcher neuen Formen der Gemeinschaft im Rahmen einer Hypothese in Erwägung zu ziehen, die innerhalb der ökumenischen Bewegung entsteht.

1. Eine Gemeinschaft auf der Grundlage konfessioneller Weltbünde.

Eine ökumenische Gemeinschaft könnte aus den konfessionellen Weltbünden als konstituierenden Elementen gebildet werden. Diese Möglichkeit wurde bei der Bildung des Ökumeni-

schen Rates der Kirchen erwogen, jedoch nach sorgfältiger Diskussion verworfen. Handelt es sich dennoch um eine lebensfähige Konzeption?

Die Erwägung einer neuen Gemeinschaft auf dieser Grundlage hat einige Vorteile:

a) Die Mitgliedsgruppen dieser Gemeinschaft wären leichter vergleichbare Partner. Alle konfessionellen Weltbünde sind auf weltweiter Ebene organisiert und entsprechen daher deutlicher der römisch-katholischen Kirche als einer universalen Gemeinschaft. Die Partner könnten auf derselben Ebene miteinander verhandeln.

b) Es ist manchmal die Frage gestellt worden, ob die derzeitige Gemeinschaft des Ökumenischen Rates der Kirchen geeignet sei, den konfessionellen Aspekten der ökumenischen Bewegung genügend Aufmerksamkeit zu widmen. Eine Gemeinschaft auf der Grundlage konfessioneller Weltbünde kann sich vielleicht unmittelbarer mit den konfessionellen Differenzen befassen. Sie wäre eine ständige Erinnerung daran, daß sich Einheit nur erreichen läßt, wenn diese Differenzen gelöst sind und volle Versöhnung stattgefunden hat. Sie würde die Kirchen zwingen, in voller Übereinstimmung mit den Schwesterkirchen derselben Tradition zu handeln.

c) Eine solche Gemeinschaft würde den Christen die übernationale, universale Konzeption der Kirche vor Augen halten. Die Konzeption der Kirche als einer territorialen Einheit scheint ihrem Wesen nach säkular zu sein. Die traditionellere Konzeption der Kirche geht im theologischen und lehrmäßigen Sinne über geographische Grenzen hinaus.

d) Zumindest einige der konfessionellen Weltbünde verfügen über Dienstorganisationen, die in Umfang und Aktivität eher den ähnlichen Organisationen der römisch-katholischen Kirche entsprechen.

Aus anderen Gründen scheint jedoch eine auf konfessionellen Weltbünden aufgebaute neue Gemeinschaft keine praktikable Alternative zu sein;

a) Nicht alle konfessionellen Traditionen sind als Konfessionsfamilien auf Weltebene organisiert. Einige Kirchen betrachten sich zwar als ein und derselben eucharistischen Gemeinschaft zugehörig, haben jedoch keine ständige Organisation, die für sie handelt. Neue, spontan entstandene Bewegungen treten auf Weltebene kaum in Erscheinung. In vielen Ländern sind vereinigte Kirchen entstanden, die keiner Konfessionsfamilie entsprechen, und auf seiten dieser vereinigten Kirchen besteht nicht die Absicht, eine eigene weltweite Gemeinschaft zu bilden.

b) Wo konfessionelle Weltbünde bestehen, unterscheiden sie sich stark in ihrem Wesen, ihrer Organisation und ihren Aktivitäten. Die meisten Weltorganisationen besitzen keine Vollmacht über ihre Mitglieder. Sie können ihre Kirchen auf der internationalen Ebene nicht vertreten. Es ist auch unwahrscheinlich, daß alle Weltbünde sich zu repräsentativen Körperschaften umwandeln ließen. Wenn sie ihre Kirchen in einer ökumenischen Gemeinschaft auf Weltebene vertreten sollten, würden viele Kirchen sich in ihren ekklesiologischen Überzeugungen verletzt fühlen; sie könnten nur zustimmen, wenn diese ökumenische Körperschaft ein völlig wirkungsloses Forum wäre. Zudem sind die einzelnen Weltbünde unterschiedlich organisiert; während einige verhältnismäßig große Mittel zur Verfügung haben, besitzen andere kaum organisatorische Möglichkeiten.

c) Den konfessionellen Weltbünden gehören nicht notwendigerweise alle Kirchen derselben Tradition an. In einem Zusammenschluß von Weltbünden wäre kein Platz für Kirchen, die der organisatorischen Struktur ihrer Konfessionsfamilie nicht angegliedert sind.

d) Die örtliche Vertretung wäre nicht direkt, sondern indirekt. Dies könnte zur Vernachlässigung geographischer und örtlicher Vielfalt führen.

e) Ein solcher neuer Zusammenschluß würde zur Erstarrung konfessioneller Haltungen verleiten und unter rein konfessionellen Aspekten die Probleme in einer Art und Weise angehen, die den heutigen Gegebenheiten nicht entspricht.

f) Probleme wie Primat, päpstliche Autorität, das Verständnis der römisch-katholischen Kirche von sich selbst und ihrer Sendung würden letztlich durch eine solche Gemeinschaft keine leichtere Lösung erfahren.

Die Bedeutung der konfessionellen Weltbünde darf gewiß nicht herabgesetzt werden. Sie können durch ihre Tätigkeit zur Klärung der die Kirchen trennenden Probleme beitragen. Es muß erwähnt werden, daß der Ökumenische Rat der Kirchen auf seiner Vierten

Vollversammlung im Jahre 1968 ausdrücklich die positive Rolle anerkannte, die sie durch ihr Engagement in der ökumenischen Sache spielen können, und daß er seine Bereitschaft erklärte, engere Kontakte mit ihnen aufzunehmen.

2. Eine Gemeinschaft auf der Grundlage von Christenräten.

In vielen Regionen oder Ländern haben die Kirchen Christenräte gebildet. Es ist denkbar, daß eine neue weltweite Gemeinschaft auf der Grundlage dieser Räte entstehen könnte. Diese Lösung würde natürlich voraussetzen, daß die römisch-katholische Kirche in den einzelnen Ländern Mitglied dieser Räte wäre.

Christenräte sind ein Versuch, die christlichen Kirchen und Bewegungen eines bestimmten Gebietes in einer ökumenischen Gemeinschaft zusammenzuführen. Sie sind ein Ausdruck dafür, daß alle an jedem Ort miteinander leben und Zeugnis geben müssen. Ein Zusammenschluß auf Weltebene, der auf Christenräten aufgebaut ist, könnte möglicherweise die ökumenischen Erfolge in den einzelnen Ländern besser nutzen. Er würde das Schwergewicht mehr auf die christliche Gemeinschaft bestimmter Gebiete als auf die Kirchen und ihren konfessionellen Hintergrund legen. Es wäre sichtbare Anerkennung der Tatsache, daß Einheit in erster Linie zwischen Menschen erreicht werden muß, die miteinander leben und arbeiten.

Die Erfahrung des Ökumenischen Rates der Kirchen zeigt die vielen positiven Aspekte von Kontakten zu Christenräten. Bei der Durchführung seiner eigenen Arbeit steht der Ökumenische Rat in enger Verbindung mit ihnen. Die Kommission für Weltmission und Evangelisation des Ökumenischen Rates der Kirchen, die sich aus dem Internationalen Missionsrat entwickelte, unterhält weiterhin enge Beziehungen zu den Christenräten.

Andererseits unterscheiden sich die Christenräte stark von einem Land zum anderen. In manchen Ländern gibt es keinen Rat. Gewöhnlich haben sie keine Vollmacht über ihre Mitgliedskirchen. Einige sind nicht befugt, Fragen von Glauben und Kirchenverfassung zu behandeln, sondern sind auf die Zusammenarbeit in nicht-theologischen Angelegenheiten beschränkt. In manchen Gebieten sind die Mitgliedskirchen in ihrer Größe etwa gleich. In anderen hätte eine Kirche das absolute Übergewicht (Griechenland, Italien, Skandinavien).

In einer internationalen Gemeinschaft auf der Grundlage von Christenräten hätte die konfessionelle Zugehörigkeit oder die Identität der Kirchen als solcher keinen klaren Platz. Auch würde eine Gemeinschaft dieser Art sich nicht auf die Kirchen selbst beziehen. Es wäre äußerst schwierig, die Frage der christlichen Einheit zu diskutieren, die letztlich die Kirchen unmittelbar betrifft. Delegationen in die internationale Gemeinschaft würden die Christen eines Landes, nicht ihre eigene Kirche vertreten.

Es wäre daher schwierig für eine solche Gemeinschaft, volle Verbindlichkeit beim Streben nach jener Einheit zu erreichen, die das Ziel der ökumenischen Bewegung sein sollte.

3. Eine Gemeinschaft auf der Grundlage christlicher Bewegungen.

In der christlichen Welt gibt es viele Bewegungen von einzelnen und Gruppen, etwa in der Form der Evangelischen Allianz, des CVJM, der Pax Romana, der Studentengemeinden, der katholischen Arbeiterjugend. Viele von ihnen bestanden bereits vor dem Ökumenischen Rat der Kirchen. Die Bewegungen für Glauben und Kirchenverfassung und für Praktisches Christentum bildeten sogar die Grundlage für die Entstehung des Ökumenischen Rates der Kirchen.

Viele dieser Bewegungen erhalten Unterstützung von seiten der Kirchen, ohne daß die Kirchen als solche daran beteiligt sind. Sie erfüllen eine nützliche und oft notwendige Funktion im Leben der Kirchen, und es wird immer Bedarf an solchen Verbänden sein, selbst auf internationaler Ebene.

Eine internationale Gemeinschaft auf der Grundlage dieser Bewegungen ist jedoch nicht wirklich eine Alternative zu organischeren Beziehungen zwischen den Kirchen. Wenn sie der ökumenischen Bewegung dienen soll, so ist eine kirchliche Struktur nötig, an der die Kirchen unmittelbar beteiligt sind. Eine internationale Gemeinschaft kirchlich nicht

gebundener Personen kann zur Anregung für die Kirchen werden und sie zur Inangriffnahme ihrer ökumenischen Aufgabe herausfordern. Sie könnte jedoch niemals den Kirchen die Pflicht abnehmen, diese Aufgabe in Angriff zu nehmen.

III. Mitgliedschaft der römisch-katholischen Kirche im Ökumenischen Rat der Kirchen

Die Frage der römisch-katholischen Mitgliedschaft im Ökumenischen Rat der Kirchen ist auf der Vierten Vollversammlung in Uppsala 1968 und von Papst Paul VI. in Genf 1969 aufgeworfen worden. Sie war Gegenstand der Diskussion bei verschiedenen ökumenischen Zusammenkünften und in Veröffentlichungen. Wie in der Einleitung erwähnt, haben Kirchen und einzelne in der Gemeinschaft des Ökumenischen Rates bei all ihren anerkannten Unvollkommenheiten und Unzulänglichkeiten einander kennen und verstehen, miteinander beten und arbeiten gelernt. Verschiedene mögliche Formen der Beziehungen zwischen der römisch-katholischen Kirche und anderen christlichen Kirchen und Gemeinschaften sind aufgezeigt worden. Es ist logisch, daß die besondere Aufmerksamkeit jetzt der Frage der Mitgliedschaft in der bestehenden Gemeinschaft des Ökumenischen Rates der Kirchen gilt.

A. Praktische Fragen im Zusammenhang mit der römisch-katholischen Mitgliedschaft

1. Der Modus der römisch-katholischen Mitgliedschaft.

Die römisch-katholische Kirche ist eine weltweite Kirche. Die Mitglieder des Ökumenischen Rates der Kirchen setzen sich andererseits hauptsächlich, wenn auch nicht ausschließlich, aus Kirchen zusammen, die auf bestimmte geographische Gebiete beschränkt sind. Wenn die römisch-katholische Kirche dem Ökumenischen Rat der Kirchen beitrifft, sollte sie dies dann als gesamte Kirche tun? Oder sollte sie durch jene Einheiten beitreten, die der großen Mehrheit der jetzigen Mitgliedskirchen vergleichbar sind?

Zur Entscheidung dieser Frage sind die folgenden Punkte wichtig:

a) Die Satzungen des Ökumenischen Rates erklären folgendes über die Kriterien für die Mitgliedschaft:

„3. Wenn die entscheidende Voraussetzung der Verfassung, wonach für die Mitgliedschaft solche Kirchen in Betracht kommen, die ‚ihrer Zustimmung zu der Basis Ausdruck geben, auf welcher der Rat gegründet ist‘, erfüllt ist, soll der Antrag nach folgenden Maßstäben geprüft werden:

a) Autonomie. Eine Kirche, die aufgenommen werden soll, muß den Nachweis ihrer Autonomie erbringen. Eine autonome Kirche ist eine solche, die bei aller Anerkennung der wesensmäßigen wechselseitigen Verbundenheit der Kirchen, zumal der Kirchen gleichen Bekenntnisses, keiner anderen Kirche für die Gestaltung ihres eigenen Lebens verantwortlich ist. Diese Unabhängigkeit muß auch bestehen hinsichtlich der Ausbildung, Ordination und Unterhaltung der Träger des geistlichen Amtes, der Einordnung, Ausbildung und kirchlichen Tätigkeit der Laienkräfte, der Verbreitung der christlichen Botschaft, der Festsetzung der Beziehungen zu anderen Kirchen und der Verwendung der Geldmittel, die zur Verfügung stehen, aus welchen Quellen sie auch kommen.

b) Stabilität. Eine Kirche soll nur aufgenommen werden, wenn sie einen ausreichenden Nachweis der Stabilität ihres Lebens und ihrer Organisationen erbracht hat, von den Schwesterkirchen als Kirche anerkannt wird und in angemessenem Umfang für christliche Erziehung und Verkündigung planmäßige Vorsorge getroffen hat.

c) Größe. Die Frage der Größe muß ebenfalls erwogen werden.

d) Beziehungen zu anderen Kirchen. Die Beziehungen der Kirche zu anderen Kirchen müssen ebenfalls beachtet werden.“

b) Da der Ökumenische Rat der Kirchen von den Kirchen keinerlei bestimmtes Selbstverständnis verlangt, entscheidet er auch nicht darüber, auf welcher Ebene die einzelne Kirche Mitglied des Ökumenischen Rates wird; jede Kirche muß in Übereinstimmung mit ihrem eigenen Selbstverständnis beitreten. Aus praktischen Gründen ist es natürlich für die Arbeit des Ökumenischen Rates wünschenswert, daß seine Mitgliedskirchen so weit wie möglich vergleichbare Einheiten sind. Wenn jedoch eine Kirche so verfaßt ist, daß sie

nur als weltweite Gemeinschaft beitreten kann, so besteht hiergegen von seiten des Ökumenischen Rates der Kirchen keine grundsätzliche Einwendung.

c) Jede einzelne Mitgliedskirche sollte möglichst in ihrer Gesamtheit am Ökumenischen Rat der Kirchen teilhaben. Daher ist es wichtig, daß die in jeder Kirche gegenwärtige Vielfalt ihren Ausdruck in der Arbeit des Ökumenischen Rates der Kirchen findet. Dies würde gleichermaßen für die römisch-katholische Kirche gelten, falls sie Mitglied werden sollte. Die jüngsten Entwicklungen haben die reiche geographische, kulturelle, theologische und geistliche Mannigfaltigkeit betont, die sich in der römisch-katholischen Kirche findet. Diese Mannigfaltigkeit muß sich auch im Leben des Ökumenischen Rates der Kirchen auswirken können.

d) Die örtlichen und territorialen Kirchen innerhalb der römisch-katholischen Kirche müssen in der Lage sein, den Ökumenischen Rat der Kirchen als eine Gemeinschaft aufzufassen, von der sie einen Teil bilden. Die Einheit muß letztlich in konkreten Situationen erreicht werden. Es ist wichtig, daß es in der ökumenischen Bewegung gelingt, die in konkreten Situationen gewonnenen Erfahrungen so unmittelbar wie möglich auszuwerten.

e) Die praktische Entfaltung des Prinzips der Kollegialität hat dazu geführt, daß den Patriarchatssynoden und Bischofskonferenzen in der römisch-katholischen Kirche immer größere Verantwortung auferlegt wird. Einerseits werden die örtlichen und nationalen Kirchen ermutigt, ihr liturgisches, theologisches und geistliches Leben entsprechend ihrer eigenen besonderen Prägung und der jeweiligen pastoralen Bedürfnisse des Gebietes zu entwickeln, andererseits legt man starke Betonung auf die Interdependenz der Ortskirchen und ihre Verantwortung für die universale Kirche. Wie bereits erwähnt, ist die Frage der Beziehungen der Patriarchatssynoden und Bischofskonferenzen zum Heiligen Stuhl und auch untereinander auf der Außerordentlichen Bischofssynode 1969 erörtert worden, und man kam zu dem Schluß, daß eine weitere Untersuchung ihrer theologischen wie auch praktischen Aspekte erforderlich sei.

Nun ist jedoch, wie man weiß, das Selbstverständnis der römisch-katholischen Kirche als *einer* universalen Gemeinschaft so fundamental, daß ihre zentrale Autorität in der Gemeinschaft des Ökumenischen Rates der Kirchen repräsentiert werden müßte, weil sonst ihre Vertretung im Ökumenischen Rat ihrem Charakter als Kirche nicht gerecht würde. Gleichzeitig muß die römisch-katholische Kirche auch in der Lage sein, der für sie charakteristischen großen Vielfalt Ausdruck zu verleihen. Ihre Mitgliedschaft im Ökumenischen Rat müßte also in einer Form erfolgen, die diesem doppelten Erfordernis Rechnung trägt.

Verschiedene Formen der Mitgliedschaft sind vorgeschlagen worden:

a) Die einzelnen Patriarchatssynoden und Bischofskonferenzen beantragen die Mitgliedschaft. In diesem Falle würde die Mitgliederzahl des Ökumenischen Rates der Kirchen von etwa 240 auf 330 ansteigen. Die römisch-katholische Mitgliedschaft wäre dann besser vergleichbar mit der der großen Mehrheit der jetzigen Mitgliedskirchen. Diese Form würde jedoch weder das Selbstverständnis der römisch-katholischen Kirche als einer universalen Gemeinschaft genügend berücksichtigen noch die oben beschriebenen Beziehungen zwischen den Ortskirchen und dem Heiligen Stuhl sowie untereinander.

b) Die römisch-katholische Kirche beantragt die Mitgliedschaft als eine einzige Mitgliedskirche und bringt diese Mitgliedschaft ausschließlich durch den Heiligen Stuhl zum Ausdruck. Dies würde den universalen Charakter der römisch-katholischen Kirche und die ihr eigene Einheit betonen. Es reicht aber vielleicht nicht aus, ihre ebenfalls charakteristische Vielfalt zu repräsentieren.

c) Die römisch-katholische Kirche beantragt die Mitgliedschaft als eine einzige Kirche und drückt diese Mitgliedschaft dadurch aus, daß sie die Patriarchatssynoden und Bischofskonferenzen aktiv an deren Ausübung beteiligt. Ihre Teilhabe an der Mitgliedschaft könnte eigens zum Ausdruck gebracht werden. Ähnliche Lösungen sind bereits für bestimmte Mitgliedskirchen des Ökumenischen Rates zur Anwendung gekommen. Im Falle der römisch-katholischen Kirche wäre es erforderlich, in einem dem Aufnahmedokument angefügten Vermerk exakt festzulegen, was die Beteiligung der Bischofskonferenzen in der Praxis bedeutet. Diese Form der Mitgliedschaft scheint dem genannten doppelten Erfordernis am besten zu entsprechen. Bei der Ausarbeitung eines konkreten Planes für diese Form

der Mitgliedschaft könnten die folgenden Punkte berücksichtigt werden (unbeschadet der Bestimmungen über die Beziehung der Konferenzen zum Heiligen Stuhl und untereinander):

1. die Bischofskonferenzen könnten aufgefordert werden, dem Heiligen Stuhl Delegierte für die Vollversammlung und für andere Organe des Ökumenischen Rates der Kirchen vorzuschlagen;
2. Mitteilungen des Ökumenischen Rates könnten an die Bischofskonferenzen wie auch an den Heiligen Stuhl gesandt werden;
3. die Bischofskonferenzen könnten als die zuständigen Partner des Ökumenischen Rates in denjenigen Angelegenheiten betrachtet werden, die nach den Ordnungen der römisch-katholischen Kirche in ihren jeweiligen Kompetenzbereich fallen.

2. Umfang der Vertretung.

Die römisch-katholische Kirche ist größer als jede der Mitgliedskirchen. Nach welchen Grundsätzen würde der Umfang der römisch-katholischen Vertretung im Ökumenischen Rat der Kirchen bestimmt? Die folgenden Überlegungen können hier hilfreich sein:

- a) Die Vertretung der römisch-katholischen Kirche müßte derart sein, daß ihre geographische und kulturelle Mannigfaltigkeit innerhalb des Ökumenischen Rates der Kirchen voll zum Tragen kommt.
- b) Ihre Vertretung dürfte nicht so stark sein, daß andere Kirchen nicht mehr echte Partner in Dialog und Gemeinschaft wären. Diese Überlegung spielt bereits eine wichtige Rolle im Ökumenischen Rat der Kirchen. Große Kirchen sind nicht genau im Verhältnis zu ihrer Größe vertreten: kleine Kirchen haben eine größere Vertretung, als ihre zahlenmäßige Stärke rechtfertigen würde. Die römisch-katholische Kirche hat dieses Prinzip in ihren ökumenischen Aktivitäten ebenfalls anerkannt.
- c) Es wäre wünschenswert, daß den Delegationen der römisch-katholischen Kirche Vertreter sowohl des Heiligen Stuhls als auch der Patriarchatssynoden und Bischofskonferenzen angehören. In diesem Zusammenhang könnten die Kriterien für die Wahl der Vertreter in die ordentliche Bischofssynode lehrreich sein.
- d) Der Ökumenische Rat der Kirchen legt Wert darauf, daß nicht nur kirchliche Amtsträger, sondern vor allem auch Laien, Frauen und Jugendvertreter an seiner Arbeit beteiligt sind. Dies stimmt mit Tendenzen in der römisch-katholischen Kirche überein. Es ist jedoch nicht die Rede davon, die Freiheit der Kirchen bei der Zusammensetzung ihrer Delegationen einzuschränken. Bindende Vorschriften würden hier in der Tat die römisch-katholische Mitgliedschaft und Mitarbeit erschweren.

3. Römisch-katholische Vertretung in den einzelnen Organen des Ökumenischen Rates der Kirchen.

- a) Wahlverfahren. Jeder offizielle Delegierte auf einer Vollversammlung und jedes Mitglied des Zentralausschusses hat eine Stimme. Für diese Regel gibt es eine Ausnahme. Wenn die Vollversammlung über die Aufnahme neuer Mitgliedskirchen abstimmt, erhält jede Delegation eine Stimme.
- b) Vollversammlung. Die römisch-katholische Delegation sollte nicht weniger als ein Fünftel und nicht mehr als ein Drittel der Delegiertensitze insgesamt erhalten. Sollte die römisch-katholische Kirche Mitglied des Ökumenischen Rates der Kirchen werden, müßte die Vollversammlung so zusammengesetzt sein, daß keine der kleinen Kirchen ihrer Vertretung beraubt wird.
- c) Zentral- und Exekutivausschuß. Die Vertretung in diesen Ausschüssen müßte etwa den Verhältnissen in der Vollversammlung entsprechen. Die Mitgliederzahl des Zentralausschusses müßte wahrscheinlich erhöht werden (z. B. von 120 auf 150). Der Exekutivausschuß müßte in vergleichbarem Verhältnis vergrößert werden. Wenn seine Arbeitsfähigkeit nicht behindert werden soll, darf er nicht zu umfangreich werden (z. B. 30 Mitglieder insgesamt).
- d) Präsidium. Die sechs Präsidenten des Ökumenischen Rates der Kirchen werden normalerweise nicht aufgrund ihrer führenden Stellung in der Kirche gewählt. Sie kommen meist aus den Reihen derer, die der ökumenischen Bewegung hervorragende Dienste geleistet haben. Natürlich ist stets darauf gesehen worden, daß die einzelnen Bekenntnis-

traditionen in der Gruppe der Präsidenten in Erscheinung treten. Die römisch-katholische Kirche müßte in dieser Gruppe vertreten sein.

e) Amtsträger. Die Gruppe der Amtsträger besteht aus dem Vorsitzenden und den stellvertretenden Vorsitzenden des Zentralausschusses und dem Generalsekretär. Die Vertretung der römisch-katholischen Kirche in dieser Gruppe wäre wünschenswert. Vielleicht müßte die Zahl der stellvertretenden Vorsitzenden erhöht werden.

f) Stab. Der Stab des Ökumenischen Rates der Kirchen kommt normalerweise aus den Mitgliedskirchen. Das Hauptkriterium für die Auswahl ist die Fähigkeit für das jeweilige Arbeitsgebiet. Natürlich wird darauf geachtet, daß die verschiedenen Konfessionen vertreten sind. Das Ökumenische Zentrum in Genf sollte in sich eine ökumenische Gemeinschaft sein. Sollte die römisch-katholische Kirche dem Ökumenischen Rat beitreten, so würden in steigendem Maße Katholiken in den Stab berufen. Es müßte unbedingt darauf geachtet werden, daß einige römisch-katholische Stabsmitglieder leitende Positionen innehaben.

g) Mitglieder des Zentralausschusses. Diese werden von der Vollversammlung gewählt. Der Exekutivausschuß wird vom Zentralausschuß gewählt. Die Präsidenten werden unmittelbar von der Vollversammlung ernannt. Die Amtsträger werden vom Zentralausschuß gewählt. Die Stabsmitglieder werden vom Zentralausschuß oder vom Exekutivausschuß ernannt. Normalerweise wird der Ökumenische Rat der Kirchen bei Ernennungen initiativ, doch schlagen auch die Mitgliedskirchen oft Namen vor. Normalerweise wird erst die Zustimmung der Mitgliedskirche eingeholt, ehe eine Nominierung vor den Zentral- oder Exekutivausschuß kommt.

4. Beziehungen zwischen Organisationen des Ökumenischen Rates der Kirchen und der römisch-katholischen Kirche im Falle der Mitgliedschaft der letzteren.

Jede Sektion des Ökumenischen Rates der Kirchen hat ihre eigene spezifische Arbeitsweise. Sie hat Kontakt zu besonderen Gruppen in den Mitgliedskirchen in ihrem jeweiligen Interessengebiet. Der Ökumenische Rat der Kirchen beschränkt seine Kontakte nicht auf die Ebene offizieller Vertreter aus der Verwaltung einer Mitgliedskirche, sondern unterhält mit Zustimmung der jeweiligen Kirche Bindungen zu bestimmten Organisationen und Gruppen, die sich besonderen Aufgaben widmen. Zum Beispiel:

a) die Arbeit der Abteilung für Weltmission und Evangelisation wird in enger Verbindung mit den nationalen Christenräten oder anderen mit der Mission befaßten Organisationen durchgeführt;

b) die Abteilung für zwischenkirchliche Hilfe, Flüchtlings- und Weltdienst unterhält auf der einen Seite Verbindungen zu kirchlichen Hilfs- und Dienstorganisationen, auf der andern zu den nationalen Christenräten;

c) bestimmte Sonderaufgaben werden von den Organisationen durchgeführt, die in gewissem Maße unabhängig sind. Hierzu gehören der Christliche Literaturfonds (CLF), der Theologische Ausbildungsfonds (TEF) und die Christliche Gesundheitskommission (CMC).

Innerhalb der römisch-katholischen Kirche gibt es die verschiedenen Kongregationen und Sekretariate der römischen Kurie wie auch päpstliche Kommissionen mit besonderen Verantwortungsbereichen. Es gibt internationale Organisationen, die in ihrer Arbeit weitgehend autonom sind, jedoch bestimmte Bindungen an den Heiligen Stuhl haben. Außerdem unterhält der Heilige Stuhl Delegierte oder Vertreter bei anderen internationalen Organisationen (z. B. bei Sonderorganisationen der Vereinten Nationen wie etwa die UNESCO usw.). Auf regionaler Ebene bestehen viele Organisationen entweder als getrennte Körperschaften zur Behandlung bestimmter die Region betreffender Angelegenheiten oder als regionale Gegenstücke zu internationalen Gruppen (nationale Kommissionen für den Hilfsdienst, für missionarische Aktivität, für Erziehung usw.).

Die Komplexität der inneren Organisation dieser Gruppen, ihrer Verflochtenheit mit anderen Gruppen sowie ihrer vielfältigen Beziehungen zu kirchlichen Stellen auf verschiedenen Ebenen erlaubt es nicht, ausführlich darzustellen, auf welche Weise ihre Aktivitäten in der Gemeinschaft des Ökumenischen Rates zum Ausdruck kommen könnten, falls die römisch-katholische Kirche Mitglied werden sollte. Bestimmte Punkte sollten beachtet werden:

a) Wo immer möglich, sollten alle Anstrengungen gemacht werden, Doppelarbeit zu vermeiden. Anstelle von gemeinsamen Kommissionen sollte volle Beteiligung ins Auge gefaßt werden.

b) Wo Einrichtungen von ähnlichem Umfang und Wirkungskreis bestehen, wird koordinierte Aktivität dringend empfohlen. Außerdem sollte man sich je nach der Art der Einrichtungen um stärkere Integration bemühen.

c) Möglicherweise bestehen Einrichtungen, die auf der anderen Seite kein Gegenstück haben. So bedient sich zum Beispiel die römisch-katholische Kirche einer Vielzahl von Organisationen, für die es unter anderen Kirchen keine entsprechenden Einrichtungen gibt; in der römisch-katholischen Kirche wiederum besteht kein Gegenstück zur Christlichen Gesundheitskommission (CMC). In solchen Fällen sollte man sich bemühen, die bereits bestehenden Stellen im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu benutzen.

d) Wo die Schaffung neuer Einrichtungen für sinnvoll gehalten wird, sollte man ernsthaft die Abschaffung oder Umbildung bestehender Gruppen ins Auge fassen, die angesichts der neuen Erfordernisse der einen ökumenischen Bewegung nicht mehr ausreichend sind.

e) Die Möglichkeit der Zusammenarbeit zwischen religiösen Orden in der römisch-katholischen Kirche und verschiedenen Stellen des Ökumenischen Rates der Kirchen sollte untersucht werden, wobei das besondere Wesen dieser Orden und ihre Beziehungen zu den kirchlichen Stellen zu beachten sind.

f) Versucht man, den obenstehenden Vorschlag zu verwirklichen, so ist sorgfältig darauf zu sehen, daß das Recht einer Organisation auf ausreichende Autonomie in ihrer Arbeit geachtet und gesichert wird. Nur so kann sie zu ihrer eigentlichen Arbeit in ihrer eigenen Kirche und zu dem christlichen Zeugnis beitragen, das ihre Kirche leisten soll. Dieses Prinzip gilt besonders für die zentralen Verwaltungsorgane der römisch-katholischen Kirche sowie für die Bischofskonferenzen und ihre offiziellen Stellen, es ist allerdings nicht auf diese beschränkt.

g) Im Falle der römisch-katholischen Mitgliedschaft im Ökumenischen Rat der Kirchen würde das Sekretariat für die Einheit der Christen entsprechend den durch die Leitung der römisch-katholischen Kirche festgelegten Normen weiterhin eine wesentliche Rolle spielen. Es würde seine Arbeit zur Förderung der ökumenischen Bewegung innerhalb der römisch-katholischen Kirche fortsetzen. Während die jeweiligen Beziehungen des Ökumenischen Rates der Kirchen zu den einzelnen Organen der römisch-katholischen Kirche in gegenseitiger Beratung ausgearbeitet werden müßten, wäre das Sekretariat die ordentliche Kontaktstelle zum Generalsekretariat des Ökumenischen Rates der Kirchen. Ferner bliebe es die zuständige Stelle für bilaterale Beziehungen zwischen der römisch-katholischen Kirche und anderen Kirchen und Konfessionsfamilien wie auch für die Förderung und Leitung der übrigen ökumenischen Aktivitäten, die sich parallel zu der strukturierten Gemeinschaft des Ökumenischen Rates der Kirchen entfalten.

5. Konferenzen und Konsultationen.

Es muß unterschieden werden zwischen Konferenzen, die in gewissem Maße für den Ökumenischen Rat sprechen, und Konsultationen, die unter der Schirmherrschaft des Ökumenischen Rates gehalten werden. Teilnehmer an größeren Konferenzen, die durch ihre Aussagen den Ökumenischen Rat festlegen könnten (z. B. Weltkonferenzen über Glauben und Kirchenverfassung), werden von den Kirchen ausgesucht. Im Blick auf Konsultationen besteht größere Flexibilität.

Konsultationen werden durchgeführt, um die ökumenische Diskussion zu fördern und von den Kirchen bisher unentdeckte neue Dimensionen zu eröffnen. Da der Ökumenische Rat der Kirchen ein Werkzeug zur Förderung der Einheit aller Christen ist und den Kirchen Hilfe für die Erneuerung anbietet, sind Konsultationen lebenswichtig für seine Arbeit.

Es gibt eine große Vielfalt von Konsultationen, und die einzelnen Referate des Ökumenischen Rates wie auch das Ökumenische Institut laden die entsprechenden Teilnehmer ein. Es gibt beispielsweise Tagungen im Bereich von Glauben und Kirchenverfassung, zu denen selbstverständlich theologische Fachleute aus allen Kirchen, auch aus solchen, die dem ÖRK nicht angehören, eingeladen werden. Zu Tagungen, die das Referat für

Weltmission und Evangelisation organisiert, werden Missionare, Missionswissenschaftler und Laienspezialisten aus dem Bereich von Mission und Evangelisation eingeladen.

Zusätzlich hierzu werden Konsultationen organisiert, um den Dialog mit nominellen Christen, agnostischen Wissenschaftlern und politischen Ideologen aufrechtzuerhalten. Es braucht kaum erwähnt zu werden, daß in solchen Fällen das für die Organisation der jeweiligen Konsultation verantwortliche Referat die Teilnehmer aus Bereichen außerhalb der Kirchen heranzieht. Das gleiche gilt für andere Referate, besonders Kirche und Gesellschaft sowie zwischenkirchliche Hilfe, wenn sie Konsultationen zu dem komplexen Problem der Entwicklung organisieren. Hierbei erweist es sich als immer notwendiger, als Teilnehmer Soziologen, Wirtschaftswissenschaftler und Fachleute von internationalen Organisationen zur Unterstützung der Kirchen in diesem Bereich einzuladen. Auch sollte festgehalten werden, daß der Ökumenische Rat versucht, Verbindungen zu Minderheitsgruppen und jungen Christen zu halten, die gegen einige Aspekte der heutigen institutionellen Organisation der Kirchen protestieren.

Die für die Durchführung von Konsultationen verantwortlichen Referate des Ökumenischen Rates der Kirchen bleiben flexibel im Blick auf die Art und Weise der Heranziehung von Teilnehmern; gleichzeitig vermeiden sie es sorgfältig, irgendeine der Mitgliedskirchen durch die Zusammensetzung dieser Konsultationen in Verlegenheit zu bringen. Texte, die von Konsultationen erarbeitet werden, verpflichten in erster Linie nur die Konsultationen selbst, obwohl sie durch ihre Behandlung des Themas und durch ihre Ergebnisse das Leben der Kirchen beeinflussen können. So können sie, obgleich sie die Kirchen nicht offiziell repräsentieren, neue Studien- und Aktionsbereiche eröffnen und den Grund legen für ein gezielteres Handeln von seiten einzelner Kirchen oder des Ökumenischen Rates der Kirchen. Von Konsultationen erarbeitete Texte können für den Ökumenischen Rat der Kirchen nur dann repräsentativ werden, wenn sie von einer Vollversammlung oder einem Zentralausschuß gebilligt werden und die Zustimmung der Mitgliedskirchen finden.

Die römisch-katholische Kirche organisiert Konsultationen und Konferenzen ähnlicher Art. Im Falle ihrer Mitgliedschaft im Ökumenischen Rat bliebe es ihr freigestellt, solche Treffen zusammenzurufen, wie sie es für notwendig erachtet. Man sollte nur dafür sorgen, unnötige Duplizierungen zu vermeiden.

6. Multilaterale und bilaterale Kontakte.

Wir bereits früher erwähnt, spielen die konfessionellen Weltbünde eine bedeutsame Rolle in der ökumenischen Bewegung. Mehrere Weltbünde haben bilaterale Gespräche begonnen, um die Probleme zu klären, die ihre Traditionen trennen. Die römisch-katholische Kirche hat mehrere Gespräche auf dieser Ebene eingeleitet.

Es ist wichtig, daß diese bilateralen Kontakte weitergehen. Sie können dazu dienen, Kirchen bestimmter Traditionen einander näherzubringen. Gleichzeitig können sie positive Beiträge zur ökumenischen Bewegung im weiteren Sinn leisten. Während der Beitritt der römisch-katholischen Kirche zum Ökumenischen Rat der Kirchen eine Umwandlung der Grundstruktur des Rates nicht erforderlich machen würde, so wird die römisch-katholische Kirche doch sicherlich die Tatsache begrüßen, daß der Ökumenische Rat die praktische Bedeutung der einzelnen konfessionellen Bünde und die Notwendigkeit ständiger Kontakte zu ihnen stärker berücksichtigt. Die Rückwirkung der multilateralen und bilateralen Gespräche zwischen den einzelnen Kirchen und konfessionellen Bündnen auf das Leben des Ökumenischen Rates der Kirchen und die wechselseitigen Beziehungen seiner Mitgliedskirchen bedarf sorgfältiger Aufmerksamkeit.

7. Christenräte.

Christenräte sind nicht Mitglieder des Ökumenischen Rates der Kirchen, viele sind ihm jedoch angegliedert. Der Ökumenische Rat hält engen Kontakt zu ihnen. Sie sind ein unentbehrliches Werkzeug für die Arbeit des Ökumenischen Rates der Kirchen, denn es bestehen Wechselbeziehungen in der ökumenischen Bewegung auf internationaler und regionaler, nationaler und örtlicher Ebene, die es zu beachten gilt. Es ist möglich, daß eine wachsende Zahl von Bischofskonferenzen und Diözesen sich den Christenräten anschließen wird. Wenn die römisch-katholische Kirche dem Ökumenischen Rat der Kir-

chen beitrifft, wird das Verhältnis des Rates zu den Christenräten neue Bedeutung gewinnen.

8. Offizielle Sprachen.

Bisher hat der Ökumenische Rat der Kirchen als offizielle Sprachen Englisch, Französisch und Deutsch benutzt (Satzungen XIV, 5, o). Normalerweise arbeitet er in diesen Sprachen, und andere kommen nur hinzu, wenn die Übersetzung von den Betreffenden besorgt wird. Wenn die römisch-katholische Kirche dem Ökumenischen Rat der Kirchen beitreten sollte, wird zu erwägen sein, ob diese Zahl nicht erhöht werden muß.

9. Finanzen.

Bei der Festlegung der Höhe von finanziellen Beiträgen bestehen erhebliche Schwierigkeiten. Von jeder Mitgliedskirche wird erwartet, daß sie zu den Mitteln des Ökumenischen Rates entsprechend ihrer Möglichkeiten beisteuert. Die bestimmenden Faktoren für die Höhe des Beitrages sind die Größe der Kirche, die Stärke ihrer zulässigen Vertretung im Ökumenischen Rat und ihre finanziellen Mittel. Diese Kriterien sind nicht leicht anzuwenden. Die Statistiken im Blick auf die Mitgliedszahlen beruhen in den einzelnen Kirchen auf verschiedenen Voraussetzungen. Die finanziellen Mittel sind von einer Kirche zur anderen sehr unterschiedlich. Besondere Umstände müssen berücksichtigt werden. Letzten Endes bleibt die Festsetzung ihres Beitrages der einzelnen Mitgliedskirche vorbehalten.

Die Beiträge der Mitgliedskirchen decken nur die Grundkosten. Ein großer Teil der Arbeit des Ökumenischen Rates wird aus zusätzlichen Quellen finanziert. Zum Teil werden diese Gelder von den Mitgliedskirchen über ihre normalen Beiträge hinaus verfügbar gemacht. Sonderprojekte werden zum Teil von kirchlichen Organisationen bezahlt, die besondere Mittel zu ihrer Verfügung haben.

Wenn die Bischofskonferenzen in der oben beschriebenen Art an der römisch-katholischen Mitgliedschaft im Ökumenischen Rat teilhaben sollten, so wäre zu wünschen, daß sie einen Teil der erwarteten finanziellen Beiträge übernehmen.

B. Einige spezifische Fragen im Zusammenhang mit der römisch-katholischen Mitgliedschaft im Ökumenischen Rat der Kirchen

Wie bereits in Kapitel I erwähnt, ist gelegentlich angedeutet worden, daß durch die Mitgliedschaft im Ökumenischen Rat der Kirchen die römisch-katholische Kirche gezwungen wäre, bestimmte Lehrsätze aufzugeben oder ihr Selbstverständnis zu wandeln. Eine sorgfältige Untersuchung dessen, was in Kapitel I über den Ökumenischen Rat der Kirchen gesagt wird, mag zur Lösung dieser Frage beitragen. Hierbei sei besonders hingewiesen auf die Abschnitte über das Wesen des Ökumenischen Rates, seine ekklesiologische Bedeutung und die Autorität von Erklärungen und Entscheidungen des Rates.

Im folgenden soll versucht werden, einige bestimmte Punkte zu erörtern, die weiterer Überlegung bedürfen.

1. Ekklesiologie der römisch-katholischen Kirche.

Seit der im Jahre 1950 vom Zentralausschuß des Ökumenischen Rates der Kirchen herausgegebenen Toronto-Erklärung ist deutlich, daß die Mitgliedschaft in dieser Körperschaft nicht die Absage der römisch-katholischen Kirche an ihre eigene Ekklesiologie erfordert würde. Dies kommt am klarsten zum Ausdruck in der vierten und fünften „Voraussetzung“, die nach der Toronto-Erklärung dem Ökumenischen Rat zugrunde liegen: „4. Die Mitgliedskirchen des Ökumenischen Rates sind der Meinung, daß die Frage nach dem Verhältnis anderer Kirchen zu der Heiligen Katholischen Kirche, die in den Glaubensbekenntnissen bekannt wird, eine Frage ist, über die ein gemeinsames Gespräch notwendig ist. Trotzdem folgt aus der Mitgliedschaft nicht, daß jede Kirche die anderen Mitgliedskirchen als Kirchen im wahren und vollen Sinne des Wortes ansehen muß.“

5. Die Mitgliedskirchen des Ökumenischen Rates erkennen in anderen Kirchen Elemente der wahren Kirche an. Sie sind der Meinung, daß diese gegenseitige Anerkennung sie dazu verpflichtet, in ein ernstes Gespräch miteinander einzutreten; sie hoffen, daß diese Ele-

mente der Wahrheit zu einer Anerkennung der vollen Wahrheit und zur Einheit, die auf der vollen Wahrheit begründet ist, führen werden.“

2. Autorität.

In Kapitel I,A,7 wird die Autorität des Ökumenischen Rates der Kirchen beschrieben, wie sie in der Verfassung und den Satzungen zum Ausdruck kommt. In Übereinstimmung mit diesen maßgebenden Texten ist klar, daß die römisch-katholische Kirche, falls sie Mitglied des Ökumenischen Rates der Kirchen würde, in ihrer vollen Freiheit zur Ausübung ihres autoritativen Lehramtes nicht behindert wird. Ihre Beteiligung an den Äußerungen und Handlungen des Ökumenischen Rates der Kirchen würde sich auf einer anderen Ebene als ihre Äußerungen und Handlungen in eigener Sache abspielen; im Ökumenischen Rat der Kirchen würde sie sich aktiv an einer Weise des Redens und Handelns beteiligen, die die Überzeugungen und Anliegen aller Kirchen widerzuspiegeln versucht. Die Autorität dieser Aussagen für die römisch-katholische Kirche kann von dieser Kirche selbst bestimmt werden.

Die römisch-katholische Kirche spricht und handelt autoritativ auf weltweiter Ebene. Andere Kirchen sind auf dieser Ebene bisher weit weniger in Erscheinung getreten; die Mitgliedskirchen des Ökumenischen Rates neigen dazu, ihn als die Organisation anzusehen, die ihnen die Erfüllung bestimmter Aufgaben auf Weltebene ermöglicht. Es stellt sich die Frage, in welchem Verhältnis das Sprechen und Handeln der römisch-katholischen Kirche zu den Aktivitäten des Ökumenischen Rates der Kirchen stünde. Einerseits muß gesagt werden, daß die beiden Arten des Sprechens und Handelns positiv miteinander verbunden werden können; es mag sich immer mehr als Vorteil erweisen, daß zwei verschiedene Arten auf Weltebene verfügbar sind. Das autoritative Reden und Handeln der römisch-katholischen Kirche mag in der einen Situation wünschenswert sein, die gemeinsame Stimme der Mitglieder des Ökumenischen Rates in einer anderen.

Man muß jedoch ehrlich erkennen, daß gewisse Schwierigkeiten entstehen können. Eine Erklärung der römisch-katholischen Kirche könnte etwa anders ausfallen als eine Äußerung, die sich aus einer ökumenischen Diskussion ergibt. Die folgenden Überlegungen sind in dieser Hinsicht wichtig:

a) Es kommt vor, daß Mitgliedskirchen Kritik an Entscheidungen des Ökumenischen Rates der Kirchen üben und eine andere Stellung einnehmen. Eine solche Meinungsverschiedenheit zerreißt nicht notwendigerweise die Gemeinschaft, zumindest solange die betreffenden Kirchen bereit sind, im Gespräch zu bleiben und gegenseitige Übereinstimmung zu suchen. Es ist ja gerade die *raison d'être* des Ökumenischen Rates der Kirchen, daß den getrennten Kirchen die Möglichkeit geboten wird, sich all jenen Differenzen zu stellen, die ihre gemeinsame Treue gegenüber demselben Herrn verdunkeln.

b) Ohne daß die römisch-katholische Kirche oder irgendeine Mitgliedskirche verpflichtet sein sollte, alle Informationen auszutauschen oder der Ökumenische Rat gezwungen wäre, in allen Angelegenheiten vorher die Mitgliedskirchen zu konsultieren, so ist es doch höchst wünschenswert, zur Vermeidung unnötiger Konflikte und Mißverständnisse ein System gegenseitiger Information und vorheriger Konsultation zu entwickeln.

c) Die Möglichkeit von Konflikten und falschen Darstellungen ließe sich weiter verringern, wenn in der praktischen Arbeitsweise des Ökumenischen Rates die Autorität und das Gewicht, die den verschiedenen Arten von Erklärungen nach der Verfassung und den Satzungen zukommen sollen, deutlicher gemacht würden. Es muß auch geklärt werden, ob man voraussetzen kann, daß eine Kirche den Maßnahmen und Programmen des Ökumenischen Rates zustimmt, wenn keine öffentliche gegenteilige Erklärung vorliegt.

Die rechte Erläuterung der Autorität des Ökumenischen Rates der Kirchen im Unterschied zu der Autorität einer bestimmten Mitgliedskirche ist ein pastorales Problem, das der Aufmerksamkeit bedarf. Letztlich liegt die Autorität bei den Kirchen.

3. Der päpstliche Primat und der Ökumenische Rat der Kirchen.

Die römisch-katholische Lehre und die universale Jurisdiktion des Papstes erfordern besondere Erwähnung. Es muß jedoch noch einmal gesagt werden, daß sie kein Hindernis für die römisch-katholische Mitgliedschaft im Ökumenischen Rat der Kirchen bilden. Da

jede Mitgliedskirche in ihrer Lehre und der Ausübung ihrer Überzeugungen frei ist, können diese Lehren im Prinzip ihren Platz innerhalb der Gemeinschaft des Ökumenischen Rates finden. Im Zusammenhang mit der Mitgliedschaft könnten sich jedoch praktische Schwierigkeiten ergeben. Die folgenden Fragen sind zu stellen: Würde die römisch-katholische Mitgliedschaft unter den römisch-katholischen Gläubigen (und vielleicht unter anderen) den Eindruck erwecken, als hätte der Papst etwas von seiner Autorität aufgegeben? Da er nicht nur allein sprechen und handeln würde, sondern die römisch-katholische Kirche auch am gemeinsamen Reden und Handeln beteiligt wäre, müßte sie also implizit ihre Lehren vom Primat und von der universalen Jurisdiktion relativieren? Würde andererseits die Ausübung des päpstlichen Amtes in der Gemeinschaft des Ökumenischen Rates der Kirchen den Eindruck erwecken, als spräche und handele der Papst im Namen des Ökumenischen Rates der Kirchen und dessen Mitgliedskirchen?

Folgende Erwägungen müssen berücksichtigt werden:

a) Die Mitgliedschaft im Ökumenischen Rat der Kirchen würde die internationale Struktur der römisch-katholischen Kirche nicht verändern; ebenso wenig die Rolle, die der Papst aufgrund der römisch-katholischen ekklesiologischen Überzeugungen ausfüllt. Sie würde jedoch der römisch-katholischen Kirche eine zusätzliche Möglichkeit des Redens und Handelns vermitteln.

b) Die Mitgliedschaft wird in der Tat weniger Schwierigkeiten für die Ausübung des päpstlichen Amtes bieten als die Nicht-Mitgliedschaft. Wenn heute eine Erklärung von seiten der römisch-katholischen Kirche und des Ökumenischen Rates der Kirchen ergehen soll, so muß der Papst oder ein von ihm bevollmächtigter Sprecher diese Erklärung gemeinsam mit Vertretern des Ökumenischen Rates der Kirchen abgeben. Würde die römisch-katholische Kirche Mitglied des Ökumenischen Rates, so wären diese gemeinsamen Erklärungen, die die persönliche Autorität des Papstes unmittelbar notwendig machen, nicht mehr erforderlich. Die Erklärung würde von den Organen des Ökumenischen Rates der Kirchen nach dem vorgeschriebenen Verfahren und mit der Autorität abgegeben, die er aufgrund der Satzungen besitzt.

c) Der Unterschied zwischen dem autoritativen Reden des Papstes und den aus dem gemeinsamen Leben im Ökumenischen Rat der Kirchen resultierenden Äußerungen darf nicht vergessen werden. Obwohl der Papst bestrebt ist, stellvertretend für christliche Überzeugungen zu sprechen, so versteht sich doch, daß er, falls er nicht darum gebeten wird, nicht im Namen des Ökumenischen Rates der Kirchen sprechen und handeln würde.

d) Strukturunterschiede beruhen letztlich auf einem unterschiedlichen Verständnis der Ekklesiologie. Es ist jedoch eine der Aufgaben des Ökumenischen Rates, eine Konfrontierung abweichender Traditionen herbeizuführen. Die in diesem Bereich entstehenden Probleme werden Gegenstand ökumenischer Diskussion sein müssen.

4. Rechtsstatus des Heiligen Stuhls.

Die römisch-katholische Kirche unterscheidet sich auch darin von allen anderen Kirchen, daß der Heilige Stuhl völkerrechtlich als juristische Person anerkannt ist. Er kann politische Verträge abschließen. Er unterhält diplomatische Beziehungen zu vielen Regierungen. Der Lateran-Vertrag von 1929 gewährte ihm ein eigenes Territorium, den Vatikanstaat, und stärkte dadurch den rechtlichen Status des Heiligen Stuhls.

Wäre die römisch-katholische Kirche Mitglied, könnten besonders dort, wo es um das Zeugnis der Kirche im politischen Bereich geht, Schwierigkeiten aus dem diplomatischen Status päpstlicher Nuntien oder der unterschiedlichen Vertretung bei den Vereinten Nationen und den ihnen angeschlossenen Organisationen entstehen. Doch im Prinzip bildet der rechtliche Status des Heiligen Stuhls kein grundlegendes Hindernis für die Mitgliedschaft. Sie setzt keine völlige Übereinstimmung über das Vorgehen der Kirchen in internationalen Angelegenheiten voraus. Es ist jedoch sicherlich wünschenswert, daß dieses Thema später ein Gegenstand ökumenischer Diskussion wird.

Schlußfolgerungen

Eine Untersuchung der möglichen Strukturen von Beziehungen zwischen der römisch-katholischen Kirche und dem Ökumenischen Rat der Kirchen ist eine komplexe Angelegenheit. Engere Beziehungen zwischen beiden sind jedoch durch die Erfordernisse der ökumenischen Bewegung notwendig. Diese vorläufige Studie hat nicht alle Aspekte der Frage ausgeschöpft. Eine weiterreichende Diskussion innerhalb der Kirchen mag Elemente herausstellen, die der weiteren Erläuterung und Klärung bedürfen. Aus einer vorläufigen Untersuchung der verschiedenen Alternativen ergibt sich, daß die römisch-katholische Mitgliedschaft die realistischste Möglichkeit ist. Wachsende Zusammenarbeit scheint auf die Dauer keine Alternative zur Mitgliedschaft zu sein, sondern vielmehr ein weiterer Faktor auf dem Weg zu dieser Mitgliedschaft. Die Nachteile bei der Schaffung einer neuen Form christlicher Gemeinschaft mit anderer Grundlage scheinen gegenüber den möglichen Vorteilen stark zu überwiegen.

Die Mitgliedschaft im Ökumenischen Rat bedeutet keine Beschneidung der Beziehungen zwischen Kirchen und Konfessionsfamilien. Es ist genug Raum vorhanden für die Schaffung nationaler Christenräte entsprechend dem Wesen der sie bildenden Gemeinschaften und den Bedürfnissen bestimmter Gebiete.

Wie bereits früher erwähnt, kommt es bei der Erwägung der römisch-katholischen Mitgliedschaft im Ökumenischen Rat wesentlich darauf an, sich die historische Wirklichkeit der beiden Einheiten vor Augen zu stellen. Weder die endgültige Entscheidung noch der vorausgehende Studienprozeß spielen sich in einem geschichtlichen Vakuum ab. Der Druck des in der Welt offensichtlich geschehenen Wandels ist sowohl in der römisch-katholischen Kirche wie auch im Ökumenischen Rat der Kirchen zu spüren. Die römisch-katholische Kirche paßt sich neuen Strukturen (z. B. Bischofskonferenzen, Bischofssynode) an, die noch im Stadium der Entwicklung sind. Der Ökumenische Rat der Kirchen befindet sich indessen in einem Entwicklungsstadium, das bedeutsame Wandlungen mit sich bringen könnte; bei seinen derzeitigen Strukturuntersuchungen steht er den Konsequenzen einer möglichen römisch-katholischen Mitgliedschaft nicht gleichgültig gegenüber. Was in diesem Bericht gesagt wird, bedarf daher vielleicht der Modifizierung im Lichte der späteren Entwicklungen sowohl in der römisch-katholischen Kirche als auch im Ökumenischen Rat der Kirchen.

Die Gemeinsame Arbeitsgruppe empfiehlt das vorliegende Dokument ihren Trägerorganisationen zur sorgfältigen Prüfung. Damit die Mitgliedschaft ein verantwortungsbewußter Schritt wird, muß die Entscheidung sorgfältig vorbereitet werden, und hierzu gehört große pastorale Einsicht hinsichtlich dessen, was Mitgliedschaft bedeutet und was sie nicht bedeutet. Der Schritt zur Mitgliedschaft würde die römisch-katholische Kirche als ganze verpflichten müssen, und die Mitgliedskirchen des Ökumenischen Rates müßten ihrerseits bereit sein, diese Ausweitung ihrer Gemeinschaft nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch zur lebendigen Wirklichkeit zu machen.

Ein Antrag auf Mitgliedschaft im Ökumenischen Rat der Kirchen muß von der Vollversammlung oder dem Zentralausschuß gebilligt werden. Die entsprechende Regel der Verfassung lautet:

„Die Wahl zum Mitglied muß mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der bei der Vollversammlung vertretenen Mitgliedskirchen erfolgen, wobei jede Kirche über eine Stimme verfügt. Zwischen den Tagungen der Vollversammlung eingehende Aufnahmeanträge können durch den Zentralausschuß behandelt werden. Wenn ein solcher Antrag durch eine Zweidrittel-Mehrheit der anwesenden und stimmberechtigten Mitglieder des Ausschusses unterstützt wird, wird dieser Beschluß den Kirchen, die bereits Mitglieder des Ökumenischen Rates der Kirchen sind, mitgeteilt, und die Aufnahme gilt als vollzogen, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten von mehr als einem Drittel der Mitgliedskirchen Einwände erhoben werden“ (Verfassung, II).

Die Angelegenheit muß genügend ausgereift sein, damit die Entscheidung im voraus sicher ist.

Zwar hat der besondere Charakter der Beziehung zwischen dem Ökumenischen Rat und der römisch-katholischen Kirche eine vorläufige Untersuchung dieser Frage wün-

schenswert erscheinen lassen, und diese Studie sollte so weit wie möglich innerhalb der römisch-katholischen Kirche und den Mitgliedskirchen des Ökumenischen Rates verbreitet werden. Doch dies ändert nichts daran, daß die Entscheidung über den Mitgliedsantrag der römisch-katholischen Kirche überlassen bleibt. Sie muß selbst die Frage nach dem ihr am sinnvollsten erscheinenden Verfahren eingehend prüfen.

Dem Außenstehenden werden die ökumenischen Beziehungen zwischen Genf und Rom abgekühlter und distanzierter erscheinen, als es Mitte der sechziger Jahre der Fall war. Dies trifft indes nur bedingt zu. Die ökumenische Euphorie nach dem II. Vatikanum hat zweifellos auf beiden Seiten, vor allem an der Basis, gelegentlich Hoffnungen erweckt, die nicht gerechtfertigt waren, weil sie den Realitäten des zwischenkirchlichen Gesprächs vorauseilten. Nur zähe und geduldige Kleinarbeit wird auch hier den Schutt einer jahrhundertelangen Trennung aus dem Wege zu räumen vermögen. Der Wille dazu ist auf beiden Seiten sicherlich vorhanden, so verschieden auch die Vorstellungen über Zeitabläufe, Wege und Prioritäten im einzelnen sein mögen.

6. Weltvereinigungen, regionale und nationale Kirchen- und Christenräte

Der *Weltrat für christliche Erziehung* hielt vom 13. bis 21.7.1971 in Lima (Peru) unter Beteiligung von 376 Delegierten aus allen Denominationen und Kontinenten seine letzte Vollversammlung ab, ehe er seine vom Zentralauschuß des ÖRK in Addis Abeba bereits gebilligte Integration mit dem Ökumenischen Rat der Kirchen beschloß. Hervorzuheben sind auch die Vollversammlungen von zwei großen konfessionellen Weltbünden: der *Lutherische Weltbund* hielt vom 14. bis 24.7.1970 seine ursprünglich für Brasilien geplante Vollversammlung in Evian am Genfer See unter dem Thema „Gesandt in die Welt“ ab. Im gleichen Jahr trat der *Reformierte Weltbund* vom 20. bis 30.8. in Nairobi/Kenia unter dem Thema „Gott versöhnt und macht frei“ zusammen und beschloß bei dieser Gelegenheit die Vereinigung mit dem Internationalen Kongregationalistischen Rat. Aus den großen Regionalkonferenzen sind gleichfalls zwei hervorzuheben: Vom 1. bis 12.9.1969 tagte in Abidjan/Elfenbeinküste die 2. Vollversammlung der *Gesamtafrikanischen Kirchenkonferenz* unter dem Generalthema „Mit Christus arbeiten für das Afrika von heute“. Zu dieser Konferenz gehören 78 Kirchen, 11 Christenräte und 4 angeschlossene Organisationen. Die *Konferenz Europäischer Kirchen* trat zu ihrer 6. Vollversammlung („Nyborg VI“) vom 26.4. bis 3.5.1971 mit über 300 Teilnehmern unter dem Thema „Diener Gottes – Diener der Menschen“ in Nyborg Strand zusammen (der Bericht ist in dem von der KEK publizierten Band „Nyborg VI ... Was geschah“ nachzulesen). Nicht unerwähnt sollte auch die *IV. Allchristliche Friedensversammlung* vom 29.9. bis 3.10.1971 bleiben, die in Prag als Hauptthema „Unsere gemeinsame Verantwortung für eine bessere Welt“ behandelte. Nach der Krise, in die die Prager Friedenskonferenz durch das Ausscheiden von Prof. Hromádka und Generalsekretär Dr. Ondrá Ende 1969 geraten war, ist dies der erste Ansatz zu einer Neuorientierung gewesen. In der von Principal Dr.

Chandran Russell vorgelegten Konferenzbotschaft wurde unterstrichen, daß die CFK ein Forum sein wolle, „das allein von den Erfordernissen des Ringens um den Frieden und die Gerechtigkeit bestimmt ist“ und der Weltchristenheit damit eine „unmißverständliche Orientierung anbietet“. Zum neuen Vorsitzenden wurde Metropolit Nikodim (Moskau), zum Generalsekretär Dr. Karoly Toth (Budapest) gewählt.

Das hervorragendste Ereignis in dem Bereich der Kirchen- und Christenräte war jedoch zweifellos die *1. Weltkonferenz für Nationale Christenräte*, die vom 28.6. bis 7.7.1971 in Genf stattfand. Die Konferenz war durch den langjährigen Referenten des ÖRK für diese Aufgaben, Victor E. W. Hayward, auf das sorgfältigste vorbereitet worden (vgl. die Konferenzpapiere, die im Materialdienst der Ökumenischen Centrale Nr. 16–17/1971 publiziert worden sind). Die Konferenz veröffentlichte folgende Verlautbarungen:

BERICHT AN DIE NATIONALEN CHRISTENRÄTE UND KIRCHEN

A. Einleitung

1. Als nach Genf entsandte Teilnehmer an der Weltkonferenz für Nationale Christenräte, die vom 28. Juni bis 7. Juli 1971 stattfand, sind wir zu Überzeugungen gekommen, die wir an alle 66 durch uns vertretenen Räte weitergeben möchten. Dieser Bericht stellt eine Zusammenfassung der Ergebnisse unserer Arbeit dar, die von etwa 100 Teilnehmern geleistet wurde. Was die Arbeit im Dienste der Kirchen in unseren Ländern betrifft, haben wir alle ein beträchtliches Maß an ermutigenden und entmutigenden Erfahrungen hinter uns. Wir fordern die vertretenen Nationalen Kirchenräte auf, ihren jeweiligen Vollmitgliedern nahezu legen, diesen Bericht im Hinblick auf mögliche Konsequenzen genau zur Kenntnis zu nehmen.

2. Wir sind dafür dankbar, daß wir mit Hilfe des Weltrates der Kirchen uns in dieser Weise treffen konnten, um uns über die Richtung und die Zielsetzung der ökumenischen Bewegung heute auszutauschen und eine Klärung über den Ort der Nationalen Christenräte innerhalb der Gesamtaufgabe der Kirche in den 70er Jahren herbeizuführen. Wir merken bald, daß die großen Probleme, deren wir uns in unserem eigenen Bereich sehr wohl bewußt waren, nicht allein unsere Probleme sind. Als wir die „gegenwärtige Situation der ökumenischen Bewegung“ beschreiben wollten, machten wir die Erfahrung, daß wir kaum eine Möglichkeit hatten, eine Kurzformel zu finden, die für alle Teile der Welt Gültigkeit haben könnte.

3. Wir befaßten uns vorwiegend mit den Räten auf der nationalen Ebene, und das Wort „Räte“ bezieht sich immer auf Nationale Christenräte, falls es nicht anders vermerkt ist. Aber wir untersuchten auch die Beziehungen zwischen Nationalen Christenräten und anderen Räten, die für kleinere geographische Gebiete oder für größere (kontinentale) Bereiche zuständig sind.

Wir empfehlen, daß von allen ausdrücklich betont wird, wie wichtig der Aufbau von angemessenen und flexiblen Strukturen der Ökumene auf Ortsebene als der eigentlichen Grundlage der ökumenischen Bewegung ist.

Kontinentale Kirchenkonferenzen haben erkannt, welche Bedeutung ihrem Verhältnis zu Nationalen Christenräten zukommt, und haben ihnen zum Teil die volle Mitgliedschaft gewährt. Nachdem wir Gelegenheit hatten, die Arbeitsweisen der kontinentalen Konferenzen abzuklären, gewannen wir auch Einblick in die völlig verschiedenen Situationen der anderen Kontinente.

4. Wir erstellen einen weiteren Bericht, den wir direkt dem Weltrat der Kirchen vorlegen und der sich in noch detaillierterer Form mit bestimmten Sachfragen befaßt. Wir sprechen unsere Anerkennung für die Art und Weise aus, in der der Sekretär für Nationale Christenräte des Ökumenischen Rates schon die gegenseitige Kommunikation unter uns

verbessern konnte. Wir begrüßen die Entscheidung des Zentralausschusses, der sich im Januar 1971 in Addis Abeba traf, die Nationalen Christenräte mit größeren Vollmachten auszustatten, innerhalb ihrer Möglichkeiten zu arbeiten. Wir hoffen, daß unsere Nationalen Christenräte auch weiterhin den Ökumenischen Rat der Kirchen auf vielerlei Weise unterstützen werden.

B. Christenräte und Kirchenräte

5. Die Unterscheidung zwischen einem Christenrat und einem Rat von Kirchen ist nicht ganz belanglos. Aber wir fühlen uns nicht verpflichtet, der einen oder der anderen Form das Wort zu reden. Obwohl die Zielsetzung der ökumenischen Bewegung die gleiche bleibt – Einheit und Erneuerung für die Mission –, sind die Formen und Prioritäten einem ständigen Wechsel unterworfen.

In der Vergangenheit hielt man es oft für die dringlichste Aufgabe der ökumenischen Bewegung, die Mauern niederzureißen, die die Christen in verschiedene Denominationen trennen. Aber nun lernen wir, die Einheit der Kirche in Beziehung zur Suche der ganzen Menschheit nach Einheit zu setzen. Wie können wir aber von Einheit reden, wenn wir selbst noch der vollen Gemeinschaft untereinander ermangeln?

Einige unserer Teilnehmer sind davon überzeugt, daß ein Christenrat ein umfassenderes Gremium darstellt als ein Rat von Kirchen und daß jener eine größere Bereicherung erfährt, weil er nicht nur Kirchen, sondern auch christliche Organisationen zu seinen Mitgliedern zählt.

C. Sind Räte notwendig?

6. Auf unserer Konferenz kam auch die strenge Selbstkritik zu ihrem Recht. Weit davon entfernt, großartige Bemerkungen über die Bedeutung der Räte zu machen, bestätigen wir ausdrücklich, daß es sich bei den Räten schon von ihrem eigentlichen Wesen her um vorübergehende Institutionen handelt. Aber wir glauben auch, daß sie als ein Ergebnis der gehorsamen Antwort auf die Eingebungen des Heiligen Geistes entstanden sind. Kirchen, die auf der Suche waren, wie sie am besten ihren Sendungsauftrag in den Gegebenheiten des 20. Jahrhunderts erfüllen könnten, einigten sich darauf, für bestimmte Angelegenheiten in Räten zusammenzukommen.

Wenn die Zeit für neue Formen der Zusammenarbeit reif ist, können Nationale Christenräte, soweit sie uns bekannt sind, umgeformt oder gar durch etwas anderes ersetzt werden. Es geht in allererster Linie um die Einheit, die uns von Jesus Christus gegeben ist; ein Rat kann nur ein Ausdruck dieser Einheit sein. Wir glauben aber auch nicht, daß die Tage der Nationalen Christenräte schon gezählt sind. In ihrer ganzen Unvollkommenheit bekunden sie die vorhandene „Zusammenheit“ der Christen und dienen der Erneuerung der Kirchen.

Selbst heute, wenn Kirchen in gewisser Weise an einem gemeinsamen Leben teilhaben und gemeinsam Zeugnis ablegen und zusammen handeln, taucht ein neuer eklesiologischer Tatbestand auf – nicht im Rat als einer Organisation, aber unter den Mitgliedskirchen, wenn sie mit Hilfe des Rates als ihrem Werkzeug diese ökumenische Erfahrung teilen.

D. Einheit, Erneuerung und Sendungsauftrag gehören untrennbar zusammen

7. Wir sehen Nationale Christenräte als Werkzeuge in Gottes Hand an, mit denen er seine Kirche erneuert und die in Christus den Kirchen gegebene Einheit darlegt und vertieft.

In zwei Ländern gibt es bereits keine Nationalen Christenräte mehr – sie haben einer Vereinigten Christlichen Kirche Platz gemacht. In einem anderen Fall erklärt die Satzung des Nationalen Kirchenrates, daß seine grundlegende Absicht darin besteht, auf eine einzige Kirche in diesem Land hinzuarbeiten. Die meisten Ratssatzungen sprechen jedoch nicht von einer organischen Union, sondern von der Einheit als dem Ziel, für das das Instrument geschaffen wurde.

Einheit kann ohne Erneuerung nicht gesucht werden. Es ist eine Zielsetzung, aber kein Selbstzweck. Und der eigentliche Anstoß, der die Kirche auf die Einheit und Erneuerung zubewegt, sollte der Sendungsauftrag sein: „Auf daß sie alle eins seien, damit die Welt gläubig“.

8. Das Leben der Kirche braucht eine fortwährende Erneuerung, und ein Rat sollte ein Werkzeug für die Erneuerung der Kirchen sein. Innerhalb eines Rates können sich die verschiedenen Kirchen wechselseitig korrigieren und bereichern. Ihre Erneuerung findet statt, wenn sie daran sind, die ihnen anvertraute Sendung zu erfüllen. Die Kirchen, die sich in einem Erneuerungsprozeß befinden, brauchen einander und können einander dienen und können in brüderlicher Weise etwas von ihrem Selbst hergeben.

9. In manchen Gebieten erscheint die organische Union nur als sehr entfernte Möglichkeit. Anderswo mag die Kirchenunion nicht unmöglich sein, aber viele Räte betrachten die Arbeit auf eine Kirchenunion hin nicht als Teil ihres Auftrages, den sie von ihren Kirchen, die den Rat ja gründeten, empfangen haben. Wo eine solche Begrenzung des Auftrags noch vorhanden ist, muß sie respektiert werden. Trotzdem richten wir an alle Räte und Kirchen folgende Frage: Trifft es wirklich zu, daß irgendeine Form der Kircheneinheit ein Thema darstellt, an das sich ihr Rat nicht heranwagen darf? Sind ihre Kirchen nicht vielleicht doch etwas näher zusammengewachsen, so daß es nun möglich wäre, etwas zu tun, was früher nicht versucht werden konnte? Muß vielleicht ein Schritt unternommen werden, den ihr Rat jetzt zu Recht tun könnte, um seinen eigenen Mitgliedskirchen zu helfen, sich mit der Frage ihres Einsseins in Christus zu befassen?

10. Wir bitten alle Mitgliedskirchen, die sich in einem Rat vereinigt haben, aufs neue, ihr Gewissen im Blick auf die christliche Einheit zu prüfen. Wir sollten uns alle in Redlichkeit und Bescheidenheit fragen: „Benutzen wir unseren Rat nur als Fassade, um den eigentlichen Problemen zu entgehen, daß nämlich in Christus zwar alle eins sind, aber unsere denominationellen Strukturen doch diese Einheit verleugnen?“

E. Geistliche Gemeinschaft

11. Wir empfehlen, daß die Christenräte dem gottesdienstlichen Leben und der „geistlichen Ökumene“ mehr Beachtung schenken. Sie sollten sich aktiv auf die Suche nach entsprechenden Möglichkeiten machen, an der eucharistischen Gemeinschaft teilzuhaben. Wir anerkennen zwar, daß erhebliche Differenzen in der Frage der Interkommunion nicht bereinigt werden können, aber ein Rat sollte der Abendmahlsfeier einer ihrer Mitgliedskirchen im Rahmen einer Veranstaltung des Rates nicht ausweichen. Das gottesdienstliche Leben der Christenräte sollte sich nicht gänzlich unsakramental vollziehen. Andererseits darf die Diskussion nicht ausschließlich um die Abendmahlsordnung der Kirchen kreisen, da sonst die Frage, um die es eigentlich geht, verstellt wird.

12. Kirchen in einem Nationalen Christenrat, die die Erfahrungen einer wirklichen Gemeinschaft machen, sollten nicht zögern, Fragen von Glauben und Kirchenverfassung gemeinsam einer Prüfung zu unterziehen. Wir schlagen vor, daß sie den Rat als Forum benutzen, auf dem solche Angelegenheiten, die für die ganze ökumenische Bewegung von grundlegender Bedeutung sind, als eigentliche Basis für ihr gemeinsames Zeugnis und Handeln besprochen werden können.

F. Ein Rat hat dienende und führende Funktionen

13. Wir unterliegen keinem Zweifel, was die dienende Rolle des Rates anbelangt. Räte werden von den Kirchen gegründet, damit sie dienen, und diese Rolle wird von ihnen freudig übernommen.

Auch Kirchenführer wurden von unserem Herrn mit einer dienenden Funktion betraut. Ihre Eigenschaft als Diener ihrer Kirchen und ihres Herrn hindert sie nicht daran, auch in Führungspositionen tätig zu sein. Das trifft auch für einen Rat von Kirchen zu: einmal ist er Diener, zum anderen ist er aber auch dazu berufen, eine gewisse Führung zu übernehmen. Räte werden oft gebeten, in ganz bestimmten Angelegenheiten die Führung auszuüben und in Bereichen, in denen die Kirchen sich fürchten, allein zu gehen, kühne Pionierarbeit zu leisten.

14. Wenn Kirchen Leute ernennen, denen sie vertrauen, und diese Leute zusammen in einem Rat die Leitung des Heiligen Geistes suchen, überrascht es nicht, wenn sie vonein-

ander lernen und zu Überlegungen gelangen, die denjenigen ihrer Kirchen voraus sind! Wenn wir Christen zuhören, die aus anderen Traditionen kommen, sind wir der Sphäre der Vorurteile entronnen und werden vielleicht sogar mit einer prophetischen Vision beschenkt!

15. Wenn ein Rat glaubt, zu einem Punkt gekommen zu sein, den noch nicht alle Mitgliedskirchen erreicht haben, muß er diese Mitgliedskirchen von dieser Angelegenheit unterrichten und nach wirksamen Mitteln suchen, damit die noch offenstehende Frage innerhalb des Rates und unter den Kirchen besprochen werden kann.

G. Erweiterung der Gemeinschaft

16. Orthodoxe Kirchen.

Obwohl die orthodoxen Kirchen an der ökumenischen Bewegung von Anfang an beteiligt waren, gibt es infolge von grundsätzlichen Problemen viele Gebiete, wo sie nicht aktive Mitglieder der Nationalen Christenräte sind. Nur zwei orthodoxe Teilnehmer wurden zu dieser Konferenz entsandt. In einigen Fällen sind die orthodoxen Kirchen jedoch vollberechtigte Mitglieder der Räte, was zur geistlichen Bereicherung aller Beteiligten beiträgt. Wir haben von Verhandlungen erfahren, die auch anderswo zur aktiven Teilnahme führen könnten.

Wir empfehlen, daß jeder Rat Mittel und Wege suchen sollte, um die orthodoxe Teilnahme an seinem Leben, wo immer das geht, zu ermöglichen. Beispielsweise würde eine theologische Diskussion über die Einheit der Kirche auf der lokalen Ebene wahrscheinlich für alle von Vorteil sein.

17. Konservative Evangelikale und Pfingstkirchen.

Die Anstrengungen, die in vielen Ländern unternommen werden, um eine größere Einheit herbeizuführen zwischen Christen, die zu einem Rat gehören, und solchen, die nicht dazu gehören, haben uns Mut gemacht. Wir können uns nicht mit Situationen zufriedengeben, in denen Kirchen guten Gewissens unfähig sind, mit ihren Mitchristen zusammenzuarbeiten. Die Tatsache, daß dies möglich ist, ist eine Anklage für uns alle. Da unser Auftrag darin besteht, die Einheit zu verkündigen, die Christus der ganzen Menschheit bringen wird, sind wir besonders dafür verantwortlich, die Hand zur Bruderschaft all denen zu reichen, die Christus als ihrem Herrn und Heiland dienen.

Wir empfehlen, daß die Räte weiterhin die angemessenen nächsten Schritte für eine vollere Gemeinschaft mit den konservativen Evangelikalen und Pfingstkirchen, die noch nicht zu ihm gehören, zu tun suchen.

18. Die römisch-katholische Kirche.

Ein hervorragendes Wesensmerkmal der gegenwärtigen Zeit besteht in der ständig wachsenden Zusammenarbeit der römisch-katholischen Kirche mit anderen Kirchen. Dies schließt seit dem Zweiten Vatikanum auch die Beteiligung an Nationalen Christenräten mit ein; wo es lokale Kirchenräte gibt, nimmt die Mitgliedschaft der Katholiken zu. Auf nationaler Ebene gibt es bis jetzt zehn Christenräte mit römisch-katholischer Vollmitgliedschaft. Wir freuen uns über diesen Ausdruck der Vertiefung und der Ausdehnung der eigenen ökumenischen Bewegung, die sich mit Hilfe des Heiligen Geistes vollzogen hat.

Diese neue Situation hat sich in beachtenswerter Geschwindigkeit entwickelt. Wenn mancherorts die römisch-katholische Kirche nur langsam den Vorteil dieser Gelegenheit wahrzunehmen scheint, sind wir uns auch der Gründe bewußt, die zu diesem Verhalten führen und die keineswegs nur auf der römisch-katholischen Seite zu suchen sind. Einige Räte neigen immer noch dazu, von sich selbst als von Gemeinschaften nicht-katholischer Kirchen zu sprechen. Manche zeigen wenig Bereitschaft, sich von ihren bewußten oder unbewußten protestantischen Anmaßungen abbringen zu lassen.

Wir empfehlen, daß die Räte weiterhin angemessene nächste Schritte auf eine vollere Gemeinschaft mit der römisch-katholischen Kirche hin zu tun suchen. Wenn es bis jetzt noch nicht zu gemeinsamen Studienarbeiten gekommen ist, sollten die Möglichkeiten dafür geprüft werden.

19. Weitere Ausstrahlung.

Wir ermutigen die Räte, wo immer es möglich ist, ernsthafte Beziehungen mit unab-

hängigen und sektiererischen kirchlichen Bewegungen anzuknüpfen. Wir ermutigen sie auch, den Kirchen bei ihrem gemeinsamen Verlangen zu helfen, in ihrer nationalen Kultur und zeitgenössischen Umwelt das Evangelium am besten zu verkündigen und zu leben, und sich ebenso um einen Dialog und eine Zusammenarbeit mit Menschen anderen Glaubens und mit Ungläubigen zu bemühen.

H. Vertretung in den Räten

20. Wir lenkten die Aufmerksamkeit auf die verfassungsändernden Maßnahmen, die der Zentralausschuß des Weltrates der Kirchen in Addis Abeba im Januar 1971 veranlaßt hat, um zu gewährleisten, daß in Zukunft wirklich auch Laien, Frauen und Jugendliche, auf den Vollversammlungen vertreten sind, und empfehlen, daß regionale und nationale Christenräte in Erwägung ziehen, ob sie nicht ähnliche Maßnahmen ergreifen sollten.

I. Radikale Bewegungen

21. In manchen Teilen der Welt sind Bewegungen für die Erneuerung der Kirche und der Gesellschaft sowohl innerhalb als auch außerhalb der Kirchen entstanden. Viele von ihnen sehen den Sinn ihrer Existenz darin, die Wurzeln des einen oder anderen Übels anzupacken. Männer der Kirche spüren in solchen radikalen Gruppen oft die gleiche Hingabe an die Sache der Gerechtigkeit und der Barmherzigkeit, wie es bei den Propheten des Alten Testaments der Fall war.

Einige Räte haben sich zweckmäßigerweise selbst mit solchen radikalen und auch mit Erneuerungsbewegungen in Verbindung gesetzt. In mehreren Ländern haben Christenräte Mittel und Wege gesucht, um einigen Gruppen wirklich helfen zu können, indem sie ihnen innerhalb ihrer eigenen Struktur einen Platz einräumten und ihnen Gelegenheit boten, sich Gehör zu verschaffen. Diese Gruppen sprechen oft für diejenigen, die selbst keine Stimme haben. Wir glauben, daß den Christenräten eine besondere Rolle zukommt, für die Sache der Machtlosen einzutreten. Nur so kann die ökumenische Herausforderung mit der Auffassung in Einklang gebracht werden, die Einheit der Kirche gehöre untrennbar mit der Einheit der Menschheit zusammen.

Wir empfehlen deshalb allen Räten und Mitgliedskirchen, ihre Haltung gegenüber bestimmten radikalen Gruppen zu überprüfen oder noch einmal zu revidieren und sich in Erinnerung zu rufen, wieviele große karitative, missionarische und diakonische Organisationen ihr Leben als verachtete und belächelte radikale Gruppen begannen, die vergeblich nach den etablierten Kirchen Ausschau hielten, um von ihnen anerkannt und ermutigt zu werden. Die Räte sollten die Möglichkeit in Betracht ziehen, ihre Struktur in gewisser Weise bestimmten derartigen Gruppen zu öffnen. Sie stellen oft eine wertvolle Herausforderung an die Trägheit der Kirchen dar, indem sie mit überholten Traditionen brechen und auf die neuen Fragen zu antworten versuchen, die Gott ihnen in der heutigen Gesellschaft stellt. Auf der anderen Seite läuft der Impetus, mit dem sie vorgehen, Gefahr, auf lange Sicht hin zu erlahmen, wenn er nicht irgendwie mit bestehenden Strukturen in Verbindung tritt. Die Räte könnten der rechte Ort für ein offenes Gespräch zwischen diesen Bewegungen und den Kirchen sein.

J. Die verschiedenen Aufgaben eines Rates

22. Als wir über die eigentliche Arbeit sprachen, mit denen sich viele unserer Räte befassen, war das erstaunlichste Merkmal die große Randbreite der Aufgaben, die unter sehr verschiedenen Verhältnissen wahrgenommen werden. Das ist, wie es sein sollte, aber das bedeutet noch nicht, daß nun jeder Rat zwangsläufig genau die Arbeit tut, die er tun sollte.

Während die Räte ihr Leben und ihre Aufträge von ihren Mitgliedskirchen herleiten, sollten sie auch in ihrem eigenen Denken und dem ihrer Mitgliedskirchen die Überzeugung entfalten, daß Kirchen und Räte zusammen Werkzeuge von Gottes Gerechtigkeit und Liebe sind, die er der Welt zugedacht hat, und daß sie gleicherweise dazu berufen sind,

die neuen Aufgaben zu entdecken, zu denen Gott sein Volk in einer Welt der Verwirrung, der Konflikte, der Diskriminierung und der Unterdrückung ruft.

Im Blick auf unsere Diskussionen sollte es manchen Räten möglich sein, ihre Prioritätenliste zu ändern und auf andere Formen des Dienstes zuzugehen. Jesus Christus stellt verschiedene Anforderungen an seine Jünger, je nach den politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnissen, in denen sie leben.

23. Wir empfehlen allen unseren Räten und Kirchen, zum gegenwärtigen Zeitpunkt in verstärktem Maße Verantwortung für die Bewußtseinsbildung in Entwicklungsfragen wahrzunehmen und sich mit großer Dringlichkeit den theologischen Problemen zuzuwenden, die hier mitenthalten sind. Hier war die Kommission für Gesellschaft, Entwicklung und Friede (SODEPAX) richtungsweisend.

24. Trotz gegensätzlicher Behauptungen sind die Beziehungen eines Rates zur Regierung in dem einen oder anderen Land oft durch den Steuereinzug, den der Staat für die Kirche wahrnimmt oder durch staatliche pro-Kopf-Zuschüsse an die Kirchen oder durch steuerrechtliche Ausnahmefälle bestimmt. Ein Rat darf in seinem Verhältnis zur Regierung im eigenen Lande weder ein Werkzeug in den Händen dieser Regierung sein noch darf er versuchen, irgendeine imaginäre Autorität über ihn zu erlangen, obwohl es gewisse grundsätzliche Menschenrechte gibt, auf denen ein Rat bestehen muß. Ein Rat sollte immer den religiösen und gesellschaftlichen Pluralismus seines Volkes im Auge behalten und die Säkularität des Staates unterstützen. Doch eine der vielen Funktionen, deretwegen ein Rat besteht, liegt darin, richtungsweisend in einigen der gegenwärtigen Auseinandersetzungen innerhalb der Gesellschaft zu sein. Wenn wir für Christus und das Evangelium Zeugnis ablegen, bedeutet das auch, daß wir Erklärungen abgeben in Angelegenheiten, die das Wohlbefinden von Menschen zu Hause oder in Übersee betreffen. Der christliche Sendungsauftrag schließt sowohl den direkten Dienst an einzelnen ein als auch die Arbeit an der Veränderung der Strukturen, unter denen einzelne zu leiden haben.

25. Wo es noch nicht geschehen ist, fordern wir Mitgliedskirchen auf, ihrem Rat Mut zu machen, für diese Kirchen in denjenigen kontroversen Fragen Pionierarbeit zu leisten, in denen einzelne Kirchen nicht handeln wollen oder können. Wir fordern die Kirchen ebenfalls auf, für das Recht des Rates einzutreten, selbst etwas tun zu dürfen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt der Geschichte müßten die Räte mitbeteiligt sein an:

- a) Maßnahmen, die die Entwicklung fördern und soziale Gerechtigkeit gewährleisten,
- b) Maßnahmen um den Rassismus und die Ungerechtigkeit zu bekämpfen und Versöhnung herbeizuführen,
- c) nationalen und internationalen Anliegen.

K. Das uns am stärksten gemeinsame Problem

26. Die Schwierigkeit, die unsere Räte am ehesten miteinander teilen, besteht darin, daß einige Kirchen widersprüchliche Haltungen uns gegenüber einnehmen. Einerseits sind die Kirchen der Ansicht, daß sie den Räten nur einen sehr kleinen Ausschnitt aus ihrer Arbeit und nur einen stark begrenzten Auftrag übergeben sollten, andererseits erwarten eben dieselben Kirchen mehr dienende Arbeit als der Rat überhaupt zu geben vermag. Der tatsächliche Erfolg der ökumenischen Bewegung bedeutet eben auch, daß eine zunehmende Zahl von Anforderungen an den Mitarbeiterstab eines Rates gerichtet werden, die verglichen mit dem Gesamtmitarbeiterstab der Mitgliedskirchen winzig klein ist.

27. Oft bleibt die Verpflichtung der Kirchen, sich an den finanziellen und personellen Mitteln des Rates zu beteiligen, ein Stück Papier. Wenn aber die Kirchen wirklich ernsthaft einen Rat gründen, sollte daraus folgen, daß sie ihn mit all dem unterstützen, was er zum funktionsgerechten Arbeiten braucht. Man sollte die ökumenische Zusammenarbeit in angemessener Weise bezahlen oder sie lieber bleiben lassen. Eine Kirche sollte eigentlich bereit sein, ihre eigenen Vorhaben einzuschränken, um ihren gerechten und vollen Anteil für die Arbeit eines Rates beisteuern zu können.

28. Wir empfehlen die Praxis, die von einigen Kirchen ausgeübt wird:

Mitarbeiter des Rates finanziell zu unterstützen oder eine Unterkunft für den Mitarbeiterstab bereitzustellen oder einige Mitarbeiter für eine Teilzeitbeschäftigung im Rat freizustellen.

L. Finanzielle Unabhängigkeit

29. Zwar sollte jeder Rat jede mögliche Anstrengung unternehmen, finanziell unabhängig zu werden, aber in vielen Ländern ist das Einkommen der Menschen zu niedrig, als daß dieses Ziel erreicht werden könnte. Die Abhängigkeit von dritter Seite wird weiterbestehen, und wir müssen alle die Bereitschaft aufbringen, je nach unseren Gegebenheiten zu nehmen oder zu geben.

Wir schlagen vor, daß die Räte, die auf das Ziel finanzieller Unabhängigkeit hinarbeiten, folgende Methoden kombinieren sollten:

1. Hilfe aus dem eigenen Land (die Beiträge der Mitgliedskirchen sollten den größten Teil des Einkommens eines Rates ausmachen).

2. Hilfe aus der Ökumene (Unterstützung von außen durch den Weltrat der Kirchen oder andere Kanäle).

3. Besondere Einkünfte (zweckbestimmte Einkünfte für besondere Aktivitäten, die vorwiegend durch ökumenische Kanäle gegeben werden) und, wenn es zweckmäßig erscheint,

4. Kapitalanlagen (was Eigentum, Legate, Zinsen und Einkünfte für geleistete Dienste einschließt).

30. Wir unterstreichen die Gefahr einer Abhängigkeit von Beihilfen aus anderen Ländern, und wir fordern die Räte auf, konkrete Schritte zu unternehmen, diese Vorschläge zu verwirklichen. Wenn Hilfe gegeben wird, sollten die Kirchen in den „entwickelten“ Ländern, von denen die Unterstützung ausgeht, ihre Gaben den Räten und auch den Kirchen in der Weise anbieten, daß diese selbst dann entscheiden können, wofür sie sie verwenden wollen.

M. Die Kommunikation muß verbessert werden

31. Die Errichtung eines wirksameren Kommunikationsnetzes der Räte untereinander ist dringend notwendig. Ein solches Kommunikationsnetz sollte einschließen:

a) die Kommunikation zwischen den Räten und ihren Kirchen und den Mitgliedern der Kirchen;

b) die Kommunikation mit kontinentalen Kirchenkonferenzen und dem Weltrat der Kirchen.

Besondere Aufmerksamkeit muß gerichtet werden auf

1. den Gebrauch der modernen Kommunikationsmittel, einschließlich der Massenmedien für die Mitgliedskirchen, der lokalen Gemeinde und für das ganze Land, und

2. eine wirkungsvollere Berichterstattung und das „feed back“.

32. Alle lokalen Aufgaben sollten in einer ganzheitlichen Perspektive gesehen werden. Zum Schluß betonen wir deshalb zweierlei. Erstens besteht die große Notwendigkeit, denjenigen Menschen, die sich auf Ortsebene an den ökumenischen Aktivitäten engagieren, zu helfen, daß sie in zunehmendem Maße Verständnis gewinnen für die weltweite ökumenische Bewegung. Aber Nationale Christenräte allein können die Menschen nicht zu dieser weiteren Sicht führen. Mitgliedskirchen haben in erster Linie die Aufgaben, ihre eigenen Glieder zu einem weiteren Bewußtsein zu führen. Sie müssen hier ihre eigene Verantwortung übernehmen. Die Mitarbeiter des Rates sind natürlich bereit, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um hier Hilfestellung zu leisten

33. Die andere große Notwendigkeit besteht darin, dem Wort „ökumenisch“, das für zu viele nur noch eine ausgeleierte Vokabel ist, eine neue und provozierende Bedeutung zu verleihen. Menschen müssen von der die Seele zerstörenden Gefangenschaft befreit werden, in der sie sich innerhalb eines kleinen Ausschnittes einer einzigen kirchlichen Tradition befinden. Der recht verstandene Ökumenismus ist ein Abenteuer voll der Freude am Evangelium und des Erlebnisses, neue Brüder und Schwestern in Christus zu finden. Er ist ein Ruf an den Christen, sich über die denominationalen Gefangenschaften hinweg die Hand zu reichen, um sich in neuer Freiheit und mit frischem Elan am Dienst der Welt zu engagieren, die durch die Ungerechtigkeit geteilt und mit Angst durchsetzt ist. Christus ruft uns, Diener der Versöhnung zu sein, Werkzeuge der Vergebung, Kämpfer für die Gerechtigkeit, Mittler, mit deren Hilfe er Männer und Frauen in die neue Menschheit führen

kann, deren Haupt er ist. Dies ist die ökumenische Aufgabe, und die Räte wie die Kirchen leben darum, um ihr zu dienen.

ERKLÄRUNG AN DEN WELTRAT DER KIRCHEN

Die Konferenz für Christenräte, die vom 28. Juni bis 7. Juli 1971 in Genf stattfand, möchte dem Rat der Kirchen folgende Botschaft übermitteln.

1. *Dank.*

Wir sind der Vierten Vollversammlung des Weltrates der Kirchen sehr dankbar, daß sie 1968 in Uppsala die Initiative ergriff, die zu der nun stattgefundenen Konferenz führte.

Wir bekunden hiermit ausdrücklich unsere Anerkennung der Arbeit, die von Pfarrer Victor Hayward, dem ÖRK-Sekretär für Beziehungen zu den Nationalen Christenräten, geleistet wurde, der als Ergebnis der in Uppsala gefällten Entscheidung ernannt wurde. Unsere Anerkennung gilt besonders (a) seiner Arbeit, durch die er uns zu dieser einzigartigen Erfahrung auf dieser Konferenz verholfen hat, mit deren Hilfe es den Nationalen Christenräten ermöglicht wurde, einander kennenzulernen; (b) dem Materialdienst, den er regelmäßig herausgibt, und (c) seinen Besuchen die er im Zeitraum von drei Jahren etwa 80 Nationalen Christenräten abstattete.

In der Vorbereitung dieser Konferenz half Mr. Hayward eine Mitarbeiter-Planungsgruppe, der wir auch danken. Wir danken dem Exekutivkomitee des Weltrates, daß es die Notwendigkeit erkannt hat, diese Konferenz auf die Beine zu stellen. Wir danken ebenfalls denjenigen Spendern, die es manchen Christenräten ermöglicht haben, denen ohne diese finanzielle Hilfe eine Teilnahme an dieser Konferenz versagt geblieben wäre.

2. *Bericht an die Nationalen Christenräte und Kirchen.*

Neben den Bemerkungen, die wir nun dem Weltrat der Kirchen zukommen lassen, geht ein Bericht an alle unsere Räte und ihre Mitgliedskirchen. Zu ihrer Information legen wir ein Exemplar dieses Berichtes bei.

3. *Zusammenarbeit.*

Um zu versuchen, den von seinen Mitgliedskirchen erhaltenen Auftrag zu erfüllen, sind wir der Ansicht, daß der Weltrat ganz bewußt so intensiv wie möglich mit den Nationalen Christenräten zusammenarbeiten sollte.

4. In manchen Situationen erfordert die Erfüllung des Auftrages der Mitgliedskirchen, daß der Weltrat der Kirchen nicht nur direkt mit seinen Mitgliedskirchen und den Nationalen Christenräten verhandelt, sondern auch mit anderen Gruppen und Einzelpersonen, von denen einige auch als umstritten angesehen werden können. In solchen Fällen sollte normalerweise eine eingehende und offenherzige beiderseitige Diskussion über die anstehenden Fragen stattfinden.

5. Wenn der Weltrat der Kirchen sich mit einer Frage befaßt, die einen Nationalen Christenrat und seine Mitgliedskirchen betreffen könnte, sollte normalerweise im voraus ein beiderseitiges Gespräch stattfinden.

6. *Nationale Christenräte als ein wichtiges Instrument der Ökumenischen Koordinierung.*

Einige Nationale Christenräte sind öffentlicher oder indirekter Konkurrenz anderer Formen zwischenkirchlicher Zusammenarbeit unterworfen. Dies gilt besonders für die Einrichtung spezieller Programme oder Projekte, die für sich genommen ausgezeichnet sind, bei denen aber die Kirchen oder der ÖRK entscheidende Hilfsmittel durch neue und oft völlig beziehungslos nebeneinanderstehende Strukturen schleust.

An diesem Punkt erbitten wir die Hilfe des ÖRK in dreifacher Weise. Zuerst erbitten wir seine Richtungsweisung für Nationale Christenräte, die er auf der Grundlage der besten weltweiten Erfahrung und der Konzeptionen der „Ökumene“ zu geben vermag. Zweitens bitten wir den Ökumenischen Rat dringend darum, bei der Verteilung und der Verwaltung seiner eigenen Entwicklungsgelder und anderer Fonds genau auf die immer noch bestehende ökumenische Notwendigkeit von lebenswichtigen Räten zu achten. Drittens hoffen wir, daß der Ökumenische Rat seinen Mitgliedskirchen helfen kann, wenn sie kooperativen christlichen Programmen in ihren eigenen und anderen Ländern direkte Unterstützung gewähren, die eigentliche Funktion und die Arbeitsfähigkeit der Räte nicht zu vergessen.

7. Nationale Christenräte und andere Organisationen sollten eingeladen werden, ihre Prioritätenlisten und Hauptanliegen dem Weltrat der Kirchen mitzuteilen und sie sollten von Zeit zu Zeit vorschlagen, daß gewisse Dinge auf Weltebene verhandelt werden.

8. In Anbetracht der Bedeutung und sogar der Dringlichkeit der Aufgabe, die gegenseitige Bereicherung durch Erfahrungsaustausch, durch Informationen und finanzielle Mittel zwischen nationalen und regionalen Räten und Gruppen zu verwirklichen, wird der ÖRK aufgefordert, auf Bitten hin problemorientierte Konferenzen der betreffenden Räte und Gruppen zu ermöglichen. Fragen wie die Beziehungen zu den Nichtmitgliedskirchen, Rassenprobleme, der theologischen Entwicklung und der internationalen Fonds drängen sich für diese begrenzten Konferenzen geradezu auf.

9. Es wird vorgeschlagen, daß Mitgliedskirchen und Nationale Christenräte eingeladen werden, dem ÖRK bei der Nennung von Namen fähiger Leute zu helfen, die für offene Stellen im Stab des ÖRK in Frage kämen.

10. *Anerkennung der Nationalen Christenräte.*

Wir sind dankbar für die Anerkennung der Nationalen Christenräte, die in der neuen Struktur des Weltrates der Kirchen Eingang gefunden hat, und durch den Schritt des Zentralaussschusses in Addis Abeba, der nun klarlegt, in welcher Beziehung die Räte zum ÖRK stehen.

Wir bitten den ÖRK, weiter über die Wege und Mittel nachzudenken, wie das „Zusammensein“ der Kirchen in bestimmten Ländern und Gebieten anerkannt werden kann, in denen Kirchen (einige von ihnen sind Mitgliedskirchen des ÖRK und andere nicht) eine Gemeinschaft eigener Art entwickelt haben. Wir bitten, daß den Wörtern „assoziiert“ und „in Verbindung mit“ (affiliated), die der ÖRK im Zusammenhang mit den Nationalen Christenräten gebraucht, ein neuer Inhalt verliehen wird.

11. *Stärkung der Räte.*

Wir empfehlen, daß der ÖRK sich bemüht, wo immer es möglich und wünschenswert erscheint, die Räte im ganzen zu stärken und nicht nur deren besondere Projekte.

12. Wir bitten das Sekretariat für Beziehungen zu den Räten, nach Absprache mit den Einheiten und Unterabteilungen des ÖRK Mittel und Wege zu prüfen, mit denen Hilfe an die Nationalen Christenräte weitergeleitet werden kann, um etwa Stiftungen in genügender Höhe zu gewährleisten, so daß ein Teil des erforderlichen Einkommens bereitgestellt ist. Dabei muß auch ganz besonders auf die Notwendigkeit geachtet werden, die fortlaufenden Verwaltungskosten zu decken.

13. Wenn Mr. Hayward seine Prioritätenliste für die nächste Zeit aufstellt, bitten wir ihn, die Möglichkeit zu erwägen (a) diese inhaltlich zu erweitern und häufiger erscheinen zu lassen; (b) eine engere Koordinierung zwischen verschiedenen Einheiten, Kommissionen und Ausschüssen des Weltrates der Kirchen in ihren Beziehungen zu regionalen Konferenzen und Nationalen Christenräten aufzubauen; und (c) seine Besuche, die er den Räten abstattet, fortzuführen.

14. *Besuche bei den Räten.*

Trotz allem, was bisher getan wurde, bitten wir darum, daß noch mehr Arbeit im Blick auf die Besuche des ÖRK bei den verschiedenen Aktionen und Nationalen Christenräten geleistet wird. Ist eine bessere Koordinierung möglich? Können diese Besuche noch wirksamer ausgenützt werden?

15. *Studienarbeit.*

a) Damit die Nationalen Christenräte aktiv am ökumenisch-theologischen Denken und an der ökumenischen Forschung teilhaben können, bitten wir den Ökumenischen Rat, jährlich eine Liste der Studienarbeiten, die er unternimmt, zu veröffentlichen, so daß ein Nationaler Christenrat diejenigen, die ihm für seine eigene Situation wichtig erscheinen, auswählen kann, und

b) wir bitten die anderen Räte, den ÖRK von allen Studienarbeiten, die sie sich in ihrer Situation vornehmen, zu unterrichten.

16. *Fragen der zwischenkirchlichen Hilfe.*

Als Teilnehmer dieser Konferenz erklären wir hiermit ausdrücklich, daß denjenigen Programmen und Projekten, die die Ausbildung und Erziehung von Einzelpersonen fordern, höchste Dringlichkeit eingeräumt werden sollte. Wir empfehlen, daß die Kommission

für Zwischenkirchliche Hilfe die Aufmerksamkeit ihres eigenen Ausschusses und diejenige aller mit ihr in Verbindung stehenden Nationalen Christenräte und Spenderorganisationen auf diese Frage lenkt.

17. Wir begrüßen den Versuch der Kommission für Zwischenkirchliche Hilfe die Arbeit ihres Projektprogrammes in einer Weise einer Prüfung zu unterziehen, daß hinsichtlich von Prioritäten wirksame Beschlüsse in den „Entwicklungsländern“ gefaßt werden können.

18. Jugendräte.

Wir empfehlen, daß der Ökumenische Rat möglichst bald neue Formen der Erziehung von Führungskräften, die der gegenwärtigen Situation entspricht, unter jungen Leuten aller Schichten (Studenten und anderen) in unseren Kirchen entwickelt und dieses Programm so früh wie möglich verwirklicht.

EMPFEHLUNG AN DIE CHRISTENRÄTE

1. Proselytismus und religiöse Freiheit

a) Das Dokument „Gemeinsames Zeugnis und Proselytismus“ möge allen Nationalen Christenräten zum gründlichen Studium für die Kommunikation und die Zusammenarbeit mit Kirchen und anderen christlichen Gruppen empfohlen werden.

b) Die Nationalen Christenräte mögen mit einer Übersicht beginnen, die in Anbetracht der Menschenrechte und der religiösen Freiheit die Situation, den Umfang und die Lage der Probleme in den verschiedenen Ländern erkunden soll.

2. Räte in Ländern, in denen eine Kirche stark überwiegt

Wir empfehlen, daß

a) die vorherrschenden Kirchen die Rolle der anderen Kirchen dergestalt ernst nehmen, daß diese nicht nur ein Teil des Rates ausmachen, sondern gleiche Rechte und Verantwortung haben.

b) Wo in einem Rat eine Kirche überwiegt, sollen sich die Kirchen zunutze machen, daß sie die hauptamtlichen Funktionäre dieses Rates manchmal aus den anderen Kirchen ernennen können.

c) Die zunehmende Tendenz der Zusammenarbeit mit anderen Konfessionen und Traditionen auf der kontinentalen und globalen ökumenischen Ebene soll auch auf der nationalen und lokalen Ebene reflektiert werden.

d) Da wir der Ansicht sind, daß die ökumenische Gemeinschaft eine entscheidende Stärkung erfahren würde, wenn die Kirchen regelmäßig Vertreter anderer Mitgliedskirchen ihres Rates zu ihren eigenen Vollversammlungen (Synoden) einladen würden, sollten die Kirchen Anstrengungen unternehmen, um dies zu erreichen, und sollten diese Vertreter nicht nur als Beobachter, sondern als Teilnehmer einladen.

3. Das Programm zur Bekämpfung des Rassismus

Wir fordern die Nationalen Christenräte dringend auf, in ihrer Eigenschaft das Programm zur Bekämpfung des Rassismus zu prüfen, wie es vom Zentralausschuß im Januar 1971 bestätigt wurde und im Rahmen ihrer eigenen nationalen Situation in positiver Weise darauf zu antworten und zu handeln.

4. Jugendräte

Wir empfehlen den Nationalen Christenräten und ihren Mitgliedskirchen, die Jugendarbeit in ihren Gebieten auf einer ökumenischen Grundlage zu entwickeln.

5. Entwicklungsfragen

a) Wir empfehlen den Nationalen Christenräten, die Beteiligung an Entwicklungsfragen zu einem dringenden Anliegen für Studienarbeiten zu machen, die zu größerem Handeln

führen können, und daß zu diesem Zweck die Erklärung, die vom ÖRK-Zentralausschuß gebilligt wurde und die die Rolle der Kirchen in Entwicklungsfragen betrifft, von den Nationalen Christenräten beantwortet werden sollte.

b) Wir bitten jeden Rat dringend zu überprüfen, wie weit gemeinsames Handeln mit den Katholiken besonders im Bereich der Entwicklungsarbeit geleistet werden kann und daß zu diesem Zweck den Veröffentlichungen von SODEPAX Beachtung geschenkt werden sollte.

Wenn auch die verschiedenen Aspekte dieser Berichte und Empfehlungen nicht auf alle Kirchen- und Christenräte in gleicher Weise anwendbar sind, so hat sich doch eine Gemeinsamkeit dieser „mittleren Ebene“ herausgestellt, die als Bindeglied und Instrument zwischenkirchlicher Beziehungen für den Aufbau der Gesamtökumene von größter Bedeutung in den kommenden Jahren sein dürfte.

II. INNERDEUTSCHE ÖKUMENE

Die Tendenz der letzten Jahre lief auf eine Stärkung der *Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in Deutschland* als Kristallisationspunkt der innerdeutschen Ökumene hinaus. Dies hängt mit der sich verstärkenden Mitarbeit der römisch-katholischen Kirche in der Arbeitsgemeinschaft zusammen, die zunächst in der Entsendung von Weihbischof Dr. Kleinermeilert (Trier) und Prof. Bläser (Paderborn) als „Gäste und Vertreter“ durch die Deutsche Bischofskonferenz im März 1969 ihren Ausdruck fand. Am 3. Juni 1969 fand in Frankfurt am Main eine Konsultation aller mit ökumenischen Aufgaben befaßten kirchlichen Dienststellen und Einrichtungen statt, die sich – wenn auch in abgestufter Form – für einen Ausbau der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in Deutschland aussprach. Dem gleichen Ziel diente eine Begegnung der Arbeitsgemeinschaft mit dem Rat der EKD am 20. Juni. Nach weiteren Verhandlungen setzte die Arbeitsgemeinschaft im Juli 1970 einen Planungsausschuß ein, der unter römisch-katholischer Beteiligung neue Richtlinien erarbeiten sollte, um einen engeren Zusammenhalt und eine größere Effektivität der Arbeitsgemeinschaft zu gewährleisten. Seit Herbst 1970 ließ sich die Deutsche Bischofskonferenz auch durch einen ständigen Mitarbeiter in der Ökumenischen Centrale – den Dozenten Dr. Peter Manns (Mainz) – vertreten, dessen Nachfolger am 1.1.1972 Dr. Hans-Jörg Urban mit einem auf zunächst drei Jahre befristeten Auftrag wurde. Auch die Griechisch-Orthodoxe Metropole in der Bundesrepublik schloß sich im Frühjahr 1971 gastweise der Arbeitsgemeinschaft an.

Mit der Pfingstbewegung – vertreten durch den Christlichen Gemeinschaftsverband Mülheim/Ruhr und die Arbeitsgemeinschaft der Christengemeinden in Deutschland (Erzhausen bei Darmstadt) – fand am 7.11.1969 ein zweites theologisches Gespräch statt – das erste wurde noch 1967 gehalten –, was zur gastweisen Aufnahme des Mülheimer Verbandes in die Arbeitsgemeinschaft im Frühjahr 1970 führte. Die Altreformierten Kirchen – bisher im Gastverhältnis zur Arbeitsgemeinschaft – wurden 1972 als Vollmitglied aufgenommen.

Hand in Hand mit der Stabilisierung der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kir-

chen in Deutschland ging die Gründung regionaler Arbeitsgemeinschaften. Neun solcher Arbeitsgemeinschaften sind in der Berichtszeit entstanden bzw. vorbereitet worden. Gleichzeitig bildeten sich an der Basis eine größere Zahl lokaler Arbeitsgemeinschaften oder Christenräte, die auf über 70 geschätzt wird. Daneben gibt es eine Fülle von ökumenischen Spontan- und Aktionsgruppen, die sich zum Teil nur schwer erfassen lassen. Man rechnet mit 300 bis 400 solcher Zusammenschlüsse und Gemeinschaften, die vielfach auch charismatischen Charakter tragen. Eine Umfrage der Ökumenischen Centrale ermittelte außerdem 183 Studienkreise, die sich mit theologischen Fragen befassen. Eine eindeutige Klassifizierung aller dieser Gruppierungen ist kaum möglich, da es vielfältige Mischformen gibt. Ein großer Teil der aufgezählten Zusammenschlüsse lehnt nicht nur die Institutionalisierung, sondern auch die Verbindung mit kirchlichen Institutionen ab. Dieser Trend führte Anfang Mai 1969 in Arnoldshain zur Gründung der *Arbeitsgemeinschaft Ökumenischer Kreise* (AÖK), die rund 300, allerdings auch in sich sehr verschiedener ökumenischer Kreise vereinigt. 1970 und 1972 fanden zwei weitere Arbeitstagungen in Volkersberg/Röhn und Arnoldshain statt. Durch die im Vorstand verankerte Mitarbeit der Ökumenischen Centrale in Frankfurt am Main und des Ökumenischen Instituts Niederaltaich ist allerdings die Verbindung mit den kirchlichen Institutionen aufrechterhalten worden. Auch wird die Geschäftsführung seit Sommer 1972 treuhänderisch durch die Ökumenische Centrale wahrgenommen. Vielfach arbeiten diese Kreise noch in den regionalen Arbeitsgemeinschaften mit.

Nicht selten ist das gemeinsame Gebet Ausgangs- oder Zielpunkt ökumenischer Gemeinschaft. Was die äußere Beteiligung anbetrifft, so liegt dabei der *Weltgebetstag der Frauen* unbestritten an der Spitze, doch auch die alljährliche *Ökumenische Gebetswoche* hat im kirchlichen Leben der Bundesrepublik mit dem Absatz von etwa 200 000 Handreichungen – davon 130 000 im katholischen und 70 000 im evangelischen Bereich – festen Fuß gefaßt. Nicht unerwähnt sollen auch die vier von der Ökumenischen Centrale veranstalteten Tagungen bleiben, die mit 250–300 Teilnehmern pro Jahr der Vertiefung ökumenischen Gedankenguts in Pfarrerschaft und Gemeinden dienen. Hierher gehört auch die alljährlich vom Kirchlichen Außenamt der EKD veranstaltete ökumenische Herbsttagung in Arnoldshain, an der ebenfalls Vertreter aller Kirchen teilnehmen.

Ein neues Phänomen stellt die *Arbeitsgemeinschaft ökumenisch interessierter Verlage* dar, die sich im September 1972 während der Buchmesse in Frankfurt/Main konstituierte. Ihr gehören fast 30 deutschsprachige Verlage an, die sich eine sinnvolle und möglichst effektive Verbreitung des vom ÖRK herausgegebenen Schrifttums angelegen sein lassen.

Der *Deutsche Ökumenische Studienausschuß* – eine Einrichtung der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in Deutschland – hat sich auch in den vergangenen Jahren um eine Intensivierung der ökumenischen Studienarbeit in den deutschen Kirchen bemüht. Als ein auch einer breiteren Öffentlichkeit zugängliches Ergebnis sei hier auf das Buch „Zum Thema: Eine Kirche – eine Menschheit“ (Verlag Katholisches Bibelwerk, Stuttgart 1971) verwiesen.

Schließlich seien die von der EKD geführten *bilateralen Dialoge* erwähnt, die

in ihrer ökumenischen Bedeutung kaum zu überschätzen sind. Auf Anregung des Ökumenischen Patriarchen Athenagoras I., die bereits auf das Jahr 1966 zurückgeht, wurde vom 16.–19.3.1969 in Istanbul ein erstes theologisches Gespräch zwischen dem Ökumenischen Patriarchat von Konstantinopel und der Evangelischen Kirche in Deutschland als „Dialog des Glaubens und der Liebe“ geführt. Das Protokoll ist unter dem genannten Titel als Beiheft zur „Ökumenischen Rundschau“ Nr. 11, 1970 in Stuttgart erschienen. Ein zweites Gespräch vom 4. bis 8.10.1971 folgte in Arnoldshain (die Texte sind unter dem Titel „Christus – Das Heil der Welt“ als Beiheft zur „Ökumenischen Rundschau“ Nr. 22 veröffentlicht). Die vierte Gesprächsrunde zwischen der EKD und der Russischen Orthodoxen Kirche fand vom 12. bis 19.9.1969 in Leningrad statt (vgl. „Taufe – Neues Leben – Dienst“, Luther-Verlag, Witten 1970). Ein weiteres Gespräch schloß sich vom 20. bis 28.10.1971 in Kloster Kirchberg (Württ.) an, das zum Thema hatte „Der auferstandene Christus und das Heil der Welt“ (erschieden im Luther-Verlag, Witten 1972). Die dritte theologische Konferenz zwischen Vertretern der EKD und der Kirche von England wurde vom 31.3. bis 3.4.1970 in Launde Abbey abgehalten, wobei „Die Darstellung des christlichen Glaubens heute – Wesentliches und Unwesentliches“ Verhandlungsgegenstand war. Vorträge und Diskussion sind unter dem Titel „Experiment: Glaube“ als Beiheft zur „Ökumenischen Rundschau“ Nr. 16 veröffentlicht worden.

Evangelische Frauenarbeit in Deutschland

Von Waltraut Rabes

Das Stichwort „Evangelische Frauenarbeit“ ist mehrdeutig. Einmal ist an alles das zu denken, was evangelische Frauen in Verbänden, Arbeitsgemeinschaften und losen Gruppierungen in Gemeinde, Kirchenkreis und Landeskirche tun. Gemeint ist aber auch die „Evangelische Frauenarbeit in Deutschland e.V.“ mit Sitz in Frankfurt am Main. Dies ist ein Zusammenschluß – in Art eines Dachverbandes – von 17 Landeskirchlichen Frauenwerken und 28 Frauenorganisationen mit unterschiedlichen Strukturen und Organisationsformen und verschiedenen Arbeitsgebieten. Vielfach haben sich auch auf der Ebene der Landeskirchen solche „Dachverbände“ gebildet, wo, ähnlich wie in der Frauenarbeit in Deutschland, die Arbeit der evangelischen Frauen koordiniert wird.

In diesem Bericht soll von den wesentlichen Arbeitsgebieten der evangelischen Frauenarbeit auf der Ebene der Gemeinde und von besonderen Schwerpunkten der Arbeit auf der überregionalen Ebene die Rede sein. Danach soll die Arbeit des Dachverbandes mit den Schwerpunkten seiner Arbeit dargestellt werden.

I. VON DEN ANFÄNGEN

„Ein zweifacher Aufbruch der Frauen hat sich im 19. Jahrhundert zugetragen. An zwei verschiedenen Stellen sind Frauen veranlaßt worden, aus dem engen Rahmen ihres bisherigen Lebens herauszutreten in die Weite verantwortlicher Mitarbeit in Kirche und Volk: In der Frauendiakonie und in der Frauenbewegung ... Die beiden Bewegungen haben sich nie gefunden, obgleich es zwischen ihnen mehr Gemeinsamkeiten gibt als man gewöhnlich annimmt.“ So schrieb Anna Paulsen vor zehn Jahren in der Einleitung zu ihrem Buch „Aufbruch der Frauen“. Ein zweifacher Aufbruch der Frauen – zwei verschiedene Linien, die weit über ein Jahrhundert hindurch nebeneinander verlaufen sind. Es scheint, als berührten, ja vereinigten sich beide Linien heute endlich. Die Grenzen zwischen diakonischer Arbeit und Bildungsarbeit – und um Bildungsarbeit handelt es sich vornehmlich bei dem, was von der Frauenbewegung ausging, trotz allen sozialen Engagements – sind fließend geworden. Wir erkennen, daß diakonische Arbeit nicht nur Sache des guten Willens und des warmen Herzens ist, sondern auch Sache des Wissens und Könnens, daß sie ständig reflektiert und kritisch begleitet werden muß, daß der Mensch, der in irgendeiner Weise, und sei es „nur“ ehrenamtlich, in der Diakonie tätig ist, sich ständig weiterbilden muß. Wir erleben es andererseits in der Praxis evangelischer Frauengruppen, daß zunächst bestimmte Fragen und Probleme unserer Zeit diskutiert werden und daß man dann wie selbstverständlich auch zu bestimmten Aktivitäten kommt, für andere.

Der erste Verein evangelischer Frauen war der 1832 von Amalie Sieveking gegründete „Frauenverein für Armenpflege“. Es war ein Zusammenschluß von evan-

gelischen Frauen, die ihre Aufgabe nicht nur im Sammeln und Opfern von Spenden für Arme sahen, sondern deren Ziel es war, Arbeit statt Almosen zu vermitteln. „Hilfe zur Selbsthilfe“, würden wir heute sagen. Die Not, wie sie Amalie Sieveking begegnete, war die Not der Verarmten und Entrechteten. Ihnen wollte sie mit ihrem Verein helfen. Daß sie, die zunächst Unerfahrene, den Rat von Männern suchte, die in der Diakonie bewährt waren, war ihr selbstverständlich. Ebenso selbstverständlich war es ihr aber auch, daß sie den Vorsitz im Verein selbst übernahm und damit Planung, Organisation und Verantwortung. Amalie Sieveking hat den Frauen, die sie als Helferin gewann, zwar ein Stück Lebensinhalt gegeben und damit Lebenshilfe geleistet; wir würden heute sagen: sie hat ihnen zur Selbstverwirklichung verholffen. Daß sie damit aber auch einen Beitrag zur „Bildung“ der Frauen leistete, ist ihr selbst unbewußt geblieben. Sie hat die Begegnung mit der Frauenbewegung gescheut.

Träger der organisierten Frauenbewegung, die als solche schon vorher in Ansätzen da war, wird 1865 der „Allgemeine Deutsche Frauenverein“. Er wird zum sichtbaren Ausdruck für den zweiten Aufbruch der Frauen im 19. Jahrhundert, der die Bildung und geistige Förderung der Frauen zu seiner Aufgabe machte. Ausgangspunkt für Luise Otto-Peters, eine der Gründerinnen des Vereins, war die Beobachtung der sozialen Not der Arbeiterin. Ihr wurde bald deutlich, daß zur Vermeidung solcher sozialen Not und zu ihrer Behebung Bildung und Ausbildung dringend erforderlich waren.

Am Ausgang des 19. Jahrhunderts, das diesen doppelten Aufbruch der Frauen brachte, entstehen zwei evangelische Frauenverbände. Sie entsprechen in gewisser Weise den zwei Linien dieses Aufbruchs. Es sind die Evangelische Frauenhilfe und der Deutsch-Evangelische Frauenbund, beide 1899 gegründet. Beide Frauenverbände wollen bewußt evangelische Frauenarbeit tun. Im Aufruf der Kaiserin Auguste Victoria, der zur Gründung der Evangelischen Frauenhilfe führte, heißt es: „An die evangelischen Frauen und Jungfrauen richtet sich meine herzliche Bitte, einzuladen und mitzuhelfen, daß wir unserem Volk die Segnungen des Evangeliums in stets reicherm Maße zuwenden und erhalten“. Aus diesem Einsatz für das Evangelium wurde praktisch bald eine umfangreiche diakonische Arbeit. Der Deutsch-Evangelische Frauenbund versteht sich bei seiner Gründung als „eine Vereinigung von Frauen und Frauenvereinen, die im Sinne des Evangeliums mitarbeiten wollen an der Lösung der Frauenfrage und der religiös-sittlichen Erneuerung des Volkslebens“. Es gibt heute viele Überschneidungen im Aufgabenkreis beider Frauenverbände. Aber von den Anfängen darf man sagen: Bei der Evangelischen Frauenhilfe lag der Schwerpunkt auf diakonischem Gebiet, beim Deutsch-Evangelischen Frauenbund auf dem Gebiet der Bildungsarbeit.

Die Arbeit des Deutsch-Evangelischen Frauenbundes blieb mehr auf die größeren Städte beschränkt. Die Evangelische Frauenhilfe hatte in den Landeskirchen, in denen sie Eingang fand, örtliche Frauengruppen in fast jeder Gemeinde, oft in jedem Pfarrbezirk. Aber nicht in jeder Landeskirche gab es Arbeit evangelischer Frauen in Form der Frauenhilfe, nicht in jeder Landeskirche hielt sich diese Form der Arbeit. In einigen Landeskirchen entstanden Landeskirchliche Frauenwerke; in Bayern arbeitete der Bayerische Mütterdienst. Gemeinsam ist allen diesen Organisationen und Gruppierungen, daß sie evangelischen Frauen hel-

fen wollen, ihre Aufgaben in Familie und Beruf, in Kirche und Gesellschaft zu erkennen und zu erfüllen. Biblisch-theologische Arbeit, diakonische Arbeit und Bildungsarbeit blieben die Strukturelemente evangelischer Frauenarbeit.

II. GEMEINDEBEZOGENE FRAUENARBEIT

In vielen Gemeinden gab es früher die eine Frauengruppe, zu der Mutter und Tochter gehörten, die für alle Generationen und alle Bildungsschichten offen war. Heute wird fast überall in der gemeindlichen Frauenarbeit an die unterschiedlichen Bedürfnisse der Generationen gedacht, ebenso wird den verschiedenen Interessengebieten mehr Rechnung getragen. Die jüngeren Frauen scheuen meist den Anschluß an einen größeren Verband oder die Verbindung zu ihrem landeskirchlichen Frauenwerk; erst wenn der Blick auf größere Aufgabengebiete fällt, werden die Vorzüge von übergemeindlichen Zusammenschlüssen erkannt. Dagegen wird heute vielfach bei bestimmten Arbeitsvorhaben ganz selbstverständlich die Zusammenarbeit mit den Männern der Gemeinde, mit der katholischen Frauengemeinschaft oder auch mit kirchlich nicht gebundenen Menschen gesucht.

Geselligkeit und Unterhaltung, die Möglichkeit der Kommunikation, wie sie eine Frauengruppe bietet, können als Wert für viele Gemeindeglieder nicht hoch genug eingeschätzt werden. Besonders für die vielen älteren und einsamen Frauen sind das wichtige Faktoren. Daneben besteht aber auch ein lebhaftes Interesse an Fragen des kirchlichen, des sozialen und politischen Lebens. Da, wo andere Bildungseinrichtungen wie Volkshochschulen und Akademien nicht zu erreichen sind, oder wo Scheu die Frauen am Besuch dieser Einrichtungen hindert, bekommt die Frauengruppe besondere Bedeutung. Je besser das „Klima“ in einer Gruppe ist, um so offener wird gefragt und diskutiert, und um so mehr ist man zum wirklichen Weiterlernen bereit. Das Gespräch, die Auseinandersetzung mit den anderen, ist dabei für das Gewinnen eines eigenen Standpunktes meist hilfreicher als der Experten-Vortrag. Weiter ist zu beobachten: je lebendiger und intensiver sich eine Gruppe mit den Problemen unserer Zeit auseinandersetzt, um so eher ist sie für praktisches Engagement, für diakonische und soziale Mitarbeit bereit.

Immer häufiger geht die Leiterin einer Gruppe dazu über, die Frauen an der Themenfindung und an der Gestaltung der Zusammenkünfte zu beteiligen. Die allround-Leiterin wird seltener. Das Leitungs-Team, in dem jedes Mitglied bestimmte Bereiche verantwortlich vertritt, wird immer mehr zur Selbstverständlichkeit.

Im Blick auf die Arbeit früherer Jahre kann man sagen: die gemeindliche Frauenarbeit ist differenzierter, beweglicher, anspruchsvoller geworden.

1. Die Bibelarbeit

In der gemeindlichen Frauenarbeit hat die Bibelarbeit ihren festen Platz. Sie ist nicht ein Arbeitsgebiet neben anderen, sondern bildet den tragenden Grund der ganzen Arbeit. Vielfach wird heute nach solider theologischer Information gesucht. Man fragt nach Zusammenhängen. Man scheut auch kritische Fragen nicht und stellt sich neueren theologischen Erkenntnissen. Daß es dadurch zunächst zur Verunsicherung kommen kann statt zu der gewünschten „Stärkung“, ist erklärlich. Diese Verunsicherung kann beim Gespräch über biblische Fragen besser überwunden werden als beim Predighören.

Bei der jüngeren Generation besteht weithin nur ein geringes Bedürfnis für direkten Umgang mit der Bibel. Sobald aber der Ausgangspunkt für das Gespräch nicht der biblische Text, sondern die eigene Lebenssituation ist, zeigen sich meist auch die jüngeren Frauen erstaunlich aufgeschlossen für das Befragen der Bibel oder für das Erkennen der Verbindungslinien vom Text zum eigenen Leben. Neuere Bibelübersetzungen werden sehr begrüßt. Oft entsteht das Interesse an biblischen Fragen auf dem Umweg über die Kinder. Taufe, Religions- und Konfirmandenunterricht werfen Fragen auf, denen man sich nicht gewachsen fühlt. Sie werden sehr viel lieber und unbefangener im Kreis ähnlich betroffener Frauen besprochen als mit dem Pfarrer. Hat sich erst einmal gezeigt, wieviel die Bibel „hergibt“, oder ist man von den Fragen der Kinder angeregt, wächst meist auch das Interesse, über die Entstehung der Bibel, die historischen Hintergründe und religionsgeschichtlichen Zusammenhänge mehr zu erfahren.

Neben einer Bibelarbeit, die mehr den Intellekt beansprucht und dem Informationsbedürfnis Rechnung trägt, ist heute vielfach eine andere Form des Umgangs mit der Bibel begehrt: eine mehr meditative Art, bei der auf eine ins einzelne gehende Erklärung des Textes verzichtet wird. Man versucht, sich möglichst schnell auf die Mitte eines Textes oder eines einzelnen Bibelwortes einzulassen und sich seiner Aussage ganz persönlich zu stellen. Vielfach wird als Ausgangspunkt auch ein die Meditation anregendes Bild verwendet. Bei dieser Art des Umgangs mit der Bibel wird dem Bedürfnis nach Entspannung und Stille einerseits, nach Konzentration und Gebet andererseits weitgehend Rechnung getragen. Übungen, die der inneren und äußeren Entspannung dienen, werden dabei gelegentlich als gute Hilfe empfunden.

2. Arbeit mit Randgruppen

Im 19. und im beginnenden 20. Jahrhundert waren es ganz allgemein „die Armen“, denen Fürsorge und Liebe der evangelischen Frauen in der Gemeinde galten. Heute fordern ganz bestimmte Randgruppen unserer Gesellschaft Hilfsbereitschaft, Phantasie und Liebe heraus. Die Nöte dieser Gruppen, der Körperbehinderten, psychisch Kranken, der Strafgefangenen und ausländischen Arbeitnehmer, liegen nicht vordringlich auf materiellem Gebiet, sondern bestehen darin, daß diese Gruppen nicht in die Gesellschaft integriert, daß sie an den Rand gedrängt sind. Anders ist es mit den Bewohnern von Notunterkünften. Da gibt es oft auch eine ganz handfeste materielle Not, von der die Umgebung kaum eine Vorstellung

hat. Aus der großen Zahl der Aktivitäten, die diesen Gruppen gelten, sollen nur drei Beispiele genannt werden. Viele andere, ebenso wirksam und originell, müssen unerwähnt bleiben.

In einer mittleren Industriestadt ist eine Strafvollzugsanstalt für Frauen. Der Gemeindepfarrer ist mit der Seelsorge beauftragt. Er gewinnt den Eindruck, daß seine gelegentlichen Besuche bei den Strafgefangenen nicht ausreichen. Sie müßten ergänzt werden durch Besuche und Begegnungen mit Gemeindemitgliedern. Zwei Frauen aus der Frauenhilfe beginnen mit einer Art Gruppenarbeit. Mit Atemübungen, Gymnastik und Überlegungen, wie man auch im Gefängnis fit bleiben kann, fängt es an. Ganz langsam wird Mißtrauen auf Seiten der Strafgefangenen abgebaut. Der Wunsch nach regelmäßigeren und häufigeren Begegnungen wächst. Es kommen weitere Mitarbeiterinnen dazu. Auch die katholische Frauengemeinschaft beteiligt sich. Bald stehen aus einem größeren Kreis von Frauen jeweils kleinere Gruppen für die Nachmittage in der Strafvollzugsanstalt zur Verfügung. Von Gymnastik und Basteln über Vorlesen und Erzählen geht das Programm bis zu Gesprächen über Fragen, die die Frauen bewegen: Familie und Erziehung, Arbeit und Freizeit, über Schicksal und Leid und über den Sinn des Lebens. Der Nachmittag wird von der kleinen Gruppe, die ihn jeweils übernimmt, gut vorbereitet. Daß das Engagement der Frauen aus der Gemeinde nicht auf diesen Nachmittag beschränkt bleibt, läßt sich denken. Die Probleme des Strafvollzugs werden in den Familien diskutiert. Vorurteile werden innerhalb der Gemeinde abgebaut. Vielfach helfen ganze Familien bei der Arbeits- und Wohnungsbeschaffung nach der Entlassung, bei den vielen mühsamen Schritten auf dem Weg der Resozialisierung.

Eine andere Frauengruppe hat durch ihren Einsatz den Anstoß für ein größeres Hilfswerk für psychisch Kranke in einem Landeskrankenhaus gegeben. Der Leiterin dieser Frauengruppe kam es zugute, daß sie früher Sozialarbeiterin war. Als sie von einer Kollegin auf das Gettodasein der psychisch Kranken im großen nahen Landeskrankenhaus aufmerksam gemacht wurde, als sie von Kranken hörte, die nie Besuch bekommen, die von ihrer Familie „abgeschrieben“ sind, begann sie mit ihrer Frauengruppe über die Probleme dieser Kranken zu sprechen. Bald war ein kleiner Kreis von Mitarbeiterinnen gewonnen, die 14-täglich mit ihr eine Gruppe im Landeskrankenhaus besuchen. Heute ist der Kreis der Mitarbeiterinnen beträchtlich gewachsen, so daß man sich bei den Besuchen abwechseln kann. Im Sommer begegnen sich die Gruppen im Park, auch einmal jenseits der Parkmauer. Spaziergänge, Bewegungsspiele und das Gespräch miteinander bilden den Inhalt der Nachmittage. Wenn man auf den Tagesraum angewiesen ist, wird gesungen, erzählt, vorgelesen, gespielt. Einzelgespräche werden vermieden. Die Kranken sollen einmal von sich selbst loskommen und Freude an der Gemeinschaft bekommen, was gar nicht selbstverständlich ist. Von der Abteilungsleiterin dieser Krankenstation wurde die Wirkung der Gruppenbegegnungen als so günstig bezeichnet, daß man um Verstärkung dieser Arbeit bat. Jetzt hat sich eine ganze Reihe von Kreisen gefunden, die sich für die Gruppenbesuche im Landeskrankenhaus zur Verfügung stellen. Ärzte und Pflegerinnen bereiten die Interessierten auf die Besuche vor und begleiten die Arbeit beratend.

Eine gemeindliche Frauengruppe – sie wird hier stellvertretend für viele andere erwähnt – hat eine Schularbeitenhilfe für Kinder ausländischer Arbeitnehmer aufgebaut. Einige Frauen helfen selbst bei den Schularbeiten. Darüber hinaus bezahlt die Gruppe einigen Oberschülern und Studenten ein Taschengeld, die sich stundenweise für die Arbeit mit den Kindern zur Verfügung stellen. Den Anstoß zu dieser Initiative gab eine gründliche Beschäftigung der Gruppe mit Fragen des Rassismus.

Gemeinsam ist all diesen Aktivitäten, daß praktische Arbeit von Reflexion begleitet wird. Was gelegentlich spontan begonnen wurde, wird in der Weiterführung kritisch durchdacht und führt zur Beschäftigung mit vielschichtigen gesellschaftlichen Problemen. Auch wenn aus einer Gruppe sich nur einige für eine regelmäßige, anspruchsvolle Arbeit zur Verfügung stellen können, kommt diese Arbeit der ganzen Gruppe zugute. Sie wird informiert über die Probleme der Randgruppen. Im Gespräch über diese Probleme kann der einzelne entdecken, daß Vorurteile nicht nur bei anderen anzutreffen sind. Das Bewußtmachen der eigenen Vorurteile ist der erste Schritt zu deren Abbau.

3. Neue Formen der Arbeit mit jungen Frauen

Auf die schwierige Lage der jungen Hausfrauen mit kleinen Kindern ist vielfach hingewiesen worden. In Bezug auf Isolierung, Mangel an Anerkennung und Bildungsmöglichkeiten steht diese Gruppe fast in einer Linie mit anderen unterprivilegierten Gruppen in unserer Gesellschaft. Das Bedürfnis nach Kontakten, Aussprache und geistiger Anregung ist groß. Selten finden die jungen Frauen in den ersten Ehejahren in die schon bestehenden Gruppen und Kreise der Gemeinde. Sie suchen nach weniger verbindlichen Möglichkeiten. Besonders in Neubaugebieten ohne jede Tradition, wo jeder zunächst fremd ist, haben sich Einladungen zur Begegnung bewährt. Als Zeitpunkt für die Zusammenkünfte hat sich vielfach der Vormittag eingebürgert, wenn die Kinder im Kindergarten oder in der Schule sind. Junge Mütter sind dann gewöhnlich ruhiger und konzentrierter als am Nachmittag. In manchen Gemeinden wird dafür gesorgt – gelegentlich durch den Kreis der älteren Frauen – daß kleine Kinder mitgebracht werden können. Besondere Räume, Spielmaterial und vor allem ein Helferkreis sind für sie da.

Inhalt und Form solcher Zusammenkünfte junger Frauen sind unterschiedlich. In manchen Orten werden „Bildungsseminare für junge Frauen“ angeboten. Ein Beispiel dafür ist der „actionsring frau und welt“ in Düsseldorf, dessen Arbeit auch in die weitere Umgebung ausstrahlt. Das durchweg anspruchsvolle Programm umfaßt Beschäftigung mit moderner Literatur und neueren philosophischen oder religiösen Entwicklungen ebenso wie die Diskussion aktueller politischer oder sozialpolitischer Probleme. Ein solches Angebot erfordert eine jeweils fachspezifisch qualifizierte Leitung. Andere Angebote gehen stärker von der akuten Lebensproblematik der jungen Frauen in Ehe, Familie und Nachbarschaft aus, um den einzelnen die Möglichkeit zu geben, durch das Gespräch mit anderen ihre Situation bewußter wahrzunehmen und mehr Eigenständigkeit für die Gestaltung dieser Situation zu gewinnen. Für die Leitung solcher Gruppen kommt

es mehr auf die gruppenpädagogische Qualifikation der Leiterin an. In vielen dieser offenen Frauengruppen übernehmen die Teilnehmerinnen auch weitgehend selbst die Verantwortung für Inhalt und Gestaltung. Sie bereiten sich abwechselnd oder auch alle auf bestimmte Themen vor. Es geht ihnen um den Austausch. Die eigene Lektüre, die Fernseh-Sendung zu Hause reichen ihnen nicht aus.

In einer niedersächsischen Großstadt hat man mit einem „Frühschoppen für Damen“ gute Erfahrungen gemacht. Man trifft sich im Ratskeller. Ein Referat über ein aktuelles Thema steht im Mittelpunkt. Anschläge an den Litfaßsäulen und Handzettel laden dazu ein. Die Form ist zwanglos; der Teilnehmerkreis sehr bunt. Mindestens ebenso wie das Thema, das jeweils besprochen wird, begrüßen die Frauen die Möglichkeit der Kommunikation. Die Teilnehmerinnen bleiben oft nach Referat und Diskussion noch länger zu persönlichem Gespräch zusammen. Veranstalter ist auch hier ein evangelischer Frauenverband. Durch diese Veranstaltungen erreicht er einen Personenkreis, der weit über den seiner Mitglieder hinausgeht.

Viele Frauengruppen erweitern sich vorübergehend oder ständig zu einem Kreis junger Ehepaare. Die Beschäftigung mit Ehe- und Erziehungsfragen oder den vielschichtigen Fragen des Wiedereintritts der Frau in den Beruf führen fast zwangsläufig dazu, daß die Frauen sich die Einbeziehung der Ehepartner wünschen. Vielfach beteiligen sich die Männer auch an bestimmten Aktionen, z.B. für Kindergarten oder Spielplatz oder wenn es darum geht, ein Fest zu organisieren. Wenn es zur Bildung einer ständigen Ehepaargruppe anstelle der Frauengruppe kommt, besteht die Gefahr, daß alleinstehende Frauen und solche, deren Partner nicht dafür zu gewinnen sind, ausgeschlossen bleiben. Es fällt noch schwer, das Entweder-Oder – entweder Frauengruppe oder Ehepaargruppe – zu überwinden und selbstverständlich in gemischten Gruppen zusammenzukommen, in denen sich Paare und einzelne gleichermaßen wohlfühlen können.

4. Partner: Alter Mensch

Fast jeder siebente Bürger der Bundesrepublik ist heute ein älterer Mensch von über 65 Jahren. Allein diese Tatsache, daß der Kreis der alten Menschen so groß geworden ist, gibt der Arbeit mit dieser Personengruppe besondere Bedeutung. Fürsorge für alte Menschen hat von jeher zu den Aufgaben evangelischer Frauen in der Gemeinde gehört. Das reichte vom Altenbesuch und von gelegentlichen Hilfeleistungen, auch in materieller Hinsicht, bis zur Einladung zur Adventsfeier und zum Sommerausflug. Dabei mußte sich der alte Mensch stets als der Beschenkte vorkommen, der sich zu bedanken hatte für das, was man ihm an Gespräch und Hilfeleistung, an Begegnung und Unterhaltung angedeihen ließ.

Die Vorstellung von den „hilflosen Alten“ hat sich sehr tief eingegraben. Nur zögernd hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, daß auch hier „Hilfe zur Selbsthilfe“ das Ziel sein muß. Es kommt mehr auf die Ermöglichung von Begegnung, auf das Entdecken und Fördern durchaus noch vorhandener Fähigkeiten, auf das Freisetzen von Initiativen der Partner an als auf die Durchführung eines für

sie erdachten Programms. Zahllose lebendige Frauenkreise in den Gemeinden, Lehrgänge und Bildungsveranstaltungen sind ein Beweis dafür, wie anspruchsvoll, engagiert und aktiv Menschen zwischen 65 und 80 sein können, wie wenig gewillt, sich in die Rolle des geistigen Konsumenten hineindrängen zu lassen. Mit großem Ernst wird heute in vielen Frauengruppen an der Frage nach dem Altwerden gearbeitet, teils weil es eine Frage der eigenen Existenz ist, teils um der großen Gruppe der alten Menschen in der Gemeinde besser gerecht werden zu können.

In einer Gemeinde zum Beispiel laden evangelische und katholische Frauengruppe gemeinsam ein zu einem Seminar für die ältere Frau. Vorher war eine Art Bedarfsanalyse vorgenommen worden, bei der man entdeckte, daß hier besonderer „Bedarf“ vorlag. Das Programm steht unter der Überschrift „Wir sind nicht mehr die Jüngsten“. Es bietet Gesprächs- und Vortragsabende über Probleme der älteren Frau in medizinischer, psychologischer und religiöser Sicht. Die zahlenmäßige Beteiligung spricht für die Sache. Auch hier zeigt sich, daß dem älteren Menschen weniger mit bunten Unterhaltungsnachmittagen gedient ist als mit der Möglichkeit, die eigene Situation unter sachverständiger Begleitung zu durchdenken und gemeinsam zu besprechen. In vielen Gemeinden haben sich ähnliche Seminare bewährt. Sie führten oft zur Einrichtung einer kontinuierlichen Arbeit. Neben den regelmäßigen Zusammenkünften stehen dabei sorgfältig vorbereitete Fahrten und Freizeiten, die Teil eines Bildungsprogramms für alte Menschen sind, das ihnen eigene Ideen und geistige Mitarbeit abverlangt.

Altarbeit ist zwar meist nicht ausgesprochene Frauenarbeit. Aber die größere Zahl älterer Frauen im Bevölkerungsdurchschnitt schlägt sich auch hier in den Teilnehmerzahlen nieder. Auch in den Kreisen der Mitarbeiter überwiegen die Frauen, falls es sich nicht um die Ruheständlerarbeit des Evangelischen Männerwerks handelt.

III. ÜBERGEMEINDLICHE ARBEIT

1. Angebote für viele verschiedene Gruppen

Zu den besonderen Kennzeichen evangelischer Frauenarbeit heute gehört, daß sie zielgruppenorientiert ist. Wenn sie Lebenshilfe sein will, darf sie sich nicht allgemein an die Frauen der Gemeinde wenden. Sie darf sich auch nicht nur an der Rolle der Hausfrau und Mutter orientieren. Sie muß den vielfältigen anderen Rollen der Frau ebenso Rechnung tragen: als Mitarbeiterin in der Gemeinde, als Staatsbürgerin, als Berufstätige, als interessiertes, vielleicht besonders kritisches Gemeindemitglied. Sie muß sich an Frauen in ganz unterschiedlichen Lebenssituationen wenden.

Die einzelne Kirchengemeinde wäre überfordert, wenn sie den vielfältigen Interessen und Bedürfnissen nachkommen wollte. Auf der mittleren Ebene (Kirchenkreis, Propstei, Dekanat) oder auf der Ebene der Landeskirche können Frauenwerke und Frauenverbände hingegen sehr differenzierte Angebote machen, die die Arbeit in der Gemeinde anregen, ergänzen und fördern.

Wie sehr die Landeszentralen der Werke und Verbände ihre Arbeit als Hilfe sowohl für den einzelnen als für die Gemeinde ansehen, zeigen Jahresberichte, Programme und Veranstaltungsübersichten. Fast unübersehbar sind die Angebote für bestimmte Zielgruppen. Da gibt es Lehrgänge und Studientage für Landfrauen und für Ehefrauen von Unternehmern, für Betriebsrätinnen und Presbyterinnen, für Pfarrfrauen und junge Großmütter, für Alleinstehende und Berufstätige. Gerade bei dieser Arbeit hat sich die Zusammenarbeit mit anderen Werken und Einrichtungen der Kirche bewährt: mit dem Männerwerk, dem Evangelischen Erwachsenenbildungswerk, den Evangelischen Akademien und den Ämtern für Sozialethik oder Gemeindedienst.

2. Gewinnung und Fortbildung ehrenamtlicher Mitarbeiter

Einen breiten Raum nimmt in den Frauenverbänden und landeskirchlichen Frauenwerken die Ausbildung und Fortbildung von ehrenamtlichen Mitarbeitern ein. Dabei ist an die Helferin zu denken, die Gemeindebesuche macht und sich bei Sammlungen betätigt, an die Leiterin von Frauenkreisen, an die Presbyterin, an die Mitarbeiterin in der Seniorengruppe. Durch planmäßige Vorbereitung und Fortbildung können sie die Fähigkeiten, aber auch die Beweglichkeit und den Mut gewinnen, die für die Arbeit unerlässlich sind. Neben dem monatlichen Arbeitsnachmittag, dem gelegentlichen Studientag oder dreitägigen Lehrgang setzt sich heute die fortlaufende Weiterbildung von Leiterinnen und verantwortlichen Mitarbeiterinnen durch. Sie zieht sich über längere Zeitabschnitte hin und ruft die Teilnehmerinnen wiederholt zu 8- bis 14-tägigen Lehrgängen zusammen.

Daß Fragen der Methodik und Didaktik in ganz anderer Weise als früher in den Vordergrund gerückt sind, schlägt sich in den Veranstaltungsübersichten nieder. Es werden zahlreiche Lehrgänge für Gruppenarbeit und Methodik der Gesprächsführung angeboten. In einer Landeskirche führte der Kirchliche Beauftragte für Rundfunk und Fernsehen mehr als 25 Studientage für die Frauenhilfe durch, die zum Umgang mit den Medien und zu deren sinnvollen Einbeziehung in die Arbeit anleiteten. Neben die thematisch ausgerichteten Lehrgänge treten immer mehr Veranstaltungen, bei denen es um Einübung eines bestimmten Verhaltens geht: Kleines ABC des parlamentarischen Verhaltens, Einübung in Teamarbeit, Methodik des Einzelgesprächs, Vorbereitung für die Arbeit im Besuchsdienst.

Seminare und Lehrgänge für ehrenamtliche Mitarbeiter bilden heute einen der Schwerpunkte gemeindebezogener Frauenarbeit. Sie sind zu einem wichtigen Faktor innerhalb der Bildungsarbeit der Kirche geworden und können sich rühmen, daß sie keinem elitären Kreis, sondern Frauen aus allen Schichten der Bevölkerung zugute kommen. Manche Frau wagt sich eher in eine Veranstaltung des ihr vertrauten Frauenwerks als in eine Akademie oder Volkshochschule. Auch in diesem Zweig der Arbeit, der kaum je zuvor so intensiv betrieben wurde, bewährt sich die Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen der Evangelischen Erwachsenenbildung.

3. Weltgebetstag der Frauen

Nicht von allen Zweigen evangelischer Frauenarbeit kann man sagen, daß sie ständig wachsen. Manche Sache verliert an Interesse, manche Aufgabenstellung ist nach einiger Zeit nicht mehr gegeben. Wachsendes Interesse und wachsende Teilnehmerzahlen sind aber beim jährlich stattfindenden Weltgebetstag der Frauen festzustellen. Ausgehend von der Initiative amerikanischer Frauen, die 1887 zum ersten Mal zu einem Gebetstag zusammenkamen, findet der Weltgebetstag heute in über 170 Ländern statt. In Deutschland haben sich nach dem Zweiten Weltkrieg immer mehr Kirchen angeschlossen. Heute gehören dazu: die evangelischen Landeskirchen, die römisch-katholische Kirche, die Freikirchen, die altkatholische Kirche und andere.

Ökumenisches Bewußtsein ist für viele Frauen durch diesen zwischenkirchlichen Kontakt entstanden, durch die intensive Vorbereitung der Gottesdienstordnung, die jedes Jahr in einem anderen Land formuliert wird. So werden die jeweiligen nationalen und liturgischen Eigenarten der weltweiten Christenheit anschaulich.

In mehrfacher Hinsicht nahm der Weltgebetstag von Anfang an etwas voraus, was heute in bezug auf Gottesdienstgestaltung in vielen Gemeinden versucht wird: Er ist variabel. Er ist Laiensache. Er bestärkt und betont nicht nur die Verbindung des einzelnen zu Gott, sondern lenkt den Blick auf Gott und den Nächsten. Er praktiziert Ökumene. Das Opfer ist nicht Anhängsel, sondern wichtiger Bestandteil dieses Gottesdienstes.

Was heißt das im einzelnen? Die gedruckt vorliegende Liturgie für den Gottesdienst ist nicht als starre Vorgabe zu verstehen; sie kann ergänzt, vereinfacht, in jeder Hinsicht abgewandelt werden. Schon an der etwaigen Veränderung dieser Liturgie sind gewöhnlich mehrere Menschen beteiligt, ebenso nachher bei der Durchführung. Dieser Gottesdienst ist von Anfang an Sache der Laien gewesen. Es kann, aber muß nicht sein, daß die Ansprache von einer Theologin gehalten wird. In vielen Gemeinden wird bewußt auf die „Hauptamtliche“ verzichtet. In diesem Gottesdienst nimmt die Predigt keine absolute Mittelpunktstellung ein. Hier ist alles gleich wichtig: Lob, Dank, Fürbitte, Auslegung des Evangeliums und Opfer.

Der Gottesdienst zum Weltgebetstag ist von seiner Grundidee her auf Gemeinschaft angelegt. Der einzelne kann ihn nicht feiern, indem er bei sich selbst bleibt. Er wird unweigerlich mit anderen in Verbindung gebracht. Diese Verbindung zum Nächsten wird äußerlich sichtbar durch Begegnungen vor oder nach dem Gottesdienst, oft mit Christen aus anderen Völkern und anderen Konfessionen, die zum Teil als Gäste oder Bürger in unserem Land leben. Aber auch durch die Liturgie wird der Blick zu anderen Menschen gelenkt: zu den Christen, die die Liturgie zusammenstellten und damit auch etwas von der Prägung ihrer Frömmigkeit deutlich werden lassen. Das Eintreten für den anderen mit seinen Nöten und Sorgen, die Fürbitte, nimmt bei der Feier einen breiten Raum ein. Von der Kollekte und den Menschen, denen sie zugute kommen soll, erfährt der einzelne mehr, als bei den meisten anderen Gottesdiensten. Die finanzielle Hilfe soll vor allem Projekte fördern, die zur Verbesserung der Lage der Frauen beitragen. Hier kann oft rasch und unbürokratisch geholfen werden. Und schließ-

lich: durch die Vorbereitung auf diesen Tag – an manchen Orten auch durch eine intensive Nacharbeit – wird der Blick geweitet für andere Völker. Daß diese Vorbereitung heute meist ganz selbstverständlich mit Christen aus der Katholischen Kirche und den Freikirchen gemeinsam geschieht, ist ebenfalls ein Zeichen für lebendige, praktisch gewordene Ökumene.

4. Aufbauwochen für Spätaussiedler

Der Strom der Aussiedler ist seit dem Abschluß der Ostverträge wieder angewachsen. Der Arbeit mit Spätaussiedlern, von vielen Mitgliedsorganisationen der Evangelischen Frauenarbeit seit Jahren durchgeführt, kommt deshalb wieder erhöhte Bedeutung zu. Die Integrations- oder Aufbauwochen finden meist in einem der landschaftlich schön gelegenen Heime der Frauenwerke oder Verbände statt und dienen der Information und Orientierung.

Immer fremder wird uns die Welt, aus der diese Menschen kommen – und ist unsere Welt für sie. Bei den jüngeren Teilnehmern bestehen heute schon oft erhebliche Sprachschwierigkeiten. Es ist eine der wichtigen Aufgaben der Leiterin einer solchen Woche, auf die Notwendigkeit des Sprache-Lernens hinzuweisen.

Der Kreis der Teilnehmer ist gewöhnlich sehr bunt. Neben der dankbaren Aufgeschlossenheit der Älteren, denen mit der Einreise ein lange gehegter Wunsch erfüllt ist, steht die Skepsis der Jüngeren, die von dieser neuen Heimat nichts wissen, denen sie zunächst nichts bedeutet, die die alte nicht so übel fanden. Sie haben ihren Beruf, Freunde und ein Land verlassen, in dem sie zu Hause waren. Sie stehen zunächst einmal kritisch abwartend da und verbergen die eigene Unsicherheit gegenüber den fremden Verhältnissen hinter Verslossenheit oder Abwehr. Neben lutherischen Christen aus Estland und Rumänien kommen Baptisten und Mennoniten aus der Ukraine und dem Ural, es kommen Siebenbürger Sachsen mit ihrer von Tradition bestimmten Frömmigkeit, und es kommen Menschen, die von Frömmigkeit und Kirche wenig mehr wissen und wissen wollen.

Im Bericht einer jüngeren Teilnehmerin, die zunächst nur um der Eltern willen an einer Aufbauwoche teilgenommen hatte, heißt es: „Ich fühlte mich relativ sicher nach meiner Ausbildung und war befremdet, als bei den ersten Kontaktgesprächen meine Fähigkeiten, ja selbst meine Deutschkenntnisse in Zweifel gezogen wurden. Wesentlich für meine Eingliederung in die neue Umwelt war die Teilnahme an einer Aufbauwoche ... Durch die Anregungen, die ich erhielt, gewann ich zunehmend Interesse an dem Zeitgeschehen, an kulturellen Belangen. Ich begann, mich in der neuen Umgebung zu orientieren. Schwierig war dabei die Feststellung, in wie vieler Hinsicht wir Aussiedler umdenken lernen müssen“ (aus: „Alles ist hier ganz anders“, Schriftenreihe für die evangelische Frau, Laetare-Verlag).

Die Aufbauwoche bedeutet eine Starthilfe für das Einleben in ganz fremde Verhältnisse. Denn fremd ist hier eigentlich alles: die wirtschaftlichen Verhältnisse und unsere Form der Demokratie, die sozialen Einrichtungen und das kirchliche Leben. Politisches Engagement der Christen und neue Gottesdienstformen,

Mitbestimmung im Betrieb und Recht auf Demonstration – das sind fremde Worte. Vertreter des Arbeits- und des Sozialamtes, des Diakonischen Werks und des politischen Lebens helfen durch Referat und Gespräch zu einer ersten Fühlungnahme mit dieser fremden Welt.

Daß an den Spätaussiedler in den ersten Wochen seines Hierseins neben allen Forderungen auch einmal eine Einladung herangetragen wird, bedeutet für ihn viel. Eine Teilnehmerin: „Kaum waren wir in der Bundesrepublik, da war schon eine Einladung der Kirche da. Das hätten wir nie erwartet, und das war ermutigend.“

IV. BESONDERE ARBEITSZWEIGE: FÜR DIE FAMILIE – MIT DER FAMILIE

„Es ist kein Zweifel, daß in vielen Gruppen der Evangelischen Frauenarbeit, wie auch anderswo, inzwischen durch die Fragen, die die Familie angehen, deutlich geworden ist, daß es in der gegenwärtigen gesellschaftlichen Situation die Familie als Gegebenheit, als Selbstverständlichkeit, als Urgrund der Gesellschaft, als ‚Keimzelle der Gesellschaft‘ so einfach nicht mehr gibt. Es ist vielen von uns in der Arbeit der vergangenen Jahre deutlich geworden, daß hier die Risse und Schäden mit Schönheitsreparaturen nicht zu beheben sind; daß ein Stück Rat, Ermutigung oder Verpflichtung, das wir einmal relativ unbefangen weitergegeben haben, heute nicht mehr genug ist. Es geht um viel grundsätzlichere Reflexionen ... Wir mögen im sozialpolitischen Raum viel für die Familie erreichen; wenn es uns nicht in gleichem Maße gelingt, die Familie zur Selbstreflexion zu bringen, wird das so Erreichte wenig austragen.“

Diese Sätze von Liselotte Nold zeigen, wie sehr sich die Aufgaben und Möglichkeiten, innerhalb der Evangelischen Frauenarbeit etwas für die Familie zu tun, gewandelt haben, sich wandeln mußten. Früher meinte man zu wissen, wie eine Familie sein, wie eine evangelische Familie leben mußte. Alles, was man der evangelischen Frau dazu sagte, rief eigentlich nur sowieso Bekanntes in ihr Gedächtnis zurück und bestärkte sie, den als richtig empfohlenen und erkannten Weg zu gehen. Von dieser Sicherheit sind wir heute weit entfernt. Trotzdem kann die Evangelische Frauenarbeit auch heute einen wichtigen Dienst für die Familie tun. Sie kann Gelegenheiten zur Begegnung schaffen, damit man sich gemeinsam der Schwierigkeiten bewußt werden und die eigene Lebenssituation reflektieren kann. Sie kann Fachleute veranlassen, mit den Familien und für sie nach Wegen zu suchen, wie man heute als Familie leben kann, um erwachsenen und heranwachsenden Familiengliedern zu geben, was sie brauchen. Liselotte Nold spricht von „flankierenden Maßnahmen“, die helfen, „daß in Familien entsprechend heutiger Realität gelebt werden kann.“ Es geht um „Beistand bei der Deutung des eigenen Lebens, um Orientierungshilfe für die eigene Welt, um Hilfe oder Anregung bei der Konzipierung einer Lebensaufgabe und um Anregung zur Gestaltung eigenen und gemeinsamen Lebens“.

Im folgenden soll von vier Arbeitsgebieten gesprochen werden, die – direkt oder indirekt – diesem Ziel dienen.

1. Evangelische Einrichtungen für Eltern- und Familien-Bildung

Der Anfang lag bei der Mütterschule. Die ersten evangelischen Mütterschulen entstanden vor gut 50 Jahren. Sie wandten sich zunächst vorwiegend an die Frau in ihrer Rolle als Hausfrau – verständlich in einer Zeit, in der die Nachwirkungen des Ersten Weltkrieges, Armut und Inflation, überall an die Hausfrauen große Anforderungen stellten. Es war zunächst nicht viel mehr nötig als ein Raum mit ein paar Nähmaschinen und ein anderer mit ein oder zwei Kochherden. Neben Schneiderkurse und Lehrgänge für sparsames Kochen traten dann bald auch Säuglings- und Erziehungskurse. Sie wurden am letzten Abend mit einem Gespräch über die Taufe abgeschlossen. Dadurch bekam dieser Zweig der Arbeit für die Evangelische Frauenhilfe und ähnliche Organisationen seine innere Berechtigung, sich im Gemeindehaus anzusiedeln. Die spöttischen Fragen, ob es denn evangelisches Kochen oder katholisches Nähen gäbe und was diese Arbeit überhaupt mit der Arbeit der Kirche zu tun habe, hat man lange hören können. Eine für viele Frauen und Mütter und damit für viele Familien wichtige und hilfreiche Arbeit wurde durch Jahrzehnte hindurch in der Kirche kaum beachtet und weithin für eine Liebhaberei bestimmter konfessioneller Frauenkreise gehalten.

Das heutige Selbstverständnis dieser Einrichtungen spiegelt sich beispielhaft im Jahresbericht 1973 des Evangelischen Familien-Bildungswerkes Düsseldorf e.V.: „Alle Veranstaltungen sollen helfen:

- die Erziehungsfunktion der Familie zu unterstützen und zu stärken;
- das Verständnis für Partnerschaft zu wecken und damit eine Grundlage zur Konfliktbewältigung im familiären und außerfamiliären Bereich zu schaffen;
- die Persönlichkeitsbildung und Kreativität jedes Teilnehmers zu fördern;
- den Gedankenaustausch der Teilnehmer über volkswirtschaftliche, soziale und gesellschaftspolitische Zusammenhänge anzuregen und die Teilnehmer für das Denken in größeren Zusammenhängen aufzuschließen.“

Aus den Mütterschulen sind Familien-Bildungsstätten geworden. Sie sehen ihre Aufgabe zwischen dem einzelnen und seiner Familie ebenso aber auch zwischen Familie und Gesellschaft. Sie wollen der Familie helfen, indem sie die Frau in ihren verschiedenen Rollen, und gerade nicht nur in ihren Familienrollen, ansprechen und ihr Wege zu einer bewußt verantworteten Integration dieser Rollen aufzeigen. Und sie versuchen, Männer und Kinder neu für die Mitverantwortung im familiären Bereich zu befähigen. Die Angebote der Familien-Bildungsstätten wenden sich an Erwachsene, Jugendliche und Kinder, an verheiratete und alleinstehende Menschen.

Die Vielfalt der Lernmöglichkeiten ist aus den zu Anfang jedes Trimesters erscheinenden Programm-Übersichten zu ersehen. Kurse aus folgenden Bereichen werden genannt: Ehe- und Familienfragen, Erziehung, Gesundheitspflege, schöpferisches Gestalten, Freizeit, Kleider und Mode, Kochen und Haushaltspflege. Im einzelnen heißt es etwa: Schnellgerichte für Berufstätige, Schneiderkurse für Abiturientinnen, Kochen – auch für Männer, Kochen für Kinder, Kochen für spastisch Gelähmte, Gymnastik für Senioren, Kursus für werdende Mütter und Väter, Spielnachmittage für Mütter und Kinder. Aber es gibt auch

Seminare über moderne Literatur, über gesellschaftspolitische Probleme, über Lebensfragen. Neben hauptamtlichen Mitarbeitern sind gewöhnlich zahlreiche Honorarkräfte tätig. Für die Aufstellung des Programms werden „Impulse, die von den Teilnehmern ausgehen, aufgegriffen, thematisch gefaßt und als Angebot an die Teilnehmer zurückgegeben“.

Zur Arbeitsform der Familien-Bildungsstätte gehört die kleine, überschaubare Gruppe, in der man sich persönlich kennt. Die Atmosphäre ist so, daß auch ungewandtere Teilnehmerinnen zur Mitarbeit ermutigt werden. So ist es zu erklären, daß manche Teilnehmerin, die mit einem Kochkursus begann, sich später an einer ganzen Reihe weiterbildender Seminare beteiligt. Durch gute Erfolge bei einem Schneiderkursus kann unter Umständen das Selbstwertgefühl einer Frau wiederhergestellt oder so erhöht werden, daß es sich für ihr Leben insgesamt positiv auswirkt. Manche Teilnehmerin kann bei gemeinsamer praktischer Arbeit unbefangen von sich und ihren Problemen sprechen und damit den ersten Schritt zur Auseinandersetzung tun.

Die Teilnehmerzahlen in den meisten der etwa 70 evangelischen Familien-Bildungsstätten haben steigende Tendenz. Noch immer überwiegen zahlenmäßig die Frauen. Aber die Zahl der Männer nahm in den letzten Jahren erheblich zu. Schwierig ist es meist noch, über die sog. Mittelschicht hinaus vorzustoßen in Kreise, die sich den allgemeinen Bildungsangeboten verschließen: Familien in sozialen Brennpunkten und Familien von ausländischen Arbeitnehmern. Aber auch dafür gibt es stellenweise Anfänge, die die guten Möglichkeiten der Familien-Bildungsstätten erkennen lassen, flexibel auf die akuten Bedürfnisse in ihrem Einzugsgebiet zu reagieren. Hier kommt es auf das gute Zusammenspiel von Kirchengemeinde, Sozialarbeitern und Familien-Bildungsstätte an.

Erst sehr allmählich hat sich in der kirchlichen Öffentlichkeit die Erkenntnis durchgesetzt, daß sich in den Familien-Bildungsstätten Bildungsarbeit und diakonische Arbeit begegnen und ergänzen. Aus der Mütterschule ist eine Einrichtung der Erwachsenenbildung geworden, die für viele Menschen ein wichtiges Stück Lebenshilfe vermittelt.

2. Bildungswochen für Mütter und Kinder

Während über Begriff, Notwendigkeit, Umfang, Inhalte und Durchführung des Bildungsurlaubs für Arbeitnehmer in der Öffentlichkeit noch heftig diskutiert wird, gibt es bereits Bildungsurlaub für eine Personengruppe, an die man wohl zuletzt gedacht hätte: für Hausfrauen mit Kindern. Das Angebot wendet sich an einen Personenkreis, der durch die Kinder gebunden und daher vielfach gehindert ist, an Bildungsangeboten teilzunehmen. Durch die Isolierung und Gebundenheit dieser jungen Mütter, die meist vorher im Beruf waren, ist das Bedürfnis nach Weiterbildung, nach Kommunikation und Aussprache besonders groß. Es muß allerdings eingeschränkt werden: Bildungsurlaub für nichterwerbstätige Hausfrauen, vom Land finanziell gefördert, gibt es bisher nur in Nordrhein-Westfalen. Hier hat man sich offenbar darüber hinweggesetzt, daß „Bildungsurlaub“ Freistellung von erwerbsmäßiger Arbeit bedeutet. Oder ist hier

die Tätigkeit der Hausfrau als Beruf gesehen? Die Grundlage dafür findet sich in der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen, wo es heißt: „Die der Familie gewidmete Hausarbeit der Frau wird der Berufsarbeit gleichgeachtet“ (Artikel 5,2).

In Nordrhein-Westfalen war es Dipl.-Volkswirtin Hanna Linke, die für das Amt für Sozialethik und Sozialpolitik der Evangelischen Kirche im Rheinland, in Verbindung mit der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Familienfragen, eine Reihe von Bildungsurlaubswochen als Modellmaßnahmen durchführte, Presse und Öffentlichkeit dafür interessierte und mit dazu beitrug, daß Nordrhein-Westfalen als erstes Bundesland den „Bildungsurlaub für nichterwerbstätige Mütter“ bezuschußt. In den „Vorläufigen Richtlinien des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales ... für die Bewilligung von Landeszuschüssen“ heißt es: „Im Rahmen eines Bildungsurlaubs soll nicht erwerbstätigen Müttern mit Kindern die Möglichkeit gegeben werden, sich in Seminaren über pädagogische, psychologische, wirtschaftliche, gesundheitliche, biologische, kulturelle und politische Themen zu informieren und weiterzubilden.“

An ganz verschiedenen Stellen innerhalb der Evangelischen Frauenarbeit sind fast gleichzeitig Ende der 60er Jahre erste Versuche mit Bildungswochen für Mütter mit Kindern gemacht worden. Landesverbände der Evangelischen Frauenhilfe, Landeskirchliche Frauenwerke oder die Evangelische Frauenarbeit als Dachverband innerhalb einer Landeskirche waren Träger dieser Maßnahmen und investierten zum Teil erhebliche Mittel in diese Arbeit.

„Mütter von heute erziehen Bürger von morgen“ heißt eines der Generalthemen, das dann sorgfältig aufgefächert wird, oder: „Das Ich und die anderen in Familie und Gesellschaft“, oder „Partnerschaft – Schlagwort oder Realität?“. Die Erfahrung hat gezeigt, daß bei den jungen Frauen großes Interesse besteht für Erziehungsfragen einschließlich Schulfragen, für Fragen der Ehe und der Stellung der Frau in unserer Gesellschaft, für Fragen nach dem Umgang mit den Massenmedien und Fragen des Konsums. Aber auch Probleme der Wirtschaft, der Entwicklungshilfe, des Umweltschutzes werden mit Interesse besprochen. Wachsender Beliebtheit erfreut sich alles, was die Kreativität weckt und fördert, und es scheint, daß dort auch ein besonderer Nachholbedarf besteht. So heißt es in einem Programm: „Kreativität, Spontaneität, Sensibilität, Kooperation – Schlagworte? Sie sind sinnvoll erfahrbar zu machen und zwar hier nicht im sprachlichen, sondern im Bereich der Malerei, der Bewegung, des Spiels.“ Wer die Mütter bei diesen Übungen erlebt, bekommt den Eindruck, daß hier nicht nur ein sinnvoller Ausgleich geboten wird zu aller Arbeit, die den Intellekt beansprucht, sondern daß ihnen das einfach viel Spaß macht und sie ganz neue Ausdrucksmöglichkeiten finden läßt.

Von der regelmäßig stattfindenden oder gelegentlich eingeschobenen „Besinnung“, vom sonntäglichen Gottesdienst, oft selbst erarbeitet, schließt sich kaum jemand aus. In persönlichen Gesprächen wird auf diese Angebote häufig Bezug genommen.

Von besonderer Wichtigkeit ist die Versorgung der kleinen Kinder während dieser Tage. Geschulte Fachkräfte sind dafür unerläßlich. Wenn die Kinder gern in den „Heimkindergarten“ gehen, arbeiten die Mütter ruhig und konzen-

triert. Immer häufiger kommt es vor, daß bestimmte „Arbeitseinheiten“ für Mütter und Kinder gemeinsam angesetzt werden. Unter Anleitung von Fachkräften lernen die Mütter, sich selbst und die Kinder zu beobachten und gerechter zu beurteilen als bisher. Veränderung bestimmter Verhaltensweisen kann als notwendig und möglich erkannt werden.

Die Teilnehmerinnen kommen aus allen Schichten der Bevölkerung. Die Akademikerin ist ebenso zu finden wie die ehemalige Friseurin oder Verkäuferin. Die Arbeiterin ist selten. Es kommen Mitglieder kirchlicher Frauengruppen und Frauen, die der Kirche völlig entfremdet sind.

Worin liegt die Bedeutung des Bildungsurlaubs für die jungen Frauen? Sie bekommen keine Rezepte für das Leben in Haus und Familie. Sie nehmen keinen Ballast von intellektuellem Wissen mit nach Hause. Aber sie wagen es zuzugeben, daß sie Fragen haben in bezug auf ihre Situation als Hausfrau, als Ehefrau und Mutter. Und sie lernen es, diese Fragen auszusprechen. Das ist schon viel. Im Austausch untereinander, durch Informationen der Leiterin und der Referenten und im Gespräch mit ihnen, können Lösungsmöglichkeiten für einige dieser Fragen sichtbar werden. Zumindest werden Denkanstöße gegeben. Es werden Anregungen für eigenes, planmäßiges Lesen vermittelt. Ein Büchertisch mit einschlägiger Literatur gehört zu jedem Bildungsurlaub. Aber es kommt auch zu ganz praktischen Auswirkungen. Immer wieder wurden junge Mütter durch den Bildungsurlaub ermutigt, bestimmte Ämter zu übernehmen, sich einer Gruppe anzuschließen, wieder berufstätig zu werden, eine neue Ausbildung zu beginnen oder anzustreben.

Verständlich und berechtigt war der Wunsch der Frauen, bei ähnlichen Gesprächen auch die Männer dabei zu haben. Von mehreren Veranstaltern konnte diesem Wunsch stattgegeben werden: es wurde einige Zeit nach dem Bildungsurlaub zu einem Wochenende mit Ehemännern eingeladen. Auch diese Maßnahme wird vom Land Nordrhein-Westfalen finanziell unterstützt. „Da hat sich die Kirche ja endlich einmal etwas Vernünftiges einfallen lassen“, sagte ein junger Ehemann, Student im achten Semester, „auf so etwas haben wir eigentlich schon lange gewartet.“

Die Durchführung einer Bildungswoche verlangt von der Leiterin und vom Träger der Maßnahme viel. „Längst nicht überall stehen mit den Methoden der Gruppenarbeit vertraute Mitarbeiter zur Verfügung“, schreibt Ursula Jungbluth in „Bildungsurlaub für Hausfrauen“ (Schriftenreihe Nr. 98 der Bundeszentrale für politische Bildung). In dieser Schrift werden ganz konkrete Vorschläge in bezug auf die Mitarbeiter gemacht. Es wird vorausgesetzt, „daß der Bildungsurlaub von einem Team durchgeführt wird. Mindestens zwei – außer den für die Kindergruppe zuständigen – sollten von Beginn bis Schluß ständig dabei sein und den Teilnehmern auch außerhalb der Veranstaltungen als Gesprächspartner zur Verfügung stehen. Ein einzelner Leiter ist damit überfordert ... Außerdem brauchen die Mitarbeiter sich gegenseitig als Partner, Kritiker und Berater. Durch die ungeteilte Anwesenheit des Mitarbeiterteams, das mit der Gruppe nicht nur arbeitet, sondern auch bei den Mahlzeiten und in der Freizeit zusammen ist, bekommt der Bildungsurlaub jene Verbindlichkeit, die ihn von anderen Bildungsmaßnahmen unterscheidet und seine besondere Wirkung ausmacht.“

Diese Vorstellungen mögen für manche Veranstalter von Bildungswochen noch ein Fernziel sein. Bei einigen sind sie schon weitgehend verwirklicht. Tatsache ist: Bildungswochen für junge Frauen mit Kindern sind eine kostspielige und aufwendige Sache, nicht nur in finanzieller Hinsicht. Wo aber erkannt wurde, daß Frauen durch die Teilnahme an einem „Bildungsurlaub“ Mut und Selbstvertrauen bekommen haben, Unsicherheit und Ratlosigkeit aber auch nicht mehr als Schande ansehen, wo sie zur Teilnahme an weiteren Bildungsangeboten motiviert wurden, haben sich Mühe und Kosten der Woche gelohnt.

3. Müttergenesung

40 evangelische Müttergenesungsheime, deren Träger meist die Landeskirchlichen Frauenwerke oder die Landesverbände der Evangelischen Frauenhilfe sind, stehen für Mütter – und damit als Hilfe auch für die Familien – zur Verfügung. Die Häuser sind vielfältig ausgestattet. Es gibt Kneippanlagen und beheizte Schwimmbäder, Gymnastikräume und Liegehallen. Medizinische Bäder werden angeboten sowie Massagen aller Art und verschiedene Formen der Diät. Viele Heime liegen zudem in Bade- oder Kurorten, so daß die öffentlichen Kureinrichtungen in Anspruch genommen werden können. Fast überall haben moderne, helle Neubauten, praktisch und geschmackvoll eingerichtet, die älteren Häuser ersetzt.

Der Arbeit der Kurleiterin kommt besondere Bedeutung zu. „In Gruppengesprächen sollen die Mütter Gelegenheit haben, ihre Fragen und Probleme, zum Beispiel in der Kindererziehung, im Zusammenleben der Familie und in bezug auf ihren Glauben zu formulieren und auch die nötigen Informationen aus diesen Bereichen zu erhalten. Die sozio-kulturellen Unterschiede in den jeweiligen Gruppen stellen die Kurleiterin vor die wichtige Aufgabe, auch den in verbaler Verständigung Ungeübten mit methodischen Mitteln zu Hilfe zu kommen, um jedermann an diesem Kommunikationsprozeß teilnehmen zu lassen. Musische Betätigung, Werken, Gymnastik, Spiel, Singen und Tanz sind ausgezeichnete Mittel, Verkrampfungen und Hemmungen zu lösen und ein neues Selbstvertrauen dem einzelnen zu vermitteln. Ebenso ist es unerläßlich, in jeder Kur den Kurteilnehmerinnen die Möglichkeit anzubieten, in Einzelberatung ihre Ehe- oder andre komplexe, die Lebensführung betreffende Fragen mit einer Ärztin oder psychotherapeutisch ausgebildeten Mitarbeiterin besprechen zu können“ (aus: „Die Innere Mission“, April 1973). Manche Heime haben guten Kontakt zu den Mitarbeitern der nächstgelegenen evangelischen Beratungsstelle, die sich für Gruppen- und Einzelgespräche bereithalten.

Diese Hinweise machen deutlich, daß Müttergenesung nicht „überholt“ ist, daß sich jedoch der Charakter der Kuren erheblich gewandelt hat. Als nach dem Ersten Weltkrieg die Evangelische Frauenhilfe mit dieser Arbeit begann, genügten oft gute Luft, Ruhe und kräftige Ernährung, um den erschöpften und unterernährten Frauen zur Erholung zu verhelfen. Man hat sich allerdings von Anfang an bemüht, gleichzeitig auch dem „inneren Menschen“ zu neuem Auftrieb zu verhelfen. Heute wird nun mit Recht auf diese Seite der Kur beson-

derer Wert gelegt. Weit über die Hälfte der Frauen in den Müttergenesungsheimen leidet an neuro-vegetativen Störungen, jede sechste Frau an psychischen Störungen. Diese Zahlen sprechen eine beredte Sprache. Sie bestätigen die Vermutung, daß es weniger organische Leiden oder Überanstrengung durch Arbeitsüberlastung sind, die eine Frau in ein Müttergenesungsheim führen, sondern innere Belastungen durch soziale Ursachen. Hier ist an die Isolierung der Frau in der Kleinfamilie, an Unausgefülltsein ohne Beruf, an nicht geglückte Partnerschaft mit Mann und Kindern zu denken. Von daher wird aber auch deutlich, daß die Müttergenesung eine notwendige Wendung nahm, als sie begann, sozialpädagogisch zu arbeiten und die gesellschaftliche Situation der Mütter intensiver in die Überlegungen einzubeziehen. Auch wenn es sich bei dieser Dimension der Arbeit noch weitgehend um Neuland handelt, zeichnet sich doch jetzt schon ab, daß hier gute Möglichkeiten für eine Weiterentwicklung der Arbeit bestehen.

Noch in einer anderen Hinsicht hat sich die Müttergenesung in den letzten Jahren in Neuland gewagt: mit ihren Sonderkuren. Es wurde erkannt, daß man den spezifischen Schwierigkeiten mancher Mütter, die in einer extremen Lebenssituation stehen, in der „normalen“ Mütterkur nicht gerecht werden konnte. Deshalb faßt man heute Mütter, die aus ähnlichen Lebenssituationen kommen, in Sonderkuren zusammen. Dadurch kann man auf ihre besonderen Nöte und Probleme besser eingehen und ihnen gezielte Hilfe zukommen lassen. In den verschiedenen Heimen werden unter anderem angeboten:

Sonderkuren für Frauen mit suchtkranken Angehörigen,

für Mütter mit behinderten Kindern,

für Mütter mit blinden Kindern,

für alleinerziehende Mütter mit Kindern,

für kinderreiche Mütter,

für schwerhörige und spätertaubte Mütter.

Im Austausch mit den anderen, die in einer ähnlichen Schwierigkeit stehen wie sie selbst, kann die einzelne Mutter schon ein Stück Ermutigung erfahren. Sie fühlt sich von vornherein besser verstanden als im Kreis von Frauen, die aus „normalen“ Verhältnissen kommen. Wesentliche Hilfe wird ihr aber durch die Gespräche mit Fachleuten zuteil, denen gegenüber sie sich in diesem Kreis viel offener zu äußern wagt als woanders.

Die steigende Zahl der Sonderkuren zeigt, daß hier ein echtes Bedürfnis vorlag. Für viele Mütter aus diesen Gruppen, etwa für Mütter mit behinderten Kindern, ist die Kur in einem Müttergenesungsheim die einzige Möglichkeit, einmal aus der Belastung des schweren Alltags herauszukommen. Daß diese Kuren nicht nur körperliche Erholung bringen, sondern zugleich innere Stärkung und fachliche Beratung, trägt dazu bei, daß manche hernach diesen Alltag besser meistern können. Im Zusammenleben mit diesen schwer belasteten Frauen und ihren Kindern bewähren sich auch die besonderen Möglichkeiten eines konfessionell geprägten Heims. Wo sich die Frage nach dem Sinn des Lebens so unerbittlich stellt, kann die Antwort des Evangeliums sehr existenziell verstanden und angenommen werden.

4. Flankierende Maßnahmen zu § 218

Zu dem, was von der Evangelischen Frauenarbeit in Deutschland und ihren Mitgliedsorganisationen für die Familie, ihren Schutz, ihre Beratung und Hilfe getan wird, gehören auch die Initiativen, die als „Flankierende Maßnahmen zu § 218“ bezeichnet werden.

Innerhalb einiger Verbände gibt es Einrichtungen, die auf diesem Gebiet seit Jahren arbeiten, ohne viel Aufwand und Öffentlichkeit. Andere Gruppen sind erst in letzter Zeit auf diese Arbeit gestoßen. Eine von der Evangelischen Frauenarbeit in Deutschland angestellte Umfrage ermöglichte einen gewissen Überblick über das, was schon getan wird, und über das, was für die nächste Zeit geplant ist.

Wesentlicher Faktor dieser Arbeit ist die Bewußtseins- und Meinungsbildung. Deutscher Evangelischer Frauenbund, Landeskirchliche Frauenwerke, die Evangelische Frauenhilfe und zahlreiche Fachverbände haben in Studientagungen, Seminarreihen und in ihrem Schrifttum die Problematik um den § 218 angesprochen. Auch innerhalb der Bildungsarbeit für junge Frauen und innerhalb der Müttergenesung wurde immer wieder auf die Frage der unerwünschten Schwangerschaft eingegangen. Außerdem sind hier die Familien-Bildungsstätten zu nennen. Auch sie verstehen sich unter anderem als „Einrichtungen zur Bewußtseinsbildung der Bevölkerung, um die Diskriminierung der unverheirateten Mütter abzubauen und im Sinne von Familienplanung zu wirken“.

Der erste Schritt zur praktischen Hilfe ist die Beratung. In der Evangelischen Frauenhilfe in Westfalen zum Beispiel existiert seit 1947 eine Abteilung „Mütterhilfe“, deren Tätigkeit allerdings über die reine Beratung hinausgeht. Auch die Evangelische Frauenhilfe in den Essener Kirchenkreisen hat seit Jahren eine Abteilung „Mütterhilfe“. In Westfalen kann man auf Absprache mit der Ärztekammer und auf eine gute, vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Gynäkologen hinweisen. Die Arbeit wird von einigen hauptamtlichen Sozialarbeiterinnen und vielen ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen, die zumeist früher in sozialen oder pädagogischen Berufen tätig waren, durchgeführt. Ziel der Beratung ist, „Menschen Hilfestellung zu geben ... im sozialen und sozialrechtlichen ... psychologischen und seelsorgerlichen Bereich. Die Frauen sind am Anfang meist in einer Krise, und so geht es darum, sie über diese Krisenzeit hinwegzuführen, ihnen Hilfen aufzuzeigen und sofort zu vermitteln.“ Die Hilfe umfaßt Information über zusätzliche Sozialleistungen, Vermittlung einer Pflegestelle, Vertretung bei Behörden, Entlastung der Mutter durch Verschickung eines Kindes, eventuell Vermittlung einer Adoption. Obwohl es sich bei der Mütterhilfe in Westfalen um eine „institutionalisierte“ Beratung handelt, wird alles vermieden, was den Charakter einer Institution hervorhebt. Die Beraterinnen sind jederzeit telefonisch privat zu erreichen. Mit den vielen ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen, die alle durch bestimmte Seminare „eingearbeitet“ werden, hat man sehr positive Erfahrungen gemacht. Eine ähnliche Arbeit wird von verschiedenen Landes-, Kreis- und Stadtverbänden der Evangelischen Frauenhilfe geplant.

Der Deutsche Evangelische Frauenbund setzt sich für eine Beratung im „vorinstitutionellen Raum“ ein. Sie ist zum Teil schon erprobt und soll weiter aus-

gebaut werden. Es sollen „im Freiraum vor den institutionellen Beratungsstellen, vor Behörden und Ämtern Orientierungspunkte, ‚Inseln‘, Möglichkeiten zum Sprechen geschaffen werden“. Diese Arbeit wird besonders in mittelgroßen Städten geplant, da man annimmt, daß in den Großstädten andere Beratungsstellen aufgesucht werden können. — Auch andere Initiativgruppen haben inzwischen Sprechstunden eingerichtet. In mehreren Frauengruppen und Verbänden wird damit begonnen, sogenannte „Kontaktpersonen“ für später einzurichtende Beratungsstellen zu schulen und auf die Arbeit vorzubereiten.

Ein weiterer Schritt der konkreten Hilfe im Falle einer unerwünschten Schwangerschaft ist das Heim. Allein der Deutsche Evangelische Frauenbund unterhält seit Jahren sechs Heime, in denen alleinstehende schwangere Frauen Aufnahme, Beratung und Hilfe finden. In einigen dieser Heime können sie über die Mutterschutzzeit hinaus zusammen mit ihren Kindern wohnen bleiben. Dem Heim für Mutter und Kind in Fürth ist seit 1961 ein Apartmenthaus für alleinstehende Frauen mit Kindern, über drei Jahre angegliedert. Im Parterre des Hauses befindet sich ein großer Kindergarten mit Hort. Im Haus selbst ist auch eine Beratungsstelle, die allen ratsuchenden Frauen, unabhängig von ihrer Aufnahme im Heim, zur Verfügung steht.

Alle diese mit dankenswertem Einsatz geleisteten Maßnahmen, die seit langem durchgeführt und die jetzt geplanten, sind angesichts der Größe des Problems und des betroffenen Personenkreises nur der berühmte Tropfen auf dem heißen Stein. Daß nicht schon jetzt viel umfassender gearbeitet wird, ist zum großen Teil ein finanzielles Problem. Selbst wo in Beratungsstellen nur ehrenamtliche Kräfte arbeiten, muß ein Raum mit Telefon vorhanden sein, müssen die Kosten für Fahrten und Korrespondenz erstattet werden können.

Die Evangelische Frauenarbeit in Deutschland hat in einem Schreiben den Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland an die Dringlichkeit der Realisierung von flankierenden Maßnahmen erinnert. Sie hat den Rat gebeten, den Mitgliedskirchen die Bereitstellung von Geldern für diese notwendige Arbeit zu empfehlen.

V. DACHVERBAND: EVANGELISCHE FRAUENARBEIT IN DEUTSCHLAND E.V.

1. Zusammensetzung, Aufgaben und Ziele

Die Evangelische Frauenarbeit umfaßt als Dachverband 17 Landeskirchliche Frauenwerke bzw. Frauenarbeiten und 28 evangelische Frauenverbände und Arbeitsgemeinschaften, die sich aufgliedern in:

Gemeindebezogene Verbände (z.B. Frauenhilfe, Deutscher Evangelischer Frauenbund, Bayerischer Mütterdienst);

Berufsorientierte Verbände (z.B. Sozialpädagoginnen, Gemeindegelferinnen, Theologinnen);

Funktionsorientierte Arbeitsgemeinschaften (z.B. Familien-Bildungsstätten, Müttergenesung).

Jeder Verband hat ungeachtet seiner Größe oder Struktur eine Stimme in der Mitgliederversammlung. Die Mitgliedsverbände sind im einzelnen „autonom“. Die Arbeit des Dachverbandes bezieht sich auf Gemeinschaftsaufgaben, die immer wieder neu festgestellt, akzeptiert und abgestimmt werden. Diese Aufgaben werden entweder vom Dachverband durchgeführt oder schwerpunktartig an Mitgliedsorganisationen delegiert.

Die Mitgliederversammlung hat 1972 folgendes Selbstverständnis der Evangelischen Frauenarbeit in Deutschland beraten und verabschiedet:

„Evangelische Frauenarbeit versteht sich als funktionaler Dienst der Kirche. Er bezieht sich vor allem auf die gesellschaftliche Situation der Frau und ihre Aufgaben. Arbeitsinhalte und Arbeitsformen richten sich nach den Erfordernissen und Notwendigkeiten in Kirche und Gesellschaft. Daher sind selbständige Organisationsformen unerlässlich.“

Die Bedeutung der Evangelischen Frauenarbeit als Dachverband besteht für die einzelnen Mitgliedsorganisationen in der Koordinierung und gegenseitigen Information und in ihrer Vertretung in kirchlichen und anderen Gremien. Durch ihren Aufgabenkreis bedingt arbeitet die Frauenarbeit in zahlreichen Arbeitsgemeinschaften und Ausschüssen der Evangelischen Kirche in Deutschland mit.

Für die Durchführung ihrer Aufgaben hat die Evangelische Frauenarbeit folgende Ausschüsse gebildet:

- Rechtsausschuß,
- Publizistischer Ausschuß,
- Strukturausschuß,
- Bildungsausschuß,
- Ausschuß für Landfrauenfragen.

Im folgenden sollen drei besondere Arbeitsgebiete der Evangelischen Frauenarbeit in Deutschland dargestellt werden, die zum großen Teil über das hinausgehen, was die einzelnen Mitgliedsorganisationen leisten können.

2. Politische Bildung

Von ihren Anfängen an hat sich die Evangelische Frauenarbeit intensiv um die politische Bildung der Frau bemüht. In zahlreichen politischen Seminaren und Tagungen hat sie ihren Mitgliedsverbänden Anregungen und Informationen vermittelt und Kontakte zu Männern und Frauen aus dem Bereich der Politik hergestellt. In keiner ihrer Mitgliedsorganisationen hat die politische Bildungsarbeit gefehlt. Die Denkschriften der Evangelischen Kirche in Deutschland zur Ostfrage, zur Eigentumsfrage, zur Reform des Ehescheidungsrechtes, die Studie über die Friedensaufgaben der Kirche wurden in zahlreichen großen und kleinen Gruppen besprochen. Ebenso beschäftigten sich die Verbände mit der 1966 von der Bundesregierung erstellten sog. „Frauenenquete“ und deren 1972 erschienenem zweiten Teil „Bericht über die Maßnahmen zur Verbesserung der Situation der Frau“. Gerade durch die Aktivität der Frauenverbände wurde erreicht, daß der Inhalt dieser Veröffentlichungen nicht irgendwo „oben“ versandete, sondern breiten Kreisen zugänglich gemacht wurde.

Die von der Evangelischen Frauenarbeit in Deutschland angeregte politische Bildungsarbeit hat in einigen Landeskirchlichen Frauenwerken zu einem selbständigen Arbeitszweig geführt. So hat das Frauenwerk der ev.-luth. Landeskirche Hannover bis 1973 nicht weniger als 65 mehrtägige staatsbürgerliche Lehrgänge durchgeführt. Der Themenkatalog reichte von „Israel und die Judenfrage“, „Marxismus – Grundlagen und Auswirkungen“ über die Frage der Revolten der jungen Generation an den Hochschulen bis zu Vietnam und Latein-Amerika. Es wurden wiederholt Übungen zum Thema „Mitarbeit an öffentlichen Aufgaben“ angeboten, bei denen in Form des Planspiels eine politische Aufgabe – zum Beispiel Errichtung einer Tagesstätte für behinderte Kinder – durchgespielt wurde.

3. Rechtsausschuß

Der Rechtsausschuß der Evangelischen Frauenarbeit in Deutschland ist aus ihrer politischen Bildungsarbeit erwachsen und stellt gewissermaßen deren nach außen gewandte Seite dar. „Aufgabe des Rechtsausschusses ist es, die Gesetzgebung zu beobachten und Fragen aufzugreifen, die Frauen besonders betreffen. Durch Stellungnahme oder Gesetzesvorlagen, die dem Bundesjustizministerium, den Abgeordneten und anderen Stellen zugänglich gemacht werden, wird versucht, an Gesetzesreformen mitzuarbeiten.“ Arbeitsgebiete der letzten Jahre waren unter anderem: Ehescheidungsreform, Adoptionsrecht, Flankierende Maßnahmen zu § 218, Jugendhilfegesetz, Elterliche Sorge, Zeugnisverweigerungsrecht für Sozialarbeiter, Unterhalt der Ehefrau bei Abhängigkeit von der Altersrente des Mannes.

Durch Jahre hindurch erstreckt sich bereits die beratende Mitarbeit des Rechtsausschusses an den Fragen der Ehe- und Familienrechtsreform. Eingaben und Verbesserungsvorschläge werden von den betreffenden Ministerien begrüßt und aufmerksam zur Kenntnis genommen, schlagen sich auch gelegentlich in veränderten Gesetzesvorlagen nieder.

In der Tätigkeit des Rechtsausschusses bewährt sich unter anderem die sachliche Arbeitsweise der Frauenarbeit. Wie sich gerade an den Eingaben in bezug auf den § 218 zeigt, gibt es durchaus nicht immer eine Meinung. Es kann bei den einzelnen Mitgliedern Meinung gegen Meinung stehen, was nach außen auch nicht verschwiegen wird.

4. Ökumenische und internationale Arbeit

„Das Deutsche Weltgebetstags-Komitee kann heute als das ökumenische Organ der Frauen in der Bundesrepublik Deutschland angesehen werden. Mit seiner endgültigen Konstituierung 1971 hat es die langjährige Zusammenarbeit zwischen den Frauenarbeiten der verschiedenen Konfessionen und kirchlichen Gemeinschaften institutionalisiert und der Entwicklung und Verbreitung des Weltgebetstags durch die Aufnahme römisch-katholischer Mitglieder Rechnung getragen.“ So heißt es in einem Bericht für 1973. Von der Bedeu-

tung des Weltgebetstags der Frauen für die gemeindliche und übergemeindliche Ebene wurde bereits gesprochen. Hier ist noch einmal darauf hinzuweisen, daß durch die gemeinsame Vorbereitung und Durchführung des Gottesdienstes wichtige Schritte in Richtung „Ökumene am Ort“ getan werden.

Daneben muß gesehen werden, daß es über die Projekte, die durch die Kollekte des Weltgebetstags gefördert werden, zu wichtigen Kontakten mit einzelnen Partnern in der Frauen- und Sozialarbeit in anderen Ländern kommt. Aus diesen Kontakten erwächst notwendigerweise ein Studien- und Austauschprogramm. Vertreterinnen aus Entwicklungsländern haben das Bedürfnis, ihre Kenntnisse und Erfahrungen durch den Besuch westlicher Länder zu ergänzen. Mitarbeiterinnen aus unserem Bereich begrüßen die Möglichkeit, theoretische Kenntnisse durch praktische Anschauung in anderen Ländern ergänzen und dadurch besser zur Bewußtseinsbildung bei uns beitragen zu können. Erwähnt werden soll noch, daß die durch den Weltgebetstag geförderten Projekte in den meisten Fällen weder von staatlicher noch kirchlicher Entwicklungshilfe profitieren.

In einer Zeit, in der im allgemeinen die ökumenische Entwicklung zu stagnieren droht, wächst hier eine Bewegung, die bisher alle die Schwierigkeiten vermeiden konnte, die die ökumenische Arbeit sonst leicht belasten. Diese Arbeit ist Laiensache, und sie ist Arbeit von Frauen. Innerhalb der ökumenischen Arbeit der Kirchen wird es kaum ähnliche Gruppierungen geben, die sich auf eine so breite Basis stützen können. Die Beteiligung am Weltgebetstag, die übrigens nicht auf die Frauen beschränkt zu bleiben braucht, stieg von 1961 bis 1973 um 50% auf über 900000. Die Kollekte erhöhte sich auf fast das Doppelte.

Das Deutsche Weltgebetstags-Komitee ist der Evangelischen Frauenarbeit durch „Personalunion“ verbunden: die erste Vorsitzende der Frauenarbeit ist zugleich Vorsitzende des Weltgebetstags-Komitees. Eine hauptamtliche Referentin ist verantwortlich für die Erstellung des Arbeits- und Anschauungsmaterials für den Weltgebetstag. Es geht in unzählige Gemeinden innerhalb der EKD und wird oft weit über den einen Tag im Jahr hinaus als Grundlage für eine kontinuierliche Bildungs- und Studienarbeit verwandt.

Zu den internationalen Kontakten der Frauenarbeit gehört auch die Beziehung zur Arbeit der „Jeunes Femmes“ in Frankreich. Es kam zu einer Reihe gemeinsam veranstalteter Tagungen, bei denen man zunächst die belastenden Erlebnisse des Zweiten Weltkriegs aufarbeitete und dadurch frei wurde für einen intensiven Austausch von Erfahrungen und Anregungen. Man informiert sich gegenseitig über bestimmte Entwicklungen in beiden Ländern, tauscht Zeitschriften und Arbeitsmaterial aus und lädt die Partnerinnen des Nachbarlandes zu Tagungen oder Kongressen ein.

Seit 1973 ist die Evangelische Frauenarbeit selbst Mitglied im World YWCA. Durch das National-Komitee des YWCA in der Bundesrepublik ergeben sich Kontakte auf europäischer und internationaler Ebene, insbesondere auch zum osteuropäischen Raum hin.

Daß es bei einzelnen Mitgliedsorganisationen der Frauenarbeit schon langjährige ökumenische bzw. internationale Beziehungen gibt, sei noch kurz erwähnt. Die Evangelische weibliche Jugend Deutschlands – Burckhardthaus – ist seit 1898 Mitglied im YWCA. Der Verein für Internationale Jugendarbeit unterhält

Stützpunkte in Paris und London und hier in der Bundesrepublik Beratungs- und Vermittlungsstellen, Heime und Clubräume für junge Ausländer. Weiter ist an die Arbeitsgemeinschaft für Frauenmission zu denken, die das Ziel hat, „der Frauenmission zur Erfüllung ihrer Aufgabe in Übersee und daheim Hilfe zu bieten“.

VI. SCHLUSSBEMERKUNG

Ein Überblick über die Evangelische Frauenarbeit in Deutschland sollte dreierlei deutlich machen:

1. Der Personenkreis, der sich hier engagiert, ist groß und sehr verschiedenartig zusammengesetzt. Er umfaßt die Frau, die ehrenamtlich in ihrer Kirchengemeinde tätig ist, die aufgeschlossen und interessiert ist und Möglichkeiten der Weiterbildung und Kommunikation sucht. Daneben gehören ihm Frauen an, die in ganz bestimmter beruflicher oder häuslicher Situation leben: die evangelische Schwester, die Gemeindehelferin, die Pfarrfrau, die Theologin, die Landfrau und die Akademikerin. Sie alle haben sich in evangelischen Arbeitsgemeinschaften zusammengeschlossen und gehören über diesen Zusammenschluß zur Evangelischen Frauenarbeit in Deutschland.

2. Die Problembereiche, mit denen sich die Verbände und Gruppierungen wie der Dachverband Evangelische Frauenarbeit selbst befassen, sind ebenfalls unterschiedlich und sehr vielschichtig. Es gehören dazu Fragen der Theologie, der Kirche und Ökumene, politische und soziale Fragen, Probleme der Erwachsenenbildung und der Rechtsprechung. — Die praktische Arbeit, die innerhalb all dieser Gruppen geleistet wird, kommt einem unübersehbaren Personenkreis zugute, besonders aber den sozial Schwachen und den Menschen in erschwelter Lebenssituation.

3. Was sich im 19. Jahrhundert in der Frauenarbeit der Kirche nur zögernd anbahnte und sich dann in den ersten Jahrzehnten unseres Jahrhunderts weiterentwickelte, die Annäherung von Bildungsarbeit und sozialem, diakonischem Handeln, ist heute endgültig vollzogen. Beide Gebiete bedingen und durchdringen einander.

Und eine letzte Bemerkung. Vieles von dem, was in der Evangelischen Frauenarbeit getan wird, tun andere Menschen auch. Für evangelische Frauen würde aber das Evangelium verkürzt, wenn es nicht in denen, die sich seinem Anspruch stellen, Bewegung auslöst — Bewegung, die zum anderen Menschen führt; Bewegung, die den eigenen begrenzten Lebensraum überschreiten läßt und zur aktiven Anteilnahme an den Fragen und Aufgaben unserer Zeit führt.

Kirchliche Statistik*)

Von Dieter Rohde

I. Kirchengemeinden, Kirchenkreise, geistliche Stellen und geistliches Amt in den Gliedkirchen der EKD nach dem Stand vom 31.12.1973

Die Ergebnisse der Statistik über die Gliederung der Landeskirchen, die Pfarrstellen, Pfarrer und den theologischen Nachwuchs wurden für 1973 wie in den vergangenen Jahren in der Kirchenkanzlei der EKD aufbereitet. Als statistisches Grundmaterial dienten wieder die in den einzelnen Gliedkirchen ausgefüllten Erhebungsbogen (Tabelle III). Das Zahlenmaterial wurde nach den gleichen Merkmalen aufgegliedert wie in den Vorjahren und ist aus den im Anschluß an diese Ausführungen abgedruckten Tabellen 1 bis 5 ersichtlich.

1. Gliederung der Landeskirchen

Die Zahl der Kirchengemeinden im Gesamtbereich der EKD hat sich im Jahre 1973 nur geringfügig verändert. Am 31. Dezember 1973 bestanden in den 20 Gliedkirchen insgesamt 8632 rechtlich selbständige Kirchengemeinden mit Sitz eines Pfarramtes, das waren 18 weniger als Ende des Jahres 1972. Damit hat sich die seit längerer Zeit zu beobachtende Entwicklung, die infolge der Zunahme der Gemeindegliederzahlen, der strukturellen Reformen und der ständigen Erschließung neuer Wohngebiete in den Randbezirken und Einzugsgebieten von Großstädten zu einem fortlaufenden Anstieg der Zahl der Kirchengemeinden (Ende 1968: 8439) geführt hatte, im Berichtsjahr nicht weiter fortgesetzt. Die Zahl der rechtlich selbständigen Kirchengemeinden ohne Sitz eines Pfarramtes (rechtlich selbständige Filialgemeinden, Tochterkirchengemeinden, verbundene Muttergemeinden und dergl.) ist im Zuge der Neu- und Umgliederung

*) Allgemeine Vorbemerkungen zu den Tabellen:

Wenn in den einzelnen Tabellenfeldern keine Zahlen eingetragen sind, so bedeutet:

- der Zahlenwert ist genau gleich Null,
- 0 der Zahlenwert ist von Null verschieden, aber kleiner als die Hälfte der verwendeten Zahleneinheit und daher nicht ausdrückbar,
- der Zahlenwert ist unbekannt bzw. aus technischen Gründen nicht feststellbar,
- x eine Angabe kann aus sachlichen Gründen nicht gemacht werden,
- () die eingeklammerten Zahlen geben nur Teilergebnisse an; bei Prozentzahlen ist die Ausgangszahl kleiner als 100.

Abweichungen in den Summen (bei Prozentziffern) entstehen durch das Runden der einzelnen Zahlen.

Bei Untergliederungen bedeutet:

davon – Summe der Einzelpositionen ergibt Gesamtsumme,

darunter – nur ausgewählte Einzelpositionen, die nicht Gesamtsumme ergeben.

rungen sowie Zusammenlegungen von Kirchengemeinden erneut leicht zurückgegangen. Sie belief sich am 31. Dezember 1973 auf 2056; fünf Jahre vorher waren es noch 2187. Die Erhöhung der Zahl der Gemeindeverbände (Gesamtverbände, Gesamtkirchengemeinden, Parochialverbände, Stadtsynodalverbände, Stadtkirchenverbände und dergl.) von 166 Ende 1968 auf 193 Ende 1973 zeigt, daß diesen Einrichtungen, die der Entlastung der einzelnen Kirchengemeinden von Verwaltungsarbeiten dienen, eine weiterhin wachsende Bedeutung zukommt.

Die Gliederung der Landeskirchen nach unteren und mittleren Aufsichts- (Seelsorge) bzw. Verwaltungsbezirken hat sich in den vergangenen fünf Jahren zahlenmäßig nur geringfügig geändert. Am 31. Dezember 1973 gab es in den 20 Gliedkirchen der EKD 40 mittlere und 513 untere Aufsichts-, Seelsorge bzw. Verwaltungsbezirke. Die Bezeichnungen dieser Bezirke sind von Gliedkirche zu Gliedkirche sehr unterschiedlich. So zählen zu den mittleren Bezirken u. a. Generalsuperintendenturen, Sprengel, Visitationsbezirke, Kreisdekanate und in Bayern Kirchenkreise. Zu den unteren Bezirken gehören vor allem Kirchenkreise, Superintendenturen, Propsteien und Dekanate.

2. Pfarrstellen und Pfarrer

Die bereits seit langem zu beobachtende entgegengesetzte Entwicklung zwischen der Zahl der Gemeindepfarrstellen und der Zahl der Inhaber von Gemeindepfarrstellen mit vollem wissenschaftlich-theologischem Studium hat sich im Berichtsjahr weiter fortgesetzt. So waren von den Ende 1973 im Gesamtbereich der EKD bestehenden 12970 Pfarrstellen bei Kirchengemeinden nur 10382 von Gemeindepfarrern mit vollem wissenschaftlich-theologischem Studium besetzt. Die Zahl der Gemeindepfarrstellen, die nicht von einem der genannten Gemeindepfarrer besetzt sind, belief sich somit am 31. Dezember 1973 auf 2588. Wesentlich günstiger stellt sich die Situation allerdings dar, wenn zu der Zahl der aufgeführten Gemeindepfarrer noch die ordinierten Hilfsgeistlichen und die Pfarrer ohne volles wissenschaftlich-theologisches Studium (z. B. Pfarrverweser, Pfarrhelfer, Pfarrverwalter, Prediger, Gemeindemissionare, Pfarrdiakone) – soweit ihre Zahl die Zahl der für sie vorgesehenen Stellen übertrifft – sowie die Pfarrer mit Beschäftigungsauftrag in Kirchengemeinden addiert werden. Als Ergebnis dieser Rechnung zeigt sich, daß am 31. Dezember 1973 insgesamt 1144 (31. Dezember 1972: 1213) Gemeindepfarrstellen vakant waren; der Anteil der vakanten Pfarrstellen an der Gesamtzahl der Gemeindepfarrstellen hat sich damit von 9,5% Ende 1972 auf 8,8% Ende 1973 vermindert. Der Rückgang der vakanten Pfarrstellen ist vor allem darauf zurückzuführen, daß im Berichtsjahr die Zahl der ordinierten Hilfsgeistlichen, der Pfarrer ohne volles wissenschaftlich-theologisches Studium und der Pfarrer mit Beschäftigungsauftrag in Kirchengemeinden bemerkenswert höher war als im Vorjahr.

Legt man den genannten erweiterten Kreis von Pfarrern zu Grunde, so zeigt sich, daß im Gesamtdurchschnitt der EKD auf einen im Gemeindedienst tätigen Pfarrer Ende 1962 2439 und Ende 1973 2263 evangelische Kirchenglieder entfielen.

3. Theologischer Nachwuchs

Die zahlenmäßige Entwicklung des theologischen Nachwuchses verlief im Jahre 1973 sehr unterschiedlich. So hat sich der seit 1969 festzustellende erhebliche Rückgang der Zahl der Kandidaten und Kandidatinnen, die vor den Prüfungsämtern der Gliedkirchen das erste theologische Examen bestanden haben, im Berichtsjahr nicht weiter fortgesetzt. Insgesamt 345 Personen haben im Jahre 1973 die erste theologische Prüfung abgelegt; 1972 waren es 344, 1968 hingegen noch 579. Demgegenüber ist die Zahl derjenigen, die ihre Ausbildung mit der zweiten theologischen Prüfung abgeschlossen haben, erneut zurückgegangen, nämlich von 543 im Jahre 1972 auf 489 im Berichtsjahr. Hier lag der Höhepunkt der Entwicklung seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges mit 683 abgelegten zweiten theologischen Examen im Jahre 1970.

Im Laufe des Jahres 1973 haben in den 20 Gliedkirchen der EKD insgesamt 600 Personen die zweite theologische Prüfung oder die Prüfung für das Amt des Pfarrverwalters bzw. eine entsprechende Prüfung bestanden; 55 im aktiven Dienst stehende Pfarrer sind verstorben und 441 Pfarrer in den Ruhestand getreten. Die Zahl der Personen, die ihre theologische Ausbildung abgeschlossen haben, lag damit 1973 nur noch um 104 oder 21,0% über der der im aktiven Dienst verstorbenen und pensionierten Pfarrer. Für das vorangegangene Jahr errechnet sich ein entsprechender Nachwuchsüberschuß von 129 oder 25,5% und für das Jahr 1962 noch ein solcher von 251 oder 97,3%.

Tabelle 1: Gliederung der Landeskirchen (Stand: 31. 12. 1973)

Landeskirche	Sprengel, Generalsuperintenduren, Kreisdekanate, Visitationsbezirke u. dgl.	Kirchenkreise, Superintenduren, Dekanate, Propsteien u. dgl.	Rechtlich selbst. Kirchengemeinden			Parochialverbände, Gesamtverbände u. dgl.
			mit	ohne	insgesamt	
			Sitz eines Pfarramts			
	1	2	3	4	5	6

Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der Union

Berlin (West)	1	15	165	—	165	1
Westfalen	—	33	627	—	627	28
Rheinland	—	46	754	94	848	24

Übrige unierte Landeskirchen

Hessen und Nassau	7	60	914	248	1162	11
Kurhessen-Waldeck	6	26	507	430	937	21
Baden	3	29	433	110	543	5
Pfalz	—	20	302	174	476	6
Bremen	—	—	66	1	67	1

Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands

Hannover	9	83	1234	412	1646	15
Bayern	6	73 ¹⁾	1325	163	1488	19
Schleswig-Holstein	4	23	505	10	515	14
Hamburg	—	7 ²⁾	86	—	86	—
Braunschweig	—	16	237	161	398	3
Lübeck	—	—	32	—	32	—
Schaumburg-Lippe	—	2	21	—	21	—
Eutin	—	—	20	—	20	2

Übrige lutherische Landeskirchen

Württemberg	4	51	1116	225	1341	42
Oldenburg	—	13	110	8	118	1

Reformierte Landeskirchen

Lippe	—	6 ⁵⁾	69	—	69	—
Nordwestdeutschland	—	10	109	20	129	—

Zusammen	40	513	8632	2056	10688	193
----------	----	-----	------	------	-------	-----

1) einschließlich 7 Prodekanate

2) Kirchenkreise (keine Aufsichts- bzw. Verwaltungsbezirke i.e.S.)

3) darunter eine „lutherische Klasse“

Tabelle 2: Die Stellen für das geistliche Amt (Stand: 31. 12. 1973)
(in []: darunter Stellen, die nur mit Frauen besetzt werden)

Landeskirche	Stellen für hauptamtlich im kirchlichen Dienst angestellte Pfarrer (Volltheologen)							Gemeindliche Stellen für Hilfspfarrer	Stellen für geistliche Kräfte ohne theol. Vollstudium	Geistliche Stellen insgesamt
	fest-gegründete Pfarrstellen	in der zentralen Verwaltung der Landeskirche	im allgemeinen landeskirchlichen Dienst	in Anstalten der IM mit Parochialrechten	in Landes- und Kommunalanstalten ¹⁾	für Religionslehrer ²⁾	insgesamt Spalten 1 bis 6			
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der Union										
Berlin (West)	427 [25]	7	86 [22]	2 [1]	12	16 [3]	550 [51]	—	18	568 [51]
Westfalen	1357 [5]	12	202 [13]	42 [3]	16	2	1631 [21]	—	—	1631 [21]
Rheinland	1577 [6]	9	28	21 [3]	11	87 [4]	1733 [13]	—	83	1816 [13]
Übrige unierte Landeskirchen										
Hessen und Nassau	1090	11	76 [2]	11	42	—	1230 [2]	65	—	1295 [2]
Kurhessen-Waldeck	640	8	48 [7]	—	—	20	716 [7]	10	—	726 [7]
Baden	639	13	50 [5]	—	25	62	789 [5]	84	102	975 [5]
Pfalz	349	7	16	4	10	46	432	35	1	468
Bremen	141	—	8	—	7	—	156	—	—	156

Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands

Hannover	1769	13	—	12 [1]	6 [1]	20 [3]	1820 [5]	2	—	1822 [5]
Bayern	1602	24	26 [3]	—	9 [1]	12 [1]	1673 [5]	192 ³⁾	2	1867 [5]
Schleswig-Holstein	875	13	77 [3]	22	—	—	987 [3]	—	—	987 [3]
Hamburg	175,5	4	45	—	21	—	245,5	—	1	246,5
Braunschweig	336	4	20	—	3	8	371	—	—	371
Lübeck	70 [1]	2	8 [2]	—	3 [1]	4	87 [4]	3 [1]	—	90 [5]
Schaumburg-Lippe	32	—	—	—	—	1	33	—	—	33
Eutin	30	—	—	—	—	—	30	—	—	30

Übrige lutherische Landeskirchen

Württemberg	1423	17	85	35 [2]	7	12	1579 [2]	143	—	1722 [2]
Oldenburg	201 [1]	3	13	2	4	9	232 [1]	—	14	246 [1]

Reformierte Landeskirchen

Lippe	112,5	3	3 [1]	1	2	2 [1]	123,5 [2]	—	5	128,5 [2]
Nordwestdeutschland	124	2	1	—	—	2	129	—	—	129
Zusammen	12970 [38]	152	792 [58]	152 [10]	178 [3]	303 [12]	14 547 [121]	534 [1]	226	15307 [122]

- 1) soweit die Stellen mit Amtsträgern der Kirche von der Kirche besetzt werden
2) im landeskirchlichen Dienst (bzw. kreiskirchlichen Dienst der Landeskirche Rheinland)
3) einschl. Stellen in exponierten Vikariaten

Tabelle 3: Die Träger des geistlichen Amts (Stand: 31. 12. 1973)
(in []: darunter Frauen)

Landeskirche	Hauptamtlich im kirchlichen Dienst angestellte Pfarrer							Pfarrer mit Beschäftigungs- auftrag		Ordinierte Hilfs- pfarrer mit 2. theol. Examen	1. theol. Examen	Geistliche Kräfte ohne theol. Vollstudium	Tätige geistliche Kräfte insgesamt (Sp. 7 bis 12)
	in einem gemeind- lichen Pfarramt	in der zentralen Verwaltung der Landeskirche	im allge- meinen landes- kirchlichen Dienst	in Anstalten der Inneren Mission mit Parochialrechten	in Landes- und Kommun- al- anstalten ¹⁾	als Religions- lehrer ²⁾	Pfarrer insgesamt (Sp. 1 bis 6)	Für eine gemeindliche Pfarrstelle	Für eine sonstige geistliche Stelle				
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
Gliederkirchen der Evangelischen Kirche der Union													
Berlin (West)	354 [18]	7	71 [19]	3 [1]	12	10 [1]	457 [39]	12	2	54 [17]	—	14	539 [56]
Westfalen	1085 [21]	12	146 [12]	39 [3]	13 [1]	1	1296 [37]	10 [2]	—	101 [11]	—	123 [7]	1530 [57]
Rheinland	1296 [34]	9	20 [2]	18 [4]	11 ³⁾	61 [3]	1415 [43]	4	—	81 [10]	—	89 [9]	1589 [62]
Übrige unierte Landeskirchen													
Hessen und Nassau	807 [19]	11	66 [1]	8	38 [4]	—	930 [24]	24 [2]	6 [1]	105 [11]	—	64 [2]	1129 [40]
Kurhessen- Waldeck	440 [12]	8	38 [6]	—	—	17 [2]	503 [20]	7 [1]	6 [2]	51 [8]	—	39 [1]	606 [32]
Baden	498 [2]	13	55 [5]	—	32 [4]	62	660 [11]	21	15 [2]	91 [9]	—	123 [8]	910 [30]
Pfalz	262 [6]	7	14	4	8 [2]	29 [1]	324 [9]	3 [2]	2 [1]	20	—	18 [2]	422 [20]
Bremen	123 [3]	—	6	—	7 [1]	—	136 [4]	—	—	8 [2]	8 [1]	—	152 [7]

Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands

Hannover	1342 [18]	13	106 [9]	13 [1]	7 [1]	23 [3]	1504 [32]	6	—	139 [6]	—	48 [7]	1697 [45]
Bayern	1365	24	29 [3]	—	9 [1]	13 [1]	1440 [5]	12	—	157 [27]	17	69	1695 [32]
Schleswig-Holstein	721 [16]	13	73 [14]	17 [1]	—	—	824 [31]	18	—	27 [4]	—	43 [5]	912 [40]
Hamburg	150,5[1,5]	4	34 [2]	—	19 [3]	—	207,5[6,5]	2	3	12	—	3	227,5[6,5]
Braunschweig	228 [1]	3	10 [2]	—	3	6 [2]	250 [5]	9 [2]	—	9	—	17	285 [7]
Lübeck	68 [1]	2	8 [2]	—	3 [1]	2	83 [4]	—	2	3 [1]	—	—	88 [5]
Schaumburg-Lippe	25	—	—	—	—	1	26	1	—	5	—	—	32
Eutin	28	—	—	—	—	—	28	1	—	—	3	—	32

Übrige lutherische Landeskirchen

Württemberg	1206 [8]	16 [1]	77	37 [2]	7	8	1351 [11]	61 [2]	—	106 [12]	159 [23]	111 [8]	1788 [56]
Oldenburg	185 [1]	3	7	2	4	5	206 [1]	2	10	5 [1]	—	16	239 [2]

Reformierte Landeskirchen

Lippe	102	3	4 [1]	1	2	3 [1]	115 [2]	1	—	5,5[1,5]	—	4	125,5[3,5]
Nordwestdeutschland	97 [2]	2	1	—	—	2	102 [2]	—	—	—	—	8	110 [2]
Zusammen ⁴⁾	10383 [164]	150 [1]	765 [78]	142 [12]	175 [18]	243 [14]	11858 [287]	194 [11]	46 [6]	980 [121]	205 [26]	826 [53]	14108 [503]

- 1) soweit Amtsträger der Kirche und von der Kirche berufen
- 2) im landeskirchlichen Dienst (bzw. im kreiskirchlichen Dienst der Landeskirche Rheinland)
- 3) vom Staat im Ennvernehmen mit der Kirche angestellt
- 4) Differenzen in den Summen durch Aufrunden in den Zahlen

Tabelle 4: Emeritierte Pfarrer und Pfarrverwalter, beurlaubte Pfarrer und Pfarrer im Wartestand (Stand: 31. 12. 1973)-- (in []: darunter Frauen)

Landeskirche	Pfarrer im im Ruhestand	Pfarrverwalter im Ruhestand	Für mindestens ein Jahr beurlaubte Pfarrer	Pfarrer im Wartestand
	1	2	3	4

Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der Union

Berlin (West)	251 [12]	7	36 [1]	—
Westfalen	418 [11]	28	57 [1]	3
Rheinland	390 [4]	—	.	20 [1]

Übrige unierte Landeskirchen

Hessen und Nassau	332 [5]	9	120 [14]	18 [10]
Kurhessen-Waldeck	204 [2]	8	41 [1]	—
Baden	219 [5]	10	114 [7]	—
Pfalz	126 [2]	1	39 [5]	—
Bremen	35 [2]	—	—	—

Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands

Hannover	395 [14]	9 [1]	76 [6]	1
Bayern	517 [5]	15	338 [11]	2
Schleswig-Holstein	221 [3]	8	47	2
Hamburg	54 [3]	—	30 [1]	—
Braunschweig	106 [3]	—	19	—
Lübeck	27	—	1	—
Schaumburg-Lippe	11	—	—	—
Eutin	9	—	—	—

Übrige lutherische Landeskirchen

Württemberg	580 [9]	—	244 [6]	6
Oldenburg	43	—	10 [2]	—

Reformierte Landeskirchen

Lippe	42	2	—	—
Nordwestdeutschland	32	1	—	—
Zusammen	4012 [80]	98 [1]	(1172)[55]	52 [11]

Tabelle 5: Lebensalter der im Jahre 1973 emeritierten Pfarrer und Pfarrverwalter und der im aktiven Dienst verstorbenen Pfarrer
(in []: darunter Frauen)

Landeskirche	Im Jahr 1973 emeritierte Pfarrer und Pfarr- verwalter	Lebensalter im Zeitpunkt der Emeritierung			Im Jahr 1973 im aktiven kirchlichen Dienst verstorbene Pfarrer ¹⁾	Lebensalter im Zeitpunkt des Todes		
		unter 60 Jahre	60 bis unter 70 Jahre	70 Jahre und älter		unter 40 Jahre	40 bis unter 60 Jahre	60 Jahre und älter
		1	2	3		4	5	6

Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der Union

Berlin (West)	9 [4]	1	7 [3]	1 [1]	4	1	2	1
Westfalen	67 [2]	61 [1]	5 [1]	1	7	—	3	4
Rheinland	50	1	44	5	6 [1]	—	3 [1]	3

Übrige unierte Landeskirchen

Hessen und Nassau	61 [2]	3	56 [2]	2	9	—	2	7
Kurhessen-Waldeck	27	—	27	—	1	—	—	1
Baden	26 [2]	4 [1]	22 [1]	—	—	—	—	—
Pfalz	10	—	9	1	2	—	1	1
Bremen	4	—	3	1	—	—	—	—

Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands

Hannover	46 [3]	1	45 [3]	—	6	—	4	2
Bayern	42 [2]	5	34 [2]	3	5	—	3	2
Schleswig-Holstein	24	1	20	3	3 [1]	1	1 [1]	1
Hamburg	6	—	6	—	2	—	—	2
Braunschweig	5 [1]	—	5 [1]	—	1	—	1	—
Lübeck	2	—	2	—	—	—	—	—
Schaumburg-Lippe	—	—	—	—	—	—	—	—
Eutin	—	—	—	—	—	—	—	—

Übrige lutherische Landeskirchen

Württemberg	47 [1]	5	41 [1]	1	9	1	2	6
Oldenburg	8	—	6	2	—	—	—	—

Reformierte Landeskirchen

Lippe	1	—	—	1	—	—	—	—
Nordwestdeutschland	6	—	5	1	—	—	—	—
Zusammen	441 [17]	82 [2]	337 [14]	22 [1]	55 [2]	3	22 [2]	30

¹⁾ Pfarrer, die im unmittelbaren kirchlichen Dienst fest angestellt waren (vgl. Tab. 3, Spalte 7)

II. Äußerungen des kirchlichen Lebens in den Gliedkirchen der EKD im Jahre 1972

Wie in den Vorjahren sind auch für das Jahr 1972 die Zahlen der Statistik über Äußerungen des kirchlichen Lebens in den Gliedkirchen der EKD aufgrund der von den 10724 Kirchengemeinden ausgefüllten Erhebungsbogen (Tabelle II) aufbereitet worden. Die Ergebnisse der Erhebung (Tabellen 1 bis 11) zeigen im großen und ganzen, daß sich die seit einigen Jahren zu beobachtenden Entwicklungen im Berichtsjahr weiter fortgesetzt haben. Im einzelnen ist folgendes festzustellen:

1. Taufen und Taufziffern

Im Jahre 1972 wurden in den 20 Gliedkirchen der EKD insgesamt 283 105 Kinder im Alter bis zu 14 Jahren getauft. Die Zahl der Taufen, die bereits seit 1967 eine rückläufige Tendenz aufweist, hat sich damit gegenüber dem vorangegangenen Jahr um 34649 oder 10,9% verringert. Dieser Rückgang ist nicht durch eine abnehmende Bereitschaft der evangelischen Eltern, ihre Kinder taufen zu lassen, bedingt, sondern – wie ein Vergleich mit der Entwicklung der Geburten zeigt – durch die seit Mitte der 60er Jahre festzustellende starke Verminderung der Zahl der Lebendgeborenen. So hat im Bundesgebiet die Zahl der lebend geborenen Kinder von Eltern, die beide evangelisch sind bzw. von denen wenigstens ein Teil evangelisch ist, von 1971 auf 1972 um 56 265 oder 13,3% abgenommen. Der seit dem Jahre 1967 festzustellende Geburtenrückgang im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland ist nach einer Untersuchung des Statistischen Bundesamts u. a. auf eine Verminderung der Geburtenhäufigkeit (zunehmender Trend zur Kinderlosigkeit und zur Familie mit nur noch einem Kind), eine Verlängerung der Geburtenabstände und eine Abnahme der Zahl der Ehen, insbesondere der jungen Ehen, zurückzuführen¹).

Die Unterteilung nach der Konfession bzw. der Religionszugehörigkeit der Eltern zeigt, daß die Zahl der Taufen von Kindern evangelischer Eltern (1972: 212822) gegenüber dem Vorjahr fast im gleichen Verhältnis zurückgegangen ist (– 28649 oder 11,9%) wie die Zahl der lebend geborenen Kinder aus evangelischen Ehen. Trotz des aufgezeigten Rückganges ist also für den Gesamtbereich der EKD festzustellen, daß nach wie vor fast alle lebend geborenen Kinder evangelischer Eltern evangelisch getauft werden. Das gilt allerdings für Großstädte weniger als für Klein- und Mittelstädte sowie für überwiegend ländliche Bezirke. Zahlenmäßig von Bedeutung sind daneben nur noch die Taufen von Kindern evangelisch-katholischer Ehepaare. Ihre Zahl belief sich im Berichtsjahr auf 51 202, das waren 4961 oder 8,8% weniger als im Jahre 1971; prozentual errechnet sich für sie also eine geringere Abnahme als für die Taufen von Kindern evangelischer Ehepaare. Im langfristigen Vergleich ist festzustellen, daß

1) Einzelheiten hierzu siehe: Karl Schwarz: „Gründe des Geburtenrückgangs“, in „Wirtschaft und Statistik“ 1973, S. 700f.

innerhalb der Gesamtzahl der evangelischen Taufen die Taufen von Kindern evangelisch-katholischer Ehepaare eine langsam, aber ständig wachsende Bedeutung erlangen. Die Taufziffer dieser Kinder, das heißt die Zahl der Taufen von Kindern evangelisch-katholischer Eltern in Prozent der lebend geborenen Kinder aus evangelisch-katholischen Ehen, ist von 41 % im Jahre 1963 auf 44 % im Berichtsjahr gestiegen.

Entsprechend der aufgezeigten unterschiedlichen Entwicklungen hat sich die anteilmäßige Zusammensetzung der Taufen nach der Konfessions- bzw. Religionszugehörigkeit der Eltern etwas verändert. Im einzelnen entfielen von der Gesamtzahl der Taufen

	1963	1971	1972
auf Taufen von Kindern evangelischer Eltern	78,6%	76,0%	75,2%
auf Taufen von Kindern evangelisch-katholischer Eltern	15,0%	17,8%	18,1%
auf Taufen von nichtehelichen Kindern evangelischer Mütter	3,6%	3,0%	3,1%

2. Trauungen und Trauziffern

In den Kirchengemeinden der 20 Gliedkirchen der EKD wurden im Jahre 1972 insgesamt 133 834 Paare evangelisch getraut, das waren 11 259 oder 7,8 % weniger als im vorangegangenen Jahr. Der bereits seit längerer Zeit zu beobachtende Rückgang der Zahl der Trauungen hat damit auch im Berichtsjahr weiterhin angehalten. Dabei muß jedoch berücksichtigt werden, daß auch die Zahl der Eheschließungen – bedingt durch den Altersaufbau der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland – eine kontinuierlich sinkende Tendenz aufweist; allerdings ist die rückläufige Entwicklung bei den Trauungen wesentlich stärker ausgeprägt als bei den Eheschließungen. So hat sich die Zahl der Eheschließungen von evangelischen und konfessions- bzw. glaubensverschiedenen Paaren (soweit ein Ehepartner evangelisch ist) von 1971 auf 1972 nur um 5,1 % auf 256 441 vermindert. Der Unterschied zwischen der Entwicklung der Eheschließungen und der der Trauungen zeigt deutlich, daß anders als bei der fest überlieferten Sitte der Taufe bei der Eheschließung heute nicht immer mehr eine kirchliche Trauung begehrt wird.

Die Untergliederung nach der Konfessions- bzw. Religionszugehörigkeit der Ehepartner läßt erkennen, daß vor allem wieder die Zahl der Trauungen evangelischer Ehepaare (1972: 97 277) abgenommen hat; sie hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 10 117 oder 9,4 % vermindert. Demgegenüber errechnet sich für die Eheschließungen evangelischer Ehepaare nur ein Rückgang um 7,7 %. Entsprechend dieser unterschiedlichen Entwicklung ist die Trauziffer, das heißt die Zahl der Trauungen evangelischer Paare in Prozent der entsprechenden Eheschließungen, von 76 im Jahre 1971 auf 74 im Berichtsjahr gesunken; 1963 belief sie sich noch auf 86. Relativ wenig verändert hat sich gegenüber dem Vorjahr die Zahl der Trauungen evangelisch-katholischer Ehepaare.

Geburten und evangelische Taufen im Bundesgebiet 1963 bis 1972

Jahr	Geburten ¹⁾		Evangelisch getaufte Kinder insgesamt		Geburten von Kindern evangelischer Eltern		Taufen von Kindern evangelischer Eltern			Geburten von Kindern evang.-kath. Eltern		Taufen von Kindern evang.-kath. Eltern		
	Zahl	Veränderung gegenüber 1963 in %	Zahl	Veränderung gegenüber 1963 in %	Zahl	Veränderung gegenüber 1963 in %	Zahl	in % von Spalte 5	Veränderung gegenüber 1963 in %	Zahl	Veränderung gegenüber 1963 in %	Zahl	in % von Spalte 10	Veränderung gegenüber 1963 in %
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1963	611 783		475 583		389 804		373 872	95,9		174 683		71 246	40,8	
1964	617 740	+ 1,0	483 271	+ 1,6	393 758	+ 1,0	379 709	96,4	+ 1,6	177 596	+ 1,7	73 398	41,3	+ 3,0
1965	604 281	- 1,2	476 057	+ 0,1	382 821	- 1,8	374 018	97,7	+ 0,0	177 323	+ 1,5	73 349	41,4	+ 3,0
1966	609 092	- 0,4	475 843	+ 0,1	382 859	- 1,8	372 290	97,3	- 0,4	182 159	+ 4,3	75 051	41,2	+ 5,3
1967	593 569	- 3,0	462 931	- 2,7	370 490	- 5,0	361 402	97,6	- 3,3	179 550	+ 2,8	74 470	41,5	+ 4,5
1968	563 992	- 7,8	441 674	- 7,1	348 788	- 10,5	342 744	98,3	- 8,3	172 756	- 1,1	72 833	42,2	+ 2,2
1969	520 032	- 15,0	399 158	- 16,1	318 283	- 8,4	309 096	97,1	- 17,3	161 067	- 7,8	67 747	42,1	- 4,9
1970	454 201	- 25,8	345 994	- 27,3	273 639	- 29,8	266 448	97,4	- 28,7	141 693	- 18,9			
1971	421 798	- 31,1	317 754	- 33,2	249 563	- 36,0	241 471	96,8	- 35,4	132 415	- 24,2	56 163	42,4	- 21,2
1972	365 533	- 40,3	283 105	- 40,5	211 927	- 45,9	212 822	100,4	- 43,1	116 327	- 33,4	51 202	44,0	- 28,1

1) Von Kindern evangelischer Eltern und von Kindern mit einem evangelischen Elternteil.

Jahr	Geburten von Kindern evang.-anders christl. ²⁾ Eltern			Taufen von Kindern evang.-anders christl. ²⁾ Eltern			Geburten von Kindern evang.-sonstiger ³⁾ Eltern			Taufen von Kindern evang.-sonstiger ³⁾ Eltern			Nicht ehelich geborene Kinder evang. Mütter			Taufen von nicht ehelich geborenen Kindern evang. Mütter		
	Zahl	Veränderung gegenüber 1963 in %	Zahl	in % von Spalte 15	Veränderung gegenüber 1963 in %	Zahl	Veränderung gegenüber 1963 in %	Zahl	in % von Spalte 20	Veränderung gegenüber 1963 in %	Zahl	Veränderung gegenüber 1963 in %	Zahl	in % von Spalte 25	Veränderung gegenüber 1963 in %	Zahl	in % von Spalte 28	Veränderung gegenüber 1963 in %
1963	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29			
1963	5484		2582	47,0		13238		9199	69,5		28574		17090	59,8				
1964	5907	+ 7,7	2777	47,0	+ 7,6	13338	+ 0,8	9447	70,8	+ 2,7	27141	- 5,0	16311	60,1	- 4,6			
1965	6376	+16,3	2937	46,2	+13,7	13279	+ 0,3	9400	70,8	+ 2,2	24482	-14,3	14576	59,5	-14,7			
1966	6754	+23,2	2917	43,2	+13,0	13550	+ 2,4	9628	71,0	+ 4,7	23770	-16,8	14342	60,3	-16,1			
1967	6804	+24,1	3021	44,4	+17,0	13511	+ 2,1	9017	66,7	- 2,0	23214	-18,8	13429	57,9	-21,4			
1968	6787	+23,8	2806	41,4	+ 8,7	13034	- 1,5	8701	66,8	- 5,4	22627	-20,8	12544	55,5	-26,6			
1969	6617	+20,7	2637	39,9	+ 2,1	12022	- 9,2	6800	56,6	-26,1	22043	-22,9	11532	52,3	-32,5			
1970	6032	+10,0	.	.	.	12065	- 8,9	.	.	.	20772	-27,3	10125	48,7	-40,8			
1971	6104	+11,3	2447	40,1	- 5,2	12960	- 2,1	6959	53,7	-24,4	20756	-27,4	9398	45,3	-45,0			
1972	5658	+ 3,2	2188	40,9	-15,3	12472	-5,8	6692	55,6	-27,3	19149	-33,0	8691	45,4	-49,2			

2) Angehörige der Ostkirchen, der altkatholischen Kirche und verwandter Gruppen sowie der christlich orientierten Sondereigenschaften.

3) Hier handelt es sich zum überwiegenden Teil um Gemeinschaftslose.

Eheschließungen und evangelische Trauungen im Bundesgebiet 1963 bis 1972

Jahr	Eheschließungen ¹⁾		Evangelisch getraute Paare insgesamt		Eheschließungen evangelischer Paare		Trauungen evangelischer Paare			Eheschließungen evang.-kath. Paare	
	Zahl	Veränderung gegenüber 1963 in %	Zahl	Veränderung gegenüber 1963 in %	Zahl	Veränderung gegenüber 1963 in %	Zahl	in % von Spalte 5	Veränderung gegenüber 1963 in %	Zahl	Veränderung gegenüber 1963 in %
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1963	326222		203891		194302		166062	85,5		110700	
1964	325717	- 0,2	202449	- 0,7	191807	- 1,3	163502	85,3	- 1,5	112413	+ 1,5
1965	318465	- 2,4	195705	- 4,0	184979	- 4,8	156437	84,6	- 5,8	111886	+ 1,1
1966	312971	- 4,1	190897	- 6,4	179387	- 7,7	150720	84,0	- 9,2	111702	+ 0,9
1967	309236	- 5,2	183789	- 9,9	173977	- 10,5	143944	82,8	- 13,3	113951	+ 2,9
1968	292499	- 10,3	174752	- 14,3	164933	- 15,1	135993	82,5	- 18,9	106603	- 3,7
1969	288328	- 11,6	166015	- 18,6	159368	- 18,0	127153	79,8	- 23,4	108017	- 2,4
1970	282996	- 13,3	156452	- 23,3	152500	- 21,5	118244	77,6	- 28,8	108917	- 1,6
1971	270126	- 17,2	145093	- 28,8	141640	- 27,1	107394	75,8	- 35,3	105772	- 4,5
1972	256441	- 21,4	133834	- 34,5	130682	- 32,7	97277	74,4	- 41,4	102391	- 7,5

1) Von evangelischen Paaren und von Paaren mit einem evangelischen Ehepartner.

Jahr	Trauungen evang.-kath. Paare			Eheschließungen evang.-anders christl. ²⁾ Paare			Trauungen evang.-anders christl. ³⁾ Paare			Eheschließungen evang.-sonstiger ³⁾ Paare		
	Zahl	in % von Spalte 10	Verände- rung ge- genüber 1963 in %	Zahl	Verände- rung ge- genüber 1963 in %		Zahl	in % von Spalte 15	Verände- rung ge- genüber 1963 in %	Zahl	Verände- rung ge- genüber 1963 in %	
	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23
1963	35159	31,8		7589		1824	24,0		13631		709	5,2
1964	36123	32,1	+ 2,7	7659	+ 0,9	1773	23,1	- 2,8	13838	+ 1,5	897	6,5
1965	36493	32,7	+ 3,8	7658	+ 0,9	1713	22,4	- 6,1	13942	+ 2,3	856	6,1
1966	37384	33,5	+ 6,3	7836	+ 3,3	1790	22,8	- 1,9	14046	+ 3,0	837	6,0
1967	37074	32,5	+ 5,4	7551	- 0,5	1705	22,6	- 6,5	13757	+ 0,9	884	6,5
1968	36315	34,1	+ 3,3	7458	- 1,7	1481	19,9	- 18,8	13505	- 0,9	810	6,0
1969	36082	33,4	+ 2,6	7591	± 0,0	1754	23,1	- 3,8	13352	- 2,0	868	6,5
1970	35454	32,6	+ 0,8	6915	- 8,9				14664	+ 7,6		
1971	34829	32,9	- 0,9	6485	- 14,5	1554	24,0	- 14,8	16229	+ 19,1	1125	6,9
1972	33844	33,1	- 3,7	6315	- 16,8	1389	23,4	- 23,9	16963	+ 24,4	1008	6,1

2) Angehörige der Ostkirchen, der altkatholischen Kirche und verwandter Gruppen sowie der christlich orientierten Sondergemeinschaften.

3) Hier handelt es sich zum überwiegenden Teil um Gemeinschaftslose.

So wurden im Jahre 1972 im Bereich der EKD 33 844 Paare, bei denen ein Ehepartner evangelisch und einer katholisch war, evangelisch getraut; gegenüber dem Vorjahr bedeutet das eine Abnahme um nur 985 oder 2,8%. Ähnlich wie in den vorangegangenen Jahren wurden auch 1972 von jeweils 100 standesamtlichen Eheschließungen evangelisch-katholischer Paare 33 evangelisch getraut. In diesem Zusammenhang muß die starke Zuwanderung ausländischer Arbeitnehmer in das Bundesgebiet berücksichtigt werden, die zu einer steigenden Zahl der Heiraten evangelischer deutscher mit katholischen ausländischen Personen geführt hat.

Aufgrund der dargestellten Entwicklung haben sich die Anteile der Trauungen evangelischer und evangelisch-katholischer Ehepaare an der Gesamtzahl der evangelischen Trauungen weiterhin verschoben. Von der Gesamtzahl der evangelischen Trauungen entfielen

	1963	1971	1972
auf Trauungen evangelischer Ehepaare	81,4%	74,0%	72,7%
auf Trauungen evangelisch-katholischer Ehepaare	17,2%	24,0%	25,3%

3. Bestattungen und Bestattungsziffern

Im Jahre 1972 wurden in den Gliedkirchen der EKD 352 970 verstorbene evangelische Personen bestattet. Die Bestattungsziffer, d.h. die Zahl der evangelisch Bestatteten in Prozent der verstorbenen evangelischen Gemeindeglieder, betrug im Berichtsjahr – gegenüber den vorangegangenen Jahren fast unverändert – 94%. Die verstorbenen evangelischen Personen werden also nach wie vor fast ausschließlich evangelisch bestattet.

4. Gottesdienstbesuch und Gottesdienstbesuchsziffern

Im sonntäglichen Durchschnitt haben im Jahre 1972 in den Gliedkirchen der EKD (ohne Gliedkirchen Bayern und Württemberg, für die keine vergleichbaren Zahlen vorliegen) rund 862 000 Personen die Hauptgottesdienste und 308 000 Personen die Kindergottesdienste besucht, das sind 5,0% der Kirchenglieder. Diese Ergebnisse wurden aufgrund einer repräsentativen Zählung der Gottesdienstbesucher an den vier Sonntagen Invocavit, Cantate, 16. nach Trinitatis und 1. Advent ermittelt. Dabei wurde in allen Kirchengemeinden, in denen am Sonntag Cantate eine Konfirmation oder eine Konfirmandenprüfung im Hauptgottesdienst oder ein Konfirmandenabendmahl stattfand, der folgende Sonntag als Zählsonntag zugrundegelegt.

An Feiertagen, wie Weihnachten, Karfreitag, Ostern, Volkstrauertag, Pfingsten, Erntedankfest und Ewigkeitssonntag – sie wurden in die Erhebung über die Teilnahme am Gottesdienst nicht einbezogen – war der Gottesdienstbesuch wesentlich höher als im sonntäglichen Durchschnitt.

	Gottesdienstbesucher je Sonntag	Kindergottesdienst- besucher je Sonntag	Gottesdienst- und Kindergottesdienst- besucher in Prozent der Zahl der Kirchen- glieder
1963:	1 168 000	561 000	7,3
1964:	1 166 000	549 000	7,2
1965:	1 130 000	531 000	6,9
1966:	1 158 000	537 000	7,0
1967:	1 120 000	520 000	6,8
1968:	1 137 000	498 000	6,8
1969:	1 021 000	450 000	6,1
1970:	961 000	417 000	5,9
1971:	942 000	379 000	5,6
1972:	862 000	308 000	5,0

Die genannte Prozentzahl bedeutet nicht, daß insgesamt nur 5% der Kirchenglieder an Gottesdiensten teilnehmen. Die Personen, aus denen sich diese Prozentzahl errechnet, sind nicht immer die gleichen; der Personenkreis der Gottesdienstbesucher ändert sich in seiner Zusammensetzung von Sonntag zu Sonntag. Eine im Sommer 1972 im Auftrag der EKD, der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau und des Evangelischen Gemeindeverbandes Frankfurt/Main durchgeführte repräsentative Umfrage ²⁾ hat ergeben, daß von den befragten Evangelischen 24% jeden Sonntag bzw. mehrmals bis mindestens einmal im Monat, 22% nur an besonderen kirchlichen Feiertagen, weitere 15% nur aus familiären Anlässen (z.B. Hochzeit, Taufe, Begräbnis) und 39% nicht in die Kirche gehen. Die genannte Umfrage führte außerdem zu dem Ergebnis, daß 13% der befragten Evangelischen regelmäßig bzw. ziemlich häufig und weitere 22% gelegentlich Gottesdienstübertragungen im Rundfunk hören; 15% der Befragten sehen regelmäßig bzw. ziemlich häufig und 35% gelegentlich Fernsehsendungen, in denen Fragen zur Religion und Kirche behandelt werden.

5. Aufnahmen und Kirchengliederaustritte

Im Jahre 1972 wurden 17394 Personen in die Gliedkirchen der EKD aufgenommen, das sind 528 oder 2,9% weniger als im vorangegangenen Jahr. Damit hat sich die seit einigen Jahren festzustellende Verminderung der Aufnahmen 1971 zwar fortgesetzt, sie hat sich aber im Berichtsjahr deutlich abgeschwächt.

2) Wie stabil ist die Kirche? Gelnhausen und Berlin 1974.

	Insgesamtzahl der Aufnahmen	Aufnahmen in Prozent der Zahl der Kirchenglieder
1963:	36128	0,13
1964:	36684	0,13
1965:	34735	0,12
1966:	33749	0,12
1967:	30928	0,11
1968:	28303	0,10
1969:	23217	0,08
1970:	20990	0,07
1971:	17922	0,06
1972:	17394	0,06

Die Zahl der Kirchengaustritte, deren Entwicklung von 1968 bis 1970 eine stark ansteigende Tendenz aufwies, belief sich im Jahre 1972 auf 141 256, das sind 0,5% der evangelischen Wohnbevölkerung im Bereich der EKD. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl der Kirchengaustritte erneut zurückgegangen (– 18 724 oder 11,7%), sie war aber immer noch wesentlich höher als Mitte der 60er Jahre. Die Aufbereitung der Zahlen hat ergeben, daß ähnlich den Ergebnissen in den vergangenen Jahren die Schwerpunkte der Kirchengaustritte in der Gliederung

- nach dem Raum in den Großstädten und deren Einzugsgebieten,
- nach dem Geschlecht bei den Männern,
- nach dem Alter bei den 18 bis unter 30 und daneben bei den 30 bis unter 40 Jahre alten Personen und
- nach dem Beruf bei den Angestellten und außerdem – allerdings in geringerem Ausmaß – bei den Beamten und Arbeitern liegen.

	Insgesamtzahl der Kirchengaustritte	Kirchengaustritte in Prozent der Zahl der Kirchenglieder
1963:	37843	0,13
1964:	42665	0,15
1965:	39611	0,14
1966:	40272	0,14
1967:	44456	0,15
1968:	60807	0,21
1969:	111 576	0,38
1970:	202 823	0,71
1971:	159 980	0,56
1972:	141 256	0,50

Tabelle 1: Taufen im Jahre 1972

Landeskirche	Getaufte Kinder		davon (in % von Spalte 1)					Tauf- ver- sagun- gen	Getaufte Erwachsene
	ins- gesamt	darunter nach- träglich getauft ¹⁾	Kinder aus			nicht- he- liche Kinder evang. Mütter	Kinder sonst. Eltern und Mütter		
			evan- gelischen Ehen	Mischehen					
				insge- samt	darunter aus evang.- kath. Ehen				
1	2	3	4	5	6	7	8	9	

Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der Union

Berlin (West)	7833	2168	75,4	18,9	11,1	4,5	1,2	1	490
Westfalen	34076	2817	73,9	22,8	20,2	2,9	0,4	16	262
Rheinland	33319	3864	60,8	35,5	31,3	3,4	0,4	21	336

Übrige unierte Landeskirchen

Hessen und Nassau	22236	1527	72,4	24,4	21,1	2,7	0,4	5	103
Kurhessen-Waldeck	12629	479	82,4	14,8	12,3	2,5	0,3	—	34
Baden	13924	704	62,1	.	31,4	4,1	.	1	137
Pfalz	7226	373	66,9	28,6	25,9	4,1	0,5	—	28
Bremen	3931	548	80,9	14,8	8,7	3,4	1,0	1	223

Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands

Hannover	44676	3381	86,9	10,1	8,1	2,7	0,3	11	337
Bayern	25236	1158	64,5	30,4	27,5	4,3	0,7	9	98
Schleswig-Holstein	24100	3885	87,8	9,0	5,1	2,6	0,5	3	725
Hamburg	3495	951	80,3	14,6	7,8	3,8	1,2	.	496
Braunschweig	6493	693	80,5	15,6	12,7	3,2	0,7	2	12
Lübeck	1870	286	73,7	20,7	6,8	5,6	—	—	95
Schaumburg-Lippe	808	11	88,5	10,0	8,9	1,1	0,4	—	5
Eutin	1040	170	87,8	8,8	7,4	3,3	0,2	—	5

Übrige lutherische Landeskirchen

Württemberg	27885	1519	72,6	24,8	21,7	2,4	0,3	7	120
Oldenburg	6908	873	85,5	12,4	8,9	1,8	0,3	—	82

Reformierte Landeskirchen

Lippe	2749	123	88,0	9,7	8,2	2,1	0,3	—	12
Nordwestdeutschland	2671	80	91,2	7,0	5,4	1,6	0,1	—	11
Zusammen	283105	25610	75,2	(20,7)	18,1	3,1	(0,4)	(77)	3611

1) Taufen von Kindern im Alter von 1 bis unter 14 Jahren

Tabelle 2: Kindertaufen nach dem Ort der Taufe im Jahre 1972

Landeskirche	Von je 100 getauften Kindern im Alter bis unter 14 Jahren wurden getauft			
	während des Gemeindegottesdienstes oder im Kindergottesdienst	außerhalb des Gemeindegottesdienstes		
		in kirchlichen Räumen einschl. des Pfarrhauses	in der Hausgemeinschaft (Haustaufen)	in Kliniken und ähnlichen Anstalten
	1	2	3	4

Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der Union

Berlin (West)	38,5	58,6	1,6	1,4
Westfalen	71,3	27,2	0,5	1,0
Rheinland	74,8	24,3	0,3	0,6

Übrige unierte Landeskirchen

Hessen und Nassau	67,2	30,4	1,6	0,8
Kurhessen-Waldeck	72,7	23,2	3,5	0,6
Baden	63,6	34,2	0,6	1,6
Pfalz	75,2	22,1	1,1	1,7
Bremen	32,5	65,9	0,6	1,0

Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands

Hannover	42,9	54,7	1,9	0,5
Bayern	21,7	71,2	0,9	6,2
Schleswig-Holstein	30,8	66,1	2,5	0,6
Hamburg
Braunschweig	22,4	77,1	0,2	0,3
Lübeck	—	97,1	0,5	2,4
Schaumburg-Lippe	46,5	53,3	0,1	—
Eutin	41,6	55,4	3,0	—

Übrige lutherische Landeskirchen

Württemberg	78,5	20,0	0,7	0,8
Oldenburg	35,4	62,5	1,2	0,9

Reformierte Landeskirchen

Lippe	87,2	10,7	1,8	0,3
Nordwestdeutschland	86,1	5,8	7,8	0,3
Zusammen (ohne Hamburg)	55,5	41,9	1,3	1,3

Tabelle 3: Konfirmationen im Jahre 1972

Landeskirche	Konfirmierte				Zulassung zum Konfir- manden- unterricht (versagt ¹⁾)	Konfir- mation ver- sagt
	Jungen	Mädchen	zusammen	darunter später als üblich Kon- firmierte		
	1	2	3	4		

Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der Union

Berlin (West)	5051	5469	10520	37	23	15
Westfalen	25470	25382	50852	207	52	38
Rheinland	26402	26323	52725	24	84	50

Übrige unierte Landeskirchen

Hessen und Nassau	16770	16448	33218	8	72	28
Kurhessen-Waldeck	8626	8394	17020	4	14	5
Baden	9989	9287	19276	68	.	.
Pfalz	5770	5558	11328	1	12	59
Bremen	3004	2982	5986	5	5	2

Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands

Hannover	29252	28636	57888	84	76	40
Bayern	17483	17193	34676	23	51	42
Schleswig-Holstein	15049	15296	30345	91	30	39
Hamburg	2771	2948	5719	54	.	.
Braunschweig	4830	4783	9613	8	7	2
Lübeck	1162	1204	2366	6	1	—
Schaumburg-Lippe	481	523	1004	.	2	2
Eutin	578	569	1147	2	2	—

Übrige lutherische Landeskirchen

Württemberg	.	.	38105	59	.	74 ²⁾
Oldenburg	4287	4128	8415	20	3	7

Reformierte Landeskirchen

Lippe	1929	1884	3813	2	.	1
Nordwestdeutschland	1465	1451	2916	5	1	2
Zusammen	(180369)	(178458)	396932	(708)	(435)	(355)

1) Einschl. Zulassung zum Konfirmandenunterricht aufgeschoben

2) darunter 25 aufgeschoben

Tabelle 4: Trauungen im Jahre 1972

Landeskirche	Getraute Paare		davon (in % von Spalte 1)				Trau- versagun- gen
	insge- samt	darunter nachträg- lich getraut ¹⁾	evangelische Ehepaare	konfessionell gemischte Ehepaare		sonstige Ehe- paare	
				insgesamt	darunter evang.-kath. Ehepaare		
	1	2	3	4	5	6	7

Gliedkirchen der Evangelischen Kirchen der Union

Berlin (West)	2876	76	83,7	16,0	13,2	0,3	2
Westfalen	17646	897	68,8	31,0	29,6	0,2	45
Rheinland	16912	581	56,6	43,3	41,7	0,0	61

Übrige unierte Landeskirchen

Hessen und Nassau	11408	164	69,8	30,0	27,7	0,2	36
Kurhessen-Waldeck	6357	88	81,2	18,7	16,9	0,1	5
Baden	7072	.	56,9	.	41,1	.	.
Pfalz	4253	36	64,3	35,5	32,9	0,2	.
Bremen	1598	33	82,8	16,9	12,0	0,3	1

Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands

Hannover	19980	499	87,6	12,2	11,0	0,1	39
Bayern	12358	171	61,2	38,7	36,7	0,1	71
Schleswig-Holstein	9296	137	90,6	9,2	8,2	0,2	19
Hamburg	1465	.	87,6	12,4	9,8	0,1	.
Braunschweig	3076	117	82,6	16,6	15,1	0,8	3
Lübeck	753	19	79,0	21,0	8,0	—	—
Schaumburg-Lippe	407	8	85,7	14,3	11,1	—	—
Eutin	441	9	91,4	8,6	7,5	—	—

Übrige lutherische Landeskirchen

Württemberg	12775	818	69,0	31,0	27,9	.	27
Oldenburg	2692	55	86,5	13,2	12,5	0,3	10

Reformierte Landeskirchen

Lippe	1276	29	86,7	13,3	12,6	—	5
Nordwestdeutschland	1193	19	86,3	13,7	11,8	—	1
Zusammen	133834	(3756)	72,7	(26,3)	25,3	(0,2)	(325)

1) im allgemeinen später als 1 Jahr, in Württemberg später als 1 Monat nach der standesamtlichen Eheschließung

Tabelle 5: Trauungen von Geschiedenen im Jahre 1972

Landeskirche	Trauungen von Geschiedenen		davon Trauungen von Ehepaaren, bei denen geschieden waren:		
	Anzahl	in % der Trauungen insgesamt	der Mann	die Frau	beide
	1	2	3	4	5

Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der Union

Berlin (West)	341	11,9	169	119	53
Westfalen	1050	6,0	518	406	126
Rheinland	1232	7,3	667	455	110

Übrige unierte Landeskirchen

Hessen und Nassau	681	6,0	311	270	100
Kurhessen-Waldeck	321	5,0	126	148	47
Baden	583	8,2	.	.	.
Pfalz	313	7,4	138	132	43
Bremen	51	3,2	8	36	7

Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands

Hannover	1105	5,5	448	525	132
Bayern	736	6,0	400	291	45
Schleswig-Holstein	397	4,3	162	192	43
Hamburg
Braunschweig	152	4,9	60	74	18
Lübeck	56	7,4	26	26	4
Schaumburg-Lippe	27	6,6	8	16	3
Eutin	27	6,1	10	17	—

Übrige lutherische Landeskirchen

Württemberg	707	5,5	.	.	.
Oldenburg	127	4,7	44	73	10

Reformierte Landeskirchen

Lippe	37	2,9	15	18	4
Nordwestdeutschland	33	2,8	10	20	3

Zusammen (ohne Baden, Hamburg und Württemberg)	6686	5,9	3120	2818	748
--	------	-----	------	------	-----

Tabelle 6: Kirchliche Bestattungen im Jahre 1972

Landeskirche	Bestattete			davon			
	Erd- bestat- tete	Einge- äscherte und in Urnen Bei- gesetzte ¹⁾	ins- gesamt	evangelische Bestattete		sonstige Bestattete	
				Anzahl	in % aller Bestatteten (Spalte 3)	Anzahl	in % aller Bestatteten (Spalte 3)
	1	2	3	4	5	6	7

Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der Union

Berlin (West)	13 798	9 823	23 621	22 624	95,8	997	4,2
Westfalen	41 121	1 790	42 911	42 400	98,8	511	1,2
Rheinland	44 524	2 243	46 767	45 628	97,6	1 139	2,4

Übrige unierte Landeskirchen

Hessen und Nassau	23 512	4 874	28 386	27 724	97,7	662	2,3
Kurhessen-Waldeck	12 674	1 112	13 786	13 692	99,3	94	0,7
Baden	13 758	3 048	16 806	16 398	97,6	408	2,4
Pfalz	8 211	583	8 794	8 601	97,8	193	2,2
Bremen	3 783	1 997	5 780	5 700	98,6	80	1,4

Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands

Hannover	46 207	3 706	49 913	49 556	99,3	357	0,7
Bayern	24 549	8 468	33 017	32 413	98,2	604	1,8
Schleswig-Holstein	24 807	3 895	28 702	28 264	98,5	438	1,5
Hamburg	4 475	2 784	7 259	7 147	98,5	112	1,5
Braunschweig	6 383	1 902	8 285	8 215	99,2	70	0,8
Lübeck	1 921	558	2 479	2 478	100,0	1	0,0
Schaumburg-Lippe	978	37	1 015	1 015	100,0	—	—
Eutin	1 204	79	1 283	1 238	96,5	45	3,5

Übrige lutherische Landeskirchen

Württemberg	24 668	3 812	28 480	27 810	97,6	670	2,4
Oldenburg	6 101	741	6 842	6 685	97,7	157	2,3

Reformierte Landeskirchen

Lippe	3 078	106	3 184	3 164	99,4	20	0,6
Nordwestdeutschland	2 173	83	2 256	2 218	98,3	38	1,7
Zusammen	307 925	51 641	359 566	352 970	98,2	6 596	1,8

1) Urnenbeisetzungen nur gezählt, wenn Einäscherung ohne kirchliche Mitwirkung

Tabelle 7: Gottesdienstbesuch¹⁾ im Jahre 1972

Landeskirche	Anzahl der Besucher im Durchschnitt der vier Zählsonntage ²⁾			
	im Haupt- gottesdienst	im Kinder- gottesdienst	zusammen	in % der Zahl der Kirchen- glieder
	1	2	3	4

Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der Union

Berlin (West)	18 290	4 535	22 825	1,6
Westfalen	155 726	70 998 ³⁾	226 724	6,7
Rheinland	133 786	51 985	185 771	4,9

Übrige unierte Landeskirchen

Hessen und Nassau	99 665	36 370	136 035	5,9
Kurhessen-Waldeck	57 647	21 415	79 062	7,1
Baden	101 601	33 208 ³⁾	134 809	9,8
Pfalz	41 625	7 275	48 900	6,8
Bremen	7 376	2 335	9 711	2,0

Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands

Hannover	128 639	41 056	169 695	4,3
Bayern	.	36 320	(36 320)	.
Schleswig-Holstein	43 997	13 515	57 512	2,4
Hamburg	8 824	1 912	10 736	1,8
Braunschweig	18 388	6 227	24 615	4,0
Lübeck	3 034	486	3 520	1,8
Schaumburg-Lippe	3 542	973	4 515	6,0
Eutin	2 068	684	2 752	3,2

Übrige lutherische Landeskirchen

Württemberg	.	88 915 ³⁾	(88 915)	.
Oldenburg	11 506	4 392	15 898	2,9

Reformierte Landeskirchen

Lippe	12 240	3 949	16 189	6,5
Nordwestdeutschland	14 193	7 158	21 351	10,6
Zusammen (ohne Bayern und Württemberg)	862 147	308 473	1 170 620	5,0

1) einschließlich Kindergottesdienstbesuch

2) die 4 festgesetzten Zählsonntage sind: Invocavit, Cantate, 17. bzw. 16 S. n. Trinitatis und 1. Advent

3) sonntägliche Durchschnittszahl

Tabelle 8: Heiliges Abendmahl im Jahre 1972

Landeskirche	Abendmahlsfeiern				Abendmahlsgäste			
	in der Kirche				bei Feiern in der Kirche		bei Privatkommunionen	
	insgesamt	je Kirchengemeinde	je Kirchengemeinde mit Sitz eines Pfarramtes	Privatkommunionen	insgesamt	je Abendmahlfeier	insgesamt	je Abendmahlfeier
1	1	2	3	4	5	6	7	8

Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der Union

Berlin (West)	7198	44	44	1289	204814	28	5320	4
Westfalen	20867	33	33	8616	832335	40	33388	4
Rheinland	19793	22	26	8072	742935	38	28249	3

Übrige unierte Landeskirchen

Hessen und Nassau	13641	12	15	5845	614595	45	20775	4
Kurhessen-Waldeck	6817	7	13	3091	336008	49	11937	4
Baden	11242	21	26	6995
Pfalz	3604	8	12	2490	173061	48	7913	3
Bremen	1431	21	22	330	45573	32	1579	5

Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands

Hannover	23818	14	19	6658	866 727	36	31001	5
Bayern	27860	19	21	11887	1 068 245	38	38445	3
Schleswig-Holstein	9094	18	18	1456	252 569	28	6279	4
Hamburg	3391	42	42	561	91 845	27	2147	4
Braunschweig	4074	10	17	601	129 819	32	2666	4
Lübeck	1034	32	32	174	24 571	24	535	3
Schaumburg-Lippe	404	19	19	400	18 760	46	1585	4
Eutin	287	14	14	10	8 780	31	36	4

Übrige lutherische Landeskirchen

Württemberg	15015	12	14	9145	626 407	42	37978	4
Oldenburg	2521	21	23	554	79 993	32	2215	4

Reformierte Landeskirchen

Lippe	1253	18	18	408	56 489	45	1768	4
Nordwestdeutschland	698	5	6	46	30 769	44	223	5
Zusammen	174 042	16	20	68 628	(6 204 295)	(38)	(234 039)	(4)

Tabelle 9: Abendmahlsgäste im Jahre 1972

		Abendmahlsgäste						
Landeskirche	Anzahl		in % der Zahl der Kirchen- glieder ¹⁾	bei Feiern in der Kirche				
		darunter Männer in %		insgesamt		davon (in % von Spalte 3)		
				Anzahl	in % von Spalte 1	innerhalb des Gottesdienstes	im Anschluß an einen Predigtgottes- dienst	im selbständigen Abendmahls- gottes- dienst
1		1a	2	3	4	5	6	7

Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der Union

Berlin (West)	210134	24,8	15	204814	97,5	61,2	26,3	12,5
Westfalen	865723	34,8	26	832335	96,1	66,1	22,5	11,5
Rheinland	771184	34,2	21	742935	96,3	67,0	24,0	9,0

Übrige unierte Landeskirchen

Hessen und Nassau	635370	36,3	28	614595	96,7	36,6	54,2	9,2
Kurhessen-Waldeck	347945	41,3	31	336008	96,6	61,1	23,9	15,0
Baden	439061	32,6	32					
Pfalz	180974	34,4	25	173061	95,6	25,2	64,7	10,1
Bremen	47152	32,5	10	45573	96,7	36,3	41,8	21,9

Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands

Hannover	897 728	36,6	23	866 727	96,5	67,0	15,8	17,2
Bayern	1 106 690	37,8	43	1 068 245	96,5	35,6	30,1	34,3
Schleswig-Holstein	258 848	35,1	11	252 569	97,6	69,4	19,4	11,2
Hamburg	93 992	30,9	16	91 845	97,7	64,7	27,3	8,0
Braunschweig	132 485	32,4	21	129 819	98,0	69,6	21,1	9,4
Lübeck	25 106	33,5	13	24 571	97,9	58,5	29,7	11,7
Schaumburg-Lippe	20 345	37,4	27	18 760	92,2	35,1	29,4	35,4
Eutin	8 816	35,1	10	8 780	99,6	51,0	38,7	10,3

Übrige lutherische Landeskirchen

Württemberg	664 385	34,5	26	626 407	94,3	—	94,8	5,2
Oldenburg	82 208	37,2	15	79 993	97,3	67,0	18,3	14,7

Reformierte Landeskirchen

Lippe	58 257	35,6	23	56 489	97,0	48,5	41,0	10,5
Nordwestdeutschland	30 992	40,4	15	30 769	99,3	81,2	15,9	2,9
Zusammen	687 7395	35,4	24	(6 204 295)	90,2	(49,6)	(35,1)	(15,3)

1) Zahlen der Kirchenglieder nach dem Stand vom 27.5.1970

Tabelle 10: Aufnahmen in die Landeskirchen im Jahre 1972

Landeskirche	Aufgenommene				Religions- unmündige ¹⁾
	Erwachsene				
	insgesamt	darunter			
		Männer		Wieder- eingetretene ¹⁾	
		Anzahl	in % von Spalte 1		
1	2	3	4	5	

Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der Union

Berlin (West)	1437	619	43,1	.	10
Westfalen	2059	996	48,4	580	115
Rheinland	2381	1123	47,2	869	146

Übrige unierte Landeskirchen

Hessen und Nassau	1184	542	45,8	271	131
Kurhessen-Waldeck	509	232	45,6	138	35
Baden	591	236	39,9	.	151
Pfalz	331	149	45,0	69	69
Bremen	415	207	49,9	89	27

Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands

Hannover	1668	793	47,5	543	171
Bayern	1216	523	43,0	256	277
Schleswig-Holstein	1383	693	50,1	574	68
Hamburg	730	346	47,4	178	15
Braunschweig	379	172	45,4	196	15
Lübeck	138	63	45,7	25	—
Schaumburg-Lippe	36	19	52,8	7	—
Eutin	36	19	52,8	14	—

Übrige lutherische Landeskirchen

Württemberg	963	.	.	249	154
Oldenburg	286	165	57,7	105	10

Reformierte Landeskirchen

Lippe	142	65	45,8	31	—
Nordwestdeutschland	113	50	44,2	12	3
Zusammen	15997	(7012)	(46,6)	(4206)	1397

1) einschließlich Rücktritte

2) nur Kinder, die getauft waren

Tabelle 11: Kirchenaustritte im Jahre 1972

Landeskirche	Ausgetretene			
	Erwachsene			Religionsun- mündige ¹⁾
	insgesamt	darunter Männer		
		Anzahl	in % von Spalte 1	
	1	2	3	4

Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der Union

Berlin (West)	19 729	11 402	57,8	85
Westfalen	10 953	7 462	68,1	247
Rheinland	19 039	12 093	63,5	357

Übrige unierte Landeskirchen

Hessen und Nassau	11 589	6 809	58,8	140
Kurhessen-Waldeck	2 422	1 450	59,9	29
Baden	3 970	2 259	56,9	297
Pfalz	1 671	1 079	64,6	83
Bremen	4 792	3 275	68,3	35

Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands

Hannover	15 778	10 580	67,1	204
Bayern	7 445	4 255	57,2	346
Schleswig-Holstein	16 508	10 531	63,8	96
Hamburg	8 631	5 006	58,0	12
Braunschweig	3 945	2 765	70,1	33
Lübeck	931	627	67,3	3
Schaumburg-Lippe	150	99	66,0	4
Eutin	265	186	70,2	1

Übrige lutherische Landeskirchen

Württemberg	7 121	.	.	266
Oldenburg	3 259	2 310	70,9	27

Reformierte Landeskirchen

Lippe	431	270	62,6	2
Nordwestdeutschland	341	213	62,5	19
Zusammen	138 970	(82 671)	(62,7)	2 286

1) nur Kinder, die getauft waren

III. Ergebnisse der Statistik über die Wahlen zu den Kirchenvorständen in den Gliedkirchen der EKD in den Jahren 1970 bis 1973

Die Kirchenkanzlei der EKD hat seit 1955 in mehrjährigen Abständen die wichtigsten Daten über die Zusammensetzung der Kirchenvorstände in den Gliedkirchen statistisch erfaßt.

Jede Statistik hat ihrem Wesen nach nur dann einen Aussagewert, wenn ihre Ergebnisse in zeitlicher und räumlicher Hinsicht verglichen werden können. Um Vergleiche mit den Werten der vorangegangenen Statistiken zu ermöglichen und die derzeitigen Unterschiede in der Zusammensetzung der Kirchenvorstände von Gliedkirche zu Gliedkirche aufzeigen zu können, wurde mit Hilfe der einzelnen Landeskirchen eine erneute Erhebung für den Zeitraum der Jahre 1970 bis 1973 durchgeführt. Im Verlauf dieses Zeitraumes wurden in fast allen Gliedkirchen der EKD die Kirchenvorstände auf Grund von Wahlen und Berufungen neu besetzt. Die neuen Kirchenvorsteher-Wahlverfahren enthalten gegenüber den bisherigen Verfahren einige wesentliche Änderungen. Die Kirchenvorsteher- (Presbyter-, Kirchenältesten-) wahlen der Jahre 1970 bis 1973 sind somit für die Gliedkirchen von besonderer Bedeutung.

Die Aufbereitung der Erhebungsunterlagen erbrachte folgende Ergebnisse:

1. Wahlbeteiligung

Infolge der unterschiedlichen Wahlverfahren ist es nicht möglich, für alle Gliedkirchen der EKD voll vergleichbare Zahlen über die Wahlbeteiligung bei den Kirchenvorstandswahlen der Jahre 1970 bis 1973 zu erstellen. So enthalten z.B. die Wahlgesetze bzw. -ordnungen für den Fall, daß in einer Kirchengemeinde bzw. in einem Wahlbezirk nicht mehr Wahlvorschläge eingehen als Kirchenvorsteher (Presbyter, Kirchenälteste) zu wählen sind, unterschiedliche Regelungen. In einigen Gliedkirchen gelten dann in den betreffenden Gemeinden bzw. Bezirken die Vorgeslagenen als gewählt, d.h. eine Wahl durch die Gemeindeglieder findet nicht statt; in anderen Gliedkirchen müssen in diesen Fällen die Wahlvorschläge von den amtierenden Kirchenvorständen so ergänzt werden, daß eine Wahl auf jeden Fall stattfindet.

Berücksichtigt man die Auswirkungen der unterschiedlichen Wahlverfahren, so kann davon ausgegangen werden, daß die Wahlbeteiligung bei den Wahlen zu den Kirchenvorständen in den Jahren 1970 bis 1973 im EKD-Durchschnitt zwischen 16 % und 17 % der Wahlberechtigten lag. Die Wahlbeteiligung war damit wesentlich höher als bei früheren Kirchenvorstandswahlen, was u. a. auf geänderte Voraussetzungen des Wahlrechts in den einzelnen Gliedkirchen zurückzuführen ist. Während früher nur diejenigen wählen konnten, die sich in die Wählerliste eingetragen hatten, werden nach den neuen Wahlverfahren die Wählerlisten von den Kirchengemeinden erstellt; zusätzlich wurden bei den Wahlen in

den Jahren 1970 bis 1973 in vielen Kirchengemeinden erstmals Wahlbenachrichtigungen verschickt. Außerdem wurde in zahlreichen Gliedkirchen das Mindestalter für die Ausübung des aktiven Wahlrechts von 21 auf 18 Jahre herabgesetzt. Daneben ist noch die gegenüber früheren Wahlen erheblich verstärkte Wahlinformation und -werbung (Plakate, Broschüren, Faltblätter, Schaukastenmaterial, Hinweise in Presse, Rundfunk und Fernsehen) zu erwähnen.

Eine relativ hohe Wahlbeteiligung ergab sich vor allem für die Gliedkirchen Württemberg (29,5%), Pfalz (29,5%), Baden (23,0%), Braunschweig (22,9%), Bayern (21,1%), Kurhessen-Waldeck (19,3%) sowie Hessen und Nassau (19,2%).

Auf Grund der von mehreren Gliedkirchen erstellten Analysen über die Kirchenvorstandswahlen in den Jahren 1970 bis 1973 ist hinsichtlich der Wahlbeteiligung folgendes festzustellen:

1. Die Wahlbeteiligung ist gegenüber den vorangegangenen Kirchenvorstandswahlen in allen Gliedkirchen gestiegen.

2. Jüngere Gemeindeglieder haben im allgemeinen in geringerem Umfang von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht als Angehörige der mittleren und älteren Jahrgänge.

3. Überwiegend haben sowohl absolut als auch verhältnismäßig mehr Frauen an den Wahlen teilgenommen als Männer.

4. Größtenteils war die Wahlbeteiligung in Gebieten mit mehr ländlicher Struktur höher als in Großstädten und deren Einzugsgebieten.

5. Vielfach besteht zwischen Wahlbeteiligung und Kirchlichkeit – soweit sie statistisch feststellbar ist – ein enger Zusammenhang. So war die Wahlbeteiligung häufig in solchen Gebieten relativ stark, in denen auch der Gottesdienstbesuch und die Teilnahme am Heiligen Abendmahl seit Jahren überdurchschnittlich hoch sind.

6. Von der Gesamtzahl der Wähler entfallen rund 8% bis 12% auf Briefwähler.

2. Die Männer und Frauen in den Kirchenvorständen

Die Aufteilung der Mitglieder der Kirchenvorstände nach dem Geschlecht ergibt, daß die Bereitschaft, Frauen in die Kirchenvorstände zu wählen bzw. zu berufen und die Bereitschaft der Frauen zur Mitarbeit in den Kirchenvorständen ständig gestiegen sind. Besonders auffällig zeigt sich diese Entwicklung in fast allen Gliedkirchen auf Grund der Wahlergebnisse der Jahre 1970 bis 1973. So betrug der Anteil der Frauen an der Zahl der Kirchenvorsteher im Durchschnitt der Gliedkirchen der EKD

1955	(ohne Berlin und Württemberg):	rd. 5%
1959/61	(ohne Berlin u. Nordwestdeutschl. ref.):	rd. 8%
1964/67:		rd. 11%
1970/73	(ohne Bremen):	rd. 20%

Der Anteil der Frauen in den Kirchenvorständen hat sich also seit 1955 vervierfacht. Zum Vergleich sei aufgeführt, daß sich am 1. Januar 1973 im Bun-

desgebiet die Räte der Gemeinden mit 20000 und mehr Einwohnern zu 91,7% aus Männern und 8,3% aus Frauen zusammensetzten¹⁾).

In der räumlichen Untergliederung fällt auf, daß in Städten wesentlich mehr Frauen den Kirchenvorständen angehören als in überwiegend ländlichen Gebieten. Das gilt, wie die landeskirchlichen Analysen der Kirchenvorstandswahlen zeigen, mehr oder weniger für alle Gliedkirchen. Die bei weitem höchsten Anteile der Frauen an der Gesamtzahl der im Berichtszeitraum gewählten und berufenen Kirchenvorsteher und -vorsteherinnen errechnen sich für die Stadt-Gliedkirchen Berlin (30,2%), Lübeck (29,3%) und Hamburg (28,8%). Mit einem Viertel und mehr sind die Frauen außerdem in den Kirchenvorständen im Bereich der Gliedkirchen Braunschweig und Hessen und Nassau vertreten.

3. Die Altersgliederung der Männer und Frauen in den Kirchenvorständen

Für die Untergliederung der Mitglieder der Kirchenvorstände nach dem Alter liegt kein voll vergleichbares Zahlenmaterial vor, da im Jahre 1970 die Abgrenzung der Altersgruppen gegenüber den vorangegangenen Erhebungen teilweise erheblich geändert wurde. Dennoch kann als wichtiges Ergebnis der Kirchenvorsteherwahlen in den Jahren 1970 bis 1973 festgestellt werden, daß verhältnismäßig viele jüngere, aber relativ nur wenig ältere Personen in die Kirchenvorstände gewählt und berufen wurden. Entsprechend dieser Verjüngung ist der Anteil der Kirchenvorsteher im Alter bis unter 45 Jahren an der Gesamtzahl der Kirchenvorsteher ständig gestiegen; über zwei Fünftel der Kirchenvorsteher gehören heute dieser Altersgruppe an.

Der Anteil der im Alter von 60 und mehr Jahren stehenden Mitglieder der Kirchenvorstände ist erheblich zurückgegangen und beträgt nunmehr weniger als ein Fünftel. Demgegenüber hat sich der in den 60er Jahren festzustellende Rückgang des Anteils der Kirchenvorsteher im Alter von 45 bis unter 60 Jahren bei den letzten Wahlen nicht fortgesetzt.

Überschläglich berechnet ergibt sich für die Zusammensetzung der Kirchenvorstände nach Altersgruppen folgende Entwicklung: Von der Gesamtzahl der Kirchenvorsteher im Bundesgebiet standen im Alter

	1955 ²⁾	1959/61 ³⁾	1964/67	1970/73 ⁴⁾
bis unter 45 Jahren	12%	22%	30%	42%
von 45 bis 60 Jahren	48%	48%	40%	40%
von 60 und mehr Jahren	40%	30%	30%	18%
zusammen	100%	100%	100%	100%

1) Zeitschrift „Der Städtetag“, Heft 6/1973, S. 358.

2) ohne Gliedkirchen Berlin und Württemberg

3) ohne Gliedkirchen Berlin und Nordwestdeutschland ref.

4) ohne Gliedkirche Bremen

Die Aufteilung nach dem Geschlecht zeigt, daß die Gesamtzahl der Kirchenvorsteher 1955 altersmäßig wesentlich anders zusammengesetzt war als die der Kirchenvorsteherinnen. So waren bei den Kirchenvorsteherinnen jüngere Personen mit einem höheren und ältere mit einem niedrigeren Anteil vertreten als bei den Kirchenvorstehern. Im Zuge der fortschreitenden Verjüngung der Kirchenvorstände sind diese Unterschiede aber im Verlauf der vergangenen 15 bis 18 Jahre immer geringer geworden. Im einzelnen ergibt sich für die Anteile der Männer und Frauen in den Kirchenvorständen folgende Entwicklung:
Es standen im Alter

	1955 ²⁾		1959/61 ³⁾	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
bis unter 45 Jahren	12%	18%	22%	25%
von 45 bis unter 60 Jahren	48%	51%	48%	52%
von 60 und mehr Jahren	40%	31%	30%	23%
zusammen	100%	100%	100%	100%

	1964/67		1970/73 ⁴⁾	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
bis unter 45 Jahren	31%	29%	42%	43%
von 45 bis unter 60 Jahren	39%	46%	39%	42%
von 60 und mehr Jahren	30%	25%	19%	15%
	100%	100%	100%	100%

4. Die Berufe der Männer und Frauen in den Kirchenvorständen

An der statistischen Erfassung der Berufe der Kirchenvorsteher und -vorsteherinnen haben sich in den vergangenen Jahren nicht alle Gliedkirchen beteiligt. Ein zeitlicher Vergleich über die Zusammensetzung der Kirchenvorstände nach Berufen kann deshalb nur auf Grund der Angaben aus 15 Gliedkirchen erstellt werden. Es handelt sich dabei um die statistischen Ergebnisse aus den Gliedkirchen Berlin, Rheinland, Hessen und Nassau, Kurhessen-Waldeck, Baden, Pfalz, Schleswig-Holstein, Hamburg, Braunschweig, Schaumburg-Lippe, Eutin, Württemberg, Oldenburg, Lippe und Nordwestdeutschland ref.

Die in der Tabelle 3a dargestellte Untergliederung der Männer in den Kirchenvorständen nach Berufen läßt erkennen, daß sich die bereits seit langem festzustellenden Tendenzen Anfang der 70er Jahre in verstärktem Ausmaß fortgesetzt haben. So ist vor allem ein weiterer erheblicher Anstieg der Zahl der in den Kirchenvorständen vertretenen Angestellten zu beobachten; ihr Anteil an der Gesamtzahl der Kirchenvorsteher erhöhte sich im Bereich der genannten 15 Gliedkirchen von 19% in den Jahren 1964/67 auf nunmehr 26%. Leicht zugenommen hat erneut der Anteil der Beamten (ohne Lehrer); auf sie entfallen jetzt 13% (1964/67: 11%) der Kirchenvorsteher. Demgegenüber fällt auf, daß entsprechend dem seit längerer Zeit festzustellenden Rückgang des Anteils

Tabelle 1: Die Männer und Frauen in den Kirchenvorständen

Gliedkirche	Jahr	Männer und Frauen in den Kirchen- vorständen	davon entfallen auf			
			Männer		Frauen	
			Anzahl	in % v. Sp.1	Anzahl	in % v. Sp.1
		1	2	3	4	5
Berlin (West)	1965	1 221	909	74,4	312	25,6
	1971	1 356	946	69,8	410	30,2
Westfalen	1955	4 361	4 254	97,5	107	2,5
	1960	5 543	5 163	93,1	380	6,9
	1964	6 145	5 556	90,4	589	9,6
	1972	6 681	5 427	81,2	1 254	18,8
Rheinland	1955	5 695	5 540	97,3	155	2,7
	1961	7 137	6 567	92,0	570	8,0
	1965	7 966	7 116	89,3	850	10,7
	1972	8 743	6 942	79,4	1 801	20,6
Hessen und Nassau	1955	7 951	7 460	93,8	491	6,2
	1961	12 626	11 053	87,5	1 573	12,5
	1967	12 065	10 098	83,7	1 967	16,3
	1973	12 611	9 464	75,0	3 147	25,0
Kurhessen-Waldeck	1955	7 272	7 043	96,9	229	3,1
	1959	7 601	7 209	94,8	392	5,2
	1965	7 521	6 960	92,5	561	7,5
	1971	7 693	6 292	81,8	1 401	18,2
Baden	1955	4 045	3 714	91,8	331	8,2
	1959	4 957	4 360	87,9	597	12,1
	1965	5 307	4 499	84,8	808	15,2
	1971	5 742	4 336	75,5	1 406	24,5
Pfalz	1955	3 130	3 062	97,8	68	2,2
	1960	3 418	3 258	95,3	160	4,7
	1967	3 636	3 327	91,5	309	8,5
	1972	3 606	2 998	83,1	608	16,9
Bremen	1955	360	315	87,5	45	12,5
	1960	424	367	86,6	57	13,4
	1965	500	424	84,8	76	15,2
Hannover	1955	8 433	8 192	97,1	241	2,9
	1960	9 110	8 721	95,7	389	4,3
	1966	10 124	9 349	92,3	775	7,7
	1970	10 303	8 847	85,9	1 456	14,1
Bayern	1955	9 161	8 609	94,0	552	6,0
	1960	9 691	8 881	91,6	810	8,4
	1965	10 180	9 131	89,7	1 049	10,3
	1970	10 693	9 011	84,3	1 682	15,7
Schleswig-Holstein	1955	4 139	3 879	93,7	260	6,3
	1960	4 749	4 307	90,7	442	9,3
	1966	5 103	4 436	86,9	667	13,1
	1971	5 446	4 125	75,7	1 321	24,3

Gliedkirche	Jahr	Männer und Frauen in den Kirchen- vorständen	davon entfallen auf			
			Männer		Frauen	
			Anzahl	in % v. Sp.1	Anzahl	in % v. Sp.1
		1	2	3	4	5
Hamburg	1955	762	657	86,2	105	13,8
	1960	828	671	81,0	157	19,0
	1965	946	726	76,7	220	23,3
	1970	983	700	71,2	283	28,8
Braunschweig	1955	2848	2702	94,9	146	5,1
	1960	2820	2654	94,1	166	5,9
	1966	3012	2632	87,4	380	12,6
	1972	2882	2131	73,9	751	26,1
Lübeck	1955	240	213	88,8	27	11,2
	1960	297	252	84,8	45	15,2
	1966	340	262	77,1	78	22,9
	1971	369	261	70,7	108	29,3
Schaumburg-Lippe	1955	221	221	100,0	—	—
	1960	206	203	98,5	3	1,5
	1966	251	243	96,8	8	3,2
	1973	382	342	89,5	40	10,5
Eutin	1955	351	305	86,9	46	13,1
	1960	314	267	85,0	47	15,0
	1965	343	286	83,4	57	16,6
	1973	283	238	84,1	45	15,9
Württemberg	1959	9895	9162	92,6	733	7,4
	1965	10193	9008	88,4	1185	11,6
	1971	10301	8312	80,7	1989	19,3
Oldenburg	1955	1320	1234	93,5	86	6,5
	1959	1247	1131	90,7	116	9,3
	1966	1428	1243	87,0	185	13,0
	1971	1484	1174	79,1	310	20,9
Lippe	1955	844	844	100,0	—	—
	1961	878	864	98,4	14	1,6
	1965	936	914	97,6	22	2,4
	1972	990	839	84,7	151	15,3
Nordwestdeutschland, ref.	1955	762	755	99,1	7	0,9
	1966	844	825	97,7	19	2,3
	1970	889	832	93,6	57	6,4
Zusammen	1955 ¹⁾	61895	58999	95,3	2896	4,7
	1959/61 ²⁾	81741	75090	91,9	6651	8,1
	1964/67	88061	77944	88,5	10117	11,5
	1970/73 ³⁾	91437	73217	80,1	18220	19,9

1) ohne Berlin und Württemberg

2) ohne Berlin und Nordwestdeutschland

3) ohne Bremen

Tabelle 2: Die Männer und Frauen in den Kirchenvorständen nach Altersgruppen 1970/73

Gliederkirche	Zahl der Männer Frauen in den Kirchenvorständen		von je 100 Männern und Frauen standen im Alter von . . . Jahren															
			18 bis unter 21		21 bis unter 30		30 bis unter 40		40 bis unter 50		50 bis unter 60		60 bis unter 70		70 und älter			
			M.	F.	M.	F.	M.	F.	M.	F.	M.	F.	M.	F.	M.	F.		
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16		
Berlin (West)	946	410	0,1	0,2	9,5	6,3	27,4	13,7	22,7	21,5	20,6	23,7	15,6	28,9	4,0	5,9		
Westfalen	5427	1254	—	—	3,0	2,6	19,8	19,9	29,6	32,5	23,7	27,3	19,8	15,9	4,1	1,8		
Rheinland	6942	1801	—	—	4,5	4,2	19,3	18,6	31,0	32,1	23,7	27,7	18,1	15,1	3,3	2,3		
Hessen und Nassau	9464	3147	0,1	0,1	5,6	6,2	21,5	26,1	29,4	27,9	22,7	23,9	17,0	13,7	3,7	2,1		
Pfalz	2998	608	0,0	0,2	4,2	6,1	16,7	18,6	29,8	28,8	22,4	28,8	20,7	15,8	6,2	1,8		
Hannover	8847	1456	—	—	5,1	9,1	23,0	22,1	30,6	34,4	21,1	22,5	16,1	10,3	3,1	1,5		
Schleswig-Holstein	4125	1321	0,1	0,3	5,6	6,7	21,4	28,4	30,1	29,7	24,0	24,6	18,8	10,3	0,1	—		
Hamburg	700	283	0,7	0,4	15,6	12,7	17,1	15,5	19,7	26,9	19,4	23,7	16,7	14,8	10,7	6,0		
Braunschweig	2131	751	0,8	0,5	5,9	5,2	22,8	25,3	28,5	34,5	22,5	22,2	16,5	11,7	3,1	0,5		
Lübeck	261	108	—	—	8,4	5,6	24,9	28,7	29,1	25,0	22,2	23,1	15,3	17,6	—	—		
Schaumburg-Lippe	342	40	—	—	1,2	—	16,1	22,5	25,7	32,5	29,5	27,5	20,5	10,0	7,0	7,5		
Eutin	238	45	—	—	0,4	2,2	3,8	6,7	20,2	28,9	21,8	22,2	33,2	31,1	20,6	8,9		
Württemberg	8312	1989	—	—	6,8	6,4	29,1	24,6	31,4	32,6	20,2	25,6	11,1	9,8	1,5	1,0		

Oldenburg	1 174	310	—	—	4,0	5,2	23,1	21,6	27,6	29,0	22,5	28,7	18,7	13,5	4,1	1,9
Lippe	839	151	—	—	3,0	2,6	16,2	27,8	27,3	29,8	23,1	25,2	25,4	14,6	5,0	—
Nordwestdeutschland	832	57	—	—	2,8	7,0	12,7	17,5	27,5	21,1	26,6	24,6	25,2	24,6	5,2	5,3
zusammen	53 578	13 731	0,1	0,1	5,4	6,0	22,0	23,0	29,8	30,6	22,4	25,1	17,0	13,4	3,3	1,8
Baden	4 336	1 406	—	—	1,8	2,1	6,2	5,5	44,2	37,8	32,9	39,8	14,8	14,9	—	—
Bayern	9 011	1 683	—	—	7,2	9,2	43,0	38,0	—	—	37,1	41,2	12,7	11,6	—	—
Kurfürstentum-Wehrhahn	6 292	1 401	—	—	1,6	2,1	12,2	20,3	28,7	31,8	38,7	35,9	18,8	9,9	—	—

Tabelle 3a: Die Männer in den Kirchenvorständen nach Berufsgruppen¹⁾

Jahr	Männer in den Kirchen- vor- ständen	davon entfallen auf													
		Lehrer (Beamte und Angestellte)		Beamte (ohne Lehrer)		Angestellte		Selbständige in Handel und Gewerbe		Landwirte		Arbeiter, unselbständige Handwerker		Sonstige Berufe	
		Anzahl	in % v. Sp.1	Anzahl	in % v. Sp.1	Anzahl	in % v. Sp.1	Anzahl	in % v. Sp.1	Anzahl	in % v. Sp.1	Anzahl	in % v. Sp.1	Anzahl	in % v. Sp.1
		2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
1964/67	53 224	4 089	7,7	5 904	11,1	10 279	19,3	7 179	13,5	14 046	26,4	9 245	17,4	2 482	4,7
1970/73	49 671	3 565	7,2	6 442	13,0	12 825	25,8	5 686	11,4	9 554	19,2	8 049	16,2	3 550	7,1

Tabelle 3b: Die Frauen in den Kirchenvorständen nach Berufsgruppen¹⁾

Jahr	Frauen in den Kirchen- vor- ständen	davon entfallen auf											
		Frauen in				sonstigen Berufen			Berufstätige Frauen zusammen		Hausfrauen		
		sozialen und pflegerischen Berufen		Lehrberufen									
		Anzahl	in % v. Sp.1	Anzahl	in % v. Sp.1	Anzahl	in % v. Sp.1	Anzahl	in % v. Sp.1	Anzahl	in % v. Sp.1	Anzahl	in % v. Sp.1
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11		
1964/67	7550							2674	35,4	4876	64,6		
1970/73	13720	566	4,1	1170	8,5	3284	23,9	5020	36,6	8700	63,4		

1) In der Gesamtheit der Gliedkirchen Berlin, Rheinland, Hessen und Nassau, Kurhessen-Waldeck, Baden, Pfalz, Schleswig-Holstein, Hamburg, Braunschweig, Schaumburg-Lippe, Eutin, Württemberg, Oldenburg, Lippe, Nordwestdeutschland ref.

der Landwirtschaft am Bruttoinlandsprodukt sowie der ständigen Abnahme der Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe und der in ihnen Beschäftigten erheblich weniger Landwirte in die Kirchenvorstände gewählt und berufen wurden. Während 1955 im Durchschnitt der 15 Gliedkirchen die Landwirte über ein Drittel der Kirchenvorsteher stellten, sind sie 1970/73 nur noch mit knapp einem Fünftel vertreten. Eine etwas rückläufige Entwicklung ist daneben für die Gruppe der Selbständigen in Handel und Gewerbe festzustellen. Ihr Anteil verminderte sich von Mitte der Fünfziger auf Mitte der Sechziger Jahre von 17% auf 14% und ging auf Grund der Wahlen und Berufungen in den Jahren 1970/73 auf unter 12% zurück. Nur wenig verändert hat sich in den Kirchenvorständen die prozentuale Beteiligung der Lehrer (7%), der Arbeiter und unselbständigen Handwerker (16%).

Die Aufteilung der Frauen in den Kirchenvorständen nach Berufen in den Jahren 1970/73 zeigt gegenüber der Erhebung für die Jahre 1964/67 keine großen Veränderungen. Nach wie vor entfallen nicht ganz zwei Drittel der Kirchenvorsteherinnen auf Hausfrauen und über ein Drittel auf Berufstätige.

IV. Istaufkommen an Kirchensteuern und Kirchgeld im Rechnungsjahr 1973

Nach den Ergebnissen der Haushaltsrechnungen für das Jahr 1973 betrug das Istaufkommen an Kirchensteuern und Kirchgeld (nach Abzug der Erhebungskosten) in den Gliedkirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und in den katholischen Bistümern des Bundesgebietes insgesamt rd. 6,7 Milliarden DM; im Vergleich zum Vorjahr bedeutet das eine Zunahme um rd. 1,0 Milliarden DM oder 17,2%. Ein größenordnungsmäßiger Vergleich mit anderen Steuerarten zeigt, daß im Berichtsjahr das Gesamtaufkommen an Kirchensteuern und Kirchgeld um nicht ganz 2,2 Milliarden DM oder 24,3% unter den Einnahmen des Bundes an Tabaksteuern (knapp 8,9 Mrd. DM) lag.

Das Aufkommen an Kirchensteuern und Kirchgeld in den Gliedkirchen der EKD belief sich im Jahre 1973 nach Abzug der Erhebungskosten der Finanzämter auf insgesamt 3,64 Milliarden DM, das waren nicht ganz 0,5 Milliarden DM oder 15,3% mehr als im Jahre 1972. Bei diesem Aufkommen handelt es sich fast ausschließlich um Einnahmen aus der Kirchenlohn- und -einkommensteuer; sie stieg im Berichtsjahr auf zusammen 3,62 Milliarden DM und übertrafen die entsprechenden Einnahmen des Vorjahres um 15,4%. Der Ertrag aus der Kirchenlohn- und -einkommensteuer ist damit im Berichtsjahr prozentual schwächer gestiegen als die Summe der Lohn- und der veranlagten Einkommensteuer im Bundesgebiet, die 1973 mit 87,7 Milliarden DM um 20,3% höher war als im Vorjahr. Die Differenz der Zuwachsraten dürfte unter anderem auf die in den Gliedkirchen der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen (Hannover, Braunschweig, Oldenburg, Schaumburg-Lippe, Nordwestdeutschland-ref.) ab 1. Januar 1973 in Kraft getretene Senkung des Kirchensteuer-Hebesatzes von 10% auf 9% zurückzuführen sein.

In den einzelnen Gliedkirchen ist die Entwicklung der Kirchensteuereinnahmen wieder sehr unterschiedlich verlaufen. Relativ hoch waren die Zuwachsraten vor allem in den Gliedkirchen Pfalz, Eutin und Bayern. Dem stehen infolge der bereits erwähnten Senkung des Kirchensteuer-Hebesatzes in den Gliedkirchen der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen verhältnismäßig niedrige Steigerungsraten gegenüber. Ein relativ geringer Anstieg der Einnahmen aus der Kirchenlohn- und Einkommensteuer ergibt sich daneben für die Gliedkirchen Berlin, Hamburg und Lippe.

Ein objektives Bild über die Finanzkraft der einzelnen Gliedkirchen ergibt sich aus den Ergebnissen der Umrechnung des Aufkommens an Kirchenlohn- und -einkommensteuer auf die Zahl der Kirchenglieder. Hier zeigen sich erhebliche Unterschiede. Der höchste pro-Kopf-Betrag errechnet sich wie in den Vorjahren mit 164,06 DM für die Gliedkirche Rheinland. Erheblich über dem Gesamtdurchschnitt im EKD-Bereich lag das Aufkommen je Kirchenglied außerdem in den Gliedkirchen Hessen und Nassau sowie Württemberg (152,62 DM bzw. 144,77 DM). Im Gegensatz zu den genannten, in wirtschaftlich stärkeren Gebieten liegenden Gliedkirchen war das pro-Kopf-Aufkommen in den Gliedkirchen Schaumburg-Lippe, Oldenburg, Nordwestdeutschland-ref., Eutin, Hannover und Kurhessen-Waldeck wieder verhältnismäßig niedrig; für sie ergeben sich durchweg pro-Kopf-Beträge unter 100 DM.

Istaufkommen an Kirchensteuern und Kirchgeld im Jahre 1973

Gliederkirche	Kircheneinkommen- und -lohnsteuer ¹⁾			Sonstige Kirchensteuern ²⁾		Kirchgeld		Kircheneinkommen- und -lohnsteuer, sonstige Kirchensteuern und Kirchgeld zusammen ³⁾	
	1000 DM	Zunahme gegenüber 1972 in %	Aufkommen je Kopf DM	1000 DM	Veränderung gegenüber 1972	1000 DM	Veränderung gegenüber 1972	1000 DM	Zunahme gegenüber 1972 in %
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Baden	169381	17,5	122,92	3250	± 0	—	—	172631	17,1
Bayern	331307	22,9	128,50	394	— 39,5	3900 ²⁾	+ 8,9	335601	22,6
Berlin	183415	8,9	139,25	—	—	—	—	183415	8,9
Braunschweig	61961	11,6	101,02	—	—	652	— 15,2	62612	11,2
Bremen	62817	15,5	135,14	—	—	—	—	62817	15,5
Eutin	8076	24,1	90,04	—	—	—	—	8076	24,1
Hamburg	80558	11,7	145,13	—	—	—	—	80558	11,7
Hannover	383536	11,4	98,69	—	—	2414	— 8,1	385950	11,2
Hessen und Nassau	346419	16,9	152,62	30	— 25,0	—	—	346449	16,9
Kurhessen-Waldeck	109907	16,2	99,47	931	— 0,9	180	— 43,2	111017	15,8
Lippe	29835	9,7	120,59	80	— 4,2	—	—	29916	9,7
Lübeck	21935	16,2	112,69	9	+ 5,3	—	—	21944	16,2
Nordwestdeutschland, ref.	18560	5,1	91,50	745	+ 11,0	270	± 0	19574	5,2
Oldenburg	46686	3,2	86,78	—	—	1255	— 16,9	47941	2,5
Pfalz	85695	25,5	120,21	710	+ 0,7	31	+ 3,3	86436	25,2
Rheinland	603836	13,6	164,06	308	— 19,6	331	— 43,3	604475	13,5
Schaumburg-Lippe	5864	3,5	77,06	0	— 62,7	174	— 3,9	6038	3,3
Schleswig-Holstein	264461	14,4	112,04	1405	— 24,2	12	— 25,0	265878	14,1
Westfalen	438820	16,3	131,52	286	+ 9,9	185	— 29,1	439291	16,3
Württemberg	365829	19,5	144,77	1318	— 2,1	545	+ 1,3	367693	19,4
Zusammen ³⁾	3618896	15,4	128,63	9468	— 7,1	9948	— 6,9	3638312	15,3

1) Abzgl. der Erhebungskosten der Finanzämter und unter Berücksichtigung des gegenseitigen Verrechnungsvorkehrrs

2) Zum Teil vorläufige Ergebnisse

3) Differenzen in den Summen durch Auf- bzw. Abrunden der Zahlen

V. Deutsche Studierende des Studienggebietes „Evangelische Theologie“ an den wissenschaftlichen Hochschulen im Bundesgebiet nach der überwiegenden Finanzierung des Studiums im Wintersemester 1971/72

Das Statistische Bundesamt hat in der Fachserie A „Bevölkerung und Kultur“, Reihe 10 „Bildungswesen V. Studenten an Hochschulen (Große Hochschulstatistik)“ für das Wintersemester 1971/72 bzw. Sommersemester 1971 u. a. die Zahlen der deutschen Studenten an den wissenschaftlichen Hochschulen im Bundesgebiet, untergliedert nach Studiengebieten und nach der überwiegenden Finanzierung des Studiums, veröffentlicht.

Im Wintersemester 1971/72 waren an den wissenschaftlichen Hochschulen im Bundesgebiet 3524 Studierende des Studienfachs „Evangelische Theologie“ und 524 Studierende des Studienfachs „Evangelische Religionslehre“, zusammen also 4048 Studierende der beiden genannten Studienfächer, immatrikuliert. Während sich damit die seit längerer Zeit leicht rückläufige Entwicklung der Zahl der evangelische Theologie Studierenden (Wintersemester 1966/67: 3970) fortgesetzt hat, ergibt sich für die Studenten des Studienfachs „Evangelische Religionslehre“ ein erneuter Anstieg (Wintersemester 1966/67: 451). Da die Gesamtzahl der Studierenden von Jahr zu Jahr weiter zugenommen hat, ist der Anteil der evangelische Theologie und evangelische Religionslehre Studierenden von 1,7% im Wintersemester 1966/67 auf 0,9% im Wintersemester 1971/72 zurückgegangen.

In der Gliederung nach der Finanzierung zeigt sich, daß die Zahl derjenigen evangelischen Theologiestudenten (einschl. der Studenten der evangelischen Religionslehre), die ihr Studium aus Mitteln der Eltern bezahlen, ständig weiter abnimmt. So haben im Sommersemester 1966 1887 Studenten ihr Studium überwiegend aus Mitteln der Eltern finanziert, im Sommersemester 1971 traf das dagegen nur noch für 1272 evangelische Theologie und evangelische Religionslehre Studierende zu. Umgekehrt ist die Zahl der evangelischen Theologiestudenten, deren Studienkosten aus der Studienförderung nach dem Honnefer Modell getragen werden, im gleichen Zeitraum von 836 auf 1067 gestiegen.

Im einzelnen ergibt sich, daß Angaben über die Finanzierung des Studiums für das Sommersemester 1966 von 3844 und für das Sommersemester 1971 von 3456 Studierenden der Studienfächer „Evangelische Theologie“ und „Evangelische Religionslehre“ vorliegen. Von ihnen haben ihr Studium überwiegend finanziert aus (durch):

	Sommersemester 1966		Sommersemester 1971	
	Anzahl	%	Anzahl	%
Mitteln der Eltern	1887	49,1	1272	36,7
Mitteln der Ehegatten	79	2,1	206	6,0
Zuschüssen, Darlehen dritter Personen	256	6,7	222	6,4
Mitteln nach dem LAG, BVG usw.	317	8,2	97	2,8
Studienförd. nach d. Honnefer Modell	836	21,7	1067	30,9
sonstige Förderung in Form von ver-				
lorenen Zuschüssen u. Darlehen	19	0,5	51	1,5
eigene Erwerbstätigkeit	290	7,5	386	11,2
sonstigen eigenen Mitteln	134	3,5	99	2,9
ohne Angaben	26	0,7	56	1,6

**Die deutschen Studierenden an den wissenschaftlichen Hochschulen im Bundesgebiet
nach den Studienfächern Theologie und Religionslehre im Zeitraum vom Wintersemester 1966/67
bis Wintersemester 1971/72**

Semester	Gesamtzahl der Studierenden	darunter Studierende der evang. u. kath. Theologie		davon mit Studienfach							
				Evangelische				Katholische			
				Theologie		Religionslehre		Theologie		Religionslehre	
				Anzahl	in % v. Sp.1	Anzahl	in % v. Sp.2	Anzahl	in % v. Sp.2	Anzahl	in % v. Sp.2
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
WS 1966/67	259457	8492	3,3	3970	46,7	451	5,3	3361	39,6	710	8,4
SS 1967	231403	7661	3,3	3675	48,0	364	4,8	2911	38,0	711	9,3
WS 1967/68	290971	8051	2,8	3755	46,6	363	4,5	3275	40,7	558	8,2
SS 1968	282490	7389	2,6	3570	48,3	322	4,4	2942	39,8	555	7,5
WS 1968/69	312554	8079	2,6	3710	45,9	454	5,6	3066	38,0	849	10,5
SS 1969	304720	7485	2,5	3526	47,1	394	5,3	2807	37,5	758	10,1
WS 1969/70	335285	7784	2,3	3640	46,8	460	5,9	2783	35,8	901	11,6
SS 1970	327094	7462	2,3	3455	46,3	426	5,7	2619	35,1	962	12,9
WS 1970/71	383649	7877	2,1	3681	46,7	504	6,4	2662	33,8	1030	13,1
SS 1971	379327	7463	2,0	3512	47,1	475	6,4	2520	33,8	956	12,8
WS 1971/72	434654	7563	1,7	3524	46,6	524	6,9	2524	33,4	991	13,1

VI. Deutsche Studienanfänger an den wissenschaftlichen Hochschulen im Bundesgebiet nach Studiengebieten und Religionszugehörigkeit im Wintersemester 1971/72

Nach den vom Statistischen Bundesamt in der Fachserie A „Bevölkerung und Kultur“, Reihe 10 „Bildungswesen V. Studenten an Hochschulen (Große Hochschulstatistik)“ veröffentlichten Zahlen haben im Wintersemester 1971/72 an den wissenschaftlichen Hochschulen im Bundesgebiet insgesamt 76 993 Personen deutscher Staatsangehörigkeit ein Studium aufgenommen, das waren 9 538 oder 14,1% mehr als im Wintersemester 1970/71. Eine Analyse des umfangreichen Zahlenmaterials führte zu folgenden Ergebnissen:

Von den Studienanfängern des Wintersemesters 1971/72 entfallen auf die Studiengebiete

	Zahl der Studienanfänger	in % der Studienanfänger insgesamt
Evangelische Theologie (einschl. Evangelische Religionslehre)	508	0,7
Katholische Theologie (einschl. Katholische Religionslehre)	423	0,5
Medizin	3 758	4,9
Rechts- und Wirtschaftswissenschaften	12 018	15,6
Geistes- und Sprachwissenschaften	36 009	46,8
Naturwissenschaften	13 620	17,7
Land- und Forstwissenschaften	932	1,2
Technische Wissenschaften	7 310	9,5
Sonstige Studienfächer und ohne Angabe	2 415	3,1

Insgesamt 508 Personen deutscher Staatsangehörigkeit haben im Wintersemester 1971/72 an den wissenschaftlichen Hochschulen des Bundesgebietes mit dem Studium der evangelischen Theologie begonnen; gegenüber dem vorangegangenen Wintersemester bedeutet das eine Abnahme um 51 oder 9,1%. Im zeitlichen Vergleich über mehrere Jahre – voll vergleichbare Zahlen liegen erst ab Wintersemester 1967/68 vor – zeigt sich, daß die Zahl der deutschen Studienanfänger des Studiengebietes „Evangelische Theologie“ im Wintersemester 1968/69 mit 631 ihren Höhepunkt erreichte, in den folgenden Wintersemestern aber wieder zurückgegangen ist. Während der Anteil der neu immatrikulierten evangelischen Theologiestudenten an der Gesamtzahl der deutschen Studienanfänger im Wintersemester 1968/69 bei 1,1% lag, betrug er im Wintersemester 1971/72 nur noch 0,7%. Die Zusammensetzung der Studienanfänger des Studiengebietes „Evangelische Theologie“ nach der beruflichen Stellung und Art der ausgeübten Tätigkeit des Vaters hat sich im Zeitraum vom Wintersemester 1967/68 bis Wintersemester 1971/72 teilweise erheblich verändert. So kamen von den im Wintersemester 1971/72 neu immatrikulierten evangelischen Theologiestudenten lediglich 38 oder 7,5% aus Pfarrhäusern; vier Jahre vorher waren es noch 63 oder 14,2%. Bemerkenswert gestiegen ist demgegenüber in dem genannten Zeitraum die Zahl derjenigen Studienanfänger der evangelischen Theologie, die als Beruf des Vaters „Angestellter in nichtleitender Position“

und „Arbeiter“ angegeben haben. Sie stellten im Wintersemester 1971/72 125 oder 24,6% bzw. 61 oder 12,0% der neu immatrikulierten evangelischen Theologen, gegenüber 98 oder 22,1% bzw. 43 oder 9,8% im Wintersemester 1967/68.

Die Gliederung der deutschen Studienanfänger nach der Religionszugehörigkeit ergibt, daß von den 76993 Personen, die im Wintersemester 1971/72 ihr Studium begonnen haben, 37603 oder 48,8% auf evangelische und 34137 oder 44,3% auf katholische Studenten entfallen. Im Wintersemester 1967/68 beliefen sich die entsprechenden Anteile auf 52,2% bzw. 43,6%. Die Zahl der gemeinschaftslosen Studienanfänger betrug im Wintersemester 1971/72 3909 oder 5,1% (Wintersemester 1967/68: 2,2%).

Studienggebiet Semester	Studienanfänger										
	männlich		weiblich		zusammen		davon (in % der Zahlen in Spalte 5)				
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	evan- gelisch	katho- lisch	sonstige Religions- bzw. Weltanschauungs- gemeinschaften	gemein- schaftslos	ohne Angabe
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
Evangelische Theologie²⁾											
SS 1970	99	0,8	16	0,4	115	0,7	97,4	0,9	—	—	1,7
WS 1970/71	469	1,2	90	0,3	559	0,8	98,7	0,5	0,4	0,2	0,2
SS 1971	109	0,9	18	0,3	127	0,7	96,9	1,6	0,8	0,8	—
WS 1971/72	434	1,0	74	0,2	508	0,7	97,6	1,2	0,6	0,4	0,2
Katholische Theologie²⁾											
SS 1970	68	0,6	7	0,2	75	0,4	—	100,0	—	—	—
WS 1970/71	430	1,1	31	0,1	461	0,7	0,4	99,1	0,2	—	0,2
SS 1971	55	0,4	3	0,1	58	0,3	—	100,0	—	—	—
WS 1971/72	392	0,9	31	0,1	423	0,5	0,7	98,8	0,5	—	—
Medizin											
SS 1970	1109	9,0	557	12,3	1666	9,9	53,8	40,5	0,8	4,0	0,8
WS 1970/71	2536	6,3	1195	4,4	3731	5,5	49,5	45,5	0,7	3,6	0,7
SS 1971	1280	10,2	548	9,5	1828	10,0	52,5	38,4	0,9	6,2	1,9
WS 1971/72	2480	5,6	1278	4,0	3758	4,9	45,6	48,9	0,8	4,0	0,8
Rechts- und Wirtschaftswissenschaften											
SS 1970	3367	27,3	418	9,2	3785	22,5	58,2	33,2	0,8	6,2	1,7
WS 1970/71	8631	21,6	2110	7,7	10741	15,9	50,2	42,1	0,8	5,4	1,4
SS 1971	3210	25,7	583	10,1	3793	20,8	54,7	32,1	0,9	9,9	2,3
WS 1971/72	9227	20,7	2791	8,6	12018	15,6	49,4	41,9	0,7	6,8	1,2

Geistes- und Sprachwissenschaften										
SS 1970	3991	32,4	2778	61,4	6769	40,2	55,0	36,2	0,8	6,0
WS 1970/71	10195	25,5	19857	72,4	30052	44,6	47,5	47,1	0,7	3,6
SS 1971	4182	35,5	3660	63,4	7842	42,9	54,3	33,7	1,2	8,9
WS 1971/72	13162	29,5	22847	70,7	36009	46,8	47,9	45,8	0,7	4,8
Naturwissenschaften										
SS 1970	2343	19,0	384	8,5	2727	16,2	57,6	34,0	0,6	5,9
WS 1970/71	9151	22,9	2715	9,9	11866	17,6	49,5	44,6	0,7	4,0
SS 1971	2232	17,9	597	10,3	2839	15,5	56,4	31,0	1,3	9,5
WS 1971/72	9969	22,3	3651	11,3	13620	17,7	49,3	44,5	0,7	4,6
Land- und Forstwissenschaften										
SS 1970	164	1,3	26	0,6	190	1,1	62,1	33,7	0,5	2,6
WS 1970/71	686	1,7	110	0,4	796	1,2	52,1	42,8	0,8	3,8
SS 1971	134	1,1	23	0,4	157	0,9	62,4	31,8	1,9	2,5
WS 1971/72	764	1,7	168	0,5	932	1,2	56,2	38,0	0,8	3,9
Technische Wissenschaften										
SS 1970	583	4,7	20	0,4	603	3,6	55,7	31,7	0,3	9,3
WS 1970/71	6803	17,0	262	1,0	7065	10,5	53,9	39,9	1,0	4,0
SS 1971	654	5,2	22	0,4	676	3,7	55,0	33,3	0,4	8,0
WS 1971/72	6946	15,6	364	1,1	7310	9,5	51,5	40,7	0,9	5,5
Sonstige Studiengänge³⁾ und ohne Angabe										
SS 1970	605	4,9	316	7,0	921	5,5	57,2	29,9	2,2	8,4
WS 1970/71	1138	2,8	1046	3,8	2184	3,2	51,6	40,4	0,7	5,1
SS 1971	636	5,1	322	5,6	958	5,2	52,1	32,4	0,6	12,3
WS 1971/72	1292	2,9	1123	3,5	2415	3,1	50,2	40,2	1,6	6,7
Zusammen										
SS 1970	12329	100	4522	100	16851	100	56,3	35,1	0,8	6,0
WS 1970/71	40039	100	27416	100	67455	100	49,4	44,7	0,8	4,0
SS 1971	12492	100	5776	100	18268	100	54,6	33,3	1,1	8,9
WS 1971/72	44666	100	32327	100	76993	100	48,8	44,3	0,8	5,1

1) Einschließlich Philosophisch-Theologische und Kirchliche Hochschulen, Pädagogische Hochschulen und entsprechende Einrichtungen sowie Kunst-, Musik- und Sporthochschulen, ohne Studenten des Staates Bremen

2) Einschließlich Religionslehre

3) Einschließlich Studiengänge Bildende Künste, Musik, Leibesübungen, Film und Fernsehen, Hauswirtschafts- und Ernährungswissenschaften

Tabelle 2: Deutsche Studienanfänger des Studienggebietes „Evangelische Theologie“¹⁾ nach beruflicher Stellung und Art der ausgeübten Tätigkeit des Vaters

Berufliche Stellung und Art der ausgeübten Tätigkeit des Vaters	in den Wintersemestern									
	1967/68		1968/69		1969/70		1970/71		1971/72	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1. Akademiker	149	33,9	200	31,7	164	29,5	171	30,6	147	28,9
<i>Beamte und Richter</i>	111	25,2	153	24,2	118	21,2	118	21,1	91	17,9
darunter										
Hochschullehrer	2		2		7		5		3	
Lehrer	31		28		30		36		23	
Geistliche	63	14,2	99	15,7	65	11,5	64	11,4	38	7,5
<i>Angestellte</i>	20	4,5	20	3,2	21	3,8	28	5,0	28	5,5
darunter										
Hochschullehrer	1		—		—		—		—	
Lehrer	—		1		2		2		—	
Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte	2		3		2		2		3	
Ingenieure, Architekten	4		5		7		13		8	
<i>Selbständige</i>	16	3,6	24	3,8	22	4,0	23	4,1	26	5,1
darunter										
Rechtsanwälte, Notare	4		1		—		1		2	
Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte	6		14		14		13		16	
<i>Selbständige Landwirte</i>	—	—	—	—	—	—	—	—	2	0,4
<i>Handel- u. Gewerbetreibende, selbständige Kaufleute</i>	1		2		1		1		—	
<i>ohne genaue Berufsangabe</i>	1		1		1		1		—	
2. Nichtakademiker	292	66,4	423	67,0	382	68,7	386	69,1	360	70,9
<i>Beamte</i>	56	12,7	87	13,8	73	13,1	61	10,9	66	13,0
darunter										
Offiziere,										
Bundeswehrbeamte	3		8		7		4		5	
Lehrer	—		—		—		—		3	
Beamte d. geh. Dienstes	25		47		32		25		27	
Beamte d. mittleren u. einfachen Dienstes	25		22		34		29		23	

Berufliche Stellung und Art der ausgeübten Tätigkeit des Vaters	in den Wintersemestern									
	1967/68		1968/69		1969/70		1970/71		1971/72	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Angestellte	119	27,0	169	26,8	162	29,1	166	29,7	147	28,9
darunter										
Leitende Angestellte	21		35		20		23		22	
Sonstige Angestellte	98	22,1	134	21,2	142	25,5	143	25,6	125	24,6
Arbeiter	43	9,8	67	10,6	62	11,2	70	12,5	61	12,0
Selbstständige Land- wirte, Bauern	17	3,9	17	2,7	19	3,4	13	2,3	12	2,4
Handel- und Gewerbetreibende	42	9,5	64	10,1	57	10,3	57	10,2	43	8,5
Sonstige Selbstständige (z.B. Steuerberater)	8	1,8	12	1,9	5	0,9	16	2,9	16	3,1
Ohne genaue Berufsangabe	7		7		4		3		15	
3. Ohne Angabe über Studium und Beruf	2		8		10		2		1	
4. Ohne Beruf	—		—		—		—		—	
Insgesamt	443 = 100		631 = 100		556 = 100		559 = 100		508 = 100	
(1. bis 4.)										

1) Einschließlich Evang. Religionslehre

VII. Ergebnisse der Sondererhebungen über die Kircheng Austritte

In den Erhebungsbogen für die Statistik über die Äußerungen des kirchlichen Lebens werden von jeder Kirchengemeinde unter anderem jährlich die Zahlen der Aufnahmen und die der Kircheng Austritte gemeldet. Dazu rechnen nicht die Fälle, in denen Glieder einer evangelischen Landeskirche in den Bereich einer anderen umziehen; gezählt werden als aufgenommen Personen, die bisher entweder konfessionslos waren oder von der römisch-katholischen Kirche, von sonstigen christlichen Kirchen und Gemeinschaften sowie von nicht-christlichen Gemeinschaften in eine Gliedkirche der EKD übergetreten sind. Entsprechendes gilt für die Austritte.

I. Die Entwicklung der Kircheng Austritte von 1900 bis 1973

In den evangelischen Landeskirchen ist die Entwicklung der Kircheng Austritte von 1900 bis 1973 sehr unterschiedlich verlaufen. Es zeichnen sich neun Etappen ab.

In den Jahren von 1900 bis zum Ende des Ersten Weltkrieges waren die Kircheng Austritte zahlenmäßig ohne Bedeutung. So wurden im Jahre 1913 im damaligen Gebiet des Deutschen Reiches rund 29 000 Austritte aus den evangelischen Landeskirchen registriert, das waren 0,07% der Zahl der Kirchenglieder; auf 10 000 Kirchenglieder kamen also sieben Austritte. Nach dem Ende des ersten Weltkrieges stiegen die Zahlen der Kircheng Austritte erstmals erheblich an (1920: 314 000 Austritte = 0,80% der Kirchenglieder), um in den folgenden Jahren aber wieder langsam zurückzugehen. Im Jahre 1924 wurden 84 000 Kircheng Austritte (0,22% der Kirchenglieder) gemeldet. Die Jahre von 1925 bis 1929 zeigten trotz der verhältnismäßig stabilen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse wieder ein Ansteigen der Austrittszahlen. Diese Entwicklung erreichte parallel mit der Ausbreitung und Verschärfung der Weltwirtschaftskrise, dem damit verbundenen Anstieg der Zahl der Beschäftigungslosen zur Massenarbeitslosigkeit und dem schnellen Anwachsen links- und rechtsradikaler Parteien Anfang der 30er Jahre ihren Höhepunkt. So wurden für das Jahr 1931 im Reichsgebiet 244 000 Kircheng Austritte (0,63% der evangelischen Kirchenglieder) gemeldet. Für das Jahr 1933 war zunächst eine mächtig ansteigende Rücktrittsbewegung zu verzeichnen, die auf die scheinbar kirchenfreundliche Politik der Nationalsozialisten in den ersten Monaten ihrer Herrschaft zurückzuführen ist. Eine Wende zeichnet sich aber bereits wenig später deutlich ab.

Die folgenden Jahre des Kirchenkampfes waren durch ein bis dahin nicht gekanntes Anschwellen der Austritte gekennzeichnet. Ihren Höchststand erreichten die Austrittszahlen 1938/39. Allein 1939 kehrten im damaligen Reichsgebiet 378 000 Personen der evangelischen Kirche den Rücken; das waren 0,9% der evangelischen Bevölkerung. Soweit für die Jahre 1940 bis 1945 überhaupt vergleichbare Zahlen vorliegen, ist festzustellen, daß die Austrittswelle während des Zweiten Weltkrieges immer stärker verebte. Dabei fällt vor allem der erheb-

Kirchenaustritte in den Gliedkirchen der EKD in den Jahren 1970 bis 1973

Gliedkirche	Kirchenaustritte							
	1970		1971		1972		1973	
	Zahl	in % ¹⁾	Zahl	in % ²⁾	Zahl	in % ³⁾	Zahl	in % ³⁾
	1	2	3	4	5	6	7	8
Baden	5 593	0,40	4 657	0,34	4 267	0,31	5 408	0,39
Bayern	11 017	0,43	8 923	0,35	7 791	0,30	10 100	0,39
Berlin-Brandenburg	27 827	1,95	22 721	1,64	18 376	1,40	24 300	1,85
Braunschweig	5 265	0,84	4 274	0,69	3 978	0,65	4 325	0,70
Bremen	6 755	1,38	5 346	1,11	4 827	1,02	6 109	1,29
Eutin	376	0,43	304	0,35	266	0,30	348	0,39
Hamburg	13 846	2,31	10 934	1,88	8 643	1,56	10 056	1,81
Hannover	21 471	0,54	18 205	0,47	15 982	0,41	20 274	0,52
Hessen und Nassau	17 949	0,78	13 024	0,57	11 729	0,52	14 956	0,66
Kurhessen-Waldeck	4 966	0,44	2 855	0,26	2 451	0,22	3 344	0,30
Lippe	583	0,23	451	0,18	433	0,17	488	0,20
Lubeck	1 245	0,62	997	0,50	934	0,48	1 152	0,59
Nordwestdeutschland, ref.	426	0,21	332	0,16	360	0,18	386	0,19
Oldenburg	4 267	0,79	3 590	0,67	3 286	0,61	3 722	0,69
Pfalz	2 219	0,30	1 952	0,27	1 754	0,24	2 486	0,35
Rheinland	28 661	0,76	21 087	0,56	19 396	0,52	27 718	0,75
Schaumburg-Lippe	150	0,20	159	0,21	154	0,20	155	0,20
Schleswig-Holstein	26 914	1,13	20 265	0,86	16 604	0,70	22 103	0,94
Westfalen	14 431	0,42	11 852	0,35	11 200	0,33	15 462	0,46
Württemberg	8 862	0,35	8 052	0,32	7 387	0,29	9 445	0,37
Zusammen:	202 823	0,71	159 980	0,56	139 818	0,50	182 337	0,65

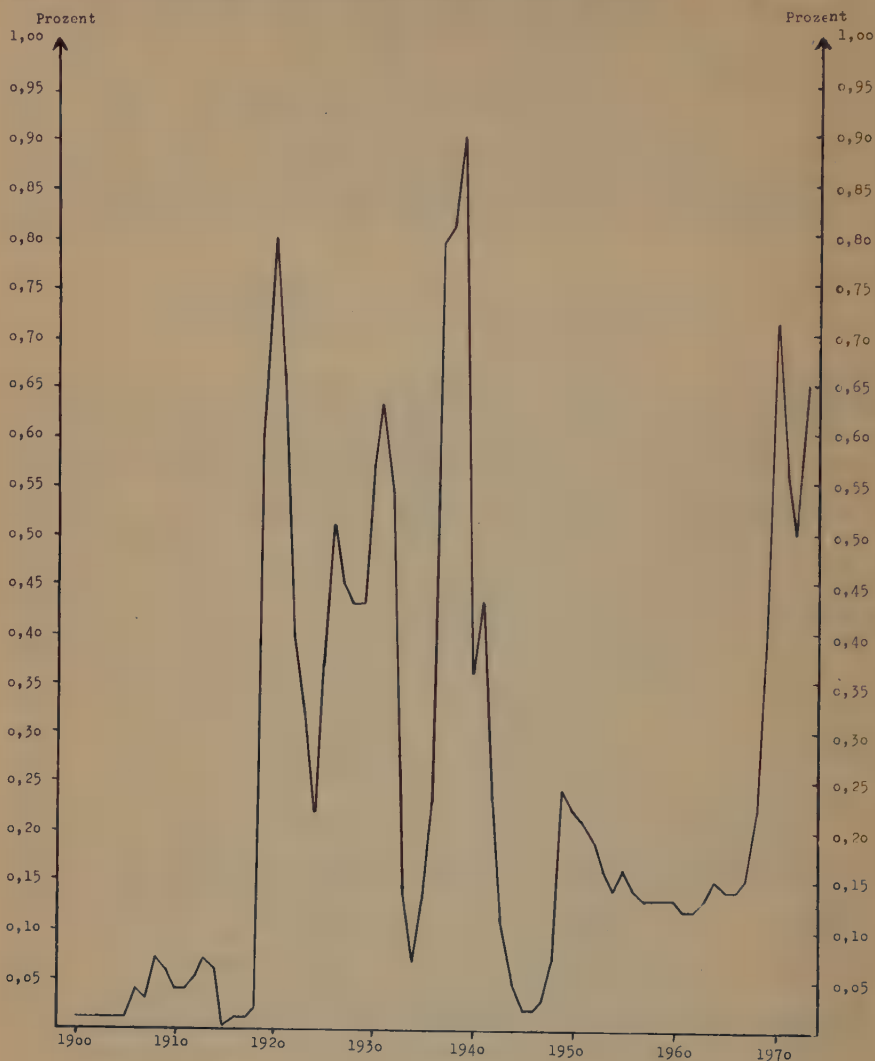
1) zur Zahl der Kirchenglieder (Stand: 27. Mai 1970)

2) zur Zahl der Kirchenglieder (Stand: 31. Dezember 1970)

3) zur Zahl der Kirchenglieder (Stand: 31. Dezember 1971)

Aus den evangelischen Landeskirchen ausgetretene Personen in Prozent der Kirchenglieder in den Jahren 1900 bis 1973

Bis 1945 Reichsgebiet nach dem jeweiligen Gebietsstand, ab 1945 Bundesgebiet (bis 1962 ohne, ab 1963 einschließlich Berlin-West)



liche Rückgang der Austritte in den Jahren 1942/43, also in den Jahren der militärischen Wende, auf. Nach einer erneuten Wiedereintrittswelle in den ersten Nachkriegsjahren und einem vorübergehenden Anstieg der Kirchengaustritte im Jahre 1949 ist die Entwicklung von 1953 bis 1966 relativ gleichmäßig verlaufen; in diesem Zeitraum hielten sich im Bereich der Bundesrepublik Deutschland Aufnahmen und Austritte mit jährlich rund 35000 bis 37000 Aufnahmen und Austritten in etwa die Waage. Diese verhältnismäßig ruhige Entwicklung änderte sich Ende der 60er Jahre. Nach einer langsamen Zunahme auf 44000 im Jahre 1967 ist die Zahl der Austritte in den folgenden Jahren ständig weiter gestiegen. Sie erreichte im Jahre 1970 mit 203000 ihren bisherigen Höhepunkt. Der starke Anstieg der Kirchengaustritte im Jahre 1970 muß im Zusammenhang mit der Einführung des Konjunkturzuschlages zur Lohn- und Einkommensteuer im August 1970, der im Sommer 1972 zurückgezahlt wurde, gesehen werden. Die Austrittsquote (Zahl der Austritte in Prozent der Zahl der Kirchenglieder) lag 1970 bei 0,71%; sie war damit nicht ganz so hoch wie zur Zeit des Kirchenkampfes im sogenannten Dritten Reich. In den Jahren 1971 und 1972 zeigten die Zahlen der Kirchengaustritte eine allmählich fallende Tendenz, sie stiegen im Laufe des Jahres 1973 aber wieder erheblich an (182000 Austritte = 0,65% der Kirchenglieder).

In den sieben Jahren von 1967 bis 1973 standen im Gesamtbereich der EKD 903342 Kirchengaustritten 154905 Aufnahmen gegenüber. Die Zahl der Aufnahmen wurde also in den vergangenen sieben Jahren von der Kirchengaustritte um 748437 übertroffen. Diese Zahl entspricht vergleichsweise der Summe der Einwohnerzahlen in den beiden Städten Düsseldorf und Leverkusen.

II. Die Unterteilung nach Gliedkirchen

Die dargestellte Entwicklung der Kirchengaustritte erstreckte sich mehr oder weniger auf alle Gliedkirchen der EKD. Dabei zeigen sich aber regional erhebliche Unterschiede. Vielfach ist festzustellen, daß zahlenmäßig zwischen den Kirchengaustritten einerseits und den Taufen, Trauungen, dem Gottesdienstbesuch und der Abendmahlsbeteiligung andererseits eine negative Korrelation besteht. So errechnen sich für Ballungsräume mit großen evangelischen Bevölkerungsanteilen, wie zum Beispiel für die Gliedkirchen Hamburg, Berlin-Brandenburg und Bremen relativ hohe Austrittsziffern, denen verhältnismäßig niedrige Tauf-, Trau-, Gottesdienstbesuchs- und Abendmahlsziffern gegenüberstehen. Im Verhältnis zur Zahl der Kirchenglieder hohe Austrittsziffern ergeben sich daneben vor allem für die Bereiche der Gliedkirchen Schleswig-Holstein und Braunschweig, also für überwiegend evangelische Gebiete. Demgegenüber liegen die Austrittsquoten in kleineren, teilweise mehr ländlich strukturierten Gliedkirchen (z.B. Schaumburg-Lippe, Eutin), in der Gliedkirche Kurhessen-Waldeck, in Bereichen mit konfessionell gemischter Bevölkerung (z.B. Gliedkirchen Bayern, Baden, Württemberg, Pfalz, Westfalen) sowie in den reformierten Gliedkirchen Lippe und Nordwestdeutschland unter dem Durchschnitt im Gesamtbereich der EKD.

Im allgemeinen besteht also zwischen Austrittszahlen, Siedlungsdichte und konfessioneller Zusammensetzung der Bevölkerung ein enger Zusammenhang. Das gilt auch, wie Sondererhebungen gezeigt haben, für die Regionen in den Gliedkirchen. So sind innerhalb der einzelnen Gliedkirchen die Zahlen der Kircheng Austritte in den Großstädten und deren Einzugsbereichen sowie in überwiegend städtisch gekennzeichneten Gebieten wesentlich höher als in Kirchenkreisen (Dekanaten) mit vorherrschend ländlicher Struktur.

III. Die Unterteilung nach Geschlecht, Alters- und Berufsgruppen in den Jahren 1970 bis 1972

Um einen möglichst weitgehenden Überblick über die Aufgliederung der aus der Kirche ausgetretenen Personen nach dem Geschlecht sowie nach Alters- und Berufsgruppen zu erhalten, wurde eine Sondererhebung für die Jahre 1970, 1971 und 1972 durchgeführt. An dieser Sondererhebung beteiligten sich 16 Gliedkirchen, die der Kirchenkanzlei der EKD Daten über das Geschlecht, das Alter und den Beruf von Personen, die in den genannten Jahren aus der Kirche ausgetreten sind, mitteilten. Die Aufbereitung der Ergebnisse der Sondererhebung führte im einzelnen zu folgenden Ergebnissen:

1. Die Daten zum Geschlecht liegen für insgesamt 409 177 Ausgetretene – das sind 82,7% der in den Jahren von 1970 bis 1972 aus den Gliedkirchen der EKD ausgetretenen Religionsmündigen – vor. Von ihnen entfielen rund zwei Drittel (65,0%) auf Männer und ein Drittel (35,0%) auf Frauen. Demgegenüber beläuft sich im Bundesgebiet der Anteil der männlichen evangelischen Kirchenglieder an der Gesamtzahl der evangelischen Kirchenglieder nur auf 46,5% (Frauen: 53,5%). Es sind also sowohl absolut als auch verhältnismäßig wesentlich mehr Männer aus den evangelischen Landeskirchen ausgetreten als Frauen.

2. Im Zeitraum 1970 bis 1972 wurde von den sich an der Sondererhebung beteiligenden Gliedkirchen für zusammen 307 652 aus der Kirche ausgetretenen Personen (62,2% der im Gesamtbereich der EKD Ausgetretenen im Alter von 14 und mehr Jahren) das Alter erfaßt. Die Untergliederung dieser Ausgetretenen nach dem Alter ergibt eindeutig, daß der Schwerpunkt der Kircheng Austritte in den drei Berichtsjahren bei den jüngeren Personen lag. So entfielen von den 307 652 erfaßten Ausgetretenen allein 118 761 oder 38,6% auf Personen im Alter von 18 bis unter 30 Jahren. Im Bundesgebiet ist die genannte Altersgruppe an der Gesamtzahl der Bevölkerung im Alter von 14 und mehr Jahren dagegen nur mit 20,0% vertreten. Den zweithöchsten Anteil an den Ausgetretenen stellten mit 28,3% die im Alter von 30 bis unter 40 Jahren stehenden Personen; der Anteil dieser Altersgruppe an der Wohnbevölkerung im Alter von 14 und mehr Jahren beläuft sich demgegenüber auf nur 19,2%. Für die folgenden Altersgruppen ist festzustellen, daß die Austrittszahlen sowohl in ihrer absoluten Höhe als auch anteilmäßig mit zunehmendem Alter immer geringer werden.

Im einzelnen betrugen die Anteile der Personen der Altersgruppe

	an den 307652 Ausgetretenen, für die das Alter erfaßt wurde	an der Wohnbevölkerung des Bundesgebietes im Alter von 14 und mehr Jahren
	%	%
14 bis unter 18 Jahre	1,5	6,9
18 bis unter 30 Jahre	38,6	20,0
30 bis unter 40 Jahre	28,3	19,2
40 bis unter 50 Jahre	17,8	16,1
50 bis unter 65 Jahre	12,0	20,7
65 Jahre und älter	1,8	17,1

3. Im Rahmen der Sondererhebung über die Kirchnaustritte in den Jahren 1970 bis 1972 wurden für insgesamt 392653 ausgetretene Personen (79,4% der im Berich der EKD ausgetretenen Religionsmündigen) Daten zum ausgeübten Beruf ermittelt. Die Auswertung dieser Daten zeigt, daß der Anteil der Erwerbstätigen (alle Personen, die ihren Lebensunterhalt überwiegend aus dem Ertrag ihrer auf Erwerb gerichteten Tätigkeit bestreiten) verhältnismäßig hoch ist. So entfielen in den drei Berichtsjahren über vier Fünftel der Ausgetretenen, für die Angaben über den Beruf vorliegen, auf Erwerbspersonen. Überschläglic berechnete stellt die Gruppe der Erwerbstätigen aber nur 55,1% der Wohnbevölkerung des Bundesgebietes im Alter von 14 und mehr Jahren. Die Gliederung der Erwerbspersonen nach Berufsgruppen (Stellung im Beruf) zeigt folgendes Bild: Es betrugen die Anteile der

	an den 392653 Ausgetretenen, für die der Beruf erfaßt wurde	an der Wohnbevölkerung des Bundesgebietes im Alter von 14 und mehr Jahren
	%	%
Angestellten	41,6	16,2
Arbeiter	27,5	23,5
Beamten	7,9	4,0
Selbständigen	4,5	5,4
Mithelfenden Familienangehörigen	0,1	3,4
Lehrlinge, Volontäre, Praktikanten	1,0	2,7

Der Schwerpunkt der Kirchnaustritte liegt also in der wirtschaftlichen und sozialen Gliederung der Ausgetretenen deutlich erkennbar bei der Berufsgruppe der Angestellten.

Die Nichterwerbspersonen (alle Personen, die keinerlei auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben) stellen demgegenüber nur 17,4% aller Ausgetretenen; an der Gesamtzahl der Einwohner des Bundesgebietes im Alter von 14 und mehr Jahren ist diese Gruppe mit einem Anteil von 44,2% vertreten. Innerhalb der Nichterwerbspersonen fällt der relativ hohe Anteil der Studenten und Schüler an den Ausgetretenen auf. Während die aus der Kirche ausgetretenen Schüler und

Studenten 5,8% der ausgetretenen Religionsmündigen ausmachen, ist diese Gruppe an der Gesamtzahl der Einwohner des Bundesgebietes im Alter von 14 und mehr Jahren nur mit einem Anteil von 4,2% vertreten.

Ergänzende Berechnungen, die allerdings nur für die Jahre 1970 und 1971 durchgeführt werden konnten, haben ergeben, daß sich die Vermutung, es seien überdurchschnittlich viele Lehrer und Lehrerinnen aus der Kirche ausgetreten, nicht bestätigt hat. In den beiden genannten Jahren wurde für 282 151 Ausgetretene der Beruf erfaßt; von ihnen entfielen 3692 oder 1,3% auf Lehrer und Lehrerinnen (Lehrer: 1899; Lehrerinnen: 1793). Der Anteil der Lehrer und Lehrerinnen an der Gesamtzahl der Einwohner im Bundesgebiet im Alter von 14 und mehr Jahren beläuft sich auf 1,1%. In der Untergliederung nach Altersgruppen zeigt sich jedoch, daß vor allem jüngere Lehrer und Lehrerinnen die Kirche verlassen haben. Das gilt, wie die folgende Übersicht zeigt, für Lehrerinnen noch mehr als für Lehrer:

Altersgruppe in Jahren	Lehrer	Lehrerinnen
	%	%
18 bis unter 30	29,6	56,9
30 bis unter 40	34,1	22,4
40 bis unter 50	16,9	12,5
50 bis unter 65	14,2	6,7
65 und älter	4,9	1,2
ohne Altersangabe	0,3	0,3

Zusätzliche Auswertungen für die Jahre 1970 und 1971 führten zu dem Ergebnis, daß den Kirchengemeinden in den weitaus meisten Fällen nicht bekannt ist, ob die ausgetretenen Religionsmündigen nach dem Austritt in eine andere Religionsgemeinschaft übergetreten sind. So konnte die Frage nach dem Übertritt in eine andere Religionsgemeinschaft nur für 37 122 Ausgetretene beantwortet werden; das sind 10,4% aller in den Jahren 1970 und 1971 ausgetretenen Personen.

Von diesen 37 122 Ausgetretenen sind übergetreten

zu evangelischen Freikirchen:	1,9%
zur römisch-katholischen Kirche:	3,0%
zu sonstigen Religions- und Glaubensgemeinschaften:	5,9%
Nach dem Austritt sind in keine andere Religionsgemeinschaft übergetreten:	89,2%

Thecla-ser

5042

94,-

BX
8020

A2
K5

V. 16

THEOLOGY LIBRARY

**SCHOOL OF THEOLOGY AT CLAREMONT
CLAREMONT, CALIFORNIA**



PRINTED IN U.S.A.

23-262-002

A19608

A19608

